Mario Keßler

Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895-1961)

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.844

Reprint von:
Mario Keßler, Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895-1961), Böhlau Köln, 2013 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 51), ISBN 978-3-412-21014-4



Zitationshinweis:

Mario Keßler (2013), Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895-1961), Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.844

Ursprünglich erschienen als: Mario Keßler, Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895-1961), Böhlau Köln, 2013 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 51), ISBN 978-3-412-21014-4

Inhalt

Vorwort

> Wer für den Kommunismus kämpft, der muss kämpfen können und nicht kämpfen; die Wahrheit sagen und die Wahrheit nicht sagen; Dienste erweisen und Dienste verweigern; Versprechen halten und Versprechen nicht halten, sich in Gefahr begeben und die Gefahr vermeiden; kenntlich sein und unkenntlich sein. Wer für den Kommunismus kämpft, hat von allen Tugenden nur eine: dass er für den Kommunismus kämpft.
>
> Bertolt Brecht, Die Maßnahme

Dieses Buch zeichnet das dramatische Leben der Kommunistin und Antikommunistin Ruth Fischer nach. Es begann in Leipzig, doch erfuhr erste Prägungen in Wien. Dort wuchsen Ruth Fischer und ihre Brüder Hanns und Gerhart Eisler, die sie später erbittert bekämpfen sollte, auf. Ruth Fischers Leben war ein zutiefst politisches Leben. Außerhalb der Politik und der Liebe zu ihrem Partner, dem Sohn, später auch den Enkeln gab es für sie kaum eine Lebenswirklichkeit. Darin lagen ihre Stärke und noch mehr ihre Schwäche.

Ihr Weg führte Ruth Fischer von Österreich und Deutschland über Frankreich via Portugal in die USA und wieder nach Frankreich. 1924–25 stand sie an der Spitze der Kommunistischen Partei Deutschlands und damit weltweit als erste Frau an der Spitze einer Massenpartei.[1] Ihre Entmachtung durch Stalin war vom zehnmonatigen unfreiwilligen Exil im Moskauer Komintern-Hotel „Lux“ begleitet.

Ruth Fischer agierte unter vielen Namen: Geboren als Elfriede Maria Fischer, wuchs sie nach der Heirat ihrer Eltern unter dem Namen Elfriede Eisler auf. Ihre Familie und Freunde nannten sie Fritzi. Durch Heirat wurde sie 1915 Elfriede Friedländer. Nach einer Scheinheirat zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft hieß sie ab 1922 offiziell Elfriede Golke. Unter diesem Namen steht sie in den Protokollen des Reichstages. Als kommunistische Publizistin benutzte sie gelegentlich die Namen Ruth Kämpfer, Maria Ida Schmidt oder Genossin Müller. In der KPD trug sie auch die Decknamen Severing, Wagner und Bucher. Als Helene Stein reiste sie Ende 1924 nach Wien, benutzte bei illegalen Grenzübertritten auch die Namen Helene Geiringer und Liane Bosshart. Nach einer erneuten

---

1 Ihre Funktionsbezeichnung war Vorsitzende des Politischen Sekretariats der KPD, abgekürzt Politleiterin. Damit war sie de-facto Vorsitzende der KPD, während nomineller Vorsitzender in dieser Zeit Ernst Thälmann war, der im September 1925 de facto und de jure die Parteileitung (als Vorsitzender) übernahm.

Scheinheirat wurde sie als Elfriede Pleuchot französische Bürgerin. In Leo Trotzkis Pariser Umkreis verwandte sie als Pseudonym E. Dubois und Wilfried Dubois. Ihr US-Pass wurde auf den Namen Elfriede Eisler Pleuchot ausgestellt. In Hans Sahls Roman *Die Wenigen und die Vielen* erscheint sie als Nathalie Asch und in *The Last Day*, einem Romanfragment Klaus Manns, als Dr. Gertrud Kluge. Bedeutung erlangte sie jedoch als Ruth Fischer. Sie nutzte diesen Namen seit dem Herbst 1919.

Ihr Leben spielte sich in teilweise grundverschiedenen Milieus ab. Sie reichten von der Wiener Bürgerwelt über die KPD und kommunistischen Kleingruppen bis hin zur antikommunistischen Intelligenzija im Kalten Krieg, verschiedenen Geheimdiensten und indirekt sogar bis Hollywood. Zur sinnvollen Auseinandersetzung mit diesem Leben ist eine Kenntnis all dieser Welten, Teil- und auch Halbwelten nötig. Wenngleich der Nachgeborene das Wissen um den Ausgang der Geschichte besitzt, fehlt ihm doch die direkte Erfahrung des Beteiligten. Diese Einschränkung hat mich im Urteil über Ruth Fischer mitunter vorsichtig werden lassen. Dabei wird es an kritischen Wertungen nicht fehlen, geht es um die Anhänger Hitlers wie Stalins, doch auch um Kommunistenjäger in demokratischer Verkleidung.

Ruth Fischer gehörte zur Generation, die vor dem Ersten Weltkrieg aufwuchs, und dessen desaströse Folgen diese Generation dauerhaft prägte. Zwar gab es die Ideologien, die das 20. Jahrhundert zur Rechtfertigung von Gewalt und Unterdrückung bereithielt, auch vor 1914. Doch weder Faschismus noch Rassismus und Antisemitismus hätten ohne die Verhetzung der „eigenen" Bürger und den Massenmord im Krieg ihre Durchschlagskraft entfalten können. Ohne die Spaltung der Arbeiterbewegung wäre der „Bruderkampf" zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie, zwischen Revolutionären und Reformern weniger unversöhnlich geworden. Ohne den Ersten Weltkrieg wäre Lenins Partei, aus der und gegen die der Stalinismus erwuchs, kein Leitbild der Kommunistischen Internationale geworden, wäre diese selbst wohl nicht entstanden.

Die Sinnlosigkeit des Krieges wurde durch Friedensverträge, die mehr Probleme schufen als lösten, noch einmal deutlich. Was lag näher, als der einzigen Kraft zu folgen, die imstande schien, dem Massenschlachten eine Alternative entgegenzusetzen: den siegreichen russischen Bolschewiki? Ruth Fischer und ihre Brüder schlossen sich folgerichtig, so sahen sie es selbst, der kommunistischen Bewegung an, auch wenn Hanns kein Parteimitglied wurde. Gerhart und Ruth hingegen widmeten ihr Leben ganz der Partei, die eine neue, gerechte und friedliche Weltordnung erkämpfen wollte. Die Eislers waren, so Eric Hobsbawm, „fast die Ko-

mintern-Familie par excellence."[2] Ruth Fischers spätere Rolle als erbitterte Antikommunistin, die ihre Brüder und Bertolt Brecht mit Brechts obigem Zitat angriff, erinnerte hingegen Charles Chaplin an ein Königsdrama Shakespeares. Der Kommunismus war und blieb jedoch als Ideologie und Bewegung der archimedische Punkt, um den sich Ruth Fischers Leben drehte – im Für und im Wider.

Der Kommunismus, wie ihn Lenin und seine Anhänger ausformten, war Theorie wie auch Anleitung zum Handeln. Lenins Lehre von der Partei neuen Typus sollte helfen, die Weltgeschichte in die richtige, der marxistischen Erkenntnis gemäße Bahn zu lenken. Die „bodenlose Enttäuschung" über die Sozialdemokratie, schreibt Andreas Wirsching, wurde ab 1914 zum „entscheidenden Markstein" für den Aufstieg des Bolschewismus.[3] Dies geschah auch dort, wo er nicht siegte. So entstand ein Glaube mit zwei Gesichtern: Das eine war zuversichtlich dem Ziel der klassenlosen Gesellschaft zugewandt, das andere blickte nicht weniger optimistisch, doch grimmig auf die Welt der kommunistischen Bewegung, die es zu ordnen und zu disziplinieren galt, um das Endziel zu erreichen – möglichst in naher Zukunft. Die bittere Erkenntnis, dass der Glaube auch Irrglaube werden konnte, verband sich mit den Brüchen im Leben so vieler Kommunisten, zu denen Ruth Fischer gehörte.

Doch war die Prägung durch den Kommunismus als Glaubensartikel so stark, dass Ruth Fischer auch, nachdem sie aus der Partei herausgeschleudert und als Feindin bekämpft wurde, nie ganz diese Prägung verlor. Nach der Ermordung ihres Partners Arkadij Maslow wurde sie zur Antikommunistin spezieller Art. Stalin und die Seinen hätten den Kommunismus verraten und Maslow ermordet, betonte sie. Gerade ihre Brüder hätten daran einen Anteil, wurde sie nicht müde zu behaupten. Nun wurde der Kampf gegen den Stalinismus für sie so wichtig, dass sie keine moralischen Skrupel befielen, ihr lange keine Bundesgenossen noch der zweifelhaftesten Art dabei zu schade waren. Doch konnte sie nie beweisen, dass ihre Brüder am Tode ihres Partners irgendwie beteiligt waren. Sie war sich, wie gezeigt wird, über die Problematik ihres Tuns im Klaren, ohne dass sie je öffentliche Rechenschaft darüber ablegte. Sie tat dies auch nicht, als sie sich zuletzt wieder geistig und ideologisch dem Kommunismus zuwandte – der nur halb dem blutigen Erbe Stalins entkommenen Sowjetunion unter Nikita Chruschtschow. Über diesen letzten Seitenwechsel und seine Gründe berichtet das vorliegende Buch erstmals genauer.

---

2 Eric Hobsbawm, Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert, München/Wien 2003, S. 176.

3 Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999, S. 109.

Ruth Fischers nochmalige Änderung ihrer politischen Ansichten wurde indes von ihren früheren Genossen nicht honoriert. Sie blieb eine Unperson. Zu tief saßen die Wunden, die man einander geschlagen hatte. Gewiss vertraten wenige Gestalten der Geschichte des 20. Jahrhunderts ihre Anschauungen mit solcher Vehemenz wie Ruth Fischer. Doch war dies nicht nur eine Frage des persönlichen Naturells, sondern auch des dramatischen Auf und Ab der Zeitläufe, in die sie gestellt war und in die sie einzugreifen suchte.

Die Dramatik ihrer Biographie zeigt sich auch in anderem. Sie war die einzige Person – und jeweils die einzige Frau –, die sowohl auf Hitlers erster Ausbürgerungsliste als auch indirekt auf der Todesliste des ersten Moskauer Schauprozesses stand. Zwar wurde kein Todesurteil ausgesprochen oder gar vollstreckt – aber nur deshalb nicht, weil sich Ruth Fischer außerhalb von Hitlers wie Stalins Machtbereich befand.

Ruth Fischer hat ihr politisches Leben in Form einer sehr umfangreichen Untersuchung, des Buches *Stalin und der deutsche Kommunismus*, öffentlich gemacht. Das Buch, das 1948 in Englisch und zwei Jahre darauf in Deutsch erschien, ist eine höchst eigenartige Mischung aus Autobiographie, politischer Rechtfertigungsschrift und dokumentarischer Untersuchung über die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, vor allem ihrer Unterwerfung unter den Willen Stalins. Eine Analyse des Buches ist Teil dieser Arbeit. Hier genügt die Bemerkung, dass es als Quelle stets dann herangezogen wird, wenn dies zur Schilderung der Ereignisse unumgänglich ist. Angemerkt sei, dass drei Zeitgenossinnen Ruth Fischers, deren Männer sämtlich führende KPD-Politiker gewesen waren, objektiver als sie die Geschichte der KPD erfassten.[4]

Diese Geschichte ist inzwischen sehr gut erforscht und es gibt Biographien über eine Reihe ihrer Protagonisten.[5] Zu Ruth Fischer lagen bisher zwar Studien, doch

4 Babette Gross, Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, München 1967; Margarete Buber-Neumann, Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919–1943, Stuttgart 1967 (gekürzte Taschenbuchausabe 1973); Rosa Meyer-Leviné, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland, Frankfurt 1982 (englisch 1977). Die Schwestern Babette Gross und Margarete Buber-Neumann waren mit Willi Münzenberg bzw. Heinz Neumann, Rosa Meyer-Leviné war mit Eugen Leviné und danach mit Ernst Meyer verheiratet gewesen. – Sabine Hering, Das Exil als Falle. Vier Frauen auf der Flucht vor Hitler und Stalin, in: Ariadne, Nr. 32 (November 1997), S. 54–59, ermittelt jedoch Ruth Fischers Publikationen der 1940/50er Jahre als politisch am wirkungsmächtigsten.

5 Allein nach dem Jahre 2000 erschienen – qualitativ sehr unterschiedliche – Biographien über Heinrich Brandler von Jens Becker (2001), über Clara Zetkin von Tânia Puschnerat (2003), über Willi Münzenberg von Shean McMeekin (2003) sowie von Alain Dugrand und Frédéric Laurent (2008), über Karl Radek von Jean-François Fayet (2004) und Wolf-

keine wissenschaftliche Biographie vor.[6] Die französische Staatsexamensarbeit von Mathilde Montagnon stützt sich auf Sekundärliteratur und behandelt nur die Jahre bis 1940.[7] Peter Lübbes wertvolle Dokumentation ihrer Beziehung zu ihrem Partner Arkadij Maslow beruht hingegen auf Ruth Fischers Nachlass.[8] Weiter sind ein durch zahlreiche Dokumente ergänzter Lebensabriss von Sabine Hering und Kurt Schilde sowie eine Studie von Annelie Schalm über Ruth Fischers Jahre in der KPD zu nennen.[9] Ihre letzten zwei Lebensjahrzehnte waren bislang fast unerforscht, zu Ruth Fischers Arbeit für verschiedene Geheimdienste flossen die Informationen nur sehr spärlich. Dies ließ Raum für Vermutungen, die erstmals überprüft werden konnten.

Hervorzuheben ist Toralf Reinhardts Arbeit über Ruth Fischer als Frauenpolitikerin. 1992 an der Pädagogischen Hochschule Leipzig abgeschlossen, reicht diese Studie noch in die DDR zurück, in deren Endphase die amtliche Geschichtsdeutung zunehmend in Frage gestellt wurde. Die rigorose Beseitigung der DDR-

---

Dietrich Gutjahr (2012), über Gerhart Eisler von Ronald Friedmann (2007), über Ernst Thälmann von Eberhard Czichon und Heinz Marohn (2010) sowie von Armin Fuhrer (2011), über Paul Levi von Frédéric Cyr (2011), über Ernst Meyer von Florian Wilde (2011), über Arthur Rosenberg von Lorenzo Riberi (2001) sowie vom Verfasser dieser Arbeit (2003). Theodor Bergmann, früheres Mitglied der KPD-Opposition, legte eine Familienbiographie der Thalheimers vor (2004). Vgl. für nähere Angaben den bibliographischen Anhang dieses Buches. Über Werner Scholem sind zwei Biographien von Mirjam Zadoff und Ralf Hoffrogge, über Arthur Ewert ist eine Biographie von Ronald Friedmann, über Ernst Thälmann von Norman LaPorte im Entstehen.

6 Den ersten Lebensabriss schrieb Erich Dombrowski unter dem Pseudonym Johannes Fischart, Neue Politikerköpfe. IV: Ruth Fischer, in: Die Weltbühne, 20 (8. Mai 1924), 1. Halbjahr, S. 618–620, der jüngste Überblick stammt von Jost Hermand, Ruth Fischer alias Elfriede Friedländer. Sexualwissenschaftlerin, Kommunistin, Antistalinistin, in: Heidi Beutin (Hg.), Die Frau greift ein in die Politik. Schriftstellerinnen in Opposition, Revolution und Widerstand, Frankfurt u. a. 2010, S. 317–332. Mit Frankfurt ist stets Frankfurt am Main gemeint.

7 Mathilde Montagnon, Ruth Fischer 1895–1961. Itinéraire d'une communiste oppositionnelle, Université Pierre Mendès-France, Institut d'Etudes Politiques, Grenoble 1998. Vgl. auch Paul Pasteur, Femmes dans le mouvement ouvrier autrichien 1918–1934, Thèse de doctorat, Université de Rouen 1985, S. 261–264.

8 Peter Lübbe (Hg.), Ruth Fischer – Arkadij Maslow, Abtrünnig wider Willen. Aus Reden und Manuskripten des Exils, München 1990.

9 Sabine Hering/Kurt Schilde (Hg.), Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt 1995; Annelie Schalm (unter Mitarbeit von Michael Buckmiller), Ruth Fischer – eine Frau im Umbruch des internationalen Kommunismus 1920–1927, in: Michael Buckmiller/Klaus Meschkat (Hg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, S. 129–147.

Forschungslandschaft brach diese kritischen Ansätze jedoch zumeist ab.[10] All die genannten Arbeiten, und dies gilt gerade für Toralf Reinhardt, zeichnen sich durch eine wohltuende Sachlichkeit im Urteil aus, und auch dieser Text möchte zu einer sachlichen Debatte um Soll und Haben der kommunistischen Bewegung anhand einer ihrer schillerndsten Protagonistinnen beitragen.

Eine Serie der Wiener Zeitschrift *Profil* reihte Ruth Fischer unter die „100 Österreicher des 20. Jahrhunderts" ein.[11] Auch in einer halbdokumentarischen Fernsehsendung zu *Ernst Thälmann – wie er wirklich war*, spielte Ruth Fischer, verkörpert durch die Schauspielerin Eva Mende, 2009 eine Rolle.[12] Ein Jahr später wurden sie und ihre Brüder im Dokumentarfilm *Zwischen den Welten* gezeigt, den Hans-Joachim Ulbrich produzierte. Auch ihr 50. Todestag wurde in den Medien nicht übergangen.[13] Im April 2011 widmete der Journalist Henry Bernhard im Deutschlandfunk den Geschwistern eine einstündige Sendung, die im September 2012 aus Anlass von Hanns Eislers 50. Todestag noch zweimal im Rundfunk lief. Die Publikation von Arkadij Maslows Roman *Die Tochter des Generals* durch die Germanistin Berit Balzer hat 2011 das Interesse an Ruth Fischers Lebenspartner wieder aufleben lassen. Last but not least wurde Hans Magnus Enzensberger zu seinem Roman *Hammerstein oder der Eigensinn* 2008 auch durch die Lebensgeschichte der beiden inspiriert. Ein öffentliches Interesse an ihrer Person, das nicht auf den kleinen Kreis der Spezialisten begrenzt ist, besteht also durchaus.

Die Forschung zu Ruth Fischer kann sich auf einen großen Bestand an Primärquellen, darunter ihre Schriften, stützen. Die wichtigsten Quellenbestände sind außerdem das Archiv der KPD, das heute als Teil des Bundesarchivs in Berlin zugänglich ist, die zum „Fall Gerhart Eisler" angelegten Geheimdienstakten und vor allem der Nachlass Ruth Fischers in der Houghton Library der Harvard University. Zwar umfasst er fast nur Dokumente der Zeit ab 1941, dem Jahr ihrer

10 Toralf Reinhardt, Zur politischen Biographie Ruth Fischers (Elfriede Friedländers) in den Jahren 1913–1941, unter besonderer Berücksichtigung ihrer frauenpolitischen Aktivitäten und Vorstellungen in den Jahren 1915–1925, Diplomarbeit, Pädagogische Hochschule Leipzig 1992 (mit ausführlicher Zeittafel).

11 Michael Siegert, Die Frau mit der Nr. 1, in: Profil vom 8. August 1999 (auch im Internet). Der Titel bezog sich auf die Nummer ihres Mitgliedsbuches der österreichischen KP.

12 Vgl. hierzu und zum Folgenden das Verzeichnis der Tondokumente, Spiel- und Dokumentarfilme im bibliographischen Anhang dieses Buches.

13 Ludger Joseph Heid, Abtrünnige Wider Willen. Vor fünfzig Jahren starb die deutsche Kommunistin Ruth Fischer, in: Jüdische Zeitung Nr. 62 (April 2011); Mario Keßler, Frauen-Geschichten: Ruth Fischer, in: Neues Deutschland vom 26. März 2011; Stalins Erzfeindin. Historiker holt die bizarre Geschichte der Leipzigerin Ruth Fischer aus der Versenkung, in: Leipziger Volkszeitung vom 30. März 2011 (dies bezieht sich auf den in der folgenden Anmerkung genannten Aufsatz).

Ankunft in den USA, doch bedurfte es vieler Monate des Aktenstudiums, um zumindest den Großteil des Materials zu sichten. Das Federal Bureau of Investigation, das FBI, machte aufgrund des Freedom of Information Act seinen Bestand zu Gerhart Eisler der Forschung zugänglich. Dank dem Einsatz der Historikerin Ellen Schrecker gelangte er als Kopie vollständig in die Robert F. Wagner Labor Archives der Tamiment Library an der New York University. Auch hier bedurfte es vieler Wochen intensiver Recherche, um das überaus umfangreiche, in neun großen Kisten aufbewahrte Material durchzusehen.

Aufgrund der Anstrengungen des Literaturhistorikers Alexander Stephan wurde eine Sammlung von FBI-Akten an der Ohio State University archiviert, darunter die zu Ruth Fischer. Das FBI hat inzwischen seine über Bertolt Brecht und Hanns Eisler angelegten Akten ins Internet gestellt, auch hier den Maßgaben des Freedom of Information Act folgend. Natürlich öffnete das FBI seine Akten nicht freiwillig; die Aktenöffnung war vielmehr ein Sieg der Bürgerrechtsbewegung und wurde letztlich durch die Watergate-Affäre unumkehrbar. Dass Ellen Schrecker und Alexander Stephan, wenngleich anfangs noch unter viel Mühen, die gesetzlichen Möglichkeiten nutzen und der Forschung wertvolles Material erschließen konnten, spricht dennoch für die veränderte politische Lage in den USA, vergleicht man sie mit der Zeit, in der Ruth Fischer dort lebte. Es gehört auch zu den Aufgaben des Buches, Ruth Fischers Rolle innerhalb des damaligen Meinungsklimas zu zeigen; eines Klimas, in dem Kommunistenhass mit Rassismus und dem Angriff auf demokratische Freiheiten durch Rechtsextreme einherging, die sich freilich als Hüter der „amerikanischen Werte" gerierten.[14]

All diese und weitere deutsche und amerikanische Quellen wurden durch Archivalien aus Wien, Bern, Amsterdam und Moskau ergänzt. Die Wiener Polizeiberichte boten manche Einzelheiten über Ruth Fischers Arbeit in der KP Österreichs, das Berner Material zeigt ihre Beobachtung durch den Schweizer Staatsschutz. Für ihren familiären Hintergrund waren die Amsterdamer Aufzeichnungen ihres Sohnes Gerard Friedlander ergiebig.[15] Die Materialien der

14 Vgl. für einen ersten Überblick zu Ruth Fischers Jahren in den USA Mario Keßler, Antistalinismus oder Antikommunismus? Ruth Fischer als „Kronzeugin" gegen die „kommunistische Verschwörung" in den USA, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 19 (2011), S. 205–222.

15 Ruth Fischer Memoirs by her son Gerard Friedlander. Unveröffentlichtes Manuskript, 1995. Es befindet sich im Amsterdamer Institut für Sozialgeschichte (Collection International Institute of Social History). Unter dem Titel: Vienna, Berlin, Paris, London. Growing up in Interesting Times, befindet sich ein zweites Exemplar im Churchill Archives Centre, Churchill College, University of Cambridge.

Deutschen Delegation beim Exekutivkomitee der Komintern in Moskau liegen auch im Berliner Bundesarchiv vor. Die Moskauer Personalakten Ruth Fischers, ihres ersten Ehemannes Paul Friedländer sowie Arkadij Maslows stehen hingegen der Forschung nicht mehr ohne Weiteres zur Verfügung. Zum Glück befinden sich Kopien dieser Akten – leider nicht der Personalakte Gerhart Eislers – in der Leibniz-Universität Hannover. Andere Teile des Komintern-Archivs sind im Internet einzusehen. Schließlich wurden auch die Erinnerungen der amerikanischen FBI-Mitarbeiter Robert Lamphere und Guenther Reinhardt herangezogen. So sehr natürlich Vorsicht im Umgang mit solchen Quellen geboten ist, so wertvolle Informationen ließen sich ihnen entnehmen. Dies gilt besonders für Reinhardts Mitteilungen über Arkadij Maslow, die neues Licht auf seinen Tod werfen. Sie wurden von der Forschung bislang fast völlig übersehen.[16] Einzelne Quellen, die wegen ihres schlechten Erhaltungszustandes von den Bibliotheken der Benutzung nicht mehr zugänglich gemacht werden, konnte ich nicht einsehen. Ich hoffe aber, dass mir nichts Wesentliches entgangen ist.

Ich musste die fraktionellen und interfraktionellen Kontroversen ausleuchten, die Ruth Fischer als Mitglied wie als Ausgestoßene der kommunistischen Bewegung führte oder in die sie hineingeriet. Dabei war ich bemüht, die Geduld der Leserschaft nicht zu überfordern. Zwar waren viele Details unverzichtbar, doch wollte ich den Gang der Erzählung straffen, wann immer es möglich war. Deshalb ist manche Begebenheit, die in der Geschichte der KPD wichtig war, in Ruth Fischers Biographie aber nur eine geringe Rolle spielte, in einem Satz oder einer Fußnote erwähnt oder auch ganz weggelassen.

Oft aber drehte sich der innerparteiliche Streit im Kreis. Argumente, Gegenargumente und manchmal aus der Luft gegriffene Behauptungen wurden immer wiederholt, und natürlich hätte ihre minutiöse Darstellung das Buch auf einen Umfang anschwellen lassen, dass es eher abgeschreckt als zur kritischen Lektüre eingeladen hätte. Nicht anders war es in den Diskussionszirkeln, Gruppen und Cliquen, zu denen sich die Antikommunisten, oft mit einschlägiger KP-Erfahrung, zusammenfanden. Die erbitterten Kontroversen des Kalten Krieges färbten auch auf das Urteil späterer Historiker ab. Es versteht sich, dass ich dem totalen

16 Robert J. Lamphere (unter Mitarbeit von Tom Shachtman), The FBI-KGB War. A Special Agent's Story, 2. Aufl., Macon (Georgia) 1995 (zuerst 1986); Guenther Reinhardt, Crime Without Punishment. The Secret Soviet Terror Against America, New York [1953]. Ich stieß auf Reinhardt durch einen Hinweis bei Branko Lazitch, Métamorphoses de Ruth Fischer?, in: Est et Ouest, Nr. 243 (1.–15. octobre 1960), S. 16f. Bislang hat wohl nur Jonathan Miles, The Nine Lives of Otto Katz. The Remarkable Story of a Communist Super-Spy, London 2011, Reinhardts Buch für eigene Forschungen benutzt. Vgl. jetzt auch die Website www.documentstalk.com.

Negativ-Bild Ruth Fischers, das manche ihrer Widersacher zeichneten, eine gerechtere Darstellung entgegensetzen wollte, doch ohne Dinge zu beschönigen, die nicht beschönigt werden dürfen.

Jedes Buch zu einem solchen Thema ist mit zwei ehrwürdigen Sichtweisen der Forschung konfrontiert: Nach der einen lief die Geschichte des deutschen Kommunismus von Anbeginn auf einem falschen Gleis unter russischer Ägide, nach der anderen unterwarf allein der Kreis um Ernst Thälmann die Partei dem Willen Moskaus; die letztere Deutung propagierte Ruth Fischer in *Stalin und der deutsche Kommunismus*. Die Sache ist jedoch komplizierter. Einige Arbeiten suchten Antworten bei den verschiedenen innerparteilichen Oppositionsgruppen und gelangten zu anregenden Ergebnissen. Hier aber soll die Geschichte aus einer anderen Perspektive erzählt werden: Am Beispiel Ruth Fischers werden die unmittelbaren politischen Vorgänger Thälmanns, und zwar *als sie die Macht in der KPD ausübten*, nach ihrem politischen Handeln, den Beweggründen dafür und vor allem nach den Folgen ihres Tuns befragt. Welche Weichen stellte Ruth Fischer, gemeinsam mit Arkadij Maslow, Werner Scholem und ihren Helfern, um die Partei auf jene Bahn zu lenken, auf der ihre weitere Entwicklung verlief? Wie veränderte sich unter Ruth Fischers Leitung die Willensbildung in der KPD?

Natürlich wird nicht jede Frage eine gänzlich neue Antwort finden. Der Einfluss eines Menschenlebens reicht selten so weit, um die Gesellschaft grundstürzend zu ändern, obgleich weltgeschichtliche Figuren wie Lenin, Trotzki und Stalin, deren Wege Ruth Fischer kreuzte, dies taten. Doch hat Ruth Fischer auch dort, wo sie scheiterte, Spuren hinterlassen, die auch dann nicht auszutilgen waren, wenn sie selbst oder ihre zahlreichen Widersacher dies versuchten.

Dabei geht es um mehr, als um die Schilderung bloßer „Abfolge von Ereignissen“, die kein anderes Band zusammenhalte als das „Subjekt“, um Pierre Bourdieus Kritik an der historischen Biographie als Gattung zu zitieren. Biographische Geschichtsschreibung sei, schrieb er, „fast ebenso absurd, wie wenn man versuchen würde, von einer Metrostrecke Rechenschaft abzulegen, ohne die Struktur des Netzes in Betracht zu ziehen.“[17] Bourdieu hatte freilich eine Art der Biographie im Auge, von der die Forschung nun Abschied nimmt. Der Biograph vergangener Zeiten war zu oft geneigt, sich mit seinem Helden zu identifizieren und Brüche zugunsten einer „narrativen Harmonisierung“ zu negieren.[18] Er beanspruchte

17 Pierre Bourdieu, Die Illusion der Biographie. Zur Beschreibung von Lebensgeschichten, in: Neue Rundschau, 102 (1991), Nr. 3, S. 111.

18 Den Begriff der „narrativen Harmonisierung“ übernahm Martin Sabrow, auf den ich mich hier beziehe, von Peter Szondi. Vgl. Martin Sabrow, Biographie und Zeitgeschichte. Das Beispiel Willy Brandt, in: Zeiträume. Potsdamer Almanach 2010, Göttingen 2011, S. 175f.

„alles zu wissen", doch der Preis für diesen – unerfüllbaren – Anspruch war oftmals die Ausblendung von Elementen, die dem entgegenwirkten. Die moderne Forschung setzt hingegen personale und strukturelle Faktoren des Geschichtsprozesses zueinander in Beziehung.[19] Sie weiß um die, wie Bourdieu es nannte, „Fiktion der Kohärenz." Zudem kann selbst ein noch so gründlicher Forscher die geheimen Bezirke einer Persönlichkeit niemals restlos aufschließen, denn „die Quellen, die ihm zur Verfügung stehen, geben zumeist nur spärlich Auskunft über das Seelenleben, über Träume und Traumata."[20] Dennoch bietet die Form der Biographie ihre besonderen Möglichkeiten, am Einzelfall den Idealen und Illusionen, Hoffnungen und Selbsttäuschungen nachzuspüren, die in der kommunistischen Bewegung kollektiv wirkten – und gerade in Ruth Fischer brechen sich alle politischen Strömungen, Tendenzen und Gegentendenzen ihrer Zeit mit oft ungezügelter Leidenschaft Bahn.

Wo immer Ruth Fischer auftrat, schieden sich die Geister. Sie war lange ein Mensch der Extreme, nicht des vermittelnden Denkens. Ihr politisches Handeln als Kommunistin wie als Antikommunistin zeigt in spezifischer Weise die faszinierenden und verlockenden, die abstoßenden und schockierenden Seiten der im 20. Jahrhundert wirkenden politischen Kräfte. Unvermeidlich wird ein Buch über sie zur Biographie einer Epoche, denn auch dort, wo sie scheiterte oder ohne Wirkung blieb, stand sie durch spektakuläre Aktionen im Zentrum des oftmals dramatischen Geschehens.

Der Kommunismus prägte als Ideologie, politische Bewegung und als Entwurf einer Gesellschaftsordnung das 20. Jahrhundert wie keine andere politische Kraft. Wenngleich er in Europa scheiterte (und anderswo die Erwartungen oft nicht einlöste), ist sein Anspruch, eine gerechte Welt zu schaffen, nicht erledigt. Doch nicht erledigt ist auch die Frage nach den Gründen für seine oft brutale Praxis. Da er auch dort, wo er nicht zur staatlichen Realität wurde, sowohl Ideologie wie Bewegung war, muss sich jede Beschäftigung mit seinen Akteuren Fragen im Schnittpunkt der politischen, Sozial- und Kulturgeschichte stellen; dies betrifft

19 „Die untersuchte Person steht nicht mehr länger für sich selbst, sondern wird vielmehr als Teil einer Sozialgruppe interpretiert", schreibt Hans Erich Bödeker, Biographie. Annäherung an den gegenwärtigen Forschungs- und Diskussionsstand, in: Ders. (Hg.), Biographie schreiben, Göttingen 2003, S. 20. Dazu teilweise im Widerspruch steht aber seine Behauptung, die Biographie lasse sich heute „als eine Spielart der Mikro-Historie interpretieren." Ebd., S. 17. Dies trifft zweifellos auf die Biographie der sogenannten „kleinen Leute" zu, doch greift eine politische Biographie wie die vorliegende darüber hinaus und sucht in der Wechselwirkung zwischen Individuellem und Gesellschaftlichem wichtige Charakterzüge der Epoche herauszuarbeiten.

20 Volker Ullrich, Die schwierige Königsdisziplin, in: Die Zeit vom 9. April 2007.

auch Probleme der politischen Rhetorik wie der Ausübung, Repräsentation und Vermittlung von Macht.

Dabei sollten die Begriffe überprüft werden. Das Wort von den Rechten für die Kritiker eines putschistischen Kurses in der KPD wird hier so vermieden wie die Bezeichnung Linke für Ruth Fischer und ihre Anhänger, die ich vielmehr als ultralinks ansehe. Der Begriff des Antikommunismus sollte sich als rundweg positive Kennzeichnung nach Hitler und der Antikomintern verbieten; im Text ist dafür von Kommunismuskritik stets dann die Rede, geht es um den demokratischen (auch nichtsozialistischen) Widerstand gegen Stalin und das von ihm geprägte System. Ebenso greift der Terminus des Antikapitalismus zu kurz, steht nicht auch dessen Inhalt zur Debatte. Schon die frühe KPD verband, zumindest teilweise, ihren Antikapitalismus mit der Geringschätzung von Bürgerfreiheiten, die nur Ausdruck von Klasseninteressen seien. Zwar wurde darüber in der Partei auch sachlich gestritten. Doch zog die KPD, sehr zu ihrem Schaden, die lautstarke Kampagne der unbequemen Analyse und Selbstkritik meist vor.

Die KPD führte ihre Kontroversen auf vier verschiedenen Ebenen: Zum einen stand sie in Opposition zur bürgerlichen Gesellschaft, zum zweiten konkurrierte sie mit der SPD um die Hegemonie auf der Linken, zum dritten war sie von den Konflikten in der Sowjetunion und der Komintern geprägt und zum vierten trug sie innerparteiliche Kämpfe aus. Es ist nicht möglich, diese vier Ebenen im Gang der Erzählung chemisch rein voneinander zu trennen. Ich versuchte die Debatten so zu schildern, dass Ruth Fischers Platz darin in den richtigen Proportionen sichtbar wird.

Weite Passagen des Buches sind ihrem Beitrag zur Bolschewisierung der KPD gewidmet, der Angleichung an das sowjetische Parteimodell. Dieser Angleichungsprozess mündete in die Stalinisierung. Beide Begriffe sind normativ, doch auch emotional aufgeladen; der Terminus der Bolschewisierung stammt aus der Komintern und war dort positiv besetzt. Der Begriff der Stalinisierung galt als Schlagwort des Gegners, beschreibt aber eine Realität, wenngleich nicht alle Forscher ihn verwenden.

Damit seien frühere Entwicklungen in der Partei, die auf eine Unterordnung unter die Komintern abzielten, nicht geleugnet, noch sollen Tendenzen der Apparateherrschaft bestritten werden, die sich in der KPD zumindest seit 1921 abzeichneten. Auch soll nicht der Eindruck entstehen, mit Ernst Thälmanns Sieg im parteiinternen Machtkampf sei der deutsche Kommunismus *nur* noch eine Sache Moskauer Direktiven gewesen; vielmehr ist zu fragen, welche Erwartungen Thälmann und seine Anhänger in der Partei ansprachen, worin sie Ruth Fischer überlegen waren und warum sie folglich siegten.

Doch reichen die zentralen Fragen der Kommunismusforschung darüber noch hinaus: Warum setzte sich in der kommunistischen Bewegung eine repressive

Herrschaftspraxis gegen das proklamierte Ziel der Gesellschaft von Freiheit und Gleichheit durch? Warum geschah dies, ohne dass dem Ziel offiziell entsagt wurde? Warum war ein autoritäres Parteiverständnis in die Sinnwelt des Kommunismus integrierbar, welchen Widerstand gab es dagegen? Diesen Fragen wollte ich anhand eines Lebenslaufes nachgehen, der ganz im Zeichen des Kommunismus mit allem Pro und Contra stand.

Ruth Fischers Name wurde mir, dem in der DDR aufgewachsenen Historiker, zunächst als Sinnbild des Renegaten nahegebracht. In der Ausbildung an den Universitäten Jena und Leipzig wie im Elternhaus hörte ich jedoch auch differenzierte Töne. War es nicht auch Tragik, die sie werden ließ, was sie wurde? Warum wurde gerade sie mit so tödlichem Hass von Anhängern Hitlers wie Stalins verfolgt? Wie verarbeitete sie den Tod ihres Lebenspartners Arkadij Maslow?

Solche Lebensläufe kommunistischer Intellektueller waren mit entscheidend dafür, dass ich mich schon vor 1989 den „weißen Flecken" der Geschichte dieser Bewegung zuzuwenden suchte. Über Ruth Fischer dachte ich jedoch erstmals intensiver nach einem Gespräch nach, das ich Ende 1999 mit ihrem letzten einstigen Genossen führte, der sie noch als junge Frau gekannt hatte. Der 105-jährige Mathematiker und Kommunist Dirk Struik, Mitkämpfer Ruth Fischers und später ein Opfer der durch sie mitgeprägten Kampagne in den USA, fragte mich, warum es keine Biographie über sie gebe und ob ich denn keine schreiben wolle. Mir fehlte die Zeit dafür. Damals und noch Jahre danach war ich mit anderen Arbeitsaufgaben beschäftigt. So versäumte ich Ruth Fischers Schwägerin Hilde Eisler genauer zu befragen, die ich noch kurz vor ihrem Tode kennenlernte. Doch über die Jahre erschien mir Ruth Fischers Person für das Verständnis von Wegen und Irrwegen des Kommunismus wie des Antikommunismus immer wichtiger, so dass ich mich entschloss, ihrem Leben und seinen Widersprüchen nachzugehen.

Es war ein Leben zwischen den rigiden Strukturen der kommunistischen Bewegung und den transnationalen Netzwerken des Antikommunismus, die Ruth Fischer mitzuknüpfen verstand. Ihre oft widersprüchlichen Urteile über Menschen und Tendenzen speisten sich zuletzt auch aus einer Exilerfahrung mitsamt ihren Brüchen, wie sie vielen ihrer Zeitgenossen auferlegt war.[21] Als Frau in der

21 Folgt man Claus-Dieter Krohns methodischer Unterscheidung zwischen einer Exilforschung, die sich auf das literarische und politische Exil konzentriert, und einer Emigrationsforschung, die die transkulturellen Aspekte der Migration betont, gehört die Beschäftigung mit Leben, Werk und Wirkung Ruth Fischers der erstgenannten Richtung an. Diese bezieht jedoch, worauf Krohn ebenfalls hinweist, durch Betonung der Exilerfahrung gleichfalls transnationale Aspekte immer stärker in ihre Untersuchungen ein, so dass die ursprünglich (vor allem in den USA) augenfällige Differenz beider Forschungsansätze heute eine geringere Rolle spielt. Vgl. Claus-Dieter Krohn, Anfänge der Exilforschung in den USA. Exil,

Politik, dazu mit teilweise jüdischem Familienhintergrund, als ausgestoßene Kommunistin, als Antikommunistin mit gleichwohl Restbeständen ihrer früheren Haltung, zuletzt als unabhängige Linke blieb sie, die lange ihrer Zeit die Marschrichtung vorzugeben meinte, doch stets Außenseiterin.

Mit diesem Buch führe ich meine langjährigen Arbeiten zu exilierten und remigrierten Intellektuellen zwischen Aufstieg und Niedergang des europäischen Kommunismus fort. Manche von ihnen trennten sich von der Bewegung, andere nicht. Wer es tat, musste sich unter dem doppelten Verlust der geographischen wie der politischen Heimat neu orientieren. Anders als in meinen Büchern über Arthur Rosenberg und Ossip Flechtheim stand ich hier vor dem Problem einer Persönlichkeit, die zeitweise erbittert bekämpfte, was sie einst verehrt hatte. Ihr Bruch zog zudem die Familie tief in Mitleidenschaft. Bei der Erforschung dieses Lebens musste ich manche Klischees beiseiteräumen, die Ruth Fischer, ihre kommunistischen und antikommunistischen Kritiker pflegten – und die noch heute den Streit um das Für und Wider des Kommunismus prägen.

Dabei half hoffentlich die Methode der Ideologiekritik: Maßstab meiner Urteile waren die Werte, die am Beginn der Arbeiterbewegung standen – soziale Gerechtigkeit in politischer Freiheit. Beides zusammen macht Demokratie aus. Ihre Formen sind klassen- und zeitgebunden, ihre Werte überzeitlich. Warum Ruth Fischer, die am Anfang und am Ende nach solchen Werten suchte, sie lange missachtete, will das Buch zeigen. Die Zeit, die es beschreibt, mag fern liegen, die Fragen, die es stellt, wohl nicht.

*

Dieses Buch fußt auf langwierigen Archivstudien, die die Kosten in vorher ungeahnte Höhen trieben. Ohne ausgedehnte Reisen und eine insgesamt fast zweijährige Arbeit in den USA wäre es nicht entstanden. Ich bin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die wie die Rosa-Luxemburg-Stiftung auch einen Druckkostenzuschuss beisteuerte, der Yeshiva University in New York, der Mildred Miller Fort Foundation in Columbus (Georgia) und der Houghton Library der Harvard University für dabei notwendige finanzielle Unterstützung sehr dankbar.

Ich danke den Kolleginnen und Kollegen am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam wie auch an der Yeshiva University, der Columbus State University in Georgia und der Houghton Library. Besonders danke ich Prof. Dr. Dr. Ellen Schrecker und Prof. Dr. Konrad H. Jarausch, die meinen Aufenthalt in Harvard mit ermöglichten. Für viele Anregungen danke ich Prof. Dr. Stephen Eric Bronner, Prof. Dr. Marvin Gettleman und Dr. sc. Detlef Nakath. Meine viel zu

Emigration, Akkulturation, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, 30 (2012), S. 1–29, bes. S. 9.

früh verstorbene Potsdamer Kollegin Dr. sc. Simone Barck erläuterte mir vor Jahren die Notwendigkeit, eine Biographie Ruth Fischers zu schreiben. Beim Beschaffen von Quellen halfen vor allem Prof. Dr. Michael Buckmiller, Susanne Götze, Dr. Monika Nakath, Toralf Reinhardt, Dr. Annette Vogt, besonders aber Eleanor Yadin von der New York Public Library. Sie besorgte auch noch die entlegenste amerikanische Publikation von und über Ruth Fischer. Die Doktoranden Marcel Bois, Ralf Hoffrogge und Sebastian Zehetmair halfen mit Quellenmaterial aus ihren laufenden Forschungen für ihre Dissertationsschriften zur KPD-Geschichte; wo ich darauf zurück griff, ist es in den Fußnoten vermerkt. Dr. des. Florian Wilde war so freundlich, mir seine unveröffentlichte Dissertationsschrift über Ernst Meyer zur Verfügung zu stellen. Sie und andere Historiker der jüngsten Generation sorgen schon jetzt für mehr als nur einen „kleinen Boom" der Kommunismusforschung.[22]

Wichtige Hinweise zu US-Geheimdiensten verdanke ich Dr. Mark Stout, den Hinweis auf Ruth Fischers Kontakt zum International Research Department des britischen Geheimdienstes gab Dr. Norman LaPorte. Bernd-Rainer Barth informierte mich über Ruth Fischers langjährige Polizeiüberwachung in der Schweiz und half überhaupt mit seinen Detailkenntnissen zu verschiedenen Geheimdiensten. Der Dank an Prof. Dr. Alexander Stephan, der mich zuerst auf die FBI-Akten verwies, kann ihn nicht mehr erreichen; er verstarb 2009.

Die Zahl der Zeitzeugen, die Ruth Fischer noch gekannt hatten, schmilzt nun zusammen. Ich danke den Professoren Walter Laqueur, Wolfgang Leonhard, Michael Luther, Klaus Meschkat und Hermann Weber, die mir ihre Eindrücke über Ruth Fischers Persönlichkeit mitteilten. Herzlich danke ich posthum Jakob Moneta (1914–2012), der Ruth Fischer in Paris gut kannte und dessen Frau Martha zudem ihre Sekretärin war. Prof. Dr. Theodor Bergmann zeichnete einmal mehr lebendige Bilder von Ruth Fischers Genossen und Widersachern in der KPD und später der KPD-Opposition, deren politischer Weggefährte er bereits vor über achtzig Jahren war. Prof. Dr. Thomas Kroll und Prof. Dr. Eric D. Weitz lasen das gesamte Manuskript im Entwurf und übten in ihren Gutachten hilfreiche Kritik. Der Mühe einer Lektüre unterzogen sich auch Prof. Dr. Frank Bösch und Ronald Friedmann, der zudem sehr bei der Internet-Erschließung Moskauer Archivalien half. Waltraud Peters las Korrektur, erstellte das Namensregister und die Druckvorlage. Dr. Annelie Ramsbrock half bei der Einwerbung von Druckkosten und bereitete das Buch für die Aufnahme in die Reihe „Zeithistorische Studien" vor. Prof. Dr. Thomas Lindenberger hatte die Idee für den Buchtitel „Ein

22 Vgl. Marcel Bois/Florian Wilde, Ein kleiner Boom: Entwicklungen und Tendenzen der KPD-Forschung seit 1989/90, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 18 (2010), S. 309–322.

Leben mit und gegen Kommunisten"; auch ihnen allen bin ich sehr dankbar. Es versteht sich, dass niemand der Genannten für Fehler, die im Buch stecken geblieben sein mögen, oder für darin geäußerte Urteile verantwortlich ist. Für alles Gute und Schlechte habe ich allein einzustehen.

Mein Dank schließt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller im Literaturverzeichnis genannten Archive und folgender Bibliotheken ein: Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Deutsche Nationalbibliothek Leipzig/Frankfurt a. M., Deutsche Staatsbibliothek/Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin, Universitätsbibliothek Potsdam, Harvard Research Libraries, Yeshiva University Libraries, Columbus State University Library, Bobst Library/New York University und New York Public Library. Die Archivalia in den National Archives in College Park (Maryland) sah ich nicht selbst ein; entsprechende Hinweise erhielt ich vor Drucklegung der Arbeit vom dortigen Archivar Eric von Slander. Meine Dankesschuld gegenüber anderen Helfern habe ich in den Fußnoten abgestattet.

Ich nahm die Arbeit am Buch im Jahre 2008 auf, als ich als Gastprofessor an der Yeshiva University mich mit Gerhart Eislers FBI-Akte in New York vertraut machte. Eine erste Skizze der Arbeit notierte ich während meiner Gastprofessur am Center for International Education der Columbus State University 2009–2010.[23] Als Joan Nordell Fellow an der Houghton Library der Harvard University konnte ich zwischen Oktober 2010 und März 2011 nicht nur am Nachlass Ruth Fischers arbeiten; ich begann dort auch mit dem Schreiben des Endmanuskriptes, das ich im September 2012 abschloss.[24]

Mario Keßler

23 Sie wurde zur Grundlage mehrere Vorträge in den USA, aus denen ein Aufsatz entstand: Ruth Fischer: Communist and Anti-Communist Between Europe and America, 1895–1961, in: Logos. A Journal of Modern Society & Culture, 12 2012), Nr. 2/3, http://logosjournal.com/2012/spring-summer_kessler/.

24 Alle Zitate sind in neuer Rechtschreibung angeführt. Russischsprachige Namen werden im Text in Steinitzscher (phonetischer) Schreibweise transkribiert, russische Quellen in den Anmerkungen in der auf dem tschechischen Alphabet aufbauenden deutschen Bibliotheksumschrift transliteriert. Alle Übersetzungen aus fremdsprachigen Quellen und der Literatur stammen vom Autor.

I. Der Weg zum Kommunismus (1895–1919)

Die Lebensgeschichte, die hier erzählt wird, ist in ihren Anfängen mit Wien verbunden. Sie beginnt jedoch in Leipzig, denn dort wurde Ruth Fischer am 11. Dezember 1895 geboren. Ihre Eltern heirateten erst am 27. Juli 1896, und so erhielt das Mädchen, das mit dem Namen Elfriede Maria Fischer geboren war, den Familiennamen ihres Vaters, nämlich Eisler.[1] Es sollte nicht ihre letzte Namensänderung sein.

Eine Kindheit zwischen Leipzig und Wien

Die Verbindung, aus der Ruth Fischer als ältestes von drei Kindern hervorging, war in einem Zeitalter festgefügter Klassen- und Standesschranken zwar nicht einzigartig, doch ungewöhnlich genug. Ihr 1873 in Paris geborener Vater Rudolf Eisler hieß ursprünglich, aufgrund der frankophilen Haltung der Familie, Rudolphe. Dessen Vater, Ferdinand Eisler, war ein geschäftlich zunächst sehr erfolgreicher Tuchhändler, der einen Teil des Jahres mit seiner Frau und den drei Söhnen in einer sehr reich ausgestatteten Wohnung am Boulevard St. Germain in Paris wohnte.[2] Das Familienvermögen erlaubte Rudolf ein Studium der Philosophie zuerst in Wien, dann in Prag und Leipzig. 1894 wurde er in Leipzig mit dem Thema *Die Weiterbildung der Kant'schen Aprioritätslehre bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zur Geschichte der Erkenntnistheorie* promoviert. Sein Doktorvater war kein anderer als Wilhelm Wundt. Rudolf Eisler blieb in Leipzig, um Material für die angestrebte Habilitation zu sammeln.

Die Messestadt verfügte nicht nur über eine Universität, deren geistiges Klima damals liberaler war, als Rudolf Eisler es von Wien her kannte. Leipzig war auch eines der wichtigsten Zentren der deutschen Arbeiterbewegung: Hier war im

1 Ruth Fischers Geburtsurkunde findet sich in Kopie im Hanns-Eisler-Archiv in der Berliner Akademie der Künste unter der Signatur HEA 2541. Das Kind habe „einen Vornamen noch nicht erhalten“, und erst am 18. Februar 1896 erhielt es den Namen Elfriede. In einem weiteren Nachtrag erkannte Rudolf Eisler am 28. Juli 1896 das Kind „als von ihm gezeugt“ an. Dies nach einem Hinweis von Peter Deeg.

2 Vgl. Hanns Eisler, Musik und Politik, Schriften 1948–1962 (Werke, Serie III, Bd. 2), Leipzig/München 1982, S. 113; Ders., Gespräche mit Hans Bunge. Fragen Sie mehr über Brecht (Werke, Serie III, Bd. 7), Leipzig/München 1975, S. 214.

März 1863 mit Ferdinand Lassalles Allgemeinem Deutschen Arbeiter-Verein die unmittelbare Vorläufer-Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der weitaus größten Arbeiterpartei des europäischen Kontinents, entstanden. Das politische Klima zeichnete sich auf bürgerlicher Seite durch Aufgeschlossenheit gegenüber technischen Neuerungen und einen, wenn auch begrenzten sozialen Reformwillen aus. Im Arbeitermilieu gaben radikale Reformgedanken den Ton an, die auch von der *Leipziger Volkszeitung*, dem wichtigsten Organ des marxistischen Flügels der SPD, propagiert wurden. Rudolf Eisler dürfte das in ganz Deutschland und darüber hinaus verbreitete Blatt, für das Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski und Franz Mehring schrieben, schon deshalb gelesen haben, weil er zur Untermiete in einem sozialdemokratischen Haushalt wohnte.[3]

Ida Maria Fischer, die noch nicht achtzehnjährige Tochter des Obermieters, und der einundzwanzigjährige Rudolf Eisler verliebten sich ineinander, und ihr erstes Kind, nämlich Elfriede, war das – zu diesem Zeitpunkt wohl ungeplante – Ergebnis der Verbindung, die zwar von Idas, aber keineswegs von Rudolfs Eltern begrüßt wurde.[4]

Anton Fischer, Ida Marias Vater, kam aus der Nähe von Schwetzingen bei Heidelberg. Er erlernte das Fleischerhandwerk und machte sich mit siebzehn Jahren auf Wanderschaft, wobei er um 1873 nach Leipzig kam. Hier fand er Arbeit in einem Schlachthof und heiratete seine Frau Regine, die aus dem rund 20 Kilometer südöstlich von Leipzig gelegenen Dorf Pomßen stammte. Der 1875 geborenen Tochter Ida Maria folgten drei weitere Kinder: Hedwig, Karl und Kurt.[5]

Einen ganz anderen Familienhintergrund hatten Rudolf Eislers Eltern.[6] Sie waren Juden und aus dem Böhmischen in die Hauptstadt der österreichisch-unga-

---

3 Zum Leipziger geistig-politischen Klima der Zeit vgl. das Einleitungskapitel bei Werner Bramke/Silvio Reisiger, Leipzig in der Revolution von 1918/19, Leipzig 2009, S. 27–39.

4 Ruth Fischers Sohn Gerard Friedlander schrieb in seinen unveröffentlichten Lebenserinnerungen, dass zwei andere Versionen über die Bekanntschaft von Ida Fischer und Rudolf Eisler in der Familie kursierten: Eisler habe seine Frau beim Kauf von Würsten kennen gelernt bzw. als Gasthörerin der Leipziger Universität. Vgl. Collection International Institute of Social History: Ruth Fischer Memoirs by her son Gerard Friedlander, unveröff. Manuskript, 1995, S. 3 (im Folgenden zit. als: Friedlander, Memoirs). Dass er als Untermieter bei Ida Fischers Eltern wohnte, bestätigten jedoch auch Hanns und Gerhart Eisler. Vgl. die im Folgenden genannten Quellenangaben.

5 Vgl. Ronald Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie, Berlin 2007, S. 14.

6 Gerard Friedlander schrieb, dass der Rechtshistoriker Guido Kisch, ein Verwandter, die Familiengeschichte erforschte und er selbst sich auf dessen Angaben teilweise stützte. Kisch (1889–1985) lehrte an den Universitäten Halle und Basel. Dazwischen war er als Exilant am Hebrew Union College in Cincinnati tätig. Vgl. Friedlander, Memoirs, S. 2.

rischen Monarchie gezogen. Beinahe jeder zehnte Einwohner der Zweimillionenstadt war um 1900 jüdischer Konfession; die Wiener Gemeinde war damit die größte jüdische Gemeinde der Welt. Wie die Mehrzahl der Wiener Juden waren die Eislers weitgehend säkularisiert. Mehr noch: Sie praktizierten die Religion bestenfalls an den Hohen Feiertagen, und bald auch dann nicht mehr. Dennoch verwiesen die Eislers, und besonders Elfriedes Bruder Hanns, gelegentlich mit leichter Selbstironie auf die Tatsache, dass zu den Vorfahren dieser Familie von Agnostikern der legendäre Prager Rabbi Löw gehörte. Dadurch waren die Eislers auch mit Egon Erwin Kisch, einem künftigen Freund der beiden Brüder, verwandt, dessen Ahnenreihe sich ebenfalls auf den Rabbiner zurückverfolgen ließ.[7]

Rudolf Eislers Vater war um eine möglichst vollständige Assimilation an die Wiener bürgerliche Gesellschaft bemüht. Die Verbindung seines Sohnes mit einem Mädchen aus sozialdemokratischer Familie konnte dabei nur stören, galten doch Juden, speziell Wiener Juden, ohnehin als ein Element des sozialen Radikalismus und der aufkommenden kommunistischen Bewegung. „Eine solche Zuschreibung konnte nur ein Lächeln auf den Gesichtern derer hervorrufen, die die wirkliche Situation kannten", schrieb Ruth Fischers Zeit- und Weggenosse Franz Borkenau. „Denn die große Mehrzahl der Wiener Juden war in ihren politischen Auffassungen stets konservativ gesinnt."[8]

Gewiss sind hier Nuancierungen angebracht: Ein guter Teil des jüdischen Besitz- wie Bildungsbürgertum, dem Stefan Zweig in seinem Erinnerungswerk *Die Welt von gestern* sein Denkmal gesetzt hat, verstand sich als apolitisch und neigte entweder (wie Borkenaus Vater) zum Konservatismus, oft aber eher zum Liberalismus, zum kleineren Teil war es linksorientiert. Die politische Rechte, auch die Christlichsoziale Partei des „gemäßigten" Antisemiten und Wiener Bürgermeisters Karl Lueger, war für Juden kaum wählbar. Zudem gab es unter Juden eine stärkere Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Tendenzen in Kunst und Wissen-

---

7 Vgl. Christian Glanz, Hanns Eisler. Werk und Leben, Wien 2008, S. 24. – Unmittelbar vor Drucklegung dieser Arbeit erschien die Biographie von Friederike Wißmann, Hanns Eisler. Komponist, Weltbürger, Revolutionär, München 2012, auf die hier nachdrücklich hingewiesen sei.

8 Franz Borkenau, Austria and After, London 1938, S. 105f. – „Während die Gleichsetzung von Juden und Kapitalismus durch die Antisemiten auf einer Übertreibung beruhte, war die Gleichsetzung von Juden und Kommunismus eine verzerrte Wahrnehmung der Wirklichkeit. [...] Diese Gleichsetzung beruhte auf der Tatsache, dass, während Juden tatsächlich Kommunisten waren, unter Kommunisten Männer und Frauen jüdischer Herkunft in der Tat herausragten. Der ‚jüdische Bolschewismus' war ein Mythos. Aber wie jeder Mythos hatte er genügend Bezug zur Wirklichkeit, um das Phantom eben als Wirklichkeit erscheinen zu lassen." Jerry Z. Muller, Capitalism and the Jews, Princeton/London 2009, S. 135.

schaft als allgemein üblich. Da moderne Kunst und Wissenschaft – wenn auch keineswegs alle ihre Vertreter – international orientiert sind, musste diese Tatsache sozusagen einen Nerv jener Bevölkerungsgruppe berühren, die auf Grund historischer Umstände über verschiedene Länder verteilt und oft in den Zwischenwelten unterschiedlicher Kulturen lebte.

Die daran tendenziell (wiederum keineswegs generell) geknüpfte Aufgeschlossenheit gegenüber sozialen Fragen kann als ein Grund dafür gesehen werden, dass, wie auch dieses Buch zeigen wird, auf der radikalen Linken relativ viele jüdische Namen auftauchen. Ein anderer Grund für radikalere Tendenzen unter den Wiener Juden war ihre teilweise doppelte Zurücksetzung in der Gesellschaft, denn nicht alle Juden waren Teil des Bürgertums. Gerade unter den Zuwanderern der ersten Generation, die aus den wirtschaftlich rückständigen Gebieten des Reiches, der Bukowina und Galizien, in die Hauptstadt gekommen waren, lag der Anteil von Proletariern und proletarisierten Handwerkern sogar über dem Wiener Durchschnitt. Aus dieser Bevölkerungsgruppe wuchsen den neuen sozialen Bewegungen der damaligen Zeit viele Aktivisten zu: dem Kommunismus, aber ebenso auch dem sozialistischen Zionismus.[9] So entstand zwischen Juden und „gesellschaftlicher Utopie" in Michael Löwys Worten eine geistige und politische „Wahlverwandtschaft."[10]

Doch das Gros des jüdischen Bürgertums suchte sich, wie andere Wirtschafts- und Bildungsbürger, dem sozialen Status quo anzupassen. Seine erfolgreichen Vertreter wollten an die proletarischen oder halbproletarischen Ursprünge der eigenen Familien – einem Milieu, dem sie mit harter Anstrengung entkommen waren – oft nicht mehr erinnert werden, und die Eislers bildeten keine Ausnahme: Die Tochter eines Fleischers, selbst wenn sie durch die Institutionen der Leipziger Arbeiterbildung gegangen, belesen und kulturell interessiert war, erschien ihnen nicht standesgemäß. Daran änderte die Tatsache nichts, dass Ida als Gasthörerin an der Leipziger Universität zugelassen war und sogar kleinere Artikel für die *Leipziger Neuesten Nachrichten*, das Blatt des liberalen Bürgertums, verfasst hatte.[11] Hinzu trat für die Eislers erschwerend, dass ihre angehende Schwiegertochter

9 Zum Antisemitismus (und zur sozialen Lage der Juden) in Wien vgl. u. a. Peter G. J. Pulzer, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914, Gütersloh 1966, Neuausgabe Göttingen 2004; Bruce F. Pauley, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Wien 1993; Brigitte Hamann, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München/Zürich 1998.

10 Michael Löwy, Erlösung und Utopie. Jüdischer Messianismus und libertäres Denken. Eine Wahlverwandtschaft, Berlin 1997, S. 19.

11 Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 15.

keine Jüdin war. Würde sie nicht Restbestände antisemitischer Auffassungen mit sich herumtragen? Diese Befürchtung erwies sich als vollkommen grundlos, und doch sollte es viele Jahre dauern, bis Ida in der Eisler-Familie voll akzeptiert wurde. Dazu musste es zum ökonomischen Ruin der Familie kommen, und erst als Ida sich um ihren davon gesundheitlich schwer mitgenommenen Schwiegervater kümmerte und ihn aufopferungsvoll pflegte, gewann sie dessen Zuneigung.[12]

Als das Textilgeschäft der Eislers kurz nach 1900 bankrott ging, mussten sich die drei Söhne auf eigene Füße stellen. Gaston, der älteste, übernahm den Betrieb des Vaters und schaffte den ökonomischen Wiederaufstieg innerhalb der Bürgerwelt. Armand wurde ein erfolgreicher Anwalt. Hingegen blieb Rudolfs Existenz lange prekär. Er war viele Jahre auf finanzielle Hilfe des Bruders Armand angewiesen. 1901 kehrte er mit seiner Familie aus der Hofmeisterstraße, ganz im Zentrum Leipzigs, nach Wien zurück und bezog eine Wohnung in der Löwengasse im 3. Gemeindebezirk. 1907 zog sie in die Sebastian-Kneipp-Gasse, in den 2. Bezirk, um.[13] Die Familie hatte sich inzwischen um zwei, 1897 und 1898 geborene Söhne vergrößert. Gerhart, der ältere von beiden, zeigte früh ein schriftstellerisches Talent und starkes Interesse an politischen Tagesfragen, Johannes, der sich später Hanns nannte, ragte durch eine ungewöhnliche musikalische Begabung unter seinen Schulkameraden heraus.

Als Jude, der zwar agnostisch gesinnt war, doch die für eine Universitätskarriere erforderliche Taufe aus prinzipiellen Gründen verweigerte, bekam Rudolf Eisler nach erfolgter Habilitation keine Chance auf eine Professur in Österreich. Seine Tochter schrieb später, ihr Vater habe die Hoffung, dennoch in Wien Professor zu werden, nie aufgegeben und deshalb die Chance einer Universitätslaufbahn in Minas Gerais in Brasilien und selbst in der Schweiz nicht wahrgenommen. „Seine philosophischen Anschauungen waren liberal und antimarxistisch, allgemein recht unbestimmt und abstrakt, aber er war durchaus ein Mensch, der sich sozial fortschrittlichen Bewegungen anschloss. Seine Gedankenwelt bestand aus allen möglichen ‚Ismen': Monismus, Eugenik, Frauenemanzipation, Kindeswohlfahrt, dem Kampf gegen Prostitution und Geschlechtskrankheiten, Pazifismus, Neue Ethik usw., Bildung und Fortbildung der Menschheit und Hebung ihrer Lebenslage."[14]

---

12 Vgl. Ruth Fischer, Autobiographical Notes. Summary (1942 und 1944), in: Houghton Library, Harvard University, Cambridge (Massachusetts), bMS Ger 204: Ruth Fischer Papers (im Folgenden: Ruth Fischer Papers), Mappe Nr. 2507; auch abgedruckt in: Peter Lübbe (Hg.), Ruth Fischer – Arkadij Maslow, Abtrünnig wider Willen. Aus Reden und Manuskripten des Exils, München 1990 (im Folgenden zitiert als: Abtrünnig wider Willen), hierzu S. 443.

13 Vgl. Wißmann, Hanns Eisler, S. 35.

14 Ebd., S. 443. Hiernach auch das Folgende.

Rudolf Eisler schrieb unermüdlich, wobei ihm seine Frau Ida beim Korrekturlesen und Bibliographieren zur Seite stand. So erschienen in rascher Folge allein bis 1914 unter anderem an Monographien und Broschüren: *Grundlagen der Erkenntnistheorie* (1900), *Das Bewusste der Außenwelt* (1901), *Nietzsche's Erkenntnistheorie und Metaphysik* (1902), *Wilhelm Wundt's Philosophie und Psychologie. In ihren Grundzügen dargestellt* (1902), *Soziologie. Die Lehre von der Entstehung und Entwicklung der menschlichen Gesellschaft* (1903), *Kritische Einführung in die Philosophie* (1905), *Deutsche Kulturgeschichte* (1905), *Allgemeine Kulturgeschichte* (1905), *Leib und Seele. Darstellung und Kritik der neueren Theorien des Verhältnisses zwischen physischem und psychischem Dasein* (1906), *Geschichte der Wissenschaften* (1906), *Einführung in die Erkenntnistheorie* (1907), *Geschichte des Monismus* (1910), *Geschichte der mittelalterlichen Philosophie* (1913). Als Rudolf Eislers Hauptwerk darf das *Wörterbuch der philosophischen Begriffe und Ausdrücke* gelten, das bereits 1900 in drei Bänden erschien.[15] Bleibende Verdienste erwarb er sich auch mit der Herausgabe des *Kant-Lexikons*, dem posthum 1930 erschienenem Standardwerk, das bis heute in zahlreichen Auflagen und Übersetzungen zum Fundus philosophischer Lehre und Forschung gehört.[16]

In seinen philosophischen Auffassungen neigte Rudolf Eisler eher dem in Deutschland, vor allem in Marburg, vertretenem Neukantianismus als der empiriokritizistischen Denkweise der (ersten) Wiener Schule um Ernst Mach zu. Einen Teil seines Lebensunterhaltes verdiente er durch Beiträge für die *Neue Freie Presse* sowie als Übersetzer, so unter anderem von Gustave Le Bons *Psychologie der Massen*.[17] Dies, die Zuwendungen durch seinen Bruder Armand und schlecht bezahlte, durch Kolleggelder nur wenig aufgebesserte Lehraufträge an der Wiener Universität ermöglichten Rudolf Eisler und seiner Familie einen bescheidenen, indes durch Bildungsgüter veredelten bürgerlichen Lebensstil. Schon früh wurden die Kinder an Bücher herangeführt. Natürlich waren es zuerst die Märchen, dann die Sagen des klassischen Altertums wie auch die Nibelungen-Sage, deren Geschichte die Geschwister besonders gern nachspielten. Elfriede, von ihren Brüdern „Fritzi" genannt, war natürlich Kriemhild, während Hanns und Gerhart sich die zahlreichen Männerrollen teilen mussten.[18] Mit welcher Leidenschaft Elfriede ihre Brüder der Ermordung ihres Lebenspartners anklagte, lässt sich nur erahnen. Noch war es Spiel.

---

15 Rudolf Eisler, Wörterbuch der philosophischen Begriffe, neu hg. von Karl Roretz, Literaturverzeichnis von Ida Fischer, 3 Bde. Berlin 1927–1930.

16 Ein Nachdruck dieses Werkes erschien zuletzt 2009.

17 Vgl. Wißmann, Hanns Eisler, S. 138.

18 Vgl. Jürgen Schebera, Hanns Eisler. Eine Biographie in Texten, Bildern und Dokumenten, Mainz u. a. 1998, S. 14f.; Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 18.

Der Vater selbst sang gern, besonders Lieder aus dem Repertoire von Hugo Wolf. Er liebte auch Mozart und Beethoven, keinesfalls aber Wagner. Dabei aber war in der Familie weder Geld für Musikunterricht noch für ein eigenes Klavier vorhanden. Gerhart, dem eine schöne Stimme bescheinigt wurde, und Ruth gaben den vom Vater verordneten Klavierunterricht bald auf.[19] Hanns hingegen übte solange auf einem Leihklavier, bis sich sein Vater sogar dieses aus finanziellen Gründen nicht mehr leisten konnte. Er brachte sich die musikalischen Grundkenntnisse notgedrungener Maßen autodidaktisch bei und dachte sich seine ersten Kompositionen im Alter von zehn Jahren im Kopf aus.[20] Diese frühen Kompositionen sind verlorengegangen, wobei einige von ihnen von der Wiener Staatspolizei beschlagnahmt wurden.[21] Erste Werke sind aus dem Jahre 1917 bekannt.[22]

1911 übersiedelte die Familie in die Schüttelstraße 19a, die ebenfalls im 2. Bezirk liegt.[23] Nach dem Besuch der Volksschule gingen die Geschwister auf das Zweite k.u.k. Staatsgymnasium, das von Jesuiten geleitete Rasumofsky-Gymnasium in der damaligen Sophienbrückengasse (der heutigen Kundmanngasse). Wie fast überall in der Monarchie wurden Jungen und Mädchen dort noch in getrennten Klassen unterrichtet. Wohl schon damals lernte Hanns zwei musikalisch interessierte Klassenkameraden Gerharts kennen: den späteren Komponisten Viktor Ullmann, der 1944 in Auschwitz ermordet wurde, und den Dirigenten Joseph Travnicek (später Trauneck), dem die Flucht nach Südafrika gelang. In direkter Nachbarschaft, in der Joseph-Gall-Gasse, wohnte der 1830 geborene Komponist Karl Goldmark, ein damals erfolgreicher Spätromantiker, über ihm im gleichen

---

19 Vgl. ebd. , S. 16; Nathan Notowicz, Wir reden hier nicht von Napoleon. Wir reden von Ihnen! Gespräche mit Hanns Eisler und Gerhart Eisler, Berlin [DDR] 1971, S. 32. In diesem Gesprächsbuch wird Ruth Fischer nicht ein einziges Mal erwähnt, doch sprach Gerhart Eisler einmal von den „drei kleinen Kindern" (ebd., S. 213), was weder ihm noch Notowicz oder den redaktionellen Bearbeitern, die nach Notowcz' Tod das Manuskript in Druck gaben, auffiel. Der Buchtitel bezog sich auf eine harsche Intervention von Parnell Thomas, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Unamerikanische Tätigkeit, gegenüber Hanns Eisler, worüber im 6. Kapitel berichtet wird.

20 Vgl. Hanns Eisler, Selbstbiografie II, in: Musik und Politik, S. 363. Wichtige Informationen zu Hanns Eisler finden sich im Internet unter www.hanns-eisler.com, mit zahlreichen Beiträgen der Hanns-Eisler-Gesellschaft.

21 Darunter ein Antikriegs-Oratorium, das er als Soldat schrieb. Vgl. Friedlander, Memoirs, S. 6.

22 Vgl. H. Eisler, Gespräche mit Hans Bunge, S. 214; Glanz, Hanns Eisler, S. 156. Ein Skizzenbuch mit Kompositionen Hanns Eislers verbrannte während seines Kriegsdienstes im Feld. Vgl. Notowicz, Wir reden hier nicht von Napoleon, S. 31.

23 Dies nach einer stadtgeschichtlichen Studie des Wiener Praterviertels, einzusehen im Internet unter pratercottage.posterous.com/41520712.

Haus ab 1913 die deutsch-bulgarische Familie Canetti, deren jüngster Sohn Elias, 1905 geboren, indes zu jung war, um die Wege der Eisler-Geschwister zu kreuzen.[24]

Hanns und Gerhart waren trotz ihrer etwas kleinen und dicklichen Statur begeisterte Fußballspieler auf der Jesuitenwiese im Wiener Prater nahe der elterlichen Wohnung. Beim Fußballspiel lernten sie einen Kameraden kennen, mit dem Hanns Eisler eine lebenslange Freundschaft und auch berufliche Zusammenarbeit verbinden sollte: den künftigen Dirigenten Jascha Horenstein.[25] Die Brüder hielten zusammen, doch zerstritten sie sich auch, und eine Zeitlang sprachen sie nicht miteinander – sehr zum Kummer und Ärger der Eltern.[26] Manchen Erzählungen zufolge absolvierte Gerhart das Gymnasium nur mit mäßigem Fleiß, so dass seine Zensuren, von Sport abgesehen, nur genügend waren. Dem steht entgegen, dass er ein Freistipendium wegen guter Leistungen erhielt.[27] Hanns' Noten waren zumeist recht gut, ohne dass er größere Anstrengungen aufwenden musste. Schon früh zeigte sich bei ihm eine Leichtigkeit in der Auffassungsgabe, die ihn aber niemals dazu verführte, sich seine Kenntnisse nur oberflächlich anzueignen. Er hatte die seltene Gabe, Menschen durch seine Klugheit zu beeindrucken, ohne dass diese sich durch sein immenses Wissen erdrückt fühlten.[28] Über Elfriedes Leistungen auf dem Gymnasium ist nichts bekannt. Die Religionszugehörigkeit der Geschwister wurde als „konfessionslos“ angegeben, was ihnen einen Außenseiter-Status verlieh.[29]

---

24 Vgl. ebd. sowie Wißmann, Hanns Eisler, S. 37f. Der spätere Literatur-Nobelpreisträger Canetti beschrieb die Gegend im ersten Teil seiner Autobiographie und schilderte auch erste Erfahrungen mit dem Antisemitismus, worüber die Eisler-Geschwister nichts berichteten. Vgl. Elias Canetti, Die gerettete Zunge. Geschichte einer Jugend, Berlin [DDR] 1983, S. 135f.

25 Vgl. pratercottage.posterous.com/41520712.

26 Vgl. Friedlander, Memoirs, S. 5.

27 So Hilde Eisler im Nachwort zu: Gerhart Eisler, Auf der Hauptstraße der Weltgeschichte. Artikel, Reden und Kommentare 1956–1968, Berlin [DDR] 1968, S. 385.

28 So schrieb Stephan Hermlin im Nachwort zu H. Eisler, Gespräche mit Hans Bunge: „Unter den sehr klugen Leuten, denen ich im Laufe meines Lebens begegnete, war Hanns Eisler wahrscheinlich der klügste. Diese Intelligenz hatte für den Gesprächspartner nichts Einschüchterndes, Niederdrückendes; sie ermutigte vielmehr, sie war fordernd und fördernd. Jeder versuchte, ihm gegenüber das Beste zu geben. Eine enorme philosophische und literarische Bildung korrespondierte mit seiner hochtrainierten kompositorischen Technik.“ Ebd., S. 412. Eine ebenso gute Meinung hatte die Familie Mann: „Er war gebildet, voller Esprit und tatsächlich sehr amüsant“, schrieb Katja Mann über Hanns Eisler. Katja Mann, Meine ungeschriebenen Memoiren, Berlin [DDR] 1977, S. 151.

29 Vgl. Fred Fischbach, Hanns Eisler. Le musicien et la politique, Bern u. a. 1999, S. 4.

Ruth Fischer erinnerte sich später, dass sie als Heranwachsende das Wien der ausgehenden franzisko-josephinischen Ära in einer prachtvollen Scheinstabilität wahrnahm, als Hauptstadt eines nur „scheinbar mächtigen Reiches."[30] Ungeachtet des parlamentarischen Regimes wurde die Monarchie, so Felix Gilbert, „diktatorisch regiert. Die anachronistische Daseinsweise dieser Monarchie verlieh Österreich-Ungarn und vor allem dem Wien der Vorkriegsjahre jedoch eine spezielle Note. Das aristokratische und kosmopolitische Wien schien eine überfeinerte kulturelle Tradition zu bewahren, die im übrigen Europa verschwand."[31] Leo Trotzki, der vor dem Ersten Weltkrieg als Emigrant in Wien lebte, blickte jedoch hinter die glänzende Fassade. Er notierte das „lächerliche Mandarinentum der Wiener Akademiker" und bemerkte sarkastisch, sogar die besten Parteiführer der Sozialdemokratie hätten sich „im österreichischen Getümmel um Lappalien verausgabt."[32]

Das oft verdrängte, dennoch weitverbreitete Krisenbewusstsein fand besonders in den wachsenden nationalen Spannungen seinen Ausdruck. Im Zeitalter des Imperialismus geriet die Idee des übernationalen Vielvölkerstaates in Misskredit. Noch suchte die Arbeiterbewegung dem zu begegnen. Ihre offiziellen Verlautbarungen beschworen die Verbindung von Sozialismus, Internationalismus und Pazifismus. Dies verfehlte nicht ihre Wirkung auf junge Menschen, zumal wenn sie (ganz oder teilweise) jüdischer Herkunft und somit tendenziell marginalisiert waren. Diese relative Außenseiterstellung wurde auch nicht dadurch aufgehoben, dass Wiener jüdischer Herkunft oder Abstammung sich in vielem von dem hervortaten, was heute mit dem Begriff der Wiener Moderne verbunden wird.[33]

30 Fischer, Autobiographical Notes, S. 441.

31 Felix Gilbert, The End of the European Era, 1890 to the Present, New York 1970, S. 74.

32 Leo Trotzki, Mein Leben. Versuch einer Autobiographie, Frankfurt 1981, S. 187f. – Die modernere Forschung hat sich von solch pointierten Deutungen, die dennoch das Zeitklima gut widerspiegeln, inzwischen etwas entfernt. Vgl. die Bestandsaufnahme bei Gotthart Wunberg/Johannes J. Braakenburg (Hg.), Die Wiener Moderne. Literatur, Kunst und Musik zwischen 1890 und 1910, 3. Aufl., Stuttgart 2006. Zur Tätigkeit Trotzkis und zu seinem Umfeld in Wien vgl. Paul Kontos, Russische Revolutionäre in Wien 1900–1917, Wien 1993, S. 39–56.

33 Von den zahlreichen Werken, die diesen Aspekt mit Blick auf Wien erörtern, seien außer den soeben genannten Arbeiten Carl E. Schorske, Wien. Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle, Frankfurt 1982, Hilde Spiel, Glanz und Untergang. Wien 1866 bis 1938, München 1994, Nicholas Parsons, Vienna. A Cultural History, Oxford/New York 2009, und der frühe „Klassiker" von Albert Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich, Wien 1949 (Neuausgaben mit Vorworten von Georg Knepler bzw. Friedrich Heer, Wien 1978 und 1984) erwähnt.

Es waren schließlich jene Disziplinen in Wissenschaft und Kunst – von der Psychoanalyse bis zur Sozialgeschichte –, die zwar neue Wege des Denkens erschlossen, denen aber das etablierte Wiener Bürgertum bestenfalls mit Skepsis, meist mit offener Ablehnung begegnete. Einzig in der Architektur und der Malerei war der „jüdische Faktor" weniger ausgeprägt. Doch jene Bereiche, für die die Eisler-Geschwister ein (je unterschiedlich) starkes Interesse zeigten, nämlich die musikalische Avantgarde, Literaturkritik, Psychologie und linke Politik, galten als jüdisch beeinflusst. Wer sich ihnen zuwandte, manövrierte sich, in Hans Mayers Worten, in eine „intentionelle" Außenseiterstellung. Das bedeutete: Eine Form der Isolierung, nämlich die, Jude zu sein, wurde gegen eine andere Form eingetauscht, nämlich die der Existenz als Linker.[34] „Der Nationen übergreifende Charakter jüdischer Existenz", schreibt auch Helga Grebing, „bewirkte die Affinität zu den international begründeten Ideen des Sozialismus."[35]

Zuerst trat Elfriede, danach auch, sobald es die Altersgrenze von vierzehn Jahren gestattete, Gerhart und Hanns der milde „antibürgerlich" gestimmten Freideutschen Jugend bei. Zusammen mit einer Reihe von Schulkameraden gründeten sie einen „Debattierklub", einen Lesezirkel, den sie zuerst „Hydra", dann aber bereits „Sprechklub sozialistischer Mittelschüler" nannten, und in dem sie, dem französischen Biographen Hanns Eislers zufolge, vor allem „die relativ leicht zugänglichen Schriften von Marx und Engels" lasen.[36] Sie versuchten sich auch an der Herausgabe einer Zeitschrift, die sie *Jugendprobleme* nannten, wobei Gerhart erstmals sein journalistisches Talent erkennen ließ.[37] Er beschrieb später diesen Wiener Jugendzirkel, dem sich auch Gymnasiasten anderer Schulen anschlossen, als eine „Mischung von bürgerlicher und sozialistischer Bewegung der Mittelschüler", die zu etwa achtzig oder neunzig Prozent aus Bürgerkindern bestand.[38]

Bei der Marx-Lektüre stand der Psychologe Siegfried Bernfeld Pate. 1892 geboren und somit nur drei Jahre älter als Elfriede, wurde er für sie und ihre Brüder zum, nach dem Vater, wichtigsten geistigen Mentor ihrer Jugendjahre.[39] Er stu-

---

34 Hans Mayer, Außenseiter, Frankfurt 1975, S. 18.

35 Helga Grebing, Jüdische Intellektuelle und ihre politische Identität in der Weimarer Republik, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Nr. 34 (2005), S. 12.

36 Fischbach, Hanns Eisler, S. 4.

37 Vgl. pratercottage.posterous.com/41520712.

38 Notowicz, Wir reden hier nicht von Napoleon, S. 215.

39 Vgl. hierzu und zum Folgenden die Einleitung der Herausgeber zu: Sabine Hering/Kurt Schilde (Hg.), Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt 1995, hierzu S. 11. Mathilde Montagnon, Ruth Fischer 1895–1961. Itinéraire d'une communiste oppositionnelle, Université Pierre Mendès-France, Institut d'Etudes, Grenoble 1998, S. 15, irrt, wenn sie schreibt, Bernfeld sei später unter dem Namen Karl Frank politisch aktiv gewesen. Frank und Bernfeld waren zwei verschiedene Personen.

dierte seit 1911 in Wien eine Reihe von Fächern, darunter neben Biologie und Geologie auch Philosophie, Soziologie, Pädagogik und vor allem Psychologie. Bernfeld initiierte eine Reihe von Vereinigungen, in denen er eine Art Schülerschaft sammelte, darunter die Eisler-Geschwister. Eine dieser Gruppen war der Akademisch-Pädagogische Verein, in dem Elfriede eine der Sprecherinnen wurde. Bereits vorher war die Gymnasiastin einem Akademischen Komitee für Schulreformen beigetreten.

1915 wurde Siegfried Bernfeld, Anhänger Sigmund Freuds und des Reformpädagogen Gustav Wyneken, mit einer Arbeit *Über den Begriff der Jugend* promoviert, zugleich sympathisierte er mit den linkszionistischen und genossenschaftlichen Ideen Martin Bubers, war jedoch auch Vertreter einer Lebensweise, die eine freie Liebe jenseits anerkannter Sexualnormen durchaus einbezog. In der Person Bernfelds verkörperten sich wie in einem Brennglas die jugendbewegten Tendenzen der Zeit: ein ethisch betonter Sozialismus, der Marx und Engels Respekt zollte, dem aber ein ins Mythische reichende Gemeinschaftserlebnis wichtiger war als die bloß rationale Analyse der Gesellschaft. Es war gerade dieses Gemeinschaftserlebnis, das, wenn es immer mehr zum Selbstzweck wurde, die „Generation von 1914" auch offen machte für den Missbrauch ihrer Ideale im Sinne einer zur „Volksgemeinschaft" verklärten Kriegs- und Eroberungspolitik.[40]

Diese problematische Konstellation zeigte sich im Lebensweg eines der frühen Weggefährten der Geschwister, nämlich des angehenden Schriftstellers Arnolt Bronnen. Er war es wohl, der dem Kreis sozialistischer Jugendlicher um Bernfeld die Idee eingab, die etwas ungeordneten Debatten in Form sogenannter Hetärien zu strukturieren. Der Name leitete sich von den altgriechischen politischen Netzwerken wie von den intellektuellen Geheimbünden des griechischen Freiheitskampfes um 1820 ab. Doch gerade Bronnen, dessen erstes Drama *Recht auf Jugend* 1913 schon durch seinen Titel zum Fanal wurde, war und blieb eher ein Rebell aus Selbstzweck denn ein revolutionärer Kämpfer gegen soziales Unrecht, obgleich er dies zu sein stets betonte. Dieses Rebellentum an sich, das dennoch der Bestätigung einer autoritären Gegenmacht zur herrschenden Ordnung bedurfte, sollte Bronnen zu verschiedenen Zeiten seines Lebens zum Anhänger des Faschismus wie dann des Stalinismus machen.[41]

---

40 Vgl. Karl Fallend, Von der Jugendbewegung zur Psychoanalyse, in: Ders./Johannes Reichmayr (Hg.), Siegfried Bernfeld oder die Grenzen der Psychoanalyse, Frankfurt/Basel 1992, S. 48–68, bes. S. 53. Zur Gesamtproblematik vgl. Walter Laqueur, Die deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie, Köln 1962, bes. S. 101–113.

41 Vgl. Friedbert Aspetsberger, Youth Movement, Womb Phantasies and „Crystal" Maps. Arnolt Bronnen's Fascism Around 1930, in: Kenneth Segar/John Warren (Hg.), Austria in the Thirties. Culture and Politics, Riverside (California) 1991, S. 89–117, bes. S. 95f.

Hingegen blieb Franz Borkenau, der erst am Ende des Krieges zum enthusiastischen „Bernfeldianer“ wurde und zu dessen Kreis stieß, gegen faschistische wie stalinistische Verlockungen immun, nicht aber gegenüber einer äußerst illiberalen Variante des Antikommunismus; dabei sollten sich seine Wege mit denen Ruth Fischers kreuzen.[42] Auch Karl Frank, ein Kommilitone Bernfelds und wie dieser der Psychoanalyse zugetan, wurde und blieb Zeit seines Lebens ein scharfer Kritiker Hitlers wie Stalins, ohne aber zum Antikommunisten zu werden.[43]

Der Kriegsbeginn 1914 wurde zur intellektuellen Wegscheide, der für die Kinder der Eisler-Familie wie für eine ganze Generation von Altersgenossen die Weichen ihres Lebens neu stellte.[44] „Viele hatten immer wieder gesagt“, so Eva Priester, „dass das alte Österreich zerbrechen, die alte Zeit auf immer vergehen musste. Aber nur wenige wussten, dass dies das Ende war.“[45]

Krieg, Revolution und Familie

„Ich war jung und sensibel und wollte eine gute, schöne und wahrhaftige Welt“, schrieb Ruth Fischer im New Yorker Exil. „Doch in diese Tagträume brach der

42 Zu Borkenau vgl. jetzt vom Verfasser: Kommunismuskritik im westlichen Nachkriegsdeutschland. Franz Borkenau, Richard Löwenthal, Ossip Flechtheim, Berlin 2011, S. 13–73, sowie Ders. [Mario Kessler], Between Communism and Anti-Communism: Franz Borkenau, in: Axel Fair-Schulz/Mario Kessler (Hg.), German Scholars in Exile. New Studies in Intellectual History, Lanham (Maryland) u. a. 2011, S. 93–120 (und die jeweils dort verwertete Literatur). Vgl. weiterhin Birgit Lange-Enzmann, Franz Borkenau als politischer Denker, Berlin 1996.

43 Zu Frank vgl. dessen umfangreichen Nachlass, die Karl Frank Collection, im Archiv der Hoover Institution, Stanford (California) sowie Reinhard Müller [Graz], Karl B. Frank alias Paul Hagen (1893–1969), in: Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Newsletter Nr. 12 (November 1995), S. 10-18, und den biographischen Abriss bei Theodor Bergmann, Gegen den Strom. Die Geschichte der KPD-Opposition, 2. Aufl., Hamburg 2001, S. 440f.

44 Zum Kriegsbeginn als Generationsbruch der kurz vor 1900 Geborenen vgl. Robert Wohl, The Generation of 1914, London 1980, George L. Mosse, Der Erste Weltkrieg und die Brutalisierung der Politik. Betrachtungen über die politische Rechte, den Rassismus und den deutschen Sonderweg, in: Manfred Funke u. a. (Hg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt in politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Bonn 1987, S. 127–140, und François Furet, Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München/Zürich 1996, S. 53–85.

45 Eva Priester, Kurze Geschichte Österreichs, Bd. 2: Aufstieg und Untergang des Habsburgerreiches, Wien 1949, S. 564.

Erste Weltkrieg ein." Die Habsburgermonarchie bedeutete ihr „gar nichts." Sie konnte, betonte sie, „nicht verstehen, dass auch nur ein einziger Mann für das Überleben dieses altersschwachen Reiches sterben sollte." In der Wiener Universität, die sie zum Wintersemester 1914–15 bezog, traf sie Studenten verschiedenster Nationalitäten. „Sie alle waren miteinander verfeindet, aber sie alle waren gegen die österreichisch-ungarische Regierung. Ich wurde ein bald recht bekanntes Mitglied in verschiedenen Studentenorganisationen, Frauenorganisationen usw., schrieb Artikel, sprach auf vielen Versammlungen, hielt viele Vorträge und gewann einen gewissen Ruf als eine junge Frau von durchsetzungsfähigem Charakter und klarer Haltung." Ihr zunächst recht vages Sozialismusbild bekam scharfe Konturen: Sozialismus bedeutete nun für sie entschiedene Opposition zum Krieg.[46]

Elfriede Eisler studierte vor allem Pädagogik, Wirtschaftswissenschaften, Philosophie und Psychologie, ohne das Studium abzuschließen.[47] Zunächst wollte sie Lehrerin werden.[48] Es ist anzunehmen, doch nicht sicher, dass sie die Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse hörte, die der teilweise noch umstrittene Extraordinarius Sigmund Freud anbot. Sie belegte jedoch Lehrveranstaltungen über Probleme der Sozialphilosophie bei Max Adler, einem nicht weniger umstrittenen Privatdozenten, der dazu noch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war.[49]

Damit war Adler Elfriedes Genosse, denn sie war mit Studienbeginn der SDAPÖ, der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Österreichs, beigetreten. Drei Jahre später schloss sie sich der Freien Vereinigung Sozialistischer Studenten an, die schon stark von kommunistischem Gedankengut geprägt war und zu deren treibenden Kräften der künftige Journalist und Schriftsteller Leo Katz sowie seine Frau Bronia gehörten. Die Vereinigung erhielt bald Verstärkung durch den Ver-

---

46 Fischer, Autobiographical Notes, S. 444.

47 Dass Ruth Fischer ihr Studium nicht abgeschlossen hatte, verschwieg sie oft in späteren Lebensläufen. Diese Tatsache ist jedoch in ihrer Komintern-Personalakte dokumentiert. Vgl. Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii (RGASPI), Moskau, Fonds 495: Kommunistische Internationale, Bestand 205, Personalakte Nr. 8644 (Fischer, Ruth [Rut]): Lebenslauf (in russischer Sprache), von anderer Seite angefertigt. Eine Kopie dieser und der anderen, hier benutzten Moskauer Personalakten befindet sich im Institut für Politische Wissenschaft der Leibniz-Universität Hannover. – Ruth Fischer erwarb später an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin den Abschluss als Sozialfürsorgerin.

48 So Ruth Fischer in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk am 24. März 1949, zit. bei Hans Schwab-Felisch, Leben aus Politik. Ruth Fischer, in: Marianne Lienau/Wolf-Dieter Ruppel (Hg.), Zeitzeichen, Frauen, Radiotexte, Frankfurt/Köln 1987, S. 81.

49 Vgl. zu ihm Alfred Pfabigan, Max Adler. Eine politische Biographie, Frankfurt/New York 1982.

band sozialistischer Mittelschüler um Leopold Grünwald und den Jahrzehnte später als rechtsradikalen Publizisten hervortretenden Willi (dann William S.) Schlamm. Paul Lazarsfeld, der ebenfalls im Verband führend mitarbeitete, wurde hingegen Sozialdemokrat. Auch der Philosophie-Student Karl Popper, der damals Elfriede recht gut kannte, schloss sich früh den Kommunisten an, wandte sich jedoch nach wenigen Monaten von der Partei und von der Arbeiterbewegung überhaupt ab.[50] Die Treffpunkte der Gruppe waren das Café Elisabethbrücke, das Café Raimundhof oder die Tuchlauben; drei heute nicht mehr existierende Häuser.[51]

Unterdessen waren Gerhart und Hanns Eisler für den Kriegsdienst gemustert worden. Noch als Gymnasiasten hatten beide einen Aufruf „Gegen den Krieg!" zu verbreiten versucht, der in dem erwähnten hektographierten Blatt erschien, das Gerhart unter dem Titel *Jugendprobleme* herausgab und am Gymnasium zirkulieren ließ.[52] Sofort erschien die Geheimpolizei in der Wohnung und durchsuchte alle Räume und vor allem die Schreibtische, „als hätten wir gerade die Axt unmittelbar an die Monarchie gelegt", wie sich Gerhart Eisler erinnerte. „Das war sozusagen unser erster offizieller politischer Zusammenstoß mit der Macht."[53] Es spricht für die Toleranz der Lehrer, doch auch für das relativ gemäßigte Klima am Rasumofsky-Gymnasium, dass beide nicht relegiert und vom Ablegen der Matura ausgeschlossen wurden.[54]

Im Jahre 1915 musste Gerhart, ein Jahr darauf Hanns, zum Militär einrücken. Als sich Hanns nach der Ausbildung im September 1916 beim Bataillonskommandeur seiner Fronteinheit meldete, drohte ihm dieser: „Du stinkender Sozialist, wenn du deinen stinkenden Sozialismus meinen Jungen propagieren willst, werde ich dich erschießen." Er zeigte Hanns Eisler seine Pistole und legte sie vor ihm auf den Tisch, um klarzustellen, dass dies ernstgemeint war.[55] Doch gewann Hanns Eisler durch seine ausgezeichneten Ergebnisse beim Schießen die Achtung seiner Kameraden.[56]

---

50 Vgl. Malachi Haim Hacohen, Karl Popper. The Formative Years, 1902–1945, Cambridge 2000, S. 78f.

51 Vgl. Leopold Grünwald, Wandlung. Ein Altkommunist gibt zu Protokoll, Wien 1979, S. 13.

52 Vgl. Jürgen Schebera, Kommunist, Publizist, Politiker. Gerhart Eisler, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 25 (1983), Nr. 5, S. 725.

53 Notowicz, Wir reden hier nicht von Napoleon, S. 218.

54 Vgl. Fischbach, Hanns Eisler, S. 4f.

55 H. Eisler, Gespräche mit Hans Bunge, S. 214.

56 So hieß es, „der kleine Eisler hat zwei Beine wie Frankfurter Würsteln, aber schießen kann er." Friedlander, Memoirs, S. 121 (Zitat dort auf Deutsch).

Um ihn politisch zu isolieren, war Hanns Eisler nicht einem deutschsprachigen, sondern einem vorwiegend aus Ungarn gebildeten Regiment zugeteilt worden. Doch auch dort gärte es wie in den meisten Einheiten der multinationalen Armee, und als er an der Ostfront Zeuge von Repressalien der Offiziere gegen kriegsmüde Soldaten wurde, verwandelte dies seine Kriegsgegnerschaft geradezu in Abscheu vor all denen, die diesem Schlachten noch irgendwelche positiven Seiten abgewannen.[57] Er arbeitete an einem *Oratorium gegen den Krieg*, doch ging das Fragment verloren.[58] „Die universelle Faszination der Oktoberrevolution", um François Furet zu zitieren, erfasste ihn als Verwundeten im Lazarett.[59] Sein Bruder Gerhart, wie Hanns ein Kriegsgegner, überstand den Krieg an einem der härtesten Frontabschnitte, in den Julischen Alpen, und danach an der Isonzo-Front.[60]

In Elfriede Eislers Leben hatte sich unterdessen eine wichtige Veränderung vollzogen: Am 10. Juli 1915 hatte sie ihren vier Jahre älteren Kommilitonen Paul Friedländer geheiratet, einen künftigen Journalisten, der 1917 das Studium mit der Promotion abschließen sollte. Elfriede hatte ihren aus Baden bei Wien stammenden Ehemann im Diskussionskreis um Siegfried Bernfeld kennengelernt, wohl über die junge Sozialdemokratin Käthe Leichter.[61] Er war der einzige Pazifist in seiner Familie.[62]

Wie Elfriede war auch „Paulus", wie er genannt wurde, in sozialdemokratischen Studentenkreisen aktiv. Diese wuchsen im Krieg rasch an. Ihre kritische, den Kurs der Parteiführung ablehnende Haltung setzte auch einen Kontrapunkt zum bislang rechtsgerichteten studentischen Milieu.[63] Das Paar zog nach Hietzing, in den Westen Wiens, und wohnte dort in der Winkelbreiten. Susanne Leonhard, eine deutsche Kommunistin der ersten Stunde, besuchte sie dort. Drei Jahrzehnte später sollte sie eine enge Freundin Ruth Fischers werden.[64]

---

57 Vgl. Schebera, Hanns Eisler, S. 18f.

58 Vgl. Fritz Henneberg, Hanns Eisler mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek 1986, S. 16.

59 Furet, Das Ende der Illusion, S. 87. Vgl. Fischbach, Hanns Eisler, S. 5.

60 Vgl. Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 26–31.

61 Vgl. Montagnon, Ruth Fischer, S. 15f. Die biographischen Angaben Friedländers erfolgen hier und im Folgenden nach seiner russischen Personalakte bei der Komintern. Vgl. RGASPI, Bestand 495, Fond 495, Kommunistische Internationale, Bestand 205, Personalakte Nr. 6053 (Friedländer, Paul).

62 Vgl. Friedlander, Memoirs, S. 5.

63 Vgl. William McGrath, Student Radicalism in Vienna, in: Journal of Contemporary History, 2 (1967), Nr. 2, S. 183–195.

64 Vgl. Susanne Leonhard, Gestohlenes Leben. Schicksal einer politischen Emigrantin in der Sowjetunion, Frankfurt 1956, S. 571. Vgl. auch ihren Brief an Ruth Fischer vom 9. Mai 1950, in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 501, und in: Abtrünnig wider Willen, S. 274f.

Zunächst war Paul Friedländer der erfahrene, gebende Teil in der Verbindung der beiden, doch dies sollte sich rasch ändern. Es war und blieb für Elfriede schwierig und schließlich unmöglich, einem Partner zu folgen, den sie, wie sie glaubte, geistig und in politischer Reife überholt hatte. Zudem wurde Ruth Fischer bald nach ihrer Hochzeit schwanger, musste aber gegen ihren Willen das ungeborene Kind abtreiben. Warum sie dies dennoch tat, wissen wir nicht, aber der „schwere psychische Schock", der dem folgte, zog die Ehe der beiden in Mitleidenschaft.[65] Die Harmonie des Paares wurde auch dann nicht wieder hergestellt, als am 25. Dezember 1917 der Sohn Friedrich Gerhard, der bald nur Gerhard genannt wurde, zur Welt kam. Elfriede Friedländers einziges Kind verbrachte die ersten Jahre zumeist bei den Großeltern Rudolf und Ida Eisler, denn die Eltern wurden immer mehr von den sich überschlagenden Ereignissen in Beschlag genommen. Politisch aber hielten sie zusammen.

Im Januar 1918 erfasste eine große Streikbewegung Wien und weitere wichtige Städte. Vom 14. bis 22. Januar trat rund eine halbe Million Werktätiger in den Industriezentren der österreichischen Reichshälfte, aber auch in Budapest in den Ausstand. In den Jännerstreiks brach sich die Friedenssehnsucht der geschundenen und ausgehungerten Arbeiter ebenso Bahn wie einen Monat darauf in den Aufstandsaktionen der Matrosen in Cattaro, einem wichtigen Stützpunkt der Adria-Kriegsflotte. Hunger und Verwahrlosung, die Allgegenwart der Kriegskrüppel und besonders die entsetzlichen, vorher nicht ausdenkbaren Folgen des Gaskrieges ließen auch in Österreich-Ungarn den Hass auf die Kriegstreiber und Verkünder von Durchhalte-Parolen anschwellen.[66]

Nun endlich machte sich die Sozialdemokratische Partei zum Fürsprecher der gewaltigen Antikriegsaktionen. Rund dreieinhalb Jahre lang war sie in der existenziellen Frage um Krieg und Frieden tief gespalten gewesen. Dem chauvinistischen Kriegstaumel hatte im August 1914 kaum jemand so schrillen Ausdruck verliehen wie Friedrich Austerlitz, der Chefredakteur der sozialdemokratischen *Arbeiter-Zeitung*.[67] Zwar ging die Mehrheit der Sozialdemokraten nicht so weit, ergab sich jedoch der verordneten wie der spontanen Kriegsbegeisterung. „Für diesen Staat

65 Dies nach einem medizinischen Gutachten von Dr. Felix Boenheim, Berlin, vom 15. Juni 1925, in: RGASPI, Fonds 495, Bestand 293, Akte 75, Bl. 54.

66 Im Gaskrieg wurden an allen Fronten über eine Million Menschen vergiftet, von denen etwa 65.000 starben. Die Zahlen für Österreich-Ungarn belaufen sich auf rund 100.000 Geschädigte und 3.000 Tote. Diese Zahlen sind Mindestzahlen. Vgl. Olaf Groehler, Der lautlose Tod., 2. Aufl., Berlin [DDR] 1980, S. 69.

67 Das bekannteste Beispiel: Friedrich Austerlitz, Der Tag der deutschen Nation, in: Arbeiter-Zeitung vom 5. August 1914. Noch während des Krieges wurde Austerlitz jedoch zum Pazifisten.

haben wir nicht viel übrig", sagte, Julius Braunthal zufolge, der Parteigründer Victor Adler. Aber, so habe er hinzugefügt, „wir können nicht wollen, dass Russland so mächtig wird und hart an uns herankommt."[68]

Andererseits hatte die Antikriegsopposition früher als in Frankreich und Deutschland ihre Stimme erhoben: So hatte die Reichenberger Linke um Josef Strasser und Karl Kreibich, zwei späteren KP-Mitgliedern, bereits im August 1914 einen kompromisslosen Kampf all jenen angekündigt, die die Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse von Stuttgart, Kopenhagen und Basel preiszugeben trachteten, die Beschlüsse, wonach der Krieg mit allen Mitteln zu verhindern sei. Einmal ausgebrochen, sei er aber von den Sozialisten sofort in einen Bürgerkrieg gegen die jeweils „eigene" kriegstreibende Herrscherklasse zu verwandeln. Es nimmt daher nicht wunder, dass der Reichenberger *Vorwärts* als Organ dieser entschiedenen Linken bereits am 28. August 1914 verboten worden war.[69] Schließlich hatte auch kaum jemand ein so schrilles, wenngleich politisch sinnloses Signal gegen den Krieg gesetzt wie Friedrich Adler, führender Sozialdemokrat und Sohn des Parteigründers Victor Adler, als er am 21. Oktober 1916 in einem individuellen Terrorakt den als Kriegstreiber besonders berüchtigten österreichischen Ministerpräsidenten Karl Graf Stürgkh erschoss.[70] Die Regierung wagte jedoch den zum Tode verurteilten Adler nicht hinzurichten, und der Zerfall der Monarchie befreite ihn im November 1918 aus dem Gefängnis.[71]

Innerhalb der Sozialdemokratie hatte sich neben der allmählich stärker werdenden Linken eine als ultralinks bezeichnete Strömung herausgebildet. So entstand neben dem und zunächst noch innerhalb des im März 1916 gebildeten Bildungsvereins Karl Marx als der wichtigsten Plattform der Parteilinken ein geheimes Aktionskomitee der Linksradikalen, als dessen führender Kopf sich der Neffe

---

68 Julius Braunthal, Auf der Suche nach dem Millenium, Wien 1964, S. 158.

69 Zur Linken bekannten sich innerhalb der Partei damals und noch ein Jahr danach aber nur ca. 120 von beinahe 200.000 Parteimitgliedern. Vgl. Julius Braunthal, Victor und Friedrich Adler. Zwei Generationen Arbeiterbewegung, Wien 1965, S. 233.

70 Aus Sympathie mit diesem individuellen Terrorakt gaben Paul und Elfriede Friedländer ihrem Sohn Gerhard als zweiten Namen Friedrich. Vgl. Friedlander, Memoirs, S. 8.

71 Lenin sah in diesem Attentat ein kontraproduktives Mittel in der politischen Auseinandersetzung und die „Verzweiflungstat eines Kautskyaners, der die schwere Arbeit der Tätigkeit gegen die [sozialdemokratische] Partei nicht auf sich nehmen wollte." Selbst wenn Adlers Tat moralisch zu rechtfertigen sei („killing is no murder"), könne kein Terrorismus „die systematische, ausdauernde, aufopfernde Arbeit der revolutionären Propaganda und Agitation, Demonstrationen usw. usw. ersetzen." W. I. Lenin, Brief an Franz Koritschoner [vom 25. Oktober 1916], in: Werke, Bd. 35, S. 217f. Diese Ansicht sah den Terrorakt letztlich unter rein pragmatischen Gesichtspunkten.

des Parteitheoretikers Rudolf Hilferding, Franz Koritschoner, erwies.[72] Das Adler-Attentat führte zur Auflösung des Bildungsvereins durch die Behörden und zwang beide Strömungen zunächst in die Illegalität. Nach der russischen Februarrevolution organisierte sich im Frühjahr 1917 jedoch nicht nur die sozialdemokratische Linke, sondern auch die Ultralinke neu. Zu ihr schlossen sich im Vorfeld und während des Jännerstreiks 1918 das Aktionskomitee der linksradikalen Arbeiterjugend, die sozialistischen Mittelschüler, die Vereinigung sozialistischer Studenten, die Wiener Poale Zion (Arbeiter Zions), einige Anarchosyndikalisten sowie ein Teil des bislang bürgerlich-pazifistischen Jung-Wandervogels zusammen. Unter den Linksradikalen spielte Elfriede Friedländer bald eine führende Rolle.[73]

Zusammen mit ihrem Mann regte sie die Herausgabe einer Zeitschrift an, die dem Vorbild der Bremer *Arbeiterpolitik*, dem damals wichtigsten Organ des revolutionären Marxismus in Deutschland, nachgebildet sein sollte. Nach vielen Schwierigkeiten gelang es, von der Polizei die Erlaubnis zur Herausgabe dieser *Weckruf* genannten Zeitschrift zu erhalten.[74] Verantwortliche Redakteurin war Elfriede Friedländer. Doch noch vor dem geplanten Erscheinungsdatum des

72 Franz Koritschoner, Mitbegründer der KP Österreichs, wurde als politischer Emigrant im April 1941 in der Sowjetunion verhaftet und an Deutschland ausgeliefert. Am 7. Juni 1941 wurde er in Auschwitz ermordet. Vgl. zu seinem besonders tragischen Schicksal Hans Schafranek, Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941, Frankfurt 1990, S. 76f., und Emily Rosdolsky, Franz Koritschoner, in: Memorial. Österreichische Stalin-Opfer, Wien 1990, S. 69–76. Susanne Leonhard traf Koritschoner, den sie 1918 durch Elfriede Friedländer in Wien kennengelernt hatte, mehr als zwanzig Jahre später im gemeinsamen Straflager in der Sowjetunion wieder. Vgl. Leonhard, Gestohlenes Leben, S. 571.

73 Vgl. noch immer Hans Hautmann, Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, Wien 1970, S. 32f. Im Folgenden wird zumeist die zweite, überarbeitete Auflage des Buches verwendet: Hans Hautmann, Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, Wien 1971, hier S. 65f. Vgl. auch Hautmanns Hauptwerk: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924, Wien/Zürich 1987.

74 Rückerinnernd schrieb Ruth Fischer, der Name des Blattes habe ursprünglich „Die soziale Revolution“ lauten sollen. Vgl. Fischer, Autobiographical Notes, S. 444. Der seit dem 28. November 1918 dann legal erscheinende *Weckruf*, das Organ der Kommunistischen Partei, nannte sich jedoch erst ab dem 15. Januar 1919 in *Die soziale Revolution* um. Ab dem 26. Juli 1919 erschien die Zeitung unter dem Titel *Die Rote Fahne* – in enger Anlehnung an ihr deutsches Pendant.

1. Mai 1918 beschlagnahmten die Behörden am 26. April die Nullnummer und verboten weitere Ausgaben für die gesamte Kriegsdauer.[75]

Der nach dem tonangebenden Ehepaar bald Gruppe Friedländer genannte Kreis unterschied sich jedoch in einer gravierenden Hinsicht von den anderen Vertretern und Tendenzen des linksradikalen Spektrums: Die Gruppe Friedländer, die „bereits offen den Kommunismus propagierte", wie ein Polizeibericht festhielt, sprach sich für den Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei aus, was die übrigen Linksradikalen noch ablehnten.[76] Nicht nur mit der als erledigt angesehenen bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch mit ihren sozialdemokratischen „Nachläufern" wollte die Gruppe radikal brechen. Elfriede Friedländer und ihr Kreis glaubten zu wissen, was die Menschen und sogar die Menschheit brauchte: die vollständige Abkehr nicht nur von einer Gesellschaft, die für Krieg, Mord und nationalistische Hetze stand, sondern auch von dem, was bald als sozialdemokratischer Reformismus zum Schimpfwort in der kommunistischen Arbeiterbewegung wurde.

Eine illegale Konferenz, an der etwa 150 Personen teilnahmen, erbrachte jedoch im Juni 1918 keine Klärung der Frage, ob man sich als selbständige Partei konstituieren oder zunächst in der Sozialdemokratie verbleiben sollte. Die einer erneuten Streikwelle folgenden Verhaftungen führten wiederum zum zeitweiligen Ende linksradikaler Aktivitäten. Auch die Gruppe Friedländer verschwand von der Bildfläche, ohne sich jedoch ganz aufzulösen.[77] Elfriede unterrichtete ihre in der Armee dienenden Brüder über alle ihre Aktionen. Es gelang ihr, brieflichen Kontakt mit Clara Zetkin in Stuttgart aufzunehmen.[78]

Schon im August trafen sich die Friedländers mit dem aus Hamburg stammenden, aber seit Langem in Wien wohnenden Typographen Karl Steinhardt. Der 43-

---

75 Vgl. Lucien Laurat, Le parti communiste autrichien, in: Jacques Freymond (Hg.), Contributions a l'histoire du Comintern, Genève 1965, S. 67–95, bes. S. 72f. Laurats ursprünglicher Name war Otto Maschl. Er wirkte später (bis zu seinem Parteiausschluss als angeblicher Trotzkist 1929) in der KP Frankreichs. Laurat hielt über Jahrzehnte freundschaftlichen Kontakt zu Ruth Fischer und nannte sie stets bei ihrem Wiener Jugendnamen „Fritzi". Vgl. seine Briefe an sie, in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 486. Vgl. zu ihm Joachim Schröder, Internationalismus nach dem Krieg. Die Beziehungen zwischen deutschen und französischen Kommunisten, Essen 2008, *passim*.

76 Polizei-Archiv Wien, Bundespolizeidirektion, Dr.-Schober-Archiv, Karton Verschiedenes B (1892–1932), Umschlagheft: Kommunistische Bewegung in Wien. Historischer Überblick (nicht foliiert), im Folgenden zit. als: Polizei-Archiv Wien, Komm. Bewegung. Das Schriftstück ist wahrscheinlich auf Ende August 1919 zu datieren.

77 Vgl. ebd. sowie Hautmann, Räterepublik, S. 70f.

78 Vgl. Fischer, Autobiographical Notes, S. 444.

jährige Steinhardt, der aus Altergründen nicht mehr zum Kriegdienst einberufen wurde, war nach einer scharfen Kontroverse mit Friedrich Austerlitz aus der Sozialdemokratischen Partei, der er bereits 1891 beigetreten war, ausgeschlossen worden.[79] Er sammelte eine kleine Gruppe kommunistisch orientierter Kriegsgegner um sich und nahm Verbindungen mit russischen Kriegsgefangenen auf, unter denen ein Kommunist mit den Decknamen Puls hervortrat. Er hieß mit amtlichen Namen Leo Suniza.[80] Noch Jahrzehnte danach erinnerte sich Ruth Fischer an ihn als die eigentlich treibende Kraft der KP-Gründung.[81] Die beiden Zirkel um Steinhardt und um die Friedländers schlossen sich im Oktober zusammen und kündigten für den 7. November die Neuherausgabe des *Weckruf* an.[82] Die Gruppe war die Keimzelle der Kommunistischen Partei Österreichs. Sie zählte im Spätsommer 1918 allerdings kaum mehr als fünfundzwanzig Personen.[83]

Mitglied Nummer Eins der KP Österreichs

Die am 3. November 1918 gegründete Kommunistische Partei Deutschösterreichs war die drittälteste der Welt und die älteste in Europa außerhalb Russlands.[84] Ort der Gründungskonferenz waren die Eichensäle in Wien-Favoriten. Zur Runde der etwa vierzig bis fünfzig Teilnehmer gehörten Elfriede Friedländer, Dr. Paul Friedländer, Franz Koritschoner, Otto Maschl, Jakob Riehs, Karl Steinhardt, der Serbe Filip Filipović und Leo Suniza, der auch das Abschlussreferat hielt.

79 Vgl. zu ihm Juri Tutotschkin, Mentalität und Persönlichkeit in dokumentarischen Materialien. Exemplarische Fälle, in: Michael Buckmiller/Klaus Meschkat (Hg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, S. 170–191, bes. S. 173–175.

80 In der Forschungsliteratur wird Sunizas ursprünglicher Name mit Weissbrod angegeben. Jefim Wajsbrod (oder Weissbrod) war jedoch eine andere Person und auch unter seinem Pseudonym Andrej Butyrskij bekannt. Vgl. Hannes Leidinger/Verena Moritz, Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr. Die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917–1920, Wien 2003, S. 564.

81 Vgl. Hautmann, Räterepublik, S. 47, 73, 80–82, und Ruth Fischer, Die Entstehung der Kommunistischen Partei Österreichs, Manuskript vom 26. Juli 1960, in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2671.

82 Vgl. Polizei-Archiv Wien, Komm. Bewegung.

83 Laurat, Le parti communiste, S. 72.

84 Die Bezeichnung Deutschösterreich ergab sich aus der Tatsache, dass die Kommunisten, ebenso wie die Sozialdemokraten, die Vereinigung Rumpfösterreichs mit dem Deutschen Reich, das sie sich als eine sozialistische Republik vorstellten, anstrebten.

Die einzige schriftliche Quelle ist, neben den Zeitzeugenberichten von Ruth Fischer und von Otto Maschl (unter seinem späteren Namen Lucien Laurat), in einem Schriftstück enthalten, das die Polizei bei der Durchsuchung von Karl Steinhardts Wohnung fand und das einen Teil des Sitzungsprotokolls wiedergibt. Laut diesem erklärte Steinhardt den schwachen Besuch der Veranstaltung mit der gleichzeitigen anberaumten Wahl zu den Soldatenräten und sagte: „Wir alle waren und sind Sozialdemokraten, das heißt, wir alle sind mit dem Programm der alten Sozialdemokratie, deren Basis im Kommunistischen Manifest gelegt wurde, Leib und Seele. Zu Beginn des Krieges ergriff die führenden Parteigenossen eine Krankheit, in der sie sich bemühten, die bisher anerkannte Taktik zu verleugnen. […] Jener Teil der Sozialdemokraten, welcher mit den Ausbrüchen der Führenden der Mehrheit nicht einverstanden war, war in eine qualvolle Lage geraten. Soll er Disziplin üben und sich beugen, alles mitmachen, was ihm durch Mehrheitsbeschlüsse aufgezwungen wurde? Ein Teil beugte sich, blieb innerhalb des Parteirahmens, murrte und tobte so seinen Widerspruch gegen die Partei aus. Ein anderer Teil zog sich zurück und wartete auf bessere Zeiten. Und eine kleine Gruppe von aufrechten Menschen blieb bei ihrer Fahne und beschloss, das durchzuführen, was das Programm war. Die kleine Gruppe hat im Verlauf des Krieges schwere, harte Arbeit geleistet und große Opfer gebracht.“ Dieser Teil habe sich hier zusammengefunden.

Um den Kampf mit der organisierten Staatsmacht aufnehmen zu können, so Steinhardt weiter, „müssen wir uns selbst organisieren und eine Partei bilden, die kommunistische Partei, die nichts anderes will, als was die Sozialdemokratie in ihrer Jugend wollte. Wir müssen alle kleinen, bisher nicht öffentlichen arbeitenden Gruppen zusammenfassen und ein Organ, den ‚Weckruf', herausgeben. In der neuen Organisation muss die Autokratie, wie sie in der alten Partei herrscht, beseitigt werden; das politische Primadonnenwesen darf nicht auch in unserer zu gründenden Organisation zersetzend wirken.“[85]

85 Bericht vom 21. November 1918 an den Staatssekretär des Innern betreffend den Putschversuch vor dem Parlament; gewaltsame Besetzung der Neuen Freien Presse im Nachhang zum hieramtlichen Bericht vom 14. November 1918. Das Aktendossier wurde vom Wiener Polizeipräsidenten Johannes Schober der Staatsanwaltschaft des Landesgerichts für Strafsachen übermittelt und von Hans Hautmann im Allgemeinen Verwaltungsarchiv eingesehen. Heute befindet sich die Akte im Archiv der Republik, Wien. Hier zit. nach: Hans Hautmann, Der Polizeibericht über die Gründung der KPÖ, in: Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft, Nr. 3 (1998), im Internet unter www.klahrgesellschaft.at. Der Bericht in der Parteizeitung *Weckruf* vom 9. November 1918 ist verschollen, weil diese Nummer konfisziert wurde und in keiner Bibliothek mehr vorhanden ist. Man weiß daher

Ein anderer Polizeibericht listet das Programm der neuen Partei auf. Zu dessen Punkten gehörten: „1. Die Übernahme der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiter- und Soldatenräte und durch die Bauernschaft sowie deren Ausschüsse und zentralen Organe. Aufstellung einer Arbeitermiliz. 2. Die Volksabstimmung in allen für das arbeitende Volk wichtigen Fragen. 3. Die Entziehung aller politischen Rechte (Wahlrecht, Militärrecht, politische Presse usw.) denjenigen, welche großes Privateigentum in irgendeiner Form besitzen. 4. Die Beschlagnahme aller Vorräte an Rohstoffen, Lebensmitteln und notwendigen Industrieprodukten durch die Gesellschaft behufs gleichmäßiger Verteilung. 5. Die Entziehung des privaten Verfügungsrechtes über alle Bank- und Betriebskapitalien und Unterstellung unter die Kontrolle der Arbeitenden. 6. Enteignung des Großgrundbesitzes und Übergabe an die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und arme Bauern zum Zwecke der Bewirtschaftung für die Gesellschaft." Weitere Forderungen betrafen die Tilgung aller Staatsschulden, Lohn- und Rentenerhöhungen, die Trennung von Staat und Kirche und die Abschaffung der Todesstrafe.[86]

Die Partei bezog im Dachatelier des Hauses Stubenring 2 (heute Nr. 4/6), pikanterweise direkt gegenüber dem Kriegsministerium, ihr Quartier und mietete im 9. Bezirk, Pulverturmgasse 7, einen weiteren Raum für „Anmeldungen und Auskünfte" Als erste Aufgaben beschloss das Organisationskomitee die Herausgabe der Parteizeitung *Weckruf* sowie von drei Flugblättern. Darin wurden die Arbeiter, Soldaten und „geistigen Arbeiter", die „der Krieg völlig proletarisiert" habe, aufgefordert, sich von der Sozialdemokratie loszusagen und in die Kommunistische Partei einzutreten. „In kürzester Zeit können und müssen wir mächtig genug sein, ohne Widerstand die kommunistische Republik zu gründen", hieß es zuversichtlich. Als Schriftleiter des *Weckrufs* und damit quasi als Parteivorsitzende wurden Steinhardt und Elfriede Friedländer gewählt.[87] Bei der Ausgabe der Parteimitgliedsbücher, die sie vorher selbst entworfen hatte, stellte sich Elfriede Friedländer das Mitgliedsbuch Nummer Eins aus.[88]

In den dramatischen Wochen, die den Weltkrieg beendeten und den Zerfall der k.u.k. Monarchie unumkehrbar machten, trat auch die KPÖ an die Öffent-

nicht, zu welcher Tageszeit die Versammlung stattfand, wie viele Personen genau an ihr teilnahmen, ob es eine Diskussion gab und – wenn ja – was sie beinhaltete. Vgl. ebd.

86 Polizei-Archiv Wien, Komm. Bewegung.

87 Hautmann, Räterepublik, S. 82. Die Notiz über die Teilnahme und das Schlussreferat Sunizas vermeldet auch Laurat, Le parti communiste, S. 74.

88 Vgl. Fischer, Autobiographical Notes, S. 445.

lichkeit, ohne allerdings mehr als nur einen marginalen Eindruck zu hinterlassen.[89] Sie zog dennoch andere kleine Gruppen an, die sich zum Teil aus Beständen der sich auflösenden Armee bewaffneten und Rote Garden bildeten.[90] Hierzu gehörten die Gruppe der (sich selbst so nennenden) Linksradikalen um Franz Koritschoner sowie die Föderation Revolutionärer Sozialisten/Internationale (FRSI) um Leo Rothziegel und Johannes und Hilde Wertheim.[91] Hinzu kam ein Teil der Wiener Poale Zion um Michael Kohn-Eber, Hersch Nagler und Malke Schorr, deren Zugehörigkeit zur Partei allerdings umstritten blieb.[92] Je mehr Soldaten von der Front und insbesondere aus Russland heimkehrten, desto mehr wuchs jedoch die Sympathie für die entstehende kommunistische Partei.[93]

In den teilweise bewaffneten und blutigen Auseinandersetzungen am 12. November beteiligten sich auch KP-Mitglieder: Die Friedländers, Steinhardt und

89 Der offizielle Name der Partei war zunächst Kommunistische Partei Deutschösterreichs, müsste also als KPDÖ abgekürzt werden. Um unnötige Begriffsverwirrungen zu vermeiden, wird im Folgenden der Parteiname aber durchgängig als KPÖ abgekürzt, wie es seit ca. 1921 auch in der Presse der Fall war.

90 Die Roten Garden wurden am 1. November 1918, also unmittelbar vor der KP-Gründung, gebildet. Vgl. Polizei-Archiv Wien, Komm. Bewegung.

91 Vgl. ebd. sowie Pierre Broué, Histoire de l'Internationale communiste 1919–1943, Paris 1997, S. 65. Vgl. weiterhin neben der bereits genannten Literatur auch Roland Starch, Die KPÖ und die Komintern. Diplomarbeit, Universität Wien 2009, S. 36f. (Im Internet unter http://othes.univie.ac.at/4385).

92 Dies hing mit der Tatsache zusammen, dass die Poalezionisten auf das Projekt einer sozialistischen Palästina-Kolonisation nicht verzichten wollten, was die im März 1919 gegründete Kommunistische Internationale von Anfang an klar ablehnte. Vgl. zu den Beziehungen zwischen Komintern und Linkszionismus Mario Keßler, Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933, Berlin 1994, S. 85–92, zuletzt Mario Kessler, The Comintern and the Left Poale Zion, 1919–1922, in: Australian Journal of Jewish Studies, 24 (2010), S. 116–133. Die drei Genannten traten jedoch nach ihrer Abwendung vom Linkszionismus zu unterschiedlichen Zeiten der KPÖ bei. Die Linke Poale Zion hatte im Jännerstreik 1918 eine wichtige Rolle gespielt und sich seitdem als kommunistische Gruppe verstanden. Vgl. John Bunzl, Klassenkampf in der Diaspora. Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung, Wien 1975, S. 125–128. Zum Januar- oder Jännerstreik und seinen Auswirkungen für die österreichische Arbeiterbewegung vgl. die bemerkenswerte Studie von Fritz Keller, Die Arbeiter- und Soldatenräte in Österreich 1918–1923, Wien 1998, bes. S. 14–16. Bemerkenswert ist nicht nur die Qualität dieser bereits 1971 geschriebenen und damals auch publizierten Schrift, sondern die Tatsache, dass ihr Verfasser ein neunzehnjähriger Schüler war. In den folgenden Jahren publizierte Keller, der nie als Historiker ausgebildet wurde, weitere wissenschaftlich sehr beachtliche Studien zur Arbeitergeschichte.

93 Vgl. z. B. Martin Ebon, World Communism Today, New York/Toronto 1948, S. 72f. Ebon griff hier womöglich auf Berichte noch lebender Zeitzeugen zurück.

möglicherweise eine Reihe von Personen aus ihrem Umfeld besetzten das Redaktionsgebäude der *Neuen Freien Presse*, der renommiertesten bürgerlichen Zeitung Wiens, um sich deren Büroräume mitsamt dem technischen Apparat zu sichern und Flugblätter sowie den *Weckruf* dort herstellen zu können. In der Tat gelang es der Gruppe, zwei Sonderausgaben des *Weckruf* zu drucken. Die sozialdemokratische *Arbeiter-Zeitung* vermeldete, darin hätten die Kommunisten die Ausrufung der „sozialen Republik" vor dem Parlament mit der eigenen Übernahme von Schlüsselpositionen, zunächst im Bereich des Pressewesens gleichgesetzt.[94] Die revoltierenden Kommunisten wurden durch die Polizei rasch zerstreut. Ihre putschistische Politik fand zudem keinen Beifall bei der Mehrheit der sozialdemokratisch eingestellten Arbeiter. Elfriede Friedländer gewann dem Fiasko dennoch etwas Positives ab: „Diese Vorgänge" hätten die Partei „jedenfalls bekannt gemacht und gezeigt, dass wir revolutionäre Energie haben" schrieb sie im Vorwort zu den Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs.[95]

Vier Jahrzehnte danach aber bezeichnete sie (oder die Redaktion, die einen Artikel von ihr abdruckte) die hoffnungsfrohe Erwartungshaltung als „Westentaschenrevolution."[96] „Wir jungen Kommunisten hatten einen unglaublichen Respekt vor der Österreichischen Sozialdemokratischen Partei und ihren Führern. Wir hofften, dass sie sich früher oder später für Russland entscheiden würden. Wir träumten davon, mit ihrer Hilfe ein sozialistisches Österreich aufzubauen, gemeinsam mit einer Spartakusbewegung in Deutschland, Italien und Ungarn. Die Russen sollten zur ungarischen Grenze vorrücken, die rumänischen Gutsbesitzer und die korrupte Offiziersclique davonjagen und die unterdrückten rumänischen Kleinbauern befreien. Wir erwarteten rote Sowjetsoldaten an der ungarischen Grenze, um der Welt die sozialistische Arbeiterdemokratie zu bringen."[97] Im Rückblick mag das ungewohnt positive zeitgenössische Urteil über die sozialdemokratische Führung erstaunen; der weltrevolutionäre Enthusiasmus, der sich

---

94 So der Bericht in der *Arbeiter-Zeitung* vom 13. November 1918. Vgl. auch Polizei-Direktion Wien, Komm. Bewegung, wo unter den bei den Auseinandersetzungen Verletzten auch Koritschoner genannt wird.

95 Der 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, Wien 1919, S. 8. Das Vorwort gibt einen kurzen Abriss der unmittelbaren Vorgeschichte der Partei und ist wiederabgedruckt in: Hering/Schilde, Kampfname Ruth Fischer, S. 93–98.

96 Ruth Fischer, Westentaschenrevolution in Wien. Die Erinnerungen Ruth Fischers über die Entstehung der Kommunistischen Partei Österreichs, in: Heute, Nr. 13 vom 1. April 1961, S. 4.

97 Fischer, Autobiographical Notes, S. 447.

nicht zuletzt aus den erschütternden Folgen des imperialistischen Weltkrieges speiste, war aber durchaus zeittypisch.

Ähnlich dachte Elfriedes Bruder Gerhart. Hede Tune, die er damals kennenlernte und die kurz darauf seine erste Ehefrau wurde,[98] gibt in ihren ansonsten mit Vorsicht zu benutzenden Memoiren eine glaubhaft klingende Begebenheit ihres ersten Zusammentreffens wieder. Gerhart habe, gleich nachdem er sein Interesse an ihr bekundet habe, erklärt, er könne sich nicht mit langer Vorrede aufhalten und „habe keine Zeit für langes Hofieren. Ich bin ein sehr beschäftigter Mann und habe große Ziele. Ich will diese Welt verändern, eine bessere machen, eine bessere Welt für alle, in der jeder mit Lust und Freude leben kann, ohne Armut und Demütigung.“ Er fuhr, laut Hede Massing, fort: „Mein Leben habe ich einer großen Idee gewidmet. Der größten Idee, die es gibt, dem Sozialismus.“[99]

Die Eislers gestalteten somit eine kommunistische Familiensaga, die gerade unter Intellektuellen ganz oder teilweise jüdischer Herkunft ihrer Generation recht häufig geschrieben wurde; zu nennen sind auch die Kuczynskis mit Robert René, der keiner Partei angehörte, sich aber der entschiedenen Linken in der Weimarer Republik zuwandte, und seinen Kindern Jürgen und Ursula (Ruth Werner) oder auch die Wolfs mit dem Schriftsteller Friedrich und seinen Söhnen Konrad und Markus, nicht zuletzt die Benjamins mit dem (offiziell) parteilosen Walter und seinem Bruder Georg sowie dessen Ehefrau Hilde und deren Sohn Michael. Dass der Traum der Weltrevolution zum Alptraum des Stalinismus werden könne, vermochten sich die jungen Enthusiasten, die der bürgerlichen Welt den Kampf ansagten, natürlich ebenso wenig vorzustellen wie die lange Agonie jener sich sozialistisch nennenden Ordnung, an deren Ende die Restauration eines Kapitalismus mit all seinen Widersprüchen stehen würde.[100]

In seinem Buch über kommunistische Intellektuelle in Westeuropa sieht Thomas Kroll in der kommunistischen Weltanschauung eine Gesinnungsqualität eigener Art. Er gelangt zur anregenden Klassifizierung eines autonomen wie eines

98 Vgl. Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 54f. Die Heiratsurkunde von Gerhart Eisler und Hede Tune hat demnach die Bezeichnung: Magistrat Wien, Heiratsurkunde 10068/1921 vom 27. Juni 1921. Die Vermutung der Internet-Plattform documentstalk.com, wonach beide nicht offiziell verheiratet waren, ist aus der Luft gegriffen.

99 Hede Massing, Die große Täuschung. Geschichte einer Sowjetagentin, Freiburg/Br. u. a. 1967, S. 35f. Sie war später mit dem Historiker und Soziologen Paus Massing verheiratet und behielt nach erneuter Scheidung dessen Familiennamen.

100 Zum Aufbruch und Scheitern dieser so bezeichneten kommunistischen Generation vgl. die kollektivbiographisch angelegten Arbeiten von Catherine Epstein, The Last Revolutionaries. German Communists and Their Century. Cambridge (Massachusetts) 2003, und Axel Fair-Schulz, Loyal Subversion. East Germany and its Bildungsbürgerlich Marxist Intellectuals, Berlin 2009.

heteronomen Intellektuellentypus innerhalb der kommunistischen Bewegung. Beide Typen seien aber nicht streng voneinander zu unterscheiden, vielmehr könnten im Denkweg einer Person der eine wie auch der andere Typ zu verschiedenen Lebenszeiten hervortreten. Prägend sei hier die generationstypische Erfahrung, und die traumatischen Erfahrungen des Ersten Weltkrieges wie des Kollapses der bürgerlichen Ordnung mit ihren feudalen Residuen seien kaum zu überschätzen. „Die Intellektuellen der Weltkriegsgeneration setzten ihre ganzen Hoffnungen auf die Wirkungsmacht einer Revolution, wie sie in Russland bereits erfolgreich gewesen war, und dort zum Ende des Krieges beigetragen hatte. [...] Mit dieser Vorstellung gewann der kommunistische Glaube der Weltkriegsgeneration von Beginn an eine vorrangig sakramentale Prägung, denn die Gewissheit der Intellektuellen, bald zum Sozialismus und zum dauerhaften Frieden erlöst zu werden, beruhte allein auf der Annahme, in Russland sei eine solche Ordnung bereits geschaffen worden.“[101] Dieser säkulare Glaube an die demnächst unvermeidbare Revolution und zunächst nicht die eingehende theoretische Beschäftigung mit dem Marxismus sei vorrangiges handlungsleitendes Motiv der kommunistischen Intellektuellen gewesen, zu denen Elfriede Friedländer und ihre Brüder gehörten.

Dass die Weltrevolution und damit der Sozialismus, mehr noch: der Kommunismus direkt vor der Tür stünde, hofften oder fürchteten nach dem Ende des Ersten Weltkrieges viele Kommunisten und Antikommunisten. Der Antikommunismus in Wien war dennoch deutlich weniger rabiat als in Deutschland. So wurde Elfriede Friedländer nach dem 12. November zwar zusammen mit Karl Steinhardt und einem der russischen Kommunisten, dem aus Twer stammenden Jakow Berman, verhaftet und des Hochverrats angeklagt, drei Wochen später aber wurden alle drei wieder auf freien Fuß gesetzt (Berman wurde Ende Januar 1919 des Landes verwiesen).[102] Einen wichtigen Grund für die Einstellung des Verfahrens nannte Hans Hautmann: „Die kommunistische Bewegung verfügte eben – in Form der Roten Garde – über mehr Gewehre als die Polizei.“[103]

Seitdem haftete der jungen Kommunistischen Partei das von bürgerlichen und sozialdemokratischen Gegnern gepflegte Image einer Putschpartei an. Zwar waren Steinhardt, Berman und Elfriede Friedländer davon überzeugt, dass angesichts der bevorstehenden Weltrevolution die Chance zur Errichtung einer Räterepublik gegeben (und nur kurzzeitig vergeben worden) sei, doch Leo Rothziegel kritisierte

101 Thomas Kroll, Kommunistische Intellektuelle in Westeuropa. Frankreich, Österreich, Italien und Großbritannien im Vergleich (1945–1956), Köln u. a. 2007, S. 38.

102 Vgl. Polizei-Direktion Wien, Komm. Bewegung.

103 Hautmann, Räterepublik, S. 87. Zu Berman vgl. Barry McLoughlin u. a., Kommunismus in Österreich 1918–1938, Wien u. a. 2009, S. 31f.

auf dem 1. Parteitag am 9. Februar 1919 die „Meinung, die sozialistische Republik mit einem Putsch begründen zu können." Er fuhr fort: „Es fehlt uns die Erfahrung, die bei den spezifischen österreichischen Verhältnissen unbedingt nötig ist." Die folgende Passage machte, mehr als es Rothziegel bewusst sein konnte, auf ein künftiges Kardinalproblem kommunistischer Politik aufmerksam: „Ich kann manches nicht öffentlich sagen, speziell nicht über das Verhalten zu unseren russischen Genossen. Doch meine ich, es muss abgegrenzt werden, ob uns die russischen Genossen als Revolutionäre unterstützen, oder ob diese Unterstützung an Bedingungen geknüpft ist, entweder in Bezug auf die Marschroute oder auf Personen."[104]

Rothziegel verstand seinen Beitrag auch als Antwort auf die Rede Elfriede Friedländers. Die Vorgänge des 12. November hätten, sagte sie, „unserer Partei geschadet und genützt, sie haben uns jedenfalls bekanntgemacht. Das wichtigste Ziel der Partei sei jetzt, den sozialdemokratischen Arbeiterrat „zu stürzen und einen radikalen an seine Stelle zu setzen."[105] Dass dies mit der politischen Wirklichkeit nicht allzu viel zu tun hatte, zeigt die angegebene Zahl von immerhin 11.000 Parteimitgliedern – dennoch eine verschwindende Minderheit innerhalb der Arbeiterklasse.[106]

Zwar sollte die Mitgliederzahl in den nächsten Monaten auf bis über 40.000 ansteigen.[107] Doch mit der Forderung Paul Friedländers, einen entschiedenen Kampf nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern auch gegen die bürgerliche Demokratie zu führen – er sah die parlamentarischen Körperschaften nur als Ausdruck kapitalistischer Klassenherrschaft – isolierte sich die Partei vom Gros der linkssozialistisch gesinnten Arbeiter, Angestellten und Intellektuellen, die mehrheitlich in der Sozialdemokratie verblieben.[108]

Überhaupt gelang es der KP kaum, unter Linksintellektuellen Fuß zu fassen; ihre entsprechende Vorfeldorganisation, der Bund geistiger Arbeiter unter Leitung des von der Front zurückgekehrten Gerhart Eisler blieb auf bestenfalls weni-

---

104 Der 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, S. 12f. Rothziegel lebte nicht lange genug, um seine Warnung bestätigt zu sehen, da er wenige Monate nach dem Parteitag bei der Verteidigung der ungarischen Räterepublik ums Leben kam.

105 Ebd., S. 8f.

106 Vgl. ebd., S. XII.

107 Dies nach Laurat, Le parti communiste, S. 77.

108 Der 1. Parteitag, S. 30. Hingegen warnte Leopold Kulcsár davor, durch eine allzu radikale Schreibweise in der Presse die sozialdemokratischen Arbeiter zu verprellen. Vgl. Der 1. Parteitag, S. 31. – Jüngere Autoren wie Fritz Keller sehen indes das linkssozialistische Potential innerhalb der Sozialdemokratie gegenüber rein reformistischen Kräften als eher marginal an. Vgl. Keller, Arbeiter- und Soldatenräte, S. 18f.

ge Dutzend Mitglieder beschränkt.[109] Daran änderte die Tatsache nichts, dass nicht nur Egon Erwin Kisch, der der Roten Garde angehörte und kurz darauf in Prag Parteimitglied wurde, sondern sogar Franz Werfel damals mit der Sache des Kommunismus sympathisierte.[110] Doch wurde Gerhart Eisler im Jahre 1919 mit der Leitung der Zeitschrift *Kommunismus – Zeitschrift der Kommunistischen Internationale für die Länder Südosteuropas* betraut, die als eine Art theoretisches Organ der Kommunisten aus den Ländern der früheren Habsburgermonarchie fungierte.[111]

Zusammen mit seiner Schwester war er am 21. Februar 1919 Referent auf der Gründungsversammlung der KPÖ-Organisation in Linz, auf der einige hundert Arbeiter und Soldaten den Beitritt zur Partei erklärten. Der Kern der Gründungsmitglieder gehörte zur Belegschaft des Steyr-Werkes. Bis zum Sommer 1919 sollte die KPÖ in Linz einen Mitgliederstand von rund 1.000 erreichen. Bis zum Herbst 1919 ging die Zahl allerdings wieder stark zurück.[112] Auch in der Steiermark fasste die Partei Fuß: Bereits am 22. Dezember 1922 war Ruth Fischer an der Gründung der Ortgruppe Graz beteiligt. Mitte Februar 1919 versammelten sich 4.000 Grazer am Freiheitsplatz zu einer Kundgebung, auf der KPÖ-Redner eine „Diktatur des Proletariats“ nach russischem Vorbild forderten. Am 22. Februar

---

109 Vgl. Hautmann, Räterepublik, S. 121. Einem in der DDR verfassten parteiinternen Lebenslauf zufolge trat Gerhart Eisler sofort nach seiner Demobilisierung der KPÖ bei. Vgl. Gerhart Eisler, Kurzbiographie, 17. Januar 1960, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (im Folgenden: SAPMO-BArch), DY 30/IV 2/11/5/749, Bl. 47, zit. in: Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 40. Seinen ersten Artikel für die Parteipresse schrieb er Ende November 1918. Vgl. G. E., Friedrich Adler über die Kommunistische Partei, in: Der Weckruf vom 28. November 1918. Darin bedauerte er in höflichen Worten, dass sich Adler nicht der KPÖ angeschlossen habe, was die Parteigründung nur umso notwendiger gemacht habe. In der gleichen Nummer wurde gegen die Verhaftung von Elfriede Friedländer und Karl Steinhardt Protest erhoben. Die Ausgabe findet sich in: SAPMO-BArch, NY 4117/12: Bestand Gerhart Eisler, Mappe Ausarbeitungen.

110 Vgl. zu Kisch Ludovit Šulc, Über den entscheidenden Abschnitt im Leben E. E. Kischs (1917–1919), in: Eduard Goldstücker (Hg.), Weltfreunde. Konferenz über die Prager deutsche Literatur, Prag 1967, S. 298f., und Guido Zamiš, Egon Erwin Kisch und die Wiener Rote Garde, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 24 (1982), Nr. 5, S. 719–733, bes. S. 727f.; zu Werfel vgl. Hautmann, Räterepublik, S. 97–99, und Peter Stephan Jungk, Franz Werfel. Eine Lebensgeschichte, Frankfurt 2001, S. 109f. Werfel hatte sich unter Kischs Einfluss bereits für die Oktoberrevolution begeistert. Vgl. ebd., S. 95.

111 Vgl. Schebera, Kommunist, S. 725f.

112 Vgl. Entstanden im Revolutionsjahr 1919, Website der KP Oberösterreichs, Artikel vom 3. November 2008, http://ooe.kpoe.at/news/article.php?story=20060216152205459.

schossen bewaffnete Studenten in Graz auf Demonstranten, die sie für Kommunisten hielten, und ermordeten vier Menschen.[113] Die politische Temperatur im Lande stieg bis zum Siedepunkt.

Während Elfriede Friedländer und Gerhart Eisler ihre Aktivitäten in der Partei verstärkten, trat ihr Bruder Hanns, wiewohl der KPÖ gleichfalls nahestehend, ihr nicht bei und wurde auch später niemals Mitglied einer anderen kommunistischen Partei. Er hatte sich nach einem kurzen Studium bei Karl Weigl am Wiener Konservatorium inzwischen Arnold Schönberg als musikalischen Lehrer auserkoren.[114]

Schönberg erkannte sofort Hanns Eislers herausragende Begabung, und innerhalb des jüngeren Schönberg-Kreises konnte man Eisler, so Hilde Spiel, „den interessantesten und jedenfalls den originellsten nennen. Eisler, der einzige politische Komponist, den Österreich je hervorgebracht hat, schrieb eines der ersten Zwölftonwerke, die nicht von Schönberg stammten, nämlich ‚Palmström' (Lieder nach Gedichten von Christian Morgenstern) und einige ebenso witzige Stücke für Kammerorchester und Gesang nach eigenen Texten und Collagen, ‚Tagebuch' und ‚Zeitungsausschnitte'. Noch bevor er 1926 nach Berlin ging", so Hilde Spiel weiter, „schuf er Chorwerke für Weberns ‚Freie Typographie', die in der gespannten, ideologisch polarisierten Atmosphäre der Ersten Republik nachdrücklich für die Sache der Unterdrückten eintraten."[115]

Jene „gespannte, ideologisch polarisierte Atmosphäre" prägte bereits die Ursprünge der Ersten Republik wie die Gründungsgeschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. In Ablehnung der als faulen Kompromiss zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie verstandenen Republik beschloss der 1. KPÖ-Parteitag mit 28 gegen 6 Stimmen, an den kommenden Parlamentswahlen nicht teilzunehmen.[116] Er wählte ein siebenköpfiges Zentralkomitee mit Karl Steinhardt an der Spitze. Für einen zurückgetretenen Genossen rückte Paul Friedländer in die Par-

113 Vgl. Herwig Höller, Zwischen Lenin und Kaltenegger, in: Der Falter vom 5. November 2008, hier nach der Internet-Ausgabe: http://www.falter.at/web/print/detail. php?id =804.

114 Zu dem Umständen vgl. Notowicz, Wir reden hier nicht von Napoleon, S. 33.

115 Spiel, Glanz und Untergang, S. 214. Von den genannten Werken lag jedoch bis 1919 nur die Vertonung der *Galgenlieder* vor, dazu die weitere Vertonung eines Rilke-Gedichtes (*Wenn es doch nur einmal so ganz stille wäre*) für Alt, Violine, Viola und Violoncello sowie der *Gesang des Abgeschiedenen* (altjapanische Gedichte) für Alt und Kammerorchester. Vgl. das Werkverzeichnis bei Glanz, Hanns Eisler, S. 156.

116 Eine vorherige „Reichskonferenz" der Partei hatte die Frage noch offengelassen. Vgl. Polizei-Direktion Wien, Komm. Bewegung. In den Wahlen vom 16. Februar erreichte die Sozialdemokratie mit fast 41 Prozent der Stimmen und 72 Mandaten in der Nationalversammlung die relative, gegenüber den bürgerlichen Kräften (Christlichsoziale 69 Mandate, Großdeutsche 36), jedoch nicht die absolute Mehrheit.

teiführung auf.[117] Elfriede Friedländer hatte hingegen nicht einmal für die Wahl zum ZK kandidiert – weil sie vermutete, nicht gewählt zu werden? Zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes unterrichtete sie zeitweilig an einer Berufsschule für Mädchen.

1919 schloss Elfriede Friedländer eine schmale Broschüre über *Die Sexualethik des Kommunismus* ab, die ein Jahr darauf erschien.[118] Im ersten, bereits 1915 geschriebenen Teil prangerte sie die käufliche Liebe als Teil der kapitalistischen Unterdrückung und Ausbeutung an und knüpfte dabei durchaus an progressive Gedanken der bürgerlichen Frauenbewegung wie der Psychoanalyse Sigmund Freuds an.[119] Im zweiten Teil ging sie von vorgeblich kommunistischem Standpunkt aus mit ihrer Meinung nach überkommenen bürgerlichen und spätfeudalen Einrichtungen wie Ehe und Familie scharf ins Gericht.

Die „bürgerliche Ehe" sei nichts weiter als ein „Popanz der Religionen und Ethiken."[120] Sie sei durch einen inneren Widerspruch geprägt: Einerseits sei sie eine Lebensgemeinschaft, oft auch eine Wirtschaftsgemeinschaft, andererseits sei sie eine Erziehungsgemeinschaft für die Kinder, bei der die Frau fast allein die Last zu tragen habe. Dies sei besonders in Ehen der Arbeiterklasse der Fall, die die kapitalistische Ausbeuterordnung im Bereich der Familie geradezu reproduziere. Jede Liebesbeziehung müsse unter diesen Umständen verkümmern. „Sippe und Familie sind zerfallen und Gemeinschaften gibt es noch nicht."[121] Die Prostitution sei geradezu ein Spiegelbild der kapitalistischen Gesellschaft.[122] Erst die ökonomische

117 Vgl. Der 1. Parteitag, S. 43.

118 Für eine gute Analyse der Arbeit vgl. Toralf Reinhardt, Zur politischen Biographie Ruth Fischers (Elfriede Friedländers) in den Jahren 1913–1941, unter besonderer Berücksichtigung ihrer frauenpolitischen Aktivitäten und Vorstellungen in den Jahren 1915–1925, Diplomarbeit, Pädagogische Hochschule Leipzig 1992 (im Folgenden: Reinhardt, Biographie), S. 17–28. Zuletzt erschienen Textauszüge von Elfriede Friedländers Broschüre in: Barbara Eder/Felix Wernheuer (Hg.), Die Linke und der Sex. Klassische Texte zum wichtigsten Thema, Wien 2011, S. 91–101.

119 Erst mit dem Anwachsen der kapitalistischen Vergnügungsindustrie um 1900, so Jost Hermand, konnte Freud „die These aufstellen, wie stark das sexuelle Begehren alle anderen menschlichen Verhaltensnormen mitbestimme oder gar verursache." Jost Hermand, „Ewig diese Widersprüche!" Elfriede Friedländers Sexualethik des Kommunismus (1920), in: Wolfgang Emmerich u. a. (Hg.), Eros und Literatur. Liebe in Texten von der Antike bis zum Cyberspace. Festschrift für Gert Sautermeister, Bremen 2005, S. 203.

120 Elfriede Friedländer, Sexualethik des Kommunismus. Eine prinzipielle Studie, Wien 1920, S. 3.

121 Ebd., S. 45.

122 Vgl. ebd., S. 21.

Befreiung des Arbeiters und vor allem der Arbeiterin eröffne die Chance auf „ein tätiges, freudiges, geordnetes Leben in inniger Gefühls- und Geistesgemeinschaft.“[123] Dabei müsse mit zwei Vorurteilen radikal aufgeräumt werden: der monogamen Zwangsgemeinschaft und der Verteufelung der gleichgeschlechtlichen Liebe. „Die Mehrheit der Menschen lebt polygam“, und „Homosexualität ist natürlich, ist angeboren.“[124] Sie selbst habe nichts „gegen eine Verbindung von Vater und Tochter, Mutter und Sohn, Vater und Sohn der Mutter und Tochter“ einzuwenden.[125]

Die neue, von den Kommunisten erstrebte proletarische Lebensgemeinschaft sei ein „Bund freier Menschen“, der alle Konventionen, vor allem die ökonomische Bindung der Frau an den Mann ablehne.[126] Der Kommunismus, der allein die doppelte Unterdrückung der Frau beseitigen könne, müsse durch die soziale Revolution herbeigeführt werden. „Der Weltkrieg hat die vollkommene Unfähigkeit des Kapitalismus zur Erhaltung seiner Herrschaft bewiesen“, schrieb Elfriede Friedländer apodiktisch. Die daraus folgende soziale Revolution aber ordne nicht nur das soziale, sondern auch das Geschlechtsleben neu und stelle die Beziehung zwischen Mann und Frau auf eine neue Stufe.[127]

Elfriede Friedländers Arbeit trug, in heutiger Diktion, „antipatriarchalische Züge“, was auch ihre Forderung zeigte, Kinder mit dem Nachnamen der Mutter zu benennen. Im Noch-Niemandsland „zwischen Lebensphilosophie und Stalinismus“ angesiedelt, spiegelte diese Erstlingsarbeit in ihrer Diktion auch den Zeitgeist des Expressionismus wider.[128] Sie zeigte auch einen unmenschlichen Zug, denn Elfriede Friedländer forderte: „Mit schweren, vererblichen Krankheiten belastete Menschen (Trunksucht, Geisteskrankheit, Syphilis etc.) werden von Staatswegen auf die leichteste und schmerzloseste Weise *zeugungsunfähig* gemacht.“[129]

Sogar Lenin las die Broschüre oder blätterte sie zumindest durch. Er blieb jedoch davon unbeeindruckt. Laut Clara Zetkin war diese Schrift „einer jungen Wiener Genossin“ nichts weiter als „eine Liebhaberei der Intellektuellen und der

123 Ebd., S. 41.
124 Ebd., S. 29, 31.
125 Ebd., S. 58.
126 Ebd., S. 18.
127 Ebd., S. 46f.
128 Vgl. Hartmut Nowacki, Zwischen Lebensphilosophie und Stalinismus. Philosophische Ansätze in der Kommunistischen Partei Deutschlands, München 1983, S. 61.
129 Friedländer, Sexualethik des Kommunismus, S. 50. Hervorhebung im Original.

ihnen nahestehenden Schichten." Unter den klassenbewussten Proletariern sei jedoch kein Platz für eine derartige „Laienstümperei."[130]

Nicht nur familienpolitisch traditionell eingestellte Arbeiter, auch Angehörige des (im Zarenreich) aufgestiegenen und etablierten Mittelstandes, dem Lenin entstammte, oder eine sächsische Bildungsbürgerin wie Clara Zetkin, wie radikal sie auch dachten, mussten solche abstrusen Gedanken ablehnen, so notwendig die Forderung nach Gleichstellung homosexueller Lebensweise oder die Anprangerung der Prostitution war.[131] Gewiss konnte sich Elfriede Friedländer hier keineswegs auf Maßnahmen berufen, mit denen die bolschewistische Regierung in Sowjetrussland die Lage der Frau zu verbessern gedachte. Alexandra Kollontai, die wichtigste Frauenpolitikerin des Landes, plädierte vielmehr für eine „Erziehung des Kindes in der Atmosphäre einer weitgefassten sozialistischen Familie, was die „Einrichtung von Häusern für Mutter und Kind" und die „Grundsteinlegung für die soziale Erziehung der Kinder von ihren ersten Lebenstagen an" bedeutete. Allerdings sah auch sie die Ehe als eine bisher rein auf wirtschaftlichen Bindungen beruhende Institution als überflüssig an. Die Haushaltsarbeit sollte wie das Wirtschaftsleben insgesamt kollektiv organisiert werden.[132]

Elfriede Friedländers Broschüre war ein anarcho-kommunistisch getönter Aufschrei aus der Generation, die den Weltkrieg als Zäsur zwischen der alten, scheinbar vernichteten und einer neuen, noch nicht erstandenen Welt erlebte. Die intellektuellen Wortführer dieser Generation verstanden sich nicht nur als Akteure eines radikalen Neubeginns, sie dachten auch fast nur im Begriffspaar des Entweder-Oder. Sie gaben dem frühen Kommunismus, aber auch den jeweiligen Varianten eines radikalen bürgerlichen Nationalismus, schließlich dem Faschismus das Gepräge. Ihre rigorose Ablehnung überkommener Konventionen ging nur allzu oft mit dem Bestreben einher, den politischen Opponenten zum Todfeind zu erklären. Dieses Bestreben überdauerte die politischen Stellungswechsel der Akteure. Es sollte bei vielen zur Manie werden und den Kommunismus wie auch den

130 Clara Zetkin, Erinnerungen an Lenin, Berlin [DDR] 1975, S. 66f.

131 Jost Hermand geht zu weit, wenn er Elfriede Friedländer das Prädikat einer „Sexualtheoretikerin" zuerkennt. Vgl. Jost Hermand, Ruth Fischer alias Elfriede Friedländer. Sexualtheoretikerin, Kommunistin, Antistalinistin, in: Heidi Beutin u. a. (Hg.), Die Frau greift ein in die Politik. Schriftstellerinnen in Opposition, Revolution und Widerstand, Frankfurt u. a. 2010, S. 317–332. An anderer Stelle begründet er Elfriede Friedländers Radikalismus mit ihrem Protest gegen die bürgerliche „Doppelmoral", vernachlässigt aber die Tatsache, dass dieser (Ultra-)Radikalismus von anderen proletarischen Frauenrechtlerinnen nicht geteilt wurde. Vgl. Jost Hermand, Freundschaft. Zur Geschichte einer sozialen Bindung, Köln u. a. 2006, S. 106–110.

132 Alexandra Kollontai, Ich habe viele Leben gelebt… Autobiographische Aufzeichnungen, Berlin [DDR] 1980, S. 460.

Antikommunismus des 20. Jahrhundert unheilvoll prägen – nicht zuletzt unter tatkräftiger Mithilfe der Exkommunisten.

Noch war all dies kaum im Ansatz, geschweige denn in den Konsequenzen erkennbar, natürlich auch nicht für eine so zeittypische Gestalt wie Elfriede Friedländer. An ihre Schrift anknüpfend, befasste sie sich in einer Reihe von Artikeln mit der proletarischen Frau in Geschichte, Gegenwart und der nahen kommunistischen Zukunft. All diese Artikel erschienen in der von Elfriede Friedländer ab dem 15. Januar 1919 verantworteten Zeitschrift *Die revolutionäre Proletarierin. Beilage der Zeitung Die soziale Revolution*.[133]

Elfriede Friedländer sah das durch die Revolution endlich erkämpfte Frauenwahlrecht als einen gesellschaftlichen Fortschritt, warnte aber, man „täuscht die Frauen, wenn man ihnen das Wahlrecht als Mittel preist, sich aus der wirtschaftlichen und sozialen Sklaverei zu befreien, unter der sie in der heutigen Gesellschaft leiden." Die bürgerliche Familie, unter deren Zwängen auch die Arbeiterfrauen lebten, setze die Unterdrückung der Frau am Arbeitsplatz zu Hause fort. Sie sei in einer kommunistischen Gesellschaft zum Absterben verurteilt und werde verschwinden, „wenn die Gesellschaft die Produktion in einer Weise regeln wird, dass alle gesunden Männer und Frauen in gleicher Weise daran beteiligt sind, wenn die ökonomische Abhängigkeit des einen Menschen von anderen eine Unmöglichkeit geworden ist" und wenn „die Aufzucht der Kinder vollständig von der Gesellschaft in die Hand genommen wird", dann werde auch der „Kleinbetrieb des Einzelhaushaltes zum Großbetrieb der kommunistischen Hauswirtschaft" werden.[134] Die Vorteile eines solchen Großbetriebes zeigten sich beispielsweise beim Kochen.[135]

Wie der Urkommunismus, als die Frau voll gleichberechtigt war, werde „auch der höhere, der entwickelte Kommunismus der Kulturvölker" die Befreiung der Frau von jeder wirtschaftlichen und politischen Knechtschaft bringen.[136] Die Frauen würden im Kommunismus über alle Aufgaben der Kindererziehung selbst bestimmen. Doch müssten sie schon heute Sitz und Stimme in allen Arbeiterräten haben.[137] Innerhalb der Partei sollten sie zwar keine eigenen Ortsgruppen gründen, doch solle in jeder Gruppe „eine Genossin als Vertrauensmännin die spezielle

133 Ich folge hier Reinhardt, Biographie, S. 29f.

134 Elfriede Friedländer, Die Befreiung der Frau, in: Die revolutionäre Proletarierin vom 5. März 1919.

135 Vgl. Elfriede Friedländer, Die Vorteile des Großbetriebes beim Kochen, ebd., 22. März 1919.

136 Elfriede Friedländer, Mann und Frau, ebd., 29. März 1919.

137 Vgl. Elfriede Friedländer, Die Arbeiterratswahlen und die proletarischen Frauen, ebd., 5. April 1919.

Propaganda für die Organisation übernehmen." In allen Gremien der Partei seien die Belange der Frauen durch diese selbst zu vertreten.[138] Zur Frage der Abtreibung schrieb Elfriede Friedländer, die Frau habe ein Recht darauf, selbst zu entscheiden, ob sie ein Kind austragen wolle oder nicht.[139]

Die proletarischen Frauen, schrieb sie im September 1919, seien „durch die Kluft der materialistischen Geschichtsauffassung und der sozialistischen Überzeugung von ihren bürgerlichen Geschlechtsgenossinnen getrennt." Es sei somit die erste Aufgabe kommunistischer Frauenpolitik, den Arbeiterfrauen die Notwendigkeit der kommunistischen Umwälzung „Schritt für Schritt verständlich zu machen", denn erst aus dieser Arbeit werde „die eigentliche kommunistische Frauenbewegung erwachsen, die die bürgerliche Scheinkultur des Familienlebens, der Erziehung und der Sexualheuchelei zerstört und die kommunistische Kultur wahren Gemeinschaftslebens erkennt und verwirklicht."[140] Zwar wurde Elfriede Friedländer zur Redakteurin der Frauenbeilage der kommunistischen Parteizeitung ernannt, doch mussten ihre Positionen kommunistische Arbeiter, die ungeachtet ihres politischen Radikalismus meist an recht konventionellen Vorstellungen des Familien- und Gemeinschaftslebens festhielten, mehr als irritieren.[141] Auch deshalb befand sich das Parteimitglied Nummer Eins in politischer Isolierung.[142]

Unterdessen hatte die revolutionäre Nachkriegskrise am 21. März 1919 in Ungarn zur Bildung der kommunistischen Räterepublik geführt. Diese wurde zunächst als Akt des Widerstandes gegen die Besetzung und radikale Verkleinerung des Landes durch die Entente empfunden. Daher traf die Räterepublik anfangs auf breite Sympathie auch unter Nichtkommunisten, die sie sich aber durch diktatori-

---

138 Vgl. Elfriede Friedländer, Die Frauen in der kommunistischen Partei, ebd., 12. April 1919.

139 Vgl. Elfriede Friedländer, Verbrechen oder Rechte, ebd., 12. April 1919.

140 Elfriede Friedländer, Die sozialistische Frauenbewegung in Deutsch-Österreich, in: Die Spartakistin, Nr. 5 vom 21. September 1919, auch in: Hering/Schilde, Kampfname Ruth Fischer, S. 99–102.

141 Im Mai 1919 wurde *Die revolutionäre Proletarierin*, wohl aus Geldmangel, eingestellt.

142 Dies gilt auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass während des Weltkrieges, „als die Lebensmittelkürzungen zur Radikalisierung der städtischen Bevölkerung führten, es die Frauen waren, die als erste ihre Stimmen zum Protest erhoben" und somit das alte Rollenklischee erstmals in Frage stellten. William A. Pelz, Against Capitalism. The European Left on the March, New York 2007, S. 96. In Österreich wie in Deutschland war die Beteiligung von Frauen an den Massenstreiks im Januar 1918 erheblich; dabei spielte die Forderung nach dem Wahlrecht für Frauen eine wichtige Rolle. Vgl. Hans-Jürgen Arendt/Peter Kuhlbrodt, Die proletarische Frauenbewegung in der Novemberrevolution 1918/19, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 30 (1988), Nr. 6, S. 762.

sche Maßnahmen bald verscherzte.[143] Dennoch blieb „das Element des Bürgerkrieges im Vergleich zu der Rolle des Kampfes gegen die Militärintervention von wesentlich geringerer Bedeutung."[144]

Die von der Entente, ihren tschechoslowakischen und rumänischen Hilfstruppen angedrohte, alsbald auch betriebene bewaffnete Intervention löste eine spontane Solidaritätsbewegung in Teilen Europas aus, vor allem im Nachbarland Österreich.[145] So berief am 6. April die KPÖ gemeinsam mit dem Vollzugsausschuss des ungarischen Proletariats in Wien, einer Organisation dort lebender linksgerichteter Ungarn, eine Kundgebung zur Unterstützung der Räterepublik und gegen den drohenden Einmarsch ausländischer Truppen ein. Die etwa fünftausend Personen hörten eine Reihe von Ansprachen, in denen gefordert wurde, es den Arbeitern von Ungarn gleichzutun und ein Räteösterreich zu errichten.[146]

Diese Forderung tauchte auch in einer Wiener Demonstration am 13. April auf, in der vor allem Arbeitslose und Kriegsinvaliden eine Verbesserung ihrer elenden materiellen Lage forderten. Am Gründonnerstag, dem 17. April fanden zeitgleich drei Veranstaltungen statt, deren Teilnehmer sich schließlich vor dem Parlamentsgebäude zusammenfanden. Nach Rangeleien mit der Polizei und nachdem an zwei Stellen des Gebäudes Feuer gelegt wurde, kam es zu einer heftigen Schießerei, die sich Demonstranten mit bewaffneten Einheiten der sozialdemokratischen Volkswehr lieferten. Es gab fünf Tote und rund fünfzig Schwerverletzte auf beiden Seiten.[147]

143 Offiziell war die Räterepublik zunächst überparteilich, so fungierte der Sozialdemokrat Sándor Garbai als Ministerpräsident, doch wurden die Sozialdemokraten zur Vereinigung mit den Kommunisten genötigt und alle anderen Parteien verboten. Sogenannte bürgerliche und großbäuerliche Elemente wurden von den Wahlen ausgeschlossen; eine Maßnahme, die auch der ungarische marxistische Historiker Iván Berend einer scharfen Kritik unterzog. Vgl. Iván T. Berend, Decades of Crisis. Central and Eastern Europe Before World War II, Berkeley 1998, S. 127f. Es scheint, als ob die österreichischen Kommunisten die schon früh zutage tretenden diktatorischen Züge der ungarischen Räterepublik negierten.

144 Miloš Hájek/Hana Mejdrová, Die Entstehung der III. Internationale, Bremen 1997, S. 90. Das Buch, in Prag unter schwierigsten Bedingungen der konterrevolutionären „Normalisierung" nach 1968 geschrieben, stellt die Frühgeschichte der Komintern mit am ausgewogensten dar.

145 Die sozialdemokratische *Arbeiterzeitung* nannte am 22. März 1919 jedoch die Errichtung einer Räterepublik ein „Wagnis, das nur äußerste Verzweiflung diktieren konnte." So auch zit. bei Hautmann, Geschichte der Rätebewegung, S. 305.

146 Vgl. Polizei-Direktion Wien, Komm. Bewegung. Hierzu und zum Folgenden weiterhin Hautmann, Räterepublik, S. 145–152.

147 Von der schlimmen Ernährungs- und Versorgungslage zeugt auch die Tatsache, dass zwei getötete Polizeipferde von der Menge sofort zerlegt und die Fleischstücke als

Die KPÖ hatte im Vorfeld ausdrücklich jede Verantwortung für irgendeine der drei Demonstrationen abgelehnt. Da sie aber als Propagandaorganisation für einen politischen Umsturz in der Öffentlichkeit sichtbar war und da sich damals eine Reihe ungarischer Emissäre in Österreich aufhielt, konstruierte die bürgerliche und teilweise auch die sozialdemokratische Presse eine Verbindung zwischen den dramatischen Ereignissen in Ungarn und den Zusammenstößen in Wien. Hans Hautmann sah die Zeit zwischen dem großen Eisenbahnerstreik Ende März und den Ereignissen des Gründonnerstags als Möglichkeit zur Errichtung der Räterepublik in Österreich, doch sind andere Autoren, so Francis Carsten, zu einem vorsichtigeren Urteil gelangt.[148] Dass aber die Chancen für eine Rätemacht bestanden, von der KPÖ aber nicht genutzt worden seien, wurde innerhalb der Partei damals jedoch zur Mehrheitsmeinung.

Diese Hoffnung speiste sich natürlich aus den Erfolgen bei der Errichtung kommunistischer Räterepubliken nicht nur in Ungarn, sondern in der zweiten Aprilhälfte 1919 auch in Bayern. Der Komintern-Vorsitzende Sinowjew stand mit seinem Optimismus keineswegs allein, als er damals sagte, „niemand würde überrascht sein, wenn zu der Zeit, in der diese Zeilen gedruckt sind, wie nicht drei, sondern sechs oder mehrere Sowjetrepubliken haben."[149]

---

willkommene Beute nach Hause getragen wurden. Vgl. Hautmann, Geschichte der Rätebewegung, S. 317.

148 Vgl. Hautmann, Räterepublik, S. 151; Francis L. Carsten, Revolution in Mitteleuropa, Köln 1973, S. 26. Auch Julius Braunthal, Millenium, S. 222, sah nach der Niederwerfung der radikalen Linken in Deutschland von vornherein keine Chance, in Ungarn oder gar in Österreich eine Rätemacht aufzurichten, und ähnlich sah dies die entschiedene Linke in der österreichischen Sozialdemokratie – von Friedrich Adler bis Otto Bauer. Vgl. Raimund Löw, Otto Bauer und die russische Revolution, Wien 1980, S. 43f. „Die österreichischen Sozialdemokraten waren politisch weit bewusster als die deutschen, aber viel realistischer als die ungarischen", die sich zum Teil (gegen den Rat ihres Parteiführers Mihály Károly) von Béla Kun mitreißen ließen, schrieb Adolf Sturmthal, The Tragedy of European Labour 1918–1943, London 1944, S. 48. Doch war die ungarische Sozialdemokratie, hier weiter als die deutsche und sogar die österreichische gehend, vor ihrer Zwangsvereinigung mit den Kommunisten fast zur Gänze für die Arbeiterkontrolle über die Produktion eingetreten. Vgl. Geoff Eley, Forging Democracy. The History of the Left in Europe, 1850–2000, Oxford 2002, S. 155. Die Besetzung und Abtrennung von fast zwei Dritteln des altungarischen Staatsgebietes habe das überaus hohe Maß an Radikalisierung jedoch beinahe unvermeidlich gemacht, betonte Carl Landauer, European Socialism. A History of Ideas and Movements from the Industrial Revolution to Hitler's Seizure of Power, Bd. 1, Berkeley/Los Angeles 1959, S. 825.

149 G. Sinowjew, in: Kommunističeskij Internacional, Nr. 1 (Mai 1919), Sp. 38, zit. in: Stephen White, Communism and the East. The Baku Congress, 1920, in: Slavic Review, 33 (1974), Nr. 3, S. 494.

Doch begann bereits am 16. April der Einmarsch rumänischer Truppen nach Ungarn, denen sich kurz darauf Militäreinheiten der Tschechoslowakei anschlossen. Mit ihrem Vordringen zerstoben alle kommunistischen Hoffnungen, durch Errichtung der Rätemacht in Österreich eine Verbindung zwischen Ungarn und Bayern herzustellen. Anfang Mai nahmen Freikorps- und Militäreinheiten München ein. Die Konterrevolution hielt ein blutiges Strafgericht.

Vor diesem Hintergrund ist der zeitweilige Aufstieg von Ernst (ursprünglich Jenö) Bettelheim in der KPÖ zu erklären. Im Auftrag Béla Kuns ging dieser nach Wien.[150] Mit der Autorität der ungarischen Genossen im Rücken sowie angesichts der Zerrissenheit der österreichischen Partei gelang es ihm, handstreichartig deren Führung inoffiziell an sich zu reißen.[151] Bettelheim warf der bisherigen Parteileitung politisches Versagen vor und konnte ein Direktorium als Organ einrichten, das die Geschicke der Partei zu lenken beanspruchte. Dies richtete sich vor allem gegen das in der Partei nicht sehr beliebte Ehepaar Friedländer. Bereits am 14. Mai hatte Paul Friedländer die Redaktion der *Sozialen Revolution*, der Parteizeitung, abgeben müssen. Er war durch Siegfried Kehraus ersetzt worden, dem gleichen Genossen, der wenige Monate zuvor durch seinen Rückzug die Wahl Friedländers in die Parteiführung überhaupt erst ermöglicht hatte.[152]

Der neuen Parteispitze gehörten unter anderem Koritschoner und Wertheim an, während Bettelheim hinter den Kulissen die Drähte zog – offiziell war er nur Mitarbeiter des Direktoriums. Die auf Druck der Entente veranlasste Demobilisierung der Volkswehr, den die SDAPÖ-Parteileitung umzusetzen suchte, brachte zahlreiche Volkswehr-Angehörige in Gegensatz zur Sozialdemokratie. Obgleich innerhalb der KPÖ keine einheitliche Beurteilung der politischen Lage sichtbar war, sah deren Spitze und besonders Bettelheim im Konflikt zwischen Volkswehr und SDAPÖ ein sicheres Anzeichen für den baldigen Zerfall der Sozialdemokratie.

Die erneuten kommunistischen Aufrufe zum Sturz der Koalitionsregierung und insbesondere zum Kampf gegen die Sozialdemokratie beantwortete die Wiener Polizei mit der kurzzeitigen Verhaftung einer Reihe kommunistischer Parteiführer direkt aus einer Versammlung heraus und stellte damit auch den sozialde-

150 Der Polizeibericht zur kommunistischen Bewegung nennt zwei ungarische Armeeangehörige und einen ungarischen Staatsangehörigen Gyula Fuchs (wahrscheinlich ein Pseudonym Bettelheims), die im Auftrag der Räterepublik nach Wien reisten und dort Kontakt mit dem österreichischen KP-Funktionär Karl Tomann aufnahmen. Auch weitere Kontakte zwischen Budapest und Wien sowie auch ungarische Geldüberweisungen liefen über Tomann. Vgl. Polizei-Direktion Wien, Komm. Bewegung.

151 Der Polizeibericht bezeichnet Bettelheim als „Parteidiktator". Vgl. ebd.

152 Vgl. Hautmann, Anfänge, S. 108, Anm. 43.

mokratischen Staatssekretär, dem sie unterstand, vor vollendete Tatsachen. In dieser Versammlung am 14. Juni war eine geplante Massenaktion für den nächsten Tag besprochen worden. Diese fand dennoch statt, und im Zentrum der Veranstaltung auf dem Rathausplatz, an der etwa 6.000 Personen teilnahmen, stand die Forderung nach Freilassung der Kommunisten. Dabei kam es wiederum zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, die zwanzig Tote forderten, worauf sich die Versammlung auflösen musste.[153]

Die Kommunisten hatten im Kräftemessen den Kürzeren gezogen. Es hatte sich gezeigt, dass die Warnung der Sozialdemokraten, bei „gefährlichen Experimenten" werde die Entente Österreich dem Hungertode überlassen, unter den Arbeitern mehr Wirkung zeigte als die kommunistische Losung: „Räteungarn wird uns mit Lebensmitteln versorgen."[154] Allmählich gaben die Kommunisten den Begriff der Rätemacht auf, um ihn durch den der Diktatur des Proletariats zu ersetzen. Das bedeutete immerhin, im politischen Handeln der Massenbewegung den Vorrang gegenüber der konspirativen Aktion zu geben.

Doch noch gab es in der Partei Stimmen, die auf eine baldige Machtübernahme setzten. Zu ihnen gehörte Elfriede Friedländer. Dies zeigte sich bei ihrem letzten öffentlichen Auftreten als Mitglied der österreichischen KP am 30. Juni.[155] Sie sprach damals auf der 2. Reichskonferenz der österreichischen Arbeiterräte in Wien.[156] Die Rednerin bejahte die selbst gestellte Frage „Ist Deutschösterreich reif zur Räterepublik?", da die Anziehungskraft Sowjetrusslands geradezu unwiderstehlich sei und auch sozialdemokratische Arbeiter mitreißen werde.[157] Sie be-

153 Einzelheiten bei Hautmann, Räterepublik, S. 183f. Nach Fritz Keller waren die Zusammenstöße durch Polizeipräsident Schober provoziert worden. Vgl. Fritz Keller, Bucharins Instruktionen an die diplomatischen Vertretungen der Sowjetunion, in: The International Newsletter of Communist Studies, 10 (2004), Nr. 17, S. 19.

154 Hautmann, Räterepublik, S. 14.

155 Sie vertrat dort die Partei gemeinsam mit Karl Tomann. Vgl. Paul Pasteur, Femmes dans le mouvement ouvrier autrichien 1918–1934, Thèse de doctorat, Université de Rouen 1985, S. 264.

156 Bei den verschiedenen Arbeiterratswahlen hatten die Kommunisten im Frühjahr 1919 nur knapp fünf bis acht Prozent der Stimmen bekommen (gegenüber rund 92 Prozent für die Sozialdemokraten). Vgl. Hans Hautmann/Rudolf Kropf, Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik, Wien 1974, S. 137f. Zur Konferenz vgl. ausführlich Hautmann, Geschichte der Rätebewegung, S. 368–391.

157 Vgl. Ist Deutschösterreich reif zur Räterepublik? Reden von Karl Tomann und Elfriede Friedländer auf der 2. Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs am 30. Juni 1919, Wien 1919, S. 31 und 48. – Für John Hulse war Tomann (der später zu den Nationalsozialisten überlaufen sollte) das österreichische „Gegenstück" zu Béla Kun, doch

hauptete, „dass es einer geeigneten Führung der Sowjetrepublik Deutschösterreich gelingen würde, nach einer kurzen Zeit der Krise von der Entente denselben Kredit zu bekommen, wie wir ihn heute haben, ja vielleicht noch mehr, wenn wir […] alles, was wir an wertvollem Material, an Gold und Silber haben, zusammenraffen und dem Ententekapital anbieten."[158] Als sie erklärte, man werde (dem als Synonym für Rückständigkeit geltenden) Tirol „keine Träne nachweinen", solle es sich von der österreichischen Sowjetrepublik losreißen, kam es zum Tumult.[159]

Nicht nur Sozialdemokraten, auch manche kommunistischen Genossen dürften daraufhin an Elfriede Friedländers politischer Urteilsfähigkeit gezweifelt haben. Man sollte aber nicht übersehen, dass sie sich vom Abenteurertum Bettelheims freihielt. „Ich befand mich im ‚Zentrum' und sprach mich gegen den Putschismus aus, gegen den Versuch einer Machtübernahme ohne die genügende Unterstützung durch die österreichische Arbeiterklasse", schrieb sie später. Dem darf Glauben geschenkt werden.[160] Sie berichtete, dass sie sich „in äußerst scharfer Weise" gegen die Methoden der ungarischen Kommunisten ausgesprochen habe, die Revolution anzuheizen oder zu exportieren. Doch habe sie „an allen Aktionen" teilgenommen. „Ihre Aufgabe war die Organisierung einer Reihe von Provokationen, die die Arbeiter zum Kampf veranlassen sollten. Ich sprach mich in äußerst scharfer Weise gegen diese Methoden aus, nahm aber an allen Aktionen teil. Mehrere Male wurde ich inhaftiert und wieder aus dem Gefängnis entlassen."[161]

---

hat die seitdem erschienene Forschungsliteratur zur Frühgeschichte des österreichischen Kommunismus dieses Urteil nicht bestätigt. Vgl. John W. Hulse, The Forming of the Communist International, Stanford 1964, S. 42.

158 Ist Deutschösterreich reif zur Räterepublik?, S. 17.

159 Ebd., S. 45. – Die Attraktivität des Rätegedankens gegenüber der Parlamente, die nicht nur Karl Radek als „Dunkelkammern" bezeichnete, „in denen die Bürokratie zusammen mit den Vertretern des Finanzkapitals die Geschäfte des Staates erledigt", muss im Kontext des Versagens der Parlamente im August 1914 gesehen werden. Karl Radek, Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat, Bern-Belp 1918, S. 34f., zit. nach Wolf-Dietrich Gutjahr, „Revolution muss sein." Karl Radek. Die Biographie, Köln u. a. 2012, S. 329.

160 Elfriede Friedländer gehörte zu jenem Kreis von Kommunisten, die Béla Kun ersuchten, Bettelheim seine Unterstützung zu entziehen. Der später bekannte Schriftsteller Leo Lania, damals Parteimitglied, wurde deshalb im Juli nach Budapest zu Kun entsandt. Für seine Schilderung dieser Mission vgl. Leo Lania, Welt im Umbruch. Biographie einer Generation, Frankfurt/München [1954], S. 153–163. Lania zitierte Paul Levi, der damals Wien besuchte, mit den Worten: „Ihr müsst durchsetzen, dass das Westeuropäische Sekretariat euch diese ungarischen Narren vom Halse schafft." Ebd., S. 167.

161 Fischer, Autobiographical Notes, S. 448.

Sie habe sich für die Partei aufgeopfert. „In dieser Zeit traf ich unzählige Kommunisten und Sozialisten aus Deutschland, Italien, Ungarn, vom Balkan und sogar ein oder zwei britische und amerikanische Genossen." Sie habe, zumindest wenn man ihrer späteren Stellungnahme Glauben schenkt, damals zur Besonnenheit aufgerufen und sich gegen den „Putschismus" ausgesprochen.[162] Mit einem Anflug von Selbstkritik fuhr sie fort: „Im Verlauf dieser Ereignisse nahm ich zu vielen Fragen entschieden Stellung und änderte dabei auch meine Meinung. Somit war ich nicht länger eine beliebte, geachtete und vielversprechende Agitatorin, sondern wurde aufs Äußerste bekämpft."[163]

Der Konferenz der Arbeiterräte war die für lange Zeit letzte Massenaktion vorausgegangen, auf die die KPÖ Einfluss nehmen konnte. Nicht nur Kommunisten fühlten sich angesichts der Exzesse der Konterrevolution in Bayern und Ungarn zur Solidarität verpflichtet. Angesichts dessen sprach sich eine Mehrheit der Arbeiterräte für einen Generalstreik am 21. Juni aus, der den einheimischen Unterstützern der Konterrevolutionen wirtschaftlich das Wasser abgraben sollte. Die Streiks, denen sich nach anfänglichem Zögern auch die Sozialdemokraten anschlossen, konnten freilich die Zerschlagung der ungarischen Räterepublik nicht verhindern. Am 1. August 1919 hatte auch in Budapest die Konterrevolution gesiegt.

Drei Tage später, am 4. August, berieten auf einer Sitzung des Wiener Kreisarbeiterrates führende Kommunisten und Sozialdemokraten die durch die Zerschlagung Räteungarns entstandene neue politische Lage; ein Treffen, das in Deutschland undenkbar gewesen wäre. Friedrich Adler, der für den linken Flügel der Sozialdemokratie sprach, sah im Fall der ungarischen Räterepublik ein Fanal für die erstarkende Reaktion, die nunmehr nicht nur gegen den Bolschewismus, sondern gegen die Arbeiterbewegung insgesamt vorgehen werde. Ungeachtet aller Differenzen müssten dem Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam entgegentreten. Die Niederlage der ungarischen Räterepublik sei jedoch der Beweis dafür, dass der Arbeiterrat richtig gehandelt habe, als er es im März mehrheitlich ablehnte, dem ungarischen Beispiel zu folgen. Ähnlich äußerten sich Robert Danneberg und Max Adler. Karl Seitz, der den rechten Parteiflügel vertrat, warf den Kommunisten vor, sie hätten durch ihre Unterstützung des abschreckenden ungarischen Beispiels den Sozialismus diskreditiert.[164] Karl Tomann und Elfriede Fried-

162 Ebd.

163 Ebd., S. 449.

164 Nach Ansicht von Zeitgenossen entstand damals der Terminus Austro-Marxismus als despektierliche Bezeichnung der Kommunisten für die Sozialdemokraten, denen sie vorwarfen, Marxisten nur in Worten, nicht aber in Taten zu sein. Vgl. Borkenau, Austria and After, S. 159f.

länder, die für die Kommunisten sprachen, lehnten diese Sichtweise ab und erklärten, nicht das ungarische Proletariat, sondern die Passivität der europäischen Arbeiter sei für das Scheitern des Experiments verantwortlich.[165]

Eine mit sechs gegen drei (kommunistische) Stimmen angenommene Resolution hielt fest, dass die Arbeiter aller Länder „um eine traurige Erfahrung reicher" seien. Wenn die Bourgeoisie glaube, mit dem Fall der ungarischen Räterepublik sei auch die Macht der Arbeiterklasse in Österreich gebrochen, jubele sie zu früh. Die Resolution erklärte, den verfolgten ungarischen Volksbeauftragten werde Asylrecht in Österreich geboten, was auch geschah.[166]

Das Abebben der revolutionären Welle hatte desaströse Folgen für die KPÖ. Innerhalb von drei Monaten sank die Mitgliederzahl von über 40.000 auf knapp 10.000.[167] Die bis dahin aus Ungarn fließenden Propagandagelder fielen weg. Auch eine Direktverbindung nach Moskau per Eisenbahn war nicht mehr möglich.[168]

Noch vor dem endgültigen Fall der Rätemacht in Ungarn trat am 6. und 7. Juli in Wien der zweite Parteitag der KPÖ zusammen. Er endete mit einer Überraschung. Die Tätigkeit des Direktoriums und damit Bettelheims fand nochmals eine knappe offizielle Billigung. Die Streikaktionen vom 21. Juni schienen, oberflächlich betrachtet, die Politik des Direktoriums zu bestätigen. Der Zeitzeuge Lucien Laurat wie Hans Hautmann als bester Kenner der Frühgeschichte der Partei haben aber sicher Recht mit der Feststellung, dass die Unzufriedenheit sogar mit Bettelheim geringer war als mit den Friedländers, die sich gegen dessen Kurs am klarsten ausgesprochen hatten. Im Herbst 1919 verlor Bettelheim jedoch seine (inoffiziellen) Funktionen und jeden Einfluss in der Partei.[169]

---

165 Vgl. Hautmann, Geschichte der Rätebewegung, S. 467. Die von Hautmann benutzten Materialien geben aber nur Tomanns Rede, nicht die von Elfriede Friedländer wieder.

166 Vgl. ebd., S. 468. Anfänglich waren die ungarischen Volksbeauftragten jedoch so schlecht untergebracht, dass sie in einen Hungerstreik traten, woraufhin sie besser untergebracht, jedoch in Schutzhaft belassen wurden. Als Begründung hieß es, dies geschehe, um ihr Leben zu schützen. Auslieferungsbegehren der neuen ungarischen Rechtsregierung wiesen die österreichischen Sozialdemokraten, speziell Otto Bauer, jedoch zurück. Vgl. ebd., S. 468f.

167 Die kurzzeitig erreichte, womöglich etwas übertriebene Zahl von 40.000 Mitgliedern bewog Mathilde Montagnon, Ruth Fischer, S. 22, von einer „Massenpartei" zu sprechen. Für das verkleinerte Österreich aber träfe dies bedingt zu.

168 Vgl. Laurat, Le parti communiste, S. 82.

169 Vgl. ebd., S. 81; Hautmann, Räterepublik, S. 194. Von diesem Parteitag existiert kein Protokoll. Bettelheim verlor im Herbst 1919 durch maßgebliche Mitwirkung des Komintern-Emissärs Karl Radek seinen Einfluss in der Partei. Vgl. Hautmann, Räterepublik, S. 209–218. – Der Polizeibericht zur kommunistischen Bewegung vermeldete:

Elfriede Friedländer tat nun etwas, was sie in späteren Lebensphasen wiederholen sollte: Sie zog einen abrupten Trennungsstrich zu ihrem bisherigen Milieu. Auf privater Ebene bedeutete dies die Trennung von ihrem Mann. Sie verließ ihn und gab den gemeinsamen Sohn Gerhard in die Obhut ihrer Eltern. „Die kleine Zahl geistig arbeitender und lebender Frauen", hatte sie in der *Sexualethik des Kommunismus* geschrieben, „hat es am allerschwersten, auch einen Teil vom erotischen Glück für sich zu erobern; denn ihre differenzierte Persönlichkeit, ihre neue Stellung zum Manne, die in ihm nicht den Übergeordneten, sondern den Gleichgeordneten erblickt, macht es sehr schwer, den passenden Partner zu finden."[170]

Dass Elfriede Friedländer den passenden Partner finden würde, stand für sie außer Frage. „Fritzis Erfolge bei den Männern müssen beachtlich gewesen sein", schrieb der Musikkritiker und Schriftsteller Ladislaus Singer, der sie wohl über Hanns Eisler kannte. „Dabei war sie klein, dick, hatte eine schlechte Figur, dafür aber ein rassiges Gesicht mit wundervollen Augen."[171] Sie hatte die *Sexualethik des Kommunismus* ihrem „Freund" Paul Friedländer gewidmet – mit dem sie noch formell verheiratet war.

Weder war, das stand für sie fest, Paul Friedländer der passende Lebenspartner, noch waren die kleine Republik Österreich und gar ihre winzige kommunistische Bewegung die Bühne, von der aus sie die Welt fortan in die Schranken fordern wollte.[172] Denn ihr Ziel war Deutschland, das Land, in dem eine Revolution noch möglich schien und die kommunistische Bewegung von Persönlichkeiten geführt wurde, die ihr unendlich interessanter vorkamen als die von ihr als provinziell gesehenen Österreicher. Zudem hatte in Wien die sozialdemokratische Führung das Heft des Handelns wieder in die Hand genommen. Die KPÖ blieb isoliert. In Deutschland schien hingegen vieles möglich.

„In den letzten Tagen [im Juli] machte sich innerhalb der kommunistischen Partei, insbesondere unter den manuellen Arbeitern, die derselben angehören, eine antisemitische Strömung geltend." Ob dies irgendeine Bedeutung für das innerparteiliche Klima hatte und zum Bedeutungsverlust sowohl Bettelheims als auch Elfriede Friedländers beigetragen haben könnte, ist aber nicht zu ermitteln. Polizei-Direktion Wien, Komm. Bewegung.

170 Friedländer, Sexualethik des Kommunismus, S. 20.

171 Ladislaus Singer, Marxisten im Widerstreit. Sechs Porträts, Stuttgart 1979, S. 76.

172 „Diese kleine, stets einfach schwarz angezogene Frau, die so gar nichts Weibisches an sich hat", schien gegenüber ihrem Mann „die stärkere Natur zu sein", wusste schon am 18. Juni 1919 der anonyme Autor des *Wiener Tagblatt* in einem Artikel über „Die Wiener Kommunisten und ihre Führer" zu berichten. Diese zeitgenössischen Pressematerialien finden sich im Tagblattarchiv der Wienbibliothek im Rathaus der österreichischen Hauptstadt, Personenmappe Fischer, Ruth.

So fiel Elfriede Friedländer der Weggang nicht schwer. „Ich verließ Wien in den letzten Augusttagen des Jahres 1919 und ging zu Fuß und ohne ordentliche Papiere über die Grenze nach Deutschland."[173]

173 Fischer, Autobiographical Notes, S. 449. Ihr Entschluss, nach Deutschland zu gehen, war spontan. Vgl. Friedlander, Memoirs, S. 10.

II. Als Ultralinke in der KPD (1919–1923)

Im Spätsommer 1919 verließ Elfriede Friedländer in einem Dirndlkleid, das sie zur „Tarnung“ trug, Österreich.[1] In Deutschland führte sie ihr Weg zunächst nach Stuttgart zu Clara Zetkin, die sie im Rückblick als ihre „verehrte Freundin“ bezeichnete.[2] Die Veteranin des deutschen Linkssozialismus und Vorkämpferin für die Befreiung der Frau genoss einen geradezu legendären Ruf. Sie war für fast alle jungen Sozialistinnen in Europa das Vorbild, dem es nachzueifern galt. Im Ersten Weltkrieg stand sie von Anbeginn – anders als ihre Rivalin Lily Braun – auf Seiten der Kriegsgegner. Ihre umfassende Bildung, die glänzende Kenntnis mehrerer Fremdsprachen, aber auch die etwas puritanische Strenge der ausgebildeten Lehrerin im persönlichen Verkehr, andererseits die Tatsache, dass sie mit einem weit jüngeren Mann zusammenlebte und sich um das Gerede auch unter ihren Genossen nicht scherte – all dies musste auf Elfriede Friedländer einen starken Eindruck machen.[3] Clara Zetkin bot der durch die lange und angesichts fehlender Papiere auch gefahrvolle Reise Erschöpften ein Quartier in ihrer Wohnung in Stuttgart-Degerloch an. Ihr Sohn Maxim, ein Internist, musste bei Elfriede eine keineswegs ungefährliche Blutvergiftung auskurieren. Das Verhältnis der beiden Frauen, von denen jede ein so eigenwilliger Charakter war, änderte sich später zum Schlechteren. Vorerst aber gab Clara Zetkin der Jüngeren eine Reihe nützlicher Empfehlungen und Kontaktadressen auf deren Weg nach Berlin mit.[4]

---

1 Vgl. Collection International Institute of Social History: Ruth Fischer Memoirs by her son Gerard Friedlander, unveröff. Manuskript, 1995, S. 41 (im Folgenden: Friedlander, Memoirs). Wie erwähnt, kleidete sie sich vorzugsweise schwarz.

2 Ruth Fischer, Autobiographical Notes [1944], in: Peter Lübbe (Hg.), Ruth Fischer/Arkadij Maslow, Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, München 1990, S. 449.

3 Vgl. zu ihr Gilbert Badia, Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994, und Tânia Puschnerat, Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus, Essen 2003.

4 Wahrscheinlich trog Babette Gross ihre Erinnerung, wenn sie in der sonst sehr zuverlässigen Biographie ihres Ehemannes Willi Münzenberg schrieb, dass Clara Zetkin „auf den ersten Blick eine heftige Abneigung gegen diese sehr selbstsichere junge Frau entwickelte.“ Babette Gross, Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967, S. 102.

Erste Schritte in der Partei

Clara Zetkin war die erste herausragende Persönlichkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands, die Elfriede Friedländer näher kennenlernte. Bereits in Wien hatte sie einen anders gearteten, doch nicht weniger eindrucksvollen politischen Kopf kurz getroffen, zu dem sie ihr Weg nach ihrer Ankunft in Berlin führte: Willi Münzenberg.

Dieser verkörperte den Typus des „organischen“ oder Arbeiter-Intellektuellen, der sich seine Bildung selbst erarbeitet hatte.[5] Wie damals viele Thüringer verband der unweit von Erfurt geborene Münzenberg eine plebejische Bodenhaftung mit weitem internationalem Horizont. Bemerkenswert war Münzenbergs Fähigkeit, politisch der Arbeiterbewegung fernstehende, doch mit einem Gespür für soziale Probleme ausgestattete Bürger für das Anliegen der KPD einzunehmen.[6] Die Begegnungen mit wichtigen Persönlichkeiten des deutschen Kommunismus und die Erfahrung, dass diese ihr politisches Vertrauen entgegenbrachten, dürfte das ohnehin keineswegs geringe Selbstbewusstsein der jungen Revolutionärin gestärkt haben, die nun ihr Leben ganz „der Sache“ widmen wollte, an deren baldigem Erfolg sie keinen Zweifel hegte.[7]

„Die Sache“ – das war noch keine erstarrte Revolutionsphraseologie oder die rhetorische Bemäntelung von Karrierismus, sondern eine echte Revolutionserwartung. Noch 1930 erklärte Paul Friedländer dem künftigen Zukunftsforscher

---

5 Der Begriff des organischen Intellektuellen stammt von Antonio Gramsci. Er bezeichnete damit in seinen *Gefängnisbriefen* Menschen, die der Arbeiterklasse unmittelbar entstammten und ihr „das Bewusstsein ihrer eigenen Funktion verleihen“ konnten. Hier zit. nach Antonio Gramsci, Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, hg. von Guido Zamiš, Leipzig 1980, S. 222.

6 Vgl. zu ihm auch Tania Schlie/Simone Roche (Hg.), Willi Münzenberg. Ein deutscher Kommunist im Spannungsfeld zwischen Stalinismus und Antifaschismus, Frankfurt 1995. Keines Kommentars bedarf eine Sichtweise, die Münzenbergs Tod als „eine Art Gerechtigkeit“ und Sühne für die „Millionen Opfer des Kommunismus“ feiert. So Sean McMeekin, The Red Millionaire. A Political Biography of Willi Münzenberg, Moscow's Secret Propaganda Tsar in the West, New Haven/London 2003, S. 307. Weniger gehässig, doch im Ergebnis gleichfalls enttäuschend ist Stephen Koch, Double Lives. Stalin, Willi Münzenberg and the Seduction of the Intellectuals, London 1995, der den „Münzenberg-Konzern“ wie auch die Komintern als Ansammlung von „Paranoikern“ (so S. 38) und skrupellosen Abenteurern sieht. Die Arbeit von Alain Dugrand/Frédéric Laurent, Willi Münzenberg. Artiste en révolution (1889–1940), Paris, 2008, bewertet Münzenberg gerechter, stützt sich aber fast nur auf Sekundärliteratur.

7 Vgl. das zwar mit einigen Fehlern im Detail, aber im Gespür gut gezeichnete Porträt Ruth Fischers bei Kurt Singer, The World's Greatest Women Spies, London [1951], hierzu S. 30.

Robert Jungk, der damals im KPD-nahen Sozialistischen Schülerbund aktiv war, sein Beruf sei „Weltrevolutionär“ – und er „sagte es so selbstverständlich, als habe er sich als Vertreter für Textilien vorgestellt.“ Dabei aber sah „dieser eher ängstlich wirkende Mann mit dem blonden, ordentlich gebürsteten dünnen Haar“ gänzlich anders aus, als die furchterregenden Gestalten, die auf den Wahlplakaten der Rechten abgebildet waren.[8]

Glaubte Friedländer, und keineswegs nur er allein, 1930 an eine baldige kommunistische Revolution, war ein gutes Jahrzehnt vorher dieser Glaube geradezu überbordend. Hatten nicht die jüngsten Klassenkämpfe gezeigt, wie wankend der Boden war, auf dem die bourgeoisen Kriegsgewinnler und die diskreditierte Adelsklasse standen? Hatten nicht Unabhängige, Revolutionäre Obleute und Spartakus-Anhänger, was immer sie voneinander unterschied, die Absicht gehabt, „die sozialistische Revolution einzuleiten, die, wie sie glaubten, sie selbst anstatt Ebert zur Macht bringen werde, ganz wie Lenin Kerenskij gestürzt habe.“[9] War dieser Kampfesmut etwa erloschen? War nicht noch immer, trotz der zeitweiligen Niederlage der Linkskräfte, das Land in revolutionärer Erwartung? Waren denn nicht die Arbeiter von der Sozialdemokratischen Partei zunehmend enttäuscht, der sie noch im Januar in den Wahlen zur Nationalversammlung zu einer respektablen, wenn auch relativen Mehrheit verholfen hatten?

Diese Fragen widerspiegelten zugleich Wunschvorstellungen, denn die Wirklichkeit sah bereits anders aus. „Das künftige Schicksal Deutschlands und besonders das der deutschen Linken war schon in den Novembertagen entschieden worden“, schrieb Gérard Sandoz, unter seinem Geburtsnamen Gustav Stern einst Ruth Fischers KPD-Genosse.[10] Für Sebastian Haffner war der sozialdemokratische „Verrat“ an ihrer eigenen Revolution die Grundursache nicht nur für die Spaltung der Arbeiterbewegung, sondern auch für die fast umstandlose Restauration der radikalen Rechten.[11] Die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburg war für Hermann Weber schon die Weichenstellung weg von einer demokratischen Variante des Kommunismus.[12] Auch Ossip Flechtheim sah durch den Doppelmord die Kommunisten, vor allem ihren freiheitlichen Flügel, irreparabel geschwächt, die Sozialdemokraten zwar zunächst noch stabil, aber vor allem die

8 Robert Jungk, Trotzdem. Mein Leben für die Zukunft, München 1994, S. 59f.

9 A. J. Ryder, The German Revolution of 1918, Cambridge 1967, S. 6f.

10 Gérard Sandoz, La gauche allemande de Karl Marx à Willy Brandt, Paris 1970, S. 42.

11 Sebastian Haffner, Die verratene Revolution. Deutschland 1918/19, Hamburg 1969.

12 Vgl. Hermann Weber, Demokratischer Kommunismus? Zur Theorie, Geschichte und Politik der kommunistischen Bewegung, Hannover 1969, S. 288.

künftigen Faschisten schon damals in der Vorhand.[13] Der letztlich nicht korrigierbare Geburtsfehler der Weimarer Republik, so auch Eric Weitz in einer neueren Studie, lag im Auftrag der SPD-Führung an das rechtsextreme Militär, die „Arbeiter, die um ein demokratischeres und sozialistischeres Deutschland kämpften, niederzuschießen."[14] Noch in Österreich hatte Ruth Fischer von den „Scheidemännern" geschrieben, die „ein tausendmal schändlicheres Blutbad auf dem Gewissen haben" als es die proletarische Revolution jemals anrichten werde, sollte sie Gewalt gegen ihre Feinde anwenden.[15]

Die Linken weigerten sich noch immer, das ganze Ausmaß des tragischen Rückschlages anzuerkennen, das in den dramatischen Monaten seit Jahresbeginn dennoch kaum zu leugnen war: Die KPD war um ihre besten Führungspersönlichkeiten gebracht worden; Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Eugen Leviné waren bestialisch umgebracht, Hunderte weitere kommunistische Aktivisten standrechtlich erschossen worden. Freikorps und sogenannte Bürgerwehren verfolgten alle, die auch nur gerüchtehalber mit „kommunistischen Umtrieben" in Verbindung gebracht wurden. Die von der Revolution verschreckten „guten Bürger" klatschten nur allzu oft Beifall, wenn die Soldateska in sadistischer Weise auf wirkliche oder auch nur angebliche „Rote" Jagd machte. Zum Antikommunismus der Freikorps gesellte sich bald ein wachsender, immer brutalerer Antisemitismus.[16] „In jenen Tagen", schrieb der damals rechtsgerichtete Schriftsteller Ernst von Salomon, „war das ganze Reich ein einziger Kampfabschnitt der Freikorps, in welchem sich Gefechte des verschiedensten Ausmaßes entwickelten."[17]

Auch viele Bourgeois und Kleinbürger, die nicht offen den Freikorps-Terror unterstützten, hatten sich längst wieder von den halbwegs republiktreuen Parteien abgewandt, denen sie als kleineres Übel gegenüber der „bolschewistischen Gefahr" notgedrungen in den Wahlen zur Nationalversammlung ihre Stimmen gegeben hatten. Die KPD, die diese Wahlen boykottiert hatte und zeitweilig in die Illegali-

13 Vgl. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Neuausgabe Frankfurt 1976, S. 131. – Mit Autoren wie Ossip Flechtheim, George Mosse oder Walter Laqueur plädiere ich für die Verwendung des Terminus Faschismus als Oberbegriff für rechtsradikale, nach dem Führerprinzip autoritär organisierte Bewegungen, wobei jedoch die Besonderheiten des deutschen Nationalsozialismus, sein bedingungsloser, technisierter Rassismus und vor allem sein beispielloser Antisemitismus, nicht ignoriert werden sollen.

14 Eric D. Weitz, Weimar Germany. Promise and Tragedy, Princeton/Oxford 2008, S. 31.

15 Elfriede Friedländer, Die Revolution in Deutschland, in: Die revolutionäre Proletarierin vom 15. März 1919.

16 Vgl. Bernhard Sauer, Freikorps und Antisemitismus in der Frühzeit der Weimarer Republik, in: AG Rechtsextremismus/Antisemitismus, Rundbrief 4/2006, S. 25–33.

17 Ernst von Salomon, Nahe Geschichte. Ein Überblick, Berlin 1936, S. 29.

tät abgedrängt worden war, überschätzte ihre eigene Stärke. Es ist jedoch richtig, dass die rund fünfzigtausend KPD-Mitglieder in einem höheren Maße bereit waren, für ihre politische Überzeugung persönliche Opfer zu bringen als das Gros der SPD-Mitglieder, so dass die Mobilisierungskraft und das politische Potential der KPD nicht allein an ihrer Mitgliederzahl gemessen werden konnten. Zudem richteten sich die Hoffnungen der Bolschewiki in besonderem Maße auf Deutschland und damit auf die KPD, die somit auf besondere Unterstützung aus Moskau rechnete. Schon am 7. März 1918 hatte Lenin geradezu beschwörend ausgerufen, Sowjetrussland werde auf jeden Fall „zugrunde gehen, „wenn die deutsche Revolution nicht eintritt."[18]

Münzenberg hatte mit Lenin 1916 in der Antikriegsbewegung in der Schweiz zusammengearbeitet und genoss seitdem dessen politisches Vertrauen. Er hatte als Vorsitzender der Kommunistischen Jugendinternationale eine starke Stellung in der KPD inne. Münzenberg brachte Elfriede Friedländer mit Paul Levi in Kontakt. Levi, ein brillanter Anwalt und politischer Kopf, hatte 1913 Rosa Luxemburg, der er auch persönlich sehr eng verbunden war, gegen den Vorwurf der „Aufreizung von Soldaten zum Ungehorsam" vor Gericht verteidigt. Wie Clara Zetkin und Münzenberg gehörte er zu den Gründern der aus dem Spartakusbund und anderen revolutionären Gruppen am Jahreswechsel 1918/19 hervorgegangenen KPD. Als Nachfolger des am 10. März 1919 ermordeten Leo Jogiches hatte er

18 W. I. Lenin, Rede über Krieg und Frieden, in: Werke, Bd. 27, S. 81. Ungleich manchem seiner Genossen zog Lenin jedoch auch ein Scheitern der Revolutionspläne in Betracht, und genau deshalb setzte er seine „Doppelstrategie" durch: einerseits das Bündnis mit der radikalen Linken in Deutschland, andererseits die Verhandlungen mit der kaiserlichen Regierung, die zum Frieden von Brest-Litowsk und zur Atempause für Sowjetrussland führten, auch um den Preis großer territorialer Verluste. Vgl. zu Lenins Doppelstrategie Wolfgang Ruge, Lenin. Vorgänger Stalins. Eine politische Biographie, Berlin 2010, S. 192–196.

den Parteivorsitz übernommen.[19] Jedoch: „Levi und seine Anhänger brauchten fast ein Jahr, bis sie die Partei wirklich unter Kontrolle hatten."[20]

Von Anbeginn ihrer Existenz war die KPD von Machtkämpfen zerrissen. In einem durch Weltkrieg, Revolution und Konterrevolution radikalisierten Klima erschien der Genosse mit einer anderen Meinung im Vergleich zum wirklichen Gegner für manche als besonders gefährlich. Dies betraf keineswegs nur die KPD, doch nur die kommunistische Bewegung sollte auch daran zugrunde gehen. Rosa Luxemburgs prägende Erfahrung im Schweizer Vorkriegs-Exil war, so Jörn Schütrumpf, der Zusammenhalt der polnischen Sozialdemokraten gewesen, einer „*Gruppe von Ebenbürtigen*, die nicht nur ein gemeinsames politisches Projekt verfolgte, sondern in der auch enge persönliche Beziehungen gepflegt wurden."[21] In der SPD war das schon vor 1914 nicht mehr der Fall gewesen, doch es bedurfte der Verwilderung aller Sitten durch Weltkrieg und Nachkrieg, damit die parteiinternen Kontroversen zu blankem Hass gegenüber dem Genossen ausarteten, der einen anderen Standpunkt vertrat. „Nur der Stärkste setzt sich durch" – die Propaganda des Schützengrabens hatte die Politik erreicht. Entsprechend verkam die Rhetorik, gerade auch die Ruth Fischers. Doch noch hieß sie Elfriede Friedländer, und noch lag all dies vor ihr.

Zunächst bezog sie in Berlin-Lichtenrade, Blumenthalstraße 24, ein Zimmer zur Untermiete und meldete sich im Januar 1920 von der KPÖ zur KPD um.[22] Im Dezember 1919 war sie noch einmal kurz nach Wien zurückgekehrt, um auf dem 3. Parteitag der österreichischen KP auszurufen: „Wir müssen den Kapitalismus wie ein Tier hetzen, […] bis er dann unter einigen wuchtigen Schlägen machtlos zu

19 Zu Levi vgl. noch immer Charlotte Beradt, Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt 1969, sowie jetzt mit vielen neuen Quellen und sehr anregend Frédéric Cyr, Rebelle devant les extrêmes. Paul Levi, une biographie politique, Diss., Université de Montréal 2011. Vgl. auch Ders., Paul Levis Kampf um die KPD, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 9 (2010), Nr. 1, S. 115–131. Cyr betont die relative starke Nähe Levis zu Lenin in Bezug auf Fragen der Einheitsfrontpolitik, seine Wertung, dass Levi gegen den Syndikalismus in der frühen KPD undemokratisch vorging, ist aber insofern etwas einseitig, als dies antidemokratische Tendenzen seiner Gegner herunterspielt.

20 Ben Fowkes, Communism in Germany Under the Weimar Republic, New York 1984, S. 35.

21 Jörn Schütrumpf (Hg.), Rosa Luxemburg oder: Der Preis der Freiheit, 2. Aufl., Berlin 2010, S. 18. Hervorhebung im Text.

22 Vgl. Historisches Archiv der KPD, SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/75, Bl. 106: KPD, Polbüro, Kaderfragen, Mitgliedskarte für Ruth Fischer. Dort ist „Blumenthalstraße, Lichtenberg" eingetragen, doch gab es in diesem (erst 1920 eingemeindeten) Bezirk keine Straße dieses Namens, wohl aber in Lichtenrade.

Boden fällt."[23] Mit solchem Wunschdenken stand sie nicht allein, ihre militante Diktion verschaffte ihr aber auch unter Gleichgesinnten nicht nur Freunde.

Paul Levi verhalf ihr zu einer Anstellung im Frauensekretariat der KPD, das bis dahin lediglich aus zwei Personen – Rosi Wolfstein und Recha Rothschild – bestand. Ein Bericht über die Frauenbewegung in Österreich war am 21. September 1919 ihre erste Veröffentlichung in Deutschland.[24]

Doch schon damals zeigte sich ein Charakterzug an ihr, der ihr politisch wie persönlich noch viele Probleme bereiten sollte: Ihr Temperament spielte ihr einfach zu oft einen Streich, sie war unduldsam gegenüber denen, auf deren Kooperation sie angewiesen war. Zudem verfestigte sich ihr politischer Linksradikalismus: Elfriede Friedländer lehnte bereits jede Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen Frauenorganisationen ab und widersetzte sich deshalb auch Clara Zetkins Idee der Einberufung einer internationalen Frauenkonferenz. Zum ersten Mal traten ihre Differenzen mit Clara Zetkin deutlich zutage. Sie war nicht bereit, nachzugeben. Es verwundert deshalb nicht, dass ihr Recha Rothschild im Namen des Frauensekretariats nach wenigen Wochen kündigte (obgleich sie sich mit Rosi Wolfstein besser verstand).[25] Dies konnte jedoch Elfriede Friedländers Aufstieg innerhalb der Partei kaum abbremsen, geschweige denn stoppen. Sie wollte politisch eine Führungsposition erlangen.

Durch Karl Radeks Vermittlung fand sie rasch eine neue Beschäftigung als Übersetzerin im Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale. Das Sekretariat gab unter der Leitung von Jakob Reich („Genosse Thomas") eine Reihe von Presse- und Propagandamaterialien heraus und leitete Gelder aus Moskau an die jungen westeuropäischen Parteien weiter.[26] Bei dieser Gelegenheit

---

23 Herbert Steiner, Die Kommunistische Partei Österreichs. Bibliographische Bemerkungen, Wien 1968, S. 23, zit. nach Toralf Reinhardt, Zur politischen Biographie Ruth Fischers (Elfriede Friedländers) in den Jahren 1913–1941, unter besonderer Berücksichtigung ihrer frauenpolitischen Aktivitäten und Vorstellungen in den Jahren 1915–1925, Diplomarbeit, Pädagogische Hochschule Leipzig 1992, S. 15.

24 Ruth Fischer, Die sozialistische Frauenbewegung in Deutsch-Österreich, in: Die Spartakistin vom 21. September 1919.

25 Vgl. das (undatierte) Schreiben des Frauen-Reichssekretariats an die Zentrale der KPD, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/701/10, Bl. 5–7.

26 Vgl. zu ihm Boris Nicolaevsky, Les premières années de l'Internationale Communiste – d'après le récit du „camarade Thomas", in: Jacques Freymond (Hg.), Contributions à l'histoire du Comintern, Genève 1965, S. 1–18, Karl Retzlaw, Spartacus Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, 4. Aufl., Frankfurt 1976, S. 196–209, und Alexander Vatlin/Markus Wehner, „Genosse Thomas" und die Geheimtätigkeit der Komintern in Deutschland 1919–1925, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 29 (1993), Nr. 1, S. 1–19.

nahm sie auch den Namen RUTH FISCHER als *nom de bataille* an. Unter diesem Namen sollte sie berühmt werden. Sie ergänzte den Geburtsnamen ihrer Mutter um den gegenüber Elfriede weniger „teutonisch" klingenden Namen Ruth. Vielleicht hatte ihr der aus Rumänien stammende, damals ebenfalls der KPD angehörende Schriftsteller Valeriu Marcu, mit dem sie im Westeuropäischen Sekretariat zusammenarbeitete, diesen Tipp gegeben, vielleicht auch Karl Radek, der polnisch-russische Revolutionär jüdischer Herkunft.[27]

Unter all den schillernden Gestalten, die sich damals in der KPD tummelten, war Radek ganz sicher eine der bemerkenswertesten Figuren. Nach der niedergeschlagenen russischen Revolution von 1905 emigrierte er nach Deutschland, wo er Mitglied der SPD wurde. Als Deutsch hervorragend beherrschender, mit spitzer Feder schreibender Journalist nahm er eine führende Rolle in der sozialdemokratischen Presse ein. Radek, ein entschiedener Internationalist, der eine wichtige Rolle bei Lenins spektakulärer Reise im Eisenbahnwaggon von der Schweiz durch Deutschland und Schweden nach Russland spielte, hatte auch einen wichtigen Anteil an der Vorbereitung der Oktoberrevolution. Später war er unter anderem Sekretär für Deutschland im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, dem EKKI.

Ende 1918 reiste er illegal nach Deutschland, um zu sondieren, ob die Bolschewiki dort irgendeine Unterstützung bekommen könnten.[28] Dabei war ihm jeder Kontakt zu politischen Gegnern wie auch zu Militärs willkommen, konnte er daraus auch nur den geringsten Vorteil schlagen. „Niemand in Moskau beherrschte das Instrumentarium dieser zweigleisigen Politik so perfekt und virtuos zu

---

27 Zu Marcus Arbeit im Westeuropäischen Sekretariat vgl. Nicolaevsky, Les premières années, S. 15. Ruth Fischer kannte Marcu bereits aus Wien. Vgl. Mathilde Montagnon, Ruth Fischer 1895–1961. Itinéraire d'une communiste oppositionnelle, Université Pierre Mendès-France, Institut d'Etudes Politiques, Grenoble 1998, S. 31.

28 Die Hoffnung auf Entlastung Sowjetrusslands durch eine erfolgreiche Revolution in Deutschland muss bereits für diesen Zeitpunkt und allgemein bei der Beurteilung der linksradikalen Politik der KPD in Betracht gezogen werden (wie im Folgenden im Zusammenhang mit der Märzaktion gezeigt wird). Darauf verwies auch Richard Löwenthal, The Bolshevisation of the Spartacus League, in: David Footman (Hg.), International Communism. St. Anthony's Papers, No. 9, London 1960, S. 23–71, hierzu bes. S. 63. Vgl. weiterhin Abraham Ascher, Russian Marxism and the German Revolution, 1917–1920, in: Archiv für Sozialgeschichte, 6/7 (1966/67), S. 391–439, und Dietrich Geyer, Sowjetrussland und die deutsche Arbeiterbewegung 1918–1932, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 24 (1976), Nr. 1, S. 2–37, bes. S. 5f.

handhaben wie Radek", heißt es in einer Studie zum Thema.[29] Unter dem Vorwurf der „Beihilfe zum Spartakusputsch, Aufreizung und Geheimbündelei" wurde er jedoch im Februar 1919 verhaftet. Um ihn zu schützen, verlieh ihm die Sowjetregierung nach seiner Verhaftung den Status eines Botschafters der Sowjet-Ukraine. So entging Radek dem Schicksal von Luxemburg, Liebknecht und Jogiches.[30]

Schon bald erhielt er die Erlaubnis, im Moabiter Gefängnis Briefe zu schreiben und Besuche zu empfangen.[31] Zu den Besuchern gehörte neben Deutschlands fähigstem politischen und wirtschaftsorganisatorischen Kopf, dem AEG-Chef Walther Rathenau, auch Ruth Fischer. „Radek wünschte mich kennenzulernen und schickte mir [Karl] Moor, damit er mich ins Moabiter Gefängnis brächte", schrieb sie in ihrem teilweise autobiographisch gefärbten Werk *Stalin und der deutsche Kommunismus*.[32] „Moor führte mich zu meinem größten Erstaunen in das Hauptquartier des Generalstabs in der Bendlerstraße, wo sich alle Türen wie automatisch öffneten. Ein Offizier gab mir einen Pass, auf dem Name, Stand und Beschreibung deutlich gefälscht waren, und mit diesem Pass hatte ich dreimal wöchentlich Zugang zu Radeks Zelle." Diese Gefängniszelle wurde für die junge

29 Dietrich Möller, Karl Radek in Deutschland. Revolutionär, Intrigant, Diplomat, Köln 1976, S. 29. Dies ist eine, mit einer umfangreichen Einleitung versehene Sammlung von Artikeln Radeks.

30 Vgl. Radeks Selbstporträt in: Georges Haupt/Jean-Jacques Marie (Hg.), Makers of the Russian Revolution. Biographies of Bolshevik Leaders, Ithaca 1974, S. 361–384. Vgl. weiterhin Warren Lerner, Karl Radek. The Last Internationalist, Stanford 1970, S. 87, und Marie-Luise Goldbach, Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1918–1923, Bonn 1973, S. 12. Die beste Biographie Radeks von Jean-François Fayet, Karl Radek (1885–1939). Biographie politique, Bern 2004, behält diesen Rang auch nach der soeben publizierten Arbeit von Wolf-Dietrich Gutjahr, „Revolution muss sein." Karl Radek. Die Biographie, Köln u. a. 2012, die ohne Archivmaterial auszukommen meint und trotz ihres Umfanges wenig Neues bietet. Kaum von Wert ist Jim Tuck, Engine of Mischief. An Analytical Biography of Karl Radek, New York 1988, die nicht hält, was ihr Untertitel verspricht.

31 Vgl. ausführlich E. H. Carr, Radek's Political Salon in Berlin, in: Soviet Studies, 3 (1952), Nr. 4, S. 411–430, und Otto-Ernst Schüddekopf, Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 2, Hannover 1962, S. 87–166.

32 Zur Biographie des schweizerischen Revolutionärs (und zeitweiligen deutschen Agenten) mit dem beziehungsreichen Namen, der kein Pseudonym war, vgl. Leonhard Haas, Karl Vital Moor 1852–1932. Ein Leben für Marx und Lenin, Zürich u. a. 1970.

Revolutionärin „zu einer Art Schulklasse, in der ich an einem Kursus in fortgeschrittenem Kommunismus teilnahm."[33]

Ruth Fischer berichtete weiterhin, dass Radek sich damals wie auch später von einer Verständigung mit Teilen der deutschen Armeeführung einen gewissen Schutz Sowjetrusslands vor den alliierten Interventionstruppen und den weißen Armeen erhoffte, die das Land zeitweise geradezu einschnürten.[34] Sie schmuggelte auch einen Brief Radeks an Paul Levi aus dem Gefängnis heraus, in dem Radek Levis harte Linie des Ausschlusses putschistischer Kräfte aus der KPD ablehnte.[35] Obgleich sich Radek in Bezug auf Ruth Fischers politische Reife und Zuverlässigkeit noch keineswegs ganz sicher war, gab er ihr wichtige Nachrichten für die deutschen Genossen mit.[36] Dass sie geheime Instruktionen aus der Moabiter Zelle in die KPD-Zentrale übermitteln durfte, zeigte ihren steigenden „Kurswert" in der Partei.[37] Aus dem Gefängnis heraus vermittelte Radek ihr die Anstellung im Westeuropäischen Sekretariat.

Dort war sie vor allem mit der Auswertung der englischsprachigen Presse zum Zweck der Nachrichtensammlung beschäftigt und hielt sich deshalb viel im Pressebüro der KPD auf. Es gab in der KPD nicht viele, die Englisch so gut beherrschten wie Ruth Fischer. Frühzeitig durch ihren frankophilen Vater mit den Feinheiten der französischen Sprache vertraut gemacht, hatten die Eltern auch dafür Sorge getragen, dass die drei Kinder weit früher und weit besser Englisch sprechen und schreiben lernten als die meisten ihrer Altersgenossen. Ihre guten Sprachkenntnisse sollten Ruth Fischer im weiteren Leben noch oft helfen.

Im Pressebüro der KPD kreuzten sich ihre Wege mit denen Arkadij Maslows. Er wurde zum bestimmenden Mann in Ruth Fischers Leben.

---

33 Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt [1950], S. 251f.

34 Vgl. auch Fayet, Karl Radek, S. 401.

35 So jedenfalls äußerte sich Radek wenig später in einer Broschüre. Vgl. Arnold Struthahn [Karl Radek], Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der Kommunistischen Partei, Stuttgart-Degerloch 1919. In der Folgezeit versuchte Radek, die sogenannten „Leviten", darunter auch Clara Zetkin, innerhalb der KPD zu isolieren. Vgl. u. a. Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD, Bd. 1, Frankfurt 1969, S. 40, Chris Harman, The Lost Revolution. Germany 1918 to 1923, London u. a. 1997, S. 203f., und Fayet, Karl Radek, S. 329, 364f., 391 und *passim*.

36 Vgl. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 252 und Dies., Autobiographical Notes, S. 450f.

37 Bis 1925 gab es noch kein Zentralkomitee, sondern die Zentrale und den Zentralausschuss als die Vertretung der Bezirke. 1922 kam das Politische Büro (Polbüro, später Politbüro) als höchstes Exekutivorgan hinzu.

Der Partner in Leben und Politik

Arkadij Maximowitsch Maslow war, wie Ruth Fischer, ein Träger mehrerer Namen. Geboren war er als Isaak Jefimowitsch Tschemerinskij am 9. (21.) März 1891 in Jelisawetgrad im Zentrum der Ukraine. Sein Vater Jefim Tschemerinskij war der typische jüdische Gelehrte ohne finanzielle Mittel, für dessen Unterhalt die Frau aufzukommen hatte, die aus einer vermögenden Familie von Metallwarenhändlern stammte.[38] Doch Ljuba, geb. Mexin, brach aus diesem Rollenklischee aus. Sie ließ sich noch vor der Jahrhundertwende von ihrem Mann scheiden und zog ihren Sohn und die Tochter Anja allein groß. Mehr noch: 1899 verließ sie mit den Kindern das Russische Reich, das Land der rabiaten antisemitischen Ausnahmegesetzgebung und blutigen Pogrome.[39]

Ihr Weg führte sie und die Kinder nach Deutschland.[40] Anfangs lebte die Familie in Berlin-Schöneberg und zog später nach Dresden. Dort besuchte der junge Isaak bis 1910 die Kreuzschule und anschließend das Konservatorium, denn sehr früh hatte er eine ungewöhnliche musikalische Begabung gezeigt. Er studierte Klavier und legte alle Prüfungen mit glänzendem Resultat ab. Die Anerkennung blieb nicht aus: Schon der Zwölfjährige gastierte auf Konzerttourneen in Deutschland und Europa, in Japan und Lateinamerika. Doch nicht weniger begabt erwies er sich in der Dresdner Kreuzschule in Mathematik; diese Mischung von Musikalität und abstraktem Denken ist auch bei anderen Hochbegabten zu beobachten.

38 Vgl. Friedlander, Memoirs, S. 43.

39 Die erste massive Pogromwelle im Russischen Reich nahm 1881 in Jelisawetgrad ihren Anfang. Vgl. I. Michael Aronson, Troubled Waters. The Origins of the 1881 Anti-Jewish Pogroms in Russia, Pittsburgh 1990, S. 44–49. Zu Maslows Biographie vgl. die Angaben in seiner Komintern-Personalakte: Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii (RGASPI), Moskau, Fonds 495, Bestand 205, Personalakte Nr. 8651 (Maslow, Arkadij). Vgl. weiterhin: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin [DDR] 1970, S. 318 (mit Negativurteil); Branco Lazitch/Milorad M. Drachkovitch (Hg.), Biographical Dicionary of the Comintern, Stanford 1973, S. 263f.; Werner Roeder/Herbert A. Strauss (Hg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration, Bd. 1, München 1980, S. 480f.; Hermann Weber/Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 484–486.

40 Doch behielt die Familie die Staatsangehörigkeit des Russischen Reiches. Dadurch wurde Maslow auch Sowjetbürger. Er blieb dies auch in der Zeit seiner politischen Aktivität in Deutschland und zunächst sogar im Exil in der Tschechoslowakei und in Frankreich, wo die sowjetische Botschaft ihm einen neuen Pass ausstellte. Vgl. Rüdiger Zimmermann, Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978, S. 30 (nach einer Information von Arkadij Gurland) sowie das 5. Kapitel dieses Buches.

Dreiundzwanzigjährig verabschiedete sich der Pianist sehr plötzlich von seinem bisherigen Beruf, um sich der Welt der Mathematik zuzuwenden. Obgleich er bis 1918 formell noch am Dresdner Konservatorium eingeschrieben blieb, immatrikulierte er sich im Herbst 1914 an der Berliner Universität für die Fächer Mathematik und Physik, die er bei solchen Ausnahmegelehrten wie Max Planck und Albert Einstein hörte. Dass Einstein ihn als einen von nur sehr wenigen Schülern überhaupt annahm, zeigt die hohe Intelligenz des jungen Tschemerinskij.

Im Jahre 1960 begann Ruth Fischer mit der Niederschrift einer Biographie Arkadij Maslows, von der sie nur die ersten vier, bis zum Jahre 1919 reichenden Kapitel in einer Rohfassung abschließen konnte. Darin schilderte sie das familiäre Umfeld ihres Lebenspartners. Die gebildete und kultivierte Familie sprach zu Hause Russisch, doch wurde Deutsch die Sprache, in der bereits der junge Tschemerinskij sich am liebsten und sichersten bewegte. „Als alter Dresdner konnte er ziemlich perfekt sächseln und das sächsische Französisch von Clara Zetkin ausgezeichnet nachahmen, und er sprach gern Berliner Dialekt.“[41] In der Schule hatte er Englisch und Französisch rasch gelernt, auf dem Konservatorium auch recht gut Italienisch, und er ließ in seine Gespräche und Briefe mitunter jiddische Redewendungen einfließen, so dass zu vermuten ist, dass er auch in dieser Sprache mindestens Grundkenntnisse hatte. Die jüdische Religion wurde in der Familie in Deutschland nicht mehr praktiziert.

Der Erste Weltkrieg unterbrach jedoch die Lebenspläne des angehenden Mathematikers. Da Tschemerinskij und seine Familie noch immer die russische Staatsbürgerschaft besaßen, galten sie nun als Angehörige eines Feindeslandes. Mutter und Schwester gelang die Übersiedlung ins neutrale Dänemark nach Kopenhagen. Tschemerinskij hingegen, der sein Studium in Berlin fortsetzen wollte, musste in Kauf nehmen, dass er zum Zivilgefangenen erklärt wurde, der sich zweimal wöchentlich auf der Polizeiwache melden musste. Doch wurden die zuerst recht strengen Auflagen allmählich laxer gehandhabt: Da ihn bald alle Wachmänner kannten, wurden die Abstände seiner Gänge zur Polizei allmählich größer und die Beschränkung seiner Aufenthaltsbewilligung auf die Berliner Innenstadt schließlich de facto aufgehoben, so dass er auch Ausflüge ins Berliner Umland unternehmen konnte. Zudem machte er sich bald als Übersetzer nützlich und wurde als solcher einer militärischen Spezialeinheit zugeteilt. Vor allem aber wurde Tschemerinskij durch den Krieg zu einem politisch engagierten Menschen.

Anstöße einer Linksorientierung erhielt er schon als Schüler. Nach Ruth Fischer wie auch nach seiner Kominternakte hatte er 1904 bei einem Ferienaufent-

41 Ruth Fischer, Biographie Arkadij Maslow – Arbeitsexemplar [1960/61], in: Abtrünnig wider Willen, S. 545.

halt in der Ukraine den Kontakt zu einer illegalen Schülerorganisation gefunden.[42] Deren wichtigste Figur war der spätere Heidelberger Literaturhistoriker Dmitrij Tschishewskij.[43] 1906 hatte er dann in Jelisawetgrad Verbindung zur russischen Sozialdemokratie aufgenommen. Seit 1916 arbeitete er illegal in Deutschland für die Sozialdemokratische Partei. Noch vor seinem Weggang nach Berlin wurde er als Russe von der sächsischen Polizei beobachtet. Die Russischen Revolutionen des Jahres 1917 wirkten auf ihn wie ein Fanal; damit teilte Tschemerinskij die Gefühle fast aller, auch nichtsozialistischer Juden in Deutschland, die aus dem Zarenreich stammten.[44]

Zu Beginn des Jahres 1918 nahm er Kontakte zur Spartakusgruppe, darunter zu August Thalheimer, auf.[45] Sein Studium hatte er zunächst fortgeführt, um es mit der Promotion bei Erhard Schmidt abzuschließen.[46] Maslow behauptete später, eine entsprechende Arbeit über Integralgleichungen geschrieben, das Manuskript aber in Kopenhagen auf dem Bahnhof verloren zu haben. So jedenfalls berichtete es noch 1994 Ruth Fischers Sohn, ohne zu erwägen, dass diese Geschichte die älteste Ausrede eines jeden „verbummelten" Studenten ist.[47] Der Wahrheit näherkommen dürfte wohl, dass Maslow die Politik urplötzlich viel wichtiger wurde als der akademische Abschluss.

---

42 Vgl. ebd. und RGASPI, Fonds 495, Bestand 205, Personalakte Nr. 8651 (Maslow, Arkadij): Lebenslauf in russischer Sprache.

43 Vgl. Werner Korthaase, Dmitrij Čiževskij. Žizn' velikogo učenogo, hg. von Roman Mnich, Siedlce 2010, S. 21. Dieses Material erhielt ich von Dr. Barbara Conrad.

44 So begrüßte die ausgesprochen bürgerlich geprägte Familie des künftigen Politikwissenschaftlers Ossip Flechtheim, die wie die Tschemerinskijs vor dem Ersten Weltkrieg aus der Ukraine nach Deutschland gekommen war, im März 1917 den Sturz des antisemitischen Zarenregimes, doch selbst die Machtübernahme durch die Bolschewiki im November, sollte letztere doch einen Ausweg aus dem blutigen Krieg weisen. Vgl. Mario Keßler, Ossip K. Flechtheim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenker (1909–1998), Köln u. a. 2007, S. 17; Ders. [Mario Kessler], Between History and Futurology: Ossip K. Flechtheim, in: Axel Fair-Schulz/Mario Kessler (Hg.), German Scholars in Exile. New Studies in Intellectual History, Lanham (Maryland) u. a. 2011, S. 173–211, hierzu S. 174f.

45 Vgl. RGASPI, Fonds 495, Bestand 205, Personalakte Nr. 8651 (Maslow, Arkadij): Lebenslauf.

46 Vgl. Friedlander Memoirs, S. 43.

47 Gerard Friedlander im Interview, das Sabine Hering und Kurt Schilde am 28. Juli 1994 in Cambridge (England) mit ihm führten, abgedruckt in: Sabine Hering/Kurt Schilde (Hg.), Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt 1995, S. 80. In seinen Lebenserinnerungen führte Friedlander diese Begebenheit nicht an.

Am 5. Dezember 1918 trat er dem Spartakusbund bei, der ihn für die Agitation unter russischen Kriegsgefangenen einsetzte.[48] Für die KPD, zu deren Gründungsmitgliedern er gehörte, war er als Übersetzer tätig.[49] Ob die Geschichte stimmt, dass er die Genossen wählen ließ, ob sie ihn als Decknamen entweder Buteljkin (Flaschenmann) oder Maslow (Buttermann) nennen sollten, mag dahingestellt bleiben. Wenn sie wahr ist, zeigt sie, dass Tschemerinskij auch in politisch gefahrvoller Lage seinen Humor nicht verlor.

Im Pressebüro der KPD lernte er Elfriede Friedländer kennen – entweder durch Paul Frölich und August Thalheimer oder durch den Schriftsteller Franz Jung, der damals kurzzeitig der KPD angehörte.[50] Es war wohl Liebe auf den ersten Blick: Im September 1919 sahen sie sich zum ersten Mal. Wenige Wochen darauf mieteten sie bereits eine gemeinsame Wohnung.[51] Obgleich Fischer und Maslow niemals offiziell heirateten, traten sie nicht nur wie Eheleute in der Öffentlichkeit auf, sondern bezeichneten sich auch als solche gegenüber den Komintern-Organen.[52]

Der Schriftsteller Ladislaus Singer sagte, in Ruth Fischers Beziehung zu Maslow habe „unbedingte Treue in der Ideologie, unbedingte Untreue in der Liebe" gegolten, „ganz so, wie sich Ruth Fischer in ihrer noch als Elfriede Friedländer verfassten Broschüre die ideale Verbindung zwischen Mann und Frau vorgestellt hatte." Hier mag Übertreibung in die Schilderung eingeflossen sein, denn die Verbindung zwischen Fischer und Maslow erwies sich privat wie politisch als stabil. Auch Singer gestand dies zu, wenn er schrieb, dass Maslow, „der als Theoretiker Ruth Fi-

48 Diese Angaben nach einem Brief Maslows an den Komintern-Vorsitzenden Sinowjew vom 28. Oktober 1923, in: Historisches Archiv der KPD, SAPMO-BArch, RY 5/I 6/3/125, Bl. 19: Deutsche Sektion beim EKKI.

49 Vgl. ebd., RY 1/I 2/3/75, Bl. 315: KPD, Polbüro, Kaderfragen: Beitrittserklärung zum Spartakusbund vom 5. Dezember 1918 (bereits als Maslow). Ruth Fischer sagte zu ihrem Sohn, Maslow habe am KPD-Gründungsparteitag teilgenommen (vgl. Friedlander, Memoirs, S. 45), doch lassen sich dafür keine weiteren Belege erbringen.

50 Darauf deutet Jungs Zusammenarbeit mit Maslow hin. Beide trafen sich z. B. oft in der diplomatischen Vertretung Sowjetrusslands. Vgl. Fritz Mierau, Das Verschwinden von Franz Jung. Stationen einer Biographie, Hamburg 1998, S. 127.

51 Sie wohnten zunächst in der Adalbertstraße 54 in Kreuzberg, dann in der Hildegardstraße 17a in Wilmersdorf bei der Familie des KPD-Politikers Arthur Ewert. Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/711/50, Bl. 59: Juristische Zentralstelle der KPD, Kopie der Akte „Friedländer, Elfriede (Ruth Fischer)" beim Polizeipräsidium Berlin, Mitteilung vom 6. Mai 1922. Einen entsprechenden Hinweis gab Ronald Friedmann.

52 Vgl. RGASPI, Fonds 495, Bestand 205, Personalakte Nr. 8644 (Fischer, Ruth [Rut]): Lebenslauf (in russischer Sprache, von dritter Seite angefertigt).

scher weit überlegen war, bis zu seinem Tod im Jahre 1941 ihr Mentor und ausschließlicher Ratgeber" blieb.[53]

Aufstandsträume und Aufstieg

Die KPD wurde in den ersten beiden Jahren ihrer Existenz von einer politisch relativ bedeutungslosen Kleinorganisation zu einem wichtigen Faktor der deutschen und sogar europäischen Politik. Sie war und blieb stets zu schwach, um ihrem politischen Ziel eines „Sowjetdeutschland" auch nur ansatzweise nahezukommen, wurde jedoch, wie sich zeigen sollte, stark genug, um „die neuentstandene bürgerliche Republik bis in ihre Grundfesten zu erschüttern", wie Ossip Flechtheim schrieb.[54]

Schon der Gründungsparteitag der KPD hatte an der Jahreswende 1918/19 die beiden Haupttendenzen innerhalb der Partei sichtbar werden lassen: die linkssozialistische Tendenz, die auf die Gewinnung zumindest der Mehrheit des Industrieproletariats als Voraussetzung revolutionärer Umgestaltungen orientierte, und eine radikal-utopische Strömung, die jede parlamentarische Aktivität verwarf, sogar dann, wenn diese als Ausgangsbasis revolutionärer Politik dienen sollte. Gegen den Widerstand von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hatte die Mehrheit der Delegierten auf dem KPD-Gründungsparteitag die Beteiligung an den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung abgelehnt. Rosa Luxemburgs Worte hatten nichts gefruchtet: „Unsere nächste Aufgabe ist, die Massen zu schulen", hatte sie betont. „Das wollen wir durch den Parlamentarismus erreichen. Das Wort soll entscheiden. Ich sage Ihnen, gerade dank der Unreife der Massen, die bis jetzt nicht verstanden haben, das Rätesystem zum Siege zu bringen, ist es der Gegenrevolution gelungen, die Nationalversammlung als ein Bollwerk gegen uns aufzurichten. Nun führt unser Weg durch dieses Bollwerk hindurch. Ich habe die Pflicht", betonte sie, „gegen dieses Bollwerk anzukämpfen, hineinzugehen in die Nationalversammlung, dort mit der Faust auf den Tisch zu schlagen. Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz [...]. Die Wahlen stellen ein neues Element des revolutionären Kampfes dar."[55] Doch nur mit Mühe gelang es Rosa Luxemburg und ihren Anhängern, wenigstens den Austritt der KPD-Mitglieder aus den Gewerk-

53 Ladislaus Singer, Marxisten im Widerstreit. Sechs Porträts, Stuttgart 1979, S. 84.

54 Flechtheim, KPD, S. 71.

55 Rosa Luxemburg in: Hermann Weber (Hg.), Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919, Berlin 1993, S. 101f.

schaften und eine dementsprechende Entschließung zu verhindern.[56] Ein Problem der KPD war – und sollte bleiben – dass die realpolitischen, marxistisch geschulten Kräfte dem revolutionären Utopismus der durch den Krieg radikalisierten jüngeren Mitglieder sogar dann oft nachgaben, wenn sie wussten, dass es politisch unklug war.

Nach der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg bestimmte fast unvermeidbar die radikale Linke die Politik der KPD. *Die Rote Fahne*, das Sprachrohr der Partei, lehnte im Februar 1919 jeden Gedanken an eine Rätedemokratie ab; diese sei nichts weiter als „ein Rückfall in das wohlbekannte System Haase-Ebert, die bürgerliche Demokratie maskiert und gedeckt durch das Ornament der Räte."[57] Dass das Blatt den nur noch sozialdemokratisch firmierenden Ebert und den Linkssozialisten Haase zusammen nannte, war gewiss nicht nur der erhitzten politischen Atmosphäre geschuldet, sondern zeigte auch: das Prinzip der Abgrenzung gegenüber allen Kräften der Arbeiterbewegung hatte sich vorerst durchgesetzt. Für Eduard Alexander waren die Arbeiterräte, in denen die Kommunisten nur eine Minderheit darstellten, eine Schimäre „bürgerlicher Ideologen von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit […]."[58] Die Revolution und damit die Stunde der „Abrechnung mit Reformisten und Zentristen" schienen nahe.

Doch bereits im August 1919 sah Paul Levi die revolutionäre Welle am Abebben. Da noch die SPD-Regierung der Volksbeauftragten die Unternehmen verpflichtet hatte, die am 1. August 1914 bei ihnen beschäftigten Arbeiter wieder einzustellen, erfolgte die Integration der heimkehrenden Fronttruppen relativ rasch, was zum Abflauen der revolutionären Emotionen beitrug.[59] „Wir stehen am

56 Vgl. Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924, 2. Aufl., Bonn 1985, S. 119. Vgl. auch Hans-Erich Volkmann, Die Gründung der KPD und ihr Verhältnis zum Weimarer Staat im Jahre 1919, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 23 (1972), Nr. 1, S. 65–80.

57 Demokratische Republik, in: RF vom 24. Februar 1919, zit. nach: Rudolf Luz, KPD, Weimarer Staat und politische Einheit der Arbeiterbewegung in der Nachkriegskrise 1919–1922/23, Konstanz 1987, S. 150.

58 E. Ludwig [Eduard Alexander], Die Rolle der Arbeiterräte in der deutschen Revolution, Berlin 1919, S. 10f., zit. ebd. Zu ihm, der später zu den besonnenen Köpfen in der KPD zählte, vgl. Uwe Wieben, Eduard Alexander. Biographische Skizze eines nahezu vergessenen Politikers der Weimarer Republik, Berlin 2008.

59 Die Kehrseite war allerdings, dass die Unternehmen später eingestellte Arbeitskräfte entlassen konnten, darunter viele Frauen, die nun genötigt wurden, wieder in ihr traditionelles Rollenbild „am Herd" zu schlüpfen. Dennoch war die kollektive Erfahrung, sich in der Arbeitswelt zu behaupten, für die Frauen so prägend, dass die alte Geschlechterordnung ins Wanken geriet. Vgl. Heinrich August Winkler, Weimar 1918–1933. Die Ge-

Ende einer Epoche, die am 9. November [1918] eingesetzt hat und die zu einer Niederlage der Revolution führte“, erklärte Levi auf einer illegalen Reichskonferenz der Partei in Frankfurt. „Wir sind in ein schleichendes Stadium der Revolution eingetreten und werden nicht mehr mit großen Massenbewegungen rechnen dürfen.“ Die neue Epoche bedeute, so Levi, gleichzeitig eine Schwäche und eine Stärke – eine Schwäche, weil das Tempo der Revolution gehemmt sei, eine Stärke, weil das Proletariat nun auf sein stärkstes Glied, den Kampf um die ökonomische Macht, angewiesen sei. „Die politische Tätigkeit der Partei ist die, dem Proletariat die Hände freizumachen, die der Revolution fernstehenden Massen für die Revolution zu erfassen und sie zu Werkzeugen der Bewegung zu machen.“[60] Folgerichtig orientierte er auf den Aufbau einer linkssozialistischen Massenpartei.

Noch im Oktober 1919 war Ruth Fischer Zeugin geworden, wie die noch illegale Partei auf ihrer zweiten Parteikonferenz in Heidelberg ihren ultralinken Flügel – keineswegs alle Ultralinken – ausgeschlossen hatte.[61] Die Ausgeschlossenen hatten sich daraufhin im April 1920 zur Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) konstituiert. Sie sollte die nächsten beiden Jahre ein starker Konkurrent auf der radikalen Linken sein. Die KAPD wurde keineswegs die „erste ‚anti-Moskau‘-Opposition“ im deutschen Kommunismus, sondern bekam einen Beobachter-Status in der Komintern eingeräumt.[62]

Vorausgegangen war dem das teilweise politische Versagen der KPD im Kapp-Putsch. Laut den Bestimmungen des Versailler Vertrages drohte die Entwaffnung der Freikorps. Diese reagierten zusammen mit dem reaktionärsten Teil der Reichswehr, indem sie sich gegen die vom SPD-Kanzler Gustav Bauer geführte Reichsregierung erhoben.

Nach Putschbeginn am 13. März 1920 flüchtete die Regierung zunächst nach Dresden, dann nach Stuttgart und rief den sofortigen Generalstreik aus, den die

schichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 65, und Ute Frevert, „Wo Du hingehst …“ Aufbrüche im Verhältnis der Geschlechter, in: August Nitschke u. a. (Hg.), Jahrhundertwende. Der Aufbruch in die Moderne 1880–1930, Bd. 2, Reinbek 1990, S. 105f.

60 Zit. in Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 262.

61 Da die Partei zu dieser Zeit in der Illegalität agierte, mussten die Delegierten häufiger den Tagungsort wechseln. So fand die Konferenz auch in Mannheim, auf der Wachenburg und dem Dilsberg statt. Vgl. Marcel Bois/Florian Wilde, Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 6 (2007), Nr. 2, S. 33–46. Vgl. auch Cyr, Paul Levis Kampf um die KPD, S. 119f.

62 Darauf weist Harman, Lost Revolution, S. 192, mit Recht hin. Zur KAPD vgl. noch immer Hans Manfred Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923, Meisenheim 1969.

Gewerkschaften sowie SPD und USPD befolgten. Die KPD sprach sich zwar gegen den Putsch aus, forderte aber die Arbeiter auf, mit Gegenaktionen zunächst noch zu warten.[63] Erst am 14. März korrigierte sie diese Haltung und rief zur Beteiligung am Generalstreik auf, wohl auch, weil einzelne Bezirke der Partei bereits an Streikaktionen teilnahmen.[64] Binnen fünf Tagen brach der Putsch vollständig zusammen, doch wurden dessen Rädelsführer durch die Regierung wie durch die stockreaktionäre Justiz nur halbherzig zur Rechenschaft gezogen.[65] Im Anschluss an den Kapp-Putsch suchte der radikalisierte Teil der Arbeiter die militärische Offensive. Sie sahen die Niederlage der Putschisten als deutsche Parallele zum fehlgeschlagenen Kornilow-Putsch im September 1917, der der Oktoberrevolution den Weg bereiten half.[66] Mehr als fünfzigtausend Bewaffnete, die Rote Ruhrarmee, verwickelten die Freikorps und Teile der Reichswehr in blutige Kämpfe. Zunächst vor allem von Angehörigen der anarcho-syndikalistischen Freien Arbeiterunion Deutschlands (FAUD) getragen, strömten der Roten Ruhrarmee bald viele KPD- und USPD-Anhänger zu. Trotz der raschen Unterdrückung der Revolte trug die gemeinsame Kampferfahrung zum Zusammenwachsen der verschiedenen Strömungen der radikalen Linken bei.[67] Andererseits verhalf gerade die Unterdrückung der Ruhrkämpfe der Rechten aus der somit nur kurzzeitigen Defensive.[68] Auch die SPD verurteilte die Ruhrkämpfe als Putschismus.[69]

63 Vgl. den entsprechenden Aufruf in: Die Rote Fahne (im Folgenden: RF) vom 14. März 1920, wiederabgedruckt in: Hermann Weber (Hg.), Der deutsche Kommunismus. Dokumente, Köln/Berlin 1963, S. 138–140 (Dokument Nr. 40). Die Sammlung wird im Folgenden zitiert als: Weber, Dokumente.

64 Vgl. ebd., S. 77 (Dokument Nr. 13). Eine ausführliche Darstellung der KPD-Politik in der Zeit des Kapp-Putsches findet sich bei Pierre Broué, The German Revolution 1917–1923, Leiden/Boston 2005, S. 381–392 (Originalausgabe Paris 1971).

65 Vgl. zum Kapp-Putsch z. B. Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 295–342. Das politische Versagen der KPD zu Beginn des Putsches wurde auch von DDR-Historikern herausgearbeitet und vorsichtig kritisiert. Vgl. Erwin Könnemann/Hans-Joachim Krusch, Aktionseinheit contra Kapp-Putsch, Berlin [DDR] 1972.

66 So James Joll, Europe Since 1870. An International History, Harmondsworth 1990, S. 251.

67 Von der Gegenseite her bezeichnete Ernst von Salomon (Nahe Geschichte, S. 91) deshalb mit einigem Recht die Ruhrkämpfe als „die eigentliche Geburtsstunde der KPD“; sein Urteil, dass damit das revolutionäre Feuer erloschen und die Kämpfe der Jahre 1921–1923 von reiner „Parteitaktik“ bestimmt gewesen seien, hat sich jedoch nicht als haltbar erwiesen.

68 Vgl. Klaus Schwabe, Der Weg der Republik vom Kapp-Putsch 1920 bis zum Scheitern des Kabinetts Müller 1930, in: Karl Dietrich Bracher u. a. (Hg.), Die Weimarer Republik 1981–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, 2. Aufl., Bonn 1988, S. 96.

In den Folgemonaten gelang es ihrer Führung, eine Reihe von Sozialisierungsversuchen, für die sich vor allem die USPD, aber auch Teile der Gewerkschaften aussprachen, zu vereiteln.[70] Dies führte zu einer weiteren Radikalisierung des linken USPD-Flügels: Im Oktober 1920 schlossen sich beträchtliche Teile von ihm der KPD an. Sie akzeptierten die von Lenin auf dem 2. Komintern-Kongress im Juli und August vorgetragenen und dort ohne Diskussionen angenommenen „21 Leitsätze" über die Aufnahme in die Komintern. Diese sollten die Mitarbeit schwankender „zentristischer Elemente" verhindern.[71] Was geschah, war jedoch die Trennung von zahlreichen revolutionären Kräften, die allerdings die rigide zentralistische Struktur des Leninschen Parteimodells und seine Übertragung auf die Internationale nicht billigten. „Dagegen konnten zahlreiche Elemente, die nicht mit den Massen verbunden waren und denen es daher leichter fiel, den traditionellen Organisationen den Kampf anzusagen, als ‚gute Kommunisten' erscheinen, indem sie einfach den Eifer des frisch zu dem neuen Katechismus Bekehrten an den Tag legten."[72]

Doch wurde die KPD durch den enormen Zuwachs von mehr als dreihunderttausend Mitgliedern zur Massenpartei. Sie nannte sich nunmehr beinahe ein Jahr lang Vereinigte KPD (VKPD).[73] Im Januar 1921 wandte sie sich unter dem Signum der Einheitsfront in einem Offenen Brief an die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften, um über ein gemeinsames Vorgehen gegen die Kapitaloffensive zu beraten.[74] Damit ging, so Klaus Kinner, „die soeben konstituierte VKPD einen

---

69 Vgl. zu den Ruhrkämpfen Georg Eliasberg, Der Ruhrkrieg von 1920, Bad Godesberg 1974, sowie Erhard Lucas u. a., Ruhrkampf 1920 – die vergessene Revolution. Ein politischer Reiseführer, Essen 1990.

70 Weitergehende Forderungen aus dem ADGB nach Bildung einer Arbeiteregierung wurden von den Christlichen Gewerkschaften entschieden abgelehnt. Vgl. Michael Schneider, Zwischen Machtanspruch und Integrationsbereitschaft: Gewerkschaften und Politik 1918–1933, in: Bracher u. a. (Hg.), Die Weimarer Republik 1918–1933, S. 186.

71 Die Leitsätze in: Der II. Kongress der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August in Moskau, Hamburg 1921, S. 746–766.

72 Fernando Claudin, Die Krise der kommunistischen Bewegung. Von der Komintern zum Kominform, Bd. 1: Die Krise der Kommunistischen Internationale, Berlin [West] 1977, S. 117.

73 Dieser Vorgang ist in der Literatur oft behandelt worden, zuletzt ausführlich bei Dieter Engelmann/Horst Naumann, Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922, Berlin 1993, S. 174–194.

74 Damit hoffte Sinowjew, wenigstens Teile der linksradikalen KAPD wieder zur KPD herüberzuziehen, die unter Levi aus der Partei hinausgedrängt worden waren. Vgl. Jean-François Fayet, Paul Levi and the Turning Point of 1921. Bolshevik Emissaries and Inter-

wichtigen Schritt in die Richtung einer an den Tagesaufgaben und Tagesnöten der Werktätigen orientierten Politik, die gleichzeitig ihren revolutionären, antikapitalistischen Anspruch nicht preisgab."[75] Dies deckt sich mit der Meinung Evelyn Andersons. Die Einheitsfrontpolitik habe der VKPD tatsächlich die Chance eröffnet, die Unterstützung einer Mehrheit der deutschen Arbeiter zu gewinnen. „Ausgerüstet mit einer realistischen Politik, basierend auf den tatsächlichen Verhältnissen in Deutschland hätte es wohl sein können, dass die Kommunisten die stärkste, wenn nicht *die* Partei der Arbeiterklasse geworden wären."[76]

Doch es sollte nicht sein. Im Februar wurde auf Betreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, des EKKI, und namentlich des EKKI-Emissärs Mátyás Rákosi die VKPD-Spitze um Paul Levi abgesetzt. Dies war eine der ersten und zugleich folgenreichsten Eingriffe der Moskauer Komintern-Zentrale in die Angelegenheiten einer ausländischen Sektion. An Levis Stelle traten Walter Stoecker und Heinrich Brandler, doch musste letzterer nach der Märzaktion (bis zur Verkündung einer Amnestie im folgenden Jahr) nach Sowjetrussland flüchten.[77] Seine Funktion nahm kommissarisch Ernst Meyer wahr, über den Ruth Fischer rückblickend schrieb, er sei „ein kultivierter Intellektueller mit Interesse für Kunst und Literatur [gewesen]. Sein hohes Ansehen in Parteikreisen war seiner Hingabe an die Sache zuzuschreiben, aber es war ihm nicht gegeben, mit den Proletariern in seiner eigenen Partei in persönlichen Kontakt zu kommen."[78]

national Discipline in the Time of Lenin, in: Norman LaPorte u. a. (Hg.), Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Perspectives on Stalinization, 1917–53, Houndmills/New York 2008, S. 110f.

75 Klaus Kinner, Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999, S. 36f. Der Offene Brief ist in der *Roten Fahne* vom 8. Januar 1921 abgedruckt. Wiederabdruck in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung [im Folgenden: Dokumente und Materialien], Bd. VII/1, Berlin [DDR] 1966, S. 410–412. Nach Sinowjew verfasste Radek den Brief. Vgl. Sinowjews Schlusswort auf dem 5. Komintern-Kongress, in: Protokoll. Fünfter Kongress der Kommunistischen Internationale, Moskau, vom 17. Juni bis 8. Juli 1924, Hamburg 1925, S. 468, doch war auch Paul Levi an dessen Abfassung beteiligt. Cyr, Rebelle devant les extrêmes, S. 160, nennt Levi als Hauptautoren.

76 Evelyn Anderson, Hammer oder Amboss. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nürnberg 1948, Neuausgabe mit einem Vorwort von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt 1981, S. 113. Hervorhebung im Text.

77 Vgl. Cyr, Rebelle devant les extrêmes, S. 150, und Jens Becker, Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001, S. 143.

78 Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 219. Vgl. Florian Wilde, „Diskussionsfreiheit ist innerhalb unserer Partei absolut notwendig." Das Verhältnis des KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer zur innerparteilichen Demokratie 1921/22, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 14 (2006), S. 168–184. Vgl. ausführlich Ders.,

Inmitten von Anhängern eines nach außen getragenen Proletkultes wirkte er stets gepflegt „und sah kaum wie ein Revolutionär aus“, schrieb auch Meyers Witwe.[79] Er neigte dazu, „seine eigenen Verdienste unter den Scheffel zu stellen.“[80] Die Partei suchte jedoch nach revolutionären Volkstribunen.

Ob die menschliche und politische Qualität der KPD-Führung seit der Absetzung Levis ständig gesunken sei, wie Ossip Flechtheim schrieb, soll hier mit Blick auf die Entwicklungen der Jahre 1922–23 zunächst offenbleiben.[81] Chris Harman ging sogar soweit zu behaupten, dass „in der Atmosphäre von Fraktionsstreitigkeiten jene emporkamen, die Intrige und reine Rhetorik für Politik hielten“; er nannte ausdrücklich Fischer und Maslow.[82] Dies zu überprüfen, gehört zum Anliegen dieses Buches. Ob die Verdrängung Levis und seines Flügels die Möglichkeit der Existenz einer starken linkssozialistischen Partei in Deutschland ein für allemal vereitelte, wie Flechtheim und Harman meinen, oder ob Levis Politik in letzter Konsequenz die VKPD wieder in die Sozialdemokratie zurückgeführt hätte – diese Fragen können auch im Rückblick kaum befriedigend beantwortet werden. Dass deutsche Parteikommunisten über alle Wandlungen hinweg letztere Möglichkeit als Gefahr stets in ihr Kalkül einbezogen, zeigt noch die 1990 nicht mehr ausgelieferte Darstellung zur SED-Geschichte in der DDR. Levis Politik, heißt es dort, „lief daraus hinaus, die im Kampf gegen den Opportunismus erreichten Fortschritte der Partei, ja ihre politische und ideologische Selbständigkeit in Frage zu stellen.“[83] Es verwundert nicht, dass der Kampf gegen das Erbe Levis zum eisernen Grundbestand der DDR-Geschichtswissenschaft gehörte, an dem jedoch noch vor dem politischen Umbruch der Historiker Wolfgang Ruge zu rütteln wagte.[84]

Nach Levis Ausscheiden rückte eine Reihe von Vertretern der bisherigen linken Opposition in die Parteiführung auf. Die neue Spitze, in der Meyer oft überstimmt wurde, schlug einen linksradikalen Kurs ein. Dies entsprach einer allge-

Ernst Meyer (1887–1930) – vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus. Eine politische Biographie, Hamburg 2011 (im Folgenden: Wilde, Ernst Meyer).

79 Rosa Meyer-Leviné, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1930, Frankfurt 1982, S. 19.

80 Ebd., S. 31.

81 Vgl. Flechtheim, KPD, S. 7.

82 Harman, Lost Revolution, S. 217.

83 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in vier Bänden, Bd. 2, Berlin 1990, S. 180 (Druckvorlage des nicht mehr ausgelieferten Buches), zit. nach Kinner, Der deutsche Kommunismus, S. 38.

84 Vgl. Ruges für Radio DDR II geschriebenen und dort am 15. April 1989 auch gesendeten Beitrag, abgedruckt in: Wolfgang Ruge, Beharren, kapitulieren oder umdenken. Gesammelte Schriften 1989–1999, Berlin 2007, S. 166–172.

meinen Zeitstimmung unter Kommunisten. Die Selbstbehauptung der Bolschewiki im Bürgerkrieg gab der Hoffnung, die Kommunisten könnten dem Weltkapitalismus in historisch kurzer Frist den Todesstoß versetzen, noch einmal neue Nahrung. Der Kapitalismus habe seine inneren Akkumulationsquellen erschöpft und könne sich, zumal angesichts der neu entstehenden antikolonialen Befreiungsbewegung, nicht mehr ausdehnen. Sein Niedergang sei unvermeidlich, und es sei Aufgabe der Kommunisten, ihn zu beschleunigen. Etwaige Erholungsphasen fielen immer kürzer aus und könnten diesen Niedergang nicht mehr aufhalten. Dass Marx an keiner Stelle geschrieben hatte, die Wirtschaftskrisen des Kapitalismus würden automatisch zu dessen Zusammenbruch führen, wurde übersehen.[85]

Die Angst der Besitzenden vor einem kommunistischen Umsturz gab den Hoffnungen der Komintern weitere Nahrung. Doch mischte sich diese Hoffnung mit Furcht, denn am 1. März 1921 hatten sich in Sowjetrussland die Kronstädter Matrosen – einst die wichtigsten Unterstützer des siegreichen Aufstandes vom Oktober 1917 – nunmehr gegen die Bolschewiki gewandt. Ihr Ruf nach Wiederherstellung einer Sowjetdemokratie und Beseitigung der sich verfestigenden Einparteiherrschaft bedrohte jedoch, wie Lenin und Trotzki erkannten, die Grundlagen der Sowjetmacht insgesamt.[86]

Die blutige Niederschlagung des Aufstandes ging einher mit dem Verbot von Fraktionsbildungen innerhalb der bolschewistischen Partei. Zwar war dieses Verbot zunächst als zeitweilige Maßnahme gedacht. Es wies jedoch den Weg in die schrankenlose Parteidiktatur und wurde bald zum unumkehrbaren Prinzip erhoben. Am Ende sollte es zwei Verlierer geben: die antibolschewistischen Kräfte unter den Linken wie die Bolschewiki selbst.[87] Gegen seine ursprüngliche Absicht half gerade Trotzki, den Weg in jene Entwicklung zu bereiten, die er 1904 ahnungsvoll beschrieben hatte; eine Entwicklung, in der „die Parteiorganisation die Partei selbst, das ZK die Parteiorganisation und schließlich ein Diktator das ZK

85 Vgl. Peter Haferstroh/Klaus Kinner/Thomas Schmidt, „Imperialismus" – ein linker Kampfbegriff? Zur Geschichte der kommunistischen Kapitalismuskritik, in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hg.), Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943), Mainz 1992, S. 159f.

86 Der Aufstand rief das gesamte antibolschewistische Lager auf den Plan, wie auch ein linker Kritiker der Bolschewiki, Paul Avrich, betonte. So erklärte der mit seiner Armee soeben aus der Krim vertriebene General Wrangel, der Kronstädter Aufstand müsse zum Wiederaufleben des Interventionskrieges genutzt werden. Vgl. Paul Avrich, Kronstadt 1921, New York/London 1970, S. 117. Avrich nannte zahlreiche weitere Beispiele. Zum Forschungsstand vgl. Das Menetekel Kronstadt 1921. Kriegskommunismus und Alternativen, Berlin 2011, bes. die Beiträge von Karl-Heinz Gräfe und Wladislaw Hedeler.

87 So Marcel Liebman, Was Lenin a Stalinist?, in: Tariq Ali (Hg.), The Stalinist Legacy. Its Impact on 20th Century World Politics, Harmondsworth 1984, S. 166.

ersetzt […].“[88] Andererseits stellten diese dramatischen Ereignisse auch die Weichen für eine nun als unumgänglich gesehene Aussöhnung der Bolschewiki mit der Bauernschaft und damit für die Neue Ökonomische Politik, die ein die Sowjetgesellschaft „liberalisierendes“ Element wurde.[89] Die widersprüchlichen Folgen der Maßnahmen waren im Frühjahr 1921 nicht absehbar, wohl aber die Tatsache, dass Sowjetrussland auf eine Entlastung von außen hoffte.

Deshalb warben Anfang März 1921 Abgesandte des EKKI, darunter Béla Kun, in der KPD für eine revolutionäre Aktion zu dieser Entlastung.[90] Obgleich allen Beteiligten klar sein musste, dass eine rein kommunistische Machtübernahme aussichtslos war, glaubten das EKKI und Teile der Parteiführung, ein Aufstand werde die nunmehr rein bürgerliche Reichsregierung um den Zentrumsmann Konstantin Fehrenbach so weit schwächen, dass sie gestürzt und durch eine Arbeiterregierung ersetzt werden könne, über deren Zusammensetzung sich jedoch noch niemand klare Gedanken machte.

Die Losung der Arbeiterregierung sollte in den folgenden Jahren zu den meist gebrauchten, doch auch umstrittensten Begriffen innerhalb der Komintern gehören. Zum einen wurde darunter eine sozialdemokratisch geführte Regierung innerhalb des kapitalistischen Staates verstanden. Positiv besetzt war dieser Begriff (wenigstens zeitweise) nur in Anwendung auf Großbritannien und seine Dominions, wo die zahlenmäßig schwachen kommunistischen Parteien solchen Regierungen von Fall zu Fall ihre kritische Unterstützung gewähren sollten, so es ihrer eigenen Politik nützte. Zum zweiten wurde der Begriff zum Synonym für die Dik-

---

88 Leo Trotzki, Unsere politischen Aufgaben, in: Ders., Schriften zur revolutionären Organisation, hg. von Hartmut Mehringer, Reinbek 1970, S. 73. – Kein anderer als Friedrich Engels hatte, Auguste Blanqui kritisierend, 1874, geschrieben: „Daraus, dass Blanqui jede Revolution als den Handstreich einer kleinen revolutionären Minderheit auffasst, folgt von selbst die Notwendigkeit der Diktatur nach dem Gelingen: der Diktatur, wohlverstanden, nicht der ganzen revolutionären Klasse, sondern der kleinen Zahl derer, die den Handstreich gemacht haben und die selbst schon im Voraus wieder unter der Diktatur eines oder einiger weniger organisiert sind.“ Friedrich Engels, Programm der blanquistischen Kommune-Flüchtlinge, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 18, Berlin [DDR] 1964, S. 528f.

89 Aus der hierzu sehr umfangreichen Literatur sei wiederum auf einen Kritiker Lenins verwiesen, der dies mit Belegen erhärtet. Vgl. Alexander Erlich, Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924–1928, Frankfurt/Wien 1971, bes. S. 18f. Dass das harte Regiment des „Kriegskommunismus“ und der völlig dirigistischen Wirtschaftsführung zu beenden sei, war unter den Bolschewiki unumstritten, doch bestanden über die Art und Weise einer Neuorientierung große Unklarheiten.

90 Fayet, Paul Levi and the Turning Point of 1921, S. 115, warnt aber vor einer Interpretation, die der Komintern eine langfristige Aufstandsplanung unterstellt: Vielmehr zeuge die „Entlastungsoffensive“ von der Konfusion innerhalb der Komintern-Zentrale.

tatur des Proletariats, was immer bedeutete: Diktatur der kommunistischen Partei. Zum dritten schließlich wurde die Arbeiterregierung als Regierung des Übergangs zum Sozialismus begriffen, wobei Kommunisten und Sozialdemokraten die Parlamente nutzen sollten, um zusammen mit außerparlamentarischen Mitteln, etwa mit Hilfe bewaffneter Einheiten des Proletariats, den Widerstand der alten Herrscherklassen gegen gesellschaftliche Umgestaltungen zu brechen.[91] Um die beiden letzteren Auffassungen sollte in der KPD ein folgenschwerer Streit entbrennen, in dem Ruth Fischer eine Hauptrolle spielte.

Im mitteldeutschen Raum um Halle-Merseburg, in dem die VKPD einen starken Rückhalt unter radikalisierten Arbeitern besaß, fielen die Losungen einer bevorstehenden proletarischen Revolution auf fruchtbaren Boden. Auch der preußische Innenminister Carl Severing (SPD) und der SPD-Oberpräsident der Region Otto Hörsing nahmen diese Parolen ernst und befürchteten eine kommunistische Machtübernahme zumindest in dieser Industrieregion. Sie entsandten ab dem 19. März 1921 Einheiten der preußischen Polizei in das Gebiet, das seit dem Kapp-Putsch nicht mehr zur Ruhe gekommen war. Es gab Plünderungen und noch immer waren zahlreiche Waffen in der Hand von radikalen Arbeitern. Den Einmarsch der Polizei beantworte die örtliche VKPD, unterstützt von einer Mehrheit der Zentrale, mit dem Aufruf zum Aufstand, von dem sie sich eine aufrüttelnde Wirkung für ganz Deutschland versprach.

Doch die SPD und auch Teile der VKPD und KAPD machten nicht mit. Außer im mitteldeutschen Industrierevier kam es nur in Teilen der Lausitz, des Ruhrgebietes und in einigen Stadtbezirken von Hamburg zu Aufstandsversuchen.[92]

---

91 Vgl. John Riddell, The origins of united front policy, in: International Socialism, Issue 130 (Spring 2011), S. 129f., und Hans-Joachim Krusch, „Arbeiter-Regierung“ als Übergangsforderung der KI, in: Marxistische Blätter, 42 (2004), Nr. 3, S. 15–22, unter Korrektur früherer Positionen: Vgl. Ders., Zum Zusammenwirken von KI und deutscher Sektion in der Frage der Arbeiter-und-Bauern-Regierung im Jahre 1923, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 15 (1973), Nr. 5, S. 757–773.

92 In Gebieten also, die im Ersten Weltkrieg, teilweise durch massenhafte Errichtung von Industrieanlagen (Mitteldeutschland, Lausitz) bzw. durch massiven Ausbau der Rüstungsproduktion (Hamburg, Ruhrgebiet) einen Zustrom von Proletariern der ersten Generation, die politisch noch wenig in der Arbeiterbewegung sozialisiert waren, erfahren hatten.

Was als Fanal gedacht war, verkam somit zum Bandenwesen.[93] Die Insurrektion wurde von Reichswehr und Polizei rasch niedergeschlagen. An die sechstausend Beteiligte wurden verhaftet. Die VKPD, die inzwischen die erlangte Legalität zur lautstarken Revolutionsspielerei ausgenutzt hatte, wurde zwar nicht verboten, ihre Mitgliederzahl sank jedoch rapide auf unter einhundertfünfzigtausend ab. Nur der Revolutionsführer Max Hoelz, „ein geborener Condottiere", der zu dieser Zeit noch der KAPD angehörte, wurde zur legendären Gestalt.[94] Doch Kommunisten, die die Putschaktion verteidigten, wurden aus den Gewerkschaften ausgeschlossen. Die VKPD galt erstmals als eine Partei, die sich Moskauer Direktiven blind einschwor, auch wenn diese der Lage in Deutschland keinerlei Rechnung trugen. Die von VKPD und Komintern propagierte Losung der revolutionären Einheitsfront hatte sich als Phrase, bestenfalls als Wunschdenken erwiesen. Die Waffe der kommunistischen Kritik an der SPD-Politik, die gerade in Mitteldeutschland der Reaktion indirekt Schützenhilfe geliefert habe, wurde stumpf.[95]

---

93 Nach Hans-Ulrich Wehler (Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten, München 2003, S. 405) handelte es sich bei der Märzaktion „keineswegs um eine der mystifizierten spontanen Massenerhebungen des Industrieproletariats, sondern um einen von der Moskauer Kominternzentrale gesteuerten Umsturzversuch, der auf einem eklatanten Fehlurteil über das revolutionäre Potential in Deutschland beruhte, so dass er auf Kosten der relativ kleinen Zahl irregeleiteter Akteure kläglich scheiterte." Ebenso sieht Heinrich August Winkler (Weimar 1918–1933, S. 153) in der Märzaktion keine proletarische Massenerhebung, sondern einen von oben inszenierten Umsturzversuch von Komintern und VKPD. Auch Albert Lindemann (The Red Years. European Socialism vs. Bolshevism 1919–1921, Berkeley 1974, S. 284), der nicht Wehlers und Winklers offenkundige Meinung teilt, wonach die Existenz der KPD in der Weimarer Republik nur einen Belastungsfaktor bedeutet habe, schrieb vom „völligen Fiasko" eines Aufstandsversuches, bei dem „selbst vorgetäuschte Angriffe auf Arbeiterführer durch die KPD unternommen wurden, um die Arbeiter anzustacheln." Schließlich kritisierte Pierre Frank (Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919–1943), Bd. 1, Frankfurt 1981, S. 138) die KPD für ihr Unvermögen, auf den Druck der Sozialdemokraten „unter Berücksichtigung des Kräfteverhältnisses" mit einer defensiven Taktik zu antworten und die Arbeiter dementsprechend zu mobilisieren. Wie andere Autoren wies Edgar Feuchtwanger (From Weimar to Hitler. Germany, 1918–33, Houndmills/London 1993, S. 104) auf die überaus schlechte Vorbereitung des Aufstandes durch die KPD hin.

94 So Anderson, Hammer oder Amboss, S. 115.

95 Die umfassendste Darstellung der Ereignisse findet sich bei Sigrid Koch-Baumgarten, Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt/New York 1985. Vgl. weiterhin Werner T. Angress, Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973, S. 173–204, und Broué, German Revolution, S. 491–503. Die DDR-Historiographie sah in der Märzaktion einen Abwehrkampf des klassenbewussten Proletariats gegen bürgerliche und SPD-Provokationen und schob die „Offensivtheorie" allein dem (noch) auf ultra-

Vor allem aber führte das Desaster zu scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei. Wichtige Persönlichkeiten wie Paul Levi, Ernst Däumig und etwas später auch Ernst Reuter und der Gewerkschaftspolitiker Richard Müller verließen die Partei oder wurden ausgeschlossen.[96] Für andere, so für Heinrich Brandler und August Thalheimer, wurde das Debakel zum Beginn eines Prozesses des Umdenkens in Richtung einer realistischeren Politik. Wie verhielt sich Ruth Fischer während dieser Ereignisse?

Den Kapp-Putsch erlebte sie in Leipzig. Sie „strandete", wie sie schrieb, auf dem Weg vom 3. Parteitag nach Karlsruhe, auf dem sich die Abspaltung der KAPD-Anhänger abzeichnete, wegen des Eisenbahnerstreiks in ihrer Geburtsstadt. „Die Stadt schwirrte von Gerüchten, dass die Chemnitzer Arbeiter nach Leipzig marschieren, um vereint mit den Leipzigern Berlin einzukreisen." Achtundzwanzig Jahre danach schrieb Ruth Fischer, die VKPD habe durch ihren wankelmütigen Kurs eine Weiterführung des Widerstandes gegen den Kapp-Putsch in Richtung auf eine Arbeiterregierung behindert.[97]

Nach der Märzaktion fasste die KPD-Zentrale den Begriff der Arbeiterregierung erstmals genauer. Sie sah die Arbeiterregierung als „Form einer sozialistischen Regierung unter Ausschluss von bürgerlich-kapitalistischen Parteien" und als „einen erwünschten Zustand für die Selbstbetätigung von proletarischen Massen [...]."[98] Ruth Fischer war nicht nur gegen diese Idee. Sie machte auch unmissverständlich klar, dass sie den Parteivorstand für eine Ansammlung von Versagern

---

linken Positionen stehenden Brandler und seinen Anhängern in die Schuhe. Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin [DDR] 1966, S. 326f.

96 Vgl. für Paul Levis Kritik an der Märzaktion seine Broschüre: Unser Weg. Wider den Putschismus, Berlin 1921, Auszug in: Weber, Dokumente, S. 274–276 (Dokument Nr. 86). Levi hatte ursprünglich die Broschüre Clara Zetkin zugeleitet, „die ihn lediglich bat, einige scharfe Ausdrücke zu mildern." Charles Bloch, Paul Levi – ein Symbol der Tragödie des Linkssozialismus in der Weimarer Republik, in: Walter Grab/Julius H. Schoeps (Hg.), Juden in der Weimarer Republik, Stuttgart/Bonn 1986, S. 248. Reuter (Parteiname Friesland) hatte noch während der März-Aktion zu den Ultralinken in der KPD gehört, dann aber seine Position geändert. Vgl. Willy Brandt/Richard Löwenthal, Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, München 1957, S. 135. Zu Müller vgl. Ralf Hoffrogge, Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008, hierzu S. 168f. Müller hatte in der Novemberrevolution an der Spitze der rätedemokratischen Revolutionären Obleute gestanden.

97 Vgl. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 156f.

98 Erklärung der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) zur Frage der Arbeiterregierung, in: RF vom 12. März 1920 sowie in: Siegfried Vietzke/Heinz Wohlgemuth, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung in der Zeit der Weimarer Republik 1919–1933, Berlin [DDR] 1966, S. 461f.

hielt, namentlich Paul Levi, Jacob Walcher und Clara Zetkin. Dies kostete ihr endgültig Clara Zetkins Freundschaft sowie noch im März ihre Stellung im Westeuropäischen Sekretariat der Komintern. „Ich hatte ein für allemal mein ganzes bürgerliches Umfeld und meine Aufstiegschancen eingebüßt", glaubte Ruth Fischer. Doch was sich zunächst als Handicap erwies, sollte zum Pluspunkt werden: „Ich stellte mich gegen Paul Levi und gegen alle Führer des Spartakusbundes, um ihre Forderungen zu widerlegen, und dadurch gewann ich rasch die Berliner Parteiorganisation für mich."[99] In der Berliner Parteiorganisation, die einen geringen Altersdurchschnitt auswies, war ein Typus des Politikers – oder auch der Politikerin – vom Schlage Ruth Fischers gefragt, keineswegs eine Parteipatriarchin wie Clara Zetkin.

Denn die Gegensätze zwischen Ruth Fischer und Clara Zetkin waren nicht nur politischer, sondern auch mentaler Natur. Zwischen ihnen lag ein Altersunterschied von 38 Jahren. Während Clara Zetkin seit 1878, seit dem Beginn der Sozialistenverfolgungen unter Bismarck, der Bewegung angehörte, war Ruth Fischer im Ersten Weltkrieg politisch aktiv geworden, „war unberührt von jeder sozialdemokratischen Tradition, offen ambitioniert und keineswegs zurückhaltend in Fragen der reinen innerparteilichen Macht. Agitatorisch ebenso begabt wie Zetkin, dokumentierte ihr aggressiver Redestil die modernen Instrumente der Massensuggestion."[100]

Dieser Redestil wurde Gegenstand mancher Anekdoten, von denen die bekannteste hier wiedergegeben sei. In einem Beitrag über den sozialdemokratischen Politiker Adolph Hoffmann (der kurzzeitig der KPD angehört hatte), schrieb der Journalist Walter Kiaulehn: „Hoffmann war einmal als offizieller Gegenredner für die temperamentvolle Kommunistin Ruth Fischer bestellt. Sie sprach mit so großem Ausdruck, dass sie nicht merkte, wie ihr Achselband von der Schulter rutschte. Fasziniert bestaunten die Genossen das Dekolleté der schönen Rednerin. Donnernder Beifall belohnte sie am Schluss. Adolph Hoffmanns Position war hoffnungslos. So trat er an das Rednerpult, schüttelte den Kopf und sagte: ‚Genossen, gegen die nackten Tatsachen, die hier die Genossin Ruth vorgebracht hat, bin ich machtlos und verzichte auf weitere Ausführungen.'"[101]

Ruth Fischer verfügte über einen sarkastischen Witz, „war schon ein wenig füllig, und das gefiel den Berliner Arbeitern", erinnerte sich auch Axel Eggebrecht. Der spätere *Weltbühnen*-Autor war damals kurzzeitig Parteimitglied. „Ruth versetzte ohne Zweifel ganze Massenversammlungen in erotische Verzückung. Sie

99 Fischer, Autobiographical Notes, S. 452.
100 Puschnerat, Clara Zetkin, S. 297.
101 Walter Kiaulehn, Berlin. Schicksal einer Weltstadt, München 1976, S. 171.

war sich dieser Fähigkeit offensichtlich bewusst, darüber wurde derb gescherzt, auch in ihrer Gegenwart." Manch einer, so Eggebrecht weiter, kapitulierte „vor der heftigen Demagogin."[102]

Die Berliner Bezirksorganisation, in der Ruth Fischer mit feurigen Reden vor die Mitgliedschaft trat, war zunächst eine der mitgliederstärksten der KPD gewesen. Im Herbst 1919 zählte sie rund 12.000 Mitglieder. Doch nach der Abspaltung der KAPD schrumpfte die Zahl dramatisch und fiel bis zum Juli 1920 auf rund anderthalb Tausend. Die Vereinigung mit der USPD-Linken erbrachte einen deutlichen Zugewinn: Die Mitgliederzahl stieg auf 45.000, um nach dem Fiasko der Märzaktion wieder auf rund 23.000 zu fallen.[103] Im Mai 1922 zählte die Bezirksorganisation 24.451 Mitglieder, darunter 4.028 Frauen.[104] Bis zum September 1923 stieg die Mitgliederzahl auf 32.012.[105]

„Radikalismus bis hin zum Putschismus" waren, so Klaus Kinner, „nicht zuvörderst Ergebnis von Weisungen eines Zentralkomitees, sondern Ausfluss von sozialen und mentalen Problemlagen nicht unbeträchtlicher Schichten des Proletariats."[106] Andreas Wirsching nennt einen beachtenswerten Faktor, nämlich „die Existenz eines gerade in der Industriemetropole Berlin besonders leicht verfügbaren Massenpotentials an überwiegend jungen, ungebundenen und gleichsam entwurzelten, d. h. milieuprägenden Traditionen entfremdeten Menschen. Gerade zu Zeiten wirtschaftlicher Not kurzfristig relativ leicht mobilisierbar, bildeten sie innerhalb der hauptstädtischen Gesellschaft ein gewissermaßen ‚desperatistisches' Element, auf das kommunistische Parteiführung und Bezirksleitung zählen konnten."[107] Die jüngsten KPD-Jahrgänge standen, so Klaus-Michael Mallmann, für

102 Axel Eggebrecht, Der halbe Weg. Zwischenbilanz einer Epoche, Reinbek 1975, S. 134.

103 Diese Zahlen nach Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999, S. 161f. Wirsching sieht die Kommunisten als die häufig treibende Kraft in den Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht und der extremen Rechten, während für Dirk Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001, die KPD meist aus der Defensive die „Flucht nach vorn" antrat. Schumann konzentriert sich auf die preußische Provinz Sachsen.

104 Vgl. Die Kommunistin vom 15. Mai 1922, S. 79.

105 Vgl. Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom Januar bis September 1923, Berlin [1923], S. 45.

106 Kinner, Der deutsche Kommunismus, S. 45.

107 Wirsching, Weltkrieg, S. 166. Die Betonung milieuabhängig geprägter Einstellungen auf die lokale Politik ist das zentrale Thema von Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Zur Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1998. Mallmanns These vom „links-proletarischen Milieu" (ebd., S. 15), das quasi aus sich

das spannungsreiche Miteinander zweier Gruppen: der Kriegsgeneration, denen die blutigen Schlachten noch in den Knochen steckten, und den nach 1900 Geborenen, die auf dem Arbeitsmarkt weit schwerer Fuß fassten als die heimgekehrten Soldaten, die von ihren Betrieben wieder eingestellt werden mussten.[108] Die Frontkämpfer gaben ihren „Nachrückern“ vor allem die Faszination für Geheimbünde mit, und was wäre faszinierender, als eine Partei, die ständig am Rande der Legalität arbeitete, der aber doch die Zukunft gehörte.[109] Diese Noch-Jugendlichen wussten, so Walter Laqueur, „dass die alte Welt nicht mehr genesen konnte, viele glaubten, nur eine alles umwälzende Revolution könne die Dinge wieder richten.“[110] Vor allem auf diese jüngste politische (Teil-)Generation konnten Fischer und Maslow zählen.[111]

---

selbst und weniger durch Direktiven der Führung die Gleichschaltung „von unten“ vollzog, ist jedoch kritisch aufgenommen worden. Ebenso problematisch ist Mallmanns starre Unterscheidung zwischen „Milieu“ und „Avantgarde“ (ebd., S. 79). Vgl. Andreas Wirsching, „Stalinisierung“ oder „entideologisierte Nischengesellschaft“? Alte Einsichten und neue Thesen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 45 (1997), Nr. 3, S. 449–466, sowie Mallmanns Erwiderung: Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure?, ebd., 47 (1999), Nr. 3, S. 401–415. Nuanciert hierzu auch Eric D. Weitz, Communism and the Public Spheres in the Weimar Republic, in: David E. Barclay/Eric D. Weitz, German Socialism and Communism from 1840 to 1990, New York/Oxford 1998, S. 275–291. Vgl. auch Ders., Creating German Communism, 1890–1990. From Popular Protest to Socialist State, Princeton 1997, Kapitel 4–6, S. 100–187, Vgl. weiter Sigrid Koch-Baumgarten, Eine Wende zur Geschichtsschreibung der KPD in der Weimarer Republik?, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 34 (1998), Nr. 1, S. 182–189, Till Kössler, Utopie und Realpolitik. Neuerscheinungen zum Kommunismus und Sozialismus in Deutschland, in: Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Nr. 22 (1999), S. 205–215, Jens Becker/Harald Jentsch, Parteikommunismus in der Weimarer Republik, in: Utopie kreativ, Nr. 117 (Juli 2000), S. 701–703, sowie Norman LaPorte, „Stalinization“ and ist Limits in the Saxon KPD, 1925–28, in: European History Quarterly, 31 (2001), Nr. 4, S. 549–590.

108 Vgl. Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik, bes. S. 106–111, und zum Gesamtkomplex Richard Bessel, Unemployment and Demobilisation in Germany after the First World War, in: Richard J. Evans/Dick Geary (Hg.), The German Unemployed. Experiences and Consequences of Mass Unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich, New York 1987, S. 23–43.

109 Diesen Aspekt betonte noch 1936 Marcel Mauss in einem Brief an Elie Halévy. Vgl. Enzo Traverso, Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914–1945, Berlin 2007, S. 231.

110 Walter Laqueur, Out of the Ruins of Europe, New York 1971, S. 132.

111 Auch Weitz und Wirsching betonen die spezifische Rolle dieser politischen (Teil-)Generation. Annemarie Lange (Berlin in der Weimarer Republik, Berlin [DDR] 1987,

Beide mussten sich zunächst mit Gelegenheitsarbeiten beruflich über Wasser halten, so gab Maslow Nachhilfestunden für Mathematik. Nach ihrem Ausscheiden aus dem Westeuropäischen Sekretariat schrieb sich Ruth Fischer an der Berliner Universität ein, es ist jedoch nicht bekannt, in welchem Fach. Jedenfalls erlangte sie keinen Abschluss, da sie von der politischen Arbeit auch weiterhin stark in Anspruch genommen wurde.[112] Sie erschien bereits 1920 auf den verschiedensten Veranstaltungen der Berliner KPD und schaffte es schließlich, als Delegierte zum Vereinigungsparteitag mit der USPD-Linken gewählt zu werden, der vom 4. bis zum 7. Dezember in Berlin tagte. Zwar ist sie im Protokoll dort nicht als Rednerin verzeichnet, doch dürfte sie nicht nur Berliner Delegierten aufgefallen sein: Jedenfalls gelang ihr Anfang 1921 mit der Wahl in die Leitung der Berliner Bezirksorganisation der ersehnte politische Durchbruch. Von nun an war sie bezahlte Mitarbeiterin der Partei.[113] In den ersten, von ihr unterzeichneten Dokumenten rief sie zu einer Anlehnung der Partei mit Sowjetrussland auf; ein solches Bündnis sei die Garantie für die Eroberung der Macht in Deutschland.[114]

Auch Maslow erlebte eine Beförderung. Als Vertreter der Russischen Sektion der KPD und seit Oktober 1921 als Vertreter der Berliner Bezirksleitung nahm er an den Sitzungen des Zentralausschusses mit beratender Stimme teil.[115] Die Russische Sektion war im August 1919 gegründet worden, um kommunistische Arbeit unter den noch nicht repatriierten russischen Kriegsgefangenen zu leisten. Sie gab die Zeitung *Krasnyj nabat* (Rote Sturmglocke) heraus und führte zwei Konferenzen durch. Neben Maslow als Leiter waren Hugo Eberlein, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck und Walter Stoecker für die Sektion tätig, die bis zum Oktober 1921 existierte.[116]

S. 381) ist zu widersprechen, wenn sie Fischers und Maslows Einfluss auf Intellektuelle begrenzt. Vielmehr sprachen sie auch junge, radikalisierte und entwurzelte Proletarier an.

112 Dies teilte Ruth Fischer ihrem Briefpartner Heinrich (Henry) Hellmann (London) am 5. März 1946 mit. Der Brief befindet sich in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1429, Bl. 4.

113 Vgl. Fischer, Autobiographical Notes, S. 452.

114 Vgl. Resolutionen des Berliner Aktionsausschusses, in: RF vom 15. Februar 1921.

115 Die Angaben nach dem handschriftlichen (russischen) Lebenslauf in Maslows Personalakte, in: RGASPI, Fonds 495, Bestand 205, Personalakte Nr. 8651 (Maslow, Arkadij), sowie nach Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 485, und nach Annelie Schalm (unter Mitarbeit von Michael Buckmiller), Ruth Fischer – eine Frau im Umbruch des internationalen Kommunismus 1920–1927, in: Michael Buckmiller/Klaus Meschkat (Hg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, S. 131f.

116 Vgl. Margot Pikarski/Kerstin Rosenbusch, Dokumente der Russischen Sektion bei der KPD, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 30 (1988), Nr. 6, S. 774f. Die Russische Sektion zählte bis zu viertausend Mitglieder. Vgl. Johannes Zelt, Kriegsgefangen

Als Vorsitzende des Aktionsausschusses der Berliner Bezirksparteiorganisation warf Ruth Fischer im Februar 1921 der Parteizentrale vor, bei der Entscheidungsfindung gerade die Berliner Genossen zu übergehen.[117] Während der Märzaktion drängten Fischer und Maslow die Berliner Organisation zum Beschluss, die Kommunisten müssten auf eigene Faust streiken, gerade dann, wenn die Mehrheit der Betriebsarbeiter es ablehnen sollte, die Generalstreikparole der VKPD zu befolgen. Noch im letzten Moment, als der Fehlschlag der Märzaktion offenkundig war, wiederholte ein Rundschreiben der Berliner Organisation am 29. März diese Losung: „Unter keinen Umständen darf ein Kommunist, auch wenn er [in der] Minderheit ist, zur Arbeit schreiten."[118]

Zu den Berliner Genossen, die sich Fischer und Maslow besonders eng anschlossen, gehörten Ottomar Geschke, Anton Grylewicz, Max Hesse, Arthur König und Paul Schlecht.[119] Unterstützung erhielten sie noch von Ernst Reuter, den damals alle unter dem Namen Friesland kannten. Nach der Märzaktion zerbrach jedoch dieses Bündnis, da Reuter sich von der Ultralinken ab- und schließlich der SPD zuwandte. Ruth Fischer wies alle Vorwürfe der nunmehr geschlagenen „Leviten" zurück, wonach die Märzaktion ein beispielloser politischer Fehler gewesen sei. Arkadij Maslow schrieb: „Stellt man die Frage, was eigentlich an der Märzaktion neuartig war, so muss man antworten: gerade das, was, unsere Gegner tadeln, dass nämlich die Partei in den Kampf ging, ohne sich darum zu kümmern, wer ihr folgen würde."[120]

Die Parteizentrale verteidigte auf ihrer Sitzung am 7. und 8. April nach Wortmeldungen von Ruth Fischer, die als Gast teilnahm, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele und Hugo Urbahns die Märzaktion.[121] Diese gehöre

in Deutschland. Neue Forschungsergebnisse zur Geschichte der Russischen Sektion bei der KPD, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 15 (1967), Nr. 4, S. 623f.

117 Die Berliner Funktionärsversammlung der VKPD zur politischen Lage, in: RF vom 10. Februar 1921. Vgl. auch die Ausgabe vom 15. Februar 1921.

118 Zit. nach Brandt/Löwenthal, Ernst Reuter, S. 158.

119 Vgl. Montagnon, Ruth Fischer, S. 54. Der dort ebenfalls genannte Bruno Mahlow trat bis 1922 nicht öffentlich als KPD-Mitglied auf, um seine Funktion innerhalb der Banknotendruckerei-Gewerkschaft nicht zu gefährden. Vgl. Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 479f.

120 A. Maslow, Probleme des dritten Weltkongresses, in: Die Internationale, 3 (1921), S. 250.

121 Vgl. Arnold Reisberg, An den Quellen der Einheitsfront. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921 bis 1922, Bd. 1, Berlin [DDR] 1971, S. 125. Das Werk ist für jede Beschäftigung mit der Frühgeschichte der KPD unverzichtbar. Neben den Vorzügen einer überaus reichhaltigen Darstellung besteht ein wesentlicher Mangel darin, dass sich Reisberg inhaltlich zwar teilweise implizit von Positionen Paul Levis aus mit der ultralinken KPD-Politik auseinandersetzt, ohne aber Levi (der SED-Parteiräson

keineswegs in das Arsenal putschistischer Abenteuer wie die österreichische „Bettelheimerei“, bekräftigte Ruth Fischer in der *Internationale*, dem theoretischen Organ der VKPD, das ihr im Mai 1921 zum ersten Mal seine Spalten öffnete. „Eine kommunistische Partei, die nicht kämpft, muss ein Sumpf werden und war schon ein Sumpf geworden.“[122] Mit solch radikaler Diktion fand sie auch die Unterstützung der Berliner Landesorganisation. Eine Versammlung Berliner Parteifunktionäre sprach am 10. April ein weiteres positives Urteil über den Aufstandsversuch; der noch anwesende Levi wurde glatt überstimmt.[123]

Die Auseinandersetzungen, die noch mehrere Wochen anhielten, drohten die Partei zu zerreißen. Der nunmehrigen Opposition, den „Leviten“, gelang es weder, die Einberufung eines Sonderparteitages im Vorfeld des 3. Weltkongresses der Komintern durchzusetzen noch den Ausschluss Levis wegen dessen öffentlicher Kritik am Kurs der KPD zu verhindern.[124] Ihre Hoffnung, dass Lenin und Trotzki, die die Offensivtheorie abgelehnt hatten, sich auf ihre Seite stellen würden, blieb gleichfalls unerfüllt.[125] Zwar beorderte Lenin Béla Kun nach Moskau zurück und rügte ihn privat scharf.[126] Eine personelle oder gar strukturelle Veränderung des EKKI stand jedoch ebenso außerhalb jeder öffentlichen Diskussion wie eine Selbstkritik seiner Politik. Die VKPD-Zentrale delegierte, wie auch der DDR-

---

wegen) Recht zu geben. Gleiches gilt für die Arbeit der sowjetischen Historikerin Maria Orlowa. Vgl. M. I. Orlova, Revoljucionnyi krizis 1923 g. v Germanii i politika Kommunističeskoj Partii, Moskau 1973, S. 206f., worin Heinrich Brandler zwar als „rechtsopportunistisch“ charakterisiert wird, der den Charakter der Weimarer Republik als kapitalistischen Klassenstaat nur unzureichend begriffen habe, doch für die Partei weniger „schädlich“ gewesen sei als Ruth Fischers ultralinke Politik. Die gleiche Autorin spricht in einer historiographischen Übersicht zur KPD-Geschichte fast durchgängig von der „Clique Fischer-Maslow“, beurteilt die „opportunistischen Ansichten“ Brandlers und Thalheimers dagegen vergleichsweise milde. Vgl. M. I. Orlova, Uroki nemeckogo Oktjabrja. Očerk razvitija nemetskoj marksistskoj istoriografija revoljucionnogo krizisa 1923 goda v Germanii, Moskau 1965, S. 96, 134 und *passim*.

122 Ruth Fischer, War die Märzaktion der VKPD eine „Bettelheimerei“?, in: Die Internationale, 4 (1921), Nr. 5, S. 170.

123 Vgl. RF vom 25. April 1921, besonders den Bericht von Wilhelm Pieck.

124 Vgl. Koch-Baumgarten, Aufstand, S. 354–356, 363.

125 Klaus Kinner, Der deutsche Kommunismus, S. 39, weist mit Recht darauf hin, dass „Tendenzen des Putschismus“ Lenins Neuer Ökonomischer Politik nur schaden konnten.

126 Einzelheiten bei Harman, Lost Revolution, S. 211–213, und bei Pierre Broué, Histoire de l’Internationale communiste 1919–1943, Paris 1997, S. 230f. Kun und die anderen Emissäre wurden intern als „Komintern-Tscheka“ bezeichnet. Vgl. Fayet, Paul Levi and the Turning Point of 1921, S. 119.

Historiker Arnold Reisberg einräumte, nur ihre eigenen Anhänger, jedoch keinen einzigen Fürsprecher der Opposition zum Kongress.[127]

Auf dem Kongress sprach am 10. Juli 1921 statt des angekündigten Béla Kun dann Wilhelm Koenen zur deutschen Lage.[128] Radeks Diskussionspapier wurde von Lenin „entschärft."[129] Dieser hatte zuvor die übertriebenen Revolutionserwartungen gedämpft und festgestellt, es sei „ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte" in der internationalen Politik eingetreten, „ein Gleichgewicht zwischen der bürgerlichen Gesellschaft, der internationalen Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit einerseits und Sowjetrussland andererseits."[130]

Auf dem Kongress selbst aber blieb Lenin in Widersprüchen befangen: Einerseits nannte er die Märzaktion „einen großen Schritt vorwärts" und lobte, dass „Hunderttausende gegen die niederträchtige Provokation der Sozialverräter und gegen die Bourgeoisie kämpfen", lehnte aber andererseits die Bezeichnung der Aktion als Offensive ab, da die Partei „keine wirkliche Offensive vorbereitet hatte."[131] Daraufhin rückte auch Radek von der bloßen Rechtfertigung der Märzaktion ab. „Die Parteiorganisationen als Ganzes erwiesen sich als ein Apparat, der sich noch nicht auf den Kampf einstellen kann", musste er zugeben, ohne aber die Frage zu stellen, ob die Arbeiterklasse überhaupt bereit gewesen wäre, auch einer kampfbereiten und entsprechend organisierten VKPD zu folgen. Radek fand lobende Worte für den Offenen Brief und sprach von „Vorbereitungsaufgaben", die Kommunisten erheben müssten, wollten sie auf dem Weg zur Macht die Mehrheit der Arbeiterklasse für sich gewinnen.[132] Grigorij Sinowjew, der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Komintern, des EKKI, gab zu, in Moskau seien die Erwartungen allzu hoch gewesen, als die ersten Nachrichten aus Deutschland eintrafen: „Endlich ist der Stein ins Rollen gekommen, endlich hat eine Bewegung in Deutschland angefangen, endlich frische Luft!" Die Komintern habe den Ar-

---

127 Vgl. Reisberg, Einheitsfront, Bd. 2, S. 722 (fortlaufende Paginierung).

128 Koenens Referat ist unter der Rubrik „Organisationsfragen" abgedruckt im Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921, Hamburg 1921, S. 956–990, zur Mitteilung, dass er Kun ersetzte, vgl. Reisberg, Einheitsfront, Bd. 2, S. 958.

129 Vgl. ebd., S. 936f.; Curt Geyer, Das Ergebnis von Moskau, in: RF vom 2. August 1921 (Beilage).

130 W. I. Lenin, Referat über die Taktik der KPR, in: Werke, Bd. 32, S. 501.

131 Ders., Rede zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale, ebd., S. 496.

132 Vgl. Protokoll des III. Kongresses, S. 434–484 (Referat Radeks), Zitate S. 459, 471f., Auszüge in: Karl Radek, Die internationale Lage und die Aufgaben des Kongresses der Kommunistischen Internationale, in: RF vom 11. Juni 1921. Vgl. Ders., Der 3. Weltkongress über die Märzaktion und die weitere Taktik, ebd. vom 14./15. Juli 1921 (Beilage).

beitern „nicht in den Rücken" fallen dürfen, obgleich der Aufstand ein Fehler gewesen sei.[133]

Ein Kompromiss, der den Charakter eines Stillhalteabkommens trug, suchte die divergierenden Parteiflügel zu besänftigen. Die Kritiker der Märzaktion zogen Levis Wort vom „bakunistischen Putsch" zurück und versprachen, nicht mehr als innerparteiliche Fraktion aufzutreten. Jedoch stellte sich Lenin hinter Clara Zetkin, deren Sympathie für Levi bekannt war. Ein „Quasi-Friedensvertrag" sollte jedenfalls die Kritiker der Märzaktion, soweit sie nicht weiterhin mit Levi zusammen gingen, in der Partei und ihren Gremien belassen.[134]

Die VKPD hatte einen Schritt hin zur straff organisierten kommunistischen Kaderpartei getan. Hierher gehört auch die Tatsache, dass die Diskussionen um die KAPD zugunsten der VKPD-Zentrale ausgingen, denn der KAPD wurde ultimativ die Forderung nach Anschluss an die VKPD gestellt. Den Status einer sympathisierenden Partei, den sie noch innehatte, sollte es fortan nicht mehr geben.[135] Dies leitete den weitgehenden Auflösungsprozess der KAPD ein, die Levi stets bekämpft hatte. Es war, ebenso wie die Losung „Heran an die Massen!" ein zu später Sieg Levis. Er blieb ein Ausgeschlossener und kehrte mitsamt seiner kurzlebigen Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft 1922 in die SPD zurück, wo er fortan zum Sprecher der Parteilinken wurde.[136]

In einem Brief an den nachfolgenden VKPD-Parteitag, der im August 1921 im Jenaer Volkshaus zusammentrat,[137] räumte Lenin ein, dass Paul Levi mit seiner

---

133 Protokoll des III. Kongresses, S. 183f. – Eine detaillierte Biographie Sinowjews fehlt noch immer. Vgl. den autobiographischen Abriss in: Haupt/Marie (Hg.), Makers of the Russian Revolution, S. 95–106. Vgl. weiterhin N. A. Wasetzkis Aufsatz über ihn in: „Unpersonen": Wer waren sie wirklich?, Berlin 1990, S. 138–179 (der entsprechende Abschnitt ist die gekürzte deutsche Fassung einer 1989 in Moskau publizierten Broschüre Wasetzkis zu Sinowjew).

134 Vgl. Protokoll des III. Kongresses, S. 947–950 (Diskussionsbeiträge von Sinowjew, Malzahn und Thalheimer); RF vom 4. August 1921. Vgl. auch Udo Winkel, Paul Levi and his Significance for the Communist Movement in Germany, in: Revolutionary History, 5 (1994), Nr. 2, S. 42–60, bes. S. 57, und Cyr, Rebelle devant les extrêmes, S. 161f.

135 Vgl. Protokoll des III. Kongresses, S. 945f.

136 Vgl. Cyr, Rebelle devant les extrêmes, S. 177ff. Zur Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft Dieter Fritz, Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) im Vergleich mit der KPO und SAP. Eine Studie zur politischen Ideologie des deutschen „Rechts"-Kommunismus in der Zeit der Weimarer Republik, Diss., Bonn 1966.

137 Es war der Zählung nach der 7. KPD-Parteitag bzw. der 2. nach der Vereinigung mit der USPD. Der 4. Parteitag hatte im April, der 5. im November, der 6., der Vereinigungsparteitag, im Dezember 1920, jeweils in Berlin, stattgefunden. Paul Levi, der noch Parteimitglied war, nahm am Eröffnungstag teil. Vgl. Cyr, Paul Levis Kampf um die KPD, S. 129.

Kritik an der Märzaktion „in vielem *dem Wesen der Sache nach Recht hat*", schwächte dieses Urteil aber sofort ab: Damit sei nicht Levis Bezeichnung der Aktion als Putsch gemeint, auch habe dieser Disziplinbruch begangen.[138] Die Märzaktion hatte, dies war offenkundig, zu einer „numerischen Schwächung der Partei" geführt.[139] Im Vorfeld des Jenaer Parteitages suchte eine Konferenz der Berliner Parteiorganisation jedoch soviel wie möglich von der „Offensivtheorie", die zum Debakel des März geführt hatte, zu retten. Ruth Fischer bezeichnete die Beschlüsse des 3. Komintern-Kongresses als ein „Unglück" für die VKPD. Maslow forderte von allen Kritikern der Märzaktion eine formelle Reueerklärung und erwartete vom kommenden Parteitag die Säuberung der Zentrale von allen schwankenden Elementen. Der Bezirksparteitag lehnte die Entschließung der Zentrale, die im Sinne des 3. Komintern-Kongresses gehalten war, somit ab.[140]

Ruth Fischer befand sich im Juli 1921 kurzzeitig in Untersuchungshaft. Ein Appell, Hindenburg und Ludendorff das Handwerk zu legen, sah die Polizei als Aufruf, die Gallionsfiguren des deutschen Militarismus zu ermorden.[141] Zum anstehenden KPD-Parteitag nach Jena (die Partei kehrte dort zum alten Namen zurück) zog sie es vor, unter dem Decknamen „Wagner" zu reisen.[142] Die preußische Polizei hatte sie nach kurzzeitiger Verhaftung am 15. August als unerwünsch-

138 W. I. Lenin, Brief an die deutschen Kommunisten, in: Werke, Bd. 32, S. 540. Hervorhebung im Original. *En passant* schrieb Lenin: „Die Unvernunft (milde gesagt) des Verhaltens dieses Maslow hat sich auch hier in Moskau gezeigt." Ebd., S. 544.

139 Bericht über die Verhandlungen des 2. (7.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921, Berlin 1922, S. 19. Vgl. weiterhin Die Tätigkeit der Exekutive und des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 13. Juli 1921 bis 1. Februar 1922, Petrograd/Moskau 1922, S. 108–119, sowie Fowkes, Communism in Germany, S. 74–79, und Kinner, Der deutsche Kommunismus, S. 42–50, der diese Periode als ein Schwanken „zwischen Fundamentalismus und Realpolitik" bezeichnet (ebd., S. 42).

140 Bezirksparteitag Berlin, in: RF vom 8. August 1921.

141 Vgl. die entsprechende Mitteilung in den Akten des Reichskommissars für öffentliche Ordnung, in: Bundesarchiv Berlin, Abteilung Deutsches Reich bis 1945, BA-R 1507, St12 1113, Bl. 30, sowie die Aktennotiz in den Akten der Abteilung I A des Polizeipräsidiums Berlins vom 11. Oktober 1921, Kopie in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/711/50, Bl. 3: Juristische Zentralstelle, Kopien der Akten der Abteilung I A des Polizeipräsidiums Berlin, Akte Friedländer (Ruth Fischer). Vgl. weiterhin Asked Hindenburg's Death. Ruth Fischer is Arrested in Berlin and will be Deported to Austria, in: The New York Times vom 15. Juli 1921.

142 Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/711/50, Bl. 54: Juristische Zentralstelle der KPD, Bericht des Berliner Polizeipräsidenten vom 2. März 1922, sowie ebd., Bl. 112: Mitteilung des Polizeipräsidenten an das preußische Innenministerium vom 23. Dezember 1921.

te Ausländerin aus Preußen ausgewiesen.[143] Die österreichische Staatsbürgerin musste nun befürchten, aus dem gesamten Reichsgebiet verwiesen zu werden.[144] Dies hielt Ruth Fischer nicht davon ab, auf dem Parteitag ihre Politik lautstark zu propagieren. „Sie schrie aus Leibeskräften“, erinnerte sich der damals als Komintern-Beobachter in Jena anwesende Niederländer Dirk Struik an Ruth Fischer.[145] Karl Retzlaw, der zu den besonnenen Köpfen in der KPD gehörte, bescheinigte Ruth Fischer in Jena eine „erstaunliche Rednergabe“.[146]

In Jena konnten die Ultralinken, vor allem Berliner und Hamburger Delegierte, eine Ablehnung des moderateren Resolutionsentwurfes der Zentrale durchsetzen, dem sie ihre eigene Resolution entgegenstellten. Zu deren Verfassern gehörten Fischer und Maslow. Es sei die Pflicht der Partei, hieß es darin, „selbständig große Teile der Arbeitermassen in den Kampf hineinzuführen.“ Die Partei sei „in der Periode der Weltrevolution ihrem Wesen nach die Partei des Angriffs, des Ansturms auf die kapitalistische Gesellschaft“, sie dürfe sich nicht auf einen Abwehrkampf beschränken, sondern müsse vielmehr zum Angriff übergehen und alles tun, „um die Arbeitermassen zu diesem Angriff direkt zu führen, wo nur die Bedingungen zu diesem Angriff vorhanden sind.“ Diese Resolution wurde von weiteren vierzig Delegierten gebilligt und erhielt damit eine Mehrheit.[147]

Ruth Fischer trat als konsequente Gegnerin der Einheitsfront-Politik hervor. Sie bezeichnete die Idee, dass sozialdemokratische „Gewerkschaften und Parteien als Ganzes vor dem Beginn eines Kampfes gewonnen werden können“, als „Illusion.“[148] Unmittelbar nach dem Parteitag betonte sie: „Breite ‚Massen gewinnen‘,

---

143 Vgl. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, Ministerium des Innern, Personalnachrichten des Reichskommissars für öffentliche Ordnung, 1. Hauptabteilung (im Folgenden: GStA, MdI, 1. HA), Personalnachrichten (PN) 1921–1924, Rep. 77, Tit. 1809, PN Nr. 2 vom 11. November 1921. Auf diese Quelle machte mich Ralf Hoffrogge aufmerksam. Vgl. auch SAPMO-BArch, RY 1/I 2/7177/50, Bl. 54: Bericht (in Kopie) des Berliner Polizeipräsidenten vom 2. März 1922, mit der Schilderung der Angelegenheit.

144 Vgl. die entsprechende Mitteilung in den Akten des Reichskommissars für öffentliche Ordnung, in: Bundesarchiv Berlin, Abteilung Deutsches Reich bis 1945, BA-R 1507, St12 1113, Bl. 30. Vgl. auch eine entsprechende Aktennotiz in den Akten der Abteilung I A des Polizeipräsidiums Berlins vom 11. Oktober 1921, Kopie in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/711/50, Bl. 3: Juristische Zentralstelle.

145 Dirk Struik am 18. Dezember 1999 in Belmont (Massachusetts) zum Verfasser. Zur Atmosphäre des Parteitages vgl. die Lebenserinnerungen des mit Struik reisenden tschechischen Komintern-Beauftragten Arnošt Kolman, Die verirrte Generation. So hätten wir nicht leben sollen, Frankfurt 1982, S. 108f.

146 Retzlaw, Spartacus, S. 185.

147 Bericht […] des 2. (7.) Parteitages, S. 227.

148 Ebd., S. 264.

‚Kredit gewinnen', das darf nie so weit gehen, um auch nur für einen Augenblick Grundsätzliches zu verwischen. Sonst verlieren wir auf der einen Seite das, was wir auf der anderen Seite *etwa* gewinnen würden."[149] Gehörte Ruth Fischer, um noch einmal Thomas Krolls Kategorien zu nennen, zum autonomen oder zum heteronomen Intellektuellentypus?[150] Rednerisch sehr begabt, temperamentvoll auftretend – und das als Frau, was damals ungewöhnlich war – erschien sie als äußerst willensstarke Person in der Öffentlichkeit. Dieser Eindruck trog auch nicht, und doch darf gefragt werden, inwieweit sich diese Energie aus eigener Quelle speiste, die auch langfristig nicht versiegen würde, inwieweit sie abhängig war vom säkularen Glauben an die Revolution, die einfach demnächst kommen „musste."

Ihren Genossen, die auf eine längerfristige Revolutionsstrategie setzten, mussten Fischer und Maslow als politische Abenteurer erscheinen. „Die von Euch ebenso wie von uns gewünschte klare Linie gegen Maslow und seine Gruppe ist auf dem Parteitag nicht gezogen worden", schrieb Wilhelm Koenen an das EKKI. Die Gruppe hätte zunächst für einen scharfen ultralinken Kurs plädiert, sich dann aber geschickt soweit zurückgezogen, so dass sie allmählich mit ihrem Auftreten gewisse Punkte sammeln konnte.[151]

Am 27. November 1921 wurde Ruth Fischer, die sich noch immer illegal in Preußen aufhielt, zum Politischen Sekretär des (zusammengelegten) KPD-Bezirkes Berlin-Brandenburg gewählt.[152] Sie wurde dadurch auch Mitglied des Zentralausschusses, an dessen Sitzung am 16. und 17. November sie als Vertreterin des Berliner Bezirkes bereits teilnahm.[153] Ruth Fischer sei „die Begabteste von allen" jüngeren Parteipolitikern gewesen, schrieb Rosa Meyer-Leviné, die nicht zu ihren politischen Freunden zählte.[154] Doch sei sie, wie auch Maslow, „sehr von sich selber eingenommen", zudem auch rechthaberisch, urteilte Curt Geyer.[155] In

149 Ruth Fischer, Die Rettung der deutschen Nation, in: RF vom 11. Februar 1921. Hervorhebung im Text.

150 Vgl. Thomas Kroll, Kommunistische Intellektuelle in Westeuropa. Frankreich, Österreich, Italien und Großbritannien im Vergleich (1945–1956), Köln u. a 2007, S. 19f.

151 SAPMO-BArch, NY 4036/666, Bl. 13: Bestand Wilhelm Pieck, Bericht von Wilhelm Koenen über den VII. Parteitag an die Exekutive der Komintern, 30. August 1921.

152 Zu ihren Mitarbeiterinnen gehörte mit Lily Korpus die spätere Frau des Schriftstellers und DDR-Kulturpolitikers Johannes R. Becher. Vgl. Jens-Fietje Dwars, Johannes R. Becher, Triumph und Verfall. Eine Biographie, Berlin 2003, S. 153.

153 Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/1/10a, Bl. 452ff. (Sitzung des Zentralausschusses vom 16. und 17. November 1921); Reisberg, Einheitsfront, Bd. 1, S. 265; Schalm, Ruth Fischer, S. 132.

154 Meyer-Leviné, Im inneren Kreis, S. 21.

155 Curt Geyer, Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. Erinnerungen, Stuttgart 1976, S. 233.

den Sitzungen der Parteigremien beharrte sie darauf, dass eine Arbeiterregierung nur „aufgrund eines Bürgerkrieges, von bewaffneten Auseinandersetzungen" zustande kommen könne, „weil diese Parole in der heutigen Situation gewissermaßen nur eine Verkleidung des Wortes ‚Diktatur' darstellt." Sie wiederholte: „Weil wir heute nicht sagen können Räterepublik und auch nicht sagen können politische Räte, müssen wir die kommunistisch-politischen Forderungen verkleiden in der Form der Arbeiterregierung […]."[156]

Im Dezember 1921 wurde Ruth Fischer erneut verhaftet.[157] Um der Polizei künftig weniger Angriffsfläche zu bieten, suchte sie die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen. Am 16. Februar 1922 ließ sie sich von ihrem Ehemann Paul Friedländer scheiden. Am 25. März wurde der preußische Ausweisungsbefehl aufgehoben.[158] Ein Grund zur Ausweisung fehle.[159] Die deutsche Justiz war eine Klassenjustiz, doch die Weimarer Republik war ein Rechtsstaat. Dies kam auch ihren Gegnern zugute. Die Justiz griff auch nicht ein, als ein Polizeibericht vermeldete, die aus Preußen ausgewiesene Ruth Fischer sei auf einer KPD-Versammlung als Rednerin aufgetreten.[160]

Ruth Fischers Scheidung, die in Wien vollzogen werden musste, verlief nicht konfliktfrei.[161] Zwar war Paul Friedländer schon einige Jahre von seiner Noch-Ehefrau getrennt, doch kurz vor dem Scheidungstermin rief er im Hotel, in dem Fischer und Maslow wohnten, an. „Ich habe meinen Revolver neben mir liegen. Wenn du mit der Scheidung Ernst machst, bringe ich mich um", drohte er. Darauf nahm Maslow den Telefonhörer und sagte: „Du kannst dich ruhig umbringen, aber lass uns vorher zusammen essen gehen." Sie trafen sich und, so erinnerte sich Ruth Fischers Sohn, schließlich fand sich Paul Friedländer mit der Situation ab. 1925 ging er eine zweite Ehe ein.[162] Er zog nach Berlin, und dort besorgte ihm seine frühere Frau eine Stelle als Redakteur der *Internationalen Pressekorrespondenz* der Komintern, der *Inprekorr*. Seit 1929 war er Redakteur an Münzenbergs

156 Zit. nach Reisberg, Einheitsfront, Bd. 1, S. 265f.

157 Vgl. BA-R 1507, St12 1113, Bl. 46: Reichskommissar zur Überwachung der öffentlichen Ordnung, sowie: Verhaftung der Kommunistin Ruth Fischer in Berlin, in: Neues Wiener Tagblatt vom 22. Dezember 1921, mit Verweis auf ihre österreichische Staatsbürgerschaft.

158 Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/711/50, Bl. 51: Aufhebung des Ausweisungsverfahrens, Dokument vom 25. März 1922.

159 Vgl. ebd., Bl. 52: Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten vom 8. Mai 1922.

160 Vgl. ebd., Bl. 94: Polizeibericht vom 29. Oktober 1921.

161 Über das Scheidungsprocedere berichtete nicht ohne boshafte Untertöne die Wiener *Neue Freie Presse* am 17. März 1922.

162 Vgl. Montagnon, Ruth Fischer, S. 40.

Zeitung *Welt am Abend*.[163] – Bereits am 27. Oktober 1922 heiratete Ruth Fischer in einer Scheinehe Gustav Golke, den Bruder des Hauptkassierers der Partei. Dadurch wurde sie deutsche Staatsbürgerin, verlor aber ihre österreichische Staatsbürgerschaft.[164] Dies nahm sie in Kauf, bot ihr doch die deutsche Staatsbürgerschaft eine größere persönliche Sicherheit im politischen Auftreten.

Zunächst musste sie innerparteilich einen Pflock zurückstecken. Ernst Meyer und Karl Radek setzten sich mit ihrer Forderung nach einer Politik der Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten durch: Sie verlangten, die Partei solle eine Regierung auf Reichs- oder Landesebene unterstützen, die sich für die Umsetzung sozialistischer Forderungen einsetzt. Die KPD forderte die SPD und die Gewerkschaften auf, für die Erfassung der Goldwerte zu kämpfen, die sich bislang unkontrolliert in den Händen von Finanzspekulanten wie Hugo Stinnes befanden. Vor dem EKKI begründete August Thalheimer die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit dem Anwachsen der politischen Reaktion, der sich auch im Mord an dem als „Erfüllungspolitiker“ geschmähten Matthias Erzberger gezeigt habe. Die machtvollen Protestaktionen aller Flügel der Arbeiterbewegung gegen die Mordtat hätten sogar die Deutsche Volkspartei, die „Partei der Schwerindustrie“ zur Versicherung bewogen, „auf dem Boden der Republik“ zu stehen. Solche Zugeständnisse seien den Herrschenden aber nur durch eine einige Linke abzuringen.[165] Der Kurs der Partei brachte sie näher an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, den ADGB, heran, der kurz zuvor fast Gleiches gefordert hatte.[166]

163 RGASPI, Fonds 495, Bestand 205, Personalakte Nr. 6053 (Friedländer, Paul): Biographische Notiz nach einer Anfrage vom Juli 1943 (russisch). Vgl. auch das Interview von Gerard Friedlander mit Sabine Hering und Kurt Schilde am 28. Juli 1994 in Cambridge (England), in: Hering/Schilde, Kampfname Ruth Fischer, S. 78. Dort auch die Zitate Arkadij Maslows und Paul Friedländers.

164 Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/711/50, Bl. 28 und 89: Juristische Zentralstelle der KPD, Kopien der Akten der Abteilung I A des Polizeipräsidiums Berlin, Eheschließungsurkunde vom 4. November 1922. Die Scheinehe mit Golke wurde 1928 offiziell geschieden. Vgl. eine entsprechende Mitteilung vom 16. Mai 1928, in: RGASPI, Fonds 495, Bestand 292, Akte 41/I, Bl. 56.

165 August Thalheimer in: Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals. Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, vom 24. Februar bis 4. März 1922, Hamburg 1922, S. 4. Der Zentrumspolitiker Erzberger hatte am 11. November 1918 für die deutsche Seite in Compiègne das Abkommen über den Waffenstillstand unterzeichnet. Am 21. August 1921 wurde er von zwei Freikorps-Angehörigen ermordet.

166 Vgl. Reisberg, Einheitsfront, Bd. 1, S. 266–277, und Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 531f.

Doch konnten Fischer und Maslow solchen Ideen nichts abgewinnen. Ruth Fischer lehnte auf einem weiteren Berliner Bezirksparteitag jede Verhandlung der „Spitzeninstanzen“ über eine Arbeiterregierung und überhaupt eine „parlamentarische Regierungsbildung“ ab. Maslow leugnete die Möglichkeit, dass die Arbeiter die Verstaatlichung privatkapitalistischer Unternehmen ohne die sofortige Errichtung der Diktatur des Proletariats auch nur ansatzweise in Angriff nehmen könnten.[167]

Mit ihrer Berliner Hausmacht im Rücken konnte Ruth Fischer ihrer harschen Kritik an der ihrer Meinung nach lendenlahmen Politik der KPD-Führung immer neuen Ausdruck verleihen. Der Jenaer Parteitag habe „durch die halbe Entscheidung des Weltkongresses, die mit dem Willen der Kommunisten in ihrer Masse nicht ganz übereinstimmte, nicht die Kraft gefunden, neben dem notwendigen Kampf gegen die Levi-Gruppe auch ein wirkliches, positives Programm für die Bewegungen der Zukunft aufzustellen“, schrieb sie am 20. Mai 1922 in der *Roten Fahne*.[168]

Die Verschmelzung von SPD und USPD schaffe klare Fronten und eröffne der kommunistischen Partei ein besonders günstiges Kampffeld, das nicht durch Illusionen über die Möglichkeiten einer Einheitsfront preisgegeben werden dürfe, schrieb Ruth Fischer im August 1922.[169] Kurz darauf wandte sie sich gegen die „Verewigung“ der „Taktik der „Einheitsfront'“ zum „Programm“, weil dies zur „Aufgabe der revolutionären Ziele und [zum] Hineinwachsen in den Reformismus“ führe. Erneut kritisierte sie, dass der 3. Komintern-Kongress durch „Kompromissresolutionen den politischen Klärungsprozess in den Mitgliedschaften wesentlich gehemmt“ und somit einen „wesentlichen Schaden“ angerichtet habe.[170] Die Taktik der Einheitsfront war Lenins Idee: Im Dezember 1921 hatte er sie in der sowjetischen Parteispitze und danach in der Komintern durchgesetzt.[171] Ruth Fischer gehörte zu denen, die eine Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten

167 Bericht vom Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg, in: RF vom 4. Dezember 1921. Fischer wird dort „Genossin Müller“, Maslow als „A. Mayer“ genannt.

168 Ruth Fischer, Vor dem Bezirksparteitag am 27. und 28. Mai, in: RF vom 20. Mai 1922.

169 Ruth Fischer, Zur Taktik der Einheitsfront, in: Die Internationale, 5 (1922), Nr. 3, S. 57.

170 Ruth Kämpfer [Fischer], Zur Krise der Partei, in: Die Internationale, 5 (1922), Nr. 8, S. 178, 179f.

171 Vgl. für Einzelheiten F. I. Firsov, K voprosu u taktike edinnogo fronta 1921–1924 gg., in: Voprosy istorii KPSS, 31 (1987), Nr. 10, S. 113–127, bes. S. 114f. Vgl. auch Ders., Komintern – opyt, tradicii, uroki. Nerežennye zadači issledovanija, in: Komintern – opyt, tradicii, uroki. Materaly naučnoj konferencii posvjaščennoj 70-letiju Kommunističeskogo Internacionala, Moskau 1989, S. 15–28, bes. S. 15f., wo der Autor Lenins Intervention grundsätzlich positiv sieht, die Unterordnung der Komintern unter Moskauer Interessen aber bereits problematisiert.

ablehnten. Es bedürfe, schrieb sie im Mai 1922, keiner „Konferenzen zwischen den Führern“ und keines Weltkongresses „an sich“ und schon gar keines Arbeiterkongresses, den die KPD und hier namentlich Ernst Meyer im Frühjahr 1922 als Chance der Verständigung „von unten“ angeregt hatte.[172]

Ruth Fischers Erwähnung der Idee eines Arbeiterkongresses deutet es an: Im Jahre 1922 fanden in der KPD-Spitze politisch folgenreiche Veränderungen statt. Unter Führung Ernst Meyers suchte die Partei die Losung der Einheitsfront ernster als bisher zu nehmen.[173] Ausdruck dieser neuen Politik war der KPD-Aufruf vom 16. Juni 1922 an die SPD, die (noch recht starke) USPD und die Gewerkschaften, gemeinsam den Abwehrkampf gegen die Konterrevolution zu organisieren.[174] Wie dringend nötig ein solcher Aufruf war, zeigte die Ermordung von Reichsaußenminister Walther Rathenau durch faschistische Freikorps-Angehörige nur acht Tage später. An den massenhaften Protestaktionen gegen die Mordtat beteiligte sich auch die KPD.[175] Sie hatte die von Rathenau initiierte Politik der Annäherung zwischen Deutschland und Sowjetrussland unterstützt, die im April 1922 zum Vertrag von Rapallo geführt hatte, der die Beziehungen zwischen beiden Staaten regelte. Dies hatte die KPD damit begründet, dass die Interessen der deutschen Arbeiterklasse untrennbar mit denen Sowjetrusslands verbunden seien. Die Zustimmung zum Rapallo-Vertrag war jedoch parteiübergreifend; auch SPD und USPD stimmten nach anfänglicher Skepsis im Reichstag für seine Annahme.[176]

Am 27. Juni 1922, dem Tag der Beisetzung Rathenaus riefen die republiktreuen Parteien zu einem Gedenk- und Protestmarsch in Berlin und anderen Großstädten auf. Auch die KPD unterzeichnete den Aufruf.[177] KPD, SPD, USPD, der

---

172 Ruth Fischer, Die Demonstration der Einheitsfront, in: RF vom 6. Mai 1922, Beilage Taktik und Organisation Nr. 17. Zur Idee des Arbeiterkongresses vgl. Reisberg, Einheitsfront, Bd. 2, S. 454, und Wilde, Ernst Meyer, S. 255–257.

173 Vgl. ebd., S. 246f.

174 Der Aufruf ist abgedruckt in: Dokumente und Materialien, Bd. VII/2, S. 86–89.

175 „Der Leiter eines der größten kapitalistischen Unternehmens der Welt war getötet worden – kommunistische Arbeiter weinten an seinem Grabe und fluchten seinen Mördern“, schrieb der Zeitzeuge Friedrich Stampfer, Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik, 2. Aufl., Offenbach 1947, S. 286f.

176 Vgl. Fritz Klein, Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917–1932, Berlin [DDR] 1952, S. 112.

177 Vgl. den Aufruf der Zentrale der KPD, April 1922, in: Dokumente und Materialien, Bd. VII/2, S. 50–53 sowie August Thalheimer, Das deutsch-russische Abkommen, in: Internationale Pressekorrespondenz (Inprekorr) vom 20. April 1922, S. 395f. Teilabdruck in: Weber, Dokumente, S. 124–126 (Dokument Nr. 33). – Martin Sabrow schreibt deshalb sogar vom „Aufruf der republiktreuen Parteien vom Zentrum *bis zur KPD*.“ Martin

Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) und der Allgemeine freie Angestelltenbund (AfA-Bund) schlossen das sogenannte Berliner Abkommen. Darin wurde von Reichstag und Reichsregierung gefordert, ein Gesetz zum Schutz der Republik zu erlassen.[178] Als der Reichstag ein solches Gesetz verabschiedete, verweigerte die KPD jedoch ihre Zustimmung, da darin die Rechtskräfte nur unzureichend für die entstandene Lage verantwortlich gemacht würden.[179] Dennoch zeigte sich, dass früher ultralinks eingestellte KPD-Politiker wie Heinrich Brandler und August Thalheimer um ein realistischeres Politikverständnis bemüht waren.

Dies entsprach dem zeitweiligen Kurs der Komintern. Im April 1922 trafen Führer der Komintern, der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (IASP) in Berlin zusammen; es war das erste derartige Treffen. Das EKKI erklärte, man wolle sich über elementare Fragen wie den Kampf um den Achtstunden-Arbeitstag und gegen Arbeitslosigkeit, über die Einheitsfront gegen den Angriff des Kapitals und über Fragen zur russischen Entwicklung verständigen.[180] Auch wenn das Treffen ohne Ergebnis blieb – zum Stein des Anstoßes wurde der Prozess gegen die Sozialrevolutionäre in Moskau – standen Kommunisten zumindest eingeschränkt wieder als Dialogpartner zur Verfügung.[181]

Sabrow, Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution, Frankfurt 1999, S. 94. Hervorhebung von mir. Vgl. zur KPD in der Rathenau-Kampagne auch Lore Heer-Kleinert, Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/New York 1983, S. 181–186.

178 Das Dokument ist abgedruckt in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, S. 637–639 (Dokument Nr. 137).

179 Vgl. Kinner, Der deutsche Kommunismus, S. 47–50; Reisberg, Einheitsfrontpolitik, Bd. 2, S. 541–552. Die Zentrale hatte zuvor mit SPD-Parlamentariern verhandelt, wogegen sich nur Fischer und Maslow gewandt hatten. Vgl. Reisberg, Einheitsfront, Bd. 2, S. 506.

180 Vgl. den Bericht von Matvej Rakoši (Mátyas Rákosi), Kommunističeskij Internacional, in: Ežegodnik Kominterna. Spravočnaja kniga po istorii meždunarognogo rabočego političeskogo i professional'nogo dviženija. Statistike i ekonomike vsech stran mira na 1923 god, Petrograd/Moskau 1923, hierzu S. 24.

181 Die gewundene Kompromissformel erklärte „die Vereinheitlichung der Klassenorganisation des Proletariats [als] wünschenswert", doch könne es „im gegenwärtigen Moment sich nur um gemeinsame Beratungen zum Zweck gemeinsamer Aktionen mit konkreten Zielen aller an der Konferenz beteiligten Richtungen handeln […]." Protokoll der internationalen Konferenz der drei Internationalen Exekutivkomitees in Berlin vom 2. bis 5. April 1922, Berlin 1922, S. 47. Eine Gruppe teils prominenter Sozialrevolutionäre war in Moskau illegaler Aktivitäten gegen Sowjetrussland angeklagt und zum Tode verurteilt worden. Die Urteile wurden dann aber nicht vollstreckt, die Angeklagten stattdessen aus Sowjetrussland ausgewiesen. Vgl. zur Konferenz und zu deren Präliminarien Reisberg,

Dagegen standen einmal mehr Fischer und Maslow. Sie setzten auf einer Versammlung Berliner Funktionäre im Juli eine Resolution durch, wonach Verhandlungen mit Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialisten abzulehnen seien, da deren Organisationen sich von Anfang an des Verrats an den Interessen der Arbeiterklasse schuldig gemacht hätten.[182] Doch die Mehrheit der Parteiführung unterstützte die Politik, die zum Berliner Abkommen geführt hatte. Ernst Meyer erklärte auf einer Sitzung der Zentrale, dieses Abkommen mit den Spitzen der anderen Arbeiterorganisationen war notwendig, um ihnen „den Vorwand zu nehmen, dass wir es abgelehnt hätten, mit allen anderen Organisationen einen wirklichen Kampf zu führen."[183]

Ruth Fischer suchte über den sich in Moskau befindenden Karl Budich, den früheren Leiter des Roten Soldatenbundes, das EKKI gegen ihre eigene Parteiführung aufzubringen. Maslow beschwerte sich bei Radek über die „opportunistische Haltung" der Zentrale. Offenbar hatte er einen gewissen Erfolg: Namens des EKKI warf Samuel Guralski der KPD-Führung Passivität in den Verhandlungen und eine „ungenügende Zuspitzung der Lage" vor und behauptete, die Situation in Deutschland zeige, dass das Land für die Diktatur des Proletariats reif sei.[184]

Im Vorfeld des 4. Weltkongresses der Komintern befasste sich die KPD mit den Problemen des Kampfes beim Übergang von der bürgerlichen zur sozialistischen Ordnung. Maslow wollte die vom EKKI angeregte Frage der Bildung von Arbeiterregierungen, wenn er die Diskussion darüber schon nicht verhindern konnte, als rein taktisches Phänomen verstanden wissen.[185] Auch Ruth Fischer sah dies als bloße taktische „Forderung, angepasst an das breite Verständnis der Massen", die aber keineswegs programmatischer Natur sei.[186] Noch einmal wünschte Ruth Fischer, der 4. Weltkongress der Komintern werde die „Phantasien" der

---

Einheitsfront, Bd. 1, bes. S. 412–418, sowie aus sozialdemokratischer Sicht Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, 3. Aufl., Bonn 1978, S. 263–272. Den politischen Hintergrund zeigen Alexander Vatlin, Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure, Berlin 2009, S. 88–93, und Broué, Histoire de l'Internationale communiste, S. 249–252, z. T. anhand neuen Archivmaterials auf.

182 Vgl. Die Funktionärsversammlung Berlin-Brandenburg zur Lage, in: RF vom 9. Juli 1922.

183 Die Tagung des Zentralausschusses. Sitzungsbericht, ebd., 25. Juli 1922, Beilage.

184 Vgl. Reisberg, Einheitsfront, Bd. 2, S. 548f.

185 Vgl. A. Maslow, Parteitage, in: RF vom 2. September 1922, Beilage Taktik und Organisation Nr. 30.

186 Ruth Fischer, Zur Debatte um das Programm, in: RF vom 9. September 1922, Beilage Taktik und Organisation Nr. 31.

Arbeiterregierung zurückweisen.[187] Doch erbrachte die Sitzung der Zentrale vom 15. und 16. Oktober eine sehr knappe Mehrheit für die Aufnahme von Übergangsforderungen, die die KPD dem Kongress vorlegen sollte.[188]

Der 4. Weltkongress bestätigte im November und Dezember 1922 den auf dem 3. Kongress im Jahre zuvor verkündeten Kurs in Richtung auf eine Einheitsfrontpolitik. Da sich die Hoffnung auf eine Weltrevolution nicht erfüllt hatte, waren die führenden Köpfe der Kommunistischen Partei Russlands, Lenin und Trotzki, gezwungen, ihre bisherige außenpolitische Strategie zu überdenken und den politischen Realitäten anzupassen, so wie sie dies wirtschaftspolitisch in Sowjetrussland mit der Neuen Ökonomischen Politik bereits getan hatten. Es ging darum, so Jakow Drabkin, „vom Sturm zur Belagerung" des Kapitalismus überzugehen und diese Neuorientierung in der Komintern durchzusetzen.[189] „Das Ergebnis", schreiben McDermott und Agnew, „war die ‚Politik der ‚Arbeiter-Einheitsfront', die den Versuch darstellte, die Arbeiter auf indirektem Wege revolutionär zu stimmen. Man glaubte, dass gemeinsame Kampfaktionen mit der einfachen Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Parteien gegen die Offensive des Kapitals kommunistische Methoden und Praxis verbreiten und die reformistischen Führer entlarven würden. Unter bestimmten Voraussetzungen konnte die Einheitsfront dann sogar auf die Zusammenarbeit mit diesen Führern ausgeweitet werden."[190]

„Die Taktik der Einheitsfront", hieß es in den Thesen *Über die Taktik der Komintern*, „ist das Angebot des gemeinsamen Kampfes der Kommunisten mit allen Arbeitern, die anderen Parteien oder Gruppen angehören, und mit allen parteilosen Arbeitern zwecks Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Jeder Kampf um die kleinste Tagesforde-

187 Ruth Fischer, Zum 4. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, in: RF vom 7. Oktober 1922, Beilage Taktik und Organisation Nr. 35; Dies., Zur Debatte um das Programm, ebd. vom 23. September 1922, Beilage Taktik und Organisation Nr. 33.

188 Vgl. die Tagungsberichte, in: RF vom 19. und 20. Oktober 1922, jeweils in der Beilage. – Unmittelbar vor dem 4. Weltkongress hatte die KPD eine Versammlung des rechtsradikalen Bundes für Freiheit und Ordnung im Zirkus Busch zu sprengen versucht. Ruth Fischer war an dieser Aktion nicht beteiligt. Vgl. die Berichterstattung in der *Roten Fahne* vom 17.–27. Oktober 1922. Mussolinis Staatsstreich vom 28. Oktober wurde in seiner Bedeutung erst nach einigen Tagen in der KPD-Presse voll begriffen. Vgl. Karl-Egon Lönne, Die Auseinandersetzung der „Roten Fahne" und des „Vorwärts" mit dem italienischen Faschismus 1920–1933, Köln/Wien 1981, S. 64.

189 Ja. S. Drabkin, Idej mirovoj revoljucii i ee transformacija, in: A. O. Čubarjan (Red.), Istorija Kommunističeskogo Internacionala 1919–1943. Dokumental'nye očerki, Moskau 2002, S. 36.

190 Kevin McDermott/Jeremy Agnew, The Comintern. A History of International Communism from Lenin to Stalin, Houndmills/London 1996, S. 27.

rung bildet eine Quelle revolutionärer Schulung, denn die Erfahrungen des Kampfes werden die Werktätigen von der Unvermeidlichkeit der Revolution und der Bedeutung des Kommunismus überzeugen."[191]

Der 4. Kongress stand vor der Frage, wie angesichts der faschistischen Machtergreifung in Italien der Offensive der Konterrevolution begegnet werden könne. Er formulierte eine Reihe von Übergangsforderungen, um die Massen zu gewinnen. Der Kampf um die Einheitsfront wurde mit der Losung einer Arbeiterregierung verbunden. Eine mögliche Form der Arbeiterregierung, neben einer im Idealfall rein kommunistischen, sei die Beteiligung von Kommunisten an einer von der Sozialdemokratie geführten Regierung.[192] Diese müsse bereit sein, den Kampf gegen die Macht der Kapitalisten aufzunehmen. Dass sich die KPD zu dieser Politik durchgerungen habe, wurde in den *Leitsätzen über die Einheitsfront* positiv vermerkt.[193]

Bevor es dazu kam, zeigten sich die Gegensätze innerhalb der deutschen Delegation. Sinowjew ermutigte die deutsche Partei, mit der Politik der Einheitsfront fortzufahren. Ungeachtet aller Probleme sei die KPD die Partei, welche „die Taktik der Einheitsfront taktisch am besten angewandt habe", sagte er und nannte Beispiele gemeinsamer Streikaktionen mit Sozialdemokraten.[194] Ernst Meyer betonte, wie wichtig es sei, dass die Frage der Einheitsfront „nicht als eine Episode, sondern als eine Periode der kommunistischen Taktik betrachtet werden muss", da ansonsten die Kommunistische Internationale „zu einer Art Sekte" werde.[195] Auch Edwin Hoernle betonte, Ruth Fischer kritisierend, die Arbeiterregierung sei *schon* Ausdruck eines Klassenkompromisses im bürgerlichen Staat. Sie könne bereits politische Kommandohöhen besetzen, bevor die Mehrheit der Arbeiter für die KPD gewonnen sei.[196]

Ruth Fischer, die erstmals (als eine von 504 Delegierten) an einem Weltkongress der Komintern teilnahm, bezog vehement die Gegenposition.[197] Sie betonte

191 Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Petrograd-Moskau vom 5. November bis 5. Dezember 1922, Hamburg, 1923, S. 1015.

192 Vgl. ebd., S. 1017, so auch zit. von Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 259.

193 Vgl. Protokoll des Vierten Kongresses, S. 1022.

194 Ebd., S. 35.

195 Ebd., S. 73.

196 Ebd., S. 542f.

197 Ein Foto aus dem Bestand Einar Ólgeirsson in der Isländischen Nationalbibliothek Reykjavík zeigt Ruth Fischer u. a. mit Willi Münzenberg und dem Arbeiterdichter Max Barthel, der 1933 zu den Nazis überlief. Der Historiker Hannes H. Gissurarson (Twist and Turns in the Icelandic Communist Movement, in: The Reykjavík Grapevine, www.grapevine.is, vom 15. Februar 2012) datiert das Foto auf den 2. Komintern-

zu Beginn, dass „nicht unbeträchtliche Teile der deutschen Partei die Regelung der deutschen Parteifragen nicht ganz in so rosigem Licht sehen, wie es der Bericht des Genossen Sinowjew tut.“[198] Die Erfahrungen der Revolutionsjahre hätten die „Vorstellung von der Möglichkeit einer Koalition mit den Sozialdemokraten krass widerlegt“, und der Grund dafür sei nicht nur „eine falsche Auffassung der Einheitsfront, sondern dahinter stecken vielmehr noch verborgene Tendenzen der Revision der Revolution, der Frisierung der Revolution auf ‚westliche‘ Art, der Schaffung von demokratischen Übergangsstufen zwischen dem, was wir jetzt haben, und dem, was wir wollen. Der Versuch, sich hinwegzutäuschen über die Schwierigkeiten des Bürgerkrieges, *der Versuch, schön organisiert und ohne große Schwierigkeiten* den Kapitalismus im Bunde mit den Sozialdemokraten zu stürzen.“

In der Vergangenheit sei zu Unrecht „alles Schwergewicht auf das Heiligtum der Verhandlungen mit den Spitzen“ der Sozialdemokratie gelegt worden. Richtig aber sei es, mit der Vorstellung Schluss zu machen, nach der „die Kommunistische Partei für alle Zeit zu schwach wäre, ohne feste Koalition mit den Sozialdemokraten vorwärts zu gehen.“ Ruth Fischer war aber klug genug, die Losung der Arbeiterregierung nicht direkt anzugreifen, da sie dies in Gegensatz zu den bestimmenden Männern der Komintern gebracht hätte. Zudem erhielt sie überraschenderweise in der Frage der Rathenau-Kampagne Unterstützung durch Sinowjew, dessen Verbündete sie fortan wurde.[199] Sie bezeichnete das Zusammengehen mit Nichtkommunisten in den Protestaktionen nach dem Mord am Reichsaußenminister als Beispiel, in dem „die negative Seite der Taktik der Einheitsfront aufgezeigt worden ist [...].“ Die Kommunisten hätten in ihren Losungen zuviel Rücksicht auf die Wünsche der anderen Parteien genommen.

Sinowjew zitierte aus einem Schreiben, das er der deutschen Partei nach dem Mord an Rathenau zugeleitet hatte und in dem es hieß: „Man sollte nicht Republik! Republik! schreien [...]. Man sollte vielmehr von der ersten Minute an den Massen ad oculus zeigen, dass das gegenwärtige Deutschland eine Republik ohne Republikaner ist. [...] Man sollte nicht mit den Sozialdemokraten und der USP[D] zusammen in ein Horn blasen, die Einheitsfront soll nie, nie, nie die

Kongress. Doch nahm Ruth Fischer an diesem gar nicht teil, sondern erstmals am 4. Kongress.

198 Ruth Fischers Rede ist abgedruckt im Protokoll des Vierten Kongresses, S. 80–84. Hervorhebung im Original. Hiernach dieses und die folgenden Zitate.

199 Dies führte zu einer deutlichen Abkühlung der Beziehung mit Radek, einem alten Gegner Sinowjews. Vgl. Lerner, Karl Radek, S. 117f.

Selbständigkeit unserer Agitation ausschließen."[200] Sinowjew hatte weitgehend Recht, als er Deutschland als eine „Republik ohne Republikaner" bezeichnete Aber wollten oder konnten die Kommunisten diese Republik nicht schützen, die ja auch ihnen eine Reihe von Freiheiten bescherte – und die zudem von allen Kommunistenhassern bekämpft wurde?

Auf dem Kongress erlebte Ruth Fischer Lenin, der am 13. November eine seiner letzten öffentlichen Ansprachen – in deutscher Sprache – hielt. Er legte die Notwendigkeit der Neuen Ökonomischen Politik dar, auch wenn sie die Elemente des „Staatskapitalismus" in Sowjetrussland gestärkt habe. Er sprach von zeitweilig notwendigen Rückzügen in der Politik und betonte, man dürfe, zumal in einem Bauernland wie Russland, das Bündnis mit den Bauern nie aufgeben. Der Revolutionsführer warnte davor, die Erfahrungen Russlands unzulässig zu verallgemeinern. „Die Resolution über den Aufbau der kommunistischen Parteien und ihre Arbeit", so Lenin, sei „fast ausgesprochen russisch, das heißt, es ist alles der russischen Entwicklung entnommen." Lenin ließ offen, inwieweit er damit von dem von ihm früher leidenschaftlich verfochtenen Konzept abrückte, wonach alle kommunistischen Parteien den Kampf um die Macht nur siegreich gestalten könnten, indem sie sich straff organisierten, Fraktionen verböten und den bürgerlichen Parlamentarismus als Scheindemokratie entlarvten. Hier wie in so vielen anderen wichtigen Fragen ließ Lenin seine Nachfolger ohne Antwort.[201]

Ruth Fischer sah einen kranken Lenin, dessen Autorität unter Kommunisten aber über jedem Zweifel stand, wenngleich der Leninkult noch nicht spürbar war. Sie war erleichtert, dass Lenin der feindseligen Stimmung gegen die Ultralinken nicht nachgab. „Man erwartete von dieser Konferenz unsern Ausschluss, und hätte Lenin ihn vorgeschlagen, hätte er leicht eine breite Mehrheit für diesen Antrag erreicht. Stalin war nicht anwesend; er hielt sich in jener Zeit von Komintern-Angelegenheiten fern." Sie lernte auch Bucharin und Trotzki kennen. Ihre spätere kurze Zusammenarbeit mit dem Theoretiker der „permanenten Revolution" lag jedoch noch in der Zukunft.[202]

Die Unterstützung in der Frage der Arbeiterregierung durch die Komintern kam der KPD-Führung entgegen, in deren Führungsgremium Heinrich Brandler

---

200 Ebd., S. 198 (Sinowjews Datierung des Briefes auf den 18. Juni ist offenbar ein Druckfehler, da Rathenau am 24. Juni 1922 ermordet wurde. Es muss wohl 28. Juni heißen).

201 W. I. Lenin, Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution, in: Werke, Bd. 33, S. 416.

202 Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 223. Die Passagen über Lenin finden sich auch fast wörtlich in einem Essay: Vgl. Ruth Fischer, My Reminiscences with Lenin, in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2559, abgedruckt in: Abtrünnig wider Willen, S. 485–488.

wieder aufrückte, als er im August 1922 zum Sekretär der Zentrale gewählt wurde. Ihm gelang es in der Folgezeit, Ernst Meyer, mit dem er sich persönlich nicht besonders gut verstand, sukzessive zu entmachten, auch wenn er erst im Februar 1923 wieder offiziell die Parteispitze übernahm. In den entscheidenden politischen Fragen der Einheitsfrontpolitik und der Arbeiterregierung bestand jedoch nun zwischen beiden Übereinstimmung.[203] Unter Meyer hatte sich, laut Hermann Weber, die KPD „eine gewisse ideologische Einheitlichkeit verschafft. Die ultralinken Kreise […] waren ebenso aus der Partei verdrängt wie die rechtskommunistischen Vorstellungen Paul Levis und die sozialdemokratischen Neigungen, die mit Teilen der USPD in die KPD gekommen waren. Zurückgeblieben waren die Kommunisten mit ‚leninistischer' oder ‚luxemburgistischer' Färbung, die den Idealen der Komintern ergeben waren."[204] Dass die Ultralinken entfernt worden waren, stimmte aber so nicht, und in der KPD waren weiterhin sehr gegensätzliche Strömungen vorhanden.

Dreh- und Angelpunkt der Debatten blieb die Frage der Arbeiterregierung, zumal diese nun praktische Bedeutung gewann. Am 5. Dezember 1922 beschloss die sächsische KP, die von der SPD gestellte Landesregierung durch Tolerierung zu stützen. Zudem regierte in Thüringen eine Koalitionsregierung aus SPD und USPD, die sich nach der Vereinigung von KPD und linker USPD gleichfalls auf die KPD stützen konnte. Max Greil, der USPD-Minister für Volksbildung, leitete eine Reformpolitik ein, die eine Trennung von Schule und Kirche sowie die Einführung der Koedukation in einer Einheitsschule vorsah. Dabei sollte auch die Schulausbildung auf dem Land dem Niveau der Städte angeglichen werden, was bisher nicht der Fall war. Die Ausbildung der Volksschullehrer wurde von den Lehrerseminaren an die Universität Jena verlagert. Gegen erbitterten Widerstand der Konservativen wurde der Buß- und Bettag als staatlicher Feiertag abgeschafft und dafür der 9. November als Revolutionsfeiertag eingeführt. Auch im Kampf gegen Standesvorrechte des Adels gab es Fortschritte.[205] In Thüringen wie in Sachsen gelang es linken Kultusministern überdies, progressive Wissenschaftler wie die Pädagogin Anna Siemsen, den Historiker Siegmund Hellmann und nicht zuletzt

203 Vgl. Wilde, Ernst Meyer, S. 313f., 319.

204 Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 42f.

205 Allerdings hatten durch den Wegfall der Fürstenhöfe viele Menschen in den Residenzstädten ihren Arbeitsplatz verloren, wofür weder die bürgerlichen noch dann die Arbeiterregierungen angesichts der Inflation genügend neue Stellen schaffen konnten. Darauf macht Reinhard Jonscher, Kleine thüringische Geschichte. Vom Thüringer Reich bis 1945, 2. Aufl., Jena 1995, S. 234, aufmerksam.

Karl Korsch an die Universitäten zu berufen.[206] Am wichtigsten war jedoch, dass Kommunisten wie Sozialdemokraten über ihren Schatten sprangen, da es galt, der anwachsenden faschistischen Gefahr ein gemeinsames Handeln der Arbeiterparteien auch auf Regierungsebene entgegenzusetzen. Zudem entstand damit in Mitteldeutschland ein gewisses politisches Gegengewicht zur rechtsliberalen Reichsregierung unter Kanzler Wilhelm Cuno, um dem „Prozess der schleichenden Entparlamentarisierung", den Deutschland im Jahre 1923 durchlief, zu begegnen.[207]

Worin aber weiterführende Möglichkeiten einer Arbeiterregierung bestehen könnten, um auch die ökonomische Position der Herrscherklassen zu erschüttern, darüber gab es in der KPD-Spitze wie der Komintern noch immer kaum genaue Vorstellungen. Sahen die einen in ihr ein praktisches Ergebnis im Kampf gegen die Konterrevolution und einen Richtungspfeil auf dem Weg zum künftigen sozialistischen Deutschland, war es für andere lediglich ein abstraktes Synonym für die Diktatur des Proletariats – unter kommunistischer Führung, das verstand sich von selbst. Für Ruth Fischer war die Losung der Arbeiterregierung nichts anderes als eine Regierung, „die nach der Diktatur greift"; die Idee einer Arbeiterregierung, die „innerhalb der bürgerlichen Demokratie", und sei es nur für eine Übergangsperiode, die Forderungen der Arbeiter verwirklichen will, sei nichts anderes als eine „Scheinarbeiterregierung."[208] Dies zeugte jedoch nicht vom Willen, eine alternative Politik zu entwickeln und zu gestalten, sondern zeigte trotz lautstarker Rhetorik die Unfähigkeit zum praktischen, auch revolutionären Handeln.

Die Kommunisten würden, so sahen es nicht nur Fischer und Maslow, „in die Falle geraten und gezwungen sein, in einer ‚Linksregierung' mit einer Staatsmaschinerie zusammenzuarbeiten, die noch immer von bürgerlichen Beamten beherrscht war. Sie würden dann für eine wirtschaftliche Lage verantwortlich ge-

---

206 Vgl. für Thüringen Erhard Wörfel, Die Arbeiterregierung in Thüringen im Jahre 1923, Erfurt 1974 (im Folgenden: Wörfel, Arbeiterregierung), Josef Schwarz, Die linkssozialistische Regierung Frölich in Thüringen – Hoffnung und Scheitern, Schkeuditz 2000, sowie jetzt Steffen Kachel, Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Köln u. a. 2011, S. 154–169; vgl. für Sachsen die zeitgenössische Bestandsaufnahme von Walter Fabian, Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918–1930, Löbau 1930, Nachdruck Berlin [West] 1972, Karsten Rudolph, Die Sozialdemokraten in der Regierung. Das linksrepublikanische Projekt in Sachsen 1920–1922, in: Helga Grebing (Hg.), Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 212–221, sowie umfassend Ders., Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik 1871–1923, Köln u a. 1995, S. 344–414.

207 Winkler, Weimar 1918–1933, S. 192, bei kritischer Bewertung der Arbeiterregierungen.

208 Ruth Fischer, Die Hauptprobleme des IV. Kongresses, in: RF, Beilage vom 23. Dezember 1922.

macht, deren Probleme mittels einer einfachen Regierungsbeteiligung nicht gelöst werden könnten.“[209] Nichts lag der KPD in allen Flügeln jedoch ferner als die Preisgabe ihrer Vorstellungen einer Alternative zur bürgerlichen Gesellschaft, und das galt auch für die Befürworter einer Arbeiterregierung. Diese Haltung hatte jedoch eine Kehrseite: Die Angebote der KPD zur Bildung einer Einheitsfront und einer Arbeiterregierung umfassten „nie die pluralistische Anerkennung anderer politisch-ideologischer Muster als gleichberechtigte Vorstellungen, sondern enthielten – wenigstens normativ – immer auch den Hegemonieanspruch.“[210] Dies sollte sich auf dem Parteitag Anfang 1923 in Leipzig zeigen.

Das Krisenjahr 1923

Der Leipziger Parteitag fand Ende Januar/Anfang Februar in einer politisch zugespitzten Lage statt und legte starke Meinungsverschiedenheiten innerhalb der KPD bloß. Am 11. Januar waren auf Betreiben des französischen Ministerpräsidenten Raymond Poincaré französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschiert. Sie suchten die Zahlung ausstehender Reparationen zu erzwingen, die beide Staaten auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages beanspruchten. Zwei Tage darauf hatte die Regierung Cuno den passiven Widerstand ausgerufen.[211] Die SPD unterstützte die Politik der Reichsregierung. Ihr linker Flügel warnte jedoch vor einer Politik des „Burgfriedens“. Die SPD führe einen Klassenkampf gegen den deutschen und französischen Imperialismus, betonte Rudolf Breitscheid.[212]

Auch die KPD hatte sich den massiven Protesten gegen die Ruhrbesetzung angeschlossen und suchte diese für ihre eigenen politischen Ziele zu nutzen. „In dieser Stunde des Angriffs von außen müssen wir unsere Bourgeoisie von innen angreifen“, erklärte ihr Abgeordneter Paul Frölich am 13. Januar im Reichstag.[213] Zehn Tage später erschien *Die Rote Fahne* mit einem Aufruf, der die programma-

---

209 Harman, Lost Revolution, S. 253.

210 Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik, S. 276.

211 Vgl. zur Ruhrbesetzung und zum Widerstand dagegen Conan Fischer, The 1923 Ruhr Crisis. The Limits of Active Resistance, in: Frank Biess u. a. (Hg.), Conflict, Catastrophe and Continuity. Essays on Modern German History, New York 2007, S. 44–59. Die Alliierten besetzten das Ruhrgebiet auch deshalb, um die Reparationszahlungen angesichts des Verfalls der Mark durch Sachwerte erzwingen zu können.

212 Verhandlungen des Reichstags. Zweite Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bd. 358, Berlin 1923, S. 9527.

213 Ebd., Bd. 357, Berlin 1923, S. 9432.

tische Überschrift „Schlagt Poincaré und Cuno and der Ruhr und an der Spree" trug.[214] Dieser „Zweifrontenkrieg" gegen beide Regierungen entsprach auch der sowjetischen Politik.[215] Sie wollte eine Annäherung Deutschlands an die Westmächte möglichst verhindern helfen.[216]

„In dieser Situation", hieß es im Aufruf, „muss das Proletariat wissen, dass es nach zwei Seiten zu kämpfen hat. Das deutsche Proletariat kann sich natürlich dem fremden kapitalistischen Eindringling nicht unterwerfen. Die französischen Kapitalisten sind um keinen Deut besser als die deutschen, und die Bajonette der französischen Besatzungstruppen sind nicht weniger scharf als die der Reichswehr."[217] Die Arbeiter sollten deshalb „als selbständige Kraft, als Klasse, die um ihre eigenen Interessen kämpft", aufmarschieren. Nur so könnten sie der Gefahr entgegentreten, „die in der Stärkung der deutschen Bourgeoisie durch den nationalistischen Taumel liegt."[218]

Heinrich Brandler, ein gelernter Bauhandwerker, gehörte zu den damals in der KPD gar nicht seltenen Arbeiter-Intellektuellen, denen das Kaiserreich eine gute Schulbildung vorenthalten, die sich jedoch in der sozialdemokratischen Bildungsarbeit ein überaus umfangreiches Wissen angeeignet hatten. Gleich seinen Freunden Jacob Walcher und Albert Schreiner, die ähnliche Prägungen erfahren hatten, schloss er sich dem marxistischen Philosophen und Sprachwissenschaftler August Thalheimer an, mit dem er, wie erwähnt, zunächst gemeinsam linksradikale Positionen vertreten hatte. Nach der Märzaktion fanden beide zu einer durchaus revolutionär orientierten Realpolitik, die nicht mehr die eigenen Wünsche mit der

---

214 Die Überschrift habe laut Parteibeschluss „Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree!" lauten sollen. Deshalb wurde Gerhart Eisler als Redakteur der *Roten Fahne* entlassen. Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/2/15, Bl. 25. Vgl. auch Fischer, Stalin, S. 321. Eisler erhielt jedoch eine neue Aufgabe im Apparat der KPD zugeteilt: Er wurde Oberbezirksleiter der mitteldeutschen Bezirke. Damit unterlagen ihm Anleitung und Kontrolle der Arbeit durch die Zentrale in so wichtigen KPD-Bezirken wie Sachsen, Thüringen und Halle-Merseburg. Vgl. Ronald Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie, Berlin 2007, S. 66.

215 Der Terminus findet sich bei Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik, S. 224.

216 Zur sowjetischen Politik vgl. Wolfgang Ruge, Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von Januar bis September 1923, Berlin [DDR] 1962.

217 Damit erinnerte die KPD auch an die Lebensmittelblockade durch die französische Regierung, mit der diese 1919 den Widerstand gegen die Versailler Reparationszahlungen im Ruhrgebiet zu brechen versucht hatte. Vgl. hierzu Alex De Jonghe, Weimar Chronicle. Prelude to Hitler, New York 1978, S. 76f.

218 Schlagt Poincaré und Cuno an der Ruhr und an der Spree!, in: RF vom 23. Januar 1923.

Wirklichkeit verwechselte.[219] Über Jahrzehnte hinweg sollten Brandler und Thalheimer ein „Duo" bilden, das sich auch im gemeinsamen kubanischen Exil bewährte und erst mit Thalheimers Tod 1948 ein Ende fand.[220]

Brandler trat für ein Bündnis zwischen den Arbeitern und den durch die Inflation demoralisierten Mittelschichten ein, das jedoch nicht um den Preis nationalistischer Parolen geknüpft werden sollte. Das von allen anderen Parteien vertretene Konzept des passiven Widerstandes lehnte er vernünftigerweise ab.[221] Von der Regierung bezahlte nationalistische Streikversuche habe die Partei im besetzten Ruhrgebiet bislang verhindern können, schrieb er dem KPD-Vertreter beim EKKI, Edwin Hoernle. Es sei eine von den Nationalisten geschürte „wahnsinnige Idee", mit solchen Methoden den Auflagen des Versailler Vertrages zu entkommen. Für einen Erfolg fehlten alle Voraussetzungen. Dasselbe gelte für die lautstarken Forderungen der Parteilinken, auf den Ruhreinmarsch mit Betriebsbesetzungen und Streiks zu antworten.[222] Da die Reichsregierung den passiven Widerstand durch einen immer größeren Geldumlauf zu finanzieren meinte, nahm, wie Brandler richtig voraussah, die Inflation schwindelerregende Ausmaße an.[223]

---

219 Vgl. zu ihm Becker, Heinrich Brandler.

220 Vgl. zu Thalheimer Jürgen Kaestner, Die politische Theorie August Thalheimers, Frankfurt/New York 1981, Harald Jentsch, Die politische Theorie August Thalheimers 1919–1923, Mainz 1993, Theodor Bergmann/Wolfgang Haible, Die Geschwister Thalheimer. Skizze ihrer Leben und Politik, Mainz 1993, und Theodor Bergmann, Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten, Hamburg 2004.

221 Dies trug zu Brandlers beginnender Isolation innerhalb der KPD bei, denn auch unter Kommunisten war die Idee des passiven Widerstandes populär. Der Ruhreinmarsch sorgte für eine Stimmung fast wie im August 1914. „Von Tag zu Tag", notierte der britische Botschafter Viscount d'Abernon, „erstarkt bei allen Klassen in Deutschland das Bewusstsein, dass man nicht nachgeben soll und darf. Ich kann mich nicht erinnern, dass es je so wenig Parteifeindschaft und Klassenhass gab wie heute." (Letzteres sollte sich freilich noch 1923 ändern.) Viscount d'Abernon, Ein Botschafter der Zeitwende, Bd. 2, Leipzig o. J., S. 188, zit. nach Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917–1933, Berlin 1998, S. 250. Ähnliche Bedenken wie Brandler äußerte rückblickend Friedrich Stampfer, Die ersten 14 Jahre, S. 318, unterschlug aber mit dem Satz „Die Kommunisten forderten den Generalstreik" die Bedenken, die es in Teilen der KPD gab.

222 SAPMO-BArch, RY 1/I 6/3/126, Bl. 219: Deutsche Sektion beim EKKI, Heinrich Brandler an Edwin Hoernle, Brief vom 29. Januar 1923, und Becker, Heinrich Brandler, S. 186.

223 Im Januar 1921 betrug der Gegenwert für einen US-Dollar 15,50 Reichsmark, ein Jahr darauf 45,50 Mark, im Juli 1922 dann 118 Mark, im Dezember des gleichen Jahres 1.810 Mark. Am 1. August 1923 sollten schließlich 1.103.000 Mark und am 3. November 1923, vor der Umstellung auf die Rentenmark, 420.000.000.000 Mark für einen Dollar gezahlt werden. Vgl. u. a. William Guttman/Patricia Meehan, The Great Inflation. Germany

Am 20. und 21. Januar 1923 fand in Berlin der fällige Bezirksparteitag statt. Die führenden Kräfte der Bezirksleitung lehnten die Ausnutzung des Parlaments als Kampfform nunmehr ab. Werner Scholem, der ein enger politischer und persönlicher Freund Ruth Fischers wurde, sagte, dass „der Boden des Parlamentarismus für unsere Genossen sehr gefährlich ist […].“[224] Für Arthur Rosenberg war zudem die Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen Kräften gleichbedeutend mit der „Tendenz, der Arbeiteraristokratie nachzulaufen.“[225]

In Anwesenheit Brandlers trat am folgenden Tag, dem 23. Januar, die Bezirksleitung von Berlin-Brandenburg zusammen. Brandler warf Ruth Fischer die Bemerkung vor, wonach die Leitsätze zum Reichsparteitag, die auf eine Einheitsfront mit den Sozialdemokraten abzielten, der „*Anfang* vom Aufgehen in die SPD“ seien. Auf einer Rede in Chemnitz habe Brandler den Arbeitern erklären müssen, „dass es nicht die Berliner Organisation ist, sondern dass man einige meschuggene Intellektuelle nicht verwechseln darf mit der Berliner Organisation.“[226] Er warnte jedoch davor, die Streitigkeiten ausufern zu lassen; „die Stimmungsmacherei macht die Partei kaputt.“[227]

Am 28. Januar wurde in Leipzig der 8. Parteitag der KPD eröffnet. Ein Manifest rief das internationale und das deutsche Proletariat zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Politik der französischen und der deutschen Schwerindustrie auf. In der Einheitsfront zusammengeschlossen, sollten folgende Nahziele erreicht werden: die Bewaffnung der Arbeiterklasse, die Auflösung der konterrevolutionären

1919–23, Farnborough 1975. Erwähnt sei, dass die Sowjetunion auch erst im September 1922 ihre Inflation meisterte.

224 Vgl. zu ihm vorerst Michael Buckmiller/Pascal Naafe, Die Naherwartung des Kommunismus – Werner Scholem, in: Michael Buckmiller u. a. (Hg.), Judentum und politische Existenz. Siebzehn Portraits deutsch-jüdischer Intellektueller, Hannover 2000, S. 61–71, Mirjam Triendl/Noam Zadoff, Ob mein Bruder Werner gemeint ist?, in: Freitag vom 18. Juni 2004, Ralf Hoffrogge, Utopien am Abgrund. Der Briefwechsel Werner Scholem – Gershom Scholem in den Jahren 1914 bis 1919, in: Veit Didczuneit u. a. (Hg.), Schreiben im Krieg – Schreiben vom Krieg. Feldpost im Zeitalter der Weltkriege, Essen 2011, S. 429–440, und Ders., Emmy und Werner Scholem im Kampf zwischen Utopie und Gegenrevolution, in: Hannoversche Geschichtsblätter, Nr. 65 (2012), S. 157–175. Ralf Hoffrogge schreibt in Potsdam eine Dissertation zu Scholem, der auch Gegenstand eines Münchner Habilitationsprojektes von Mirjam Zadoff ist.

225 SAPMO-BArch, RY 1/I 3/1–2/2, Bl. 35–40: KPD, Bezirk Berlin-Brandenburg, Protokoll des Bezirksparteitages vom 20. bis 21. Januar 1923. Rosenbergs Rede ist gekürzt abgedruckt in: Mario Keßler, Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943), u. a. 2003, S. 256–258.

226 SAPMO-BArch, RY 1/I 3/1–2/2, Bl. 53f.: KPD, Bezirk Berlin-Brandenburg, Sitzung der Bezirksleitung am 23. Januar 1923.

227 Ebd., Bl. 52.

Organisationen, die Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der Großkapitalisten, eine Produktionskontrolle durch Betriebsräte und die Bildung einer überparteilichen Arbeiterregierung. Diese Regierung könne und solle die Beziehungen zu Frankreich auf eine neue Grundlage stellen.[228] Walter Ulbricht verteidigte den Kurs auf eine Arbeiterregierung als Mittel, „um die proletarischen Massen zu aktivieren, sie in den Kampf zu führen, dessen Ziel die Ergreifung der Macht des Proletariats ist."[229]

Clara Zetkins Wort von der „Meinungsfreiheit [und] Diskussionsfreiheit" in der Partei galt noch.[230] Die linke Opposition erhielt uneingeschränktes Rederecht. Ruth Fischer und Arkadij Maslow verwarfen als deren Sprecher die Losung der Einheitsfront und das Ziel einer Arbeiterregierung. Man könne die Frage der Arbeiterregierung, so Maslow, nicht stellen, ohne auf den Bürgerkrieg hinzuarbeiten. Andernfalls würden die Arbeiter glauben, „irgendwer möchte in einen Ministersessel hineinrutschen."[231]

Daraufhin zog Brandler die Führungsqualitäten der Ultralinken als kommunistische Politiker in Zweifel. „Wer durch solche Rederei den sozialdemokratischen Führern das Wasser auf ihre Mühlen liefert, damit sie den Arbeitern, die gar nicht so weit von uns entfernt stehen, es beweisen, dass wir Kommunisten mit dem Schädel durch die Wand wollen, der erweist der kommunistischen Partei und deren Entwicklung einen sehr schlechten Dienst. Man mag sich noch so sehr in das Mäntelchen des Radikalismus hüllen, es bleibt dabei: wenn wir nicht klarer und schärfer diese Frage stellen, dann wird diese Art der Betätigung in der Partei parteischädigend. Deswegen wollen wir uns in aller Freundschaft, aber auch in allem Ernst mit Euch auseinandersetzen, weil es das Schicksal der Partei bedeutet und Euch zurufen: Ihr müsst mit dieser Art, in der Partei zu arbeiten, Schluss machen."[232] Karl Korsch erinnerte daran, dass der 4. Komintern-Kongress „ausdrücklich von der ‚Koalition der Arbeiterparteien'" gesprochen habe, und „dass der Kampf keinesfalls allein von der Kommunistischen Partei geführt werden sollte.[233] Karl Jannack, ein damaliger Anhänger Brandlers, schrieb später, was Ruth

228 Das Manifest ist abgedruckt im Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin 1923, S. 392–397.

229 Ebd., S. 357.

230 Ebd., S. 272.

231 Ebd., S. 368.

232 Ebd., S. 370.

233 Ebd., S. 359f.

Fischer wollte, „wusste sie noch nicht, jedenfalls keine Zusammenarbeit mit einer Gewerkschaft, wo Reformisten dominierten."[234]

Die Ultralinken scheuten davor zurück, die Beschlüsse des 4. Weltkongresses der Komintern direkt anzugreifen. Fischer und Maslow attackierten hingegen die von Radek inspirierten und von Brandler konzipierten *Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung*.[235] Die Arbeiterregierungen, hieß es darin, seien weder eine Vorwegnahme der Diktatur des Proletariats noch der friedliche Weg zum Sozialismus, sondern „ein Versuch der Arbeiterklasse, im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben, während die proletarische Diktatur bewusst den Rahmen der Demokratie sprengt, den demokratischen Staatsapparat zerschlägt, um ihn völlig durch proletarische Staatsorgane zu ersetzen." Die SPD wurde aufgefordert, „sich vom Bürgertum zu trennen", die parlamentarische Demokratie wurde aber noch immer nur als Feigenblatt der Kapitalistenherrschaft gesehen.[236]

KPD und SPD sollten schrittweise den Staatsapparat mitsamt der Armee übernehmen und die besitzenden Klassen für die Folgen der innen- und außenpolitischen Krisen verantwortlich machen. Doch ging es nicht um die Stabilisierung der Weimarer Republik. Vielmehr solle der „Kampf für die Arbeiterregierung […] die Propaganda der Kommunisten für die Diktatur des Proletariats nicht schwächen; denn die Arbeiterregierung, wie jede Position des Proletariats im Rahmen des bürgerlichen demokratischen Staates, ist nur ein Stützpunkt, eine Etappe des Proletariats in seinem Kampfe um die politische Alleinherrschaft", hieß es unmissverständlich. Brandler war sich des darin liegenden Widerspruches bewusst: „Wir sind für die Taktik der Einheitsfront und für die Arbeiterregierung, um, wenn man ihre tatsächliche Argumentation konsequent zu Ende denkt, zu einer

234 SAPMO-BArch, SgY 30/0427, Bl. 74: Bestand Erinnerungen, Jannack, Karl.

235 Zu Radeks Anteil an den *Leitsätzen* vgl. Broué, Histoire de l'Internationale communiste, S. 263, und Fayet, Karl Radek, S. 430. Vgl. auch Arnold Reisberg, Zur Genesis der Losung der Arbeiterregierung in Deutschland, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 7 (1965), Nr. 6, S. 1025–1038. Später würdigte Ruth Fischer *en passant* Brandlers Eintreten für die Arbeiterregierung, ohne ihren Widerstand dagegen zu erwähnen. Vgl. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 258–262.

236 Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung, in: Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages, S. 415–423, auch in: Dokumente und Materialien, Bd. VII/2, S. 246–255. Hiernach auch das folgende Zitat. Zu den Kontroversen um die Möglichkeiten von Arbeiterregierungen vor und auf dem Leipziger Parteitag vgl. Luz, KPD, S. 466–482.

Verneinung der Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung zu kommen“, schrieb er dem EKKI.[237]

Auch Fischer und Maslow machten auf diesen Widerspruch aufmerksam, zogen daraus freilich andere Schlüsse. Maslow, der ein Korreferat zu Brandler hielt, sagte, dass die Sozialdemokratie, solange sie existiere, stets auf der Seite der Bourgeoisie sei. Daher solle man die Frage, ob die SPD sich schließlich doch gegen die Bourgeoisie wenden könne, gar nicht stellen. Gestehe man der SPD den Antikapitalismus zu, werde dies zwangsläufig zur Liquidierung der KPD führen. In der Debatte mussten Fischer und Maslow aber ihre Forderung nach Bewaffnung der Arbeiter als Vorbedingung für die Verhandlungen über eine Arbeiterregierung fallenlassen. Es scheint, als ob Karl Radek, der nicht unter den angemeldeten Teilnehmern des Parteitages auftauchte, hinter den Kulissen für diese Entscheidung mit gesorgt hatte.[238]

Ruth Fischer ging noch einen Schritt weiter, als sie jeden Versuch zurückwies, „auf dem Boden der Demokratie Arbeiterpolitik zu treiben.“ Es sei nutzlos, in „der Koalition mit der SPD die ‚Einheitsfront‘ von oben zustande zu bringen.“[239] Brandlers Kurs fand jedoch eine klare Mehrheit auf dem Parteitag. Unmittelbar danach unterstützte die sächsische KPD die Regierung in einer wichtigen Abstimmung über den Haushalt und unterbreitete ein formelles Aktionsprogramm zur Errichtung einer Arbeiterregierung.[240]

Auf Vorschlag der Ultralinken wurde die Aufstockung der Zentrale beschlossen, doch ihre Kandidaten – Ruth Fischer, Iwan Katz, Ottomar Geschke und Arthur König – wurden zunächst nicht gewählt. Dabei blieb es aber nicht, denn auf Betreiben Radeks und Sinowjews wurde Ruth Fischer zusammen mit ihren Verbündeten Geschke, Thälmann und König nach einer stürmischen Nachtsitzung der Zentrale, die fast zur Parteispaltung geführt hätte, doch in das Gremium kooptiert.[241] Radek erklärte, die Zentrale müsse „zwar eine feste Mehrheit haben,

---

237 Der Brief vom 12. März 1923 befindet sich in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/208, Bl. 411 (KPD, Polbüro), und ist zit. in Becker, Heinrich Brandler, S. 188.

238 Dies vermutet Fayet, Karl Radek, S. 436.

239 Bericht über die Verhandlungen des 3. (8.) Parteitages, S. 353f. Vgl. auch Ruth Fischer, Die Opposition auf dem Parteitag der KPD, in: Inprekorr vom 23. März 1923, S. 282f.

240 Vgl. Raimund Wagner, Der Kampf um die proletarische Einheitsfront und Arbeiterregierung in Sachsen unmittelbar nach dem VIII. Parteitag der KPD, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 5 (1963), Nr. 4, S. 655, und Mike Jones, Germany 1923: The Communist Party of Germany and the Role of the Communist International, in: Revolutionary History, 5 (1994), Nr. 2, S. 112.

241 Die Verfasser einer neuen Thälmann-Biographie, die Positionen der DDR-Historiographie aufwerten, mussten (widerstrebend) anerkennen, dass Thälmann damals „der Repräsentantin der linken Opposition“, Ruth Fischer, näher stand als „der Leninistin Cla-

aber zugleich die Opposition hereinnehmen." Das EKKI-Präsidium, hier war wohl Sinowjew gemeint, teile diese Ansicht.[242] Diese Kooptierung war eine der ersten direkten Eingriffe Moskauer Politiker in die Personalangelegenheiten einer ausländischen Partei. Sinowjew erhoffte sich vor allem von Ruth Fischer eine Stärkung der eigenen „Hausmacht." Zudem verstand er sich persönlich recht gut mit Arkadij Maslow, der, wie er selbst, aus Jelisawetgrad stammte.

Mit ihrer neuen Position ausgestattet, stellte Ruth Fischer eine neue Vorbedingung für die Zusammenarbeit mit der SPD-Linken. Auf ihr Betreiben hin forderten am 13. und 23. März die Bezirksleitung und der Zentralvorstand von Berlin-Brandenburg, dass ohne das Zustandekommen eines Betriebsrätekongresses keine Unterstützung der SPD-Minderheitsregierung in Sachsen denkbar sei. „Die Art und Weise, wie die Regierung gebildet worden sei, bedeute nicht ein Weitertreiben der Zersetzung der SPD", sondern ihre Konsolidierung.[243] Am 25. März kam es deshalb in Essen auf dem Bezirksparteitag Rheinland-Westfalen-Nordruhr zu einem Zusammenstoß zwischen Clara Zetkin und Ruth Fischer, die dort gegen den Widerstand der Bezirksleitung das Korreferat hielt. Darin forderte sie, wie Brandler an Edwin Hoernle nach Moskau schrieb, im „Sturmangriff" eine Abkehr von der Politik der Einheitsfront.[244] Ruth Fischer verdrehte die Tatsachen vollständig, als sie an Nikolaj Bucharin schrieb, die Linke solle durch eine „Säuberung" aus der Partei gedrängt werden.[245] Maslow ging in einem Brief an Radek noch weiter, als er schrieb, der Kampf gegen die parteiinterne Opposition sei geradezu

---

ra Zetkin". Eberhard Czichon/Heinz Marohn, unter Mitarbeit von Ralph Dobrawa, Thälmann. Ein Report, Bd. 1, Berlin 2010, S. 138. Das Buch leidet sehr unter den schrillen Verdammungsurteilen, die ständig über eine angebliche „Renegatenliteratur" (so über Klaus Kinner) gefällt werden. Vom Dogmatismus abgesehen, fällt der geringe Bezug auf Sekundärliteratur auf. Fremdsprachige Arbeiten und damit auch viele sachliche Einzelheiten werden nicht wahrgenommen.

242 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages, S. 442. – Die Zentrale war ursprünglich gegen die Kooptierung Fischers und Maslows gewesen. Radek habe aber argumentiert, ein zweites Heidelberg, d. h. den Hinauswurf der [Ultra-]Linken, könne sich die KPD nicht leisten, da dies die Partei spalten würde. RGASPI, Fonds 495, Bestand 292, Akte 4, Bl. 56–62: Edwin Hoernle, Vertreter der KPD in Moskau, an die KPD-Zentrale, Brief vom 11. Februar 1923, Zitate Bl. 56, 57, 59.

243 Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit [...] vom Januar bis September 1923, S. 8.

244 Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/203, Bl. 54: Heinrich Brandler an Edwin Hoernle, Brief vom 26. März 1923.

245 Ebd., RY 5/I 1/6/3/218, Bl. 35: Deutsche Sektion beim EKKI, Ruth Fischer an Nikolaj Bucharin, Brief vom 29. März 1923.

„pogromartig“ – doch konnte ein Vokabular, das die eigenen Genossen mit den zaristischen „Pogromhelden“ verglich, das EKKI kaum beeindrucken.[246]

Die Irritationen über den Politikstil Fischers und Maslows spiegelten sich im Bericht des Komintern-Abgesandten Mátyás Rákosi wider, den dieser im März 1923 nach Moskau sandte. „Wenn man in der Berliner Organisation ist“, so Rákosi, „fühlt man sich wie in der KAP[D] vor drei Jahren. Es ist eine gespannte Stimmung gegen die Zentrale, gegen die ‚Bonzen‘. Man wittert fortwährend Verrat.“ Die Berliner Kommunisten würden die Müdigkeit der Arbeiter kritisieren. „Als Folgerung raten sie nicht, wie es logisch sein sollte, eine noch breitere Anwendung der Einheitsfront, sondern ‚Hochhaltung unserer Prinzipien‘, ‚Aufrollung der Machtfrage‘, ‚Unterstreichung der proletarischen Diktatur‘ und andere Maßnahmen, die die Massen, die sich zu uns entwickeln, wieder abschrecken. Die Genossin Ruth Fischer, mit der ich zwei Stunden über diese Fragen sprach, hat mir diese Taktik in erschreckender Klarheit auseinandergesetzt und viel vorsichtiger dann in einem Artikel in der Inprekorr wiederholt.“ Er, Rákosi, sei verblüfft darüber gewesen, „mit welcher Demagogie, Skrupellosigkeit und Unverantwortlichkeit diese Leute“, also Fischer und Maslow, arbeiteten.[247]

Dies zeitigte Konsequenzen in Ruth Fischers Familie, denn nunmehr trennte sich ihr Bruder Gerhart Eisler politisch von ihr. In Reaktion auf Ruth Fischers Auftreten in Essen wandte er sich zusammen mit Arthur Ewert, dem jungen Heinz Neumann und Hans Pfeiffer am 8. April an Sinowjew. Sie, die sich als Gruppe bezeichneten, berichteten von der Arbeit einer auf ihrer Initiative entstandenen „Verständigungskommission“, die helfen sollte, die parteiinternen Gegensätze beizulegen. Zwar sahen alle Teilnehmer der Konferenz diese als Erfolg an, doch die Verfasser des Briefes wiesen eindringlich auf die ungelösten innerparteilichen Konflikte hin, die zwar nicht zu einer Spaltung der KPD führen müssten, wohl aber die Arbeit der Partei unter den Proletariern lahmlegen könnten. Sie wandten sich gegen Ruth Fischers Wort von der „Versumpfung“ der Partei, betonten aber, zwischen der Parteileitung und der „Berliner Opposition vermitteln“ zu wollen.[248] Wenig später schrieben Brandler und Ewert nach Moskau, die Par-

246 Ebd., Bl. 36: Arkadij Maslow an Karl Radek, Brief vom 29. März 1923.

247 RGASPI, Fonds 495, Bestand 293, Akte 31, Bl. 10: Mátyás Rákosi an Sinowjew, Brief vom 23. März 1923. Ruth Fischers Artikel, auf den sich Rákosi bezog: Der Kampf um die Kommunistische Partei, erschien jedoch in der *Internationale*, 6 (1923), Nr. 3, S. 87–96. Umgekehrt war Rákosi in der KPD-Führung nicht besonders beliebt. Vgl. Fayet, Paul Levi and the Turning Point of 1921, S. 112.

248 RGASPI, Fonds 495, Bestand 293, Akte 35, Bl. 22–25: Arthur Ewert, Gerhart [Eisler], Heinz Neumann und Hans Pfeiffer an Sinowjew, Brief vom 8. April 1923. Der Brief ist auch enthalten in: SAPMO-BArch, RY 5/I 1/6/3/125, Bl. 12–15.

teileitung habe die Differenzen auf der Konferenz möglichst gering halten wollen, um zur Verständigung mit der Opposition zu gelangen. „Das Ergebnis ist bei der gegenwärtigen Situation in der Partei zufriedenstellend."[249] Am 18. April erschien in der *Internationale* ein von Ewert, Eisler, Neumann und Pfeiffer gezeichneter Aufsatz, der warnend festhielt, dass eine geringe Zuspitzung genüge, „um eine Parteikrise auszulösen. Eine heftige Parteidebatte würde in der heutigen Lage unsere Stellung vor der Bourgeoisie, der Sozialdemokratie und dem Proletariat verhängnisvoll erschüttern." Notwendige taktische Differenzen dürften nicht länger die Form von Fraktionskämpfen annehmen.[250] Somit verzichteten die Genannten darauf, selbst eine Fraktion zu bilden, doch werden die Umrisse dessen, was Monate später zur „Mittelgruppe" in der Partei wurde, sichtbar.

Die Komintern-Führung verlangte nun von der deutschen Partei klare Informationen über deren inneren Zustand. Edwin Hoernle gab dem EKKI am 23. April einen entsprechenden Bericht und schrieb: „Auf dem Essener Bezirksparteitag Rheinland-Westfalen-Nord Ende März machte die Opposition, deren prominente Berliner Vertreter, wie Ruth Fischer und Scholem, sich als Delegierte einfanden, einen Vorstoß, um die Taktik der Partei […] umzustoßen. Seitdem steuerte auch die extreme Opposition (Maslow, Ruth Fischer, Rosenberg, Scholem) auf einen offenen Parteikonflikt (hin)."[251] In den nachgereichten Materialien wurden die positiven und die negativen Seiten der linken Opposition aus der Sicht der Zentrale gegeneinander abgewogen. Es hieß:

„*Die positive Seite*: Schärfung der Aufmerksamkeit für opportunistische Gefahren. *Negative Seite*: Viele Fehler, durch die die positive Seite sehr beeinträchtigt und die Partei von ihren eigentlichen Aufgaben sehr abgelenkt wird. Diese Fehler sind nicht bei allen Führern der Opposition und nicht in allen von der Opposition beherrschten Orten gleichmäßig vorhanden. Am krassesten treten die Mängel bei den Führern der Berliner Opposition hervor. Übertreibungen in der Kritik der Mehrheit und fraktionelle Hetze gegen einzelne Führer der Mehrheit. Beweis: Thesen und Beschlüsse der Berliner Organisation, Referate von Ruth Fischer, Scholem, Thiede, Rosenberg und Maslow in Berliner Funktionärsversammlungen,

---

249 RGASPI, Fonds 495, Bestand 293, Akte 33, Bl. 77: An die Exekutive der Komintern, Brief vom 13. April 1923. Der Brief ist von Arthur Ewert unterschrieben, doch wird Brandler im maschinengeschriebenen Manuskript als Absender genannt. Bei der Beschaffung dieser und weiterer Moskauer, im Internet zugänglichen Quellen war mir Ronald Friedmann sehr behilflich.

250 Arthur Ewert/Gerhart Eisler/Heinz Neumann/Hans Pfeiffer, Zur Lage und zu den Aufgaben der Partei, in: Die Internationale, 6 (1923), Nr. 8, S. 228f.

251 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/62a, Bl. 132: Edwin Hoernle an das EKKI, Bericht vom 23. April 1923.

Berichte von Ruth Fischer an Sinowjew […].“[252] Das EKKI übernahm dieses Urteil fast wörtlich.[253] Wenig später mahnte es die Berliner Parteiorganisation, die Einheit der KPD nicht aufs Spiel zu setzen.[254] Hingegen hatte Ruth Fischer verkündet: „Es kommt der Tag, wo alle Genossen hinter uns stehen und die hinauswerfen, die auf dem Boden der Demokratie stehen und mit der Weimarer Verfassung liebäugeln.“[255]

In der erhitzten Stimmung der Ruhrkrise ergriff die KPD-Spitze die Initiative zu überparteilichen Konferenzen in Essen und Frankfurt, an denen jeweils mehrere hundert Partei- und Gewerkschaftsaktivisten, darunter auch Sozialdemokraten und Vertreter linker Kleinparteien, teilnahmen.[256] Auch Ruth Fischer sprach auf der Konferenz in Essen und wandte sich gegen die ihrer Meinung nach reformistischen Illusionen: „Ich glaube sagen zu dürfen, dass die Exekutive [der Komintern] mit der Ruhrpolitik der Partei unzufrieden ist“, sagte sie.[257] Clara Zetkin sah dies, wie sie Heinrich Brandler schrieb, als klaren Loyalitätsbruch gegenüber der Parteiführung. Sie warnte Brandler davor, die Ultralinken zu unterschätzen. Das koordinierte Auftreten von Fischer, Maslow und Scholem zeuge von einer „Verbösung der Situation.“ Hinter ihrer Praxis stehe „ein klar bewusster Wille.“[258] Die Parteiführung konnte nicht übersehen, dass Ruth Fischer und ihre Verbündeten in einer

252 Ebd., Bl. 187. Vgl. auch den Bericht in der *Roten Fahne* vom 27. März 1923 sowie Larry Peterson, German Communism, Workers’ Protest, and Labor Unions. The Politics of the United Front in Rhineland-Westphalia 1920–1924, Dordrecht 1993, S. 174.

253 Vgl. RGASPI, Fonds 495, Bestand 2, Akte 19, Bl. 54–67: Resolution zu den Differenzen in der deutschen Partei, Moskau, 4. Mai 1923. Vgl. auch SAPMO-BArch, RY 5/I 6/3/128, Bl. 49: Urteil über die Opposition in der KPD, undatiert.

254 Vgl. ebd., Bl. 72: Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale an die Berliner Organisation der KPD, Brief vom 12. Mai 1923.

255 Ruth Fischer, Die Arbeiterregierung, in: RF vom 28. März 1923, Beilage.

256 Vgl. Peterson, German Communism, S. 173f. Auf der Frankfurter Konferenz im März 1923 waren von den 243 Delegierten nicht weniger als 50 aus dem Ausland. Vgl. Elfriede Lewerenz, Antifaschistischer Kampf der Kommunistischen Internationale im Jahre 1923, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 25 (1983), Nr. 1, S. 20. Dabei warnte die KPD auch vor der Gefahr des Faschismus und insbesondere vor der erstarkenden NSDAP. Vgl. Conan Fischer, The German Communists and the Rise of Nazism, Houndmills/London 1991, bes. S. 47–49.

257 Ruth Fischer genoss wegen ihrer linksradikalen Haltung unter KPD-Mitgliedern im Ruhrgebiet, auch wenn diese einer eher „gemäßigten“ Linie zuneigten, große Popularität. Vgl. Michael Ruck, Die freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923, Köln 1986, S. 382f.

258 SAPMO-BArch, NY 4005/71: Bestand Clara Zetkin, Brief an Heinrich Brandler vom 1. April 1923, Bl. 93.

Reihe von Bezirksorganisationen die Meinungsführerschaft übernahmen, so im Ruhrgebiet, in Frankfurt-Hessen, der Pfalz und am Niederrhein.[259]

Unterdessen spitzte sich der Ruhrkampf dramatisch zu. Vom 16. bis zum 29. Mai kam es zu massiven Streikaktionen der Ruhrarbeiter gegen die französisch-belgische Besatzung.[260] Inmitten dieser Streikkämpfe, am 26. Mai, wurde der Student und Leutnant der Reserve Leo Schlageter von französischem Militär erschossen. Schlageter, Mitglied der Nazi-Partei, hatte als Anführer eines Sabotagetrupps Eisenbahnschienen gesprengt, um die Lieferung von Kohle und anderer Reparationsleistungen aus Deutschland nach Frankreich zu verhindern. Die Nationalsozialisten starteten eine Kampagne, in der sie behaupteten, Schlageter sei vom preußischen SPD-Innenminister Severing an die Franzosen verraten worden. Obwohl bald herauskam, dass die Verräter in den eigenen Reihen zu suchen waren, wurde Schlageter zum Märtyrer erkoren.[261]

Manche Kommunisten versuchten, von diesem Mythos zu profitieren und der Rechten rebellisch gesinnte Menschen abzuwerben. Zu ihnen gehörte Karl Radek. Er hatte sich für eine Ausweitung der Einheitsfront auf „national gesinnte" Kreise ausgesprochen, und die Parteilinke, die nicht zur Zusammenarbeit mit der SPD bereit war, hatte dies akzeptiert.[262] In der Tagung des EKKI am 20. Juni bezeichnete Radek Schlageter als einen „Wanderer ins Nichts" und erklärte, „der mutige Soldat der Konterrevolution", verdiene es, „von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrlich gewürdigt zu werden." An die Adresse der radikalen Rechten richtete der Deutschlandexperte der Komintern die Frage: „Gegen wen wollen die Deutschvölkischen kämpfen: gegen das Ententekapital oder das russische Volk? Mit wem wollen sie sich verbinden? Mit den russischen Arbeitern und Bauern zur

259 Vgl. Orlova, Revoljucionnyi krizis, S. 272. Während Maria Orlowa die grundsätzliche Solidarität der KPD-Führung mit den Ruhrarbeitern nie in Abrede stellte, taten später die Verfasser der neuen Thälmann-Biographie genau (und fälschlicher Weise) Dies. Vgl. Czichon/Marohn, Thälmann, Bd. 1, S. 141f.

260 Einzelheiten bei Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik, S. 214f.

261 Vgl. zu Schlageter u. a. Winkler, Weimar 1918–1933, S. 194f., Robert G. L. Waite, Vanguard of Nazism. The Free-Corps Movement in Post-War Germany, 1918–1923, New York 1969, S. 233–238, Nigel H. Jones, Hitler's HeraldS. The Story of the Freikorps, 1918–1923, New York 1992, S. 227–229, und Conan Fischer, The 1923 Ruhr Crisis, bes. S. 45 und 53–55.

262 Vgl. die Berichte über die Sitzungen des Zentralausschusses am 16./17. Mai 1923, in: RF vom 16. bis 19. Mai 1923. Vgl. auch Otto-Ernst Schüddekopf, Nationalbolschewismus in Deutschland 1918–1933, Frankfurt 1972, hierzu S. 108–139, und Nick Brauns, Die Schlageter-Verwirrung. Der Flirt der KPD mit dem Nationalbolschewismus im Ruhrkampf vor 80 Jahren, in: Junge Welt vom 21. Juni 2003.

gemeinsamen Abschüttelung des Joches des Ententekapitals oder mit dem Ententekapital zur Versklavung des deutschen und russischen Volkes?“[263]

Daran anschließend öffnete *Die Rote Fahne*, das KPD-Organ, ihre Seiten für zwei Beiträge des völkischen Nationalisten Ernst Graf zu Reventlow, die auch als Broschüre erschienen – gemeinsam mit Radeks Rede sowie Aufsätzen des Kommunisten Paul Frölich und des neokonservativen Nationalisten Arthur Moeller van den Bruck. Das Heft trug den Titel *Hakenkreuz oder Sowjetstern. Deutschlands Weg – Deutschlands Rettung*.[264] Mehr noch: Kommunistische und völkische Redner traten zusammen in Veranstaltungen auf. So sprach der KPD-Reichstagsabgeordnete Hermann Remmele am 2. August 1923 auf einer Versammlung der NSDAP. Dabei sagte er, angesichts des Treibens jüdischer Viehhändler könne er verstehen, wie der Antisemitismus, so falsch dieser sei, entstanden sei. Doch müsse nicht nur das „jüdische Finanzkapital“, sondern auch das „Industriekapital“ bekämpft werden.[265]

Die KPD-Presse benutzte den Begriff des „Volkes“ als Schlüsselkategorie, um die Zustände in Deutschland zu kennzeichnen beziehungsweise anzuprangern.[266] Dies kam Teilen der Partei entgegen, die damals ein Bündnis mit der zum Faschismus tendierenden entwurzelten Kleinbourgeoisie gegen die demokratischen

---

263 Radeks Rede erschien am 26. Juni 1923 mit der Überschrift „Schlageter, der Wanderer ins Nichts“ in der *Roten Fahne* sowie im Protokoll der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale (Moskau, 12.–23. Juni 1923), Berlin 1923, S. 240–245. Wiederabdruck in: Möller, Karl Radek in Deutschland, S. 245–249. Vgl. auch Lerner, Karl Radek, S. 120–123, und Fayet, Karl Radek, S. 449–453. An Brandler schrieb Radek, er hoffte mit dieser Rede nicht, „ein paar Hundert Offiziere und Ingenieure [zu] gewinnen“, aber wollte, „dass die faschistische Presse zu reagieren beginnt, dass ein Teil der ehrlichen Leute von diesem Ufer zu denken beginnt, wir vielleicht einen kleinen Stützpunkt gewinnen.“ RGASPI, Fonds 495, Bestand 18, Akte 175a, Bl. 235: Radek an Brandler, Brief vom 8. Juli 1923, zit. in: Joachim Schröder, Internationalismus nach dem Krieg. Die Beziehungen zwischen deutschen und französischen Kommunisten 1918–1923, Essen 2008, S. 378.

264 Hakenkreuz oder Sowjetstern? Deutschlands Weg – Deutschlands Rettung, Berlin 1923.

265 Vgl. Hermann Remmele, Rede in der Faschistenversammlung in Stuttgart, in: RF vom 10. August 1923, Beilage. Vgl. für die Reaktion der NSDAP Fayet, Karl Radek, S. 458. Ähnlich (gelinde gesagt) missverständlich prangerte ein KPD-Plakat wenig später die Finanzierung deutsch-völkischer Kreise durch Gesinnungsgenossen jüdischer Herkunft mit den Worten „Judengeld stinkt nicht“ an. Zit. nach Olaf Kistenmacher, Klassenkämpfer wider Willen. Die KPD und der Antisemitismus in der Weimarer Republik, in: Jungle World vom 14. Juli 2011.

266 Mehrere Beispiele bei Thomas Khaury, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002, S. 266f. Das Buch leidet allerdings unter der Tendenz, in jeder deplacierten kommunistischen Äußerung Tendenzen eines völkischen Nationalismus auszumachen.

Errungenschaften der Weimarer Republik suchten.[267] Das war innerhalb der Partei jedoch nicht unumstritten. Besonders irritiert waren die französischen Kommunisten.[268]

Auch Ruth Fischer scheute die populistische Stimmungsmache nicht, in der sie sogar antisemitische Klischees einsetzte. In einer Rede vor kommunistischen wie völkischen Studenten stellte sie laut einem Augenzeugenbericht am 25. Juli 1923 die demagogische Frage: „Sie rufen auf gegen das Judenkapital, meine Herren?" Ihre Antwort lautete: „Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. Recht so. *Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie.* Aber, meine Herren, wie stehen sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner ...?" Die SPD-Zeitung *Vorwärts* zitierte diese Rede unter dem Titel „Ruth Fischer als Antisemitin".[269] Das sei, so der Anarchist Rudolf Rocker, „mehr wie Mangel an Intelligenz, das ist einfach ein Verbrechen gegen den Geist des Sozialismus, der zwischen jüdischem

---

267 Vgl. Orlova, Revoljucionnyi krizis, S. 265f., und Harald Jentsch, Gravierende Missverständnisse, in: Neues Deutschland vom 21./22. Juni 2008. – Einer der beachtenswerteren Gedanken in James Burnhams späterer Kampfschrift gegen die „kommunistische Unterwanderung" der westlichen Welt (und die Hilfsdienste, die Sozialisten und Liberale dabei angeblich leisteten), war die Beobachtung, dass die durch den Ersten Weltkrieg desillusionierte Generation entweder mit Apathie auf den Zusammenbruch überlieferter Werte reagiere oder mit verstärktem Aktivismus; letzteren hätten Nazis wie auch Kommunisten für sich zu nutzen gewusst, während das konservative Bürgertum nur an alten Zeiten hing. Vgl. James Burnham, The Coming Defeat of Communism, New York 1949, S. 218.

268 Vgl. Schröder, Internationalismus nach dem Krieg, S. 371. So fuhr Heinz Neumann im Sommer nach Paris, um auf einer Reihe von Veranstaltungen und Treffen mit französischen KP-Genossen diese Irritationen auszuräumen. Vgl. Broué, Histoire de l'Internationale communiste, S. 336. Für den Informationsaustausch zwischen der deutschen und der französischen KP war Ernst Meyer zuständig. Er fuhr deshalb mehrmals nach Frankreich, was angesichts der politischen Lage nicht ungefährlich war. Vgl. Wilde, Ernst Meyer, S. 324–326.

269 Hängt die Judenkapitalisten. Ruth Fischer als Antisemitin, in: Vorwärts vom 22. August 1923 (Abendausgabe), unter Bezug auf einen Bericht von Franz Pfemfert, Die schwarzweißrote Pest im ehemaligen Spartakusbund, in Die Aktion, Nr. 14/1923. Hervorhebung im Text. Die Authentizität des Zitates ist natürlich, wie bei jedem Augenzeugenbericht, nicht gesichert. Zur SPD-Kritik am Kurs der KPD vgl. Donald L. Niewyk, Socialist, Anti-Semite and Jew. German Social Democracy Confronts the Problem of Anti-Semitism, 1918–1933, Baton Rouge 1971, S. 65f. Der Prager *Sozial-Demokrat* schrieb am 29. Juli 1923 unter der Überschrift „Sowjetstern und Hakenkreuz" von der „hübschen proletarischen Einheitsfront von Radek bis Hitler und von Trotzki bis Ludendorff." So zit. bei Fayet, Karl Radek, S. 462 (aus dem Französischen rückübersetzt).

und christlichem Kapital keinen Unterschied macht."[270] Die *Rote Fahne* beschränkte sich in ihrer Erwähnung auf den Hinweis, dass die Kontrahenten „nicht gerade versöhnt, aber mit dem Gefühl gegenseitiger Achtung" voneinander geschieden seien.[271] Sie brachte bezeichnenderweise kein Dementi. Die Rechtspresse reagierte höhnisch und ablehnend. Der *Völkische Beobachter* warnte vor „diesen neuen Verführern", die „unter der Maske des Vaterlandsfreundes die völkische Bewegung unter die nationalbolschewistische, jüdische Führung zu bringen" versuchten.[272]

Dass sich kommunistische und rechte Studenten zu gemeinsamer Hörerschaft vereinten, zeigte, welch bedrohliche Mischung aus Antikapitalismus, Pseudosozialismus und Nationalismus nach 1918 im sogenannten gebildeten Teil der Nation herangewachsen war. Dabei war Berlin, wo Ruth Fischer ihre markigen Worte ausgerufen hatte, keineswegs ein Hort des Antisemitismus. Die Stadt stand, schrieb der Historiker Eric Hobsbawm, der einige seiner Jugendjahre dort verlebte, politisch „links von der Mitte. Berlin fehlte ein historisch verwurzeltes bürgerliches Patriziertum, und deshalb hatte es auch für Juden einen einladenderen Charakter."[273] Vielleicht verleitete gerade dies Ruth Fischer zu einer Fahrlässigkeit, die ihr in Wien wohl nicht unterlaufen wäre. Sie schlug selbst ihre eigenen, nur drei Jahre alten Erkenntnisse in den Wind. „Gegen einen siegreichen ‚ausländischen' Kapitalismus", hatte sie 1920 geschrieben, „erwachen alle nationalen Instinkte des unterdrückten Kapitalismus, aber seine Schwäche zerstört dem Proletariat die

---

270 Rudolf Rocker, in: Der Syndikalist, Nr. 47/1923, www.anarchismus.at/anarchistische-klassiker/rudolf-rocker/204-rudolf-rocker-antisemitismus-und-judenpogrome.

271 Zum geistigen Arbeiter, in: RF vom 29. Juli 1923. Ruth Fischer beeilte sich, in einer anderen, weniger wichtigen Angelegenheit den *Vorwärts* sofort zu dementieren (vgl. Ruth Fischer, Zur Richtigstellung, in: RF vom 30. August 1923), während ihr der Antisemitismus-Vorwurf des Blattes kein Dementi wert war.

272 Zit. nach: Hakenkreuz oder Sowjetstern, S. 3. Vgl. für die Reaktionen der rechtsradikalen Presse Louis Dupeux, Nationalbolschewismus in Deutschland 1919–1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, Frankfurt 1985, S. 201f., Otto Wenzel, 1923. Die Geschichte der deutschen Oktoberrevolution, Münster 2003, S. 117, und Fayet, Karl Radek, S. 452 und 458, der zeigt, wie die antisemitische Rechte Radeks jüdische Herkunft zum Anlass nahm, ihn zu verunglimpfen. In der Schwächeperiode der NSDAP um 1925 gab es allerdings Avancen mit antikapitalistischem Duktus an Kommunisten, die indes von Hitler unterbunden wurden. Vgl. Conan Fischer, German Communists, S. 79f.

273 Eric Hobsbawm. Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert, München/Wien 2003, S. 66.

Illusionen, dass es dem heimischen Kapital gelingen könne, ihm halbwegs erträgliche Lebensverhältnisse zu bieten."[274]

Das Problem reichte jedoch tiefer. Der Vorfall bewies die völlige Unterschätzung des Antisemitismus, besonders aber des akademischen Rechtsradikalismus durch Teile der KPD.[275] Gerade Studenten hatten nach dem verlorenen Weltkrieg die wirtschaftlichen Schwierigkeiten besonders hart zu spüren bekommen. Viele von ihnen empfanden sich als Teil einer verlorenen Generation. Ihr übersteigerter Nationalismus war keine harmlose Schrulle. Golo Mann, den seine Herkunft vor manch finanziellen Problemen bewahrte, notierte das „Unbegreifliche der Niederlage, was all die folgenschwere Verwirrung, die Legenden, Verdrehungen, Beschuldigungen und Lügen hervorbrachte." Viele ersparten sich angesichts der Nachkriegskrise das selbstkritische Denken und suchten nach einfachen Erklärungen. „Es musste jemand an ‚unserem Unglück' schuld sein. Also waren es ‚die Roten', also waren es die Juden, diese in Verbindung mit jenen."[276] Die Erfahrung der jüngsten Geschichte hätten mahnen sollen: Die Revolution von 1918–19 war zur Geburtsstunde der mörderischen Losung vom „jüdischen Bolschewismus" geworden; Antikommunismus und Antisemitismus gingen seitdem Hand in Hand.[277]

274 Elfriede Friedländer, Sexualethik des Kommunismus. Eine prinzipielle Studie, Wien 1920, S. 46.

275 Vgl. zum studentischen Antisemitismus Michael H. Kater, Studenten und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975, und Michael Stephen Steinberg, Sabers and Brown Shirts. The German Student's Path to National Socialism, 1918–1935, Chicago/London 1977.

276 Golo Mann, Erinnerungen und Gedanken. Eine Jugend in Deutschland, Frankfurt 2002, S. 168.

277 Vgl. z. B. Stephen Eric Bronner, Persistent Memories. Jewish Activists and the German Revolution of 1919, in: Ders., Imaging the Possible. Radical Politics for Conservative Times [1995], New York/London 2002, S. 225–238. Doch nicht nur frühere Frontsoldaten, sondern Nachgeborene, die ihre rechtsradikale Prägung in den Freikorps erfahren hatten, wurden rabiate Antisemiten und zugleich Kommunistenhasser. Sie griffen, was bis dahin an deutschen Hochschulen undenkbar gewesen war, jüdische Kommilitonen, deren linke Einstellung bekannt war, auch physisch an, wenngleich meist außerhalb des Campus. Vgl. neben den Büchern von Kater und Steinberg auch Dirk Walter, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999, S. 44–46, 83f., und Donald L. Niewyk, The Jews in Weimar Germany [1980], New York/London 2001, S. 61–68. In der Feindschaft gegen Linke und Juden floss natürlich auch die Furcht der Rechtsextremen vor einer „international ausgerichteten und säkularisierten Zukunftskultur" zusammen (für die auch Hanns Eisler stand). Detlev J. K. Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt 1987, S. 161. Der Internationalismus der Arbeiterbewegung und, in Solomon Liptzins Worten, der „Pan-

Doch die Mystifizierung der angeblich nur irregeleiteten, doch potentiell revolutionären „Massen“ vernebelte der Frontfrau der KPD, doch nicht nur ihr, den Blick.[278]

Mit der abstrusen Idee einer „proletarischen deutschen Nation“, die vor ausländischem (und dies assoziierte auch: jüdischem) Kapital geschützt werden müsse, befanden sich Teile der KPD, ohne dass sie dies wollten, in gefährlicher Nachbarschaft zu Hitlers Anhängern.[279] Sie nahmen auch sonst bedenkliche Anleihen aus deren Vokabular auf: Es war keineswegs untypisch, wenn der Komintern-Emissär August Kleine (kein anderer als Samuel Guralski) auf dem Leipziger Parteitag die Parteilinke als „eine leichte Erkältung mit wechselnder Temperatur in einem gesunden Körper“ sah, wohingegen die „Rechte“, also die realpolitische Strömung innerhalb der KPD, „ein Typhus-Bazillus“ sei.[280]

Humanismus“ jüdischer Intellektueller hatten gemeinsame ethische Grundlagen, die Ruth Fischer (und andere KPD-Ideologen) in fahrlässiger Weise aufs Spiel setzten. Solomon Liptzin, Germany’s Stepchildren, Cleveland u. a. 1961, S. 270.

278 Vgl. die fundierte Kritik in: Gruppe Magma (Hg.). „… denn Angriff ist die beste Verteidigung.“ Die KPD zwischen Revolution und Faschismus, Bonn 2001, S. 203–207. Zu missverständlichen, teilweise auch antisemitischen Äußerungen innerhalb der KPD im Jahre 1923 vgl. neben Khaurys Arbeit auch Edmund Silberner, Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen 1983, S. 266–270, sowie (mit anderen Akzenten in der Wertung) Mario Keßler, Die KPD und der Antisemitismus in der Weimarer Republik, in: Ders., Vom bürgerlichen Zeitalter zur Globalisierung. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 2005, S. 49–65.

279 Dies auch nach dem Urteil von Mathilde Montagnon, Ruth Fischer, S. 67. – Das war nicht das erste Mal, dass Kommunisten eine solche Nähe zeigten: Bereits 1920 war besonders in Bayern eine KPD-Gruppe um Otto Graf und Otto Thomas in innerparteilichen Konflikten wie in der angeblichen „Gewinnung der Massen“ vor antisemitischen Ressentiments nicht zurückgeschreckt. Am Rande dieser Gruppe befanden sich mit den Nürnbergern Ludwig Käfer und Hans Vey zwei alsbaldige Parteigänger der NSDAP. Vgl. Rainer Hambrecht, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925–1933), Nürnberg 1976, S. 21–33. Den Hinweis verdanke ich Sebastian Zehetmair.

280 Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages S. 247. In der KPD war Guralski fast durchweg als August Kleine bekannt. Guralski (dies war inzwischen sein offizieller Name) war 1890 in Riga als Abram Heifetz geboren worden. Später arbeitete er unter dem Parteinamen Rústico in Buenos Aires. Vgl. Jürgen Mothes, Lateinamerika und der „Generalstab der Weltrevolution.“ Zur Lateinamerika-Politik der Komintern hg. von Klaus Meschkat, Berlin 2010, S. 32ff. und *passim*. Dort erscheint er als „Alexander Guralski.“ In die Sowjetunion zurückbeordert, wurde er 1937 und 1952 für jeweils längere Zeit verhaftet, doch beide Male wieder freigelassen. Dazwischen lehrte er europäische Geschichte an der Moskauer Universität. Er starb um 1960. Vgl. Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 375–377.

Hier ist eine Bemerkung zur kommunistischen Sprache am Platz. Sie gebar, so Thomas Childers und Andreas Wirsching, einen gewalttätigen Diskurs, war tief im Freund-Feind-Denken verwurzelt und nahm auch mehr als einmal Begriffe des Vulgärdarwinismus auf. Wirsching sieht dies als konstitutives Merkmal des Leninismus, und selbst moderate Kommunisten wie Clara Zetkin seien davon nicht frei gewesen.[281] So richtig dies ist, bedarf es doch der Ergänzung: Einerseits benutzten keineswegs nur Kommunisten eine solche Sprache, wenngleich ihr Glaube an die Revolution dieser Sprache eine besondere Militanz verlieh. Ebenso übten sich die Rechtskräfte, nicht nur die NSDAP, sondern breite Kreise des nationalistischen Bürgertums, in gewalttätiger antikommunistischer wie auch antiliberaler Rhetorik. Sogar in der SPD-Presse findet sich gegenüber den Kommunisten ein solches Vokabular.[282] Andererseits nahmen die parteiintern als „rechte Abweichler" oder „Versöhnler" geschmähten Kommunisten, die den Graben zur SPD verringern wollten, von einer solchen Diktion zunehmend Abstand. Nicht zufällig waren es die gleichen Kräfte, die auch das Projekt einer Arbeiterregierung trugen.[283]

Zu ihnen gehörte Heinrich Brandler. Er suchte auch einer bedrohlichen Entwicklung entgegenzuwirken, die den Faschisten Avancen machte. Ein von ihm verfasster Aufruf sah diese nicht als verführte Revolutionäre, sondern als Gegner, als Exponenten des „weißen Terrors", die auf den Bürgerkrieg setzten. Der Aufruf rief zur Einheit aller antifaschistischen Kräfte und zur Abhaltung eines reichsweiten Antifaschistentages auf.[284] Natürlich ging es Brandler auch darum, diese anti-

281 Vgl. Andreas Wirsching, Violence as discourse? For a „linguistic turn" in communist history, in: Twentieth Century Communism, Issue 2 (2010), S. 12–39, und für den Kontext bereits Thomas Childers, The Social Language of Politics in Germany. The Sociology of Political Discourse in the Weimar Republic, in: American Historical Review, 95 (1990), Nr. 2, S. 331–358, bes. S. 350f.

282 Belege hierfür in: Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929, S. 224, 238, 258, 276f. Auf S. 293 ist in Faksimile der *Vorwärts* vom 13. Januar 1919 mit dem infamen Vers Arthur Zicklers abgedruckt, der zur Ermordung von „Karl, Rosa, Radek und Kumpanei" aufruft.

283 Interessanterweise meint Wirsching, gerade die militante Sinnwelt der Kommunisten und ihre Mobilisationsfähigkeit befähigten sie 1933 auch, als erste den Kampf gegen Hitler aufzunehmen. Vgl. Wirsching, Violence as discourse?, S. 31. Es waren jedoch die natürlich auch rascher zu mobilisierenden Kleingruppen wie KPO, SAP, Neu Beginnen oder die Trotzkisten, die als erste in den organisierten Widerstand gingen. Vgl. Jan Foitzik, Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933–1939/40, Bonn 1986.

284 Aufruf der Zentrale der KPD zur Gewinnung der breitesten Massen für den Kampf gegen die drohende Faschisierung der Großbourgeoisie, in: RF vom 11. Juli 1923 und in: Do-

faschistischen Massen für die Zwecke der KPD zu gewinnen, und er erhielt deshalb Rückendeckung aus Moskau.[285] Brandlers Hoffnung, die SPD werde sich am Antifaschistentag beteiligen, erfüllte sich nicht. Der SPD-Parteivorstand lehnte gemeinsame Aktionen rundweg ab. Doch nahmen viele SPD-Mitglieder am 29. Juli an den reichsweiten Massendemonstrationen teil.[286]

Dabei verwechselte Brandler nicht die Tagesaufgaben mit den längerfristigen Zielen. „Er hatte 1921 einen Fehler begangen, als er voreilig zum Handeln blies, und er hatte nicht vor, diesen Fehler zu wiederholen", schrieb Chris Harman. Dies beschwor natürlich Spannungen mit Ruth Fischer herauf.[287] Diese fand noch Jahrzehnte später dafür die fatale Formulierung, Brandler habe sich „auf das Schreiben aggressiver Artikel gegen die Faschisten" verlegt und entsprechende Anweisungen an die Redakteure der KPD-Zeitungen erlassen.[288] Die Anbiederung vielmehr von Brandlers Widersachern an Nationalismus und Antisemitismus blieb zwar ein kurzes Zwischenspiel in der KPD. Sie zeigte dennoch, wie wenig sich bestimmte Kräfte in der Partei, darunter Ruth Fischer, über die Gefahr von rechts im Klaren waren und stattdessen in der Sozialdemokratie zunehmend ihren Hauptfeind erblickten. „Groß werden die Faschisten durch die sozialdemokratische Politik", schrieb Arkadij Maslow in der *Roten Fahne*.[289]

Diese politische Verblendung ging einher mit der grotesken Überschätzung der eigenen Stärke wie auch einer völligen Fehleinschätzung der politischen Lage in Deutschland. Dessen waren sich die nüchterner denkenden KPD-Funktionäre bewusst. In drastischen Worten hatte Heinrich Brandler am 16. Juni in einem Brief an den Vertreter der KPD in Moskau, Edwin Hoernle, gefordert, die Berliner Opposition um Fischer und Maslow solle von der sowjetischen Seite „eins aufs Maul bekommen."[290] Am 2. Juli schrieb Hoernle zurück, dass die Deutsche Delegation (die KPD-Vertretung) in Moskau Brandlers Meinung teile, wonach die

kumente und Materialien, Bd. VII/2, S. 366f. Brandlers widersprüchliche Position zeigte sich dennoch, wenn er an Radek schrieb, man müsse beim Antifaschistentag „ideologisch um SPD-Arbeiter und Kleinbürgermassen kämpfen. Wir müssen ihnen aber auch mit der anderen Hand den Knüppel zeigen." SAPMO-BArch, RY 5/1 2/3/208, Bl. 448f.: KPD, Polbüro, Brandler an Radek, Brief vom 18. Juli 1923.

285 Vgl. L. G. Babičenko, Politbjuro CK RKP(B), Komintern i sabytija v Germanii v 1923 g. Novye archivnye materialy, in: Novaja i Novejšaja istoria, 38 (1994), Nr. 2, S. 127.

286 Vgl. Heinz Niemann u. a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917–1945, Berlin [DDR] 1982, S. 117.

287 Harman, Lost Revolution, S. 259.

288 Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 349.

289 A. Maslow, Zur Lage in der Partei in: RF vom 19. April 1923, Beilage.

290 SAPMO-BArch, RY 5/I 2/3/203, Bl. 109: KPD, Polbüro, Heinrich Brandler an die Deutsche Delegation, z. Hd. des Gen. Hoernle, Brief vom 16. Juni 1923.

Berliner Bezirksorganisation als „wichtigste deutsche Parteiorganisation praktisch unsere Taktik desavouiert“ und jedes Zusammengehen mit linken Sozialdemokraten unmöglich mache.[291] „Sinowjew überschätzt ohne Zweifel die Bedeutung der Berliner Opposition“, schrieben hingegen Jacob Walcher und August Enderle eine Woche später aus Moskau an die KPD-Zentrale.[292]

In einer zunächst privaten Notiz an Brandler und Thalheimer suchten Sinowjew und Bucharin von ihrem Urlaubsort Kislowodsk aus die KPD zu einer offensiveren Politik zu bewegen.[293] Am nächsten Tag, dem 28. Juli, erreichte diese Demarche auch das ZK der sowjetrussischen Partei, das daraufhin zusammentrat und einen Aufstand in Deutschland ins Auge fasste.[294] Dieser abenteuerliche Kurs, der auf einer Selbsttäuschung über die Lage beruhte, führte zum Revolutionsversuch des „Deutschen Oktober“, zur Nachahmung der Bolschewiki. Nur glückte keine Kopie des Originals.

Der missglückte „Deutsche Oktober“

Am 28. Juni 1923 traf die Deutsche Delegation, es waren die in Moskau offiziell tätigen KPD-Mitglieder, beim EKKI in Moskau mit Sinowjew, Radek, Bucharin

---

291 Ebd., RY 5/I 6/3/120, Bl. 4, sowie RGASPI, Fonds 495, Bestand 292, Akte 4, Bl. 232. Das Dokument ist auch abgedruckt in: Bernhard H. Bayerlein u. a. (Hg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003 [im Folgenden: Bayerlein, Deutscher Oktober], S. 89–92 (Dokument Nr. 1). In einem Brief an Radek beklagte Brandler am 12. Juli 1923 Ruth Fischers Desinteresse, wann immer die Frage der Arbeiterregierung erörtert wurde: „Sie sitzt in der Polbürositzung, in die sie zu spät kommt und früher wieder weggeht, liest schöngeistige Literatur, grinst und beteiligt sich fast nicht. Dabei arbeiten Ruth und Maslow, statt für die Linie der Partei in Berlin, wo es Hals über Kopf Arbeit gibt, unter den polnischen und bulgarischen Studenten, denen sie ein ‚richtiges Bild‘ von der deutschen Parteizentrale abmalt.“ SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/208b, Bl. 436 (Kürzel Bra/Abr).

292 RGASPI, Fonds 495, Bestand 292, Akte 4, Bl. 238 (Rückseite): Jacob Walcher und August Enderle an die KPD-Zentrale, Brief vom 9. Juli 1923.

293 SAPMO-BArch, RY 5/I 6/10/53, Bl. 69–74: Brief vom 27. Juli 1923, auch abgedruckt in: Bayerlein, Deutscher Oktober, S. 95f. (Dokument Nr. 3). Während sich Bucharin innenpolitisch als Mitinitiator der Neuen Ökonomischen Politik sukzessive von ultralinken Vorstellungen gelöst hatte, galt dies 1923 noch nicht für die Außen- und Komintern-Politik. Vgl. Stephen F. Cohen, Bukharin and the Bolshevik Revolution. A Political Biography, New York 1975, S. 101f., und Wladislaw Hedeler/Ruth Stoljarowa, Nikolai Bucharin. Leben und Werk, Mainz 1993, S. 62f. und *passim*.

294 Vgl. Orlova, Revoljucionnyi krizis, S. 264, und Babičenko, Politbjuro CK RKP(B), S. 127.

und Pjatnitzkij zusammen.[295] Paul Böttcher berichtete nach Berlin, er habe die sowjetischen Politiker darüber informiert, dass die KPD die sächsische Zeigner-Regierung „jetzt schärfer kritisieren und schärfer gegen sie vorgehen muss, ohne sie unmittelbar zu stürzen."[296] Dies genügte dem EKKI nicht: Am 18. Juli richtete das EKKI-Präsidium an die KPD-Führung einen Brief, in dem sie die Partei zu einer deutlich härteren Gangart gegenüber den Sozialdemokraten drängte. Ein politischer Bruch mit der sächsischen SPD-Regierung unter Ministerpräsident Zeigner sei in Kauf zu nehmen, wenn dies die Vorbereitung revolutionärer Massenaktionen notwendig mache. Wichtiger als ein Bündnis mit der SPD sei jetzt „das selbständige revolutionäre Wissen und Wollen unserer Parteigenossen", hieß es. Die Losung der Arbeiterregierung wurde jedoch nicht aufgegeben.[297]

Knapp drei Wochen darauf, am 5. und 6. August, tagte in Berlin der Zentralausschuss der KPD. Ruth Fischer, die sich zu dieser Zeit in Moskau befand, hatte dem Polbüro ein Papier zugeleitet, in dem sie die Möglichkeit der Arbeiterregierung als Zwischenstadium zur erwarteten proletarischen Machtergreifung erneut bezweifelte. Radek sah ein ernstes Warnsignal für ein verfehltes Auftreten der linken Opposition und ließ Brandler, der ihn über die Lage informiert hatte, wissen, dass er im EKKI dagegen auftreten werde.[298] Brandler stellte in Rechnung, dass die deutsche Rechte den Bürgerkrieg suchen und zur gewaltsamen Zerschlagung der KPD schreiten könne.[299] Er befürchtete, „dass in dieser politischen Situation, wo wir alle Hände voll zu tun haben, wieder eine parteitaktische Diskussion beginnt über die Machtübernahme durch die Partei, statt die Volksrevolution vorzubereiten, statt alle Möglichkeiten auszunützen, um uns auf den bevorstehenden Bürgerkrieg so einzustellen, dass wir nicht niedergeschlagen werden."[300]

295 In späteren Dokumenten taucht auch der Begriff Deutsche Vertretung auf.

296 RGASPI, Fonds 495, Bestand 292, Akte 4, Bl. 224: Paul Böttcher an die KPD-Zentrale, Brief vom 28. Juni 1923. Ähnlich schrieb Böttcher in einem Brief an Brandler am gleichen Tag. Ebd., Bl. 226.

297 Ebd., Fonds 495, Bestand 18, Akte 175a, Bl. 219: Das Präsidium des EKKI an die Zentrale und den Zentralausschuss der KPD, Brief vom 18. Juli 1923.

298 SAPMO-BArch, RY 5/I 6/3/93, Bl. 91f.: Deutsche Sektion beim EKKI, Radek an Brandler, Brief vom 7. August 1923.

299 Thalheimer sah dies ebenso. Umso wichtiger sei die Gewinnung der unteren Mittelschichten durch eine Arbeiterregierung, die ein wirtschaftliches Übergangsprogramm aufstellen und somit beginnen solle, dem Großkapital wichtige Positionen streitig zu machen. Vgl. August Thalheimer, Welche nächsten Ziele muss sich die Arbeiterklasse im Bürgerkrieg stellen, in: RF vom 5. August 1923.

300 SAPMO-BArch, RY 5/I 2/3/208, Bl. 456: KPD, Polbüro, Brandler an Radek, Brief vom 31. Juli 1923.

In der Debatte erklärte Ruth Fischer, ihre Position aus taktischen Gründen abschwächend, die KPD müsse ihre Forderungen nach und nach in Richtung einer proletarischen Diktatur verschärfen.[301] Die Mehrheit des Zentralausschusses hielt jedoch am Begriff der Arbeiterregierung und sogar der Arbeiter- und Bauernregierung sowie der „entschiedenen Fortsetzung der Einheitsfrontpolitik" und der Gewinnung auch der Mittelschichten fest. Der Zentralausschuss der KPD stellte die Unfähigkeit der Cuno-Regierung fest, den Ruhrkampf zu beenden und der außer Kontrolle geratenen Inflation Herr zu werden. Die Folge sei eine „wachsende Rebellion der werktätigen Massen", der die Regierung mit der Drohung und selbst der Absicht eines Bürgerkrieges zu begegnen suche. In dieser Situation gehe „die Führung der breiten Masse [...] von der sich in verschärfender Zersetzung befindlichen Sozialdemokratie" auf die „in den letzten Monaten stark gewachsen[e] KPD" über. Auch die sozialdemokratische Regierung in Sachsen unter Ministerpräsident Erich Zeigner tendiere nun nach rechts.[302]

Eine Serie von Demonstrationen und Streiks zu streikunüblicher Zeit (Juli und August) nährte in der KPD die Hoffnung auf ein weiteres Anwachsen der revolutionären Welle. Angesichts dessen trat die Linksopposition nicht geschlossen gegen die Resolution auf, da sie ihre Position teilweise darin wiederfand und enthielt sich in der Abstimmung darüber der Stimme. Brandler schrieb daraufhin optimistisch von einer „Konsolidierung der KPD", was sich als Fehleinschätzung erweisen sollte.[303]

Unter der Oberfläche schwelten die Konflikte weiter. Radek sah in Maslow den Kopf der Opposition und beratschlagte mit Brandler, ihn nach Moskau abzuberufen. Dies geschah, und Maslow war einige entscheidende Wochen, in denen die KPD sich auf den Aufstand, aber auch auf den möglichen Eintritt in die SPD-Regierungen in Sachsen und Thüringen vorbereitete, nicht in Berlin. Weiterhin wies Radek Brandler mit Nachdruck darauf hin, dass sich die KPD auf die Illegalität einstellen müsse.[304]

---

301 Vgl. ebd., RY 1/I 2/1/18, Bl. 60ff.: Protokoll der 2. Tagung des Zentralausschusses der KPD am 5. und 6. August 1923.

302 Ebd., RY 1/I 1/6/3/119, Bl. 92: H. Möller, Die Tagung des Zentralausschusses der KPD am 5. und 6. VIII. 23. Heinz Möller (Moses Grzyb) war politischer Mitarbeiter der Deutschen Delegation beim EKKI. Vgl. zu ihm, der später in der Chinesischen Volksbefreiungsarmee kämpfte, Theodor Bergmann, Internationalisten an den antifaschistischen Fronten. Spanien – China – Vietnam, Hamburg 2010, S. 81–84.

303 H. Brandler, Die Tagung des Zentralausschusses, in: RF vom 8. August 1923.

304 Vgl. SAPMO-BArch, RY 5/I 2/3/208, Bl. 458: Deutsche Sektion beim EKKI, Brandler an Radek, Brief vom 8. August 1923, und ebd., RY 5/I 6/3/93, Bl. 95–97: Radek an Brandler, Briefe vom 10 und 13. August 1923. Vgl. auch Schalm, Ruth Fischer, S. 136.

Am 10. August zeichnete Ruth Fischer vor dem Polbüro das Bild einer „fast restlosen passiven Resistenz" der Berliner Arbeiter und schlug vor, die KPD solle einen dreitägigen Generalstreik ausrufen, der die Regierung Cuno zum Rücktritt zwingen werde. Dem schloss sich das Polbüro ebenso an wie Ruth Fischers nunmehriger Forderung nach Verhandlung mit allen Arbeitergremien zur raschen Bildung einer Arbeiterregierung, schien sie doch damit ihren Widerstand gegen dieses Kampfziel aufgegeben zu haben.[305] Der Generalstreik wurde jedoch, kaum begonnen, von der KPD für beendet erklärt, da am 12. August die Regierung Cuno zurücktrat und einem Kabinett unter Gustav Stresemann Platz machte, dem auch die SPD angehörte.[306] Die KPD schrieb sich den Rücktritt Cunos als Sieg auf ihre eigenen Fahnen, konnte aber nicht erkennen, dass darin ein geschicktes Manöver der Herrscherklassen lag.[307] Denn Stresemann sollte sich als ein weit fähigerer Meister des Krisenmanagements erweisen als Cuno.

305 Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/3, Bl. 227f.: KPD, Polbüro, Sitzung vom 10. August 1923.

306 Vgl. ebd., Bl. 231f. Vgl. auch Broué, Histoire de l'Internationale communiste, S. 319, und Fayet, Karl Radek, S. 467f. Die Begründung für den Abbruch des Generalstreiks gab Gerhart Eisler. Ausführlich hierzu Harald Jentsch, Die KPD und der „Deutsche Oktober" 1923, Rostock 2005, S. 130–132. Beachtenswert bleibt die bereits 1955 an der Freien Universität Berlin entstandene, doch erst Jahrzehnte später publizierte Dissertation von Wenzel, 1923. Vgl. auch Edward Hallett Carr, The Interregnum 1923–1924 (A History of Soviet Russia, Vol. 4), New York 1954, S. 201–226, Wolfgang Eichwede, Revolution und internationale Politik. Zur kommunistischen Interpretation der kapitalistischen Welt 1921–1925, Köln 1971, bes. S. 56ff., Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik, S. 228f., und Karsten Rudolph, Das Scheitern des Kommunismus im deutschen Oktober 1923, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 32 (1996), S. 484–519. Vgl. aus sowjetischer Sicht Orlova, Revoljucionnyi krizis, aus (analoger) DDR-Sicht Ernst Diehl, Zur Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1923, Diss., Berlin [DDR] 1967. Generell kritisierten sowjetische und DDR-Historiker Brandlers angeblich „opportunistische" Entscheidung, den Generalstreik abzubrechen, obgleich das die Entscheidung der gesamten KPD-Spitze gewesen war.

307 Vgl. die Polbürositzungen vom 14., 17. und 21. August 1923, Protokoll der Zentralsitzung vom 24. August 1923, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 1/2/3/3, Bl. 231–238. Vgl. hierzu die im Inhalt ähnlich kritischen Wertungen bei Orlova, Revoljucionnyi krizis, S. 142–154, und Wilhelm Ersil, Aktionseinheit stürzt Cuno. Zur Geschichte des Massenkampfes gegen die Cuno-Regierung 1923 in Mitteldeutschland, Berlin [DDR] 1963, S. 362–366, einerseits, bei Lionel Kochan, Russland und die Weimarer Republik, Düsseldorf 1955, S. 78, und Heinz Brahm, Trotzkijs Kampf um die Nachfolge Lenins. Die ideologische Auseinandersetzung 1923–1926, Köln 1964, S. 117, andererseits. Kochan zeigt, dass auch die sowjetische Presse sich nach dem Rücktritt Cunos den kühnsten Hoffnungen hingab, während am Anfang der Ruhrkrise besonders Diplomaten (wie Außenminister Tschitscherin in der *Prawda* vom 15. Februar 1923) davor gewarnt hatten, die Beziehungen zu

Dies war jedoch zum Zeitpunkt des Regierungswechsels ebenso wenig absehbar wie die Tatsache, dass mit dem abgebrochenen Generalstreik die revolutionäre Bewegung in Deutschland ihren Höhepunkt erreicht und auch schon überschritten hatte. Die KPD sah in Stresemanns Kanzlerschaft vielmehr ein Zeichen der andauernden Schwäche der Bourgeoisie. Brandler erklärte am 28. August, die Lebensdauer der Stresemann-Regierung werde „nicht allzu groß sein." Er warnte jedoch vor der Annahme, die nächste Welle, „die bereits im Anzug ist", werde schon „die Machtfrage entscheiden. Weder hat die Bourgeoisie die Kraft, jetzt die Stinnesdiktatur aufzurichten, noch wir, die Arbeiter- und Bauernregierung zu schaffen. Ich halte Zwischenlösungen wie Kleine Koalition oder gar sozialistische Regierung im Reich mit Reichstagsauflösung für möglich, ja sogar für wahrscheinlich. Trotzdem haben wir uns aufgrund unserer Beratungen so eingestellt, dass wir [...] in 6 Wochen den Kampf aufnehmen können, gleichzeitig stellen wir uns aber so ein, dass wir mit soliderer Arbeit in einem Zeitraum von 5 Monaten fertig sind."[308]

Knapp zwei Wochen vorher, am 13. August, hatte in Moskau das sowjetische Politbüro getagt. Tagesordnungspunkt war die Form und das Ausmaß der Unterstützung für die erwartete deutsche Revolution.[309] Am 15. August hatte Sinowjew die KPD angewiesen, sich auf die revolutionäre Endkrise vorzubereiten, von der in Moskau allerorten gesprochen wurde.[310] Dem hatte auch der zunächst skeptische Trotzki zugestimmt.[311] Am 23. August 1923 tagte das sowjetische Politbüro in geheimer Sitzung. Auch Radek plädierte dort für eine baldige Offensive. Dabei

Deutschland aufs Spiel zu setzen. Vgl. auch Louis Fischer, The Soviets in World Affairs. Abridged Edition, New York 1960, S. 332, und Ruge, Stellungnahme, S. 38.

308 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/2/15, Bl. 475: Sitzungen der Zentrale 1923, Brief Brandlers an das EKKI vom 28. August 1923.

309 Vgl. Babičenko, Politbjuro CK RKP(B), S. 130.

310 Im Spätsommer 1923 waren in Moskau, Ruth Fischer zufolge, „Banner und Transparente aufgestellt mit Losungen wie: ‚Russische Jugend, lerne Deutsch – der deutsche Oktober steht vor der Tür'; Bilder von Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren in jedem Schaufenster zu sehen." Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 380. Bereits im Frühjahr 1923 hatte mit der Ruhrkrise diese Propaganda eingesetzt. Vgl. Gleb J. Albert, „German October is Approaching". Internationalism, Activists, and the Soviet State in 1923, in: Revolutionary Russia, 24 (2011), Nr. 2, S. 113f.

311 Vgl. Trotzkis Brief an Sinowjew, Kamenew, Stalin und Tomskij vom 22. August 1923, abgedruckt in: Bayerlein, Deutscher Oktober, S. 129f. (Dokument Nr. 11). Trotzki galt damals eher als Unterstützer der Kräfte um Brandler in der KPD (und sollte später deshalb von Fischer und Maslow als „Rechter" angegriffen werden). Vgl. Carr, The Interregnum, S. 206, Babičenko, Politbjuro CK RKP(B), S. 129, und Jentsch, KPD, S. 195, Anm. 170.

spielten auch innersowjetische Aspekte eine Rolle. Als Anhänger Trotzkis sah er die Möglichkeit, dessen und seine eigene Position gegenüber Sinowjew und Stalin zu stärken.[312]

Immer mehr wurden in Moskau Fragen des Auslands unter innersowjetischem Aspekt gesehen, immer mehr überschnitten sich parteiinterne Fraktionskämpfe mit den deutschen Revolutionsplanungen, „und umso mehr mussten die nicht-sowjetischen Kommunisten den Zielen der sowjetischen Außenpolitik dienen“, schrieb Louis Fischer.[313]

In der Geschichte der Komintern, so Franz Borkenau, seien drei Perioden voneinander zu unterscheiden: „Während der ersten Periode ist die Komintern hauptsächlich ein Instrument, um die Weltrevolution herbeizuführen. Während der zweiten Periode ist sie hauptsächlich ein Instrument in den russischen Fraktionskämpfen. Während der dritten Periode ist sie hauptsächlich ein Instrument der russischen Außenpolitik.“[314] Im Rückblick ist klar, dass sich die Komintern im Herbst 1923 auf dem Übergang von der kurzlebigen zweiten in die lange dritte Periode befand und die deutschen Revolutionsplanungen nach ihrem Scheitern indirekt zur Aufwertung Stalins beitrugen.

Während sich die Mehrheit der sowjetischen Führung von einem Erfolg in Deutschland eine positive Wirkung auf die Stimmung in Russland erhoffte, blieb Stalin – wie Trotzki – noch skeptisch. Am 7. August hatte er Sinowjew brieflich zur Zurückhaltung geraten. Anders als 1917 die Bolschewiki, hätten die deutschen Kommunisten heute keine „solche Reserven wie a) Frieden, b) Land den Bauern, c) Unterstützung der ungeheuren Mehrheit der Arbeiterklasse, d) Sympathie der Bauern.“[315] Der schwerkranke Lenin spielte in diesen Auseinandersetzungen

312 Vgl. Goldbach, Karl Radek, S. 132, und Fayet, Karl Radek, S. 471.

313 Louis Fischer, Das Leben Lenins, Bd. 2, München 1970, S. 778. Ruth und Louis Fischer waren nicht miteinander verwandt.

314 Franz Borkenau, World Communism. A History of the Communist International, London 1938, Neuausgabe Ann Arbor, Mich. 1962, S. 419. Dennoch fürchteten noch bis zum Ende der 1920er Jahre leitende Mitarbeiter des sowjetischen Außenministeriums, Stalin könne die sowjetische Politik umgekehrt jener der Komintern unterordnen. Vgl. Bert Hoppe, Stalin und die KPD in der Weimarer Republik, in: Jürgen Zarusky (Hg.), Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung, München 2006, S. 26.

315 RGASPI, Fonds, 17, Bestand 2, Akte 317, Bl. 122: Stalin an Sinowjew, Brief vom 7. August, so zit. in: Bayerlein, Deutscher Oktober, S. 99f. (Dokument Nr. 5) und in: Lew Besymenski, Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren, 2. Aufl., Berlin 2003, S. 42. Auszüge erstmals auf Deutsch in: August Thalheimer, 1923: Eine verpasste Revolution?, Berlin 1931, S. 31. Sinowjew zitierte diesen Brief Ende 1927 angesichts seines verloren Kampfes gegen Stalin. Vgl. auch Stalins „Anmerkungen zum Charakter und zu den Per-

schon keine Rolle mehr. Am Ende der Sitzung wurde ein vorbereitender Ausschuss eingesetzt. Ihm gehörten mit Sinowjew, Kamenew, Radek, Stalin, Trotzki, Tschitscherin, Dzierżyński, Pjatakow und Sokolnikow nahezu alle prominenten bolschewistischen Führer außer Lenin an.[316] Sinowjew widersetzte sich der Idee, Trotzki die Koordinierung der Aktionen und die Verbindung nach Deutschland anzuvertrauen. Er fürchtete, von Trotzki in den Schatten gestellt zu werden.[317]

Dem bewaffneten Arm der KPD, den Proletarischen Hundertschaften, wurde umfangreiche finanzielle, logistische und sogar militärische Hilfe versprochen, obgleich Edwin Hoernle für die Deutsche Delegation in Moskau klargelegt hatte, dass die (oft weniger als hundert Mann zählenden) Einheiten „zunächst noch nicht Organe des militärischen Kampfes“ und als „bewaffnete Macht noch kaum aktionsfähig“ seien.[318] Ungeachtet der Warnung wurde Józef Unszlicht, der aus Polen stammende Stellvertreter Trotzkis im Revolutionären Militärrat, mit der Koordinierung der Unterstützung betraut.[319] Inoffiziell gehörte dem Militärrat auch der sowjetische Botschafter in Berlin, Nikolaj Krestinskij an. Er war für die Verwaltung der geheimen Gelder zur Vorbereitung des Aufstandes verantwortlich, die über die Komintern-Abteilung Internationale Verbindungen nach Deutschland geleitet wurden.[320] Stalin blieb im Hintergrund.

---

spektiven der deutschen Revolution“ vom 20. August 1923, abgedruckt in: Bayerlein, Deutscher Oktober, S. 110–112 (Dokument Nr. 9).

316 Auf dem Januar-Plenum des ZK der RKP(B) sagte Sinowjew 1924, zur eventuellen militärischen Unterstützung eines deutschen Aufstandes wären zehn bis fünfzehn Divisionen nötig gewesen. Zur gleichen Zeit kooperierten indes bereits sowjetische und deutsche Armeestellen miteinander. Vgl. Babičenko, Politbjuro CK RKP(B), S. 135. Am 9. August 1923 wurde eine Tarnfirma der Reichswehr gegründet, die zum Vertragspartner für sowjetische Lieferungen von Kriegsmaterial wurde. Vgl. Olaf Groehler, Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920–1941, Berlin 1992, S. 42.

317 Vgl. Pierre Broué, Trotzki. Eine politische Biographie, Bd. 1, Köln 2003, S. 402.

318 RGASPI, Fonds 495, Bestand 292, Akte 4, Bl. 231: Edwin Hoernle an Heinrich Brandler, Brief vom 2. Juli 1923.

319 Zu den Proletarischen Hundertschaften vgl. Helmut Gast, Die Proletarischen Hundertschaften als Organe der Einheitsfront im Jahre 1923, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 4 (1956), Nr. 3, S. 439–465, und James Diehl, Paramilitary Politics in Weimar Germany, Bloomington/London 1977, bes. S. 133–136. Die Hundertschaften waren ursprünglich gebildet worden, um dem Terror der Freikorps zu begegnen. Entgegen den Vorstellungen der Moskauer Führung trugen sie jedoch überwiegend einen rein defensiven Charakter, wie Edgar Feuchtwanger (From Weimar to Hitler, S. 125) betont, Heinrich August Winkler (Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 649) bestreitet.

320 Vgl. Broué, Histoire de l’Internationale communiste, S. 331, und Fayet, Karl Radek, S. 472. Die von Ossip Pjatnitzkij geleitete Abteilung Internationale Verbindungen OMS (Otdel’ Meždunarodnoj Svjazej), gehörte formell zur Org.-Abteilung der Komintern, un-

Bis zum Herbst 1923 hatte er an der Arbeit der Komintern keinen aktiven Anteil genommen, obwohl er am Gründungskongress im März 1919 anwesend war. Auf dem 2. Kongress war er zum Kandidaten des EKKI gewählt worden.[321] Im Dezember 1921 hatte er die Idee einer Arbeiterregierung unterstützt.[322] Sein Brief an Sinowjew vom August 1923 war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Erst als im September der Kurs der sowjetischen Führung auf eine deutsche Revolution klar festlag, machte sich Stalin in einem Brief an August Thalheimer zum Sprecher der Mehrheit und bezeichnete die kommunistische Revolution in Deutschland als „das wichtigste Weltereignis unserer Tage." Der Sieg des deutschen Proletariats werde „ohne Zweifel das Zentrum der Weltrevolution aus Moskau nach Berlin versetzen."[323]

Doch Thalheimer und Brandler waren skeptisch. Einerseits forderte Brandler in einer Sitzung mit den Bezirkssekretären den forcierten Aufbau der Hundertschaften, da man für den von der Reaktion angestrebten Bürgerkrieg gewappnet sein müsse. Andererseits erteilte er einer Einladung Radeks nach Moskau, wobei ihn Ruth Fischer begleiten sollte, rundweg eine Absage. Der ursprüngliche Grund

---

terstand aber tatsächlich allein den Weisungen der sowjetrussischen Mitglieder des EEKI-Präsidiums. Über ihre Existenz wurde Stillschweigen gewahrt. Vgl. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 388f., und G. M. Adibekov u. a., Organizacionnaja struktura Kominterna, Moskau 1997, S. 49. Jakow Mirow-Abramow, der für Deutschland zuständige OMS-Beauftragte, war offiziell in der Presseabteilung der sowjetischen Botschaft akkreditiert. Vgl. Gross, Willi Münzenberg, S. 145, und Angress, Kampfzeit, S. 435.

321 Vgl. Fridrich Firsow, Stalin und die Komintern, in: Bergmann/Keßler (Hg.), Aufstieg und Zerfall der Komintern, S. 37, und Hoppe, Stalin und die KPD in der Weimarer Republik, S. 20f.

322 Vgl. J. W. Stalin, Die Perspektiven, in: Werke, Bd. 5, S. 103.

323 Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Russlands über die proletarische Revolution, in: RF vom 20. September 1923, Beilage (nicht in der Stalin-Werkausgabe enthalten). Czichon/Marohn, Thälmann, Bd. 1, S. 152, halten Stalins Schwenk für richtig. „Es stellt sich die Frage, warum Stalin sich nicht gegen diese waghalsige Linie gewandt hat", schreibt hingegen der russische Historiker Alexej Filitov. „Es gibt Gründe anzunehmen, dass er im vollen Bewusstsein der absoluten Perspektivlosigkeit eines ‚deutschen Oktobers' nichts dagegen hatte, dass die Anhänger dieses Plans versuchten, ihn zu verwirklichen, dabei ein Fiasko erlitten und sich damit kompromittierten, umso mehr als Pjatakov und Radek Parteigänger seines damaligen Hauptgegners Trockij waren." A. M. Filitov, Zur Rolle innenpolitischer Faktoren für außenpolitische Entscheidungen: Die Sowjetunion und Deutschland im 20. Jahrhundert, in: Bulletin des Deutschen Historischen Instituts Moskau, Nr. 1, Moskau 2005, S. 84 (auch im Internet).

für die Einladung – eventuelle Aktionen zum Sturz der Cuno-Regierung zu koordinieren – bestehe nicht mehr.[324]

Für Moskau schien jedoch die Lage der in Russland im Sommer 1917 vergleichbar.[325] Alle sowjetischen Führer, betonte Sinowjew sogar noch im Mai 1924, „vertraten die Auffassung, wonach die Revolution in Deutschland eine Sache von Wochen sei. Alle unsere Informationen liefen darauf hinaus. Der Unterschied zwischen den pessimistischsten Urteilen und den optimistischsten war der, dass die zum Pessimismus neigenden Genossen die Revolution *zwei, drei oder vier Wochen* später erwarteten."[326]

In der Tat hatte sich die innen- und außenpolitische Krise in Deutschland im Spätsommer 1923 derartig zugespitzt, dass eine gewaltsame Lösung von rechts oder links geradezu als logisch angesehen wurde. „Wir befinden uns jetzt in der größten Krise, die das Reich je erlebt hat", stellte Reichswehrminister Hans von Seeckt Anfang September in einem Tagesbefehl fest.[327] Konservative Kräfte in Deutschland fürchteten, dass die KPD und die Rote Armee längst gemeinsam einen Aufstandsplan ausgearbeitet hatten, bei dessen Verwirklichung sowjetische Truppen in das Reich einmarschieren würden.[328]

Obwohl dies eher Befürchtungen oder Wünschen denn der Realität entsprang, ergriffen nun deutsche wie französische Behörden Unterdrückungsmaßnahmen gegen die KPD. So verbot die württembergische Regierung den für den 24. und 25. August anberaumten KPD-Landesparteitag. Zugleich verbot die französische Militärverwaltung im Ruhrgebiet das Erscheinen sämtlicher KPD-Zeitungen für mehrere Tage. Damit deutete sich an, dass die Westmächte jedem Versuch einer Machtübernahme der KPD entgegentreten würden; eine Überlegung, die in den

---

324 Einzelheiten bei Jentsch, KPD, S. 141f. Vgl. auch Bernd Kaufmann u. a., Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937, Berlin 1993, S. 76. Ruth Fischers spätere Behauptung, Brandlers revolutionäre „Phantasien" und sein Vertrauen in die Hundertschaften, die zum Losschlagen bereitstünden, habe die Moskauer Führung in ihren revolutionären Hoffnungen bestärkt, muss demnach mit größter Skepsis aufgenommen werden. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 382.

325 Vgl. Babičenko, Politbjuro CK RKP(B), S. 131.

326 Trinadcataja konferencija RKP(B), Moskau 1924, S. 166, zit. in: Carr, The Interregnum, S. 205. Hervorhebung im Text. Daniels meinte hingegen, erst im September, nicht im August, sei die sowjetische Führung wirklich von einem unmittelbar bevorstehenden, Erfolg versprechenden Aufstand in Deutschland ausgegangen. Vgl. Robert V. Daniels, The Conscience of the Revolution. Communist Opposition in Soviet Russia, Cambridge (Massachusetts) 1960, S. 214.

327 Zit. in: Harold J. Gordon, The Reichswehr and the German Republic, 1919–1926, Princeton 1957, S. 230 (Rückübersetzung aus dem Englischen).

328 Vgl. Carr, The Interregnum, S. 215f.

deutsch-sowjetischen Planspielen kaum eine Rolle spielte. Auch die *Rote Fahne* wurde von SPD-Innenminister Wilhelm Sollmann kurzzeitig verboten und ihre Redaktionsräume wurden am 29. August von der Berliner Polizei besetzt und durchsucht. Gegen Ruth Fischer war bereits im Juli ein Haftbefehl erlassen, jedoch nicht vollstreckt worden, da sie bereits auf dem Weg nach Moskau war. Nach ihrer Rückkehr wurde er fallen gelassen.[329] Für viele Kommunisten ging es dennoch jetzt um die Entscheidung, ob die KPD oder die Rechte den ersten Schlag führen sollte.

Auch Brandler ließ sich, gegen seine Zweifel, von den Plänen überzeugen, da auch er nun glaubte, die Bourgeoisie werde die Gesellschaftskrise nicht meistern.[330] Ende August setzte die KPD-Zentrale einen Kriegsrat ein, der im Aufstand die Partei leiten sollte. Ihm gehörten neben Brandler auch Guralski und der sowjetische Divisionsgeneral Valdemar Rose (alias Alexander Skoblewskij) an, die beide noch in Moskau waren. Weitere Mitglieder der Zentrale sollten für bestimmte Bereiche zuständig sein, so Wilhelm Pieck für die Beschaffung der Waffen und Fritz Heckert für die Verkehrsverbindungen. Der militärische oder M-Apparat der KPD unter der Leitung von Karl Retzlaw zählte schließlich über dreihundert besoldete Mitarbeiter, unter ihnen mit Erich Wollenberg und Wolfgang von Wiskow erfahrene Weltkriegsoffiziere. Die Ultralinken, unter anderem Ruth Fischer und Ernst Thälmann, waren von Anfang an zum Losschlagen bereit. Als Voraussetzung der Aktion gab Sinowjew den Eintritt der KPD in die sächsische Landesregierung vor. Zudem sollten in Sachsen und Thüringen jeweils 50.000 bis 60.000 Arbeiter bewaffnet werden. Beide Länder sollten gegen die gewaltbereiten Faschisten aus Bayern verteidigt, die Reichswehrtruppen dabei ignoriert werden.[331]

Am 11. September kam es im Polbüro zum offenen Konflikt zwischen der Mehrheit der KPD-Führung und der Berliner Organisation um Ruth Fischer. Die

329 Vgl. Angress, Kampfzeit, S. 444f. Dies zeigt am Einzelbeispiel, dass sich Mitte der 1920er Jahre die Berliner Politische Polizei bei der Behandlung politischer Gegner weit mehr als die unter Reichsaufsicht stehenden Exekutivorgane an rechtsstaatliche Normen hielt (und bisweilen großzügig handelte), wie eine Studie detailliert nachweist. Vgl. Christoph Graf, Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklungen der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches, Berlin [West] 1983, bes. S. 35f.

330 Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik, S. 227: „Beide Flügel der KPD waren sich jedoch in der grundlegenden Beurteilung einig, dass die Bourgeoisie nicht in der Lage sei, die Krise zu überwinden."

331 Vgl. Kaufmann u. a., Nachrichtendienst, S. 77f.; Broué, Histoire de l'Internationale communiste, S. 328; Schröder, Internationalismus nach dem Krieg, S. 386f.; Wenzel, 1923, S. 206–208.

KPD musste ihr Verhältnis zur SPD klären. Ruth Fischer wandte sich gegen jeden Versuch der Unterstützung einer SPD-Regierung durch die KPD. „Wenn man eine solche für möglich hält, dann steckt dahinter der Versuch, dem Bürgerkrieg auszuweichen und eine Zeignerschweinerei im Reichsmaßstab zu machen." Sie versicherte: „Ich werde innerhalb und außerhalb Berlins gegen die Linie der Partei kämpfen."[332]

Doch konnte sie sich nicht durchsetzen: Das Polbüro hielt an der Zusammenarbeit mit der SPD im Hinblick auf gemeinsame Regierungen gerade im Zeichen der Gesellschaftskrise fest. Falls sich Fischer, Maslow und ihre Anhänger „der parteipolitischen Linie nicht unterordnen und einfügen", so Brandler, dann werde die Exekutive der Komintern „für die Entfernung der oppositionellen Genossen von der politischen Leitung" sorgen.[333] Doch erhielt Ruth Fischer die Gelegenheit, am folgenden Tag in der Sitzung der Zentrale erneut ihre Meinung vorzutragen. In einer dramatischen Sitzung forderten mehrere Redner, darunter Wilhelm Pieck, Wilhelm Koenen, August Thalheimer und ihr Bruder Gerhart Eisler, Ruth Fischer solle aus der Zentrale zurücktreten, da sie ihrer Verantwortung für die Partei als Ganzes nicht gerecht werde.[334]

Die Lage in Deutschland veränderte sich jedoch gravierend. Am 26. September verkündete Reichskanzler Stresemann das Ende des passiven Widerstandes gegen die französisch-belgische Ruhrbesetzung. Er erklärte, es gebe keinen anderen Weg, um die jedes Ausmaß sprengende Inflation unter Kontrolle zu bekommen. Am gleichen Tag erklärte Reichspräsident Friedrich Ebert unter Berufung auf Artikel 48 den Ausnahmezustand im Reich. Das Kabinett Stresemann sanktionierte am 13. Oktober die daran geknüpften Maßnahmen und befristete sie bis zum 31. März 1924. Damit ging die Exekutivgewalt an Reichswehrminister Otto Geßler über.

Die KPD-Führung und auch Brandler erkannten die Bedeutung dieser Maßnahmen nicht. Sie glaubten, das bürgerliche Deutschland wanke in seinen Grundfesten. Die Zeit der Entscheidung nahe, verkündete Brandler vor polnischen Kommunisten Ende September in Warschau.[335]

Am 2. Oktober reiste eine KPD-Delegation nach Moskau, um sich mit den sowjetischen EKKI-Mitgliedern Trotzki, Bucharin, Radek und Losowskij zu tref-

332 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/3, Bl. 247f.: KPD, Polbüro, Sitzung vom 11. September 1923.

333 Ebd., S. 248f.

334 Vgl. ebd., RY 1/I 2/2/15, Bl. 224–226: Sitzung des Zentralausschusses vom 12. September 1923. Vgl. auch ebd., RY 1/I 6/3/128, Bl. 73–83: Deutsche Sektion beim EKKI, Ruth Fischer an die Zentrale, Brief vom 12. September 1923.

335 Vgl. Becker, Heinrich Brandler, S. 226.

fen. Der Delegation gehörten für die Mehrheit der Zentrale der aus Warschau gekommene Heinrich Brandler, weiterhin Clara Zetkin, Max Hammer und der sich bereits in Moskau befindende Edwin Hoernle, für die Opposition der Hamburger Ernst Thälmann und für die Berliner Bezirksleitung Ruth Fischer, Arkadij Maslow, Max Hesse und Paul Schlecht an. Da die Reichsregierung unterdessen die *Rote Fahne* verboten hatte, habe der Gegner, so Maslow, einen taktischen Vorsprung erreichen können. Gegen Hitler und seine Banden, die sich in Bayern zur Gegenrevolution sammelten, habe sie hingegen nichts unternommen. Während die Arbeiter abwarteten, formiere sich die Konterrevolution, und auch die Reichswehr mache mobil. Die Arbeiter würden spontan jeden Rechtsputsch mit Gegenaktionen beantworteten. Ob sich die SPD an solchen Aktionen beteilige, müsse aber bezweifelt werden.[336]

Ruth Fischer meinte, angesichts der SPD-Politik müsse sich die KPD darauf einstellen, notfalls „allein in den Kampf zu gehen, auch auf die Gefahr einer Niederlage […].“ Sie wandte sich entschieden gegen ein weiteres Zusammengehen mit der linkssozialdemokratischen Regierung in Sachsen: „Wenn wir die Unterstützung der Zeigner-Regierung auch jetzt fortsetzen oder in die Regierung eintreten, dann werden wir damit nicht ein sofortiges Losschlagen erreichen, sondern ein Hinauszögern und ein Herumgehen um die Situation, in der wir den Kampf beginnen können.“[337] In einer emotional geführten Debatte verlangte Brandler vom EKKI eine bindende Entscheidung darüber, welche Politik die KPD betreiben solle. Eine parteiinterne Klärung der schwerwiegenden Differenzen sei nicht mehr möglich; es bedürfe eines Machtwortes aus Moskau.[338] Brandler selbst rang sich aber weder zu einem klaren „Ja“, noch zu einem ebenso klaren „Nein“ durch. Sein Schwanken und seine Führungsschwäche sollten ihm zum politischen Verhängnis werden.

Am 4. Oktober arbeitete das Politbüro der KPR(B) einen Aufstandsplan für Deutschland aus. Am 9. November 1923, auf den Tag fünf Jahre nach der Novemberrevolution von 1918, sollte das Deutsche Reich durch eine Revolution zu einem kommunistischen Land werden. Wie 1917 in Russland, so sollte eine straff organisierte Minderheit in Gestalt der kommunistischen Partei den Erfolg des

336 Vgl. Stenographisches Protokoll der Sitzung der Zentrale der KPD und der Berliner Bezirksleitung mit den russischen Mitgliedern des EK der KI [2.–5 Oktober], ebd., RY 1/I 6/10/48, Bl. 4–14: Politisches Sekretariat des EKKI. Auszüge in: Bayerlein, Deutscher Oktober, S. 190–194 (Dokument Nr. 30).

337 SAPMO-BArch, RY 1/I 6/10/48, Bl. 15f.: Politisches Sekretariat des EKKI.

338 Vgl. ebd., Bl. 75–78.

Aufstandes sicherstellen.[339] Unmittelbar nach der Sitzung reisten Pjatakow und Sokolnikow nach Deutschland. Radek kam erst am 22. Oktober an, wohl zusammen mit Guralski, Rose und dem Serben Voja Vujović.[340] Ein weiterer sowjetischer Beauftragter war Wassilij Schmidt, der mit Ruth Fischer über Eydtkuhnen nach Deutschland kam.[341] Er wurde der Berliner Bezirksleitung zugeordnet und sollte in allen den geplanten Aufstand betreffenden Fragen dort „das letzte Wort haben."[342] Trotzki, den Brandler gebeten hatte, nach Deutschland zu kommen, erschien nicht.[343] Brandler selbst reiste am 8. Oktober aus Moskau ab.[344]

Zugleich näherte sich die KPD, wie von ihm geplant, der linken SPD an: Am 10. Oktober 1923 trat sie in die sächsische Regierung Zeigner ein – gegen Widerstände auch in der SPD.[345] Zwar konnte Brandler nicht das Innenministerium und damit den Befehl über die Polizei übernehmen.[346] Doch übernahm er als

---

339 Vgl. Babičenko, Politbjuro CK RKP(B), S. 133, und Besymenski, Stalin und Hitler, S. 41. Auszüge der Politbüro-Sitzung auch bei Bayerlein, Deutscher Oktober, S. 194–197 (Dokument Nr. 32). Laut Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 385, schlug Trotzki zuerst diesen Termin vor. Die deutsche Reichsregierung wusste allgemein um die Umsturzpläne, hatte aber keine Kenntnis über den Termin oder Einzelheiten. Vgl. Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung S. 649f.

340 Vgl. Fridrich I. Firsow, Ein Oktober, der nicht stattfand. Die revolutionären Pläne der RKP(B) und der Komintern, in: Bayerlein, Deutscher Oktober, S. 35–58, bes. S. 50. Victor Serge, Erinnerungen eines Revolutionärs 1901–1941, Hamburg 1990, S. 194 nannte Vujović.

341 In Moskau fuhr sie fort, die Politik der Zentrale zu kritisieren; vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 6/3/117, Bl. 46–51: Ruth Fischer an Sinowjew, Brief vom 10. Oktober 1923; Jentsch, KPD, S. 250.

342 Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 393. Fischers dort geäußerte Behauptung, sie sei aus Moskau „in der düstersten Stimmung" abgereist, „fest überzeugt, dass wir dem Unglück entgegengingen", deckt sich nicht mit ihren zeitgenössischen Aussagen.

343 Vgl. Carr, The Interregnum, S. 219, und Isaac Deutscher, Der unbewaffnete Prophet. Trotzki 1921–1929, 2. Aufl., Stuttgart 1972, S. 145. Deutschers Meinung, die sowjetische KP habe die Aufstandsplanung für Deutschland „nur mit halbem Herzen" betrieben, stimmt nicht ganz; Konfusion wäre der bessere Begriff gewesen. Ebd., S. 144.

344 Vgl. Die Lehren der deutschen Ereignisse, Hamburg 1924, S. 24, und Carr, The Interregnum, S. 220.

345 Die Mehrheit der sächsischen Landtagsabgeordneten der SPD hätte eine Koalition mit der Deutschen Demokratischen Partei bevorzugt, doch konnte Zeigner sie davon überzeugen, dem Druck der Parteibasis nachzugeben. Vgl. William Carl Mathews, The Rise and Fall of Red Saxony, in: David E. Barclay/Eric D. Weitz (Hg.), German Socialism and Communism from 1840 to 1990, New York/Oxford 1998, S. 300.

346 Brandler verlegte kurzzeitig den Sitz der KPD-Zentrale nach Dresden. In Berlin verblieb nur ein von Wilhelm Pieck geleitetes Büro. Vgl. Ernst Thälmann. Eine Biographie. Von

Leiter der Staatskanzlei eine wichtige Rolle.[347] Er enthielt sich dabei „jeglicher Revolutionsrhetorik."[348]

Am 16. Oktober trat die KPD auch in Thüringen in die Regierung des Sozialdemokraten August Fröhlich ein. Die KPD-Minister betrieben keine „reichsfeindlichen" Schritte.[349] Mit ihren SPD-Kollegen verpflichteten sie sich im Regierungsprogramm auf eine Politik im Rahmen der Reichsverfassung.[350] Die Regierung solle alles nur Mögliche tun, um die Existenz der werktätigen Bevölkerung zu sichern. Vor allem solle sie den entschiedensten Kampf gegen Faschismus, Revan-

---

einem Autorenkollektiv unter Leitung von Günter Hortzschansky und Walter Wimmer, Berlin [DDR] 1979, S. 176.

347 Dabei war Zeigner vorsichtig und verlieh Brandler nur einen Teil der Kompetenzen, die sein sozialdemokratischer Vorgänger als Staatssekretär innegehabt hatte. Vgl. Rudolph, Die Sozialdemokraten in der Regierung, S. 220. In der DDR-Historiographie wurde Zeigner meist als „schwankendes" und „bremsendes" Element behandelt, so in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hier Bd. 3, S. 390. Der auch vor 1989 um ein differenziertes Geschichtsbild bemühte Leipziger Historiker Werner Bramke nahm hierzu eine kritische Bestandsaufnahme vor. Vgl. Werner Bramke, Erich Zeigners Demokratieverständnis, in: Helmut Bräuer/Elke Schlenkrich (Hg.), Die Stadt als Kommunikationsraum. Karl Czok zum 75. Geburtstag, Leipzig 2001, S. 101–119.

348 Becker, Heinrich Brandler, S. 231. Diese Zurückhaltung Brandlers kritisierte C. L. R. James. Er lehnte auch den Eintritt der KPD-Minister in die Regierungen in Sachsen und Thüringen ab, da dies der revolutionären Massenstimmung abträglich gewesen sei. Das war eine eklatante Fehleinschätzung der Lage in Deutschland durch James, dessen Buch ansonsten bemerkenswerte Qualitäten aufweist. Vgl. C. L. R. James, World Revolution. The Rise and Fall of the Communist International, Atlantic Highlands, NJ 1993, S. 182f. Das Buch erschien zuerst 1937. Auch dass Stalin die deutsche Revolution 1923 „abgetötet" habe, wie James behauptete, entspricht nicht den Tatsachen und muss als polemisches Urteil unmittelbar nach dem ersten Moskauer Schauprozess vom August 1936 gesehen werden. Vgl. ebd., S. 164.

349 In Sachsen waren dies neben Brandler Fritz Heckert (Wirtschaft) und Paul Böttcher (Finanzen), in Thüringen Albin Tenner (Wirtschaft), Karl Korsch (Justiz) und Theodor Neubauer als Staatsrat. Vgl. zum Thema Manfred Weißbecker (Hg.), Rot-rote Gespenster in Thüringen? Demokratisch-sozialistische Reformpolitik einst und heute, Jena 2004, besonders die Beiträge von Klaus Kinner, Paul Mitzenheim, Josef Schwarz und des Herausgebers.

350 Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 649, unterstellt den kommunistischen Ministern, sie hätten beim Regierungseintritt und der Verpflichtung auf die Verfassung ihre wahren Ziele verborgen. Hingegen kritisierte aus DDR-Sicht Wörfel (Arbeiterregierung, S. 58) die KPD-Minister für ihr Festhalten am parlamentarischen Legalitätsprinzip. – In der Tat erwiesen sich die KPD-Minister als prinzipiell weitsichtiger als sogar der „Realpolitiker" Ernst Meyer, damals Leiter des KPD-Oberbezirkes Südwest, für den die Arbeiterregierungen nur ein „Sprungbrett" zur künftigen Diktatur des Proletariats waren. Vgl. Wilde, Ernst Meyer, S. 342.

chepolitik, Reaktion und eine drohende Militärdiktatur führen. Hierfür seien republikanische Notwehren aus den Proletarischen Hundertschaften zu schaffen. Die Popularitätskurve der KPD stieg an, als der aus Moskau zurückgekehrte Willi Münzenberg ankündigte, die Sowjetunion werde den beiden Arbeiterregierungen rund 23.000 Tonnen Getreide zur Verfügung stellen. Das war nicht viel, aber jeder wusste, dass die sowjetische Landwirtschaft noch immer an den zerstörerischen Folgen des Bürgerkrieges litt.[351] „Was wir nicht haben, werden wir von den Deutschen bekommen und umgekehrt", erklärte Sinowjew optimistisch.[352]

Die Lage in Mitteldeutschland unterschied sich somit grundsätzlich von der in Bayern, wo Gustav von Kahr und dessen rechtsradikales Umfeld, besonders die Nazi-Partei, einen Putsch planten. Doch verstießen die Proletarischen Hundertschaften (wie die Formationen der Rechten) gegen die Entwaffnungsvorschriften des Versailler Vertrages. Aber in Berlin glaubten, anders als in Sachsen und Thüringen, viele Nichtkommunisten, dass der KPD-Regierungseintritt die Vorstufe eines kommunistischen Aufstandes sei. Sie sahen in den Hundertschaften keineswegs Kräfte zum Schutz der Republik gegen rechts, sondern den bewaffneten Arm der kommunistischen Revolution. Innerhalb der Hundertschaften gab es in der Tat beide Richtungen. Allein in Sachsen zählten sie rund 16.700 Mitglieder.[353] Besonders in Thüringen entstanden Republikanische Notwehren, die Anhänger von KPD, SPD und bürgerliche Demokraten einschloss.[354] Sie erhielten durch SPD-Gruppen in Hamburg, Lübeck und Braunschweig Unterstützung.[355]

Was die Ultralinken der KPD und ihre Stichwortgeber in Moskau nicht wahrhaben wollten, sah die russische Journalistin Larissa Reisner, die aus Deutschland berichtete, viel klarer. Ihre Sympathie für die deutschen Kommunisten ließ sie nicht verkennen, dass die Menschen durch Krieg, Nachkriegselend, Inflation,

---

351 Vgl. Russisch-Sächsischer Getreidelieferungsvertrag, in: RF vom 20. Oktober 1923, und McMeekin, The Red Millionaire, S. 157, unter Berufung auf ein Memorandum der Internationalen Arbeiterhilfe an Ossip Pjatnitzkij vom 6. Februar 1924, in: RGASPI, Fonds 538, Bestand 3, Akte 19, Bl. 30. McMeekin hält es für unwahrscheinlich, dass irgendeine der angekündigten Getreidelieferungen Deutschland erreicht hat. Vgl. auch die Aufstellung der Lieferungen nach Thüringen bei Wörfel, Arbeiterregierung, S. 175f.

352 So zit. in: Gleb J. Albert, From „World Soviet" to „Fatherland of All Proletarians". Anticipated World Society and Global Thinking in Early Soviet Russia, in: Interdisciplines. Journal of History and Sociology, 1 (2012), S. 21 (www.inter-disciplines.de/ bghs/index.php/indi/article/viewFile/53/43).

353 Vgl. Carsten Voigt, Kampfbünde der Arbeiterbewegung. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen 1924–1933, Köln u. a. 2009, S. 84.

354 Vgl. Wörfel, Arbeiterregierung, S. 125 und 138.

355 Vgl. ebd., S. 129.

durch die Beschönigungsversuche der SPD und die Revolutionsrhetorik der KPD einfach abgestumpft waren.

„Das wirtschaftliche Elend der Massen ist zu groß“, hatte noch Anfang 1923 ein Memorandum des preußischen Innenministerium besorgt festgehalten: „Wirtschaftliches Elend bereitet den Boden, auf dem Staatsstreiche und Revolutionen gedeihen.“[356] Doch kann ein solches Elend die Massen auch lähmen. „Auf den Berliner Märkten änderte sich der Preis für Kartoffeln, Eier und Butter sechsmal am Tag. […] Der Tauschhandel hatte den Geldverkehr weitgehend abgelöst. Die Menschen mussten ihren letzten Schmuck und ihr letztes Möbelstück auf dem Markt feilbieten, um das tägliche Brot zu ergattern“, hieß es in einer britischen Arbeit zur deutschen Inflation. „Die zornigen und verzweifelten Massen waren nicht mehr beherrschbar, und es kam zu Unruhen in ganz Deutschland.“[357]

Doch war Unruhe mit revolutionärer Bereitschaft gleichzusetzen?, fragte Larissa Reisner. „Jeden Tag hebt man auf der Straße, in den Straßenbahnen und in den Schlangen vor den Geschäften Menschen auf, die vor Hunger ohnmächtig geworden sind. Hungernde Wagenführer jagen die Züge durch die unheimlichen Korridore der Untergrundbahn, hungernde Menschen arbeiten oder treiben sich ohne Arbeit Tag und Nacht in den Parkanlagen und in den Vororten herum. Der Hunger hockt in den Autobussen und schließt die Augen auf der zum Oberdeck führenden Wendeltreppe, an der Reklameschilder, leere Plätze und hupende Automobile wie betrunken vorüberfliegen. Der Hunger steht auf der Wacht an den prächtigen Ladentischen bei Wertheim.“[358] War dies das Bild revolutionsbereiter Massen, die wenigstens noch Kraft zur revolutionären Erhebung aus Verzweiflung hatten? Auch der russisch-belgische Kommunist Victor Serge, der zunächst in den „Deutschen Oktober“ Hoffnungen gesetzt hatte, sah mit einem Mal, wie schnell besonders die Arbeitslosen „in jähem Übergang aus dem Aufständischen-Fieber in die Müdigkeit des Resignierten“ fielen.[359] „Die Arbeiter waren entmutigt und entkräftet“, schrieb der damals in Berlin lebende Ilja Ehrenburg. „Im Kopf des Kleinbürgers ging alles durcheinander. Er vertraute keinem mehr, er hasste Stinnes und die Franzosen, er fürchtete die Ordnungshüter und träumte zugleich von einer dauerhaften Ordnung.“[360] Dies war die Zeit, die Faschisten, weniger Kom-

356 Zit. nach Jean-Claude Favez, Le Reich devant l’occupation franco-belge de la Ruhr en 1923, Genève 1969, S. 35 (Rückübersetzung aus dem Französischen).

357 Guttman/Meehan, The Great Inflation, S. 31.

358 Larissa Reisner, Hamburg auf den Barrikaden und andere Reportagen, Berlin [DDR] 1960, S. 90.

359 Serge, Erinnerungen, S. 193.

360 Ilja Ehrenburg, Menschen-Jahre-Leben. Memoiren, Bd. II, Berlin [DDR] 1978, S. 57f.

munisten gebar, jedenfalls nicht genug, um die Revolutionspläne Ruth Fischers und ihrer Genossen auf eine realistische Grundlage zu stellen.[361]

Vielleicht hatte die KPD im Sommer 1923 wirklich die Mehrheit der Arbeiter hinter sich, wie Arthur Rosenberg Jahre später im Exil annahm. Er irrte jedoch, wenn er meinte, die Arbeiter seien zur sozialistischen Revolution bereit gewesen.[362] Sie waren es bestimmt nicht in dem Sinne, wie dies den ultralinken Kräften vorschwebte. Franz Borkenau wie Ossip Flechtheim und später Werner Angress hatten vielmehr Recht, wenn sie betonten, die Sympathie der meisten Arbeiter für die KPD rührte aus der Hoffnung her, mittels einer Arbeiterregierung, nicht aber durch Revolutionsspielerei, die Klassenverhältnisse zu ihren Gunsten zu verändern.[363] „Die Arbeiterregierung ist der Versuch“, schrieb damals Clara Zetkin, „den bürgerlichen Staat innerhalb seiner geschichtlichen Wesensgrenzen in den Dienst der proletarischen Klasseninteressen zu zwingen.“[364]

---

361 Larissa Reisners Berichte unterschieden sich sehr von dem Bild, das die russischen Komintern-Publikationen von der Lage in Deutschland zeichneten: Zwischen Oktober und November 1923 erschienen zehn Ausgaben des parteiinternen *Bjulletin Kominterna o poloshenii v Germanii* (Komintern-Bulletin zur Lage in Deutschland) in einer Auflage von 2.300 Stück mit Beiträgen u. a. von Karl Radek, Frida Rubiner, Hugo Eberlein und Julian Marchlewski (enthalten in: RGASPI, Fonds 495, Bestand 33, Akte 302), die zum Teil aus dem Deutschen übersetzt wurden, aber ein überoptimistisches, realitätsfernes Bild der Lage zeichneten. Vgl. Gleb J. Albert, Think Tank, Publisher, Symbol. The Comintern in the Early Soviet Media Landscape, in: The International Newsletter of Communist Studies, 17 (2011), Nr. 24, S. 116f.

362 Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, Hamburg 1991, S. 98 (zuerst 1935 erschienen).

363 Vgl. Borkenau, World Communism, S. 248f.; Flechtheim, KPD, S. 188f.; Angress, Kampfzeit, S. 394f.

364 Clara Zetkin, Die Arbeiterregierung, in: Die Kommunistische Fraueninternationale, 2 (1922), Nr. 7/8, hier zit. nach: Dies., Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, hg. von Katja Haferkorn und Heinz Karl, Leipzig 1974, S. 153. Die DDR-Herausgeber konnten sich der kritischen Bemerkung nicht enthalten, dass eine Arbeiterregierung „nicht als Organ im Rahmen des bürgerlichen Staates“ handeln konnte, wollte sie ihrer historischen Aufgabe, die Klassenverhältnisse zugunsten der Arbeiter zu verändern, gerecht werden. Sie übernahmen damit fast wörtlich eine Passage Ruth Fischers, ohne sich natürlich auf diese zu berufen. Vgl. Ruth Fischer, Der 5. Weltkongress, in: Der Funke, hg. von der Bezirksleitung [der KPD] Berlin-Brandenburg, Nr. 2 vom 12. Mai 1924, wo sie Brandler dafür kritisierte, „Arbeiterpolitik im Rahmen der bürgerlichen Demokratie mit den Mitteln des bürgerlichen Staates zu treiben.“ Clara Zetkin stand hingegen Antonio Gramscis späterer Auffassung nahe, wonach die demokratische Republik nicht *nur* das Machtinstrument der herrschenden Klasse sei, sondern auch Ausdruck eines Kompromisses der in ihm ringenden Klassenkräfte. Vgl. hierzu u. a. Christine Buci-

Die Arbeiterregierungen nahmen die demokratischen Impulse der Novemberrevolution auf.[365] Ende 1918 hatte die Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte auf dem Berliner Reichsrätekongress die politischen Weichen in Richtung parlamentarischer Demokratie gestellt. Durch eine Demokratisierung des politischen Lebens wollten sie sich auch Möglichkeiten einer ökonomischen Umgestaltung Deutschlands offenhalten.[366] Auch die Arbeiterregierungen waren, schrieb der US-Historiker William Halperin 1946, langfristig bestrebt, „die bestehende Demokratie zu festigen und den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft in Angriff zu nehmen." Die KPD-Minister seien ihnen nicht beigetreten, um die Demokratie zu zerstören, sondern um „die faschistische Gefahr zu bekämpfen" und die Kontrolle über die Polizei zu gewinnen, die dann nicht gegen die Arbeiter eingesetzt werden könnte. Gerade deshalb aber war der Konflikt mit den in Revolutionsträumen schwelgenden Ultralinken unvermeidbar.[367]

Spätere angelsächsische Forscher folgten weitgehend Halperins Urteil und benannten die unterschiedlichen, miteinander kaum zu versöhnenden Kräfte innerhalb der KPD.[368] Ben Fowkes betonte, dass die – offene – Frage, ob eine Strategie

---

Glucksmann, Gramsci und der Staat, Köln 1981(französ.: Paris 1975) und Sabine Kebir, Antonio Gramscis Zivilgesellschaft, Hamburg 1991.

365 Eine gute Übersicht der Forschung über die Arbeiter- und Soldatenräte findet sich bei Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, 6 erw. Aufl., München 2002, S. 169–178. Die danach bis 2008 erschienene Literatur ist aufgelistet bei Mario Keßler, Die Novemberrevolution und ihre Räte. Die DDR-Debatten des Jahres 1958 und die internationale Forschung. Hefte zur DDR-Geschichte 112, Berlin 2008, S. 6–8.

366 Vgl. hierzu die Standardwerke von Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962, Neuausg. Frankfurt u. a. 1978, und von Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963, erweiterte Ausg. Bad Godesberg 1976. Dieser sah, im Anschluss an Arthur Rosenberg (Geschichte der Weimarer Republik, S. 17–22) die Räte als potenziell „dritte Kraft" zwischen monarchistischer Restauration (die sie verhindern halfen) und bolschewistischer Machergreifung, doch bestand die letztere Möglichkeit 1918/19 zu keinem Zeitpunkt. Heinz Hürten (Bürgerkriege in der Republik. Die Kämpfe um die innere Ordnung von Weimar 1918–1920, in: Bracher u. a. (Hg.), Die Weimarer Republik 1918–1933, S. 85) ist in einem ansonsten instruktiven Aufsatz nicht zuzustimmen, wenn er die Arbeiterräte allzu pauschal als immer mehr gegen die Republik gerichtete Kraft ansieht.

367 S. William Halperin, Germany Tried Democracy. A Political History of the Reich from 1918 to 1933, New York 1965, S. 274 (die Erstausgabe erschien 1946).

368 Richard N. Hunt (German Social Democracy, 1918–1933, New Haven 1964, S. 215) würdigte die Arbeiterregierungen als einzigartiges Experiment, das „den besonneneren und verantwortungsbewussteren Flügel der KPD" hätte stärken und letztlich zu einer „Wiedervereinigung der deutschen sozialistischen Bewegung" hätte führen können. Richard Breitman (German Socialism and Weimar Democracy, Chapel Hill 1981, S. 106f.)

der Machteroberung auf demokratischem Wege möglich sei, letztlich zur Nagelprobe für unterschiedliche Auffassungen über den Kommunismus insgesamt wurde.[369] In der Tat: Wer sich auf eine Politik einließ, die die bestehenden bürgerlich-demokratischen Institutionen gegen rechts, gegen die reaktionären Kräfte des Bürgertums, verteidigte, musste, auch wenn ihm dies noch nicht bewusst war, dem Leninschen Parteiverständnis tendenziell entsagen: einem Verständnis, das den Zweck der Partei nur darin sah, die bürgerliche Staatsmaschine rundweg zu zerbrechen. Dies wurde freilich von den kommunistischen Anhängern einer Arbeiterregierung so noch nicht gesehen, geschweige denn reflektiert. Sie wollten jedoch die bürgerliche Eigentumsordnung zugunsten einer sozialistischen aufheben, in der eine weitgehende ökonomische Gleichheit zur Grundlage demokratischer Teilhabe an der Politik wird. Ihre sozialdemokratischen Bündnispartner wollten Ähnliches, doch wussten sie noch nicht, wie linkssozialistische Politik unter Einbeziehung von Kommunisten funktionieren könnte. Die praktischen Versuche, die auch gemeinsame Lernprozesse in Gang gesetzt hätten, blieben im Ansatz stecken. Die Gegner des Experiments der Arbeiterregierungen in allen Lagern – die KPD-Ultralinken, die SPD-Spitzen und die politische Rechte – aber wussten genau, was sie verhindern wollten, und entsprechend initiativreich handelten sie.

Noch Jahrzehnte später blieb das Urteil deutscher Historiker über die Arbeiterregierungen allzu sehr vom jeweils politischen Standpunkt geprägt. Dies galt besonders für die DDR. Dort wurden die Arbeiterregierungen nur als – letztlich vertane – Möglichkeit gesehen, die Arbeiter zu bewaffnen, um die Revolution herbeizuführen. So folgten die Forscher in der DDR der Chimäre, der schon die KPD-Ultralinken und ihre Moskauer Auftraggeber erlegen waren. Die Chance

kritisierte die Berliner SPD-Führung, die den mitteldeutschen Sozialdemokraten die Unterstützung versagte und so die Chance vergab, jenen Teil der deutschen Kommunisten zu stützen, die damals die KPD führten und die auf dem Weg waren, sich auf ein demokratisches Experiment einzulassen. Auch Albert Lindemann (A History of European Socialism, New Haven/London 1983, S. 270) sah einander entgegengesetzte Strömungen in der KPD und betonte, der Eintritt in die Arbeiterregierung sei Teil einer längerfristigen und praktikablen Strategie der demokratischen Machteroberung gewesen, die nicht zum Tragen kam. Donald R. Tracey (Reform in the Early Weimar Republic. The Thuringian Example, in: Journal of Modern History, 44 (1972), Nr. 2, S. 195–212) sah die KPD- und SPD-Politiker, die für eine Arbeiterregierung eintraten, als wichtigsten Teil eines linken Republikanismus, der auch von gemäßigten Republikanern des Bürgertums in seiner Bedeutung verkannt wurde.

369 Vgl. Fowkes, Communism in Germany, S. 85–87.

zur Veränderung der Kräfteverhältnisse durch demokratisch fundierte Maßnahmen, so gering diese noch war, blieb unbegriffen.[370]

So standen die Arbeiterregierungen auf verlorenem Posten. Noch vor der am 15. Oktober verkündeten Einführung der Rentenmark, die am 1. November das Inflationsgeld ablöste, gewannen die herrschenden Klassen wieder Oberwasser: Bereits am 13. Oktober ließ der in Sachsen kommandierende General Alfred Müller mit Deckung der Reichsregierung die Proletarischen Hundertschaften dort verbieten. Am 16. Oktober wurde die sächsische Polizei der Reichswehr unterstellt. Der Regierung war ihre wichtigste Machtbasis entzogen. Am 20. Oktober begann die Reichswehr mit 60.000 Mann, Sachsen zu besetzen. Nach Zeigners Weigerung, eine Regierung ohne die KPD zu bilden, berief sich Reichspräsident Ebert auf Artikel 48 der Verfassung: Durch eine Reichsexekution ernannte er am 29. Oktober Karl Rudolf Heinze als Kommissar für Sachsen. Den bisherigen Ministern verwehrte die Armee den Zutritt zu ihren Diensträumen.

Die KPD hatte für den 21. Oktober eine Arbeiterkonferenz nach Chemnitz einberufen. Sollte sich die Stimmung der Versammlung als günstig erweisen, sollte der Generalstreik ausgerufen werden und der Aufstand beginnen. Brandler forderte zuerst den Streik. Nach heftigen Debatten schloss er sich indes jenen Stimmen an, die den Plan einer Erhebung nunmehr fallen ließen, da die Kommunisten damit völlig isoliert seien.[371]

---

370 So sah noch 1989 Horst Schumacher (Die Kommunistische Internationale. Grundzüge ihres Kampfes für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung und Sozialismus, 2., erweiterte Aufl., Berlin [DDR] 1989, S. 72) die Arbeiterregierung nur als Auftakt zur „Diktatur des Proletariats“, nicht als Chance für eine künftige sozialistische Demokratie. Annemarie Lange (Berlin in der Weimarer Republik, S. 448) behauptete: „Die Massen gerieten in Bewegung und wollten kämpfen.“ Vgl. zur DDR-Literatur die kritische Übersicht bei Andreas Dorpalen, German History in Marxist Perspective. The East German Approach, Detroit 1985, S. 343f. Klaus Schönhoven (Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, München 1989, S. 99) beklagte den Fehlschlag der Arbeiterregierung als „Experiment“, sah aber die Ursache dafür allein bei der KPD, nicht auch bei den SPD-Rechten. Der Linkssozialist Arno Klönne (Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen, München 1989, S. 212f.) machte hingegen für das Scheitern der Arbeiterregierung sowohl den Immobilismus und Konservatismus der SPD-Führung als auch – stärker – das Schlingern der KPD zwischen Einheitsfront und Putschismus verantwortlich. Dem schloss sich ein jüngerer SPD-Historiker an. Vgl. Karsten Rudolph, Linke Republikaner als streitbare Demokraten – Gedanken zur mitteldeutschen Geschichte. Erich Zeigner, die SPD und der „Deutsche Oktober“, in: Bayerlein, Deutscher Oktober 1923, S. 45–78.

371 Vgl. zum Verlauf der Chemnitzer Konferenz u. a. Thalheimer, 1923, S. 26f.; Becker, Heinrich Brandler, S. 234–236; Broué, German Revolution, S. 805–809. Einen wichtigen Umstand nennt Otto Wenzel: „1923 war das Menschenleben wieder wertvoller als wäh-

Dies war das Ende des „Deutschen Oktober". Nur in Hamburg kam es am 23. Oktober zu einem begrenzten Aufstand, da die Nachricht über die Chemnitzer Entscheidung zum Abbruch der Streikpläne Hamburg nicht rechtzeitig erreicht hatte. Doch beteiligten sich nur rund 300 KPD-Mitglieder, ein kleiner Teil der Hamburger Organisation, am Aufstand. Sie erbeuteten rund 250 Gewehre. Nach Erstürmung von 24 Polizeirevieren in Raum Hamburg wurde die Revolte niedergeschlagen, 102 Menschen starben, davon 17 Polizisten, 24 Aufständische und 61 Unbeteiligte.[372] Dieses Abenteuer stürzte „die Partei in eine tiefe Krise, und ebenso die Internationale."[373] Denn von nun ab war, wie sich rasch zeigen sollte, die Selbständigkeit des deutschen Kommunismus gegenüber Moskau kaum noch gegeben. Der Aufstand trug zur weiteren Isolierung der KPD bei, half jedoch später, die Legende um Ernst Thälmann mit zu stricken.

Am 23. Oktober 1923 wurde die KPD verboten. Das Verbot blieb bis zum 1. März 1924 in Kraft. Obgleich die Reichsregierung wusste, dass „Moskau" hinter den Aktivitäten der deutschen Partei gestanden hatte, hütete sie sich, die Spannungen auf die Beziehungen zur Sowjetunion durchschlagen zu lassen: Das gemeinsame Interesse beider Staaten, ihre wirtschaftliche und militärische Zusam-

rend und kurz nach dem Weltkrieg", und dies setzte jedem Liebäugeln mit dem Bürgerkrieg Grenzen. Wenzel, 1923, S. 332. Während eines Aufenthaltes in der Tschechoslowakei fragte Brandler Leopold Grünwald, damals Funktionär in der tschechoslowakischen KP: „Was wäre passiert, wenn man der Forderung Ruth Fischers und anderer ‚Ultralinker' [...] nachgekommen wäre und ‚Massenstreiks und Massendemonstrationen im Reichsmaßstab' zu organisieren versucht hätte? Nur eine Niederlage, die die KPD auf Jahre hinaus aktionsunfähig gemacht hätte." Leopold Grünwald, Wandlung. Ein Altkommunist gibt zu Protokoll, Wien 1979, S. 29.

372 Die genauen Gründe für den Ausbruch des Hamburger Aufstandes sind noch immer strittig. Vgl. Angress, Kampfzeit, S. 486f., Richard A. Comfort, Revolutionary Hamburg. Labor Politics in the Early Weimar Republic, Stanford 1966, bes. S. 125–128, sowie aus DDR-Sicht, aber relativ differenziert im Urteil Heinz Habedank, Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes, Berlin [DDR] 1958. Vgl. weiterhin das in der Diktion dogmatische, aber faktenreiche Buch von D. S. Davidovič, Revoljucionnyi krizis 1923 g. v Germanii i Gamburgskoe vosstanie, Moskau 1963. Dies betrifft besonders die kurzfristige militärische Vorbereitung der Aufstandsplanungen im Hamburger Raum und speziell die Rolle von Hans Kippenberger, Manfred Stern und Albert Schreiner. Vgl. auch Angelika Voss, Der Hamburger Aufstand vom Oktober 1923, in: Dies. u. a., Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik 1923–1933 in Hamburg und im Deutschen Reich, Hamburg 1983, S. 9–54, Hans-Werner Klausen, Der „deutsche Oktober" fand nicht statt, in: Berliner Umschau [Internet-Journal] vom 5. Januar 2004, und Joachim Paschen, Wenn Hamburg brennt, brennt die Welt. Der kommunistische Griff nach der Macht im Oktober 1923, Frankfurt u. a. 2010.

373 Georges Castellan, L'Allemagne de Weimar 1918–1933, Paris 1969, S. 97.

menarbeit, behielt Vorrang. Hingegen ging die Reichswehr nun in Hamburg, Sachsen und Thüringen gegen die Kommunisten vor. Es kam zu Schießereien mit Verwundeten und Toten. Am 30. Oktober trat Zeigner zurück. Nachfolger wurde Alfred Fellisch als Chef eines reinen SPD-Kabinetts. Die Proletarischen Hundertschaften wurden offiziell für aufgelöst erklärt, die KPD-Minister entlassen. In Thüringen kamen sie durch Rücktritt der Entlassung zuvor, obwohl Ministerpräsident Frölich ihnen angeboten hatte, in der Regierung zu verbleiben oder gemeinsam zurückzutreten. Die Presse der KPD wurde in Thüringen verboten und die Wohnung von Justizminister Korsch durchsucht. Das Thüringische Innenministerium sprach von 300 verhafteten, 34 getöteten und 130 verletzten Bürgern. Doch waren die Arbeiterproteste so massiv, dass sich die SPD gezwungen sah, der Reichsregierung ihre Unterstützung zu versagen.[374] Als grausames Paradox putschten am 9. November 1923 nicht die Kommunisten, sondern Hitler, Ludendorff und ihr Anhang in München. Der Griff der Nazis zur Macht scheiterte vorerst.

Nicht nur in Sachsen und Thüringen hatten viele Menschen ihre Hoffnungen auf die Arbeiterregierungen gesetzt – in der SPD, der KPD und darüber hinaus.[375] Die rechte SPD-Führung, doch vor allem die KPD-Ultralinken hatten diese Hoffnungen zerstört. Anstatt die Ursache für das Scheitern der Arbeiterregierungen selbstkritisch zu sehen, es als Scheitern überhaupt je zu begreifen, begaben sich die Ultralinken in KPD und Komintern auf die Suche nach den „Schuldigen“ dafür, dass der „Deutsche Oktober“ ausgeblieben war. Während des Hamburger Aufstandes erklärte Ruth Fischer vor der Zentrale, es sei „eine Illusion zu glauben, dass die SPD mit uns den gemeinsamen Kampf beginnen wird.“ Stattdessen sei die „Frage der proletarischen Regierung“ unter Führung der KPD zu stellen.[376] Nun schlug die Stunde der Ultralinken, die stets zum kompromisslosen Angriff geblasen hatten, und mit ihr die Stunde Ruth Fischers.

374 Vgl. zu diesen Vorgängen Hans-Joachim Krusch, Linksregierungen im Visier. Reichsexekutive 1923, Schkeuditz 1998, sowie bereits Donald W. Bryce, The Reich Government versus Saxony, 1923. The Decision to Intervene, in: Central European History, 10 (1977), Nr. 2, S. 112–147.

375 Die sächsische (und auch die thüringische) KP zeichnete sich durch eine starke Verwurzelung im kommunalen Raum aus. Ihre lokalen Vertreter waren oft noch in der Vorkriegs-SPD sozialisiert worden und in der linkssozialistischen USPD aktiv gewesen. Vgl. die beiden exzellenten Arbeiten von Kachel, Ein rot-roter Sonderweg?, bes. S. 27–31, und von Norman LaPorte, The German Communist Party in Saxony, 1924–1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure, Bern 2003, bes. S. 73–78.

376 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/2/15, Bl. 273: Sitzung der Zentrale am 24. Oktober 1923.

III. An der Spitze der Partei (1924–1925)

In der kollektiven Erinnerung hat sich das Bild der KPD der Weimarer Republik als einer einheitlichen, geradezu monolithischen Körperschaft eingegraben. Die Differenzen der Gründungsphase werden überlagert vom Selbstbildnis, das die Partei seit der zweiten Hälfte der 1920er Jahre von sich zeichnete und das auch von ihren Gegnern weitgehend, wenngleich mit anderem ideologischen Vorzeichen, übernommen wurde: Es war die behauptete Identität von revolutionär-demokratischem Erbe der Arbeiterbewegung und kommunistischer Kampfpartei, die wiederum nach einer Gesellschaft sowjetischem Typs strebe. Eine solche Gesellschaft galt als Inbegriff der Ziele, um derentwillen Generationen von Arbeitern ihren Klassenfeinden die Stirn geboten hatten. Der Geburtsfehler der Komintern, die Vereinigung einer einzigen, in einem rückständigen Land siegreichen Partei mit einer Vielzahl kleinerer und wenigen großen Parteien, die diesen Sieg erträumten, hatte zur Dominanz des sowjetischen Parteiapparates im internationalen Kommunismus geführt. Die Hoffnung, durch eine siegreiche Revolution im Westen und vor allem in Deutschland diesen Zustand aufzuheben, blieb unerfüllt. Ende 1923 war der Glaube an die prinzipielle Richtigkeit aller Maßnahmen, die Moskau anriet oder anordnete, so weit gediehen, dass aus dem fehlgeschlagenen „Deutschen Oktober“ zwei Folgerungen zwingend nahelagen: Zum einen mussten für die Niederlage „Schuldige“ in der deutschen Partei, nicht aber in der sowjetischen Führung, gefunden werden, und zum anderen mussten alle Strömungen aus der KPD entfernt werden, die der Formierung einer den Bolschewiki gleichen Partei entgegenstanden. Nur die Kenntnis dieser Konstellation erklärt Ruth Fischers fast kometenhaften Aufstieg an die Spitze der KPD – und ihren ebenso abrupten Fall, der mit der Verstoßung aus Moskaus kommunistischer Familie einen logischen Abschluss fand.

Abrechnung mit Brandler

Das Fiasko des „Deutschen Oktober“ führte in der Komintern nicht zur kritischen Überprüfung eigener Grundsatzentscheidungen. Offenbar habe es nur an wahren Berufsrevolutionären in der KPD-Spitze gefehlt. Noch verteidigte Karl Radek den KPD-Vorsitzenden Heinrich Brandler, wenn auch bereits in verhaltener Tonart. Sinowjew hingegen rückte von der bisherigen KPD-Führung ab, und es wurde bald klar, dass er diese fallenlassen und durch eine andere Führungsmannschaft ersetzen wollte.

Dies hing vor allem mit der Lage in der Sowjetunion zusammen. Im Kampf um Lenins Nachfolge fanden sich Sinowjew und Kamenew mit Stalin zusammen, während Radek auf Seiten Trotzkis stand. Dieser entschloss sich noch im Oktober 1923, Stalins Versuchen, ihn von den Entscheidungsprozessen sukzessive auszuschalten, mit einem Rundschreiben zu beantworten, in denen er vor der Gefahr einer immer weiter ausufernden Bürokratisierung warnte. Trotzkis Schreiben an die Mitglieder des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der Partei sowie das folgende „Schreiben der 46" (ihn unterstützender Parteifunktionäre) zeigten die Härte der Auseinandersetzungen an, die freilich noch nicht an der Oberfläche und schon gar nicht außerhalb der Sowjetunion sichtbar waren.[1] Sie überschnitten sich, mehr als der KPD-Führung somit bewusst sein konnte, mit den deutschen Ereignissen. Trotzki stellte diesen Zusammenhang dann öffentlich her, als er im Herbst 1924 in seiner Schrift *Die Lehren des Oktober* nicht nur der beginnenden Verfälschung der Revolutionsgeschichte in der Sowjetunion zu begegnen suchte, sondern auch die Komintern-Politik dafür kritisierte, dass sie nicht die Betriebsräte zur Untermauerung der Arbeiterregierungen genutzt habe.[2]

Natürlich war jedem politisch Informierten von Beginn an klar, dass Sinowjew als Komintern-Vorsitzender einen guten Teil der Verantwortung für die Politik trug, auf deren Illusionen das Truggebäude eines „Deutschen Oktober" aufgebaut worden war. Doch Stalin und der sowjetische Parteiapparat, den er kontrollierte, konnten ihren Verbündeten Sinowjew damals noch nicht fallenlassen. Alle Verantwortung wurde nun auf Radek und Brandler abgewälzt. „Diese zu opfern", so Ossip Flechtheim, „war man bereit, um so den Sturm in der deutschen Partei zu beschwichtigen, zugleich aber auch, um die Enttäuschung der russischen Arbeiter, denen man die größten Hoffnungen gemacht hatte, durch Präsentierung neuer Führer zu überwinden."[3] Wer waren diese neuen Führer und welche Politik vertraten sie?

---

1 Trotzkis Brief und die „Erklärung der 46" wurden erstmals vollständig veröffentlicht in: Izvestija CK KPSS, Nr. 5 und 6 (1990). Der Inhalt beider Dokumente ist zusammengefasst bei Wolfgang Ruge, Lenin, Vorgänger Stalins. Eine politische Biographie, Berlin 2010, S. 382–386.

2 Leo Trotzki, Die Lehren des Oktober, in: Ulf Wolter (Hg.), Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923–1928, Bd. 2: 1924–1925, Berlin [West] 1975, S. 192–251. Trotzki wandte sich auch später dagegen, Brandler zum „Sündenbock" für die Komintern-Politik zu machen. Vgl. Leo Trotzki, Die Dritte Internationale nach Lenin [1928], Essen 1993, S. 103–107.

3 Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Neuausgabe Frankfurt 1976, S. 191.

Auf der nunmehr illegalen Sitzung des KPD-Zentralausschusses am 29. Oktober 1923, der ersten nach dem Oktober-Fiasko, traten die Gegensätze zwischen der Parteiführung und ihren ultralinken Kritikern hervor.[4] Zwar wurde Brandler als Parteivorsitzender noch bestätigt, doch schrieb Radek an Sinowjew, dass Maslow, der außerhalb der Berliner Organisation noch kein politisches Amt bekleide, „gegenwärtig der Führer der Partei“ sei.[5] Noch trog der Eindruck: Die Zentrale wählte ein Direktorium, eine provisorische engere Parteileitung, der neben Brandler auch August Thalheimer, Jacob Walcher, Wilhelm Pieck und – Ruth Fischer angehörten. Zum Sekretär, dem die Aufgabe eines Koordinators oblag, wurde Walter Ulbricht gewählt. Hinzu kamen zwei nicht namentlich genannte Genossen, zu denen offenkundig der untergetauchte Ernst Thälmann zählte.[6]

Durch ein taktisch höchst ungeschicktes Verhalten gab Brandler eine wichtige politische Position preis, als er vom „Sieg des Faschismus“ über die kommunistische Bewegung sprach; eine politisch abenteuerliche Deutung, die Radek unterstützte und die Eingang in die Thesen der Zentrale fanden.[7] Die Oktober-Ereignisse hätten, so Brandler weiter, lediglich zu einer vorübergehenden Erschütterung geführt; die KPD werde alsbald wieder die Offensive ergreifen können.[8] Etwas süffisant bezeichnete ein Schreiben des EKKI Brandlers Erklärung, wonach „der Faschismus die Novemberrepublik bereits besiegt“ habe, als „eine literarische Verrenkung.“[9] Zutreffender als ihre defätistische Ausdeutung der Weimarer Republik als faschistisch war der Verweis von Brandler und Thalheimer auf das für die KPD ungünstige Kräfteverhältnis. Die Entscheidung sei zu früh gesucht wor-

4 Obgleich dieses Kapitel die Jahre 1924–25 umfasst, ist es für den Gang der Erzählung unvermeidlich, die noch 1923 einsetzenden Kontroversen nach dem „Deutschen Oktober“ hier mit zu behandeln.

5 Karl Radek an Grigorij Sinowjew, Brief vom 23. Oktober 1923, in: Ja S. Drabkin (Red.), Komintern i ideja mirovoj revoljucii. Dokumenty, Moskau 1998, S. 432.

6 Vgl. Historisches Archiv der KPD im Bundesarchiv Berlin, SAPMO-BArch, RY 1/I 2/2/15, Bl. 276: Sitzung der Zentrale am 29. Oktober 1923.

7 Vgl. die Materialien in: Die Internationale, 6 (1923), S. 516–530.

8 SAPMO-BArch, RY I 2/2/15, Bl. 18: Protokoll der Sitzung des Zentralausschusses vom 3. November 1923. Dem entsprach eine Erklärung des Zentralausschusses, die die sozialdemokratische Parteiführung als „Helfershelferin des Faschismus“ brandmarkte, abgedruckt in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII/2, Berlin [DDR] 1966, S. 471f.

9 Der Brief des EKKI (geschrieben vor dem 10. November 1923) ist zit. nach Bernhard H. Bayerlein (Hg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 348 (Dokument Nr. 69). Bayerlein nennt Sinowjew als dessen Autor. Eberhard Czichon und Heinz Marohn (Thälmann. Ein Report, Bd. 1, Berlin 2010, S. 168) nennen Ossip Pjatnitzkij als Verfasser, der sich mit Sinowjew abgestimmt habe.

den, betonten sie auf einer weiteren Sitzung der Parteizentrale am 7. Dezember. Der Grundfehler liege somit in der Moskauer Aufstandsplanung.[10]

Auf der Sitzung der Zentrale und in den folgenden parteiinternen Debatten kristallisierten sich drei Gruppierungen heraus: Die bald als „Rechte“ stigmatisierte bisherige Führung um Brandler und Thalheimer hielt den Verzicht auf den „Entscheidungskampf“ im Oktober 1923 nach wie vor für richtig. Daneben entstand die ideologisch inhomogene Mittelgruppe, zu der die Mehrheit der bisherigen Zentrale gehörte. Als ihre Wortführer galten Wilhelm Pieck, Wilhelm Koenen, Hugo Eberlein, Ernst Meyer und Hermann Remmele. Auch Ruth Fischers Bruder Gerhart Eisler gehörte ihr an, ebenso Heinz Neumann.[11] Die Parteilinke – in Wirklichkeit die ultralinke Fraktion – wurde von Ruth Fischer, Arkadij Maslow, Arthur Rosenberg, Werner Scholem sowie den proletarischen „Aushängeschildern“ Max Hesse und besonders Ernst Thälmann angeführt. Die Ultralinken „predigten“, so Mathilde Montagnon, den Kampf um die Errichtung der Diktatur des Proletariats, da sie Deutschland weiterhin am Vorabend der Revolution sahen.[12] Unverblümt meldeten sie ihre Ansprüche auf die Führung der Partei an.[13]

Noch stand Thälmann im Schatten von Fischer und Maslow, doch verfügte er über ein innerparteilich wichtiges kulturelles Kapital: Zwar war der einstige Rollkutscher und Werftarbeiter inzwischen Angestellter des Hamburger Arbeitsamtes geworden, doch konnte er sich einen proletarischen Habitus bewahren, der deutlich vom intellektuellen Gebaren seiner Fraktionskollegen abstach. Diese proletarische Erscheinung war für das „Binnenklima“ der Arbeiterpartei, die die KPD war, nicht zu unterschätzen.[14]

---

10 Vgl. die (undatierte) Erklärung Brandler-Thalheimer in: SAPMO-BArch, RY I 2/2/29, Bl. 73f., in: Jens Becker, Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001, S. 239f.

11 Vgl. Florian Wilde, Ernst Meyer (1887–1930) – vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus. Eine politische Biographie, Diss., Hamburg 2011, S. 353–357 (im Folgenden: Wilde, Ernst Meyer).

12 Mathilde Montagnon, Ruth Fischer 1895–1961. Itinéraire d’une communiste oppositionnelle, Université Pierre Mendès-France, Institut d’Etudes Politiques, Grenoble 1998, S. 79.

13 Vgl. M. I. Orlova, Uroki nemeckogo Oktjabrja. Očerk razvitija nemetskoj marksistskoj istoriografija revoljucionnogo krizisa 1923 goda v Germanii, Moskau 1965, bes. S. 36f., 96f., wo jedoch (wie in der sowjetischen und DDR-Literatur generell) Thälmann den Ultralinken nicht zugeordnet, statt dessen der habituelle Unterschied zwischen ihm und den ultralinken Intellektuellen ins Politische übertragen wurde.

14 Vgl. zur Formierung der drei innerparteilichen Gruppierungen Flechtheim, KPD, S. 191–194; Orlova, Uroki nemeckogo Oktjabrja, S. 9–15; Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD, Bd. 1, Frankfurt 1969, S. 16–18

Unmittelbar nach dem gescheiterten Hamburger Aufstand hatte Karl Radek die KPD-Führung aufgefordert, einen deutschlandweiten Generalstreik auszurufen. Die KPD-Zentrale unterstützte Radek, doch die SPD-Linke wandte sich entschieden dagegen. Nur an einzelnen Orten wie in Hanau folgte eine größere Anzahl von Arbeitern dem Streikaufruf.[15] In Verkennung der Lage glaubte auch das EKKI-Präsidium in Moskau, die Zeit arbeite für die KPD. Nach einigen Wochen könne man sich „wieder denselben Aufgaben stellen, die im Oktober gestellt wurden, aber diesmal mit Erfolg."[16]

Ruth Fischer sprach sich wie die gesamte Berliner Landesführung gegen den Streik aus. Sie setzte nicht mehr auf Radek, da sie erkannte, dass dessen Spiel verloren war. Vielmehr suchten sie, Maslow und ihre Anhänger nunmehr um Sinowjews Unterstützung nach, ohne den der Kampf um die Führung der KPD nicht zu gewinnen war.[17] Werner Scholem hatte ihm bereits Ende Oktober 1923 geschrieben, falls Sinowjew die Ultralinken im Kampf um die Parteiführung unterstütze, seien diese bereit, alle „Schuld" für den gescheiterten „Deutschen Oktober" auf Brandler, Thalheimer und ihre Anhänger abzuladen und die tatsächlich Verantwortlichen in Moskau zu entlasten.[18]

Unterdessen wurden Tausende KPD-Mitglieder im ganzen Land verhaftet, doch oft nach kurzer Zeit auf freien Fuß gesetzt.[19] Auch im Parlament wurde über

---

und *passim*; Ben Fowkes, Communism in Germany under the Weimar Republic, New York 1984, S. 110–114; Becker, Heinrich Brandler, S. 241–245.

15 Der Aufruf ist abgedruckt in: Die Lehren der deutschen Ereignisse, Hamburg 1924, S. 7f. Dort wird allerdings (fehlerhafter Weise) der 26. Oktober als Streiktag genannt.

16 Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii (RGASPI), Moskau, Fonds 495, Bestand 18, Akte 175a: Geschlossener Brief [des EKKI-Präsidiums] an die Zentrale der KPD vom 23. November 1923, zit. in: Klaus Kinner, Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999, S. 69.

17 So schrieb sie ihm, die „Politiker der demokratischen Illusionen" (um Brandler) seien zur Mobilisierung der Massen „politisch unfähig […]." SAPMO-BArch, RY 5/I 6/3/128, Bl. 90: Ruth Fischer an Grigorij Sinowjew, Brief vom 17. November 1923.

18 Vgl. ebd., Bl. 87f.: Deutsche Sektion beim EKKI, Werner Scholem an Grigorij Sinowjew, Brief vom 30. Oktober 1923.

19 Die Haftbedingungen waren human. „Wir bekamen genug zu essen, konnten lesen, wenn wir etwas hatten, ja, wir konnten uns sogar gegenseitig in unseren Zellen besuchen", schrieb Fritz Selbmann. Es sei nicht zu vergleichen mit der „Schutzhaft" später im „Dritten Reich". Ein Mithäftling war möglicherweise Voldemar Rose, dessen Namen er nicht wusste und der im Gefängnis als „Kowalski" geführt wurde. Fritz Selbmann, Bilanz, Alternative Credo. Versuch einer Selbstdarstellung, Halle (Saale) 1969, S. 143f. Selbmanns Buch, obgleich der DDR-Sicht auf die KPD verpflichtet, vermeidet (mit einer Ausnahme, über die noch berichtet wird) unsachliche Angriffe auf „Parteifeinde" und besticht durch stilistische Qualität.

die putschistische Politik der KPD verhandelt. Am 28. November verlas Innenminister Carl Severing (SPD) in einer von Tumulten geprägten Sitzung des preußischen Landtages ein Schreiben Ruth Fischers an Sinowjew, das die Polizei abgefangen hatte. Sie schrieb, dass „die Zentrale unfähig ist, auch nur einen einzigen begangenen Fehler einzusehen und die Konsequenzen daraus zu ziehen. Das Verhältnis zwischen der Berliner Organisation und der Zentrale ist ein einziger Kampf in jeder politischen, aber auch in jeder organisatorischen Frage." Die Passivität der KPD-Führung, die die Gelegenheit zum Kampf habe verstreichen lassen, sei für die schlechte Stimmung im deutschen Proletariat voll verantwortlich. Somit bleibe kein anderer Ausweg, „als dass die Exekutive und zwar Sie, Genosse Sinowjew, und nicht Radek, der hier in Deutschland ist, die deutsche Frage noch einmal prüfen und uns einen Weg zur Lösung vorschlagen." Zwar war die KPD verboten, ihre Abgeordneten genossen jedoch Immunität und wurden an der Ausübung ihres Mandates nicht gehindert. So suchte Ernst Meyer, der anschließend sprach, dies als einen „Spitzelbericht" abzutun, auf den die KPD wegen des Verbots ihrer Presse nicht öffentlich antworten könne. Seine Bemerkungen, in denen er Ruth Fischers Haltung herunterspielen wollte, veranlasste den SPD-Abgeordneten Ernst Heilmann zur Feststellung, dass Meyer, „wenn ich ihn recht verstanden habe, nicht zur Richtung der Frau Ruth Fischer, sondern zur Richtung der Zentrale gehört."[20] Die Härte der Richtungskämpfe innerhalb der KPD blieb ihren Gegnern kaum verborgen.

Ende 1923 griff Stalin erstmals direkt in diese Kontroversen ein. In Moskau wurde Maslow der indes nicht belegte Vorwurf gemacht, sich bei einem Polizeiverhör in Deutschland 1922 feige verhalten und kompromittierende Angaben über Radek und andere Genossen gemacht zu machen.[21] Eine vom EKKI eingesetzte Kommission beschloss daraufhin, Maslow ein Jahr lang von jeder Führungsposition in der KPD zu dispensieren.[22] Laut Ruth Fischer übernahm nun-

20 Verhandlungen des Preußischen Landtags. Stenographische Berichte, Wahlperiode 1, 1921/24, Berlin 1924, 278. Sitzung am 28. Dezember 1923, Sp. 19821–19835. Für diesen und den folgenden Hinweis bin ich Ralf Hoffrogge dankbar.

21 Darauf bezog sich wahrscheinlich die undatierte Mitteilung eines „Josef" an Clara Zetkin in Moskau. Er schrieb ihr, ein Brief Ruth Fischers an den „polit. Stümper" Sinowjew sei in der Rosenthaler Straße beschlagnahmt worden. Fischers und Maslows „Maulaufreißerei" seien gefährlich, doch werde „Josef", falls nötig, Maslows „Protokoll von 1a" veröffentlichen und auch den Kampf mit Sinowjew aufnehmen. Mit „1a" war die entsprechende Abteilung (Politische Polizei) gemeint. Die Exekutive der Komintern solle Fischer und Maslow „das Handwerk" legen, ansonsten „helfen wir uns selber." RGASPI, Fonds 528, Bestand 1, Akte 2359, nicht paginiert.

22 Es war Werner Scholem, der Ruth Fischer zur Intervention drängte, nachdem diese wegen ihrer persönlichen Beziehung zu Maslow zunächst zögerte, offenbar, um nicht des Nepo-

mehr Stalin den Vorsitz einer Subkommission, die noch vor Jahresende den Beschluss revidierte. Stalin drängte darauf, Maslow mit verantwortlichen politischen Funktionen zu betrauen, wohl, weil er dessen Vertrautheit mit den sowjetischen Zuständen für sich zu nutzen gedachte, doch vor allem auch, um den „linken" Parteiflügel gegen Brandler und Thalheimer zu stärken. Mit dem 7. Dezember 1923 wurde Maslow die Übernahme von Funktionen in der KPD wieder gestattet, wenngleich noch ohne Stimmrecht bei politischen Entscheidungen.[23]

Brandler und Thalheimer standen auf verlorenem Posten. Sie betonten, „breite Teile der Mittelschichten" hätten mit ihrer Politik sympathisiert und die Arbeiterregierungen unterstützt. Die Arbeiter in Sachsen und Thüringen hätten diese Regierungen als Ansporn zu politischer Aktivität gesehen.[24] Doch es half nichts. Mit seiner Warnung, dass die deutsche Revolution „nicht einfach ein Abklatsch des Ganges der russischen Revolution sei", stellte sich Thalheimer vergeblich einer in der Partei immer stärkeren Glorifizierung der russischen Oktoberrevolution entgegen.[25] Er und Brandler verteidigten ihre Haltung, wonach eine Erhebung des Proletariats keine Aussicht auf Erfolg habe, solange die Mehrheit der Arbeiter nicht für die „Grundsätze des Kommunismus" gewonnen sei.[26]

Das EKKI bestellte die KPD-Spitze und ihre innerparteilichen Kritiker für den 16. Januar 1924 zur Tagung nach Moskau ein. Die Anreise der deutschen Kommunisten gestaltete sich wegen des KPD-Verbotes schwierig.[27] Unmittelbar vor dem Treffen hatte das ZK der sowjetrussischen Partei getagt und Radek für eine Reihe von Fehleinschätzungen verantwortlich gemacht.[28] Er und Pjatakow hatten kritisiert, dass die sowjetische Führung den Grad der Revolutionsbereitschaft der

---

tismus geziehen zu werden. Vgl. SAPMO-BArch, RY 5/I 6/3/128, Bl. 87: Deutsche Sektion beim EKKI, Werner Scholem an Grigorij Sinowjew, Brief vom 30. Oktober 1923.

23 Vgl. den Beschluss des Politbüros der KPR(B) zur Rehabilitierung Maslows, in: Bayerlein, Deutscher Oktober, S. 427f. (Dokument 97) sowie Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt [1950], S. 433.

24 SAPMO-BArch, RY 5/I 6/3/128, Bl. 54: Deutsche Sektion beim EKKI, Brief an das EKKI vom 8. Dezember 1923.

25 A. Thalheimer, Über die gegenwärtige Lage in der Kommunistischen Partei Deutschlands, in: Inprekorr, Nr. 2 vom 4. Januar 1924, S. 10.

26 A. Thalheimer/H. Brandler, Zur Lage in der KPD, ebd., Nr. 5 vom 15. Januar 1924, S. 40.

27 In der Zeit des KPD-Verbotes arbeitete die Parteiführung mit Decknamen: Ruth Fischer wurde zu „Bucher", Thälmann zu „Teddy" (ein Spitzname, der an ihm haften blieb), Maslow erhielt den Namen „Max", der seinem Spitznamen entsprach. Vgl. Czichon/Marohn, Thälmann, Bd. 1, S. 173.

28 Vgl. L. G. Babičenko, Politbjuro CK RKP(B), Komintern i sabytija v Germanii v 1923 g. Novye archivnye materialy, in: Novaja i Novejšaja istoria, 38 (1994), Nr. 2, S. 143.

deutschen Arbeiter überschätzt habe.[29] Sinowjew hob hingegen den Kampfeswillen und das politische Bewusstsein der Berliner und Hamburger KPD-Organisation als beispielhaft hervor.[30]

Auf der EKKI-Tagung spielte neben der innersowjetischen Lage die deutsche Frage die zentrale Rolle. Hinter den Kulissen des Plenums verschärften sich die Gegensätze innerhalb der mit der deutschen Angelegenheit befassten Sonderkommission. Ihr gehörten Bucharin, Sinowjew und Stalin einerseits sowie ihre Gegenspieler Trotzki, Pjatakow und Radek an. Dass Stalin, der als einziger der Genannten kein Deutsch sprach, dennoch Sitz und Stimme in der Kommission hatte, zeigte seinen Einfluss nicht nur im sowjetischen Parteiapparat, sondern inzwischen auch in der Komintern. „Zu meinem Erstaunen war Stalin gut informiert über alle Einzelheiten der deutschen Parteiorganisation, aber es lag ihm weit weniger, sich in die Zusammenhänge der deutschen Politik einzufühlen", schrieb Ruth Fischer Jahrzehnte später.[31]

„Über den Versuch, die Deutungsmacht über die Oktoberniederlage zu bekommen, hofften beide Lager, die Mitglieder der Deutschen Delegation [in Moskau] bzw. die gesondert geladenen Vertreter der KPD für die eigenen Fraktionsinteressen nutzen zu können", schreibt Brandlers Biograph Jens Becker.[32] Brandler selbst kam verspätet nach Moskau. Zu Beginn der EKKI-Tagung saß er noch in Prag fest, da er wegen des KPD-Verbotes auf einen falschen Pass angewiesen war. Samuel Guralski (August Kleine) trat als Interessenvertreter der Mittelgruppe auf. Ebenso wie die Ultralinken (und gegen den halbherzigen Widerstand von Pieck und Eberlein) setzte er sich für Brandlers Absetzung als Parteivorsitzenden ein; eine Maßnahme, gegen die Trotzki, der kein Parteigänger Brandlers war, vergeblich protestierte.[33]

In einem Schreiben lehnte die „Opposition der KPD" – Fischer, Maslow, Thälmann, Scholem und Hesse – Sinowjews Favorisierung der Mittelgruppe ab.[34] Diesem wiederum imponierte der proletarische Habitus mancher Kritiker des Arbeiter-Intellektuellen Brandler. „Offen gesagt, Genossen, brauchen wir in der Parteizentrale zehn solche Genossen wie Remmele und Thälmann. Das wäre eine Zentrale! [...] Diese Genossen stellen das Beste und Kostbarste da, was die deut-

29 Vgl. Jean-François Fayet, Karl Radek (1885–1939). Biographie politique, Berne 2004, S. 510.

30 Vgl. Babičenko, Politbjuro CK RKP(B), S. 152.

31 Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 446.

32 Becker, Heinrich Brandler, S. 245. Hiernach auch das Folgende.

33 Vgl. Isaac Deutscher, Der unbewaffnete Prophet. Trotzki 1921–1929, 2. Aufl., Stuttgart 1972, S. 147.

34 Vgl. Bayerlein, Deutscher Oktober, S. 426f. (Dokument Nr. 96).

sche Partei besitzt."[35]Auf dem Plenum konnten die Ultralinken weitere Punkte sammeln. Sinowjew erklärte die von Brandler favorisierte Zusammenarbeit mit dem linken Flügel der SPD für beendet. „Eine Periode demokratischen Zusammenwirkens mit den Sozialdemokraten ist nunmehr ausgeschlossen. Wer noch glaubt, es sei ein politisches Bündnis der Kommunisten mit den Sozialdemokraten möglich, steht auf dem Standpunkt der Sozialdemokratie, ist ein wirklicher Zentrist", also ein Mann vom Schlage des als Renegaten abgestempelten Kautsky.[36] Schließlich verstieg er sich zur unheilvollen Behauptung, die internationale Sozialdemokratie sei jetzt zu einem „Flügel des Faschismus" geworden.[37] Ruth Fischer warf der bisherigen KPD-Führung vor, sie habe sich im Oktober 1923 kampflos zurückgezogen, der sozialdemokratischen Scheinlinken angedient und die „Machtfrage" nicht wirklich gestellt.[38]

In einer Resolution versuchte das EKKI, die Lehren aus den deutschen Ereignissen zu ziehen. Die Resolution hielt fest, „dass im gegenwärtigen Augenblick eine volle Zusammenfassung des Grundkernes [der KPD] mit der Linken gegen die opportunistischen Fehler der Rechten notwendig sei." Auch das EKKI habe „nicht energisch genug auf die herannahende Entscheidung" im Herbst 1923 „aufmerksam gemacht", mitentscheidend für die Niederlage aber sei die Unterschätzung der SPD als „hemmende Kraft" innerhalb der Arbeiterbewegung durch die Brandler-Führung gewesen. Diese habe die politischen Möglichkeiten der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen weit überschätzt, das „doppelzüngige Verhalten" der nur angeblich linken Sozialdemokraten hingegen unterschätzt. „Dies bedeutete den Abschied vom Konzept der Arbeiterregierung", so Jens Becker. „An vorderster Stelle der Kampflosungen stand nun die Diktatur des Proletariats."[39] Genau dies hatte Sinowjew gewollt.[40]

35 Rede des Genossen Sinowjew über die Lage in der KPD, in: Die Internationale, 7 (1924), Nr. 2/3, S. 43. Auch während des Verbotes der KPD erschien ein Teil ihrer Presse mit Einschränkungen weiter.

36 Ebd., S. 38. – Als „Nachschlag" behauptete Sinowjew später, Ruth Fischer und Thälmann hätten Brandler erst zum Eintritt in die sächsische Arbeiterregierung überreden müssen. Ihm war bewusst, dass das Projekt an der KPD-Basis noch weithin populär war und nicht dem als „Rechten" stigmatisierten Brandler überlassen werden dürfe. Vgl. die Auszüge aus einem Artikel Sinowjews in der *Leningradskaja Prawda* vom 11. Mai 1924 in: August Thalheimer. 1923: Eine verpasste Revolution?, Berlin 1931, S. 31.

37 Rede des Genossen Sinowjew über die Lage in der KPD, S. 40. Noch war diese These nicht verbindlich; vgl. Leonid Luks, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935, München 1984, S. 82f.

38 Vgl. Die Lehren der deutschen Ereignisse, S. 48f.

39 Becker, Heinrich Brandler, S. 247.

Dem Zaudern in Mitteldeutschland stellte das EKKI den Hamburger Aufstand als leuchtendes Beispiel revolutionärer Tatkraft gegenüber. Obgleich dieser zum Scheitern verurteilt gewesen sei, blieben seine Lehren „wertvoll für Partei und Komintern."[41] Der russische Historiker Leonid Babitschenko sieht genau darin die „Linkswendung der Komintern" im Sinne ultralinker Politik.[42] Die Resolution wies, so Babitschenko weiter, den Weg zur *Bolschewisierung* von KPD und Komintern.[43] Ohne dass es irgendeinem der Akteure bewusst sein konnte, war damit auch der Grundstein zur Legende um Ernst Thälmann gelegt, war dieser doch der politische, wenn auch nicht der militärische Führer des Hamburger Aufstandes gewesen.

Die EKKI-Tagung wurde am 21. Januar geschlossen. Am gleichen Tag starb Lenin. Der vor seinem Tod begonnene Kampf um die Nachfolge entbrannte in voller Schärfe. Immer stärker überschnitten sich die deutschen Querelen mit den Moskauer Fraktionskämpfen. Jede wichtige Personalentscheidung in der Komintern wie der KPD wurde nun mit der Berufung auf das Leninsche Erbe ideologisch gerechtfertigt.

Dieses Erbe aber war kein monolithischer Block, sondern in sich widersprüchlich. Lenins Lehre von der Partei neuen Typus, die für die Komintern als verbindlich galt, unterschied sich vom Vermächtnis seiner pragmatischen Innenpolitik, die in der Neuen Ökonomischen Politik ihren Ausdruck fand. Dort hatte der nüchterne, die Realitäten des großen Landes in Rechnung stellende Staatenlenker über den Dogmatiker den Sieg davongetragen, hier hielt er an seinen rigiden Vorstellungen kommunistischer Parteipolitik auch dann fest, als sich deren Untauglichkeit erwiesen hatte.

„Unser Führer Lenin ist tot – aber in Millionen Hirnen, Herzen und Fäusten des deutschen Proletariats wie des Weltproletariats muss Lenin, wird Lenin weiterleben", hieß es im Aufruf der Parteizentrale. Die KPD reiche „der russischen Arbeiterklasse, die als erste unter Lenins Führung die Diktatur der Räte aufrichte-

40 Auf der EKKI-Präsidiumstagung hatte Sinowjew am 11. Januar 1924 erklärt, die Arbeiterregierung sei „nichts anderes als ein Pseudonym der Diktatur oder sie ist sozialdemokratische Opposition." RGASPI, Fonds 495, Bestand 2, Akte 23, zit. in: Kinner, Der deutsche Kommunismus, S. 71.

41 Die Resolution ist abgedruckt in: Die Lehren der deutschen Ereignisse, S. 94–109, sowie bei Bayerlein, Deutscher Oktober, S. 456–465 (Dokument Nr. 103).

42 Babičenko, Politbjuro CK RKP(B), S. 153.

43 Vgl. ebd., S. 156.

te“, die Hand zum brüderlichen Kampfschwur.[44] Die martialische Sprache und die Lobpreisung der Diktatur, nicht der Arbeiterdemokratie, sollte deutlich machen, wohin die Reise ging.

Am 8. Februar verteidigte sich der angegriffene Heinrich Brandler in einer bewegenden Rede auf einer Sitzung der KPD-Zentrale und schloss mit den Worten: „Ich warne Euch und klage Euch an.“[45] Er gab sich kämpferischer als kurz zuvor in Moskau: „Ihr meint, ihr könnt mich so erledigen wie Levi? Aber da werde ich euch eine Nase drehen.“ Seine Kritiker mitsamt ihrer „Propaganda des unverfälschten Kommunismus“ würden die Tagesnöte der Arbeiter vergessen.[46] Er fühle sich aber „sauwohl“, wenn ihm angesichts dieses Kurses die Verantwortung für die deutsche Revolution aus der Hand genommen sei.[47] Ruth Fischer beschuldigte sowohl Brandler wie auch die Mittelgruppe, politisch versagt zu haben. Sie empfahl Brandler sogar, Levis Beispiel zu folgen und die Partei zu verlassen.[48] Gerhart Eisler, der die Mittelgruppe vertrat, wandte sich gegen das intolerante Verhalten seiner Schwester und kritisierte besonders den von ihr gebrauchten Ausdruck der „Bankrottpolitik.“[49]

Die KPD gab sich eine neue Führung: In das Politische Büro, das Polbüro, später Politbüro, wurden Ruth Fischer, Wilhelm Koenen, August Kleine (Guralski), Edwin Hoernle, Hermann Remmele, Arthur Rosenberg, Walter Stoecker und Ernst Thälmann gewählt, das Organisatorische oder Orgbüro bildeten Hugo Eberlein, Ottomar Geschke, Fritz Heckert, Rudolf Lindau, Paul Schlecht, Georg Schumann, Walter Ulbricht und Karl Vierath. Parteivorsitzender wurde Hermann Remmele, sein Stellvertreter Thälmann. Sekretär, also Koordinator der innerparteilichen Arbeit, wurde Stoecker, sein Stellvertreter Arkadij Maslow.[50]

---

44 Die Fahne der Revolution, Nr. 10 (Januar 1924), zit. nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin [DDR] 1966, S. 21. Die Publikation erschien als illegales Druckerzeugnis während des Verbotes der *Roten Fahne* und anderer Blätter.

45 SAPMO-BArch, 2/2/16, Bl. 25: Sitzung der Zentrale vom 8. Februar 1924.

46 Ebd., Bl. 21.

47 Ebd., Bl. 20.

48 Vgl. ebd., Bl. 26, 32.

49 Ebd., Bl. 28.

50 Vgl. ebd., Bl. 37. Von der Härte der Kontroversen, die dem Revirement vorangingen, zeugt ein Brief Thalheimers an Sinowjew vom 15. Februar 1924, in dem er „die geradezu wahnsinnige Hetze“ gegen ihn und Brandler beklagte, die bis zu Ausschlussdrohungen reichten, und „neue schwere Erschütterungen der Partei“ als „unausbleiblich“ vorhersagte. Der Brief befindet sich in: RGASPI, Fonds 495, Bestand 19, Akte 453, Bl. 4, und ist zit. bei Theodor Bergmann, Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten, Hamburg 2004, S. 98. Der Versuch eines Parteiausschlusses von Brandler und Thalheimer, schrieb Sinowjew an Remmele und Thälmann, wäre „ein Verbrechen gegen

Am 19. Februar bestätigte die KPD-Führung auf einer Sitzung des Zentralausschusses in Halle die Verurteilung der Politik Brandlers und wählte eine neue, allerdings provisorische und nur noch fünfköpfige Zentrale, die bis zum nächsten Parteitag amtieren sollte. Heinrich Brandler wurde nun auch offiziell abgesetzt, Remmele und Thälmann, der Brandler heftig attackierte, blieben Parteivorsitzender und Stellvertreter.[51]

Damit aber waren Ruth Fischer und Arkadij Maslow noch nicht an ihrem Ziel angelangt, das in der Übernahme der Parteiführung bestand. Maslow war zwar stellvertretender Sekretär, doch wurde diese Funktion als rein verwaltungsmäßige verstanden, und noch gehörte er, anders als Ruth Fischer, nicht zum Führungskern.

Die Ultralinken mussten taktieren. Da die sowjetische und die Komintern-Führung bei allem Sektierertum der Politik der Einheitsfront keine formelle Absage erteilten, konnten sie sich dies auch nicht leisten.[52] Werner Scholem schrieb, der Begriff der Einheitsfront, an dem er festhielt, müsse aber völlig neu definiert werden. Dann aber wiederholte er im Kern die ultralinke Position: „Die Richtung Brandler fasste die Einheitsfronttaktik als den Versuch auf, die Sozialdemokratische Partei mit ihrer Führung zu zwingen, ‚Arbeiterpolitik zu betreiben'. Die Opposition fasste die Einheitsfronttaktik als eine Zusammenballung der proletarischen Massen in den Betrieben auf, als einen Kampf, der von unten her geführt wird", den die SPD, „ihrem kleinbürgerlich-konterrevolutionären Charakter nach, nicht durchführen" könne.[53]

Man muss sich vor Augen halten, dass zu Beginn des Jahres 1924 die deutschen Arbeiter noch einmal, so schien es zumindest aus KPD-Sicht, aufbegehrten. „Das Frühjahr 1924 wurde", wie eine spätere Untersuchung festhielt, „zu der Phase der langen wilden Streiks in der Weimarer Republik, in denen die Arbeiter versuch-

die Partei und die Internationale", und das EKKI werde einen solchen Beschluss aufheben. Sinowjews Brief vom 24. Februar 1924 befindet sich in: RGASPI, Fonds, 495, Bestand 292, Akte 5, Bl. 4, und ist auch zit. von Becker, Heinrich Brandler, S. 451, Anm. 986. Bereits am 1. Januar 1924 hatte Wilhelm Pieck an Hugo Eberlein geschrieben, Brandler sei ob der Kontroversen von einer „gefährlichen Depression" befallen. RGASPI, Fonds 495, Bestand 292, Akte 9, Bl. 3, so auch zit. von Becker, Heinrich Brandler, S. 242.

51 Vgl. den Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der KPD. Abgehalten in Frankfurt am Main vom 7. bis 10. April 1924, Berlin 1924, S. 64–75 (der im Protokoll enthaltenen Beilage).

52 Vgl. Orlova, Uroki nemetskogo Oktjabrja, S. 61, die aber die EKKI-Position nicht als sektiererisch sah.

53 Werner Scholem, Skizze über die Entwicklung der Opposition in der KPD, in: Die Internationale, 7 (1924), Nr. 2/3, S. 129.

ten, ihre durch die Ergebnisse der Revolution [von 1918] verbesserten Arbeitsbedingungen zu verteidigen. Die Antwort lautete: Aussperrung und Entlassung."[54]

War der Oktober 1923, so Scholem, „die beste Situation, welche die deutsche Revolution uns jemals gegeben hat", dann mussten durch das Auswechseln der Führungsmannschaft diese Möglichkeiten in naher Zukunft besser genutzt werden.[55] Es war genau diese Forderung, die von Fischer, Maslow und ihren Anhängern immer aufs Neue wiederholt wurde, als es darum ging, die Delegierten für den 9. KPD-Parteitag auszuwählen, der nach dem Ende des KPD-Verbotes vom 7. bis zum 10. April 1924 in Frankfurt zusammentrat. Zu dieser Zeit hatten Fischer und Maslow mit Hilfe der linksradikalen, oft in die Arbeitslosigkeit gedrängten Proletarier in den wichtigen Bezirksorganisationen von Berlin, der Wasserkante und des Ruhrgebietes eine Dreiviertelmehrheit der Delegierten hinter sich gebracht.[56]

Zwar konnten sie sich anderswo, so im mitgliederstarken Bezirk Halle-Merseburg, trotz vehementen Einsatzes von Ruth Fischer gegen die dort starke Mittelgruppe noch nicht durchsetzen.[57] Doch wurden bereits neunzehn von sechsundzwanzig Parteibezirken von den Fischer-Maslow-Anhängern geführt.[58]

---

54 Eva Cornelia Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920–1928, Frankfurt/New York 1977, S. 101.

55 Scholem, Skizze, S. 133.

56 Vgl. Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 60–62; Orlova, Uroki nemetskogo Oktjabrja, S. 37f.; Ingeborg Hildebrandt, Der Kampf der KPD gegen den Revisionismus der Ultralinken zu Beginn der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland, Diss., Berlin [DDR] 1966, S. 22. Ingeborg Hildebrandt schwächte jedoch ihre Feststellung, wonach auch der (von Thälmann geleitete) Bezirk Wasserkante ein Stützpunkt der Ultralinken gewesen sei, mit der Einschränkung ab, dass unter den „Linken" zum einen eine „gesunde Strömung" bestanden habe, die den „vorwärtsweisenden Teil der deutschen Arbeiterklasse" verkörpert habe, zum anderen habe „die Strömung der KAPD-nahen Intellektuellen" existiert, „die linker als die leninistische Theorie und die bolschewistische Praxis" gewesen seien. Ebd.

57 Vgl. den Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom 1. März 1924 bis 15. September 1924, Berlin [1924], S. 9, sowie Frank Hirschinger, „Gestapoagenten, Trotzkisten, Verräter". Kommunistische Parteisäuberungen in Sachsen-Anhalt 1918–1953, Göttingen 2005, S. 53.

58 Vgl. Norman LaPorte, The German Communist Party in Saxony, 1924–1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure, Bern 2003, S. 85. Sachsen war allerdings noch eine längere Zeit weitgehend von den Anhängern der Mittelgruppe sowie den „Brandleristen" geprägt. Im westsächsischen Raum genossen die Kräfte um Fischer und Maslow jedoch erhebliche Unterstützung. Paul Schlecht sorgte im Vorfeld des Frankfurter Parteitages für die Auswechslung der sächsischen KP-Führung. Vgl. ebd., S. 97–103, sowie Ders.,

Ruth Fischer kündigte als dringende Aufgabe für die nahe Zukunft „die Heranziehung eines aktiven und beweglichen Funktionärskörpers" sowie „die Liquidierung der ‚Gruppen' und die Stärkung des Zentralismus" an, „nachdem der Oktober jede Art von Zentralismus bei den Mitgliedschaften in Grund und Boden diskreditiert hat!"[59]

Die Gegensätze entluden sich auf dem Parteitag. Obgleich das Verbot der Partei inzwischen aufgehoben worden war, fanden die Sitzungen an wechselnden Orten im Raum Frankfurt-Offenbach statt.[60] Das Protokoll enthält keine namentlich gekennzeichneten Diskussionsbeiträge.

Kurz vor dem Parteitag, am 26. März, hatte Sinowjew in einem Brief an die KPD-Zentrale „zwei Strömungen" im linken Flügel der Partei ausgemacht. Den „ausgezeichnet revolutionär gesinnten und der Sache der Revolution treu ergebenen" Arbeitern setzte er die Gruppe der „intellektuellen Führer" entgegen. Unter ihnen seien einige „äußerst unreife Elemente, ohne marxistische Bildung, ohne ernsthafte revolutionäre Traditionen, mit einer Neigung zur leeren revolutionären Phraseologie, die der deutschen kommunistischen Bewegung den größten Schaden zufügen können." Sinowjew nannte namentlich Fischer, Scholem und Rosenberg.[61]

Damit zeigten er und die Komintern-Spitze, so Hermann Weber, „ein feines Gespür" für die Situation in der KPD.[62] Jedoch begann sich Sinowjew, ohne dass er dies schon deutlich aussprach, auf die Ultralinken und auch auf ihre intellektu-

---

„Stalinization" and its Limits in the Saxon KPD, 1925–28, in: European History Quarterly, 31 (2001), Nr. 4, S. 549–590. Auf kommunalpolitischer Ebene konnten sich die „Parteirechten" jedoch teilweise weiterhin halten, und dies galt bis 1928 auch für Thüringen. Vgl. Steffen Kachel, Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Köln u. a. 2011, S. 31, 44f., 186ff.

59 Ruth Fischer, Der Kampf um die kommunistische Partei, in: Die Internationale, 7 (1924), Nr. 2/3, S. 115. Ähnlich Dies., Die gegenwärtigen Aufgaben unserer Partei, in: Der Funke, Nr. 2 vom 22. März 1924.

60 Nicht nur gemessen am faschistischen Terror waren die Repressivmaßnahmen der Reichsregierung gegen die KPD in der Zeit des Verbotes trotz zahlreicher Massenverhaftungen relativ moderat. Der Grund dafür lag nicht in der „Milde" der Herrschenden, sondern in der Tatsache, dass die Reichsregierung zugleich gegen die extreme Rechte, die im Hitler-Ludendorff-Putsch am 9. November 1923 ihre Gefährlichkeit gezeigt hatte, wohl oder übel durchgreifen musste. Zudem war die Exekutivgewalt der Regierung sehr geschwächt durch die separatistischen Bestrebungen besonders im Rheinland, zu deren Unterdrückung es britischer und französischer Militäreinheiten bedurfte. Vgl. hierzu S. William Halperin, Germany Tried Democracy. A Political History of the Reich from 1918 to 1933, New York 1965, S. 267f.

61 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages, S. 84.

62 Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 64.

ellen Wortführer zu orientieren, da diese mit Brandler auch Radek zu treffen suchten.[63] Sinowjew hatte sich, um Isaac Deutscher zu zitieren, zum „Lehnsherren" der KPD aufgeschwungen.[64]

Die Parteitagsdebatten waren vom Schwenk nach Ultralinks geprägt. Die einstimmig angenommene Resolution über „Die nächsten Aufgaben der KPD" orientierte auf die „Eroberung der politischen Macht" und die „Errichtung einer Rätediktatur"; von einer Rätedemokratie war einmal mehr nichts zu hören. Der Machteroberung gehe „eine Kette von Massenkämpfen voran, welchen die Partei politischen Inhalt, politische Ziele geben und welche sie zum Machtkampf steigern muss."[65]

Welche Inhalte waren dies? Es gehe in der politischen Neuorientierung um „einen vollkommenen Bruch mit der ganzen Ideologie der vorangegangenen Periode, wo die falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik die Partei mit Schwächegefühl erfüllt hat und wo die KPD sich selbst für *eine* Partei neben anderen ansah." Damit müsse Schluss gemacht und die Partei ideologisch und strukturell vereinheitlicht werden. Sie ähnele bislang „noch allzu sehr einer sozialdemokratischen Partei. Nicht nur ihre Ideologie muss geändert werden, auch organisatorisch ist eine wirkliche, schnelle, solide Umstellung auf Betriebszellen notwendig sowie eine völlige Bereitschaft zur Umstellung auf die Illegalität, die nur dann ertragen werden kann, wenn die Partei auf *Betrieben* ruht [...]."[66] Der organisatorisch sehr geschickte Walter Ulbricht wurde mit dem Auf- und Ausbau der Betriebszellen betraut. Politisch hielt er sich als Anhänger der Mittelgruppe und als Organisationsleiter der Thüringer Parteiorganisation noch zurück.[67]

Für die Resolution zur Taktik der Partei, die den Bruch mit der SPD noch einmal festschrieb, stimmten 92 von 127 Delegierten, für eine moderatere der Mittelgruppe 34 Delegierte bei einer Enthaltung.[68] Bündig hieß es: „Der Parteitag

63 Vgl. Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924, 2. Aufl., Bonn 1985, S. 704.

64 Deutscher, Der unbewaffnete Prophet, S. 147.

65 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages, S. 381.

66 Ebd., S. 334f. Hervorhebungen im Original.

67 Parteiintern erhielt Ulbricht damals den Spitznamen „Genosse Zelle". Vgl. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 608. Vgl. auch Erika Kücklich/Stefan Weber, Die Rolle der Betriebszellen der KPD in den Jahren der Weimarer Republik, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 22 (1980), Nr. 1, S. 117–130. Auch Ruth Fischer trieb die Umstellung der Parteiorganisationen auf Betriebszellen voran; vgl. z. B. ihre Wortmeldung: Keine Ausreden und Erzählungen ..., in: Der Parteiarbeiter. Mitteilungsblatt für Funktionäre, 2 (1924), Nr. 19/20, S. 200f. Das Thema ist noch immer ein Desiderat der Forschung.

68 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages, S. 341.

beendet die Diskussion über die Oktoberniederlage, zieht die Lehren aus der Oktoberniederlage."[69]

Die ultralinke Linie hatte sich durchgesetzt.[70] „Das wichtigste Ergebnis aber ist die Bildung einer Mehrheit innerhalb der Partei, die auf festeren und solideren Füßen steht als die Mehrheit des Leipziger Parteitages", so Ruth Fischers Fazit. Die Partei wolle nun wirklich „einen Strich unter die Vergangenheit ziehen und ein neues Kapitel beginnen."[71]

Das neue Kapitel wurde von einem neuen Führungsgremium aufgeschlagen. In die Zentrale zogen neben vier Vertretern der Mittelgruppe elf der „Linken" ein. Ruth Fischer, Arkadij Maslow und Werner Scholem bildeten das neue Politsekretariat, den eigentlichen Führungskern der Partei. Dem neuen Polbüro gehörten auch Wilhelm Pieck für die Mittelgruppe und Ernst Thälmann an. Auf der den Parteitag abschließenden ersten Sitzung der Zentrale wurde Maslow zum Vorsitzenden des Politsekretariats, zum Politleiter, das heißt zum ersten Mann der Partei, gewählt.[72] Scholem wurde Org.-Leiter, leitete also die gesamte Parteiorganisation.[73] Thälmann wurde Parteivorsitzender, doch stand seine Entscheidungsbefugnis hinter der des Politleiters und auch des Org.-Leiters noch zurück.[74] Der zur Mittelgruppe gehörende Fritz Heckert übernahm die Leitung der Gewerkschaftsarbeit.[75]

Drei ebenso bemerkenswerte wie umstrittene Intellektuelle erlebten gleichfalls einen Aufstieg innerhalb der Partei: Karl Korsch, Arthur Rosenberg und Josef

---

69 Ebd., S. 389.

70 Hannes Heer, damals der Deutschen Kommunistischen Partei verbunden, tadelte noch 1975 die „Brandler-Gruppe, die wenig Einsicht in ihre Fehler zeigte" und lobte die „zweifellos richtigen Lageeinschätzungen des linken Flügels" sowohl 1923 als auch auf dem Frankfurter Parteitag. Hannes Heer, Ernst Thälmann in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek 1975, S. 81.

71 Ruth Fischer, Der Frankfurter Parteitag, in: Die Internationale, 7 (1924), Nr. 6, S. 230.

72 „Das Sekretariat führt Max", hieß es im Protokoll. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/2/16, Bl. 67: Sitzung der Zentrale am 10. April 1924.

73 In dieser Funktion suchte Scholem, wenngleich erfolglos, Brandler und Thalheimer aus der Partei auszuschließen. Vgl. Jens Becker/Theodor Bergmann/Alexander Watlin (Hg.), Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek, Mainz 1993, S. 23.

74 Stefan Weber (Zur Herausbildung des marxistisch-leninistischen Zentralkomitees der KPD unter Ernst Thälmanns Führung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 17 (1975), Nr. 4, S. 624) verwies auf den repräsentativen Charakter des Parteivorsitzes. Diesen Hinweis erhielt ich von Ronald Friedmann. Frühere, auch eigene Publikationen, in denen Maslow als KPD-Vorsitzender bezeichnet und Thälmann diese Funktion erst für 1925 zugeschrieben wird, bedürfen der Korrektur.

75 Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/2/16, Bl. 67: Sitzung der Zentrale am 10. April 1924.

Winternitz.[76] Korsch, ein Arbeitsrechtler und Professor an der Universität Jena, war Justizminister in der thüringischen Arbeiterregierung gewesen. Nach deren Absetzung durch Reichspräsident Ebert musste er zeitweise untertauchen, da ihm Beteiligung an den Proletarischen Hundertschaften vorgeworfen wurde. Er wurde 1924 von der Ausübung seines akademischen Amtes suspendiert, wenngleich er den Professorentitel behalten durfte. Korsch, der bislang Brandler unterstützt hatte, rückte nun sehr rasch nach Linksaußen. Im Februar 1924 gelangte er (als „Nachrücker") in den thüringischen Landtag, was ihn vor polizeilicher Verfolgung schützte. Die neue Parteizentrale betraute ihn als Nachfolger August Thalheimers mit der Funktion des Chefredakteurs des KPD-Theorieorgans *Die Internationale*.

Der mit Korsch eng befreundete Arthur Rosenberg war von Beruf Althistoriker und lehrte als Privatdozent an der Berliner Universität. Bis 1918 auf deutschnationalen Positionen stehend, war er danach der USPD beigetreten und 1920 Mitglied der KPD geworden. Dort wurde er sehr rasch ein Verfechter linksradikaler Vorstellungen. Von Anbeginn hatte er sich in scharfer Form gegen das Projekt der Arbeiterregierung gewandt und erklärt: „Wir werden nur dann die großen Massen der Bevölkerung gewinnen, wenn wir von der SPD-Führerschaft so weit und so klar abrücken, wie nur irgend möglich. Selbst der rückständigste Landarbeiter und Kleinbürger muss ohne weiteres begreifen, dass wir ganz etwas anderes wollen, als wie die Staatspartei, dass wir Kommunisten gegen die Demokratie, gegen den Parlamentarismus und gegen den Pazifismus sind."[77] Mit dieser Position stieg Rosenberg in die Zentrale auf.

Josef Winternitz, in Oxford als Sohn eines bekannten Indologen geboren, mit englischer Muttersprache ausgestattet, aber auch Deutsch und Tschechisch fließend beherrschend, hatte unter anderem Volkswirtschaft studiert, war jedoch in Prag als Physiker promoviert worden. Als Autor einer Studie über den erkenntnistheoretischen Wert der Einsteinschen Relativitätstheorie hatte er sich einen Namen im Grenzbereich von Natur- und Geisteswissenschaft gemacht. Bis 1923

---

76 Vgl. zu ihnen vom Verfasser dieser Arbeit: Karl Korsch: Zwischen Arbeitsrecht und Arbeiterbewegung, in: Ders., Vom bürgerlichen Zeitalter zur Globalisierung, S. 113–123; Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943), Köln u. a. 2003; Arthur Rosenberg. Heretic between the Camps, in: Ders., On Anti-Semitism and Socialism. Selected Essays, Berlin 2005, S. 91–116 (Zuerst in: Socialism and Democracy, 15 (2001), Nr. 2, S. 129–150); Josef Winternitz zwischen Prag, Berlin und London, in: Ders., Exil und Nach-Exil. Vertriebene Intellektuelle im 20. Jahrhundert, Hamburg 2002, S. 55–78. Zu Korsch vgl. Patrick Goode, Karl Korsch. A Study in Western Marxism, London/Basingstoke 1979, und Michael Buckmiller (Hg.), Zur Aktualität von Karl Korsch, Frankfurt 1981, zu Rosenberg Lorenzo Riberi, Arthur Rosenberg. Democrazia e socialismo tra storia e politica, Milano 2001.

77 Arthur Rosenberg, Unser Weg zur Macht, in: RF vom 24. Juni 1923.

hatte er der KP der Tschechoslowakei angehört und war dann in Berlin der KPD beigetreten. Er wurde nun Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda, abgekürzt Agitprop.[78] Der Stil, den der sonst feinsinnige Winternitz dort pflegen wollte, zeigte sich Anfang 1924, als er der „Gruppe um Brandler“ recht zynisch vorwarf, diese gebe sich als „lauteres Gold des Kommunismus“ aus.[79]

In einer Reihe von Arbeiten, deren Quintessenz dann in Buchform erschien,[80] verwischte Winternitz den Unterschied zwischen den verschiedenen Strömungen in der SPD. Zwar hatten in dieser Partei wenn schon nicht ein Noske, so doch Friedrich Ebert und Hermann Müller das Sagen, die ihrer eigenen – der sozialdemokratischen – Rätebewegung 1918 das Wasser abgegraben hatten. Den Kommunisten galten sie als Verräterfiguren, wenn nicht als skrupellose Gestalten, kaum unterscheidbar von den Freikorps-Banditen. Doch übersah die KPD, dass die SPD mit all ihren horrenden Defiziten auch Radikalmarxisten wie Karl Kautsky oder Freigeistern wie Eduard Bernstein Raum bot – von früheren KPD-Politikern wie Paul Levi und Ernst Reuter zu schweigen. Indes wurden gerade die Linksintellektuellen der SPD zur speziellen Zielscheibe der KPD-Autoren.

Dabei zeigen die Lebensläufe etwa von Korsch, Rosenberg oder Winternitz auch, dass Franz Borkenaus These zu modifizieren ist, wonach die KPD hauptsächlich „junge Intellektuelle, die einerseits Bohemiens, andererseits arbeitslos waren“ anzog, denn die drei waren weder Bohemiens noch arbeitslos. Noch weniger zutreffend ist die in der DDR oft wiederholte Behauptung, wonach Linksintellektuelle ihrer bürgerlichen Herkunft wegen *per se* zum Linksradikalismus und überhaupt zu politischen Schwankungen neigen.[81] Richtig ist aber, dass gerade jüngere Intellektuelle und arbeitslose Proletarier, keineswegs die Mehrheit der älteren Industriearbeiterschaft oder ältere Parteiintellektuelle, zur sozialen Basis für den Linksradikalismus wurden.[82] Somit war es nicht überraschend, dass ein Anhänger Ruth Fischers, Hermann Jacobs, die Jugendorganisation der Partei, den Kommunistischen Jugendverband Deutschlands, übernahm.[83]

78 Diese Abteilung war im September 1923 provisorisch gebildet worden, jedoch im „Deutschen Oktober“ ohne politische Wirkung geblieben. Vgl. Erika Funk-Hennigs, Die Agitpropbewegung als Teil der Arbeiterkultur der Weimarer Republik, in: Beiträge zur Populärmusikforschung, Nr. 15/16 (1995), S. 82.

79 Sommer [Winternitz], Was trennt uns vom Parteizentrum, in: Die Internationale, 7 (1924), Nr. 2/3, S. 116.

80 J. Lenz [Winternitz], Die II. Internationale und ihr Erbe, Berlin 1928.

81 Vgl. z. B. Hildebrandt, Der Kampf in der KPD [...], S. 20f.

82 Franz Borkenau, World Communism. A History of the Communist International, Neuausgabe Ann Arbor 1962, S. 420.

83 Vgl. zu ihm Hermann Weber/Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 336f.

Es kann nicht oft genug betont werden, dass der Erste Weltkrieg eine ganze Generation von Arbeitern wie von Intellektuellen gewissermaßen „entbürgerlichte."[84] Dies galt auch, soweit sich deren Vertreter der Linken zuwandten und nicht im Faschismus ihr Heil suchte. Stand vor 1914 der Arbeiterbewegung eine verbesserte Bürgerwelt als Gesellschaftsentwurf vor Augen, die von sozialer Ungerechtigkeit und hierarchischem Denken befreit war, hatte die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts solche moralischen Fundamente brüchig werden lassen oder zerstört.

Eine ganze Weltliteratur suchte diesen Bruch zu verarbeiten. Erich Maria Remarque stellte seinem Roman *Im Westen nichts Neues* als Präambel den Satz voran: „Dieses Buch soll weder eine Anklage noch ein Bekenntnis sein. Es soll nur den Versuch machen, über eine Generation zu berichten, die vom Kriege zerstört wurde – auch wenn sie seinen Granaten entkam." Ein Vers aus Erich Kästners Gedicht *Jahrgang 1899* lautete: „Wir haben der Welt in die Schnauze geguckt / anstatt mit Puppen zu spielen. / Wir haben der Welt auf die Weste gespuckt, / soweit wir vor Ypern nicht fielen." Dass solche Empfindungen nicht auf Deutschland beschränkt waren, zeigt etwa William Faulkners Roman *Soldatenlohn*, dessen Protagonisten in der Nachkriegsgesellschaft der USA nicht mehr Fuß fassen konnten.

In seiner überaus detaillierten Untersuchung zu kommunistischen Intellektuellen in verschiedenen Ländern hat Thomas Kroll am Beispiel Frankreichs nachgewiesen, dass sich die durch den Weltkrieg geistig entwurzelten Intellektuellen keineswegs vorrangig dem Kommunismus zuwandten, um in der Partei Posten zu bekommen. Vielmehr standen sie zumeist bereits im Staatsdienst oder in ähnlichen Beschäftigungen und waren somit materiell oft gut gesichert. Zudem hatte die KP noch keine lukrativen Posten zu vergeben. Dem Engagement für die Partei lagen idealistische Motive zugrunde:

„Die Intellektuellen der Weltkriegsgeneration setzten ihre ganzen Hoffnungen auf die Wirkungsmacht einer Revolution, wie sie in Russland bereits erfolgreich gewesen war, und dort zum Ende des Krieges beigetragen hatte. Dank der Komintern würde sich die Revolution wie ein Lauffeuer über die ganze Welt ausbreiten und auch Frankreich ‚erlösen'. Mit dieser Vorstellung gewann der kommunistische Glaube der Weltkriegsgeneration von Beginn an eine vorrangig sakramentale Prägung, denn die Gewissheit der Intellektuellen, bald zum Sozialismus und zum dauerhaften Frieden erlöst zu werden, beruhte allein auf der Annahme, in Russ-

84 Vgl. hierzu umfassend Robert Wohl, The Generation of 1914, London 1980, und Enzo Traverso, Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914–1945, Berlin 2007.

land sei eine solche Ordnung bereits geschaffen worden."[85] Dieser säkulare Glaube, nicht die eingehende theoretische Beschäftigung mit dem Marxismus, sei vorrangiges Motiv der kommunistischen Intellektuellen für ihr politisches Engagement gewesen. Die Aneignung des Marxismus erfolgte dann oft in einer Form, die eine theoretische Fundierung für den bereits fest verwurzelten revolutionären Messianismus lieferte.

Der Spontaneitätsdrang dieser Intellektuellen und der von ihnen beeinflussten Arbeiter stand nur scheinbar im Widerspruch zu ihrer gleichzeitigen Faszination für eine festgefügte Kampfpartei: Die Technik hatte im Ersten Weltkrieg, so Eric Hobsbawm, eine „Unpersönlichkeit der Kriegführung" ermöglicht, „die das Töten oder Verstümmeln auf einen Akt reduzierte, der sich auf das Drücken einer Taste oder Bewegen eines Hebels beschränkte. Technologie macht ihre Opfer unsichtbar."[86] Vor der imperialistischen Kriegführung mitsamt ihrer durch Befehl erzwungenen Gemeinschaft des Eroberns und Mordens habe die klassische Arbeiterbewegung versagt. Nicht der Einzelne und nicht das parlamentarische Procedere könnten den Kapitalismus als Kriegsursache überwinden, nur die den Einzelnen in die unpersönliche Gemeinschaft einschmelzende Partei Lenins könne dies. Genau deshalb engagierten sich ursprünglich kritische Intellektuelle für eine Bewegung, deren Ideologie immer fordernder und deren Strukturen immer rigider wurden. Dies galt für Frankreich und ebenso für Deutschland.

Was damals für die Nazis und die übrigen völkischen Rechten stets Thema der Hetze war, wurde in der KPD selbst nicht öffentlich diskutiert, nämlich die Tatsache, dass ein beachtlicher Teil der neuen Parteispitze jüdischer Herkunft war. Die sich in Moskau befindende Clara Zetkin hatte dennoch kurz vor dem Frankfurter Parteitag, eingedenk der gefährlichen „nationalbolschewistischen" Tendenzen des Jahres 1923, davor gewarnt, dem Antisemitismus in den internen Kontroversen irgendwelchen Spielraum zu geben. In einem Brief an den Parteitag hatte sie voller Sorge geschrieben: „Die ‚linke' Parteimehrheit vereinigt brüderlich reichlichst KAPisten, Syndikalisten, Antiparlamentarier, bei Lichte besehen – horrible dictu – sogar Reformisten und neuerdings – faschistische Antisemiten."[87] Ein Anhänger Brandlers hatte auf dem Parteitag erklärt: „Wir haben vereinzelte antisemitische Unterströmungen in der Partei."[88]

85 Thomas Kroll, Kommunistische Intellektuelle in Westeuropa. Frankreich, Österreich, Italien und Großbritannien im Vergleich (1945–1956), Köln u. a. 2007, S. 38.

86 Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2002, S. 73.

87 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages, S. 93.

88 Ebd., S. 289.

Doch noch während der bayerischen Landtagswahl im April 1924 kam es zu einem erneuten Vorfall. Die Nürnberger Polizei beschlagnahmte, einem Bericht der örtlichen Polizeidirektion zufolge, in einem kommunistischen Büro nicht weniger als 70 Flugblätter mit der Aufschrift „Nieder mit der Judenrepublik". Die KPD verfolgte sogar die abenteuerliche Taktik, die völkische Bewegung durch Eintritte zu unterwandern.[89] Doch schlug dies ebenso fehl, wie die vorherigen Versuche der Anbiederung.

Dass die neue Parteiführung solche Aktionen nicht öffentlich verurteilte, zeigte, dass der Kampf gegen sozialdemokratische und sonstige, angeblich parteifeindliche Tendenzen in den eigenen Reihen auch von Kommunisten jüdischer Herkunft für wichtiger genommen wurde als die Auseinandersetzung mit wirklich feindlichen Auffassungen, die in die KPD eingesickert waren. Hinzugefügt sei, dass judenfeindliche Ressentiments in den Fraktionskämpfen der KPD der Weimarer Republik zu keiner Zeit eine Rolle spielten, und natürlich gab es auch Stellungnahmen ganz anderer Art. „Für uns gibt es auf dieser Welt nur zwei Völker, zwei Klassen: die Arbeiter und die Ausbeuter, die Besitzenden und die Besitzlosen", hieß es in einem KPD-Flugblatt. „Für uns gibt es weder Christen noch Juden, weder Deutsche noch Russen, noch Franzosen, noch Briten!"[90]

Bevor die neue Parteispitze ihren „Kampf" gegen Sozialdemokratie und „Brandlerismus" verstärken konnte, wurde sie zu einer wichtigen personellen Umstellung gezwungen. Am 20. Mai 1924 wurde Arkadij Maslow in Berlin verhaftet – vorgeblich wegen eines Handtaschendiebstahls.[91] Dies diente, wie alsbald klar wurde, zum Vorwand, um ihn mit ganz anderen juristischen Vorwürfen zu

89 Nachweise bei Hans-Helmuth Knütter, Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918–1933, Düsseldorf 1971, S. 186. Knütter vertrat damals noch keineswegs rechtsradikale Auffassungen, neigte jedoch dazu, den Juden bestimmte Charakterzüge pauschal zuzuschreiben.

90 Zit. in: Enzo Traverso, Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843–1943), Mainz 1995, S. 188, unter Bezug auf die KPD-Broschüre: Der Jud' ist schuld!, Berlin/Leipzig o. J., S. 9. Der Verfasser dieser anonymen Schrift war Edwin Hoernle, wie Edda Profeld herausfand (in der Deutschen Nationalbibliothek ist die Schrift ihm nunmehr zugeordnet). Vgl. Edda Profeld, „Der Jud' ist schuld!" Edwin Hoernles Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus, in: Manfred Weißbecker (Red.), Judenhass und Judenmord. Unerklärlich! Unbegreiflich?, Jena 1990, S. 52–57.

91 Darüber berichtete Erich Jungmann der KPD-Zentrale. Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/2/16, Bl. 110: Sitzung der Zentrale am 23. Mai 1924. Jahrzehnte später schrieb Ruth Fischer, sie sei damals überzeugt gewesen, dass aufgrund Maslows „nicht ausreichender Kominterndisziplin" aus dem Komintern-Apparat ein Hinweis an die Berliner Polizei erfolgt sein könnte. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 487. Indizien dafür nannte sie keine.

belasten, von denen der des Hochverrats am schwerwiegendsten war. So vordergründig und an den Haaren herbeigezogen und so erfunden der Anlass der Verhaftung war, so gab es nunmehr „Gründe“, Maslow in Untersuchungshaft zu halten. Er war damit aus der KPD-Politik ausgeschaltet.

Die Funktion des Politleiters musste aber weiterhin ausgefüllt werden. Eine umgehend anberaumte ZK-Sitzung beschloss am 23. Mai, Ruth Fischer damit zu betrauen. „Anstelle des Gen. Abraham wird Gen. Severing den Vorsitz im Polbüro übernehmen“, vermeldet das Protokoll.[92] Ruth Fischer war gerade in England, um am Parteitag der britischen KP teilzunehmen.[93] Dort wollte sie die Polizei festnehmen, da sie mit falschen Papieren nach England gereist und dies ruchbar geworden war. Es gelang ihren englischen Genossen jedoch, sie außer Landes zu schmuggeln.[94] Wenige Tage später nahm sie ihre Arbeit als *Vorsitzende des Politischen Sekretariats der KPD* auf und teilte dies am 3. Juni Sinowjew mit.[95] Obwohl Thälmann der nominelle KPD-Vorsitzende blieb, wurde Ruth Fischer, die „de facto-Führerin“, als Parteivorsitzende in der Öffentlichkeit wahrgenommen und als solche bezeichnet.[96]

Der Vorsitz des Politsekretariats war in der Tat der wichtigste Posten in der KPD. Zum ersten Mal stand somit in Deutschland und sogar in der Welt eine Frau an der Spitze einer Massenpartei.[97] Ihre Laufbahn wies einige Parallelen zu der einzig mit ihr vergleichbaren Suzanne Girault auf. Zwar gelangte diese nicht bis an die Spitze der Französischen KP, gehörte gleichwohl zwei Jahre lang deren engstem Führungszirkel an. Sie und ihr Weggefährte Albert Treint wurden zu Initiatoren der Bolschewisierungs-Kampagne in Frankreich, waren 1924 hauptsächlich für den Ausschluss des Trotzki unterstützenden Parteiflügels um Pierre

---

92 SAPMO-BArch, RY1/I 2/2/16, Bl. 110: Sitzung der Zentrale am 23. Mai 1924.

93 Vgl. ihren Bericht: Einige Fragen der englischen Arbeiterbewegung, in: Die Internationale, 7 (1924), Nr. 10/11, S. 356–360. Ähnlich Dies., Zum V. Weltkongress. Einige Fragen der englischen Arbeiterbewegung, in: Der Funke, Nr. 9/10 vom 15. Juni 1924. Nach ihrer Rückkehr aus England hatte sie, Philipp Dengel zufolge, gesagt: „Man gebe mir die englische Partei drei Wochen und ich werde eine kommunistische Partei daraus machen.“ Philipp Dengel in: Walter Wimmer (Red.), Deutsche Kommunisten über die Partei. Artikel und Reden 1918–1939, Berlin [DDR] 1980, S. 146.

94 Vgl. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 486f.

95 Vgl. RGASPI, Fonds 495, Bestand 293, Akte 42, Bl. 115: Ruth Fischer an Sinowjew, Brief vom 3. Juni 1924.

96 E. J. Feuchtwanger, From Weimar to Hitler. Germany, 1918–33, Houndmills/London 1993, S. 191.

97 Zwar hatte Rosa Luxemburg zu Beginn des Jahres 1919 zwei Wochen – bis zu ihrer Ermordung – die KPD geleitet, doch konnte von einer Massenpartei noch nicht die Rede sein.

Monatte, Alfred Rosmer und Boris Souvarine verantwortlich – und sollten knapp vier Jahre später, nachdem die französische Partei sich den rigiden Komintern-Strukturen voll angepasst hatte, selbst ausgeschlossen werden.[98]

Ruth Fischers Name bleibt mit der Kampagne der Bolschewisierung verbunden, die die KPD verändern sollte. Wie kaum jemand sonst fühlte sie sich zur Sachwalterin der Revolution berufen. Auf den Weg dorthin, so glaubten sie und die Führung der Komintern in Moskau, sei als erstes die Partei zu einer Phalanx von echten Revolutionären umzuformen. Nötig sei eine „Partei neuen Typus", denn nur ein Ebenbild der russischen Bolschewiki sei auch imstande, in Deutschland die proletarische Revolution siegreich zu gestalten.

Die Weichenstellung in der Komintern

Im Vorwort zur Neuausgabe seines Buches über die Bolschewiki, im Grunde einer Biographie Lenins, fragte Adam Ulam 1998: „Worin lag Lenins Weltbedeutung? Konnte irgendein anderer das Gleiche so getan haben? Im Rückblick ist klar, dass niemand anderes als Lenin den ‚Großen Oktober' bewirkt hätte, den November 1917, der den Sowjetstaat und den Kommunismus begründete, der seinerseits wiederum – die abgegriffene Wendung macht hier wirklich Sinn – den Lauf der Geschichte veränderte."[99] Dies gilt nicht weniger für Lenins Konzept der bolschewistischen Partei. „Den Demokratismus als bürgerliches Betrugsinstrument ablehnend", so Wolfgang Ruge, „hatte er die Massen gezwungen, sich der Partei zu beugen, die Partei daran gewöhnt, sich widerspruchslos ihrer Führung unterzu-

---

98 Suzanne Girault trat 1933 der Partei wieder bei und verblieb bis zum Tode 1973 in ihr. Vgl. Robert Wohl, French Communism in the Making, 1914–1924, Stanford 1966, S. 380f., 394, 426–428, und Danielle Tartakowsky, Les premières communistes français. Formation des cadres et bolchevisation, Paris 1980, bes. S. 104–106. Vgl. auch Andreas Wirsching, The Impact of „Bolshevization" and „Stalinization" on French and German Communism. A Comparative View, in: Norman LaPorte u. a. (Hg.), Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Perspectives on Stalinization, 1917–53, Houndmills/New York 2008, S. 89–104. Dass die französische KP nach Auffassung des EKKI in der Bolschewisierung „hinterherhinkte", zeigte sich in der Bestellung Alfred Kurellas, eines Deutschen, zum Beauftragten der Parteischulung in Paris. Dies muss selbst für noch so internationalistisch gesinnte französische Genossen eine schwer erträgliche Herausforderung gewesen sein. Vgl. Tartakowsky, Les premières communistes français, S. 78.

99 Adam B. Ulam, The Bolsheviks. The Intellectual and Political History of the Triumph of Communism in Russia, Cambridge (Massachusetts) 1998, S. VII.

ordnen und innerhalb derselben immer wieder vorexerziert, dass die energischste Spitzenfigur den Ton anzugeben hatte.“[100]

Die Idee der kommunistischen Partei als „Partei neuen Typus“ war Lenins Beitrag zur Theorie der Revolution. In *Was tun?* hatte er 1902 die Merkmale einer solchen Partei genannt: eine zentralistische Führung, die Verbindung von legaler mit illegaler Arbeit, unbedingte Parteidisziplin, diskussionslose Unterordnung unter die Beschlüsse der Führung auch nach einer Machtübernahme. Dies schloss nach der Oktoberrevolution die Akzeptanz all dieser Merkmale durch jede ausländische kommunistische Partei und damit auch durch die Komintern ein. Die wichtigste Bedingung für das Funktionieren eines solchen Parteimodells aber sei die „strengste Auslese der Mitglieder“ durch den Apparat der Partei.[101] Damit knüpfte Lenin in einer Hinsicht sogar an Karl Kautsky an. Dieser hatte betont, dass die Arbeiter aus sich heraus auf nur-gewerkschaftlichem Niveau verharren würden, zur politischen Reife somit nur dann gelangten, wenn ihnen der Sozialismus durch eine strukturierte Organisation, also die Partei, nahe gebracht werde. Lenin hatte somit auch die deutsche Sozialdemokratie vor Augen, als er von der revolutionären Kampfpartei schrieb, während Kautsky Jahre später erbittert Lenins Folgerungen bekämpfte und energisch bestritt, dass das bolschewistische Parteiverständnis aus seinen, Kautskys Schriften, in irgendeiner Weise abzuleiten sei.[102]

Diese politische Weichenstellung wurde und wird noch immer unter der Bezeichnung der Bolschewisierung gefasst. Das Schlagwort entstand jedoch erst unmittelbar nach der Oktober-Niederlage der deutschen Kommunisten. Es fiel wahrscheinlich zum ersten Mal auf der Sitzung des KPD-Zentralausschusses am 19. Februar 1924 in Halle; Sinowjew bezeichnete dies in seinem Brief an die Zentrale vom 26. März als „wunderschön gesagt.“[103] Er selbst wurde zur treibenden

100 Ruge, Lenin, S. 374. Prononcierter als Ruge würdigte Moshe Lewin (Lenins letzter Kampf, Hamburg 1970) Lenins letzte Regierungsjahre, vor allem seine Mahnungen, auf die Bauernschaft Rücksicht zu nehmen, seine Arbeiten zur nationalen Frage sowie seine Konfrontation mit Stalin. Lewin zeigte, dass sich noch zu Beginn der 1920er Jahre den Bolschewiki verschiedene Wege der Machtausübung boten und dass Stalins Sieg in den internen Machtauseinandersetzungen nicht unausweichlich war.

101 W. I. Lenin, Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung, in: Werke, Bd. 5, S. 498.

102 Vgl. aus der umfangreichen Literatur Massimo L. Salvadori, Karl Kautsky and the Socialist Revolution 1880–1938, London 1979, und Beate Häupel, Karl Kautsky – seine Auffassungen zur proletarischen Demokratie. Eine ideengeschichtliche Betrachtung unter besonderer Berücksichtigung seines Modells der politischen Institutionen, Frankfurt u. a. 1993.

103 SAPMO-BArch, RY 1/I 6/10/5, Bl. 87: Politisches Sekretariat des EKKI, Sinowjew an die Zentrale der KPD, Brief vom 26. März 1924.

Kraft bei der praktischen Umsetzung der Bolschewisierung in Komintern und KPD. 1923 hatte er seine *Geschichte der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki)* publiziert. Der Grundtenor des Buches war, dass, entsprechend von Lenins Schrift *Was tun?*, die ideale bolschewistische Partei monolithisch sein müsse, aus ihr sollten die schwankenden und unzuverlässigen Elemente entfernt werden, und die Armee der Berufsrevolutionäre habe innerparteiliche Diskussionen auf jenes Mindestmaß zu beschränken, das zur Verwirklichung einer revolutionären Politik unumgänglich sei.[104]

Wer in diesem bolschewisierten Parteiapparat das Sagen hatte – dies wurde zur Schlüsselfrage der kommunistischen Bewegung seit 1923 nicht nur in Deutschland, sondern im internationalen Maßstab. Die Wandlungen der KPD und der Komintern können einmal mehr nur im Zusammenhang mit den inneren Machtkämpfen der Sowjetunion verstanden werden. Wer in Moskau siegte, dessen Parteigänger gewannen auch außerhalb der Sowjetunion Oberwasser, jedenfalls im Kosmos, manchmal auch im Mikrokosmos kommunistischer Parteien. Da die KPD aber die größte Partei außerhalb der Sowjetunion war, wurde sie durch die Entscheidungen in Moskau auch am stärksten beeinflusst und betroffen.

Als Vorsitzender des Exekutivkomitees der Komintern hatte Sinowjew dabei – zumindest auf internationaler Ebene – scheinbar die besten Karten. Doch im Apparat der sowjetischen Partei besaß Stalin, der noch mit ihm verbündet war, das Übergewicht. Als Generalsekretär der Partei fiel ihm die entscheidende Stimme bei der Besetzung von Schlüsselfunktionen wie bei der Verteilung von Parteigeldern zu. Einig waren sich Stalin und Sinowjew darin, dass die ausländischen kommunistischen Parteien sich in ihrer Politik – und dies hieß immer auch in ihrer Personalpolitik – den Augenblicksbedürfnissen des Sowjetstaates anzupassen hatten. Doch wer sollte dieses Personal stellen und welche Politik sollte es befolgen? Auch die neue Führung der KPD stieß in Moskau noch auf viele Fragen. Der für Juni und Juli 1924 anberaumte 5. Weltkongress der Komintern sollte hier eine erste Klärung schaffen. Zuvor aber musste sich die KPD in den deutschen Reichstagswahlen der sozialdemokratischen und bürgerlichen Konkurrenz stellen.

Die Haltung der KPD zum parlamentarischen System war von Anfang an nicht einheitlich gewesen, doch hatte die negative Einstellung stets deutlich überwogen. Stichwortgeber für die Position, die parlamentarische Tribüne als Kampfboden für eine Gesellschaft zu benutzen, in der diese Körperschaft schließlich ihre Bedeutung verlieren werde, war einmal mehr Lenin gewesen. Im Jahre 1905, inmit-

104 Vgl. G. Sinowjew, Geschichte der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki), Hamburg 1923. Vgl. auch Theodor Bergmann, Bolschewisierung, in: Wolfgang Fritz Haug (Hg.), Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 2, Hamburg 1995, Sp. 279–282.

ten der ersten russischen Revolution, hatte er in seiner Arbeit *Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution* die Forderung nach Erkämpfung politischer Freiheiten und einer demokratischen Republik erhoben. Lenin sah dies jedoch nicht als Selbstzweck, sondern nur als den günstigsten Boden zur Weiterführung des Kampfes um den Sozialismus. Da die demokratische Republik unvermeidlich zur Stärkung der Macht der Bourgeoisie führe, müsse das Proletariat von Anfang an auf die Zurückdrängung ihres Klassengegners auch mit nicht formal-demokratischen Mitteln bedacht sein. Genau deshalb gebe es keine andere Möglichkeit, dem Sozialismus näherzukommen, „als die volle politische Freiheit, als die demokratische Republik, als die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" zum Kampfziel zu erheben.[105] Inwieweit Diktatur und Demokratie auf einen Nenner zu bringen waren, inwieweit die keineswegs identischen Interessen der Arbeiter und Bauern, von anderen Klassen und Zwischenschichten zu schweigen, hier ihren Ausdruck finden konnten, verriet Lenin nicht. Im *„Linken" Radikalismus, der Kinderkrankheit im Kommunismus* wiederholte er 1920, es gelte für Kommunisten, in die Parlamente einzuziehen, doch nur, um diese als öffentliche Tribüne zu benutzen, auf der man die Natur der bürgerlichen Klassengesellschaft enthülle.

Die Zustimmung der Parlamente zum Kriegskurs im August 1914 und das Einschwören der verhassten SPD-Führer auf die Weimarer Nationalversammlung im Januar 1919 hatte die Ablehnung des Parlamentarismus unter den radikalen Linken auch in Deutschland nur gesteigert. Die KPD boykottierte 1919 die Wahlen zur Nationalversammlung, und ein Jahr später, als sie an den Reichstagswahlen teilnahm, gelang ihr mit dem Gewinn von nur zwei Reichstagsmandaten alles andere als ein politischer Durchbruch auf der parlamentarischen Bühne. Zwar genossen die Inhaber beider Reichstagsmandate, Paul Levi und Clara Zetkin, ein gutes Ansehen auch in der nichtkommunistischen Linken, doch erst mit dem Zustrom früherer USPD-Mitglieder Ende 1920 verschafften sich in der Partei – neben Utopisten und reinen Machttaktikern – jene Kräfte Gehör, die den Parlamentarismus auch als Ausdruck politischer Freiheiten ansahen, für deren Verwirklichung zwei Generationen der Arbeiterbewegung gekämpft hatten – gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht und gegen den Ausschluss von Frauen an politischer Teilhabe. Die teilweise beachtlichen Ergebnisse der KPD in verschiedenen Landtagswahlen waren im Wesentlichen diesen Kräften zu danken.[106]

105 W. I. Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, in: Werke, Bd. 9, S. 102.

106 In einer informativen Studie zum linken Antiparlamentarismus in der Weimarer Republik wird dieser Aspekt zwar genannt, in seine Bedeutung aber deutlich unterschätzt. Vgl.

Doch hatte der 2. Komintern-Kongress 1920 die parlamentarische Arbeit fast als wertlos angesehen. „Der verspätete deutsche Parlamentarismus" sei, hieß es, „eine Fehlgeburt der bürgerlichen Revolution", die selbst „eine Fehlgeburt der Geschichte" sei. Das parlamentarische System leide somit „in seinem Säuglingsstadium schon an allen Krankheiten eines alten kraftlosen Kretins. Der Reichstag der Republik Eberts, der ‚allerdemokratischste' Reichstag in der Welt, ist nicht nur vor dem Marschallsstab Fochs machtlos, sondern auch vor den Börsenmanövern seiner Stinnes, wie auch vor den militärischen Verschwörungen seiner Offiziersclique. Die deutsche parlamentarische Demokratie ist ein leerer Raum zwischen zwei Diktaturen."[107]

Die Vorbereitung auf die Reichstagswahlen im Frühjahr 1924 fiel mit dem Sieg der Ultralinken in der KPD zusammen. Dementsprechend hatte der Frankfurter Parteitag eine rein destruktive Linie für die KPD-Parlamentarier formuliert. „Wir leisten im Parlament keine ‚Arbeit'", hieß es, „sondern benutzen es lediglich zur Agitation und zur Desorganisation der bürgerlichen Staats- und Gemeindeapparate. Im Parlament gibt es keine Einheitsfront, sondern nur schonungslosen Kampf gegen alle übrigen Parteien."[108] Einmal mehr rief die KPD-Führung ihre Anhänger auf, die parlamentarische Ordnung durch eine, jedoch kaum klar definierte Rätemacht zu ersetzen.[109]

Die KPD ging mit einem Programm der „Vollsozialisierung" in den Wahlkampf. Erwartungsgemäß forderte sie die Diktatur des Proletariats, die Losung der Einheitsfront tauchte im Wahlkampf nicht mehr auf. In den Wahlen am 4. Mai 1924 erreichte die KPD einen Achtungserfolg: 3.693.000 Wählerinnen und Wähler, 12,6 Prozent der Gesamtzahl, stimmten für sie. Nach der SPD, den Deutschnationalen und dem Zentrum wurde die Partei zur viertstärksten Kraft. Eines der 62 Mandate der KPD entfiel auf die Abgeordnete Elfriede Golke – unter diesem,

---

Riccardo Bavaj, Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik, Bonn 2005, bes. S. 101f.

107 Die kapitalistische Welt und die Kommunistische Internationale. Manifest des zweiten Kongresses der (III.) Kommunistischen Internationale, Petrograd 1920, S. 28, zit. in: Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 260.

108 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages, S. 386.

109 Dass die Überwindung des Parlamentarismus Teil der „Selbstemanzipation" der Arbeiter sei, gehörte damals zum eisernen Grundbestand der Partei unter Ruth Fischer. Vgl. Marcel Bois/Sebastian Zehetmair, Schwieriges Erbe und gute Traditionen. Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, in: Marcel Bois/Bernd Hüttner (Hg.), Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken, Heft 1, Berlin o. J., S. 13.

ihrem offiziellen Namen hatte Ruth Fischer kandidiert und war fortan auch in den Reichstagsprotokollen verzeichnet.[110]

Bei Eröffnung des Reichstages am 4. Juni machte die KPD-Fraktion mit lautstarken Tumulten, von Ossip Flechtheim als „Radauszenen" bezeichnet, auf sich aufmerksam.[111] In ihrer Antrittsrede goss Ruth Fischer Öl ins Feuer, als sie mit den Worten begann. „Sehr verehrte Schattenmänner! Sehr verehrte Traumgestalten! […] Dieser Reichstag fängt ausgezeichnet an. Das deutsche Proletariat wird an diesem Beginn eines demokratisch-republikanischen Parlaments sehen, dass in Deutschland nicht dieses Parlament regiert, sondern dass Ihr nichts anderes seid als Masken, die Hampelmänner der Kapitalisten. […] Wir wollen diese bürgerliche Gesellschaft vollends beseitigen. Wir wollen die Diktatur des Kapitals brechen."[112]

Da es noch kein Mikrofon gab, waren die Redner und wenigen Rednerinnen gezwungen, laut und damit in einer veränderten Tonlage zu sprechen. Nicht nur die Frauen der Linken, doch vor allem diese wurden, so Thomas Mergel, häufig mit Attributen wie „kreischend" oder „hysterisch" belegt. So mokierte sich der *Berliner Lokalanzeiger* über Ruth Fischer, deren Stimme so „gar nichts gemein hat mit der Stimme Cordelias, von der ihr alter Vater im Wahnsinn noch sich selig entsinnt, sie sei stets lieblich und mild gewesen; ein köstlich Ding bei Frauen."[113] Die Stimme, so das gängige Vorurteil, „untermauerte die Vermutung, dass es bei den Frauen mit der Vernunft nicht weit her sei."[114] Die bürgerlichen Journalisten ignorierten oder bestritten oftmals die Tatsache, dass die Präsenz von Frauen in der KPD-, doch auch der SPD-Fraktion von einem moderneren Frauenbild zeugte, als es in konservativen Kreisen gängig war.[115]

110 Auf der Wahlliste der KPD stand sie hinter Ernst Thälmann und Hermann Remmele an dritter Stelle. Sie führte die KPD-Liste zu den gleichzeitig anberaumten Wahlen zum Preußischen Landtag an, nahm dann jedoch dieses Mandat nicht wahr. Dennoch wird sie in der Literatur bisweilen (irrigerweise) unter den Landtagsabgeordneten aufgeführt. Vgl. Montagnon, Ruth Fischer, S. 80.

111 Flechtheim, KPD, S. 211.

112 Verhandlungen des Reichstages, 2. Wahlperiode, Bd. 381, Berlin 1924, Sp. 43f.

113 Berliner Lokalanzeiger vom 23. August 1924, zit. nach: Thomas Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2005, S. 105.

114 Mergel, Parlamentarische Kultur, S. 106.

115 „Vor allem in der Arbeiterbewegung, im sozialdemokratischen und kommunistischen Milieu wurde dieses neue Leitbild gepflegt", das politische Betätigung einschloss, so Ute Frevert. Vgl. Dies., „Wo Du hingehst …" Aufbrüche im Verhältnis der Geschlechter, in: August Nitschke u. a. (Hg.), Jahrhundertwende. Der Aufbruch in die Moderne 1880–1930, Bd. 2, Reinbek 1990, S. 109f. Vgl. auch Renate Bridenthal, Class Struggle around the Heart. Women and Domestic Service in the Weimar Republic, in: Michael Dob-

Zudem verstand es Ruth Fischer demagogisch geschickt, an nationale Gefühle der Arbeiter zu appellieren. In der Sitzung vom 5. Juni sagte sie: „Die Sozialdemokratie und die Mittelparteien führen ihren Krieg gegen die kommunistische Bewegung unter dem Deckmantel, dass sie den Frieden bringen, während wir womöglich den Revanchekrieg an der Seite der Völkischen beginnen wollen. Wir sagen ganz klar und eindeutig: die Erhebung des Proletariats in Deutschland, die Ergreifung der politischen Macht bringt für Deutschland gegenüber dem Ententekapital eine ganz andere außenpolitische Stellung als unter der Herrschaft der Söldlinge und Unterknechte der Ententekapitalisten [...]. Das deutsche Proletariat wird, wenn es zur Macht gelangt, wirklich Ruhe und Ordnung im Innern schaffen, proletarische Ruhe der Niederdrückung der Bourgeoisie und aller jener, welche sich gegen die Herrschaft des Proletariats erheben. Das proletarische Deutschland wird im Bunde mit Sowjetrussland einen Block darstellen, an dem sich die Ententekapitalisten schwer die Zähne ausbeißen werden, schwerer als an den Mittelparteien einschließlich der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei.“[116]

Manche KPD-Abgeordneten gefielen sich darin, Reichstagssitzungen durch den Einsatz von Trillerpfeifen und Kindertrompeten „aufzulockern“. Sie taten dies auch in Länder- und Stadtparlamenten; „um die vorgeschriebene Verpflichtung von Stadtverordneten durch Handschlag ins Lächerliche zu ziehen, erschienen die Kommunisten mancherorts mit roten Fausthandschuhen zur Sitzung oder wuschen sich nach erfolgter Verpflichtung demonstrativ in mitgebrachten Waschschüsseln die Hände.“[117]

„Das Auftreten unserer Reichstagsfraktion wird manchmal nicht verstanden“, schrieb Ruth Fischer in der *Roten Fahne*. „Der Klamauk hat einen demonstrativen Charakter. Er will unversöhnliche Opposition der kommunistischen Abgeordneten gegen den bürgerlichen Klassenstaat zeigen.“[118] Ihr kam nicht in den Sinn, dass

kowski/Isidor Walliman (Hg.), Towards the Holocaust. The Social and Economic Collapse of the Weimar Republic, Westport (Connecticut) 1983, S. 243–264, sowie allgemein Renate Bridenthal/Claudia Koonz, Beyond Kinder, Küche, Kirche. Weimar Women in Politics and Work, in: Renate Bridenthal u. a. (Hg.), When Biology Became Destiny. Women in Weimar and Nazi Germany, New York 1984, S. 33–65.

116 Verhandlungen des Reichstages, 2. Wahlperiode, Bd. 381, Berlin 1924, Sp. 131.

117 Heinrich August Winkler, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 268.

118 Genossin Ruth Fischer über die politische Lage und unsere Aufgaben, in: RF vom 15. Oktober 1924 (Beilage). – Nicht allen KPD-Abgeordneten gefiel jedoch ein solch kindisches Auftreten: So hielten sich z. B. Edwin Hoernle, Ernst Torgler und Arthur Rosenberg stets an die normalen Umgangsformen. Letzterer tat dies nicht ohne einen Schuss an Humor. Vgl. Mergel, Parlamentarische Kultur, S. 314; Keßler, Arthur Rosenberg, S. 127.

der „Kampf" gegen bürgerliche Umgangsformen ein eher schwacher Ersatz für den Klassenkampf war.[119]

Mit ihren spektakulären, doch politisch kontraproduktiven Parlamentsauftritten sorgte Ruth Fischer national für Aufsehen. Für ein ebensolches Aufsehen sorgte sie international durch ihren Auftritt auf dem 5. Weltkongress der Komintern, der im Juni und Juli 1924 in Moskau zusammentrat.[120]

Der Kongress wurde von Sinowjew als Kongress der Bolschewisierung angekündigt. Der Terminus wurde das „neue Zauberwort" der Komintern.[121] In seinem Grundsatzreferat betonte Sinowjew: „Unsere Disziplin muss jetzt noch straffer sein, als sie zu Lenins Lebzeiten war. Wir dürfen nicht zurückschauen, sondern müssen vorwärtsblicken und eine Weltpartei schaffen, ein internationales Exekutivkomitee, ein internationales leitendes Organ. Niemand soll es künftig wagen, von der Wahrung bloß ‚formeller' Disziplin zu reden. Dann sind wir die Internationale Zweieinhalb, dann sind wir nicht Testamentsvollstrecker von Marx und Lenin, dann sind wir nicht viel besser als die Crispien. Wir müssen kämpfen für eine einheitliche kommunistische Partei ohne Fraktionen und ohne Gruppierungen."[122] Mehrmals griff Sinowjew den nicht anwesenden Ernst Meyer an: Nachdem dieser der Auffassung entsagt hatte, die Arbeiterregierungen seien nichts weiter als eine Vorstufe zur Diktatur des Proletariats, musste er sich vorwerfen lassen, er betreibe wie Brandler eine „opportunistische Auslegung" des Wesens der

---

119 Dem entsprach das lautstarke Verhalten bei Umzügen am 1. Mai oder (weniger publikumswirksam) am 11. August, dem Verfassungstag als Feiertag der Weimarer Republik, wenn KPD-Mitglieder die Republik und besonders die SPD lächerlich zu machen suchten. Vgl. Manfred Gailus, „Seid bereit zum Roten Oktober in Deutschland!" Die Kommunisten, in: Detlev Lehnert/Klaus Megerle (Hg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Opladen 1989, bes. S. 63.

120 Dies zeigte sich unter anderem in der Berichterstattung: Die sowjetische Filmzeitschrift *Projektor* bildete auf der Titelseite ihrer dem 5. Komintern-Kongress gewidmeten Nummer (Nr. 12/1924) in großer Aufmachung Ruth Fischer ab. Die Abbildung ist abgedruckt in: Sabine Hering/Kurt Schilde (Hg.), Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt 1995, S. 34.

121 Armin Fuhrer, Ernst Thälmann. Soldat des Proletariats, München 2011, S. 131. Diese auf zu schmalem Quellenmaterial beruhende Biographie ist um Fairness gegenüber der Person bemüht, enthält aber viele sachliche Fehler und falsche Daten, unterschätzt auch in Überreaktion auf den Kult der DDR-Publikationen Thälmanns operativ-taktische Fähigkeiten.

122 Protokoll. Fünfter Kongress der Kommunistischen Internationale, Bd. 1, Hamburg o. J., S. 105. Der USPD-Politiker Arthur Crispien hatte sich 1920 der Vereinigung seiner Partei mit der KPD widersetzt. – Für Franz Borkenau markierte Sinowjews Konzept der Bolschewisierung den Übergang der Komintern zu einem „quasi-religiöse[n] Orden von Berufsrevolutionären." Borkenau, World Communism, S. 412.

Arbeiterregierung.[123] Der 5. Komintern-Kongress war der Höhepunkt in Grigorij Sinowjews politischer Laufbahn. Sein Rivale Trotzki nahm an der Tagung nicht teil. Noch war den Kongressteilnehmern kaum bewusst, dass er nach dem Tode Lenins in den führenden Gremien der sowjetischen Partei wie der Komintern den entscheidenden Einfluss bereits eingebüßt hatte.[124]

Sinowjew hätte wissen müssen, dass die festgefügte, monolithische Partei sogar 1917 in Russland *so* nicht existiert hatte. Er selbst hatte gemeinsam mit Lew Kamenew den ursprünglichen Aufstandsplan öffentlich gemacht und war wegen dieses Disziplinbruches von Lenin zwar scharf gerügt, aber nicht aus der Partei ausgeschlossen worden. Ein „gemäßigter Bolschewik" wie Kamenew[125] wie der eher zu politischen Abenteuern bereite Sinowjew konnten auch 1917 ihre politische Karriere fortsetzen – zumindest unter Lenin. Eine Partei, wie sie Sinowjew vorschwebte, hätte dies wohl kaum akzeptiert. In einer aktuellen, sehr detaillierten Arbeit wird nachgewiesen, wie sehr, aber gerade auch: wie wenig die siegreichen Bolschewiki in der Praxis dem von Lenin theoretisch vorgezeichneten Modell entsprachen. Die bolschewistischen Führer, so heißt es darin, führten „über das gesamte Jahr 1917 hinweg hitzige Grundsatzdebatten über die Weiterentwicklung der Revolution." Mehr noch: „Wichtige, formal untergeordnete Parteiorgane genossen ein hohes Maß an Unabhängigkeit."[126] In einer bolschewisierten Komintern war dies jedoch nicht vorgesehen, und der 5. Kongress sollte hier ein für allemal klare Verhältnisse im Sinne Sinowjews schaffen.

Die deutsche Delegation war mit 57 Mitgliedern, darunter Ruth Fischer, nach der Kongressdelegation der Gastgeber die zweitstärkste. Unter den Deutschen herrschte noch ein Optimismus vor, der nicht recht zur politischen Lage passen wollte. „Der nächste Kongress ist in Berlin", verkündete Ruth Fischer laut einem Zeitzeugenbericht.[127] Als Hauptaufgabe des Kongresses, um deren Meisterung sich besonders die deutsche Partei bemühen müsse, nannte sie den „Kampf gegen rechte Abweichungen im internationalem Maßstabe, ob sie offen oder verkappt

---

123 Protokoll. Fünfter Kongress, Bd. 1, S. 79. Vgl. ebd., S. 91, 483, und Wilde, Ernst Meyer, S. 364.

124 Ruth Fischer erinnerte sich indes, dass Trotzki, als er sich einmal mit Stalin und Sinowjew am Grabe Lenins zeigte, begeistert begrüßt wurde. Vgl. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 491.

125 So bezeichnet ihn mit Recht sein Biograph. Vgl. Jürg Ullrich, Kamenew. Der gemäßigte Bolschewik. Das kollektive Umfeld im Denken Lenins, Hamburg 2008.

126 Alexander Rabinowitch, Die Sowjetmacht. Das erste Jahr, Essen 2010, S. 120. Vgl. auch Robert V. Daniels, Red October. The Bolshevik Revolution of 1917, New York 1967, bes. S. 81–106.

127 Franz David, Zeitzeuge, in: Friedrich Stadler (Hg.), Vertriebene Vernunft. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft 1930–1940, Teilband II, Münster 2004, S. 795.

auftreten, ob sie Führer haben oder führerlos sind, ob sie sich theoretisch hervorwagen oder nicht […].“[128] Es nimmt daher nicht Wunder, dass die ebenfalls beim Kongress anwesenden Brandler und Thalheimer der deutschen Delegation nicht angehörten. Sie waren, um der Verfolgung durch die deutschen Behörden nach dem zeitweiligen KPD-Verbot zu entgehen, nach Moskau gegangen. Dort wurde ihnen nahegelegt, in die sowjetische Partei einzutreten und im Komintern-Apparat mittlere Funktionen zu übernehmen. Dies weitete sich jedoch zu einer nur halbwegs ehrenvollen Verbannung aus, die vier Jahre dauern sollte. Zwar wurde Brandler und Thalheimer die Teilnahme am Komintern-Kongress gestattet, doch wurde ihnen dort schmerzhaft klar, dass sie auf das politische Schicksal ihrer eigenen, der deutschen Partei keinerlei Einfluss mehr ausüben sollten. Ruth Fischer sollte nichts unversucht lassen, Brandler und Thalheimer von allen Entscheidungsprozessen in der KPD fernzuhalten.[129]

Erregt verteidigte Brandler, der mit Levi verglichen wurde, seine Position von 1923. „Warum schließt ihr mich denn nicht aus, wenn ich Levi bin? Ihr seid Scheißkerle, wenn ihr das nicht tut.“[130] Clara Zetkin warnte davor, „Genossen Brandler als Sündenbock, als Opportunisten in die Wüste“ zu jagen, da die ganze Partei an der Niederlage die Schuld trage.[131] Doch genau dies geschah. Brandler, Thalheimer und Radek wurde einmal mehr das Scheitern des „Deutschen Oktober“ angelastet. Hier hatte Ruth Fischer, vor der Clara Zetkin nun ebenso unablässig wie vergeblich warnte, ihren großen Auftritt.[132]

---

128 Ruth Fischer, Zum fünften Weltkongress, in: Die Internationale, 7 (1924), Nr. 12, S. 385.

129 So warnte sie in einem Schreiben an Heinz Neumann am 1. September 1924, Brandler und Thalheimer, an der Diskussion um Mitarbeit von Kommunisten in sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften teilnehmen zu lassen. Vgl. Becker u. a., Das erste Tribunal, S. 23. In einem gemeinsam mit Ottomar Geschke und Ernst Thälmann am 1. Januar 1925 abgefassten und Sinowjew und Stalin zugeleiteten Schreiben warnte sie vor jedem Einfluss der „Rechten“ in der KPD. Vgl. ebd., S. 28.

130 Protokoll. Fünfter Kongress, Bd. 1, S. 180.

131 Ebd., S. 329.

132 Ein Beispiel: Im Januar 1924 hatte Clara Zetkin ihrer russischen Vertrauten Jelena Stassowa geschrieben, Ruth Fischer und Arkadij Maslow bildeten in der Berliner Parteiorganisation eine „Ordnungszelle. Die muss mit allen Mitteln gestützt werden. Was zu diesem erhabenem Ziele intrigiert und gelogen wird, geht auf keine Kuhhaut.“ SAPMO-BArch, NY 4005/96, Bl. 71 (Vorderseite): Clara Zetkin an Jelena Stassowa, Brief vom 9. Januar 1924. Die zumeist in Moskau lebende Clara Zetkin geriet immer mehr in die Isolierung: Ihre Post, die über die Poststelle des EKKI lief, wurde kontrolliert, Briefe von ihr und an sie wurden nicht mehr ausgeliefert. Vgl. Tânia Puschnerat, Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus, Essen 2003, S. 301, und Marcel Bois, Clara Zetkin und die Stalinisierung von KPD und Komintern, in: Ulla Plener (Hg.), Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen, Berlin 2008, S. 149–156.

Am 18. Juni ergriff Ruth Fischer zum Tagesordnungspunkt „Leninismus und Komintern“ erstmals das Wort. „Lenins Werk, Lenins Bild, Lenins Arbeit“, rief sie pathetisch aus „ist eingegraben nicht nur in die Millionenmassen der russischen Arbeiter und russischen Bauern, Lenin ist auch das Symbol der Weltrevolution in allen Ländern der Welt, er ist insbesondere das Symbol der Revolution im deutschen Proletariat.“[133]

In ihrem Redebeitrag, dem Bericht der Politischen Kommission, behauptete sie drei Tage darauf, der Unglaube an die bevorstehende Revolution sei Grundlage des „Radekismus“ und der Kapitulation Brandlers und Thalheimers gewesen. „Und aus dieser Vorstellung heraus, dass wir zu keiner revolutionären Zuspitzung mehr kommen, entwickelt sich weiter die Vorstellung, dass die KPD *allein* überhaupt *keine Rolle* mehr in der Arbeiterbewegung spielen könne, dass sie nicht der ausschlaggebende Träger der Arbeiterbewegung sei und dass sie so operieren muss, dass sie den Schwanz der Sozialdemokratie bildet.“ Erneut geißelte sie die Arbeiterregierung als „westeuropäische Frisierung des Kommunismus ins Sozialdemokratische“; die Übergangsforderungen nach einer Demokratisierung von Wirtschaft, Verwaltung und Bildungswesen, wie sie die Kommunisten beim Eintritt in die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen erhoben hatten, erinnerten Ruth Fischer allzu sehr an solche der österreichischen Sozialdemokratie 1918, die in der Kapitulation vor dem bürgerlichen Staat endeten.

Nach Isaac Deutscher war Ruth Fischers Auftreten charakteristisch für die Stimmung auf dem Kongress. „Die junge Frau, die wie mit Posaunen sprach, aber keinerlei revolutionäre Erfahrungen oder Verdienste hatte, wurde von den Kommunisten in Berlin vergöttert“, und nun auch von manchem Heißsporn in Moskau.[134] Sie verteilte unbekümmert Noten, und meist schlechte, an die alten Revolutionäre. Es zeige sich, dass Brandler laut Ruth Fischer kein Revolutionär sei, und Radek (der sie einst gefördert hatte) eigne sich mit seinem ständigen Spott über alles und jeden vielleicht als Redakteur eines Witzblattes, sei aber als Funktionär einer kommunistischen Partei ungeeignet. Eine Arbeiterregierung sei, hier berief sie sich auf Sinowjew, nur als „Agitationslosung“ geeignet, um die Sozialdemokraten zu entlarven. Für Brandler aber sei die Arbeiterregierung ein Revolutionsersatz gewesen. „Ich sage im Namen der deutschen Delegation: *Je weiter wir uns jeden Monat von diesem Oktober entfernen, desto tiefer sind wir überzeugt, dass der Kampf im Oktober möglich und notwendig gewesen ist*.“ An dieser Stelle brandete laut Protokoll Beifall auf.

133 Protokoll. Fünfter Kongress, S. 37. Hiernach auch das Folgende. Hervorhebungen im Original.

134 Deutscher, Der unbewaffnete Prophet, S. 148.

Zur Entlarvung der Reformisten, so Ruth Fischer weiter, sei es notwendig, mit von der SPD getrennten Wahlvorschlägen in die Betriebsratswahlen zu gehen, wenngleich allen Austrittstendenzen von kommunistischen Gewerkschaftern zu begegnen sei.[135] Die kapitalistischen „Stabilisierungstendenzen" seien vorübergehender Natur, neue Krisen würden binnen Kurzem heranreifen. „*Unsere Perspektive geht auf Kampf.*"[136]

In Deutschland bestehe nach wie vor eine revolutionäre Situation, wiederholte ein Delegierter nach dem anderen. Clara Zetkin stand mit ihrer Verteidigung der Arbeiterregierung als Möglichkeit „revolutionärer Arbeiterpolitik" auf verlorenem Posten.[137] Ernst Thälmann gestand jedoch ein, dass die KPD 1923 einfach nicht reif genug für die Machtübernahme gewesen sei. Doch auch er glaubte, es genüge die „Schaffung einer festen, disziplinierten, zentralisierten kommunistischen Partei" im Sinne der Bolschewiki, um „in Deutschland das zu vollenden, was die russischen Arbeiter und Bauern im Jahre 1917 in Russland vollendet haben."[138] Die Analysen Eugen Vargas, der mit ökonomischem Sachverstand eine mittelfristige Stabilisierung der deutschen Wirtschaft prognostiziert hatte, wurden hingegen als Unglauben an die Revolution abgetan.[139] Noch stärker geriet ein anderer ungari-

135 Die Warnung vor solchen Austritten wiederholte sie an anderer Stelle; vgl. Protokoll. Fünfter Kongress, Bd. 2, S. 921f. Anders als im vorliegenden Buch trifft z. B. Hermann Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 82, deshalb eine Unterscheidung zwischen den Linken wie Fischer, die die Gewerkschaftsarbeit förderten, und ihren ultralinken Opponenten, die sie ablehnten. Dagegen bezeichnet Chris Harman, The Lost Revolution. Germany 1918 to 1923, London u. a. 1997, S. 291, Fischer, Maslow und Thälmann als Ultralinke.

136 Ihr Beitrag ist abgedruckt in: Protokoll. Fünfter Kongress, Bd. 1, S. 191–209. Hervorhebungen im Original. In ihrem Berichtsbeitrag zur politischen Kommission unterstützte Ruth Fischer Sinowjew; vgl. ebd., Bd. 2, S. 592–595. In ihrer Auswertung des Kongresses schrieb sie, „trotz aller pazifistisch-demokratischen Redensarten und Manöver der vereinigten Kapitalisten und Reformisten" könne „eine solche Zuspitzung der ökonomisch-politischen Krise eintreten, dass die objektiv-historische Situation für entscheidende Kämpfe da ist." Ruth Fischer, Zum V. Weltkongress, in: Die Internationale, 7 (1924), Nr. 15, S. 470.

137 Protokoll. Fünfter Kongress, Bd. 1, S. 337.

138 Ebd., S. 267, 271. Ursprünglich hatte Thälmann, Ruth Fischer zufolge, am Kongress, wohl wegen Arbeitsüberlastung, nicht teilnehmen wollen. Vgl. RGASPI, Fonds 495, Bestand 293, Akte 42, Bl. 117: Ruth Fischer an Sinowjew, Brief vom 3. Juni 1924.

139 Auf dem Kongress schloss Varga die Möglichkeit nicht aus, dass „der Kapitalismus vielleicht zum Schluss auf Kosten des Proletariats aus dieser Krise sich herausarbeitet." Protokoll. Fünfter Kongress, Bd. 1, S. 131. Recht vorsichtig hatte er kurz zuvor festgehalten, dass der kapitalistische „Konjunkturgang uneinheitlich" sei. E. Varga, Aufstieg oder Niedergang des Kapitalismus, Berlin 1924, S. 22. Dies wurde in der *Internationale* sehr rüde als „Ansage des theoretischen Bankrotts" Vargas bezeichnet. K. S., Die Perspektive der

scher Exilant, Georg Lukács, ins Feuer der Kritik. Sein Buch *Geschichte und Klassenbewusstsein* wurde ebenso als Abweichung von Lenins Lehre angesehen wie die Schriften von Karl Korsch. Diesem glaubte Sinowjew raten zu müssen, zunächst den Marxismus und Leninismus zu studieren, statt in der *Internationale*, der theoretischen Monatsschrift der KPD, politisch falsche Auffassungen zu verbreiten.[140]

Ottomar Geschke, Arthur Rosenberg und Paul Schlecht wurden als Vertreter der KPD Mitglieder des EKKI. Auch Clara Zetkin gelangte in das Gremium, doch nur als persönliches Mitglied, nicht als Repräsentantin der deutschen Partei. Ruth Fischer, der in Deutschland inhaftierte Maslow (unter dem Pseudonym Robert) und Thälmann wurden Kandidaten des EKKI. Die anschließende Erweiterte EKKI-Tagung berief Ruth Fischer jedoch (gemeinsam mit Thälmann als Vollmitglied) zur Kandidatin des Präsidiums. Ottomar Geschke wurde in das EKKI-Sekretariat aufgenommen.[141] Damit gehörte Ruth Fischer zu den Spitzenpolitikern im internationalen Kommunismus.

Ihr Auftreten entsprach einer sich immer weiter ausbreitenden Grundstimmung in der Komintern. Ein späterer Kritiker, Raymond Aron, beschrieb diese Mentalität als eine Verbindung von „Prophetie und Scholastik", ähnlich einer Religion. Die Komintern-Ideologen behaupteten, „jede Episode ihrer Bewegung lasse sich mit dem Gesamtverlauf der Geschichte in Zusammenhang bringen und die Geschichte selbst mit der Naturphilosophie; sie wissen alles, sie täuschen sich niemals, und die Kunst der Dialektik gestattet es, jeden Aspekt der sowjetischen Wirklichkeit mit einer in jeder Hinsicht biegsamen Doktrin in Einklang zu bringen."[142]

Zwar hatte Aron Unrecht, wenn er dies als Merkmal des Marxismus ansah – es bedurfte dazu vielmehr einer Vereinfachung und Entstellung der Marxschen Theorie – doch traf seine Beobachtung, beurteilt man die Denkweise von Sinowjew, Ruth Fischer und ihrer Anhänger, den Nagel auf den Kopf. Ihr Enthusiasmus, mit dem sie die Revolution in Westeuropa beschworen, war aber zweifellos echt und

---

Weltrevolution, in: Die Internationale, 7 (1924), Nr. 12, S. 389. Varga widersprach dem Komintern-Glauben, den viele auf der politischen Rechten teilten, dass die Krise des Kapitalismus nur eine Endkrise sei. Vgl. zum ideengeschichtlichen Hintergrund linker und rechter Krisendeutungen mit Bezug auf die Weimarer Republik Rüdiger Graf, Die „Krise" im intellektuellen Zukunftsdiskurs der Weimarer Republik, in: Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hg.), Die „Krise" der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt 2005, S. 77–106 (sowie weitere Arbeiten Rüdiger Grafs).

140 Protokoll. Fünfter Kongress, Bd. 1, S. 53f.

141 Ebd., Bd. 2, S. 1021.

142 Raymond Aron, Opium für Intellektuelle oder die Sucht nach Weltanschauung, Köln/Berlin [West] 1957, S. 323.

nicht, wie bei Stalin, reinem Machtkalkül untergeordnet, so stark ihr Machtwille auch ausgeprägt war. Zudem glaubten viele Kommunisten, die Sowjetunion habe bereits die Schwelle zu einer gänzlich neuen, ausbeutungsfreien Ordnung überschritten. Alle Probleme seien nur noch als die Muttermale der alten Gesellschaft zu begreifen, deren sich der Sowjetstaat über kurz oder lang entledigen werde. Diese auf einer verkürzten marxistischen Gesichtssicht beruhende Zuversicht, wiewohl sie schwächer wurde, sollte sich als stärkste Bindekraft der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts erweisen.

Natürlich sah es, und dies zumal in Deutschland, an der Parteibasis etwas anders aus. Die Bewunderung für die wirklichen und angeblichen Großtaten der Bolschewiki war auch dort echt und weitverbreitet. Doch hatten sich viele kollektivpsychologische Eigenarten, die für SPD-Mitglieder typisch waren, auch in der KPD erhalten: Halblaute Äußerungen, es künftig besser zu können als die „rückständigen Russen", wurden auch in Moskau registriert.[143] Überdies galten die deutschen Parteiintellektuellen unter „einfachen", aber den Komintern-Apparat zunehmend prägenden Mitarbeitern als „Salonbolschewisten", denen intern manchmal unterstellt wurde, sie hielten die Revolution für ein Gesellschaftsspiel.[144] Umso nötiger sei eine bolschewisierte Partei, die die unterstellte Revolutionsbereitschaft der Arbeiter bündele und auf ein Ziel hin konzentriere: auf den Sturz der kapitalistischen Ordnung.

Die Wirklichkeit aber wurde dabei oft ausgeblendet. Viele Kommunisten hielten die sich anbahnende Stabilisierung der kapitalistischen Welt für eine Scheinblüte. Die Widersprüche des Kapitalismus würden vielmehr zu einer neuen revolutionären Entladung in naher Zukunft drängen. Unterdessen, so die Komintern-Thesen, sollten die Parteien auf eine „Einheitsfront von unten" hinwirken. Sie solle „unter der Führung der kommunistischen Partei unter den kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern im Betrieb, Betriebsrat, der Gewerkschaft und darüber hinaus in einem Industriezentrum und so fort verwirklicht" werden.

Dies bedeutete die Forderung nach Unterwerfung aller nichtkommunistischen Arbeiter unter die Politik der Komintern. Es war reine Demagogie, wenn sich der Weltkongress zwar für Verhandlungen mit sozialdemokratischen Führungen

---

143 Beispiele bringt Bert Hoppe, Iron Revolution and Salon Socialists. Bolsheviks and German Communists in the 1920s and 1930s, in: Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History, 10 (2009), Nr. 3, S. 499.

144 Dmitrij Mauilskij machte sich zum Sprecher solcher Stimmungen, als er noch im Oktober 1931 auf einer Tagung des EKKI-Politsekretariats behauptete, die Deutschen seien „unfähig oder unwillig zu konspirativer Arbeit"; eine Fähigkeit, die die Russen auszeichne. RGASPI, Fonds 495, Bestand 18, Akte 864/II, Bl. 84, zit. ebd., S. 504.

aussprach, doch nur dort, wo deren Parteien Masseneinfluss besaßen.[145] Die Sozialdemokratie als Ganzes habe sich jedoch aus einem „rechten Flügel der Arbeiterbewegung in einen Flügel der Bourgeoisie, stellenweise sogar in einen Flügel des Faschismus“ verwandelt.[146] Sozialdemokratie und Faschismus seien deshalb „die beiden Seiten ein und desselben Werkzeuges der großkapitalistischen Diktatur.“[147]

Der 5. Weltkongress leistete einen kaum zu überschätzenden Beitrag im Prozess der Disziplinierung der Komintern. Jeder Beschluss des EKKI, und sei es die Brandmarkung der Sozialdemokraten als Helfer des Faschismus, war von nun ab ohne Debatte gültig; Widerstand galt als Disziplinbruch und war mit der Übernahme einer Parteifunktion fortan unvereinbar.[148] „Dass das Westeuropa von 1924 von dem Russland von 1917 grundverschieden war, wurde dabei nicht bedacht“, schrieb Ossip Flechtheim.[149] Oder doch? War es nicht notwendig, die kommunistischen Parteien gerade jener demokratischen Diskussionskultur zu entfremden, die der Humus der westeuropäischen Arbeiterbewegung vor 1914 gewesen war und die noch immer das Denken mancher nicht-bolschewisierter Kommunisten prägte?

Genau dieses Denken galt es auszumerzen. Die kommunistischen Parteiführer befanden sich fortan, in Isaac Deutschers Worten, „in der paradoxen Situation, das sie den eigenen Anhängern innerhalb der eigenen Organisation die Rechte streitig machten, deren sich die Mitglieder außerhalb der Organisation erfreuen durften.“ Die Parteimitglieder mussten von nun ab „alle offiziellen Erklärungen, die aus Moskau kamen, wie das Evangelium hinnehmen. Auf diese Weise wurde jede kommunistische Partei in ihrem eigenen Land zu einer Art bizarrer Enklave, die von der übrigen Nation nicht so sehr durch ihre revolutionären Ziele getrennt war als durch einen Verhaltenskodex, der mit jenem Zweck nur wenig zu tun hatte.“[150]

Diesen Verhaltenskodex suchte Sinowjew den Kongressteilnehmern einzuhämmern, als er im Schlusswort zur 15. Sitzung klarstellte, Bolschewisierung sei

---

145 Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1924, S. 26.

146 Ebd., S. 17.

147 Ebd., S. 121.

148 Diese Tatsache, die jede kritische Diskussion fortan mit dem Stigma parteifeindlicher Aktivität belasten konnte, hebt besonders Yvonne Thron hervor. Vgl. Dies., Bolschewisierung gleich Stalinisierung? Zur Bolschewisierungskonzeption der Komintern in den Jahren 1924 und 1925, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 32 (1990), Nr. 5, S. 582.

149 Flechtheim, KPD, S. 216.

150 Isaac Deutscher, Der verstoßene Prophet. Trotzki 1929–1940, 2. Aufl., Stuttgart 1972, S. 45.

„die Zulässigkeit jedes strategischen Manövers gegen den Feind. Bolschewisierung ist der unbeugsame Wille zum Kampfe für die Hegemonie des Proletariats, ist der flammende Hass gegen die Bourgeoisie, gegen die konterrevolutionären Führer der Sozialdemokratie [...]. Bolschewisierung – das ist die Schaffung einer festgefügten, wie aus einem Stein gehauenen, zentralisierten Organisation, die harmonisch und brüderlich die Differenzen in ihren Reihen austrägt, wie es Lenin gelehrt hat. Bolschewisierung ist Marxismus in Aktion, ist Treue gegenüber der Idee der Diktatur des Proletariats, den Ideen des *Leninismus*." Doch bedeutete dies einmal mehr: Treue zur einzigen Partei, die eine Revolution durchgefochten hatte.[151]

Dass die Diktatur des Proletariats zur Diktatur über das Proletariat führen könne, vermochte sich nur eine kleine Minderheit der Kommunisten vorzustellen. Pierre Frank, der zu dieser hellsichtigen Minderheit gehörte und deshalb bereits aus der französischen Partei ausgeschlossen worden war, hielt in seiner *Geschichte der Komintern* als wichtigstes, damals aber nicht sichtbares Fazit des Kongresses fest: „Die Stalinisierung keimte unter der Bolschewisierung."[152]

Stalin selbst sprach nicht auf dem Kongress. Er hielt sich im Hintergrund. „Die Pfeife im Mund, mit der Russenbluse und den Schaftstiefeln, unterhielt er sich leise und höflich in kleinen Gruppen, von einem Dolmetscher unauffällig begleitet, und präsentierte sich als den neuen Typ des russischen Führers. Die jüngeren Delegierten waren von dieser Pose des Revolutionärs, der revolutionäre Rhetorik verabscheut, beeindruckt, von dem nüchternen Organisator, dessen schnelle Entscheidungen und moderne Methoden die Probleme in einer veränderten Welt lösen würden. Die Männer um Sinowjew waren alt, geschwätzig, altmodisch."[153] Dies ist ein Urteil im Rückblick, denn 1924 nahm Ruth Fischer Stalin nicht als einen wirklich entscheidenden Mann wahr. Sie und Sinowjew glaubten vielmehr, sie selbst hätten nunmehr alle Fäden kommunistischer Politik in ihren Händen. Doch indem sie immer restriktivere Strukturen in der Komintern wie in der KPD einforderten und durchsetzten, schaufelten sie sich politisch – und im Falle Si-

151 Protokoll. Fünfter Kongress, S. 508. Hervorhebung im Original. – McDermott und Agnew gebrauchen den Begriff der Bolschewisierung einerseits allgemein im (Leninschen) Sinne von Zentralisierung und Kontrolle der Parteien, andererseits und im engeren Sinne als „die Konzentration der Macht in den Händen der Russischen Delegation beim EKKI." Kevin McDemott/Jeremy Agnew, The Comintern. A History of International Communism from Lenin to Stalin, Houndmills/London 1996, S. 42.

152 Pierre Frank, Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919–1943), Bd. 1, Frankfurt 1981, S. 342.

153 Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 492.

nowjews nicht nur politisch – ihr eigenes Grab. Wie in der antiken Tragödie sollten sie ihr Unglück herbeiführen, indem sie es abzuwenden trachteten.

Die ideologische Bolschewisierung

„Nachdem die Berufsoppositionelle die Führungsspitze erklommen hatte, wollte sie jede Opposition ausschalten."[154] Dies zeigte sich sofort nach Ruth Fischers Rückkehr aus Moskau. In der *Internationale* schrieb sie, dass außerhalb Russlands die Komintern-Parteien noch „mit vielen sozialdemokratischen Fehlern und Kinderkrankheiten behaftet sind."[155] Es bedürfe „eines unablässigen, ständigen Bewusstseins von der Gefahrenzone, in der die europäischen Parteien ihre Arbeit verrichten, um eine wirklich revolutionäre Praxis zu erzielen." Der 5. Komintern-Kongress habe hier einen entscheidenden Fortschritt gebracht: Die Frage der Taktik, also der Einheitsfront, werde endlich im Zusammenhang mit der Herausbildung bolschewistischer Massenparteien gesehen. Bislang habe sich die Frage der Einheitsfront „in der Darstellung des rechten Flügels" der KPD „zum Selbstzweck" ausgewachsen, „zu der Taktik, ja zu dem *Programm* der Komintern, von dem aus alle weiteren theoretischen und praktischen Schlussfolgerungen gezogen wurden." Der Komintern-Kongress habe „diese Frage nun endlich geklärt: „*Keine Koalition, kein Bündnis mit den Reformisten*. Wenn das in der Praxis festgehalten wird, wenn das durchgeführt wird, dann ist der erste Schritt zur Bolschewisierung der Parteien getan."[156]

Die Mittelgruppe der Partei, die allerdings keineswegs homogen war,[157] suchte einer „weicheren" Variante der Bolschewisierung Geltung zu verschaffen: Sie verstand, wie einer ihrer Sprecher in der noch illegalen Phase der KPD Anfang 1924 festhielt, darunter den Umbau der Grundstruktur der Partei möglichst auf Betriebszellen sowie die Anerkennung der sowjetischen Führungsrolle, ohne aber einer automatischen Übernahme aller parteitaktischen und organisatorischen Maßnahmen das Wort zu reden.[158] Auf informellen Zusammenkünften, über

154 Ladislaus Singer, Marxisten im Widerstreit. Sechs Porträts, Stuttgart 1979, S. 88.

155 Ruth Fischer, Zum V. Weltkongress, S. 469. Hervorhebungen hier und im folgenden Zitat im Original.

156 Ebd., S. 471.

157 So gehörten ihr z. B. in Sachsen sowohl „Komintern-loyale" Kräfte an, die Sinowjew und Stalin unterstützten, als auch ehemalige Anhänger Brandlers. Vgl. LaPorte, The German Communist Party in Saxony, S. 83f.

158 Vgl. „Lothar" in der illegal erschienenen KPD-Zeitschrift *Fahne der Revolution* vom 12. Februar 1924, zit. in: Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 85.

denen seit dem 5. Kongress aber ständig das Verdikt des „Fraktionismus“ schwebte, suchten Arthur Ewert, Hugo Eberlein und Gerhart Eisler nach Wegen, der immer weiter fortschreitenden Zentralisierung der Partei und der Disziplinierung der Mitgliedschaft zu begegnen.[159]

Diese Zusammenkünfte endeten ergebnislos. Die Ultralinken hatten die Unterstützung der Komintern-Führung und die Mehrheit in allen leitenden Gremien der Partei. Sie trieben die Bolschewisierung ideologisch und organisatorisch voran. „Der Radikalismus hat gesiegt“, kommentierte dies die linksliberale *Weltbühne* im Mai 1924. Ruth Fischer „agitierte und wühlte gegen die Mehrheit der Partei in der festen Überzeugung, dass ihrer über kurz oder lang doch der Erfolg sein werde.“ Nachdem dies erreicht sei, wolle sie „uneingeschränkt kommandieren und will, über allen Zufälligkeiten des Tages stehend, angebetet werden wie der Dalai Lama. Ist sie aber der Geist, der Menschen und Dingen zu gebieten vermag? Oder ist sie, weil alle guten Geister die KPD verlassen haben, das letzte Stümpfchen Licht, das den kommunistischen Massen in der Dunkelheit leuchtet?“[160] Die folgenden Monate sollten eine Antwort auf diese Frage bringen.

Die Parteichefin stellte klar, dass mit ihr an Einheitsfront-Manöver „von oben“ oder an ein Wiederaufleben der Idee einer Arbeiterregierung nicht zu denken war. Die Sozialdemokratie sei – hier wiederholte sie Sinowjews Verdikt – ein „Anhängsel der Bourgeoisie, ein Flügel des Faschismus“,[161] und „die Rolle, die die Sozialdemokratie jahrzehntelang in der deutschen Arbeiterbewegung gespielt hat, diese Rolle hat heute die beschimpfte, gehetzte, gejagte KPD übernommen“; jene KPD, die gelernt habe, „dass die Arbeiterklasse nicht befreit werden kann mit den Methoden des parlamentarischen Kretinismus, sondern im offenen Kampf mit dem Unternehmertum, im offenen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie.“ Dazu bedürfe es allerdings einer gänzlich anderen Partei, als sie die SPD darstelle, eben einer bolschewistischen Kampfpartei.[162]

Ideologisch bedeutete Bolschewisierung den Abschied vom Denken Rosa Luxemburgs, wenngleich ihr Name noch immer als rituelle Beschwörungsformel

159 Vgl. Ronald Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie, Berlin 2007, S. 77.

160 Johannes Fischart [Pseudonym von Erich Dombrowski], Neue Politikerköpfe. IV: Ruth Fischer, in: Die Weltbühne, 20 (8. Mai 1924), Nr. 19, S. 620.

161 Ruth Fischer, Ein Jahr Verbot, in: RF vom 23. November 1924, 2. Beilage. Dieser und der folgende Artikel sind auch abgedruckt in: Hering/Schilde, Kampfname Ruth Fischer, S. 128–137.

162 Ruth Fischer, Einige Fragen an sozialdemokratische Arbeiter, in: RF vom 30. November 1924, 2. Beilage.

diente – vor allem dann, wenn es darum ging, der Sozialdemokratie einmal mehr den Kampf anzusagen.

Bis 1924 hatte die ermordete Revolutionärin in der KPD wie in der gesamten Komintern als bedeutende Theoretikerin gegolten, deren Werk als schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus begriffen und als ebenbürtig neben das Lenins und Trotzkis gestellt wurde. In diesem Sinne hatte Eduard Alexander 1922 in einer Disposition zu einem Kurs für die zentrale Parteischule der KPD in Berlin-Friedenau Rosa Luxemburgs Imperialismus-Theorie als theoretische Grundlage der Analyse wie als wichtiges politisches Erbe empfohlen.[163]

Zu diesem Erbe gehörte aber auch die von Paul Levi nach seinem Bruch mit der ultralinken KPD-Politik erstmals öffentlich gemachte Kritik Rosa Luxemburgs an den Methoden der bolschewistischen Machtausübung, deren Quintessenz in der berühmten Passage lag, die vor allem linke Kritiker der KPD alsbald oft zitierten: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ‚Gerechtigkeit', sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ‚Freiheit' zum Privilegium wird."[164]

Die KPD hatte die Echtheit der Luxemburgschen Broschüre *Zur russischen Revolution* nicht in Frage stellen können, versuchte indes nun, die Revolutionärin Rosa Luxemburg der Theoretikerin gegenüberzustellen.[165] Dabei waren Lenins *Notizen eines Publizisten* „hilfreich", in denen dieser Paul Levi als Überläufer angegriffen hatte, der als Huhn zwischen den Misthaufen auf dem Hinterhof der Arbeiterbewegung umherirre. Rosa Luxemburg wurde die sehr fragwürdige Ehre zuteil, in Anlehnung an die berühmt gewordene Fabel Krylows vom Adler und den Hühnern als Adler bezeichnet zu werden, der aber zuweilen tiefer als ein Huhn fliege.[166] „Der rigide und oberflächliche Umgang Lenins mit Rosa Luxem-

163 Vgl. Klaus Kinner, Die Luxemburg-Rezeption in KPD und Komintern, in: Utopie kreativ, Nr. 129/130 (Juli/August 2001), S. 595.

164 Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution. Eine kritische Würdigung, in: Dies., Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin [DDR] 1974, S. 359.

165 Vgl. die Dokumentation in: Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Erstausgabe des unvollendeten Manuskripts „Zur russischen Revolution" und andere Quellen zur Polemik mit Lenin, Berlin 1990.

166 Vgl. W. I. Lenin, Notizen eines Publizisten, in: Werke, Bd. 33, S. 192–196.

burgs Werk", so Klaus Kinner, „bereitete objektiv dem späteren Luxemburgismus-Verdikt den Boden."[167]

Bereits im Vorfeld des 5. Komintern-Kongresses hatte Karl Korsch eine „völlige Klärung des Verhältnisses zwischen der Luxemburgischen und der Leninschen Methode der marxistischen Theorie" gefordert.[168]. Bei all ihren Verdiensten sei Rosa Luxemburg „in ihrer Auffassung der menschlichen Praxis noch nicht ganz materialistisch geworden", was bedeutete, sie messe der Spontaneität des Handelns allzu große Bedeutung bei.[169] Was dies politisch bedeutete, erläuterte Korsch in einer Rezension von Georg Lukács' *Lenin. Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken*. Lenins Parteiverständnis zeige, dass die Vorstellung Rosa Luxemburgs, nach der „die Organisation ein Produkt der revolutionären Massenbewegung sei, einseitig und ungenügend" sei.[170] Der Marxismus sei nur als Leninismus voll zu begreifen, als *Marxismus-Leninismus*; damit hatte Korsch, hier in einer Rezension zur Stalin-Schrift über Fragen des Leninismus, den Terminus, der zusammenband, was kaum zu vereinen war, zum Leitbegriff in der ideologischen Arbeit der KPD erhoben.[171] „Gleichzeitig war aber", so Klaus Kinner, „die Auseinandersetzung, um die Deutungsmacht dessen, was unter Leninismus zu fassen war, welche allgemeingültigen Lehren aus der Russischen Revolution abzuleiten waren, nicht abgeschlossen."[172]

Noch gab es also divergierende Meinungen innerhalb der KPD, die indes in zunehmend apodiktischer Tonart vorgetragen wurden, vor allem vom früheren „Mittelgruppler" Heinz Neumann. Rosa Luxemburgs theoretisches Erbe sei mit Vorsicht zu betrachten, so der Tenor seiner Schrift *Was ist Bolschewisierung?* Er hatte die Arbeit im Oktober 1924 fertiggestellt, sie wurde aber erst im Januar 1925 ausgeliefert. Darin schrieb Neumann, die bisherigen Niederlagen der KPD seien die Folge des Fehlens einer wahren bolschewistischen Partei gewesen. Eine solche Partei sei „erstens, die Vorhut, die revolutionäre Minderheit der klassenbewussten Arbeiter. Sie *führt*, zweitens, als Willenseinheit der proletarischen Vorhut die *ganze Klasse*, in allen Kämpfen. Sie beschränkt, drittens, diese Aufgabe nicht nur

167 Kinner, Luxemburg-Rezeption, S. 597. Ähnlich Eric D. Weitz, „Rosa Luxemburg Belongs To Us!" German Communism and the Luxemburg Legacy, in: Central European History, 27 (1994), Nr. 1, S. 27–64.

168 Karl Korsch, Lenin und die Komintern, in: Die Internationale, 7 (1924), Nr. 10/11, S. 323.

169 Ebd., S. 326.

170 Karl Korsch, Georg Lukács, Lenin. Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken, ebd., Nr. 12, S. 341.

171 Karl Korsch, J. Stalin: Lenin und der Leninismus, ebd., Nr. 21/22, S. 669.

172 Kinner, Der deutsche Kommunismus, S. 105.

auf eine abstrakte ‚politische' Führung, sondern sie *organisiert* selbst die von ihr geführten Kämpfe, sie organisiert die proletarische Revolution."[173]

Im Herbst 1924 schrieb Maslow in großer Hast während seiner Haftzeit in Berlin-Moabit das als Kampfschrift gedachte Buch *Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917*. Der Text ist eine einzige Philippika gegen Trotzki, dem seine Parteinahme gegen Lenin zu Beginn des Jahrhunderts noch einmal vorgeworfen wird, wie auch gegen die Sozialdemokraten, und hier besonders gegen deren linke Vertreter von Paul Levi bis Otto Bauer. Mit einigen Vorbehalten reihte Maslow auch Rosa Luxemburgs Auffassungen in diese Galerie ein. Sie wurde, gewissermaßen, „als Menschewik neu erfunden."[174] Man könne mit absoluter Gewissheit sagen, so Maslow, dass „die Erfahrung, das Leben selbst, in *allen* Fällen die Richtigkeit der Leninschen, die Unrichtigkeit der Luxemburgischen Anschauungen" gezeigt habe. „Man kann auch noch mehr sagen, nämlich dass die theoretischen Ansichten Rosa Luxemburgs sehr häufig menschewistische Reste zeigten, die sie zu *falschen* Anschauungen machten." Doch sei Rosa Luxemburg deshalb nicht mit den Opportunisten der Sozialdemokratie in irgendeiner Weise gleichzusetzen.[175]

Dennoch sei der Weg, den „die deutschen Linken, insbesondere Rosa Luxemburg, gewählt [hätten], ein sehr gefährlicher Weg. *Das war die Erziehung der revolutionären Elemente zur Negierung der Partei*. In der Tat, jene berühmte Spontaneitätsmythologie, welche Rosa Luxemburgs Schriften so oft auszeichnet, ist nichts anderes als die Negierung der Partei", betonte Maslow. Dem habe politisch das Zögern der Linken entsprochen, als es 1914 darum ging, sich von der Gesamtpartei zu trennen.[176]

Doch auch Lenin habe, so Maslow, „bedauerlicherweise" einen politischen Fehler begangen, als er sich nach der März-Aktion Trotzkis Kritik angeschlossen habe, die „bis zur Lächerlichkeit ging."[177]

Hier hakte Heinz Neumann mit einer Broschüre unter dem Titel *Maslows Offensive gegen den Leninismus* ein, die Anfang 1925 erschien. Maslow behaupte, so Neumann, dass Lenin nicht nur den „Charakter der KPD" verkenne, er stelle ihn auch mit Trotzki auf eine Stufe, dessen falsche Politik die Komintern prinzipiell

173 Heinz Neumann, Was ist Bolschewisierung?, Berlin 1925, S. 57. Hervorhebungen im Original. Teile der Broschüre erschienen als Vorabdruck im *Funken*.

174 Lea Haro, Rosa Luxemburg & the Mass Strike, Solidarity (September-October 2005), www.solidarity-us.org/node/247.

175 A. Maslow, Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917, 1. Bd.: Die allgemeinen Grundlagen der russischen Revolution, Berlin 1925, S. XIf. Hervorhebung im Original. Ein zweiter Teil erschien nicht.

176 Ebd., S. XVf.

177 Ebd., S. XXXXVII.

ablehne.[178] Indem Maslow sich zwar zu Lenin bekenne, dessen Kritik am Kurs der KPD 1921 aber ablehne, propagiere er einen *„spezifisch westeuropäischen Kommunismus*“, der beanspruche, neben dem Leninismus zu stehen. Dies aber sei im Kern nichts anderes als eine als links getarnte Ausgabe der Ideen Paul Levis, habe doch auch dieser die Vorbildwirkung Sowjetrusslands bestritten.[179] Zwar lobte Ernst Schneller in der *Internationale* Maslows Buch als einen wichtigen Beitrag zum Verständnis des Bolschewismus,[180] doch zeigte die Kritik Neumanns,, dass die Frage, wie ein „richtiges“ bolschewistisches Verständnis von Politik und damit, wie eine „wahre“ bolschewistische Partei auszusehen habe, noch nicht entschieden war. Neumanns Ruf nach „Reinerhaltung der Lehre des Leninismus“ war, wie seine spätere Lebensgefährtin schrieb, der Dreh- und Angelpunkt der Kontroverse.[181]

Noch konnte Neumanns Kritik das KPD-Gefüge nicht grundsätzlich erschüttern. Die Verbindung von Fischer und Maslow mit Sinowjew, und das hieß zu diesem Zeitpunkt auch: mit Stalin, schien unbestritten. Doch war der gut Russisch sprechende Neumann Stalin positiv aufgefallen, so dass die Schrift durchaus als ein „Versuchsballon“ Stalins gelten konnte: Fischer und Maslow sollten sich nicht zu sicher fühlen; die KPD unterstand nicht ihnen, sondern Moskau.[182] Neumann blieb Stalins gelehriger Schüler, bis dieser die Zusammenarbeit aufkündigte und ihn schließlich 1937 umbringen ließ.

Maslows Lenin-Auslegung sah den Begründer des Bolschewismus auf einsamer Höhe, wenn auch nicht fehlerlos. Kritischer als Lenin sah er Rosa Luxemburg. Auch dies war keine Frage bloß theoretischer Rezeption. Sinowjew und Stalin

178 Heinz Neumann, Maslows Offensive gegen den Leninismus, Berlin 1925, S. 28.

179 Ebd., S. 69. Hervorhebung im Original. – Bemerkenswerter Weise kritisierte auch Neumanns Witwe dessen Bestreben, vom Standpunkt der „Lenin-Epigonen“ Maslows Auffassung als nicht parteigemäß zu brandmarken. Vgl. Margarete Buber-Neumann, Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919–1943, Stuttgart 1967,Taschenbuchausgabe Frankfurt u. a. 1973, hier S. 81f.

180 E. Schn. [Ernst Schneller], A. Maslow, Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917, in: Die Internationale, 8 (1925), Nr. 4, S. 205–209.

181 Buber-Neumann, Kriegsschauplätze der Weltrevolution (Taschenbuchausgabe), S. 82. – Margarete Buber-Neumann schrieb, Neumanns heftige Attacken gegen Maslow hätten auch darin eine Ursache gehabt, dass Neumann sich am Anfang ihrer Bekanntschaft unglücklich in Ruth Fischer verliebt habe, diese ihn jedoch abwies. Vgl. Buber-Neumann, Kriegsschauplätze der Weltrevolution, Erstausgabe, S. 102. In der Taschenbuchausgabe fehlt diese Passage. Ruth Fischer (Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 493 und 544) sah in Neumann rückblickend nur einen „Jüngling.“

182 Zur Rolle Heinz Neumanns in Stalins Netzwerk vgl. Bert Hoppe, In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933, München 2007, S. 74f.

waren nicht an der Propagierung einer Parteiauffassung interessiert, wie sie Rosa Luxemburg vertreten hatte.[183] Zudem, und dies war der Kernpunkt des Problems, musste die Kritik an der toten Rosa Luxemburg mit einer schärferen Kritik am lebendigen Rivalen Trotzki verbunden werden. Voneinander unabhängig hatten beide zu Beginn des Jahrhunderts in der Allmacht einer Parteiführung, die mehr kontrollierte denn schöpferische Aktivitäten weckte, eine große Gefahr gesehen. Es war deshalb logisch, die Luxemburgsche Traditionslinie, wenn auch nicht Rosa Luxemburg selbst, als trotzkistisch abzuwerten. So suchte Ernst Schneller in einem Aufsatz über den „Trotzkismus in der deutschen kommunistischen Bewegung“ die trotzkistischen Übel in der Geschichte der deutschen Linken und namentlich im Werk Rosa Luxemburgs auszumachen. Damit trug er dazu bei, den stets abwertend gemeinten Terminus des Trotzkismus in der KPD in Umlauf zu bringen.[184] Paul Frölich, ein als „Rechter“ beargwöhnter und auch diffamierter Brandler-Anhänger, der sich besonders um die Herausgabe der Schriften Rosa Luxemburgs in der KPD verdient machte, widerlegte Schneller mit Fakten.[185] Er kritisierte die unhistorische Methode dieser sich in der Komintern wie der KPD immer mehr ausbreitenden Geschichtsauffassung.[186] Damit blieb er nicht allein; ebenso entschieden verteidigte Ernst Meyer Rosa Luxemburgs Erbe. Sie wurden unter Berufung auf Rosa Luxemburg auch theoretisch zu den wichtigsten Widersachern der ultralinken Parteiführung.[187] Vor allem Meyer warfen Ruth Fischers Anhänger

---

183 Vor allem wies sie, so Stephen Bronner, „den Gedanken einer Avantgarde zurück, wandte sich gegen den Aufruf, eine neue internationale Organisation zu gründen und entsagte niemals jenen Werten, von denen sie sich politisch leiten ließ.“ Stephen Eric Bronner, Socialism Unbound, 2. Aufl., Boulder (Colorado)/Oxford 2001, S. 137f.

184 Vgl. Ernst Schneller, Vom Trotzkismus in der deutschen kommunistischen Bewegung, in: Die Internationale, 8 (1925), Nr. 3, S. 118–128.

185 Vgl. zu Frölichs editorischer Arbeit Annelies Laschitza, Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 3 (1991), Nr. 4, S. 444f.

186 Vgl. Paul Frölich, Kritik einer Methode historischer Kritik, in: Die Internationale, 8 (1925), Nr. 5, S. 253–260. Marxistische Kritik an der Führung sowie „eine wirksame Kontrolle der Parteiinstanzen“ waren, so Frölich später, für Rosa Luxemburg die Voraussetzung jeder Parteiarbeit. Paul Frölich, Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat, Hamburg 1949, S. 111. – In den frühen 1980er Jahren setzte sich neben Annelies Laschitza auch Klaus Kinner in der DDR für eine gerechte Bewertung Frölichs und seiner auch theoretisch bedeutenden Leistungen ein, die in der SED-Historiographie bis dahin negiert wurden. Vgl. Klaus Kinner, Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917–1933, Berlin [DDR] 1982, S. 221–223.

187 Vgl. Florian Wilde, Ernst Meyer – Weggefährte Rosa Luxemburgs in der Weltkriegszeit und sein Kampf um ihr Erbe in der KPD, in: Rosa-Luxemburg-Gesellschaft (Hg.), Rosa Luxemburg. Ökonomische und historisch-politische Aspekte ihres Werkes, Berlin 2010,

wiederholt vor, er suche in Theorie und Praxis „das Zusammengehen mit den sozialdemokratischen Führern herbeizuführen." Diese „rechte Maulwurfsarbeit" aber sei zu unterbinden.[188]

Es war die Parteichefin selbst, die den Ton vorgab, in dem künftig Auseinandersetzungen mit der eigenen revolutionären Tradition zu führen waren. Im April 1924 nannte sie zwar Rosa Luxemburg eine „heldenhafte Vorkämpferin des deutschen Proletariats", deren Ansichten aber „nicht die Auffassungen des Bolschewismus, nicht die Auffassungen Lenins" gewesen seien. Weiter schrieb sie: „Wer den Brandlerschen ‚Zentralismus' mit der Berufung auf Rosa Luxemburg heilen will, der will einen Tripperkranken durch Einflössen von Syphilisbazillen gesund machen. Das heißt, gefährliche Verwirrung in die Partei [zu] bringen und die Brandlersche ‚demokratische Arbeiterregierung', die man zur Vordertür hinausgeworfen hat, durch die Hintertür, nämlich auf dem Umweg über die Parteidemokratie, wieder hineinzuschmuggeln."[189]

Genau diese Politik, so wiederholte sie Anfang 1925, habe dazu geführt, dass die proletarische Partei „ins Schlepptau der bürgerlichen Demokratie" geraten sei, was „die Katastrophe des Oktober 1923" unvermeidlich machte. Heute gehe es deshalb darum, die Massen nicht sich selbst zu überlassen, sondern sie zu führen; dies zu leugnen, sei „eine Form des Trotzkismus […]."[190] Trotzki sei, so stellte Ruth Fischer klar, „durch seine Abweichung von der bolschewistischen Linie überraschend schnell zum Liebling aller Kleinbürger und Konterrevolutionäre Europas" geworden.[191] Trotzkis Buch *Die Lehren des Oktober*, in dem dieser der beginnenden Geschichtsklitterung über das Jahr 1917 zu begegnen suchte, sei, „ein Offensivvorstoß gegen das ZK. Es ist nicht mehr eine bloße Kritik an einzelnen Handlungen, sondern er geht aufs Ganze", schrieb Ruth Fischer an Ottomar Geschke nach Moskau.[192]

S. 210–231, und Wilde, Ernst Meyer, S. 390–400. Meyer wurde als Leiter des KPD-Bezirkes Südwest abgelöst, entging aber dem Parteiausschluss. Vgl. ebd., S. 368f.

188 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/1/23, Bl. 230–232: Protokoll der Sitzung des Zentralausschusses der KPD vom 18.–19. Oktober 1924, zit. in: Wilde, Ernst Meyer, S. 373f. Meyer war zudem mit dem SPD-Baustadtrat und Architekten Martin Wagner persönlich befreundet; ein Verhalten, das für „linientreue" Kader nicht in Frage kam. Vgl. ebd., S. 373.

189 Ruth Fischer, Demokratischer Zentralismus und Rosa Luxemburg, in: Der Funke, Nr. 4/5 vom 7. April 1924).

190 Ruth Fischer, Zur Tagung des Zentralausschusses, in: Die Internationale, 8 (1925), Nr. 2, S. 54.

191 Ruth Fischer, Zum ersten Jahrestag des Todes Lenins, in: RF vom 31. Januar 1925.

192 RGASPI, Fonds 495, Bestand 292, Akte 10, Bl. 247: Ruth Fischer an Ottomar Geschke, Brief vom 18. November 1924.

Der nicht nur von Edwin Hoernle angemerkten Vermutung, Ruth Fischer sei nur das Sprachrohr Maslows gewesen, muss aber widersprochen werden.[193] Ihr Schwarz-Weiss-Denken und ihr Hang, Andersdenkende innerhalb der eigenen Reihen zu maßregeln und zu disziplinieren, trugen in ihrer übersteigerten Diktion durchaus ihre eigene, im negativen Sinne unverwechselbare Handschrift. „Sie pflegte ihren Verbalradikalismus, da er ihr Beifall und Stimmen einbrachte", schreiben auch die Ruth Fischer keineswegs feindlich gesonnenen Historiker Sabine Hering und Kurt Schilde. „Dass sie sich mit ihren Ausfällen, ihren Vereinfachungen und ihren Diffamierungen reihenweise Feindschaften einhandelte, störte sie wenig. Und es hätte auch die Parteiführung nicht gestört, wenn ihre Äußerungen immer der Linie entsprochen hätten."[194]

Vorerst taten sie das. Ruth Fischer war es, die das Denken Rosa Luxemburgs als Abweichung vom Leninismus bezeichnen und zugleich das Ansehen der großen Marxistin für die Inszenierung politischer Veranstaltungen nutzen konnte. Eine gute Gelegenheit dazu boten die Gedenkfeiern zum ersten Todestag Lenins im Berliner Sportpalast am 21. Januar 1925. „Im verdunkelten Saal", schrieb die *Rote Fahne*, „erklingen die weihevollen Klänge des russischen Trauermarsches. Zwanzigtausend Proleten, ausgebeutet und mühebeladen, stehen in atemloser Stille. Der Apparat projiziert Lichtbilder aus vergangenen Tagen: die Bilder Rosa und Karls, die Männer unserer Revolution. Genosse [Johannes R.] Becher trägt eines seiner Gedichte vor. Dann spricht, von brausendem Beifall und Hochrufen empfangen, die Genossin Ruth Fischer."[195]

Voller ätzender Schärfe hieß es in der anarcho-syndikalistischen *Aktion*: „In Zukunft ist in allen Liedern der Name Rosa Luxemburg durch Ruth Fischer und

---

193 Vgl. SAPMO-BArch, RY5/I 6/3/94, Bl. 7: Deutsche Sektion beim EKKI, Hoernle an Sinowjew, Brief vom 26. März 1923. Ähnliches schrieben z. B. Clara Zetkin an das EKKI (vgl. ihren Brief vom 27. März 1923, ebd., RY5/I 6/3/125, Bl. 3) und Wilhelm Pieck wiederum an Clara Zetkin (vgl. seinen Brief vom 11. Februar 1924, ebd., RY1/I 2/2/30, Bl. 417).

194 Hering/Schilde, Kampfname Ruth Fischer, S. 46.

195 Zit. ebd., S. 15, nach dem Bericht in der *Roten Fahne* vom 25. Januar 1925. – Die Berufung Ruth Fischers auf Rosa Luxemburg bei gleichzeitiger Abwertung ihres Denkens veranlasste Paul Levi noch 1929 zu der äußerst scharfen Bemerkung: „Es gibt heute in Deutschland eine kommunistische Partei; sie behauptet, mit dem Werke von Rosa Luxemburg in einem Zusammenhang zu stehen. Das hat aber, beispielsweise, nicht verhindert, dass einer der vielen – gekommenen, gegangenen, gewesenen – Führer und Führerinnen dieser Partei auf dem Grabe von Rosa Luxemburg unter jubelndem Zuruf der Menge die Notdurft sozusagen verrichten durfte." Paul Levi, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Gedächtnis, in: Leipziger Volkszeitung vom 15. Januar 1929. Den Hinweis erhielt ich von Dr. Jörn Schütrumpf.

der Name Karl Liebknecht durch Arkadij Maslow zu ersetzen."[196] In der gleichen Nummer schrieb der Rätekommunist Paul Mattick: „Und Ruth Fischer sprach. Ruth Fischer bolschewisierte. – Begeisterung der Anwesenden unterbrach ab und zu ihre Maslowismen. Man fand richtig, was sie vorschlug, richtig, was sie ablehnte, richtig, was sie bejahte, richtig, was sie verneinte, was sie verfluchte. Alles war gut, sehr gut, pfui und hört, hört! Selbst als sie anfing, heiser zu werden, schwand die Begeisterung der Zuhörer nicht. Sie netzte ihren Kehlkopf mit Speichel; sie hatte etwas gegen die Entente gesagt, dabei ihre Stimme akrobatisch, sprunghaft vom Flüstern zum Brüllen geleitet."[197]

Es bestehe kein Zweifel, dass sich Ruth Fischer für eine zweite Rosa Luxemburg halte, schrieb der *Drache*, Leipzigs kleiner Bruder der Berliner *Weltbühne*. Doch verhalte sie sich zu Rosa Luxemburg „wie ein Zeitungsausrufer zum Leitartikelschreiber. Sie ist ein weiblicher Hitler der kommunistischen Bewegung, der ‚Trommler', der ‚Aufputscher', der ‚Aufhetzer' – im besten Sinn des Wortes", hieß es bösartig. Ihr Kopf sei „vor allem ein Mund." Jedoch: „Diese etwas untersetzte Frau mit ihrem runden Rücken, mit ihren blitzenden Augen und den heftig gestikulierenden Händen ist eine glänzende Rednerin." Sie sei imstande, ihre Auffassungen in der Partei durchzusetzen, da sie an die Gefühle, nicht an den politischen Verstand der Menschen appelliere.[198]

Auf solchem Gefühlssozialismus sollte, ginge es nach Ruth Fischer, die Mitgliedschaft der KPD verharren. Damit aber konnte die KPD ihre eigenen Fehler kaum noch in der Debatte überprüfen, ohne zur Verdammung der Opponenten zu schreiten. Mit der von ihr beförderten Praxis trug Ruth Fischer zur geistigen Entwaffnung ihrer Anhängerschaft bei, die sich fortan weitgehend unfähig zeigte, die eigene Politik kritisch zu reflektieren.

Bolschewisierung in der Praxis

Die „erneuerte" KPD stellte sich zu den Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924. Vor der Wahl hatte Arthur Rosenberg, der gleichfalls für das Parlament kandidier-

196 Die Aktion, 15 (28. August 1925), Nr. 15/16, S. 412f. (Der Artikel erschien als Teil einer die KPD ironisierenden Beilage unter dem Titel: Die Bolschewisierung. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Maslowismus, Nr. 1, August 1925, Preis 50 Kopeken.).

197 Paul Mattick, Der Traum des bolschewisierten Berufsrevolutionärs. Unserer Führerin Ruth Fischer diszipliniert in den Schoß gelegt, ebd., S. 420f. Dieser Aufsatz ist auch im Internet unter www.marxists.org/deutsch/archiv/mattick/1925/08/traum.htm einzusehen.

198 Fredy, Ruth Fischer, in: Der Drache, 7 (1924), Nr. 6, S. 5. „Fredy" kannte Ruth Fischer aus Wien.

te, in Chemnitz vollmundig erklärt, es komme nicht darauf an, ob die KPD bei dem „parlamentarischen Affentheater“ ein oder zwei Millionen Stimmen verliere. Die einzige Aufgabe sei die Bewahrung des Geistes der Revolution und der revolutionären Organisation.[199]

Das Mandat des von der KPD-Führung verachteten Parlaments sicherte Ruth Fischer allerdings Immunität zu, und ein am 21. Oktober wegen „Hochverrates“ ausgestellter Haftbefehl konnte deshalb nicht vollstreckt werden. Nach der Auflösung des Reichstages musste sie allerdings befürchten, verhaftet zu werden. Sie tauchte deshalb zunächst in Berlin unter und ging dann mit einigen wenigen Mitarbeitern nach Prag und Wien, um erst im Januar 1925 zurückzukehren.[200] Auch Ernst Thälmann und Werner Scholem mussten wegen schwebender Verfahren kurzzeitig Berlin verlassen.[201]

Einmal mehr suchte Ruth Fischer die nationalen Gefühle der Arbeiter anzusprechen, als sie im Vorfeld der Wahlen schrieb, die KPD bekämpfe den Dawes-Plan, da dieser den Versuch einer „Kolonisierung Deutschlands“ darstelle.[202] Der nach seinem Urheber, dem Amerikaner Charles Dawes, benannte Plan einer Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches stieß bei der KPD auf entschiedene Ablehnung, obgleich er ein Versuch war, die Reparationsfrage nicht mehr primär als „Instrument französischer Machtpolitik zu behandeln, sondern als Teil der notwendigen Neuregelung des Weltfinanzsystems“; einer Frage, an der in der KPD jedoch nur wenig politisches Interesse bestand.[203]

199 So nach Rosa Meyer-Leviné, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland, Frankfurt 1982, S. 92, und Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 505.

200 Vgl. SAPMO-BArch, RY1/I 2/2/29, Bl. 128: Ruth Fischer an Arkadij Maslow, Brief vom 24. Oktober 1924, sowie ihren Briefwechsel mit der Zentrale, ebd., Bl. 165ff. Vgl. weiterhin Reichstag Reds Hunted. Ruth Fischer, Scholem and Katz Among Those Sought by Berlin Police, in: The New York Times vom 29. Oktober 1924.

201 Vgl. RGASPI, Fonds 495, Bestand 292, Akte 10, Bl. 225: Werner Scholem an die Deutsche Delegation in Moskau, Brief vom 6. November 1924; ebd., Bl. 249: Ruth Fischer an Ottomar Geschke, Brief vom 18. November 1924. In einem weiteren Brief an Geschke kündigte Ruth Fischer drei Tage später an, sie werde, da „Teddy“ unauffindbar sei, „eine sehr ernste Aussprache mit ihm haben.“ Ebd., Bl. 271. In Abwesenheit der Gesuchten koordinierte ein Direktorium, das aus Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Arthur Rosenberg, Ernst Schneller und Conrad Blenkle, dem Vorsitzende des Kommunistischen Jugendverbandes, bestand, die Arbeit der Partei. Vgl. Ernst Thälmann. Eine Biographie. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Günter Hortzschansky und Walter Wimmer, Berlin [DDR] 1979, S. 213.

202 Ruth Fischer, Zu diesen Wahlen, in: Die Internationale, 7 (1924), Nr. 23/24, S. 674.

203 Peter Longerich, Deutschland 1918–1933. Die Weimarer Republik, Hannover 1995, S. 154.

Von der hemmungslosen Agitation der bürgerlichen Rechten gegen den Dawes-Plan als „zweites Versailles“ ließ sich Ruth Fischer zu linksnationalistischen Parolen verleiten. „Sie vergessen anscheinend ganz, dass Deutschland unter die Kontrolle von 4 Kommissaren gestellt wird, die unbeschränkte Vollmacht haben“, rief sie im Reichstag, an die bürgerlichen Parteien und die SPD gewandt, aus. „Deutschland wird von einigen Kommissaren der Entente verwaltet werden, und Sie werden die Unterkommissare des Ententekapitals sein.“ Das Protokoll verzeichnet an dieser Stelle zustimmende Rufe der Nationalsozialisten.[204]

Ruth Fischers Appell an das nationale Empfinden aber half nur wenig. Bei den Dezember-Wahlen erhielt die KPD die Quittung für ihre ultralinke Politik. Während die SPD Stimmen hinzugewann und mit 26 Prozent die stärkste Fraktion blieb, stimmten nur noch 2.709.100 Deutsche oder 8,9 der Wahlbeteiligten für die KPD. Die Gründe für den Stimmenrückgang musste die Partei bei sich selbst suchen, doch trug auch die beginnende politische und wirtschaftliche Stabilisierung zum Stimmenverlust für eine Partei bei, die auf die Revolution setzte, aber für die nichtrevolutionäre Zeit keine Handlungsperspektive anbot.

Dies bewog Ruth Fischer aber nicht zur Änderung ihrer Linie. Sie setzte im Parlament weiter auf die Ausbeutung von Ressentiments,[205] besonders wenn es um außenpolitische Fragen ging. Sie meldete sich zu solchen Fragen oft zu Wort, zumal sie gemeinsam mit Arthur Rosenberg die KPD im außenpolitischen Ausschuss des Reichstages vertrat. So erklärte sie am 19. Mai 1925, es sei schlicht und einfach eine Tatsache, dass – an die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien gewandt – „Sie seit dem Dawes-Plan und schon vorher seit 1918 Ihre *nationale Selbständigkeit* verloren haben. Sie spielen den souveränen Staat, aber Sie sind es nicht. Das wissen Sie alle ganz genau, besonders diejenigen, die auf der rechten Seite des Hauses sitzen. Sie spielen souveränen Staat und können keinen Schritt ohne Zustimmung ihrer englischen und amerikanischen Geldgeber tun. Das ist der wirkliche Zustand.“[206]

Solche plakativen Aussagen konterkarierten die wirklichen, wenn auch allzu bescheidenen Verdienste der KPD-Reichstagsarbeit, die indes auch zu vermelden waren. So führte die kommunistische Reichstagsfraktion einen unermüdlichen

---

204 Verhandlungen des Reichstages, 2. Wahlperiode, Bd. 381, Berlin 1924, Sp. 129.

205 Dies tat sie auch innerhalb der Partei: „Jeden rechten Stänker, der uns die Arbeit durch Brandler-Meckerei aufs neue verdrießen will, werden wir eins auf Maul schlagen“, drohte sie. Ruth Fischer, Die Lehren des 7. Dezember, in: Der Funke, Nr. 1 vom 1. Januar 1925.

206 Verhandlungen des Reichstages, 3. Wahlperiode, Bd. 385, Berlin 1924, Sp. 1922A. Hervorhebung im Original.

Kampf gegen politische Verfolgungen und Unrechtsurteile der Justiz.[207] „Unsere Partei“, betonte Ruth Fischer in der Sitzung am 24. Juli 1924, „hat den Kampf um die *Amnestie der proletarischen Gefangenen* nicht nur hier bei den Abgeordneten geführt, sondern unsere Partei hat den Kampf um die Amnestie außerhalb des Hauses, in den Fabriken und in den Gewerkschaften geführt.“ Mit Recht hielt sie deshalb fest: „Die Erkenntnis von der ungeheuerlichen Einseitigkeit der Justiz hat sich ja heute bereits so weit durchgesetzt, dass auch die Herren von der bürgerlichen Seite heute nicht mehr wagen, von einer gerechten Justiz in Deutschland zu sprechen.“[208]

Immer wieder aber attackierte sie die SPD als Erfüllungsgehilfin des bürgerlichen Staates, seiner Exekutive und Judikative. Ironisch forderte sie die bürgerliche Seite auf, dem Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid

„endlich das Außenministerium“ zu geben – „wie lange wartet der Mann doch darauf; (Heiterkeit)

das kann man schon gar nicht mehr mit ansehen – , auch wenn das so weiter geht, werden die Sozialdemokraten von den Austro-Marxisten nicht nur Zwischenrufe, sondern auch Heulsirenen beziehen und benutzen, wie es auch die Sozialdemokraten im Wiener Parlament gemacht haben,
(Zurufe von den Sozialdemokraten: Und Kindertrompeten!)
– Jawohl, und Kindertrompeten und Autohupen.

Aber, meine Herren Bürgerlichen, Sie wissen ganz genau: Über das hinaus wird es nicht gehen, und Sie werden stets gefällige Helfershelfer in den Sozialdemokraten haben, mit deren Hilfe es gelingt, die Arbeiterschaft niederzuhalten und niederzuknütteln […].“[209]

Man kann Ruth Fischer vieles vorwerfen, aber nicht, dass sie Langeweile im Parlament verbreitete.[210] Die Presse vergaß nicht zu erwähnen, dass sie in ärmello-

207 Sie tat dies in Zusammenarbeit mit KPD-nahen Anwälten, worauf hier nicht eingegangen werden kann. Vgl. hierzu ausführlich Nikolaus Brauns, Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919–1938), Bonn 2003.

208 Verhandlungen des Reichstages. 3. Wahlperiode, Sp. 3489f. Hervorhebung im Original.

209 Elfriede Golke [Ruth Fischer] in der Sitzung vom 20. Januar 1925, ebd., Bd. 384, Berlin 1925, Sp. 127f., auch abgedruckt bei Hering/Schilde, Kampfname Ruth Fischer, Zitat S. 156. Vgl. auch dieselben, Verkehrtes Marionettentheater. Ruth Fischer im Deutschen Reichstag (1924–1928), in: Udo Arnold u. a. (Hg.), Stationen einer Hochschullaufbahn. Festschrift für Annette Kuhn zum 65. Geburtstag, Dortmund 1999, S. 347–374.

210 Dieser Meinung war auch die bürgerliche Presse. Als Ruth Fischer wegen ihrer Wien-Reise und der anschließenden dortigen Verhaftung im Reichstag fehlte, sah dies der *Berli-*

ser Kleidung auftrat.[211] Doch die intransigente Haltung der Kommunisten blockierte jede Kooperation mit der SPD, die deshalb ihrerseits die Zusammenarbeit mit der KPD verweigerte, und dies nicht nur im Reichstag. Im preußischen Landtag verfügte seit 1924 die regierende bürgerlich-sozialdemokratische Koalition über keine Mehrheit mehr. Somit war sie zum Regieren entweder auf die KPD oder die Rechtsparteien angewiesen. Tatsächlich bot die KPD im April dem SPD-Ministerpräsidenten Otto Braun die Tolerierung an. Sie stellte einige Bedingungen: die Einführung des Achtstundentages in allen Staatsbetrieben, die Aufhebung der Militarisierung der Schutzpolizei sowie die Beschlagnahme des Vermögens der 1918 entmachteten Fürstenhäuser. Doch die SPD und ihre bürgerlichen Koalitionspartner lehnten die, so Ossip Flechtheim, „recht demokratischen und relativ gemäßigten Forderungen" der KPD ab. „So endete der einzige Versuch der KPD, ihr parlamentarisches Gewicht zugunsten der Demokratie in die Waagschale zu werfen, mit einem Fiasko."[212]

Ein gewisses Unbehagen über den Kurs, der die Selbstisolation der Partei nur befestigen konnte, war nicht zu übersehen. So forderte Jacob Walcher, ein Anhänger Brandlers, eine „positive Parlamentsarbeit."[213] Auch Walter Stoecker kritisierte die mangelnde Ernsthaftigkeit der KPD-Abgeordneten, ihr oftmaliges Nicht-Erscheinen in den Plenar- wie auch den Sitzungen der Ausschüsse.[214] Insgesamt aber wurde der Antiparlamentarismus der KPD von einem Großteil der Funktionäre und Mitglieder gebilligt, wenngleich er die Partei in Teilen der Öffentlichkeit kompromittierte.

Nicht nur im Parlament hatte die KPD Einbußen zu verzeichnen. Hatte sie noch im September 1923 beachtliche 294.230 Mitglieder zu verzeichnen gehabt, so stieß der ultralinke Kurs zunehmend bisherige Parteigänger ab: Im April 1924,

---

ner Lokalanzeiger am 6. Januar 1925 als Grund für die langweilige Sitzungsatmosphäre. Vgl. Mergel, Parlamentarische Kultur, S. 143.

211 Vgl. ebd., S. 106, unter Berufung auf das *Berliner Tageblatt* vom 28. Mai 1924.

212 Flechtheim, KPD, S. 214. Es gab ein weiteres Beispiel für ein wenigstens indirektes gemeinsames Handeln im Parlament: Am 30. August 1924 erreichten die Fraktionen von KPD und SPD durch den gemeinsamen Auszug aus dem Plenarsaal die Beschlussunfähigkeit des Reichstages vor einer Abstimmung über Schutzzölle für Agrarprodukte.

213 Jacob Walcher, nach Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 335, der einen Polizeibericht des Staatsarchivs Bremen zitiert. Vgl. zu ihm Ernst Stock/Karl Walcher, Jacob Walcher (1887–1970). Gewerkschafter und Revolutionär zwischen Berlin, Paris und New York, Berlin 1998.

214 Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/703/28, Bl. 20: KPD, Parlamentarische Arbeit, Verbindungen mit leitenden Parteiorganen und Abteilungen.

ein gutes halbes Jahr später, zählte die KPD lediglich noch 121.394 Mitglieder.[215] Das bedeutete auch, dass „die Verbleibenden sich zunehmend radikalisierten, und zwar nach links."[216] Die KPD-Führung konnte sich jedoch keine weiteren Verluste im politischen Raum leisten. Vor allem musste sie einer Tendenz entgegen wirken, die ihre ureigene organisatorische Verwurzelung innerhalb der Arbeiterklasse betraf: dem seit Ende 1923 sich verstärkenden Rückzug von Kommunisten aus den Gewerkschaften.

Von Anbeginn hatte die KPD jede Politik der Klassenzusammenarbeit scharf verurteilt, doch hatten Lenin und die Komintern auf die Eroberung, keineswegs auf die Spaltung der Gewerkschaften durch Kommunisten orientiert.[217] Die Gegentendenzen waren natürlich auf die ultralinke Politik der Partei zurückzuführen. Neben den bereits bestehenden kommunistischen Gruppen, der Union der Hand- und Kopfarbeiter, dem Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter und dem Industrieverband der chemischen Arbeiter kam es 1924 zu Neugründungen kleiner kommunistischer Gewerkschaften. Die KPD suchte der Mitgliederflucht aus den Gewerkschaften zu begegnen. Sie berief deshalb bereits am 25. November 1923 die sogenannte Weimarer Konferenz ein, die aber wegen des KPD-Verbotes tatsächlich im nahegelegenen Erfurt stattfand. Die Bedeutung der Konferenz bestand, so Salomon Losowskij, der Vorsitzende der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI), darin, dass unter der Losung „Rettet die Gewerkschaften!" Vertreter von Organisationen, die dem ADGB angehörten, „dem Rufe folgten, dass mit

215 Die Mitgliedschaft sollte auch unter Ruth Fischer stagnieren: Ein Jahr später, im April 1925, zählte die Partei 122.755 Mitglieder. Die Zahlen nach Fowkes, Communism, S. 205. Annnelie Schalms Aussage ist somit zu überprüfen, wonach es Ruth Fischer gelungen sei, „nicht unerhebliche Teile jener Stimmungen und politischen Positionen der revolutionären Arbeiterbewegung wieder an die KPD zu binden, die Paul Levi auf dem Heidelberger Parteitag [1919] aus der Partei gedrängt hatte." Annelie Schalm (unter Mitarbeit von Michael Buckmiller), Ruth Fischer – eine Frau im Umbruch des internationalen Kommunismus 1920–1927, in: Michael Buckmiller/Klaus Meschkat (Hg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, S. 140. Sie räumt allerdings die Mitgliederverluste ein. Vgl. ebd., S. 142.

216 Fuhrer, Ernst Thälmann, S. 124.

217 Vgl. zur KPD-Gewerkschaftspolitik u. a. Flechtheim, KPD, S. 205–210, Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, weiter Freya Eisner, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik, Köln/Frankfurt 1977, Hermann Weber, Kommunisten und Gewerkschaften in Deutschland – zu einigen historischen Aspekten kommunistischer Gewerkschaftspolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 30 (1979), Nr. 8, S. 509–517, und Lore Heer-Kleinert, Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/New York 1983.

den Kommunisten alle linken Elemente in den Gewerkschaften gegen die sozialdemokratische Politik aufmarschierten."[218] Gegen eine allerdings starke Minderheit beschloss die Konferenz, wie von der RGI gewünscht, den Verbleib von Kommunisten in den Gewerkschaften.[219]

Doch die Führung um Ruth Fischer tolerierte die separatistischen Bestrebungen zunächst.[220] Ruth Fischer erklärte Anfang 1924 in einem gemeinsam mit Ernst Thälmann und Arthur König verfassten Schreiben, die Kommunisten müssten ihre Kämpfe um den Achtstundentag, um Lohnerhöhungen und um mehr Befugnisse für die Betriebsräte „auch ohne gefüllte Gewerkschaftskassen" führen können.[221] Doch konnte sich die Parteispitze der grundsätzlichen Position der Komintern und der RGI, die auf eine Arbeit in den bestehenden Gewerkschaften abzielte, nicht verschließen. Auf dem 5. Komintern-Kongress hatte Ruth Fischer deshalb, wie bereits erwähnt, vor Austrittstendenzen kommunistischer Gewerkschafter gewarnt.[222] Sie wiederholte diese Warnungen im Organ der Berliner KPD-Bezirksleitung.[223] „In der Gewerkschaft müssen wir die Arbeit mit aller

---

218 S. Losowsky, Die Gegenwart und die nächste Zukunft der Gewerkschaften und Betriebsräte in Deutschland, in: Die Rote Gewerkschaftsinternationale, 3 (1924), Nr. 1, S. 16.

219 Vgl. Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1923–24, Hamburg 1924, S. 585.

220 Dem Verfasser einer frühen sowjetischen Arbeit zum Thema ist auch im Nachhinein zu widersprechen, wenn er diese Tolerierung als „Sabotage" der Gewerkschaftsarbeit der Komintern verurteilte. V. S. Djakin, Kommunističeskaja partija Germanii i problemy edinnogo fronta v gody otnositel'noj stabilizacii kapitalizma 1924–1928 gg., Moskau/Leningrad 1961, S. 27. Richtig ist hingegen, dass Fischer und Maslow einer Spaltung der Gewerkschaften nicht entschieden genug entgegentraten; ein Merkmal linksradikaler KPD-Politik, woran noch Jahre später die KPO mit Bezug auf Fischer und Maslow erinnerte. Vgl. Gegen den Strom. Mitteilungsblatt der KPD(Opposition), Sonderbeilage Nr. 2 vom Januar 1929. Zu den Kritikern Fischers und Maslows gehörte August Enderle, der später ebenfalls zur KPO ging. Vgl. seine Wortmeldung in: Gegen den Strom vom 9. Februar 1929. Jacob Walcher erinnerte (ebd., 17. Juni 1929) an Sinowjews Skepsis gegenüber der Inaktivität Fischers und Maslows in der Gewerkschaftsfrage.

221 Ruth Fischer/Thälmann/König, Zur Gewerkschaftsfrage in Deutschland. Diskussionsartikel, in: Die Rote Gewerkschaftsinternationale, 3 (1924), Nr. 1, S. 24.

222 Vgl. Protokoll. Fünfter Kongress, Bd. 1, S. 191f., Bd. 2, S. 921f.

223 Dies gleich zweimal in einer Ausgabe. Vgl. Ruth Fischer, Die Berliner Organisation, der 5. Weltkongress und die „Gewerkschaftsfrage", sowie Dies., Hinein in die Gewerkschaften, beide in: Der Funke, Nr. 15 vom 23. August 1924. Sogar der Reichstagswahlkampf solle genutzt werden, um die „Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften zu verstärken." Ruth Fischer, Was sagen die „Berliner" zur Reichstagsauflösung? Ebd., Nr. 19 vom 14. November 1924. Dies bedeute aber, so Werner Scholem, keine „Kuhhandeleien" mit der SPD. Werner Scholem, Feinde ringsum, ebd., Nr. 16 vom 15. September 1924.

Kraft aufnehmen“, betonte sie auch vor KPD-Mitgliedern an Rhein und Ruhr, doch verkündete sie gleichzeitig, die Partei werde „Wache stehen gegen all diejenigen, die wirklich ein Bündnis mit der Sozialdemokratie vorschlagen.“[224]

Am 20. Oktober 1924 verpflichtete der Zentralausschuss der KPD die Parteimitglieder bindend zur Arbeit in den Gewerkschaften. „Kein Genosse kann nach dem 1. Februar 1925 mehr Mitglied der Partei bleiben, wenn er sich bis zu diesem Termin nicht gewerkschaftlich organisiert hat.“[225] Die Gegner dieses Beschlusses um Wilhelm Schumacher mussten die KPD verlassen.[226] Die KPD-Führung war sich darüber klar geworden, dass in möglichen Alternativorganisationen die Kommunisten unter sich bleiben würden.[227] Die Mitglieder der KPD-nahen Gewerkschaften kehrten umgehend in die Freien Gewerkschaften zurück.

Anfang 1925 bestand die Gewerkschaftsabteilung der Partei nur noch aus vier Personen.[228] Kurz zuvor musste Ruth Fischer schwere Verluste der Partei auf diesem Feld einräumen: „Zu den ersten Voraussetzungen für die Durchführung einer solchen [Klassen-]Politik gehört nicht nur die Anerkennung der Notwendigkeit der Gewerkschaftsarbeit, sondern ihre praktische Wiederaufnahme. Ohne Zweifel ist der Mangel an Arbeit innerhalb der Gewerkschaften der größte und folgenschwerste Mangel der Arbeit im jetzigen Moment. Gelingt es uns nicht, diesen Fehler bald schnell und gründlich zu reparieren, so werden wir die Aufgaben einer revolutionären Partei zwischen zwei Wellen der Revolution nicht lösen.“[229] Der 25. September 1925 war der Stichtag für die Auflösung der KPD-nahen Gewerkschaft Union der Hand- und Kopfarbeiter und die Überführung ihrer Mitglieder in die entsprechenden ADGB-Verbände. Doch war inzwischen in den Freien Gewerkschaften der Einfluss der Kommunisten geschrumpft. War die KPD auf dem ADGB-Kongress von 1922 noch mit 88 Delegierten vertreten, so waren es 1925 nur noch 3 Delegierte.[230]

---

224 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/2/4, Bl. 98: Rede Ruth Fischers auf der Rhein-Ruhr-Konferenz der KPD am 6. Oktober 1924.

225 So der Beschluss, abgedruckt in: RF vom 20. Oktober 1924.

226 Vgl. neben den genannten Arbeiten hierzu auch Fowkes, Communism, S. 122f.

227 Vgl. Eisner, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften, S. 173.

228 Dies waren Paul Merker, Wilhelm Koenen, August Enderle und Minna Reichert. Vgl. Hans-Joachim Fieber, Der Kampf um die Herausbildung des marxistisch-leninistischen Zentralkomitees der KPD in der Zeit vom Frühjahr 1925 bis zur Parteikonferenz der KPD am 31. Oktober, 1. November 1925, Diss., Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Berlin [DDR] 1968, S. 64. (im Folgenden: Fieber, Herausbildung).

229 Fischer, Zu diesen Wahlen, S. 676.

230 Vgl. Weber, Kommunisten und Gewerkschaften, S. 514.

Ruth Fischer war die erste Frau an der Spitze einer deutschen Massenpartei, doch trug die Frauenpolitik der KPD nur bedingt ihre Handschrift.[231] Auch dies unterschied sie prinzipiell von Clara Zetkin, die Zeit ihres Lebens auf die doppelte Ausbeutung der Frau in Haus und Familie wie auch (so sie einen hatte) im Beruf verwiesen und gegen die meist subalterne Stellung der Frau in der beruflichen Hierarchie angekämpft hatte.[232]

Der Anteil weiblicher Parteimitglieder betrug rund fünfzehn und überstieg nie siebzehn Prozent, unter den im Betrieb Organisierten waren bis zu sechs Prozent Frauen. Die Mehrzahl der Frauen waren Hausfrauen, Ehefrauen der männlichen Mitglieder.[233]

---

231 Vgl. Claudia von Gélieu, Vom Politikverbot ins Kanzleramt. Ein hürdenreicher Weg für Frauen, Berlin 2008, S. 129f.

232 Dabei betonte Gilbert Badia mit Recht, dass Clara Zetkin nie nur an die Klasse gedacht und die spezifischen Probleme der Frau nicht vernachlässigt habe. „Den wesentlichen sozialpsychologischen Aspekt leugnete sie nie." Im Unterschied zum bürgerlichen Feminismus hing jedoch für sie die Form weiblicher Existenz „weniger von ihrer Natur als vielmehr von ihrer Kultur ab. […] Nicht über die Frau ‚an sich' dachte sie nach, sondern über die lebenden und arbeitenden Frauen." Gilbert Badia, Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994, S. 66.

233 Diese Prozentzahl wurde 1929 erreicht. Vgl. Hans-Jürgen Arendt, Weibliche Mitglieder der KPD in der Weimarer Republik. Zahlenmäßige Stärke und soziale Stellung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 19 (1977), Nr. 4, S. 654, 658, und Akira Saito, Die Geschlechterpolitik in der KPD. Zum Verhältnis von der Politisierung der proletarischen Frauenbewegung und der kommunistischen Bewegung, in: Bulletin of the Universities and Institutes, 72 (2004), Nr. 2/3, S. 20 (auch im Internet). Dieser Prozentsatz war jedoch, anders als Arendt und Saito schreiben, nicht der höchste unter den europäischen Parteien: Die höchste Anzahl von weiblichen Parteimitgliedern wurde mit 20 % von der KP der Tschechoslowakei und der KP Norwegens (19,7 %) erreicht. Vgl. Bernhard H. Bayerlein, Zwischen Internationale und Gulag. Präliminarien zur Geschichte der internationalen kommunistischen Frauenbewegung (1919–1945). Teil 1, in: International Newsletter of Communist Studies Online, 12 (2006), Nr. 19, S. 36. Im Führungskorps der KPD standen zwischen 1918 und 1933 nur 129 Frauen 1.273 Männern gegenüber. Vgl. Doris Danzer, Zwischen Vertrauen und Verrat. Deutschsprachige kommunistische Intellektuelle und ihre sozialen Beziehungen (1918–1960), Göttingen 2012, S. 91. Im Jugendverband der KPD waren 1928 (Zahlen für frühere Jahre liegen nicht vor) 29 Prozent weibliche Mitglieder. Vgl. Barbara Köster, „Die junge Garde des Proletariats". Untersuchungen zum Kommunistischen Jugendverband Deutschlands in der Weimarer Republik, Diss., Bielefeld 2005, S. 149 (auch im Internet). Vgl. weiterhin Gruppe Magma (Hg.). „… denn Angriff ist die beste Verteidigung." Die KPD zwischen Revolution und Faschismus, Bonn 2001, S. 231–233. Zur Problematik allgemein vgl. Brian L. Peterson, The Politics of Working-Class Women in the Weimar Republic, in: Central European History, 10 (1977), Nr. 2, S. 87–111, und umfassend Karen Hagemann, Frauenalltag und Männerpo-

Ruth Fischer nahm von Anfang gegen den „Hausfrauenstand" Stellung, der ihrer Meinung nach dem Klassenbewusstsein abträglich war. Proletarierfrauen hätten das Recht auf eine „Doppelexistenz" als Frau und als Berufstätige. „Wer gegen die ‚Doppelexistenz' kämpft", schrieb sie schon 1921, „der kämpft *für* das ‚christliche' Familienideal der Bourgeoisie, der Mann im feindlichen Leben, die züchtige Hausfrau am Kochtopf und die Kinder um sie herum."[234] Die KPD ließ keine Gelegenheit aus, die SPD wegen ihres Eintretens für die Mutterschutzgesetzgebung zu verspotten.[235]

Dabei sei, so Ruth Fischer, Frauenarbeit nicht als von der allgemeinen Parteiarbeit abgesondert zu begreifen. „Die Arbeit unter den Frauen ist für uns nur ein bestimmter Teil der Parteiarbeit überhaupt. Je mehr es uns gelingt, die Frauen an die allgemeine Parteiarbeit zu binden und sie zu vollwertigen Partei-Mitgliedern zu erziehen, desto mehr können wir auf besondere Frauenkurse verzichten. Das gilt natürlich immer nur für die in der Partei selbst organisierten und geschulten Genossinnen. Die große Mehrheit der indifferenten Proletarierinnen wird noch lange Zeit einer besonderen Erfassung und Behandlung bedürfen."[236] Dies gelte umso mehr, als in den Streikkämpfen die Unterstützung der Arbeiter durch ihre Frauen unerlässlich sei.[237]

Ruth Fischer selbst hatte bald nach ihrer Ankunft in Deutschland Frauenkurse mit eingerichtet, in denen unter anderem die „Grundzüge des Spartakusprogramms" erläutert wurden.[238] Nun verärgerte sie mit der Herabstufung eben jener Frauenkurse Aktivistinnen wie Clara Zetkin und Bertha Braunthal, die in diese Art der frauenspezifischen politischen Bildungsarbeit viel an Zeit und Energie investiert hatten.[239]

---

litik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik, Bonn 1990.

234 Ruth Fischer, Die „Doppelexistenz", in: Die Kommunistin vom 25. Februar 1921. Hervorhebung im Original.

235 Vgl. David Crew, A Social Republic? Social Democrats, Communists, and the Weimar Welfare State, 1919 to 1933, in: David E. Barclay/Eric D. Weitz (Hg.), German Socialism and Communism from 1840 to 1990, New York/Oxford 1998, S. 233. Eric D. Weitz (Creating German Communism, 1890–1990. From Popular Protests to Socialist State, Princeton 1997, S. 188) bringt Beispiele für das Männlichkeitsbild der KPD.

236 Ruth Fischer, Noch einmal die Doppelexistenz, ebd., 10. Juni 1921.

237 Ruth Fischer, Geht das Sachverständigengutachten die Frauen an?, ebd., 25. Juni 1924.

238 Ruth Fischer, Frauenkursus Groß-Berlin, in: RF vom 24. Oktober 1920. Vgl. auch Dies., Der Frauentag in Berlin-Brandenburg, in: Die Kommunistin vom 1. April 1922 sowie den ungezeichneten Bericht: Aus der Organisation Berlin-Brandenburg, ebd., 15. Juni 1922.

239 Vgl. Silvia Kontos, Die Partei kämpft wie ein Mann. Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik, Basel/Frankfurt 1979, S. 56. Die Gründung des Roten Frauen- und Mäd-

Ruth Fischer reagierte umgehend: Anstatt Bertha Braunthals wurde auf dem Frankfurter KPD-Parteitag Erna Halbe, die damals zu den Ultralinken gehörte, zur Leiterin des Frauensekretariats ernannt. „Die KPD ist keine bürgerliche und keine demokratische Partei“, stellte diese ihre Linie klar. „Darum haben unsere Vertreterinnen auch hier nicht darüber zu beraten, wie wir vom Wohlfahrtsstaat ein Paar Strümpfe oder Schuhe mehr bekommen, sondern darüber, welches die besten Methoden der Revolutionierung der deutschen Arbeiterinnen sind.“[240] Als eine der Methoden mahnte Ruth Fischer die Verlagerung der Frauenagitation, entsprechend der Gesamtorientierung der Partei, in die Betriebe an.[241] Es muss kaum hinzugefügt werden, dass auch in der Frauenpolitik der KPD die schärfste Konfrontation mit der SPD gesucht wurde. Diese, so wurde behauptet, erinnere sich der Frauen nur anlässlich von Wahlen und pflege im Übrigen ein Frauenbild, das von dem des Bürgertums kaum zu unterscheiden sei.[242]

Ein interessantes Detail steuerte Henriette Kilian (Mutter der Schauspielerin und späteren letzten Brecht-Geliebten Isot Kilian) bei. Als Ruth Fischer 1925 als Zeugin im Prozess gegen Maslow vor das Reichsgericht nach Leipzig vorgeladen wurde, habe sie die junge KPD-Genossin, die zur Berichtserstattung dorthin entsandt worden war, mit den Worten empfangen: „‚Es ist unerhört, für den Prozessbericht eine so junge Genossin zu schicken!‘ (30 Jahre!) ‚Nun‘, sagte ich, ‚ich hoffte, du würdest dich freuen, wenn junge Frauen sich entwickeln. Die Anweisung habe ich mir ja nicht selbst gegeben.‘ Ihre Bemühungen, mich zurückrufen zu lassen, scheiterten.“[243]

Es fällt auf, dass sich Ruth Fischer nie grundsätzlich zu Agrarproblemen äußerte, sondern dies stets dem dafür zuständigen Edwin Hoernle überließ, obgleich dieser keineswegs zu ihren Anhängern zählte.[244] Sie gab damit wichtige Positionen preis, denn die KPD hatte bereits im März 1919 ein Agrarprogramm verabschie-

chenbundes, die am 25. November 1925 in Berlin erfolgte, war zwar noch unter der Parteiführung Ruth Fischers vorbereitet worden. Mit der Organisation selbst hatte diese aber nichts mehr zu tun.

240 RF vom 11. Mai 1924. Vier Jahre später schloss sich Erna Halbe allerdings den „Brandleristen“ und dann der KPO an. Vgl. zu ihrer Biographie Theodor Bergmann, Gegen den Strom. Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition, 2. Aufl., Hamburg 2001, S. 455f.

241 Vgl. E. E. [Elfriede Eisler, d. i. Ruth Fischer], Zur Werbearbeit unter den Arbeiterinnen, in: Der Parteiarbeiter. Mitteilungsblatt für Funktionäre, 2 (1924), Nr. 10/11, S. 149f.; Dies., Zur Arbeit unter den Frauen in den Betrieben, ebd., Nr. 19/20, S. 205.

242 Vgl. Kontos, Die Partei kämpft wie ein Mann, S. 129f.

243 SAPMO-BArch, SgY 30/1406, Bl. 40: Bestand Erinnerungen, Kilian, Henriette (Liddy).

244 Hoernle, von ausgleichender Natur, gehörte zur Mittelgruppe der Partei.

det, was die SPD erst 1927 tat.[245] Auch die im Oktober 1923 in Weimar gegründete, offiziell überparteiliche Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Landwirte, Pächter und Siedler stieß nicht auf Ruth Fischers Interesse.[246] Der als Landwirt bei Luckenwalde tätige KPD-Genosse Georg Kessler schrieb, Ruth Fischer habe die Abteilung Landwirtschaft der KPD als „Abteilung Mist" bezeichnet. Sie „begriff nicht, dass man damals auf den Gütern keine KPD-Gruppen bilden konnte; die Gutsbesitzer hätten die – nicht zahlreichen – Mitglieder sofort auf die Straße gesetzt."[247]

Im Reichstag prangerte Ruth Fischer den Militarismus der Rechten an, doch überließ sie publizistische Beiträge zur Antikriegspolitik anderen: Ernst Schneller, eine kurze Zeit ihr Parteigänger, doch alsbald Gegner, profilierte sich als militärpolitischer Experte der KPD, die 1924/25 in mehreren Beiträgen der *Roten Fahne* besonders auf die Gefahr eines neuen Giftgaskrieges hinwies.[248]

Den Jahreswechsel 1924/25 wollte Ruth Fischer in ihrer Heimatstadt Wien verbringen. Wie erwähnt, war sie eines Haftbefehls wegen kurz nach der Auflösung des Reichstages nach Prag gegangen.[249] Am 29. Dezember reiste sie von dort zusammen mit Heinz Neumann, dessen gegen Maslow gerichtete Broschüre noch nicht erschienen war, nach Wien. Sie stieg im Hotel Dianabad ab und wies sich mit falschen Papieren auf den Namen Helene Stein aus.[250] Das Hotel war als

245 Vgl. Gerhild Schwendler, Die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands gegenüber den werktätigen Bauern während der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus – dargestellt an Ereignissen im Osterzgebirge, Bd. 2, Diss., Karl-Marx-Universität Leipzig 1964, Bd. 2, S. 52.

246 Vgl. ebd., Bd. 1, S. 61f. Erst im Oktober 1925, nach der faktischen Entmachtung Ruth Fischers, konstituierte sich die bisher vernachlässigte Arbeitsgemeinschaft zum Reichsbund der Kleinbauern, aus der im Februar 1927 der Reichsbauernbund hervorging. Vgl. ebd., S. 64.

247 SAPMO-BArch, SgY 30/0451, Bl. 48f.: Bestand Erinnerungen, Kessler, Georg. Zwischen ihm und dem Verfasser dieser Arbeit besteht kein Verwandtschaftsverhältnis.

248 Vgl. Der chemische Krieg, in: RF vom 23. November 1924, sowie die mit den Pseudonymen „Rolf" und „Bernhard" gezeichneten Beiträge ebd. vom 10. Mai und 6. September 1925. Vgl. auch Detlev Nordmann, Der Kampf der KPD gegen die Gefahr eines erneuten Giftgaskrieges, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 31 (1989), Nr. 4, S. 484f.

249 Sie reiste jedoch nicht als Privatperson nach Wien, sondern wollte mithelfen, die Bolschewisierung in der KP Österreichs durchzusetzen. Vgl. Lucien Laurat, Le parti communiste autrichien, in: Jacques Freymond (Hg.), Contributions a l'histoire du Comintern, Genève 1965, S. 91.

250 Eine Schlüsselfunktion bei der Bolschewisierung der KP Österreichs unter Anleitung der deutschen Genossen spielte Werner Hirsch, der im September 1924 von Berlin zeitweilig nach Wien übergesiedelt war und dort als Chefredakteur die österreichische *Rote Fahne*

Treffpunkt ausländischer Kommunisten bekannt.[251] Am 2. Januar 1925 besuchte sie die polizeilich überwachte sowjetische Gesandtschaft in der Reisnerstraße. Beim Verlassen des Gebäudes wurde sie kontrolliert, dabei wurde festgestellt, dass ihr Pass gefälscht war. Im Schnellverfahren wurde sie zu einer Geldstrafe verurteilt und als Ausländerin nach Deutschland abgeschoben. Zudem wurde sie auf Lebenszeit aus Österreich ausgewiesen.[252]

Wieder in Berlin, setzte sie im Januar 1925 in der KPD-Zentrale die „Thesen zur politischen Lage und zu den Aufgaben der KPD" auf die Tagesordnung und stellte diese unter die Überschrift „Die KPD – die einzige Arbeiterpartei in Deutschland." Deutschland befinde sich in einer „Dauerkrise", hieß es darin, die in der „Zangengeburt" der bürgerlichen Koalitionsregierung unter Reichskanzler Hans Luther ihren Ausdruck gefunden habe. Dies sei ein erneuter „Beweis für den Zustand der Unsicherheit und der Schwäche der deutschen Bourgeoisie, die schwankt zwischen einer unverhüllten Ausbeuterpolitik, die ihr allein einen Profitanteil an der Kolonisierung garantiert und der Maskierung dieser Ausbeuterpolitik durch das sozialdemokratische Feigenblatt."[253] Ruth Fischer legte nach: Die „verbürgerlichte SPD" sei „korrupt und verseucht", doch „ein Koloss auf tönernen Füßen" und zu „wirklicher Arbeiterpolitik" völlig unfähig.[254] Eine Arbeiterpolitik sei nur „ohne Anlehnung an die SPD" denkbar.[255] Alles andere seien faule Kompromisse „im Sinne des Brandlerismus", aber keine kommunistische Politik.[256] Die deutsche Arbeiterklasse werde sich nur gegen den Kapitalismus wehren können,

leitete. Vgl. ebd., S. 92, Montagnon, Ruth Fischer, S. 82f., und Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 315.

251 Zur fortdauernden Rolle von Wien als Treffpunkt von Kommunisten aus Ost- und Ostmitteleuropa vgl. Verena Moritz/Hannes Leidinger, Wien als Standort der Kommunistischen Internationale bis Mitte der Zwanzigerjahre, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 12 (2004), S. 32–63.

252 Vgl. Polizei-Archiv Wien, Bundespolizeidirektion Wien, Dr.-Schober-Archiv, Schachtel 27/2: Berichts-Abschriften der Polizei-Direktion vom 22. April 1925. Vgl. auch den Bericht in der Wiener *Arbeiterzeitung* vom 4. Januar 1925.

253 Die KPD – die einzige Arbeiterpartei in Dawes-Deutschland. Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der KPD. Einstimmig angenommen auf der Tagung des Zentral-Ausschusses am 10./11. Januar 1925. Ergänzungsheft der „Internationale", Berlin 1925, S. 8.

254 Ruth Fischer, Rot Front!, in: RF vom 10. März 1925.

255 Ruth Fischer, Beschlüsse sind eine gute Sache – aber durchführen ist die Hauptsache, in: Der Funke, Nr. 2 vom 20. Januar 1925.

256 Ruth Fischer, Zum Berliner Bezirksparteitag, ebd., Nr. 10 vom 22. Mai 1925.

„wenn sie endlich sich von der SPD vollkommen befreit", schrieb auch Maslow aus der Haft.[257]

Damit gingen Ruth Fischer und die KPD einen Schritt weiter in die falsche Richtung: Der SPD wurde das Prädikat einer Arbeiterpartei abgesprochen; sie sei ganz im reaktionär-bürgerlichen Lager gelandet. Noch hatte sich zwar nicht der unheilvolle Begriff des „Sozialfaschismus" durchgesetzt, wenngleich Stalin wie Sinowjew und Ruth Fischer einmal mehr von den Sozialdemokraten als dem „gemäßigte[n] Flügel des Faschismus" sprachen und meinten, Faschismus und Sozialdemokratie seien „keine Antipoden, sondern Zwillingsbrüder."[258]

Ein neuer Ton war dennoch nicht zu überhören: Die KPD sprach nicht mehr von einer revolutionären Situation. Vielmehr befinde sich Deutschland in einer Phase zwischen zwei revolutionären Krisen.[259] Doch wurden daraus keine neuen politischen Schlüsse gezogen. Vielmehr setzte die Partei einmal mehr auf die „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates" und die Errichtung der Diktatur der Arbeiter- und Bauernräte." Die Bolschewisierung der KPD sei die „notwendige Voraussetzung für die Durchführung all dieser Aufgaben." Mit ungewöhnlicher Schärfe wurde der „Trotzkismus" als der Lehre Lenins entgegenstehend, Trotzki selbst aber noch als „Genosse" bezeichnet.[260]

Stalin hingegen, der ein Interview mit dem (noch der KPD angehörenden) Journalisten Wilhelm Herzog zur Propagierung seiner Ansichten genutzt hatte, galt mehr denn je als Garant der Bolschewisierung.[261] Er riet Maslow, sich in der Auseinandersetzung mit parteiinternen Opponenten zu mäßigen; eine Politik „des Hinausjagens aller andersdenkenden Genossen" gereiche der Partei nur zum Schaden.[262]

Es fiel auch in der Komintern-Zentrale allmählich auf, dass die KPD-Politik sich fast nur noch um sich selbst drehte und sich in immer gleichen Formeln die Lage schönredete. Am 21. März 1925 trat in Moskau das EKKI zu seiner 5. Tagung zusammen.[263] Diese verabschiedete die Thesen „Über die Bolschewisierung

257 A. M., Was wird das Jahr 1925 bringen?, ebd., Nr. vom 1. Januar 1925.

258 J. W. Stalin, Zur internationalen Lage, in: Werke, Bd. 6, S. 253.

259 Vgl. Peter Haferstroh, Von der Nachkriegskrise zur Stabilisierung des Kapitalismus. Imperialismustheorie und -analyse von KPD und KI von 1921/22 bis 1926/27, Dissertation B, Karl-Marx-Universität, Leipzig 1989.

260 Die KPD – die einzige Arbeiterpartei, S. 29f.

261 Das Interview ist abgedruckt in: J. W. Stalin, Werke, Bd. 7, S. 34f.

262 J. W. Stalin, Brief an den Genossen Me-rt, ebd., S. 36f.; vollständig abgedruckt mit dem Hinweis auf den Adressaten in: Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 351.

263 Dem unmittelbar vorausgegangen war eine „Org.-Konferenz" der kommunistischen Parteien, an der für die KPD Clara Zetkin und Ruth Fischer teilnahmen. Vgl. Frank, Geschichte der Kommunistischen Internationale, Bd. 1, S. 347.

der Komintern“, die, neben dem bereits Gesagten, vor einer Kapitaloffensive gegen die Werktätigen warnten.[264]

Das Wort von der Kapitaloffensive zeigte, dass die Tagung eine Konsolidierung der kapitalistischen Wirtschaft und damit eine Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital zur Kenntnis nahm. Diese Verschiebung war auch in Deutschland nicht zu übersehen. Die Arbeitslosigkeit ging zurück, wenngleich Kommunisten nach wie vor meist als erste entlassen wurden.[265] Die Löhne stiegen, wenn auch zunächst eher nominal denn real, dennoch trat eine gewisse Normalisierung, zumindest ein „Schein der Normalität“ zutage.[266] Die Menschen waren der konvulsivischen Zuckungen des politischen Lebens schlicht müde. Sie genossen vielmehr jede kleine, indes spürbare Beruhigung und Verbesserung ihrer Lage.

Auch Ruth Fischer musste der veränderten Wirklichkeit einer relativen Stabilisierung des deutschen Kapitalismus Rechnung tragen und sich fragen, ob ihre ganz auf Aufpeitschung der Massen gerichtete Rhetorik noch zeitgemäß war. „Wir haben jahrelang die Hoffnung gehabt“, sagte sie auf der EKKI-Tagung, „dass morgen oder übermorgen ein Sieg möglich sein wird. Seit 1918, am stärksten im Oktober 1923, war diese Auffassung in der Partei vorhanden, sie hat nach dem Oktober 1923 einer furchtbaren Depression in den breiten Schichten der Partei Platz gemacht. Genossen, nicht der schlechteste Teil der Partei klammerte sich an die Hoffnung, dass in den nächsten Monaten eine neue Situation kommen würde, in der man alles einholen, in der man alle Fehler korrigieren könne. Erst sehr schwer und sehr langsam hat die Partei begriffen, dass der Oktober 1923 nicht rasch korrigiert werden kann, sondern dass eine große neue Arbeit vor ihr liegt, und die Partei hat sehr schwer begriffen, dass sie sich vollständig auf den Boden der Tatsachen stellen muss.“[267]

---

264 Vgl. Über die Bolschewisierung der Komintern. Thesen (Ergänzungsheft Nr. 2 der „Internationale“), Berlin 1925, auszugsweise auch in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, S. 406–410.

265 Vgl. St. Stefan, Die opportunistischen Gefahren der Gegenwart und die Mittelgruppe, in: Die Internationale, 7 (1924), Nr. 2/3, S. 71. Zu den Arbeitslosenzahlen für die Jahre 1924–1929 vgl. Longerich, Deutschland 1918–1933, S. 171. Die Zahl sank nach der Überwindung der Krise von 1923 von 1,904 Millionen im Januar 1924 auf 670.000 im Oktober des gleichen Jahres ab.

266 Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Bonn 1985, vgl. hierzu bes. S. 46ff. Zur Lohnentwicklung der Jahre 1924–1928 vgl. Longerich, Deutschland 1918–1933, S. 162f. Hinzu kam eine spürbare Steigerung der betrieblichen Sozialleistungen. Vgl. ebd., S. 166.

267 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 21. März bis 6. April 1925, Hamburg 1925, S. 63.

Wenn dem so war – war dann nicht die Zeit des Abschieds von allen ultralinken Illusionen gekommen? Sehr rasch sollte sich zeigen, dass die Partei auf eine neue Zerreißprobe zusteuerte. Den Anlass dafür gab der Tod von Reichspräsident Friedrich Ebert. Der Wahlkampf um seine Nachfolge wurde zum Thema auch in Moskau, wo das EKKI über die nächsten Aufgaben der Kommunisten in Deutschland nachsann – und über eine neue Führungsspitze der KPD.

Ruth Fischers Sturz

Am 28. Februar 1925 war Reichspräsident Ebert gestorben – streng medizinisch gesehen nach einer verschleppten Blinddarmoperation, de facto aber war er buchstäblich zur Strecke gebracht worden von eben jenen Rechtskräften, deren Hilfe er 1918 gesucht hatte, um die Novemberrevolution zu ersticken. Jahrelang als „Vaterlandsverräter" geschmäht, hatte er, um einen Beleidigungsprozess gegen eine rechtsradikale Zeitung zu führen, den notwendigen ärztlichen Eingriff hinausgeschoben, bis es zu spät war.

Für die anstehenden Reichspräsidentenwahlen hatte die KPD auf Anraten Wilhelm Piecks zunächst die Aufstellung Clara Zetkins als Kandidatin erwogen, sich dann aber für Ernst Thälmann entschieden. Ruth Fischers Votum gegen Clara Zetkin als angebliche „Rechte" gab wohl den Ausschlag.[268] Thälmann erreichte nach einer durchaus gut geführten Kampagne bei der Wahl am 29. März 1.869.000 Stimmen, rund 6,4 Prozent.[269] Dies war jedoch nur der viertbeste Wert nach dem von einem bürgerlichen Wahlbündnis getragenen Oberbürgermeister von Duisburg und früheren Reichsinnenminister Karl Jarres, nach Otto Braun, dem SPD-Kandidaten und preußischen Ministerpräsidenten, sowie nach dem Zentrumspolitiker und ehemaligen Reichskanzler Wilhelm Marx. Für die KPD war es gegenüber der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 ein weiterer Stimmenverlust.

Im zweiten Wahlgang einigten sich die Rechtsparteien auf Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, die Galionsfigur der Monarchisten, als Kandidaten. Die SPD unterstützte angesichts der neuen Konstellation den Zentrumskandidaten Marx, die KPD lehnte es jedoch ab, einem bürgerlichen Kandidaten zur Präsidentschaft zu verhelfen.

Diese Weigerung der KPD, einen Kandidaten zu unterstützen, der zumindest den Spielraum des Rechtsblocks einengen könnte, stieß jedoch in Moskau auf

268 Vgl. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 509.
269 Vgl. zur Wahlkampagne Czichon/Marohn, Thälmann, Bd. 1, S. 189–191.

unerwartete Kritik.[270] Vor dem EKKI-Plenum sagte Sinowjew am 4. April, es sei nicht gleichgültig, ob die Republik in Deutschland erhalten bleibe oder die Monarchie siege.[271]

Das EKKI empfahl der KPD, den Führungen von SPD und ADGB das Angebot zu unterbreiten, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Damit solle die Wahl eines Militaristen oder Monarchisten verhindert werden. Sei keine Einigung über einen gemeinsamen Kandidaten möglich, solle die KPD, riet Sinowjew, den von der SPD favorisierten Kandidaten wohl oder übel unterstützen. Ruth Fischer stimmte dem nunmehr unter Vorbehalt zu, glaubte aber, eine solche Änderung der Taktik würden die kommunistischen Wähler nur schwer verstehen. Iwan Katz war gegen jede Unterstützung eines nichtkommunistischen Kandidaten und brachte damit eine in der KPD durchaus verbreitete Meinung zum Ausdruck. Erfolge diese Unterstützung dennoch, würde die Partei möglicherweise auseinanderfallen. Auch Thälmann sprach sich gegen die Unterstützung eines anderen, nichtkommunistischen Kandidaten aus. Er wollte im zweiten Wahlgang wiederum selbst kandidieren.[272]

Nunmehr zeigten sich innerhalb der Parteiführung schwerwiegende Differenzen, denn auch Arthur Rosenberg und Werner Scholem wandten sich gegen Sinowjew und Ruth Fischer. Sie wiesen die Empfehlung Sinowjews und Ruth Fischers zögernde Zustimmung rundweg zurück, ohne darauf zu achten, dass ein solcher Widerspruch in der „bolschewisierten" Partei bereits Anathema war. Für Rosenberg und Scholem schien die Wahl zwischen Paul von Hindenburg und Wilhelm Marx nur wie die Wahl zwischen Pest und Cholera. In ihrer gemeinsamen Erklärung vom 15. April 1925 hielten Rosenberg und Scholem „am alten Standpunkt der Linken" fest. Die KPD dürfe „niemals anknüpfen an die parlamentarisch-demokratischen Illusionen der Massen." Es sei „unzulässig und opportunistisch, im gegenwärtigen Stadium Einheitsfronttaktik von oben mit dem schwarz-rot-goldenen Block treiben zu wollen", denn dieser sei, so ihre Selbsttäuschung, „überhaupt kein realer Faktor der jetzigen deutschen Politik", sondern „nur ein Schwindelmanöver gewisser SPD-Journalisten."[273] Die KPD sah die SPD

270 Auch die DDR-Historiographie kritisierte diese Weigerung, so Fieber, Herausbildung, S. 60f.

271 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, S. 331.

272 Vgl. die Materialien in: Die monarchistische Gefahr und die Taktik der KPD, Berlin 1925.

273 Die Erklärung befindet sich in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/65, Bl. 1–4, und ist abgedruckt in: Keßler, Arthur Rosenberg, S. 259–261.

als lediglich eine bürgerliche Partei unter anderen, die sich auf die in reformistischen Illusionen befangenen Teile der Arbeiterschaft stütze.[274]

Die KPD-Führung lehnte schließlich die Empfehlung des EKKI ab. „Es ist nicht Aufgabe des Proletariats, den geschicktesten Vertreter der Bourgeoisieinteressen auszusuchen, zwischen dem Zivildiktator Marx und dem Militärdiktator Hindenburg das kleinere Übel zu wählen", hieß es im Wahlaufruf der Parteizentrale vom 11. April.[275] Die SPD zog ihren Kandidaten Braun zurück und rief ihre Anhänger zur Wahl von Wilhelm Marx auf.

Im zweiten Wahlgang wurde Hindenburg am 26. April zum Reichspräsidenten gewählt. Die knapp zwei Millionen Stimmen, die Thälmann als KPD-Kandidat erhielt, fehlten dem unterlegenen Wilhelm Marx als Kandidaten der „Weimarer Koalition" aus SPD, Deutscher Demokratischer Partei, Zentrum und Volkspartei.[276]

Sinowjew konnte dieser Wahlausgang nicht gelegen sein, und entsprechend reagierte das EKKI. „Die monarchistische Gefahr ist in Deutschland vorhanden", hieß es im EKKI-Aufruf vom 27. April. „Die Arbeiter und die Kommunisten müssen dies klar sehen. Die Kommunisten können nicht auf dem Standpunkte stehen, dass es für uns gleichgültig ist, ob Monarchie oder bürgerliche Republik. Die Kommunisten bleiben nicht gleichgültig gegenüber dieser Frage, sondern stellen sich an die Spitze des wirklichen Kampfes gegen die Gefahr der Monarchie."[277] Auch das EKKI und vor allem der Deutschlandkenner Sinowjew konnten nicht übersehen, dass Hindenburgs Amtseinführung in den Straßen von Berlin nicht vom Schwarz-Rot-Gold der Republik, sondern von den schwarz-weiß-roten Fahnen der Monarchisten und Reaktionäre aller Art begleitet war. Sarkastisch schrieb das linksbürgerliche *Tagebuch*, die Kommunisten hätten „sich im Reichstag bei der Vereidigung Hindenburgs verhältnismäßig artig aufgeführt." Es sei wohl ein „Wink aus Moskau" gewesen, der „Ruth Fischer und das andere Fischervolk gebändigt hat."[278]

„Hindenburg von Thälmanns Gnaden" lautete die Schlagzeile der SPD-Presse.[279] Ruth Fischer wies dies in der *Roten Fahne* zurück.[280] Doch wurden die

274 Vgl. Fieber, Herausbildung, S. 62.

275 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VIII, Berlin [DDR] 1975, S. 132f.

276 Nicht nur die KPD-Stimmen fehlten Marx: Auch die Bayerische Volkspartei hatte, ungleich ihrer „Schwester", der Zentrumspartei, Hindenburg unterstützt.

277 Der Aufruf ist abgedruckt in: Inprekorr vom 2. Mai 1925, S. 494.

278 Tagebuch der Zeit, in: Das Tagebuch, 6 (1925), Nr. 20, S. 700.

279 Hindenburg von Thälmanns Gnaden, in: Vorwärts vom 27. April 1925.

280 Ruth Fischer, Eberts Nachfolger heißt Hindenburg, in: RF vom 28. April 1925.

Sozialdemokraten in derselben Ausgabe des KPD-Zentralorgans durch einen „Offenen Brief“ überrascht. Unter Federführung von Ruth Fischer richtete die KPD-Zentrale ein Angebot an die Spitzen von SPD und ADGB zur Zusammenarbeit. „Vorwärts zur Bildung der Roten Front, gegen Monarchie und schwerindustrielle Diktatur“, hieß es in dem Schreiben, das ansatzweise den Weg für eine Einheitsfront „von oben“ wies, einer Kooperation der wichtigsten Arbeiterorganisationen Chancen eröffnete.[281]

Sogar von einem „Volksblock“ war mit einem Mal die Rede, einem Bündnis, in dem KPD, SPD und der Arbeiterflügel der Zentrumspartei die Republik gegen die nationalistische Rechte verteidigen würden. „Die Partei konnte einfach nicht fortfahren, die immer schaler werdende revolutionäre Phraseologie zu wiederholen“, schrieb Ruth Fischer Jahrzehnte später.[282]

Darüber kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen in den leitenden Gremien. Auf einer Reichsberatung, einer rasch einberufenen Tagung führender KPD-Mitglieder und Bezirkssekretäre, kritisierten Rosenberg, Scholem und Katz am 3. Mai den „Offenen Brief“. Sie behaupteten, die Führungsmehrheit spiele die Gefahr der monarchistischen Restauration hoch, um dadurch einen Vorwand für ihre Annäherung an die SPD und die bürgerlichen Parteien zu finden. „Eine Weiterentwicklung im rein dynastischen Sinne, die Wiedereinsetzung eines legitimen Kaisers, ist an sich möglich, aber der Unterschied zwischen Hindenburg und einem Wilhelm III. ist nur ein technischer, bringt aber keine Verschiebung der realen Lage“, hieß es. Der Unterschied zwischen parlamentarischer Republik und Monarchie, den das EKKI und jetzt auch die KPD-Führung betonten, sei indes mittlerweile belanglos: „Wenn man leugnet, dass heute die Monarchisten bereits in Deutschland regieren, so trennt man den deutschen Monarchismus von dem politischen und wirtschaftlichen Machtapparat der Bourgeoisie.“[283]

Die Mehrheit der Versammelten wies die Kritik jedoch zurück. Es gelang Ruth Fischer, die meisten ihrer bisherigen Anhänger, unter ihnen Paul Schlecht, Ottomar Geschke und Ernst Schneller, aber auch die noch dazu zählende „Arbeitergruppe“ um Ernst Thälmann und Arthur König wie auch die Mittelgruppe hinter sich zu bringen.[284]

281 Offener Brief an die Führungen von SPD und ADGB, ebd.

282 Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 507.

283 Die Resolution Katz-Rosenberg-Scholem vom 3. Mai 1925 befindet sich in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/65, Bl. 5–8 (KPD, Polbüro).

284 Diese Zusammenarbeit Ruth Fischers mit Ernst Thälmann wurde in der sowjetischen und DDR-Literatur ebenso wie ihre Differenzen mit Rosenberg, Scholem und Katz stets herunter gespielt. Vgl. V. S. Djakin, Kommunističeskaja partija Germanii, S. 44, und zahlreiche andere Arbeiten.

Am 9. und 10. Mai trat der KPD-Zentralausschuss in Berlin zusammen, um die EKKI-Tagung auszuwerten. Unter Federführung Ruth Fischers wurde eine Resolution verabschiedet, die endlich differenzierter als bisher die Veränderung der Lage wie auch Kräfteverschiebungen innerhalb des deutschen Kapitalismus zur Kenntnis nahm. Die Wahl Hindenburgs wurde als Ausdruck der ökonomischen und politischen Stabilisierung des Kapitalismus und des Willens der deutschen Großbourgeoisie beurteilt, mit Hilfe des Dawes-Plans eine schnelle wirtschaftliche Erstarkung zu erreichen. Dies solle unter Abwälzung der Reparationslasten auf die Schultern der Werktätigen geschehen. Dabei zeichne sich aber ein Machtkampf zwischen verschiedenen Fraktionen des Kapitals ab. Der schwerindustrielle Flügel strebe nach Abbau der Demokratie und Wiederaufrüstung, während dem Bankkapital am Funktionieren der bürgerlichen Demokratie gelegen sei. Hindenburgs Wahl und die Politik der Luther-Regierung zeige jedoch, dass sich die erstgenannte Richtung vorerst durchgesetzt habe. Die Auffassungen von Rosenberg, Scholem und Katz, wonach die bürgerliche Republik von der Monarchie oder einer Rechtsdiktatur im Grunde nicht zu unterscheiden sei, wurde nun zurückgewiesen.[285]

Auch das EKKI wies diese Position rundweg ab. In einer Resolution vom 12. Juni hieß es: „Die Art, wie die Gruppe Katz, Scholem und Rosenberg die Frage stellt, reduziert sich auf die Behauptung, dass es den Kommunisten gleichgültig sei, ob Monarchie oder bürgerliche Republik, und auf die praktische Ablehnung des Manövrierens in der gegebenen Situation. Dieser Standpunkt hat mit Bolschewismus nichts gemein."[286] Rosenberg und Scholem erwiderten noch am gleichen Tag, ihre Position abschwächend, ihnen sei die Frage, ob Monarchie oder Republik, keineswegs gleichgültig. Meinungsverschiedenheiten bestünden indes hinsichtlich der Frage, „*auf welche Weise* man am besten die monarchistische Gefahr bekämpft und auf welche Weise die Komm[unistische] Partei in der gegebenen Situation manövrieren soll."[287]

Eine Gegenerklärung des Polbüros hielt fest, niemand in der KPD-Führung leugne die Herrschaft von Vertretern des Monarchismus. Dies sei aber nicht, wie

285 Die Resolution ist zusammengefasst wiedergegeben von Hans-Joachim Fieber, Die Bedeutung der Zentralausschusstagung der KPD vom 9. und 10. Mai 1925 für die Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Führung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 15 (1967), Nr. 7, S. 1212–1218, bes. S. 1214f. Ruth Fischers Anteil am Zustandekommen der Resolution wird jedoch heruntergebucht.

286 Die Lage in der KPD. Resolution des Exekutivkomitees der Komintern, in: RF vom 12. Juni 1925.

287 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/65, Bl. 35: KPD, Polbüro, Arthur Rosenberg/Werner Scholem, Erklärung (vom 12. Juni 1923). Hervorhebung im Original.

Katz, Rosenberg und Scholem behaupteten, mit der Restauration der Monarchie gleichzusetzen. Wäre es so, brauchte sich das Proletariat „für die Versuche einer reaktionären Verfassungsrevision in der Richtung des Abbaus der demokratischen Republik nicht zu interessieren [...].“ Auf diesen Irrweg führe jedoch der Kurs Rosenbergs und seiner Gesinnungsgenossen.[288]

Diese Auseinandersetzungen sind in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzen, zeigen sie doch, dass der entscheidende Teil der KPD-Führung um Fischer und Thälmann endlich zu erkennen begann, dass die ultralinke Politik in eine Sackgasse führte, aus der die Partei nicht mehr herausgelangen würde. Ruth Fischer, wandte sich nunmehr von den Ultralinken ab. Sie rückte, in zeitgenössischer Terminologie, nach „rechts“.[289]

Im Verlauf der folgenden Wochen zog sich diese Auseinandersetzung durch die gesamte Partei. In der Kontroverse unterstützten wichtige KPD-Bezirke wie Berlin und Ruhr die Fischer-Führung und die Politik des „Offenen Briefes“. Ernst Meyer und Paul Frölich mahnten in einem Brief an die Parteiführung eine vorbehaltlose Rückkehr zur Politik der Einheitsfront an.[290] In Süd- und Westdeutschland und besonders im Berliner Wedding genossen die übriggebliebenen Ultralinken um Rosenberg, Katz und Scholem jedoch zunächst noch erhebliche Unterstützung.[291]

Diese Unterstützung bröckelte und schwand schließlich, als die Komintern klarstellte, dass die „Bolschewisierung“ der kommunistischen Parteien mit der Losung „Heran an die Massen!“ untrennbar verbunden war. Die Ablehnung jeder Einheitsfront und die Verneinung von Teilforderungen galten von nun ab, entsprechend dem Beschluss der 5. EKKI-Tagung, mit dem Bolschewismus als unvereinbar. „‚Die bolschewistische Partei ist die Partei der Diktatur des Proletariats, nicht aber der Teilforderungen‘, so wird die Frage zuweilen von ‚ultralinken‘ Elementen gestellt. Die bolschewistische Partei ist in der Tat die Partei der Diktatur des Proletariats, gerade darum aber stellt sie zur Gewinnung der Mehrheit des Proletariats systematisch Teilforderungen auf, die sie mit den revolutionären Aufgaben verknüpft, antwortet darauf der Leninismus.“[292]

---

288 Ebd.: Gegen-Erklärung (des Polbüros der KPD, undatiert).

289 Vgl. den Überblick bei Günter Watermeier, Die Verdrängung der ursprünglichen Führungskräfte der Kommunistischen Partei Deutschlands, Norderstedt 2005, S. 8–11.

290 Der Brief ist abgedruckt in: Bericht über die Verhandlungen des 10. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Berlin 1925, S. 257–271.

291 Vgl. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 508; Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 107.

292 Protokoll. Erweiterte Exekutive, S. 25.

Am 6. und 7. Juni 1925 fand der Berliner Bezirksparteitag statt, auf dem Ruth Fischer erklärte, den Ultralinken keine Zugeständnisse zu machen. Scholem und Rosenberg wurden nicht mehr in die Bezirksleitung gewählt.[293] Unmittelbar darauf betonten sie in der Münchner KPD-Zeitung erneut, ihnen sei die Frage Monarchie oder Republik nicht gleichgültig. Es ginge vielmehr um das beste Mittel, der monarchistischen Restauration zu begegnen. „Die KPD kann die monarchistische Gefahr wirksam nur dadurch bekämpfen, dass sie der Bourgeoisie als Trägerin des Monarchismus die rote Klassenfront entgegenstellt."[294] Doch machte ein Brief des EKKI im Vorfeld des 10. KPD-Parteitages deutlich, dass die Gruppe um Rosenberg, Katz und Scholem politisch isoliert werden sollte.[295]

Als Vorsitzender eröffnete Ernst Thälmann den Parteitag, der vom 12. bis zum 17. Juli im Gebäude des preußischen Landtages in Berlin zusammentrat.[296] Am Eröffnungstag wurde im Großen Schauspielhaus Felix Gasbarras Revue *Trotz alledem!* aufgeführt, deren Handlung die Ereignisse der Novemberrevolution 1918 zugrunde lagen. Nicht alle Besucher konnten sich mit der Agitationskunst, der eigenwilligen Regie Erwin Piscators, Edmund Meisels expressiver Musik und John Heartfields Bühnenbild anfreunden, das im Stil der neuen Sachlichkeit gehalten war. In der *Roten Fahne* kritisierte Max Engel – ganz im Sinne Ruth Fischers wie Hanns Eislers – das starre Festhalten an traditionellen Kunstauffassungen. „Unsere Agitationsmittel", betonte er, „sollen die Massen aufrufen zum Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung."[297] Die Kunstkritikerin Gertrud Alexander verteidigte die an klassischen Vorstellungen orientierte Sicht auf das Theater. Dies kam dem Geschmack vieler Parteimitglieder entgegen.[298] Ruth Fischers Vorliebe für die experimentelle Gegenwartskunst teilte die Mehrzahl ihrer Genossen nicht.[299]

Wichtiger waren die Auseinandersetzungen innerhalb des ehemaligen ultralinken Lagers. Die Gruppe um Rosenberg, Scholem und Katz hatte nur wenige An-

293 Vgl. die Berichte in: RF vom 9. und 10. Juni 1925.

294 Neue Zeitung (München) vom 10. Juli 1925, nach Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 111.

295 Vgl. Brief des EKKI an den 10. Parteitag, in: RF vom 9. Juli 1925.

296 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des 10. Parteitages, S. XVIII.

297 Max Engel, in: RF vom 15. Juli 1925, hier zit. nach John Heartfield, Der Schnitt entlang der Zeit. Selbstzeugnisse, Erinnerungen, Interpretation. Eine Dokumentation hg. von Roland März unter Mitarbeit von Gertrud Heartfield, Dresden 1981, S. 140.

298 Vgl. Uwe Wieben, Eduard Alexander. Biographische Skizze eines nahezu vergessenen Politikers der Weimarer Republik, Berlin 2008, S. 24.

299 Vgl. John Willett, Erwin Piscator. Die Eröffnung des politischen Zeitalters auf dem Theater, Frankfurt 1982, S. 20–22, und Eberhardt Klemm, „Ich pfeife auf diesen Frühling!" Zu Hanns Eislers Übersiedlung nach Berlin 1925 [1987], in: Ders., Spuren der Avantgarde. Schriften 1955–1991, Köln 1997, S. 179–185.

hänger als Delegierte entsenden können. In seinem Brief an den Parteitag betonte Sinowjew, dass die KPD die „partikularistischen Tendenzen überwunden und eine energische Führung geschaffen" habe. „Sie hat mit großem Erfolg ihre inneren rechten Abweichungen entlarvt und überwunden. Sie ist gleichzeitig entschlossen gegen die ultralinken Abweichungen aufgetreten"; hier machte Sinowjew aus seiner Abneigung gegen Rosenberg und Korsch keinen Hehl. Die KPD-Führung habe die „richtige Linie" gefunden und genieße die Unterstützung des EKKI. Die Partei habe sich eine Zeitlang in einem „ultralinken Fieberzustand" befunden, was das Verhalten bei der Reichspräsidentenwahl deutlich gemacht habe. Sie sei nun aber stabilisiert. Es komme darauf an, in die Führung neue Kader hinein zu wählen, die mit den Arbeitern verbunden seien; dies war eine weitere Spitze gegen das Übergewicht von Akademikern in der Parteizentrale.[300] Unter großem Beifall sandte der Parteitag ein Telegramm an die inhaftierten Arkadij Maslow, Max Hoelz und Hugo Urbahns ins Gefängnis. Maslow wurde besonders dafür gewürdigt, was er „zur Klärung der Partei in den Grundsätzen des Leninismus getan" habe.[301]

Das Referat zur internationalen Lage hielt der aus Moskau angereiste EKKI-Vertreter Dmitrij Manuilskij (unter dem Pseudonym Samuely). Auch er richtete scharfe Angriffe gegen den Ultraradikalismus und bezeichnete ihn als „internationale Krankheit" unter den Kommunisten (so bei Amadeo Bordiga in der italienischen KP). Manuilskij fand für die Politik der Parteiführung um Ruth Fischer zwar lobende Worte, doch sollte das Lob nicht von Dauer sein.[302] Scholem replizierte ironisch: „Ich habe das Vergnügen festzustellen, dass die Genossin Ruth Fischer und die anderen Genossen bis zum Mai sich gemeinsam mit mir in einem ultralinken Fieberzustand befunden haben."[303] Rosenberg erklärte in einem Rundumschlag, die Partei und die gesamte Internationale habe den richtigen linken Standpunkt in der Frage der Einheitsfront und der Staatslehre preisgegeben. Die „Einheitsfronttaktik auf parlamentarischem Gebiet" sei das Gegenteil einer proletarischen Klassenbewegung. Von dieser könne man nur dann sprechen, wenn „die Proletarier im Bewusstsein ihrer Klasse gegen die Bourgeoisie auf die Beine kommen. 20 kleine Betriebsversammlungen, wo kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter zusammenstehen, um gegen den Klassenfeind zu kämpfen, sind eine wichtigere Waffe im revolutionären Sinne als ein parlamentarischer Kuhhandel, der uns wieder nur zeigt, dass die Koalitionspolitik der SPD noch

300 Bericht über die Verhandlungen des 10. Parteitages, S. 169f.
301 Ebd., S. 282.
302 Ebd., S. 316f.
303 Ebd., S. 392.

breite Massen beherrscht.“ Er warnte davor, Russland in die deutsche parteiinterne Diskussion hineinzuzerren.[304]

Kernstück des Parteitages waren die Referate von Ruth Fischer zur politischen Lage und zu den Aufgaben der Partei sowie von Ernst Thälmann zur Gewerkschaftsarbeit. Die Annahme des Dawes-Planes habe zur vollständigen politischen Bindung des deutschen Imperialismus an den Entente-Imperialismus geführt. Als imperialistische Macht dritten Ranges oder „Schwanz-Imperialismus“ versuche Deutschland von den Gegensätzen der wichtigen imperialistischen Staaten zu profitieren; hier täuschte sich Ruth Fischer einmal mehr über das politisch-taktische Vermögen der deutschen Bourgeoisie, einen Platz in der ersten Reihe zu besetzen.[305] Der Faschismus sei zwar nicht überwunden, doch zugunsten eines „verfassungsmäßigen Monarchismus“ vorerst zurückgetreten. Die Errungenschaften des letzten, des Frankfurter Parteitages, die es in der Praxis zu bewahren gelte, seien die Einheitlichkeit der Partei, die Reinigung vom Brandlerismus und Klarheit in der Gewerkschaftsfrage gewesen.[306]

Auch Thälmann unterstrich, Gewerkschaftsmitglied zu sein, genüge für ein KPD-Mitglied nicht: „In jeder Gewerkschaft, in jedem Betrieb, in jeder Ortsgruppe ist es notwendig, die Gründung von Fraktionen auf schnellstem Wege sofort vorzunehmen […].“[307] Dies bedeutete freilich, dass die KPD die Gewerkschaftsarbeit in Konsequenz nur an kommunistischen Zielvorstellungen maß. Andererseits trug die Partei damit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus Rechnung; der zutreffende Terminus wurde allerdings in den abgedruckten Debatten und den Parteitagsthesen mehrmals in Anführungszeichen gesetzt.

Ein weiterer Punkt war das Verhältnis zur Sowjetunion und ihrer kommunistischen Partei. Gegen Arthur Rosenberg gewandt sagte Ruth Fischer, die Ultralinken hätten gegenüber Sowjetrussland genauso ein Unverständnis an den Tag gelegt wie einst die KAPD oder die „linke“ SPD. Zudem zeigten sich Berührungspunkte zwischen den Ultralinken und den Rechten. Sie kündigte ihren bisherigen Weggefährten an, sie „genauso bekämpfen, genauso maßregeln“ zu wollen wie frühere Oppositionelle,[308] hielt sich aber im praktischen Verhalten mit allzu radikalen Schritten zurück: Drei der Ultralinken, Rosenberg, Scholem und Hans Weber, wurden als Vollmitglieder in das 21-köpfige ZK gewählt. Dies wurde allgemein als Zugeständnis einer Führung gewertet, die ihre Politik durchgesetzt hatte. Über die Liste der zu wählenden Mitglieder des Zentralkomitees, des ZK,

304 Ebd., S. 548f.
305 Ebd., S. 501.
306 Ebd., S. 512f.
307 Ebd., S. 538.
308 Ebd., S. 514.

wie die Zentrale seitdem hieß, ließ Ruth Fischer im Block, ohne die Auflistung der einzelnen Namen, abstimmen.[309] Entsprechend der Komintern-Vorgabe gab sich die KPD ein neues Statut, das den Umbau zur Partei bolschewistischen Typs auch formal abschloss: Die strengste Parteidisziplin sei die höchste Pflicht aller Parteimitglieder und Parteiorganisationen, hieß es.

Wie sich alsbald zeigen sollte, trug ihre Personalpolitik zu Ruth Fischers Fall mit bei. Trotz der offiziellen Billigung ihrer Politik forderte Manuilskij, die Parteileitung dürfe nicht nur aus „Linken", also aus Fischer-Anhängern, bestehen. Er lehnte die Idee ab, wonach in die Zentrale nur Genossen gewählt werden sollten, die sich durch ihre Opposition gegen Brandler hervorgetan hatten. Die Ultralinken Scholem und Rosenberg boten Ruth Fischer ihre Unterstützung gegen den Komintern-Vertreter an, was diese, wenn auch stillschweigend akzeptierte.[310] Mehr noch: Ruth Fischer und ihre Anhänger verschwiegen den Delegierten die Forderung des EKKI, eine Gewerkschaftszentrale innerhalb der Parteizentrale einzurichten.

Auf der dem Parteitag unmittelbar folgenden Reichs-Agitpropkonferenz rechtfertigte Ernst Schneller dieses Vorgehen mit dem Hinweis auf den Mangel an dafür geeigneten Kadern. Er gestand zu, dass hier „eine Differenz mit den russischen Genossen" bestehe, „die meinen, dass man mit den alten Kräften doch die richtige Politik treiben kann."[311]

Damit aber musste Ruth Fischer Argwohn in Moskau erregen. Ihre Personalpolitik bekam den Anstrich des Unkontrollierbaren. Ruth Fischers Stellung an der Spitze der KPD schien indes noch ebenso unbestritten wie die Sinowjews in der Komintern. Der Parteitag hatte freilich auch eine Stärkung Ernst Thälmanns innerhalb des engsten Führungszirkels gezeigt. Sinowjews wiederholte Mahnung, die „richtigen" Arbeiterkader in der KPD die Entscheidungen treffen zu lassen, waren auf ihn gemünzt. Doch war Thälmann, wie sich bald zeigte, kein Gefolgsmann des EKKI-Vorsitzenden, sondern des Generalsekretärs der sowjetischen KP: Stalin.

Wie brüchig Ruth Fischers Triumph alsbald werden sollte, zeigte sich unmittelbar nach dem Berliner Parteitag, als auf einer ZK-Sitzung am 6. und 7. August Ernst Thälmann und Philipp Dengel das von Ruth Fischer gezeichnete rosige Bild der KPD-Politik in Frage zu stellen begannen.[312] Daran anschließend wurde die

309 Vgl. ebd., S. 658.
310 Vgl. ebd., S. 319.
311 Ebd., S. 666.
312 Vgl. Ernst Thälmann. Eine Biographie, S. 247.

KPD-Spitze, unter ihnen Fischer und Thälmann, nach Moskau beordert.[313] Arthur Rosenberg schrieb später, dies sei auf Veranlassung Bucharins geschehen, der die Aktion „mit glänzender diplomatischer Geschicklichkeit leitete"; Franz Borkenau machte hingegen Sinowjew dafür verantwortlich.[314] Was genau dort verhandelt wurde, ist nur teilweise in den Archivmaterialien sowie in der Broschüre *Der neue Kurs* überliefert, das Resultat der Verhandlungen ließ allerdings an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Zwar wurde bereits auf der ZK-Sitzung Kritik an Ruth Fischer laut, die nicht zuletzt durch Berichte des in Moskau weilenden Heinz Neumann geschürt wurde. Die politische Stagnation wie die finanziell angespannte Lage der Partei gehe auf das Konto der Führung, hieß es.[315] Doch die wirkliche Kontroverse entlud sich in Moskau.

Die unter Leitung von Paul Schlecht, nicht von Ruth Fischer stehende Delegation kam am 11. August dort an. Am nächsten Tag hielt Bucharin ihr entgegen, Manuilskij sei auf dem Berliner Parteitag mit Rufen wie „Hau ab! Geh nach Moskau!" beschimpft worden.[316] Manuilskij sagte vor der deutschen Kommission beim EKKI, während dieser Szene habe auf dem Parteitag eine „faschistische Stimmung" geherrscht, für die Ruth Fischer persönlich verantwortlich sei.[317] Heinz

---

313 Mit ihnen reisten Philipp Dengel, John Schehr und Ruth Fischers Anhänger Wilhelm Schwan und Max Strötzel. Letzterer distanzierte sich alsbald von Fischer. Bereits vorher waren Heinz Neumann, Ottomar Geschke, Ernst Schneller und Otto Kühne, der bislang Ruth Fischer unterstützt hatte, sich aber nunmehr ebenfalls von ihr abwandte, nach Moskau gereist. Zur EKKI-Kommission gehörten u. a. Bucharin, Losowskij, Manuilskij, Pjatnitzkij, Sinowjew sowie für Bulgarien Wassil Kolarow und Georgij Dimitrow, für Indien M. N. Roy, für Finnland O. W. Kuusinen und für Schweden Karl Kilbom. Vgl. Fieber, Herausbildung, S. 141–143.

314 Vgl. Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, Neuausgabe mit einer Einleitung von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt 1975, S. 23; Borkenau, World Communism, S. 268.

315 Vgl. SAPMO-BArch, RY1/I 2/1/28, Bl. 7: Sitzung des Zentralkomitees am 6. und 7. August 1925.

316 So Bucharin in: Der neue Kurs, Reden der Genossen Bucharin und Sinowjew, Brief des EKKI, hg. vom ZK der KPD Berlin 1925, S. 11.

317 SAPMO-BArch, RY 5/I 6/10/57: Protokoll Nr. 2 der Sitzung der deutschen Kommission, 12. August 1925, zit. in: Kinner, Der deutsche Kommunismus, S. 86. Bereits am 22. Juni 1925 hatte Manuilskij an Sinowjew geschrieben: Die persönliche Diktatur Ruths droht, die Partei in die Katastrophe zu führen." Die Mehrheit der ZK-Mitglieder seien „Kreaturen Ruths, mit denen sie im Kampf um die Unabhängigkeit der Partei von der Komintern spielen will." RGASPI, Fonds 495, Bestand 19, Akte 220, Bl. 16, zit. in: Alexander Vatlin, Zur Frage der „Russifizierung" der Komintern, in: Buckmiller/Meschkat (Hg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, S. 341. Am gleichen Tag schrieb Bucharin über den Parteitag an Stalin: „Ruth hat hier alle

Neumann, KPD-Vertreter in Moskau, unterstützte Bucharin und Manuilskij ebenso wie Ernst Schneller, der deutsche Vertreter im EKKI-Büro.[318] Diese jähe Wendung der politischen Stimmung zuungunsten von Ruth Fischer hatte zwei Ursachen, die sie erst allmählich erkannte:

Zum einen steckte hinter diesen Anwürfen die Furcht, Ruth Fischer könne die KPD auf einen von Moskau unabhängigeren Kurs steuern. Dafür gab es keinen Hinweis, denn gerade sie hatte die KPD auf die Linie der russischen Partei eingeschworen, gerade sie hatte die Politik der Bolschewisierung ebenso lautstark propagiert wie durchgesetzt. Doch musste es in Berlin wie in Moskau scheinen, dass die Politleiterin schaltete und waltete, wie sie wollte, dass niemand sie mehr kontrollieren konnte. Nunmehr aber hatten sich Heinz Neumann und Ernst Thälmann gegen sie verbündet.[319]

Zum anderen war es der persönliche Leitungsstil Ruth Fischers, der einer wachsenden Schar von Kritikern missfiel. Die einstimmige Wahl der Parteiführung

---

ziemlich terrorisiert. [...] Die Vertreter der Komintern wurden geringschätzig behandelt und auf schnödeste Weise betrogen." Ebd., S. 340f.

318 Vgl. hierzu Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 120f., und Kinner, Der deutsche Kommunismus, S. 84f.

319 Das Bündnis Thälmann-Neumann wurde in der DDR sehr heruntergespielt, obgleich Neumann, ein Opfer Stalins, juristisch, wenn auch nicht parteipolitisch „rehabilitiert" war. Vgl. das vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegebene Werk: Ernst Thälmann. Eine Biographie, bes. S. 245ff., sowie René Börrnert, Wie Ernst Thälmann treu und kühn! Das Thälmann-Bild der SED im Erziehungsalltag der DDR, Bad Heilbrunn 2004, S. 44ff. und *passim*. Börrnert bezeichnet Thälmann (neben Lenin) mit Recht als „die wichtigste Leitfigur der SED" für das 20. Jahrhundert, wobei die politische Oktroyierung der Ideologie und „das Bekenntnis zu einer antifaschistisch-humanistischen Einstellung" in nicht einfach zu entwirrender Weise miteinander verbunden waren. Zudem bot Thälmann auch noch nach 1989 einer kleinen, aber nicht zu unterschätzenden Minderheit eine Projektionsfläche „für untergründige, wenn auch nicht [mehr; M.K.] revolutionäre Hoffnungen" auf den Sozialismus. Ebd., S. 188, 190. Charakteristisch dafür ist die Thälmann-Biographie von Czichon/Maron. Eine Ursache für Thälmanns Wirkung sieht Klaus Kinner darin, dass Thälmann „fließende Übergänge von orthodox-marxistischen Positionen im Sinne einer Heilserwartung sozialistischer Zukunft und linksradikalen Erwartungen in der KPD" verkörperte. Klaus Kinner, Ernst Thälmann – Mythos und Realität, in: Peter Monteath (Hg.), Ernst Thälmann. Mensch und Mythos (Sondernummer des „German Monitor"), Amsterdam/Atlanta 2000, S. 33. Vgl. auch Annette Leo, Liturgie statt Erinnerung. Die Schaffung eines Heldenbildes am Beispiel Ernst Thälmanns, ebd., S. 17–30. Eine neuere Studie unterstreicht Thälmanns Doppelgestalt in der Erinnerungskultur: Er verkörpere „den antifaschistischen Opfermut" der Kommunisten, doch auch „die Tragik des Versagens" der Partei. Ronald Sassning, Rückblicke auf Ernst Thälmann. Der Umgang mit dem KPD-Führer im Widerstreit der Meinungen, Jena 2006, S. 113.

zeuge von der Einheit und Geschlossenheit der Partei; diese habe sich, so Josef Winternitz nach Abschluss des Parteitages, *„zum ersten Mal bewusst und einheitlich, ohne jeden Vorbehalt, auf den Boden des Bolschewismus gestellt.*“[320] Die von Ruth Fischer praktisch „durchgewunkene“ Wahl des Zentralkomitees (wie die Zentrale jetzt hieß) wie auch die Verheimlichung der EKKI-Wünsche bezüglich der Gewerkschaftsorganisation oder die Lobpreisung der Parteichefin – all diese Dinge, von denen jedes für sich genommen, nicht viel wog, ergaben zusammen ein Bild, dass dem in Moskau allmählich die Übermacht gewinnenden Flügel der sowjetischen Partei nicht passen konnte: Eine allein entscheidende Frau an der Spitze der wichtigsten westlichen KP, umgeben von willfährigen Sykophanten, zumeist Intellektuellen, die wohl nicht ewig bewundernd zu Sowjetrussland aufblicken würden. „Eins ist klar: Es mangelte Ruth Fischer und Arkadij Maslow an der unkritischen Bewunderung für Moskau.“[321]

Ruth Fischer musste erkennen, dass Sinowjew nicht mehr voll hinter ihr stand. Noch wollte dieser nicht wahrhaben, dass Stalins Bataillone – die Sowjetbürokratie – stärker als die seinen waren, doch konnte er sich schon nicht mehr erlauben, jene Kräfte in der KPD ohne Umschweife zu unterstützen, die Stalin und der mit ihm verbündete Bucharin nicht länger an der Spitze wünschten. Zwar machte Sinowjew „Leute wie Rosenberg, Scholem und Katz“ dafür verantwortlich, dass die Partei politisch und vor allem, was die Wahlergebnisse betraf, auf der Stelle trat, doch seien dafür eben auch „teilweise Maslow und Ruth“ zu kritisieren.[322] Das bedeutet zwar nicht, dass die Uneinigkeit unter den Sowjetführern in Bezug auf die KPD *direkt* die Differenzen in Moskau widerspiegelte, doch wurden Argumente und Begriffe, die der Wirklichkeit in Moskau entstammten, immer mehr auf die deutsche Szenerie übertragen.[323] Dies galt vor allem für die stets abwertend gemeine Bezeichnung als „Trotzkisten“ für Stalins Kritiker.

Auch an zurückliegende „Abweichungen“ wurde erinnert. Ruth Fischers Widersacher wussten, dass nach dem 10. Parteitag der russischen KP im März 1921 die oppositionellen Politiker Schljapnikow, Lutowinow und Mjasnikow in verschiedenen geschäftlichen und diplomatischen Abgelegenheiten nach Berlin geschickt worden waren, um sie eine Zeitlang aus dem russischen Parteileben he-

320 Lenz [Winternitz], Der 10. Parteitag der KPD, in: Die Internationale, 8 (1925), Nr. 8, S. 461. Hervorhebung im Original.

321 Fowkes, Communism, S. 132.

322 Der neue Kurs, S. 17.

323 „Die Uneinigkeit unter den Sowjetführern in Bezug auf deutsche Angelegenheiten entzieht sich jeder Klassifizierung“ schrieb Robert Daniels bereits in Bezug auf 1923. Robert V. Daniels, The Conscience of the Revolution. Communist Opposition in Soviet Russia, Cambridge (Massachusetts) 1960, S. 214.

rauszuhalten. „Sie alle kamen in Kontakt mit den Berliner Kommunisten, dem Zentrum der linken Opposition der deutschen Partei, und mit den abtrünnigen Kommunisten der KAPD. Zwischen ihnen und dem aus Russland stammenden Arkadij Maslow, Führer der Berliner Kommunisten, entwickelten sich Freundschaften. In Geheimsitzungen in der Wohnung Arthur Rosenbergs berichteten sie über die Lage der Arbeiter in Russland. Sie drängten die Berliner Organisation, mit aller Energie den Kampf gegen den Totalitätsanspruch des Staates, die Staatspartei und die Entartung des Kommunismus fortzusetzen und den linken Flügel so unabhängig wie möglich aufzubauen."[324] Die Wortwahl Ruth Fischers entstammte zwar dem Jahre 1948, doch dürften einige dieser Begriffe, vor allem jener der „Entartung", schon 1921 gefallen sein. All dies sollte gegen die Parteichefin zählen.

Nikolaj Bucharin suchte sich als neuer „starker Mann" der Komintern zu profilieren. Dies zeigte sich am 20. August bei einer weiteren Beratung mit der KPD-Spitze, auf der er dieser weiterhin ein undemokratisches Führungsgebaren und entsprechende Praktiken vorhielt. Wenn die deutsche Parteiführung nicht im Stande sei, „die Partei auf neue Gleise zu stellen, müssen wir sie politisch endgültig liquidieren."[325] Genau dies geschah.

Vorerst vergingen einige Tage in gespannter Ruhe. Am 1. September erschien dann in der *Roten Fahne* ein erneuter „Offener Brief", diesmal nicht von der Parteiführung, sondern vom EKKI an die Mitgliedschaft der KPD adressiert.[326] Der Brief führte zu einer politischen, vor allem jedoch personellen Neuorientierung der KPD.[327]

Das EKKI warf der KPD-Führung vor, sie habe die Partei innerhalb der Arbeiterschaft isoliert. In kaum vorhersehbarer Schärfe wurden ein Kurswechsel und neue politische Köpfe an der Spitze der Partei gefordert. Das zweideutige Verhältnis der Gruppe Fischer-Maslow zum EKKI habe antisowjetischen Tendenzen und antileninistischen Theorien Vorschub geleistet. In der „führenden Gruppe Ruth Fischer-Maslow" seien „einige rechte Abweichungen" vorhanden. Sie habe nicht entschieden genug gegen die ultralinken, „in Wirklichkeit antikommunistischen

324 Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 221.

325 Der neue Kurs, S. 7.

326 Hans-Joachim Fieber, Herausbildung, S. 230, Anm. 10, nannte unter Berufung auf Norbert Madloch (Der Kampf der KPD gegen den Locarnopakt und für eine friedliche und demokratische Außenpolitik in Deutschland, Diss., Berlin [DDR] 1964) Thälmann als Initiator des Offenen Briefes, doch dürfte die Initiative von der EKKI-Kommission ausgegangen sein.

327 Hermann Weber bezeichnete ihn als entscheidende Zäsur in der Verwandlung der KPD in eine Apparate-Partei Vgl. Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 120.

Tendenzen" gekämpft. Die KPD-Führung sei unfähig zu kommunistischer Gewerkschaftsarbeit; die Diktatur einer Fraktion habe die innerparteiliche Kritik erstickt und das Parteileben absterben lassen; statt prinzipieller politischer Haltung habe die Führung um Fischer und Maslow hin und hergeschwankt.

Hingegen lobte der Brief das Auftreten Thälmanns auf dem Parteitag, die Jugendarbeit der Partei und die Beschlüsse zur Organisationsfrage, vor allem die Umstellung der Arbeit auf Betriebszellen. Dies waren jedoch gerade die Arbeitsgebiete, auf denen die baldigen Widersacher Ruth Fischers federführend gewesen waren, unter ihnen der immer noch im Hintergrund bleibende Walter Ulbricht, der 1924 seinen Platz in der Zentrale hatte räumen müssen, nun aber auf die Rückkehr in das Gremium hoffen durfte. Die Partei müsse „den sich nach links entwickelnden sozialdemokratischen Arbeitermassen gegenüber neue Formen, einen neuen Ton, einen neuen Inhalt der Agitation finden." Sozialdemokraten, die der KPD gegenüber aufgeschlossen wären, seien nicht nur „Agitationsobjekt"; sie sollten „als Klassenbrüder betrachtet" werden.

Dabei dürfe die Partei, so das EKKI abschließend, „keinen Augenblick vergessen, dass nach wie vor ernste rechte und ultralinke Gefahren in ihren Reihen bestehen." Sie könnten nur überwunden werden, indem sich die KPD noch stärker die Grundsätze des Leninismus und der Komintern aneigne und diese auf die praktischen Parteiaufgaben anwende. Das Dokument war in Moskau von der KPD-Delegation fast einstimmig akzeptiert worden.[328] Es trug somit auch die Unterschrift von Ruth Fischer, die damit indes ihre faktische Demissionsurkunde unterzeichnete.[329]

Zunächst versuchte sie sich zu verteidigen, indem sie die Flucht nach vorn antrat und die Kritik des EKKI an der KPD wortreich unterstützte. Dies war, schreiben Sabine Hering und Kurt Schilde mit Recht, „ein Muster jener späterhin in der Sowjetunion zur Alltagspraxis zählenden Übungen in ‚Selbstkritik'."[330]

328 Nach Wilhelm Ersil und Ernst Laboor stimmte Josef Winternitz dagegen. Vgl. Wilhelm Ersil/Ernst Laboor, Die Parteidiskussion im September/Oktober 1925 und ihre Bedeutung für die marxistisch-leninistische Entwicklung der KPD, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 8 (1966), Nr. 4, S. 598. Hermann Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 124, nennt auch die Gegenstimmen von Hans Weber und Werner Scholem und vermutet, dass nicht alle ZK-Mitglieder bei der Abstimmung zugegen waren.

329 Offener Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an alle Organisationen und Mitglieder der KPD, in: RF vom 1. September 1925. Auszüge unter Weglassung der personenbezogenen Vorwürfe in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, S. 417–420 (Dokument 11).

330 Sabine Hering/Kurt Schilde, Der Kronprinz hob sie aus dem Sattel. Von Thälmann aus der Parteispitze verdrängt, auf Weisung Stalins zum Tode verurteilt: Ihr Kampfname war

Doch war Ruth Fischer nicht zur bedingungslosen Unterwerfung bereit, als sie sagte: „Ich glaube, dass die Ursache der Schwierigkeiten aus zwei Hauptquellen kommt, die aber im Zusammenhang miteinander stehen. Erstens aus einer versteckten Liquidatorenstimmung tief in der Masse der Mitgliedschaft, die sagt: Wir haben keinen Sieg errungen, wozu sollen wir uns plagen, eine Kommunistische Partei aufzubauen. Wir können ebenso gut Klassenkampf in der Sozialdemokratie machen. Als Beispiel, als Beweis dafür gilt, dass unsere Parteigenossen mit geradezu leidenschaftlicher Begeisterung Demonstrationen und Roten Frontkämpferbund machen. Warum? Weil sie sich damit vorspiegeln, dass sie an der Eroberung der Macht stehen, dass sie damit spielen können, Revolution zu machen, ohne die kleinste Organisationsarbeit zu leisten. Meine Überzeugung ist, dass der Demonstrationscharakter überwiegt, weil unsere Leute sich flüchten in diese Demonstrationen, um die tägliche Arbeit in den Gewerkschaften und Betrieben nicht machen zu müssen."[331]

Das Wort von den Demonstrationen fiel nicht nebenher. Es bezog sich auf den Ende Mai 1924 gebildeten Roten Frontkämpferbund (RFB), den paramilitärischen Selbstschutz der Partei. Dieser aber wurde von Anfang an durch Ruth Fischers parteiinterne Gegner geprägt, die sich hier eine Ausgangsbasis für den Kampf gegen die Parteichefin schufen, während Ruth Fischer glaubte, sie „weggelobt" und abgeschoben zu haben.[332] Im Mai 1925 hatte eine andere Bastion Ruth Fischer zu bröckeln begonnen, als Hermann Jacobs die Leitung des Jugendverbandes an Conrad Blenkle abgeben musste.[333]

Sie habe, so Ruth Fischer sofort nach ihrer Unterzeichnung des Dokuments, ihre Unterschrift geleistet, um zu zeigen, dass die Linke geschlossen für die Partei eintrete, die Rechte somit keinen Einfluss gewinnen könne. Der Brief habe nur wiederholt, worum sie und ihre Genossen seit zwei Jahren gekämpft hatten, wenn

Ruth Fischer, in: Berliner Zeitung vom 16. Dezember 1995. Wie noch gezeigt wird, wurde Ruth Fischer 1936 in Moskau nicht *direkt* zum Tode verurteilt.

331 Ruth Fischer, zit. in: RF vom 1. September 1925. Die Kritik an der fruchtlosen Rhetorik, wie sie sich bei Demonstrationen und anderen Veranstaltungen zeigte, nahm damals in der KPD zu. Vgl. H. G., Agitation und Propaganda, in: Der Funke, Nr. 8/9 vom 6. Mai 1925. Vgl. auch Marie-Luise Ehls, Protest und Propaganda. Demonstrationen in Berlin zur Zeit der Weimarer Republik, Berlin/New York 1997, S. 275f.

332 Vgl. zur Geschichte des RFB Kurt G. P. Schuster, Der rote Frontkämpferbund 1924–1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975, und Kurt Finker, Geschichte des Roten Frontkämpferbundes, Berlin [DDR] 1981. Vgl. auch Nick Brauns, Geballte Faust. Am 31. Mai 1924 beschloss die KPD-Zentrale die Gründung des Roten Frontkämpferbundes, in: Junge Welt vom 29. Mai 2004 (Wochenendbeilage).

333 Vgl. Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 337.

auch ohne Erfolg. Ihre Begründung wurde von der Mehrheit der KPD-Delegation aber nicht akzeptiert, wie Heinz Neumann Sinowjew unverzüglich wissen ließ.[334] Auch wollte sie, so Ruth Fischer noch zwei Jahrzehnte später, mit ihrer Unterschrift Zeit gewinnen und aus der Schusslinie der Kritik etwas herauskommen, bis Maslow aus der Haft entlassen sei. Zudem hatten die deutschen Linken „immer noch eine zu hohe Meinung vom Wert kommunistischer Disziplin", schrieb sie in *Stalin und der deutsche Kommunismus*. „Meine erste Reaktion war, die mir zugedachte Rolle abzulehnen, und ich erklärte, dass ich den Offenen Brief öffentlich bekämpfen werde. Sinowjew, Bucharin und Manuilskij brachten wieder ihr altes Argument vor: Du kannst deinen Standpunkt in einer geschlossenen Sitzung des Präsidiums verteidigen und gegen den Offenen Brief stimmen, wenn aber die höchste Autorität des Weltkommunismus beschließt, dass alle Präsidiumsmitglieder den Brief zu unterzeichen haben, dann kannst du dich dem ohne Bruch der bolschewistischen Disziplin nicht entziehen."[335]

Unfreiwillig hatte Ruth Fischer damit auf das Kernproblem verwiesen: Bolschewisierung der Partei bedeutete Ausschaltung der innerparteilichen Willensbildung und des selbständigen Denkens jedes einzelnen Parteimitgliedes. Ruth Fischer wurde ein Opfer genau jener Praktiken, die sie selbst in der KPD rigoros durchgesetzt hatte. Unter ihrer Führung war die innerparteiliche Demokratie verkümmert und hatte sich die Struktur der Partei entscheidend verändert: das Polbüro war von einer führenden zur herrschenden, von unten nicht mehr kontrollierbaren Instanz geworden, die auch ideologisch allein die „Linie" vorgab. Darüber legte sich Ruth Fischer bis zuletzt nur ungenügende Rechenschaft ab, und ihr eigener Anteil am Prozess der Bolschewisierung sollte zur bemerkenswerten Leerstelle in ihrem so voluminösen Buch zur KPD-Geschichte werden.

Diese Bolschewisierung aber war, wie jede politische Aktion in der deutschen Partei, auch mit den innersowjetischen Machtkämpfen verbunden. Die KPD-Führung um Ruth Fischer war aber nun einmal nicht die Führung, deren Loyalität sich Stalin hundertprozentig sicher sein konnte. „Man kann nicht sagen", kommentierte *Das Tagebuch*, „dass die innere Kraft einer Partei dadurch verdoppelt wird, dass die Führung alle paar Monate durch den Beschluss eines fern im Ausland tagenden Konzils ihres Amtes enthoben wird."[336]

334 Vgl. RGASPI, Fonds 293, Akte 57, Bl. 2: Förster [Heinz Neumann] an Grigorij Sinowjew, Brief vom 1. September 1925. Neumann informierte vier Tage später Sinowjew über das Presseecho und schickte eine Kopie dieses Briefes an Bucharin. Neumann, seines Sieges sicher, warnte davor, Fischer und Maslow als „antibolschewistisch" zu bezeichnen, wie es Ernst Meyer getan hatte. Vgl. ebd., Bl. 5–13, bes. Bl. 8.

335 Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 551.

336 Tagebuch der Zeit, in: Das Tagebuch, 6 (1925), Nr. 41, S. 1511.

Natürlich spielte auch die materielle Abhängigkeit der KPD von Moskau eine wichtige Rolle. „Der Führer im Parteisinne ist ein Posteninhaber", schrieb Franz Pfemferts anarcho-syndikalistische *Aktion* sarkastisch, „Arbeiterführer ist ein Beruf geworden, eine bürgerliche Existenz. Was willst du werden, kleiner Thälmann? Ich will Arbeiterführer werden, Papa."[337]

Der Apparate-Funktionär, für den Ernst Thälmann stand, bestimmte das Bild der KPD keineswegs von Anfang an. Weder die realpolitische noch die utopisch-radikale Strömung, die in der KPD miteinander rangen, gebaren aus sich heraus den „Apparatschik." Vielmehr schoben sich aus beiden Strömungen jene Mitglieder in den Vordergrund, die Machtkalkül mit hierarchischem Denken und rigider Ideologie verbanden. Zu ihnen gehörten Ruth Fischer und Arkadij Maslow, deren Spontaneität und geistige Selbständigkeit auf Dauer aber nicht in den Apparat passten. Natürlich musste sich in einer Massenpartei, wie Werner Hofmann schrieb, der „Dienst an der Organisation" auch „in gewissem Maße professionalisieren", und dazu bedurfte es eines Apparates.[338] Doch musste ein solcher Apparat nicht, wie Robert Michels annahm, *zwangsläufig* ein Eigenleben führen.[339] Indem jedoch Ruth Fischer, Arkadij Maslow und ihre Strömung die innerparteiliche Willensbildung lahmlegten, zerstörten sie jene Kontrollmechanismen, die eine Apparateherrschaft verhindern können. Die Bemerkung der *Aktion* hatte einen entscheidenden Punkt getroffen.

Anderes kam hinzu: „Oberflächlich betrachtet, ist Ruth Fischer einem von Moskau diktierten Kurswechsel zum Opfer gefallen", schrieb Carl von Ossietzky in der *Weltbühne*. Es habe Ruth Fischer weder an Wissen noch an Rednergabe gefehlt, sie habe Gefühl für Taktik und Intrige mitgebracht „und so manches, was zum Inventar der Parteiführung gehört. Doch das Wichtigste blieb ihr immer versagt: die Wirkung ins Weite. Niemals hat sie überzeugen können, dass sie an ihrem Platz notwendig war. Die neue Rosa Luxemburg? Gewiss, sie konnte gelehrig wie ein Star das nachplappern, was ihr Meister Sinowjew für Leninismus ausgab. Aber es war immer nur dogmatisches Nachschwatzen von Dogmenkram. Es fehlte das Merkzeichen legitimierender Persönlichkeit." Ossietzky traf jedoch den

---

337 Die Aktion 15 (28. August 1925), Nr. 1516, Sp. 406. Vgl. zu dieser materiellen Abhängigkeit auch Kinner, Der deutsche Kommunismus, S. 86f.

338 Werner Hofmann, Ideengeschichte der sozialen Bewegung, 4. Aufl., Berlin[West]/New York 1971, S. 173.

339 „Wer Organisation sagt, sagt *Tendenz zur Oligarchie*", lautete Michels' zentrale These. Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens [1925], 4. erweiterte Aufl., Stuttgart 1989, S. 25. Hervorhebung im Original.

Kern, als er festhielt, Ruth Fischer warf sich „mit der Sensationsgier der verlaufenen Bürgerin in die Politik."

„Auch ihr Gegner gibt gern zu, dass sie ihren Marx charmant aufsagen konnte: sie trug ein ärmelloses Kleid, das an den Schultern stets sehr lose saß." Sie regierte absolut, dekretierte ohne viel Umschweife, habe Minoritäten ausgetrieben und die göttliche Verehrung ihrer engeren Gefolgschaft genossen. Doch im Getriebe der Politik habe sie ihre fraulichen Reize verloren. „Die junge Königin der Partei wurde träge und rund." Sie rechnete nicht mit dem unbeständigen Männergeschmack und vernachlässigte ihr Äußeres. „Die arme Ruth Fischer hat nicht als Führerin verspielt, sondern als Frau. Das macht ihre Niederlage irreparabel."[340]

Gewiss hätte Ossietzky über einen Mann, der in der Politik gescheitert war, solche Anspielungen nicht getan. Sogar er maß das politische Handeln einer Frau noch immer mit anderer Elle.[341] Doch machte er auf ein Problem aufmerksam, vor dem Männer wie Frauen standen: In zunehmend nichtrevolutionärer Zeit hat die Geschichte für einen revolutionären Parteiführer – oder eine Führerin – nur eine begrenzte Zeitlang Verwendung – entweder, damit er oder sie sich und die Partei auf die Mühen der Ebene, der täglichen Kleinarbeit ohne revolutionärem Atem umstellt oder den Platz räumt für eine Führung, die der nicht-revolutionären Wirklichkeit, ungeachtet aller Revolutionsrhetorik, besser gerecht wird.[342]

Der Parteiführer für die neue Zeit wartete schon hinter den Kulissen. Es war mit Ernst Thälmann ein verlässlicher Parteigänger Stalins. Thälmann und Stalin nutzten eine verbreitete Stimmung an der KPD-Basis. Wenn die deutschen Kommunisten die Revolution nicht „gemacht" hatten, wenn sie aber auch nicht in den Schoß der Sozialdemokratie zurück wollten oder konnten, was lag dann näher, als den Aufbau des Sozialismus in einem einzigen Land, eben der Sowjetunion, zum Richtmaß aller Werte zu nehmen, in diesen Aufbau all die eigenen unerfüllten Träume hineinzudeuten? Für diesen Aufbau stand Stalin. Ein Führer wie Stalin oder ein Steuermann wie Thälmann, der klaren Kurs hielt, erwecken in

340 Carl von Ossietzky, Invictis victi victuri, in: Die Weltbühne, 22 (13. Juli 1926), Nr. 28, S. 41f.

341 Erst am Ende des Jahrzehnts erkannte Ossietzky der Frauenbewegung einen politischen Stellenwert zu. Vgl. Elke Suhr, „Neue Männer …"? Gedanken über Frauen und Liebe bei Ossietzky, in: Nachdenken über Ossietzky. Aufsätze und Graphik, Berlin [DDR] 1989, S. 131–137, zu Ruth Fischer vgl. S. 136.

342 Es gehört zur Kunst kommunistischer Politik, die Parteibasis so zu schulen, dass sie ihr revolutionäres Selbstverständnis nicht aufgibt und trotzdem die tägliche Arbeit in den Wahlfunktionen ausübt, für die sie das Mandat erhalten hat. Hier wäre eine Arbeiterregierung mit KPD-Beteiligung eine gute Schule gewesen (die auch revolutionäre Hoffnungen relativiert und auf ein vernunftgemäßes Maß zurückgeschraubt hätte).

solcher Lage allemal mehr Vertrauen als eine zu sprunghaftem Denken neigende Intellektuelle wie Ruth Fischer.

In ihrer Darstellung der KPD-Geschichte charakterisierte Ruth Fischer Thälmann zwar als Mittelmaß, konnte aber nicht umhin, die Seiten seiner Persönlichkeit anzuerkennen, mit denen er die Arbeiter ansprach. „Er war ungebildet und hatte mit der marxistischen Terminologie und mit Fremdworten immer zu kämpfen; aber von Beginn seiner Karriere an halfen ihm seine große Erfahrung und sein vorzüglicher politischer Instinkt. Seine Reden waren gefühlsmäßig, laut, manchmal fast unzusammenhängend [...]. Er gewann seine Hörerschaft jedoch durch die Ehrlichkeit seiner Überzeugung und die Leidenschaftlichkeit der Argumentation."[343]

Im Allgemeinen neigen Intellektuelle, und Kommunisten sind keine Ausnahme, oftmals dazu, an anderen Menschen nur die positiven Eigenschaften wahrzunehmen, die sie selbst auszeichnen. Intellektuelle wie Fischer und auch Maslow sahen sich als Avantgarde der Arbeiterklasse, und entsprechend zogen sie alle Register ihres Könnens, um die Proletarier von ihren Ansichten zu überzeugen. Wenn aber Parteiintellektuelle ihre Überlegenheit in den Debatten demonstrieren, sich aber zugleich als Anwälte der Arbeiter präsentieren, die keine Chance zum Erwerb gymnasialer oder akademischer Bildung hatten, erscheint dies oft unglaubwürdig oder im besten Fall unwirklich.

Mit dem richtigen Gespür für dieses Dilemma konnten Ruth Fischers Gegner immer wieder zeigen, dass sie es besser wissen wollte als die „einfachen Arbeiter". In der Tat war Ruth Fischer nicht nur von einer politischen Mission getrieben, sondern wie auch andere Intellektuelle in der KPD davon überzeugt, den Schlüssel für die Lösung aller Klassenfragen in der Hand zu haben. Dies anderen klarzumachen, scheute sie keine Anstrengung. Es gelte, so wiederholte sie temperamentvoll ein um das andere Mal, den Arbeitern den richtigen Umgang mit diesem Schlüssel zu zeigen. Wer ihn aber nicht benutzen wollte, war hoffnungslos in sozialdemokratischen, kleinbürgerlichen Illusionen befangen. Damit aber stieß die einst „Vielgeliebte der einfachen Parteimitglieder" diese zunehmend vor den Kopf.[344] Der Schriftsteller Kurt Singer, der keineswegs der KPD nahestand, brachte es ein Vierteljahrhundert später auf den Punkt: „Sie war Russlands beste Vertreterin in Deutschland, aber sie war unbezähmbar, eine unverbesserliche Idealistin, und Stalin hatte keine Verwendung für Idealisten oder starke Frauen, die nicht seinen Befehlen folgten."[345] Stalin brauchte einen Mann, der die Arbeiter ansprach, der

343 Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 514.

344 Selbmann, Alternative, Bilanz, Credo, S. 167.

345 Kurt Singer, The World's Greatest Women Spies, London [1951], S. 32.

einer von ihnen war, dem sie eine symbolische Kraft zuschreiben konnten, und den es jedenfalls nicht nach solchen „Extratouren" gelüstete wie Ruth Fischer, bei der man nie genau wusste, wohin ihre Emotionen sie trugen.

Ruth Fischers populistisches Auftreten, mit dem sie glaubte, die Sprache der Arbeiter zu sprechen, zeigte jedoch, dass sie kaum bereit war, sich auf die Denkwelt und Gefühle von Proletariern wirklich einzulassen. Ein Willi Münzenberg, Heinrich Brandler, Paul Frölich, Arthur Ewert, Jacob Walcher, Arbeiter-Intellektuelle ohne bildungsbürgerlichen Hintergrund, die sich ihr hohes Wissen hart im Selbststudium erarbeitet hatten, konnten damit souverän und auch ironisch umgehen, da es ihnen an Humor, Großzügigkeit und Herzensbildung nicht mangelte. Ein Walter Ulbricht, auch ein Thälmann, gar ein Stalin konnten dies nicht.

Gerade viele Arbeiter stieß das pseudoproletarische Verhalten ab, das Ruth Fischer, aber nicht nur sie, oft zur Schau stellte.[346] „Sie kannte alle Register der Demagogie", schrieb Hermann Grosse, der damals im Kommunistischen Jugendverband tätig war. „Gespielte Leidenschaft, Phrasenreichtum, skrupellose Verleumdung, Scheinradikalismus, das alles gehörte zu ihrem Repertoire, das sie routiniert zu gebrauchen wusste. Die natürliche revolutionäre Ungeduld der Jugend versuchte sie ohne Hemmungen für ihre persönlichen Zwecke nutzbar zu machen."[347] Zwar ist die DDR-Umgebung, in der diese Zeilen entstanden, zu beachten, doch macht das Urteil durchaus Sinn.[348] In einem ganz anderen Kontext wunderte sich 1955 der gerade aus der westdeutschen KPD ausgetretene Hermann Weber, der Ruth Fischer in einem Pariser Hotel traf, über ihre, „gelinde gesagt, laxe Esskul-

346 „Ein Angehöriger der Intelligenz konnte niemals ein richtiger Proletarier werden", schrieb Arthur Koestler, „aber es war seine Pflicht, sich soweit wie möglich darum zu bemühen. Einige versuchten es, indem sie auf die Krawatte verzichteten, Rollkragenpullover und schwarze Ränder an den Fingernägeln trugen. […] Das verwerfliche Privileg, eine bürgerliche Erziehung genossen zu haben, die Fähigkeit, einem Problem mehr als eine Seite abgewinnen zu können, wurde zum Anlass ständiger Selbstvorwürfe." Arthur Koestler in: Ein Gott, der keiner war. Arthur Koestler, André Gide, Ignazio Silone, Louis Fischer, Richard Wright, Stephen Spender schildern ihren Weg zum Kommunismus und ihre Abkehr, hg. von Richard Crossman mit einem Nachwort von Franz Borkenau, Köln 1952, S. 49f. Für Jacob Walcher war ein solches Verhalten Teil der „Narrenfreiheit" der „Ultras", der Ultralinken. Stock/Walcher, Jacob Walcher, S. 93.

347 SAPMO-BArch, SgY 30/0310, Bl. 1: Bestand Erinnerungen, Grosse, Hermann.

348 Zur kritischen Nutzung der Erinnerungen von KPD-Mitgliedern in der DDR vgl. Ulrich Eumann, „Kameraden vom roten Tuch". Die Weimarer KPD aus der Perspektive ehemaliger Mitglieder, in: Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit, 16 (2001), S. 97–164. Der Aufsatz findet sich auch im Internet unter: www.kpd-sozialgeschichte.homepage.t-online.de/aufsatz.html.

tur.“ Hätte er sich als Kind „zu Hause am proletarischen Esstisch so hingeflegelt“, wäre er von seinem Vater „zusammengestaucht worden.“[349]

Verglichen mit solchen, oft als windig angesehenen Charakteren galt Thälmann in weiten Kreisen des Parteivolkes und vor allem in Moskau als verlässlich, solide, berechenbar.[350] „Die kommunistischen Arbeiter hingen an Thälmann. Sie sahen in ihm einen der Ihren, und das ganz mit Recht“, schrieb Margarete Buber-Neumann. „Er war das geeignete Aushängeschild und gewann in kurzer Zeit die allgemeine Popularität, die für den Führer der kommunistischen Partei so wichtig war.“[351] Er stand für ein Bild des KPD-Führers, unter dessen Regie die endlosen, vom durchschnittlichen Mitglied oft als haarspalterisch empfundenen Debatten um die richtige Auslegung von Lenins Schriften der Vergangenheit angehören würden, damit für den endlich vollzogenen „Prozess der Homogenisierung“ der Partei.[352] Thälmann versprach eine Stabilität, derer die Kommunisten wenigstens in der eigenen Partei bedurften – angesichts des Auf und Ab der Weimarer Republik. Auch deshalb sollte das Gros der Partei der Führung um Thälmann auch dann noch folgen, als deren Politik fernab jedes Gebots der Stunde war.

349 Hermann und Gerda Weber, Leben nach dem „Prinzip Links“. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Berlin 2007, S. 132. – Übrigens hielten auch manche Parteiintellektuelle Distanz zu Ruth Fischers Auftreten. So blieben Arthur Rosenberg, Ernst Meyer und August Thalheimer, von Clara Zetkin ganz zu schweigen, gegenüber Ruth Fischer stets beim „Sie“ in der Anrede. Vgl. z. B. den Briefwechsel zwischen Ruth Fischer und Arthur Rosenberg, abgedruckt in: Peter Lübbe (Hg.), Ruth Fischer – Arkadij Maslow, Abtrünnig wider Willen. Aus Reden und Manuskripten des Exils, München 1990, S. 119, 144.

350 Ganz im Sinne des Thälmann-Bildes der DDR schrieb der Hamburger Historiker Hannes Heer, das „Vertrauen der Parteimitglieder, die endlich einen Ausweg aus der Sackgasse sahen, die Hilfestellung der Komintern und die Unterstützung der Genossen der Mittelgruppe“ seien Faktoren gewesen, die Thälmanns Aufstieg beförderten. Heer, Ernst Thälmann, S. 88.

351 Margarete Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges, Stuttgart 1957, S. 267.

352 Norman LaPorte/Kevin Morgan, „Kings among their Subjects“? Ernst Thälmann, Harry Pollitt and the Leadership Cult as Stalinization, in: Norman LaPorte u. a. (Hg.), Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Perspectives on Stalinization, 1917–53, Houndmills/New York 2008, S. 124–145, hierzu S. 129.– In ihrer unter dem Pseudonym „Ypsilon“ publizierten Enthüllungsstory über die Komintern-Politik zeigten die früheren KPD-Mitarbeiter Julian Gumpertz und Karl Volk (nicht nur an dieser Stelle) wenig Sorgfalt in der Analyse, wenn sie schrieben: „Thälmann wurde zum Parteiführer, ohne dass er wusste, warum und wie. Niemand hatte ihn zur Leitung einer Partei mit mehr als einhundertfünfzigtausend Mitgliedern und dreieinhalb Millionen Wählern auserkoren.“ Ypsilon, Pattern for World Revolution, Chicago/New York 1947, S. 160.

Eine Sichtweise, die Thälmann und die Seinen nur als Anti-Intellektuelle darstellt, erfasst somit das Problem nicht vollständig. Die Partei bedurfte der Intellektuellen, die sich nicht nur in den Dienst der „Sache" stellten, denn das tat Ruth Fischer auch. Doch sollten sich die Parteiintellektuellen dem Apparat unterwerfen, und nicht umgekehrt. Die leninistische Partei, schrieb Adam Ulam, „sollte Intellektuelle rekrutieren und aus ihnen ihre Führer auswählen. Diese sollten jedoch von den Lastern der Intellektuellen, dem ständigen doktrinären Streit, der Unentschlossenheit, den humanitären Skrupeln und Ähnlichem frei sein."[353] So hatte es Lenin 1902 in *Was tun?* klargelegt. Man konnte, so Ulam weiter, „nicht zehn oder elf Stunden in der Fabrik arbeiten und sich dann in der ‚Freizeit' dem revolutionären Kampf widmen."[354] Gerade deshalb waren Intellektuelle mit einem größeren Zeitbudget wichtig für die Partei. Bei Stalin wurde jedoch dieses Modell umgekehrt. Nunmehr sollten die Intellektuellen nicht mehr die Partei anleiten, sondern der Apparat verkörperte den kollektiven Willen der Partei inzwischen derart, dass die Parteiintellektuellen zu „Schräubchen und Rädchen" und die Parteischriftsteller zu „Ingenieuren der Seele" degradiert wurden. Dies als Degradierung zu sehen, war jedoch mit einem Denkverbot belegt, und deshalb mussten Fischer, Maslow und der Führungszirkel um sie herum unsichere Kantonisten bleiben.

Die Schlussfolgerung war klar: Die Bolschewisierung musste und würde mit Ernst Thälmann ein proletarisches Gesicht tragen, während Ruth Fischer in den Augen ihrer Kritiker nur die „proletarische Maskerade" spielte.[355] Thälmann als Frontmann „hatte den doppelten Vorteil", so Walter Laqueur, „die Partei den Massen attraktiver und ihre Führer für die Komintern leichter manipulierbar zu machen."[356] Damit stand Thälmann in einer Reihe mit durchaus intelligenten, dynamisch auftretenden Parteiführern proletarischer Herkunft wie Maurice Thorez in Frankreich, Klement Gottwald in der Tschechoslowakei, Harry Pollitt in England oder Earl Browder in den USA. Der proletarische „Stallgeruch" war ihr kulturelles Kapital, das sie geschickt einzusetzen wussten. Dass sie alle, mit Ausnahme des deutschsprachigen Gottwald, über keine Erfahrung des Lebens in fremden Ländern, Sprachen und Kulturen verfügten, mochte aus Sicht der Stalin-Anhänger nicht stören, konnten sich doch diese Führer dann nicht in Angelegenheiten außerhalb ihrer Parteien einmischen, die sie nichts angingen.[357] Freilich

353 Ulam, The Bolsheviks, S. 179.

354 Ebd., S. 181.

355 Meyer-Leviné, Im inneren Kreis, S. 83.

356 Walter Laqueur, Weimar. Die Kultur der Republik, Frankfurt u. a. 1974, S. 72.

357 Vgl. LaPorte/Morgan, „Kings among their Subjects"?, S. 125. – Anders war die Sachlage z. B. im arabischen Raum: Hier entstammten die Parteiführer kulturell gebildeten natio-

zogen mit Männern wie Rajani Palme Dutt in England oder Eugen Fried in Frankreich brillante Partei-Intellektuelle im Hintergrund die Fäden.[358]

„Mit Thälmann hat Stalin", schreibt Armin Fuhrer, „eine Marionette an der Spitze der KPD installiert, die ihm intellektuell bei weitem nicht gewachsen ist und von der er daher auch keinen Ärger zu befürchten braucht. Darin liegt auch Stalins ‚Wertschätzung' für den deutschen Spitzengenossen begründet, der für ihn eine rein funktionale Bedeutung hat."[359] Doch greift dieses Urteil zu kurz, denn Thälmanns Erfolg war – abgesehen von seinem unbestreitbaren taktischen Geschick – auch Resultat einer veränderten Stimmung innerhalb der KPD nach all den Jahren hektischer Aktivitäten, wechselnder Führungen und Direktiven, die politisch nichts gebracht hatten.

Die KPD war als eine Partei der radikalisierten linken Kriegsgegner entstanden, die vom Versagen der SPD tief enttäuscht waren. Sie war ein unvermeidliches Produkt des Weltkrieges, und alle Überlegungen im Nachhinein, ob nicht eine radikale Reformpartei wie die USPD historisch „vernünftiger" und – vor allem: möglich – gewesen wäre, sind verlockend, aber bleiben im Bereich der Spekulation. Das Lager der Revolution stand gegen das Lager der Reform. Weit über die KPD-Anhängerschaft hinaus wurde die Restauration der Gesellschaft, die für Krieg und Massenelend stand, als ein Akt der Konterrevolution gesehen. Umso wichtiger wäre freilich eine pragmatische Zusammenarbeit beider Lager gewesen – gerade angesichts ihrer faschistischen Todfeinde, die beide Flügel der Arbeiterbewegung bedrohten. Es waren nicht die Linken um Rosa Luxemburg, die für die Radikalisierung der deutschen und internationalen Politik verantwortlich waren – jedenfalls nicht hauptsächlich, so sehr auch sie oft ihre Wünsche mit der Realität verwechselten. Den Hauptteil der Verantwortung trug vielmehr die extreme Rechte mit ihrer endemischen Feindschaft gegen Sozialismus, Demokratie und

nalen oder religiösen Minderheiten, waren Juden (wie die Führungsspitzen der KP Palästinas und anfangs auch Ägyptens), Kurden (wie Khalid Bakdash in Syrien), christliche Schwarzafrikaner (wie Joseph Garang im Sudan) oder ein assyrischer Christ (Yusuf Salman Yusuf alias Fahd im Irak). Unter der rückständigen arabischen Moslembevölkerung gab es bis lange nach dem Zweiten Weltkrieg einfach keine geeigneten Kandidaten.

358 Vgl. Peter Huber, Das Führungskorps der Komintern. Ein soziobiographischer Querschnitt, in: Buckmiller/Meschkat (Hg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, S. 215, 246.

359 Fuhrer, Ernst Thälmann, S. 193. Ebenso möchte Hans Ulrich Wehler (Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, München 2003, S. 538) Thälmann auf einen „Parteiprolet[en], wie er im Buche steht" reduzieren, „von beklemmender Biederkeit, doch zu volkstümlicher Rede befähigt", was aber nicht erklärt, warum Stalin gerade ihn favorisierte. Thälmanns Talent, in Fraktionskämpfen stets auf die „richtige" Karte zu setzen und dafür Mehrheiten organisieren zu können, machte ihn zu Stalins deutschem Sachwalter.

mit ihrem immer stärker werdenden Antisemitismus. Dagegen wandte sich die KPD, und von Anbeginn an gab es in ihr zwei Richtungen. Aus dem marxistisch geschulten Flügel der KPD erwuchs jene Strömung, die um ein revolutionär-*demokratisches*, nicht revolutionär-*diktatorisches* Verständnis von Politik rang.[360] Es gehört jedoch, so Klaus Kinner, „zu den tragischsten Kapiteln des deutschen Kommunismus, dass es nicht gelang, die nach dem Oktober 1923 auseinanderdriftenden Kräfte der damaligen ‚Mehrheit' in der Parteiführung unter den sich verändernden Bedingungen des Klassenkampfes wieder zusammenzuführen."[361] Heinrich Brandler und Ernst Meyer fanden als wichtigste mögliche Gegenspieler Ruth Fischers aufgrund ihrer persönlichen Eigenheiten nicht zueinander. Ihre Unfähigkeit zum gemeinsamen Handeln machte zuerst für die Fischer-Maslow-Führung, dann für Thälmann den Weg frei – für Kräfte also, denen die innerparteiliche wie die Demokratie allgemein nichts bedeutete. Sie, und genau dies hatte Ruth Fischer mit Ernst Thälmann gemein, sahen die Demokratie, um die die Arbeiterbewegung bis 1914 gekämpft hatte wie niemand sonst, als bloßes, oft lästiges Beiwerk des revolutionären Kampfes.

Das letztlich in der KPD gescheiterte Ringen um eine Verbindung von Kommunismus und Demokratie war keineswegs widerspruchslos gewesen, und konnte es nicht sein. Es war von Rückschlägen, Halbheiten und Illusionen, vor allem aber vom stetigen Mangel einer Konzeption begleitet, in der ein im Ansatz alternativer Kommunismus Umrisse gewonnen hätte. Dennoch: Die sogenannten Parteirechten und auch die Mittelgruppe hielten trotz mancher Vorbehalte an den demokratischen Traditionen des Marxismus und der Arbeiterbewegung fest. Ohne dieses Festhalten war die Beteiligung „rechter" Kommunisten an den Arbeiterregierungen nicht denkbar. Als die kommunistischen Minister sich in ihrem Amtseid auf Parlament und Gewaltenteilung verpflichteten, wussten sie, was sie wollten und taten.

Eine KPD, die sich zunehmend um die Aneignung von Demokratie bemühte, war aber nicht im Interesse Ruth Fischers, nicht im Interesse Sinowjews – und noch weniger wollte dies Stalin. Solange aber dieser die ihm genehme Führung nicht installiert hatte, solange hatte eben Ruth Fischer kräftig daran mitzuwirken,

360 Wolfgang Abendroth, der jener demokratischen Strömung im Kommunismus entstammte, hat deshalb die Arbeiterbewegung als Fortentwicklung der „bürgerliche[n] Freiheitsbewegung" bei Ausweitung dieser Freiheitsprinzipien ins Ökonomische bezeichnet. Wolfgang Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, 8. Aufl., Frankfurt 1972, S. 7.

361 Kinner, Ernst Thälmann – Mythos und Realität, S. 67. Ähnlich argumentiert Wilde, Ernst Meyer, S. 376.

dass ein demokratischer Kommunismus ein Phantom blieb und keine Chance auf politische Gestaltung bekam.

Um es auf den Punkt zu bringen: Ruth Fischer hatte den entscheidenden persönlichen Anteil daran, die KPD so zuzurichten, dass sie *sowohl* in ihrer Binnenstruktur sich den freiheitlichen Traditionen der Arbeiterbewegung entfremdete *als auch* ein Werkzeug in den Händen der jeweils Mächtigen in Moskau wurde.[362] Doch nicht nur wegen des Sieges von Stalin über Sinowjew wurde sie entmachtet, sondern vor allem auch, weil ihre Eigenständigkeit als Politikerin, ihre intellektuelle Erscheinung und ihre Spontaneität nicht garantierten, dass diese doppelte Wandlung der KPD unumkehrbar war.

Um diese Wandlung irreversibel zu gestalten, bedurfte es eines verlässlichen Platzhalters wie Ernst Thälmann. Die Bolschewisierung der KPD bot die Voraussetzung für ihre Stalinisierung, wenngleich der Begriff parteioffiziell abgelehnt wurde. Bolschewisierung bedeutete Unterdrückung nichtkonformer Ansichten in der Partei, Stalinisierung sollte Ausschluss, Stigmatisierung und gnadenlose Verfolgung der Träger solcher Ansichten bedeuten. Abweichler galten fortan nicht mehr als irrende Genossen, sondern als Agenten des Klassenfeindes. Der Klassenkampf wurde durch die Verschwörungstheorie ersetzt, und dies war der folgenschwerste Bruch innerhalb der kommunistischen Bewegung.

Alle Konsequenzen der Entwicklung hin zu einer „Partei Stalins“ waren im September 1925 in der KPD freilich nicht absehbar, und deshalb vollzog sich die Durchsetzung der im Offenen Brief niedergelegten Neuorientierung fast reibungslos. Eine Tagung des Zentralkomitees, zu der weitere wichtige Funktionäre aus dem Reich hinzugezogen wurden, billigte schon am 1. September das gerade publizierte Dokument mit großer Mehrheit.[363] Der politische Umschwung wurde auch von der bisherigen Mittelgruppe, darunter von Gerhart Eisler, unterstützt, was den Riss in den Beziehungen zu seiner Schwester vertiefte.[364]

Zwar blieben Ruth Fischer und Arkadij Maslow noch bis zum November Mitglieder des Polbüros. Ihre innerparteiliche Macht war jedoch mit dem Offenen Brief gebrochen. Sie schieden ebenso wie Werner Scholem aus dem Politsekretariat aus und mussten damit die Parteiführung abgeben. Ruth Fischers Parteigänger Paul Schlecht wurde aus dem Polbüro entfernt. Josef Winternitz verlor den Posten als Abteilungsleiter für Agitation und Propaganda. Ernst Thälmann, der Journalist Philipp Dengel und Ottomar Geschke, ein gelernter Schlosser, bildeten als

362 Auf diesen Doppelaspekt der Wandlung der KPD zielt Hoppe, In Stalins Gefolgschaft, ab.

363 Vgl. SAPMO-BArch, RY1/I 2/2/6, Bl. 2: Konferenz des ZK mit Polsekretären und Redakteuren am 1. September 1925 sowie die Berichte in der *Roten Fahne* vom 2. und 3. September 1925. Zu den Umständen vgl. auch Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 126f.

364 Vgl. Fowkes, Communism, S. 134; Kinner, Der deutsche Kommunismus, S. 85f.

neues Sekretariat den Führungskern – und Thälmann, den noch zwei Jahre vorher niemand „auf der Rechnung" hatte, wurde erster Mann der Partei. Nunmehr trug er den Titel des Parteivorsitzenden nicht mehr nur der Repräsentation halber. Die Geschichte seines Aufstiegs ist auch die Geschichte seiner Unterschätzung – ganz so wie Stalins Aufstieg in Moskau auch deshalb gelang, weil ihn alle, auch Ruth Fischer, unterschätzt hatten.

Was bleibt von ihrem kurzen Wirken an der Spitze der KPD? Lassen sich positive Schlüsse daraus ziehen? Es fällt schwer, und dies nicht erst mit dem Wissen um das Scheitern des Sowjetkommunismus, ihre kurze Zeit an der Spitze der zweitstärksten kommunistischen Partei der Welt als Lichtblick zu deuten. Ihren Aufstieg in die wichtigste Führungsposition, die die KPD zu vergeben hatte, verdankte Ruth Fischer vor allem der hemmungslosen Agitation gegen das einzig erfolgversprechende linke Projekt in dieser Zeit: gegen die Arbeiterregierung. Die kurzlebigen Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen führten einsichtige Kommunisten und Sozialdemokraten zwar nicht zur *ultima ratio* der proletarischen Revolution, aber zu einer durchaus revolutionären Realpolitik zusammen. Hätten innerhalb der KPD wie der SPD jene Kräfte auf Dauer die Mehrheit gehabt, die zu einer solchen Politik bereit und fähig waren, wäre womöglich Deutschland stärker demokratisiert worden und nicht den Weg in den Abgrund gegangen, an dessen Ende Hitler stand. Sie – Kommunisten wie Heinrich Brandler und Paul Böttcher, Sozialdemokraten wie August Fröhlich und Erich Zeigner – scheiterten an ihrem wichtigsten Ziel, und dafür mussten nicht nur sie allein bezahlen.

Wenn es in Deutschland jemals eine Chance gab, dass die KPD sich in Richtung eines demokratischen Kommunismus hin hätte entwickeln können, an dessen Ende freilich der Bruch mit jeder Art von Avantgarde-Theorie gestanden hätte, dann war es im Sommer und Herbst 1923 gewesen, als nicht die sozialistische Revolution, wohl aber die Arbeiterregierung auf der Tagesordnung stand. Statt ihrer entstand unter Ruth Fischers Führung die bolschewisierte Partei.[365] Die ausgeschlagene Chance einer demokratisch orientierten KPD kehrte, so wissen wir heute, ebenso wenig wieder wie die Option auf Bildung einer Arbeiterregierung. Ruth Fischer tat alles, um beide Möglichkeiten von der Agenda der Politik zu streichen; und wer dies als „Erfolg" verbuchen mag, wird ihr den Erfolg nicht streitig machen.

---

365 Mit der Betonung der Bolschewisierung und Ruth Fischers Rolle als entscheidender Zäsur der KPD-Geschichte setzt die vorliegende Arbeit (ebenso wie z. B. Wilde, Ernst Meyer) andere Akzente als z. B. Klaus Kinner, der diesen Schnittpunkt auf die Jahre 1928/29 gelegt hat.

IV. Die kommunistische Außenseiterin (1925–1933)

Die Jahre ab 1925 wurden für Ruth Fischer zu Jahren der Außenseiter-Existenz. Hatte sie soeben noch im Zentrum der Aufmerksamkeit von Freund und Gegner gestanden, so musste sie nun erleben, wie ihre Aktivität, an der es ihr weiterhin nicht mangelte, außerhalb einer immer kleineren Gruppe kaum noch ein Echo fand. Noch aber war Ruth Fischer, wenn auch politisch entmachtet, Mitglied der KPD.

Der Ausschluss aus der KPD

Obgleich Ruth Fischer dem am 1. September 1925 in der *Roten Fahne* publizierten Offenen Brief des EKKI zugestimmt hatte, sprach sich einen Tag darauf die Leitung des KPD-Bezirkes Berlin-Brandenburg, ihrer Heimatorganisation, dagegen aus. Auch der Zentralvorstand des Bezirkes erklärte sich gegen den Inhalt des Briefes und wies die Kritik an Ruth Fischer mit 48 gegen 22 Stimmen zurück.[1] Ruth Fischer war zugleich voller Sorge, da Arkadij Maslow seit dem 1. September in Leipzig vor Gericht stand. Natürlich ging es nicht mehr um den angeblichen Handtaschendiebstahl. Die Anklage lautete auf Hochverrat. Die Bezirksleitung sandte ihm ein Grußtelegramm zu, in dem es hieß: „Der fanatische Hass unserer Klassenfeinde, durch den Staatsgerichtshof gegen Dich gewendet, ist Bestätigung Deiner unerschrockenen, aufrechten, konsequenten revolutionären Arbeit im Geiste Lenins und im Geist der Komintern. Vertrau auf uns in jeder Situation! Dir unseren Handschlag!“[2] Maslow wurde im Sinne des Republikschutzgesetzes zu einer Haft von vier Jahren verurteilt.[3]

1 So der Bericht Heinz Neumanns. Vgl. Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii (RGASPI), Moskau, Fonds 495, Bestand 293, Akte 57, Bl. 15: Förster [Neumann] an Grigorij Sinowjew, Brief vom 7. September 1925.

2 Das Telegramm ist abgedruckt im Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, 17. Februar bis 15. März 1926, Berlin 1926, S. 206.

3 Vgl. die Kopie des Gerichtsprotokolls in: Historisches Archiv der KPD im Bundesarchiv Berlin, SAPMO-BArch, RY 1/I 2/711/30: Juristische Zentralstelle. – Der sozialdemokratische *Vorwärts* schrieb, der bezweifelbare Grund für Maslows Inhaftierung (der ihm zur Last gelegte, fingierte Handtaschendiebstahl am 20. Mai 1924) hätte wohl kaum zu einer solchen Haftstrafe geführt, wäre Maslow Reichsdeutscher und nicht sowjetischer Staatsbürger gewesen. Das Urteil im Maslow-Prozess, in: Vorwärts vom 11. September 1925.

Bereits am 1. September, dem Tag der Veröffentlichung des Offenen Briefes, stimmten nach Druck der neuen KPD-Spitze die Politischen Sekretäre (die Polleiter) der KPD-Bezirke und die Chefredakteure der KPD-Bezirkszeitungen mit 44 zu 6 Stimmen dem Dokument zu.[4] Thälmann setzte daraufhin die Berliner Bezirksorganisation unter Druck: Sie müsse „auf jedes Versteckspiel verzichten und sich offen aussprechen: Für oder gegen die Komintern, für oder gegen ihren Brief, für oder gegen die neue Linie. Eine Stellungnahme ‚für' mit Bedenken und ‚gegen' mit Vorbehalten in den Grundfragen der Partei ist unmöglich und unwürdig."[5]

Im Ergebnis dieses Artikels und nach einer Intervention des nach Berlin gekommenen EKKI-Funktionärs Otto Kuusinen erklärte der Berliner Bezirksvorstand am 11. September, er lehne nur die Stellen des Offenen Briefes ab, die sich gegen Ruth Fischer und Arkadij Maslow richteten, wolle aber keinesfalls die Komintern kritisieren.[6] Josef Winternitz, doch auch Max Hesse, der selbst der Arbeiterklasse entstammte, wiesen die Gegenüberstellung von „guten" Arbeitern und angeblich „bösen" Intellektuellen zurück.[7] Neumanns Urteil: „Im Reich steht jetzt so ziemlich alles hinter uns", also hinter Thälmann und ihm selbst, war somit verfrüht.[8] Neumann übersandte Manuilskij die Materialien des Prozesses gegen Maslow und behauptete wahrheitswidrig, Maslow habe sich feige verhalten, und dies verdiene den Ausschluss aus der Partei oder zumindest dem ZK; eine Forderung, mit der er auch Sinowjew geradezu bedrängte.[9]

Ende September wurde Ruth Fischer auf Anweisung Stalins nach Moskau beordert. Zu ihrer Überraschung wurde ihr dort bedeutet, sie müsse vorerst länger

Ungeachtet der internen Auseinandersetzungen übte die *Rote Fahne* Solidarität mit Maslow.

4 Vgl. RGASPI, Fonds 495, Bestand 293, Akte 57, Bl. 5: Förster [Neumann] an Bucharin, Brief vom 4. September 1925; RF vom 2. September 1925.

5 Ernst Thälmann, Um den Kurs der Berliner Organisation, in: RF vom 10. September 1925, auch (leicht verändert) in: Ders., Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin [DDR] 1956, S. 130.

6 So auch Heinz Neumanns Bericht an Sinowjew. Vgl. RGASPI, Fonds 495, Bestand 293, Akte 57, Bl. 19–23: Förster [Neumann] an Sinowjew, Brief vom 10. September 1925.

7 Einzelheiten bei Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD, Bd. 1, Frankfurt 1969, S. 129–131, und Ben Fowkes, Communism in Germany Under the Weimar Republic, New York 1984, S. 134–137, denen diese Darstellung hier folgt.

8 RGASPI, Fonds 495, Bestand 293, Akte 57, Bl. 25: Förster [Neumann] an Sinowjew, Brief vom 15. September 1925.

9 Vgl. ebd., Bl. 28: Förster [Neumann] an Dmitrij Mauilskij, Brief vom 18. September 1925, und ebd., Bl. 30: Brief an Sinowjew (gleiches Datum).

verbleiben. Sie wurde formell bei der Komintern angestellt und konnte die Debatten in der KPD nur aus der Ferne verfolgen.[10]

Diese Debatten wurden auf der 1. Reichsparteikonferenz der KPD am 31. Oktober und 1. November in Berlin fortgesetzt. An ihr nahmen 253 Delegierte teil, von denen noch 26 die Ultralinken unterstützten.[11] In deren Vorfeld hatten Ernst Meyer, Paul Frölich und Gerhart Eisler, Thälmanns Kurs nicht ahnend oder verkennend, ihm ihre Unterstützung angeboten.[12] Doch auch Ruth Fischer schrieb aus Moskau, sie stehe „voll und ganz auf der Seite des EKKI und des ZK." Jeder Kommunist müsse „sein Möglichstes tun, damit die Konferenz Schluss macht mit den ultralinken Fehlern und Abweichungen vom Bolschewismus, die uns in der unmittelbaren Vergangenheit so sehr gehemmt haben."[13] Diese Erklärung half ihr nicht, sondern wurde als bloßes taktisches Ausweichmanöver gesehen. Zwar erklärte auch Thälmann im Hauptreferat, die Ultralinken seien zur Hauptgefahr in der Partei geworden. Er ließ aber keinen Zweifel daran, dass dies Fischer und Maslow einschloss. Deren falsche Politik habe die KPD von breiten Arbeiterschichten isoliert, den Verlust wichtiger Positionen in den Gewerkschaften nach sich gezogen und eine „kominternfeindliche Stimmung" erzeugt. Winternitz' Entgegnung, wonach Fischer und Maslow die Bolschewisierung der Partei vorangetrieben und zuletzt die Ultralinken bekämpft hätten, entsprach zwar den Tatsachen, blieb aber ohne jede Wirkung.[14] Die Parteimitgliedschaft und nicht zuletzt die mittlere Funktionärsriege der KPD trugen sehr rasch den Wünschen der neuen Führung und ihrer Gönner in Moskau Rechnung: Ruth Fischer und Arkadij Maslow verlo-

---

10 Sie bezog daher von der Komintern-Geschäftsleitung auch ein Gehalt, dessen Höhe nicht angegeben wurde. Vgl. ebd., Fonds 495, Bestand 205, Personalakte Nr. 8644 (Fischer, Ruth [Rut]): Lebenslauf (in russischer Sprache), von anderer Seite erstellt.

11 Vgl. den ganz Ernst Thälmanns Linie verpflichteten Artikel von Eberhard Czichon, Auf neuem Kurs. Vor 85 Jahren tagte in Berlin die 1. Reichsparteikonferenz der KPD. Orientierung auf Einheitsfront- und Bündnispolitik, in: Junge Welt vom 30. Oktober 2010.

12 Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/66, Bl. 11–16: Paul Becker, Paul Frölich, Gerhart [Eisler] und Ernst Meyer an Ernst Thälmann, Brief vom 17. Oktober 1925 mit Nachtrag, so in: Florian Wilde, Ernst Meyer (1887-1930) – vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus, Diss., Hamburg 2011, S. 415. Dabei hatte Meyer durchaus Vorbehalte: In einem Brief an Franz Klinger nach Moskau vom 3. Oktober 1925 schrieb er, die Gruppe um Thälmann habe sich noch nicht vom Denken Fischers und Maslows gelöst. Der Brief ist abgedruckt in: Weber, Wandlung, Bd. 1, Dokument 5, S. 412–425.

13 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/2/4: KPD, Konferenzen, Sitzungen und Beratungen des Zentralausschusses Reichsparteikonferenz der KPD, Brief Ruth Fischers vom 28. Oktober 1925. Diese Quelle erhielt ich von Ralf Hoffrogge in Abschrift.

14 Die erste Reichskonferenz der KPD, in: RF vom 3. November 1925, 2. Beilage. Winternitz erscheint unter dem Namen Lenz.

ren ihren Sitz im Polbüro. Thälmann konnte als Parteivorsitzender nunmehr schalten und walten.

Doch noch immer besaßen die Anhänger der „Fischer-Maslow-Gruppe" starke Bastionen in einigen KPD-Bezirken, neben Berlin-Brandenburg auch in der Pfalz, in Westsachsen, in Hessen, Niedersachsen und an der Ruhr. Die KPD-Spitze reagierte mit einer Politik, die bald als „Wegloben" bezeichnet wurde: Sie berief einige der Bezirkssekretäre oder deren Mitarbeiter, die der früheren Parteiführung nahestanden, nach Berlin. Andere wurden durch Drohungen und Versprechungen diszipliniert. Viele bangten auch um ihre berufliche Anstellung bei der Partei.[15]

„Eine solche Anstellung", schrieb Ruth Fischer nicht ohne Sarkasmus, „war ein von vielen deutschen Kommunisten eifrig gesuchter Hafen. Die Gehälter waren erheblich höher als in entsprechenden deutschen Betrieben, die Arbeitszeit war kürzer, und man hatte auch sonst Vorteile. Angestellte der russischen Handelsvertretung in Berlin konnten zum Beispiel Motorräder, Pelzjacken und ähnlichen Luxus mit beträchtlichem Rabatt kaufen und konnten mit ihren Familien billige Ferien in Russland verbringen oder in russische Sanatorien gehen. Prestigegewinn und soziales Ansehen begleiteten diese materiellen Vorteile. Viele Revolutionäre, denen durch ihre kommunistische Aktivität Karrieren in der Weimarer Republik verschlossen waren und die solche Opfer nunmehr in einer Periode ‚relativer Stabilisierung' für sinnlos hielten, fanden im Dienste des russischen Staates einen Ersatz. Diese Karrieren änderten grundlegend die materiellen und psychologischen Bedingungen ihres Daseins."[16] Mochte Ruth Fischer hier zu sehr verallgemeinern, die Tendenz war offensichtlich: Es war auch Moskauer Geld, das die KPD-Funktionäre gefügig machte.

Nun setzten die Treueerklärungen zugunsten von Thälmann ein. Als einer der ersten sagte sich Josef Winternitz von Fischer und Maslow los. Ihm folgte Hermann Jacobs.[17] Walter Ulbricht wurde aus Moskau zurückgeholt, wo er zeitweilig

15 Vgl. für Einzelheiten bei unkritischer Übernahme der Position Thälmanns Eberhard Czichon/Heinz Marohn unter Mitarbeit von Ralph Dobrawa, Thälmann. Ein Report, Bd. 1, Berlin 2010, S. 259f.

16 Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt [1950], S. 612.

17 Jacobs emigrierte über die Schweiz und Frankreich 1937 in die USA nach Los Angeles, wo er unter dem Namen Martin Hall ein bekannter kommunistischer Aktivist wurde. Er verstarb 1975 als KP-Mitglied. Vgl. zu ihm den Report on Communist Activities in California. Eleventh Report of the Senate Fact Finding Subcommittee on Un-American Activities, Sacramento 1961, S. 123f. (jetzt auch im Internet einzusehen unter http://texts.cdlib.org/ view? docId=kt396n99b3&doc.view=entire_text).

bei der Deutschen Delegation gearbeitet hatte. Er hatte die Phase der Zurücksetzung unter Ruth Fischer nun überstanden und befand sich auf dem Weg nach oben. Schließlich gelang es der Thälmann-Führung am 17. und 18. Dezember, die Berliner Bezirksorganisation in ihre Hände zu bekommen: Auf dem Bezirksparteitag kandidierte Hermann Remmele für die Funktion des Polleiters gegen den Ultralinken Hugo Urbahns. Remmele gewann zwar die Abstimmung, doch nur sechs Tage darauf erhielt auf einer Parteiarbeiter-Konferenz eine gemeinsame Resolution der (eigentlichen) Ultralinken und der Fischer-Maslow-Anhänger beinahe die Mehrheit.[18] Nunmehr beschloss die Thälmann-Führung, in der Sprache des Werftarbeiters, „klar Schiff" zu machen und sich von ihren innerparteilichen Rivalen zu trennen.

Nach der Wahl Remmeles schritt die neue Leitung zur Tat. Sie stellte das Erscheinen des *Funken*, der Berliner Lokalzeitung der Partei, für sechs Monate ein.[19] Noch vor Jahresende 1925 beauftragte die Parteiführung Franz Dahlem und Josef Gutsche, die Anhänger Fischers und Maslows statutenwidrig aus der Leitung der Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg und aus dieser selbst auszuschließen. Nach einigen Anlaufproblemen wurde diese Aktion schließlich, so Gutsche, „mit Erfolg durchgeführt."[20]

Am 8. Januar 1926 berief die Bezirksleitung Hannover eine Konferenz ein, die über den Ausschluss von Iwan Katz beriet. Dieser war Abgeordneter des Preußischen Landtages, leitete die kommunalpolitische Abteilung der KPD und hatte in Hannover seine „Hausmacht". Die Tagung sprach sich mehrheitlich gegen den Ausschluss des populären Ultralinken aus. Daraufhin startete die lokale Parteizeitung eine Kampagne gegen Katz, lehnte jedoch den Druck seiner Gegendarstellung ab, woraufhin er mit seinen Anhängern am 11. Januar das Pressegebäude besetzte. An den folgenden Schlägereien waren auf beiden Seiten Angehörige des Roten Frontkämpferbundes beteiligt. Die herbeigerufene Polizei vertrieb die Katz-Gruppe aus dem Gebäude. Katz und seine Anhänger wurden aus der Partei ausgeschlossen. Sie gründeten daraufhin eine KPD-Opposition/Linke KPD, die

18 Vgl. die Berichte in: RF vom 24. und 25. Dezember 1925, 2. bzw. 3. Beilage, sowie Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 139.

19 Vgl. Fowkes, Communism, S. 135. Als das Blatt wieder erschien, befand es sich ganz auf der Linie der Thälmann-Führung. Vgl. z. B. Wilhelm Pieck, Der Bankrott der parteifeindlichen Gruppe, in: Der Funke, Nr. 5/1926, S. 2, Wiederabdruck in: Wilhelm Pieck, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 3, Berlin [DDR] 1961, S. 453–456, ebenso Ernst Thälmann, Zum Bezirksparteitag, in: Der Funke, Nr. 6/1926, auch in: Ders., Reden und Aufsätze […], Bd. 1, S. 196f. Im Februar 1926 wurde Pieck Berliner Orgleiter.

20 SAPMO-BArch, SgY 30/1406, Bl. 14: Bestand Erinnerungen, Gutsche, Josef (Sepp).

aber ohne jeden Einfluss blieb.[21] Es blieb anderen Ultralinken wie Rosenberg, Scholem und auch Korsch (dem dies schwerfiel) nichts anderes übrig, als sich von Katz zu distanzieren, um dem Parteiausschluss zu entgehen. Doch gaben sie dem ZK die Hauptschuld an der Zuspitzung der Vorgänge.[22]

Ende 1925 kam es zu einer temporären Wirtschaftskrise, die der KPD und ihrer entschiedenen Kapitalismuskritik nach den rückläufigen Tendenzen der letzten Jahre wieder einen Zulauf brachte. Dies zeigte sich im Februar 1926 bei den Wahlen der Ortsleitungen in verschiedenen Gewerkschaften, bei denen die KPD-Kandidaten besser als erwartet abschnitten.[23] Dies war jedoch auch der Tatsache zu danken, dass sich die Partei unter Thälmann wieder stärker um die Gewerkschaften bemühte, als dies unter Fischer und Maslow generell der Fall gewesen war. So erhöhte sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad unter KPD-Mitgliedern in Oberschlesien zwischen September 1925 und April 1926 von etwa 42 auf 52 Prozent, im Ruhrgebiet im Laufe des Jahres 1925 von 75 auf 90 Prozent, und sogar in Berlin-Brandenburg, Ruth Fischers einstiger Domäne, zwischen 1924 und 1927 von unter 30 auf 55 Prozent.[24] Entgegen Ruth Fischers späteren Behauptungen nahm sogar die Diskussionsfreudigkeit innerhalb der Partei zunächst zu. Eine Fragebogenaktion, die die neue Parteiführung im Herbst 1925 startete und deren Antworten gewiss mit Vorbehalt gelesen werden müssen, zeigte dennoch unzweideutig, dass an der Basis eine KPD-Spitze ohne Fischer und Maslow nicht unwillkommen war.[25] Die neue Führung konnte es sich leisten, zur EKKI-Tagung, die für Februar-März 1926 nach Moskau anberaumt war, sechs Vertretern der Opposition das Mandat zu erteilen.[26]

Das wichtigste, über den innerparteilichen Rahmen hinaus reichende Ergebnis, das die Thälmann-Führung der Politik des Offenen Briefes zuschrieb, war jedoch

---

21 Zur Gruppe um Iwan Katz vgl. Siegfried Bahne, Zwischen „Luxemburgismus“ und „Stalinismus“. Die „ultralinke“ Opposition in der KPD, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 9 (1961), Nr. 4, S. 359–383, bes. S. 366–370, und Otto Langels, Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt u. a. 1984, S. 82–92.

22 Vgl. Erklärung zu den Vorgängen in Hannover, in: Weber, Wandlung, Bd. 1, Dokument Nr. 7, S. 416f.

23 Vgl. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Neuausgabe Frankfurt 1976, S. 234.

24 Vgl. Ulrich Eumann, Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, Frankfurt u. a. 2007, S. 295–297. Für diesen und weitere, auf den folgenden Seiten verarbeiteten Hinweise bin ich Marcel Bois sehr zu Dank verpflichtet.

25 Die Fragebögen befinden sich im Bestand SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/64, Bl. 132–215: KPD, Polbüro, Bestand Fischer-Maslow-Gruppe.

26 Vgl. ebd., RY 1/I 2/3/6, Bl. 23–33: KPD-Polbürositzung vom 2. Februar 1926.

die im November 1925 gemeinsam mit der SPD und linksbürgerlichen Intellektuellen gestartete Kampagne zur entschädigungslosen Enteignung der deutschen Fürstenhäuser. Zwar scheiterte das Volksbegehren, an dem der parteilose Ökonom Robert René Kuczynski und für die KPD Ernst Meyer führend beteiligt waren.[27] Dennoch war es die wichtigste gemeinsame Massenaktion der Arbeiterparteien in der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik. Auch die Zustimmung der KPD zum Knappschaftsgesetz, das die Interessen der Arbeiter im Bergbau regelte, sowie die Tolerierung der von SPD und DDP gestellten Koalitionsregierung in Mecklenburg-Schwerin durch die KPD ließ Hoffnung auf eine konstruktive Linkspolitik keimen.[28] In der KPD wuchs zaghaft die Erkenntnis, dass die bürgerliche Demokratie auch den Kommunisten für ihren täglichen Kampf Vorteile bot.[29]

Doch in der Partei hatten Thälmanns Kritiker immer weniger zu bestellen. Auf einer Reichskonferenz der verschiedenen Oppositionsgruppen am 24. Januar 1926 in Berlin brachen Meinungsverschiedenheiten unter ihnen auf. Scholem und Rosenberg wandten sich gegen Korschs Auffassung, mit der Katz-Gruppe weiterhin zusammenzuarbeiten. Sie verließen die Tagung, als keine Einigung möglich war. Auf einer weiteren Konferenz brach die Weddinger Opposition um Hans Weber Anfang März mit der Gruppe um Korsch.[30] Die um Korsch verbliebene Gruppierung nannte sich nun Entschiedene Linke und gab die Zeitschrift *Kommunistische Politik* heraus. Korsch suchte auch erste internationale Kontakte zum italienischen Linkskommunisten Amadeo Bordiga, zum früheren polnischen KP-Vorsitzenden Henryk Stein (Pseudonym Domski) und zum Moskauer Linkstrotzkisten Timofej Sapronow herzustellen.[31] Doch mussten sich die Korsch-

---

27 Vgl. zu Meyers Anteil am Zustandekommen dieser Initiative Wilde, Ernst Meyer, S. 427.

28 Diese Politik hieß der 11. Parteitag der KPD ausdrücklich gut. Vgl. Bericht über die Verhandlungen des 11. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Essen, 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927, S. 33f.

29 Vgl. Michael Stürmer, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928, Düsseldorf 1967, S. 155–162, und Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin/Bonn 1985, S. 270–289. Zum Volksbegehren vgl. auch die Detailstudien von Ulrich Schüren, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926, Düsseldorf 1978, und von Franklin C. West, A Crisis of the Weimar Republic. A Study of the German Referendum of 20 June 1926, Philadelphia 1985.

30 Vgl. zu dieser Gruppe Marcel Bois, Vergessene Kommunisten. Die „Weddinger Opposition" der KPD, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung Bd. 14 (2008), S. 58–67.

31 Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/64: KPD, Polbüro, Bestand Fischer-Maslow-Gruppe, Bl. 231: Die Probleme der deutschen Parteidiskussion. – Timofej Sapronow war in Moskau an der Gewinnung eines Arbeiter-Anhanges für Trotzki beteiligt, hatte dieser doch

Anhänger am 16. März wiederum von Katz distanzieren, da er, wie es in der Begründung hieß, Rote Kampfverbände propagiere sowie gegen die Partei und die Gewerkschaft auftrete.[32]

Die ultralinke Opposition gegen Thälmann zerfiel schneller als erwartet. Die Hoffnungen der KPD-Führung, „ein dauernder Kampf um die Führung" werde die verschiedenen Oppositionsgruppen lahmlegen, bestätigten sich.[33] Am 16. April 1926 kritisierte Korsch vor Redakteuren und Politsekretären der KPD sowohl Thälmann als auch Ruth Fischer; letzteres nützte ihm nichts, und wegen ersterer Kritik wurde er am 3. Mai aus der Partei ausgeschlossen.[34] Während Scholem an seiner Opposition gegenüber der Parteiführung festhielt, verließ Rosenberg die Ultralinken. Er unterstützte eine Zeitlang Thälmann und wurde schließlich zum Anhänger der von ihm lange bekämpften Richtung um Brandler. Im April 1927 trat er aus der KPD aus. Rosenbergs weitere Entwicklung als unabhängiger marxistischer Historiker und politischer Publizist, zuletzt im Exil auch als Linkszionist, ist an anderer Stelle geschildert worden.[35]

Ruth Fischer befand sich noch immer in Moskau. Um sie an einer Rückkehr nach Deutschland zu hindern, nahm ihr Ossip Pjatnitzkij als ranghoher Komintern-Funktionär den Pass ab.[36] Sie wurde im Hotel Lux, dem Aufenthaltsort der

vor allem Unterstützung unter Intellektuellen (und in kleinen Teilen der Roten Armee). Vgl. Robert V. Daniels, The Conscience of the Revolution. Communist Opposition in Soviet Russia, Cambridge (Massachusetts) 1960, S. 280.

32 Der Rest der Gruppe (zunächst um Katz) nannte sich ab Juni 1926 Spartakusbund, dem sich daraufhin wenige versprengte Linke, die bislang außerhalb der KPD standen, anschlossen. Die Gruppe blieb politisch ohne Bedeutung. Vgl. Langels, Die ultralinke Opposition, S. 99–103.

33 So formuliert es ein internes Rundschreiben, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/64, Bl. 437f.: KPD, Polbüro, Bestand Fischer-Maslow-Gruppe.

34 Korschs Rede, die seinen Ausschluss besiegelte, ist mit Dokumenten abgedruckt in: Karl Korsch, Politische Texte, hg. von Erich Gerlach und Jürgen Seifert, Frankfurt 1974, S. 70–113. Er trat dem Deutschen Industrie-Verband (DIV), einer kleinen, nicht dem ADGB angehörenden Gewerkschaft bei, zu deren Führung mit Richard Müller der Vorsitzende der Revolutionären Obleute in der Novemberrevolution gehörte. Der DIV wandte sich von Anfang an scharf gegen Stalin und die Unterdrückung der innerparteilichen Opposition in der Sowjetunion. Vgl. Ralf Hoffrogge, Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008, S. 200–202.

35 Vgl. Lorenzo Riberi, Arthur Rosenberg, Democrazia e socialismo tra storia e politica, Milano 2001, und Mario Keßler, Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943), Köln u. a. 2003.

36 Pjatnitzkij bereitete damals die Einrichtung eines „Sektionssekretariats für die Sowjetunion" bei der Komintern vor, das er ab März 1926 leitete. Über dieses Gremium war bislang kaum etwas in Erfahrung zu bringen. Vgl. G. M. Adibekov u. a., Organizacionnaja struk-

ausländischen Komintern-Mitarbeiter, einquartiert, wo sie, in ihren eigenen Worten, „zehn Monate praktisch als Staatsgefangene verblieb." Ruth Fischer war unter Bewachung und von jeder Verbindung mit der deutschen Partei abgeschnitten.[37] „Maslow war in seinem Berliner Gefängnis in seiner Freiheit weniger beschränkt als ich in meinem Moskauer Hotel", vermerkte sie noch über zwanzig Jahre später mit Bitterkeit. Er durfte seinen Anwalt Kurt Rosenfeld und Freunde treffen. „Ich war von der zunehmenden Feindschaft der russischen Partei-Hierarchie umgeben und systematisch isoliert, sowohl moralisch wie organisatorisch."[38] Obgleich ihr als Kandidatin des EKKI-Präsidiums die Teilnahme am 14. Parteitag der KPR(B) im Dezember 1925 zugestanden hätte, wurde ihr diese verweigert. Sie musste zusehen, wie gegen ihren Einspruch die Deutsche Delegation beim EKKI eine Resolution einbrachte, in der ihre Politik als „doppelte Buchführung" bezeichnet wurde, als Versuch, zwar in Worten den Offenen Brief des EEKI zu akzeptieren, ihn in der politischen Arbeit aber zu unterlaufen.[39]

Das Hotel Lux erlebte sie als freudlosen Ort. Im Zentrum Moskaus gelegen, „ausgestattet und möbliert im Rokoko-Stil der neunziger Jahre, war es gut erhalten, aber die Wasserleitung funktionierte nie, und es war von Wanzen und Ratten überlaufen. Rattenjagd war dort ein beliebter Zeitvertreib deutscher Kommunisten, die mit deutscher Beharrlichkeit darauf bestanden, Ratten, wenn man sie nur mit genügender Ausdauer bekämpfe, seien vertilgbar."[40] Das Hotel wurde rund um die Uhr von Geheimpolizisten bewacht, auch das Hotelpersonal war an der Überwachung der Ausländer beteiligt. Ruth Fischers Briefe nach Berlin wurden kontrolliert und teilweise abgefangen.[41] Immerhin konnte sie andere deutsche

---

tura Kominterna, Moskau 1997, S. 129, und Olaf Kirchner, Die „sowjetische Sektion" in der Komintern, in: Michael Buckmiller/Klaus Meschkat (Hg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, S. 251.

37 Sie konnte jedoch, so die DDR-offizielle Thälmann-Biographie, über den in Moskau arbeitenden Max Levien Kontakt zu Sinowjew halten. Vgl. Ernst Thälmann. Eine Biographie. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Günter Hortzschansky und Walter Wimmer, Berlin [DDR] 1979, S. 197.

38 Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 554.

39 SAPMO-BArch, RY1/I 6/3/47, Bl. 8: Deutsche Sektion beim EKKI, Resolution der Deutschen Delegation an das Exekutivkomitee der Komintern vom 22. Januar 1926.

40 Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 660.

41 Nach ihrer Ankunft im „Lux" hatte Ruth Fischer mehreren Anhängern, darunter Peter Maslowski, Fritz Schimanski und Ernst Torgler, geschrieben und ihnen Instruktionen über das weitere Vorgehen übermittelt. Die Briefe wurden abgefangen, dem EKKI-Sekretariat wurde darüber berichtet. Vgl. SAPMO-BArch, RY 5/I 6/10/80, Bl. 147f.: Politisches Sekretariat des EKKI, Büro Pjatnitzkij, Förster [Neumann] an die Genossen

Kommunisten und ihre Familien, die gleichfalls im „Lux" wohnten, besuchen. Sie sah dort auch ihre einstigen Widersacher Heinrich Brandler und August Thalheimer, mit denen sie aber damals keinen privaten Kontakt unterhielt.[42]

Zu Streitgesprächen mit ihnen kam es vor allem im Deutschen Klub, dessen Besuch für die deutschsprachigen Komintern-Mitarbeiter obligatorisch war, in dem aber auch eine Reihe ausländischer Zeitungen auslagen. Der Schweizer Paul Thalmann schrieb, dass er gemeinsam mit seinen deutschen Genossen die Lenin-Ecke, eine frühe Kultstätte, ausgestalten half, die Bibliothek mit verwaltete und Diagramme über die Entwicklung der sich damals stabilisierenden Sowjetwirtschaft anfertigte. Er fuhr fort:

„Alle ehemaligen und bestehenden Fraktionen der deutschen Kommunistischen Partei waren im Klub vertreten: Brandlerianer, Trotzkisten, Versöhnler, Ultralinke der Richtung Maslow-Ruth Fischer und natürlich Vertreter der Stalinschen Mehrheit. Einmal in der Woche fand eine allgemeine Klubversammlung mit Aussprache über politische Probleme statt. Das Moskauer Parteikomitee hatte zur Überwachung der Parteilinientreue einen Vertreter im Klub, eine kleine, schmächtige Frau, die treu und energisch ihre Pflicht erfüllte. Jedes Mal, wenn innerparteiliche russische Fragen aufs Tapet kamen, griff die Dame sofort ein und beendete ihre Intervention unweigerlich mit den Worten: ‚Genossen, Sie wissen ganz genau, dass Sie sich zu diesen Fragen nicht öffentlich äußern dürfen. Widrigenfalls muss ich dem Parteikomitee Bericht erstatten.' Das verfing aber keineswegs immer, denn im Unterschied zur russischen Partei bestanden im Klub noch gewisse demokratische Spielregeln. Die verschiedenen Richtungen waren sich meist darin einig, alle Strömungen zu Worte kommen zu lassen."[43]

Pjatnizkij und Kuusinen, Mitteilung vom 1. Dezember 1925. Am 23. Dezember 1925 schrieb Neumann an Leo Flieg, er habe dafür gesorgt, dass Ruth Fischers Briefe nach Deutschland abgefangen und kontrolliert würden, ebenso ein Brief Sinowjews an Paul Schlecht, der sich in ihrer Post befand. RGASPI, Fonds 495, Bestand 292, Akte 14, Bl. 356.

42 Organisatorisch gingen Ruth Fischer und Brandler ohnehin getrennte Wege: Während sie noch Mitglied der KPD war, wurde Brandler (wie bereits erwähnt) in die sowjetische Partei übernommen. Er trug die Mitgliedsnummer 687.179. Vgl. Jens Becker, „Außerhalb des Kampfes meiner Klasse hat das Leben für mich keinen Sinn ..." – Heinrich Brandlers wechselvolles Engagement für die Arbeiterbewegung, in: Klaus Kinner/Mario Keßler (Hg.), Zwischen den Fronten. Linkssozialisten in Deutschland 1918–1933, Leipzig 2003, S. 57 (unter Bezugnahme auf Brandlers Personalakte in: RGASPI, Fonds 494, Bestand 205).

43 Clara und Paul Thalmann, Revolution für die Freiheit, Stationen eines politischen Kampfes, Grafenau 1995, hier zit. nach der Internet-Ausgabe, dort S. 31. Obgleich Brandler und Thalheimer zu dieser Zeit wie Ruth Fischer in Moskau „kominterniert" waren, um einen

Der in Moskau weilende Heinz Neumann traf sich offiziell mit Ruth Fischer und schrieb voller Genugtuung nach Berlin, „dass sie von allen leitenden russischen Genossen, viel mehr als wir annahmen, isoliert, wirklich völlig isoliert ist. Niemand kümmert sich um sie, kein Exekutivmitglied hat in den letzten 14 Tagen auch nur mit ihr gesprochen." Rundheraus erklärte er ihr, dem ZK sei nicht bekannt, dass sie nach Deutschland zurückkehren wolle. Sie hatte vom Hinauswurf ihrer Anhänger aus politischen Funktionen erfahren und protestiere dagegen, so Neumann weiter – „kurz: der alte Quatsch."[44]

Überraschenderweise erhielt sie ein Angebot von Stalin. Nachdem sie gefordert hatte, Moskau verlassen und nach Wien fahren zu können, da ihr Vater schwerkrank sei, ließ ihr Stalin mitteilen, ihr Vater werde nicht nur zur medizinischen Behandlung nach Moskau eingeladen, sondern ihm würde auch eine Professur in der Sowjetunion angeboten. Eine Reise nach Wien sei für Ruth Fischer aber derzeit nicht möglich.[45] Ruth Fischer sah ihren Vater nie wieder: Rudolf Eisler starb am 13. Dezember 1926 in Wien.

Kurz vor dem anstehenden 6. EKKI-Plenum lud Stalin im Februar 1926 Ruth Fischer zu sich in sein Arbeitszimmer im Kreml. Dort versprach er ihr in freundlichen Worten alle Unterstützung, wenn sie sich politisch von Sinowjew trennen würde. Er seinerseits würde Thälmann veranlassen, die Kampagne gegen sie einzustellen. Wie das Gespräch ausging, überlieferte Ruth Fischer nicht, doch kann angesichts des Verlaufes der EKKI-Tagung kein Zweifel über das Ergebnis bestehen.[46] Dass Stalin mit gezinkten Karten spielte, zeigte sich auch daran, dass er Heinrich Brandler das gleiche Versprechen machte.[47]

Bucharin machte auf Ruth Fischer im Vergleich zu seinem Auftreten in den Komintern-Gremien einen deutlich besseren Eindruck. Er war, hielt sie fest, „von allen russischen kommunistischen Persönlichkeiten eine der menschlichsten und liebenswertesten." Er wollte, so Ruth Fischer weiter, „eine gemäßigte Politik; er wollte keine Übersteigerungen, weder gegenüber der Opposition in der Partei noch gegenüber den Bauern im Lande." Das Parteimonopol werde nicht bedroht, wenn man den Bauern gestatte, etwas Wohlstand und sogar Reichtum anzuhäufen. Doch musste Ruth Fischer über solche Unterhaltungen Stillschweigen bewahren.

---

treffenden Ausdruck Brandlers zu verwenden, dürfte sich ihr Kontakt auf Treffen im Deutschen Klub beschränkt haben.

44 RGASPI, Fonds 495, Bestand 292, Akte 14, Bl. 339: Heinz Neumann an Teddy [Thälmann], Braun, Dengel, Geschke, Flieg, Brief vom 16. Dezember.

45 Vgl. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 661.

46 Vgl. ebd., S. 662–664. Hiernach auch die folgenden Passagen und Zitate.

47 Vgl. Jens Becker, Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001, S. 271.

„Stalin ist immer noch weit davon entfernt, einen definitiven Sieg errungen zu haben", sagte ihr Sinowjew nach dem 14. Parteitag der Russischen KP Ende Dezember 1925. „Wir haben eine gute Chance, ihn zu schlagen. Wenn wir jedoch unsere Kräfte nicht wieder aufbauen, wenn wir die ganze Richtung der Entwicklung nicht radikal umkehren, dann wird dies das erste Glied in der Kette sein, die entweder zurück zum Kapitalismus führt oder zum Bonapartismus. Das Endresultat wird der weiße Terror in Russland und in Europa sein." Die Kader seien aber nicht gänzlich entartet; nicht alle folgten Stalin. Dessen Aufstieg sei nur mit dem Ausbleiben der Revolution im Westen zu erklären.

Sinowjew gestand zu, dass auch Stalins innerparteiliche Gegner zutiefst unschlüssig darüber seien, welche Art von Sowjetdemokratie der Diktatur entgegenzusetzen sei: ein Mehrparteiensystem oder ein Einparteisystem, jedoch mit Freiheit der Kritik und der Fraktionsbildung. „Wie die sozialistischen Volkstribunen des neunzehnten Jahrhunderts hatte Sinowjew einen messianischen Glauben an die unsichtbare Macht der einmal in Bewegung gebrachten Massen", notierte Ruth Fischer. Diese Volksmassen würden sich auf Dauer eine Diktatur, wie sie Stalin vorschwebte, nicht gefallen lassen.[48] Doch Stalin, der diesen Glauben keineswegs teilte, sosehr er ihm in Worten huldigte, wusste, dass gerade Sinowjew jene Massen, soweit sie der kommunistischen Bewegung zugehörten, diszipliniert und dem Willen der Komintern-Führung unterworfen hatte. Er, Stalin, würde die Früchte dieses Tuns ernten, nicht Sinowjew und schon gar nicht Ruth Fischer.

Seit dem Herbst 1925 hatten sich die Gegensätze zwischen Sinowjew, Stalin und ihrer jeweiligen Anhängerschaft zugespitzt. Auf dem 14. Parteitag der KPR(B) ging es um die Frage, die bereits den inhaltlichen Streit zwischen Stalin und Trotzki gebildet hatte, nämlich ob der endgültige Sieg des Sozialismus in Sowjetrussland möglich sei ohne die siegreiche Revolution in anderen Ländern. Indem die Resolution der Stalin-Seite eine klare Mehrheit erhielt, konnte über den Ausgang des Machtkampfes kein Zweifel mehr bestehen, doch wurden die Kontroversen vor der internationalen Öffentlichkeit noch weitgehend verschleiert, obgleich sie unter Funktionären der KPD sehr gut bekannt waren. So behielt Sinowjew vorerst auch den Vorsitz des EKKI, obgleich dessen Politik zunehmend von den Anhängern Stalins und Bucharins bestimmt wurde.[49]

Auch das 6. EKKI-Plenum versuchte im Februar-März 1926, die Einheit beider Lager zu demonstrieren, setzte aber Stalins und Bucharins Politik um. Die Abrechnung mit der Fischer-Maslow-Führung, die Sinowjew ganz preisgeben musste, fand ihren Abschluss.

48 Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 667.

49 Für Einzelheiten vgl. u. a. Daniels, The Conscience of the Revolution, S. 265f.

Die deutsche Frage war ein Hauptthema der Tagung. Das EKKI bildete zu ihrer Behandlung eine Deutsche Kommission. Die Machtverhältnisse zeigten sich, indem Stalin deren Vorsitz übernahm.[50]

In seinem Eröffnungsreferat unterstrich Sinowjew, die Bolschewisierung der Komintern-Parteien sei nicht an ihrem Ende angelangt, sondern müsse weitergeführt werden.[51] Dies bedeutete, dass auch weiterhin als parteifeindlich angesehene Kräfte als solche benannt, isoliert und schließlich aus den Reihen der Bewegung entfernt werden sollten. Sinowjew nannte den Offenen Brief des EKKI vom 1. September 1925 „eines der glücklichsten Dokumente der Komintern" und betonte, gerade in einer nicht-revolutionären Situation dürften den Ultralinken keinerlei Zugeständnisse gemacht werden.[52]

Bucharin wies die Behauptung der Ultralinken zurück, die Komintern verwandle sich mehr und mehr in ein Instrument des russischen Staatsinteresses. Neben Korsch und Katz griff er auch Ruth Fischer an und zitierte aus einem Brief, den sie am 9. Januar aus Moskau an Paul Schlecht geschrieben, der aber von Dritten mitgelesen oder abgefangen worden war. „Was mit der Kommunistischen Internationale wird, ist mir vollkommen unbekannt", hieß es darin. „Wir hören hier Stimmen, dass die russische Partei für Amsterdam, für die Liga der Nationen ist." Mit Amsterdam war die sozialdemokratische Gewerkschafts-Internationale gemeint, die dort ihren Sitz hatte, die Erwähnung der Liga der Nationen bezog sich auf mögliche Bestrebungen der Sowjetunion, dem Völkerbund beizutreten (League of Nations war dessen englische Bezeichnung). Aus einem gleichfalls mitgelesenem Brief an Maslow zitierte Bucharin Ruth Fischer wie folgt: „Der V. Kongress liegt in Scherben. Der Traum der Bolschewisierung ist ausgeträumt."[53]

Auch Stalin griff die mit ihren „‚Kenntnissen' prahlenden Intelligenzler" der Ultralinken an und forderte Thälmann auf, „die Intellektuellen in Dienst zu nehmen, wenn sie der Arbeitersache dienen wollen oder […] sie zum Teufel [zu] jagen, wenn sie um jeden Preis kommandieren wollen." Die Tatsache, dass im jetzigen ZK der KPD Arbeiter überwiegen würden, sei „ein großer Vorzug der deutschen Kommunistischen Partei." Er zog Werner Scholems Forderung, wonach alle kritischen Stimmen innerhalb der kommunistischen Bewegung, zu denen auch Brandler und Radek gehörten, in der Debatte Berücksichtigung finden sollten, ins Lächerliche. „Früher war Scholem gegen die innerparteiliche Demo-

50 Vgl. die Analyse der Tagung bei Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 142–149.

51 Vgl. Protokoll. Erweiterte Exekutive, S. 10, sowie das Tagungsmaterial in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/ 64, Bl. 449ff.: KPD, Polbüro, Bestand Fischer-Maslow-Gruppe.

52 Protokoll. Erweiterte Exekutive, S. 58f.

53 Bucharins Rede ist abgedruckt im *Westfälischen Kämpfer* vom 15. April 1926, hier zit. nach: Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 145.

kratie. Jetzt verfällt er ins andere Extrem, indem er sich für eine grenzenlose, durch nichts beschränkte Demokratie ausspricht. [...] Wir brauchen nicht jede Diskussion und nicht jegliche Demokratie, sondern eine solche Diskussion und eine solche Demokratie, die die kommunistische Bewegung in Deutschland fördern."

Noch schärfer ging Stalin mit der „Gruppe Ruth Fischer" ins Gericht: „Ich bin der Ansicht, dass von allen unerwünschten und negativen Gruppen der Kommunistischen Partei Deutschlands diese Gruppe die unerwünschteste und negativste ist. Einer von den ‚ultralinken' Proletariern ließ hier die Bemerkung fallen, die Arbeiter verlören das Vertrauen zu den Führern. Wenn das zutrifft, so ist das sehr traurig. Denn dort, wo das Vertrauen zu den Führern fehlt, kann es keine wirkliche Partei geben. Wer aber trägt die Schuld daran? Die Schuld daran trägt die Gruppe Ruth Fischer, ihre doppelte Buchführung in der Politik, ihre Praxis, das eine zu sagen und etwas ganz anderes zu tun, der ewige Widerspruch zwischen Wort und Tat in der Praxis dieser diplomatischen Gruppe. Die Arbeiter können kein Vertrauen zu ihren Führern haben, wenn die Führer im diplomatischen Spiel versumpft sind, wenn das Wort nicht durch die Tat bekräftigt wird, wenn die Führer das eine sagen und etwas ganz anderes tun."[54]

Auch Thälmann unterstrich, der innerparteiliche Hauptfeind stehe ultralinks. Die Basis jeder Debatte in der Partei sei der Offene Brief des EKKI. Er wiederholte, gegen Ruth Fischer gerichtet, Stalins Vorwürfe wörtlich. Die Kennzeichen ihres Regiments in der Partei seien eine „doppelte Buchführung gegenüber dem EKKI, persönliche Diktatur, Verkennung der Rolle der Partei" und „ein antidemokratischer innerparteilicher Kurs" gewesen.[55] Ernst Meyer betonte, die früheren Kritiker Thälmanns wären politische Toren und Narren, würden sie das heutige ZK nicht mit voller Kraft unterstützen und kritisierte in diesem Zusammenhang besonders Ruth Fischer, wobei auch die Auseinandersetzungen von 1923 noch einmal Erwähnung fanden.[56] Die alten Differenzen der Mittelgruppe mit der Parteiführung seien jedoch ausgeräumt und ohnehin weniger bedeutsam gewesen als die Auseinandersetzung mit den Ultralinken, sagte auch Clara Zetkin. „Ernst Meyer ist ein zehnmal so guter Revolutionär wie es Maslow ist und Genossin Fischer selbst."[57]

54 J. W. Stalin, Rede in der deutschen Kommission des VI. Erweiterten Plenums des EKKI, in: Werke, Bd. 8, S. 97–101.

55 Vgl. Protokoll. Erweiterte Exekutive, S. 633f. Thälmanns Rede ist auch abgedruckt in: Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin [DDR] 1956, stilistisch leicht verändertes Zitat S. 174.

56 Vgl. Protokoll. Erweiterte Exekutive, S. 589ff.

57 Ebd., S. 252.

Die angegriffene Ruth Fischer, die noch immer Kandidatin des EKKI-Präsidiums war, erhielt Rederecht. Zum letzten Mal sollte sie vor einem Forum des Weltkommunismus sprechen. Sie erklärte sich mit Sinowjews Referat „vollständig einverstanden" und erkannte die Tatsache der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland an. Weiterhin rief sie zum Kampf gegen „linke und rechte Abweichungen" auf und betonte, der Offene Brief sei „richtig und notwendig" gewesen. Sie habe ihn unterschrieben, da sie gewusst habe, was dieser Brief ausspreche, sei genau das, „was wir seit 2 Jahren im ZK durchgekämpft haben." Es gebe über die Richtung der Partei keine ernsthaften Meinungsverschiedenheiten zwischen ihr und den anderen Genossen; die Bekämpfung der ultralinken Abweichung sei die wichtigste Aufgabe.[58]

An anderer Stelle sagte sie: „Das deutsche Zentralkomitee hat diesen Offenen Brief nicht in der Linie der KI durchgeführt, es hat ihn durchgeführt als ein Instrument oder ein halbes Instrument der Rechten in der Partei, die sich sofort des Offenen Briefes bemächtigt hatten. Ich bin ganz ruhig in dieser Frage, die Zukunft wird zeigen, wer ein treuer Soldat der KI war und wer nicht." Die neue Führung um Thälmann habe den Offenen Brief zum Instrument gegen sie, Ruth Fischer, und ihre Anhänger umgeschmiedet, dabei jedoch dessen Inhalt bewusst falsch gedeutet.[59]

Werner Scholem hingegen stellte klar, er sei nicht nach Moskau gekommen, „um einen Canossa-Gang zu machen, nicht um einen Kniefall zu tun", sondern um zu erklären: „Ich unterschreibe keinen Brief, in dem ich als antikommunistisches, antibolschewistisches, ja als korruptes, von der Bourgeoisie gekauftes Element bezeichnet werde. Wir sind keine korrupten, von der Bourgeoisie gekauften Elemente, sondern die Vertreter linker Arbeiter und lassen uns auch von der Exekutive der Komintern nicht gefallen, dass man uns als antikommunistische, antibolschewistische Elemente bezeichnet. Wir überlassen es anderen, sich zu kompromittieren, wir überlassen es dem Geschmack der Genossin Ruth Fischer, diesen Brief zu unterschreiben. Wir tun das nicht […]."[60]

Die Tagung verabschiedete eine Resolution zur deutschen Frage, die Stalins Wünschen voll entsprach. Die Gruppe um Fischer und Maslow wurde als das gefährlichste Element unter den parteifeindlichen Strömungen bezeichnet, doch habe ihre Selbstliquidierung begonnen. Diese Gruppe habe die KPD in die politische Isolierung geführt. Heute komme es für Kommunisten im Gegensatz dazu darauf an, „unter günstigen Umständen" politische Teilforderungen aufzustellen,

58 Ebd., S. 163f.
59 Ebd., S. 597.
60 Ebd., S. 78.

„die geeignet wären, auch halbproletarische und kleinbürgerliche Schichten um sich zu scharen." Diese Orientierung galt zwar nur als taktische und temporäre, bei Änderung der Umstände jederzeit widerrufbare Maßnahme, war jedoch geeignet, die Politik von Ruth Fischer im Nachhinein einmal mehr zu verwerfen.[61] Wie nicht anders zu erwarten war, verloren Ruth Fischer und der noch immer im Gefängnis sitzende Arkadij Maslow ihre Positionen im EKKI. Ruth Fischers Bekenntnis zum Offenen Brief war als reines Lippenbekenntnis verstanden worden. Ihre Glaubwürdigkeit war schwer erschüttert und für viele in der Komintern schon dahin.

Im Namen der gestürzten Parteichefin lehnte Hugo Urbahns noch zwei Monate nach dem Plenum die Resolution zur deutschen Frage ab, betonte aber gleichfalls: „Der ‚Offene Brief' war richtig." Er forderte die Verschmelzung des „Zentrums", also des ZK um Thälmann, mit den „Linken" um Fischer und Maslow „zu einem bolschewistischen Kern."[62] Genau dies wollten Stalin und Thälmann ein für allemal unterbinden.

Fortan wurde um Thälmann allmählich ein Kult inszeniert, der, so Norman LaPorte und Kevin Morgan, zum Probelauf für den Stalinkult wurde. Die Verehrung für Thälmann, die auch einem Bedürfnis nach politischer Stabilität in der KPD entsprach, setzte früher ein als in jeder anderen kommunistischen Partei des Westens und selbst etwas früher als in der Sowjetunion, wo Stalin noch nicht der Alleinherrscher war.[63] Stalin war der *Chozjain*, der Boss, noch nicht der *Woshd*, der Führer.[64]

---

61 Erweiterte Exekutive (Februar/März 1926). Thesen und Resolutionen, Hamburg 1926, S. 48f.

62 RF vom 17. Mai 1926. Bei parteiinternen Abstimmungen innerhalb des Bezirkes Berlin-Brandenburg konnte im April und Mai 1926 die Fischer-Maslow-Gruppe, als deren Sprecher zunehmend Hugo Urbahns auftrat, noch etwa zwölf Prozent der Mitgliedschaft hinter sich bringen. Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/64, Bl. 453: KPD, Polbüro, Bestand Fischer-Maslow-Gruppe, sowie ebd., RY 5/I 6/3/432, Bl. 153f.: Deutsche Sektion beim EKKI, Informationsabteilung des EKKI, Mitteilung Nr. 86, Gesamtergebnis der Berlin-Brandenburger Parteidiskussion, Bericht vom 12. Juni 1926, nach einem Hinweis von Marcel Bois.

63 Vgl. Norman LaPorte/Kevin Morgan, „Kings among their Subjects"? Ernst Thälmann, Harry Pollitt and the Leadership Cult as Stalinization, in: Norman LaPorte u. a. (Hg.), Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Perspectives on Stalinization 1917–53, Houndmills/New York 2008, S. 124–145, bes. S. 127. – In der UdSSR setzte der Stalinkult Ende 1929 mit den Vorbereitungen zu Stalins 50. Geburtstag ein.

64 Vgl. Robert C. Tucker, Stalin in Power. The Revolution from Above, 1928–1941, New York/London 1990, S. 182.

„Noch konnte man nicht vom ‚Stalinismus' sprechen", schrieb auch Dominique Desanti in einer Untersuchung zur kollektiven Identität des Führungskorps der Komintern. „Die KP-Führer waren keineswegs alle, und schon gar nicht *bedingungslos*, ‚Männer Moskaus'."[65] Sie sollten es jedoch nach Stalins Willen sehr rasch werden. Auch deshalb begann die KPD nunmehr, sich in ihrer Repräsentationskultur, wie Eric Weitz anmerkte, an Traditionen anzulehnen, die nichts mit jenen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung zu tun hatten, vielmehr an die Liturgie der orthodoxen Kirche in Russland erinnerten, obgleich – oder gerade weil – Stalin den Einfluss dieser Kirche aus dem Alltagsleben verbannen wollte. Die Adaption kirchlich-russischer, in ihrer Essenz aber sowjetischer Rituale wurde, so Weitz, für die deutschen Kommunisten „eine Form politischer und psychologischer Kompensation ihrer eigenen fehlgeschlagenen Anstrengungen, den Kapitalismus zu überwinden."[66] Soweit konnte Ruth Fischer nicht gehen. Ihre Anhänger wurden nicht als verlässliche „Männer Moskaus" angesehen.

Ruth Fischers endgültige Kaltstellung vollzog sich, gemessen an den geräuschvollen Debatten der jüngeren Vergangenheit, beinahe lautlos. Zum Anlass wurde ihr Rückkehrwunsch nach Deutschland genommen.

Ein Rundbrief des ZK der KPD stellte klar, dass Ruth Fischers Bestreben, Moskau zu verlassen, eine eigenmächtige Handlung sei, die als Disziplinbruch gewertet werde.[67] So dauerte es noch bis Anfang Juni 1926, ehe Ruth Fischer ihren Pass zurückerhielt und nach Berlin ausreisen konnte, wo sie am 12. Juni eintraf.[68] Hu-

---

65 Dominique Desanti, L'Internationale communiste, Paris 1970, S. 130. Hervorhebung im Original.

66 Eric D. Weitz, Creating German Communism. From Popular Protest to Socialist State, Princeton 1997, S. 236.

67 SAPMO-BArch, RY1/I 2/3/64, Bl. 347: KPD, Polbüro, Bestand Fischer-Maslow-Gruppe, (undatiert) Rundbrief des ZK über die disziplinwidrige Rückkehr von Ruth Fischer nach Deutschland.

68 Vgl. RGASPI, Fonds 495, Bestand 205, Personalakte Nr. 8644 (Fischer, Ruth): Lebenslauf (in russischer Sprache). – Die deutsche und österreichische Presse hatte von Ruth Fischers Problemen, den Pass zurückzubekommen, erfahren und berichtete bereits im Februar 1926 darüber; vgl. den Artikel: Ruth Fischers Widerruf in Moskau, in: Vorwärts vom 26. Februar 1926, wo allerdings ein „Widerruf" eher vermutet als belegt wurde. Vgl. weiterhin die Notiz in der *Reichspost* vom 23. Februar 1926. Für den Berliner Korrespondenten der *Neuen Freien Presse* war Ruth Fischer bereits im Mai 1926 politisch tot; vgl. Wie Elfriede Friedländer abgesetzt wurde, in: Neue Freie Presse vom 29. Mai 1926. Die *Arbeiterzeitung* sah Ruth Fischers Abreise aus Moskau als Schlusspunkt ihrer Laufbahn in der KPD. Vgl. Die bestrafte Reise der Elfriede Friedländer, in: Arbeiterzeitung vom 8. Juli 1926. Sie berichtete jedoch auch (im Ton deutlicher Distanzierung) von Solidaritätsbekundungen österreichischer Kommunisten für Ruth Fischer. Vgl. Aus einer kleinen Dik-

go Urbahns war ihr bis Stettin entgegengefahren.[69] Sie rief sofort im Parteihaus an und verlangte, Thälmann zu sprechen. Sie betonte, dass für ihre Gesundheit die Rückkehr nach Deutschland absolut dringlich gewesen sei. „Auf die Frage, welches Urteil Ruth über die Partei habe, erklärte sie, das ihr erster Eindruck noch katastrophaler wäre, als sie es drüben in Moskau angenommen habe", hielt ein Bericht an die deutsche EKKI-Vertretung in Moskau fest. Philipp Dengel, der ebenfalls am Gespräch teilnahm, machte ihr klar, die Partei werde nicht zulassen, dass Ruth Fischer „sofort wieder mit Komödienspiel beginne."[70] Wie zu erwarten, verurteilte das Polbüro ihre eigenmächtige Abreise scharf und enthob Ruth Fischer auf einer Sitzung am 22. Juni nun auch formell „vorübergehend" aller politischen Funktionen.[71] Eine ZK-Tagung sanktionierte am 8. August den Beschluss.[72]

Ruth Fischer nahm dies nicht widerstandslos hin. Schon am 3. Juli teilte sie dem anberaumten Berliner Bezirksparteitag die Umstände ihres Zwangsaufenthaltes in Moskau mit und erklärte, „dass das Sekretariat des ZK der KPD hinter meinem Rücken von der Komintern kategorisch verlangte, dass *meine Rückkehr nach Deutschland mit allen Mitteln verhindert werden müsse*." Sogar eine mehrmals von ihr geforderte ärztliche Behandlung in Deutschland sei auf Betreiben des „*berüchtigten Heinz Neumann*" abgelehnt worden.[73] Ruth Fischer, die ihrem behandelnden Arzt Felix Boenheim sagte, sie habe seit 1919 keinen Urlaub mehr gehabt, bedurfte in der Tat der Erholung. In Folge einer frühkindlichen Herzbeutelentzündung litt sie an einer Herzmuskelschwäche, was ihr Atemnot und Kreislaufprobleme bereitete.[74]

tatur, in: Arbeiterzeitung vom 12. September 1926. Das *Archiv für publizistische Arbeit* vom 13. Februar 1936 und das *Munzinger-Archiv* vom 18. Februar 1936 vermerkten fehlerhafterweise, Ruth Fischer sei 1928 wiederum nach Russland gegangen. Alle Quellen befinden sich im Tagblattarchiv der Wienbibliothek im Wiener Rathaus, Personenmappe Fischer, Ruth.

69 Nach einem Bericht an das Polbüro wurde Ruth Fischer bei ihrer Ankunft am Bahnhof unter anderem von Max Hesse und Bruno Mätzchen erwartet. Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/64, Bl. 464: KPD, Polbüro, Bestand Fischer-Maslow-Gruppe.

70 Ebd., Bl. 320: An die Deutsche Vertretung beim EKKI, Brief vom 15. Juni 1926.

71 Ebd., RY 1/I 2/3/6, Bl. 128: Protokoll der Sitzung des Polbüros vom 22. Juni 1926.

72 Vgl. den Tagungsbericht in: RF vom 9. August 1926.

73 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/64, Bl. 73f: KPD, Polbüro, Bestand Fischer-Maslow-Gruppe, Ruth Fischer an den Bezirksparteitag der KPD, Berlin-Brandenburg, Brief vom 3. Juli 1926. Hervorhebungen im Original. Ruth Fischer konnte am Bezirksparteitag nicht teilnehmen.

74 Vgl. RGASPI, Fonds 495, Bestand 293, Akte 75, Bl. 53–59: Medizinisches Gutachten von Dr. Felix Boenheim, Berlin, vom 15. Juni 1926. Auch nach Ruth Fischer Ausschluss aus der KPD blieb Boenheim ihr behandelnder Arzt. Im US-Exil brach sie mit ihm.

Am 10. Juli wurde Arkadij Maslow amnestiert und aus der Haftanstalt Tegel entlassen. Zu seiner Entlassung versammelten sich – wie sich zeigen sollte: zum letzten Mal – eine große Anzahl von KPD-Mitgliedern, um den immer noch populären Politiker zu begrüßen.[75] Nach der ersten Wiedersehensfreude konnte er jedoch Ruth Fischer keine guten Nachrichten mitteilen. Im Zentralkomitee waren ihre Anhänger nur noch durch Hugo Urbahns, Paul Schlecht und Fritz Schimanski vertreten. Hinzu kam Hans Weber als Vertreter der Weddinger Opposition. Urbahns hatte die Frage aufgeworfen, welche Auswirkungen der Sieg des Sozialismus in einem Lande, der Sowjetunion, auf die Politik der KPD habe. Die Parteiführung hatte innerhalb der Berliner Organisation und zumal auf dem Bezirksparteitag im April eine Diskussion über diese Frage zunächst zugelassen, sie dann beenden wollen.[76] Eine solche Debatte dürfe aber das Zentralkomitee nicht einfach unterbinden, so Urbahns. Eine ZK-Erklärung machte deutlich, dass nur eine Antwort im Sinne der Stalin-Führung mit der Linie der KPD vereinbar sei.[77]

Die Degradierungen und Ausschlüsse der Anhänger Ruth Fischers, aber auch die Überwachung durch den Nachrichtendienst der Partei hatten ein solches Ausmaß erreicht, dass es nur eine Frage der Zeit war, wann auch sie selbst aus der Partei entfernt werden würde.[78] Ruth Fischer und Arkadij Maslow erklärten, sie benötigten jetzt Ruhe und Erholung. Deshalb würden sie sich zur Kur nach Bad Kissingen begeben.[79] Doch kamen sie nicht im unterfränkischen Kurort an, sondern sprachen auf Versammlungen an der Berliner Parteibasis sowie im brandenburgischen Senftenberg.[80] Angesichts der Kampagne sei sie gezwungen, trotz ihrer

75 Ein Bericht an das Politbüro sprach von rund fünfhundert KPD-Mitgliedern. Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/64, Bl. 474: KPD, Polbüro, Bestand Fischer-Maslow-Gruppe.

76 Vgl. die Berichte in: RF vom 27. April 1926 und die folgenden Ausgaben.

77 Vgl. die Erklärung ebd. 8. Mai 1926.

78 Vgl. Bernd Kaufmann u. a., Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937, Berlin 1993, S. 140–142. Der Nachrichtendienst war direkt den Polleitern unterstellt und damit der Kontrolle durch andere gewählte Gremien der Partei entzogen.

79 So Ruth Fischers Mitteilung an die Sitzung des Zentralkomitees vom 8. Juli 1926, in: SAPMO-BArch, RY1 I/2/1/44, Bl. 11: Tagungen des Zentralausschusses der KPD. Eine entsprechende Nachricht hatte sie bereits am 21. Juli 1926 dem EKKI (z. Hd. Gen. Pjatnitzkij) übersandt, vgl. RGASPI, Fonds 495, Bestand 293, Akte 75, Bl. 59.

80 Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/64, Bl. 484f., und Annelie Schalm (unter Mitarbeit von Michael Buckmiller), Ruth Fischer – eine Frau im Umbruch des internationalen Kommunismus 1920–1927, in: Buckmiller/Meschkat (Hg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, S. 145.

Krankheit „überall dort in der Partei zu sprechen", wo dies möglich ist, teilte Ruth Fischer dem EKKI mit.[81]

Am 11. August sprach sie als offiziell angekündigte Rednerin auf einer von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Lausitz ausgerichteten Parteiarbeiter-Konferenz. Sie berichtete über ihre Moskauer Erfahrungen und sagte: „Wir sehen in der Praxis, dass die Rationalisierung in Russland genauso durchgeführt wird wie in Deutschland." Es gebe dort eine „verlängerte Arbeitszeit bis 10 Stunden, Nachtarbeit der Frauen und schlechte Akkorde, Entlassungen ohne Zustimmung des Betriebsrates."[82] Mit ihrem Auftreten habe sie einen erneuten Disziplinbruch begangen, da sie angesichts der neuen Umstände nicht hätte sprechen dürfen, wurde ihr mitgeteilt. Daraufhin erklärte sie, dass sie ihr Recht als Parteimitglied wahrnehme. Sie scheute sich nicht, die Stalin-Führung zu kritisieren. „Nicht wir sind diejenigen, welche den Unglauben an die Revolution in die Massen werfen, [...] sondern der Genosse Stalin mit seiner relativen Stabilisierung", erklärte sie, sich damit gegen die Linie vom Aufbau des Sozialismus in einem einzigen Land wendend.[83] Man könne ihr nicht das Recht verwehren, innerhalb der Partei zu wirken.[84]

Die Gewitterwolken über ihrem Haupt aber zogen sich zusammen: Bereits am 6. August ließ das ZK durch Heinz Neumann nach einer Sitzung die Deutsche Delegation beim EKKI in Moskau wissen, „dass jetzt die Zeit gekommen ist, Maslow auszuschließen, wenn er nicht unverzüglich nach M. [Moskau] fährt. Man muss gewiss vorsichtig sein, aber im gegenwärtigen Augenblick würde eine Zeitverschleppung für Maslow arbeiten, da er ganz bewusst und mit allen Konsequenzen für die Spaltung arbeitet und versucht, alle oppositionellen Gruppen zu konzentrieren, was ihm bisher nicht gelang, aber in Zukunft gelingen könnte."[85] Da Maslow sowjetischer Staatsbürger war, fürchtete er, einmal in Moskau, dort festgehalten zu werden.

Zwei Tage später, am 8. August, erfuhr die Leserschaft der *Roten Fahne*, dass sich in der Sowjetunion die Gruppen um Trotzki und um Sinowjew zu einem

81 RGASPI, Fonds 495, Bestand 293, Akte 75, Bl. 60. Ruth Fischer an das Präsidium des EKKI, Brief vom 17. August 1926.

82 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/64, Bl. 434, nach einem Artikel in der *Leipziger Volkszeitung* vom 17. August 1926: KPD, Polbüro, Bestand Fischer-Maslow-Gruppe.

83 Ebd., Bl. 482.

84 Ebd., Bl. 481. Noch dreimal trat Ruth Fischer auf Parteiversammlungen auf, zweimal in Berlin und einmal in Senftenberg. Vgl. ebd., Bl. 484f.

85 RGASPI, Fonds 495, Bestand 292, Akte 25, Bl. 78: Moritz [Heinz Neumann] an die Deutsche Vertretung beim EKKI, Brief vom 6. August 1926.

Block zusammengetan hatten.[86] Offiziell ging es um die Frage, ob der Aufbau des Sozialismus in einem einzigen Land möglich sei und welche Auswirkungen dies für die internationale kommunistische Bewegung hätte. Auf einem ZK-Plenum der sowjetischen Partei im Juli war die Debatte darüber offen ausgebrochen.[87]

Weder Fischer und Maslow noch ihre Anhängerschaft hatten bislang als „Trotzkisten" gegolten, sondern allenfalls als Sympathisanten der bisherigen „Leningrader Opposition" um Sinowjew.[88] Ruth Fischer hatte in Moskau keine politischen Kontakte zu Trotzki unterhalten. „Nur weil Sinowjew, ihr Führer und Beschützer im Apparat, mit Trotzki ein Bündnis einging", schrieb Pierre Broué, „fanden sich Ruth Fischer, Maslow und Urbahns in einem Block mit Trotzki wieder."[89] Doch die Formierung eines Blocks der Vereinigten Opposition, wie sich diese Koalition nannte, bewog auch das ZK der KPD zum Handeln.

Bevor sie als mögliche Führungsfiguren einer innerparteilichen Opposition auftreten konnten, mussten Fischer und Maslow möglichst rasch aus der Partei entfernt werden. Formal wurde ihnen das Auftreten in den Berliner Basisgruppen während ihres angeblichen Kuraufenthaltes als wiederholte Täuschung der Partei und ihres ZK vorgeworfen. Zudem war Maslow bereits 1925 vorgehalten worden, er habe sich vor Gericht in seinem Verhalten eines kommunistischen Parteimitgliedes unwürdig gezeigt. Maslow hatte dies stets bestritten, doch blieb sein Dementi ohne Wirkung. Gemeinsam mit Ruth Fischer trat er auf verschiedenen Versammlungen von KPD-Ortsgruppen, doch auch mit Anhängern des ausgeschlossenen Karl Korsch inner- wie außerhalb Berlins auf. Fischer und Maslow appellierten an die Parteimitgliedschaft, sich mit ihnen gegen die versuchte Kaltstellung durch die Thälmann-Führung zu solidarisieren.[90] Nun wurden sie in der *Roten Fahne* als „Spalter" gebrandmarkt. Bündig hieß es: „Die zahlreichen, von dem Zentralkomitee unternommenen Versuche, Maslow und Ruth Fischer mit den Mitteln der Überzeugung und der parteigenössischen Beeinflussung zur Rückkehr auf die Parteilinie zu bewegen, sind gescheitert. Die Partei darf sich

86 Vgl. die Berichte in: RF vom 8. und 9. August 1926.

87 Vgl. Daniels, The Conscience of the Revolution, S. 276–278; Isaac Deutscher, Der unbewaffnete Prophet. Trotzki 1921–1929, 2. Aufl., Stuttgart 1972, S. 264–275.

88 Sinowjew leitete neben dem EKKI auch die Leningrader Parteiorganisation.

89 Pierre Broué, The German Left and the Russian Opposition, in: Revolutionary History, 2 (1989), Nr. 3, S. 21.

90 Vgl. die Materialien in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/64, Bl. 480ff.: Bestand Fischer-Maslow-Gruppe.

nicht länger durch eine kleine Gruppe von Spaltern an der Erfüllung ihrer ernsten Aufgaben hindern lassen."[91]

Mit dieser Begründung beschloss das ZK am 19. August 1926, Ruth Fischer, Arkadij Maslow und drei weitere Kritiker Thälmanns aus der KPD auszuschließen. Der Beschluss wurde mit allen Stimmen gegen zwei der Mitglieder Urbahns und Schlecht und eine Stimme des Kandidaten Schimanski gefasst.[92] Kein anderer als Bucharin war vom EKKI beauftragt worden, die Ausschlüsse ordnungsgemäß zu überwachen, wie auch die *New York Times* berichtete. Sie verglich Ruth Fischer mit der rebellischen Anarchistin Emma Goldman, die gleichfalls in Moskau in Ungnade gefallen war.[93] „Es ist anzuzweifeln, ob dieser Ausschluss von Führern, die lange das Vertrauen der Parteimitgliedschaft besaßen, letztlich zu einer ‚Linksopposition' oder sogar zu einer Spaltung der Partei führen wird", schrieb die Londoner *Times*.[94] In jedem Fall sei er sehr ernst zu nehmen. Die *Rote Fahne* schrieb, Fischer und Maslow gehörten zu den „kleinbürgerlichen Mitläufern des Proletariats", deren Losung „Gegen Moskau!" niemandem besser zupass komme als „dem Kriegsplan der Imperialisten."[95] Fortan wurden sie als Renegaten gebrandmarkt.

Zwischenspiel im Leninbund

„Der Bruch mit dem Kommunismus ist für jeden, der jahrelang seine besten Kräfte der revolutionären Bewegung gegeben hat, eine schmerzliche Operation – für manchen die Amputation eines Teils seiner Persönlichkeit. Der Exkommunist verlässt nicht einen Verein – er bricht mit einer Glaubens- und Lebensgemeinschaft. Er fällt aus einer vertrauten Welt heraus und muss sich in der fremden Welt des bürgerlichen Alltags neu orientieren. Er fühlt statt der emotionalen Treibhauswärme der ‚Bewegung' die kühle Luft der Vereinzelung und des Exis-

---

91 Nieder mit den Spaltern! Ausschluss von A. Maslow und Ruth Fischer aus der Partei, in: RF vom 20. August 1926, 1. Beilage.

92 Vgl. ebd. Die weiteren Ausgeschlossenen waren der Reichstagsabgeordnete Karl Tiedt sowie die Landtags-Abgeordneten Fritz Lossau und Peter Loqingen. Ruth Fischer wurde durch Moritz [Heinz Neumann] am 20. August brieflich von ihrem Ausschluss aus der Partei unterrichtet. Vgl. RGASPI, Fonds 495, Bestand 292, Akte 25, Bl. 93.

93 Bukharin Flies to Berlin to Expel Five Reds, Including Ruth Fischer, as Party Traitors, in: The New York Times vom 21. August 1926.

94 Ruth Fischer Expelled from the Party, in: The Times (London) vom 21. August 1926.

95 Nach der Ausstoßung der Renegaten in geschlossenen Reihen vorwärts!, in: RF vom 20. August 1926.

tenzkampfes, doch es ist die frische Luft der Wirklichkeit. Der Entschluss ist schwer, aber einmal wirklich erkämpft, schenkt er ein Gefühl der Erleichterung und Befreiung."[96]

Was Willy Brandt und Richard Löwenthal mit Bezug auf Ernst Reuter schrieben, galt nicht für alle, die der kommunistischen Welt den Rücken kehrten. Ernst Reuter oder Paul Levi hatten schweren Herzens, doch aus freien Stücken mit der KPD gebrochen. Dies traf für Ruth Fischer und Arkadij Maslow aber nicht zu. Zwar wurde ihnen im Verlaufe ihres immer ungleicheren Kampfes in den Jahren 1925 und 1926 klar, dass der Bruch mit der Partei nicht zu vermeiden war. Die Hoffnung auf Selbstbehauptung innerhalb der KPD war jedoch bis zuletzt erhalten geblieben. Nicht Fischer und Maslow hatten sich von der Partei getrennt, sondern die Partei sich von ihnen. Der Bruch schien nicht unumkehrbar, wie beide noch eine Zeitlang hofften. Ernst Reuter, um nur ihn zu nennen, suchte und fand hingegen seinen Platz in einer anderen Partei, der Sozialdemokratie, ohne dass er seine politischen Grundüberzeugungen gänzlich aufgeben musste. Sein Leben vollzog sich fortan jenseits des Kommunismus. Ruth Fischer und Arkadij Maslow jedoch blieben an die Denkwelt und letztlich auch an die Lebenswirklichkeit des Kommunismus gebunden. Ein Leben mit, und wie sich zeigen sollte, auch gegen Kommunisten war für Ruth Fischer denkbar, ein Leben ohne Kommunisten war es nicht.[97]

Sogleich nach ihrem Ausschluss legten sie und Maslow am 24. August 1926 Revision gegen die Entscheidung des ZK ein, die, wie erwartet, abschlägig beschieden wurde.[98] Unmissverständlich billigte bereits am 26. August eine Konferenz der Polleiter und Redakteure aus den Bezirken mit 83:7 Stimmen den Ausschluss.[99] Am 16. November riefen Fischer und Maslow das EKKI als höchste Instanz im Weltkommunismus an, um das Urteil der deutschen Partei anzufechten. Sie protestierten dagegen, ihnen „Unglauben, Defaitismus und Liquidatorentum" anzu-

---

96 Willy Brandt/Richard Löwenthal, Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, München 1957, S. 207.

97 Mathilde Montagnon geht so weit, Ruth Fischers Ausschluss aus der KPD mit dem Beginn eines „deutschen Exils" gleichzusetzen. Mathilde Montagnon, Ruth Fischer 1895–1961. Itinéraire d'une communiste oppositionnelle, Université Pierre Mendès-France, Institut d'Etudes Politiques, Grenoble 1998, S. 95. Dies aber spielt den wirklichen Bruch, die eine erzwungene Flucht aus dem Land bedeutet, herunter.

98 Das Revisionsbegehren befindet sich in: RGASPI, Fonds 495, Bestand 293, Akte 76, Bl. 48–51. Einen ausführlicheren, inhaltlich gleichlautenden Brief richteten Fischer und Maslow am gleichen Tag an das EKKI-Präsidium, vgl. ebd., Bl. 45–57.

99 Vgl. Frank Hirschinger, „Gestapoagenten, Trotzkisten, Verräter". Kommunistische Parteisäuberungen in Sachsen-Anhalt 1918–1953, Göttingen 2005, S. 68, unter Bezugnahme auf Berichte in der Hallischen KPD-Zeitung *Der Klassenkampf*.

lasten und hielten fest: „Wir waren es, die fortwährend betonten, dass gerade in der schweren und langwierigen Zeit der relativen kapitalistischen Stabilisierung die KP ihre *Grundsätze* klarer und bewusster in der alltäglichen Agitation und Propaganda hervorkehren muss, um den liquidatorischen sozialdemokratischen und kleinbürgerlichen Einflüssen gegenüber gewappnet zu sein.“[100]

Im Dezember reiste Ruth Fischer nach Moskau, um vor der Kontroll-Kommission des EKKI diese Position noch einmal darzulegen. Doch hatte sie wiederum keine Chance auf eine Korrektur des Beschlusses.[101] Im August 1927 sollte sie es nochmals versuchen: Den Antrag auf Wiederaufnahme in die KPD stellten Fischer und Maslow dann gemeinsam mit dreizehn anderen Oppositionellen, von denen einige wie Paul Schlecht oder Fritz Schimanski in den parteioffiziellen Kampagnen weniger scharf angegriffen worden waren als sie selbst. Es blieb beim Ausschluss.[102]

Gegen Fischers und Maslows Ausschluss wandten sich in manchen Parteibezirken, so im Ruhrgebiet, starke Minderheiten und in den beiden Berliner Stadtbezirken Wedding und Neukölln die Mehrheit der KPD-Mitgliedschaft.[103] Die Gärung zeigte sich, als am 1. September eine große Zahl von Parteifunktionären eine „Erklärung zur russischen Frage“ unterzeichnete, die als „Brief der Siebenhundert“ bekannt wurde. Darin bezogen sie öffentlich Stellung für die Vereinigte Opposition um Trotzki, Kamenew und Sinowjew. Sie forderten eine offene Diskussion über die „russische Frage“ in den Reihen der KPD und klagten die Parteiführung an, eine „unverantwortliche Geheimdiplomatie“ zu betreiben und dabei Mittel und Methoden einzusetzen, „die uns bis jetzt als die Methoden der deutschen Gewerkschaftsbürokratie zur Bekämpfung ihrer kommunistischen Todfeinde nur allzu bekannt“ waren. Die Parteipresse stehe der Opposition überhaupt nicht mehr zur Verfügung und die „wirklichen Gegensätze in unserer russischen

---

100 RGASPI, Fonds 495, Bestand 293, Akte 76, Bl. 63f.: Ruth Fischer u. a. an das EKKI, Erklärung vom 16. November 1926. Weitere Unterzeichner waren Hugo Urbahns, Werner Scholem und Wilhelm Schwan. Hervorhebung im Original.

101 Vgl. die Mitteilung in: SAPMO-BArch, RY1/I 2/5/33, Bl. 435: Sekretariat des ZK. Maslow reiste nicht mit. Vgl. auch ebd., NY 4036/520, Bl. 73–75: Bestand Wilhelm Pieck, Deutsche Delegation auf der VII. Erweiterten Exekutive: An die Mitglieder der Kommission in Sachen der Appellation Ruth Fischer, Scholem, Urbahns, Schwan (November 1926).

102 Vgl. die Mitteilungen in: RF vom 24. und 28. August 1927.

103 Vgl. Kurt Fischer, Die Organisationen der KPD zum Ausschluss von Maslow und Ruth Fischer, in: Die Kommunistische Internationale, 7 (1926), Nr. 12, S. 134. Auch Edwin Hoernle, der kein Parteigänger Ruth Fischers war, wandte sich gegen ihren und Maslows Ausschluss. Er wurde nach Stuttgart versetzt, wo er die *Süddeutsche Arbeiterzeitung* leitete, entging aber selbst dem Parteiausschluss.

Bruderpartei" würden nur verzerrt wiedergegeben. Zu den Unterzeichnern gehörten die Reichstagsabgeordneten Paul Schlecht, Werner Scholem, Max Schütz, Wilhelm Schwan und Hugo Urbahns und (unter anderem) die preußischen Landtagsabgeordneten Eugen Eppstein und Anton Grylewicz sowie das ZK-Mitglied Hans Weber und Fritz Schimanski, ZK-Kandidat. Auch Fischer und Maslow, wiewohl bereits aus der Partei ausgeschlossen, unterzeichneten.[104] Die Polizei vermeldete in einem Bericht vom 3. November die „große Beunruhigung" darüber nicht nur in der KPD, sondern auch in der sowjetischen Botschaft.[105] Das ZK der KPD sah in der Erklärung eine „antibolschewistische Schmähschrift", die „ganz offen die Parteispaltung" betreibe.[106]

Doch in der Sowjetunion, und dies sollte entscheidend für die Linksopposition in Deutschland werden, entwickelten sich die Dinge zu ihren Ungunsten. Kurz nach dem „Brief der Siebenhundert" suchte Trotzki, um Sinowjew und Kamenew vor der befürchteten Unterwerfung unter Stalin abzuhalten, diesem einen Waffenstillstand anzubieten. Doch verkannte Trotzki, dass er mit Stalin nicht mehr auf Augenhöhe verhandeln konnte. Am 4. Oktober 1926 wandten sich Trotzki und Sinowjew tatsächlich an das sowjetische Politbüro. Eine Woche darauf nahm Stalin das Angebot auf einen Waffenstillstand an. Zu den Bedingungen, die er jedoch stellte, gehörte die Forderung, die Vereinigte Opposition solle sich von ihren deutschen Bundesgenossen lossagen, darunter von Fischer und Maslow. Die Opposition akzeptierte dies. Eine entsprechende Erklärung erschien am 16. Oktober in der *Prawda*.[107] Sie wurde in der *Roten Fahne* nachgedruckt. Es hieß darin: „Wir halten für besonders unzulässig jedwede Unterstützung der Tätigkeit von

104 Vgl. RF vom 9. September 1926 und Vorwärts vom 13. September 1926, Abendausgabe, jeweils mit Auszügen aus der Erklärung. Diese ist vollständig abgedruckt in: Die Aktion, 16 (Ende September 1926), Nr. 9, Sp. 219–223. Wiederabdruck in: Leo Trotzki, Linke Opposition und IV. Internationale 1923–1926 (Schriften 3/1), Köln 1999, S. 671–680. Zu ihrem Zustandekommen vgl. Oskar Hippe, Und unsere Fahn' ist rot. Erinnerungen an sechzig Jahre in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1979, S. 92f. Die Liste der Unterschriften findet auch sich in einem Bericht des Reichskommissars für öffentliche Ordnung im Bundesarchiv: R 1507/1063g, Bl. 103f., 106–139. Auch diesen Hinweis erhielt ich durch Marcel Bois.

105 Ebd., R 1507/1063g, Bl. 46: Opposition in der KPD, Polizeibericht vom 3. November 1926.

106 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/64, Bl. 500f.: KPD, Polbüro, Bestand Fischer-Maslow-Gruppe, Beschluss des Zentralkomitees über die Erklärung zur russischen Frage der Opposition, 16. September 1926.

107 Vgl. J. W. Stalin, Über die Maßnahmen zur Milderung des innerparteilichen Kampfes, Werke, Bd. 8, S. 188f.; Daniels, The Conscience of the Revolution, S. 279f.; Deutscher, Der unbewaffnete Prophet, S. 284f.

Personen, die aus der Partei und der Komintern ausgeschlossen sind wie Ruth Fischer und Maslow."[108]

Auf einer Tagung von Parteifunktionären der Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg suchten die noch der KPD angehörenden Hugo Urbahns und Fritz Schimanski das Zurückweichen Trotzkis und Sinowjews herunterzuspielen. Diese Erklärung, schrieben sie in der *Roten Fahne*, zeige nicht die wahren Positionen der Vereinigten Opposition, sondern sei nur ein erzwungenes „Produkt der Drohungen und der Erpressungstaktik einer Stalinschen ZKK."[109] Zum letzten Mal hatte damit die innerparteiliche Opposition der KPD die Gelegenheit erhalten, sich im Zentralorgan der Partei zu äußern.

Für die deutsche Opposition war das Abrücken von Trotzki und Sinowjew natürlich ein schwerer Schlag. Eine vom ZK der KPD einberufene Konferenz der Parteiarbeiter forderte sie ultimativ dazu auf, die „verbrecherische Fraktionsarbeit" zu beenden.[110] Im Parteibezirk Erzgebirge-Vogtland tat sich mit Ernst Schneller als Polleiter ein ehemaliger Anhänger Fischers und Maslows in der Bekämpfung oppositioneller Tendenzen besonders hervor.[111] Die deutschen Oppositionellen seien noch schlimmer als ihre russischen Gesinnungsgenossen, sie seien verkappte und deshalb umso gefährlichere Menschewiki, schrieb einmal mehr Heinz Neumann:

„Es bildet sich ein Block von Korsch und Katz, Medwedjew und Schljapnikow, Ruth Fischer, Maslow, Urbahns und Bordiga bis zu Souvarine, Balabanowa und Schönlank – der prinzipienloseste Block, die charakterloseste Gruppierung, die es bisher in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung gegeben hat."[112] Sie alle seien „rabiate Kleinbürger" ohne Vertrauen in die Arbeitermassen und folglich ohne Verständnis für die Politik der Komintern.[113]

---

108 RF vom 19. Oktober 1926.

109 Text der Erklärung vom 20. Oktober 1926 in: RF vom 22. Oktober 1926 und in: RGASPI, Fonds 495, Bestand 293, Akte 76, Bl. 52f. ZKK war die Abkürzung für Zentrale Kontrollkommission der RKP(B).

110 RF vom 22. Oktober 1926.

111 Vgl. Norman LaPorte, The German Communist Party in Saxony, 1924–1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure, Bern 2003,S. 149.

112 Heinz Neumann, Der ultralinke Menschewismus, Berlin 1926, S. 7. Sergej Medwedjew und Alexander Schljapnikow waren Führer der russischen Arbeiteropposition, Amadeo Bordiga, Gründer der italienischen KP, hatte für Trotzki und gegen Stalin Partei ergriffen, Angelica Balabanowa, russisch-italienische Sozialistin, hatte mit dem Bolschewismus 1922 gebrochen und sich dem linken Flügel der Sozialdemokratie angeschlossen, Bruno Schönlank, Sohn des gleichnamigen SPD-Journalisten, hatte dem Spartakusbund angehört, sich aber inzwischen ebenfalls der Sozialdemokratie angeschlossen.

113 Ebd., S. 18.

Ende Oktober 1926 reiste der Schweizer Jules Humbert-Droz, später selbst ein kommunistischer Dissident, doch noch ein Exekutor der Komintern-Linie, im Auftrag des EKKI nach Berlin und erklärte der deutschen Parteiführung, jetzt müsse „viel schärfer und schnell daran gegangen werden, die Opposition zu liquidieren. Die Rückwirkung der Kapitulation der russischen Opposition wird für die Opposition im internationalen Maßstab demoralisierend sein." Es gelte, Differenzen zwischen der Weddinger Opposition und der „Urbahns-Gruppe" auszunutzen und auch hochzuspielen. Die Forderung nach Fraktionsfreiheit sei nichts anderes als eine „antileninistische und antiproletarische Theorie."[114]

Das ZK leitete Urbahns eine entsprechende Erklärung zu, nach der er und seine Anhänger jede Verbindung mit Fischer und Maslow abzubrechen hätten. Auf der Polbüro-Sitzung erklärte Thälmann am 2. November den anwesenden Werner Scholem, Wilhelm Schwan und Hugo Urbahns, wenn sie Fischer und Maslow in ihrer Linie, die Partei zu zersetzen, weiter unterstützten, „sind wir gezwungen, Maßnahmen gegen euch einzuleiten."[115] Da die Oppositionellen auf der Möglichkeit einer schriftlichen Entgegnung bestanden, wurde die ursprünglich sofort danach anberaumte Tagung des Zentralausschusses um zwei Tage verschoben. Dies änderte nichts mehr: Am 5. November 1926 wurden die drei Reichstagsabgeordneten Urbahns, Scholem und Schwan aus der KPD ausgeschlossen. Auf der Tagung hatte Urbahns noch Thälmann entgegengeschleudert, der Ausschluss der Oppositionellen sei ein „zweites Heidelberg" für die KPD – analog zum Ausschluss der linksoppositionellen Kräfte 1919 in Heidelberg, die dann die KAPD gegründet hatten.[116] Ob der jetzigen Opposition ein wenigstens zeitweilig ähnlicher Zulauf beschieden sein würde, wie ihn die KAPD 1920 mit zeitweilig rund 80.000 Mitgliedern gehabt hatte, war indes mehr als fraglich.

Am 5. Dezember kam es in Berlin zu einem Treffen von ca. 40 Linksoppositionellen, die zum Teil noch der KPD angehörten.[117] Kurz vorher oder kurz danach hatte sich Ruth Fischer in Paris mit oppositionell gesinnten Kommunisten getroffen, darunter dem Parteileitungsmitglied Paul Marion.[118] Unter französischen

114 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/6, Bl. 280f.: KPD, Polbüro, Protokoll der Besprechung mit dem Genossen Humbert-Droz am 25. Oktober 1926.

115 Ebd., RY 1/I 2/3/6, Bl. 283f.: Protokoll der Sitzung des Polbüros vom 2. November 1926.

116 Ebd., RY1/I 2/1/49, Bl. 10: Tagung des Zentralausschusses der KPD vom 5. November 1926.

117 Vgl. zum Folgenden Günter Wernicke, Die Radikallinke der KPD und die russische Opposition. Von der Fischer/Maslow-Gruppe zum Leninbund, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 42 (2000), Nr. 3, S. 88f.

118 Vgl. Broué, The German Left, S. 24, unter Berufung auf das *Bulletin Communiste* (Paris), Nr. 9 (1928). Marion sollte wie sein Gesinnungsgenosse Jacques Doriot im Zweiten Welt-

Kommunisten wurden abweichende Meinungen vergleichsweise weniger gehässig angefeindet als in der KPD. Dies betraf sogar Trotzki nach seiner politischen Kaltstellung in Moskau. Er stand, so Ruth Fischer später, nicht nur wegen seiner genauen Kenntnisse der französischen Politik noch in einem gewissen Ansehen, sondern vor allem auch, weil er „gegen den Frieden von Brest-Litowsk opponiert und damit einer französischen Furcht vor einem von Deutschland beherrschten Europa Ausdruck verliehen hatte."[119]

Zwar war noch nicht von einer eigenen Partei die Rede. Es ging vielmehr darum, wie sich Ausgeschlossene und Noch-Parteimitglieder angesichts der schwierigen Lage zusammentun und politische Aktionen koordinieren könnten. Der provisorischen Führung der Aktionsgruppe gehörten unter anderem Anton Grylewicz, Max Hesse, Paul Schlecht, Werner Scholem, Hugo Urbahns und natürlich Ruth Fischer sowie Arkadij Maslow an. Die Gruppe beschloss die Herausgabe eines *Mitteilungsblattes* mit dem Untertitel: *Linke Opposition der KPD*. Es erschien unter der Schriftleitung von Hugo Urbahns ab Januar 1927 und nannte sich ab dem 2. Juni *Die Fahne des Kommunismus*.

Unterdessen blies das Thälmann-ZK im Kampf gegen die Opposition zum Finale. Dem 11. Parteitag der KPD, der Anfang März 1927 in Essen zusammentrat, ging eine Reihe von Ausschlüssen oppositioneller Kräfte vor allem in den Bezirken Niederrhein und Baden voran. In der Pfalz, wo die Weddinger Opposition um Hans Weber einigen Anhang hatte, wurde eine Thälmann-kritische Bezirksleitung gewählt, die noch über den Parteitag hinaus amtierte. In Westsachsen sprach sich die Chemnitzer Linke indes gegen Fischer, Maslow und Urbahns aus, setzte jedoch auch der politischen Reintegration von Anhängern Brandlers Widerstand entgegen. Diese waren in Sachsen noch immer relativ stark, und Thälmann hatte, um Unterstützung gegen Fischer und Maslow zu gewinnen, zu ihnen inzwischen seine Fühler ausgestreckt.[120] Trotz dieser Auseinandersetzungen konnte über die

---

krieg mit den deutschen Besatzern kollaborieren. Als „Doriot's lieutenant", wie ihn die amerikanische Zeitschrift *Time* ironisch titulierte, machte er dann unter dem Vichy-Regime eine steile Karriere als Informationsminister. Vgl. France: Troubled Exiles, in: Time vom 10. März 1941. Nach Kriegsende war Marion mehrere Jahre in Haft, wurde aber aus Gesundheitsgründen vorzeitig entlassen. Vgl. zu ihm u. a. David Littlejohn, The Patriotic Traitors. A History of Collaboration in German-Occupied Europe, 1940–45, London 1972, S. 249, 271–276 und *passim*.

119 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2459: The Comintern Discovers America, Bl. 60f. Dieses Manuskript ist Teil des im 7. Kapitel behandelten Buchprojektes, des nicht realisierten Folgebandes von *Stalin und der deutsche Kommunismus*.

120 Vgl. LaPorte, The German Communist Party in Saxony, S. 157f.

politische Ausrichtung des Parteitages kein Zweifel bestehen. Es ging um die völlige Ausschaltung linker Oppositioneller aus den Reihen der KPD.[121]

Von 183 Parteitagsdelegierten gehörten nur noch zehn den Oppositionsgruppen an. So konnte Theodor Neubauer, Polleiter des Bezirkes Niederrhein und früher selbst ein Ultralinker, triumphierend festhalten, dass aus seinem Bezirk kein einziger Oppositioneller als Delegierter gewählt worden war.[122] Die Konferenz wurde mit einem Ritual eröffnet, das in der deutschen wie der gesamten westeuropäischen Arbeiterbewegung bislang unbekannt war: mit der Wahl eines Ehrenpräsidiums. In dieses wurden die nicht anwesenden Stalin, Bucharin, Rykow, Tomskij und der Vorsitzende der KP Chinas – der namentlich nicht genannte Chen Duxiu – gewählt. Nichts zeigte deutlicher als eine solch bizarre Inszenierung den Grad der Anpassung an die sowjetische Partei, in der diese Praxis nach Lenins Tod gleichfalls Eingang gefunden hatte.[123]

In seinem Bericht über die Arbeit der KPD seit dem letzten Parteitag betonte Philipp Dengel, das Verhältnis der Partei zur Komintern sei erst nach dem Offenen Brief des EKKI vom 1. September 1925 in Ordnung gebracht worden. Das neue ZK habe „in ernster Arbeit anerkannt und der Partei klargemacht, dass die nichtswürdigen Versuche eines Maslow und einer Ruth Fischer, einen Spalt zu treiben zwischen die deutsche Kommunistische Partei und die Komintern, zum Verderben der deutschen Partei führen müssen." All ihre Versuche, „die Komintern zu verdächtigen, als ob sie nach rechts marschiere, als ob sie den Leninismus abgesetzt, als ob ein Stalinismus an die Stelle des Leninismus getreten sei", seien ein Verrat an der Komintern. Jeder Schritt weg vom Leninismus führe in den opportunistischen Sumpf. Die Partei habe Monate gebraucht, um „solche Elemente wie Katz, Korsch, Ruth Fischer und Scholem zu isolieren", es sei jedoch gelungen, sie von ihnen zu säubern.[124] Arthur Ewert bezeichnete deren Position als „ausgesprochene Sumpfperspektive."[125] Ihre publizistischen Aktivitäten, in denen sie KPD-Politiker namentlich angriffen, seien denunziatorisch und spielten der Polizei bewusst Material zu.[126] Die linke Opposition, so Ewert, propagiere den „Kampf gegen den Stalinismus", doch ziele diese demagogische Losung auf die „Liquidation der Komintern" ab.[127] Es war das erste Mal, dass der kurz zuvor von

121 Vgl. Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 170f.
122 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des 11. Parteitages, S. 195.
123 Vgl. ebd., S. 11.
124 Ebd., S. 26ff.
125 Ebd., S. 182.
126 Ebd., S. 183.
127 Ebd., S. 178.

Trotzki in Umlauf gebrachte Terminus auf einem Parteitag ausgesprochen wurde.[128]

Die noch der KPD angehörenden Oppositionellen Wolfgang Bartels, Wilhelm Kötter und Hans Weber bekamen je zehn Minuten Redezeit, um ihre Position zu erläutern. Soweit sie nicht ausgelacht oder ausgepfiffen wurden, hinterließen sie keine Wirkung. In seinem Referat zur politischen Lage und den Aufgaben der Partei zeigte Thälmann, dass die KPD sich nicht länger mit oppositionellen Strömungen inner- oder gar außerhalb der Partei beschäftigen müsse.[129] Auf dem Parteitag hatte er die Partei voll hinter sich gebracht, doch hatte er dazu die Hilfe der Mittelgruppe (die sich nicht mehr so nennen wollte) wie auch einiger ehemaliger Brandler-Anhänger in Anspruch nehmen müssen. So wurde auch Ernst Meyer neben Thälmann, Philipp Dengel und Arthur Ewert in das Politsekretariat gewählt.[130] Die vom Zentralkomitee nunmehr propagierte „Konzentration der Kräfte“ erschien den ausgeschlossenen wie den wenigen in der Partei verbliebenen Kritikern als eine „Pseudo-Konzentration.“[131]

Dies änderte nichts daran, dass die letzten Linksoppositionellen die Partei verlassen mussten. Auf der 1. ZK-Tagung nach dem Parteitag ereilte der Ausschluss Bartels, Grylewicz und Schlecht. Das *Mitteilungsblatt* der linken Opposition schrieb von über 1.300 Ausschlüssen.[132] Zuletzt wurden im Dezember 1927 die besonders widerspenstigen Oppositionellen um Guido Heym im thüringischen Suhl ausgeschlossen.[133] Die KPD begrüßte wie selbstverständlich die im Novem-

---

128 Trotzki verwandte den Begriff Stalinismus in den politischen Debatten der Vereinigten Opposition seit 1926. Dokumentiert ist er allerdings, außer auf dem Essener KPD-Parteitag, wohl erst am 1. August 1927 auf der gemeinsamen Sitzung des ZK und der Zentralen Kontrollkommission der sowjetischen Partei, als Trotzki sagte: „Die prinzipielle Kunst der stalinistischen Strategie beinhaltet die kunstvolle Dosierung an Schlägen, die der Partei versetzt werden.“ Leon Trotsky, The Stalin School of Falsification, New York 1979, S. 161. An gleicher Stelle sprach er von der „stalinistischen und bucharinistischen Politik des Zick-Zack, Ausweichens und der Ausflüchte.“ Ebd., S. 170. Der Terminus bezog sich zunächst eher auf Mittel der Politik denn auf ein politisches System.

129 Vgl. auch die Zusammenfassung der Parteitagsdebatten bei Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 172–178.

130 Vgl. ebd., S. 177, und Wilde, Ernst Meyer, S. 475, 507–511. In der Frage der Einheitsfrontpolitik gelang es Meyer, Thälmanns späteren ultralinken Kurs zeitweilig zu bremsen. Im Oktober 1927 schied er jedoch aufgrund einer Lungentuberkulose aus der aktiven Politik aus. Am 2. Februar 1930 verstarb er nach langer Krankheit in Hermannswerder bei Potsdam.

131 So Fowkes, Communism, S. 142.

132 Vgl. Wernicke, Radikallinke, S. 89.

133 Vgl. Gerd Kaiser, Arbeiterführer zwischen den Parteien: Guido Heym (1882–1945), in: Mario Hesselbarth u. a. (Hg.), Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen, Jena 2006, S. 223.

ber 1927 erfolgte Entfernung von Trotzki, Kamenew und Sinowjew aus den Reihen der KPR(B) – etwas, das noch ein oder anderthalb Jahre zuvor ganz unvorstellbar gewesen wäre.[134]

So nutzte Ruth Fischer die Bühne des bislang verachteten Reichstages, um ihre Position öffentlich zu machen, um zu zeigen, wo sie in den verwirrenden innerkommunistischen Auseinandersetzungen stand. Gemeinsam mit elf anderen, aus der KPD ausgeschlossenen Parlamentariern bildete sie die Gruppe Linker Kommunisten. Diese Gruppe vereinte die unterschiedlichen Linksoppositionellen, darunter Werner Scholem, aber auch Karl Korsch, und ihnen bot der Reichstag ein breiteres Forum als die kleinen linken Blätter.

„Wir kämpfen gegen Stalin und die Liquidationstendenzen der Kommunistischen Internationale, weil wir wissen, dass dann der grandiose erste geschichtliche Sieg der Arbeiter, der erste Versuch, den Sozialismus aufzubauen, aufs Höchste gefährdet ist", erklärte Ruth Fischer am 24. Juni 1927. Gleichermaßen an die SPD wie die KPD gerichtet, rief sie aus: „Kämpft nur weiter so gegen Sinowjew und Trotzki, dann kämpft ihr damit gegen Sowjetrussland und die dritte Internationale, und der Weizen der Sozialdemokratie wird immer stärker blühen. Sie wird das Proletariat durch einen zweiten Weltkrieg ins Verderben führen, wie sie es durch den ersten Weltkrieg ins Verderben geführt hat." Zwischen den Linken Kommunisten und den Sozialdemokraten, versicherte sie, werde „es niemals zu einer Einigung kommen, sondern wie werden bis zuletzt gegen die Einigung kämpfen, die Ihr (zu den Kommunisten) mit ihnen vorbereitet."[135] Die kommunistische Partei könne, so Ruth Fischer ein gutes halbes Jahr darauf, „mit der Theorie und Praxis des Stalinismus im Rücken keine wirklich revolutionäre Politik mehr machen." Thälmann sei „ein schlechter linker Sozialdemokrat"; darin täuschte sich Ruth Fischer, sollte sie dies je geglaubt haben, sehr. „Die Kommunistische Partei kann ja mit der Theorie und Praxis des Stalinismus im Rücken keine wirklich revolutionäre Politik mehr machen." Dieser Satz rief Heiterkeit bei den Kommunisten hervor, doch damit sollte Ruth Fischer Recht behalten.[136]

Die Ereignisse, die zur Niederlage der Vereinigten Opposition in der Sowjetunion führten, können hier nicht detailliert dargestellt werden. Der Hinweis muss genügen, dass ihre Anhänger nach dem Scheitern der von Stalin betriebenen Allianz mit der Kuomintang in China im Mai 1927 noch einmal Oberwasser zu ge-

134 Vgl. Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 179.

135 Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 393, Sp. 11.046, und in: Sabine Hering/Kurt Schilde, Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt 1995, S. 230.

136 Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 394, Sp. 12.320, auch abgedruckt in: Hering/Schilde (Hg.), Kampfname Ruth Fischer, dort Zitat S. 234.

winnen schienen. Sie sahen sich, ebenso wenig wie Stalin, noch an das Waffenstillstands-Abkommen vom Oktober 1926 gebunden und verstärkten im Laufe des Jahres 1927 ihre Propaganda. Doch stellte sich Trotzki den Forderungen nach Gründung einer neuen Partei entgegen. Diese hätte keine Massenbasis, zumal die Bürokratie nur ein instabiles Übergangsregime sei. Die letztere Behauptung erwies sich als folgenreiche Fehleinschätzung: Es gelang der Vereinigten Opposition nicht, Stalins Stellung zu erschüttern.

Anfang September 1927 legte die Opposition der Parteiführung eine *Plattform der Vereinigten Opposition* vor.[137] Sie forderte eine Reform des Partei- sowie des staatlichen Verwaltungsapparates. Das Stalin-Regime antwortete mit Repressionen. Als die Vereinigte Opposition eigene, vom Staat nicht genehmigte Demonstrationen aus Anlass des 10. Jahrestages der Oktoberevolution am 7. November 1927 organisierte, diese Demonstrationen aber gewaltsam aufgelöst wurden, war dies zugleich das Ende der organisierten oppositionellen Tätigkeit in der Sowjetunion.[138]

Am 5. Oktober 1927 hatte Ruth Fischer auf einer Versammlung vor Angehörigen der Weddinger Opposition für ein Zusammengehen mit der Fischer-Maslow-Gruppe geworben. Perspektivisch sah sie eine internationale Kampffront, die auch russische Oppositionelle einschließen würde. Die am 23. Oktober in Berlin abgehaltene Reichskonferenz linker Kommunisten vereinte in der Tat rund einhundertzwanzig Teilnehmer nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus England, Frankreich, Polen, Bulgarien und der Tschechoslowakei, allerdings nur als Einzelpersonen.[139] Doch der Parteiausschluss von Trotzki, Kamenew und Sinowjew bedeutete zugleich das Ende ihrer Hoffnungen auf eine Organisierung der Opposition im internationalen Maßstab, gar einer Gegen-Komintern. Mit der Kapitulation Kamenews und Sinowjews vor Stalin am 10. Dezember 1927 existierten die Kräfte, die dies hätten leisten können, praktisch nicht mehr. Die deutsche Linksopposition war nun auf sich allein gestellt. Eine weitere Reichskonferenz beschloss

137 Am Text hatten rund zweihundert Parteimitglieder mitgearbeitet. Vgl. Pierre Broué, United Opposition (1926–27) Against Stalin's Apparatus, in: Avgust Lešnik u. a. (Hg.), Kriza socialnih idej. Britovškov Sbornik, Ljubljana 1996, S. 210.

138 Vgl. Daniels, The Conscience of the Revolution, S. 311–321; Deutscher, Der unbewaffnete Prophet, S. 358–363.

139 Vgl. Wernicke, Radikallinke, S. 91. Zur Konferenz legten Fischer, Maslow und ihre Anhänger eine Erklärung vor. Vgl. Der Kampf um die Kommunistische Partei. Plattform der linken Opposition der KPD, o.O.u.J. (4 S.). Dieses hektographierte Material ist zwar in der Deutschen Bibliothek Leipzig vorhanden, wird aber seines schlechten Erhaltungszustandes wegen nicht mehr zur Benutzung freigegeben.

Anfang März 1928 die Gründung einer Organisation mit dem Namen *Leninbund*.

„Eben weil wir überzeugt sind", hieß es im entsprechenden Aufruf, „dass das revolutionäre Proletariat sich eine revolutionäre kommunistische Partei schmieden wird, eben deshalb antworten wir auf die verbrecherische Spaltung der Partei [d. h. auf die Ausschlüsse aus der KPD] mit dem Appell an alle revolutionären Kommunisten, sich zusammenzuschließen im Leninbund! Wir erfinden kein neues Programm, wir gründen damit keine neue Partei. Was wir wollen, das ist: alle Kommunisten sammeln, die auf dem Boden Lenins stehen, die die grundlegenden Beschlüsse der bisherigen fünf Weltkongresse der Kommunistischen Internationale anerkennen, zur Wiedervereinigung aller ehrlichen Kommunisten, zum Kampf gegen den Opportunismus und Revisionismus in jeglicher Form."[140] Dies schloss freilich auch die Anerkennung der Bolschewisierung von Komintern und KPD ein.

Am 8. und 9. April 1928 fand schließlich im preußischen Landtagsgebäude in Berlin die Gründungskonferenz des Leninbundes statt. Unter dem zum Vorsitzenden gewählten Hugo Urbahns vertraten 153 Delegierte rund einhundert Ortsgruppen. Das Reichsleitungsmitglied Werner Scholem bezifferte die Zahl der Mitglieder auf über fünftausend, sprach aber, wie auch der KPD-Beobachter kritisch vermerkte, von rund achtzig- bis einhunderttausend Sympathisanten inner- wie außerhalb der KPD.[141] Die Organisation berief sich auf Lenins Erbe und die ersten vier Weltkongresse der Komintern; der fünfte, der Bolschewisierungs-Kongress fand nun keine Erwähnung mehr. Der Leninbund verstand sich nicht als eigenständige Partei, sondern als Teil des deutschen Kommunismus und stellte deshalb noch auf der Gründungskonferenz an das EKKI den Antrag auf Aufnahme in die Komintern sowie die KPD. Im Falle einer Ablehnung wolle der Leninbund als sympathisierende Organisation anerkannt werden.[142] Natürlich wussten

140 Die Aufgaben der linken Kommunisten. Beschlüsse der Reichskonferenz [...] zur Vorbereitung der Gründung des Leninbundes, o.O., o.J., zit. in: Rüdiger Zimmermann, Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978, S. 94.

141 Die Mitgliederzahl dürfte zunächst bei rund 6.000 gelegen haben, bevor sie auf zuletzt unter 1.000 sank. Vgl. Marcel Bois, Im Kampf gegen Stalinismus und Faschismus. Die linke Opposition in der KPD in der Weimarer Republik (1924–1933), in: Kora Baumbach u. a. (Hg.), Strömungen: Politische Bilder, Texte und Bewegungen, Berlin 2007, S. 93.

142 Vgl. zur Gründungskonferenz SAPMO-BArch, RY 5/I 6/3/440, Bl. 41–44: Deutsche Sektion beim EKKI; ebd., RY1/I 2/3/64, Bl. 212: KPD, Polbüro, Bestand Fischer-Maslow-Gruppe, Ermittlungen von und über Mitglieder oppositioneller und parteifeindlicher Gruppen 1933–45 (KPO und Trotzkisten); Die Fahne des Kommunismus vom 13. April 1928; Wernicke, Radikallinke, S. 94.

die Beteiligten, dass dies eher eine symbolische Aktion war, die unter den bestehenden Umständen keine Chance auf Verwirklichung hatte.

Auch machten nicht alle aus der KPD Ausgeschlossenen mit. Die Mehrheit der Entschiedenen Linken hatten sich der noch existierenden KAPD angeschlossen, die Gruppe Kommunistische Politik, zu der sich der Zirkel um Karl Korsch konstituiert hatte, bildete im September 1928 mit den Resten der USPD und einigen Linkskommunisten die Arbeitsgemeinschaft Revolutionärer Sozialisten. Einzelne Korsch-Anhänger gingen indes zum Leninbund. Auch die Weddinger Oppositionsgruppe blieb selbständig, arbeitete aber mit dem Leninbund zusammen. Weitere Klein- und Kleinstgruppen verschwanden ebenso rasch von der Bildfläche, wie sie entstanden waren. So anerkennenswert auch im Rückblick das Engagement dieser Aktivisten ist – es blieb politisch ohne Bedeutung. Auch der theoretische Ertrag blieb marginal, abgesehen von den Arbeiten Karl Korschs. Arthur Rosenberg zollte den Oppositionsgruppen zwar in seiner *Geschichte des Bolschewismus* gelegentlich Beifall, war aber nicht zur Mitarbeit bereit.[143]

Über die Frage einer Wahlbeteiligung mit eigenen Listen kam es noch auf der Gründungskonferenz des Leninbundes zu Kontroversen. Ruth Fischer und Arkadij Maslow stimmten gegen eigenständige Listen. Ihre Argumente vertrat besonders beredt ein junger Fischer-Adlatus, Heinz Langerhans. Doch sie wurden überstimmt, und der Leninbund ging mit einer eigenen Liste in die zum 20. Mai 1928 anberaumte Reichstagswahl.[144] Am 26. April sprach sich Maslow auf einer Mitgliederversammlung des Leninbundes in Berlin-Neukölln dennoch gegen ein selbständiges Auftreten bei Reichstags- und sonstigen Wahlen aus. Die einzige mögliche Haltung sei, ungeachtet aller Differenzen, die KPD zu unterstützen.[145] Diese Position fand den Beifall des in der Verbannung in Alma-Ata lebenden Trotzki.[146]

Zuvor jedoch konnten die Linksoppositionellen für Aufmerksamkeit sorgen, als die *Fahne des Kommunismus* Anfang April 1929 das geheime Abkommen an die Öffentlichkeit brachte, in dem das EKKI auf Veranlassung Stalins die bis soeben als „Versöhnler“ abgewerteten früheren Angehörigen der Mittelgruppe auf den Kurs der Thälmann-Führung verpflichtete.

---

143 Vgl. Langels, Die ultralinke Opposition, S. 117–126. – „Ich gehöre seitdem [seinem KPD-Austritt im April 1927] keiner politischen Partei, auch keiner der kleinen Oppositionsgruppen an“, stellte Rosenberg klar. Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus [1932], Neuausgabe, mit einer Einleitung von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt 1975, S. 46.

144 Vgl. Zimmermann, Leninbund, S. 103f., und Bois, Im Kampf gegen Stalinismus […], S. 94.

145 Vgl. Zimmermann, Leninbund, S. 110.

146 Vgl. Pierre Broué, Trotzki. Eine politische Biographie, Bd. 1, Köln 2003, S. 636.

Dem am 29. Februar 1929 geschlossenen Abkommen lag ein von Stalin bestimmter Kurswechsel der Komintern zugrunde: Fortan stellten nicht mehr die Ultralinken, sondern die „Träger der rechten Gefahr“ die innerparteiliche Hauptherausforderung für die KPD dar.[147] Für die sowjetische Seite unterschrieben unter anderem Stalin und Bucharin, der Sinowjew als Vorsitzender des EKKI abgelöst hatte, für die KPD neben Thälmann, Neumann, Remmele, Dengel und Conrad Blenke auch die beiden „Versöhnler“ Arthur Ewert und Gerhart Eisler.[148] Dieses Abkommen wies den Weg in eine strategische Neuorientierung der Komintern: Nunmehr galt mehr denn je zuvor die Sozialdemokratie als Hauptfeind, war dies doch jene Kraft in der Arbeiterbewegung, von der aus die öffentlich wirksamste Kritik an Stalin zu erwarten war.

Der Leninbund, wie schneidend er seine Opposition zu Stalin immer vortrug, war und blieb hingegen politisch fast ohne Wirkung. Zudem sorgte der neue Kurs in KPD und Komintern für Verwirrung innerhalb seiner Reihen. War nicht der Kampf gegen die „rechte Gefahr“ das A und O der KPD-Politik unter Fischer und Maslow gewesen? In diese Kerbe hieb auch das EKKI.

In seiner Antwort an das Ersuchen des Leninbundes, sich der Komintern als sympathisierende Organisation anzuschließen, schrieb das EKKI am 8. Mai, dies sei „eines jener bekannten demagogischen Manöver, mit deren Hilfe die Maslow, Ruth Fischer, Urbahns und Konsorten versuchen, die mit ihrer Politik unzufriedenen und von ihnen irregeleiteten Arbeiter auch fernerhin für ihre konterrevolutionäre Bewegung auszunützen.“ Der Leninbund sei nichts anderes als eine zweite Partei unter dem Deckmantel des Kommunismus. Er müsse auf das Schärfste bekämpft werden. Zugleich aber reagierte das EKKI mit einer Politik von Zuckerbrot und Peitsche: Es stellte den Mitgliedern des Leninbundes die Wiederaufnahme in die KPD in Aussicht. Als Voraussetzung nannte es den Bruch mit Fischer und Maslow.[149]

Doch auch diese beanspruchten eine gleiche Behandlung und stellten noch am nächsten Tag zusammen mit ihren Genossen Max Hesse, Fritz Schimanski und

147 Die Fahne des Kommunismus vom 6. April 1928, auch in: Weber/Bayerlein (Hg.), Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin, Berlin 2003, Zitat S. 112. Vgl. weiterhin Elke Reuter u. a. (Hg.), Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928 – die KPD am Scheideweg, Berlin 2003. Die Alternative „Luxemburg oder Stalin“ bestand für die KPD, gerade auch aufgrund des Wirkens von Ruth Fischer, jedoch 1928 längst nicht mehr.

148 Theodore Draper betonte mit Recht, dass Bucharin Stalins Schwenk gegen die später oft (und manchmal voreilig) als Anhänger Bucharins bezeichneten moderateren Kräfte in der Komintern erst ermöglichte. Vgl. Theodore Draper, The Strange Case of the Comintern, in: Survey, 18 (1972), Nr. 3, S. 91–137.

149 Vgl. RF vom 12. Mai 1928.

Bruno Mätzchen einen Antrag auf Wiederaufnahme. Dies bedeutete ihr Ausscheiden aus dem Leninbund. Der Wiederaufnahmeantrag wurde von der KPD dennoch abgelehnt.[150] Auch Werner Scholem trat aus dem Leninbund aus und meinte, es sei ein Fehler gewesen, die Organisation überhaupt ins Leben gerufen zu haben.[151] Guido Heym, der Schriftleiter des Suhler *Volkswille*, bewegte sich in Richtung SPD, der er schließlich beitrat.[152]

Die Mehrheit des Leninbundes um Urbahns verglich den Wiederaufnahmeantrag von Fischer, Maslow und Genossen sowie Scholems Austritt mit der Kapitulation von Kamenew und Sinowjew vor Stalin und betonte, die Komintern betreibe ein durchsichtiges Manöver. Ihr Kurs habe sich nicht geändert und es gehe ihr nur darum, die Opposition zu spalten.[153] Maslow wisse dies, doch sei sein Gehorsam gegenüber der Parteilinie stärker als seine Einsicht.[154]

Wohl ungewollt begründete der Leninbund, indem er einen Zusammenhang zwischen Sinowjew und Kamenew sowie Fischer und Maslow zog, warum KPD und Komintern an ihrer Verdammung der einstigen KPD-Parteiführer festhielten. Diese waren zwar Lenins Parteiverständnis verpflichtet, doch keine Anhänger Stalins. Sie wollten und konnten dies niemals werden. Der Sozialismus in einem Land unter Hintanstellung der Revolution im Westen – diese Idee war nicht für sie gemacht. Das Verdikt der *Roten Fahne* entbehrte somit nicht der inneren Logik: „Beide Schreiben, sowohl das Scholems als das Maslows,“, hieß es, „enthalten keine Verurteilung, sondern eine Bekräftigung ihrer konterrevolutionären Linie. Sie treten aus dem Leninbund *nicht* mit der Begründung aus, dass dies eine Verräterpartei mit einer konsequent antibolschewistischen Linie ist, sondern deshalb, weil ihnen die Taktik des Leninbundes als untauglich zur weiteren Zersetzung der KPD erscheint […].“[155]

Die KPD scheute sich nicht, den um Wiedereintritt Bemühten ein Formular vorzulegen, das sie unterschreiben mussten und in dem es hieß: „Unterzeichneter beantragt seine Aufnahme in die KPD. Ich erkläre, dass ich mich von der Richtigkeit der politischen Linie und der Beschlüsse der Komintern überzeugt habe, die politische Unrichtigkeit meiner früheren Stellungnahme und die Parteischädlichkeit meines fraktionellen Kampfes gegen Grundsätze und Disziplin der Partei und

150 Vgl. SAPMO-BArch, RY5/I 6/3//11, Bl. 1: Deutsche Delegation beim EKKI.
151 Scholems Austrittserklärung ist abgedruckt in: Die Fahne des Kommunismus vom 18. Mai 1928.
152 Vgl. die Mitteilung in: RF vom 1. Mai 1928; Zimmermann, Leninbund, S. 112f. Hiernach auch das Folgende.
153 Vgl. Sinowjew macht Schule, in: Die Fahne des Kommunismus vom 11. Mai 1928.
154 Vgl. Der „Linkskurs“ und seine Opfer, ebd.,18. Mai 1928.
155 Der Bankrott der Verräterpartei, in: RF vom 10. Mai 1928. Hervorhebung im Original.

der Komintern anerkenne. Ich erkläre, dass ich mit Maslow, Ruth Fischer, Urbahns und [Hans] Weber vollständig gebrochen habe, dass ich die Tätigkeit des Leninbundes als konterrevolutionär verurteile, dass ich jede fraktionelle Verbindung mit solchen Gruppen als unvereinbar mit der Mitgliedschaft zur KPD betrachte." Der Beginn der Mitgliedschaft der KPD sollte erst vom Datum des Wiedereintritts gelten, eine frühere Zugehörigkeit zur Partei wurde durch die Arbeit im Leninbund somit für null und nichtig erklärt.[156]

Einige Mitglieder des Leninbundes wurden tatsächlich wieder in die KPD aufgenommen, so Fritz Schimanski. Ihm sollte dies nichts nützen: Als politischer Flüchtling 1934 oder 1935 in die Sowjetunion emigriert, wurde ihm seine einstige politische Nähe zur sowjetischen Opposition wie zu Ruth Fischer zum Verhängnis. Im August 1936 während des Schauprozesses gegen Sinowjew und Kamenew verhaftet, verschwand er spurlos.[157]

Ruth Fischer und Arkadij Maslow stellen im Vorfeld des 6. Weltkongresses der Komintern am 23. Juni 1928 einen nochmaligen Antrag auf Wiederaufnahme in die KPD. Außerhalb der kommunistischen Kleingruppen nahm davon indes kaum noch jemand Notiz; eine kurze abwertende Bemerkung im Kongressprotokoll war immerhin ein schwaches Echo der einstigen Kontroversen.[158]

Ohne Mandat gegen Hitler und Stalin

Nach der Trennung vom Leninbund blieben Ruth Fischer und Arkadij Maslow parteipolitisch ungebunden. Die Kontroversen der Vergangenheit erlaubten es ihnen nicht, Zugang zu der sich nun formenden neuen Opposition inner- und bald außerhalb der KPD zu finden: Im Verlauf des Jahres 1928 verdrängte unter dem Zeichen des „Kampfes gegen die rechte Gefahr" das Thälmann-ZK die „luxemburgistische" Strömung endgültig aus der Partei. Was Ruth Fischer begonnen hatte, führte Thälmann mit der Logik stalinistischer Parteipraktiken zum Abschluss. Nunmehr mussten Brandler, Thalheimer, Walcher und andere als „Rechte" Gebrandmarkte aus der Gründergeneration der KPD die Partei verlassen. Mit ihnen verließen frühere Anhänger der Mittelgruppe, die sich nicht mehr zum

156 Die Erklärung ist abgedruckt in: Zimmermann, Leninbund, S. 181.

157 Vgl. In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, Berlin 1991, S. 200f.

158 Vgl. Protokoll. Sechster Weltkongress der Kommunistischen Internationale. Moskau, 17. Juli bis 1. September 1928, 3. Bd., Hamburg/Berlin [1928], S. 615. Der Wiederaufnahmeantrag von Fischer, Maslow, Bruno Mätzchen, Fritz Schimanski und Paul Schlecht befindet sich in: SAPMO-BArch, RY 5/I 6/3/11, Bl. 1: Deutsche Sektion beim EKKI.

Kompromiss mit Thälmann bereitfanden, die Partei, unter ihnen Paul Frölich, August Enderle und Rosi Wolfstein.[159] Sie bildeten an der Jahreswende 1928/29 die Kommunistische Partei-Opposition (KPO). Auch diese Gruppierung verstand sich, wie der Leninbund, als organisierte Richtung *im* Kommunismus, nicht als zweite Partei, ging aber in der Kritik an der Sowjetunion nicht so weit wie jener. Wie der Leninbund verfiel auch die KPO sofort dem Bannfluch aus Moskau und später der Historiographie der DDR.[160] Auch mussten Oppositionelle vor Überwachungen und Drangsalierungen durch schlagkräftige KPD-Kader auf der Hut sein. Manche fürchteten angesichts solcher „Liquidationsgruppen" bereits um ihr Leben.[161]

Wenn Ruth Fischer geglaubt hatte, die KPD würde unter Thälmann an Einfluss verlieren, so irrte sie. Die KPD wurde in der Weltwirtschaftskrise zwar zunehmend zur Partei der Arbeitslosen, da deren Zahl aber gewaltig anstieg, wuchs der nominelle Einfluss der Partei schneller, als nach der Verdrängung von Kommunisten aus den Betrieben zu erwarten war. Mit der Straße eroberte sich die Partei einen neuen öffentlichen Raum, wobei ihr die SPD hier kaum Konkurrenz machen konnte. Thälmann und Pieck zeigten sich, je nach den Umständen, als revolutionäre Volkstribunen oder auch als besonnene Sachwalter der Ausgebeuteten und Ausgesteuerten, die offen gewalttätige Rhetorik überließen sie zumeist Heinz Neumann und vor allem Hermann Remmele. Wo die KPD zur Gewalt öfter aufrief als diese auf der Straße praktizierte, wusste sie sich als angegriffene

---

159 Ernst Meyer schrieb hingegen am 30. Oktober 1928 seinem Freund Karl Becker, er halte Brandler, Thalheimer und ihre Anhänger „für eine alte, sektiererische Gruppe." So zit. in: Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 436f. Meyer unterhielt jedoch, so während eines Kuraufenthaltes in der Sowjetunion, Verbindung zu Bucharin und seinen Anhängern, die Brandler und Thalheimer politisch nahestanden. Er und Arthur Ewert wandten sich auch gegen den Ausschluss der als „Rechten" Stigmatisierten aus der KPD. Vgl. Wilde, Ernst Meyer, S. 529f., 539–542. Zuletzt stand Meyer, seinem Biographen zufolge, in der KPD politisch „mit dem Rücken zur Wand." Ebd., S. 550.

160 Vgl. zum Verdrängungsprozess der Gruppierung um Brandler und Thalheimer aus der KPD Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 186–238; zur KPO vgl. Karl-Hermann Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition" (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts"-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim 1964, und Theodor Bergmann, „Gegen den Strom". Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition, 2. Aufl., Hamburg 2001.

161 Vgl. Wernicke, Radikallinke, S. 82f. Die KPD-Schlägertrupps wurden, in Anlehnung an Thälmanns Spitznamen, ironisch „Teddy-Rowdies" genannt.

Solidargemeinschaft darzustellen.[162] Diese geschickte Taktik unterschied sich, selbst in der neuen ultralinken Phase ab 1929, vom revolutionären Aktivismus Ruth Fischers, die die KPD ständig im Vormarsch, ihre Gegner nur noch als bald erledigt angesehen hatte. Auch dies trug zur Bindung der Parteimitgliedschaft an die Thälmann-Führung bei.[163] Der Aktionsradius der KPD blieb freilich auf die (männlichen) Arbeitslosen der Straße beschränkt, die aber somit nicht zum Wähler- oder gar Kampfesreservoir der Nazis wurden.[164] Doch stieß die KPD hier auch rasch an ihre Grenzen, Denn „mit Erwerbslosen allein lassen sich zwar Straßendemonstrationen, aber keine wirklichen Machtkämpfe durchführen", so der Zeitzeuge Wolfgang Abendroth.[165]

Ruth Fischers politisches Auditorium beschränkte sich, von persönlichen Freunden in Berlin abgesehen, nunmehr auf eine kleine Gruppe Getreuer in Neu-Isenburg im Raum Frankfurt (Main). Dort hatte bei den anstehenden Gemeinderatswahlen der Leninbund sieben Mandate gewonnen, die SPD acht und die KPD nicht ein einziges. Damit war der Leninbund die zweitstärkste Fraktion in einem lokalen Umfeld, in dem oppositionelle Kommunisten insgesamt recht zahlreich vertreten waren. Im Unterschied zur Gesamtorganisation hielt die Gruppe die Verbindung zu Ruth Fischer auch nach deren Trennung vom Leninbund aufrecht und lud sie mehrmals zu Vorträgen ein.[166]

Der französische Trotzkist Alfred Rosmer, der sie sprechen hörte, berichtete später Isaac Deutscher darüber. „Die Sinowjew-Anhänger Maslow und Fischer", so Deutscher, „waren die bei weitem stärkste Gruppe, aber nachdem ihr geistiger Anreger selbst vor Stalin die Waffen gestreckt hatte, hatten sie paradoxerweise eine extrem antistalinistische Haltung eingenommen […]; in ihren Angriffen auf den ‚offiziellen Kommunismus' gingen sie viel weiter, als Trotzki zu gehen bereit war. Sie vertraten die Ansicht, dass die russische Revolution ihre Bahn zu Ende

---

162 Vgl. Eric D. Weitz, Communism and the Public Spheres of Weimar Germany, in: David Barclay/Eric D. Weitz (Hg.), Between Reform and Revolution. German Socialism and Communism from 1840 to 1990, New York/Oxford 1998, S 275–291, bes. S. 280f.

163 Vgl. hierzu exemplarisch Eve Rosenhaft, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929–1933, Cambridge 1983, sowie Dies., Working-Class Life and Working-Class Politics. Communists, Nazis, and the State in the Battle for the Streets, in: Richard Bessel/E. J. Feuchtwanger (Hg.), Social Change and Political Development in Weimar Germany, London 1981, S. 207–240.

164 Hierauf weist Eric Weitz hin. Vgl. Ders., Popular Communism. Political Strategies and Social Histories in the Formation of the German, French, and Italian Communist Party 1919–1948, Ithaca, NY 1992, S. 15.

165 Wolfgang Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, 8. Aufl., Frankfurt 1972, S. 217.

166 Vgl. Zimmermann, Leninbund, S. 188f. (unter Verwendung von Polizeiakten).

gegangen sei und dass die Sowjetunion eine Epoche der Gegenrevolution eröffnet habe; dass dort von der proletarischen Diktatur nichts übriggeblieben sei; dass die herrschende Bürokratie eine neue Ausbeuter- und Unterdrückerklasse sei, die sich auf den Staatskapitalismus einer verstaatlichten Wirtschaft stütze; kurzum: dass der Thermidor Triumphe feiere."[167]

Ähnliche Ansichten vertrat Karl Korsch, dem Fischer und Maslow politisch und privat um 1930 sehr nahe kamen. In Korschs Haus kamen sie mit einer illustren Reihe von Künstlern und Wissenschaftlern zusammen, die dort mehr oder weniger regelmäßig verkehrten. Der spätere Politologe Henry Pachter, damals ein Korsch-Anhänger, erinnerte sich an diesen Kreis als intellektuell wie menschlich anregende Gemeinschaft. Zu ihm gehörten Bertolt Brecht und Alfred Döblin, der Anarchist Augustin Souchy und der indische Kommunist M. N. Roy, der als „Rechter" aus der KPD ausgeschlossen worden war, weiterhin Karl Liebknechts Bruder Theodor, der Journalist Franz Pfemfert, der Psychologe Kurt Lewin, der Philosoph Hans Reichenbach, der russisch-schweizerische Schriftsteller-Bohemien Adrien Turel, der ungarische Fotograf Jenö Friedmann, der bald als Robert Capa berühmt wurde, der aus Russland emigrierte Sozialrevolutionär Isaak Steinberg und Arthur Rosenberg.[168] Auch der junge, sehr gut Deutsch sprechende amerikanische Philosoph Sidney Hook, der damals als Guggenheim-Stipendiat in Berlin arbeitete, stieß oft zu diesem Zirkel. Er bemerkte, dass Korsch und Brecht „in ihrem politischen Weltbild eine idealisierte Version des Arbeiters beschworen, aber selbst kaum Kontakte zu richtigen Arbeitern hatten."[169]

Unterdessen hatte Ruth Fischer nach der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 ihren Sitz im Parlament verloren. Damit verlor sie zunächst auch ihr Einkommen. Die Familie, die bisher in Britz, nahe der futuristischen Hufeisensiedlung gewohnt hatte, musste in eine billigere Wohnung umziehen, zunächst in den Bechstedter Weg 14 nach Wilmersdorf, dann in die Rosenthaler Str. 38 nach Berlin-Mitte.[170] Doch hatte Ruth Fischer großes Glück: Auf dem Arbeitsamt erhielt sie die Aufla-

---

167 Isaac Deutscher, Der verstoßene Prophet. Trotzki 1929–1940, 2. Aufl., Stuttgart 1972, S. 61.

168 Vgl. Henry Pachter, Weimar Etudes, hg. und eingeleitet von Stephen Eric Bronner, New York 1982, S. 54f. Vgl. auch Augustin Souchy, „Vorsicht: Anarchist!" Ein Leben für die Freiheit, Darmstadt/Neuwied 1977, S. 73f.

169 Vgl. Sidney Hook, Out of Step. An Unquiet Life in the 20th Century, New York 1987, S. 112.

170 Dies geht aus den Unterlagen über den Einzug ihres Vermögens vom September/Oktober 1933 hervor. Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam: Rep. 36A, Oberfinanzpräsident, Berlin-Brandenburg (II), Nr. 41581: Gohlke [recte: Golke], Elfriede. Diesen Hinweis sowie das entsprechende Material erhielt ich von Dr. Monika Nakath.

ge, einige für Deutschland nötige Prüfungen zur Sozialfürsorgerin abzulegen. Dann würden ihre Wiener Kurse angerechnet werden und sich eine Stelle finden lassen. An der Deutschen Hochschule für Politik legte sie die notwendigen Prüfungen ab. Die Stelle – das war ein Arbeitsplatz in der Abteilung Kinderfürsorge im Bezirksamt Berlin-Prenzlauer Berg, wo sie auch mit der späteren SPD-Bürgermeisterin Ellen Kay zusammenarbeitete.[171] Eine Kollegin, Ruth Hahn, heiratete den Rechtsanwalt Robert Kempner; diese Bekanntschaft sollte Ruth Fischer noch nützen.[172]

Die Familie war inzwischen dreiköpfig geworden, denn Ruth Fischers Sohn Gerhard war aus Wien nach Berlin zu seiner Mutter und dem Stiefvater Arkadij Maslow gezogen. Gerhard war zunächst bei seinen Großeltern mütterlicherseits aufgewachsen und bei seiner Großmutter Ida, die er Ida-Mama nannte, nach dem Tode ihres Mannes geblieben. Da er 1926 in das Akademische Gymnasium in Wien aufgenommen worden war, wollte er unbedingt dort bleiben. Erst 1928, nach Idas Tod – sie starb am 27. Dezember 1927 – kam Gerhard nach Berlin. Dort besuchte er die Karl-Marx-Schule in Neukölln.[173]

Die Mehrzahl der Schüler kam, wie ein früherer Jungkommunist sich erinnerte, aus sozialdemokratischen Familien.[174] Unter ihrem Direktor Fritz Karsen war die Karl-Marx-Schule der erfolgreiche Versuch einer Gesamtschule, deren gymnasiale Oberstufe durch eine Volksschule ergänzt war. Von dieser war es möglich, auf die Gymnasialstufe zu wechseln, und ebenso wurden dort Kurse für Abiturienten angeboten, die den Zugang zum Hochschulstudium im zweiten Bildungsweg erwarben. Zu den Lehrern gehörten Hans Alfken, ein Kommunist, der ebenso Deutsch und Englisch unterrichtete wie Hedda Korsch, Karl Korschs Frau, weiterhin die Sozialdemokratin Marie Torhorst, die Mathematik gab, und Alfred Ehrentreich, der gleichfalls moderne Fremdsprachen, den Bildungsschwerpunkt der Schule, lehrte. Auch der nach 1945 als Lyriker und Übersetzer Pablo Nerudas

171 Vgl. Rita Pawlowski, Ruth Fischer. „Die Frauen sollen nicht selbständige Kampagne machen“, in: Beate Neubauer u. a., Spurensuche. Frauen in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee, Berlin-Pankow 2002, S. 77–82.

172 Vgl. Robert M. W. Kempner, Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen, in Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich, Frankfurt u. a. 1983, S. 171.

173 Dies und das Folgende nach dem Interview, das Sabine Hering und Kurt Schilde am 28. Juli 1994 mit Gerard Friedlander führten, abgedruckt in: Hering/Schilde (Hg.), Kampfname Ruth Fischer, S. 77–89. Das Todesdatum von Ida Eisler findet sich in einem Brief Ruth Fischers vom 15. April 1950 an ihre Tante (Idas Schwester) Marie Versteeg in Marburg, in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2097, Bl. 1.

174 Wolfgang Ruge, Gelobtes Land. Meine Jahre in Stalins Sowjetunion, hg. von Eugen Ruge, Berlin 2012, S. 28.

hervorgetretene Erich Arendt unterrichtete dort.[175] Gerhard Friedländer konnte zwei Klassen überspringen und kam so in die gleiche Klassenstufe wie der künftige Schriftsteller Stephan Hermlin (damals Rudolf Leder) und der spätere Psychoanalytiker, Sexualforscher und Jazzkritiker Ernest Bornemann. Zur Freude von Arkadij Maslow zeigte Gerhard ein außergewöhnliches Talent in Mathematik. Einen nachhaltigen Eindruck hinterließ eine Klassenfahrt nach Dessau mit dem Besuch des Bauhauses.[176] Die Sommer verbrachte er nach dem Tode der Wiener Großeltern oft bei Maslows Verwandten in Hundested bei Kopenhagen.[177] „Ruth und Max sahen sich immer noch als nur vorübergehend von der KPD getrennt. So war es nicht überraschend, dass ich dazu angehalten wurde, den Pionieren, dem KPD-Äquivalent zu den Boy Scouts, beizutreten“, erinnerte sich Gerhard später. Von dort wurde er in den Sozialistischen Schülerbund übernommen, zu dessen Gruppe auch Schüler des Neuköllner Realgymnasiums und der Aufbauschule gehörten.[178]

Arkadij Maslow verdiente nun seinen Lebensunterhalt als Übersetzer russischer Literatur. Zu den von ihm übersetzten Büchern gehörten Michael Karpows *Die fünfte Liebe* (1929), Boris Sawinkows *Erinnerungen eines Terroristen* (1929), Michail Pokrowskis *Russische Geschichte. Von den ältesten Zeiten bis zum Jahre 1917* (1930), Sergej Jurins *Die Leute von Gaidansk* (1932) sowie Georgi Plechanows *Marxismus und Geschichte* (1933).[179] Auch die Memoiren der letzten russischen Zarin Alexandra, *Als deutsche Zarin im Weltenbrand. Intime Aufzeichnungen aus der Zeit Rasputins* (1932), übersetzte er.[180] Aus seiner Zeit als Pianist hatte er sein Blüthner-Klavier behalten, und einmal wurde er tatsächlich von seinem früheren Universitätslehrer Albert Einstein zum Mittun bei der Hausmusik eingeladen.

175 Vgl. Wolfgang Keim/Norbert Weber (Hg.), Reformpädagogik in Berlin, Basel 1998. Alle genannten Lehrer wurden während der Nazidiktatur verfolgt. Fritz Karsen und Hedda Korsch gelang die Flucht in die USA, Erich Arendt nach Kolumbien. Ihre Kollegen überlebten in Deutschland und erreichten ein sehr hohes Alter: Hans Alfken wurde 94 Jahre, Marie Torhorst 100 und Alfred Ehrentreich 101 Jahre alt.

176 Vgl. Collection International Institute of Social History: Ruth Fischer Memoirs by her son Gerard Friedlander, unveröff. Manuskript, 1995, S. 78 (im Folgenden: Friedlander, Memoirs).

177 Vgl. ebd., S. 86.

178 Vgl. ebd., S. 81. An den Aufbauschulen, von denen es in Berlin drei gab, konnten Jugendliche und junge Erwachsene neben ihrer beruflichen Ausbildung oder Tätigkeit das Abitur erwerben.

179 Das letztgenannte Buch konnte wegen des Machtantritts der Hitler-Hugenberg-Regierung von der Büchergilde Gutenberg nicht mehr vertrieben werden.

180 Vgl. Peter Lübbe (Hg.), Ruth Fischer – Arkadij Maslow, Abtrünnig wider Willen. Aus Reden und Manuskripten des Exils, München 1990, S. 413.

Einstein habe „abscheulich auf seiner Geige herumgekratzt“, lautete Maslows kritisches Urteil.[181]

Ruth Fischer war als Sozialfürsorgerin den ganzen Tag unterwegs, entweder bei Arbeiterfamilien oder in ihrem Büro im Bezirksrathaus Prenzlauer Berg. Maslow hingegen arbeitete zu Hause, und so oblag ihm auch weitgehend die Erziehung von Gerhard. Dieser hatte auch recht gute Kontakte zu seinem leiblichen Vater Paul Friedländer, der als Journalist und vor allem als Theaterkritiker für die KPD-Presse arbeitete.[182] Von ihm erhielt der Heranwachsende Karten für Konzerte und Theater.

Doch wuchs Arkadij Maslow mehr und mehr in die Vaterrolle hinein. Er verstand sich ausgezeichnet mit Gerhard, der ihn stets beim Spitznamen „Max“ rief. Maslow hingegen adressierte die Briefe an seinen Ziehsohn mit Anreden wie „Kater“, „Schweinskater“ oder „Archimedes-Weierstrass.“[183] Der revolutionäre Löwe war ein guter Hausvater. Er half Gerhard nicht nur bei den Schulaufgaben, sondern dieser lernte durch ihn auch Kochen; „Maslow verstand es, Dinge anzupacken“, erinnerte er sich später.[184] Maslow kochte gern, vor allem russische Gerichte. Zwar konnte er, was bei seiner Doppelbegabung als Musiker und Mathematiker ungewöhnlich war, kaum Schach, doch führte er Gerhard in die Kunst des Skatspiels ein. Wichtiger war, dass er ihm das Schwimmen beibrachte. Auch lenkte er Gerhard von der ausufernden Karl-May-Lektüre hin auf andere, wie er meinte, ernstere Schriftsteller.[185] Dabei war Maslow eine Quelle unerschöpflichen Humors; seine mit sarkastischen, mitunter sehr derben Ausdrücken gewürzten Briefe bezeugen dies. Er erfand skurrile Geschichten, und wenn ihm auch seine stalinistischen Feinde manch verleumderische Behauptung nachriefen; einen Trauerkloß hat ihn niemand genannt.

Ruth Fischer und Arkadij Maslow hatten sich somit das aufgebaut, was man eine bürgerliche Existenz nannte. Keineswegs abgewandt von den Fragen ihrer Zeit, wären sie womöglich, hätte es das Hitler-Regime nicht gegeben, unabhängige, dem

181 So berichtete es Ruth Fischers Sohn. Friedlander, Memoirs, S. 71.

182 Paul Friedländer, „dieser eher ängstlich wirkende Mann mit dem blonden, dünnen, ordentlich gebürsteten Haar […] sah doch so ganz anders aus als die aggressiven Bösewichter, die ich auf den Wahlplakaten der Rechten gesehen hatte“, erinnerte sich der spätere Zukunftsforscher Robert Jungk, der damals durch Friedländer eine erste Unterweisung in das ABC des Bolschewismus bekam, an ihn. Robert Jungk, Trotzdem. Mein Leben für die Zukunft, München 1994, S. 60.

183 Vgl. die entsprechende Korrespondenz in: Abtrünnig wider Willen, S. 49–72.

184 Gerard Friedlander im Interview, in: Hering/Schilde (Hg.), Kampfname Ruth Fischer, S. 79.

185 Vgl. Friedlander, Memoirs, S. 63–65, 69.

Extremen aber abgeneigte Linksintellektuelle geworden, die im geistigen Leben Berlins ihre Spuren hinterlassen würden. Es hätte sein können, aber es sollte nicht sein.

Anders als Ruth Fischer war Maslow ein eifriger Kinogänger; einen guten (oder auch weniger guten) Film ließ er sich selten entgehen. Er brachte auch Gerhard Friedländer dazu, sich mehr und mehr Filme anzusehen, darunter den *Jazzsänger*, den ersten Tonfilm mit Al Jolson, Erik Charells *Der Kongress tanzt*, den ersten deutschen Musikfilm, Ernst Lubitschs *Liebesparade* und natürlich den *Blauen Engel*.[186]

So dürfte die Familie bestimmt auch Slatan Dudows Film *Kuhle Wampe oder wem gehört die Welt* gesehen haben, dessen Drehbuch Bertolt Brecht und Ernst Ottwalt geschrieben hatten und dessen Musik Hanns Eisler komponiert hatte. Der filmgeschichtlich wichtige Streifen war, schrieb Georges Sadoul, „der einzige, der offen antifaschistisch auftrat, und wurde wegen Beleidigung des Präsidenten Hindenburg, der Behörden und der Religion verboten. Er malte das Leben der jungen Arbeitslosen in ihren Elendsquartieren und ihren Versuch, in der Vorstadt ein Gemeinschaftslager zu gründen."[187] Die „trotzige Frage" am Ende des Films – „Wer wird die Welt ändern?" – erreichte auch Arbeiter, die kaum oder nicht die politischen Schriften der KPD lasen.[188] Obgleich der Film solche „Kinogänger verwirrte, die unbeschwerte Unterhaltung erwarteten", bot er gerade dadurch „eine radikalere demokratische Alternative zum kommerziellen deutschen Kino als jeder andere Film der sozialdemokratischen oder kommunistischen Linken der Weimarer Zeit."[189] Die deutsche Erstaufführung am 30. Mai 1932 im Berliner Atrium-Theater bedeutete für den Hauptdarsteller Ernst Busch den Weg in den Ruhm. Es war auch der Beginn einer lebenslangen Freundschaft Buschs mit Hanns Eisler, dem Komponisten des alsbald weltweit gespielten *Solidaritätslie-*

186 Vgl. ebd., S. 96.

187 Georges Sadoul, Geschichte der Filmkunst, Frankfurt 1982, S. 240. Kritischer sah Walter Laqueur, Weimar. Die Kultur der Republik, Frankfurt u. a. 1974, S. 306, den Film, der sich, seiner Meinung nach, „zu eng an die Parteilinie hielt" und die „kleinbürgerlichen Konventionen" sozialdemokratischer Arbeiter „lächerlich gemacht" habe. Hindenburg kam im Film übrigens nicht vor.

188 W. L. Guttsman, Workers' Culture in Weimar Germany. Between Tradition and Commitment, Oxford/New York 1990, S. 273.

189 Bruce Murray, Film and the German Left in the Weimar Republic. From *Caligari* to *Kuhle Wampe*, Austin 1990, S. 224.

des.[190] Dieser verzettelte jedoch keineswegs, wie es Manès Sperber damals annahm, sein Talent „in Brechts Schatten."[191]

Doch wurde Hanns Eisler dadurch mehr als ihm lieb war als Songschreiber der KPD angesehen, und dies sollte anderthalb Jahrzehnte später Folgen für ihn haben.[192] Noch aber konnte von einer Vormundschaft der Partei über kommunistische Künstler keine Rede sein.[193] Ebenso wenig war das künftige Zerwürfnis Hanns Eislers mit seiner Schwester 1932 zu ahnen, wohingegen die Beziehung zwischen Ruth Fischer und Gerhart Eisler bereits schlecht war, da dieser, der Parteilinie folgend, sie mied wie sie auch ihn. Zu sehr musste es die einstige Parteichefin schmerzen, von ihren früheren Genossen als Feindin behandelt zu werden. Sie stand nun völlig außerhalb jeder Parteipolitik.

Die Arbeit als Sozialfürsorgerin aber machte Ruth Fischer Freude, und dies trotz der drückenden Probleme, mit denen sie jeden Tag konfrontiert war. Ihr Vorgesetzter, der Sozialdemokrat Walter Friedländer (der nicht mit der Wiener Familie ihres geschiedenen Mannes verwandt war) schätzte sie sehr und beauftragte sie bald mit der Leitung der Abteilung kindliche Sozialfürsorge.[194] Ruth Fischer

190 Vgl. Jochen Voit, Er rührte an den Schlaf der Welt. Ernst Busch – die Biographie, Berlin 2010, S. 41f.

191 Manès Sperber, All das Vergangene…, Wien/Zürich 1983, S. 473.

192 Der „eigentliche" KPD-Komponist war jedoch Stefan Wolpe, der aber nie der Partei beitrat. Auch der 1928 von der SPD zur KPD übergewechselte Hans Hauska ist zu nennen ebenso Richard Mohaupt. Sie alle mussten wie Eisler ins Exil. Vgl. Richard Bodek, Music in the Streets. Politics and Perceptions in Berlin at the End of the Weimar Republic, in: James Retallack/Larry Eugene Jones (Hg.) Elections, Mass Politics, and Social Change in Modern Germany. New Perspectives, Cambridge 1992, S. 267–296, Michael H. Kater, Gewagtes Spiel. Jazz im Nationalsozialismus, Köln 1995, S. 172–174 (zu Mohaupt), sowie allgemein Jörn Wegner, Arbeitermusik: Versuch einer Gegenhegemonie, in: Marcel Bois/Bernd Hüttner (Hg.), Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken, Heft 1, Berlin o. J., S. 51–54.

193 Zwar begriff sich z. B. Brecht, in Werner Mittenzweis Worten, durchaus als ein „Beauftragter der Partei der Arbeiterklasse", doch war die Kulturpolitik der KPD noch eher Bündnispolitik anstatt ein Katalog dirigistischer Anweisungen für „ihre" Künstler und Schriftsteller. Werner Mittenzwei, Das Leben des Bertolt Brecht oder der Umgang mit den Welträtseln, Bd. 1, 3. Aufl., Berlin [DDR] 1988, S. 368. Noch gab es keine verbindliche Doktrin des sozialistischen Realismus.

194 Mit ihm, der zuletzt Professor für Sozialarbeit in Berkeley war, hielt sie auch in späteren Jahren Kontakt. Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappen 217 und 1334, und M. E. Grenander Department of Special Collections & Archives, University Libraries, The State University of New York at Albany: German and Jewish Intellectual Émigré Collection: Walter A. Friedlander Papers, Box 7, Folder 65: Fischer, Ruth.

konnte gut mit Kindern umgehen, auch wenn diese aus sozial sehr schwierigen Familien kamen, und dies eröffnete ihr auch den Zugang zu den Eltern.

Zu ihren Aufgaben gehörten Berichte über die Zustände, einschließlich der Jugendkriminalität und Delinquenz, in sozial benachteiligten Familien des Bezirkes Prenzlauer Berg. Dazu musste sie Fallstudien durchführen. „Es war eine überaus intensive Arbeit mit mehreren Tausend Kindern, der Arbeit in fünfzig Häusern und zahlreichen Einrichtungen, es ging um Ausbildung und Verwaltung", schrieb Ruth Fischer in ihren autobiographischen Notizen.[195] Das mit Mietskasernen dicht bebaute Gebiet hatte zwar in der Weimarer Republik vom sozialen Wohnungsbau durchaus profitiert; so errichteten unter anderem Bruno Taut und Franz Hillinger die nach dem Gewerkschaftsführer Carl Legien benannte Wohnstadt. Doch viele Probleme blieben ungelöst, und sie verschärften sich dramatisch mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929.[196]

Die Folgen der Krise konnte Ruth Fischer somit an einem der sozialen Brennpunkte der Reichshauptstadt bezeugen. Sie tat dies in einem Buch, in dem sie ihre Beobachtungen zusammenfasste und mit scharfer Sozialkritik verband. Mitautor des Buches war der Mediziner Franz Heimann. Ruth Fischers Sohn teilte jedoch mit, dass „den Hauptteil Max geschrieben hatte; ich spürte förmlich seine Stimme beim Lesen des Textes."[197] Heimann und seine Frau Paula, eine Psychoanalytikerin aus der Schule des Freudianers Theodor Reik, hatten 1927 die Internationale Gesellschaft der Ärzte gegen den Krieg mitbegründet.[198] Sie waren mit Ruth Fischer und Arkadij Maslow auch persönlich befreundet. Franz Heimann wurde zudem, neben Boenheim, der behandelnde Arzt der Familie. Als Kinderarzt oblag ihm besonders die Sorge um Gerhard.

Die *Deutsche Kinderfibel*, Frucht einer mehrjährigen Recherche, erschien am Beginn des Jahres 1933 im Rowohlt-Verlag. Der Reingewinn des Buches, so war auf dem Vortext zu lesen, wurde „vom Verlag zu Zwecken der Kinderpflege zur Verfügung gestellt."[199] Dies war ganz sicher der Wunsch der Autoren Ruth Fischer und Franz Heimann gewesen.

Das Buch gehörte in eine Reihe von Studien, die einen Zusammenhang zwischen sozialer Notlage, medizinischer Unterversorgung und gestörten Familienbe-

---

195 Ruth Fischer, Autobiographical Notes, in: Abtrünnig wider Willen, S. 465.

196 Doch richtete die Bezirksverwaltung Werkstätten für arbeitslose Jugendliche ein, die vom späteren (West-)Berliner SPD-Vorsitzenden Franz Neumann geleitet wurden.

197 Friedlander, Memoirs, S. 90.

198 Vgl. Simone Ziemansl, Paula Heimann, in: Gerhard Stumm (Hg.), Personenlexikon der Psychotherapie, Wien/New York 2005, S. 207f.

199 Ruth Fischer/Franz Heimann, Deutsche Kinderfibel, Berlin 1933, 1.–5. Tausend. Ein photomechanischer Nachdruck erschien 1986 in Düsseldorf.

ziehungen zogen. In der zweiten, angesichts der Weltwirtschaftskrise überarbeiteten Auflage seines Buches *Geschlecht und Liebe* betonte Max Hodann, Facharzt für Geschlechtskrankheiten, dass die Monopolisierung der Herstellung wichtiger Heilmittel durch den IG-Farben-Konzern es den Proletariern kaum erlaube, die Preise für solche Mittel zu bezahlen. Die Folgen seien fortschreitende Krankheiten, aber auch gestörte Sexualbeziehungen unter den Arbeitern. Eine noch so wichtige Sexualberatung durch die Arbeiterorganisationen könne die Störungen zwar mindern, doch nicht beseitigen.[200] Auch der Psychotherapeut und Sexualwissenschaftler Arthur Kronfeld wies auf den Zusammenhang von fehlender Sozialfürsorge und psychosomatischen Krankheitserscheinungen hin.[201] Erst im dänischen Exil konnte Wilhelm Reich seine *Massenpsychologie des Faschismus* fertigstellen. Darin zeigte er, dass die politische Massenpropaganda der Nazis geschickt auf den sogenannten unpolitischen Menschen abzielte, der in sexuellen Konflikten befangen war, über die er sich aufgrund seiner sozialen Benachteiligung kaum zureichend Rechenschaft ablegen konnte.[202]

Während Hodann im schwedischen Exil verstarb, beging Kronfeld mit seiner Frau in Moskau im Oktober 1941 Selbstmord. Er glaubte nicht, dass die Rote Armee der vorrückenden deutschen Wehrmacht standhalten könne und wollte nicht in deren Hände fallen. Reich gab später seine dem Historischen Materialismus verpflichteten Untersuchungen zugunsten parawissenschaftlicher Aktivitäten auf. Diese brachten ihn in den USA vor Gericht; er verstarb 1957 in Pennsylvania im Gefängnis. Noch aber lag das Exil mit all seinen Problemen vor ihnen – wie auch vor Ruth Fischer.

Die *Deutsche Kinderfibel* behandelte anhand zahlreicher Fallstudien die Ernährungslage von Arbeiterkindern vornehmlich im Prenzlauer Berg sowie im Wedding. Die Deutschen waren durch Krieg und Inflation verarmt, und nach einer kurzzeitigen Verbesserung verschlechterte sich die Ernährungslage der Arbeiter und besonders der Arbeitslosen während der Weltwirtschaftskrise erneut. „Dies wurde damals kaum angemessen erforscht, und noch heute liegen nur wenige Studien zur Deprivation während der Depression vor. Die *Deutsche Kinderfibel*

200 Vgl. Max Hodann, Geschlecht und Liebe in biologischer und gesellschaftlicher Beziehung, Berlin 1932, S. 201f. Die Erstausgabe erschien 1927.

201 Vgl. die von der Universität Konstanz herausgegebene Dokumentation: Arthur Kronfeld 1886–1941. Ein Pionier der Psychologie, Sexualwissenschaft und Psychotherapie, Konstanz 1988.

202 Vgl. Wilhelm Reich, Massenpsychologie des Faschismus. Zur Sexualökonomik der politischen Reaktion und zur proletarischen Sexualpolitik, Kopenhagen 1933, Nachdruck Amsterdam 1980, hier bes. S. 274f.

von Ruth Fischer und Franz Heimann war eine der wenigen Ausnahmen“, heißt es in einer aktuellen Studie zum Thema.[203]

So schilderten Fischer und Heimann zum Beispiel die Lage der Familie Mielenz (alle Namen im Buch wurden geändert). Diese bestand zum Zeitpunkt der Untersuchung aus einem Elternpaar mit sieben Kindern im Alter zwischen 17 Jahren und acht Monaten. (S. 93ff.) Die Familie gehörte noch zum bessergestellten Teil der Arbeiter, denn beide Elternteile hatten eine Beschäftigung. Das Wocheneinkommen (55 Reichsmark) war überdurchschnittlich, doch blieben nur rund 19 Reichsmark übrig, um Lebensmittel zu kaufen. Die Kost bestand aus Kartoffeln, Gemüse, Schwarzbrot und Malzkaffee; nur der Familienvater erhielt wegen seiner schweren Arbeit als Metallschleifer Wurst und Fleisch. Aus den Einkünften der Familie errechneten Heimann und Fischer einen Gesamtnährwert der Kost von 11.000 Kalorien. Dies ergab, selbst wenn man den Säugling und eines der Kleinkinder nicht mit einrechnete, nur ungefähr 2.200 Kalorien pro Person und Tag. Die Ernährungswissenschaft sah jedoch damals 2.540 Kalorien als minimalen Tagesbedarf an.[204] Somit war selbst die relativ gutgestellte Familie Mielenz unterernährt; ihnen fehlten 7 Mark 55 Pfennig pro Woche zu einer einigermaßen gesunden Ernährung.[205] Wirklich elend war die Lage der Arbeitslosen. Sie ernährten sich wieder so wie ihre Vorfahren ein Jahrhundert zuvor, zwar mit Kartoffeln, Brot und Malzkaffee, aber ausgesprochen vitaminarm.[206]

Ein weiteres Thema des Buches waren die als „Volkskrankheiten“ beschönigten Epidemien, die die Armenhaushalte des Industrielandes Deutschland regelmäßig heimsuchten. Die Familie Salkowsky konnte die Miete nicht bezahlen und war gezwungen, zur Großmutter zu ziehen. Diese litt unter Tuberkulose, verheimlichte es aber. Von ihr steckten sich die Kinder an. Hätte die Familie die sechsunddreißig Mark Monatsmiete gehabt, so wäre dies nicht geschehen. Zornig hielten Fischer und Heimann fest: „Man spricht heute so viel von Rassenverderbnis, es wird drauflos schwadroniert über Rasse und ‚Blut‘, und in der Wirklichkeit wird die Rasse durch den Mangel an Mietsgeld versaut, vier gesunde Kinder (dazu noch aus mindestens so guter deutscher Rasse, wie prominente Rassenfanatiker sie ihr Eigen nennen möchten) werden mit Tuberkulose angesteckt, die Familie ist zer-

203 Detlef Briesen, Das gesunde Leben. Ernährung und Gesundheit seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt 2010, S. 187.

204 Vgl. ebd., S. 187f.

205 Vgl. Fischer/Heimann, Deutsche Kinderfibel, S. 100.

206 Vgl. die „Rezepte für Leute mit niedrigstem Einkommen“, die von der Ernährungswissenschaft empfohlen wurden, ebd., S. 110–113.

stört, ihr Bestand ganz und gar zerrüttet, ihre Zukunft noch unsicherer gemacht, als sie ohnehin ist. Ein Symptom des Jahres 1932."[207]

Wohnungsnot und Prostitution, juvenile Delinquenz und Alkoholabhängigkeit in jungen Jahren, häusliche Gewalt und Bildungsnotstand – all diese drückenden Probleme behandelten Ruth Fischer und Franz Heimann. „In den letzten Jahren ist der Standard der deutschen Arbeiterklasse immer wieder herabgedrückt worden", mussten sie zum Schluss feststellen. Doch dabei sollte es nicht bleiben. „Die Klasse wehrt sich gegen die Niveausenkung. Sie tut es aus gesundem Klasseninstinkt. Denn jede Senkung des Lebensstandards bedeutet die Schaffung neuer Zertretener und Zermürbter, und Zertretene und Zermürbte können sich schlecht wehren, gefährden sogar den Kampf der ganzen Klasse, da sie deren Kampfkraft schwächen können."[208]

Die Deklassierung, die der deutschen Arbeiterklasse drohe, habe ein tiefes Misstrauen, eine Gereiztheit und Unzufriedenheit hervorgerufen, denen man auf Schritt und Tritt begegne. Sie seien keineswegs auf die Ärmsten oder Armen beschränkt. Der Angriff auf den Lebensstandard erfolge organisiert: „Die Unternehmer und der Staat greifen an, senken den Standard, dekretieren die Verschlechterung der Lebensumstände. Sie berufen sich auf die allgemeine Wirtschaftskrise, auf politische Gründe, auf alles Mögliche, aber keine dieser Berufungen beantwortet die Frage, weshalb die Arbeiterklasse sich um einer Wirtschaft willen, die nicht *ihre* Wirtschaft ist, um eines Staates willen, der nicht *ihr* Staat ist, sich in die Barbarei stoßen lassen soll", riefen Fischer und Heimann am Ende geradezu beschwörend aus.[209] „Die deutsche Arbeiterklasse ist eine gewaltige Klasse. Ihre Vergangenheit hat die schauderhafte Gegenwart nicht verhindern können. Aber die Zukunft liegt in ihrer eigenen starken Hand."[210] Sofort nach dem Machtantritt der Nazis wurde das Buch verboten. Käthe Leichters Rezension in der Wiener *Arbeiterzeitung*, in der sie besorgt fragte, ob angesichts all dessen in Deutschland ein „Rückfall in die Barbarei" bevorstehe, blieb somit wohl das einzige Echo auf die *Kinderfibel*.[211]

Der Beginn der Barbarei in Deutschland nannte Bernhard von Brentano seinen eindringlichen Sozialreport, der kurz vor der *Deutschen Kinderfibel* ebenfalls bei Rowohlt erschienen war. Seine Befunde waren denen Ruth Fischers und Franz Heimanns ähnlich, die Schlussfolgerungen waren andere. „Die Sozialdemokraten träumen vom Wirtschaftskrieg, die Nazis vom Bürgerkrieg, die Stahlhelmleute

207 Ebd., S. 150.
208 Ebd., S. 308.
209 Ebd., S. 309.
210 Ebd., S. 312.
211 Käthe Leichter, Rückfall in die Barbarei?, in: Arbeiterzeitung vom 1. Januar 1933.

von Frankreich und Polen, und wenn man das alles addiert, kommen elende Löhne, eine gewaltige Arbeitslosigkeit und Kapitalismus heraus.“[212]

Während Fischer und Heimann an den Klasseninstinkt der Arbeiter appellierten, aber weder KPD noch SPD, auch keine der kleinen Linksparteien als speziellen Adressaten im Auge hatten, hoffte Brentano, der damals der KPD angehörte, auf eben diese Partei. Es klang wie ein Echo auf Ruth Fischers einstige Aufrufe, wenn er schrieb: „Sämtliche bürgerlichen Parteien, von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten, verteidigen den Kapitalismus und attackieren den Sozialismus, vereint gegen die Kommunisten. Das Bild wird nur dadurch etwas farbiger, dass die kapitalistischen Parteien außerdem noch miteinander im Kampf um den Anteil an der Beute liegen.“[213] Welche Interessen vertrat die SPD? „Sie plädierte anfangs für eine formale Demokratie, welche ökonomisch nicht mehr haltbar ist, und verwandelte sich innerhalb der allgemeinen Verwandlung von der Demokratie zur Diktatur in eine Stütze dieser Diktatur.“ Ihre Führung betreibe mit dem Angriff auf die Rechte der Arbeiter das Geschäft des Faschismus.[214]

Der geschichtliche Hintergrund, vor dem die erbitterten Worte fielen, ist zu gut bekannt, um hier in seinen Einzelheiten referiert zu werden.[215] Einige Stichworte sollen genügen: Die Reichstagswahl vom 14. September 1930 brachte der NSDAP einen unvorstellbaren Zulauf; mit mehr als 18 Prozent an Stimmen, die sie einsammelte, wurde sie von der kleinsten Fraktion im Parlament zur zweitgrößten. Gemeinsam mit den Deutschnationalen und anderen rechtsradikalen Organisationen bildete sie im Oktober 1931 die nach ihrem Tagungsort benannte Harzburger Front. Am 16. November scheiterte ihr Misstrauensvotum gegen die Brüning-Regierung im Reichstag an den Stimmen von SPD, KPD und Deutscher Volkspartei. Es blieb jedoch leider bei dieser einzigen gemeinsamen Aktion zur Abwehr des Faschismus.

Zwar zerfiel die Harzburger Front nach kurzer Zeit, da im März 1932 kein gemeinsamer Kandidat bei den Reichspräsidentenwahlen zustande kam und sich Hindenburg gegen Hitler im 2. Wahlgang im April durchsetzen konnte. Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli verdoppelte jedoch die NSDAP ihre Stimmenzahl

212 Bernhard von Brentano, Der Beginn der Barbarei in Deutschland, Berlin 1932, S. 125.

213 Ebd., S. 192.

214 Ebd., S. 208.

215 Aus einer Vielzahl von Arbeiten allein zur Politik der KPD am Ende der Weimarer Republik sei hier nur auf die Standardwerke von Flechtheim, Fowkes, Winkler und Kinner sowie auf Siegfried Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935, Frankfurt/New York 1976, und Hermann Weber, Zur Politik der KPD, in: Manfred Scharrer (Hg.), Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933, Reinbek 1984, S. 121–161, verwiesen.

noch einmal. Die autoritäre Politik der Reichskanzler Brüning, Papen und zuletzt das kurzzeitige Krisenmanagement Schleichers vermochten nicht, der Wirtschaftskrise nur ansatzweise Herr zu werden. Über sechs Millionen Arbeitslose, dazu Kurzarbeiter und nicht mehr registrierte Ausgesteuerte stürzten in ein Elend, das jenes der Inflationsjahre übertraf. Was sollten die Menschen anstellen, wenn ihnen das bürgerlich-parlamentarische System einfach keine Lebenschancen bot, ganz egal, was sie taten? In ihrer Verzweiflung zogen viele selbst den Abgrund, den Hitler ihnen wies, dem verhassten „System von Weimar" vor. Immer wieder hämmerte Hitler seiner wachsenden Anhängerschaft ein, dass am Elend eine Hydra aus Marxisten aller Art und liberalen Demokraten schuldig sei, hinter der in jeder Verkleidung das „Weltjudentum" stehe.[216]

Die Arbeiterbewegung erwies sich insgesamt als unfähig, dem wachsenden Einfluss der Nationalsozialisten eine Erfolg versprechende Strategie entgegenzusetzen. Ruth Fischers und Franz Heimanns Appell an das Klassenbewusstsein der Arbeiter, so nobel er war, erschien wie das berühmte Pfeifen im Wald.

Die SPD-Führung schien blind und taub. Sie fügte ihren schweren politischen Fehlern immer neue hinzu: Im Reichstag hatte die Fraktion 1928, entgegen dem vor den Wahlen feierlich abgegebenen Versprechen „Kinderspeisung statt Panzerkreuzerbau" dem Bau eines Panzerkreuzers zugestimmt und damit Wasser auf die Mühlen der kommunistischen Konkurrenz geleitet. Vor dem 1. Mai 1929 hatte

216 Dass es die Nazis sowohl mit ihrem Antisemitismus wie mit ihrem Antimarxismus im Wortsinn tödlich ernst meinten, wollten viele Linke im Glauben an die Zivilisation und die politische Vernunft der Deutschen nicht wahrhaben. So erklärte der SPD-Politiker Fritz Tarnow auf dem Bundeskongress der Sattlergewerkschaft im August 1932: „Das blutrünstige Gerede von der Nacht der langen Messer, der Abschlachtung aller Marxisten, der Besetzung der Gewerkschaftshäuser, das ist doch nur eine Maske für eine gewisse Unsicherheit in diesen Kreisen. Wir dürfen darauf vertrauen, dass Deutschland nach seiner sozialen und kulturellen Entwicklung nicht in die Formen eines balkanischen Räuberstaates zurückfallen kann." Zit. nach Wolfram Pyta, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 101. Vgl. auch S. 63–69 und 71 (mit Zeugnissen für die tragische Unterschätzung des Nazi-Antisemitismus). Weitere Belege für die Annahme Tarnows, der Nazismus werde binnen kurzer Zeit „abwirtschaften" und habe keine Chance, an die Macht zu kommen, finden sich bei Donna Harsch, German Social Democracy and the Rise of Nazism, Chapel Hill 1993, S. 89 und 105, für spätere Zweifel Tarnows vgl. ebd. S. 151. Andererseits gab es auch in der SPD Stimmen, die voraussagten, der deutsche Faschismus an der Macht werde viel gefährlicher sein als sein italienisches „Vorbild." Vgl. Pyta, Gegen Hitler und für die Republik, S. 102f. Die KPO forderte schon früh, Hitlers Antisemitismus ernst zu nehmen. Vgl. u. a. Albert Schreiners Artikelserie: Faschistische Schlagworte und Parolen, in: Gegen den Strom, Nr. 3 bis 8 vom 18. Januar bis 22. Februar 1930.

dann der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Karl Zörgiebel, die anstehenden Maifeiern unter freiem Himmel verboten, offiziell, um Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu verhindern, tatsächlich, weil die SPD den Massenzulauf für die KPD fürchtete. Als die Kommunisten dennoch demonstrierten, geriet bei Auseinandersetzungen mit der Polizei die Situation im Wedding und in Neukölln außer Kontrolle. Die Polizei schoss in die unbewaffnete Menge und tötete zweiunddreißig Menschen. Die anschließenden erbitterten Straßenschlachten dauerten zwei Tage. Für die überlebenden Angehörigen der Gefallenen, doch nicht nur für sie, wurde die SPD zur Partei der Arbeitermörder. Der schließlich auch von sozialdemokratischen Historikern in seiner Tragweite geschilderte „Blutmai" ließ die seit 1914 nie mehr geschlossene Kluft in der Arbeiterbewegung zu einem Abgrund werden.[217]

Unter diesen Umständen bedurfte es einer KPD, die als radikal-demokratische wie revolutionäre Herausforderung der Sozialdemokratie den Zulauf zur NSDAP gestoppt und den politisch Verzweifelten eine sinnvolle Alternative geboten hätte. Eine solche Richtung hatte in der KPD zwar existiert, sie war jedoch – von Paul Levi bis zu den Dissidenten der KPO – immer weiter geschwächt worden. Wir haben gesehen, welch entscheidenden Anteil Ruth Fischer an der Verdrängung solcher Kräfte aus der Partei gehabt hatte. Zudem wurde es auch vielen Gegnern Stalins unter den Kommunisten erst allmählich klar, dass es galt, die als bürgerlich geschmähte Demokratie nicht nur als Übergang zur „proletarischen Diktatur", sondern auch um ihrer selbst willen zu verteidigen – gegen die reaktionärsten Kräfte des Bürgertums. „Die bürgerliche Republik ist nicht die Staatsform zur Verwirklichung des Sozialismus", hieß es bereits 1929 in einem Aufruf der KPO. „Die bürgerliche Staatsform ist aber der günstigste Ausgangspunkt [...] zur Organisation der Arbeiterklasse zum Kampf um die Macht, zum Kampf um den Sozialismus. [...] Gegen alle Versuche, gegenüber allen faschistischen Vorstößen müssen und werden wir die demokratische Republik verteidigen."[218] Die KPD goss Hohn und Spott über die KPO aus.[219] Sie ignorierte ebenso die subtilen Faschismus-Analysen der KPO und insbesondere ihres Theoretikers August Thalheimer.[220]

217 Vgl. Thomas Kurz, „Blutmai". Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Bonn 1988.

218 Kämpft für die Abwälzung der Steuerlasten von den Werktätigen auf die Besitzenden!, in: Gegen den Strom vom 29. Juni 1929.

219 Thalheimer sah Hitler als *relativ autonomen* Interessenvertreter, nicht als Agenten der Bourgeoisie und band dessen Erfolgschancen an ein Patt der Klassenkräfte zwischen Arbeiterbewegung und Großkapital. Vgl. August Thalheimer, Über den Faschismus, in: Wolfgang Abendroth (Hg.), Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt 1979, S. 19–38 (1930 als Artikel-

Sich zur Verteidigung der Republik durchzuringen, rief auch Trotzki, der inzwischen im türkischen Exil lebte, die KPD-Anhänger auf. Die KPD solle „der Sozialdemokratischen Partei und der Leitung der Freien Gewerkschaften ein Kampfabkommen vorschlagen [...], von unten bis herauf zu den Spitzen." Diese Einheitsfront müsse „ganz konkreten, praktischen, kämpferischen Charakter haben. Ihre Ausgangsposition wäre: Verteidigung aller Einrichtungen und Eroberungen der proletarischen Demokratie und darüber hinaus – Verteidigung der Kultur gegen die Barbarei." Nur dann würde die Monopolbourgeoisie sogleich zu spüren bekommen, „dass mit Hitler Diktatur spielen mit dem Feuer des Bürgerkrieges spielen heißt", und nur dann würde in Teilen der Mittelklassen, „die die Verzweiflung in Hitlers Lager getrieben hat", ein „Prozess der Differenzierung" einsetzen. Nur dann könne überhaupt die Existenz der Arbeiterbewegung und letztlich auch der bürgerlichen Zivilisation bewahrt werden.[221]

Der amerikanische Journalist Hubert Renfro Knickerbocker, der 1932 Deutschland bereiste, fragte einen Kommunisten, warum die Anhänger der KPD

serie in *Gegen den Strom* erschienen). Vgl. zur Bedeutung von Thalheimers Analysen Martin Kitchen, August Thalheimer's Theory of Fascism, in: Journal of the History of Ideas, 34 (1973), Nr. 1, S. 67–78, Jost Dülffer, Bonapartism, Fascism and National Socialism, in: Journal of Contemporary History 11 (1976), Nr. 4, S. 109–128, und Jürgen Kaestner, Die politische Theorie August Thalheimers, Frankfurt/New York 1982, S. 115–129. Vgl. für eine Einordnung Thalheimers in die zeitgenössischen Faschismus-Analysen Wolfgang Wippermann, Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt 1997, S. 65–70, sowie Stanley G. Payne, A History of Fascism 1914–1945, Madison (Wisconsin) 1995, S. 446, der an anderer Stelle und im Widerspruch zu seiner eigenen Wertung Thalheimer die Erkenntis vom Faschismus als relativ autonomer konterrevolutionärer Bewegung abspricht. Vgl. ebd., S. 125.

220 Diese Ressentiments fanden noch in der DDR ihre Fortsetzung: Sogar Fritz Selbmann, ansonsten wenig engstirnig, schmähte die „rechtsopportunistische Spaltergruppe, [...] die sich KPD(Opposition) nannte" und mit der er sich als damaliger Leiter der sächsischen KPD auseinandersetzen musste. Er fuhr fort: „Von geringerer Bedeutung, aber zur Vervollständigung des Systems nennenswert, waren die überall im Reich vorkommenden politischen Splitter und Sekten: Anarchisten und Trotzkisten, Leninbündler und Freigeldpropheten, Nacktkulturanhänger und Zeugen Jehovas." Fritz Selbmann, Alternative, Bilanz, Credo. Versuch einer Selbstdarstellung, Halle (Saale) 1969, S. 198.

221 Leo Trotzki, Antwort auf drei Fragen [der Berliner Zeitung *Montag Morgen* am 12. Mai 1932], in: Ders., Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, Bd. 1, Frankfurt 1971, S. 316f. Die umfangreiche Einleitung von Ernest Mandel gibt eine Zusammenfassung der Faschismus-Theorie Trotzkis, die der von August Thalheimer inhaltlich ähnelte. Vgl. auch Sarah Kröger, Die Faschismustheorien von Leo Trotzki und August Thalheimer. Eine vergleichende Analyse, Staatsprüfungsarbeit, Universität Hamburg 2005 (auch im Internet).

sich nicht den Nazis zur Wehr setzen könnten. Wir haben nicht die Gewehre, war dessen Antwort, und die Sowjetunion glaube nicht an eine deutsche Revolution. Sie sei deshalb auch nicht bereit, diese zu liefern. Wenn Hitler an die Macht komme, werde er das Land jedoch so rasch herunterwirtschaften, dass binnen eines halben Jahres seine irregeleiteten Anhänger zur KPD kommen würden. Auf die Frage, was werde die SPD tun, um Hitlers Weg zur Macht aufzuhalten, wusste ein Sozialdemokrat nur zu erwidern: Was können wir tun, wenn Hitler die Mehrheit hat? Ein Nazi, befragt, was seine Partei tun würde, sollte sie die Macht ergreifen, antwortete mit einem einzigen Wort: „Festhalten."[222]

Die Mehrheit der SPD-Mitglieder hielt an der Idee fest, den Sozialismus auf dem Weg der Reform zu verwirklichen. Wie eine ökonomische Umgestaltung im sozialistischen Sinne gegen den Widerstand der Herrscherklassen möglich war, blieb dabei freilich offen.[223] Was sollte die SPD tun, wenn die umworbenen bürgerlichen Bündnispartner nicht nur den Sozialismus, sondern zunehmend auch die Weimarer Verfassung ablehnten und bekämpften? Sollte man angesichts des Aufstieges der Nazis nicht wenigstens mit der KPD reden? Die SPD-Führung wies diesen Gedanken weit von sich. Ihre Politik lief darauf hinaus, dass mit konservativen Kräften um fast jeden Preis, mit Kommunisten aber niemals gemeinsame Sache betrieben werden könne. Zudem erwies sich die SPD-Führung als außerstande, positive Arbeitsbeschaffungspläne zu entwickeln und damit das Arbeitslosenproblem zu bekämpfen.[224] Dennoch: Die SPD verteidigte, die KPD bekämpfte die Republik, und wenn auch beiden Parteien das Scheitern gemeinsamer Aktionen anzulasten ist, so war die Verantwortung dafür doch ungleichmäßig verteilt.

Die innerparteiliche Kritik an der SPD-Führung wurde indes lauter. Doch auch in der SPD wurden kritische Stimmen diszipliniert und oft auch aus der Partei geworfen. Sie gründeten im Oktober 1931 die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die SAP. Ihre Hoffnung, diese möge zur Dritten Kraft der Arbeiterbewegung werden und das Erbe der einstigen USPD antreten, blieb unerfüllt. Es zeigte sich, dass in Zeiten der Krise die Mehrheit der organisierten Arbeiter-

---

222 H. R. Knickerbocker, Deutschland so oder so?, Berlin 1932, S. 35.

223 Die SPD-Konzeptionen vom organisierten Kapitalismus und der Wirtschaftsdemokratie griffen „ohne Zweifel Elemente und Tendenzen auf, die der realen Entwicklung des Kapitalismus und des parlamentarischen Staates entsprachen", unterschätzten jedoch ökonomisch die Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaft und vor allem politisch die autoritären und diktatorischen Tendenzen der Wirtschaftsführer. So Reinhard Kühnl, Die Weimarer Republik. Errichtung, Machtstruktur und Zerstörung einer Demokratie, Reinbek 1988, S. 199.

224 Auf diesen Punkt wies Andreas Dorpalen hin. Vgl. Ders., SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 31 (1983), Nr. 1, S. 84f.

schaft nicht bereit war, ihrer Partei den Rücken zu kehren, mochte sie auch noch so unzufrieden mit deren Politik sein. Dies galt für Kommunisten wie Sozialdemokraten. Auch die beschwörenden Aufrufe der SAP zur Einheitsfront blieben somit wirkungslos.[225]

Die linken Kleingruppen riefen dennoch eindringlich zum gemeinsamen Handeln auf. Jedoch bestanden sogar unter ihnen tiefe Differenzen – und wie wollte man KPD- oder SPD-Mitglieder zum gemeinsamen Handeln bewegen, wenn man selbst dazu außerstande war? Es gab keine gemeinsame strategische Konzeption der Kleingruppen, die zudem ihre Schwerpunkte in unterschiedlichen Regionen des Reiches hatten, was eine Zusammenarbeit erschwerte. Wie weit sollte man mit der SPD gemeinsame Sache machen?[226] Konnte man auf eine Reform der KPD an Haupt und Gliedern setzen, wie es die KPO, doch auch der Leninbund forderten? Oder ging es um die Gründung einer neuen Partei, was die SAP anstrebte? War es gar denkbar, innerhalb beider Arbeiterparteien zu wirken, um die marxistisch geschulten und nicht „vom Stalinismus oder Reformismus verdorbenen Kräfte" zu beeinflussen? Dies war der Plan einer Kleinstgruppe, die sich Neu Beginnen nannte, wie auch einer Gruppe von SPD-Dissidenten, den Roten Kämpfern.[227] Ein nicht-marxistischer Kreis, der Internationale Sozialistische Kampfbund, setzte zudem auf eine neue Lebensweise. Die Funktionäre von KPD und SPD seien auch deshalb so parteiegoistisch, weil sie den dekadenten Lebensstil der Bourgeoisie nachahmten. Der ISK, so hieß die Gruppe abgekürzt, verbot seinen Mitgliedern deshalb strikt den Genuss von Alkohol, Nikotin und Fleisch. Das entsprach zwar auch der Lebensmaxime Hitlers, doch politisch war dieser damit nicht zu stoppen. Es blieb die kleine Gruppe der Anhänger um Trotzki, die sich Linke Opposition

225 Zur SAP vgl. Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim 1965, und Helmut Arndt/Heinz Niemann, Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei, Berlin 1991.

226 Die noch existierenden Teil der Weddinger Opposition und ein Teil des Leninbundes lehnten jede Kooperation mit der SPD zunächst ab. Vgl. Bois, Im Kampf gegen Stalinismus […], S. 106f.

227 Beide Gruppen sahen KPD wie SPD mit ihren schweren Fehlern nicht mehr als „Verbündete des Proletariats", schrieb George Mosse (Masses and Man. Nationalist and Fascist Perceptions of Reality, Detroit 1987, S. 307) und meinte, sie hätten damit „in mancher Hinsicht Recht" gehabt. Theodor Bergmann (Das Zwischenfeld der Arbeiterbewegung zwischen SPD und KPD 1928–1933, in: Manfred Scharrer (Hg.), Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933, Reinbek 1984, S. 180) betonte, die Kleingruppen hätten „gestützt auf eigenständige Anwendung des marxistischen Handwerkszeugs […] klare politische Analysen geliefert." Dieses Urteil hat sich in der Forschung heute weitgehend durchgesetzt.

nannte und die länger als fast jemand sonst daran festhielt, dass die KPD eine politisch deformierte, doch die einzige Alternative zu Hitler sei.[228]

Allen Gruppen war gemeinsam, dass sie den „Bruderkampf" zwischen KPD und SPD anprangerten und die Einheitsfront gegen Hitler forderten. Der antifaschistische Kampf könne dann auch nicht-sozialistische Kräfte mitreißen. Als ein Beispiel von vielen sei ein Appell des Leninbundes vom August 1932 zitiert. Der erschreckende Wahlerfolg der NSDAP dürfe die Antifaschisten nicht lähmen, hieß es darin. „325 antifaschistische Stimmen im Reichstag gegen 280 Faschisten, das genügt für ein antifaschistisches Präsidium und eine antifaschistische Regierung. Die Kraft der Arbeiterschaft und des antifaschistischen Mittelstandes gegen die Staatsstreichler und ihre faschistischen Mordbanden, das ist die wichtigste außerparlamentarische Front. Die kann und wird siegen. Arbeiter, wenn ihr wollt!"[229] Dieses Vertrauen in die Kraft der Arbeiter wie die Einsicht des Mittelstandes sah Sidney Hook Jahrzehnte danach als Zeichen „politischer Naivität" gegenüber denen, die sich anschickten, der Republik den Garaus zu machen.[230]

Ein anderer ausländischer Beobachter, der Franzose Raymond Aron, sah jedoch in der KPD trotz all ihrer Fehler „die einzige klare und vehemente Protestbewegung gegen das kapitalistische Regime", doch „die feige Geduld der Sozialisten" und die „Tradition eines vorsichtigen Opportunismus" würden die Arbeiter lähmen.[231] Zudem war, und hier hatte Hook Recht, der antifaschistische Mittelstand bislang eher eine Hoffnung denn eine Realität. Gerade im Mittelstand, der durch die Krise verängstigt und zerrieben wurde, sammelten sich angesichts einer gespal-

228 Vgl. die genannten Arbeiten zur SAP sowie von Tjaden und Bergmann zur KPO und von Zimmermann zum Leninbund sowie den Überblick von Bois, Im Kampf gegen Stalinismus […]; weiterhin: Werner Link, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK), Meisenheim 1964; Olaf Ihlau, Die Roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich", Meisenheim 1969; Wolfgang Alles, Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930, Frankfurt 1987; Annegret Schüle, Trotzkismus in Deutschland bis 1933, Köln 1989. Vgl. als sehr gute Regionalstudie die Magisterarbeit von Falk Engelhardt, Entwicklung und Politik der trotzkistischen Linksopposition in Leipzig ab 1924, Technische Universität Chemnitz 2007 (auch im Internet). – Genannt sei noch die „Opposition der 60", meist Betriebskader der KPD, die Mitte 1930 ausgeschlossen wurden und fast alle zur SPD gingen.

229 Die Fahne des Kommunismus vom 12. August 1932, zit. in: Zimmermann, Leninbund, S. 223.

230 Hook, Out of Step, S. 115.

231 Raymond Aron, Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930–1939, hg. von Joachim Stark, Opladen 1993, S. 120 (Bericht in *Europe*, Dezember 1932).

tenen und gelähmten Linken jene Stimmungen, die in Hitler ihren Heilsbringer erblickten. Mit nüchternem Kalkül begann noch nicht die Mehrheit, doch eine politisch entschlossene Minderheit des Großkapitals, auf den Naziführer zu setzen, ohne dass er jedoch zu ihrem gefügigen Werkzeug wurde. Bei den Reichspräsidentenwahlen unterstützte die SPD Hindenburg als „kleineres Übel" gegen Hitler. Die Sozialdemokraten glaubten, dieser böte einen Schutzwall der Demokratie gegen den Faschismus, ein anderer Kandidat habe überhaupt keine Chance gegen Hitler. Doch die Warnung der KPD „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, und wer Hitler wählt, wählt den Krieg!" erwies sich als völlig richtig. Sie war aber die einzige vernünftige Losung der Partei in dieser Zeit. Die Sozialdemokraten gaben kampflos den staatsstreichartigen Machenschaften der Papen-Regierung nach, die am 20. Juli 1932 per Reichsexekution die SPD-geführte Regierung in Preußen absetzte. Dies nahm die KPD einmal mehr zum Anlass, um die SPD als Gehilfin des Faschismus zu attackieren, obgleich es dieses Anlasses nicht bedurft hätte.[232]

Die ebenso abstruse wie politisch tödliche Behauptung, wonach die Sozialdemokratie den „linken Flügel des Faschismus", seine „sozialfaschistische" Variante, bilde, war der Tiefpunkt kommunistischer Politik. Die seit 1924 von Stalin und Sinowjew gemeinsam verfochtene Doktrin, die nunmehr ihre endgültige Weihe als „Sozialfaschismus"-These erhielt, gab Stalin weder vor noch nach dem Sieg über den einstigen Bündnispartner und späteren Rivalen Sinowjew auf. Aus Anlass des 10. Jahrestages der Oktoberrevolution wiederholte er im November 1927: „Der gegenwärtige Sozialdemokratismus ist eine ideologische Stütze des Kapitalismus" und folgerte: „Es ist unmöglich, dem Kapitalismus den Garaus zu machen, ohne dem Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung den Garaus gemacht zu haben." Die Oktoberrevolution habe „den Sieg des Marxismus über den Reformismus, den Sieg des Leninismus über den Sozialdemokratismus" bedeutet. Sie habe „unübersteigbare Schranken zwischen Marxismus und Sozialdemokratismus, zwischen der Politik des Leninismus und der Politik des Sozialdemokratismus errichtet." Deshalb sei „die Ära des Sterbens des Kapitalismus zugleich die Ära des Sterbens des Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung."[233] Der 6. Weltkongress der Komintern bekräftigte im Sommer 1928 mit seiner kompromisslosen

232 Dabei soll, ebenso wenig wie bei der KPD, das antifaschistische Engagement der Sozialdemokraten heruntergebucht werden, das sich in einer Vielzahl von Aktivitäten wie auch theoretischen Analysen äußerte. Vgl. zusammenfassend Pyta, Gegen Hitler und für die Republik.

233 J. W. Stalin. Fragen des Leninismus, Moskau 1947, S. 221–223.

Frontstellung gegen die internationale Sozialdemokratie diese verhängnisvolle Orientierung.[234]

Stalin und die Komintern sonnten sich in der teilweise richtigen Vorhersage des Auf und Ab im kapitalistischen Krisenzyklus. Nachdem der Verlauf der Krise die „Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Krisenanalyse“ zu bestätigen schien und die Stalin-Fraktion den inneren Machtkampf in der Sowjetunion gewonnen hatte, gab es kein Halten mehr in der Polemik gegen alle nichtstalinistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung. In dieser Polemik war der KPD ein besonderer Platz zugedacht. Dafür war sie Stalin gut genug. Er sah sie jedoch kaum als einen Machtfaktor der deutschen Politik und war skrupellos genug, ihre Interessen auf dem Altar seiner Ressentiments gegenüber der Sozialdemokratie zu opfern.[235]

So zogen Komintern und KPD immer absurdere Parallelen zwischen dem faschistischen Nationalsozialismus, der bürgerlichen Demokratie und der Sozialdemokratie und begriffen diese nur als jeweils verschiedene Spielarten des Faschismus. Selbst vor punktuellen Bündnissen mit den Nazis schreckte die KPD nicht mehr zurück. Dies zeigte sich im Streik der Berliner Verkehrsbetriebe, als sie Ende 1932 gemeinsam mit ihnen auf Streikposten stand.[236] Spätestens dann sah die SPD-Führung in den Kommunisten oft ebensolche Feinde wie in der NSDAP, was im Schlagwort der „Kommunazis“ beredten Ausdruck fand, aber Hitler und die Seinen mehr als unterschätzte.[237]

---

234 Vgl. u. a. Pierre Frank, Geschichte der Kommunistischen Internationale (191–1943), Bd. 2, Frankfurt 1981, S. 513–534. Erste kritische Ansätze der Bewertung dieser Politik finden sich in der DDR-Forschung bei Werner Bramke, Das Faschismusbild in der KPD Mitte 1929 bis Anfang 1933, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 28 (1986), Nr. 5, S. 612–621. Vgl. auch Michael Kersten, Die Beiträge deutscher Marxisten in der Programmdiskussion der Komintern, Mainz 1994. Diese (Diplom-)Arbeit wurde 1990 in Leipzig verteidigt.

235 Dies betont nachdrücklich Tucker, Stalin in Power, S. 228–232.

236 Nur kurze Erwähnung finden kann hier die Beteiligung der KPD am Volksentscheid in Preußen, bei dem sie im August 1931 gemeinsame Sache mit der NSDAP und anderen Rechtskräften machte. – Nur ganz vereinzelt fanden sich KPD und SPD zu gemeinsamer Aktion zusammen, so am 23. August 1931 bei der Bürgermeisterwahl in Boizenburg, wo sie durch ihr Zusammengehen die Wahl des kommunistischen Kandidaten Eduard Alexander gegenüber seinem nazistischen Herausforderer ermöglichten. Vgl. Uwe Wieben, Eduard Alexander. Biographische Skizze eines nahezu vergessenen Politikers der Weimarer Republik, Berlin 2008, S. 48.

237 Nirgendwo erreichte die Feindschaft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ein derartiges Ausmaß wie in Deutschland, nirgendwo sonst wurde der Faschismus derartig unterschätzt. Vgl. neben den bereits genannten Titeln von Fowkes, Frank, Weber und Weitz z. B. Gert Schäfer, Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, Of-

Noch im Frühjahr 1932 hatte die KPD den Gedanken der „Antifaschistischen Aktion" als Einheitsfront „von unten" propagiert. Sie umwarb SPD-Mitglieder und bezeichnete nur noch die Führung als sozialfaschistisch, verzichtete nun mitunter auch auf das Wort.[238] Ernst Torgler und Wilhelm Pieck wandten sich wie Thälmann an sozialdemokratische und bürgerliche Politiker, um wenigstens über parlamentarische gemeinsame Aktionen gegen die NSDAP zu reden.[239] Doch entwertete die KPD diese Ansätze durch die Losung von einem „Sowjetdeutschland" als Ziel ihrer Politik.[240] Noch 1983 schrieb ein DDR-Autor, vor dem Hin-

fenbach 1973. Leonid Luks, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935, Stuttgart 1984, Helga Grebing/Klaus Kinner (Hg.), Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung, Essen 1990, und Gerd-Rainer Horn, European Socialists Respond to Fascism. Ideology, Activism and Contingency in the 1930s, New York/Oxford 1996.

238 So schrieb Thälmann Ende 1931, dass Reichskanzler Brüning mit Hilfe der NDSAP auch die Sozialdemokraten zermürben wolle. Vgl. Ernst Thälmann, Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung [1931], in: Ders., Reden und Aufsätze [...], Bd. 3, Berlin [DDR] 1956, S. 217. Im April 1932 forderte er offiziell die Einheitsfront mit den Anhängern, nicht aber mit den Führern der SPD, im Kampf gegen die „faschistische" Papen-Diktatur. Vgl. Ernst Thälmann, Im Kampf gegen die faschistische Diktatur, Berlin 1932, auch in: Ders., Reden und Aufsätze [...], Bd. 4, Köln 1975, Zitat S. 212. Zur Antifaschistischen Aktion erschien eine Reihe von Publikationen in der frühen DDR. Vgl. Heinz Karl/Erika Kücklich (Hg.), Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik, Mai 1932 bis Januar 1933, Berlin [DDR] 1965, sowie jetzt Heinz Karl, Faschisierung und antifaschistischer Abwehrkampf, in: Geschichts-Korrespondenz, Nr. 2/2012, S. 3–17 (ohne die britischen Arbeiten von Fowkes, Rosenhaft und Fischer zu berücksichtigen). Dass die Antifaschistische Aktion auf Drängen Moskaus zustande kam, zeigt Bert Hoppe, In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933, München 2007, S. 329, 336 und *passim*.

239 Vgl. Joachim Petzold, SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik: Unüberwindbare Hindernisse oder ungenutzte Möglichkeiten?, in: Heinrich August Winkler (Hg.), Die deutsche Staatskrise 1930–1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992, S. 82f., 96. Thälmann hielt (anders als Neumann und Remmele) im Juni 1932 ein Zusammengehen mit SPD und Zentrum im preußischen Landtag für denkbar, um die Wahl eines NSDAP-Landtagspräsidenten zu verhindern. Das scheiterte an der Zentrumsfraktion, die sich in der Abstimmung der Stimme enthielt. Vgl. Andreas Wirsching, „Hauptfeind Sozialdemokratie" oder „Antifaschistische Aktion"? Die Politik von KPD und Komintern in der Endphase der Weimarer Republik, in: Heinrich August Winkler (Hg.), Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, München 2002, S. 123–125.

240 Deshalb stieß auch im Juni 1932 ein Ersuchen der KPD an die Gewerkschaftsspitzen, zwischen ihr und der SPD zu vermitteln, kaum auf Resonanz. Vgl. Heinz Karl, Die KPD – Leistungen und Grenzen, in: 75 Jahre deutsche Novemberrevolution. Schriftenreihe der

tergrund der Massenarbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern habe die Sowjetunion „die geschichtliche Überlegenheit des Sozialismus“ gezeigt – freilich um den Preis der Sklavenarbeit in den Lagern, was natürlich unerwähnt blieb.[241] Schließlich griff die 3. Reichsparteikonferenz im Oktober 1932 die These des 12. EKKI-Plenums auf, wonach der Hauptschlag wiederum gegen die Sozialdemokratie zu richten, da nur so die Bourgeoisie zu bezwingen sei – dies, obwohl Neumann und Remmele als Hauptverantwortliche des verderblichen Kurses endlich die KPD-Führung verlassen mussten, da sie Thälmann und Stalin gegenüber zu eigenmächtig handelten.[242]

Angesichts dieser selbstmörderischen Politik gaben Ruth Fischer und Arkadij Maslow wie kurz danach auch Hugo Urbahns ihre Hoffnung auf eine kurzfristige Reformfähigkeit der KPD auf, suchten aber auch keinen Weg zur SPD. Fischer, Maslow und Urbahns seien aber im Unrecht, hielt Trotzki ihnen entgegen, wenn sie meinten, „dass die offizielle Partei unausweichlich zerfallen und an Einfluss verlieren muss, und dass die Opposition, erstarkt im Kampf mit der Partei, auf deren Trümmern zu einer neuen Partei anwachsen wird.“[243] Wenn aber alles, was in den letzten zwölf Jahren geschaffen wurde, nur bestimmt sei zu zerfallen, wo sei dann die Gewähr dafür, dass es diesmal besser ausgehe? Nötig sei vielmehr die Überwindung der Schwäche der KPD, denn nur die Fortdauer dieser Schwäche sichere Thälmann, Neumann und Remmele (die noch dem Polbüro angehörten) ihre Führungspositionen. Der gegenwärtige Zustrom an Stimmen für die Partei

---

Marx-Engels-Stiftung 21, Bonn 1994, hierzu S. 83; unkritischer Ders., Geschichte der KPD im Spiegel gegenwärtiger Geschichtsschreibung, in: Mitteilungen der kommunistischen Plattform, März 2009, auch im Internet.

241 Walter Wimmer, Die KPD und der Untergang der Weimarer Republik, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 25 (1983), Nr. 1, S. 10. Im Jahre 1925 saßen 144.000 Häftlinge in sowjetischen Gefängnissen, 1927 waren es 127.000 (gegenüber 142.000 im Jahre 1916 unter dem Zarismus). Vgl. Michail Heller/Alexander Nekrich, Geschichte der Sowjetunion, Bd. 1, Frankfurt 1985, S. 207. Mitte 1930 betrug sogar nach offiziellen sowjetischen Angaben die Zahl der in 873 Lagern Inhaftierten schon 662.000 Personen, so wiedergegeben bei David J. Dallin/Boris Nicolaevsky, Arbeiter oder Ausgebeutete? Das System der Arbeitslager in Sowjet-Russland, München 1948, S. 97. Auch die SPD berichtete über die Arbeitslager. Vgl. zur sozialdemokratischen Stalinismus-Kritik dieser Jahre Jürgen Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933, München 1992, bes. S. 261ff.

242 Vgl. Weber, Zur Politik der KPD, S. 141f.

243 Leo Trotzki, An die Reichskonferenz der Linken Opposition [17. September 1930], in: Ders., Schriften über Deutschland, Bd. 1, S. 70.

stärke „das revolutionäre Selbstgefühl der proletarischen Avantgarde“ und bedeute zugleich „das Wiedererwachen der Kritik an der eigenen Führung.“[244]

Der im türkischen Exil lebende Trotzki überschätzte das politische Bewusstsein „gewöhnlicher“ KPD-Mitglieder. Die KPD hatte in den Wahlen seit 1930 zwar an Stimmen hinzugewonnen, doch nahmen sich diese Gewinne bescheiden aus gegenüber den erdrutschartigen Siegen der Nazis. Vor allem hatte sich, wie schon Ossip Flechtheim zeigte, ein folgenschwerer Wandel in der Mitgliedschaft und ihrer kollektiven Psychologie vollzogen: Sie war real zur Partei der Arbeitslosen geworden.[245] Der Aufbau der Betriebszellen kam deshalb kaum voran.[246] Zudem war der erfahrene Arbeitertypus nach den jahrelangen Kampagnen aus der Partei weitgehend verdrängt. An die Stelle des klassenbewussten Arbeiters war ein Desperado getreten, der sich – mehr noch als die Weltkriegs-Kohorte – einer verlorenen Generation zuordnete, nichts zu verlieren hatte, nur in gewaltsamer Änderung der Gesellschaft noch eine Hoffnung sah.[247] Für diesen Typus kann der Name Erich Mielke stehen: ein rebellischer Abenteurer, der weder die Chance noch die Lust hatte, sich in die sogenannte bürgerliche Gesellschaft, sei es auch als Facharbeiter mit regelmäßigem Einkommen, zu integrieren.[248] Von der unteren Lei-

244 Ebd., S. 74.

245 Eine zeitgenössische, damals jedoch zu wenig beachtete Studie über die zerstörerischen sozialen und psychologischen Folgen der Langzeit-Arbeitslosigkeit stammt von Marie Jahoda/Paul Lazarsfeld/Hans Zeisel, Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen lang andauernder Arbeitslosigkeit, Leipzig 1933, Neuausgabe Frankfurt 1975. Eine andere Untersuchung zum selben Thema war 1933 fertiggestellt, konnte aber erst Jahrzehnte später publiziert werden. Vgl. Erich Fromm, Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung, hg. von Wolfgang Bonss, Stuttgart 1980.

246 Ende 1932 zählte die KPD rund 2.210 Betriebszellen, aber 6.000 Straßenzellen und fast 6.500 Ortsgruppen. Vgl. Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 2. Aufl., Berlin 1990, S. 596.

247 Dieses Problem erörtert präzise Detlev J. K. Peukert, The Lost Generation. Youth Unemployment and the End of the Weimar Republic, in: Richard J. Evans/Dick Geary (Hg.), The German Unemployed. Experiences and Consequences of Mass Unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich, London 1987, S. 261–280.

248 Vgl. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, S. 74. – In ihrer Biographie Erich Mielkes zeigt Wilfriede Otto (Erich Mielke. Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten, Berlin 2000, S. 15–17) die politischen und psychologischen Folgen des aus finanziellen Gründen erzwungenen Abbruches des Gymnasialbesuches. Dies machte Mielke die Eingliederung in die bürgerliche Gesellschaft, zumindest auf gehobener Ebene, unmöglich. Er entwickelte dann einen unbändigen Hass auf wirkliche und scheinbare „bürgerliche

tungsebene bis zur Parteispitze war, und daran bestand nach 1930 kein Zweifel mehr, die Qualität des „bolschewisierten" Führungskorps dramatisch gesunken. Entstanden war, schrieb ein moderner Autor, „eine deformierte Partei mit zwei Gesichtern: gewisse Erfolge nach außen – Niedergang im Inneren."[249]

Diese Probleme diskutierte auch Ruth Fischer mit sowjetischen Oppositionellen, wann immer diese die Chance hatten, nach Berlin zu kommen. Die Möglichkeit der regulären Ausreise aus Stalins Sowjetunion wie auch der Bezug ausländischer Literatur waren seit 1928 generell verboten. Doch gab es durch journalistische und andere Aufträge für Oppositionelle der zweiten Reihe noch immer Gelegenheiten, in den Westen zu fahren und sich dort mit Gesinnungsgenossen zu treffen.

Auf diese Weise hielten auch Ruth Fischer und Arkadij Maslow bis Ende 1931 Kontakt zur sowjetischen Wirklichkeit jenseits der offiziellen Propaganda. Sinowjew ließ ihnen Botschaften übermitteln, in denen er sie drängte, die Initiative zur Gründung einer neuen Partei zu ergreifen. Doch schon weil er selbst vor Stalin hatte kapitulieren müssen, gaben Fischer und Maslow dieser Idee keine Chance. Auch unterlagen sie, schrieb Ruth Fischer später, „keiner Selbsttäuschung in Bezug auf die Natur der Nazi-Bewegung. Für uns war diese in ihrer militant konterrevolutionären Form eine andere Ausgabe des Stalinismus. Diese militant konterrevolutionäre Bewegung konnte nur von einer militant revolutionären Bewegung besiegt werden. Eine solche Bewegung musste ganz klar anti-nationalistisch und anti-imperialistisch sein, sie musste auf dem Sozialismus und dem Internationalismus beruhen und nicht auf einem ‚nationalen Befreiungskampf'. Wir glaubten 1933 in keinem Augenblick an eine Aufforderung Stalins, den Kampf aufzunehmen, noch zogen wir ein eigenständiges Handeln der dem Stalinismus unterworfenen Partei in Erwägung."[250] Fischer und Maslow wussten, sie würden im entscheidenden Augenblick auf wenig Hilfe zählen können. Niemand fragte um ihren Rat, niemand bot ihnen mehr politische Arbeit an, von niemandem hatten sie ein Mandat angesichts der doppelten Feindschaft durch Hitler und Stalin.

Elemente": mit den bekannten Folgen nach seinem Aufstieg zum Chef der DDR-Staatssicherheit.

249 Ronald Sassning, Rückblicke auf Ernst Thälmann. Der Umgang mit dem KPD-Führer im Widerstreit der Meinungen, Jena 2006, S. 42.

250 Fischer, Autobiographical Notes, S. 464f. Die Bemerkung zum „nationalen Befreiungskampf" bezog sich auf die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" der KPD, die am 24. August 1930 in der *Roten Fahne* erschienen war und in deren Vokabular die Partei bedenkliche Anleihen bei rechtspopulistischer Agitation nahm.

Den Sommer 1932 verbrachten sie an der Ostsee. Mit ihrem Motorrad, einer Harley-Davidson, durchstreiften sie Holstein und Mecklenburg. „Das Land schien ruhig, keine Anzeichen politischer Unruhe, keine Paraden, weniger Versammlungen und Demonstrationen."[251] Nie werde Hindenburg Hitler zum Kanzler ernennen, hörten sie. Sie glaubten diesen Worten auch dann nicht, als am 6. November die NSDAP bei den Reichstagswahlen Verluste erlitt. Während manche ihrer Bekannten sagten, Hitler sei eine Null, schauten Fischer und Maslow genauer auf die Wirklichkeit. Sie stellten die wachsende Bereitschaft im Industrie- und Bankkapital, Hitler zu unterstützen, in Rechnung.[252] Von früheren Genossen aus Chemnitz, Thüringen und von der Ruhr erhielten sie Nachrichten über die beunruhigende Zunahme nazifreundlicher Stimmen unter Industriearbeitern.[253] Später schrieb Ruth Fischer, dass die SPD damals für die Intellektuellen und besonders für die jungen Menschen aus allen Klassen und Schichten zu der Partei wurde, „die sich an das Bestehende klammerte, ohne noch in irgendeiner Weise nach vorn oder zurückzuschauen." Die KPD „war zu dieser Zeit intellektuell ähnlich dürftig besattelt; sie besaß selbst nur wenige Intellektuelle, die auch nur imstande waren, die russischen Gedanken in ein verständliches Deutsch zu übertragen."[254]

Wieder zeigte sich der politische Aderlass der KPD: Die unaufhörlichen Kampagnen hatten zu viele intelligente Köpfe aus der Partei getrieben; Köpfe, die nicht mehr zu ersetzen waren und deren Fähigkeiten, die Menschen zu erreichen, ihre Nachfolger in der Führung kaum noch besaßen. Sogar „die geheimen Apparate der

---

251 Ruth Fischer, Autobiographical Article for Frankfurter Hefte [nicht erschienen], in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2682, abgedruckt unter dem Titel: Erinnerungen an die Jahre 1932–1933 (1960), in: Abtrünnig wider Willen, Zitat S. 526. Hiernach auch das Folgende. Teilweise ähnliche Passagen finden sich in den „Autobiographical Notes".

252 Am 19. November 1932 ersuchte die an Reichspräsident Hindenburg gerichtete Denkschrift einer Reihe Industrieller und Bankiers, Hitler zum Kanzler zu ernennen. Dem kam Hindenburg noch nicht nach, sondern ernannte am 2. Dezember Kurt von Schleicher. Der Text der (damals natürlich unbekannten) Schrift findet sich erstmals bei Albert Schreiner, Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten, Monopolisten und Junker an Hindenburg für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler (November 1932), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 4 (1956), Nr. 2, S. 366–369. Schreiners Assistent Joachim Petzold fand das Dokument im Archiv.

253 Dem stand seit 1931/32 eine Zunahme von KPD-Stimmen auf dem Land entgegen. Vgl. Conan Fischer, Gab es am Ende der Weimarer Republik einen marxistischen Wählerblock?, in: Geschichte und Gesellschaft, 21 (1995), Nr. 1, S. 66f.

254 Ruth Fischer, Exile of the Left, in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2459, Bl. 44. Dies war Teil des Buchfragments, das ursprünglich als Fortsetzung von *Stalin und der deutsche Kommunismus* gedacht war.

KPD dienten mehr der Selbstbestätigung der Partei als der Organisierung des Umsturzes."[255] Ruth Fischer und Arkadij Maslow nahmen somit die „machtvolle Kampfdemonstration" der Thälmann-Anhänger am 25. Januar 1933 nur noch als gespenstische Show wahr. Voller Sorge warteten sie auf den nicht mehr fernen Tag von Hitlers „Machtübernahme", wohl wissend, dass sie allein nichts ausrichten konnten. Dennoch glaubten sie bis zuletzt, Hitler könne die Macht nur durch offene Gewaltanwendung sichern. Eine Kapitulation der deutschen Arbeiterbewegung wollten sie sich trotz allem nicht vorstellen.

Den 30. Januar 1933 und die Tage unmittelbar darauf erlebte Ruth Fischer bei aller Beunruhigung über Hitlers Kanzlerschaft noch unbehelligt. Sie ging am nächsten Tag zum Hufeland-Krankenhaus in den Friedrichshain, um sich mit Franz Heimann und Felix Boenheim zu beraten. Doch Boenheim, der der KPD angehörte, unterschätzte die Lage. „Siehst du nun ein, dass du dich geirrt hast?", fragte er Ruth Fischer. „Hitler ist an der Macht, legal, auf parlamentarischem Wege, und die Nazis denken gar nicht an einen Putsch. Ich habe es schon immer gesagt, Deutschland ist eben einfach nicht das Land für derartige Abenteuer." Hitler werde binnen kurzem abwirtschaften, und die KPD erhalte die Chance, „als einzige wirksame Opposition" alle Antinazis zu vereinigen.[256] Dies war zwar nicht die offizielle Losung der KPD, aber so dachte nicht nur Boenheim.

Ruth Fischer sah, dass jetzt, wo es zu spät war, die KPD-Führung die Spitzen von SPD und Gewerkschaften aufrief, gemeinsam eine Einheitsfront ohne Vorbedingungen zu bilden. „Führt gemeinsam mit euren kommunistischen Genossen", so der Aufruf vom 30. Januar, „Massendemonstrationen, den Streik, den Massenstreik, den Generalstreik durch!"[257] Doch noch am 7. Februar sagte Thälmann auf einem Geheimtreffen des ZK, das Scheitern der Einheitsfront am 30. Januar sei dem Einfluss der Sozialdemokraten und der christlichen Gewerkschaften auf die Arbeiterklasse geschuldet gewesen. Die revolutionäre Krise sei jedoch am Heranreifen. Die Partei habe „einen wichtigen Schlüssel für den revolutionären Aufschwung in ganz Europa in ihrer Hand."[258]

Der Parteiausschuss der SPD erklärte: „Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung. Die politischen und sozialen Rechte des Volkes, die in Verfassung und Gesetz verankert sind, werden wir gegen jeden Angriff mit allen Mitteln verteidigen." Ein undiszipliniertes Vorgehen einzelner Genossen, gemeint

255 Winkler, Der Weg in die Katastrophe, S. 603.
256 Fischer, Autobiographical Article, S. 528.
257 Das Flugblatt mit dem Text des Aufrufes ist u. a. abgedruckt in: Siegfried Vietzke, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933–1939, Berlin [DDR] 1962, S. 143f.
258 Die Rede ist abgedruckt in: Thälmann, Reden und Aufsätze […], Bd. 4, Zitat S. 311.

war die Teilnahme an gemeinsamen Aktionen mit Kommunisten oder den Kleingruppen, werde „der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen." Die SPD verteidige die durch Notverordnungen ausgehöhlte Verfassung. Sie erwarte, dass auch ihre Gegner diese respektierten.[259] Die Selbsttäuschung beider Parteien hätte größer nicht sein können.[260]

Nach der Nacht des Reichstagsbrandes am 27. Februar, den die Nazipropaganda sofort der KPD in die Schuhe schob, wussten Fischer und Maslow, was die Glocke geschlagen hatte. Am nächsten Tag kam Ruth Fischer von ihrer Arbeit aus dem Rathaus des Prenzlauer Berges müde nach Hause.[261] Um elf Uhr abends und noch verschiedene Male in der Nacht klingelte ein Mann. Ihr Sohn wies ihn jedes Mal ab, da er ihn für einen Nazi-Provokateur hielt. Erst später erfuhr die Familie, dass es ein sozialdemokratischer Polizist war, der sie warnen wollte. Plötzlich lief, erinnerte sich Francis Carsten, damals Mitglied der Gruppe Neu Beginnen, „die Terrormaschine auf vollen Touren. Zahllose Kommunisten und Sozialdemokraten wurden willkürlich verhaftet und barbarischen Methoden der Einkerkerung und Folterung unterworfen. Die ersten ‚wilden' Konzentrationslager wurden von SA und SS errichtet, Göring als preußischer Ministerpräsident schuf die Gestapo, die KPD wurde in den Untergrund getrieben."[262]

„Dass man mich in Freiheit ließ, kann ich mir nur durch Glück und die mangelnde Organisation der Nazis während dieser ersten Periode erklären", schrieb Ruth Fischer später. Am nächsten Tag ging sie noch einmal in ihr Büro und traf am Nachmittag Freunde und Bekannte in einem Café am Potsdamer Platz. Sie suchte über das Ausmaß der Verhaftungswelle etwas Klarheit gewinnen. „Es gab keine Grenze mehr zwischen Mitgliedern der Kommunistischen Partei und der linken Opposition; in unserem Zorn gegen die Nazis und gegen die Haltung Moskaus und Thälmanns fanden wir eine neue Solidarität."[263] Ihr wurde nun schmerz-

259 Vorwärts vom 31. Januar 1933, Morgenausgabe. Nachdruck in: Vietzke, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Zitat S. 138.

260 Dabei war die KPD auf die Illegalität nicht vollkommen unvorbereitet: Wohl 1931 wurde beim ZK-Sekretariat eine spezielle Abteilung, der I-Apparat, aufgebaut, der im gegebenen Fall illegale Büros, Quartiere, Anlaufstellen und Deckadressen zu beschaffen hatte. Bis Anfang 1933 wurden über 60 illegale Büros und Quartiere in Berlin eingerichtet. Viele konnten noch nach 1933 für die illegale Arbeit benutzt werden. Vgl. Bernd Kaufmann u. a., Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937, Berlin 1993, S. 261f.

261 Fischer, Autobiographical Article, S. 529ff. Hiernach auch das Folgende.

262 Francis L. Carsten, Widerstand gegen Hitler. Die deutschen Arbeiter und die Nazis, Frankfurt/Leipzig 1996, S. 24. Zu den Verhafteten gehörten Werner Scholem und Felix Boenheim, die auf Ermittlungsbeamte des alten „Systems" trafen und somit wieder freigelassen wurden – Scholem nur kurzzeitig.

263 Fischer, Autobiographical Article, S. 529.

lich bewusst, dass die Rückkehr in ihre Wohnung unmöglich war, und so verbrachten sie, ihr Sohn Gerhard und Maslow die nächsten Nächte bei verschiedenen Freunden, darunter bei Maximiliana Harden, der Tochter des Publizisten Maximilian Harden, die selbst bald im Fadenkreuz der Ermittlungen stand.

Ruth Fischers erster Gedanke war, Gerhard so schnell wie möglich nach Österreich zu bringen. Er besaß die österreichische Staatsbürgerschaft, und so glaubte sie ihn geschützt, als sie ihn noch einmal in die Wohnung schickte, damit er ihr wichtige Dokumente, darunter Maslows sowjetischen Pass, brachte. Dies war ein tragischer Fehlschluss: Als Gerhard dort eintraf, war ein SS-Kommando gerade dabei, die Wohnung in ein Trümmerfeld zu verwandeln.

Der fünfzehnjährige, vollkommen überraschte und wehrlose Junge wurde vom Kommandeur des Trupps gepackt und nach einer Zeit psychischen Drucks schließlich körperlich brutal misshandelt. Als er erklärte, er sei Österreicher und verlange, mit seiner Botschaft telefonieren zu können, erntete er nur höhnisches Gelächter. „Dann zeig uns doch deinen Pass, du Schweinchen", bekam er zu hören. Ihm wurde das Dokument abgenommen. Die SS-Leute machten ihm klar, es sei unwichtig, ob er Österreicher, Franzose oder Türke sei, wenn er die ihm gestellten Fragen nicht beantworte. Er sollte Auskunft über den Aufenthalt seiner Eltern geben, konnte dies aber gar nicht, da diese gerade an einem ihm unbekannten Ort untergetaucht waren. Der verletzte und zutiefst verängstigte Gerhard wurde zunächst in die Redaktion des *Angriff*, eines Naziblattes, dann in eines der soeben eingerichteten provisorischen Gefängnisse gebracht. Dort machte er die zweifelhafte Bekanntschaft von Graf Helldorf, dem Berliner SA-Führer. Seine Mithäftlinge, zum Teil Kriminelle, suchten ihn zu beruhigen und boten ihm selbstgedrehte Zigaretten an. Begierig griff er danach, und es sollte fünfzig Jahre dauern, ehe er sich das Rauchen abgewöhnen konnte.[264] Die nächsten Tage, an denen Ruth Fischer nichts über Gerhards Verbleib in Erfahrung bringen konnte, dürften zu den schwersten in ihrem Leben gehört haben.

264 Er gab darüber unter den Namen Gerhard Fischer einen Bericht, der ins Französische übersetzt wurde und dem diese Fakten entnommen sind: Gerhard Fischer, Prisonnier de Nazis. Récit d'un jeune garçon de 15 ans en captivité chez les chemines brunes, in : Vu. L'illustré français, Nr. 285 (1933), S. 1353–1355, und Nr. 286 (1933), S. 1393–1395. Auf diesem Bericht beruhen auch die entsprechenden Passagen in seinen Erinnerungen. Vgl. Friedlander, Memoirs, S. 110–114. – Der schon gleichgeschaltete *Berliner Börsen-Courier* nannte auf einer Liste der in „Schutzhaft" Genommenen – neben Erich Mühsam, Carl von Ossietzky, Ludwig Renn und Ernst Thälmann – auch „Gerhard Friedländer (Sohn von Ruth Fischer)." Das Faksimile der Mitteilung findet sich in: Klaus Drobisch/Günther Wieland, System der NS-Konzentrationslager 1933–1939, Berlin 1993, S. 24.

Erst später gelang es ihr, einige Einzelheiten zu erkunden, so den Namen von Gerhards Folterknecht. Es war ein gewisser Dr. Taubert, ein Jurist, wie Gerhard aus den Telefonaten, die der SS-Mann vom Apparat der Wohnung aus führte, mitbekommen hatte. Dessen Vornamen erfuhr seine Mutter erst beinahe zwei Jahrzehnte danach, als diese finstere Gestalt noch einmal in ihr Leben treten sollte.[265]

Die SS transportierte Ruth Fischers Bücher, Briefe und Dokumente ab. Es gelang ihr auch künftig nicht, etwas über den Verbleib ihres Hab und Gut zu erfahren. Sie verlor ein umfangreiches Manuskript zur Lage der Proletarierfrau und mehrere Aufsatzmanuskripte zu verschiedenen Fragen der Sozialfürsorge. Unter den beschlagnahmten Büchern befanden sich neben den deutschen, französischen und russischen Klassikern „mehrere tausend Kommunistica", Bände sozialistischer und kommunistischer Literatur sowie Flugschriften, dazu Briefe von Sinowjew, Bucharin, Trotzki und Stalin an sie, weiterhin Durchschläge von Protokollen und Mitschriften von Sitzungen des Polbüros und des ZK der KPD.[266] Ruth Fischer sammelte politische Karikaturen, die ebenfalls mitgenommen wurden, ebenso Maslows gesamter Besitz, darunter seine Aufzeichnungen, die Manuskripte seiner Übersetzungen und die Sammlung seiner mathematischen Bücher sowie die Notenhefte, die der einstige Pianist gehütet hatte. Die SS nahm auch Gerhards Mandoline in Beschlag. Auch Ruth Fischers Garderobe verschwand; sie und Maslow hatten fast nur das, was sie am Leibe trugen. Unterdessen war ein SS-Trupp auch im Rathaus des Prenzlauer Berges gewesen und hatte die Angestellten vernommen. Bei ihrer Fahndung hatten die SS-Leute sogar den Kohlenkeller des Hauses

265 Dies und das Folgende nach Ruth Fischers Korrespondenz mit ihrem Anwalt Henry Ormond (Frankfurt), in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1780, besonders ihre Briefe an Ormond vom 9. November 1957 (Bl. 58) und vom 4. Dezember 1957 mit Listen des beschlagnahmten Besitzes (Bl. 60).

266 Ruth Fischer, Brief an Ormond vom 30. Juli 1960, ebd., Bl. 104. Ebenso ihre Schilderung im Brief an Otto Klepper vom 24. Juli 1949, ebd., Mappe Nr. 1533, Bl. 1. – Ein wahrhaft groteskes, doch auch äußerst gefährliches Nachspiel hatte Gerhard Friedländers Schicksal in Moskau 1936: Der ungarische Regisseur und Filmtheoretiker Béla Balázs, der als Emigrant in der Sowjetunion lebte, wollte dort einen Film drehen, in dessen Mittelpunkt ein Junge stand, der zu Beginn der Naziherrschaft als Sohn kommunistischer Eltern verfolgt wurde. Ihm wurde vorgeworfen, er habe Gerhard Friedländers Schicksal zum Thema seines Filmes machen wollen. Nur mit Mühe gelang es Balázs, die ihn Vernehmenden davon zu überzeugen, dass er gar nicht wusste, dass Ruth Fischer einen Sohn habe. Mit viel Glück entging er der Verhaftung. Die Geschichte findet sich in der Autobiographie von Ervin Sinkó, Roman eines Romans. Moskauer Tagebuch, Köln 1962, S. 398f. Sinkó, auch er ein ungarischer Moskau-Emigrant, gelangte mit viel Glück schließlich nach Paris. Im Zweiten Weltkrieg war er Partisan in Jugoslawien.

durchsucht. Wie man Ruth Fischer später erzählte, durchkämmten verschiedene Suchkommandos mit ihrem Bild und dem Foto von Maslow die Stadt.[267]

Nun galt es, Nazideutschland sofort zu verlassen. Voller Bange um ihren Sohn, von dem Ruth Fischer nun zumindest wusste, dass er lebte und wo er eingesperrt war, machten sie und Maslow sich auf den Weg. Sie packten ein paar Habseligkeiten und Verpflegung in den Beiwagen der Harley-Davidson. Am Morgen des 9. März verließen sie Berlin in Richtung Tschechoslowakei. Sie sollten die Stadt nie mehr wiedersehen.

267 Vgl. Fischer, Autobiographical Article, S. 530. Über diese Suchaktionen berichteten verschiedene, aus Deutschland geflüchtete Hitlergegner, darunter Ruth Fischers Bekannter, der Arzt Fritz Fränkel. Vgl. Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror, Basel 1934 (Nachdruck Frankfurt 1980), S. 212. Zu Fränkel vgl. Klaus Täubert, „Unbekannt verzogen …“ Der Lebensweg des Suchtmediziners, Psychologen und KPD-Gründungsmitgliedes Fritz Fränkel, Berlin 2005.

V. Ausgestoßen und gejagt (1933–1941)

Die Machtübernahme der NSDAP am 30. Januar 1933 markiert den tiefsten Bruch in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Binnen weniger Wochen wurden die Parteien, Gewerkschaften, Kultur- und Sportorganisationen aller Richtungen verboten, ihre aktivsten Vertreter verfolgt, verhaftet, ermordet, in den Untergrund oder in ein ungewisses Exil getrieben. Das letztere Los traf auch Ruth Fischer, Arkadij Maslow und alsbald auch Gerhard Friedländer. Die Familie konnte sich glücklich schätzen, den sofort einsetzenden Nazi-Terror der ersten Wochen überlebt zu haben. In Sicherheit wiegen durfte sie sich freilich nicht.

Von Hitler und Stalin verfolgt

Ruth Fischer und Arkadij Maslow fuhren mit ihrem Motorrad zunächst nach Dresden. Dort sollten sie einen Kontaktmann aufsuchen, dessen Adresse ihnen Werner Scholem noch vermitteln konnte und der ihnen weiterhelfen würde. Der Mann war jedoch in Panik, da er SA und SS schon in seinem Nacken spürte. Fischer und Maslow waren in ihrer Stimmung hin- und hergerissen. Einerseits erlebten sie, wenn auch zu spät, dass zwischen den Mitgliedern der Linksparteien „die Brüderschaft der Besiegten und der Verfolgten" an die Stelle des einstigen Zwistes getreten war, doch andererseits waren viele Mitglieder der KPD und der SPD noch „gelähmt durch ihre eigene traditionelle Parteidisziplin", hoffend auf konkrete Anweisungen ihrer Führungen, die nicht kamen.[1]

Doch funktionierte die Beschaffung falscher Papiere – eine der wenigen Dinge, in der deutsche Aktivisten in der illegalen Arbeit beschlagen waren –, und so gelangten Fischer und Maslow über Bad Schandau in die Tschechoslowakei. Sogar ihr Motorrad, das sie zunächst zurücklassen mussten, wurde ihnen nachgeschickt. Noch funktionierte das Kontrollsystem der Nazis keineswegs reibungslos, noch saßen in den Grenzstationen loyale, manchmal sogar sozialdemokratische Beamte der Weimarer Republik. In Dresden hatten Fischer und Maslow den Hinweis bekommen, sich auf tschechischem Gebiet im Grenzdorf Herrnskretschen, dem heutigen Hřensko, beim sozialdemokratischen Bürgermeister zu melden. Als sie

1 Ruth Fischer, Autobiographical Article [1960], in: Peter Lübbe (Hg.), Ruth Fischer – Arkadij Maslow, Abtrünnig wider Willen. Aus Reden und Manuskripten des Exils, München 1990, S. 531. Hiernach auch das Folgende.

dort vorsprachen, sagte ihnen der Bürgermeister, er trage den gleichen Namen wie sein sozialdemokratischer Vorgänger und sei wie dieser Schuhmacher von Beruf. Allerdings sei er erst wenige Tage im Amt und Mitglied der Nazipartei. Diese hatte auch im Nordböhmischen eine starke Anhängerschaft.[2] Fischer und Maslow beeilten sich, aus der Gegend fortzukommen. Sozialdemokratische Genossen brachten sie in einem Heuwagen in die Kleinstadt Bad Königswart (heute Lázně Kynžvart) ins Egerland, wo sie eine erste Aufnahme fanden. „Die tschechischen Sozialisten waren beinahe genauso eingeschüchtert wie ihre deutschen Genossen, denn sie glaubten, die SS-Gruppen würden nicht nur die deutschen Flüchtlinge, sondern auch sie selbst holen kommen", erinnerte sich Ruth Fischer. „Jedoch erledigten diese guten Leute unsere Angelegenheiten und brachten uns sicher zu einem Zug nach Prag, wo wir am 12. März ankamen."[3]

Sie erlebten Prag als eine merkwürdige Stadt. „Nicht nur wimmelte es von deutschen Flüchtlingen, sondern auch die Tschechen machten sich fast ebensoviel Gedanken über die Ereignisse jenseits der Grenze, als ahnten sie bereits, dass auch ihr Schicksal sich dort entschieden hatte. Bei jeder Behörde, in Vorzimmern, in den Gängen des Parlamentsgebäudes, in den Straßen und Cafés und in den Privathäusern – wohin man in Prag auch ging, stieß man auf Flüchtlinge", so Ruth Fischer weiter.[4]

Zu den Flüchtlingen gehörten nicht nur junge kommunistische Aktivisten, die, in Eugen Levinés Worten sich als „Tote auf Urlaub" und als Gegner jedweder bürgerlichen Gesellschaft sahen, sondern auch Parteifunktionäre, für die eine radikale Redeweise das Eine, der Kampf auf Leben und Tod etwas ganz anders, so nie Erwartetes war. Hinzu kamen Sozialdemokraten, die sich nicht vorstellen wollten, dass Hitler wirklich Ernst machte mit seiner Ankündigung, den Marxismus und die Marxisten mit Stumpf und Stiel auszurotten. Die exilierten Sozialdemokraten erlebten den Untergang ihrer Partei: Dem mutigen Nein der SPD zum „Ermächtigungsgesetz" am 24. März im Reichstag folgte die würdelose Unterwerfung beim zeitweiligen Austritt aus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale am 30. März, dann die Zustimmung zu Hitlers demagogischer „Friedensresolution" am 17. Mai. Dies bedeute kein Vertrauensvotum für die Regierung Hitler, sondern die Billigung einer friedlichen Außenpolitik Deutschlands,

2 Die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) war die Schwesterpartei der NSDAP. Sie kam am 1. Oktober 1933 durch Selbstauflösung dem Verbot durch die tschechoslowakische Regierung zuvor, doch ging ein beträchtlicher Teil ihrer Mitgliedschaft in Konrad Henleins Sudentendeutscher Heimatfront auf, die sich im April 1935 in Sudetendeutsche Partei umbenannte.

3 Fischer, Autobiographical Article, S. 532.

4 Ebd.

hieß es allen Ernstes zur Begründung. Konsequenter Weise ging die Führung der Partei auf die nach Prag emigrierten Vorstandsmitglieder über; die SPD bezeichnete sich jetzt nach den Anfangsbuchstaben der Sozialdemokratischen Partei Deutschland als SOPADE.

Am 19. Juni 1933 fand in Berlin eine Sitzung der in Deutschland verbliebenen und noch nicht verhafteten Mitglieder des Parteivorstandes statt. Sie distanzierten sich von den Erklärungen ihrer Prager Genossen, indem sie beschlossen, „die Angriffe von Emigranten auf das neue Deutschland zurückzuweisen."[5] Unter Federführung Paul Löbes wurde ein sechsköpfiges Direktorium mit der Leitung der Partei beauftragt. Diesem Gremium gehörten, ungleich dem bisherigen Parteivorstand, keine Juden mehr an. Dies mochte als Schutzmaßnahme gegenüber den noch in Deutschland befindlichen jüdischen Sozialdemokraten gedeutet werden, doch sahen es die bereits vertriebenen Genossen anders. Voller Bitterkeit schrieb Fritz Naphtali an Paul Hertz, in solcher Politik komme „die Assimilation an Hitler in der Partei sehr scharf zum Ausdruck."[6] Die Geschichte der SPD des vergangenen Vierteljahrhunderts, schrieb der Zeitzeuge Arthur Koestler, fand als „eine Chronik des prinzipiellen Opportunismus und rückgratloser Kompromisse" ihren Abschluss.[7]

Es nützte der SPD nichts: Die Partei wurde am 22. Mai verboten; sie teilte das Schicksal der KPD. In Konzentrationslagern und Zuchthäusern erfuhren Sozialdemokraten und Kommunisten auf furchtbare Weise, wer die wirklichen, gemeinsamen Feinde waren. Der Berliner Polizeivizepräsident und Sozialdemokrat Bernhard Weiss, als republiktreuer Beamter und Jude den Nazis doppelt verhasst, hatte bis zuletzt auf eine faire Behandlung gehofft und war sogar, als er zur Fahndung ausgeschrieben war, in seine Dienststelle zurückgekehrt. Dort hatte man ihm freilich bedeutet, sofort zu verschwinden. Nun saß er in Prag und fragte Ruth Fischer, wie und wo sie es fertiggebracht hätte, sich falsche Papiere zu ver-

---

5 Zit. nach Hagen Schulze (Hg.), Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn 1974, S. 197. Für die scharfe Ablehnung dieser Unterwerfungsgeste durch die Exil-SPD vgl. auch Friedrich Stampfer, Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlass herausgegeben von Erich Matthias, bearbeitet von Werner Link, Düsseldorf 1968, S. 74–76.

6 Zit. nach Jehuda Riemer, Nach dem Zusammenbruch: Fritz Naphtali im Briefwechsel 1933–34, in: International Review of Social History, 27 (1982), Nr. 3, S. 335.

7 Arthur Koestler, Frühe Empörung. Autobiographische Schriften. Erster Band, Frankfurt/Berlin 1993, S. 224.

schaffen, „wenn er, der stellvertretende Polizeichef von Berlin, sich vergeblich darum bemüht hatte."[8]

Die Blindheit der kommunistischen, das Versagen sozialdemokratischer Politiker darf über eines nicht hinwegtäuschen: Es waren Mitglieder der KPD und der SPD, vor allem aber der linken Kleingruppen, aus denen ein spontaner Widerstand gegen den Faschismus erwuchs, der mit unzähligen Ermordeten bezahlt wurde. Im deutschen Bürgertum war der Widerstand, selbst das Nicht-Mitmachen bei Hitler, die Ausnahme.[9]

Sofort nachdem Ruth Fischer und Arkadij Maslow eine erste Unterkunft gefunden hatten, suchten und fanden sie einen Rechtsanwalt, der sich der Sache ihres Sohnes annahm. Gerhard Friedländer war aus dem SS-Gefängnis unterdessen in das Polizeigefängnis am Alexanderplatz gebracht worden. Es dauerte eine Woche, den Behörden klarzumachen, dass sie einen ausländischen Staatsbürger nicht ohne Weiteres festhalten konnten. Er wurde freigelassen und aus Deutschland ausgewiesen. Mit Hilfe der österreichischen Botschaft gelangte er über Passau nach Wien zu den Eltern seines leiblichen Vaters Paul Friedländer.[10] Mit der Errichtung der austro-faschistischen Diktatur im Februar 1934 musste er erneut fliehen. Er kam nach England in eine Pflegefamilie, die sich seiner annahm.[11] Fortan lebte er sich als Gerard Friedlander erfolgreich in die englische Gesellschaft ein. Unterstützung bekam er auch durch Hanns und Lou Eisler, die gelegentlich nach London kamen. Auch sah er weiterhin seinen Vater, mit dem ihn nun ein enges Verhältnis verband. Paul Friedländer war als Leiter des *Comité mondial contre la guerre et le fascisme* viel zwischen Paris und London unterwegs.[12]

---

8 Fischer, Autobiographical Article, S. 534.

9 Aus einer Vielzahl von Darstellungen sei hier nur Francis L. Carsten, Widerstand gegen Hitler. Die deutschen Arbeiter und die Nazis, Frankfurt/Leipzig 1996, genannt, der dies (vor allem im 2. Kapitel, S. 24–48) belegt. Carsten, einst KPD-Mitglied, gehörte 1933 zur Gruppe Neu Beginnen. Ihm gelang die Flucht nach England, wo er am University College London europäische Geschichte unterrichtete.

10 Interview von Sabine Hering und Kurt Schilde mit Gerard Friedlander am 28. Juli 1994 in Cambridge (England), in: Sabine Hering/Kurt Schilde (Hg.), Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt 1995, S. 83.

11 Zu denen, die Gerhard Friedländer in England unterstützten, gehörten Ellen Wilkinson, künftige Ministerin in der Labour-geführten Regierung Clement Attlees, und Dora Fabian, eine deutsche Exilantin, die (formell) noch mit dem Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterpartei, Walter Fabian, verheiratet war. Vgl. Collection International Institute of Social History: Ruth Fischer Memoirs by her son Gerard Friedlander, unveröff. Manuskript, 1995, S. 130.

12 Vgl. ebd., S. 148, 153, 161 und *passim*.

Nach der Flucht aus Deutschland bedurfte es eines neuen Passes für Arkadij Maslow. Er hatte seinen sowjetischen Pass in Berlin zurücklassen müssen, und ob die sowjetische Botschaft in Prag ihm einen neuen ausstellen würde, schien mehr als fraglich. Zu Maslows Erleichterung tat jedoch der Botschafter Alexander Arosow genau dies. Nach einer zeremoniellen Erklärung, dass er selbstverständlich keine irgendwelchen parteifeindlichen Aktivitäten unterstütze oder auch nur billige, sagte er, er sei für jeden Sowjetbürger, also auch für Maslow, verantwortlich. Erst später fanden Ruth Fischer und Arkadij Maslow heraus, dass seine tschechische Frau einen Bruder hatte, der in der trotzkistischen Bewegung aktiv war. Arosows Verhalten wurde in Moskau nicht vergessen, und 1938 sollte er zu den zahllosen Opfern des Stalin-Terrors gehören.[13]

Der Pass erwies sich für Maslow sofort als nützlich, denn nach dem Verlassen der Botschaft verhaftete ihn die tschechische Polizei. Er wurde, nachdem er seinen Pass vorgezeigt hatte, daraufhin von zwei Polizisten jeden Morgen um sieben Uhr abgeholt, in Gewahrsam genommen und am Abend freigelassen. Ruth Fischer intervenierte beim Polizeipräsidenten der Stadt. Dieser sorgte schließlich für ein Ende der grotesken Angelegenheit, nicht ohne aber darauf hinzuweisen, dass Maslow ja als einer der potentiellen kommunistischen Führer anzusehen sei, nachdem die KPD in Deutschland zusammengebrochen war. Botschafter Arosow, mit dem Fischer und Maslow auch weiterhin Kontakt hielten, ließ durchblicken, dass die katastrophale Niederlage der KPD und der Kominten gegenüber Hitler eine Korrektur der Politik erfordere. Zum Aufbau der Untergrundbewegung sei keiner der Leute des inzwischen verhafteten Ernst Thälmann im Stande. „Er vermied es sorgfältig, selbst den Namen Trotzkis zu erwähnen, und doch verstand er es anzudeuten, dass nach seiner Überzeugung die Zeit den Zusammenschluss aller Gruppen innerhalb der russischen Partei und der Komintern erfordere. Es war offensichtlich, dass nicht nur Arosow, sondern viele andere in Russland den in Russland geborenen und in Deutschland erzogenen Maslow für den geeigneten Mann hielten, eine neue Deutschlandpolitik in die Wege zu leiten."[14] Mag hier auch die Hoffnung mitgespielt haben, es möge so sein, so war doch offensichtlich: Maslows Ansehen war unter KPD-Anhängern spürbar gestiegen.[15]

---

13 Fischer, Autobiographical Article, S. 535. Vgl. auch Ruth Fischer, Conspiracy Inside Communism. Onetime Party Favorite Explains that Titoism was and is an International Revolt against Stalin, in: Life Magazine vom 8. Mai 1950.

14 Fischer, Autobiographical Notes, S. 536.

15 So nahm ihr Genosse Fritz Schimanski, 1926 mit Fischer und Maslow aus der KPD ausgeschlossen, doch später wieder aufgenommen, mit ihnen in Prag Kontakt auf. Dies blieb nicht unbemerkt, und 1935 wurde er, inzwischen in Moskau lebend, verhaftet. Er ver-

Eine ähnliche Stimmung habe unter tschechischen Kommunisten geherrscht, erinnerte sich Ruth Fischer. Zwar sah sie niemanden von der obersten Parteiführung wie Klement Gottwald oder Antonín Zápotocký, doch hatten sie und Maslow lange Unterredungen mit Bohumír Šmeral. Dieser war den Ultralinken stets suspekt und blieb innerhalb der Partei auf dem gemäßigten Flügel. Obgleich er den Ausschluss vermeiden konnte, war er aus der ersten Führungsgarnitur entfernt worden. Šmeral beschwor die beiden, der KPD wieder beizutreten. Durch ihn und andere kritische Kommunisten wie Karel Michalec, Herman Tausig und den bereits 1929 aus der Partei ausgeschlossenen Alois Neurath erhielten sie ein umfassendes Bild von den Nachwirkungen der deutschen Ereignisse auf die Tschechoslowakei. Auch die tschechischen Kommunisten fragten besorgt, ob ihr Land das erste Opfer Hitlers würde, und auch sie trauten einer von Thälmanns Anhängern geführten KPD nicht zu, den Widerstand zu organisieren. Doch erklärte Wilhelm Knorin in Moskau einer ZK-Delegation der KPČ im Namen des EKKI, „die kommunistische Politik in Deutschland sei nicht vom Genossen Thälmann entschieden worden, sondern von höchster Seite, durch den Genossen Stalin. Dies machte der Diskussion ein Ende“ – und dies bedeutete auch, dass Ruth Fischer und Arkadij Maslow Ausgestoßene des Kommunismus blieben.[16] Doch blieben sie auch den Behörden der bürgerlichen Tschechoslowakei suspekt, und als ihnen klar wurde, dass sie keine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis bekommen würden, verließen sie Prag in Richtung Paris.

Die Fahrt durch Österreich war nicht ohne Risiko, bestand doch noch der 1925 erlassene Ausweisungsbefehl gegen Ruth Fischer. Doch sie blieben unbehelligt, mussten allerdings sehen, dass auch in der Alpenrepublik die Begeisterung für Hitler sehr groß war. Noch war von einem Anschluss an Deutschland, für den die österreichischen Nazis ganz unverhüllt eintraten, keine Rede, und doch wehten besonders in den kleineren Ortschaften überall Hakenkreuzfahnen. Wenn die Jungen an der Straße das deutsche Nummernschild am Motorrad sahen, erhoben sie die Hand zum Hitlergruß. In Zürich, der nächsten Durchgangsstation, war die Stimmung jedoch gelassener. Fritz Brupbacher, der schon beinahe legendäre Arzt, Mitkämpfer Lenins und nunmehr scharfe Kritiker Stalins, suchte die Flüchtlinge zu beruhigen, erklärte aber gleichfalls die bisherige Politik der Komintern für vollkommen gescheitert. Am 26. April erreichten Ruth Fischer und Arkadij Maslow nach einem Zwischenstopp in Basel Paris.

---

schwand in den terroristischen „Säuberungen“. Vgl. Reinhard Müller, Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung, Hamburg 2001, S. 133.

16 Fischer, Autobiographical Notes, S. 538.

Dort mussten sie zu ihrer großen Enttäuschung feststellen, dass die französische Öffentlichkeit in ihrer Mehrheit weder von den schlimmen Folgen der Nazi-Diktatur in Deutschland, noch von einer Unterstützung für die Emigranten etwas wissen wollte. Die rund dreißigtausend deutschen Flüchtlinge – rund ein Drittel davon waren politische Hitlergegner, die anderen rassistisch Verfolgte – trafen auf deutschfeindliche Vorurteile. Für viele französische Rechte waren auch deutsche Antifaschisten, sogar wenn sie Juden waren, immer noch die *boches*. Zudem war der Antisemitismus ausgeprägt und hatte wiederum, besonders in den Publikationen der *Action française* um Charles Maurras, eine stark antideutsche Stoßrichtung.[17] All das machte es für Ruth Fischer und Arkadij Maslow nicht einfacher. Doch trafen sie Alexander Arosow, ihren Helfer aus Prag, wieder, der nach Paris versetzt worden war. Er machte sie mit Ilja Ehrenburg bekannt, der die Vorwürfe gegen Stalins Politik wiederholte, wie auch mit Marcel Rosenberg, dem künftigen Sowjetbotschafter in der Spanischen Republik und Opfer Stalins.[18]

Bevor sie jedoch in Paris einigermaßen Fuß gefasst hatten, erhielten sie die Nachricht, dass Ruth Fischer die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden war. Am 25. August 1933 veröffentlichte der *Reichsanzeiger*, das Amtsblatt der deutschen Regierung, die erste Liste mit 33 Namen ausgebürgerter Personen.

Auf dieser Liste standen unter anderem die Namen der Schriftsteller Lion Feuchtwanger, Friedrich Wilhelm Foerster, Hellmut von Gerlach, Alfred Kerr, Heinrich Mann, Ernst Toller und Kurt Tucholsky, der Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid, Philipp Scheidemann und Otto Wels sowie der Kommunisten Fritz Heckert, Max Hoelz, Peter Maslowski, Willi Münzenberg, Heinz Neumann und Wilhelm Pieck. Auch Eugen Eppstein, 1926 aus der KPD ausgeschlossen, gehörte dazu. Eine Frau befand sich auf dieser Liste: Ruth Fischer, unter ihrem amtlichen Namen Elfriede Golke. Sie war die erste Frau, die aus Deutschland ausgebürgert wurde.[19] Ihr Vermögen wurde eingezogen.[20]

---

17 Vgl. Jean-Michel Palmier, Weimar in Exile. The Antifascist Emigration in Europe and America, London/New York 2006, S. 184f., 197 (Die Originalausgabe erschien 1987 in Paris).

18 Vgl. die spätere Erwähnung bei Ruth Fischer, Tito contra Stalin. Gegenwartsprobleme der Komintern-Strategie, in: Der Monat, Nr. 7 (April 1949), S. 50.

19 Die Bekanntmachung vom 23. August erschien im *Reichsanzeiger* zwei Tage später. Ein Faksimile befindet sich im Wikipedia-Artikel „Erste Ausbürgerungsliste des deutschen Reichs von 1933".

20 Vgl. die Unterlagen vom September/Oktober 1933 im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, Potsdam: Rep. 36A, Oberfinanzpräsident, Berlin-Brandenburg (II), Nr. 41581: Gohlke [recte: Golke], Elfriede.

Dies brachte Ruth Fischer neue Probleme. Spätestens jetzt war ihr klar, dass Hitler sie in seiner Gewalt haben wollte – tot oder lebendig. Sechs Tage nach Veröffentlichung der Namen wurde der sozialdemokratische Philosoph und Publizist Theodor Lessing, der die Nazis von Anfang an scharf attackiert hatte, im tschechischen Marienbad Opfer eines Fememordes. Zugleich erschien die umfangreiche Schrift eines der übelsten Nazi-Propagandisten, des „Rassekundlers" Johann von Leers, unter dem reißerischen Titel *14 Jahre Judenrepublik*. Darin wurden die Juden in Gänze für alle wirklichen oder behaupteten Übel des Weimarer „Systems" verantwortlich gemacht: für die Arbeitslosigkeit und das Massenelend wie für die angeblich „entartete" Kunst und Kultur, für die Folgen der Kriegsniederlage und für diese selbst. Ein Abschnitt des Machwerkes behandelte den „Marxismus als jüdische Waffe", ein Personenanhang brachte in Form von Steckbriefen Porträts und Angaben zu wichtigen kommunistischen Politikern ganz oder teilweise jüdischer Herkunft. Die Genauigkeit der Daten zeigte das bereits enge Zusammenspiel von Polizei und Nazipropaganda.

Ruth Fischer war einer der ausführlichsten Artikel gewidmet. Zum Jahre 1919 hieß es über sie: „Sie ist die rührigste und gefährlichste Anführerin der Wiener komm. Partei und verfügt über reiche Geldmittel". Fast jeder ihrer öffentlichen Auftritte wurde registriert und in verzerrter Lesart kommentiert. Auch über ihre gefälschten Pässe wusste von Leers bestens Bescheid, wie auch über ihre kurzzeitige Aktivität im Leninbund. Für das Jahr 1933 war lakonisch festgehalten: „Ist einige Zeit in Prag gewesen, anschließend aber nach der Schweiz, wahrscheinlich Basel, weitergereist." Gerhart Eisler und Paul Friedländer wurden gleichfalls mit detaillierten Porträts bedacht.[21] (Hanns Eisler sollte 1938 die Ehre widerfahren, auf der Liste „entarteter Musiker" genannt zu werden, die in Düsseldorf zum Gegenstand einer Hetzausstellung wurden). Noch am 9. September 1933 erschien im *Illustrierten Beobachter*, der Beilage zum Nazi-Zentralorgan, eine Liste steckbriefartig abgebildeter Personen unter dem Titel „Volksverräter. Ausgestoßen aus der deutschen Volksgemeinschaft". Neben Philipp Scheidemann und Otto Wels,

21 Johann von Leers, 14 Jahre Judenrepublik. Die Geschichte eines Rassenkampfes, 2. Bd., Berlin-Schöneberg [1933], S. 176, 180. – Dass „die Juden" wie Ruth Fischer die KPD beherrschten, wurde zum beliebten Propagandaklischee der Nazis. Besonders massenwirksam verbreitete es der KPD-Renegat Karl Albrecht in einem in Millionenauflage (mit Unterbrechung des deutsch-sowjetischen Paktes 1939–1941) im Nibelungen-Verlag Eberhard Tauberts herausgebrachten Buch. Vgl. Karl I. Albrecht, Der verratene Sozialismus. Zehn Jahre als hoher Staatsbeamter in der Sowjetunion, Volksausgabe, Berlin 1943, S. 299, wo es heißt: „Mit der Einsetzung Ruth Fischers, als deren unmittelbarer Mitarbeiter von Stalin selbst Heinz Neumann bestellt wurde, war das jüdische Element auch in der deutschen Partei zur Macht gekommen."

Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger, Ernst Toller und Leopold Schwarzschild, Kurt Tucholsky und Georg Bernhard findet sich auch ein Bild Ruth Fischers.[22]

Unterdessen hatte Alois Neurath, der zum Parteigänger Trotzkis geworden war, diesem über seine Gespräche mit Fischer und Maslow berichtet. Beide seien im Wesentlichen mit Trotzkis Ansichten einverstanden. „Freilich haben sie das lange sehr gut zu verbergen gewusst." Doch sei Maslow „ein ausgezeichneter Kerl [...], frei von Sentimentalitäten und vielen anderen kleinbürgerlichen Eigenarten und dabei grundgescheit." Man müsse mit ihm stärker zusammenarbeiten.[23] Trotzki hatte inzwischen eine wichtige Prämisse seiner Politik revidiert: Am 12. März hatte er in einem Rundschreiben an seine Anhänger der internationalen Linksopposition betont, es sei nunmehr unumgänglich, eine neue Partei anstatt der bankrotten KPD zu schaffen, und dazu bedürfe es der Sammlung aller Bolschewki-Leninisten.[24] Die deutsche Arbeiterklasse werde sich wieder aufrichten, der Stalinismus nie mehr, und ebenso habe die Sozialdemokratie ihre „verbrecherische Rolle" ausgespielt.[25] Trotzkis Appell wurde in den linken Kreisen der deutschen Emigration in Paris lebhaft diskutiert.

Ruth Fischer und Arkadij Maslow wohnten, da sie ohne Geldmittel waren, zunächst bei Hanns Eisler an der Place de Vaugirard Nr. 4 im ruhigen 15. Arrondissement. Dort trafen sie mit alten Freunden und Kombattanten wie Willi Münzenberg, Wilhelm Pieck und Hugo Eberlein, doch auch mit französischen Kommunisten so unterschiedlicher Natur wie Paul Vaillant-Couturier und Jacques Doriot zusammen. Sie sprachen mit Kurt Rosenfeld von der SAP, der zusammen mit dem ungarischen Kommunisten Sándor Radó einen Pressedienst herausgab; dies schien wie das Vorzeichen einer neuen Einheitsfront. Doch besonders Willi Münzenberg beurteilte die Chance auf Änderung der Moskauer Politik als nach

22 Volksverräter. Ausgestoßen aus der Deutschen Volksgemeinschaft, in: Illustrierter Beobachter. Beilage des „Völkischen Beobachter" vom 9. September 1933, S. 1176. Die Seite ist im Internet abgebildet unter www.israelbar.org.il/uploadfiles/ jewishlawyers_ humiliation.pdf.

23 Trotskii Collection, Houghton Library, Harvard University (Cambridge, Massachusetts), bMS Russ 13.1, Mappe Nr. 3571: Neurath an Trotzki, Brief vom 5. April 1933. Gut zwei Wochen darauf schrieb er weniger euphorisch, „einen Augenblick" habe er sich eingebildet, „dass auch M. Gründe hätte, wieder mitzutun. Es ist aber bei alledem nichts herausgekommen." Ebd., Mappe Nr. 3572: Neurath an Trotzki, Brief vom 21. April 1933.

24 Vgl. Leo Trotzki, KPD oder neue Partei? (Brief an das Internationale Sekretariat), in: Ders., Schriften über Deutschland, Bd. 2, hg. von Helmut Dahmer, eingeleitet von Ernest Mandel, Frankfurt 1971, S. 480–482 (fortlaufende Paginierung).

25 Leo Trotzki, Die Tragödie des deutschen Proletariats. Die deutsche Arbeiterklasse wird sich wieder aufrichten, der Stalinismus nie!, ebd., S. 483.

wie vor gering, während andere Kommunisten nach der soeben erfolgten Wiederaufnahme von Sinowjew und Kamenew in die sowjetische Partei über eine Rückkehr Trotzkis nach Moskau spekulierten.[26]

Dazu kam es nicht, doch im Juni 1933 war Trotzkis Bemühen, die Prinkipo-Inseln in der Türkei zu verlassen, Erfolg beschieden, als ihm Frankreich Asyl gewährte. Nach mehreren Zwischenaufenthalten konnte er in Barbizon bei Paris seinen Wohnsitz nehmen. Dort hatte er auch Kontakte zu einer Reihe deutscher Exilanten wie Jacob Walcher von der SAP und dissidenten Kommunisten, von denen sich ihm vier recht bekannte anschlossen: die ehemalige Reichstagsabgeordnete Maria Reese, Erich Wollenberg, einst Redakteur der *Roten Fahne*, Karl Retzlaw, der frühere Leiter des militärischen Apparates der Partei, und Fania Jezierska, Rosa Luxemburgs einstige Sekretärin.[27] Maria Reeses Engagement in der trotzkistischen Bewegung war freilich nur kurzzeitig; sie sollte über das Saarland zurück nach Deutschland gehen und sich dort für Hitler aussprechen.[28]

Es war nur natürlich und zeugte zugleich von einem neuen Geist, dass nun auch Ruth Fischer und Arkadij Maslow zu Trotzki Kontakt suchten. Sie mussten sehen, dass die einstige politische Gegnerschaft zu Trotzki nur Stalin in die Hände gearbeitet hatte.[29] Das führte zu Spannungen mit Hanns, vor allem aber mit dem gleichfalls mehrmals in Paris weilenden Gerhart Eisler. Dieser hatte das Auf und Ab einer kommunistischen Parteikarriere erfahren. Im Jahre 1928 hatte er zu einer Gruppe von Kritikern Thälmanns gehört. Thälmann sei, nachdem er finanzielle Unterschlagungen seines Freundes John Wittdorf gedeckt hatte, als Parteivorsitzender nicht mehr tragbar, meinte auch Gerhart Eisler. Doch Stalin hielt an Thälmann fest, und Gerhart Eisler musste seinen Sitz in der Parteiführung räumen. Seit Anfang 1929 war er als Emissär der Komintern in China und arbeitete Ende 1931 im anglo-amerikanischen Sekretariat der Komintern in Mos-

---

26 Vgl. Ruth Fischer, Trotsky in Paris [1953], in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2457. Dieser Text war Teil des unvollendeten Folgebandes von *Stalin und der deutsche Kommunismus* und ist abgedruckt in: Abtrünnig wider Willen, S. 499–519, vgl. hierzu ebd., S. 501f.

27 Vgl. Pierre Broué, Trotzki. Eine politische Biographie, Bd. 2, Köln 2003, S. 933.

28 Vgl. Karl Retzlaw, Spartacus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, 4. Aufl., Frankfurt 1976, S. 328; Wolfgang Alles, Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930, Frankfurt 1987, S. 179f., und Werner Abel, Der Fall Maria Reese, in: Simone Barck/Ulla Plener (Hg.), Verrat. Die Arbeiterbewegung zwischen Trauma und Trauer, Berlin 2009, S. 204–237.

29 Fischer und Maslow trafen Trotzki in Frankreich wohl erstmals im Januar 1934. Vgl. Mathilde Montagnon, Ruth Fischer 1895–1961. Itinéraire d'une communiste oppositionnelle, Université Pierre Mendès-France, Institut d'Etudes Politiques, Grenoble 1998, S. 113.

kau. Im Sommer 1933 entsandte ihn die Komintern in die USA.[30] Dort musste er die damalige Linie durchsetzen: Die gleichfalls „bolschewisierte“ KP der USA wurde verpflichtet, de facto im Einklang mit den Rechtsradikalen, Roosevelts New Deal als Anschlag auf das Leben des Volkes und, dies war eine Besonderheit der KP, als Komplott der „Sozialfaschisten“ im Weißen Haus zu denunzieren. Nun pendelte Eisler, meist unter dem Namen „Ewards“, als eine internationale Existenz der kommunistischen Bewegung zwischen den Städten und Ländern hin und her, stets mit falschen Pässen, aber auch mit Geldmitteln versehen.[31] Er hatte nach einer Liaison mit der deutschen Kommunistin Hedwig (Hedi) Gutmann schließlich zum zweiten Mal geheiratet, Elli Tune, die Schwester seiner ersten Frau Hede, und war Vater einer Tochter geworden. Doch auch diese Ehe sollte dem durch die Umstände bedingten Nomadenleben Gerhart Eislers nicht standhalten.[32]

Trotz unterschiedlicher Ansichten hielten Hanns Eisler und Ruth Fischer zusammen. Hanns unterstützte seine Schwester finanziell, da sie aufgrund ihres noch ungeklärten Flüchtlingsstatus – sieht man von ganz geringen Zuwendungen von Hilfsorganisationen ab – zunächst kein Einkommen bezog. Er bezahlte auch ihre Miete, solange sie noch keine Arbeitsstelle hatte.[33] Gerhart Eisler stand hingegen zur Verdammung des „Trotzkismus.“[34] Als Ruth Fischers Sohn seine Mutter in Paris besuchte, erkannte er einmal seinen Onkel, als dieser ein Café verließ und dabei tat, als sehe er die „Parteifeindin“ nicht.[35] Aus DDR-Sicht beschrieb Alex-

30 Er wurde als Nachfolger von Joel Shubin Emissär der Komintern bei der KP der USA. Harvey Klehr u. a., The Soviet World of American Communism, New Haven 1998, S. 169.

31 Unter dem Pseudonym Edwards vertrat er die KP der USA auf dem 7. Weltkongress der Komintern 1935 in Moskau. Danach kostete es KP-Generalsekretär Earl Browder einige Mühe, ihn wieder in die USA zurückzuholen. Vgl. Harvey Klehr u. a., The Secret World of American Communism, New Haven 1997, S. 62. Somit entging Gerhart Eisler mit einiger Wahrscheinlichkeit dem Schicksal vieler seiner Genossen, die in die Mühlen des Stalinschen Terrors gerieten.

32 Vgl. ausführlich Ronald Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie, Berlin 2007, S. 75–120.

33 Vgl. ebd., S. 197. „Dazu muss auch noch die Miete der Ruth weiter gezahlt werden“, schrieb Hanns Eisler am 24. Mai 1935 an Bertolt Brecht. Hanns Eisler, Briefe 1907–1943 (Werke, Serie IX, Bd. 4/1), Wiesbaden u. a. 2010, S. 87. Zu ihren Einkünften vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1780, Bl. 49: Brief an Henry Ormond vom 1. April 1957. Kurz vorher bat Hanns Eisler Brecht, bei Karin Michaelis nachzufragen, ob diese für die Sommermonate „ein Häuschen für Ruth, Max, Lou und mich“ zur Verfügung stellen könne. Brief vom 14. Mai 1934, ebd., S. 86.

34 Vgl. Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 195f.

35 Vgl. das Interview mit Gerard Friedlander in: Hering/Schilde, Kampfname Ruth Fischer, S. 86.

ander Abusch, vorher Chefredakteur der *Roten Fahne*, die Debatten der Brüder mit „dieser ihnen so völlig wesensfremden Schwester" und ihre Bemühungen, Ruth Fischer „an Hand der historischen Erfahrungen zu einer politischen Umkehr zu bewegen."[36] Doch gaben die jüngsten historischen Erfahrungen den Kritikern und nicht den Gefolgsleuten Stalins Recht. So nimmt es nicht Wunder, dass Fischer und Maslow zu Trotzki direkten Kontakt aufnahmen. Es war Trotzki untersagt, selbst für die kürzeste Reise nach Paris zu kommen, und obgleich er dies dennoch mehrmals inkognito tat, wurde vor allem seine Wohnung in Barbizon zum Ort vieler Debatten, darunter mit Fischer und Maslow.[37]

Trotzki war bereit, die frühere Feindschaft, die ihm vor allem Ruth Fischer gezeigt hatte, zu vergessen und mit ihr und Maslow zusammenzuarbeiten. Am 22. Januar 1934 schickte er ein Exemplar seines Thesenentwurfes „Die Vierte Internationale und der Krieg" mit der Bitte um Kritik an Ruth Fischer. „Wenn darin der Anfang unserer Zusammenarbeit seinen Ausdruck findet, würde ich mich sehr freuen", schrieb er „Mit herzlichen Grüssen."[38] Es folgte die Zusendung von weiterem Material.[39] Am 15. Februar schrieb Trotzki an Maslow: „Ich halte Ihren Plan, eine Broschüre über die österreichischen Dinge" – gemeint war der Abwehrkampf der Arbeiter gegen die Heimwehr-Faschisten – „für sehr glücklich, und sende Ihnen anbei das bei mir vorhandene Material."[40] Kurz darauf drückte Trotzki erneut sein starkes Interesse an Maslows Broschüre aus.[41] Nach deren Erhalt zeigte er sich sehr befriedigt; er habe „keine Einwände zu machen."[42]

Trotzkis Wunsch, seine einstigen politischen Gegner näher an sich zu ziehen, stieß auf den Widerstand der Pariser Gruppe der Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD), wie sich die deutschen Trotzkisten im Exil nannten. Erst auf Drängen Trotzkis stimmten sie einem Kompromiss zu, demzufolge Fischer und Maslow zwar nicht Mitglieder der IKD wurden, doch an ihrer Zeitung *Unser*

36 Alexander Abusch, Der Deckname. Memoiren, Berlin [DDR] 1984, S. 160.

37 Vgl. Isaac Deutscher, Der verstoßene Prophet. Trotzki 1929–1940, 2. Aufl., Stuttgart 1972, S. 257.

38 Trotskii Collection, Mappe Nr. 7790: Trotzki an Ruth Fischer, Brief vom 22. Januar 1934.

39 Vgl. ebd., Mappe Nr. 7791: Trotzki an Ruth Fischer, Brief vom 29. Januar 1934.

40 Ebd., Mappe Nr. 9025: Trotzki an Maslow, Brief vom 15. Februar 1934.

41 Vgl. ebd., Mappe Nr. 7794: Trotzki an Maslow, Brief vom 18. Februar 1934.

42 Vgl. ebd.: Trotzki an Maslow, Brief vom 1. März 1934. Das Manuskript der Broschüre muss als verloren gelten; es war weder in Trotzkis noch in Ruth Fischers Nachlass aufzufinden.

Wort mitarbeiten und an den Beratungen der Gruppe teilnehmen durften.[43] Zudem wurde Ruth Fischer auf Drängen Trotzkis beratendes Mitglied des Internationalen Sekretariats der Linken Opposition, die sich als Koordinierungsorgan für eine zu bildende Vierte Internationale verstand. Trotzki führte neben den politischen Meriten Ruth Fischers, wie er sie sah, auch ihre guten Englischkenntnisse als Argument an. Es gab damals unter seinen europäischen Anhängern nur wenige, die die Sprache beherrschten.[44]

Ein Konfliktpunkt ergab sich aus der Hoffnung der IKD auf Zusammenarbeit mit der und vielleicht sogar in der SOPADE. Dies entsprach der damaligen Politik Trotzkis, durch Eintritt in sozialdemokratische Organisationen diese zu einem radikaleren Kurs zu bewegen. Allerdings sollte die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten nur dazu dienen, linke Kräfte für den Aufbau einer neuen Vierten Internationale zu gewinnen. Fischer und Maslow lehnten diese intern als „Entrismus" bezeichnete Linie, die damals wie später für den Trotzkismus ohne Erfolg blieb, ab. Sie setzten nach wie vor ihre Hoffnungen auf eine „geläuterte" KPD.[45] Diese Debatten, in der Korrespondenz von Ruth Fischer unter dem Pseudonym Wilfried Dubois oder E. Dubois und von Arkadij Maslow unter dem Decknamen Parabellum geführt, zogen sich 1934 auch durch die Mai- und Juniausgaben der Zeitung *Unser Wort*.

Im Mai attackierte das IKD-Leitungsmitglied Arthur Goldstein (unter dem Pseudonym Stahl) die Ansicht, innerhalb der KPD bestünden Sympathien für ein Zusammengehen mit Trotzki, als blauäugig und prostalinistisch.[46] Maslow-Parabellum bezeichnete einen solchen Vorwurf als abwegig und die Erwartung an die Revolutionsbereitschaft der Sozialdemokraten als einen „groben politischen Fehler." Die reformistischen Führer seien „bewusste Gegenrevolutionäre, bewusste Agenten der Bourgeoisie, bewusste Verteidiger des Kapitalismus. Wenn sie vom Sozialismus sprechen, so nur zur bewussten Irreführung der Massen […]."[47] Para-

43 Vgl. Alles, Zur Politik und Geschichte, S. 180f. Maslow schrieb unter den Pseudonymen „A. Max" und „Parabellum" vor allem zu außenpolitischen Fragen; vgl. Unser Wort, Nr. 11 bis 15 (1. Aprilwoche bis 1. Maiwoche) 1934.

44 Dies nach Robert J. Alexander, International Trotskyism, 1929–1985. A Documented Analysis of the Movement, Durham (North Carolina) 1991, S. 420.

45 Vgl. Fischer, Trotsky in Paris, S. 514, und Broué, Trotzki, Bd. 2, S. 962. So unterzeichnete Ruth Fischer auch einen in der trotzkistischen Zeitung *La Verité* am 23. August 1935 veröffentlichten Brief, der vor den Hoffnungen warnte, die ein Teil der französischen Trotzkisten in ihren Eintritt in die SFIO, die sozialdemokratische Partei, setzten. Vgl. Alexander, International Trotskyism, S. 265.

46 Vgl. Stahl, Wo stehen unsere Reserven? in: Unser Wort, Nr. 18 (4. Maiwoche) 1934, S. 3.

47 Parabellum, Zur Diskussion über die „Reserven", ebd., Nr. 20 (1. Juniwoche) 1934, S. 3.

bellums Allgemeinplätze seien von vorgestern, hieß es in einer redaktionellen Erwiderung. Sie könnten die Differenzierungsprozesse in der Sozialdemokratie nicht erfassen; es zeige sich, dass eine solche Haltung „nichts, aber auch gar nichts" mit dem Marxismus gemein habe.[48]

Folgerichtig machte das Auslandskomitee der IKD Fischer und Maslow in einem Brief klar, dass es deren von Trotzki gewünschte Aufnahme in die IKD ablehne.[49] Es wies auch die Forderung der beiden zurück, in Deutschland jede legale oder halblegale Möglichkeit eines offensiven Auftretens zu nutzen, da diese Möglichkeit derzeit einfach nicht bestehe. Eine solch unrealistische Lagebeurteilung, wie sie Fischer und Maslow vornehmen würden, erinnere stark an die wirklichkeitsfremden Analysen der KPD unter Führung der beiden. Arthur Goldstein, Otto Schüssler (Pseudonym Oskar Fischer) und Josef Weber (Johre) kritisierten Fischer und Maslow besonders scharf, auch Erwin Ackerknecht (Eugen Bauer) wandte sich gegen sie.[50] Georg Jungclas (Albert) und Walter Nettelbeck (Jan Bur) gehörten zu den wenigen, die sie unterstützten.[51]

Der Ruf der beiden nach revolutionärer Aktion fand jedoch zunehmend Billigung im Internationalen Sekretariat, das schließlich Ruth Fischer auf Drängen Trotzkis im März 1935 zum Sekretariatsmitglied ernannte.[52] Gegen den anhaltenden Widerstand der Mehrheit der deutschen Gruppe wurde sie im Juli sogar Sprecherin einer Deutschen Kommission.[53] Sie arbeitete dort auch mit Trotzkis Sohn Leon Sedow zusammen, den sie bereits aus Berlin kannte, wahrscheinlich

---

48 Zu Parabellums Trivialitäten, ebd.

49 Dies nach einem internen Informationsbrief, zit. in: Alles, Zur Politik und Geschichte, S. 199.

50 Ackerknecht trennte sich noch 1935 von den IKD und schloss sich der SAP an.

51 Vgl. Alles, Zur Politik und Geschichte, S. 199f., sowie Barbara Weinhold, Eine trotzkistische Bergsteigergruppe aus Dresden im Widerstand gegen den Faschismus, Köln 2004, S. 94f. Die Gruppe unterhielt Kontakte nach Paris, wie im Nachlass einer ihrer Angehörigen sichtbar wurde.

52 Für ihre Ernennung stimmten Trotzki, Alfonso Leonetti, Léon Lesoil und Hendricus Sneevliet, dagegen stimmten Raymond Molinier und Georges Vereeken. Yvan Craipeau enthielt sich der Stimme, James P. Cannon war nicht anwesend. Vgl. Alexander, International Trotskyism, S. 421. Wadim S. Rogowin, Vor dem großen Terror. Stalins Neo-NÖP, Essen 2000, S. 47, datierte Ruth Fischers Aufnahme in das Internationale Sekretariat irrtümlich auf das Frühjahr 1933.

53 Maslow, der die politischen Erfolgsaussichten der Trotzkisten stets deutlich skeptischer beurteilte als Ruth Fischer, lehnte eine Kooptierung in das Sekretariat ab. Vgl. Montagnon, Ruth Fischer, S. 115. Er erklärte sich jedoch bereit, im Komitee zur Gründung einer Vierten Internationale mitzuwirken. Vgl. Alexander, International Trotskyism, S. 421.

über den Altbolschewiken G. L. Schklowskij.[54] Das Sekretariat beauftragte Ruth Fischer, die laufenden Briefe Trotzkis zu beantworten, die sich auf internationale Probleme bezogen.[55] Sie griff sofort in personelle Fragen des Sekretariats ein, als sie die Kooptierung von Piet J. Schmidt in das Gremium bekämpfte. Schmidt und Hendricus Sneevliet vertraten zwei bislang konkurrierende Gruppen in den Niederlanden.[56] In den damals laufenden Verhandlungen zwischen den Trotzkisten und einem Teil der exilierten Führung der SAP unter Jacob Walcher vertrat Ruth Fischer die Linie einer strikten Abgrenzung von den Linkssozialisten.[57]

Ein anderer Streitpunkt ergab sich auf einem unerwarteten Feld: der Haltung der Trotzkisten zum innerkirchlichen Widerstand gegen Hitler. Die Kirchenbewegung sei ein erster Versuch der Massen, erklärten die IKD im Juni 1935, „ein Aufmarschfeld und Sammelbecken für eine breite demokratische Volksbewegung zu schaffen." Auf keinen Fall dürfe man der Empörung des Kleinbürgertums gleichgültig gegenüberstehen. Das Proletariat sei verpflichtet, „jede Bewegung bedingungslos zu unterstützen, zu verstärken und vorwärtszuentwickeln, die zu einem Konflikt mit dem faschistischen Staat oder zu einem Bruch innerhalb der Bourgeoisie führen kann. Mit anderen Worten: *Wir* sind verpflichtet, jeden Protest, jede Opposition gegen den Totalitätsanspruch des Faschismus sofort zu unserer eigenen Sache zu machen, wo, wann und wie sie auch auftreten mögen." Unter den Bedingungen des Faschismus sei „die Eroberung jeder, auch der nebensächlichsten Position" ein Mittel, um „die Sammlung der eigenen Kräfte zu fördern, die Bewegung zu stärken, die Verbindung zwischen der Arbeiterbewegung und dem politischen Kampf wiederherzustellen und den weiteren Kampf zu erleichtern." Es sei Ausdruck von „Tölpelei" sowohl der Komintern wie

54 Vgl. Fischer, Trotsky in Paris, S. 517f., und Wadim S. Rogowin, Stalins Kriegskommunismus, Essen 2006, S. 343f.

55 Vgl. Trotskii Collection, Mappe Nr. 1012: Mitteilung von Dubois [Ruth Fischer] an Trotzki vom 21. Juli 1935.

56 Vgl. ebd., Mappe Nr. 1011: Dubois [Ruth Fischer] an Trotzki, Brief vom 16. Juli 1935. – Hierbei handelte es sich um die Revolutionär-Sozialistische Partei Sneevliets und die Unabhängige Sozialistische Partei Schmidts, die sich im März 1935 zur Revolutionär-Sozialistischen Arbeiterpartei vereinigten, wobei Schmidt Vorsitzender der neuen Partei wurde. Diese stand in Verbindung zu Trotzki, verstand sich aber als linkssozialistisch. Vgl. Menno Eekman/Herman Pieterson, Linkssocialisme tussen de wereldoorlogen, Amsterdam 1987, S. 128.

57 Vgl. Trotskii Collection, Mappe Nr. 1014: Mitteilung von Dubois [Ruth Fischer] an Genossen C. vom 26. Juli 1935.

auch der Sozialdemokraten und der SAP, die innerkirchliche Opposition gegen Hitler als einen für die Linke uninteressanten „Pfaffenstreit" einzuschätzen.[58]

Fischer und Maslow sahen in dieser Haltung ein Anzeichen für eine „Liquidation des Marxismus." Nach Maslow dürfe sich das Proletariat nicht zum Anhängsel der Theologen machen, da dies auf eine Liquidation selbständiger Klassenpolitik hinauslaufe. Nötig sei vielmehr, den Arbeitern und dem Kleinbürgertum zu beweisen, dass es sich dabei um einen Zank „*innerhalb* des Staatsapparates um die Technik der *Unterdrückung*" handele. Weiterhin gelte es, den Einfluss der Kirche als „*eines* der Felsen des Obskurantismus einzuschränken." Diese Politik könne aber nur von einer Führung vertreten werden, die niemals eine andere Klasse bedingungslos unterstütze, sondern allein und stets davon ausgehe, dass das Proletariat das revolutionäre Subjekt der Geschichte sei.[59] Der inzwischen in Norwegen lebende Trotzki suchte zu vermitteln.[60] Dies gelang ihm nicht, und angesichts der verhärteten Fronten wurde noch 1935 laut einem Beschluss des Internationalen Sekretariats die Deutsche Kommission aufgelöst.[61]

Für den Bruch zwischen Fischer, Maslow und den Trotzkisten gab aber schließlich ein anderer Streit den Ausschlag. Im Dezember 1933 hatten die aus Berlin geflüchteten Journalisten Wladimir Poljakow und Georg Bernhard das *Pariser Tageblatt* ins Leben gerufen. Poljakow wurde Verleger, Bernhard Chefredakteur. Die Zeitung wurde zu einem wichtigen überparteilichen Sprachrohr der Hitlergegner. Im Juni 1936 tauchte das möglicherweise von *agents provocateurs* lancierte Gerücht auf, Poljakow mache gemeinsame Sache mit den Nazis. Fast alle Redakteure glaubten dieser – unwahren – Behauptung, verließen das *Tageblatt* und gründeten eine eigene Zeitung, die *Pariser Tageszeitung*, wiederum mit Georg Bernhard als Chefredakteur. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen, in deren Verlauf ein *Tageblatt*-Redakteur krankenhausreif geschlagen und die Abonnentenkartei gestohlen wurde. Das Blatt, für das auch Maslow anonyme Artikel ver-

---

58 Lux Adorno, Der Kirchenkampf und die Politik der Arbeiterklasse, in: Unser Wort, Nr. 6 (Mitte Juni 1935), S. 2f. Das Pseudonym konnte nicht entschlüsselt werden. Hervorhebung im Original.

59 Bulletin [der Deutschen Kommission des Internationalen Sekretariats] vom November 1935, zit. nach Alles, Zur Politik und Geschichte, S. 229f. Hervorhebung im Text.

60 Vgl. Leo Trotzki, Der Kirchenkampf unterm Faschismus [19. August 1935], in: Ders., Schriften über Deutschland, Bd. 2, S. 699–702. Dort schrieb er, es stehe nicht die Frage, die Kirche zu unterstützen, sondern den politischen Kampf von Katholiken und Protestanten gegen Hitler. Bedingungslose Unterstützung in diesem Sinne bedeute keine Unterwerfung unter die Rituale der Kirche, sondern die bedingungslose Solidarität mit religiös gebundenen Antifaschisten. Dies schließe ihr Recht, Katholiken und Protestanten auch nach dem Sieg der sozialistischen Revolution zu bleiben, selbstverständlich ein.

61 Vgl. Alles, Zur Politik und Geschichte, S. 231.

fasst hatte, musste daraufhin seinen Betrieb einstellen. Die *Pariser Tageszeitung* erschien weiter (bis zum deutschen Einmarsch in Paris) und propagierte den Volksfront-Gedanken der Komintern, die nach ihrer politischen Wende 1934–35 nunmehr auf ein möglichst breites antifaschistisches Bündnis orientierte. Ein Komitee unter Leitung Ruth Fischers, dem außer ihr auch Maslow, Leopold Schwarzschild, Paul Dreyfus und Berthold Jacob angehörten, befasste sich 1937 mit dem unerquicklichen Streit und sprach in einem Mehrheitsgutachten Poljakow von allen Vorwürfen frei.[62]

In drastischen Worten berichtete Maslow darüber seinem Ziehsohn. Das „Tochesblatt" (Toches oder Tuches bedeutet Arsch auf Jiddisch) sei letztlich „der ganzen Volksfrontschwindelei" zum Opfer gefallen. Die „Kacker von der Linie", also die KPD-Anhänger, hätten alles getan, um den Verleger Wladimir Poljakow der Zusammenarbeit mit den Nazis zu bezichtigen; er, Maslow sei ebenso dagegen aufgetreten wie „Mummy" (Ruth Fischer) in einer „vigorösen Rede", und das Ganze sei „ein Jux, der viel Zeit kostet und leider unter Wahrung aller Formen gemacht werden muss."[63]

Ein Teil der IKD war mit Ruth Fischers Mitarbeit im Tageblatt-Ausschuss nicht einverstanden. Der bittere Streit gipfelte in der Behauptung Josef Webers, sie und Maslow würden für den Stalinismus Handlangerdienste leisten, zumindest aber die IKD bewusst kompromittieren.[64] Im Herbst 1936 organisierten Fischer

---

62 Vgl. Ursula Langkau-Alex, Deutsche Emigrationspresse (auch eine Geschichte des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront" in Paris), in: Wulf Koepke/Michael Winkler (Hg.), Exilliteratur 1933–1945, Darmstadt 1988, S. 189. Vgl. auch Walter F. Peterson, Das Dilemma linksliberaler deutscher Journalisten im Exil: Der Fall des „Pariser Tageblatts", in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 32 (1984), Nr. 2, S. 269–288, und Lieselotte Maas. Handbuch der deutschen Exilpresse, Bd. 4, München/Wien 1990, S. 155–180.

63 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2300: Brief Maslows an Gerard Friedlander vom 12. November 1936, auch in: Abtrünnig wider Willen, hier S. 67f. Überhaupt war Maslows Diktion oftmals problematisch, wenn nicht gegenüber drängenden Fragen ignorant. So finden sich abfällige Bemerkungen über die verfolgten Juden, zu denen er selbst gehörte, in Briefen an Gerard Friedlander; vgl. z. B. den Brief vom 17. September 1936, in dem Maslow schrieb, man solle die „jüdischen Plagen" nicht zu ernst nehmen; das seien die Juden „nicht wert", oder wenn er am 23. März 1936 über die „emigrierte Judenclique" anmerkte: „Das ganze Gesindel schreibt seinen Seich, ohne an etwas anderes zu denken als an sein persönliches Profitchen"; zit. ebd., S. 53 und 61. Gleich allzu vielen anderen Exilanten konnte es sich Maslow noch nicht vorstellen, dass die nazistische Forderung nach Ausrottung der Juden wörtlich zu nehmen war. Er teilte das ebenso abwertende wie falsche Urteil mancher politischer Flüchtlinge gegenüber denen, die Deutschland „nur" aus „rassischen Gründen" hatten verlassen müssen.

64 So Josef Weber, zit. nach Weinhold, Eine trotzkistische Bergsteigergruppe, S. 97.

und Maslow für die IKD gemeinsam mit der Funken-Gruppe um den jungen österreichischen Trotzkisten Kurt Landau eine Protestveranstaltung gegen den Stalin-Terror.[65] Danach zogen sie sich weitgehend aus der Arbeit des Internationalen Sekretariats zurück und brachen im April 1937 auch formell mit den IKD. Sie schieden damit aus der trotzkistischen Bewegung aus.[66] Noch immer erbittert, schrieb Trotzki im Dezember 1938, Maslow und die, die ihm folgten, hätten keine wahre neue Internationale im Sinn gehabt, sondern nur eine, die als Plattform ihrer eigenen „opportunistischen oder abenteuerlichen Politik" dienen sollte.[67]

Unterdessen hatte sich beruflich und politisch für Ruth Fischer viel getan – beruflich im positiven Sinn. Von der Place de Vaugirard waren sie und Maslow in die Rue de Dantzig gezogen, wohl mit Hilfe des Mitemigranten Helmuth Klotz. Dieser war einst über die deutschvölkische Bewegung zur NSDAP gekommen und hatte 1923 am „Hitlerputsch" in München teilgenommen. Nach Haftverbüßung in Landsberg – gemeinsam mit Hitler – hatte er sich vom Nazismus vollkommen abgewandt und war in der Folgezeit ein engagierter Antifaschist geworden. Er war der SPD beigetreten, für die er eine Reihe aufklärerischer Schriften verfasste, in der er unablässig vor den Kriegsabsichten Hitlers warnte und dessen Verbindungen zur Industrie offenlegte. Er setzte diese Tätigkeit auch im Pariser Exil fort. Wegen seiner Mitarbeit an Publikationen Willi Münzenbergs nahm er sogar den Ausschluss aus der SPD in Kauf, da der Parteivorstand ihn nunmehr – fälschlicherweise – den Kommunisten zurechnete. Nun trat Klotz, der zum engagierten Linkssozialisten geworden war, in engen Kontakt zu anderen unabhängigen Linken, darunter Fischer und Maslow.[68]

---

65 Vgl. Axel Ulrich, Arbeitereinheitsfront gegen den Faschismus? Zum Widerstand von Trotzkisten gegen das NS Regime mit besonderer Berücksichtigung des Rhein-Main-Gebietes, in: Mainz, Wiesbaden und Rheinhessen in der Zeit des Nationalsozialismus, Mainz 2000, S. 128, im Internet unter www.mainz1933–1945.de/fileadmin/Rheinhessenportal/Teilnehmer/mainz1933–1945/Textbeitraege/Ulrich_Arbeiterfront.pdf.

66 Vgl. Fischer, Trotsky in Paris, S. 518, und Alles, Zur Politik und Geschichte, S. 251f.

67 Leon Trotsky, Extract from „Victor Serge and the Fourth International", geschrieben am 2. Dezember 1938, hier in: David Cotterill (Hg.), The Serge-Trotsky Papers. Correspondence and Other Writings Between Victor Serge and Leon Trotsky, London 1994, S. 184. Auch Victor Serge hatte sich von Trotzkis Auffassungen damals bereits entfernt; Hauptpunkt der Differenz war die Beurteilung des Kronstädter Aufstandes von 1921, dessen Niederschlagung Serge als Weg in die Diktatur sah.

68 Zu Klotz' ungewöhnlicher Biographie vgl. die hervorragende Arbeit von Herbert Linder, Von der NSDAP zur SPD. Der politische Lebensweg des Dr. Helmut Klotz (1894–1943), Konstanz 1998, hierzu S. 232. Vgl. auch das 7. Kapitel dieses Buches. – Auch Hellmuth von Mücke, ein früherer Marineoffizier und dann NDSAP-Mitglied, trat zur SPD über, für die er gleichfalls antifaschistische Aufklärungsarbeit leistete. Er überlebte und enga-

Durch Vermittlung eines Mannes, der den gegenteiligen Weg – vom Antifaschismus zum Faschismus – gehen sollte, erhielt Ruth Fischer eine Arbeitsstelle: durch Jacques Doriot, den noch der französischen kommunistischen Partei angehörenden Bürgermeister von St. Denis. Sie hatte Doriot bereits 1920 in Berlin kennengelernt. Damals war er „ein beeindruckender junger Mann, groß, durchsetzungs- und begeisterungsfähig“ gewesen, mit einer „genialen Begabung für Intrigen und für Liebesaffären, und er bewies dieses Talent auf beiden Gebieten.“[69] (Doch sollte Ruth Fischer mit ihm brechen, als er sich dem Faschismus zuwandte.) Doriot verschaffte ihr im Oktober 1934 eine Anstellung als Sozialarbeiterin im Bürgermeisteramt von St. Denis. Der Ort war eine Arbeiterstadt im „Roten Gürtel“ um Paris, so genannt wegen der starken Stellung der Kommunisten in vielen dieser Industrievororte.[70]

Zwar war ihre Bezahlung mit rund dreizehntausend Francs pro Monat nicht üppig, aber damit befand sich Ruth Fischer gegenüber anderen Flüchtlingen in einer geradezu beneidenswerten Position. Dies umso mehr, als sie keine französische Staatsbürgerin, sondern Staatenlose in einem immer noch stark krisengeschüttelten Land war und zudem ihre Papiere, die ihren Ausbildungsstand als Sozialarbeiterin bescheinigten, in Berlin hatte zurücklassen müssen. Doch klärte die Anstellung auch ihren Flüchtlingsstatus für die französischen Behörden.[71]

Als Ruth Fischer ihre Arbeit aufnahm, war, wie sie später schrieb, auf sozialem Gebiet so gut wie nichts in St. Denis getan worden. In der Hygieneabteilung, der sie zugeordnet war, musste sie erfahren, dass lediglich einige private Organisationen ohne Abstimmung miteinander und ohne Unterstützung durch die Stadt-

---

gierte sich nach dem Zweiten Weltkrieg gegen die Aufrüstung der Bundesrepublik. Vgl. zu ihm Wolfram Pyta, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 44f.

69 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2500: Proposition: Jacques Doriot or Hitler's French Quisling [ca. 1943], nicht foliiert.

70 Die Französische KP lehnte in der Praxis den Parlamentarismus nie derart rigoros ab wie die KPD und engagierte sich dementsprechend und mit mehr Erfolg in den Gemeindevertretungen, was ihr eine Reihe von Bürgermeisterämtern in den Arbeitervororten von Paris, darunter in St. Denis, einbrachte. Vgl. Tyler Stovall, French Communism and Suburban Development. The Rise of the Paris Red Belt, in: Journal of Contemporary History, 24 (1989), Nr. 3, S. 437–460 (und weitere Arbeiten Stovalls) sowie Eric D. Weitz, Popular Communism. Political Strategies and Social Histories in the Formation of the German, French, and Italian Communist Party 1919–1948, Ithaca, NY 1992, S. 16f.

71 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1780, Bl. 95: Brief an Henry Ormond vom 14. März 1960.

verwaltung sich um soziale Belange kümmerten, zudem jedoch einander in der Arbeit behinderten.[72]

St. Denis zählte damals rund neunzigtausend Einwohner. Nach dem Krieg war aus der einst beschaulichen Mittelstadt eine Ansammlung finsterer Mietskasernen geworden. „Man kann den Architekten, Stadtentwicklern und Baugesellschaften, die diese billigen Wohnungen in St. Denis hochzogen, nicht vergeben“, schrieb ein zeitgenössischer Autor mit vielleicht übertriebener Emphase. „Sie hatten eine liebliche, von Zeugnissen der Geschichte erfüllte Stadt in ein miserables Auffanglager für Einwanderer verwandelt.“[73]

Die Armut war enorm. Die Slums waren „selbst für französische Verhältnisse berühmt“, wie Ruth Fischer schrieb. Das Leitungswasser war verschmutzt, und dies war der Grund für eine Reihe von Epidemien, nicht zuletzt war die Typhusgefahr allgegenwärtig. Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, verkrüppelte Kinder ohne eine zureichende medizinische Behandlung, überfüllte Häuser, Alkoholismus und jede Art von psychischer Störung – das waren die Probleme, mit denen sich soziale Arbeit konfrontiert sah. Ruth Fischer war erschüttert über das von ihr so nicht erwartete Ausmaß von Analphabetentum. Viele zudem unterernährte Kinder gingen einfach nicht zur Schule, ohne dass sich die arbeitslosen Eltern oder gar eine Schulbehörde darum kümmerten.

Zu Ruth Fischers Aufgaben gehörte eine Bestandsaufnahme der schlimmen Zustände. Sie bewog die Stadtverwaltung, eine medizinische Überprüfung des Gesundheitszustandes dieser Kinder vorzunehmen. Bislang besaß diese weder eine Kinderabteilung noch gar irgendeine Einrichtung für vorbeugende medizinische Behandlung von Kindern. Nun wurde dafür ein Arzt angestellt, der die nötigen Konsultationen vornahm. Dabei wurde er von Ruth Fischer unterstützt, die die entsprechenden sozialen Befragungen durchführte. Sie schrieb alle nur denkbaren Institutionen an, die für die Arbeit in der Kinderfürsorge auch nur entfernt in Frage kamen. So trat sie schließlich mit zwei der besten Kinderkliniken im Raum Paris in Kontakt, den Krankenhäusern *Bretonnou* und *Enfants malades*. Dort sprach sie drei- oder viermal in der Woche vor. In Zusammenarbeit mit den Ärzten arbeitete sie für jeden Fall einen speziellen Plan aus. Nach vierjähriger Arbeit hatte sie 507 Kinder über einen teilweise längeren Zeitraum intensiv beobachtet.

72 Die folgenden Ausführungen und Zitate beruhen auf Ruth Fischers Bericht „My experiences as social worker in France“, den sie 1942 in New York niederschrieb. Er befindet sich in den Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2497 und ist abgedruckt in: Abtrünnig wider Willen, S. 440–442.

73 Jean-François Gravier, Paris. Le désert français, Paris 1947, S. 191, zit. nach Anthony Beevor/Artemis Cooper, Paris After the Liberation, 1944–1949, Harmondsworth 2004, S. 261.

Die hauptsächlichen Probleme waren Tuberkulosefälle, Syphilis und Nervenkrankheiten.

Die Stadt betrieb ein Waisenhaus für Mädchen sowie zwei notdürftig ausgestattete Häuser für minderjährige werdende Mütter. Jedes Jahr wurden rund zweitausend Kinder in Sommerlager geschickt, die jedoch nur mangelhaft organisiert waren. Schließlich wurden 1937 zwei Schulklassen für lernbehinderte Kinder eingerichtet. Für all die damit zusammenhängenden Fragen war Ruth Fischer als *assistante sociale* mit zuständig. Nicht selten lastete die Hauptarbeit auf ihr. „Ich war praktisch", erinnerte sie sich, „eine Art von Beraterin für alle Probleme, die Gesundheit und Ausbildung betrafen. Ich vermittelte den Kontakt zwischen diesen Einrichtungen und der Stadtverwaltung und wurde auch in komplizierten Fällen stets herangezogen." Ihr Vorgesetzter, der Leiter des städtischen Hygieneamtes, ließ sie Befragungen und Erhebungen vornehmen, um überhaupt einen Überblick gewinnen zu können, wurde doch erstmals in St. Denis das Auftreten von Epidemien mit Untersuchungen zu sozialen Verhältnissen der Betroffenen verbunden. Bislang gab es nur eine Reihe auf privater Basis arbeitender Sozialfürsorger und Fürsorgerinnen, und mit ihnen kam Ruth Fischer regelmäßig zusammen. Sie koordinierte schließlich deren Arbeit, die durch eine solche Abstimmung der Aufgaben effektiver und besser wurde. Dazu berief sie monatliche Konferenzen ein, auf denen allgemeine Fragen wie auch besonders schwierige Fälle eingehend diskutiert wurden. Auch fuhr Ruth Fischer mehrmals zu Hygieneberatungen nach Paris, denn die im Juni 1936 gewählte Volksfrontregierung nahm sich endlich der drückenden sozialen Zustände besser an, als dies ihre Vorgängerinnen getan hatten.[74]

Ruth Fischer aber sah die Rolle der Kommunisten in der Volksfront sehr kritisch. In den USA erinnerte sie sich an den abrupten Wandel der politischen Kultur unter den französischen Kommunisten, als diese sich ab 1934 zu einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie unter Léon Blum bereitfanden.[75] „In den Symbolen, Emblemen und der Rhetorik stellte sich die Partei als Erbin der Jakobiner dar; Frankreich galt nun nicht länger als ein imperialistisches Land, sondern

74 Vgl. zu den sozialpolitischen Maßnahmen der Volksfrontregierung Heinz Köller, Für Demokratie, Brot, Frieden. Die Volksfront in Frankreich 1935 bis 1938, Bonn 1996, S. 107–126.

75 Die französischen Sozialisten hätten wohl, was manchmal in der Literatur unterschätzt wird, sich nicht so schnell zur Kooperation mit den Kommunisten bereitgefunden, wären sie nicht über die Schwäche der Radikalen Partei, ihres linksbürgerlichen Bündnispartners, so besorgt gewesen. Vgl. hierzu Gerd-Rainer Horn, European Socialists Respond to Fascism. Ideology, Activism and Contingency in the 1930s, New York/Oxford 1996, S. 101–103.

als Verkörperung der großen revolutionären Traditionen, dazu bestimmt, Europa vom Alpdruck der barbarischen Restauration zu befreien. Elsässische Mädchen demonstrierten gemeinsam mit den Neo-Jakobinern in ihren roten Hauben und mit Pariser Metallarbeitern in ihren blauen Overalls. Unter der Schirmherrschaft der kommunistischen Partei, die ihre Reifeprüfung in der stalinistischen Schule des Nationalismus abgelegt hatte, erstand ein französischer Patriotismus mit bislang nicht gekannter Vehemenz und Aggressivität wieder auf. Auf allen kommunistischen Meetings und Demonstrationen wehte die Trikolore Seite an Seite mit der roten Fahne, und die *Marseillaise* wurde zusammen mit der *Internationale* gesungen. Dies war die natürliche Folge der Verschmelzung von Nationalismus und Kommunismus, die einen großen Teil der französischen Gesellschaft durchdrang und sogar beinahe die rechtsgerichteten nationalistischen Organisationen ins Abseits stellte.“ Genau dies hätte Willi Münzenberg, so viel ihm an der Zusammenarbeit mit politisch Andersdenkenden lag, in der Massenpropaganda der KPD nie zugelassen.[76]

Für Maslow war die Lage zunächst schwieriger als für seine Partnerin, da er keine Anstellung fand. Hier wie auch sonst zeigte sich der Nachteil eines nicht abgeschlossenen Mathematikstudiums, doch einmal mehr war Maslow imstande, das Beste daraus zu machen. Wieder einmal halfen ihm seine sehr guten Sprachkenntnisse. Im Mai 1933, gleich nach seiner Ankunft in Paris, begründete er die Ein-Mann-Agentur *Inpress*, die er später *Conseil analytique* nannte. Sie sammelte und vertrieb Informationen aus und über Nazideutschland, mit denen er die Pariser Journalisten versorgte. Dies brachte Maslow nicht nur in Kontakt zur deutschen Exilpresse, sondern vor allem auch zu französischen Zeitschriften. So arbeitete er seit 1935 gegen Honorar für *Vu*, eine 1928 begründete Wochenzeitschrift. Diese publizierte in Magazinform, mit Photos und Karikaturen versehen, linksgerichtete, aber die Sowjetunion nicht unkritisch behandelnde Informationen aus Politik, Wirtschaft und Kunst. Zu ihren Mitarbeitern gehörten auch die Schriftsteller Joseph Roth und Stefan Zweig. Bereits am 3. Mai 1933 berichtete das Blatt über die Konzentrationslager Dachau und Oranienburg; es war der erste derartige Bericht für die französische und die Weltöffentlichkeit, und nicht vergessen werden darf das bereits erwähnte Zeugnis von Ruth Fischers Sohn über seine Misshandlungen durch die Nazis.[77] Maslow war maßgeblich an der Kolumne *Lu à l'écoute* beteiligt, die in Kurzform politisch neutral gehaltene Informationen meist ausländischer Rundfunksender abdruckte (er dürfte auch am internatio-

76 Ruth Fischer, The Comintern Discovers America, in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2459, Bl. 82. Hervorhebungen im Original.

77 Vgl. den Artikel „Vu“ in der französischen Wikipedia.

nalen Pressespiegel der Zeitschrift mitgearbeitet haben).[78] Falls er eigene Arbeiten publizierte, war ihm dies nur anonym oder unter Pseudonym möglich. Dies tat er auch für *Dimanche*, den *Paris Soir* und den *Manchester Guardian*.[79] Es ist anzunehmen, dass er für die *Pariser Tageszeitung* deren tägliche Presserundschau „Am Zeitungsstand" zusammenstellte, da er durch seine Arbeit für *Vu* den kostenlosen Zugang zu internationalen Publikationen besaß.

Sicher ist, dass er unter dem Pseudonym Malam lesenswerte Alltagsreportagen über Paris und seine Umgebung brachte.[80] So berichtete er über einen elfjährigen Schüler aus Levallois am Rand von Paris, der noch nie im Leben im Herzen der Hauptstadt gewesen war.[81] Die Einführung der Vierzigstundenwoche durch die Regierung Blum, von den Arbeitern begrüßt, stieß im Einzelhandel auf starken Unwillen; auch darüber schrieb er,[82] wie über französische Ess- und Trinkgewohnheiten.[83]

Maslow publizierte auch in der Prager *Neuen Weltbühne*, die unter Leitung von Ruth Fischers einstigem Wiener Genossen Willi Schlamm stand, der inzwischen dem Trotzkismus nahestand. Beinahe fassungslos kommentierte Maslow das „Gesetz über die Unfruchtbarmachung von erbkrankem Nachwuchs", das angeblich dazu beitrug, „Deutschland wieder eine gesündere Jugend zu geben, den Staat von der Entwicklung zurückzureißen, nur noch eine Fürsorgeanstalt und ein Riesenla-

---

78 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2780: Europe, a weekly analytical synthesis, Bl. 1 (Vorsatz mit biographischen Angaben). – Bei einer Durchsicht der (unvollständigen) Jahrgänge 1936 und 1937 des Blattes in der Widener Library der Harvard University stieß ich nur auf einen Artikel, der möglicherweise Maslow zuzuordnen ist. Der unter dem Pseudonym „Spectator" publizierende Autor berichtete im November 1936 in zum Teil beißender Diktion über das Zusammenspiel monarchistischer Kreise mit den Nazis, von denen sie indes beargwöhnt wurden. Spectator, Hitler. A-t-il un candidat au trône de l'Allemagne?, in: Vu. L'illustré français, Nr. 453 (1936), S. 1396.

79 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2306: Brief Arkadij Maslows an Ludwig Lore vom 18. August 1941, in: Abtrünnig wider Willen, S. 108f. – Die einzelnen Artikel Maslows lassen sich deshalb (von einer Ausnahme abgesehen) nicht mehr aufschlüsseln.

80 Das Pseudonym „Malam" entschlüsselte Lutz Winckler, Paris-Mythos im Feuilleton, in: Hélène Roussel/Lutz Winckler (Hg.), Rechts und Links der Seine. Pariser Tageblatt und Pariser Tageszeitung 1933–1940, Tübingen 2002, S. 291.

81 Vgl. Malam, Pariser Gespräche. Schüler der Banlieue, in: Pariser Tageblatt vom 29. Juni 1936.

82 Vgl. Malam, Pariser Gespräche. Wie die 40-Stunden-Woche sichtbar wird, ebd., 3. Juli 1936.

83 Vgl. Malam, Pariser Gespräche. Die Speisekarte, ebd., 7. Juli 1936, und Ders., Der Trinkkomment des kleinen Mannes, ebd., 9. September 1936. Weitere Artikel erschienen am 24. Juli, 7., 12., 19. und 31. August 1936.

zarett zu sein."[84] Er fragte, warum man die Durchführungsbestimmungen des Gesetzes nicht auf manisch-depressive Naziführer wie Hermann Göring anwende. Da das Gesetz die Sterilisierung von Alkoholikern ausdrücklich gestatte, solle man doch damit bei Robert Ley, dem Führer der „Deutschen Arbeitsfront", oder dem preußischen Kultusminister Bernhard Rust beginnen.[85] Hellsichtig erkannte Maslow in einem anderen Aufsatz, dass der „Vorsitzende des Zentral-Exekutivkomitees der Chinesischen Sowjetrepublik", Mao Tse-Tung, klugerweise den Kampf nicht in die Städte trage, sich dafür aber auf dem Land Bastionen schaffe, die von seinen Gegnern auch auf Dauer uneinnehmbar seien.[86]

Offizielle deutsche Stellen, die Maslow beobachteten, zeigten sich über ihn weniger gut informiert als über Ruth Fischer. So berichtete Botschaftsrat Dirk Forster nach Berlin zwar korrekt, dass Maslow als „einer der eifrigsten Propagandisten für die kommunistische Idee" auch weiterhin „seine Propagandatätigkeit" fortsetze. Dass er jedoch für die *Humanité*, das Organ der KP Frankreichs arbeite, war ebenso ein Fehlschluss wie die behauptete Mitarbeit an Willi Münzenbergs Weltkomitee gegen den Faschismus oder am sozialdemokratischen Matteotti-Komitee.[87] Richtig war, dass er gemeinsam mit Ruth Fischer vergeblich versuchte, auf das Schicksal Werner Scholems aufmerksam zu machen, den die Nazis wiederum verhaftet hatten.[88]

Noch als „organisierte Trotzkistin" war es Ruth Fischer gelungen, die französische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Französische Trotzkisten hatten den achtzehn Jahre älteren Schumacher Edmond Pleuchot verpflichtet, sie zu heiraten, und er kam seiner Klassenpflicht nach. Am 20. Februar 1935 erwarb Ruth Fischer

---

84 So z. B. die „Begründung" von Richard Suchenwirth, Deutsche Geschichte von der germanischen Vorzeit bis zur Gegenwart, Leipzig 1939, S. 605. Der Verfasser des voluminösen Machwerkes war nach 1945 freier Mitarbeiter der Historical Division des US-Kriegsministeriums zur Erforschung der Geschichte des Luftkrieges.

85 A. Maslow, Die Sterilisierung der Deutschen, in: Die Neue Weltbühne, 3 (18. Januar 1934), Nr. 3, S. 81f.

86 A. Maslow, Sowjetchina, anders gesehen, ebd., 3 (24. Mai 1934), Nr. 21, S. 660.

87 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2341: Deutsche Botschaft Paris an das Auswärtige Amt Berlin, Bericht vom 13. August 1934 (gez. Forster), auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 577. Forster wurde wegen seines Widerspruchs gegen die Remilitarisierung des Rheinlandes 1937 in den Ruhestand geschickt. Nach 1945 leitete er das Deutsche Büro für Friedensfragen, die sich u. a. der deutschen Kriegsgefangenen annahm. Vgl. Eckart Conze u. a., Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010, S. 357.

88 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2341: Deutsche Botschaft Paris an das Auswärtige Amt Berlin, Bericht vom 16. August 1934, in: Abtrünnig wider Willen, S. 578. Beide Dokumente gelangten als Fotokopie in Ruth Fischers Besitz.

so zum zweiten Mal eine neue Staatsbürgerschaft. Arkadij Maslow berichtete darüber recht amüsiert Gerard Friedlander nach England. Der „jugendliche Schweinskater" konnte lesen, dass der Vizebürgermeister von St. Denis zur Trauzeremonie mit der Trikolore erschien und dass nach der Trauung „die ganze Bande" – das „Brautpaar", Maslow und wenige Gäste – „in die nächste Kneipe einen heben" ging, „und die ganze Sache war geschehen."[89]

1936 gelang es Fischer und Maslow mit der aus Deutschland geflohenen Antonia Stern, die ihr beträchtliches Vermögen hatte retten können, eine Geldgeberin für den *Conseil analytique* zu finden. Die Schweizer Clara und Paul Thalmann, die inzwischen aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen waren, erinnerten sich: „Arkadij Maslow, eine kraftvolle Hünengestalt, russischer Herkunft, war ein hoch talentierter Mensch. Er verständigte sich fließend in sieben Sprachen,[90] war ein begabter Mathematiker und begnadeter Pianist. In der Politik hatte er weniger Erfolg, obwohl er ein hinreißender Redner sein konnte. Sein eigentlicher Wesenszug war ein nihilistischer Zynismus, den er gar nicht zu verbergen suchte. Maslow anzuhören war immer ein Vergnügen, mit ihm zusammen zu arbeiten immer eine Gefahr. Man konnte nur ahnen, nie wissen, welche geheimen Kräfte hinter dem Mann standen. Ruth Fischer, seine politische Weggefährtin und Bettgenossin, war aus ähnlichem Holz geschnitzt. Weniger begabt, dafür raffinierter, in allen Sätteln bereit zu reiten, korruptionsfähig ohne Grenzen, besaß die rundliche, vollbusige Österreicherin viel Witz, Ironie und Wissen. [...] Es war für die zwei politischen Schlauköpfe ein Kinderspiel, Antonia [Stern] einzuseifen."[91]

Die Freude über die bescheidenen persönlichen Erfolge, die sich Ruth Fischer und Arkadij Maslow zugutehalten konnten, zerstob urplötzlich ins Nichts. Am 19. August 1936 wurde in Moskau der sogenannte „Prozess gegen das trotzkistisch-sinowjewistische terroristische Zentrum" eröffnet. Sinowjew, Kamenew und vierzehn andere alte Bolschewiki wurden aller nur denkbaren Verbrechen angeklagt: Als erbitterte Feinde der Oktoberrevolution hätten sie von Anfang an

---

89 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2300: Maslow an Gerard Friedlander, Brief vom 21. Februar 1935, ebd., S. 52f. 1940 wurde die Ehe geschieden.

90 Maslow sprach und schrieb außer Deutsch und Russisch inzwischen auch Französisch und Englisch ohne Fehler. Sein ausgezeichnetes Englisch ist besonders hervorzuheben, da er nie in einem englischsprachigen Land lebte. Er konnte sich zudem gut in Italienisch verständigen und verfügte über Jiddischkenntnisse. Im Exil erwarb Maslow weitere Sprachfertigkeiten: In Kuba lernte er 1941 in wenigen Monaten Spanisch so weit, dass er sich auch darin recht gut ausdrücken konnte. Zudem lernte er zuvor in Lissabon etwas Portugiesisch.

91 Clara und Paul Thalmann, Revolution für die Freiheit. Stationen eines politischen Kampfes, Grafenau 1995, S. 104f. (Internet-Ausgabe).

die Auslieferung der Sowjetunion an deren imperialistische Gegner betrieben, die Partei zu diesem Zweck zu unterwandern gesucht und versucht, Stalin umzubringen. Sie hätten mit den Nazis und mit dem europäischen Faschismus kollaboriert, alle Treuebekundungen zum Kommunismus seien nichts als Tarnung für ihre lebenslange Sabotagearbeit gewesen.[92]

Die „Partei der Hingerichteten", wie sie der russische Historiker Wadim Rogowin in mehreren Büchern würdigte, war die Partei Lenins. Nichts zeigt deutlicher, dass zwischen Leninismus und Stalinismus, mochte auch der eine ohne den anderen nicht denkbar sein, ein politischer und moralischer Abgrund klaffte.[93] Lenins terroristische Maßnahmen im Bürgerkrieg, wie kritisch man sie beurteilen mag, sollten in den vielleicht illusionären Bürgerfrieden münden, Stalins umfassender Terror sollte die Partei der Bolschewiki auslöschen und das, was von ihr übrig blieb, der Geheimpolizei unterwerfen.[94]

Unter den Angeklagten befand sich auch Moissej Lurje. Unter dem Namen Alexander Emel hatte er wie auch die Mitangeklagten Fritz David, Konon Berman-Jurin und Valentin Olberg zu Zeiten von Fischer und Maslow in der KPD gewirkt.[95] Später hatte Ruth Fischer über ihn lange den Kontakt zu Sinowjew

92 Doch schnitt, laut einem Bericht von Harold Denny in der *New York Times* vom 24. August 1936, der Vorsitzende des Gerichtes, Wassilij Ulrich, zweimal den Angeklagten das Wort ab, als sie einige der Naziführer namentlich nennen wollten. Der Prozessbericht erwähnt diese Begebenheit nicht. Nach Robert Tucker tat Stalin dies, da Stalin darauf bedacht war, Hitler nicht mehr als nötig vor den Kopf zu stoßen, sah er in ihm doch stets einen potenziellen Verhandlungspartner. Vgl. Robert C. Tucker, Stalin in Power, The Revolution from Above, 1928–1941, New York/London 1990, S. 371.

93 Vgl. Wadim S. Rogowin, Die Partei der Hingerichteten, Essen 1999.

94 „Keiner von ihnen [der alten Bolschewiki um Lenin, Trotzki und Bucharin] erwog jedoch ernsthaft die Notwendigkeit eines *permanenten Terrorregimes*, ganz zu schweigen von einem, das die Partei der Geheimpolizei unterwerfen würde." Stephen Eric Bronner, Socialism Unbound, 2. Aufl., Boulder (Colorado) 2001, S. 103. Hervorhebung im Original. Die in der gedankenreichen Aufsatzsammlung (auf S. 104) erwähnte jüdische Herkunft Bucharins entspricht aber nicht den Tatsachen. Auch Hans (Mayer, Außenseiter, Frankfurt 1975, S. 304) behauptete irrtümlicher Weise, Bucharin sei Jude gewesen.

95 Vgl. Carola Tischler, Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil 1933 bis 1945, Münster 1996, S. 99f., sowie die entsprechenden Einträge bei Hermann Weber/Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 147f. (Fritz David/Ijla Krugljanskij), S. 185f. (Alexander Emel/Moissej Lurje), S. 756 (Hans Stauer/Konon Berman-Jurin). Olberg hatte als einziger Verbindungen zu Trotzkisten gehabt. Seine Frau Betty, eine gebürtige Deutsche, wurde im Februar 1940 vom NKWD an die Gestapo überstellt. Ihr weiteres Schicksal ist unbekannt. Vgl. Hans Schafranek, Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung

aufrechterhalten können. 1935 war er vom Marx-Engels-Lenin-Institut, wo er als Historiker arbeitete, entlassen worden und galt seitdem beinahe als „Unperson". Anfang August 1936 wurde er aus der Partei ausgeschlossen, kurz darauf verhaftet.[96] Am 21. August vernahm ihn Generalstaatsanwalt Wyschinskij.

„*Wyschinski*: Angeklagter Lurie, sagen Sie bitte, welche konkreten Schritte Sie in Ihrer terroristischen Tätigkeit unternommen haben?

M. Lurie: Als ich am 4. März 1933 von Berlin nach Moskau abreiste, hatte ich einen Auftrag mit dem Charakter einer Direktive erhalten. Diesen Auftrag erhielt ich von Ruth Fischer und Maslow, doch tatsächlich war das ein Auftrag von Trotzki selbst. Ich stand mit Ruth Fischer seit 1924 in Verbindung, durch oppositionelle Arbeit in der Sinowjewfraktion seit Oktober 1925; mit Maslow seit 1927, d. h. seit meiner Rückkehr aus Moskau nach Berlin. Mein Auftrag hatte folgenden Charakter: Trotzki ist der Ansicht und besteht darauf, und wir, d. h. Maslow und Ruth Fischer, sind mit dieser Direktive Trotzkis solidarisch, die darin besteht, dass es notwendig sei, die Organisierung von Terrorakten gegen die Führer der KPdSU(B) und der Sowjetregierung, in erster Linie gegen Stalin, zu beschleunigen. Diese Direktive nahm ich, wie ich bereits gesagt habe, persönlich, und zwar mündlich, von Ruth Fischer und Maslow am 4. März 1933 entgegen.

Wyschinski: Ich erwarte Ihre Ausführungen über Ihre praktischen Schritte in dieser Richtung.

M. Lurie: Am 9. März 1933 in Moskau angekommen, übermittelte ich diese mündliche Direktive bestimmungsgemäß, und zwar dem früheren persönlichen Emissär Sinowjews in Berlin – A. V. Gerzberg. Mit Gerzberg habe ich in der Arbeit für Sinowjew vom November 1927 bis zu seiner Abreise nach Moskau Ende 1931 in Verbindung gestanden. Diese Direktive habe ich nicht später als in der zweiten Aprilhälfte übermittelt. Gerzberg nahm den Auftrag an und sagte, dass diese Direktive Trotzkis, Ruth Fischers und Maslows vollkommen mit den bereits vorhandenen identischen Beschlüssen unseres Zentrums im Lande übereinstimme. […]

Wyschinski: Sie geben also zu, dass Sie im Laufe einer langen Reihe von Jahren Mitglied der illegalen trotzkistischen Organisation waren?

M. Lurie: Ja, das gestehe ich in vollem Umfang ein.

Wyschinski: Verfolgte diese Organisation terroristische Ziele?

M. Lurie: Ich gestehe, eine derartige Direktive mitgebracht zu haben.

---

deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941, Frankfurt 1990, S. 152.

96 Vgl. Wladislaw Hedeler, Deutsche kommunistische Historiker während der „Säuberung" des Marx-Engels-Lenin-Instituts in Moskau, in: Mario Keßler (Hg.), Deutsche Historiker im Exil (1933–1945). Ausgewählte Studien, Berlin 2005, S. 315.

Wyschinski: Bestätigen Sie, dass Sie Trotzkis Direktive über den Terror durch Ruth Fischer und Maslow erhalten und an Sinowjew weitergegeben haben?"[97]

Lurje bestätigte dies. „In Wyschinskis Verhör", schrieb Ruth Fischer zwei Jahrzehnte später, „wurde die wahre Tatsache, dass Lurje am 4. März [1933] mit mir in Berlin gesprochen hatte, mit der Lüge verknüpft, dass Maslow und ich ihn auf Befehl Trotzkijs nach Moskau geschickt hätten, um Stalin und seine engsten Fraktionsfreunde umzubringen."[98] Er wurde, wie alle seine Mitangeklagten, zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet. Auch Ruth Fischer und Arkadij Maslow waren jetzt vogelfrei, zur Jagd durch ihre stalinistischen Todfeinde freigegeben.[99] In der sowjetischen Presse wurden sie als „Missgeburten" geschmäht.[100] Ihre Erschütterung über die wohl nur durch grausame Folter erpressten „Geständnisse" der Angeklagten und die kaltblütige Ermordung der alten Garde der Revolution, insbesondere Sinowjews, wurde noch übertroffen von der abstoßenden Begleitmusik des Schauprozesses und der Folgeprozesse im Westen.

---

97 Prozessbericht über die Strafsache des trotzkistisch-sinowjewistischen terroristischen Zentrums, verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 19. bis 24. August 1936, Moskau 1936, S. 106f.

98 Ruth Fischer, Von Lenin zu Mao. Kommunismus in der Bandung-Ära, Düsseldorf/Köln 1956, S. 223.

99 Aufgrund ihrer Quasi-Verurteilung im Prozess meinten einige Autoren, Fischer und Maslow seien in Moskau auch *de jure* zum Tode verurteilt worden, so z. B. Martin Ebon, World Communism Today, New York/Toronto 1948, S. 159, oder Kurt Singer, The World's Greatest Women Spies, London [1951], S. 33. Dies war jedoch nicht der Fall. – In Ruth Fischers Komintern-Personalakte findet sich ein biographischer Abriss zu ihr und Maslow vom 3. Oktober 1937. In streckenweise kaum zu entziffernder (russischer) Handschrift trug ein „A. Schommer" jedoch lediglich die bekannten Daten zusammen, ohne die „terroristischen Aktivitäten", um derentwillen beide im Prozess gebrandmarkt wurden, aufzuführen. Vgl. Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii (RGASPI), Moskau, Fonds 495, Kommunistische Internationale, Bestand 205, Personalakte Nr. 8644 (Fischer, Rut [Ruth]).

100 Vgl. Wadim S. Rogowin, 1937 – Jahr des Terrors, Essen 1998, S. 378. Eine Dokumentation der Prozesse findet sich bei Theo Pirker (Hg.), Die Moskauer Schauprozesse 1936–1938, München 1963. Vgl. weiterhin die frühe Studie der Rand-Corporation: Nathan Leites/Elsa Bernaut, Ritual of Liquidation. The Case of the Moscow Trials, Glencoe (Illinois) 1954, sowie u. a. Horst Schützler (Hg.), Schauprozesse unter Stalin. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer, Berlin 1990, Wladislaw Hedeler, Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung, Berlin 2003, und Ders. (Hg.), Stalinscher Terror 1934–41. Eine Forschungsbilanz, Berlin 2002. Für die zerstörerischen Auswirkungen auf die Komintern und die internationale Arbeiterbewegung vgl. zusammenfassend Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen" in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993.

Sofort mit Prozessbeginn setzte eine Serie an Rechtfertigungen ein, die die gesamte Terrorwelle der Jahre 1936 bis 1938 begleiten sollte. Berühmte Schriftsteller wie Heinrich Mann, Halldór Laxness, Romain Rolland, Louis Aragon und der Philosoph Ernst Bloch verbürgten sich für die korrekte Durchführung der Ermittlungen und die Wahrhaftigkeit der Aussagen. Sie lobten die Sowjetjustiz und ihren Generalstaatsanwalt Wyschinskij und begrüßten die Todesstrafen. Die staatliche *Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland* scheute keine Mittel, um sogenannte „Freunde der Sowjetunion" ins Land zu bringen, wo ihnen ein paradiesischer Zustand des sozialen Friedens und der Rechtsstaatlichkeit vorgeführt wurde.[101]

Manche dieser Kurzzeit-Touristen waren bereit, alles für bare Münze zu nehmen, was man ihnen anbot: So schrieb Lion Feuchtwanger, der berühmteste Lobredner des Terrors, in seinem als „Reisebericht für meine Freunde" bezeichneten Buch *Moskau 1937*, es sei „läppisch", die Prozesse „simpel auf Stalins Herrschsucht und Rachgier zurückzuführen. Josef Stalin, der gegen den Widerstand der ganzen Welt ein so großes Werk vollbracht hat wie den wirtschaftlichen Aufbau der Sowjet-Union, der Marxist Stalin, gefährdet nicht die Außenpolitik seines Landes und damit einen wichtigen Teil seines Werkes aus einem persönlichen Motiv, wie es Gymnasiasten, die historische Stücke schreiben, ihren Helden unterschieben."[102] Das genügte Stalin nicht: Er ließ die beiden in die Sowjetunion emi-

101 Zur Rolle der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland (Vsesojuznoe obščestvo kul'turnoj svjazi s zagranicej; VOKS) als Propagandainstitution während der Moskauer Prozesse vgl. Ludmila Stern, Western Intellectuals and the Soviet Union. From Red Square to the Left Bank, Abingdon-on-Thames 2007, bes. S. 132ff. Zur zustimmenden Reaktion KPD-naher Intellektueller auf die Prozesse vgl. auch Doris Danzer, Zwischen Vertrauen und Verrat. Deutschsprachige kommunistische Intellektuelle und ihre sozialen Beziehungen (1918–1960), Göttingen 2012, S. 288–313.

102 Lion Feuchtwanger, Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde, Berlin 1993, S. 86. Das Buch erschien zuerst 1937 im Querido-Verlag Amsterdam. Der Historiker Robert Conquest (Stalin. Der totale Wille zur Macht, Frankfurt u. a. 1991, S. 241) empfahl, dieses Buch müsse „wegen seiner überschäumenden Dummheit" von jedem gelesen werden. Feuchtwanger korrigierte sich auch nicht, nachdem sein Moskauer Verleger Artemi Chalatow als angeblicher „Volksfeind" 1938 hingerichtet wurde. Das hielt die sowjetische Propaganda 1949 nicht davon ab, Feuchtwanger nach Erschienen seines Romans *Waffen für Amerika* als Handlanger des US-Imperialismus zu brandmarken. Vgl. Alfred Kantorowicz, Politik und Literatur im Exil. Deutschsprachige Schriftsteller im Kampf gegen den Nationalsozialismus, München 1983, S. 60. Möglicherweise war aber auch Feuchtwangers späte Hinwendung zum Zionismus ein Grund für die zeitweilige Verdammung in der Sowjetunion (nicht in der DDR). Dass Feuchtwanger z. T. wider besseres Wissen schrieb, zeigt Anne Hartmann, Lion Feuchtwanger, zurück aus Sowjetruss-

grierten Söhne des früheren SAP-Politikers Max Seydewitz in Geiselhaft nehmen. Unter dieser entsetzlichen Zwangslage nahm ihr Vater den Verlust seiner politischen Glaubwürdigkeit in Kauf und rechtfertigte in einem dickleibigen Buch die Moskauer Prozesse.[103] Dennoch dauerte es zehn Jahre, bis Dymo und Frido Seydewitz freikamen. Während Frido in die spätere DDR ging, zog Dymo fortan das Leben weitab von sowjetischer Botmäßigkeit, in Israel, vor.[104]

In England warnte Rajani Palme Dutt die „schwankenden liberalen Intellektuellen, die unfähig sind, die harte Wirklichkeit des Kampfes gegen den Faschismus zu begreifen.“ Notwendig sei vielmehr die Unterstützung der UdSSR bei der Entlarvung trotzkistischer Agenten. „Freunde der Sowjetunion“ wie Hewlett Johnson, der gutgläubige Dean of Canterbury, oder der durchtriebene, sich aber naiv gebende Kronanwalt Denis Nowell Pritt stießen sofort in dieses Horn. Auch der Dokumentarfilmer Ivor Montagu war sich nicht zu schade mitzumachen. Kingsley Martin, Chefredakteur des *New Statesman and Nation*, brachte das Blatt auf prostalinistischen Kurs, auch wenn er damit seinen besten Mitarbeiter John Maynard Keynes verprellte. In der Labour Party waren die Meinungen gespalten.[105] Beatrice Webb „tröstete“ sich mit der Feststellung: „Bei einer Bevölkerung von 170 Millionen ist die Zahl der Prozesse und Hinrichtungen relativ gering, verglichen mit denen der britischen Regierung im Bürgerkrieg im Irischen Frei-

---

land. Selbstzensur eines Reiseberichts, in: Exil. Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse, 29 (2009), Nr. 1, S. 16–40. Vgl. auch Stern, Western Intellectuals, S. 156ff.

103 „Ist einem ehrgeizigen, machtlüsternen Menschen [gemeint ist Trotzki] durch die ablehnende Haltung der Volksmassen die Basis für den politischen Kampf um seine Ziele entzogen, fehlt es ihm an der moralischen Kraft, die Schädlichkeit seines Tuns einzusehen, seine Niederlage einzugestehen, die Waffen zu strecken und sich in die große Kampffront einzuordnen – dann bleibt ihm kein anderer Weg, als durch Einsatz anderer als politischer Mittel, auch durch Terror und Sabotage einer kleinen Gruppe rechthaberischer, vom Volke isolierter verbissener Sektierer die Sowjetmacht zu schädigen und sich der Illusion hinzugeben, auf diesem Wege die herrschende Diktatur des Proletariats zu untergraben und die Macht zu erobern.“ Max Seydewitz, Stalin oder Trotzki? Die UdSSR und der Trotzkismus, eine zeitgeschichtliche Untersuchung, London 1938, S. 475. De facto (nicht offiziell) gehörte Seydewitz seit 1934 zur KPD. Vgl. Müller, Die Akte Wehner, S. 162, und Ders., Menschenfalle Moskau, S. 172.

104 Vgl. Müller, Die Akte Wehner, S. 151.

105 Noch im November 1937 sagte Harold Laski, es bestehe „kein Zweifel, dass die Massenhinrichtungen in der Sowjetunion in den letzten beiden Jahren das Ansehen [!, M.K.] Russlands in den Reihen der Labour Party schwer erschüttert und den Befürwortern der Volksfront schwer geschadet“ haben. Zit. nach Kevin McDermott, Stalinist Terror in the Comintern: New Perspectives, in: Journal of Contemporary History, 30 (1995), Nr. 1, S. 127. Einen Protest gegen den Stalin-Terror wird man dies kaum nennen können.

staat fünfzehn Jahre vorher."[106] Die Liberalen hielten sich mit Ausnahme von David Lloyd George, der die Prozesse verurteilte, zurück. Die Schadenfreude unter den Konservativen teilten nur wenige aufrechte Charaktere nicht, so der Moskauer *Times*-Korrespondent Fitzroy Maclean, der den terroristischen Charakter der Schauprozesse enthüllte.[107]

In Frankreich wurde die 1936 aus Sozialdemokraten und Linksliberalen gebildete Volksfront-Regierung immer schwächer. Da sie auf die Unterstützung der Kommunisten im Parlament angewiesen war, blieben Proteste der nichtstalinistischen Linken – von Ausnahmen abgesehen – bestenfalls zweideutig und lendenlahm. Die Rechtspresse der westlichen Länder und natürlich die Naziblätter in Deutschland kommentierten die Prozesse, denen dann auch Bucharin, Radek und so viele andere aus der Frühzeit der Komintern zum Opfer fallen sollten, mit Genugtuung.[108]

Sogar in den USA priesen Schriftsteller wie Dorothy Parker, Lilian Hellman, Theodore Dreiser, Dashiell Hammett und Langston Hughes, die Philosophen Howard Selsam und Corliss Lamont, die Politologen Max Lerner und Paul Sweezy, die Journalisten Anna Louise Strong und Louis Fischer – und viele weitere – Stalin und seinen Terrorapparat.[109] Walter Duranty, ein besonders widerwärtiger Skribent, schrieb in der *New York Times* (!): „Es ist undenkbar, dass

106 Sidney und Beatrice Webb, The Letters, Bd. 3: Pilgrimage 1912–1947, Cambridge/New York 1978, S. 420. Ähnlich zynisch hatte sie 1929 nach dem ersten Bürgerkrieg in Palästina zu Chaim Weizmann gesagt: „Ich verstehe nicht, warum die Juden so viel angeben, wenn ein paar Dutzend ihrer Leute in Palästina getötet werden. Jede Woche kommen ebensoviel Menschen in London durch Verkehrsunfälle um, und kein Mensch nimmt davon Notiz." Chaim Weizmann, Memoiren. Das Werden des Staates Israel, Zürich 1953, S. 487. Bei den von arabischen Nationalisten wie Rechtszionisten initiierten Zusammenstößen im August 1929 hatten 133 Juden und 116 Araber den Tod gefunden, bevor die britische Kolonialarmee die Unruhen beendete. Kolonialminister der Labour-Regierung war damals Lord Passfield, Beatrices Mann Sidney Webb. Vgl. u. a. Mario Keßler, Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933, Berlin 1994, S. 147–159.

107 Joseph Redman, The British Stalinists and the Moscow Trials, in: Labour Review, 3 (1958), Nr. 2, S. 44–52; das Dutt-Zitat (hier S. 50, Anm. 13) ist dem KP-Blatt *Daily Worker* vom 8. Juni 1937 entnommen.

108 Vgl. hierzu ausführlich David Caute, The Fellow-Travellers. Intellectual Friends of Communism, 2. Aufl., New Haven/London 1988, S. 140–195.

109 Vgl. An Open Letter to American Liberals, in: Soviet Russia Today, 6 (1937), Nr. 3, S. 14f. Später bedauerten Aragon, Bloch, Hughes, Laxness und Sweezy die Rechtfertigung der Prozesse öffentlich. – Unter „Freunden der Sowjetunion" in den USA war die Bereitschaft zur lautstarken Unterstützung der Moskauer Prozesse stärker als innerhalb der KP, in der Verunsicherung herrschte. Vgl. Judy Kutulis, Long War. The Intellectual People's Front and Anti-Stalinism, 1930–1940, Durham/London 1995, S. 106–108.

ein öffentlicher Prozess gegen solche Männer geführt werden könnte, lägen den Verantwortlichen keine hieb- und stichfesten Beweise ihrer Schuld vor.“[110] Sie alle stimmten der stalinistischen Lesart zu, wonach jede politische Opposition mit bloßer krimineller Tätigkeit gleichzusetzen sei.[111] Die kleine kommunistische Partei der USA erhielt Zulauf. Doch als mit dem Hitler-Stalin-Pakt das politische Klima für die KP wieder ungemütlicher wurde, zogen es die meisten „Freunde des Kommunismus“ wieder vor, sich zurückzuziehen.

Aktive Sozialisten waren, so Walter Laqueur, kaum unter den Lobrednern der Prozesse; Bloch, Sweezy und Montagu waren die Ausnahmen. „Die meisten von denen, die nach Moskau gingen und nach ihrer Rückkehr Stalin und sein System idealisierten, waren politisch naive Leute, denen der Erhalt der bestehenden Ordnung und andere traditionelle Werte am wichtigsten waren.“[112] Andere wie Bertolt Brecht, George Bernard Shaw oder Paul Robeson bliesen zwar nicht lauthals zur Jagd auf Stalins Gegner, verteidigten jedoch intern das Regime.[113] Eine kurze Zeit glaubte selbst Heinrich Brandler, sein alter Widersacher Sinowjew habe gegen Stalin konspiriert. Doch die Verfolgung von KPO-Anhängern in der Sowjetunion und im Spanischen Bürgerkrieg sollte ihn wieder zur Vernunft bringen.[114] Einige

110 The New York Times vom 17. August 1936, zit. nach: Tucker, Stalin in Power, S. 373.

111 Diesen Aspekt betont Gerhard Zwerenz, Verräter und Agenten – Denunziation als politisches Kampfmittel, in: Utopie kreativ, Nr. 81/82 (Juli/August 1997), S. 115. – Im April 1938 verabschiedeten amerikanische Prostalinisten ein weiteres Manifest, das den Terror „entschuldigte“. Zu den Unterzeichnern gehörten diesmal, außer den bereits Genannten, Nelson Algren, Harold Clurman, Malcolm Cowley, Paul de Kruif, Margaret Schlauch und Harry Sigerist. Vgl. Caute, The Fellow Travellers, S. 131.

112 Walter Laqueur, The Dream that Failed. Reflections on the Soviet Union, New York 1994, S. 20.

113 Vor sich selbst rechtfertigte Brecht jedoch die Prozesse, wenngleich mit schlechtem Gewissen, wie in der ungewöhnlich gewundenen Sprache deutlich wird: „Was die Prozesse betrifft, so wäre es ganz und gar unrichtig, bei ihrer Besprechung eine Haltung gegen die sie veranstaltende Regierung der Union einzunehmen, schon da diese ganz automatisch in kürzester Zeit sich in eine Haltung gegen das heute vom Weltfaschismus mit Krieg bedrohte russische Proletariat und seinen im Aufbau begriffenen Sozialismus verwandeln musste.“ Bertolt Brecht, [Über die Moskauer Prozesse], in: Werke, Bd. 20, Frankfurt 1967, S. 111. Brecht veröffentlichte diesen Text nicht. Vgl. auch David Pike, Brecht und der Stalinismus. „Der Vorhang zu und alle Fragen offen“, in: Therese Hörnigk/Alexander Stephan (Hg.), Rot = Braun? Brecht-Dialog 2000. Nationalsozialismus und Stalinismus bei Brecht und Zeitgenossen, Berlin 2000, S. 182–201.

114 Vgl. Jens Becker, Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001, S. 332. Becker zeigt, dass Brandler noch immer (und bis Ende der 1930er Jahre) zwischen demokratisch-kommunistischen und kommunistisch-fundamentalistischen Vorstellungen hin- und hergerissen war.

aus Deutschland vertriebene Schriftsteller fürchteten auch um ihre sowjetischen Tantiemen, auf die sie nach dem Verlust des reichsdeutschen Marktes angewiesen waren.[115] Unter den Künstlern, die als Lobredner des Stalin-Terrors erwartet wurden, fehlte ein Name: Hanns Eisler.

Keine Wahl hatten die in Moskau lebenden Schriftsteller wie Georg Lukács, Johannes R. Becher oder Friedrich Wolf: Sie mussten das Diktum der Sowjetpropaganda immerzu wiederholen: mit dem Fortschreiten des „sozialistischen Aufbaus" verschärfe sich gesetzmäßig der Klassenkampf, wovon die Enttarnung der Parteifeinde zeuge. Die deutschen Exilanten in Moskau wurden gezwungen, die Prozesse ebenso gutzuheißen wie ihre sowjetischen Kollegen Ilja Ehrenburg und Michail Scholochow.[116] Karl Radek, einst Stalins Gegner und nun von diesem zum „servilen Federkiel" erniedrigt, musste den Diktator preisen, was ihn aber nicht retten sollte.[117] Im Westen verliehen Thomas Mann, Joseph Roth, Franz Werfel oder Stefan Zweig bestenfalls in Tagebüchern und Briefen ihrem Abscheu vor dem Stalinismus Ausdruck, konnten oder wollten sich aber nicht zu einem klaren öffentlichen Bruch mit dem Moskauer Regime durchringen oder sich gar zu Gegenaktionen zusammenfinden.[118] Nicht einmal Arnold Zweig, der später

---

115 Vgl. Eva Oberloskamp, Fremde neue Welten. Reisen deutscher und französischer Linksintellektueller in die Sowjetunion 1917–1939, München 2011, S. 143 und 222.

116 Vgl. Georg Lukács/Johannes R. Becher/Friedrich Wolf u. a., Die Säuberung. Moskau 1936, Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung, hg. von Reinhard Müller, Reinbek 1991. Vgl. auch die Pionierstudie von David Pike, Deutsche Schriftsteller im sowjetischen Exil, Frankfurt 1981.

117 Deshalb gab Jean-François Fayet, Karl Radek (1885–1939). Biographie politique, Berne 2004, S. 638, dem bedrückenden Kapitel die Überschrift „Une plume servile." Zu Radeks Ermordung im Lager vgl. Alexander Vatlin, Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure, Berlin 2009, S. 246f., auf den sich Wolf-Dietrich Gutjahr, „Revolution muss sein." Karl Radek. Die Biographie, Köln u. a. 2012, S. 881, stützt.

118 Thomas Mann zog sich mit einem freundlichen Dankesbrief aus der Affäre, den er am 18. November 1937 aus Küssnacht an Johannes R. Becher nach Moskau schrieb, nachdem dieser ihm ein Exemplar der *Internationalen Literatur* übersandt hatte. Mann betonte: „Ich würde mich nie überwinden, gegen das Neue Russland ein feindseliges Wort zu sagen, so wenig durchsichtig vieles ist, was sich heute dort begibt, und auf wie verwirrende Weise, wenigstens äußerlich und für schwächere Geister, denen es an moralischer Unterscheidungsgabe fehlt, gewisse Vorgänge und Erscheinungen in diesem Lande an das erinnern, von dem ich mich geschieden habe und was ich bekämpfe." Der Brief ist enthalten in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/357, Bl. 46 (Bestand KPD, Politbüro). Thomas Manns Sohn Golo brach jedoch wegen des ersten Moskauer Prozesses seine „immer noch lockeren Beziehungen zur KP, auch zur französischen" (oder zu einigen ihrer intellektuellen Vertreter) gänzlich ab. Golo Mann an seinen Bruder Klaus, nach Tilman Lahme, Golo Mann. Biographie, 2. Aufl., Frankfurt 2009, S. 118. Im Januar 1940 verurteilte Thomas

Trotzkis Ende betrauern sollte, tat dies.[119] Proteste von Antistalinisten wie André Gide, Franz Pfemfert oder Victor Serge, so wichtig sie waren, nahmen sich daher bescheiden aus.[120]

Die notwendige Einheitsfront antistalinistischer Marxisten und kämpferischer Liberaler gegen diesen „politischen Volksmord“ kam nicht zustande.[121] Das liberale Bürgertum versagte auch in seinen besten Vertretern. Der Gedanke, durch einen Bruch mit Moskau Hitler oder Mussolini zu helfen, so falsch er war, spielte dabei keine geringe Rolle. Für moralisch unbedenkliche Bewunderer Stalins mag auch das Aufblicken zu einem „Führer“ mitgespielt haben, dem Lobeshymnen darzubringen weniger anrüchig schien, als sich in die Gesellschaft der Faschisten zu begeben.[122] Zudem glaubten noch immer manche, das Stalin-Regime habe etwas mit Sozialismus zu tun und verheiße, trotz aktueller Probleme, eine paradiesische Zukunft. „Ein Teil der westlichen Intellektuellen wollte ohne Zweifel ‚dabei‘ sein, wenn ins ‚Paradies‘ marschiert wurde.“[123]

Mann dann den sowjetischen Überfall auf Finnland; „ein nazistisch gewordener Bolschewismus“ habe die Humanität „verraten und in den Schmutz getreten“; so in einer Erklärung: Ich grüße Finnland, abgedruckt in: Sozialistische Mitteilungen, London, Nr. 2 vom 20. Januar 1940, S. 1.

119 Vgl. Arnold Zweig, Trotzkis Ende, in: Sinn und Form, 42 (1990), Nr. 2, S. 317–320.

120 Hervorzuheben aus der neueren Forschungsliteratur ist Julijana Ranc, Franz Pfemfert gegen Heinrich Mann. Dokumente und Argumente zu einer vergessenen Kontroverse: Heinrich Manns Rechtfertigung des Moskauer Schauprozesses vom August 1936, in: Martin Kronauer u. a. (Hg.), Grenzgänge. Reflexionen zu einem barbarischen Jahrhundert. Für Helmut Dahmer, Frankfurt 2006, S. 36–60. Zwar wurde Heinrich Manns Bewunderung für Stalin im sowjetisch-finnischen Krieg erschüttert, doch war er in seinen späten Jahren wiederum des Lobes über ihn voll.

121 Der zutreffende Terminus findet sich bei Deutscher, Der verstoßene Prophet, S. 388. Stalin musste, schrieben die emigrierten sowjetischen Historiker Heller und Nekrich, die Partei der Bolschewiki auslöschen, denn er brauchte „eine monolithische Partei mit sogenanntem Kadavergehorsam. 1935 aber hatte die Partei bereits alle Zellen des Staatsorganismus durchdrungen, so dass ein Schlag gegen die Partei sich auf den gesamten Organismus auswirken musste. Und darin liegt die Erklärung des *totalen* Terrors.“ Michail Heller/Alexander Nekrich, Geschichte der Sowjetunion, Bd. 1, Frankfurt 1985, S. 292. Hervorhebung von mir.

122 Vgl. zur tiefen Verunsicherung exilierter Schriftsteller Dieter Schiller, Im Widerstreit geschrieben. Vermischte Texte zur Literatur 1966–2006, Berlin 2008, darin besonders den 1991 entstandenen Aufsatz: „Der Sozialismus muss ganz von vorn anfangen“. Reaktionen von Döblin, Koestler und Sperber auf die Krise der sozialistischen Bewegung 1938, S. 11–26.

123 Heller/Nekrich, Geschichte der Sowjetunion, Bd. 1, S. 277.

Auch der von Trotzki in Mexiko, seinem letzten Exilland, mit Unterstützung des Philosophen John Dewey veranstaltete Gegenprozess, der die Anklagen als blanke Verleumdungen bloßlegte, blieb in der internationalen Öffentlichkeit ohne breiteres Echo. Arkadij Maslow hatte dem im April 1937 in Mexiko abgehaltenen Hearing eine Erklärung zugeleitet, die von Trotzki bestätigt wurde, nämlich dass Fischer und Maslow zum Zeitpunkt des im Moskauer Prozess genannten Datums vom 4. März 1933 noch keineswegs politisch mit ihm kooperiert hatten.[124] Im Abschlussbericht bestätigte die Dewey-Kommission nach der Anhörung einer Reihe von Zeugen und dem Studium zahlreicher Dokumente zudem, dass eine behauptete Verbindungskette Trotzki-Lurje-Fischer/Maslow unmöglich bestanden haben konnte.[125] Auch Trotzkis Sohn Leon Sedow legte in seinem *Rotbuch über den Moskauer Prozess* eindringlich klar, dass Fischer und Maslow zu seinem Vater während der Zeit der ihnen unterstellten Kontakte noch keine Verbindung hatten.[126]

Das einzige greifbare Resultat des Stalinterrors und womöglich des Gegenprozesses war, dass die meisten Sozialdemokraten sich von Stalin und den Stalinisten distanzierten, was auch die Volksfront-Experimente im deutschen Exil weitgehend beendete.[127] Fortan gab es keine gemeinsamen politischen Aktionen zwischen Stalin-Anhängern und Antistalinisten mehr.[128] Für Ruth Fischer und Arkadij Maslow aber bedeutete dies kein Ende ihrer politischen Isolierung. Für die Stalinisten waren sie Todfeinde, aber auch manchen Sozialdemokraten blieben sie durch ihre Verbindung mit Trotzki suspekt.[129] Dem intellektuellen „Zeitgeist",

124 Vgl. The Case of Leon Trotsky. Report of Hearings on the Charge made against him in the Moscow Trials, New York/London 1937, S. 98f., 225.

125 Vgl. Not Guilty! Report of the Commission of Inquiry into the Charges made against Leon Trotsky in the Moscow Trials, New York 1938, Reprint 1972, S. 128–131.

126 Vgl. Leon Sedow, Rotbuch über den Moskauer Prozess, Antwerpen 1936, Neuausgabe hg. von Wolfgang Alles, Frankfurt 1988, S. 85.

127 Vgl. Ursula Langkau-Alex, Deutsche Volksfront 1932–1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau, Bd. 2, Berlin 2005, *passim*.

128 Der einzige Fall eines nochmals gemeinsamen Auftretens aller Hitlergegner war der 9. Juni 1938: An diesem Tag traf bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Paris die durch Spieler des „angeschlossenen" Österreich verstärkte deutsche Mannschaft auf die Schweiz. Diese gewann unter dem Jubel deutscher und österreichischer Emigranten, unter ihnen wahrscheinlich auch Maslow, sensationell mit 4:2.

129 Dies galt vor allem für jene Sozialdemokraten, die den exilierten russischen Menschewiki ihr Ohr liehen. Die Menschewiki im Exil konnten verständlicher Weise nicht vergessen, dass Trotzki sie 1917 rigoros bekämpft hatte. Das durchaus zeittypische Urteil eines ihrer profiliertesten Publizisten, wonach der Gegensatz zwischen Stalinismus und Trotzkismus fast nur ein Konflikt „zwischen zwei relativ verwandten Tendenzen" sei, machte diesen je-

einem naiven prostalinistischen Antifaschismus, standen ihre Ansichten ohnehin entgegen.

Die unter dem Deckmantel des Antifaschismus orchestrierte Kampagne der Stalinisten war zu machtvoll und wurde von zu vielen Intellektuellen im Westen mitgetragen. Politische Naivität und der Wunsch nach „Solidarität mit dem ersten sozialistischen Staat der Weltgeschichte" vermischten sich mit dem skrupellosen Bestreben nach Abrechnung mit einstigen Rivalen und mit reinen Karriereerwägungen. Der auf Gewalt gebaute und nun siegreiche Stalinismus wurde eine Zeitlang so modisch, wie es Antikommunismus oder Faschismus bislang gewesen waren.

Isoliert in Paris und Lissabon

Der erste Moskauer Schauprozess fiel in eine Zeit, in der jede Kritik an Stalin als mindestens indirekte Parteinahme für Hitler gedeutet werden konnte. Wer in Moskau dem Bannfluch verfiel, dem verschlossen sich auch im Westen viele Türen. Es machte die bedrückende Angelegenheit nicht besser, sondern nur noch verwirrender, wenn gleichzeitig einige der Lobredner Stalins mit den gleichen Worten von Freiheit und Humanität, mit denen sie eben noch die Justizmorde in Moskau gepriesen hatten, nun zur Solidarität mit der Spanischen Republik aufriefen. Deren gewählte Linksregierung musste sich der faschistischen Aggressoren aus dem In- und Ausland erwehren, die von demokratisch firmierenden Klerikalfaschisten und beträchtlichen Teilen des westlichen Großbürgertums unterstützt wurden. Manche der sowjetfreundlichen Schriftsteller gingen als Freiwillige nach Spanien, um dort auf Seiten der Republik zu kämpfen.[130] In den Interbrigaden fanden sie sich in einer Reihe mit Stalins linken Kritikern – um diese wiederum der Zusammenarbeit mit Trotzki zu verdächtigen.[131]

---

doch blind für Stalins verschwörungstheoretische Konzeption. David J. Dallin, Das wirkliche Sowjetrussland, 2. Aufl., Hamburg 1948, S. 50.

130 Auch die Eisler-Brüder gingen nach Spanien: Gerhart leitete dort eine Rundfunkstation, Hanns organisierte Anfang 1937 eine Reihe von Solidaritätskonzerten. Vgl. Friederike Wißmann, Hanns Eisler. Komponist, Weltbürger, Revolutionär, München 2012, S. 115.

131 Vgl. die Dokumentation von Theo Pirker (Hg.), Utopie und Mythos der Weltrevolution. Zur Geschichte der Komintern 1920–1940, München 1964, S. 236–249 (Dokumente Nr. 81–87). Aus der umfangreichen Literatur sind zu nennen: Patrick von zur Mühlen, Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939, Bonn 1985; Tim Rees, The Highpoint of Comintern Influence? The Communist Party and the Civil War in Spain, in: Ders./Andrew Thorpe (Hg.), International Com-

So düster die politische Lage war, der Beginn des Spanischen Bürgerkrieges im Juli 1936 erfüllte Ruth Fischer und Arkadij Maslow mit Hoffnung, dass der Vormarsch der Faschisten gestoppt werden könne. Es seien die Arbeiter selbst, schrieb Maslow, die sich zur Verteidigung der Republik zusammenfänden, ohne „den Dreck, der sich ‚Partei' nennt"; und so werde dieser im Vergleich zu Russland modernere Bürgerkrieg „eine hohe Schule für die Arbeiterklasse der ganzen Erde", ein „frischer Luftstrom in der Muffluft", ein Strom, gegen den schon immer die „Bonzen und Halunken der Internationalen 2 und 3 bis zum Verpesten angestunken haben. Gewiss, *gäbe* es eine revolutionäre Partei in Spanien, so wäre alles leichter; es gibt keine, so wird die Arbeiterklasse eine schaffen; anders geht es nicht, und so wird das halt deshalb länger dauern."[132]

Wie alle antistalinistischen Linken setzten Fischer und Maslow auf die POUM (*Partido Obrero de Unificación Marxista*; Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit). Sie war 1935 aus der Vereinigung der trotzkistischen *Izquierda Comunista* (Kommunistische Linke) um Andreu Nin mit dem *Bloque Obrero y Campesino* (Arbeiter- und Bauernblock) um Julián Gorkin und Joaquin Maurin, einem Anhänger Bucharins, hervorgegangen. In den POUM-Milizen kämpften viele Angehörige der deutschen Kleingruppen mit, doch nach blutigen Auseinandersetzungen im Mai 1937 zwischen POUM-Milizen und Anarchisten auf der einen, Kommunisten und Republikanern auf der anderen Seite, wurde die Partei verboten. Von stalintreuen Kommunisten und ihren sowjetischen Kommissaren wie von spanischen, deutschen und italienischen Faschisten wurde sie brutal aufgerieben.[133]

Angesichts all dessen kamen Ruth Fischer und Arkadij Maslow nun zu dem Schluss, das nur die Zerschlagung der kommunistischen Partei und der Komintern den Stalinismus überwinden könne. Ihre bisherige Hoffnung, die innerparteiliche Opposition möge sich stärker als Stalin erweisen und die Partei von Grund auf reformieren, war auf Sand gebaut gewesen. Doch blieben beide im Denken dem Geist des ursprünglichen Kommunismus verpflichtet. Ihren Wunsch, eine neue

munism and the Communist International 1919–43, Manchester/New York 1998, S. 143–167; Frank Schauff, Der verspielte Sieg. Sowjetunion, Kommunistische Internationale und Spanischer Bürgerkrieg 1936–1939, 2. Aufl., Frankfurt 2005; Reiner Tosstorff, Linkssozialismus und Stalinismus im Spanischen Bürgerkrieg, in: Christoph Jünke (Hg.), Linkssozialismus in Deutschland. Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus?, Hamburg 2010, S. 55–72.

132 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2300: Undatierter Brief Maslows an Gerard Friedlander [vom Juli 1936], auch in: Abtrünnig wider Willen, Zitat S. 65. Hervorhebung im Text.

133 Vgl. zur Geschichte der Partei Reiner Tosstorff, Die POUM im Spanischen Bürgerkrieg, Frankfurt 1987.

kommunistische Bewegung jenseits des blutigen Stalinismus aufzubauen, sahen sie als unabdingbare Gegenwartsaufgabe, wussten aber, dass dies momentan außerhalb jeder Realität stand.

Sie taten das Einzige, was sie tun konnten. In Paris scharten sie im Herbst 1936 eine Gruppe von Getreuen um sich – wohl nicht einmal zwanzig Personen. Sie nannten sich *Gruppe Internationale/Marxisten-Leninisten*. Hierzu gehörten die Fischer und Maslow seit Langem verbundenen Eugen Eppstein, Fritz Gothe und Walter Nettelbeck, den sie aus dem IKD kannten. Er überlebte als einziger der drei die deutsche Besetzung Frankreichs.[134] Auch der spätere DDR-Schriftsteller Harald Hauser und seine damalige Lebensgefährtin Edith Zorn gehörten zur Gruppe – allerdings, um sie für die KPD zu beobachten, was damals verborgen blieb.[135] Mit Informationen von ihnen versorgt, notierte Herbert Wehner voller Ingrimm, dass Fischer und Maslow die Volksfrontpolitik unter kommunistischer Ägide bekämpften.[136] Viele Jahre später konnte ein selbst nur indirekter Kontakt zu Ruth Fischer dem Betreffenden Probleme in der DDR bereiten.[137]

134 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2083, Bl. 1: Brief Ruth Fischers an Hugo Urbahns vom 18. Juli 1945. Ruth Fischer vermutete, auch Nettelbeck sei umgebracht worden. Er überlebte jedoch Verhaftung und Zuchthaus und verstarb 1975 in Krefeld. Vgl. Berens, Trotzkisten gegen Hitler, S. 202. Urbahns war nach Schweden emigriert, verstarb aber schon 1946.

135 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/92, Bl. 99: Bestand Zentrale Parteikontroll-Kommission (ZPKK) der SED, 1948–1962 [Auflistung von KPD-Mitgliedern in westlicher Emigration]. Vgl. weiterhin Bernd-Rainer Barth/Werner Schweizer (Hg.), Der Fall Noel Field. Schlüsselfigur der Schauprozesse in Osteuropa, Bd. 2, Berlin 2006, S. 206, 478, sowie Bernd Rainer-Barth, Hauser, Harald, in: Hartmut Müller-Enbergs (Hg.), Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, 5. Aufl., Berlin 2001, S. 319–320 (Hausers Niederschriften über seine Emigrationszeit in Frankreich behandeln erst die Zeit ab 1941; vgl. SAPMO-BArch, SgY 30/1400/28).

136 Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/400, Bl. 184: Bestand KPD, Politbüro, Einige „Argumente“ der SAP und der Trotzkisten (10. Oktober 1937). Berichterstatter: „Funk“ [Herbert Wehner]. Dieser berichtete in einem Lebenslauf für die Moskauer Kaderabteilung der KPD am 24. März 1937, der (1934 von den Nazis ermordete) Schriftsteller Erich Mühsam habe in Berlin Kontakte zu Ruth Fischer und Karl Korsch unterhalten. Vgl. Reinhard Müller, Die Akte Wehner, Moskau 1937 bis 1941, Berlin 1993, S. 47. Wehner hatte 1926/27 mit Mühsam bei der Herausgabe der Zeitschrift *Fanal* zusammengearbeitet.

137 So durfte der Frankreich-Emigrant Bruno Haid in der DDR zeitweise keine hohe Funktion bekleiden, da er es abgelehnt habe, seine Verbindung „zu einer gewissen Eisfelder“ abzubrechen, die wiederum Ruth Fischer durch ihre Arbeit für die Assistance medicale aus St. Denis her kannte. Vgl. SAPMO-BArch, RY 61/V 232/2, Bestand Emigration Frankreich-Bewegung „Freies Deutschland“ für den Westen (undatiert und nicht foliiert). Haid

Weiterhin schlossen sich Fischer und Maslow der aus Berlin geflüchtete ungarische Sinologe István Balázs (unter den Decknamen Philippe und Etienne[138]) und Ruth Fischers einstiger Wiener Genosse Otto Maschl an, der nun den Namen Lucien Laurat führte. Laurat war einer jener politischen Schriftsteller, die nachzuweisen suchten, dass die Sowjetunion kein sozialistischer Staat sei und auch keinen Staatskapitalismus aufbaue, wie es damals zum Beispiel Arthur Rosenberg sah. Vielmehr sei sie eine Klassengesellschaft eigener Art und die Stalin-Bürokratie eine neue Ausbeuterklasse.[139]

Diese Meinung teilten der aus Russland emigrierte Arbeitssoziologe Salomon Schwarz und der jugoslawische Schriftsteller Ante Ciliga, mit denen Fischer und Maslow damals eingehend das „russische Problem" diskutierten.[140] Beredt schilderte Ciliga aus guter Kenntnis des sowjetischen Lebens das Aufkommen einer neuen Herrscherschicht. Diese rekrutiere sich aus der Partei- und Staatsbürokratie, einigen „gewendeten" Nachkommen der alten Ausbeuterklassen, Emporkömmlingen aus dem Schwarzmarkthandel und Halbweltdamen. Sie sei nicht das Gegenteil, sondern die schlechte Nachahmung der bürgerlichen Gesellschaft. Fischer und Maslow gingen aber nicht so weit wie Ciliga, der Lenin für das Entstehen des bürokratischen Regimes verantwortlich machte, das Stalin den Weg

wurde 1955 dennoch stellvertretender Generalstaatsanwalt der DDR und 1965 stellvertretender Kulturminister. Vgl. zu ihm Wilfriede Otto, Haid, Bruno, in: Müller-Enbergs u. a. (Hg.), Wer war wer in der DDR?, S. 306f.

138 Zu Balázs vgl. den biographischen Abriss bei Martin Kern, The Emigration of German Sinologists 1933–1945. Notes on the History and Historiography of Chinese Studies, in: Journal of the American Oriental Society, 118 (1998), Nr. 4, S. 518.

139 Balázs und Laurat überlebten Krieg und Besatzung in Frankreich. Letzterer begründete seine Ansicht der neuen Klassengesellschaft in einer Reihe von Schriften. Das in der Widener Library in Harvard vorhandene Exemplar einer seiner Arbeiten (Le Manifeste communiste de 1848 et le monde d'aujourd'hui, Paris 1948) enthält als Widmung die Zeilen „A ma vielle amie Ruth Fischer, hommage fraternel, en souvenir de 1916/18 – von an alten Weaner Spezi." Für die damaligen Debatten um den Charakter der Sowjetgesellschaft vgl. Marcel van der Linden, Von der Oktoberrevolution zur Perestroika. Der westliche Marxismus und die Sowjetunion, Frankfurt 1992, zu Laurat S. 65–68.

140 Die Beziehungen Fischers und Maslows zu Schwarz und anderen aus der Sowjetunion emigrierten Linken sind bislang nirgendwo erwähnt, auch nicht bei Claudie Weill, Deutschsprachige und russische Sozialisten im Pariser Exil, in: Anne St. Saveur-Henn (Hg.), Fluchtziel Paris. Die deutschsprachige Emigration 1933–1940, Paris, Berlin 2002, S. 135, wo nur kurz auf Kontakte zwischen Sozialdemokraten, (antistalinistischen) Kommunisten und Trotzki-Anhängern verwiesen wird.

geebnet habe.[141] Zwischen Ruth Fischer und Ciliga entstand eine Freundschaft, die auch den Krieg überdauerte.[142]

Der Berliner Rätekommunist Franz Pfemfert, einst Mitglied der KAPD, und seine aus Russland stammende Frau Alexandra, die unter ihrem Mädchennamen Ramm Trotzkis Schriften ins Deutsche übersetzt hatte, gehörten zwar nicht offiziell zur Gruppe Internationale/Marxisten-Leninisten, doch wurden sie spätestens im Pariser Exil zu persönlichen Freunden, die auch viele politische Ansichten teilten. Ruth Fischer musste, ob sie wollte oder nicht, anerkennen, dass Pfemfert und *Die Aktion* zehn Jahre vorher auf richtigem Kurs lagen, als sie die Bolschewisierung der KPD kritisiert und vor Stalin gewarnt hatten.[143] Auch mit dem sowjetischen Exilanten Gawriil Mjasnikow, der damals im Exil in Paris lebte (und 1945 von den Stalinisten ergriffen und umgebracht wurde) arbeiteten Fischer und Maslow politisch eng zusammen.[144]

Da Ruth Fischer in St. Denis voll ausgelastet war, oblag es Maslow, die schwachen publizistischen Kräfte gegen die Propagandamaschine der Stalinisten zu richten. Als Sprachrohr stand ihm nur das unregelmäßig erscheinende *Mitteilungsblatt der Gruppe Internationale* zur Verfügung. Im Juni 1937 – inzwischen war ein weiterer Schauprozess mit den Angeklagten Radek und Pjatakow über die Bühne gegangen – hieß es darin: „Sieht man, wie Stalin und die Seinen es tun, Russland nur unter dem Gesichtswinkel der nationalen Existenz an, so ist das, was dort in den letzten zehn Monaten geschah, kontinuierlicher Hoch- und Landesverrat, ausgeübt von den amtlichen Stellen, die über ‚Verrat' zetern. [...] Nimmt man aber für einen Augenblick ernst, was Stalin und seine Auslandsangestellten für die Arbeiter behaupten, dass nämlich Russland bereits das Land des vollendeten Sozialismus sei, so wird die Sache noch viel schlimmer. Zwanzig Jahre nach

141 Lenin habe, so Ciliga 1938, nach 1917 zunächst eine Arbeiterkontrolle der Produktion bei Fortbestehen der kapitalistischen Produktionsweise angestrebt, aber den dafür unvermeidlich notwendigen bürokratischen Apparat nicht den Arbeiterräten unterstellt, sondern diese umgekehrt der Bürokratie, zu deren Machtinstrument nun die Partei wurde. Vgl. Ante Ciliga, Im Land der verwirrenden Lüge, Berlin 2010, S. 119–125. Das Buch erschien zuerst 1938 in Paris unter dem Titel *Au pays de grande mensonge*.

142 Vgl. den Briefwechsel Ruth Fischer–Ante Ciliga in: Ruth Fischer Papers, Mappen Nr. 142 und 1189.

143 Vgl. zu beiden die sehr gute Arbeit von Julijana Ranc, Alexandra Ramm-Pfemfert. Ein Gegenleben, Hamburg 2004. Anders als die Autorin annimmt, kannten sich Alexandra Pfemfert (die nach ihrer Heirat übrigens keinen Doppelnamen benutzte) und Ruth Fischer über Karl Korsch schon aus Berlin, worauf auch Reminiszenzen im Briefwechsel zwischen den Pfemferts und Ruth Fischer hindeuten.

144 Vgl. Paul Avrich, Bolshevik Opposition to Lenin: G. Miasnikov and the Workers' Group, in: Russian Review, 43 (1984), Nr. 1, S. 1–29.

dem Sieg der proletarischen Revolution wimmelt dann das Land nur noch von Feinden; zwanzig Jahre vor der Revolution kämpften genau die Menschen für den Sozialismus, die jetzt, etwa zwanzig Jahre nach der Entfaltung des Stalinschen Regimes […] nichts anderes unter Einsetzung ihres Lebens anstreben als – die Wiederherstellung des Kapitalismus! Wahrhaftig, wenn die Nazis eine internationale Propagandastelle besäßen, könnten sie keine wirksamere Methode zur Diskreditierung erfinden."[145]

Die Sowjetunion vertrete ebenso wie die Komintern kein Interesse irgendeiner ausgebeuteten Klasse, geschweige denn des Proletariats mehr, sondern nur noch das Kasteninteresse der parasitären Stalin-Bürokratie; die Trotzkisten glaubten, diesen Zustand durch eine bloße Palastrevolution beseitigen zu können, unterschätzten aber Stalin und verstrickten sich immer mehr in reines Sektengezänk. Die Sozialdemokraten wiederum seien mitschuldig am Aufstieg Stalins – ebenso wie am Aufstieg Hitlers: Gerade sie hätten durch ihre Kapitulation vor den Kriegstreibern 1914 und ihr Paktieren mit den Fememördern der Freikorps 1919 mit den Grundstein für die Entwicklung gelegt, an deren Ende die Henker der Arbeiterbewegung in Deutschland, China und Serbien stünden, in einer Reihe mit „dem blutigen Renegaten des Bolschewismus", mit Stalin.[146]

Durch intensive literarische Arbeit suchte sich Maslow vom Albdruck des schrecklichen Szenarios zu lösen. Ein unvollendetes, aber nach sorgfältiger Bearbeitung durch die Germanistin Berit Balzer kürzlich ediertes Romanmanuskript, *Die Tochter des Generals*, legt davon Zeugnis ab. Maslow schrieb das Manuskript in den Jahren 1937–38. Den Hintergrund bildete ein authentischer Spionagefall im „Dritten Reich": Die Romangestalt des Franz von Bimmelburg ist dem Chef der Heeresleitung und General der Infanterie Kurt von Hammerstein-Equord nachgestaltet. Seine Tochter Marielouise, im wirklichen Leben Marie-Luise von Hammerstein, wendet sich unter dem Einfluss ihres Liebhabers Gerhard Alkan, der Züge Werner Scholems trägt, dem Kommunismus zu.[147] Auch ihre Schwester Marianne (richtiger Name: Marie Therese), die ebenfalls eine Affäre mit Alkan

145 Mitteilungsblatt der Gruppe Internationale, Nr. 3 (Juni 1937), S. 4f., zit. in: Abtrünnig wider Willen, S. 9. Es gelang mir nicht, das *Mitteilungsblatt* und die später von Maslow edierten, in nur zwei Nummern erschienenen *Cahiers d'Europe* einzusehen, da sie in den Bibliotheken, wo sie lagern, wegen ihres schlechten Erhaltungszustandes nicht mehr der Benutzung offenstehen.

146 Mitteilungsblatt der Gruppe Internationale, Nr. 6 (Dezember 1937), S. 9, zit. ebd., S. 10.

147 Die wirkliche Marie-Luise von Hammerstein war bereits bevor sie Scholem traf, Kommunistin geworden. Dies nach einer Anmerkung Peter Lübbes, der auf einen Brief vom 8. August 1985 Bezug nahm. Vgl. Abtrünnig wider Willen, S. 12.

hat, arbeitete für die KPD.[148] – Hinzugefügt werden darf, dass auch eine dritte Hammerstein-Schwester, Helga, für die KPD tätig war.[149] Noch nach Hitlers Machtantritt übermittelte sie eine Reihe von Informationen an den einstigen Leninbündler, nun aber im M-Apparat der KPD tätigen Leo Roth.[150]

Maslow zeigte das Zusammenspiel von Justiz und Gestapo, das nach Hitlers Machtantritt sofort einsetzte. Marielouise endet unter dem Fallbeil der Nazis, die mit systematischem Terror, in die Maslow auch die Röhm-Affäre und die Ausschaltung der innerparteilichen Opposition der NSDAP einbezog, die Weichen auf Krieg nach innen und außen stellten. Peter Lübbes Urteil, wonach Maslow sich nur gelegentlich „aus den Niederungen der Kolportage zu lösen" vermocht habe,[151] ist wohl zu harsch; vielmehr beschrieb Maslow in teilweise eindrücklichen Szenen die Verbindung von adliger und linker Opposition, in der freilich keine Figur aus dem Arbeiterwiderstand auftaucht.

Durch seine Arbeit als Schriftsteller suchte Maslow Stalins Triumph zu begreifen. Er rang mit der finsteren Persönlichkeit des Sowjetführers. *Stalins Memoiren*, ein weiterer Text, an dem er 1936 bis 1939 arbeitete, zeigt den Diktator als doppelgesichtigen Autor: Ein Teil seiner (natürlich fiktiven) Tagebucheintragungen sei zur Veröffentlichung bestimmt, ein anderer nicht. Der erstgenannte

---

148 Vier der sieben Kinder des 1943 verstorbenen Generals waren im Widerstand aktiv, alle wurden unter dem Nazismus verfolgt. Vgl. das detailreiche Nachwort der Herausgeberin Berit Balzer zu: Arkadij Maslow, Die Tochter des Generals, Berlin 2011, hierzu S. 311f.

149 Vgl. zu ihr: Müller, Die Akte Wehner, S. 85f., 282–284 und *passim*; Andreas Wirsching, „Man kann nur Boden germanisieren." Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 49 (2001), Nr. 3, S. 522f.; Annette Vogt, Vom Hintereingang zum Hauptportal? Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Stuttgart 2007, S. 395–399; Dies., Wissenschaftlerinnen in Kaiser-Wilhelm-Instituten A-Z, 2. Aufl., Berlin 2008, S. 67–69. Helga von Hammerstein wurde 1939 als Chemikerin an der Berliner Universität promoviert. Vgl. für eine lebendige Schilderung der Widerstandsarbeit dieser Familie Ruth von Mayenburg, Blaues Blut und rote Fahnen. Ein Leben unter vielen Namen, Wien 1969, bes. S. 154–174.

150 Auch Leo Roth wurde 1937 ein Opfer Stalins. Ein streng geheimes Memorandum der Komintern-Kaderabteilung nennt ihn, zusammen u. a. mit den beiden „Brandleristen" Moses Grzyb (Heinz Möller/Asiaticus) und Noah Borowski sowie dem Fischer-Maslow-Anhänger Solomon Muschinski als KPD-Flüchtlinge in der Sowjetunion, die früher parteifeindlichen Strömungen angehörten. Vgl. William J. Chase/Vadim A. Staklo, Enemies Within the Gates? The Comintern and the Stalinist Repression, 1934–1939, New Haven 2001, S. 164.

151 So das Urteil des (in Rostock mit einer Arbeit über B. Traven) promovierten Literaturwissenschaftlers Peter Lübbe in seiner Einleitung zu: Abtrünnig wider Willen, hier S. 12. Maslows Manuskript befindet sich in den Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1940.

Teil bietet das Konstrukt eines strengen, doch weisen Vaters der Völker, in anderen Kapiteln sinnt Stalin darüber nach, wie er seine Gegner liquidieren kann und welche Befriedigung ihm dies bereitet.[152] In diesem Manuskript zeigt sich deutlicher als irgendwo sonst Maslows und sicher ebenso Ruth Fischers Nachdenken über die Frage: Warum Stalin?

In seiner Einleitung schrieb Maslow: „Man behauptet oft, Generäle stürben im Bett. Die Geschichte hat keine rechte Erfahrung mit modernen Diktatoren: wer kann sagen, ob sie auch in ihrem Bett sterben werden? Die Wahrscheinlichkeit hierfür ist bei Diktatoren wie Stalin sehr gering. [...] Und wenn seine ‚Verrücktheit' eine klinische Form hat, so ‚nur' die des Verfolgungswahns. Cesare Borgia, Alexander Borgia mögen auch ‚verrückt' gewesen sein, doch war die Verrücktheit ganz und gar das Unwesentlichste an ihrer Existenz und Betätigung. Mag Stalin ebenfalls echte Züge des Wahnsinns besitzen – in die Geschichte wird er nicht als Verrückter eingehen, sondern als Renegat, als Mörder, als *der* Mann, der die russische Revolution steuerte, als sie mit Revolution nichts mehr zu tun hatte, und der, indem er sie steuerte, von den Fluten hin- und hergeschleudert wurde wie ein Stück faules Holz im Taifun, der große Steuermann ohne Kompass, ohne Ideen und ohne Mannschaft. [...] Stalin verlässt ab und zu sein Steuer, um einige seiner Offiziere und möglichst viele seiner Mannschaft zu killen, mit eigener Hand oder durch einen berufsmäßigen Henker, den er stets bei sich hat und den er bei Gelegenheit durch einen neuen Henker ebenfalls killen lässt. Er bohrt mit eigener Hand Löcher in sein eigenes Schiff, das schon längst einem Wrack gleicht [...]." Doch warum? Stalin sei selbst, so Maslow, der Ausdruck widersinniger gesellschaftlicher Prozesse, nämlich der Annullierung der Oktoberrevolution mitsamt ihrem Versprechen nach Freiheit und Gleichheit durch die Kaste, die sich der Revolution bemächtigte.[153]

Warum gerade er? Warum nicht Trotzki? Dieser sei überall ein Fremdkörper gewesen, besonders in der Partei und ihrem Apparat. Ständig habe er von der Revolution in Europa geredet, niemals Ruhe geben können. Damit habe er sich selbst die eigene Machtbasis entzogen, wie Maslows Stalin voller Häme vermerkt. Aber warum nicht Sinowjew, der doch die Fähigkeit des taktischen Manövrierens so gut beherrsche? Auch Sinowjew sei, wie alle ruhmredigen Intellektuellen, ein Opfer der eigenen Eitelkeit geworden. Immer habe er sich nach vorn spielen wol-

152 Das rund dreihundertseitige Manuskript befindet sich in den Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2756. Maslow schrieb den Hauptteil 1936 und 1937, die Ergänzungen nahm er 1939 vor; das „nachträgliche Vorwort" ist auf den Oktober 1939 datiert. Dieses ist abgedruckt in: Abtrünnig wider Willen, S. 367–370.

153 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2756: A. Maslow, Stalins Memoiren, Bl. 13f.

len. Stalin besitze hingegen, und so lobte er sich selbst im fiktiven Tagebuch, die Fähigkeit, auf seine Chance im Hintergrund zu warten.

Stalin habe, so sah es Maslow, einen geradezu animalischen Instinkt, wenn es darum gehe, aus den Schwächen seiner Widersacher Nutzen zu ziehen. Irgendwelche auch nur halbwegs positiven Eigenschaften sucht man in Maslows Stalin vergebens. Er sei ein „verschlossenes Individuum“, das von Hass und Neid und zugleich von Größenwahn zerfressen werde, somit „in gewisser Hinsicht ein Verrückter.“[154]

Stalins Stärke wurde offenbar, als er, wie auch Maslow beschrieb, einen kühlen Kopf bewahrte, nachdem Lenins Testament, der Brief an den Parteitag, noch 1924 in der sowjetischen Spitze bekannt wurde. Man müsse Lenins Worte nicht nur als Warnung vor Stalin deuten. Lenin habe zugegeben, dass er, Stalin, trotz der Unzulänglichkeiten des Charakters die Partei vor der Spaltung bewahrt habe – er, und nicht Trotzki.

Maslow machte eindringlich klar, dass sich Stalin eine vollkommen neue Partei schaffen musste, um seine Schreckensherrschaft auszuüben. Sie berief sich auf Lenin, doch hatte Stalins Amalgam aus Geheimpolizei und Parteiapparat kaum mehr noch als den Namen mit Lenins Organisation gemein. Stalins Triumph bedeutete, und dies zeigte Maslow anhand dessen erdachter Notizen, dass die kriminelle Unterwelt in Moskau die Herrschaft ergriffen hatte. Mit Terror und Gewalt, aber auch dem Versprechen, über die Leichen der alten Bolschewiki an lukrative Posten und Privilegien zu gelangen, konnten Stalin und die Seinen eine wachsende Schar von skrupellosen Anhängern, willigen Werkzeugen und Speichelleckern rekrutieren.

Diese Schar wuchs umso rascher, je mehr die Erfolgspropaganda auf Touren lief, je mehr Nationalismus und Chauvinismus, als Sowjetpatriotismus getarnt, die einstige internationalistische Botschaft der Arbeiterbewegung auslöschten. Stalins Losung vom „Sozialismus in einem Land“ sei zum Slogan einer kulturlosen Funktionärsschicht geworden, die den Westen nicht kannte, aber alle intellektuellen Leistungen des Auslands von vornherein hasserfüllt bekämpfte.

Seite um Seite füllt Maslows Stalin sein Tagebuch mit bedrückenden, überaus verächtlichen Urteilen über andere. So schreibt er über Nadeshda Krupskaja: „Schlechter Tag. Kommt da noch dieser alte weinerliche Tintenfisch an, Iljitschs heilige Witwe, Nadeshda Konstantinowna, der Tränensack (sie stirbt immer noch nicht mit ihren Froschaugen und ihrem Basedow, womit sich nur so was hält?).“ Sie sucht Stalin von der Verfolgung seiner Genossen abzuhalten. „Halts Maul,

154 Ebd., Bl. 19.

denke ich, was soll das Gegackere, wirst doch sowieso nichts mehr sagen, tapfere Witwe."[155]

„Ach was, kein Mensch wird sich rühren, wenn diese Lumpenreste liquidiert werden."[156] Man solle dennoch gelegentlich die ausländischen Bewunderer der Sowjetunion für die eigene Propaganda ausnutzen. „Es war doch sehr nützlich, diesen Feuchtwanger zu sehen (Sehen? Als Anblick – das Scheußlichste, was man sich denken kann; lebendiger Beweis für die Berechtigung des Antisemitismus)."[157] – Habe denn Hitler so ganz Unrecht? Was bei ihm ist Glaube, was Ideologie und was Berechnung? Solle man sich nicht mit ihm vertragen können? Welche Zugeständnisse müsse man selbst machen, welche könne man von Hitler einfordern?

Maslows Stalin-Figur schreibt wie der wirkliche Lenin ein politisches Testament. Er sieht keinen Nachfolger, keinen, der ihm das Wasser reiche, und das erfüllt ihn mit Genugtuung. Er habe eine Klasse von Zöglingen herangezüchtet, die er brauchte, um seine Feinde zu vernichten, die aber weder die Fähigkeit noch auch nur das Interesse hätten, die Ergebnisse der Oktoberrevolution zu bewahren – „die Wiederherstellung des Kapitalismus wird also nach meinem Abscheiden unvermeidlich."[158]

Maslow war nicht der einzige, der damals die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion prophezeite, für die Stalin halb freiwillig, halb gezwungen den Weg bereite. Zur gleichen Zeit schrieb Trotzki, nachdem es Stalin scheine, „dass er keinen mehr braucht, umso näher rückt die Stunde, dass niemand ihn braucht. Gelingt es der Bürokratie, durch Umwandlung der Form des Eigentums aus sich heraus eine besitzende Klasse zu schaffen, dann wird diese ihre eigene, mit keiner revolutionären Vergangenheit verbundenen und – gebildeteren Führer finden." Stalin werde dann ein Opfer seiner eigenen Herrschaftspraxis – wenn nicht eine internationale Revolution der Wiedererrichtung des Kapitalismus in Russland zuvorkomme. „In diesem Fall hat Stalin noch weniger auf Dankbarkeit zu rechnen", denn „die Geschichte wird keinen Tropfen Blut verzeihen, der dem neuen Moloch der Willkür und der Privilegien geopfert wurde."[159]

Im Januar und Februar 1939 publizierten Fischer und Maslow die *Cahiers d'Europe. Revue mensuelle critique et littéraire*, die aber schon nach zwei Nummern ihr Erscheinen einstellen mussten. Antonia Stern hatte wohl das Blatt finanziert, auch um ihre eigene (bis heute umstrittene) Version vom Tode Hans Beimlers zu

155 Ebd., Bl. 236.
156 Ebd., Bl. 237.
157 Ebd., Bl. 248.
158 Ebd., Bl. 301.
159 Leo Trotzki, Stalins Verbrechen [1937], Berlin 1990, S. 327f.

publizieren.[160] Es muss offenbleiben, warum – wenn überhaupt – sie die Finanzierung nicht fortsetzte. So blieb Maslows Sorge vor einem neuen Krieg, den das Hitler-Regime alsbald entfesseln wolle, gewissermaßen sein politisches Vermächtnis, denn obgleich er fortfuhr zu schreiben, konnte danach nichts mehr in Europa von ihm erscheinen. Er warnte vor einer „Clique von Desperados an der Regierungsmaschine, die selbst ein verzweifeltes Abenteuer dem Abgang vorzieht und die daher mit ihren Auftraggebern, den großen deutschen Monopolkapitalisten, in Konflikt zu geraten sich nicht immer scheut."[161]

Unterdessen mehrten sich Anzeichen für eine Bereitschaft von Teilen des französischen Groß- und Kleinbürgertums, mit Hitler zu einer Übereinkunft zu gelangen.[162] Seit dem Münchner Abkommen, in dem Frankreich im Herbst 1938 dazu beigetragen hatte, die Tschechoslowakei zu zerstückeln, hörte Ruth Fischer im Bürgermeisteramt von St. Denis immer wieder die Worte: „Frankreich ist verfault. Was es braucht, ist einen Tritt in den Hintern. – Sie werden ihn erhalten", lautete ihre Antwort.[163]

Mit Kriegsbeginn verlor Ruth Fischer, obwohl französische Staatsbürgerin, ihre Arbeit im Bürgermeisteramt von St. Denis. Noch im Februar 1940 überwies ihr Hanns Eisler etwas Geld, das, wie er ihr schrieb, zum Teil Kurt Rosenfeld, der

160 Es ist bis heute unklar, ob der deutsche Kommunist und Spanienkämpfer Hans Beimler im Dezember 1936 von Francoleuten oder von sowjetischen Agenten umgebracht wurde. Das Letztere nahm Antonia Stern an. Vgl. Abtrünnig wider Willen, S. 15, unter Berufung auf Antonie Stern, Hans Beimler: Dachau-Madrid, in: Cahiers d'Europe, Nr. 1 und 2 (1939), S. 37–42 bzw. 20–29.

161 [Maslow,] Die deutsche Expansion und der neudeutsche Imperialismus, 1. Teil, in: Cahiers d'Europe, Nr. 1 (1939), S. 4, zit. in: Abtrünnig wider Willen, S. 14f.

162 Vgl. z. B. Wilfried Loth, Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1987, S. 98f.

163 Im Original: „La France est pourrie. Il ne faut qu'un coup de pied dans le cul. – Vous l'aurez." Ruth Fischer, Autobiographical Notes. Summary [1944], in: Abtrünnig wider Willen, S. 471. – Die profaschistische Orientierung französischer Rechtskreise wurde ein Jahrzehnt später im Kalten Krieg zum Argumentationsproblem all derer, die die einstigen *collabos* nunmehr umwarben. Zu den Verteidigern der Kollaborateure gehörte nun sogar mit Stefan Possony ein früherer Hitlerflüchtling. Er „löste" das Problem, indem er einen starken kommunistischen Einfluss in der französischen Armee für deren Defätismus im Frühjahr 1940 verantwortlich machte. Vgl. Stefan T. Possony, A Century of Conflict. Communist Techniques of World Revolution, Chicago 1953, S. 249. Ein solcher Einfluss war jedoch Wunschdenken der Kommunisten oder Horrorvision ihrer Gegner, entsprach aber nicht der Wirklichkeit.

Rechtsanwalt und frühere SAP-Politiker, aufgebracht hatte.[164] Auch Maslow verlor die meisten seiner Einnahmequellen als Journalist, doch hielt er sich finanziell mit einem Informationsservice noch über Wasser: Er belieferte französische Journalisten mit Neuigkeiten vom Kriegsgeschehen. Dabei nutzte er die Presse- und Rundfunknachrichten in mehreren Sprachen und ließ sie in Form kleinerer, von ihm übersetzter Bulletins seinen Abnehmern zukommen. Zu ihnen gehörten Pierre Lazaroff vom *Paris-Soir* und Geneviève Tabouis von *L'Oevre*.[165] Da sich Fischer und Maslow über Stalins Politik keinerlei Illusionen machten, dürfte sie dessen Paktieren mit Hitler weit weniger überrascht haben als die Stalinisten.[166]

Russland habe um Frieden mit Hitler um fast jeden Preis nachsuchen müssen, schrieb Maslow am 9. Dezember 1939 im *Manchester Guardian*. Trotz der propagandistisch gefeierten Industrialisierung sei das sowjetische Transportsystem, vor allem der Lokomotivpark, in einem so schlechten Zustand, dass die Armee im Kriegsfall gewaltige Probleme habe. Maslow ließ offen, wem das deutsch-sowjetische Quasi-Bündnis mehr nütze: Hitler oder Stalin.[167] Jedenfalls bekam Deutschland dadurch freie Hand im Westen: Als es im Frühjahr 1940 die hinhaltende Phase an der Westfront beendete und Frankreich überfiel, kamen alle, die nicht mit Hitler kollaborierten, in Bedrängnis.

Das Vorrücken der Wehrmacht brachte auch Fischer und Maslow in unmittelbare Gefahr. Sie standen auf den Fahndungslisten des Reichssicherheitshauptamtes.[168] Am 11. Juni 1940, nur drei Tage vor dem deutschen Einmarsch in Paris, flüchteten sie gemeinsam mit der schwangeren Tochter ihrer Nachbarn in deren Auto in Richtung Süden. Ihre gesamte Habe mussten sie in Paris lassen. Zwi-

164 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 217, Bl. 1: Hanns Eisler an Ruth Fischer, Brief vom 2. Februar 1940. Er habe derzeit „fürchterliche Schulden", musste Hanns Eisler im gleichen Brief zugeben.

165 Vgl. ebd., Mappe Nr. 2780, Bl. 1: A. Maslov, Europe, a weekly anaytical synthesis, Vorsatz.

166 Die Reaktionen unter stalintreuen Kommunisten schildert Wolfgang Leonhard, Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes, München 1989. Vgl. auch Bernhard H. Bayerlein u. a. (Hg.), „Der Verräter, Stalin, bist Du!" Vom Ende der internationalen Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg 1939–1941, Berlin 2009.

167 Vgl. A. Masloff, Russia's Chief Weakness, in: Manchester Guardian vom 9. Dezember 1939 (im Internet unter http://trove.nla.gov.au/ndp/del/article/11286160).

168 Vgl. Bundesarchiv Berlin, Abteilung Deutsches Reich bis 1945 BA-R 58/3254; RSHA, Bl. 23: Reichssicherheitshauptamt, Zusammenstellung flüchtiger Kommunisten und Marxisten, Juli 1940, auch enthalten ebd., 58/2307, Bl. 139. Vgl. auch SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/110, Bl. 39: KPD, Politbüro (Kaderfragen): Von der Gestapo hektographierte Namensliste über in- und ausländische Mitglieder der KPD, o. D. Ruth Fischer wurde in diesen Listen unter dem Namen Elfriede Golke geführt, in letztgenannter Liste heißt es unzutreffend: „Religion: mos. [mosaisch]."

schenzeitlich stellten sie voller Entsetzen fest, dass deutsche Truppen eine Ortschaft, in die sich begeben wollten, bereits eingenommen hatten.[169] Maslow besaß nur eine *carte d'identité*, für deren Verlängerung er sich regelmäßig bei der Polizeipräfektur hatte melden müssen.[170] Dort war ihm gesagt worden, dass ständig Denunziationen gegen ihn einliefen. Die von Deutschland abhängige Vichy-Regierung, die nunmehr den unbesetzten Teil Frankreichs verwaltete, war durch § 19 des Waffenstillstandsabkommen gezwungen, den Auslieferungsbegehren deutscher Stellen nachzukommen und so der Gestapo Handlangerdienste zu leisten.[171]

Fischer und Maslow mussten also vor den Nazis, vor französischen Faschisten und den mit Deutschland kollaborierenden Behörden auf der Hut sein, doch auch vor den Stalinisten, selbst wenn diese nach dem Verbot der KP nun anderes zu tun hatten, als ihren linken Gegnern nachzustellen. Vom spurlosen Verschwinden Willi Münzenbergs im Juni 1940 dürften beide erfahren haben. Dieser hatte nach Verkündigung des deutsch-sowjetischen Paktes mit dem Stalinismus endgültig gebrochen. Erst im Oktober wurde sein Leichnam im Südosten des Landes, im Département Isère gefunden.[172]

---

169 Dies und das Folgende nach Ruth Fischer, Der Kampf um Maslows Visum [1941/42], in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1662 und in: Abtrünnig wider Willen, S. 424–440 sowie nach einem englisch geschriebenen Brief Ruth Fischers aus Lissabon an ihren Sohn vom 20. Oktober 1940, in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1331, Bl. 16.

170 Die Entscheidung darüber, ob diese Kennkarte verlängert wurde, hing vom Ermessen des jeweiligen Polizeipräfekten ab. Ein Anspruch des Antragstellers auf Verlängerung bestand nicht. Vgl. Dieter Schiller u. a., Exil in Frankreich, Berlin [DDR], S. 41.

171 Dies empfanden auch konservative Beamte oft als eine Zumutung und halfen deshalb mitunter den Flüchtlingen. Dies bezeugt der damals ebenfalls in Marseille ausharrende Alfred Kantorowicz, Exil in Frankreich. Merkwürdigkeiten und Denkwürdigkeiten, Hamburg 1983, S. 223. Kantorowicz gelang 1941 die Einreise in die USA.

172 Nach einem Polizeibericht wurde Münzenbergs Leiche im Oktober einen Kilometer nördlich von Montagne (Isère) am Waldrand gefunden. Vgl. Harald Wessel, „…hat sich offenbar selbst umgebracht". Untersuchungsprotokoll zum Auffinden der Leiche Willi Münzenbergs am 17. Oktober 1940, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 33 (1991), Nr. 1, S. 73–79, sowie Karlheinz Pech, Ein neuer Zeuge im Todesfall Willi Münzenberg, ebd., 37 (1995), Nr. 1, S. 65–71. Dass ein unter schwierigsten Umständen noch so kämpferischer Mensch Hand an sich gelegt haben soll, bleibt aber äußerst unwahrscheinlich, auch wenn es nicht ganz auszuschließen ist. Vgl. Kasper Braskén, „Hauptgefahr jetzt nicht Trotzkismus, sondern Münzenberg." East German Uses of Remembrance and the Contentious Case of Willi Münzenberg, Åbo Akademi, Comintern Working Paper 22/2011, S. 1 (im Internet unter www.abo.fi/student/ media/7957/cowopa22brasken.pdf).

Nach turbulenter Flucht über das Loiretal, Vichy, Clermond-Ferrand und Limoges gelangten Fischer und Maslow am 1. August nach Marseille. Dort erfuhren sie drei Wochen später, dass Leo Trotzki am 20. August in Mexiko ermordet worden war. Für beide bestand kein Zweifel daran, dass die Spur des Mordes nach Moskau führte.

Auch in Marseille mussten sie aufpassen. Die Stadt war voller Geheimdienste und zweifelhafter Existenzen jeder Herkunft. „Es begann", so Ruth Fischer, „ein ganzer Handel mit Pässen und Papieren; die polnischen und tschechischen Konsulate machten daraus ein richtiges Geschäft, sie hatten eine begrenzte Anzahl von Passformularen, die einen verschiedenartigen Polizeiwert besaßen und die zu verschiedenen Preisen je nach der Vermögenslage der Klienten verkauft wurden. Auf dem Markt gab es natürlich auch holländische, belgische litauische, skandinavische und sogar einige südamerikanische Pässe."[173] Doch konnten Fischer und Maslow nicht mitbieten. Ihnen fehlte das Geld.

Es war das sehnlichste Ziel, die USA zu erreichen. Amerika allein schien noch eine sichere Zuflucht vor den Schergen Hitlers, doch auch vor denen Stalins.[174] In Marseille gab es, als Fischer und Maslow dort ankamen, bereits eine Reihe von

173 Fischer, Der Kampf um Maslows Visum, S. 425.

174 Deshalb hatten sich Fischer und Maslow sofort mit Kriegsbeginn um die Einwanderung in die USA bemüht. Am 1. Januar 1941 schrieb ihnen Dwight Macdonald von der trotzkistischen Socialist Workers' Party aus New York, dass George Warren vom Advisory Committee on Political Refugees, das bei US-Präsident Roosevelt angesiedelt war, es abgelehnt habe, Maslows Antrag auf ein Einwanderungsvisum überhaupt der entsprechenden Stelle im Außenministerium weiterzuleiten. Nunmehr setzte Macdonald seine Hoffnungen auf ein Empfehlungsschreiben Albert Einsteins. Ein solches ist in den Akten nicht nachweisbar, obgleich Einstein es möglicherweise geschrieben hat. Vgl. Macdonalds Brief in: Abtrünnig wider Willen, S. 73f. Später erfuhren Fischer und Maslow, dass sich Warren auf den sogenannten Smith Act berufen hatte, der nach einem rassistischen Kongressabgeordneten benannt war. Dieses Gesetz, offiziell als *Alien Registration Act* bezeichnet und am 28. Juni 1940 in Kraft getreten, verbot jede öffentliche Betätigung, die als Bestrebung zum Sturz der US-Regierung ausgelegt werden konnte. Einwanderer konnten bei Zuwiderhandlung ausgewiesen werden bzw. wurden erst gar nicht ins Land gelassen, wenn die Absicht einer solchen Betätigung offenkundig schien. Die Entscheidung darüber oblag den verantwortlichen Behörden auf lokaler, staatlicher oder bundesstaatlicher Ebene. Vgl. David S. Wyman, Paper Walls. America and the Refugee Crisis, 1938–1941, New York 1969, S. 188. – Selbst die formalen Gründe zur Visumsverweigerung existierten jedoch nicht, schrieb Maslow dem Mitexilanten Emil Julius Gumbel, da nur nach Zugehörigkeit zu einer eventuell staatsfeindlichen Organisation während der letzten fünf Jahre gefragt werde. Bekanntlich war Maslow seit 1926 nicht mehr Mitglied der KPD und hatte auch den Leninbund 1928 verlassen. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2302: Maslow an Gumbel, Brief vom 6. Februar 1941, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 89f.

Hilfskomitees, die von verschiedenen amerikanischen Organisationen gebildet worden waren und sich um je eine spezielle Klientel der Flüchtlinge kümmerten. So bestand ein gemeinsames Komitee amerikanischer Gewerkschaften, darunter der American Federation of Labor, des Jewish Labor Ring und der German Federation of Labor, das den Sozialdemokraten nahestand.

Zudem gab es das Emergency Rescue Committee, eine Hilfsorganisation für Deutsche und Österreicher, die von Karl Frank geleitet wurde. Ruth Fischers einstiger Wiener Genosse spielte jetzt eine wichtige Rolle in der linkssozialistischen Organisation Neu Beginnen; einer Gruppe, die sich indes mehr und mehr der KPD annäherte. Frank stand aber auch in Verbindung mit dem in Marseille wirkenden amerikanischen Journalisten Varian Fry, dessen Arbeit von der materiellen Unterstützung bis zur Organisation der Ausreise mit legalen und illegalen Mitteln reichte.[175] Das „Heer der antifaschistischen Intellektuellen“, merkte Ruth Fischer nicht ohne Bitterkeit an, „bestand zu neunzig Prozent aus Stalinisten und fellow travellers.“[176] An politisch isolierten Linken wie Fischer und Maslow hatte jedoch keine Organisation ein spezielles Interesse.[177]

Sie hatten sich zwar in Paris „von allen Gruppen halb- oder viertelstalinistischen Charakters ferngehalten“, fuhr Ruth Fischer fort. „Was aber wichtig ist [war], dass wir von viel mehr Menschen gesehen wurden als wir selber sahen. Es war sicher eine Menge von Stalinisten und stalinistischen Agenten in Marseille, die uns beobachteten. Unter den gegebenen Umständen war eine Entfernung aus diesem Milieu [in Marseille] für uns nicht möglich, wir mussten mit den obengenannten Gruppen in Kontakt bleiben, um ein Visum für Amerika erhalten zu können. Ich persönlich hatte vom ersten Tage unserer Ankunft in Marseille an das Gefühl, dass es für Maslow gefährlich und schädlich sei, sich so lange darin zu bewegen und dass ich ihn so rasch wie möglich nach New York bringen müsste, damit er sich von dem Milieu zurückziehen könnte.“[178]

Ruth Fischer wandte sich an ihren Pariser Bekannten Salomon Schwarz, der für sich und seine Frau bereits ein US-Visum erhalten hatte. Er sagte, dass die Exil-

175 Vgl. zu ihm und seiner Arbeit für das Emergency Rescue Committee Andy Marino, A Quiet American. The Secret War of Varian Fry, New York 1999, Sheila Isenberg. A Hero of Our Own. The Story of Varian Fry, Lincoln (Nebraska) 2005, und Anne Klein, Flüchtlingspolitik und Flüchtlingshilfe 1940–1942. Varian Fry und die Komitees zur Rettung politisch Verfolgter in New York und Marseille, Berlin 2007.

176 Fischer, Der Kampf um Maslows Visum, S. 427.

177 So setzte Hedwig Wachenheim, die für amerikanische Gewerkschafter eine Liste zu rettender Personen zusammenstellte, Ruth Fischer erst gar nicht auf diese Liste. Vgl. Klein, Flüchtlingspolitik, S. 177.

178 Fischer, Der Kampf um Maslows Visum, S. 429.

Menschewiki in New York für Maslow ein Einreisevisum besorgen, Ruth Fischer aber das Papier nur durch eine deutsche Exilorganisation erhalten könne. Doch auch das Versprechen für Maslows Visum löste sich alsbald in Luft auf. Nach einem oder mehreren Gesprächen mit Rafail Abramowitsch, dem die russisch-sozialdemokratischen Visumsfragen oblagen, hatte sie das Gefühl, dass für Trotzkisten oder „Halbtrotzkisten" in den Überlegungen der russischen Menschewiki und ihrer amerikanischen Genossen letztlich kein Platz sei.[179]

Über den früheren KPD-Reichstagsabgeordneten und späteren Sympathisanten Trotzkis, Wendelin Thomas, kamen Fischer und Maslow schließlich in Kontakt mit Varian Fry.[180] Dieser beauftragte seinen Mitarbeiter Frédéric Drach, einen früheren französischen Geheimdienstmann und professionellen Passfälscher, für beide die entsprechenden Dokumente herzustellen.[181] Fry schrieb auch einen Empfehlungsbrief für den Unitarian Service, einer Hilfsorganisation der amerikanischen Quäker.[182]

Nun wurden auch andere Dienste auf Ruth Fischer und Arkadij Maslow aufmerksam. In der gesamten Literatur zum Gegenstand ist das 1953 erschienene Erinnerungsbuch von Guenther Reinhardt, *Crime Without Punishment*, völlig übersehen worden. Reinhardt, ein aus Mannheim stammender Journalist, der als Zeitungskorrespondent unter anderem für den Berner *Bund* aus den USA berichtete, war auch für das FBI tätig und beobachtete besonders das deutsche Geschehen. Er ließ sich von dem New Yorker Journalisten Ludwig Lore über Fischer und Maslow informieren und behielt sich die Möglichkeit späterer Kontakte vor.

---

179 Voller Bitterkeit schrieb Ruth Fischer im November 1945 ihrem Freund Ante Ciliga, dass ihr Salomon Schwarz und seine Frau Vera „durch ihre Leichtfertigkeit und Nachlässigkeit in der Visenangelegenheit Maslow […] in der unangenehmsten Erinnerung [seien]. Wenn es sich um vitale Fragen dieser Art oder um Geld handelt, fällt bei allen russischen Sozialdemokraten, insbesondere in New York, die Maske, und man begreift, dass die Solidarität uns gegenüber nur eine leere Phrase ist." Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1189, Bl. 2: Ruth Fischer an Ante Ciliga, Brief vom 6. November 1945.

180 Vgl. ebd., Mappe Nr. 2395: Wendelin Thomas an Fischer und Maslow, Brief vom 24. September 1940, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 74f.

181 Drach, dessen ursprünglicher Vorname Fritz lautete, stammte aus Deutschland und hatte 1919 an den Januarkämpfen in Berlin auf Seiten der Spartakisten teilgenommen. Er kannte Maslow aus Paris durch die gemeinsame Mitarbeit an der Zeitschrift *Vu*. Vgl. Lübbe, Einführung, in: Abtrünnig wider Willen, S. 16.

182 Der Unitarian Service, für den mit Noel Field auch ein prominentes Opfer eines späteren stalinistischen Schauprozesses arbeitete, war überparteilich, bemühte sich aber sowohl um pro- wie um antistalinistische Flüchtlinge. Vgl. zuletzt und umfassend Barth/Schweizer (Hg.), Der Fall Noel Field.

Der 1875 in Friedberg/Hessen geborene Ludwig Lore hatte zunächst der amerikanischen Sozialistischen Partei, dann der KP angehört. Unter den amerikanischen Kommunisten war er wohl am besten mit den Angelegenheiten der deutschen Partei vertraut, und zudem führte ihn seine journalistische Tätigkeit auch nach Europa. Es ist anzunehmen, dass er Fischer und Maslow bereits aus gemeinsamer KP-Zeit in den zwanziger Jahren kannte. Doch hatte er Ende 1916 dem aus der Schweiz ausgewiesenen Leo Trotzki die Einladung nach New York verschafft.[183] Er war deshalb 1925 im Zeichen des Anti-Trotzkismus aus der KP der USA ausgeschlossen worden. Danach näherte sich Lore wieder der Sozialistischen Partei der USA an und schrieb bald auch für die „bürgerliche" *New York Post*.[184] Er hatte ein starkes Interesse an den deutschen Exilanten. So nahm er von New York aus Kontakt zu Ruth Fischer in Marseille auf. Er bot ihr seine Hilfe an, um Maslow das Einwanderungsvisum zu beschaffen.[185] Seit wann genau Ruth Fischer wusste, dass der Kontakt zu Guenther Reinhardt über Lore „gelaufen" war, muss offenbleiben.

Reinhardt gehörte zu einer kleinen Gruppe von Geheimdienstleuten in Washington, die sich nicht scheute, mit ehemaligen Kommunisten, die sich weiterhin als Linke verstanden, zusammenzuarbeiten. Er wollte von ihnen soviel an Information wie möglich über die Sowjetunion erhalten, da die Zukunft der Konfrontation zwischen diesen beiden Mächte gehöre – ganz gleich, wie lange ein mögliches Bündnis zwischen den USA und der UdSSR im Falle eines gemeinsamen Krieges gegen Deutschland dauern werde.

Wie genau Reinhardt und Lore ins Schwarze getroffen hatten, zeigt ein Brief Maslows an Lore, in dem er betonte, der ihm unterstellte „Trotzkismus" sei nichts

183 Vgl. Margret Boveri, Der Verrat im 20. Jahrhundert, Bd. 4, Hamburg 1960, S. 41; Daniel Bell, Marxian Socialism in the United States, Ithaca/New York 1996, S. 108. Bells Buch erschien zuerst 1952.

184 Vgl. ebd., S. 132, und den Eintrag zu Lore in: Bernard K. Johnpoll/Harvey Klehr (Hg.), Biographical Dictionary of the American Left, New York 1986, Sp. 252f. Vgl. auch Joachim Radkau, Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluss auf die amerikanische Europapolitik 1933–1945, Düsseldorf 1971, S. 144f. Die dort (sowie ebd., S. 178) behauptete Nähe Lores zu Karl Franks Gruppe Neu Beginnen im New Yorker Exil beruht auf einem Missverständnis: Lore hatte 1934 in verschiedenen Zeitschriftenartikeln Neu Beginnen gewürdigt, doch zu Beginn der 1940er Jahre sind keine Kontakte mehr nachweisbar. Vgl. für Lores frühe Sympathie für Neu Beginnen Lewis Edinger, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand im Exil von 1933 bis 1945, Hannover/Frankfurt 1960, S. 68.

185 Vgl. Guenther Reinhardt, Crime Without Punishment. The Secret Soviet Terror Against America, New York [1953], S. 38. Zwar ist das Buch ohne Jahreszahl erschienen, wurde aber 1953 in der New York Public Library katalogisiert.

weiter als „eine der bekannten hunderttausend Denunziationen, die „die Agenten Moskaus gegen *jeden* loslassen, der ein Gegner des totalitären Regimes dort ist.“ Mit den Trotzkisten habe er, Maslow, nichts zu tun, „da seine Ansichten vollkommen verschieden von den ihren sind.“ Für die USA könne er aber nützlich sein, „weil er einer der wenigen wirklichen Kenner Russlands (und Deutschlands) ist, die *nie* zu den Anhängern Stalins und des totalitären Regimes und auch nie zu den Anhängern der an Hitlers Emporkommen schuldigen Regierungsparteien gehört hat.“[186]

Reinhardts Gruppe bestand nur inoffiziell und operierte ohne Wissen von FBI-Chef Hoover. Dessen Marxistenfurcht war, was natürlich nicht gesagt wurde, bei diesen Aktionen nur hinderlich. Reinhardts Gruppe stand aber in direktem Kontakt mit dem Weißen Haus und arbeitete unter Mitwisserschaft des stellvertretenden FBI-Direktors Percy („Sam“) Foxworth. Dieser sprach gut Spanisch und leitete den Special Intelligence Service, jenen Teil des FBI, der sich mit Südamerika befasste und nunmehr besonderes Augenmerk auf die deutschen Hitlerflüchtlinge auf dem Subkontinent legte. Reinhardt empfahl Foxworth die Zusammenarbeit mit Fischer und Maslow, was dieser guthieß. Beide planten, Fischer und Maslow mit Hilfe eines „prominenten antistalinistischen Arbeiterführers“ – es handelte sich um Dwight Macdonald – nach New York zu bringen. Dort würden sie in einem Forschungsprojekt zur Geschichte und Politik der Arbeiterbewegung angestellt.[187]

Mit Hilfe Frys und Lores, der gute Verbindungen zur International Relief Organization hatte, gelang es, die Durchreisevisen für Spanien und Portugal zu erwirken. Hierfür war das Einwanderungsvisum eines überseeischen Landes erforderlich. Am 26. September 1940 erhielten Fischer und Maslow vom chinesischen Konsulat in Marseille Visa für Shanghai, die sie aber nicht zu nutzen gedachten. Am 30. September überquerten sie bei Port Bou die Grenze zu Spanien und erreichten am 2. Oktober die von Flüchtlingen überfüllte portugiesische Hauptstadt.[188] Sie sollten von dort, sobald ihre amerikanischen Visa eingetroffen seien, nach New York weiterreisen.[189]

Auch in Lissabon mussten Fischer und Maslow vor Agenten Stalins, aber auch Hitlers auf der Hut sein. Beim Unitarian Service erkannten sie, dass sich Stalin-

186 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2306, Bl. 1: Maslow an Ludwig Lore, Brief vom 18. August 1941. Hervorhebung im Original.

187 Vgl. Reinhardt, Crime Without Punishment, S. 41.

188 Nach Kurt R. Grossmann, Emigration. Die Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933–1945, Frankfurt 1969, S. 233, waren zwischen Mai 1940 und Ende 1941 rund vierzigtausend Transitflüchtlinge in Lissabon.

189 Vgl. Marino, A Quiet American, S. 192f., und Isenberg, A Hero of our Own, S. 111.

Anhänger der dortigen Niederlassung halb bemächtigt hatten. Sogar in Zeiten seiner relativen Isolierung, die dem Hitler-Stalin-Pakt geschuldet war, gelang es dem internationalen Stalinismus, ein funktionierendes Netzwerk zu erhalten. Widerstrebend bat Maslow Karl Frank in New York, den er als halben Stalinisten sah, um eine Reihe von Auskünften.[190] Er erhielt die Antwort, dass Ruth Fischer und er selbst zu bekannt seien, um ohne Weiteres ein US-Visum zu bekommen.[191]

Sie mussten also ausharren. Franz und Alexandra Pfemfert, die noch einige Zeit in Lissabon an ihrer Seite standen, dann aber nach Mexiko abreisten, suchten von dort aus mit Hinweisen zu helfen, wen man um Unterstützung ansprechen könne.[192] Inzwischen lebten Fischer und Maslow von Geldbeträgen der Unitarier (die möglicherweise von Reinhardt kamen) und einer kleinen finanziellen Hilfe ihres Freundes Franz Jung.[193]

Maslow nutzte die Zeit zur Niederschrift einer Reihe von Kurzgeschichten. Diese waren nicht nur politischer Natur, wiewohl das gesellschaftskritische Element in allen sichtbar ist. *Dreizehn und einer* schildert das Schicksal einer geschwängerten Tanzstundenschülerin vor dem Hintergrund der verlogenen bürgerlichen Sexualmoral, in *Helvetia in Lutetia oder Wie ein freier Schweizer nach Höherem strebte* erzählte Maslow die Geschichte zweier Prostituierter, die von einem Adligen um eine Adoption betrogen wurden, *Mordversuch an der Via Mala* ist eine Eifersuchtstragödie zwischen einem Norweger und einem Italiener, die um eine Frau rivalisieren, und *Vom Heiligen Varlaam* beleuchtet kritisch die Hindernisse der Sowjetunion auf dem Weg zum atheistischen Staat. In einem fiktiven Kurzinterview sagte Maslow die Bombardierung von Berlin durch britische Flug-

190 Frank, ein Mitbegründer der KP Österreichs und später oppositioneller Kommunist, war inzwischen an mehreren Aktionen der Volksfront (unter Federführung der KPD) aktiv beteiligt.

191 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 252: Karl Frank an Fischer und Maslow, Brief vom 17. Oktober 1940, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 75–78.

192 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 693: Briefe von Franz und Alexandra Pfemfert an Fischer und Maslow vom 1. und 22./23. Januar 1941, abgedruckt in: Ranc, Alexandra Ramm-Pfemfert, S. 412–415 und 418–420. „Lisboa mit *Euch beiden* war, trotz allem, das Beste", schrieben die Pfemferts am 30. Juni 1946 an Ruth Fischer. Der Brief ist abgedruckt in: Franz Pfemfert, Erinnerungen und Abrechnungen, Texte und Briefe, hg. von Lisbeth Exner und Herbert Kapfer, unter Mitarbeit von Ellen Otten, München [1999], S. 429. Hervorhebung im Text.

193 Ruth Fischer und Franz Jung blieben zeitlebens enge Freunde. Vgl. den Briefwechsel in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 420 und 1503.

zeuge voraus; der Bombenkrieg gegen England werde auf seine Urheber, doch auch auf die deutsche Bevölkerung zurückschlagen.[194]

Vor allem aber schrieb er ein weiteres Romanmanuskript, dessen Rahmenhandlung der Zusammenbruch Frankreichs 1940 bildet. Darin schilderte Maslow in bösen Worten eine Sitzung des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller in Paris. Er zeichnete in der Figur des Otto Bernhardin eine Gestalt, in der literarische Geschäftigkeit und Denunziationslust für seine Moskauer Auftraggeber zusammenfließen. „Bernhardin galt jedoch als genauer Kenner der deutschen Emigration, da er dem vollkommen in stalinistischer Hand befindlichen Schutzverband deutscher Schriftsteller vorstand, dessen wesentliche Funktion im Ausforschen der vorschriftsmäßigen Gesinnung seiner Mitglieder bestand. Die Sitzung wurde geführt, als handle es sich wirklich um eine seriöse Körperschaft."[195]

Den Vorsitzenden des Verbandes, Rudolf Leonhard, konnte ein solches Bild nicht treffen, da es ihm in keiner Weise entsprach, und auch Georg Bernhard, der dieser Figur den Namen lieh, ist in ihr kaum wiederzuerkennen. Es scheint jedoch, als habe Maslow hier Züge des ihm offenbar verhassten Alfred Kurella eingearbeitet, selbst wenn aus dessen Gesicht in Maslows Furor eine Fratze wurde.[196] Willi Münzenberg, der unter seinem wirklichen Namen auftritt, gelingt es, den bisher Stalin ablehnenden Schriftsteller Bleichspeer, der an Heinrich Mann erinnert, zu gewinnen. Zum Sieger wird schließlich „Wolf Fuchs", ein deutsch-sowjetischer Kommissarstyp übelster Art.[197]

Maslow schilderte auch Stalins Reaktion auf das Münchner Abkommen, mit dem die Westmächte der Teilokkupation der Tschechoslowakei durch Hitler zustimmten. „Nein, Dicker", so der Stalin des Romans zu seinem Außenminister Litwinow, „deine Beobachtungen taugen nichts. Diese Idioten, die du Diplomaten nennst, sehen nichts, hören nichts, verstehen nichts – sie sind so wie unsere ganze Wirtschaft. Und dieses Mal sind wir in der Patsche. Die Kerle haben uns glatt verkauft, der Hitler wäre ein Idiot, wenn er diese Gelegenheit nicht ergriffe: dieses Mal *wird* er losgehen, und der Chamberlain wird nicht mit dem Regenschirm arbeiten, sondern mit Geld: sie haben den Krieg gegen *uns* beschlossen. Was sagst du dazu, he?' ‚Ich glaube das nicht. Warum eigentlich ...',Warum eigentlich, warum eigentlich – was sollen wir denn sonst machen? Sag mir *das*, Dicker, sag's mir,

194 Die Manuskripte dieser Geschichten befinden sich in den Ruth Fischer Papers, Mappen Nr. 2713–2765.

195 Vgl. A. Maslow, [Fragment of a Novel about the Collapse of France], in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2774, Bl. 29.

196 Kurella war bei der Gründung des Exil-Schutzverbandes dessen Zweiter Vorsitzender gewesen, ging aber bald nach Moskau. Vgl. Schiller u. a., Exil in Frankreich, S. 136f.

197 Vgl. Maslow, [Fragment of a Novel...], Bl. 39.

du Schlauköpfchen, du großer Diplomat, sag's doch, wenn du kannst, sag's.' Stalin wurde selten hitzig – jetzt war er's. Denn es gibt eigentlich nichts, wovon er so fest überzeugt ist wie von der elementaren Wahrheit, dass Russland keinen Krieg führen kann."[198]

Maslows Stalin blieb nicht lange in hitzigen Emotionen verfangen, sondern überlegte, was zu tun sei. Das Resultat dieser Überlegungen, die Annäherung und dann das Bündnis mit Hitler, wären nicht zustande gekommen ohne das abgrundtiefe Versagen westlicher und insbesondere französischer Politiker. So sah es Maslow, und entsprechend beißende Porträts zeichnete er von ihnen. „Da war ein großer französischer Politiker, ein Möchtegern-Napoleon, der Edouard Daladier, der keinen Krieg führen wollte, aber gern gesehen hätte, dass andere ihn für ihn führen. Er hatte sich in der Gesellschaft der seltsamen französischen adligen Damen, auf die der ehemalige Provinzlehrer mehr gab als auf alles Übrige, eine Variante zurechtgelegt, die besonders schlau sein sollte; dass die Kommunisten eine Pest sind, versteht sich ja von selber. Wie rottet man sie am besten aus? Indem man eine andere Pest auf sie hetzt. Wäre es nicht wirklich famos, wenn der Stalin gegen den Hitler ins Felde zöge und sich beide dabei den Hals brächen?"[199]

Vorerst taten weder Hitler noch Stalin Daladier diesen Gefallen. Gestärkt durch den Pakt mit Stalin überwältigte Deutschland Frankreich. Nun lief die französische Rechte, wenn auch nicht Daladier, den das Vichy-Regime festnahm, zu den deutschen Besatzern über. Philippe Pétain, hoch dekorierter Marschall des Ersten Weltkrieges, übernahm die Rolle von Hitlers Statthalter. Der so zu zweifelhaften Ehren Gekommene gewöhnte sich, laut Maslow, „eine dekorative Schreibtischhaltung an. Er saß nicht da, wie es der alte Hindenburg getan hatte, bei dem man den Eindruck nie loswurde, dass man einen Leichnam auf Scharnieren vor sich hatte, der bei jeder Bewegung knarren müsste. Pétain, trotz seines Alters noch einigermaßen beweglich und sogar repräsentativ, ungeachtet des vollkommen leeren Ausdrucks seiner unintelligenten Augen, weder fett noch dürr, gut angezogen in Zivil wie in Uniform, Pétain fühlte, dass seine große Stunde gekommen war."[200] Die große Stunde des einen wurde zur bitteren Stunde der anderen, die – wenn sie denn ihren Feinden entkamen – von Land zu Land gehetzt wurden. Für sie war ein gültiges Visum die Rettung, seine Verweigerung bedeutete oft den Weg in den Tod.

---

198 Ebd., Bl. 186. Hervorhebungen im Original.
199 Ebd., Bl. 193.
200 Ebd., Bl. 272.

Am 7. Februar 1941 erhielt Ruth Fischer ein *German Quota Immigration Visa*, das zur Einreise in die USA berechtigte.[201] Es hatte erhebliche Anstrengungen gekostet, die Reisekosten zusammenzubringen.[202] Sie suchte ihre Abreise hinauszuzögern, da sie mit Maslow zusammenbleiben wollte. Dies war jedoch nicht möglich, denn Maslow erhielt kein Visum für die USA. Die Arme von Foxworth und Reinhardt waren zu kurz, um daran sofort etwas zu ändern. Sie konnten wohl auch nicht das volle Gewicht ihrer Verbindungen in die Waagschale werfen, denn sonst wäre herausgekommen, dass sie ohne Wissen von FBI-Chef Hoover agierten. Dieser suchte eine Einwanderung ehemaliger Kommunisten, so ihnen noch ein Odium der früheren Gesinnung anhaftete, strikt zu verhindern. Maslow bat nunmehr Diego Rivera um Hilfe, um wenigstens einen Zwischenaufenthalt in Mexiko zu erwirken. Doch auch dies erwies sich als unmöglich. Weder Riveras prominenter Name noch eine Fürsprache von Federico Bach, einst Mitstreiter Münzenbergs und jetzt Professor für Nationalökonomie in Mexiko, halfen.[203]

Maslow gab die Hoffnung nicht auf. Er bat Gerard Friedlander, seine Manuskripte gut zu verwahren, denn er wolle diese in den USA publizieren. Vorerst seien sie in England gut aufgehoben. Er, Gerard, könne sich dabei auf die Hilfe von Karl Retzlaw verlassen, der inzwischen auch in London lebte. Er sei ein

---

201 Vgl. U.S. National Archives, College Park (Maryland), Record Group 59, Department of State, Decimal Files, Fischer Ruth, Visa case (Jan. 6, 1941), Immigration visa issued (Jan. 8, 1941). Der Archivar Eric von Slander gab mir in einen Hinweis auf diesen Bestand, den ich selbst nicht mehr einsehen konnte.

202 Die Reisekosten in Höhe von 323,33 Dollar verauslagte auf Bitte der jüdischen Hilfsorganisation HICEM der New Yorker Rechtsanwalt Max Pearlman, nachdem Ruth Fischer im Voraus eine Rückzahlungsverpflichtung eingegangen war. Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 687, Bl. 1f.: Max Pearlman an Ruth Fischer, Briefe vom 10. April und 11. Mai 1942. Das Akronym HICEM setzte sich aus den Abkürzungen dreier Organisationen zusammen, der New Yorker HIAS (Hebrew Immigrant Aid Society), der Pariser zionistischen JCA (Jewish Colonization Association) und der früheren Emigdirect, einer in Berlin eingetragenen, inzwischen aber aufgelösten Organisation. Vgl. Valery Bazarov, HIAS and HICEM in the System of Jewish Relief Organizations in Europe, 1933–1941, in: East European Jewish Affairs, 39 (2009), Nr. 1, S. 69–78. Eine solche Rückzahlungsverpflichtung, wie sie Ruth Fischer unterschrieben hatte, war auch Voraussetzung dafür, dass auf sie nicht die Bestimmung des U. S. Immigration Act von 1917 Anwendung fand, der ein Einreisevisum für solche Personen ausschloss, deren Fahrtkosten von einer ausländischen Körperschaft bezahlt wurde. Die rigide Anwendung dieses Gesetzes verhinderte die Einwanderung zahlreicher Hitlerflüchtlinge. Vgl. David Wyman, Paper Walls, *passim*.

203 Vgl. Maslows Brief an Diego Rivera vom 5. November 1940, in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2312 sowie Federico Bachs Brief an Maslow vom 30. Januar 1941, ebd., Mappe Nr. 2279, auch abgedruckt in: Abtrünnig wider Willen, S. 88f.

Freund der Familie, und „er kennt Dich doch, seit Du klein [gewesen] bist, und Du ihn schließlich auch. […] Mir liegt sehr an dieser Sache, auch dass das MS [Manuskript] nachher anständig weggeschickt wird. Denn nach Amerika werden wir doch eines Tages gelangen, und dann möchte ich aus diesen marinierten Früchten Saft quetschen."[204] Schließlich erhielt er ein kubanisches Visum. Dies aber bedeutete die Trennung von Ruth Fischer.

Maslows unverwüstlicher Optimismus suchte den Trennungsschmerz zu mildern, den sich vor allem seine Gefährtin eingestand. Am 11. April 1941 bestieg sie allein in Lissabon die *USS Siboney* in Richtung New York, wo sie fünf Tage später eintraf. Die *Siboney* war ein schon altes Transportschiff, das ursprünglich zwischen den USA und Kuba verkehrt hatte, um den Amerikanern das Umgehen der Alkohol-Prohibition zu ermöglichen. Nun war es als Linienschiff zwischen den USA und Europa eingesetzt. Kurz vor Ruth Fischer war auf ihm Antoine de Saint-Exupéry in die USA gelangt, um sich von dort General de Gaulles Truppen anzuschließen.[205] Der Wunsch des französischen Piloten und Schriftstellers, die Befreiung seines Landes zu erleben, ging nicht in Erfüllung: Im Juli 1944 sollte er mit seinem Flugzeug beim Einsatz über dem Mittelmeer abstürzen. Auch die Hoffnung von Ruth Fischer und Arkadij Maslow, in einer befreiten Welt wieder zusammenleben zu können, blieb unerfüllt. Sie sollten einander nie mehr wiedersehen.

Maslows Tod in Havanna

Die „Zeit läuft", schrieb Maslow dem „Kater" Gerard Friedlander aus Lissabon nach England. Es werde immer wahrscheinlicher, dass auch „dieser letzte europäische Winkel Kriegszone wird und ich hier nicht mehr weg kann."[206] So zog er schließlich das sichere kubanische dem ungewissen und vorerst unerreichbaren US-Visum vor. In Kuba war 1940 Fulgencio Batista mit Unterstützung der kommunistischen Partei in das Präsidentenamt gelangt. Eine neue Verfassung garantierte die Bürgerfreiheiten und zumindest auf dem Papier eine Reihe sozialer Errungenschaften, darunter den Achtstundentag und die Begrenzung des Groß-

204 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2300: Brief Maslows an Gerard Friedlander vom 7. Februar 1941, auch abgedruckt in: Abtrünnig wider Willen, S. 91–93, Zitat S. 93.

205 Vgl. Books: Men's Fate, in: Time Magazine vom 13. Januar 1943 (www.time.com) sowie den englischen Wikipedia-Artikel „USS *Siboney* (ID 2999)".

206 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2300: Arkadij Maslow an Gerard Friedlander, undatierter Brief vom Frühjahr 1941, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 94.

grundbesitzes. Auch die Immigration von Verfolgten des Faschismus wurde erleichtert, da Batista, nach „Rassenlehre“ der Nazis ohnehin ein „Mischling“, keine Sympathie für Hitler hegte.[207] So gelangten im Laufe der Jahre rund dreitausend Hitlerflüchtlinge in das Land.[208]

Die Visumerteilung für die Karibikinsel erwies sich als relativ problemlos, sofern die Immigranten sich aus der kubanischen Politik heraushielten. Dies konnte Ruth Fischer sofort nach ihrer Ankunft in New York dem kubanischen Konsularbeamten zusichern, und gegen eine Gebühr von 1.000 US-Dollar, die offiziell Dwight Macdonald aufgebracht hatte, wurde Maslow per Telegramm das Visum erteilt.[209] Am 15. Mai 1941 verließ er auf der *Ciudad de Sevilla* Lissabon, am 30. Mai kam er in Havanna an.[210] Unterwegs und unmittelbar nach der Ankunft hatte er notiert, dass sogar unter den Hitlerflüchtlingen auf dem Schiff die – oft nur noch eingebildeten – Klassen- und Standesunterschiede fortdauerten.[211]

Maslows Spanisch machte rasch Fortschritte, und er nahm sofort Kontakte zur Presse auf. Die Tageszeitung *El Mundo* und die Wochenzeitung *Carteles* boten ihm die Mitarbeit an, und so publizierte er eine Reihe von Artikeln zu politischen und militärischen Fragen des sich ausweitenden Krieges.[212] Die Redaktion von *El*

---

207 Batista war Nachkomme von schwarz-weiß gemischten und Indio-Vorfahren; eine Bevölkerungsgruppe, die in Kuba *Chinos* genannt wurde. Vgl. Michael Zeuske, Kleine Geschichte Kubas, München 2000, S. 173. – Um Missverständnisse zu vermeiden, sei daran erinnert, dass Batistas erste, nicht jedoch seine zweite Präsidentschaft von relativ demokratischem Geist und dem einigermaßen humanen Umgang mit politischen Gegnern geprägt war.

208 Vgl. Gert Caden, Das Komitee deutscher Antifaschisten in Habana, Kuba (1942–1947), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 5 (1963), Nr. 5/6, S. 933. Caden, ein Maler, der für den Geheimapparat der KPD tätig war und seit Januar 1942 in Havanna lebte, kehrte 1948 nach Dresden zurück, wo er 1990 kurz vor seinem 100. Geburtstag starb. Die von ihm über die oppositionellen Kommunisten mitgeteilten Fakten sind mit Vorsicht zu lesen.

209 Mit hoher Wahrscheinlichkeit hatte Reinhardt das Geld zur Verfügung gestellt.

210 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1662, mit den entsprechenden Dokumenten.

211 Vgl. A. Maslow, Ciudad de Sevilla – ein Judenschiff, sowie Europäer nach Kuba – tue Geld in Deinen Beutel, in: Ruth Fischer Papers, Mappen Nr. 2711 und 2715, in: Abtrünnig wider Willen, S. 374–379 und 379–384.

212 Peter Lübbe, der in Kuba recherchierte, fand folgende Veröffentlichungen Maslows in *Carteles*: Europa: Una síntesis analítica semanal [Europa: Eine zusammenfassende wöchentliche Untersuchung], Nr. 35 vom 31. August 1941, S. 16f.; La ayuda americana vista como cuestión de transporte [Die amerikanische Hilfe als Transportfrage], Nr. 39 vom 28. September 1941, S. 72; El potencial de Guerra Ruso [Das russische Kriegspotential], Nr. 43 vom 26. Oktober 1941, S. 43f.; El cáncer que roe al nazismo [Der Krebs, der am

Mundo erlaubte ihm die Benutzung ihres Radioapparates, so dass er ausländische Kurzwellensender abhören konnte. Auf Grundlage dieser Informationen betrieb er, wie schon in Frankreich, einen Ein-Mann-Nachrichtendienst, diesmal in englischer Sprache, wofür ihm *Carteles* 50 Dollar im Monat zahlte. Der maschinenschriftliche Wochenspiegel war in verschiedenen Farben gehalten: Die politischen Fakten waren auf gelbes Papier getippt, Wirtschaftsnachrichten auf blaues, der Teil über Gerüchte (*rumors*) war in rosa gehalten. Ein Übersichtsblatt in grün war jeder der zwanzig- bis dreißigseitigen Ausarbeitungen vorangestellt.[213]

Natürlich bewegte Maslow die Frage, ob die deutsche Militärmaschine, die am 22. Juni 1941 gegen die Sowjetunion in Marsch gesetzt worden war, zum Halten gebracht werden könne. In Russland habe der Faschismus als Ideologie nirgendwo ernsthaft Wurzeln geschlagen, während in Deutschland der von Hitler bis zum Überfall propagierte Gedanke einer Versöhnung mit Stalin populär gewesen sei. Die Sowjetunion führe einen Verteidigungskrieg, und die Moral ihrer Armee sei nun eine ganz andere als während des Krieges gegen Finnland. Auch könnten die weiten Räume Russlands den schlechten Stand der sowjetischen Kriegswirtschaft wettmachen.[214]

Unter der Naziführung, vor allem aber unter höheren deutschen Militärs, habe sich sehr rasch der Gedanke Bahn gebrochen habe, dass ein „Blitzkrieg" gegen die Sowjetunion reines Wunschdenken sei. Man müsse sich auf eine lange Phase überaus harter Kämpfe einrichten.[215] Die sowjetischen Soldaten seien, wie Maslow wiederholt unterstrich, überaus tapfer. Ihr kämpferischer Einsatz mache die schweren Fehler ihres Diktators wett; Hitler könne diesen Krieg letztlich nicht

Nazismus nagt], Nr. 49 vom 7. Dezember 1941, S. 48f. Vgl. Abtrünnig wider Willen, S. 19.

213 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2779: A. Maslov, Europe analyzed daily, und ebd., Nr. 2780: Europe, a weekly analytical synthesis.

214 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2778: A. Maslow, Das Überraschungsmoment oder die Elimination abstrakter Hypothesen, geschrieben am 23. Juni 1941, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 384–389. Vgl. auch Mappe Nr. 2746: Die Perspektiven Russlands in diesem Krieg und die Auswirkungen des deutsch-russischen Krieges vom 2. Juli 1941, in: Abtrünnig wider Willen, S. 389–408. – Weniger optimistisch war die in Russland geborene Alexandra Pfemfert, die im September 1941 an Ruth Fischer schrieb: „Der plötzliche, völlige Zusammenbruch Russlands ist erschreckend, ich muss offen gestehen, dass ich vor Angst zittere. Das russische Proletariat, das russische Volk, das solche schrecklichen Jahre durchgemacht hat, soll jetzt unter Hitler kommen, und ganz Europa und noch mehr. Es ist kein Wort zu verlieren. Aber ich kann es nicht ertragen." Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 693: Alexandra Pfemfert an Ruth Fischer, undatierter Brief, abgedruckt in: Ranc, Alexandra Ramm-Pfemfert, S. 430f.

215 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2779: Europe analyzed daily vom 1. August 1941.

gewinnen, auch wenn seine Armee bis weit ins Innere Russlands vorstoße. Die Naziführung habe große Probleme, ihre Bevölkerung bei Laune zu halten, und dies gelte noch mehr für Italien; detailliert berichtete Maslow über Streiks in Livorno und Catania.[216]

Am 22. August schrieb er unter der Überschrift „French Ghettos“: „Um mit ihren *wirklichen* inneren Problemen fertig zu werden, gibt es für alle stupiden Reaktionäre *ein* Patentrezept – den Antisemitismus. [...] Der *erste* Schritt eines gewalttätigen antijüdischen Terrors und einer massenhaften Auspressung von Geldkapital ist in den letzten Tagen unternommen worden, als die französische Polizei in enger Kumpanei mit den Mordbataillonen von SA und SS Wohnungen und Häuser von Juden umzingelte und die Konzentrationslager mit zufällig herausgegriffenen, unbeteiligten und darauf in keiner Weise vorbereiteten Männern, Frauen und Kindern füllte, deren ‚Schuld‘ nur darin bestand, dass sie Juden waren. Es kann gesagt werden, dass eine solche Maßnahme schon seit vielen Monaten von jenem Mann gefordert wurde, der sogar unter den französischen Überläufern als der abscheulichste angesehen werden muss: Jacques Doriot. Seine Schlägertrupps waren an dieser von der Pariser Verwaltung organisierten Menschenjagd beteiligt, und seine Anhänger bereiteten diese offenkundig vor, indem sie alle ihnen bekanten Juden namentlich erfassten, damit die ‚Blitzaktion‘ auch gut über die Bühne laufen konnte.“[217]

Wohin dieser brutale Antisemitismus noch führen werde, wisse man nicht, doch seien Juden und alle, die nicht in das Rassenkonzept des Nazistaates passten, aufs Höchste gefährdet. Darüber hinaus treibe die Rassenlehre die absonderlichsten Sumpfblüten hervor. Maslow benannte ein „Gerücht“, wonach „ausgewählte Frauen sich zwei- bis dreimal in der Woche ausgewählten Männern zur Verfügung stellen müssen, um das perfekte Produkt der nazistischen Herrenrasse zu gebären. Sie alle müssen über diese Art des Bettensports Stillschweigen bewahren.“[218] Was er als Gerücht kennzeichnete und sich wohl insgeheim doch nicht vorstellen wollte, war in der sogenannten „Aktion Lebensborn“ ein Teil der abstrusen Züchtungspolitik des „Dritten Reiches“.

Ständig brachte er Berichte über Gräueltaten der Nazis und ihrer Verbündeten. So war er Anfang August einer der ersten Berichterstatter über das Massaker von Lemberg. Unter deutscher Anleitung hatten dort sogenannte ukrainische „Hilfswillige“ einen Eckstein zu dem geliefert, was spätere Generationen als Holocaust

---

216 Vgl. ebd., 27. August 1941.
217 Ebd., 22. August 1941. Hervorhebungen im Original.
218 Ebd.

bezeichneten.[219] In die Sowjetunion entkommene Überlebende der Mordaktion berichteten im Rundfunk über die unvorstellbaren Grausamkeiten, und Maslow trug ihre Aussagen für die kubanische und internationale Presse zusammen, damit sie nicht verlorengingen.[220]

Sobald Ruth Fischer in New York angelangt war, schrieben sie und Maslow einander fast täglich. Manchmal kreuzten sich die Sendungen, so dass Maslow Fragen wiederholte, die er bereits in vorherigen Briefen gestellt hatte. Natürlich drehten sie sich außerhalb der Politik und privater Dinge fast nur um die leidige Visum-Angelegenheit. Ruth Fischer ließ nicht locker, um Maslow doch noch nach New York zu bringen. Sie lief buchstäblich von Pontius zu Pilatus, schrieb immer wieder an die Visa-Abteilung des State Department und brachte auch Zeugnisse emigrierter Sozialdemokraten wie Fritz Heine und Erich Ollenhauer bei.[221] Sie betonten, Maslow sei Linkssozialist, aber zugleich Antistalinist und Demokrat. Immer fehlte ein I-Tüpfelchen, ein Stempel oder eine Unterschrift auf irgendeinem Dokument. So mussten beglaubigte Schreiben der Familie und Verwandten Maslows aus Kopenhagen eingeholt werden, wo auch seine Mutter noch lebte. Maslows Schwager Benny Cohn tat trotz widrigster Umstände, was er konnte.[222] Es war unvermeidlich, dass mitunter zwischen den Zeilen auch Spannungen und Missverständnisse sichtbar waren, doch wussten Ruth Fischer wie Arkadij Maslow, wie sehr sie einander brauchten. „Liebste Maus“, schrieb er ihr immer wieder, „am meisten besorgt macht mich Deine Gesundheit.“[223]

Maslow selbst war auf der Hut. Bislang kein Vorkämpfer der Prohibition, gab er in Havanna das Trinken gänzlich auf, um unter allen Umständen einen klaren Kopf zu behalten. Er könne also gesundheitlich nicht klagen, versicherte er Ruth

219 Dies betont auch Hannes Heer, Einübung in den Holocaust. Lemberg Juni/Juli 1941, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 52 (2005), Nr. 5, S. 409–427. Da noch keine reinen Vernichtungslager existierten, mussten die Männer zwischen 14 und 60 Jahren ihre eigenen Gräber ausheben, bevor sie von den Einsatzgruppen zusammen mit Frauen und Kindern erschossen wurden, wie u. a. ein Bericht des Jüdischen Arbeiterbundes 1942 in London dokumentierte. Dies nach Lucy S. Dawidowicz, The War against the Jews 1933–45, 10. Aufl., Harmondsworth 1987, S. 167f.

220 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2280: A. Maslov, Europe, a weekly analytical synthesis, Nr. 3 vom 3.–10. August 1941.

221 Fritz Heine kannte Fischer und Maslow aus Marseille. Vgl. Stefan Appelius (Hg.), Der Teufel hole Hitler. Briefe aus der sozialdemokratischen Emigration, Essen 2003, S. 38.

222 Vgl. zu der ganzen Angelegenheit die Ruth Fischer Papers, Mappen Nr. 567 (Briefe Maslows an Ruth Fischer), Nr. 1662 (Unterlagen zu Maslows Visumsantrag), Nr. 2296 (Maslow an Benny Cohn) und Nr. 2332 (Briefe des dänischen Generalkonsulats in New York an Benny Cohn).

223 Ebd., Mappe Nr. 567, Brief vom 2. Juli 1941, in: Abtrünnig wider Willen, S. 102.

Fischer. Die kubanische Hitze mache einem alten Steppenhengst aus der Ukraine nichts aus. Solle ihm nichts zustoßen, werde er in bester Verfassung in New York eintreffen. In Havanna lebe er wirklich gesund, teuer speisen könne er schon aus Geldmangel nicht, und schließlich habe er sogar mit dem Rauchen aufgehört. Der einzige Luxus, den er sich noch leiste, seien Kinobesuche. Zum Glück seien die Eintrittpreise sehr gering. Nach mehrmaligem Anstehen habe er eine Karte für *Gone with the Wind* bekommen. Er könne vor dieser „Spitzenleistung der amerikanischen Filmkunst“ nur warnen. „Das dauert mehr als drei Stunden, kotzt mich nach fünf Minuten an, ist schlecht in den Farben und spottschlecht in den Schauspielern. Alles spießbürgerlich-süßlich-Familientratschige, das im Buch drin ist, die ganze Verlogenheit der Geschichte Scarlett-Ashley, die Unwahrscheinlichkeit dieser Melly – verjibt alles – ist breitest und stupidest ausgewalzt.“ Der ganze Film sei „verniedlicht, in Zuckerwasser getaucht und nur unverständlich oder ekelhaft. Nicht ein Schauspieler, der auch nur eine mittelmäßige, anständige Leistung hinlegt, dagegen Leslie Howard (als Ashley) ekelerregend, die Havelländische[224] als Melanie lachhaft, die Heroine Scarlett – Vivian Leigh – zum Speien und Gables[225] Butler indifferent komisch. Ein riesiger Mist.“[226]

Maslow verfügte zum Zeitpunkt seiner Ankunft in Kuba über einen Geldbetrag von „genau acht Dollar“, die Miete betrug hingegen 10,50 Dollar. In billigen Restaurants könne man aber für umgerechnet sieben bis acht Cents speisen.[227] Doch schob er die eigenen Sorgen von sich hinweg, um seiner fernen Partnerin Zuversicht zu geben und auch, um politisch einen klaren Kopf zu behalten.

Am 23. Juni schrieb er an Ruth Fischer, dass nach dem deutschen Überfall Stalin bald „wieder ein hervorragender Demokrat sein [werde]. Das gehört dazu. Aber auch an eine innere Erledigung Stalins glaube ich zunächst *nicht*: Dazu sind die Umstände, die ihm geboten wurden, zu günstig für ihn. Ein echter Angriff, unprovoziert, wie man so schön sagt, von echten ‚Faschisten‘, zu reinen Räuberzwecken – und die Perspektive, sich von diesen Herrschaften ausrauben zu lassen, wird in Russland keinen reizen [...]. Das gibt dann einen neuen Koalitionspartner für die USA“; Maslow schloss, dass diese sich auf Dauer aus dem Krieg kaum heraushalten könnten und fügte hinzu: „Die Stalinisten werden jetzt einen mächti-

224 Olivia de Havilland.

225 Clark Gable.

226 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 567: Brief vom 16. Oktober 1941, in: Abtrünnig wider Willen, S. 130. *Gone with the Wind* war im damals neuen Technicolor-Verfahren hergestellt worden; die Farbgebungen irritierten Maslow offenbar. Der Film gewann zehn „Oscars“.

227 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 567: Brief Maslows an Ruth Fischer vom 23. Juni 1941, in: Abtrünnig wider Willen, S. 98.

gen Auftrieb bekommen." Ideologisch hereingefallen seien aber „jene ‚Theoretiker', die säkular bewiesen, dass der Hitler-Stalin-Pakt einfach sein ‚musste', weil die beiden ja auf gleicher Organisationsbasis sind. Jetzt werden diese Theoretiker wieder umlernen."[228] Die „Narren" um Stalin und dieser selbst hätten allen Ernstes an die Freundschaft mit Hitler geglaubt, während sie ansonsten niemandem getraut hätten. „Das ist so humoristisch, dass es mit anderen, uns näheren Kategorien nichts zu tun hat, dass man wirklich ein Kabarett gründen sollte, um dieser Helden Enttäuschungen darzustellen."[229]

In Havanna sammelte sich eine illustre Gruppe früherer KPD-Politiker: Heinrich Brandler und August Thalheimer, dazu der jüngere Boris Goldenberg, einst im kommunistischen Studentenbund aktiv, dann in der KPO und der SAP.[230] Natürlich sprach man über alte Fraktionsstreitigkeiten, aber das gemeinsame Emigrantenschicksal ließ die einstigen Kontrahenten nun zusammenrücken. Brandler und Thalheimer, wie zuvor auch Trotzki, waren bereit, die einstigen Anwürfe, die Maslow ihnen entgegengeschleudert hatte, zu vergessen. Sie erkannten Maslows schneidende Kritik an Stalin, die weiter als ihre eigene gegangen war, als zutreffend an. Die Exilanten suchten eine tragfähige Basis politischer Zusammenarbeit zu finden. Thalheimer, der sich in Berlin mit Maslow nie geduzt hatte, ging sofort zu dieser Form über.[231] Mit dem an Militärfragen besonders interessierten Brandler diskutierte Maslow die Chancen eines sowjetischen Sieges über Hitler. Gemeinsam gingen sie die Liste der sowjetischen Marschälle durch, soweit Stalin diese nicht hatte umbringen lassen. Über Woroschilow habe Brandler das gesunde Urteil: „Hart am Kretin vorbei, während Budjonny, mit dem er viel gesoffen hat, ‚einen guten Feldwebel abgeben würde'."[232]

228 Ebd., S. 98f.

229 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 567: Brief vom 25. Juni 1941, in: Abtrünnig wider Willen, S. 101. Hervorhebung im Original.

230 Zu nennen ist auch der Linkssozialist Fritz Lamm, später ein Freund Ruth Fischers. Vgl. zu ihm Michael Benz, Der unbequeme Streiter. Fritz Lamm – Jude, Linkssozialist, Emigrant (1911–1977). Eine politische Biographie, Essen 2007.

231 Es lässt sich nicht feststellen, inwieweit diese Diskussionen Eingang in Thalheimers hervorragende, erst posthum veröffentlichte Arbeit über die soziale Natur der UdSSR und ihren kulturellen Überbau fanden. Darin sah Thalheimer die herrschende Schicht auf dem Weg zur neuen Klasse und die Arbeiterklasse als sozial atomisiert und ihrer Klassenfunktion verlustig gegangen. In der ca. 1947–48 geschriebenen Arbeit stellte er auch die Möglichkeit des Unterganges der Sowjetunion in Rechnung. Vgl. August Thalheimer, Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst, mit einem Vorwort von Theodor Bergmann, München 2008, bes. S. 52f.

232 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 567: Brief vom 11. Oktober 1941, in: Abtrünnig wider Willen, S. 125.

Maslow konnte sich ausmalen, dass die antistalinistischen Ketzereien nicht unbemerkt blieben, denn es gab auch KPD-Flüchtlinge in Havanna. Trotzkis Ermordung, Münzenbergs mysteriöses Ende, aber auch der mehr als anzweifelbare Selbstmord des früheren sowjetischen Geheimdienstgenerals Walter Kriwitzkij müssen zur Vorsicht mahnen, hatte Maslow noch aus Lissabon an Emil Julius Gumbel geschrieben. „Nach Ermordung dieses Mannes ist evident, dass von Stalin bedrohte Menschen, wenn sie nur *echte* und von diesem gehasste Gegner sind, in der Tat allerlei zu befürchten haben. *Dass* ich zu dieser Kategorie Menschen gehöre, ist bekannt und sozusagen gerichtsnotorisch. Ich wurde im August 1936 indirekt zum Tode verurteilt in dem Prozess Sinowjew-Kamenew, wo ein dazu bestellter (und dann hingerichteter) Mann angab, ich hätte ihn nach Moskau geschickt, um Stalin zu ermorden. Sicher hätte ich es nicht bedauert, wäre Stalin das passiert, was da angegeben wurde, aber es wurde nicht angegeben, weil er in Gefahr war, sondern um *mich* bei erster Gelegenheit um die Ecke zu bringen. Und dass ich gleichzeitig nicht gerade gestapobeliebt bin, wissen Sie ja am besten.“ [233] Er sehe sich aber vor, versicherte er ein um das andere Mal der besorgten Ruth Fischer.

Diese hatte in New York ein Apartment im Süden Manhattans, in der 10. Straße, bezogen. Aller Wahrscheinlichkeit nach stellte Guenther Reinhardt, den sie bei dieser Gelegenheit kennenlernte, das Geld für die Miete zur Verfügung. Spätestens jetzt muss es Ruth Fischer klar geworden sein, dass sie eine Figur noch unbekannter Größe und Funktion in einem Spiel war, dessen Regeln nicht sie bestimmte und über dessen Mitspieler sie kaum etwas wusste. Sie wurde zu strengstem Stillschweigen verpflichtet: Sogar in ihrem Briefwechsel mit Maslow findet sich nicht der geringste Hinweis auf Reinhardt. Dieser sorgte für eine unauffällige Bewachung ihrer Wohnung.[234]

Doch seelisch wusste sie sich kaum zu helfen. „Liebster, heute kein Brief von Dir“, schrieb sie Maslow am 3. Oktober, „und ich, eben zum Telefon gerufen, sehe den breiten Rücken eines Mannes, der Dir ähnelt; die Täuschung macht mir fürchterliches Herzklopfen, Tränen, entsetzliches Gefühl der bitteren Enttäuschung, der verzweifelten Verlassenheit und der Sehnsucht bis zum Ersticken und

233 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2302: Brief Maslows an Emil Julius Gumbel vom Februar 1941, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 89f. Hervorhebungen im Text.

234 Vgl. Reinhardt, Crime Without Punishment, S. 42f. Auch später blieb Ruth Fischer zu ihrem Schutz unter Beobachtung. „Die städtische Polizei in New York hat öfters nach ihr geguckt“, erinnerte sich Robert Kempner, „und sie war dann beruhigt, als sie eine Telefonnummer kriegte, unter der sie im Notfall schnell den Personalschutz anrufen konnte.“ Robert M. W. Kempner (unter Mitarbeit von Jörg Friedrich), Ankläger einer Epoche, Frankfurt u. a. 1983, S. 170.

Erwürgen, zum Nichtweiterkönnen, die Illusion einer Sekunde, Du seiest plötzlich da, machte mich, weiß der Teufel warum, ganz unglücklich, wie sehr, wie sehr, und dazu kein Brief. […] Schreibe, um Gottes Willen, wenn Du mich nicht töten willst, was zum Teufel muss ich heute schon wieder ohne Post sein? […] Issitschka,[235] im dunklen Flur der Mann im Mantel, und ich Närrin, ich glaubte, wenn wir endgültig getrennt werden, gehe ich trotz allem einfach zugrunde, wie ein überhetztes Pferd. Ich heule und ich kann nicht einmal weiterschreiben. Küsse auf der Schreibmaschine, Liebster. Heute sehr unglücklich."[236]

„Liebster, was soll mein idiotisches Papier an Liebesworten bringen, an Papierküssen, an Wünschen", schrieb sie am 19. November, „ich lebe nicht ohne Dich, ich habe kein eigenes, von Dir getrenntes Leben, das ich ernst nehmen könnte, ich habe an nichts den armen Normalspaß, den man haben muss, um in dieser Welt auszukommen, mein Betriebsstoff ist schlechtes Kunstbenzin, manchmal stockt der Motor, ich bekomme ANGST, Angst vor allem und jedem, dass Du mir krank werden könntest, verlorengehen könntest, für immer entrissen aus technischen Komplikationen, dass ich so krank werde, dass ich nicht mehr aktionsfähig bin, sogar, dass ich krepieren kann, allein, ohne Dich, ohne Hilfe […]."[237]

„Liebster", versicherte sie, „ich möchte Dir gewiss das Beste unter den heutigen Umständen herauskämpfen, aber Du musst Dir klarmachen, dass ich wirklich getan habe, was ich nur irgend kann und dass ich wissen muss, was Du wirklich von mir verlangst, wie weit die Vernunft weitergehen soll. Du weißt, ich habe nie gesagt, dass Deine Einreise hier unmöglich ist, wie alle taten, als ich hierher kam." Gerade spreche Ludwig Lore in Washington erneut in seiner, Maslows Angelegenheit vor. Seine Stimme als einflussreicher Journalist zähle.[238]

Fischer und Maslow vertrauten Lore. Ruth Fischer traf sich oft mit ihm, der in New York lebte.[239] Sie wusste noch nicht, dass Lore für die Auslandsabteilung des sowjetischen Geheimdienstes gegen gute Bezahlung zumindest bis 1937 gearbeitet hatte. 1933 hatte er über Whittaker Chambers, einen Spion für die Sowjetunion

235 Die Verkleinerungsform des Kosenamens Issja, abgeleitet von Isaak.

236 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1662, Bl. 5: Ruth Fischer an Maslow, Brief vom 3. Oktober 1941. Dies ist einer von nur sehr wenigen erhaltenen Briefen von ihr an ihn.

237 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1662, Bl. 6: Ruth Fischer an Maslow, Brief vom 19. November 1941, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 140.

238 Ebd., S. 141f.

239 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2306: Brief Maslows an Ludwig Lore vom November 1941, in: Abtrünnig wider Willen, S. 139f. Vgl. auch die ständige Erwähnung Lores im Briefwechsel Fischer-Maslow, so in den abgedruckten Stellen in: Abtrünnig wider Willen, S. 96, 100, 102, 104, 113, 139–143 (Briefwechsel zwischen dem 13. September und dem 19. November 1941).

und künftigen Antikommunisten, Verbindung zum sowjetischen Geheimdienstoffizier Viktor Markin aufgenommen, der ihn anleitete.[240] „Es gehörte allgemein zur Taktik der Komintern", schrieb Daniel Bell, „von den aus der KP Ausgeschlossenen als Zeichen ihrer fortbestehenden Loyalität zu verlangen, Geheimaufträge für die GPU auszuführen." Dies habe auch für Lore gegolten, der ein „romantischer Kopf" und daher zu leicht zu steuern gewesen sei.[241] Das war jedoch keineswegs eine Komintern-Praxis, und auch Bells Urteil über Lore entsprach kaum einem Mann, dem eher nüchternes Handeln eigen war. Ob über Lore Informationen zum Stand der Visum-Angelegenheit wie zu den Lebensumständen Fischers und Maslows nach Moskau gelangten, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, denn nach 1937 ist eine Tätigkeit Lores für den sowjetischen Geheimdienst nicht mehr nachweisbar. Seine Rolle wirft dennoch Fragen auf.

Erst zehn Jahre später, 1947, sollten einige Fakten über ihn ans Licht kommen, als sich Hede Massing, Ruth Fischers Ex-Schwägerin und frühere sowjetische Geheimagentin, der amerikanischen Seite offenbarte.[242] Sie (nicht Chambers) habe Lore, so schrieb sie später auch in ihren Memoiren, für den sowjetischen Geheimdienst geworben.[243] Sie war jedoch auch beauftragt worden, ihn als möglichen Unsicherheitsfaktor zu beobachten. 1937 habe sie mehrere Briefe von ihm empfangen, in denen er ihr seine Zweifel an der Richtigkeit der „Sache" angesichts der Moskauer Prozesse gestand. Im Juli 1937 schrieb er ihr, er könne nicht weiter mitmachen. „Bis hierher bin ich ihnen gefolgt. Von jetzt an keinen Schritt weiter. Unsere Wege trennen sich! Jeder, der in dieser Stunde schweigt, wird ein Komplize Stalins, ein Verräter am Ziel der Arbeiterklasse und des Sozialismus."[244]

Einige wenige sowjetische Geheimdienstagenten brachen damals oder etwas später mit dem Stalinismus, so Ignaz Reiss, Juliet Poyntz, Walter Kriwitzkij und

240 Vgl. zum Kontakt Lore-Chambers Sam Tanenhaus, Whittaker Chambers. A Biography, New York 1997, S. 140, und zu Lores sowjetischer Geheimdienstarbeit bis 1937 John Earl Haynes u. a., Spies. The Rise and Fall of the KGB in America, New Haven (Connecticut) 2009, S. 198, sowie Ju. N. Kobjakow, Bumažnaja fabrika, in: Očerki istorii rossijskoi vnejžnej razvedki, Bd. 3: 1933–1941 gody, Moskau 2003, S. 191–199. Kobjakows Aufsatz enthält jedoch keine Fußnoten, so dass sich die dortigen Angaben zu Lore nicht überprüfen lassen.

241 Bell, Marxian Socialism, S. 134.

242 Hede Massing war klug genug, dies erst 1947, fast zehn Jahre nach ihrer Abwendung von der Sowjetunion, zu tun. Zu dieser Zeit war ihr geheimdienstliches Wissen veraltet, und so entging sie einem als Vergeltung gedachten möglichen Anschlag auf ihr Leben, da ein solcher Anschlag als nicht mehr lohnend erachtet wurde.

243 Spätere Forschungen verweisen aber, wie erwähnt, auf Whittaker Chambers.

244 Hede Massing, Die große Täuschung. Geschichte einer Sowjetagentin, Freiburg/Br. u. a. 1967, S. 215.

Alexander Orlow. Im Falle Lores bleibt jedoch eine Frage offen: Wie kam es, dass die sowjetische Seite ihn nach seinem erklärten Bruch und seiner folgenden Annäherung an trotzkistische Kreise einfach ziehen ließ, ohne ihn Konsequenzen spüren zu lassen?

Könnte nicht, diese Frage muss erlaubt sein, eine solche Annäherung auf sowjetische Anweisung hin erfolgt sein, um an Informationen heranzukommen? Können Lores Briefe an Hede Massing und sein ostentativer Bruch mit Moskau eine bewusste Irreführung gewesen sein? Denn wo immer sonst die sowjetischen Dienste es vermochten, nahmen sie damals an „Verrätern" nach deren Seitenwechsel grausame Rache. Sie taten es an Reiss, der im schweizerischen Lausanne in eine Falle gelockt und ermordet wurde, wie an Juliet Poyntz, die in New York spurlos verschwand. Kriwitzkij wurde in Washington tot aufgefunden. Nur Orlow und ein weiterer ranghoher Geheimdienstmann, Alexander Barmine, konnten knapp den Kopf aus der Schlinge ziehen, obgleich auch ihnen Stalins Killer nach dem Leben trachteten.[245] Lore, der sich keineswegs verbarg, sondern in New York als Gesellschaftslöwe galt, blieb von solchen Nachstellungen unbehelligt. Warum dies so war, muss dennoch letztlich offenbleiben.

---

245 Vgl. Allen Weinstein/Alexander Vassiliev, The Haunted Wood. Soviet Espionage in America: The Stalin Era, New York 1999, S. 10f. (zu Reiss), 88f. (zu Poyntz), jeweils mit der dort verwerteten Literatur, sowie Robert J. Lamphere (unter Mitarbeit von Thomas Shachtman), The FBI-KGB War. A Special Agent's Story, 2. Aufl., Macon (Georgia) 1995, hier bes. S. 55f. Zu Lamphere, der später mit dem „Fall Gerhart Eisler" befasst war, mehr im nächsten Kapitel. Walter Kriwitzkij, einst General des sowjetischen Militärgeheimdienstes, der sich 1936 von Stalin losgesagt hatte, wurde am 10. Februar 1941 in einem Washingtoner Hotelzimmer leblos aufgefunden. Als offizielle Todesursache wurde Selbstmord angegeben. Vgl. seine Memoiren: Ich war Stalins Agent, neu hg. von Helmut G. Haasis, Grafenau-Döffingen 1990 (mit einer Dokumentation). Vgl. auch die zeitgenössische Schilderung der Fälle Kriwitzkij und Poyntz (sowie ähnlicher Todesfälle) bei Hugo Dewar, Assasins at Large, London 1951 (auch im Internet unter www.marxists.-org/archive/dewar/index.htm) sowie Maslows damals unveröffentlichten Kommentar: Zu Stalins gegenwärtiger Politik: „Jahrelanger Schmutz", fortgesetzte Morde (Februar 1941), in: Abtrünnig wider Willen, S. 370–374. Ruth Fischer schrieb einige Jahre später in Bezug auf ihren Bruder Gerhart Eisler, man könne „sich nicht aus dem NKWD zurückziehen". Ruth Fischer, The Comintern's American Agent, III: You Can't Retire From the N.K.V.D., in: New York Journal American vom 20. November 1946. NKVD/NKWD: Narodnyi Komissariat Wnutrennych Del: Volkskommissariat für innere Angelegenheiten, auch Bezeichnung für die Geheimpolizei, die offiziell dem Innenministerium unterstand.

Da Hede Massing ihr Wissen damals noch nicht mit amerikanischen Stellen teilte, wussten diese auch nichts von Lores Arbeit für die sowjetische Seite.[246] Dennoch gab es entsprechende Gerüchte in Geheimdienstkreisen. Reinhardt, der später bestätigte, dass solche Gerüchte umherschwirrten, tat alles, um sie zu zerstreuen.[247] Fischer und Maslow wussten auch nichts von Lores aktueller Tätigkeit für das *Office of the Coordinator of Information* (OCI), einen der Vorgänger der CIA.[248] Ruth Fischer allerdings muss sich über die Verbindung zwischen Lore und Reinhardt inzwischen im Klaren gewesen sein. Dass ihre Ex-Schwägerin für die Sowjetunion arbeitete, war ihr damals noch unbekannt.

Ruth Fischer musste sich, wollte sie Maslow helfen, ganz auf ihre geheimdienstlichen Fürsprecher verlassen, wussten diese doch zumindest genau, dass es innerhalb der Linken sehr gegensätzliche Lager gab.[249] Maslow müsse immer den Hass in amerikanischen Dienststellen gegen alles „Linke" in Rechnung stellen, und eben deshalb dauere es mit dem Visum so unerträglich lange, schrieb ihm Ruth Fischer. Immer müsse man mit dem Problem „der schlicht stupiden reaktionären Einstellung der Bürokratie" kämpfen, „die keine ‚radicals' haben will, und am wenigsten solche ohne Geld und bürgerlichen Namen […]."[250] Vergebens beantragte sie ein zeitweiliges Ausreisevisum mit Möglichkeit der Rückkehr in die USA, um in Havanna Maslow heiraten zu können, was die Chancen seiner Einreise in die USA erhöhen solle.[251]

Doch schienen sich endlich, wie Lore Ruth Fischer mitteilte, die Dinge zum Besseren zu bewegen. Auch könne er offensichtlich, wie aus Maslows Brief deut-

246 Weder im Briefwechsel Fischer-Maslow, noch gar in der Korrespondenz mit Lore gibt es die geringste Andeutung darauf, dass Ruth Fischer oder Arkadij Maslow irgendetwas wussten.

247 Reinhardt, Crime Without Punishment, S. 21.

248 Vgl. www.documentstalk.com; mit einem Eintrag zu Lore, der auf dessen mir unzugänglicher FBI-Akte beruht. Sie gibt offenkundig Hinweise auf seine Tätigkeit für das OCI). – Das im Juli 1941 gebildete Office of the Coordinator of Information (OCI) wurde Anfang 1942 geteilt in das Office of War Information (OWI) und das Office for Strategic Services (OSS), aus dem teilweise die CIA hervorging.

249 Diese dürften auch Bedenken im Außenministerium gegenüber der ehemaligen Kommunistin zerstreut haben. Vgl. U.S. National Archives, Record Group 59, Fischer, Ruth: Possible subversive activities (Aug. 15, 1941).

250 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1662, Bl. 6: Ruth Fischer an Maslow, Brief vom 3. Oktober 1941, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 140–142.

251 Vgl. Ohio State University, University Libraries, Columbus, Ohio: Alexander Stephan Collection of FBI Files on German Intellectuals in US Exile, File 57: Fischer, Ruth, Internal Security Memorandum vom 16. September 1949. Auf die Beobachtung Ruth Fischers durch das FBI wird im 8. Kapitel eingegangen.

lich wird, ihm eine Geldsumme von 150 Dollar zukommen lassen, damit dieser die anfallenden Kosten für das Visum und die Reise bezahle. „Es wird Zeit, hier wegzukommen“, schrieb Maslow am 7. November voller Erleichterung, nicht ohne ironisch des Jahrestages der Oktoberrevolution zu gedenken. „Nebenbei: ich habe jetzt noch genau 23 $ in der Hand, aber eine anstehende Wochenrechnung des Hotels, zu der morgen früh eine zweite kommt. Wenn in der Tat die von Dir im Dienstagsbrief aufgezeigten erheblichen Schätze zugänglich sind, wäre ich sehr froh, schon im Laufe der nächsten Woche etwas zu kriegen, da ich versuchen werde, 10 $ als Visumgeld in der Hand zu behalten. Hoffentlich kostet die ärztliche Untersuchung nichts. Ich nehme an, sowie ich das Visum habe und daher die Fahrkarte kaufen kann, dass der Rest von den 150 $ sofort in meine Flosse kommt, so dass ich eventuell, wenn [das] nötig ist, Dir Geld schicken kann. Eine Fahrkarte bis New York kostet etwa 65–70 Dollar, mit Schiff, teuer genug (mit Schiff + Greyhound kostet sie nur 39,50 $). Sind die Verhandlungen mit der Thompson eigentlich weiter gegangen oder sind sie hängen geblieben?“[252]

Einer einflussreichen Journalistin wie Dorothy Thompson, schrieb Maslow an Ruth Fischer am 10. November, „sollte man, da wir ja eine bestimmte Partie spielen, [...] unter der Hand sagen, ich hätte früher den gesamten außenpolitischen Dienst der Presse der KI geleitet und dann in der [Nachrichtenagentur] Conti entsprechendes gemacht“; er, Maslow, sei „daher in der Tat etwas Besonderes.“[253]

Natürlich bestimmten auch die Politik und vor allem das Kriegsgeschehen Maslows Briefe. „Bei allem ist doch erstaunlich“, kommentierte er die Lage am 16. November, „wie das Stalinsche Scheißregime doch zusammengehalten hat; Kwassismus[254] ist etwas, was das europäische geschulte Gemüt wirklich nur schwer begreift. Dabei hat der Kerl jetzt in Moskau verschärftes Standrecht eingeführt und will alle erschießen lassen, die nachts auf der Straße getroffen werden: das sind Provokateure, niemand sonst. Das Gerede von den Provokateuren, recht häufig jetzt, gibt mir die Hoffnung, dass auch dieses feste Regime wie Jauche auseinanderlaufen wird, aber vorläufig habe ich – leider – Recht behalten, dass der Krieg es nur stärken würde.“ Diesen Gedanken wiederholte Maslow in seinen Briefen an Ruth Fischer ein um das andere Mal: Ohne den deutschen Überfall hätten die inneren Widersprüche das terroristische Stalin-Regime eher früher denn später

252 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 568, Bl. 199: Brief Maslows an Ruth Fischer vom 7. November 1941.

253 Ebd., Bl. 204: Brief Maslows an Ruth Fischer vom 10. November 1941.

254 Kwassismus, abgeleitet vom Namen des russischen Getränkes, war für Maslow ein Synonym für Stalinismus.

zum Einsturz gebracht; jetzt aber gebe es nur den Kampf gegen Hitler, und da seien die „Kwassisten“ notgedrungen die Verbündeten.[255]

Gerade weil sie aber die „Verbündeten“ seien, benötigten die USA mehr Experten, die über Russland wirklich Bescheid wüssten, und da genügten „die SP-er Pflaumen“ eben nicht, sondern gerade „echte Gegner“ müssten „echte Chancen bekommen. Auf diesen Punkt müsste also besonders hingewiesen werden […].“[256]

Die Lage sei nicht hoffnungslos, schrieb er am 19. November. Zwar unverbindlich, aber wenigstens freundlich habe Leo Löwenthal vom New Yorker Institut für Sozialforschung eine künftige Zusammenarbeit in Aussicht gestellt.[257]

Ruth Fischer erhielt diesen Brief drei Tage später, am 22. November. Zugleich traf die erlösende Nachricht ein, dass Maslows Einwanderungsvisum für die USA endlich bewilligt worden sei. Lore hatte für das Affidavit gesorgt. Sie war überglücklich und eilte von der Post zum nächsten Drugstore, wo sich ein Telefonapparat befand.

In der Unterkunft in Havanna war eine unbekannte weibliche Stimme am Telefonhörer. Sie teilte ihr bedauernd mit, dass Arkadij Maslow verstorben sei. Er sei tot auf der Straße aufgefunden worden.

Ruth Fischer brach zusammen. Sie verlor das Bewusstsein. Als sie wieder zu sich kam, befand sie sich in der benachbarten Wohnung des Ehepaares Wittfogel. Sie kannte Karl August Wittfogel aus Berlin. Er hatte in der KPD lange eine wichtige Rolle gespielt, aber nach dem deutsch-sowjetischen Pakt vom August 1939 mit der Partei gebrochen. Nun nahm er sie, von Passanten informiert, zu sich nach Hause. Mit seiner Frau Esther Goldfrank kümmerte er sich um die so schwer in Mitleidenschaft Gezogene und rettete ihr damit vermutlich das Leben.

Wie schwer die nächsten Tage für Ruth Fischer waren, lässt sich nur erahnen. Welchen Sinn hatte das Leben ohne den geliebten Partner? Er hatte sie immer wieder geistig und seelisch aufgerichtet, wenn die Schwierigkeiten überhand nahmen. Mit ihr trauerte ihr Sohn. „Du weißt so gut wie ich, was Max mir bedeutet hat, und was er für Dich war, beginne ich mit zunehmendem Alter immer besser zu verstehen.“ Nie wieder würde er Ermutigung und Hilfe bei seinem Mathematikstudium durch Arkadij Maslows Briefe erfahren, deren „mathematische“

255 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 568, Bl. 208: Brief Maslows an Ruth Fischer vom 16. November 1941.

256 Ebd., nicht foliiertes Blatt, Brief ohne Datum. Es ist nicht klar, ob Maslow hier die deutschen Sozialdemokraten im amerikanischen Exil, die Menschewiki in New York oder die Socialist Party of America meinte.

257 Ebd., Brief Maslows an Ruth Fischer vom 19. November 1941, in: Abtrünnig wider Willen, S. 137f.

Teile manchmal fast kleine Lehrbriefe gewesen waren, nie wieder Rat und Zuspruch in politischen und privaten Fragen durch ihn finden.[258]

Maslows alte Freunde gedachten seiner voller Zuneigung und Verehrung. Babette Gross, die ihren Mann Willi Münzenberg gleichfalls unter so dubiosen Umständen verloren hatte und vermutete, dass Stalin eine „Aktie" daran habe, schrieb aus Mexiko, „wir sind hier alle völlig entsetzt und ohne jede Nachricht außer der Zeitungsnotiz und der Mitteilung aus New York, dass Max einer Embolie erlegen ist. Wir weigern uns, das zu glauben, gerade gestern bekam ich einen langen Brief von ihm mit viel[en] Artikeln und Material, was ist da geschehen?"[259] Ebenso erschüttert waren Alexandra und Franz Pfemfert. „Liebe, arme Ruth", schrieben sie, „soeben lesen wir die grausige Nachricht. So fassungslos wir auch sind, wollen wir Dir doch sagen, dass wir mit unseren Gedanken bei Dir sind, Dir zur Seite stehen."[260] Diese „große Katastrophe in Deinem Leben", schrieben die Pfemferts später, „wohl die größte, ließ keine Worte übrig, die alle leer und nichtig scheinen mussten." Dass Maslow an Herzschlag gestorben sei, wie sie in der mexikanischen Presse lasen, glaubten sie nicht, denn was sei den „Mordbuben" nicht alles zuzutrauen![261] „Der Tod von Max hat bei mir alte Erinnerungen an unsere ‚Linke' erneuert", schrieb Arthur Rosenberg, „die doch – abgesehen von uns beiden – wesentlich durch Max und Werner[262] verkörpert war. Trotz aller Fehler, die wir im einzelnen begangen haben, ist es heute schon klar, dass wir die Lage Deutschlands und der Arbeiterbewegung richtiger verstanden haben als irgend jemand anders."[263]

So quälend der Schmerz war, Ruth Fischer musste weiterleben. Sie wollte Klarheit über die Umstände von Maslows Tod gewinnen. Vier Tage nach Maslow Ende, am 25. November, sandte ihr Roberto Santiesteban Pérez, ein als Linkssozialist bekannter Anwalt, aus Havanna einen Brief. Er habe sich sofort mit dem Krankenhaus in Verbindung gesetzt. Der ärztliche Befund laute, dass Maslow auf der Straße plötzlich zusammengebrochen sei. Die unmittelbare Ursache sei eine

258 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 269, Bl. 11: Gerard Friedlander an Ruth Fischer, undatierter Brief [Ende November 1941]. Gerard Friedlander schrieb inzwischen seine Briefe ausschließlich in Englisch.

259 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 309, Bl. 2: Babette Gross an Ruth Fischer, Brief vom 4. Dezember 1941.

260 Alexandra und Franz Pfemfert an Ruth Fischer, Brief vom 30. November 1941, in: Pfemfert, Erinnerungen und Abrechnungen, S. 400.

261 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 693: Alexandra und Franz Pfemfert an Ruth Fischer, Brief vom 17. Januar 1942, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 153.

262 Werner Scholem.

263 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 748: Arthur Rosenberg an Ruth Fischer, Brief vom 28. November 1941, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 144.

Blutung innerhalb des Hirngewebes gewesen, die mit einem Kreislaufkollaps einhergegangen sei. „Ich kann Ihnen versichern, dass *keine* äußere Ursache den Tod Maslows hervorgerufen hat." Maslow sei bereits auf dem Jüdischen Friedhof von Havanna begraben worden. Mitglieder einer jüdischen Hilfsorganisation, Angehörige der Journalistenvereinigung sowie eine Gruppe von Trotzkisten wären beim Begräbnis zugegen gewesen.[264]

Am gleichen Tag schrieb Ruth Fischer an Heinrich Brandler nach Havanna, um weitere Einzelheiten herauszufinden. Maslows letzter Brief vom 19. November sei „völlig ruhig geschrieben, behandelt im wesentlichen politische Fragen und zeigt keine Spur einer Erkrankung oder keine Spur einer besonderen Unruhe." Sie wolle wissen, wer Maslow zuletzt gesehen habe, welchen Eindruck er körperlich und psychisch gemacht habe, welcher Arzt bei ihm gewesen war, wie das Milieu seiner Unterkunft beschaffen sei.[265]

Er habe erfahren, dass Maslow auf der Straße umgefallen sei, antwortete Brandler, „dass man ihn in ein Krankenhaus geschafft habe, wo er am selben Abend gestorben sei." Unmittelbar danach sei er beerdigt worden. Solange er, Brandler, ihn gesehen habe, sei Maslow stets gesund gewesen und habe „nicht ein einziges Mal über Schmerzen oder eine Krankheit [geklagt] – nur über zu guten Appetit." Er schäme sich, so Brandler weiter, in Worten sein Beileid auszudrücken, werde aber tun, was er tun könne, um mehr über die tragischen Umstände herauszufinden.[266] Noch am gleichen Tag ergänzte er in einem weiteren Brief, dass die Bediensteten der Unterkunft, in der Maslow gewohnt habe, Stalinisten seien, die mit ihm über seine Presseartikel diskutiert hätten.[267]

Unterdessen war Max Shachtman, ein Freund Dwight Macdonalds und Ruth Fischers, nach Havanna gereist, um Einzelheiten zu eruieren und um Maslows bescheidene Habe, vor allem die Dokumente, sicherzustellen. Da Ruth Fischer und Maslow auf dem Papier nicht miteinander verheiratet gewesen waren, bedurfte es dazu der Ermächtigung von Maslows Schwager Benny Cohn, die dieser aus dem besetzten Kopenhagen erteilte und die tatsächlich rechtzeitig in Havanna

264 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 776: Roberto Santiesteban Pérez an Ruth Fischer, Brief vom 25. November 1941. Hervorhebung im Original. Der englisch geschriebene Brief Santiestebans gibt das in spanischer Sprache angefertigte Gutachten der Ärzte Carlos Roco Casuso und Roberto Martinez Prieto wieder. Es befindet sich ebd., Mappe Nr. 1662 (deutscher Auszug in: Abtrünnig wider Willen, S. 22).

265 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1137: Ruth Fischer an Heinrich Brandler, Brief vom 25. November 1941, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 143f.

266 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 101: Heinrich Brandler an Ruth Fischer, Brief vom 30. November 1941, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 144f.

267 Ebd., S. 146.

eintraf.[268] „Es gibt einige Dinge, die *bisher unbekannt* waren, aber sie sind von solcher Art, dass ich darauf in keiner Weise in einem Brief eingehen kann. Du wirst verstehen, warum. Ich werde Dir die Dinge nach meiner Rückkehr klarlegen", schrieb Shachtman an Ruth Fischer.[269]

Zusammen mit Brandler konnte Shachtman die kubanische Polizei zu einer eingehenden Untersuchung des Falles bewegen. Beide gingen auch zur Fremdenpolizei und zur jüdischen Hilfsorganisation Joint, die sich laut Brandler „ganz zugeknöpft" gab. Sie suchten nochmals Maslows Unterkunft auf wie auch das Krankenhaus, in das er gebracht worden war, und besichtigten die Straße, in der seine Leiche gefunden worden war. Die Untersuchung laufe aber recht schleppend und alles Material, was der Untersuchungsrichter besitze, sei unter Verschluss.[270] Am 28. Dezember informierte Brandler Ruth Fischer über eine wichtige Einzelheit: „Die Hausnummer der Straße, wo man M. gefunden haben will, *Crespo Nr. 43*, gibt es gar nicht. Ich habe die ganze Stadt abgesucht, ebenso mein Hauswirt. Die Nummer 43 und 143 existiert nicht."[271] Die Calle Crespo gehörte zum Prostituiertenbezirk der Stadt, zu einer Gegend, in die Maslow zu gehen keine Veranlassung gehabt hatte.

Inzwischen war Max Shachtman nach New York zurückgekehrt. Sein Bericht, von dem Ruth Fischer ein Gedächtnisprotokoll anfertigte, gab im Wesentlichen den Befund der Krankenhausärzte wieder, den ihr Santiesteban mitgeteilt hatte.[272] Shachtman „brachte einige unbekannte Fakten, konnte aber für mich keine wirkliche Aufklärung des Sachverhalts geben", schrieb Ruth Fischer an Brandler. „Mir war am Erschütterndsten die Tatsache, dass sich der plötzliche Zusammenbruch nachts vollzogen hatte, ohne Zeugen (ein kubanischer Polizist ist für mich kein Zeuge) und dass man nicht feststellen kann, mit wem er seit Donnerstag Mittag zusammen gewesen sein kann. Selbstverständlich hatte M. einen viel größeren Bekanntenkreis, als es meinem amerikanischen Freunde möglich war, in so kurzer Zeit festzustellen. Die Auskunft des Hospitalarztes dagegen ist reiner Quatsch für Laien, die nicht einmal ein klares medizinisches Bild ergibt. Inzwischen deckt der

268 Sie ist in den Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1662 in Dänisch und in spanischer Übersetzung enthalten.

269 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 826: Max Shachtman an Ruth Fischer, Brief vom 3. Dezember 1941, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 149. Hervorhebung im Text.

270 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 101: Heinrich Brandler an Ruth Fischer, Brief vom 6. Dezember 1941, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 150.

271 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 101: Heinrich Brandler an Ruth Fischer, Brief vom 28. Dezember 1941, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 152. Hervorhebung im Text.

272 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1662: Ruth Fischer [Confidential], auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 423f.

Krieg alles zu und macht auch nur die Spur eines öffentlichen Protestes unmöglich."[273] Der japanische Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember und der Kriegseintritt der USA, was diese zur Verbündeten der Sowjetunion machte, gaben einer Antistalinistin wie Ruth Fischer in der Tat wenig Raum zur öffentlichen Wirksamkeit.

Sie war von Anfang an davon überzeugt, dass eine stalinistische Hand im Spiel gewesen war. „Wir sind von ihnen aufgespürt worden", sagte sie am Telefon zu einem Mitglied der von Guenther Reinhardt geleiteten Gruppe.[274] „Von ihnen" – das war das NKWD. Sie rief auch Lore an. Daraufhin schickte Reinhardt einige seiner Mitarbeiter nach Havanna. „Wir sahen uns nicht in der Lage", schrieb er später, „irgend eine andere Ermittlungsstelle einzuschalten. Wir wollten auch nicht mehr als nötig die Neugier der Polizei von Havanna auf uns lenken."

Die Fakten, die Reinhardts Gruppe erfuhr, unterschieden sich erheblich von Santiestebans Brief und dem darin mitgeteilten ärztlichen Befund. Soviel bekamen die Amerikaner heraus: Auf dem Weg nach Hause wurde Maslow in einer regnerischen Nacht in einer stillen Seitenstraße von einem Lastkraftwagen angefahren. Die Leute in der Nachbarschaft hörten das Geräusch. Einige eilten heraus und fanden Maslow im Straßengraben liegend. Vom Lastwagen war vielleicht noch der Motor zu hören, aber das Fahrzeug war nicht mehr zu sehen. Jedoch tauchte sofort ein Ambulanzwagen auf, was in dieser Gegend ungewöhnlich war. Zwei Stunden nach der Einlieferung in eine Privatklinik verstarb Arkadij Maslow in der Nacht vom 20. zum 21. November, ohne dass er das Bewusstsein wiedererlangt hatte.

Reinhardts Leute gingen auf die Suche nach Zeugen und sprachen mit einigen derer, die nach dem Vorfall auf die Straße geeilt waren. Sie gingen auch in die Klinik. „Aber die Unterlagen des Krankenhauses belegten nicht, warum und auf wessen Anruf der Ambulanzwagen losgeschickt worden war. Dessen Personal und der Fahrer äußerten sich nur vage. Sie seien nur zufällig in der Gegend gewesen, als es passierte. Sie erinnerten sich nicht genau an die Adresse, die auch gar nicht existierte, aber, ja!, die Adresse konnte stimmen und musste irgendwo dort gewesen sein. Es war sogar möglich, dass die Ambulanz genau zu dem Straßenzug hinbestellt worden war, in dem der Unfall passierte. Aber niemand erinnerte sich wirklich genau. Und überhaupt, waren diese ganzen Einzelheiten denn wirklich so wichtig?" So antworteten die Leute auf die Fragen von Reinhardts Gruppe.

273 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1137: Ruth Fischer an Heinrich Brandler, Brief vom 16. Dezember 1941, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 150f.

274 Reinhardt, Crime Without Punishment, S. 42. Hiernach auch das Folgende.

Schließlich sei es zwar schade um den armen Flüchtling, aber passiere so etwas in Havanna nicht immer wieder?[275]

Fragen über Fragen, Widersprüche über Widersprüche. Was hatte Maslow in Havannas Rotlichtbezirk zu suchen? Warum nahm er einen solchen Umweg nach Hause? Wie verlässlich waren die ärztlichen Auskünfte? Gab es unter den Ärzten Sympathisanten Stalins (oder Hitlers)? Weshalb betonte Santiesteban so ausdrücklich, es gebe keine äußere Ursache für Maslows Tod?[276]

Welche Gründe gab es für Stalin und die Seinen, Maslow zu beseitigen? Hatten sie angesichts des Krieges nichts Besseres zu tun? Waren in den Mord kubanische KP-Mitglieder verwickelt? Falls ja, gefährdete das nicht das fragile Verhältnis der KP zu Batista? Warum solche Risiken eingehen, war Maslow den Einsatz wert? Wogen Stalin und die Seinen die möglichen Risiken gegen die Tatsache ab, dass Maslow ihr Herrschaftswissen gegen sie selbst kehren konnte, eben weil er dem Apparat entstammte? Fiel die Entscheidung, ihn zu beseitigen, wenn sie denn so fiel, nach Erhalt der Nachricht, dass Maslows Kenntnisse für amerikanische Geheimdienste wichtig seien? Falls dem so war, wer gab dann eine solche Information an Moskau weiter? Doch wohl nur jemand aus dem unmittelbaren Umkreis von Reinhardt, der zudem Deutsch können musste.[277] Nicht nur, weil Ludwig Lore 1942 starb, bleiben viele Fragen ohne Antwort. Auch Santiestebans wirkliche Rolle konnte nie geklärt werden.[278]

Offen bleiben muss auch die Frage, wie viel an Informationen Guenther Reinhardt nach seiner Rückkehr aus Havanna Ruth Fischer mitteilte. Viel kann es nicht gewesen sein, denn ein Lastkraftwagen, der Maslow überfuhr, taucht in der späteren Korrespondenz mit ihren Freunden nicht auf. Nur selten teilen Geheimdienstleute wichtige Informationen mit denen, deren Dienste sie benötigen, und Reinhardt war keine Ausnahme. Doch dürfte er Ruth Fischer in ihrer Ansicht, es sei ein von Moskau geplanter Mord gewesen, sehr bestärkt haben. Brachte er auch den Namen von Gerhart Eisler ins Spiel?

---

275 Reinhardt, Crime Without Punishment, S. 44.

276 Vgl. ebd. Reinhardt irrte in einem Punkt, als er schrieb, Maslows Leiche sei eingeäschert worden: Juden äschern ihre Toten nicht ein.

277 Maslow und Fischer schrieben einander in Deutsch. Auch die Korrespondenz mit Lore erfolgte in deutscher Sprache.

278 Zwei Jahrzehnte später wurde er, inzwischen Mitarbeiter der kubanischen UN-Mission unter Castro, zu Recht oder zu Unrecht der Vorbereitung terroristischer Attentate gegen in New York lebende Exilkubaner beschuldigt. Dies zumindest kann man auf mehreren von Exilkubanern betriebenen Websites nachlesen. Vgl. z. B. Castro's Cuba: Asymmetric Threat to the U.S.?, www.niewswithviews.com.

In seinen Memoiren schrieb Reinhardt, er habe Ende 1942 einen Bericht in der Hand gehabt, den Gerhart Eisler an die Komintern in Moskau senden wollte. Darin sei es um einen Mann gegangen, der für einen Einsatz dadurch zu empfehlen sei, weil er „die Sache mit Maslow erledigt“ habe.[279]

In Gerhart Eislers FBI-Akte, die im folgenden Kapitel herangezogen wird, findet sich jedoch keine Kopie eines solchen Berichtes. Er wird auch nirgendwo sonst erwähnt. So war das Zitat sicher von Reinhardt erfunden, wohl um dem Mann zu schaden, der dem FBI, wie gezeigt wird, schließlich entkam, und auch, um die Stimmung gegen die Kommunisten in den USA anzuheizen.

Was Reinhardt über die Todesumstände Maslows mitteilte, klingt jedoch plausibel – jedenfalls weitaus plausibler als die Ungereimtheiten des offiziellen Polizeiberichtes mit der falschen Adresse, bei der Maslows Leiche angeblich aufgefunden wurde.

Da Reinhardts Memoiren von der Forschung aber bisher unbeachtet blieben, hielten sich Zweifel an der Ermordung Maslows.[280] Doch dürfte feststehen, wovon Ruth Fischer immer überzeugt war: Arkadij Maslow wurde ermordet. Sein Mörder wurde niemals gefunden. Die Frage nach den Hintermännern wurde zur bestimmenden Frage in Ruth Fischers Leben.

Durch Maslows Tod zerbrach etwas in ihr, das nicht zu reparieren war. Nie wieder wandte Ruth Fischer sich einem anderen Mann zu, nie wieder wollte sie in einer Partnerschaft leben.

---

279 Reinhardt, Crime without Punishment, S. 46f.

280 So noch bei Peter Lübbe in seiner Einleitung zu: Abtrünnig wider Willen, S. 22–25, wenngleich auch er einen Mord als wahrscheinlich ansah.

VI. Kronzeugin der „kommunistischen Verschwörung“ (1941–1948)

Arkadij Maslows Tod war der tiefste Einschnitt in Ruth Fischers Leben, und er sollte auch zu einem politischen Einschnitt werden. Von der Hand Stalins, die den Mörder geführt hatte, überzeugt, gewann ihr entschiedener Antistalinismus an Schärfe. Nun sollte sie sich dem Lager der Antikommunisten zugesellen. Ruth Fischer, allen Zwischentönen abhold, wurde zur lautstarken Anklägerin des Mannes, dem sie für ihre private Tragödie und ihr politisches Scheitern die Verantwortung zumaß – und sie brandmarkte ihre Brüder als seine Helfer. Sie tat dies unter zunächst schwierigen Bedingungen in einem für sie neuen Land, dessen Staatsbürgerschaft sie schließlich erwarb, das ihr dennoch nicht zur Heimat wurde.

Neubeginn in New York

Karl Wittfogel und seine Frau Esther Goldfrank wurden im wahrsten Sinne zu Ruth Fischers Rettungsankern. Sie nahmen sie, nachdem sie unter dem Eindruck der Todesnachricht aus Havanna zusammengebrochen war, in ihre Wohnung, pflegten die schutzbedürftige und einkommenslose Frau mehrere Tage. Beide teilten Ruth Fischers Ansicht, dass Maslow keines natürlichen Todes gestorben war.[1]

Wittfogel war ein gebranntes Kind des Stalinismus. Als studierter Soziologe und Sinologe, war er 1920 über die USPD zur KPD gekommen, wo er Ruth Fischer kennengelernt hatte.[2] Der hochgebildete und vielseitig Interessierte hatte sich als Bühnenautor, Literaturkritiker und Verfasser von Schriften zur Frühgeschichte der bürgerlichen Gesellschaft einen Namen gemacht. Nach einer Lehrtätigkeit an der Arbeiterbildungsstätte im Schloss Tinz bei Gera war er zum Frank-

1 So Ruth Fischer in einem Brief an István (Etienne) Balázs vom 13. September 1945, Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1074, auch abgedruckt in: Peter Lübbe (Hg.), Ruth Fischer – Arkadij Maslow, Abtrünnig wider Willen. Aus Reden und Manuskripten des Exils, München 1990, S. 171–178, hierzu S. 172.

2 Vgl. G. L. Ulmen, The Science of Society. Toward an Understanding of the Life and Work of Karl August Wittfogel, Den Haag u. a. 1978, S. 55; zu Wittfogels Beziehung zu Ruth Fischer vgl. S. 226–229. Vgl. weiterhin Matthew D. Linton, The Transformation of Cain. Karl August Wittfogel's American Acculturation and the Cold War, 1934–1963. Master's Thesis, Brandeis University, Waltham (Massachusetts) 2011 (auch im Internet).

furter Institut für Sozialforschung gestoßen, wo er zu Problemen der Wirtschaft und Gesellschaft Chinas in verschiedenen Epochen arbeitete. Der Begriff der asiatischen Produktionsweise oder hydraulischen Gesellschaft, mit der Wittfogel die chinesische Wirklichkeit beschrieb, stieß zwar auf Widerspruch in Moskau, wo man am Begriff des Feudalismus festhielt.[3] Doch blieb Wittfogel, der von den Nazis 1933 sofort verhaftet wurde, doch mit Karl Haushofers Hilfe nach England und von dort in die USA entkommen konnte, weiter KP-Mitglied, zunächst der KPD, dann der amerikanischen KP.[4]

Er rechtfertigte die Moskauer Politik, was ihn am Institut für Sozialforschung nach dessen Übersiedlung nach New York völlig isolierte. Der 23. August 1939 war für Wittfogel ein Schock. Von da ab war er wie verwandelt und vertrat nun einen rabiaten Antikommunismus, der seine Kollegen mindestens so sehr irritierte wie vorher sein Stalinismus.[5]

Nach Maslows Tod war Ruth Fischer physisch und psychisch ein Jahr krank. Sechs Monate lang verließ sie ihr Bett fast nur, um die nötigen beruflichen und privaten Dinge zu erledigen. Sie musste sich jedoch wirtschaftlich auf eigene Füße stellen. Zunächst versuchte sie, eine Stelle als Sozialarbeiterin zu finden. Dies erwies sich als unmöglich, weil ihr Berliner Abschluss in New York nicht anerkannt wurde.[6] So suchte sie in einer Reihe von Bewerbungen um ein Forschungsstipendium nach. Zu dieser beruflichen Neuorientierung ermutigte sie ihr alter Genosse Arthur Rosenberg, der nach seiner Vertreibung aus Deutschland über Zürich und Liverpool nach New York gekommen war. Nun lehrte er am Brooklyn College sowohl Alte als auch Neuere Geschichte. Er riet Ruth Fischer, sich an das Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars zu wenden. Das 1933 gegründete Komitee unterstützte eine große Anzahl von aus Deutschland und Österreich vertriebenen Wissenschaftlern aller Disziplinen.[7]

3 Wittfogel bezeichnete mit dem Begriff der hydraulischen Gesellschaft eine vorkapitalistische, auf umfassenden Bewässerungssystemen basierende Ordnung.

4 Darauf verwies Wittfogel 1979 in einem Interview. Vgl. Mathias Greffrath, Die Zerstörung einer Zukunft. Gespräche mit emigrierten Sozialwissenschaftlern, Reinbek 1979, S. 326. Wittfogel stand damals auch mit Gerhart Eisler in Kontakt.

5 Vgl. Martin Jay, Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950, Frankfurt 1985, S. 206f.

6 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 628, Bl. 1: Lotte Marcuse, Sekretärin des Komitees vertriebener ausländischer Sozialarbeiter an Ruth Fischer, Brief vom 19. Januar 1942.

7 Nach dem „Anschluss" Österreichs an Deutschland ersetzte das Komitee die bisherige Bezeichnung „German" im Namen deshalb durch „Foreign". Vgl. zu seiner Geschichte Stephen Duggan/Betty Drury, The Rescue of Science and Learning. The Story of the Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars, New York 1948. Duggan war Präsident, Betty Drury Sekretärin des Komitees.

Rosenberg schrieb einen warmherzigen Brief zur Unterstützung der Bewerbung Ruth Fischers an das Komitee. Sie genieße hohes Ansehen als „eine herausragende Kapazität für alle Fragen der europäischen Arbeiterbewegung.“ Nur „wenige Personen in den USA verfügen gegenwärtig über eine solch gründliche Kenntnis der sozialen Fragen Europas wie sie.“[8]

Ruth Fischer reichte einen Projektantrag über deutsch-russische Gewerkschaftsbeziehungen vor 1933 beim Komitee ein.[9] Ein beigefügter Brief von Rosenbergs Freund Franz Neumann, der soeben den *Behemoth*, seine große Strukturanalyse des Nationalsozialismus, publiziert hatte, beschrieb Ruth Fischer als „eine sehr befähigte Sozialwissenschaftlerin mit einem großen schriftstellerischen Talent und einer sehr breit gefächerten politischen Erfahrung, die für eine solche Studie unerlässlich ist.“[10] Auch Karl Wittfogel äußerte sich in einem weiteren Empfehlungsschreiben ganz in diesem Sinn.[11] Frieda Wunderlich und Gottfried Salomon, auch sie aus Deutschland Vertriebene, erklärten dem Komitee, ihre Einrichtung, die New School for Social Research, würde Ruth Fischer einen entsprechenden Arbeitsplatz für ihre Forschungen zur Verfügung stellen.[12]

Diese Institutsanbindung wie die prominenten Namen der Befürworter waren neben der Qualität von Ruth Fischers Antrag entscheidend dafür, dass sie ab Oktober 1942 für zunächst ein Jahr eine finanzielle Unterstützung durch das Komitee erhielt, und zwar 1.200 Dollar (was etwa dem Zehn- bis Zwölffachen heute entsprechen würde). Daran anschließend erhielt sie die gleiche Summe durch das gewerkschaftsnahe Institute for International Education für ein weiteres Jahr zur Verfügung gestellt.[13] Auch hierfür hatte sich Arthur Rosenberg durch ein Befür-

---

8 New York Public Library, Manuscript and Archives Division, Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars, Box 8, Folder 4–5, File Ruth Fischer (im Folgenden: Emergency Committee, File Ruth Fischer): Arthur Rosenberg an das Emergency Committee, Brief vom 22. September [1942].

9 Ebd., Ruth Fischer, Outline of an Inquiry into German-Russian Trade Union Relations, 9 S. (mit beigefügtem Lebenslauf).

10 Ebd., Franz Neumann, Brief an das Emergency Committee vom 27. September 1942. Ein Jahr darauf erneuerte Neumann seine Empfehlung, vgl. seinen Brief (mit OSS-Briefkopf) vom 28. September 1943, ebenda.

11 Ebd., Karl A. Wittfogel, Brief an das Emergency Committee vom 28. September 1942.

12 Ebd., Gottfried Salomon und Frieda Wunderlich, Briefe an das Emergency Committee vom 5. und 6. Oktober 1942. Das Folgende nach weiteren Materialien in dieser Akte.

13 Emergency Committee, File Ruth Fischer: Emergency Committee, Institute for International Education, New York, Assistant Director, an Ruth Fischer, Brief vom 23. November 1943. Einem Antrag auf finanzielle Unterstützung durch das American Comittee for Christian Refugees war jedoch offensichtlich kein Erfolg beschieden, möglicherweise, weil Ruth Fischer keiner Kirche angehörte. Vgl. ihren Antrag vom 20. Dezember 1943, ebd.

wortungsschreiben eingesetzt. Ruth Fischer dankte ihm am 7. Februar 1943 in herzlichen Worten und hoffte, der gesundheitlich schwer Angeschlagene werde alsbald wieder auf den Beinen sein.[14] Doch die Zeilen erreichten Rosenberg nicht mehr; der Historiker war am gleichen Tag seiner Krebserkrankung erlegen.

In ihrem autobiographischen Abriss bemerkte Ruth Fischer, dass sie während der beiden Jahre als *Research Associate* an der New School „mehrere Tausend Seiten an Textauszügen von bislang unbekannten Datensammlungen und Berichten kommunistischer und [sonstiger] revolutionärer Provenienz" angefertigt habe. „Ich habe den ersten Entwurf auf Deutsch geschrieben und könnte innerhalb kürzester Zeit das gesamte Material ins Englische übertragen, so ich die entsprechende technische Hilfe hätte." Nach Hitlers vorhersehbarer Niederlage stünde der deutsche Kommunismus „sehr bald [...] im Zentrum des Interesses." Russland war, in Ruth Fischers Worten, „nicht nur gezwungen, sich der deutschen Invasion zu erwehren, sondern auch dazu, eine interventionistische Politik gegenüber dem Europa von Morgen zu planen."[15] Sie stellte das Manuskript termingemäß fertig, und es sollte im Wesentlichen in ihr Buch *Stalin und der deutsche Kommunismus* eingehen.[16]

Doch wollte Ruth Fischer sich nicht nur der reinen Forschungsarbeit widmen. Sie kehrte zur kampfbetonten politischen Publizistik ihrer Jugend zurück – jedoch in einer anderen Sprache und mit anderer Stoßrichtung. Knapp zwei Jahre nach ihrer Einwanderung in die USA war ihr Englisch so gut geworden, dass sie es als Ausdrucksform ihrer neuen politischen Mission voll nutzen konnte. Noch immer sah sie sich als Teil einer aktiven, kämpferischen Linken, doch schloss sie aus dieser Linken die Parteigänger Stalins kategorisch aus. Hatte sie in Paris kritischen Kreisen der Linken die Augen über die wahre Natur des Stalinismus öffnen wollen, so suchte sie nun ein bürgerliches Publikum als hauptsächlichen Adressaten zu erreichen. Zudem war die gesamte Linke in den USA zahlenmäßig schwach.

Soweit es die Kriegslage zuließ, suchte Ruth Fischer alle Informationen über das weit verstreute KPD-Exil zu sammeln, doch nur aus Mexiko erhielt sie genauere Informationen. Neben den Pfemferts war es vor allem Willi Münzenbergs Witwe Babette Gross, die zu einer Nachrichtenquelle wurde. „An [KPD-]Leuten, die ich kenne, halte ich folgende fest (zu Deiner persönlichen Information, bitte): Otto

---

14 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1388: Ruth Fischer an Arthur Rosenberg, Brief vom 7. Februar 1943, auch abgedruckt in: Abtrünnig wider Willen, S. 155f.

15 Ruth Fischer, Autobiographical Notes. Summary [1944], in: Abtrünnig wider Willen, S. 474.

16 Deshalb wird auf eine Inhaltsangabe an dieser Stelle verzichtet. Die Manuskript-Endfassung befindet sich in den Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2515, sowie gebunden unter der Signatur 44 M-201 F in der Houghton Library der Harvard University.

Katz und Frau, Kisch und Frau, Hans Schröder (ehemaliger Versöhnler), Leopold Katz (übler Karrieretyp der R.H. [Roten Hilfe], verwickelt in spanische Waffenkäufe), Malke Schorr (Leiterin der R.H. in Paris, ging während des Krieges nach Schweden, heiratete dort einen Schweden und reiste hier fröhlich via Sibirien, Japan ein), Bodo Uhse, der den Laufjungen für alles und den Horchposten im deutschen Kulturbund macht. Der Chef des Ganzen ist ein gewisser Hannes Meyer, Architekt, der seine Hände in den dunkelsten Affären hat."[17] Was die Nicht-Stalinisten anbelangt, so habe die kleine Arbeitsgemeinschaft Deutschsprachiger Sozialisten „kürzlich eine Gedenkfeier für Alter und Ehrlich [abgehalten], die trotz wüstem Terror der Stalinisten stattfand und recht gut besucht war."[18] Am 6. April 1944 konnte Ruth Fischer an Babette Gross schreiben, sie habe „den moralischen und physischen Zusammenbruch nach Maslows Tod überwunden" und sitze am Buch über den deutschen Kommunismus. Sie empfahl Babette Gross ihre Publikationen, die sie ihr gern zuschicken könne.[19] Um welche Publikationen ging es?

Stalins Quislinge? Ruth Fischer und das KPD-Exil

Im Juli 1943 erschien Ruth Fischers erste Veröffentlichung in den USA in Form eines Leserbriefes in der Zeitschrift *The American Mercury*. Dies war ein von Lawrence Edmund Spivak ediertes literarisches Magazin, das breite Leserkreise erreichte. In den zehn Jahren von Hitlers Herrschaft, schrieb sie, habe die „ungeheu-

17 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 309, Bl. 1: Babette Gross an Ruth Fischer, Brief vom 4. Mai 1941. Mit dem „Ganzen" war die Liga für deutsche Kultur gemeint, die der KPD-Politik nahestand. Die Liga gehörte jedoch nicht, wie Ruth Fischer vermutete, zum Netzwerk um das Nationalkomitee Freies Deutschland. Paul Merker, der führende deutsche Kommunist im mexikanischen Exil, wollte vermeiden, dass der Eindruck entstand, die Hitlerflüchtlinge in Mexiko würden in irgendeiner Weise den Anordnungen ehemaliger Wehrmachtsoffiziere folgen. Vgl. Wolfgang Kießling, Partner im „Narrenparadies". Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994, S. 190. Gerhart Eisler, mit dem Merker in brieflicher Verbindung stand, lehnte die von Merker stattdessen vorgeschlagene deutsche Emigrantenorganisation im Gesamtmaßstab Lateinamerikas ab. Die Verbindung des KPD-Exils sollte ausschließlich zur KP des jeweiligen Exillandes bestehen bzw. über diese KP nach Moskau. Vgl. ebd., S. 199.

18 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 309, Bl. 4: Babette Gross an Ruth Fischer, Brief vom 5. Mai 1943. Henryk Ehrlich wurde am 15. Mai 1942, Victor Alter am 17. Februar 1943 in der Sowjetunion durch die Stalinisten umgebracht. Beide waren führend im Jüdisch-Sozialistischen Arbeiterbund in Polen zwischen den Weltkriegen aktiv gewesen.

19 Ebd., Mappe Nr. 1374, Bl. 1: Ruth Fischer an Babette Gross, Brief vom 6. April 1944.

re Kapitalkonzentration“ die deutsche Mittelklasse praktisch zerstört. Nach der unvermeidlichen Niederlage des Naziregimes seien dann „die sozialistischen Tendenzen und Hoffnungen der deutschen Volksmassen deshalb nur umso stärker und erbitterter.“ Die deutschen Arbeiter würden sich gegen Hitler erheben, sobald dessen Niederlage sichtbar sei. Hier würden die Kommunisten in Verbindung mit der vorrückenden Roten Armee die entscheidende Rolle spielen. Zwar sei Ernst Thälmann, der einstige KPD-Führer, in Hitlers Hand. Stalin verfüge jedoch über eine große Anzahl williger kommunistischer Helfer wie Pieck und den „als einen der besten GPU-Henker in Spanien bekannten“ Walter Ulbricht. Hinzu käme eine Gruppe wichtiger Kommunisten unter Paul Merker in Mexiko. Der kommunistische Appell würde nach Hitlers Ende viele offene Ohren in Deutschland finden, wenn nicht die westlichen Alliierten den Wiederaufbau einer antistalinistischen, sozialistischen Arbeiterbewegung unterstützen würden.[20]

Ruth Fischers erster längerer Aufsatz erschien unter dem Titel *Stalin's Quislings* am 2. Oktober 1943 im *New Leader*. Die Zeitschrift, die der Socialist Party of America nahe stand, war von ihrem Herausgeber Sol Levitas auf streng antikommunistischen Kurs gebracht worden. Damit stellte sie zeitweilig eine Ausnahme unter linksgerichteten (oder sich als links verstehenden) Periodika dar, denn seit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion war diese zum Verbündeten der USA geworden, und ein offener Antikommunismus war damals nicht gefragt.[21] Mehr noch: Die einstige, durch das deutsch-sowjetische Zusammengehen vom August 1939 nur unterbrochene, echte oder unechte Begeisterung vieler vorgeblich Linker für Stalin war wieder aufgeflammt. Stalins Bewunderer vergaßen sehr rasch, dass die amerikanischen Kommunisten vom August 1939 bis zum Juni 1941 alle wirklichen oder angeblichen internationalistischen Prinzipien über Bord geworfen hatten. Als die Linke auf den Maidemonstrationen für eine Unterstützung der vom deutschen Faschismus überfallenen Länder warb, organisierte die

20 Ruth Fischer, Letter to the Editor: Postwar Germany, in: The American Mercury, Nr. 235 (July 1943), S. 124–126.

21 Vgl. Alan M. Wald, The New York Intellectuals. The Rise and Decline of the Anti-Stalinist Left from the 1930s to the 1980s, Chapel Hill 1987, S. 274, 276. – In einem Buch über die Kooperation amerikanischer und westdeutscher Geheimdienste nach 1945 kritisierte Mary Ellen Reese den „Mangel an politischen Scharfblick“, der z. B. Präsident Roosevelt veranlasste, Sicherheitsvorkehrungen im Briefverkehr mit der Sowjetunion, dem nunmehrigen Verbündeten, aufzuheben. Mary Ellen Reese, Organisation Gehlen. Der Kalte Krieg und der Aufbau des deutschen Geheimdienstes, Berlin 1992, S. 54. Doch blieb ein Teil der amerikanischen Eliten auch in dieser Zeit gegenüber der Sowjetunion gegenüber grundsätzlich negativ eingestellt, legte sich aber dabei aus pragmatischen Gründen Zurückhaltung auf – ebenso wie in der Zeit des deutsch-sowjetischen Bündnisses viele Prostalinisten ihre wahre Haltung verborgen hatten.

KP 1940 und 1941 Gegendemonstrationen unter der demagogischen Losung: „The Yanks are not coming“ (Die Yankees machen nicht mit). Kommunisten traten als Streikführer auf, wann immer Schiffsladungen nach England verladen werden sollten, die für die von deutschen Luftangriffen betroffene Bevölkerung bestimmt waren.[22]

All dies war unter KP-Anhängern am 22. Juni 1941, dem Tag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, vergessen. Die neue Linie verstärkte sich natürlich nach dem Kriegseintritt der USA im Dezember. Ein ungezügeltes Lob über Stalins Sowjetunion zeigte sich nun in einer Flut von Zeitungsartikeln, Büchern und Filmen. Dies ging so weit, dass der Regisseur Michael Curtiz, der kurz zuvor mit *Casablanca* einen der besten Filme des 20. Jahrhunderts gedreht hatte, 1943 einen Streifen unter dem Titel *Mission to Moscow* ablieferte. Der Film mit Walter Houston in der Hauptrolle basierte auf dem gleichnamigen Tagebuch des früheren US-Botschafters in Moskau, Joseph Davis. Darin hatte dieser sein Verständnis und sogar seine Sympathie mit den Tätern der Schauprozesse ausgedrückt. Der Multimillionär war als ein Finanzier des Wahlkampfes von Präsident Roosevelt mit dem Botschafterposten belohnt worden, obwohl er kein Russisch sprach. Nach Auffassung Walter Laqueurs setzte er auf Stalin, wie man auf ein Pferd setzt, und im Kalkül einer solch zynischen „Realpolitik“ zählten die Ermordeten, zumal wenn sie Kommunisten waren, nicht.[23]

Auf Initiative zweier Anhänger Trotzkis, Albert Goldman und Dwight Macdonald, entstand ein Protestkomitee, das versuchte, die Öffentlichkeit vor dem Propagandastreifen zu warnen. Trotz der prominenten Mitglieder, zu ihnen gehörten Max Eastman, Sidney Hook, Edmund Wilson und Norman Thomas, blieb die Wirkung begrenzt.[24] Doch griff Ruth Fischer die Erklärung des Komitees, auf, als sie an die Rechtfertigung der Moskauer Prozesse durch viele deutsche Exil-Intellektuelle erinnerte. Sie schlug die Brücke zur Gegenwart und behauptete, *The*

22 Vgl. Donna T. Haverty Stacke, America’s Forgotten Holiday. May Day and Nationalism, 1867–1960, New York/London 2009, S. 173. Die Mitgliedschaft der KP der USA fiel, eigenen (vielleicht geschönten) Angaben zufolge, von 65.000 im Sommer 1939 auf rund 50.000 im Januar 1941. Vgl. John Earl Hines/Harvey Klehr, The CPUSA Reports to the Comintern: 1941, in: American Communist History, 4 (2005), Nr. 1, S. 26 und 28.

23 Vgl. Walter Laqueur, Mythos der Revolution. Deutungen und Fehldeutungen der Sowjetgeschichte, Frankfurt 1967, S. 23. Zum Film vgl. Todd Bennett, Culture, Power and *Mission to Moscow*. Film and Soviet-American Relations During World War II, in: Journal of American History, 88 (2001), Nr. 2, S. 489–518.

24 Vgl. William L. O’Neill, A Better World. The Great Schism: Stalinism and the American Intellectuals, New York 1982, S. 76.

German American, das Sprachrohr der überparteilichen German American Emergency Conference, sei ein stalinistisches Blatt.[25]

Bereits hier wurde Ruth Fischers fatale Neigung sichtbar, ungeprüft Namen aneinanderzureihen, deren Träger sie in der einen oder anderen Weise mit prostalinistischer Gesinnung assoziierte. Das unterschied sie damals beispielsweise von Sidney Hook, der wie sie einen Antistalinismus von links vertrat. „Russlands militärische Erfolge waschen die heimischen Verbrechen nicht ab", schrieb er Anfang 1942 und erinnerte an die Opfer des Stalin-Terrors. Heute müsse man die Sowjetunion jedoch unterstützen, ohne diesen Terror zu verschweigen. Ebenso könne man heute ein amerikanischer Patriot sein, „ohne die gegen die Neger gerichtete Rassentrennung oder die Internierung von Ausländern in militärischen und zivilen Lagen gutzuheißen." Hook hütete sich jedoch, Namen zu nennen, deren Träger nicht als Stalin-Anhänger unzweifelhaft feststanden.[26]

Anders Ruth Fischer. Sie schrieb, „*The German American*, das Wochenmagazin der deutschen Stalinisten hier", lebe vom literarischen Renommee solcher Beiträger wie Carl Zuckmayer und Oskar Maria Graf.[27] Sie hingen aber am Gängelband

---

25 Der vollständige Name der Organisation lautete German American Conference to Defeat Hitler for the Safeguard of American Democracy. Sie trat am 1. März 1942 auf einer Konferenz in der New Yorker Webster Hall an die Öffentlichkeit. Präsident war Kurt Rosenfeld, ehemals SPD und SAP, der sich nun der KPD angenähert hatte, Sekretär war Felix Boenheim, KPD, doch saß auf dem Podium der Eröffnungstagung auch Arthur Rosenberg bei einem seiner letzten öffentlichen Auftritte. Vgl. Joachim Radkau, Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluss auf die amerikanische Europapolitik 1933–1945, Düsseldorf 1971, S. 173, und Mario Keßler, Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943), Köln u. a. 2003, S. 237f.

26 Sidney Hook, Russia's Military Successes Do Not Whitewash Crimes at Home, in: The New Leader vom 31. Januar 1942.

27 Zuckmayer publizierte jedoch gar nicht in dem Blatt. Seine antistalinistische Haltung stand außer Zweifel, und er selbst betonte später, dass der Pakt vom 23. August 1939 ihm die letzten Hoffnungen genommen habe, die Sowjetunion sei ein ernsthafter Bundesgenosse gegen den Faschismus. Seine Skepsis wich auch nicht, als er, gleich allen anderen Antifaschisten, ab 1941 auf den Sieg der Sowjetunion über Deutschland hoffte. Er schrieb während des ganzen Krieges nicht, sondern bewirtschaftete seine Farm in Vermont. Die einzige Ausnahme war ein Nachruf auf Stefan Zweig: Aufruf zum Leben, Wiederabdruck in: Carl Zuckmayer, Aufruf zum Leben. Porträts und Zeugnisse aus bewegten Zeiten, Frankfurt 1982, S. 12–15. Vgl. auch Zuckmayers Autobiographie: Als wär's ein Stück von mir. Horen der Freundschaft, Stuttgart/Hamburg 1966, S. 143 und 546. Zudem hatte er sich einen Teil seiner frühen Begeisterung für Trotzki bewahrt. Vgl. ebd., S. 278. – Graf hatte 1934 als Gast am sowjetischen Schriftstellerkongress teilgenommen. Sein Bericht, der schließlich auch in der DDR erschien, unterschied sich jedoch erheblich von der Lobpreisung Stalins etwa durch Feuchtwanger. Allerdings konnte Ruth Fischer dieses Buch nicht gelesen haben, da es erstmals 1974 aus Grafs Nachlass veröffentlicht wurde. Darin

kommunistischer Veteranen wie Hermann Duncker und Albert Schreiner, die hier in den USA ebenso das stalinistische Netzwerk kontrollierten wie Ludwig Renn und André Simone in Mexiko. Der Theologe Reinhold Niebuhr, der für die German-American Friends of German Freedom, der Trägerorganisation der Zeitschrift gewonnen wurde, sei „ohne Zweifel einer der vielen ehrbaren Opfer der ‚Veteranen' mit ihren stets einsetzbaren politischen Fertigkeiten." Alfred Kantorowicz geriet ebenso ins Schussfeld wie Ruth Fischers alter Wiener Genosse Karl Frank: Unter dem Namen Paul Hagen sei er eine Schlüsselfigur dieses Komitees und verfüge über beste Kenntnis der Beteiligten – gerade deshalb nenne ihn das Komitee nicht. Die German-American Friends of German Freedom seien die amerikanische Filiale des Nationalkomitees Freies Deutschland, das in Moskau seinen Sitz habe und unter der Leitung der KPD-Spitzen Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck stehe. Was Stalin durch das Bündnis mit dem Hitlerregime nicht gelungen sei, plane er jetzt mit seinen kommunistischen Vasallen: die Beherrschung Kontinentaleuropas; und die deutschen Antifaschisten verstünden sich auf die Rolle des Helfers, würden sie doch davon profitieren. Alles in allem: „Hinter dem Vorhang der Siege der Roten Armee scheinen die Aussichten für eine neue Form des lang geplanten russisch-deutschen Kontinentalblocks sehr günstig."[28] Dass zum Beispiel der alte, halbblinde Hermann Duncker schon aus physischen Gründen für eine angestrengte politische Arbeit nur bedingt in Frage kam, ganz zu schweigen davon, dass er nach dem Tod seines Sohnes Wolfgang im sowjetischen Lager kaum bereit war, Handlangerdienste für Stalin zu leisten – solche Dinge überging Ruth Fischer.[29]

---

kritisierte Graf, dass Bücher von oppositionellen Schriftstellern nicht mehr verlegt würden wie überhaupt die Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Vgl. Oskar Maria Graf, Meine Reise nach Sowjetrussland 1934, Berlin [DDR] 1977, S. 51. Beiträge Grafs wurden jedoch in der *Internationalen Literatur*, der in Moskau erscheinenden deutschsprachigen und notwendigerweise stalinistischen Zeitschrift, gedruckt. Vgl. Grafs Bibliographie in: Rolf Recknagel, Ein Bayer in Amerika. Oskar Maria Graf – Leben und Werk, Berlin [DDR] 1974, S. 406–415.

28 Ruth Fischer, Stalin's Quislings – Kremlin Rallies Intern'l Circles To Support Soviet Maneuver for „Free Germany", in: The New Leader vom 2. Oktober 1943. Vorüberlegungen und frühere Versionen des Artikels finden sich in den Ruth Fischer Papers, Mappen Nr. 2494: Notebook, und 2503: Presenting Stalin's Quislings.

29 Wolfgang Duncker war 1938 in der Sowjetunion verhaftet worden und 1940 im Lager verstorben. Zu den verzweifelten Bemühungen seiner Eltern, ihn frei zu bekommen vgl. Heinz Deutschland/Mario Keßler, Hermann Duncker. Sozialdemokratischer „Wanderprediger", Spartakist, Gewerkschaftsführer, Hamburg 2001, bes. S. 14–24. Ruth Fischer dürfte vom Schicksal Wolfgang Dunckers mindestens durch Paul Frölich, der mit den Dunckers befreundet war, gewusst haben.

Sie wiederholte am Ende des Jahres ihre Warnung vor einem Deutschland unter Stalin in einer kleinen gewerkschaftsnahen Zeitschrift. „Keine Verträge oder Abmachungen werden Stalin daran hindern, mittels Tausender von Komitees, Organisationen und durch eine große Anzahl gut ausgewählter, reputierlicher Persönlichkeiten seinen Einfluss auszuüben. Im künftigen gigantischen Kampf um die Antwort auf die Frage: ‚Was kommt nach Hitler?‘ sind die Stalinisten die einzige Kraft, die darauf in gut organisierter Weise vorbereitet ist." Im Westen sei hingegen wenig Kenntnis über die Veränderungen innerhalb Russlands, die sich in den letzten Jahren vollzogen hatten, vorhanden. Eine „wahre Demokratie", wie sie Russlands Helfer um das Nationalkomitee Freies Deutschland und Stalins Quislinge wie Ulbricht verkündeten, werde aber nichts anderes hervorbringen als „eine neue Sklaverei."[30]

Besonders scharf attackierte Ruth Fischer Albert Schreiner, einen Widersacher aus den Parteikämpfen um 1923, der dann zur KPO ging, aber 1934 im Exil zur KPD zurückkehrte. Ohne Belege zu nennen, schrieb sie: „Albert Schreiner ist ein alter deutscher Kommunist, der sehr früh mit dem Geheimdienst der deutschen kommunistischen Partei verbunden war, der wiederum eng an die russischen Geheimdienste in Deutschland angebunden war. Nach einem kurzen ‚oppositionellen‘ Zwischenspiel war er, zweifelsohne als Belohnung für seine besonderen Gaben und in Voraussicht künftiger Dienste, einer der sehr wenigen Oppositionellen, die die kommunistische Partei jemals wieder aufnahm. Er diente Stalin treu, besonders in Spanien und unter den Flüchtlingen. Sein Rang in der GPU entspricht etwa dem eines Majors, und er ist einer jener erbarmungslosen, brutalen Typen, denen eine ganz undurchsichtige Rolle im Nachkriegsdeutschland zugedacht ist. Eine Zusammenarbeit mit solchen Typen wie Schreiner ist ein unverzeihliches Verbrechen und macht den Weg frei für den Triumph des Stalinismus."[31] Auch

30 Ruth Fischer, Kremlin's Policy Towards Reich, in: The Workmen's Circle Call, December 1943, S. 14.

31 Ruth Fischer, „Free Germans" in Moscow calling New York, in: The Network Nr. 3 (March 1944), S. 2. Mehr zu dieser von Ruth edierten Zeitschrift im Folgenden. Da die einzelnen Beiträge im *Network* ansonsten fast alle ungezeichnet sind, wird im Folgenden beim Zitieren nur auf die jeweilige Nummer und Seitenzahl verwiesen. Eine vollständige Sammlung des *Network* befindet sich in den Robert F. Wagner Labor Archives der Tamiment Library an der New York University, der wichtigsten Sammelstelle zur Geschichte der US-amerikanischen Arbeiterbewegung. Auch die Ruth Fischer Papers enthalten alle Exemplare der Zeitschrift. – Schreiner arbeitete ab 1934 nicht für den sowjetischen Geheimdienst, sondern für den KPD-Nachrichtendienst. Er leitete von Paris aus ein Netzwerk, das Informationen über die deutsche Aufrüstung beschaffte. Ruth Fischers Behauptungen oder Anspielungen (auf Schreiners Rolle bei der Unterdrückung nichtkonformer Anschauungen während des Spanienkrieges) waren aus der Luft gegriffen. Vgl. Mario

Jacob Walcher, einst in der KPD Ruth Fischers Gegner, und einmal mehr Karl Frank wurden als Werkzeuge Stalins namhaft gemacht. Beweise dafür blieb Ruth Fischer schuldig.[32] Gemeinsam mit Varian Fry und dem Publizisten Klaus Dohrn suchte sie eine Gegeninitiative zu den German-American Friends ins Leben zu rufen, doch wurde nichts daraus.[33]

Selbst Georgi Dimitrow, der von den Kommunisten bewunderte „Held von Leipzig", der im Reichstagsbrandprozess 1933 freigesprochen werden musste, fand keine Schonung. „Dimitrow war niemals mehr als eine gutaussehende Null", schrieb Ruth Fischer im Januar 1944 im *New Leader*. Als Exilant im Moskau der 1920er Jahre sei er von seinen Schutzherren völlig abhängig gewesen, folgte erst Sinowjew und dann Stalin. Warum habe sich der Komintern-Apparat mit seiner internationalen Propagandamaschine so sehr für Dimitrow eingesetzt, als er in deutscher Haft war? „Wenn ein kleiner Agent einen Unfall hat und ins Gefängnis geht, kümmert sich niemand groß darum; er kann auf Jahre einsitzen, wie es so oft in Polen, den baltischen oder den Balkanländern der Fall war. Eine der interessantesten Begebenheiten dieser Art ist das Schicksal des deutschen Kommunisten Arthur Ewert. Dieser war mit dem schwierigen Auftrag betraut worden, einen kommunistischen Putsch in Brasilien zu organisieren. Er scheiterte und verschwand Jahrzehnte lang in einem brasilianischen Gefängnis; er verlor den Verstand und ist jetzt in einem brasilianischen Gefängnis für Geisteskranke." Ewert sei jedoch, anders als Dimitrow, kein unbedingter Gefolgsmann der jeweils

Keßler, „Hitler treibt zum Krieg". Albert Schreiner als Militärwissenschaftler im Exil, in: Ders., Von Hippokrates zu Hitler. Über Kommunismus, Faschismus und die Totalitarismus-Debatte, Berlin 2008, S. 129–148.

32 The Network, 1 (1944), Nr. 3, S. 2. – Frank hatte sich, hier war Ruth Fischers Behauptung richtig, aus taktischen Gründen von der Öffentlichkeitsarbeit der German-American Friends for German Freedom zurückgezogen. Vgl. Albrecht Ragg, The German Socialist Emigration in the United States 1933 to 1945, Ph.D. Thesis, Loyola University of Chicago 1977, S. 408f. Ruth Fischers Angriffe auf Karl Frank bewahrte dieser in einer Mappe seines Nachlasses auf. Vgl. Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford (California): Karl Frank Collection, Box Nr. 7, Folder 6: Ruth Fischer and „The Network". – Im Dezember 1945 schrieb Ruth Fischer an Heinrich Hellman nach London: „Hoffentlich liquidiert der Stalin einige von den Resten [der deutschen Emigranten], die der Hitler übrig gelassen hat und macht den Weg dann endlich frei." Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1429, Bl. 1: Ruth Fischer an Heinrich Hellmann, Brief vom 13. Dezember 1945.

33 Vgl. Anne Klein, Flüchtlingspolitik und Flüchtlingshilfe 1940–1942. Varian Fry und die Komitees zur Rettung politisch Verfolgter in New York und Marseille, Berlin 2007, S. 430f. Frys anfangs gute Beziehung zu Karl Frank war zu diesem Zeitpunkt merklich abgekühlt.

herrschenden Richtung in Moskau gewesen, und deshalb verwende sich die Komintern für ihn weit weniger als für den Bulgaren.[34]

Im Februar 1944 bezog Ruth Fischer in der gleichen Zeitschrift zum „Problem der europäischen Wirtschaft" Stellung, einem Thema, für das sie keine Spezialistin war, das sie aber mit Recht als Kernproblem der öffentlichen Diskussion sah. Zum Anlass nahm sie das Buch *The Legacy of Nazism*, dessen Autor, Frank Munk, aus der Tschechoslowakei vor den Nazis geflohen war. Sie skizzierte ein weitgehend korrektes Bild der europäischen Wirtschaft unter deutscher Herrschaft mit dem Konglomerat an privaten und staatlichen Konzernen, die den Kontinent auspressten, der Deindustrialisierung der unterworfenen Länder und den gigantischen Arbeitsarmeen, in die Millionen von „Fremdarbeitern" gezwungen wurden. Doch die „Partnerschaft zwischen dem Bankdirektor und der Gestapo" dürfe nicht vergessen lassen, dass „*die Partnerschaft zwischen dem Direktor des Trusts und der GPU das hervorstechende Merkmal der russischen Ökonomie*" sei und letztlich „*eines der hauptsächlichen Geheimnisse ihrer erstaunlichen Effizienz im Krieg gegen Deutschland*. Arisierung und Entkulakisierung haben viel gemeinsam, nicht nur von *außen* betrachtet, sondern auch vom politischen Standpunkt der Durchsetzungsfähigkeit des politischen Machtzentrums in beiden Staaten. Eine wirklich befriedigende Analyse der Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten der deutschen und russischen Wirtschaft, die den Unterschied bezüglich ihrer historischen Entstehung und gewisse strukturelle Unterschiede klar berücksichtigt, bleibt eine der wichtigsten Aufgaben jeder heutigen Wirtschaftsanalyse, ohne die eine Wiedergeburt einer europäischen Arbeiterbewegung unmöglich ist. *Der Mythos des Plans, seine Identifizierung mit ‚Sozialismus', die Rechtfertigung des russischen Terrors unter Bezug auf seine wirtschaftliche Effizienz ist das größte Zerrbild und das Desaster des gesamten heutigen sozialistischen Denkens*."[35]

Die unermessliche Zerstörung der europäischen Wirtschaft werde nach dem Sieg über Hitler zum verstärkten Ruf nach einer Planwirtschaft führen, da nur

---

34 Ruth Fischer, The Dimitrov Legend, in: The New Leader vom 29. Januar 1944. Kritisch zu ihrer Mutmaßung, Dimitrows Freilassung in Leipzig sei einem Deal zwischen Moskau und Berlin zu verdanken gewesen, Marin Pundeff, Dimitrov at Leipzig: Was There a Deal?, in: Slavic Review, 45 (1986), Nr. 3, S. 545–549. Zu Ewert vgl. die sehr oberflächliche Biographie von David P. Hornstein, Arthur Ewert. A Life for the Comintern, Lanham (Maryland) 1993, und Jürgen Mothes, Briefe aus Montevideo – Arthur Ewert und die Wandlung von Luis Carlos Prestes zum Kommunisten, in: Ders., Lateinamerika und der „Generalstab der Weltrevolution". Zur Lateinamerika-Politik der Komintern, hg. von Klaus Meschkat, Berlin 2010, S. 25–62. Eine Biographie Ewerts von Ronald Friedmann ist in Arbeit.

35 Ruth Fischer, The Future of European Economy, in: The New Leader vom 12. Februar 1944. Hervorhebung im Text. Hiernach auch das Folgende.

diese den Wiederaufbau leisten könne. Von diesem Fehlschluss aber werde niemand mehr profitieren als der Stalinismus und seine Fürsprecher im Westen. Dies bewusst negiert zu haben, sei der Kardinalfehler von Munks Buch, und gerade deshalb leiste es, „mehr oder weniger, einen Beitrag zur Rechtfertigung des Stalinismus, denn es greift den Nazismus und die Terrormethoden der Nazis an, ohne die Grundfrage unserer Zeit zu behandeln, nämlich die Planwirtschaft, den Terror und die Rolle der Arbeit", die damit zusammenhängen.

Mit solchen Bemerkungen empfahl sich Ruth Fischer dem rechten Zweig der amerikanischen Gewerkschaftsführungen, lehnten diese doch im Konsens mit der *moral majority* staatliche Eingriffe in das wie ein Heiligtum gehütete private Unternehmertum ab. Sie taten dies auch dann, als Präsident Roosevelts New Deal mit ebensolchen Eingriffen das Beispiel einer erfolgreichen kapitalistischen Krisenlösung gezeigt hatte. Zudem hätte die Kriegswirtschaft ohne einen gewissen staatlichen Dirigismus überhaupt nicht funktioniert. Ruth Fischer vernachlässigte dies. Damit nahm sie auf der Linken (und sie zählte sich noch immer dazu) eine Minderheiten-Position ein, wenngleich sie nicht ganz alleinstand:

In Frankreich hatte der italienische Ex-Trotzkist Bruno Rizzi 1939 nachzuweisen versucht, dass Nazismus, Stalinismus und der New Deal in der Grundsubstanz dem gleichen dirigistischen Wesen entsprungen wären, dessen Motor und Nutznießer eine substanziell überall gleichartige Manager-Klasse sei. Diese Manager-Klasse errichte, wo immer sie zur Macht gelange, ein nachkapitalistisches Regime, das die Marktgesetze zugunsten einer geplanten Ökonomie der Arbeit und der Herrschaft außer Kraft setze. Eine solche Manager-Klasse sei trotz unterschiedlicher ideologischer Markenzeichen international miteinander verbunden. Diese halsbrecherische Konstruktion verleitete Rizzi später zu der Behauptung, dass jenes Element dieser Manager-Klasse am Ende sich zu Herrschern über die Gesellschaft aufschwingen würde, das auf das Knüpfen übernationaler Verbindungen sozusagen trainiert sei: das internationale Judentum. Rizzi unterließ es nachzuweisen, wie das Judentum, das im von Deutschland beherrschten Europa verfolgt und ausgerottet wurde, die Herrschaft ausüben könnte.[36] So weit ging Ruth Fischer zu keiner Zeit, und doch wird man sagen dürfen, dass sie mit ihrer prinzipiellen Ablehnung der Plan- und Gemeinwirtschaft, ob sie sich dies eingestand oder nicht,

36 Vgl. Bruno Rizzi, The Bureaucratization of the World, New York 1985, hier besonders die umfangreiche Einleitung von Adam Westoby. Vgl. zu Rizzi auch Marcel van der Linden, Von der Oktoberrevolution zur Perestroika. Der westliche Marxismus und die Sowjetunion, Frankfurt 1992, bes. S. 70–72. Ruth Fischer könnte Rizzis Buch *La bureaucratisation du monde* noch 1939 in Paris gelesen haben, da Rizzi Ruth Fischers Freund Ante Ciliga kannte und sich auch auf ihn bezog. Vgl. Rizzi, Bureaucratization, S. 45.

eine Grenze überschritt, die sie vom Sozialismus jeder Ausprägung trennen musste.

Sie fuhr fort, jene zu bekämpfen, die sie als Handlanger Moskaus ansah, und ihr nächstes Angriffsziel war Bertolt Brecht. Im April 1944 erschien in der von Dwight Macdonald edierten Zeitschrift *Politics* ihr Artikel „Bert Brecht, Minnesänger der GPU."[37]

„Die Russische Propaganda ist sehr aktiv an der kulturellen Front", begann sie. „Man kann mindestens dreißig verschiedene Arbeiten im neuesten Stil in deutscher Sprache kaufen, hier in New York, die aber in Moskau produziert worden sind und stolz darauf hinweisen: ‚The Foreign Language Publishing House, Moscow'."

Zu deren Verfassern gehören, fuhr Ruth Fischer fort, „Erich Weinert, Vorsitzender der ‚Freien Deutschen' in Moskau, speziell ausgebildet in Spanien, Johannes R. Becher, der die Harfe zu Ehren der GPU zupfte, als diese durch Zwangsarbeit Zehntausender ihrer unglücklichen Opfer den ‚großen' Kanal von der Ostsee zum Weißen Meer bauen ließ, Willi Bredel, Friedrich Wolf, Theodor Plivier (ein Mann mit besserer Vergangenheit) und eine schreckliche, aus Wien kommende Verfasserin kleinbürgerlicher Kitschkunst, Klara Blum, die Jahre des Trainings in der Lobpreisung von ‚Väterchen Stalin' hinter sich hat und deren gesamte Produkte in der ‚Internationalen Literatur' abgedruckt sind, die seit 1933 in Moskau herausgegeben wird. Die Literatur ist das Opium des Stalinismus."[38]

Brecht sei literarisch einer anderen Klasse zuzuordnen. Auch sei er klug genug gewesen, sich von Stalins Machtbereich fernzuhalten „Er stimmte mit den Füßen gegen Stalins Russland und zog das kapitalistische Amerika dem ‚sozialistischen

---

37 Ruth Fischer, Bert Brecht, Minstrel of the GPU, in: Politics, April 1944, S. 88f. Hiernach die folgenden Zitate. Das in ihrem Buch *Stalin und der deutsche Kommunismus* unter dem gleichen Titel abgedruckte Unterkapitel ist eine erweiterte, zum Teil von diesem Text erheblich abweichende Version. Vgl. auch Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1634, Bl. 3: Ruth Fischer an Dwight Macdonald, undatierter Brief mit Übersendung des Artikels. Verschiedene Textentwürfe des Artikels befinden sich ebd., Mappe Nr. 2506.

38 Die heute nur noch wenig bekannte Klara Blum (1904–1971) stammte aus Czernowitz, wuchs in einer zionistischen Familie auf und lebte zeitweilig in Palästina. 1929 schloss sie sich der österreichischen Sozialdemokratie, später der kommunistischen Bewegung an und heiratete in Moskau den Theaterregisseur Zhu Xiangcheng. Dieser verschwand spurlos in den stalinistischen „Säuberungen", doch glaubte seine Frau, er sei in geheimer Mission nach China zurückbeordert worden. Sie reiste 1947 nach China, erfuhr aber nichts über ihn, beschloss jedoch, im Land zu bleiben. Nach einem wechselvollen Leben arbeitete sie unter dem Namen Zhu Bailan als Literaturprofessorin an verschiedenen chinesischen Hochschulen. Vgl. Klara Blum, Kommentierte Auswahledition, hg von Zhidong Yang, Wien u. a. 2000, mit biographischer Einführung.

Vaterland' vor." In Amerika sei der literarisch Talentierte keineswegs ein Unbekannter. Er sei einer der „fähigsten Bewunderer des ‚großen Stalin', ehrlich in seiner Bewunderung, da ihm sozialistische Ideen und sozialistische Theorie fremd geblieben sind. Er gehört zu einem neuen Typus, der in der deutschen Emigration so häufig auftritt, der dem Mythos des totalen Staates, des totalen Terrors und der eisernen Parteidisziplin erlegen ist. In diesem Sinne ist er typisch für so viele Deutsche aus den zwanziger Jahren, ein treibendes Blatt im Hurrikan, das dem Stalinismus als der für ihn einzig möglichen Alternative zum Nazismus zutreibt. Ganz in diesem Sinne werden die Nazis im Nach-Hitlerschen Deutschland wieder hin zum Stalinismus getrieben, denn sie sind in der Methode des Denkens und im Organisationsprinzip einander sehr ähnlich, sie sind Zwillingsbrüder der europäischen Konterrevolution."

Dies habe sich bereits 1930 gezeigt, als Brecht sein Stück *Die Maßnahme* schrieb.[39] Darin „zeigte er nicht nur in Form des Dramas die Methoden der GPU als geheiligte und respektierte Institution der kommunistischen Partei, sondern billigte und glorifizierte auch die Prozesse, bevor diese überhaupt in Stalins Hirn ihre perfekte Gestalt angenommen hatten, somit die Parteilinie zu ihrem logischen Endzweck führend. Dieses ‚künstlerische' Werk muss man kennen, wenn man die Frage aufwirft: Was soll aus Deutschland werden?"

In diesem Lehrstück berichten vier Agitatoren der Kontrollkommission von ihrem Auftrag in Form von Argumenten und Gegenargumenten. Der Kontrollchor dankt den Agitatoren für ihre Arbeit im Dienste der Revolution, aber die Agitatoren werfen ein:

„Halt, wir müssen etwas sagen! Wir melden den Tod eines Genossen.
Der Kontrollchor: Wer hat ihn getötet?
Die vier Agitatoren: Wir haben ihn getötet. Wir haben ihn erschossen und in eine Kalkgrube geworfen.
Der Kontrollchor: Was hat er getan, dass ihr ihn erschossen habt?

39 Eine erste Fassung schrieb Brecht 1930, die er 1932 umarbeitete und die (mit nochmals sehr geringfügigen Änderungen) der Werkausgabe zugrunde liegt. Vgl. zur Entstehungsgeschichte vor allem die im Folgenden genannten Werke von Ilja Fradkin und Werner Mittenzwei sowie Jürgen Schebera, „Die Maßnahme" – „Geschmeidigkeitsübung für gute Dialektiker"?, in: Werner Hecht (Hg.), Brecht 83. Brecht und Marxismus. Dokumentation, Berlin [DDR] 1983, S. 91–102, und Günter Hartung, Der *Maßnahme*-Text, in: Ders., Der Dichter Bertolt Brecht. Zwölf Studien, Leipzig 2004, S. 111–125.

Die vier Agitatoren: Oftmals tat er das Richtige, einige Male das Falsche, aber zuletzt gefährdete er die Bewegung. Er wollte das Richtige und tat das Falsche. Wir fordern euer Urteil.“[40]

Die Verkündung und Vollstreckung des Urteils gerate bei Brecht, so Ruth Fischer, zur Apotheose.

„*Der Kontrollchor*: Und eure Arbeit war glücklich,
ihr habt verbreitet die Lehren der Klassiker,
das ABC des Kommunismus ...
Und die Revolution marschiert auch dort
Und auch dort sind geordnet die Reihen der Kämpfer;
Wir sind einverstanden mit euch.“

Die Maßnahme, deren Aufführung Brecht nach dem Krieg verbot, gehört noch immer zu seinen umstrittensten Werken. Es ging ihm darum, „einen gesellschaftlich-existenziellen Fall als Grenzsituation menschlicher Entscheidungsmöglichkeit durchzuspielen“, so sein Biograph Werner Mittenzwei.[41] Er habe sich in dem Stück die Frage gestellt, „was die Menschen auf sich nehmen, was sie mit sich selbst machen müssen, um diese Welt zu verändern.“[42] Hingegen schrieb Hans Mayer, Brecht sei mit der *Maßnahme* „an der Grenze zur Menschenverachtung angelangt.“[43] Der Autor habe, so der Moskauer Brecht-Forscher Ilja Fradkin, diese „schreckliche Formel der Selbstpreisgabe der Persönlichkeit, diese Philosophie der Verwandlung des Menschen in ein namenloses Sandkörnchen im Fundament eines majestätischen Gebäudes“ als Ausdruck „revolutionärer“ Moral wenn nicht gepriesen, so doch als hier unvermeidlich dargestellt. „Doch schon dieser Glaube war ein Irrtum.“[44]

---

40 Ruth Fischer zitierte relativ frei nach einem ihr offenbar vorliegenden englischen Text, wohl der Fassung, die Richard Thompson für das FBI angefertigt hatte. Vgl. Alexander Stephan, Im Visier des FBI. Deutsche Exilschriftsteller in den Akten amerikanischer Geheimdienste, Berlin 1998, S. 12. In *Stalin und der deutsche Kommunismus* nutzte sie den Originaltext der zweiten Fassung aus: Bertolt Brecht, Die Maßnahme, in: Ders., Gesammelte Werke, Bd. 2, London 1938, S. 329–359, auf den auch hier zurückgegriffen wird.

41 Werner Mittenzwei, Bertolt Brecht oder Der Umgang mit den Welträtseln, Bd. 1, 3. Aufl., Berlin/Weimar 1988, S. 361. Mittenzwei schreibt, Brecht und Ruth Fischer hätten sich erst in den USA kennengelernt. Vgl. ebd., Bd. 2, S. 175, unter Bezug auf Ernst Aufricht, Erzähle, damit du dein Recht erweist, München 1969, S. 226. Möglicherweise waren sie aber einander im Haus von Karl Korsch in Berlin begegnet. Vgl. Henry Pachter, Weimar Etudes, hg. von Stephen Eric Bronner, New York 1982, S. 54f.

42 Mittenzwei, Bertolt Brecht, Bd. 1, S. 352.

43 Hans Mayer, Zeitgenossen. Erinnerung und Deutung, Frankfurt 1999, S. 185.

44 Ilja Fradkin, Bertolt Brecht. Weg und Methode, Leipzig 1974, S. 126. Das Wort „revolutionärer“ ist bei Fradkin in Anführungszeichen gesetzt.

„Wer für den Kommunismus kämpft, der muss kämpfen können und nicht kämpfen; die Wahrheit sagen und die Wahrheit nicht sagen; Dienste erweisen und Dienste verweigern; Versprechen halten und Versprechen nicht halten; sich in Gefahr begeben und die Gefahr vermeiden; kenntlich sein und unkenntlich sein. Wer für den Kommunismus kämpft, hat von allen Tugenden nur eine: dass er für den Kommunismus kämpft." So hieß es bei Brecht. Eine solche „Philosophie der Zulässigkeit eines jeglichen Bösen im Namen des endlichen Sieges des Guten, der Geringschätzung des Menschen zum Wohle der Menschheit, diese neue Legende vom Großinquisitor", war von kommunistischer Ethik, wie sie Fradkin verstand, „meilenweit" entfernt.[45] Doch indem Brecht die Praktiken einer „bolschewisierten" kommunistischen Partei zu ihrem logischen, wenn auch nicht unvermeidlichen Extremschluss führte, gab er auch den Kritikern solcher Praktiken Argumente in die Hand. Die Rezeption des Stückes in der kommunistischen Presse der Weimarer Republik war durchaus geteilt.[46] Doch brauchte Stalin kein Brecht-Stück, um seine Terrorprozesse zu planen oder gar zu legitimieren.

Ernst Aufricht, der einst als Theaterdirektor die Uraufführung von Brechts *Dreigroschenoper* ermöglicht hatte und ihm seitdem verbunden war, kannte auch Ruth Fischer und wusste von dem Plan, ihren Artikel zu veröffentlichen. Er brachte sie mit Brecht in der New Yorker Wohnung Ruth Berlaus zusammen. Das Gespräch sollte Klärung bringen. Aufricht schrieb über Ruth Fischer: „Ich stieg mit ihr die vier Treppen hinauf. Sie keuchte, sie war unförmig dick und herzkrank. Der Anfang des Abends war sonnig, bei Rühreiern, die Ruth Berlau servierte, bis die Fischer zur Attacke überging: ‚Brecht, Sie mit Ihrem politischen Primanergehirn fingen an, sich für die Partei zu interessieren, als sie schon von Stalin zersetzt war.' In normalen Verhältnissen hätte Brecht versucht, sie niederzuschreien, oder er hätte sie hinausgeworfen. Aber hier in Amerika saß er auf dem falschen und sie auf dem richtigen Pferd. Brecht redete sie achtungsvoll mit ‚Genossin' an und versuchte, eine gemeinsame proletarische Brücke zu finden." Doch dies misslang. „Um drei Uhr morgens war der Hass zwischen den beiden, die sich gegenseitig für Häretiker hielten, so groß, dass ich vorschlug, aufzubrechen."[47]

45 Ebd., S. 127.

46 Vgl. hierzu Mittenzwei, Bertolt Brecht, Bd. 1, S. 358–362, unter Bezugnahme auf Alfred Kurella und Otto Bihali-Merin. – Das Motiv, ein Todesurteil billigend zu akzeptieren, ist natürlich in der Literatur älter: Auch im *Prinz von Homburg*, Heinrich von Kleists letztem Werk, ist der Hauptcharakter bereit, das Urteil aus freien Stücken anzunehmen. Doch endet das Drama, anders als bei Brecht, mit der Begnadigung des Verurteilten, der wie aus einem Traum erwacht.

47 Aufricht, Erzähle, damit du dein Recht erweist, S. 226. Der Ansicht, Ruth Fischer habe sich mit Brecht von der Position eines „liberalen, pluralistischen Sozialismus" auseinan-

Die Maßnahme war durch den Einsatz von Arbeiterchören geprägt, wofür Hanns Eisler verantwortlich zeichnete. Ihre Zusammenarbeit aus Berlin erfuhr in Hollywood eine vielfältige Fortsetzung, so bei Fritz Langs Film *Auch Henker sterben*, der das Attentat auf Reinhard Heydrich nachgestaltete.[48] Brecht hatte große Teile des Drehbuchs geschrieben und Eisler die Musik geliefert. Die Kooperation verlief gut, und Eislers Filmmusik erhielt 1944 eine „Oscar"-Nominierung.[49] Da Eisler zudem an der University of Southern California einen Lehrauftrag innehatte, der später in eine Professur umgewandelt wurde, ging es ihm nun finanziell besser als den meisten Emigranten. Am 30. Mai 1942 besuchte er Brecht, der nur wenige Minuten von ihm entfernt wohnte, um mit ihm weitere Pläne zu besprechen, aus denen nach dem Attentat vom 4. Juni dann die Idee für dessen künstlerische Verarbeitung erwuchs. Am Vortag hatte Brecht gerade Besuch von zwei Mitarbeitern des FBI erhalten.[50]

Es sollte nicht die letzte Begegnung des Dramatikers mit dem FBI bleiben. Brecht hatte, wie Patty Lee Parmalee in einem überaus bemerkenswerten Buch schrieb, nie einen Hehl aus seiner Skepsis gegenüber der amerikanischen Filmindustrie gemacht. „Hollywood repräsentierte für ihn die Anwendung kapitalistischer Beziehungen auf die künstlerische Produktion, und er war wiederholt schockiert und zornig wegen der Notwendigkeit, sich selbst zu verkaufen und anzu-

dergesetzt, kann nicht zugestimmt werden. So Caroline Levin, Provoking Democracy. Why We Need the Arts, Malden (Massachusetts) 2007, S. 85.

48 Zu Hanns Eislers musikalischer Arbeit in Hollywood vgl. jetzt Friederike Wißmann, Hanns Eisler, Komponist, Weltbürger, Revolutionär, München 2012, Kap. 10 („Hollywooder Liederbuch"), S. 139–165.

49 „Brecht", so Lang, „erschien mir durch seine politischen Kenntnisse der Situation ein idealer Mitarbeiter, und so fragte ich ihn, ob ihn das Thema interessieren würde. Brecht sagte sofort zu; in ein paar Tagen, kaum mehr als vier oder fünf, hatten wir zusammen eine kurze Outline zu Papier gebracht." Die Erinnerung von Fritz Lang, in: Filmkritik, Nr. 7 (1975), Sonderheft über *Hangmen Also Die*, S. 300, zit. nach: Michael Toteberg, Fritz Lang mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, 4. Aufl., Reinbek 2000, S. 99. Neben Brian Donlevy, Walter Brennan und Anna Lee in den Hauptrollen spielten im Film mit Alexander Granach, Hans-Heinrich von Twardowski, Reinhold Schünzel und Ludwig Donath mehrere Emigranten aus Europa.

50 Brecht notierte im *Arbeitsjournal* am 29. Mai 1942, dass am Abend „zwei fbi-leute kommen und mein registrationsbüchlein einsehen, anscheinend kontrolle wegen des curfews [der Sperrstunde]." Bertolt Brecht, Arbeitsjournal 1938–1955, hg. von Werner Hecht, Berlin [1977], S. 271. Eisler kam am folgenden Tag. Vgl. ebd., S. 272. Vgl. zum Gesamtkomplex auch Alexander Stephan, „... advocates Communist world revolution by violent means." Brecht, Eisler und *The Measures Taken* in den Dossiers von FBI und HUAC [1999], in: Ders., Überwacht, ausgebürgert, exiliert. Schriftsteller und der Staat, Bielefeld 2007, S. 72–94.

preisen, um zu überleben."[51] Ein anderer Plan, die Verfilmung von Lion Feuchtwangers *Simone*, kam zwar nicht zur Ausführung.[52] Brechts enge Beziehung zum Autor von *Moskau 1937*, der vielleicht wortgewaltigsten Eloge auf Stalins Terror, aber konnte Ruth Fischer kaum verborgen geblieben sein. Auch dass Feuchtwanger, wie er selbst nur halb ironisch bemerkte, im „Exil 1. Klasse" lebte, musste Ruth Fischers Zorn erregen.[53]

Im Mai 1944 schrieb James Burnham an Ruth Fischer: „Die politische Meinung hier ist völlig wehr- und hilflos gegenüber den Stalinisten."[54] Der Anlass war die Subskription ihres Publikationsorgans, das seit Januar 1944 im Monatsrhythmus erschien: *The Network. Information Bulletin on Stalinist Organizations and Organizational Forms*, ein hektographierter, im Durchschnitt 16 Seiten starker Bericht. Im Vorspann der ersten Nummer hieß es über den Zweck der Publikation:

„Dieses Bulletin wurde ins Leben gerufen, um die Aufklärung über die zahlreichen stalinistischen, neostalinistischen und stalinistisch beeinflussten Gruppen zu erleichtern. Das Bulletin beansprucht keine Vollständigkeit, da die Beschreibung und Analyse der rasch wachsenden stalinistischen Bewegung hier in den USA, Europa und Asien jenseits der Möglichkeiten einer Handvoll Leute liegt. Deshalb beschränkt es sich vor allem auf neue Erscheinungen der deutschen politischen Emigration und auf Gruppen innerhalb des Umkreises der deutschen stalinistischen Bewegung."[55] Durch immerwährende Wiederholung dieser Tatsache von Nummer zu Nummer und von Artikel zu Artikel suchte Ruth Fischer dieses Anliegen zu vermitteln. Beiträger waren neben ihr Heinz Langerhans, Helmut Wickel sowie Carola und Adolf (später Adolph) Weingarten, alle kamen aus der KPD der Weimarer Republik.[56] Nachdem die American Federation of Labor

---

51 Patty Lee Parmalee, Brecht's America, Miami/Columbus (Ohio) 1981, S. 268.

52 Vgl. für den geplanten Film John Russell Taylor, Fremde im Paradies. Emigranten in Hollywood 1933–1950, o. O. 1994, S. 230f.

53 So zit. von Holger Gumprecht, „New Weimar" unter Palmen. Deutsche Schriftsteller im Exil in Los Angeles, Berlin 1998, S. 36. Gumprecht erwähnt *Moskau 1937* (vgl. ebd., S. 32) kurz, bucht jedoch Feuchtwangers Rechtfertigung des Stalinismus herunter.

54 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 124, Bl. 1: James Burnham an Ruth Fischer, Brief vom 9. Mai 1944.

55 The Network, Nr. 1 (January 1944), S. 1.

56 Vgl. zu Langerhans Michael Buckmiller, Anmerkungen zu Heinz Langerhans und seinem Bericht über das „Buch der Abschaffungen" von Karl Korsch, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr. 8 (1988), S. 99–105, sowie das Vorwort von Jan Gerber zu Heinz Langerhans, Staatssubjekt Kapital. Texte zur Diskussion um Faschismus, Krieg und Krise, Halle (Saale) 2004 (im Internet unter materialien-kritik.de). Zu Weingarten vgl. Stefan Appelius, Eine Handvoll verblichener Fotos, in: Aufbau vom 6. Juni

(AFL), der amerikanische Gewerkschaftsbund, Geldmittel zur Verfügung gestellt hatte, konnte ein Zimmer in der 42. Straße, Nr. 140 West, angemietet werden.[57] Der Jahresbezug des Informationsbulletins kostete sechs Dollar, zu den Abonnenten gehörten mit dem emigrierten Juristen Robert Kempner auch Ruth Fischers Rechtsberater und mit Varian Fry ihr einstiger Helfer aus Marseille.[58]

Mehr als ein Jahr vor der deutschen Kapitulation schrieb *The Network*: „Seit Hitler auf dem Weg zur Hölle ist, ist der Stalinismus der gefährlichste Feind der Menschheit."[59] Dieser Feind aber tarne sich hinter der Maske der Überparteilichkeit. Das gelte besonders für das Nationalkomitee Freies Deutschland. Gerade weil die Kommunistische Partei Deutschlands in „eine Abteilung der GPU" verwandelt worden sei, gelte es, den Schein zu wahren. Dem habe die Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland in Moskau und seines amerikanischen Ablegers, des Council for a Democratic Germany, gedient.[60]

Sozialdemokraten wie Siegfried Aufhäuser oder Paul Tillich, der renommierte Theologe, seien zwar offiziell Führungsfiguren im Council, doch dabei nichts als Feigenblätter, um die wahren Ziele der Stalinisten zu verbergen. Die „Parteihierarchie" der KPD, einschließlich der im Exil tätigen Organisationen bilde „eine Abteilung der GPU", die von „russischen Agenten und Werkzeugen" angeleitet werde. Die deutschen Kommunisten würden dabei „noch immer vom Ansehen der Parteigründer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zehren", die einst „viele der Besten aus der deutschen Arbeiterklasse" begeistert hatten.[61]

Ruth Fischer richtete an Tillich einen Offenen Brief, in dem sie ihm vorwarf, „mit dem terroristischen, totalitären Regime Stalins" zu kooperieren. „Sie arbeiten nur mit Stalins Helfershelfern zusammen – mit Hans Berger, Albert Schreiner und Felix Boenheim. Sie sprechen sich damit für Sklavenarbeit in Russland, für

1997, im Internet unter: http://www.appelius.de/eine_handvoll_verblichener_fotos.html.

57 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2168: Memorandum on The Network, November 1945, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 481–483. Vgl. auch Peter Lübbes Einleitung, ebd., S. 27.

58 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 433, Bl. 8: Robert M. W. Kempner an Ruth Fischer, Brief vom 5. Juli 1944, sowie Mappe Nr. 1337, verschiedene Briefe Ruth Fischers an Varian Fry, 1944.

59 The Network, Nr. 3 (March 1944), S. 2.

60 Der Council wurde am 3. Mai 1944 in New York gegründet. Vgl. zu ihm Ragg, The German Socialist Emigration in the United States 1933 to 1945, S. 404–476, und Ursula Langkau-Alex/Thomas M. Ruprecht (Hg.), Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York 1944–1945, Frankfurt/New York 1995.

61 The Network, Nr. 5 (May 1944), S. 2f.

Konzentrationslager, für den Terror gegen Leib und Leben aus.“ [62] Die so attackierten Sozialdemokraten und Linksliberalen aber wiesen Ruth Fischers Vorwürfe zurück. „Misstrauen gegenüber Sowjetrussland wird niemals einen Grundstein für ein wahrhaft demokratisches Deutschland legen, sondern zur Ursache neuer Konflikte werden“, schrieb der frühere SPD-Reichstagsabgeordnete Aufhäuser vielleicht etwas blauäugig.[63] Jeder Versuch, Deutschland als Stoßkeil gegen eine der alliierten Mächte zu benutzen, dient dazu, ganz Europa in ein Schlachtfeld zu verwandeln, betonte Paul Tillich.[64] „Wie ist es möglich“, fragte der Historiker Veit Valentin Tillich, dass „eine Frau, die in New York als ‚Gelehrte‘ posiert, in der Lage ist, giftige und verleumderische Nachrichten über Ihre Arbeit zu verbreiten?“[65] Ähnlich äußerten sich der Soziologe Siegfried Marck und der Historiker Carl Landauer.[66]

Trotz aller Anstrengungen gelang es den Kommunisten jedoch nicht, den Council zu kontrollieren.[67] Der Kreis amerikanischer Unterstützer für den Council, die *American Association for a Democratic Germany*, ließ deshalb die Anwürfe nicht unwidersprochen. Diese „neurotische Art des Denkens“ sei für das deutsche Kleinbürgertum typisch. Zur Dolchstoßlegende und der Obsession vom „Weltju-

---

62 Ebd., Nr. 6 (June 1944), S. 12. – In seiner Beobachtung des Council for a Democratic Germany nahm das FBI oftmals auf Ruth Fischers Behauptungen Bezug, die sich gesammelt im FBI-Aktenbestand über ihren Bruder Gerhart Eisler befinden. Der Aktenbestand liegt in den Robert F. Wagner Labor Archives in der Tamiment Library, New York University, unter der Signatur Gerhart Eisler FOIA File TAM 219 (im Folgenden zitiert als: Gerhart Eisler FBI File), hierzu z. B. Box Nr. 6, Mappe 1 (File SN 12). Ein Teil dieses Materials findet sich auch in der Alexander Stephan Collection of FBI Files on German Intellectuals in US Exile in der Bibliothek der Ohio State University in Columbus (Ohio). Thomas Ruprechts Frage, ob die *Network*-Beiträge dazu beitrugen, den Council beim FBI als prokommunistisch anzusehen, muss demnach bejaht werden. Vgl. Ruprecht, Felix Boenheim, S. 277f.

63 S. Aufhäuser in: Bulletin of the Council for a Democratic Germany, 1 (1945), Nr. 4, S. 2.

64 Vgl. Paul Tillich, Outlook for 1945, ebd., 1 (1945), Nr. 3, S. 1.

65 Andover-Harvard Theological Library, Harvard University, Paul Tillich Papers, bMS Ger 135, Box 905C, Mappe 029: Council for a Democratic Germany, Veit Valentin an Paul Tillich, Brief vom 18. März 1944.

66 Ebd., Briefe von Siegfried Marck und Carl Landauer an Paul Tillich vom 17. und 23. März 1944.

67 Hierzu überzeugend Heike Bungert, Das Nationalkomitee und der Westen. Die Reaktion der Westalliierten auf das NKFD und die Freien Deutschen Bewegungen 1943–1948, Stuttgart 1997, S. 143f.

dentum“ habe sich nun das Renegatentum der ehemals linksradikalen Kommunistin gesellt.[68]

Ein von Ruth Fischer genannter Name fällt ins Auge: der von Hans Berger. Noch sah sie die Zeit nicht gekommen, öffentlich zu machen, dass sie unter diesem Namen ihren Bruder Gerhart Eisler wissen wollte.

Ungeachtet der tiefen Kluft, die Ruth Fischer von ihren Brüdern trennte, hielt sie zu Hanns Eisler und seiner Frau Lou zunächst noch Kontakt, der wahrscheinlich Ende 1939 wieder enger geworden war. Hanns Eisler war durch den Pakt zwischen Hitler und Stalin tief verstört. Karl August Wittfogel, der ihn damals traf, sagte später, Eisler sei „sehr „antikommunistisch“ gewesen und habe „keinen Unterschied zwischen Hitler und Stalin“ gesehen.[69] Er überwies seiner Schwester weiterhin Geld, auch dann, als er selbst in Hollywood zeitweise ohne Vertrag war.[70] Ruth Fischer dankte ihm am 21. Februar 1941 für finanzielle Hilfe.[71] Sie benötige jedoch mehr, zumal sie auch kleinere Summen (zehn Dollar) an Maslow nach Kuba geschickt habe.[72] Am 10. Juli entschuldigte sich Hanns Eisler bei seiner Schwester dafür, dass er ihr und Maslow derzeit nicht helfen könne. Er sei selbst „in einer entsetzlichen Lage, voller Schulden und Verpflichtungen“, denen er nicht nachkommen könne.[73] Am 16. August schrieb sie, nachdem sie Hanns nicht hatte treffen können, dass sie ihn unbedingt sehen möchte. Sie klagte über Herzschmerzen.[74]

---

68 American Association for a Democratic Germany, An Answer to the Attacks of „The Network“ and of Ruth Fischer and Her Associates on the Council for a Democratic Germany, hektographiertes Manuskript vom Juli 1944, zit. nach: Claus-Dieter Krohn, Der Council for a Democratic Germany, in: Langkau-Alex/Ruprecht (Hg.), Was soll aus Deutschland werden?, S. 41.

69 Greffrath, Die Zerstörung einer Zukunft, S. 327.

70 Vgl. die (mit fünf kurzen Briefen quantitativ sehr geringe) Korrespondenz in: Ruth Fischer Papers, Mappen 217 und 218, sowie im Archiv der Akademie der Künste, Berlin, Hanns-Eisler-Archiv, Nr. 4237, bes. Ruth Fischer Papers, Mappe 217, Bl. 1: Hanns Eisler an Ruth Fischer, Brief vom 8. September [wohl 1941]. In den Ruth Fischer Papers sind nur Hanns‘ Briefe an sie, nicht jedoch ihre Briefe an ihn überliefert. Eine Ausnahme bildet der sogleich zu behandelnde Brief. Die schmale Korrespondenz schließt natürlich Kontakte per Telefon nicht aus. Ruth Fischer besaß allerdings zu Beginn ihrer New Yorker Zeit noch keinen Telefonanschluss und führte Gespräche von öffentlichen Apparaten.

71 Vgl. Archiv der Akademie der Künste, Berlin, Hanns-Eisler-Archiv, Nr. 4237 (Briefe von Ruth Fischer), Bl. 1: Ruth Fischer an Hanns Eisler, Brief vom 21. Februar 1941.

72 Vgl. ebd., Bl. 2: Ruth Fischer an Hanns Eisler, Brief vom 21. Juni 1941.

73 Hanns Eisler, Briefe 1907–1943 (Werke, Serie IX, Bd. 4/1), Wiesbaden 2010, S. 173.

74 Vgl. Hanns-Eisler-Archiv, Nr. 4237, Bl. 4: Ruth Fischer an Hanns Eisler, Brief vom 16. August 1941.

Im Dezember 1941 schrieb Hanns Eisler an Max Horkheimer, er habe „gewiss von dem plötzlichen Tode Maslows in Cuba gehört.“ Seine Witwe sei „schwer herzleidend, ist in einer fürchterlichen Lage u. momentan arbeitsunfähig.“ Er bat Horkheimer, Ruth Fischer, wenn irgend möglich, eine noch so kleine finanzielle Hilfe zukommen zu lassen, denn es handele sich „um eine wertvolle Frau, die in den letzten 20 Jahren gewiss Mut, Charakter u. Begabung gezeigt [hat] und so verdient, gerettet zu werden. Dies ist absolut unpolitisch, da R. F. seit 15 Jahren keinerlei politischer Richtung angehört hat und daher völlig isoliert ist.“[75] Klugerweise verschwieg Hanns Eisler, dass seine Schwester in Paris zum Umkreis Trotzkis gehört hatte. Sobald er durch seinen neuen Filmvertrag in Hollywood etwas Geld bekomme, versicherte er ihr am 8. Dezember 1942, werde er unverzüglich helfen.[76]

Noch zur Jahreswende 1942/43 hatte Ruth Fischer Hanns und Lou Eisler in Kalifornien besucht. Danach jedoch riss die Korrespondenz ab. Zu Gerhart und dessen Frau Brunhilde bestand ohnehin kaum Kontakt.[77] 1943 wandelte sich Ruth Fischers Verhältnis zu beiden Brüdern in eine tiefe Feindschaft. Über den unmittelbaren Anlass wahrten alle Beteiligten Stillschweigen. Doch am 13. September 1943 vermeldete ein Bericht an FBI-Direktor J. Edgar Hoover unter Berufung auf eine Information Ruth Fischers, Gerhart Eisler sei ein „Komintern-Agent“ gewesen.[78] Offiziell brach jedoch Ruth Fischer erst über ein halbes Jahr später mit ihren Verwandten: Am 27. April 1944 richtete sie einen Brief – ohne Anrede – an ihren Bruder Hanns, der jedoch auch für Lou sowie Gerhart Eisler bestimmt war. Darin schrieb sie:

„Gegen mich sind mindestens seit Juli 1943 – dem Gründungsmonat der ‚Freien Deutschen Bewegung‘ in Moskau – unverkennbare Provokationen der GPU im Gange. Du hast ‚plötzlich‘ oder ‚endlich‘ Geld und gar nicht wenig, Brecht auch, natürlich durch die Filmindustrie.

Gerhart ist in New York, ich weiß jetzt, dass er seit Frühjahr 1941 ständig in den Vereinigten Staaten ist. Ich weiß jetzt, dass Maslow starb, weil ich leichtfertig genug war, manchmal mit Hanns und Lou beisammengewesen zu sein. Ihr habt alles, jede Einzelheit über Maslows Visumsangelegenheit, seinen Aufenthalt in Havanna, seine Lebensweise an den Apparat berichtet, aus Feigheit, aus Wichtigmacherei, aus Strebertum. Ich ließ mich von Eurem leeren und lärmenden Ge-

75 Hanns Eisler, Briefe 1907–1943, S. 189.

76 Ebd., S. 233.

77 Vgl. Jürgen Schebera, Hanns Eisler. Eine Biographie in Texten, Bildern und Dokumenten, Mainz 1998, S. 198f.

78 Gerhart Eisler FBI File, Box Nr. 6, Mappe 1 (File SN 12), Bl. 61: Memo to Director from D. M. Ladd, 19. Mai 1944, unter Bezug auf den Bericht vom 13. September 1943.

schwätz und Gejammer verwirren. […] Ich lebte einen Moment in der Illusion, dass Menschen, die so tief Einblick haben in die Brutalität dieses Herrschafts- und Unterdrückungssystems, nicht mehr zurückkehren könnten oder würden. Diese, meine unentschlossene, nicht ernsthaft zu Ende gedachte Haltung zu Menschen, die sich aus dem Netz des terroristischen Apparats nie wirklich gelöst hatten, habe ich teuer bezahlt. Seither weiß ich endgültig: Wer nicht offen und mit allen Konsequenzen in Bezug auf die persönliche Lebensführung mit Stalin gebrochen hat, bleibt immer weiter ein Helfer oder ein Werkzeug des Terrorapparates.

Jetzt geht es um mich. Man beobachtet mich, man stellt mir Fallen. Ich fürchte mich nicht, ich weiß, dass man Euch entkommen kann, wenn man Euch ganz durchschaut. […] Ich organisiere mich gegen Euch und zwar gründlich. Dabei kann ich natürlich doch den kürzeren ziehen. Wenn es den hiesigen Zweigstellen der GPU gelingt, ein geschicktes Arrangement für einen natürlichen Tod zu finden … Diesmal geht Euch das nicht durch. Nicht Dir und nicht dem Chef der deutschen GPU-Division in den US, Gerhart Eisler […], dessen Ausbildung in 15 Jahren Verrat besteht, dem korrupten Liquidator chinesischer, deutscher, spanischer antistalinistischer Kameraden. […]

Ich habe folgendes vorbereitet: 1. Drei Ärzte haben mich gründlich untersucht. Ich bin jetzt in gutem Gesundheitszustand. Zu einem natürlichen Tod ist kein Anlass. Ich bin ständig unter ärztlicher Kontrolle und pflege mich vernünftig. Die Ärzte sind informiert und werden im Ernstfalle ein entsprechendes Gutachten abgeben.

2. Eine Reihe namhafter Journalisten und Politiker sind verständigt und besitzen eine Abschrift dieses Briefes. Ebenso eine Reihe deutscher Emigranten. Ruth Fischer.“[79]

Bevor Guenther Reinhardts Buch 1953 erschien, kannte Ruth Fischer noch keine Einzelheiten der Umstände von Maslows Tod. Sie wusste noch nichts vom Lastkraftwagen, der ihren Lebenspartner überfahren hatte, sie wusste nicht, dass Reinhardts Erkundungen von den Informationen abwichen, die ihr Brandler und Shachtman übermittelt hatten.

Wohl nur Guenther Reinhardt und Ludwig Lore wussten von Maslows Angebot, die politische Entwicklung in der Sowjetunion im Rahmen geheimdienstlicher Beobachtung zu analysieren. Doch hatte sich in Ruth Fischer nun der Gedanke festgesetzt, Gerhart Eisler sei indirekt mitverantwortlich für Arkadij Maslows Tod. Wer bestärkte sie darin? Lore war verstorben; lenkte Reinhardt den Verdacht auf Ruth Fischers Verwandte als Informanten? Dies muss offenbleiben,

79 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2511: Ruth Fischer an Hanns, Gerhart und Lou Eisler, Brief vom 27. April 1944, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 160f.

so wichtig die Antwort wäre. Von ihrer Überzeugung getrieben, nahm sie den Kampf gegen Gerhart, doch auch gegen Hanns, im Frühjahr 1944 auf. Voller Hass und Rachegefühle sollte sie öffentlich Zeugnis ablegen gegen ihre Brüder.

Zeugin der Anklage: Ruth Fischer und ihre Brüder

Als Ruth Fischer den Brief an ihre Brüder abgeschickt hatte, befanden sich die USA Seite an Seite mit der Sowjetunion im Krieg gegen Deutschland. Wer eine künftige Rivalität der beiden potentiellen Gewinner des Krieges ins Auge fasste, tat gut daran, dies in Denkschriften für Experten, doch noch nicht auf dem Marktplatz der Meinungen zu äußern. Ruth Fischer verfügte aber nicht über Kontakte zu den Denkfabriken des amerikanischen Establishments – jedenfalls noch nicht.

Dies änderte sich mindestens zum Teil noch Mitte des Jahres 1944: Ruth Fischer kam mit einigen wichtigen Persönlichkeiten der Harvard Universität in Verbindung, vor allem mit Professor Sidney Fay.

Der fast siebzigjährige Fay, er war Jahrgang 1876, hatte in Frankreich und Deutschland studiert. Als Spezialist für neuere deutsche Geschichte hatte er wichtige Arbeiten zum Ersten Weltkrieg vorgelegt, in denen er unter anderem die Verflechtung von Rüstungs- und Meinungsindustrie beim Erzeugen der Kriegsbereitschaft 1914 untersucht hatte.[80] Möglicherweise waren die Kontakte durch Max Eastman zustande gekommen.[81]

Ruth Fischer plante, eine Geschichte der KPD in der Weimarer Republik zu schreiben. Sie wollte untersuchen, wie die Partei zum Werkzeug Stalins hatte werden können; einer Entwicklung, der sie, wie sie unterstrich, sich entgegenzustellen versucht hatte. Sie schickte erste Kapitelentwürfe an Fay, der sie zum Weiterarbeiten ermutigte. „Ich meine“, schrieb Fay, „dass Sie der Sache sehr gut auf den Grund gehen, doch hoffe ich auch, dass Sie klarlegen, warum so breite Massen der USPD zurück zur SPD gingen. […] Ich habe mich darum bemüht, dass ein

80 Vgl. zu Fay den Artikel in der Encyclopaedia Britannica Online (www.britannica.com).

81 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 206, Bl. 10: Max Eastman an Ruth Fischer, Brief vom 8. Oktober 1943, in dem Eastman sich auf Ruth Fischers Angaben zu „Stalins ‚Freies Deutschland‘“ beruft und eine möglichst weite Verbreitung ihrer Ansichten ins Auge fasst. Auch Eastman wurde ein Abonnent des *Network*. Vgl. ebd., Mappe Nr. 1262, Bl. 9: Ruth Fischer an Max Eastman, Brief vom 27. September 1944. Eastman und Ruth Fischer tauschten regelmäßig Informationen und Zeitungsberichte über die kommunistische Bewegung, so über die offizielle Auflösung der Komintern, aus.

Scheck von einhundert Dollar an Sie geschickt wird, den Sie in wenigen Tagen erhalten sollten.“[82]

Den Geldbetrag stellte nach Auslaufen ihres Stipendiums beim Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars die Harvard University über Fay zur Verfügung. Fay brachte sie auch mit dem Verlagshaus der Universität, der Harvard University Press, in Verbindung.[83] Er könne nicht sagen, ob der Verlag letztlich das Buch drucken werde; dies sei dessen Entscheidung. Doch habe Keyes Dewitt Metcalf, der Direktor der Harvard-Bibliotheken, ihm mitgeteilt, dass ein starkes Interesse bestünde. Ruth Fischer solle ihm schreiben.[84] Sie tat dies und übersandte ihm und der Bibliothek mit der Bitte um „strengste Geheimhaltung“ auch die Maslow betreffenden Papiere sowie ihre autobiographischen Aufzeichnungen.[85] Etwas zögerlicher verlief die Kontaktaufnahme zum Russian Research Center der Harvard University. Clyde Kluckhohn, der erste Leiter des Center, musste Bedenken seiner Kollegen zerstreuen, die sich sowohl auf Ruth Fischers kommunistische Vergangenheit wie auf ihre politische Kehrtwendung bezogen. Ruth Fischer werde als „externe Mitarbeiterin“ angestellt, keinesfalls als reguläres Mitglied des Center, versicherte er intern. Ohnehin fehlte Ruth Fischer die Dissertation, und schon deshalb blieb ihr Status der einer, wenngleich gelittenen Außenseiterin. Zudem tat sich Harvard mit Frauen damals ohnehin mehr als schwer.[86]

Doch kam bereits im Juni 1946 eine Zusammenarbeit mit der Harvard University Press zustande, in deren Ergebnis Ruth Fischer vierhundert Dollar monatlich

82 Vgl. ebd., Mappe Nr. 237, Bl. 1: Sidney B. Fay an Ruth Fischer, Brief vom 15. Januar 1945. Erste Gliederungs- und Kapitelentwürfe finden sich ebd., Mappen Nr. 2426 und 2429. Im Oktober 1944 übersandte sie Fay zwei, noch deutsch geschriebene Kapitel zu den Jahren 1919 und 1923. Vgl. ebd., Mappe Nr. 1301, Bl. 5: Ruth Fischer an Sidney B. Fay, Brief vom 30. Oktober 1944.

83 Die von Peter Lübbe gegebene Information, dass William Langer diese Verbindung hergestellt habe, ist falsch; Ruth Fischer war mit Langer erst seit 1954 in Verbindung. Vgl. ihre Briefe an Langer ebd., Mappe Nr. 1575, und Lübbes Einleitung zu: Abtrünnig wider Willen, S. 33.

84 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 237, Bl. 3: Sidney B. Fay an Ruth Fischer, Brief vom 6. August 1945.

85 Vgl. ebd., Mappe Nr. 1680, Bl. 1 und 4: Ruth Fischer an Keyes Dewitt Metcalf, Brief vom 25. November 1944 und vom 25. Januar 1945. In seinen Erinnerungen nannte Metcalf Ruth Fischer eine „bemerkenswerte Person“ und hob den Wert ihrer Mitarbeit an der Harvard Library hervor. Vgl. Keyes de Witt Metcalf, My Harvard Library Years, 1937–1955, Cambridge (Massachusetts) 1988, S. 45.

86 Vgl. David A. Hollinger, The Humanities and the Dynamics of Inclusion Since World War II, Baltimore/London 2006, S. 335, der einen Brief Kluckhohns an seinen Fakultätskollegen Donald McKay vom 12. November 1947 zitiert.

bis zur Ablieferung eines publikationsreifen Manuskriptes zur KPD-Geschichte erhielt.[87] Die Bewilligung der beantragten Verlängerungen erwies sich als unproblematisch, ebenso die Erfüllung von Ruth Fischers wiederholter Bitte nach einer Sekretärin sowie später auch nach einem Forschungsassistenten.[88] Da Ruth Fischer weiterhin in New York wohnte, betraf dies dort ansässige Studenten mit guten Russischkenntnissen.[89] So übernahm im Studienjahr 1950–51 der damalige Slawistik-Student an der Columbia University, Michael Luther, die Aufgabe, ihr bei der Übersetzung und Ordnung des russischsprachigen Materials zu helfen. Ruth Fischer sei eine freundliche, korrekt und konzentriert arbeitende Chefin gewesen, berichtete er Jahrzehnte später. Über politische Fragen habe sie jedoch Stillschweigen bewahrt, und erst ganz am Ende ihrer Zusammenarbeit flüsternd angedeutet, dass sie die Lebenspartnerin des ermordeten Arkadij Maslow gewesen sei. Keine Andeutung machte sie über das Verhältnis zu ihren Brüdern.[90]

Nur wenige Jahre vorher war das anders gewesen. Mit Beginn des Jahres 1946 erschien als Nachfolger des *Network* mit gleichem Inhalt *The Russian State Party. Newsletter on Contemporary Communism*. Die erste Nummer behandelte den deutschen Kommunismus und dessen internationale Kontakte, die zweite Nummer befasste sich unter anderem mit Paris als einem Zentrum sowjetischer geheimdienstlicher Tätigkeit, die folgenden Ausgaben kommentierten die Gründung der SED sowie ihrer „Ordensburg“, der Parteihochschule in Kleinmachnow. Auch ansonsten scheute Ruth Fischer nicht vor sprachlichen Assoziationen zum Hitler-Regime zurück; so bezeichnete sie im Februar 1946 die Verfolgung litauischer Separatisten durch sowjetisches Militär und das Abbrennen von Häusern

---

87 Zu Anfang war nur von einer Jahreszahlung von zweitausend Dollar die Rede gewesen, was Karl Wittfogel zu der Bemerkung veranlasste, auch dies sei in der akademischen Welt „eine ansehnliche Ziffer“, jedoch zu wenig für das, was „ein erwachsener Mensch“ brauche. Ebd., Mappe Nr. 993: Karl A. Wittfogel an Ruth Fischer, Brief vom 11. August 1945, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 167. Als Textprobe hatte Ruth Fischer der Harvard University eine Ende Juli 1945 fertiggestellte Studie über „Polish Communism. Outline of the History of the Communist Party of Poland“ übersandt. Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2519. Die Studie blieb unveröffentlicht.

88 Vgl. für Einzelheiten Ruth Fischers Briefwechsel mit der Harvard University Press, in: Ruth Fischer Papers, Mappen Nr. 342 und 1413.

89 Vgl. ebd., Mappe Nr. 1535, Bl. 4: Ruth Fischer an Clyde Kluckhohn, Brief vom 31. März 1948.

90 So Michael Luther, Professor am Hunter College der City University of New York, am 21. März 2011 zum Verfasser. Auch der angehende Soziologe William Peterson war eine Zeitlang Ruth Fischers Mitarbeiter. Dies nach einer Erwähnung Karl Korschs in einem Brief an Fred Thompson vom 7. November 1949, in: Karl Korsch, Briefe 1940–1958 (Gesamtausgabe, Bd. 9) hg. von Michael Buckmiller und Michel Prat, Amsterdam/Hannover 2001, S. 1251.

und Dörfern, in denen Unterstützung für sie vermutet wurde, als „Lidice in Litauen."[91]

Zu den Lesern von *The Russian State Party* gehörte Robert Lamphere. Der im Zweiten Weltkrieg mit der Gegenspionage gegen den sowjetischen Verbündeten befasste Geheimdienstler wurde von seinem Vorgesetzten, FBI-Chef J. Edgar Hoover, mit dem „Fall" Gerhart Eisler betraut.[92] „Wir waren davon überzeugt, dass Eisler nicht zum sowjetischen Geheimdienst gehörte, glaubten aber, er sei noch immer ein wichtiger ‚Komintern-Mann' bzw. mit politischen Aufgaben befasst. Mitte 1946 erhielten wir die Nachricht, dass die Eislers im Begriff waren, in die Sowjetische Besatzungszone zu gehen und dass sie deshalb um eine Ausreisegenehmigung ersucht hatten", schrieb er später.[93]

Lamphere setzte sich unverzüglich mit Ruth Fischer in Verbindung. Am 24. Januar 1947 suchte er sie in ihrer New Yorker Wohnung auf. Sie informierte ihn umfassend über Gerhart Eislers Rolle in der KPD und der Komintern sowie über seinen politischen Werdegang.[94] „Ihre kleine Wohnung in Manhattan", erinnerte er sich, „war vollgestopft mit Büchern, Zeitschriften und ausländischen Zeitungen, die sie für ihre Arbeit als Herausgeberin des antikommunistischen Rundbriefes *The Russian State Party* benötigte. Sie war ein verbitterte, ernste Frau mittleren Alters, mit lockigem grauen Haar und einem starken deutschen Akzent."

Ruth Fischer erzählte dem FBI-Offizier, was sie über Gerhart Eislers politische Laufbahn zwischen Deutschland, China, Spanien und den Vereinigten Staaten wusste. „Nach Ruths Auffassung veränderte der China-Aufenthalt Gerhart; er

---

91 The Russian State Party, 1 (1946), Nr. 2, S. 5. Auch dieses Material befindet sich in den Robert F. Wagner Labor Archives der Tamiment Library an der New York University.

92 Zu Lamphere vgl. den Nachruf von Douglas Martin, Robert J. Lamphere, 83, Spy Chaser for the F.B.I., Dies, in: The New York Times vom 11. Februar 2001, sowie Lampheres Memoiren, die er mit dem Journalisten Tom Shachtman verfasste: The FBI-KGB War. A Special Agent's Story, 2. Aufl., Macon (Georgia) 1995.

93 Ebd., S. 43f. Zu den weiterhin mit dem Fall befassten FBI-Mitarbeitern gehörte Frank Plant. Vgl. Sam Tanenhaus, Whittaker Chambers. A Biography, New York 1997, S. 340. Sein Pseudonym konnte jedoch in den geschwärzten Stellen von Gerhart Eislers FBI-Akte nicht entschlüsselt werden.

94 Vgl. Gerhart Eisler FBI File, Box Nr. 2, Mappe 5: FBI-Bericht NY 100-12376 (Confidential), Bl. 17. Unter dieser Registraturnummer wurden jedoch (wie beim FBI damals üblich) verschiedene Berichte abgelegt, so dass jedes Mal das Datum und, soweit möglich, der Berichterstatter genannt wird. Dieser Bericht ist jedoch undatiert und ungezeichnet. Er ist aber in den Fakten wie auch in manchen Passagen deckungsgleich mit Lampheres Memoiren, so dass über dessen Autorenschaft kein Zweifel bestehen kann. – Die Überwachung Gerhart Eislers durch das FBI setzte unmittelbar nach seiner Ankunft im Juni 1941 in den USA ein, doch sollen aus Raumgründen hier nur die in Verbindung mit Ruth Fischer stehenden Akten zitiert werden.

wurde härter und verschlossener. Seine Aufgabe dort war es, die Liquidierung oppositioneller Kommunisten zu beaufsichtigen. Dies wurde zum Gegenstand von Bertolt Brechts Stück *Die Maßnahme* (die Berliner Uraufführung wurde von Musik begleitet, die Ruths und Gerharts jüngerer Bruder Hanns komponiert hatte). Das Stück legte nahe, „dass Lüge, Geheimnisverrat und andere moralische ‚Verfehlungen' entschuldbar seien, wenn sie im Namen des Kommunismus begangen würden; strikte Parteitreue war die höchste Tugend", so Ruth Fischer zu Lamphere. Zu dessen Enttäuschung wusste sie nicht allzu viel Genaues über die jetzige Arbeit ihres Bruders in den USA zu sagen.[95] Doch dürfte sie ihre politische „Zuverlässigkeit" bewiesen haben, denn am 12. Mai 1947 erhielt sie die amerikanische Staatsbürgerschaft zuerkannt.[96] Dies war nicht jedem Exilanten beschieden, schon gar nicht bei einer kommunistischen Vergangenheit.

Die Unterredung mit Lamphere war nicht die erste Begegnung Ruth Fischers mit einem amerikanischen Geheimdienst. Beinahe drei Jahre vorher, im Mai 1944, hatte sie das OSS über den Council for a Democratic Germany informiert.[97] Auf Grund ihrer Informationen fertigte das OSS einen Bericht zu politischen Aktivitäten ausländischer Organisationen in den USA an. Der Bericht hielt ausdrücklich fest, dass „Antistalinisten, unter denen Ruth Fischer die wichtigste ist", die besten Informanten sind. Weiterhin warnte das Memorandum vor kommunistischer Agitation unter deutschen Kriegsgefangenen in den USA.[98]

Am 17. November 1944 schrieb FBI-Direktor Hoover dem US-Botschaftsattaché in Lissabon, dass Eisler ein „Komintern-Agent" sei. Eislers Frau Brunhilde könne „gleichfalls eine Reihe kommunistischer Aktivitäten nachgewiesen werden." Noch blieb dieser Hinweis während des amerikanisch-sowjetischen Bündnisses ohne Folgen.

---

95 Lamphere/Shachtman, The FBI-KGB War, S. 48f. Auch Jost Hermand nimmt an, dass Brecht Gerhart Eislers Komintern-Mission vor Augen hatte, als er das Stück in China spielen ließ. Vgl. Jost Hermand, Unvorhersehbare Folgen. Die drei Eislers und Brechts *Maßnahme* (1930), in: Ders., Die Toten schweigen nicht. Brecht-Aufsätze, Frankfurt 2010, S. 59.

96 Vgl. Ruth Fischer Mitteilung darüber an ihren Sohn, in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1331, Bl. 22: Brief vom 20. Mai 1947.

97 FOIA CIA Electronic Reading Room, Office of Strategic Services, Interoffice Memo, 6 May 1944: Ruth Fischer Comment on Council for a Democratic Germany (www.foia.cia.gov/ browse_docs_full.asp).

98 Ebd., Foreign National Groups in the United States. Memorandum of the Foreign Nationalities Branch to the Director of Strategic Services, 12 May 1944 (www.foia.cia.gov/ browse_docs_full.asp). Beide Dokumente wurden zuletzt am 15. Februar 2011 im Internet eingesehen.

Mit Beginn des Kalten Krieges änderte sich das politische Klima in den USA so drastisch, dass Jean-Michel Palmiers Wort vom „Zusammenbruch des Liberalismus" den Nagel auf den Kopf trifft.[99] Der Tod von Präsident Roosevelt am 12. April 1945 rief jene Kräfte auf den Plan, die für eine Umkehrung der Allianzen plädierten, einen scharfen Konfrontationskurs gegenüber der Sowjetunion steuerten und Westeuropa ideologisch und wirtschaftlich eng an die USA binden wollten. Doch das deshalb 1947 ins Leben gerufene European Recovery Program, das als Marshall-Plan bekannt wurde, stieß auf den Widerstand der amerikanischen Rechtskonservativen und Rechtsradikalen. Diese sahen im Wiederaufbauprogramm für Westeuropa, auch wenn dadurch die USA und nicht die UdSSR dort dauerhaft Fuß fassen würden, eine Anleitung zur Errichtung eines sozialstaatlichen Kapitalismus, den sie freilich nicht als solchen bezeichneten, vielmehr der Truman-Regierung vorwarfen, in Europa sozialistische Experimente zu fördern. Da seit Kriegsende die Arbeitslosigkeit in den USA unerwartet stark gestiegen war und die sozialen Spannungen eine Reihe großer Streiks hervorriefen, glaubte die Truman-Regierung, durch einen scharfen Antikommunismus ihren rechten Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen.[100]

Hierzu gehörte die Wiederbelebung des 1938/39 gebildeten House Un-American Activities Committee (Ausschuss für Unamerikanische Tätigkeit), des HUAC, bevor ab Februar 1950 der mit dem Namen Joseph McCarthys verbundene Untersuchungsausschuss des Senats eine analoge Rolle übernahm.[101] Das HUAC sollte am Ende des zweiten Weltkrieges aufgelöst werden, doch gelang es im Januar 1945 dem Abgeordneten John Rankin aus Mississippi, die Auflösung nicht nur zu verhindern, sondern den Ausschuss in ein ständiges Organ des Repräsentantenhauses zu verwandeln. Rankin begründete dies später mit der andauernden Notwendigkeit zur Überwachung faschistischer und kommunistischer Tätigkeit. Doch während er sich in der Tat gegen eine entsprechende Propagandaarbeit des deutsch-amerikanischen Bundes, einer der NSDAP nahestehenden Organisation wandte, rechtfertigte Rankin zugleich die terroristischen Aktivitäten einer spezifisch amerikanischen faschistischen Organisation, des Ku-Klux-Klan. Zugleich wandte er sich vehement gegen die Ausübung des Wahlrechts durch Afroamerikaner und lobte die Rassentrennung im amerikanischen Süden. Dies alles stand für Rankin, der auch durch vehemente antisemitische Ausfälle hervortrat,

99 Jean-Michel Palmier, Weimar in Exile. The Antifascist Emigration in Europe and America, London/New York 2006, S. 619.

100 Vgl. Erich Angermann, Die Vereinigten Staaten von Amerika, München 1966, S. 227.

101 Dessen offizielle Bezeichnung lautete Subcommittee on the Investigation of Loyalty of State Department Employees (Unterausschuss zur Überprüfung der Staatstreue von Angestellten des Außenministeriums).

nicht im Widerspruch zu seiner Version der amerikanischen Demokratie – und er stand damit keineswegs allein.[102]

Ausgerüstet mit einem Amalgam aus pseudodemokratischer und profaschistischer Ideologie, wurde das HUAC zum Vorreiter einer Kampagne gegen alles „Linke", auch gegen demokratische Sozialisten, keineswegs nur gegen den Kommunismus Moskauer Prägung. Die Kampagne wies Parallelen zur antisozialistischen Hysterie der frühen 1920er Jahre auf, die als „Red Scare" (Rote Angst) in die Geschichte einging. Die „Second Red Scare" der 1940er Jahre, eine zweite Periode der „Furcht vor den Roten", ist zwar allgemein als McCarthy-Ära bekannt geworden, doch setzte sie bereits ein, als McCarthy noch ohne politischen Einfluss war.[103] FBI-Direktor Hoover erklärte 1947 vor dem HUAC die Bekämpfung des Kommunismus in jeder Form zum obersten Gebot seiner Behörde.[104] Die Überwachung und Vernehmung politisch verdächtiger Personen beschränkte sich nicht auf Bürger der USA. Auch politische Flüchtlinge gerieten in das Fadenkreuz der Ermittler. Zum bekanntesten Beispiel wurde der „Fall Gerhart Eisler".

Am 17. Oktober 1946 vermeldete *The World Telegram*, eine Washingtoner Zeitung, in balkendicken Schlagzeilen „Agent des Kreml in den USA identifiziert!" Louis F. Budenz, der frühere Chefredakteur des *Daily Worker*, der Tageszeitung der KP der USA, habe Gerhart Eisler als „Hans Berger" namhaft gemacht, „als jenen Geheimagenten des Kreml, der alle kommunistischen Aktivitäten in den Vereinigten Staaten lenkt." Ruth Fischer, die frühere KPD-Chefin und Reichstagsabgeordnete, habe diese Angaben bestätigt. „Frau Fischer beschrieb heute ihren Bruder, ‚Hans Berger', als das Haupt der deutschen Kommunisten in

102 Vgl. zu Rankin, einem damals einflussreichen Politiker der Demokratischen Partei, die Berichte im Time Magazine vom 14. Februar 1944 (Will Soldiers Vote?) und vom 15. Januar 1945 (By the Flank) sowie die in der nächsten Anmerkung genannte Literatur.

103 Die Literatur zur „Second Red Scare" ist inzwischen sehr umfangreich. Zu den besten Darstellungen gehören David Caute, The Great Fear. The Anti-Communist Purge Under Truman and Eisenhower, New York 1978, und Ellen W. Schrecker, Many Are the Crimes. McCarthyism in America, Boston 1998. Mit breiter Darstellung der Vorgeschichte behandeln das Thema auch Michael J. Heale, American Anticommunism. Combating the Enemy Within, Baltimore/London 1990, und Joel Kovel, Red Hunting in the Promised Land. Anticommunism and the Making of America, London/Washington 1997. Eine erste Forschungsbilanz nahm Richard M. Fried, Nightmare in Red. The McCarthy Era in Perspective, New York/Oxford 1990, vor. Die Zeitschrift *American Communist History* informiert regelmäßig über Neuerscheinungen zum Thema.

104 Vgl. Hoovers Rede vor dem HUAC vom 26. März 1947, in: Committee on Un-American Activities, House of Representatives, 80th Congress, 1st Session, March 26, Washington, D.C. 1947, auch in: Ellen W. Schrecker, The Age of McCarthyism. A Brief History With Documents, 2. Aufl., Boston/New York 2002, S. 127–133.

der westlichen Hemisphäre und als eine Hauptfigur des kommunistischen Apparates und Schlüsselfigur in der amerikanischen kommunistischen Partei."[105]

„Dieser Mann zeigt niemals sein Gesicht", so Budenz. Der durchschnittliche amerikanische Kommunist habe noch nie von ihm gehört. Gerhart Eisler sei auch der Bruder des bekannten Komponisten Hanns Eisler, der in Hollywood gutes Geld verdient habe. Ruth Fischer, die von der Zeitung als „aggressiv antikommunistisch" beschrieben wurde, habe ihren Bruder als einen zynischen Mann des Stalin-Apparates beschrieben, der jede von oben befohlene Wendung mitmachte.[106] Sie hätte, so wurde sie von der *Washington Post* zitiert, „zu ihrem Bruder seit 15 Jahren keinen Kontakt gehabt und glaube nicht, dass er amerikanischer Staatsbürger sei. Er sei jedoch, unter welcher Identität und mit welch offizieller Funktion auch immer, „Kommunist Nr. Eins" in den USA, so auch Budenz.[107] In einem Interview mit dem *Daily Worker* wies Eisler dies zurück. Es sei noch der mexikanische Präsident Lázaro Cárdenas gewesen, der deutschen Hitler-Flüchtlingen Asyl in seinem Land geboten habe. Das Schiff, mit dem er in die USA unterwegs war, sei in Trinidad, einer britischen Kolonie, von Polizeikräften durchsucht worden. Diese hätten Eisler als Antifaschisten anerkannt, und er habe in die USA weiterreisen können. Nur weil ihm der direkte Weg nach Mexiko versperrt gewesen war, habe er überhaupt den Umweg über New York genutzt.[108] Der *German American* druckte diese Erklärung auf Deutsch sinngemäß nach.[109]

In einer Artikelserie, die vom 18. bis zum 23. November im *New York Journal American*, einem Blatt des Tycoons William Randolph Hearst, erschien, beschrieb Ruth Fischer in großer Aufmachung ihre Version des Falles.[110] „Die Karriere eines

---

105 Frederick Woltman, Kremlin Agent in U.S. Identified, in: World Telegram vom 17. Oktober 1946. Fast im gleichen Wortlaut wiedergegeben in: Washington Daily News vom 17. Oktober 1946. Diese und weitere, im Folgenden zitierte Zeitungsberichte befinden sich in der Gerhart Eisler File, Box 2, verschiedene Mappen, sowie in einer auszugsweisen Zusammenstellung in: Gerhart Eisler Scrapbook, in: Robert F. Wagner Labor Archives, The Tamiment Library, New York University, TAM 438.

106 Woltman, Kremlin Agent in U.S. Identified.

107 Ex-Editor of Daily Worker Names Director of U.S. Reds, in: Washington Post vom 18. Oktober 1946. Vgl. auch die Rechtfertigungsschrift von Louis F. Budenz, This is My Story, New York/London 1947, hierzu S. 241.

108 Bernard Burton, Gerhart Eisler Punctures Budenz-Woltman Provocation, in: Daily Worker vom 18. Oktober 1946. Cárdenas amtierte bis Ende 1940 als Präsident Mexikos.

109 Gerhart Eisler, Einige Bemerkungen zu meinem Fall, in: The German American vom 1. November 1946. Eine Auflistung der Presseartikel zum „Fall Eisler" vor dessen Anhörung findet sich in einem Memorandum vom 15. Februar 1947 (enthalten in: Gerhart Eisler FBI File, Box Nr. 5, Mappe 1).

110 Vgl. auch die Materialien zu Gerhart Eisler in: Ruth Fischer Papers, Mappen Nr. 2511 und 2525. Ruth Fischer erwog kurzzeitig, die Artikelserie zu einem Buch zu erweitern,

Terroristen“, war der erste Teil der Serie überschrieben. Gerhart Eisler sei schon in den frühen dreißiger Jahren in den USA gewesen und habe die kommunistische Partei den Wünschen Stalins entsprechend zugerichtet. Jede oppositionelle Regung habe er erstickt. Er habe sich 1928 nach anfänglicher Opposition Ernst Thälmann angeschlossen und geholfen, ihn an der Spitze der KPD zu halten, obgleich dieser in finanziell unsaubere Geschäfte verwickelt gewesen sei, Zu dieser Zeit wurde auch die GPU auf Gerhart Eisler aufmerksam und stellte ihn in ihren Dienst.[111]

Seine zweite GPU-Mission habe er in China ab 1929 erfüllt, als er dort die oppositionellen Kräfte ausfindig machte. Er sei durch ganz China „von Parteizelle zu Parteizelle“ gereist und habe Namen um Namen nach Moskau übermittelt. „Seine charakterliche Disposition“, so seine Schwester über ihn, „wurde durch diese orientalische Atmosphäre gefördert, in der die Blutrache gegen politische Feinde ein geschätzter Brauch ist. [...] Gerhart hatte zum ersten Mal Blut gerochen.“[112]

1933 sei Gerhart Eisler nach New York gekommen und habe die amerikanische KP dem Kurs Stalins unterworfen.[113] Er habe 1936 die amerikanischen Kandidaten für die Abraham Lincoln Brigade ausgewählt, die gegen die Franco-Truppen in Spanien kämpften. Doch sei es ihm nicht um die Verteidigung der Demokratie gegangen, vielmehr habe er in Spanien als Verbindungsoffizier zwischen der sowjetischen Geheimpolizei und deutschen Kommunisten um Ulbricht gedient. Gerhart Eisler habe nicht verhindern können, dass ehemalige treue Kommunisten wie Ignaz Reiss und Juliet Poyntz sich von Moskau lossagten – und beide verschwanden spurlos oder wurden ermordet.[114] Er sei nach Moskau zurückbeordert wor-

ließ diesen Plan aber fallen. Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2526: Outline for a Book „The Comintern's American Agent“, 29. November 1946.

111 Ruth Fischer, The Comintern's American Agent, I: Gerhart Eisler, the Career of a Terrorist, in: New York Journal American vom 18. November 1946.

112 Ruth Fischer, The Comintern's American Agent, II: The Chinese School of Terrorism, ebd., 19. November 1946.

113 In der Tat setzte Gerhart Eisler im Auftrag der Komintern die Anpassung der Partei an die selbstmörderische Politik des „Sozialfaschismus“ durch. Zu deren praktischer Anwendung gehörte der Überfall eines KP-Schlägertrupps auf eine Kundgebung der Sozialistischen Partei am 16. Februar 1934. Die Veranstaltung, auf der auch Bürgermeister Fiorello La Guardia sprechen sollte, musste daraufhin abgebrochen werden. Vgl. Ronald Friedmann, Gerhart Eisler und die Sozialfaschismus-Konzeption in der KP der USA, in: Widerstand in der Illegalität und im Exil. Der 30. Januar 1933 im Spiegel deutscher Biographien, Teil II, Berlin 2008, S. 48f.

114 Ruth Fischer, The Comintern's American Agent, III: You Can't Retire From the N.K.V.D., ebd., 20. November 1946.

den, doch während viele seiner ehemaligen Freunde liquidiert wurden, sei ihm nichts zugestoßen.[115]

Jetzt sei Gerhart Eisler Vorreiter einer ganzen Reihe deutscher Flüchtlinge, die in den USA die Geschäfte Moskaus besorgten. Mit dem Council for a Democratic Germany habe er eine Frontorganisation der KPD aufgebaut und „mit zwei anderen NKWD-Agenten“, Albert Schreiner und Albert Norden, das Buch *The Lesson of Germany* geschrieben. „Es ist eine bloße Rechtfertigung für alles, was Stalin in Deutschland verbricht“, so Ruth Fischer, die aber damit dem Buch keineswegs gerecht wurde.[116]

Über all dem, so Ruth Fischer weiter, sei Hanns Eisler nicht zu vergessen. Er habe in Hollywood, als kultureller Schöngeist getarnt, zusammen mit dem „Minnesänger der GPU“, Bertolt Brecht, das Geschäft der Stalinisten ebenso besorgt, wie er es bereits in Europa getan hatte.[117] Die Zeitschrift *Time* scheute sich nicht, Ruth Fischer als „eine frühere Rote, die Bescheid weiß“ zu feiern. Mit der spitzen Bemerkung von der „Geschwisterliebe“ deutete der Artikel jedoch auch leise Verachtung für Ruth Fischers Verhalten an.[118]

Auch Budenz wiederholte am 22. November vor dem HUAC die Behauptung von Gerhart Eisler als dem amerikanischen Kommunisten Nr. Eins.[119] Daraufhin erklärte Eisler in einem Rundfunkinterview, Budenz nie getroffen zu haben. Doch

---

115 Ruth Fischer, The Comintern's American Agent, IV: Departure and Arrival, ebd., 21. November 1946.

116 Ruth Fischer, The Comintern's American Agent, V: Eisler's Activity in the U.S., 1933–1946, ebd., 22. November 1946. Das Buch war im Duktus relativ zurückhaltend, übte dafür (moderate) Kritik am Kurs der KPD vor 1933. Diese habe an der Errichtung eines sozialistischen Deutschlands noch 1932/33 als unmittelbarer Tagesaufgabe festgehalten, was die Aktionseinheit mit der SPD und bürgerlichen Hitlergegnern verhindert habe. Zudem habe die KPD jede Verhandlung mit der SPD-Führung abgelehnt. Solche „sektiererische Haltungen innerhalb der Kommunistischen Partei“ habe wiederum den Sozialdemokraten ihre ablehnende Haltung gegenüber der KPD erleichtert. Gerhart Eisler/Albert Norden/Albert Schreiner, The Lesson of Germany, New York 1945, S. 146.

117 Ruth Fischer, The Comintern's American Agent, VI: The Comintern in Hollywood, ebd., 23. November 1946.

118 Communists: The Brain, in: Time Magazine vom 28. Oktober 1946.

119 Um dem „Mangel“ an Detailinformation über Gerhart Eisler vergessen zu machen, nannte Budenz immer neue Namen von Personen, die in irgendeiner Weise einmal etwas mit der KP der USA oder ihren Vorfeld-Organisationen zu tun gehabt hatten. Vgl. Robert M. Lichtman, Louis Budenz, the FBI, and the „List of 400 Concealed Communists“: an Extended Tale of McCarthy Informing, in: American Communist History, 3 (2004), Nr. 1, S. 25–54 (und die dort verwertete Literatur).

wisse dieser um „bestimmte, mich betreffende Denunziationen aus der Richtung gewisser europäischer Renegaten."[120]

Ob damit seine Schwester Ruth Fischer gemeint sei, die ihn, Eisler, als einen Agenten der russischen Regierung bezeichnet habe? Warum habe sie das getan? „Weil sich diese Dame in eine gutbekannte Denunzianten-Lady verwandelt hat. Kein ernsthafter Mensch in Europa würde noch mit ihr sprechen." Sie sei zur Gegnerin der kommunistischen Bewegung geworden, und er habe bei ihrem Ausschluss aus der Partei „eine wichtige Rolle gespielt."

Welche Rolle spiele und welche Funktion bekleide er in der amerikanischen kommunistischen Partei? „Ich habe keine offizielle und keine inoffizielle Funktion", erwiderte Eisler. „Ich war niemals Mitglied der KP der USA." Auch habe er nicht den Namen Hans Berger verwendet, vielmehr habe er dem außenpolitischen Redakteur des *Daily Worker*, Joseph Starobin, Informationen übermittelt. Starobin habe diese die für eigene Beiträge verwendet, die er mit den Namen Hans Berger abzeichnete.[121] Doch dauerte es seine Zeit, bis sich die Erkenntnis Bahn brach, dass der „Große Unbekannte" Hans Berger eine journalistische Erfindung war.[122]

---

120 Gerhart Eisler in der Sendung der Station WOL, Washington, D.C., am 27. Dezember 1946, hier zit. nach dem Typoskript (aus dem Besitz von Gerhart Eislers Witwe Hilde) als Anhang zu: Jürgen Schebera, Gerhart Eisler im Kampf gegen die USA-Administration, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 24 (1982), Nr. 6, S. 848. Hiernach auch die folgenden Zitate. (Übersetzung leicht verändert).

121 Bereits am 20. Oktober 1946 hatte Gerhart Eisler eine entsprechende Erklärung vorbereitet. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4117/7, Bl. 20f., Bestand Gerhart Eisler. Die Erklärung ist ohne Überschrift. Die Nennung des Namens war offenkundig mit Starobin abgesprochen. Dieser schrieb, nachdem er aus der KP der USA ausgeschieden war, sich aber keineswegs der Rechten zugewandt hatte, über Eisler sehr anerkennend. Eisler habe einen Anteil am „vergleichsweise großen Erfolg der Partei" in den dreißiger Jahren gehabt, aber ab 1941 relativ zurückgezogen vom Parteileben gelebt, da er mit deutschen Angelegenheiten befasst gewesen sei. Den jüngeren amerikanischen KP-Funktionären sei er „wie ein Geist aus der Vergangenheit" erschienen. Joseph R. Starobin, American Communism in Crisis, 1943–1957, Cambridge (Massachusetts) 1972, S. 304. Vgl. auch seine zeitgenössischen Berichte: Odyssey of an Anti-Fascist, in: Daily Worker vom 17. November 1946 und The Eisler I Know, in: New Masses vom 4. März 1947.

122 Hanuš Burger, Der Frühling war es wert. Erinnerungen, München 1977, S. 278. Im amerikanischen Exil nannte sich der in Prag geborene Regisseur Hans Burger, was phonetisch ebenso klang wie Hans Berger. Aus Furcht, in die Angelegenheit hineingezogen zu werden, trennte sich wegen der Ähnlichkeit der Namen Burgers damalige Freundin, die spätere Oscar-Preisträgerin Eva-Maria Saint, nach Druck ihrer Eltern von ihm. Burger, der mit Hanns Eisler in der Weimarer Republik zusammengearbeitet hatte, verließ die USA in Richtung Prag, um 1968 abermals zu emigrieren, diesmal nach München.

Befragt, wann und wie er in die Vereinigten Staaten gekommen sei, antwortete Eisler, er sei am 13. Juni 1941 eingereist, um weiter nach Mexiko zu fahren, dessen Einwanderungsvisum er besessen habe. „Die amerikanischen Behörden verhinderten meine Abreise und zwangen mich, in diesem Lande zu bleiben.“[123] Er habe sich zunächst mit einem Transitvisum, später mit einem Besuchervisum in den USA aufgehalten, und jetzt würden ihm die amerikanischen Behörden verbieten, das Land wieder zu verlassen. Somit war Eisler nicht in die USA gekommen, um dort zu bleiben, und befand sich ohne ein „Mandat Moskaus“ im Land.[124]

Weiter gefragt, was er über den möglichen Mord an Ruth Fischers Lebensgefährten Arkadij Maslow wisse, antwortete er: „Ich war in einem Konzentrationslager zu dieser Zeit, und ich weiß nicht, was mit ihrem Mann geschehen ist. Ich habe ihre Darstellung gehört, aber ich möchte darüber nicht diskutieren.“ Doch befand sich Gerhart Eisler zum Zeitpunkt von Maslows Tod bereits seit über fünf Monaten in den USA und nicht mehr im Lager Le Vernet in Frankreich, in das ihn die Vichy-Regierung verbracht hatte. Der Trick gelang: Keiner der drei Radioreporter, die das Interview führten, hakte hier nach. Eisler suchte alles zu vermeiden, was ihn in die Nähe Maslows und seiner Schwester rücken konnte.

Minutiös zeichnen die FBI-Akten das Ausmaß der Überwachung nach, der Gerhart und Brunhilde Eisler – sie waren seit 1942 miteinander verheiratet – unterworfen wurden. So wurde eine genaue Aufstellung ihres Freundeskreises vorgenommen. Ziele der Beobachtung wurden somit, wie genau festgehalten wurde, auch Alfred Kantorowicz, Albert Schreiner, Max Schroeder, Bertolt Brecht und Ruth Berlau.[125] Ein weiterer Bericht nannte zusätzlich die Namen von Profes-

123 Damit wandte sich Eisler auch implizit gegen Dorothy Thompson, die ihm vorgeworfen hatte, von Anfang an in den USA bleiben zu wollen. Vgl. Dorothy Thompson, An Open Letter to Gerhart Eisler, in: New York Post vom 29. Oktober 1946.

124 „Er hatte daher auch keinen Auftrag – und damit auch keine Erlaubnis – der Komintern, erneut innerhalb der KP der USA politisch tätig zu werden“, schreibt Ronald Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie, Berlin 2007, S. 163. Auch Romerstein und Breindel berichten zwar (im anklagenden Gestus) über Gerhart Eislers Komintern-Arbeit in den USA der 1930er Jahre (so über seine Teilnahme am 7. Weltkongress 1935 als amerikanischer Delegierter), doch haben sie nichts über entsprechende Aktivitäten der 1940er Jahre zu vermelden, auch nicht in Bezug auf eine Funktion Gerhart Eislers in der KP der USA. Vgl. Herbert Romerstein/Eric Breindel, The Venona Secrets. Exposing Soviet Espionage and America's Traitors, Washington, D.C. 2000, S. 74–76.

125 Dies nach einem undatierten, von Herman O. Bly verfassten FBI-Bericht, der offenbar vom Frühjahr 1947 stammt und die gleiche Registratur-Nummer wie der Lamphere-Bericht trägt (NY 100–12376), aber einer anderen Akte zugeordnet ist (Gerhart Eisler File, Box Nr. 4, Mappe 9). Der Bericht enthält eine, in der Kopie jedoch geschwärzte Liste der FBI-Informanten in dieser Angelegenheit.

sor Julius E. Lips, Albert Grzesinski, Dr. Felix Boenheim und Paul Hagen alias Karl Frank.[126] Eislers Reisen, seine Reden und Kontakte wurden penibel registriert.[127]

So sehr das FBI sich der Dienste Ruth Fischers bediente, so wenig traute es der ehemaligen Kommunistin. Auch sie wurde deshalb von Anfang an beobachtet. Laut einer Information vom 28. November 1942 sei sie „liberal gesinnt und habe starke Sympathien für die europäische Gewerkschaftsbewegung", sie sei „erbitterte Antikommunistin, obgleich sie zwischen ehrenhaften Kommunisten und Stalinisten Unterschiede macht und sich selbst eher als Antistalinistin denn als Antikommunistin sieht."[128] Lobend hob ein späterer Bericht hervor, dass sie selbst, so auf ihren Auslandsreisen, sich den amerikanischen Stellen als Informantin angeboten habe.[129]

Das FBI führte auch Buch über die Aktivitäten des Joint Antifascist Refugee Committee, bei dem Gerhart Eisler hauptamtlich arbeitete und das sich die Befreiung inhaftierter Kommunisten in dem von den Nazis besetzten Europa zum

---

126 Vgl. Gerhart Eisler FBI File, Box Nr. 4, Mappe 14: Bericht (Verfasser Herman O. Bly) vom 9. September 1944.

127 Vgl. z. B. ebd., Box Nr. 5, Mappe 1: Bericht (Verfasser geschwärzt) vom 6. Februar 1944 über eine Reise Gerhart Eislers nach Chicago. Eislers Frau Lou erfuhr später, dass auch ihre zeitweilige Haushaltshilfe für das FBI gearbeitet hatte. Vgl. Lou Eisler-Fischer. Es war nicht immer Liebe. Texte und Briefe, hg. von Maren Köster u. a., Wien 2006, S. 62. Leider bietet die fragmentarische autobiographische Skizze (S. 30–86) ansonsten nichts Neues über das Leben der Eislers in den USA.

128 Ohio State University, University Libraries, Columbus, Ohio: Alexander Stephan Collection of FBI Files on German Intellectuals in US Exile, File 57: Fischer, Ruth (weiterhin zitiert als Ruth Fischer FBI File), D. M. Ladd, Office Memorandum an FBI-Direktor Hoover vom 19. Mai 1944. Die erst mit Ruth Fischers Tod geschlossene Akte wurde unter der Nummer WFO 100–21236 beim FBI geführt. Sie enthält mehrere Lebensabrisse Ruth Fischers (mit anfangs teilweise fehlerhaften Angaben) sowie Auszüge aus Dokumenten der US-Einwanderungsbehörde, Berichte über ihre Auslandsreisen, auf denen sie penibel beobachtet wurde, Informationen über ihre Aktivitäten in New York, Berichte aus dem *Network* und aus *The Russian State Party* sowie Gegendarstellungen des Council for a Democratic Germany. Weiterhin enthält die Akte zahlreiche Informationen, die von Ruth Fischer selbst stammten, deren Adressaten aber teilweise ausgeschwärzt sind. Ein früher Bericht warf die Frage auf, ob Ruth Fischers Aktivitäten Interventionen des sowjetischen Noch-Verbündeten hervorrufen könne. Vgl. FBI-Memorandum vom 24. Juni 1944.

129 Vgl. ebd., (unvollständig erhaltener) Bericht vom 20. Januar 1948 an US-Außenminister George C. Marshall. Der Bericht vermerkt jedoch auch, dass Ruth Fischer, da ihr keine entsprechende amerikanische Erlaubnis erteilt worden war, zwischen den Besatzungszonen hin- und herzureisen, sie sich diese in London von britischen Stellen besorgt habe, da sie dorthin offenbar gute Beziehungen unterhalte.

Ziel gesetzt hatte (so findet sich, um ein Beispiel zu nennen, eine Akte zu Franz Dahlem).[130] Auch hielt Robert Lamphere am 18. Oktober 1946 fest, was ihm ein Informant betätigt hatte, nämlich dass Eisler „kein russischer Spion ist, sondern ein Komintern-Agent“ sei.[131] Die heutige Forschung vertritt die Ansicht, dass Eisler in den 1940er Jahren weder das eine noch das andere mehr war.[132] Als KPD-Funktionär arbeitete er für *The German American*, das Organ des Council for a Democratic Freedom, und hielt die Verbindung zu amerikanischen Kommunisten aufrecht.[133]

Er stehe, so sein FBI-„Schatten“, im regelmäßigen Kontakt zu KP-Politikern und Journalisten wie Eugene Dennis, Jack Stachel und Joseph Starobin, habe Botschaften von ihnen ins Ausland übermittelt, für den *Daily Worker* geschrieben und an dessen redaktioneller Arbeit teilgenommen.[134] Eine Mitteilung J. Edgar Hoovers hielt fest, Budenz habe erklärt, er hätte Eisler einmal getroffen, womöglich Ende 1943.[135] Da Budenz noch Chefredeakteur des *Daily Worker* war, dürfte

130 Vgl. Gerhart Eisler FBI File, Box Nr. 4, Mappe 10: Bericht (Verfasser geschwärzt) vom 19. Oktober 1942 über Franz Dahlem. Dieser überlebte die KZ-Haft in Mauthausen. – Das *Time Magazine* meinte, Eisler habe in dem Komitee nichts weiter getan, als ehrbare Persönlichkeiten wie den Schauspieler Charles Boyer, den Regisseur Cedrick Hardwicke oder den Verleger Bennett Cerf für die Sache des Kommunismus zu gewinnen und deren Gutgläubigkeit auszunutzen gesucht. Vgl. Communists: The Man from Moscow, in: Time Magazine vom 17. Februar 1947.

131 Vgl. Gerhart Eisler FBI File, Box Nr. 4, Mappe 19: Memorandum vom 18. Oktober 1946, Bl. 4. Damit wurde u. a. ein Bericht vom 19. April 1946 korrigiert, der sich in der Ruth Fischer FBI File befindet. Vgl. ebendort Memorandum (Verfasser und Adressat ausgeschwärzt).

132 Das Standardwerk zur amerikanischen Gegenspionage gegen sowjetische Geheimdienstaktivitäten nennt Gerhart Eisler nur ein einziges Mal kurz im Zusammenhang mit seinen falschen Pässen. Sein Bruder Hanns wird überhaupt nicht genannt. Vgl. John Earl Haynes/Harvey Klehr, Venona. Decoding Soviet Espionage in America, New Haven/London 1999, S. 81.

133 Vgl. Jürgen Schebera, The Lesson of Germany. Gerhart Eisler im Exil: Kommunist, Publizist, Gallionsfigur der HUAC-Hexenjäger, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, 7 (1989), S. 88f. Vgl. auch die Erinnerungen von Lore Krüger, damals Mitarbeiterin der Zeitschrift *The German American*: Ein Büro am Broadway. Gespräch [von Christa Fischer] mit Lore Krüger über die Emigration in die USA und die antifaschistische Zeitschrift *The German American*, in Junge Welt vom 2. Juli 2005.

134 Vgl. Gerhart Eisler File, Box Nr. 4, Mappe 20: Bericht vom 19. Dezember 1946 (Verfasser: Robert J. Lamphere).

135 Vgl. ebd., Director FBI an SAC [Special Agent in Charge], New York, 11. Dezember 1946.

sich Eislers Mitarbeit am Blatt in Grenzen gehalten haben, denn andernfalls wäre es zu zahlreicheren Begegnungen gekommen.

Eislers Rechtsanwältin Carol King erwirkte zwar, dass zumindest die offene Beschattung von Gerhart und Hilde Eisler beendet wurde, doch lag es nicht in ihrer Macht, andere Schritte des FBI zu verhindern: Überall im Lande wurden Kommunisten, frühere Kommunisten, aber auch Nichtkommunisten nach ihren Verbindungen zu Gerhart Eisler befragt. Lamphere listete im Ermittlungsbericht zahlreiche Namen und Fakten hierzu auf. So vermerkte er, dass Eisler unter den Namen „Gerhart" oder „Edwards" Kandidaten für die Lenin-Schule in Moskau ausgewählt und dass er bei seinen Reisen falsche Pässe benutzt habe. Weiterhin habe er bei der Einreise 1941 seine Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei verschwiegen, um nicht am Betreten des Landes gehindert zu werden.[136] Schließlich gab FBI-Chef Hoover Teile des Berichts zum „Fall Eisler" an die *New York Times* weiter, die ihn am 7. Februar 1947 veröffentlichte.[137] Im dazu passenden Kommentar wurde, dies kam einer Vorverurteilung gleich, Gerhart Eisler als möglicher „Kreml-Terrorist, Anstifter zum politischen Mord und Passfälscher" bezeichnet.[138]

Unter dem Vorwand, bei seiner Einwanderung falsche Angaben zur Person gemacht zu haben, wurde Gerhart Eisler am 4. Februar 1947 in New York festgenommen.[139] Wie gefährlich die Sache wurde, konnten seine Freunde in der Presse

---

136 Vgl. Gerhart Eisler FBI File, Box 4, Mappe 9: FBI-Bericht Washington, D.C. 100–2867 vom 25. Juli 1941, wo der Berichterstatter Louis Lokel festhielt, Eisler habe bei seiner Einreise am 14. (recte: 13.) Juni erklärt, niemals KP-Mitglied gewesen zu sein. Vgl. zur Passangelegenheit weiterhin ebd., Box Nr. 2, Mappe 5: FBI-Bericht NY 100–12376, Bl. 4f. Eislers Pässe waren auf die Namen Samuel Liptzin und Samuel Josephson ausgestellt. Im Radio-Interview vom 27. Dezember 1946 hatte Eisler betont, er habe bereits auf dem US-Konsulat in Marseille zur Notlüge greifen und seine KPD-Mitgliedschaft verschweigen müssen, da er andernfalls nicht einmal ein Transitvisum erhalten hätte. Vgl. Schebera, Gerhart Eisler im Kampf gegen die USA-Administration, S. 847. Sowohl Liptzin als auch Josephson wurden vom Ausschuss für Unamerikanische Tätigkeit vernommen. Vgl. Committee on Un-American Activities, House of Representatives, 80th Congress, 1st Session [im Folgenden: HUAC Protocols], March 5 and 21, Washington, D.C. 1947. Die Protokolle befinden sich in den Robert F. Wagner Labor Archives der Tamiment Library, New York.

137 Vgl. Text of the FBI Report on Eisler, in: The New York Times vom 7. Februar 1947.

138 Anthony Liviero, Communist Chief in U.S. Is Accused of Revolution Plot, ebd.

139 Am 3. Dezember 1946 musste Eisler der Einkommensbehörde des Finanzamtes über seine Unterstützung durch den „Julius Eisman Fund" Rechenschaft ablegen. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4117/7, Bl. 33: Bestand Gerhart Eisler. Einen solchen Fund gab es jedoch nicht: Es gab vielmehr den Fund des Joint Anti-Fascist Refugee Committee, der finanzielle Unterstützung in Justizfällen bot, darunter auch für Gerhart Eisler. Dieser quittierte die

lesen. „Eisler als Atomspion genannt“, hieß es reißerisch im *New York Journal American*. Er sei „eine Schlüsselfigur des von Moskau aufgezogenen Spionagerings, um das Geheimnis der Atombombe zu stehlen.“[140] „FBI sieht Eisler als wahrscheinlichen Roten Spion“, titelten die *San Antonio Evening News*. Hoover selbst habe Eisler als wichtigen Kontaktmann zwischen der „internationalen kommunistischen Organisation in Russland und der kommunistischen Partei in den Vereinigten Staaten“ genannt, hieß es.[141] Dieser Vorwurf, nicht die Anschuldigung als Atomspion, stand im Mittelpunkt von Gerhart Eislers Anhörung vor dem HUAC.

Am 6. Februar wurde er nach Washington vorgeladen. Der HUAC-Vorsitzende J. Parnell Thomas erklärte, das Komitee sehe „die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten als eine subversive Organisation, und die Untersuchung des Denkens und des Handelns jeder einzelnen Person“, die mit dieser Partei in Verbindung stehe, „liege in der Vollmacht dieses Komitees.“ Eisler protestierte mit Nachdruck gegen seine Verhaftung und Zuführung vor den Ausschuss und erklärte, er sehe sich als politischer Gefangener der USA. Er lehne es ab, sich vereidigen zu lassen, solange ihm nicht erlaubt sei, einige Bemerkungen in eigener Sache zu machen. Das Komitee wies dies zurück und beantragte, Eisler wegen „Missachtung“ zu belangen. So endete nach zehn Minuten Eislers Verhör. Er wurde in das New Yorker Gefängnis zurückgebracht.[142] Eine erste Gerichtsverhandlung in New York endete im März und April ergebnislos, und Eisler musste gegen Kaution freigelassen werden.

Unmittelbar nach der Vernehmung Gerhart Eislers, am 6. Februar, sagte Ruth Fischer vor dem HUAC gegen ihren Bruder aus.[143] Sie wurde zur entscheidenden Belastungszeugin gegen ihn, den sie als „Haupt der Komintern-Aktivitäten in

---

erhaltenen Summen mit dem Pseudonym Julius Eisman. Vgl. Phillip Deery, „A Plot Upon Liberty“. McCarthyism, Dr. Barsky and the Joint Anti-Fascist Refugee Committee, in: American Communist History, 8 (2009), Nr. 2, S. 175–205, zu Eisler S. 185ff.

140 Eisler Called Atom Spy, in: The New York Journal American vom 5. Februar 1947.

141 FBI Sees Eisler as Likely Red Spy, in: San Antonio Evening News vom 6. Februar 1947.

142 Gerhart Eislers Befragung ist abgedruckt in: HUAC Protocols, February 6, Washington, D.C. 1947, S. 1–4. Wiederabdruck in: Eric Bentley (Hg.), Thirty Years of Treason. Excerpts from the Hearings before the House Committee on Un-American Activities, 1938–1968, New York, 1971, S. 57–59, deutsch in: Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 273–276.

143 Ruth Fischers Befragung ist dokumentiert in: HUAC Protocols, February 6, Washington, D.C. 1947, S. 29–35, 46–55. Gekürzter Wiederabdruck in: Bentley (Hg.), Thirty Years of Treason, S. 59–73. Die vollständige deutsche Übersetzung befindet sich im Anhang dieses Buches.

diesem Land“ bezeichnete, „oder, um es besser auszudrücken, als das Haupt eines Agentennetzwerkes der russischen geheimen Staatspolizei.”

Robert Stripling, der Chefermittler des Ausschusses, forderte Ruth Fischer auf, wichtige Stationen ihrer Biographie darzulegen, insbesondere die Frage zu beantworten, wie sie und ihr Bruder zur kommunistischen Bewegung gekommen waren. Sie erklärte:

„Ich war ein Gründungsmitglied der österreichischen kommunistischen Partei, und als mein Bruder aus dem Krieg zurückkam, trat er ihr – wir waren beide sehr jung – auf mein Drängen hin bei. In Berlin, wo ich mich in der kommunistischen Organisation sehr aktiv betätigte, wurde Gerhart rasch zum Organisator und Propagandisten in der KPD. Zu dieser Zeit war unsere Beziehung sehr gut, nicht nur wegen der gemeinsamen familiären Herkunft – wir sind fast gleichaltrig und zusammen aufgewachsen –, sondern auch, weil wir die gleichen politischen Anschauungen vertraten. Diese politische und persönliche Freundschaft dauerte bis zum Jahre 1923, dem Jahr der Ruhrbesetzung durch die französische Armee, als wir eine schwere Auseinandersetzung wegen der Politik der kommunistischen Partei hatten. Von diesem Moment an war unsere politische Beziehung zerbrochen, und im Jahre 1926 wurde ich aus der KPD wegen meiner Opposition gegenüber Stalin, der Komintern und dem Politbüro ausgeschlossen. Meine Beziehung zu Gerhart wurde zunehmend feindlicher und erreichte den Punkt, an dem ich mich gezwungen sehe, gegen ihn auszusagen, da ich ihn als einen der gefährlichsten Terroristen sowohl gegenüber dem amerikanischen wie dem deutschen Volk ansehe. Er möchte nach Deutschland zurückkehren, das er vorgibt, so sehr zu lieben.“

Die Moskauer Prozesse hätten, so Ruth Fischer, sie und Gerhart Eisler in entgegengesetzten Lagern gesehen. Eine Versöhnung war nicht möglich. „1936 fand in Moskau der erste Schauprozess gegen den früheren Vorsitzenden der Komintern und andere statt, die der Verschwörung gegen Stalin angeklagt waren und die geplant haben sollten, ihn zu ermorden. In diesem Verfahren wurde mein Name von einem Angeklagten genannt, da ich ihn angeblich nach Moskau mit dem Auftrag geschickt hatte, Herrn Stalin und andere Würdenträger des Politbüros zu ermorden. Diese Aussage war in Komintern-Kreisen bekannt, und Wyschinskij, der Chefankläger, hatte Dr. Lurje, der schließlich gemeinsam mit fünfzehn anderen Angeklagten hingerichtet wurde, mehrere Male über meine Rolle in der Verschwörung gegen Stalin befragt. Gerhart war deshalb in Panik. Er befürchtete, dass er in die Sache mit hineingezogen werden könnte. Er wusste natürlich wie jeder in der Komintern, dass ich Dr. Lurje nicht nach Moskau geschickt hatte und dass der ganze Vorgang ein Komplott war. Aber er war sich nicht sicher, ob Wyschinskij nicht doch die Frage aufwerfen könnte, ob Gerhart nicht zusammen mit Ruth Fischer an der Verschwörung zur Ermordung von Stalin beteiligt war. Deshalb

wurde er von seinen eigenen Genossen überwacht. Er spürte, dass Wyschinskij es als Beweis für eine Verschwörung verwenden würde, wenn wir uns in diesem Pariser Restaurant getroffen hätten.“ So aber sei Gerhart Eisler grußlos an Ruth Fischer vorbeigegangen, als er sie vor einem Restaurant in Paris gesehen hatte.

Nach Aussage seiner Schwester war Gerhart Eisler für die Festlegung der jeweiligen taktischen Linie der amerikanischen KP hauptverantwortlich, so bei den kommunistischen Angriffen auf Präsident Roosevelt, doch auch bei der Wendung hin zur Volksfront-Politik, zur „Einheitsfront mit all jenen, die mit Russland und den Kommunisten gemeinsam kämpfen wollten.“ Sie fuhr fort:

„Die russische Staatspartei mag zu bestimmten Zeiten die kommunistischen Aktivitäten zügeln und sie zu anderen Zeiten befördern. Das macht die Sache für den Außenstehenden so schwer durchschaubar, aber es gibt dabei immer den einen springenden Punkt, den des russischen Staatsinteresses, und alle kommunistischen Organisationen stehen unter Kontrolle des kommunistischen Staates. Wenn das Politbüro aus dem einen oder anderen Grund die Aktivitäten ganz oder teilweise stoppen will, dann werden diese gezügelt oder gestoppt und später wieder aufgenommen. Aber die gesamte Organisation ist ein Geheimbund, der mit dem System der Geheimpolizei verbunden ist, die in jedem Fall die Befehle erteilt.“ Gerhart Eisler würde, wo immer er könne, mithelfen, ein Regime zu errichten, das sich von der Diktatur Hitlers nur dadurch unterschiede, dass der Diktator Stalin hieße.

Ruth Fischer ging so weit, ihren Bruder zu bezichtigen, er habe „seine Hand im Spiel“ bei der Ermordung von Nikolaj Bucharin und Hugo Eberlein gehabt, doch auch bei der Auslieferung deutscher Kommunisten von Stalin an Hitler im Gefolge des deutsch-sowjetischen Paktes von 1939. Ob dies den Hörern – die Anhörung wurde im Rundfunk übertragen – glaubwürdig schien, mag dahingestellt sein; ihre Behauptung, Eisler habe „jahrelang […] unermüdlich die Bestrafung des deutschen Volkes gefordert – was die Abschlachtung und Versklavung von Millionen aufgrund willkürlicher Entscheidungen der GPU bedeutet“, traf einen Nerv der öffentlichen Meinung. Gleichwohl stimmte auch dies nicht; im *German American* und anderswo hatte Gerhart Eisler die Kollektivschuld-These entschieden abgelehnt.[144]

Ein anders Ausschussmitglied, Karl Earl Mundt, fragte Ruth Fischer, ob es stimme, „dass die kommunistische Partei keine politische Partei, sondern ein Geheimbund sei, die die Möglichkeiten, die die Demokratie bietet, dazu benutzt, um die Demokratie auszuhebeln, wo immer sie es kann und immer dann zur Waffe

144 So in seinem Artikel: Was ist die Hauptgefahr für Deutschland?, in: The German American vom 1. Februar 1945.

greift, wo die Stimmzettel versagen." Ruth Fischer erwiderte, das treffe im Prinzip zu, sei aber nicht alles: Es gebe „dabei immer den einen springenden Punkt, den des russischen Staatsinteresses, und alle kommunistischen Organisationen stehen unter Kontrolle des kommunistischen Staates. Wenn das Politbüro aus dem einen oder anderen Grund die Aktivitäten ganz oder teilweise stoppen will, dann werden diese gezügelt oder gestoppt und später wieder aufgenommen. Aber die gesamte Organisation ist ein Geheimbund, der mit dem System der Geheimpolizei verbunden ist, die in jedem Fall die Befehle erteilt."

Das mit Abstand intelligenteste Mitglied des Ausschusses, Richard Nixon, fragte Ruth Fischer, inwieweit sie noch immer „Sympathie mit der marxistischen Philosophie und mit den Zielen [habe], die der Kommunismus zu vertreten vorgibt", und nur Stalins Methoden ablehne. Damit zielte Nixon auf den Kern von Ruth Fischers politischem Selbstverständnis. Sie entzog sich geschickt einem Bekenntnis zum Marxismus und antwortete: „Was wir zu diesem Zeitpunkt sehen, ist ein Stalinsches Weltreich, das sich anschickt, in vielen Ländern Fuß zu fassen. Wir müssen dessen terroristische Methoden bekämpfen und alles in unserer Macht Stehende tun, um diese Bewegung zu stoppen." Das genügte Nixon. Es fällt auf, dass der Name Arkadij Maslow nicht fiel: Weder Ruth Fischer noch eines der Ausschussmitglieder sprachen seinen Tod an. Der bittere Familienkrieg machte die Ausschussmitglieder ein um das andere Mal sprachlos.[145]

Ein groteskes Zwischenspiel ergab sich, als Stripling ein nicht näher bezeichnetes Dokument aus den Regierungsunterlagen hervorholte. Demnach habe Gerhart Eislers frühere Frau Ella einen Zeitungsbericht gelesen und daraufhin erklärt, Gerhart Eisler sei ihr rechtmäßiger Ehemann. Sie habe ihn am 22. Juli 1931 in Wien geheiratet und sei nie von ihm geschieden worden, auch dann nicht, als sie sich zuletzt 1936 in Prag sahen. Von dort sei Gerhart nach Frankreich zurückgekehrt, sie hingegen mit der gemeinsamen Tochter Anna nach Moskau. Dorthin habe auch Gerhart Eisler kommen wollen, damit sich die Familie wiedervereinigen könne. Er habe dies aber nicht getan. Gerhart Eisler erklärte daraufhin, er habe seine Frau zuletzt 1934 gesehen, und die Scheidung sei vor allem auf ihren Wunsch hin erfolgt. Es habe sich um eine Scheidung nach mexikanischem Recht gehandelt, die von seinem Anwalt und dem mexikanischen Anwalt seiner Frau ausgehandelt worden sei. Die amerikanischen Behörden gaben sich damit zufrieden, und dieser Punkt spielte in den weiteren Ermittlungen gegen Gerhart Eisler keine Rolle.[146]

145 So auch den Berichterstatter I. F. Stone. Vgl. ders., The Eisler Affair as Spectacle and Warning, in: PM Magazine vom 9. Februar 1947.

146 Gerhart Eislers Angaben über seine Eheschließungen befinden sich in Abschrift in verschiedenen Kisten und Mappen seiner FBI-Akte, doch konnte ich das von Stripling zitier-

Die „Affäre Eisler“ und in Sonderheit Ruth Fischer machten auch ohne Ehestreitigkeiten genug Schlagzeilen. Die antikommunistische Stimmung war, wie Richard Hofstadter in einem ähnlichen Zusammenhang bemerkte, „größtenteils die Schöpfung einer gerissenen und in Presse und Rundfunk breit angelegten Kampagne, die aber kaum von einem entsprechenden organisatorischen Aufwand begleitet war.“[147] Es bedurfte in der Tat keiner Massenbewegung, um die Menschen auf einen scharfen Antikommunismus einzustimmen. Der nicht-organisierte Antikommunismus, der kaum etwas mit Antistalinismus zu tun hatte, besaß eine lange Tradition in den USA. Sein rapides und gefördertes Aufflammen aber wäre ohne die Brutalität, mit der Stalin die Ausweitung seiner Einflusszone in Osteuropa durchsetzte, kaum denkbar gewesen.

Der „Familienroman“ der Eislers, schrieb der Schriftsteller Anthony Heilbut, „sein kultureller und historischer Hintergrund“ mussten dennoch dem amerikanischen Publikum weitgehend unverständlich bleiben, wusste es doch nichts von den erbitterten Fraktionskämpfen in der KPD.[148] Die Presseberichte blieben daher auch oft sehr plakativ, doch nichts anderes hatte Ruth Fischer gewollt. „Ich brachte Gerhart auf den Weg zu den Roten“, wählte der *Washington Times Herald* in seiner Morgenausgabe als Überschrift zu einem Beitrag, der Ruth Fischers Aussage vor dem HUAC fast im vollen Wortlaut wiedergab.[149] Ruth Fischer erklärte ihren Bruder „voller Dramatik“ zum „gefährlichsten Terroristen sowohl für das amerikanische Volk wie für das Volk in Deutschland, dem Land, wohin er

te Dokument nicht finden. Der Zeitungsartikel, auf den Stripling Bezug nahm, erschien im *Life Magazine*. Vgl. Hubert Kay, The Career of Gerhart Eisler as a Comintern-Agent, in: Life Magazine vom 17. Februar 1947. Auch die folgenden Ausgaben berichteten über ihn. Das Datum der Eheschließung zwischen Ella Tune und Gerhart Eisler war jedoch der 15. Juli 1931; so auch Ronald Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 161, Anm. 15, mit Bezug auf die Heiratsurkunde 1291/1931 beim Wiener Magistrat. – Auch andere Presseorgane berichteten ähnlich über den Fall (vgl. z. B. Legally Married, Mrs. Eisler Says, in: World Telegram vom 27. Februar 1947), so dass Hilde Eisler sich gezwungen sah, dagegen Stellung zu nehmen. Vgl. ihren Brief an die Redaktion von World Telegram vom 25. Februar 1947, in: SAPMO-BArch, NY 4117/7: Bestand Gerhart Eisler.

147 Richard Hofstadter, The Paranoid Style in American Politics and Other Essays [1965], New York 2008, S. 71.

148 Anthony Heilbut, Kultur ohne Heimat. Deutsche Emigranten in den USA nach 1930, Reinbek 1991, S. 358.

149 I Started Gerhart on Red Road, Sister Says, in: Washington Times Herald, Morning Edition vom 7. Februar 1947. Auch diese und die im Folgenden genannten Zeitungsartikel befinden sich in Gerhart Eislers FBI-Akte, Box Nr. 1, Mappen 4, 5 und 8. Unvollständig befinden sie sich auch in Ruth Fischers FBI-Akte sowie im Bestand Gerhart Eisler in: SAPMO-BArch, NY 4117/7: Politische Verfolgungen und Prozesse gegen Gerhart Eisler in den USA.

gehen möchte." Auch die zuerst von Louis Budenz ins Spiel gebrachte Anschuldigung, Eisler habe Verbindung zur Atomspionage, tauchte wieder auf.[150] Ein solcher Spionagering, behauptete der *Washington Times Herald* in seiner Abendausgabe, bestehe in Kanada.[151]

Die *Daily News* informierten ihre Leserschaft über ein Treffen Eislers mit „Samuel Carr alias Kogan, einem kommunistischen Funktionär, der sich inzwischen in Gewahrsam der kanadischen Justiz" befinde und von dem aus eine Verbindung zum sowjetischen Atomspionagenetz bestehe.[152] Ein Überläufer habe Carr enttarnt, berichtete das *Time*-Magazin, ohne aber auf Gerhart Eisler einzugehen.[153] Die *New York Daily News* benannten zwar ebenfalls diesen Verdacht. „Dieser letzte Punkt bleibt jedoch vage", hieß es einschränkend, zumindest solange nicht J. Edgar Hoover sein ganzes Wissen hierzu der Öffentlichkeit zugänglich mache.[154]

Der *Daily Worker*, das KP-Organ, erklärte alle Anschuldigungen als auf Sand gebaut und berichtete über Solidaritätsbekundungen für Gerhart Eisler, angefangen mit seinem Bruder Hanns.[155] Einem Komitee zur Verteidigung Gerhart Eislers (Eisler Defense Committee) gehörten neben Carol King und Felix Boenheim unter anderem der amerikanische Schriftsteller Albert Maltz sowie der emigrierte deutsche Journalist und Reiseschriftsteller Gustav Faber an. Sie alle waren sich bewusst, dass die Nennung ihrer Namen in einem solchen Zusammenhang einer gesellschaftlichen Ächtung gleichkam. Boenheim verließ kurz darauf die USA in Richtung Ostdeutschland, Maltz wurde, ohne dass ihm irgendeine illegale oder sonstwie rechtswidrige Tätigkeit nachgewiesen werden konnte, zu einem Jahr Haft verurteilt. Danach emigrierte er nach Mexiko.[156]

Eisler ließ die Erklärung, die er vor dem Ausschuss nicht hatte verlesen dürfen, umgehend publizieren. Er sei weder ein ausländischer Agent noch der „Boss" aller Roten, sondern „ein deutscher Kommunist, ein politischer Flüchtling, der nach Hause zurückkehren möchte." Wenn jetzt die Kommunistenverfolgung „zum

150 Eisler Accused of Plot to Overthrow Government, Linked to Atom Spies, in: Daily Mirror vom 7. Februar 1947.

151 Elliot Hayes/James Walter, Plan to Overthrow U.S. Government Is Charged to Eisler, in: Washington Times Herald, Evening Edition vom 7. Februar 1947.

152 Swift Indictment Of Eisler Sought In Anti-U.S. Plot, in: Daily News vom 8. Februar 1947. Man beachte die antisemitische Tönung der Meldung.

153 What Made Sam Run, in: Time Magazine vom 7. Februar 1947.

154 Hang Onto Eisler a While, in: Daily News vom 8. Februar 1947.

155 Hanns Eisler Backs His Brother, in: Daily Worker vom 8. Februar 1947.

156 Die Namen nach einer Information auf der Rückseite von Gerhart Eislers Broschüre: Gerhart Eisler Hits Back, New York 1947. Maltz konnte Jahre später mit Unterstützung Frank Sinatras in die USA zurückkehren, wurde aber erst 1997 posthum rehabilitiert.

neuen großen amerikanischen Zeitvertreib“ werde, „so kann das ohne mich geschehen. Die Welt hat das satt und ich ebenso.“[157]

„Natürlich wurden wir deutschen Kommunisten von den Nazis auch oft als amerikanische und britische Agenten bezeichnet, weil sie fürchteten, Ihr Land und Ihre Alliierten könnten den Sieg erringen.“ Der Ausschuss und überhaupt die Amerikaner sollten deshalb eine Lehre aus den schrecklichen Erfahrungen in Deutschland ziehen und nicht auf ihre Kriegstreiber hören, schon gar nicht im Atomzeitalter. „Als Deutscher habe ich ein besonderes Interesse daran, zu hoffen, dass Sie Ihren kriegstreiberischen Herren Einhalt gebieten.“[158]

Eisler betonte erneut, er habe nach Mexiko gehen wollen und bereits alle notwendigen Dokumente besessen, sei aber in New York an der Weiterreise gehindert worden.[159] Auch an der bereits vom US-Außenministerium zum 18. Oktober 1946 bewilligten Abreise sei er gehindert worden, obgleich er sich im Lande „strikt an die Regeln, die ein Gast einzuhalten hat“, und an alle Gesetze gehalten habe.[160] Er habe keineswegs gegen sein Gastland konspiriert, sondern seine gesamte journalistische Tätigkeit in den Dienst der Antihitler-Koalition und der antifaschistischen Sache gestellt.[161] Auch habe er nicht unter dem Namen „Hans Berger“ für den *Daily Worker* geschrieben, wiederholte er, sondern Joseph Starobin habe dies getan, und zwar stets dann, wenn er Material Eislers benutzte. Eisler leugnete nicht, mit amerikanischen KP-Journalisten zusammengearbeitet zu haben.[162] Er sei aber nicht als Agent der Komintern in diesem Land, sondern als ein Kommu-

157 Gerhart Eisler, My Side of the Story. A Reply to Budenz, New York 1947, hier zit. nach der deutschen Übersetzung im Anhang zu Schebera, Gerhart Eisler im Kampf gegen die USA-Administration, Zitat S. 855. Der Aufsatz erschien zuerst in gekürzter Form in: New Masses vom 18. Februar 1947. Die KP-nahe Zeitschrift brachte auch in den folgenden Monaten mehrere Beiträge zur Unterstützung Eislers. Vgl. auch Gerhart Eisler, What I Think of New Masses, in: New Masses vom 21. Oktober 1947.

158 Ebd., S. 858.

159 Vgl. Gerhart Eisler FBI File, Box Nr. 9, Mappe 1A 16/3: Enemy Alien Hearing Board, New York, Stenographic Minutes, March 31, 1947. Das FBI wusste von Anfang an, dass Eisler nicht in den USA bleiben, sondern nach Mexiko weiterreisen wollte. Es nahm, entgegen öffentlicher Behauptungen, diese Absicht Eislers als gegeben an, wie verschiedene Meldungen in der Gerhart Eisler FBI File, Box Nr. 6, Mappe 1 belegen.

160 Am 6. Januar 1946 hatte eine Gruppe deutscher Emigranten, unter ihnen Hans Marchwitza, Albert Norden, Albert Schreiner und Gerhart Eisler, Marschall Georgij Shukow um Hilfe bei der Einreise in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands gebeten. Ein entsprechender Brief wurde am gleichen Tag der sowjetischen Botschaft in Washington zugeleitet. Die Briefe finden sich in: SAPMO-BArch, NY 4117/7, Bl. 14f.: Bestand Gerhart Eisler, Mappe Politische Verfolgung und Prozesse in den USA.

161 Eisler, My Side of the Story, in: Schebera, Gerhart Eisler, S. 861f.

162 Ebd., S. 863.

nist, der sich mit seinen amerikanischen Genossen, Mitgliedern einer legalen Partei, getroffen habe.[163]

Budenz, der in der Bibel mit Judas den einzigen Helden gefunden habe, solle sich um andere Dinge kümmern, schrieb Eisler in einem weiteren Artikel nach seiner Freilassung. Dem Ausschuss für Unamerikanische Tätigkeit stehe noch die Untersuchung der politischen Einstellung von 140 Millionen Amerikanern bevor – dann aber begebe sich das Land auf jenen gefährlichen Weg, den Nazideutschland gegangen sei (und die Sowjetunion, was Eisler nicht sagte). Mit Blick auf Budenz' Konversion zum Katholizismus warnte Eisler: „Mögen einige Sprecher der katholischen Minderheit in diesem Land, die unter ständiger Bedrohung der intoleranten und böswilligen Männer des Ku-Klux-Klan leben müssen, auf der Hut sein, wenn sie andere politische Minderheiten angreifen. Eines Tages mögen Katholiken sich verleumderischen Angriffen von Typen wie Budenz ausgesetzt sehen, Verleumdungen der Art, wonach jeder Katholik der Agent einer ausländischen Macht, des Vatikan, sei, der versuche, die amerikanische Demokratie in einen katholischen Kirchenstaat umzuwandeln. Ich gebe den Hintermännern von Budenz einen ernstgemeinten Rat: Freuen Sie sich nicht zu früh über das Spiel, das Budenz mit den Kommunisten treibt. Nicht nur deutsche Kommunisten, sondern auch deutsche Katholiken sind von den Nazis gehängt worden, weil immer genau solche Judasfiguren wie Budenz zur Verfügung standen."[164] Auf die Anschuldigungen seiner Schwester ging Gerhart Eisler nicht ein.

Diese widmete unmittelbar nach seiner Vernehmung der Sache eine ganze Ausgabe von *The Russian State Party*. Eislers Verhaftung und seine Vernehmung widersprachen dem US-Verfassungsgrundsatz, wonach die Aussageverweigerung vor Gericht oder einer staatlichen Stelle, die als Gerichtsorgan fungiert, grundsätzlich zulässig ist.[165] Ruth Fischer beschönigte dies in eklatanter Weise, als sie schrieb, der Ausschussvorsitzende Thomas habe Eisler das Recht der freien Aussage zugesichert. „Er eröffnete ihm diese Möglichkeit einige Male, doch Eisler setzte seine Taktik der Provokation fort" und weigerte sich, unter Eid auszusagen.[166] Ruth

163 Ebd., S. 865. In der bereits genannten Geheimdienstakte (Gerhart Eisler FBI File, Box Nr. 4, Mappe 20: Bericht vom 19. Dezember 1946, Bl. 30f.) listete Lamphere die *Daily Worker*-Artikel auf, die unter den Namen „Hans Berger" veröffentlicht wurden und die zumeist Deutschland behandelten.

164 Gerhart Eisler Hits Back, S. 4f.

165 Im 5. Zusatzartikel zur Verfassung der USA heißt es: „Niemand darf in einem Strafverfahren zur Aussage gegen sich selbst gezwungen noch des Lebens, der Freiheit oder des Eigentums ohne vorheriges ordentliches Gerichtsverfahren nach Recht und Gesetz beraubt werden." Dieser Zusatzartikel ist seit 1791 in Kraft.

166 The Russian State Party, 2 (1947), Nr. 2: The Career of a Stalinist, Zitat S. 1.

Fischer wiederholte, was sie in ihren Zeitungsartikeln und vor dem HUAC bereits gesagt hatte, suchte jedoch ihre Behauptung zu untermauern, Eisler habe seine Hand bei Bucharins Ermordung im Spiel gehabt.

„Er rettete seine Haut, indem er gegen Bucharin aussagte. Natürlich war er nur eine Randfigur innerhalb der GPU-Struktur, aber er hatte seinen Platz im Apparat zurückgewonnen. Innerhalb der stalinistischen Bruderschaft gilt die Regel, dass man gegen seine Freunde aussagen muss, gegen Genossen innerhalb des engsten Parteikreises, nicht gegen die einer benachbarten Fraktion. Eislers Aussage gegen Trotzki wäre nicht genug gewesen, da er niemals zu dessen Anhängerschaft gezählt hatte. Doch Eislers Aussage gegen Bucharin und gegen andere Versöhnler wurde akzeptiert."

Unter den Opfern Stalins befand sich auch Hugo Eberlein, über den Ruth Fischer berichtete: „Er war der führende Mann in Eislers Kreis, hatte mit ihm gemeinsam in der Angelegenheit um Ernst Thälmann gestanden, wurde zusammen mit Eisler aus dem [Führungskreis des] deutschen Kommunismus entfernt und wurde von Pjatnizkij mit verschiedenen Aufgaben außerhalb Deutschlands betraut. Eberlein war Mitglied des Preußischen Landtages, Mitbegründer des Spartakusbundes von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und der deutsche Vertreter auf dem Gründungskongress der Kommunistischen Internationale gewesen. Der Apparat wusste, dass er mit Stalins Politik nicht einverstanden war. Eisler wurde in die Mangel genommen, über Eberleins Spionagetätigkeit in Frankreich zu berichten, und seine Aussage trug entscheidend dazu bei, dass Eberlein schließlich liquidiert wurde."[167] All dies verstörte Ruth Fischers Sohn, der in England aus der Presse davon erfuhr. „Ich fürchte, es muss Dir alles seltsam unverständlich vorgekommen sein", schrieb sie ihm. „Es war und ist mir unmöglich, Dir den wirklichen Hintergrund und den Zusammenhang dieser Affäre aufzudecken. Es ist dahinter viel mehr verborgen, was uns beide vital berührt, als ich Dir brieflich auch nur andeuten kann, und deswegen verzichte ich darauf."[168]

Die Forschung der letzten zwei Jahrzehnte, die sich Moskauer Quellen bedienen konnte, lieferte keinerlei Hinweis auf Eislers auch nur indirekten Anteil an der Ermordung Bucharins oder Eberleins. Im bislang umfangreichsten Kompendium zum Stalin-Terror dieser Jahre wird er dreimal kurz erwähnt: Vom 27. bis zum 29. September 1936 veranlasste die Internationale Kontrollkommission der Komintern die Überprüfung einer Reihe deutscher Genossen, darunter des in

167 Ebd., S. 5.

168 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1331, Bl. 21: Ruth Fischer an Gerard Friedlander, Brief vom 17. März 1947, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 207f.

Moskau weilenden Gerhart Eisler. Ergebnisse wurden nicht mitgeteilt.[169] Am 13. März 1937 wurde der mit Eisler in Shanghai arbeitende Paul Rakow aus der Partei ausgeschlossen und ein halbes Jahr später ermordet. Zu „Gerhart" wird nur vermerkt, er habe „von 1928 bis 1930 seinen Standpunkt in der Wittorf-Affäre in Shanghai vertreten." Rakow bezeichnete seinen Parteiausschluss als posthumen Racheakt Fritz Heckerts, ohne dass Eisler genannt wurde. Wie dieser sich zur Angelegenheit verhielt, geht aus den Quellen nicht hervor.[170] Am 13. Juli 1937 wurde Hermann Remmele wegen Kontakten „zu Doppelzüngler-Gruppen und Versöhnlern" vernommen. Unter letzteren nannte er Gerhart Eisler, doch rettete ihn dies nicht mehr, erwirkte nur einen Aufschub: Am 7. März 1939 wurde auch Remmele zum Tode verurteilt und erschossen.[171]

Überzeugung oder Lüge?

Am 18. Februar 1947 hielt Richard M. Nixon seine Antrittsrede als Kongressabgeordneter in Washington, die er dem „Fall Eisler" widmete. Er benannte den noch im Gefängnis sitzenden Gerhart Eisler, „alias Berger, alias Brown, alias Gerhart, alias Edwards, alias Liptzin, alias Eisman" als Komintern-Agenten seit 1933, der zwischen Moskau und Amerika hin- und herreise, „um die politischen und Spionageaktivitäten der kommunistischen Partei in den Vereinigten Staaten anzuleiten und zu planen." Eisler habe sich vor dem Ausschuss nicht wie ein Mensch benommen, der seinem Asylland zu Dank verpflichtet sei, sondern sei „arrogant" und ein „unversöhnlicher Feind" der amerikanischen Regierung. Nixon rief zur Wachsamkeit vor jenen Elementen auf, die sich in die Gesellschaft und besonders in den Regierungsapparat der USA einschlichen, um dort im Sinne des Kommunismus zu wirken und das Land zu unterminieren.[172]

Das FBI reagierte mit einer Intensivierung der Befragung von Gerhart Eislers Bekannten; so gaben seine frühere Frau Hede (jetzt Massing) und der Journalist Louis Fischer Auskunft.[173]

---

169 Vgl. Wladislaw Hedeler, Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938, Berlin 2003, S. 96.

170 Ebd., S. 208.

171 Vgl. ebd., S. 266.

172 Nixons Rede ist abgedruckt in: Congressional Record. Proceedings and Debates of the 80th Congress, Bd. 93, Teil 1, January 3-February 24, 1947, Washington, D.C. 1947, S. 1129–1131.

173 Vgl. Gerhart Eisler FBI File, Box Nr. 6, Mappe 1: Teletype messages [nach Befragungen] vom 18.–21. März 1947, sowie weitere Mitteilungen, die sich in dieser Mappe befinden.

Sobald sich Gerhart Eisler wieder auf freiem Fuß befand, befasste sich das Washingtoner Bezirksgericht mit ihm. Vor dem Gericht bekräftigte Ruth Fischer am 16. Juli ihre Aussagen. Ihr Bruder sei in die USA geschickt worden sei, um hier die „idiotische kommunistische Parteilinie [...] aufzupolieren."[174] Sie bezeichnete ihn erneut als „gefährlichsten Terroristen" und als „perfekten Terroristentypen."[175] Zwei ehemalige KP-Mitglieder erklärten, Eisler habe die Kommunisten aufgefordert, für eine „unabhängige Negerrepublik" zu kämpfen.[176]

Es fällt auf, dass Ruth Fischer, die in ihrem immer weiter gesteigerten Geschwisterhass ihrem Bruder alle möglichen oder erfundenen Missetaten vorhielt, es in einem Fall nicht tat: Sie hütete sich, Gerhart Eislers und überhaupt die kommunistische Haltung zur Negerfrage, wie der Terminus lautete, anzugreifen.

Zwischen 1928 und 1934 hatte die KP der USA die These vertreten, die afroamerikanische Bevölkerung sei eine nationale Minderheit. Sie solle ihr Recht auf Selbstbestimmung durch Errichtung eines eigenen Territoriums im tiefen Süden der USA wahrnehmen. Dieses Gebiet sollte in einem sozialistischen Amerika den Status einer Sowjetrepublik genießen; eine völlige Sezession war nicht vorgesehen.

Zwischen Ruth und Louis Fischer bestand kein Verwandtschaftsverhältnis. – Hede Massing rechtfertigte dies später mit der Bemerkung, es habe sie stolz gemacht, „zu einem Lande zu gehören, dessen Untersuchungen von Männern von solcher Integrität durchgeführt werden"; sie meinte ausdrücklich Robert Lamphere, der ihr ein Beispiel dafür gegeben habe, „wie Demokratie in Realität umgesetzt wird, wie sich das für das Individuum auswirken könne" – sofern das Individuum ein auskunftsbereiter Zeuge war, wie hinzugefügt sei. So beschloss sie, alles zu erzählen, was sie wusste. Hede Massing, Die große Täuschung. Geschichte einer Sowjetagentin, Freiburg u. a. 1967, S. 300f.

174 Ted Ayers, Sister Says Eisler Hit Party Line of U.S. Commies as „Idiotic", in: Washington Times Herald vom 17. Juli 1947. Dieser und die folgenden Zeitungsberichte aus: Gerhart Eisler FBI File, Box Nr. 2, Mappe 2, sowie Box Nr. 7 und 8, verschiedene Mappen mit Duplikaten.

175 Sister Testifies Again Today on Eisler Link to Communist Party, in: Washington Evening Star vom 17. Juli 1947.

176 Ted Ayers, Eisler Plotted Negro Republic in South, Ex-Communists Testify, in: Washington Times Herald vom 18. Juli 1947. – Eine Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS fasste die Aussage der „Trotzkistin" Ruth Fischer kurz zusammen und berichtete, sie habe erklärt, wie „qualvoll" es für sie gewesen sei, sich gegen ihren Bruder zu wenden. Die Meldung ging auch kurz auf die Aussagen der schwarzen Ex-Kommunisten ein, die Eislers Tätigkeit in der anglo-amerikanischen Kommission der Komintern bestätigten. K sudu nad Eislerom [TASS-Meldung vom 19. Juli 1947], in: Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii (RGASPI), Moskau, Fonds 495, Kommunistische Internationale, Bestand 205, Personalakte Nr. 8644 (Fischer, Ruth). Der Aktenbestand zu Ruth Fischer wurde, wenn auch oberflächlich, bis zu ihrem Tode fortgeführt, obwohl die Komintern seit 1943 nicht mehr existierte.

Gerhart Eisler dürfte als damaliger Komintern-Beauftragter in den USA dazu beigetragen haben, diese Linie in der Partei durchzusetzen wie auch, sie wieder von der politischen Agenda zu streichen. Der 1936 gegründete National Negro Congress spielte die Rolle einer kommunistischen Vorfeld-Organisation, und im Zeichen der Volksfront-Politik gewann die Partei einen gewissen Rückhalt unter der schwarzen Bevölkerung. Ihr Prestige verfiel jedoch während der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit zwischen 1939 und 1941.[177] Nach dem Kriegseintritt der Sowjetunion und der USA vertrat die KP eine „patriotische" Linie und schwächte ihre Kritik an der Rassendiskriminierung in opportunistischer Weise deutlich ab. Immerhin blieb die KP im Kampf gegen den Rassismus etwas weniger zu Kompromissen geneigt als andere Arbeiterorganisationen, die um ihre weiße Mitgliederschaft fürchteten und den Rassismus tolerierten, oft auch billigten.[178]

Mit der Jahreswende 1947/48 setzte die National Association for the Advancement of Colored People, die NAACP, ihre politischen Hoffnungen auf Harry S. Truman, den Präsidenten und Präsidentschaftskandidaten der anstehenden Wahl. Damit unterstützte die bedeutendste Bürgerrechtsorganisation, der Schwarze und Weiße angehörten und die im Süden teilweise faktisch illegal war, auch Trumans Kurs gegen die KP, wenngleich nicht bedingungslos. Vor allem W. E. B. Dubois, der bedeutendste afroamerikanische Intellektuelle seiner Zeit, wandte sich gegen einen totalen Bruch mit den Kommunisten, woraufhin verschiedene Pressebeiträge den NAACP als kommunistisch unterwandert verdächtigten. Trotz erheblichen Drucks kam es innerhalb des NAACP zu keiner „Säuberungs"-Welle. Die KP versagte natürlich Truman ihre Unterstützung. Sie sprach sich für (den chancenlosen) Henry Wallace als Präsidenten aus, dessen neu gegründete Progressive Party den Kalten Krieg ablehnte. Immer wieder erinnerten Gegner der kommunistischen Partei in diesem Zusammenhang an die Losung der Schwarzen Repu-

177 Vgl. den mit vorsichtigen selbstkritischen Untertönen gehaltenen Bericht von T. R. (Eugene Dennis) an die Komintern vom Frühjahr 1941, abgedruckt in: Hines/Klehr, The CPUSA Reports to the Comintern, hierzu S. 30.

178 Vgl. als „Einstieg" zum Thema „KP und afroamerikanische Bevölkerung" noch immer Theodore Draper, American Communism and Soviet Russia. The Formative Period, New York 1960, S. 315–356. An neueren Studien sei Mark L. Solomon, The Cry was Unity. Communists and African-Americans 1917–1936, Jackson (Mississippi) 1998, genannt, wo Gerhart Eisler aber nicht erwähnt wird. Für eine umfassende Übersicht der Arbeiten zum Thema vgl. die im Internet von John Earl Haynes zusammengestellte Übersicht: Communism and Anticommunism: A Historian's Bibliography and Guide to the Literature, www.johnearlhaynes.org.

blik. Die KP sei separatistisch und wolle die Nation spalten, schrieben jene, die oft nicht bereit waren, einem Afroamerikaner die Hand zu geben.[179]

Die Schwarze Republik stand aber nicht mehr auf dem Forderungskatalog der Kommunisten. Besonders Henry Winston, eine der wichtigsten schwarzen Politiker der KP, sah diese Losung von Anfang an als unrealistisch. Aufgrund seiner Kritik am Südstaaten-Rassismus wurde er im Gefolge des Verhörs gegen Gerhart Eisler dennoch verhaftet. Zwar wurde er gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt, beging jedoch einen tragischen Fehler, als er sich entschied, in den Untergrund zu gehen. Dies misslang, er wurde gefasst und zu einer hohen Haftstrafe verurteilt. Im Gefängnis erkrankte Winston an einem Gehirntumor. Ihm wurde die ärztliche Hilfe solange verweigert, bis er erblindet war. Erst 1961 wurde er nach internationalen Protesten gegen diese unmenschliche Behandlung entlassen.[180]

Ruth Fischer kannte den *Deep South* nicht aus eigener Anschauung. Südlicher als bis in die Bundeshauptstadt Washington ist sie nie gekommen, und ihre direkte Erfahrung mit dem militanten Rassismus in den USA blieb somit begrenzt. Die Rassengesetzgebung, unter der demagogischen Losung *Separate But Equal* (Getrennt, aber gleichberechtigt) notdürftig verschleiert, wies den Afroamerikanern in den Südstaaten nur eine minderwertige Existenz zu. Sexuelle Beziehungen zwischen Schwarzen und Weißen, gar Heiraten untereinander waren noch in neunundzwanzig Staaten verboten (und sollten es in sechzehn bis 1967 bleiben). Schwarze und Weiße durften oft nicht einmal in der Öffentlichkeit am selben Tisch sitzen. Die Kritik der Kommunisten, die deshalb den USA den Charakter einer Demokratie absprachen, ist selbst dann nicht von der Hand zu weisen, bedenkt man, dass ihr Vorbild keine demokratisch-pluralistische Gesellschaft war, sondern die stalinistische Sowjetunion.[181] Doch der Kommunist, der in den USA

179 Vgl. Manfred Berg, Schwarze Bürgerrechte und liberaler Antikommunismus: Die NAACP in der McCarthy-Ära, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 51 (2003), Nr. 3, S. 363–384, hierzu S. bes. 372–376, sowie zum Kontext Howard Zinn, A People's History of the United States, New York 1990, S. 438–440.

180 Vgl. u. a. Manning Marable, Race, Reform, and Rebellion. The Second Reconstruction and Beyond in Black America, 1945–2006, Jackson (Mississippi) 2007, S. 28f.

181 James W. Ford, dreimal (schwarzer) KP-Kandidat für die Vizepräsidentschaft der USA, betonte etwas selbstgerecht, die KP sei „die erste und einzige Partei, die im Norden wie im Süden für die bedingungslose Gleichheit des Negervolkes und für seine volle Emanzipation gekämpft hat." James W. Ford, Champion Fighter for Negro Rights, in: Political Affairs, Nr. 48 (September-October 1969), S. 105, zit. nach: Friederike Hajek, Selbstzeugnisse der Afroamerikaner. Black Liberation Movement und Autobiographie, Berlin [DDR] 1984, S. 144. Historisch stimmt das jedoch nicht: Die von der KP abgespaltene, trotzkistische Communist League of America (aus der die SWP hervorging) trat kompromissloser als die KP für die Gleichberechtigung der Afroamerikaner ein. Vgl. die Aufsatzsammlung

für die Abschaffung der inhumanen Rassengesetze kämpfte, musste nach einem Wertehorizont Ausschau halten, der ihn mitunter – wenngleich nur allzu selten – in Konflikt mit seiner Treue zu Moskau bringen sollte.[182]

Ein sehr aufschlussreicher Brief den Ruth Fischer bereits am 13. September 1945 an Etienne Balázs schrieb, zeigt, dass sich über die, wie sie schrieb, „ungeheuren Spannungen, die in dem System selbstverständlich drin sind", im Klaren war. Charakteristisch für diese Spannungen seien „die Negerpogroms in Harlem und Detroit während des Krieges und ein Streik in Philadelphia, der von den weißen Arbeitern gegen die Stadtverwaltung geführt wurde, weil Tramwaykondukteure unter den Negern genommen wurden." Ruth Fischer fuhr fort, sie könne „heute, im fünften Jahr meines amerikanischen Aufenthaltes, noch immer nicht ohne eine gewisse Erschütterung nach Harlem gehen und sehen, wie vorzüglich das Ghetto funktioniert, auch gänzlich ohne geschriebene Gesetze. Ebenso vorzüglich funktioniert der Antisemitismus, der hier eine tief eingewurzelte Angelegenheit ist", und dies bilde einen Grund für die relative Isoliertheit eines Teils der Juden von der Gesamtgesellschaft. Man lebe nebeneinander „und wird von einer Oberklasse regiert, die im Wesentlichen doch nur aus Angelsachsen, Holländern oder anderen Herrenrassen besteht", und die Gleichgültigkeit sozialen Fragen gegenüber sei „das normale amerikanische Benehmen."[183]

Mehr als jede andere Äußerung dieser Zeit gibt der Brief Einblicke in ihre politische Gedankenwelt. „Ich habe noch nie in einem Lande gelebt, in dem es so wenig Opposition oder Protest gegen das Bestehende gibt wie in den Vereinigten Staaten", berichtete sie in allerdings die Wirklichkeit sehr beschönigender Weise. „Hier kann man schreiben und reden, was man will; es gibt keinerlei Schwierigkeiten, keinerlei Repressalien, Polizei- und Staatsaufsicht sind unsichtbar. In dieser Beziehung gibt es einen absoluten Grad von ‚Freiheit'. Aber diese Freiheit ist möglich, weil die Kontrollen so vorzüglich funktionieren, dass jeglicher Widerstand dagegen belanglos ist."

---

ihres wichtigsten Theoretikers zu dieser Frage: Max Shachtman, Race and Revolution, hg. von Christopher Phelps, London/New York 2003.

182 W. E. B. Dubois suchte 1956 des Konfliktes Herr zu werden, als er sagte, Chruschtschows Enthüllung der Verbrechen Stalins lasse den Westen oft vergessen, dass sein historisches Schuldkonto mit zwei Weltkriegen, der Vernichtung der Juden, dem Kolonialsystem sowie der Sklaverei noch größer sei als das der Sowjetunion. Vgl. David Levering Lewis, W. E. B. Dubois, Bd. 2: The Fight For Equality and the American Century, 1919–1963, New York 2001, S. 557. 1961 trat der 93-jährige Dubois der KP der USA bei.

183 Ruth Fischer Papers, Mappe 171: Brief an Etienne Balázs vom 13. September 1945, in: Abtrünnig wider Willen, S. 173f.

Der nächste Satz verdient, zweimal gelesen zu werden: „Die Regierung hat effektiv Angst nur vor den Kommunisten, von denen sie, meiner Meinung nach zu Unrecht, annimmt, dass sie imstande wären, unter russischer Anleitung Sabotage und Widerstandsbewegungen großen Stils zu organisieren.“[184]

Die Kommunisten sind nicht imstande, unter russischer Anleitung Sabotage und Widerstandsbewegungen großen Stils zu organisieren … Doch genau eine solche subversive Tätigkeit legte Ruth Fischer in jedem Aufsatz, in dem sie öffentlich zum Kommunismus Stellung bezog, ihrer Leserschaft nahe. Stets hatte sie vor „der rasch wachsenden Bewegung“ Stalins – ausdrücklich auch in den USA – gewarnt. Was blieb davon übrig, was blieb übrig von ihrer Behauptung, Gerhart Eisler sei das „Haupt der Komintern-Aktivitäten in diesem Land“, wenn diese Aktivitäten für das Land keine Gefahr darstellten?

Natürlich machten sich viele Kommunisten bedenkenlos zu Handlangern sowjetischer Politik und auch ihrer Geheimdienstleute, teilweise aus Kalkül, teilweise aus Naivität. Natürlich war der Stalinismus, nicht nur durch die KP, sondern auch durch einen „salonfähigen“ Prostalinismus vorgeblich linker Intellektueller, ein Faktor im kulturellen Leben Amerikas während des Krieges gewesen. Nimmt man aber die Geschichte des amerikanischen Antikommunismus, dann zeigt sich, wie unecht dieser Prostalinismus war, schwenkten doch ab 1945 die meisten der Stalin-Bewunderer, teils freiwillig, teils unter Druck, sofort auf einen mitunter rabiaten Antikommunismus um. Die Lobpreisungen für Stalin hatten, wie sichtbar wurde, nicht dem Haupt eines (angeblich) sozialistischen Staates gegolten und nur teilweise dem erfolgreichen Widersacher Hitlers, sondern dem Diktator, dessen Macht auf schwache Charaktere unter Literaten, Schauspielern und Professoren faszinierend wirkte. Noch verlockender aber war es, *Mea culpa!* zu rufen, sich dem Willen der einheimischen Mächtigen und ihrer Kommunistenjagd anzuschließen und diese mit einer ständig wachsenden Konvertitenliteratur zu garnieren.

Dieser „neue“, illiberale Antikommunismus – oder besser: Antisozialismus – hatte kaum nur etwas mit einer Kritik an der stalinistischen Sowjetunion oder an deren Unterstützern in den USA zu tun. Er richtete sich im Kern gegen die wirkliche, die antistalinistische Linke, gegen jeden Versuch, die Gesellschaft der USA zum Besseren hin zu verändern. James P. Cannon, trotz seines manchmal unbeherrschten Temperamentes ein Arbeiter-Intellektueller vom Format eines Willi Münzenberg, schrieb über Ruth Fischer, es genüge nicht, als Antistalinistin aufzutreten. Die Nagelprobe für eine wirklich marxistische Gesinnung und Gesittung sei die Frage, wofür man eintrete und vor allem: mit wem man sich gemein mache.

184 Ebd., S. 173. Balázs ging in seiner Antwort auf diese Passage nicht ein.

„Unserer Meinung nach geraten solche Antistalinisten, die nicht am Ziel einer unabhängigen Arbeiterbewegung festhalten, die nicht gleichermaßen dem Stalinismus und dem kapitalistischen Imperialismus entgegentreten, notwendig auf die Seite des Letzteren, und zwar unabhängig davon, was ihre persönlichen Beweggründe sein mögen."[185]

Wie die Stalinisten nahmen auch das HUAC und seine Helfer eine Verschwörungstheorie zur Grundlage allen Handelns. Ob es um eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Ausgebeuteten und Schwachen ging, um das Ende der Rassentrennung, das Verbot schwerbewaffneter Lynchorganisationen wie des Ku-Klux-Klan oder überhaupt um Waffen in Privathand – hinter jeder dieser Forderungen stand vorgeblich die „Hand Moskaus" (dies besonders im Süden). Sogar ein liberaler (oder sich liberal gebender) Antikommunismus wurde wegen mangelnder Militanz beargwöhnt. Das FBI überwachte alsbald die Post von als verdächtig erklärten Personen, zu denen als *premature anti-fascist*, als verfrühter Antifaschist, auch gehörte, wer im Spanienkrieg die bürgerliche Demokratie gegen Franco, Hitler und Mussolini verteidigt hatte. Hoovers Behörde entsandte Spitzel in die Universitätshörsäle, die jede kritische Äußerung registrierten. Hunderte Hochschullehrer wurden willkürlich entlassen. Wie wir heute wissen, bespitzelten sich auch Studenten und Lehrkräfte, Schauspieler und Regisseure, Journalisten und Buchhändler in kaum vorstellbarem Maße gegenseitig. Familienmitglieder wurden unter Druck gesetzt, gegen ihre Angehörigen und Verwandten auszusagen, um nicht ebenfalls verdächtigt zu werden – *guilt by association* hieß die amerikanische Variante der Sippenhaftung. Die lauthals proklamierte Liberalität verschwand aus dem politischen Vokabular, galten doch Liberale jetzt als schwach und als inkonsequente Gegner des Kommunismus, schienen beinahe dessen Wegbereiter.[186] „Der amerikanische Mielke", so Fritz Raddatz über Hoo-

---

185 James P. Cannon, Ruth Fischer and the Stalinists [1947], in: Ders., The Struggle for Socialism in the „American Century". Writings and Speeches, 1945–1947, hg. von Les Evans, New York 1977, S. 343. Vgl. auch Ders., American Stalinism and Anti-Stalinism, New York 1947. Darin schrieb Cannon, solche Antistalinisten, die sich mit der Rechten einließen „sind nur scheinbar die direkten Gegenspieler der Stalinisten", denen sie, bei gewissen Unterschieden, in der Mentalität glichen. Auf dem Weg zum Antikommunismus würden sie in letzter Konsequenz die Stalinisten nicht wegen ihrer Verbrechen, sondern wegen ihres Bekenntnisses zum Kommunismus angreifen, auch wenn deren „Kommunismus" mit der kommunistischen Idee nicht mehr das Geringste zu tun habe. Ebd., S. 25, vgl. auch S. 11.

186 Vgl. hierzu die genannten Arbeiten von Caute, Heale, Kovel und Schrecker mit einer Vielzahl von Belegen. Im Jahre 2003 wurden die Vernehmungsprotokolle des McCarthy-Ausschusses zur Einsicht freigegeben. Vgl. Sheryl Gay Stolberg,Transcripts Detail Secret Questioning in the McCarthy Panel's Search for Communists, in: The New York Times

ver, „hatte sie alle im Netz seines Überwachungssystems, eingefangen von einem Heer anonymer Informanten und Denunzianten, die zwar ein Drama nicht von einem Roman und ‚liberal' nicht von ‚kommunistisch' unterscheiden konnten, aber mit dem niedrigstirnigen Fleiß aller Geheimdienstameisen zusammentrugen, was Nachbarn und Mätressen, Zeitungsberichte oder Rundfunkmitschnitte kolportierten."[187]

Dem kann zugestimmt werden: Eine neuere Untersuchung, die Überwachungs-Praktiken in der DDR und den USA miteinander verglich, kam zum Ergebnis, dass die Praxis der Denunziation und Überwachung bedeutend mehr Ähnlichkeiten als Unterschiede aufwies – nicht zuletzt deshalb, weil Grundrechte wie das Recht auf Aussageverweigerung in den USA damals außer Kraft gesetzt wurden.[188] Die Bürgerfreiheiten und der einstmals gefeierte „Geist Amerikas" blieben auf der Strecke. Ruth Fischers Worte, man könne „schreiben und reden, was man will", stimmten nicht mehr, sobald man auch nur in die vage Nähe eines Kommunismus-Verdachtes geriet. Die KP der USA und ihre Presse wurden dennoch offiziell nicht verboten, der Feind sollte sichtbar bleiben. Hier zeigten sich Amerikas militante Antikommunisten geschickter als ihre in Vielem so ähnlichen Gegenspieler in Stalins Lager.

Ruth Fischer war sich, wie ihr Brief an Balázs zeigt, vollkommen im Klaren darüber, dass sie log, wenn sie ihre Brüder, Brecht und so viele andere zur Gefahr für die amerikanische Gesellschaft stilisierte. Warum tat sie dies?

Charles Chaplin, ein Freund Hanns Eislers, meinte, in dessen Familie „herrschten ähnliche verwandtschaftliche Beziehungen wie in den Shakespeareschen Königsdramen."[189] Die emigrierte Schauspielerin Salka Viertel, zu der er diese Bemerkung machte, wollte Ruth Fischers Namen überhaupt nicht in den Mund nehmen und schrieb sogar in ihren Memoiren nur von dem „Scheusal von Schwester", das Hanns Eisler leider habe.[190] Alfred Kantorowicz, damals noch ein Stali-

vom 6. Mai 2003, mit Auszügen der Vernehmungen von Armeeoberst Chester T. Brown, Aaron Copland, Dashiell Hammett und Langston Hughes. Nur die beiden Letztgenannten waren Prostalinisten, während Brown und Copland als „liberal" (und somit als Helfershelfer des Kommunismus) verschrien waren.

187 Fritz J. Raddatz, Der amerikanische Albtraum. Das FBI hat seine Brecht-Akte endlich freigegeben. Eine Erinnerung an McCarthys Hexenjagd auf Intellektuelle, in: Die Zeit vom 26. April 2001.

188 Vgl. Olaf Steglitz, Sprachen der Wachsamkeit: Loyalitätskontrolle und Denunziation in der DDR und in den USA bis Mitte der 1950er Jahre, in: Historical Social Research, 26 (2001), Nr. 2/3, S. 119–135.

189 Salka Viertel, Das unbelehrbare Herz. Ein Leben mit Stars und Dichtern des 20. Jahrhunderts, Reinbek 1987, S. 318.

190 Ebd.

nist, bezeichnete Ruth Fischer als „halb wahnsinnige, halb kriminelle Person“, die ihre „Exkremente“ in Form von Verleumdungen hinterlasse.[191] Georg Lukács, auch er noch parteitreu, reihte sie in eine Galerie „ordinärer Polizeiagenten“ ein, die den „Auswurf der kommunistischen Bewegung“ darstellten.[192] Doch auch Hanns Eislers Biograph Jürgen Schebera, kein Mann voreiligen Urteils, sah an ihr Züge von Paranoia.[193]

Der Schriftsteller Franz Jung, der nach dem Krieg wie Balázs ein enger Freund Ruth Fischers wurde, suchte sie hingegen zu verstehen, als er ihr im April 1949 schrieb: „Ich weiß, Du denkst an die Millionen, die im guten Glauben und vielleicht mit einer gewissen Hoffnung, die Dich berührt, einer KP-Parade folgen und die Du selbst nicht enttäuschen möchtest, obwohl Du gar nicht in der Lage bist, zu ihnen zu sprechen. Dann bleibt doch nur der Weg der von Dir gewählten Fronteinstellung gegen das Zentrum dieser Partei, andere vor den Enttäuschungen zu bewahren, denen wir selbst zum Opfer gefallen sind.“ Jung schrieb dies, nachdem er von Ruth Fischer das Material zum „Fall Gerhart Eisler“ bekommen hatte.[194]

„Wer im Jahre 1948 noch denkt, die Hauptfeinde seien nach wie vor die Nazis, hat nicht begriffen, was in den letzten drei Jahren geschehen ist“, schrieb Ruth Fischer an Karl Retzlaw nach London. „Ich weiß nur allzu gut, dass die Nazis in gewissem Sinn unsere Feinde in Deutschland geblieben sind, wenigstens insofern, als die angenehmeren Teile unter diesen an diesem Urteil nichts ändern können. Aber das ist genau die Sackgasse, in die Leute geraten sind, die die Ähnlichkeit zwischen den Nazis und der Stalinschen Machtmaschine nicht begriffen haben und die, auch wenn sie die stalinistischen Methoden ablehnen, politisch mit dem stalinistischen Russland übereinstimmen.“[195]

Dieses Urteil speiste sich natürlich aus Ruth Fischers Erfahrung mit dem prostalinistischen deutschen Exil, es bleibt dennoch eine unzulässige Verallgemeinerung. Keineswegs jeder Antinazi, der vor einer Gleichsetzung Hitlerdeutschlands mit der Sowjetunion warnte, war ein Apologet Stalins. Auch wusste Ruth Fischer, dass es ihr am theoretischen Instrumentarium fehlte, um diese Problema-

191 Alfred Kantorowicz, Vom moralischen Gewinn der Niederlage. Artikel und Ansprachen, Berlin 1949, S. 323f. Kantorowicz erinnerte auch an Ruth Fischers Zusammenarbeit mit Jacques Doriot, ohne deutlich zu machen, dass dieser damals noch kein Faschist war. Zudem behauptete er, sie sei Doriots Sekretärin gewesen, was nicht stimmte.

192 Georg Lukács, Die Zerstörung der Vernunft, Berlin [DDR] 1954, S. 650.

193 Schebera, Hanns Eisler, S. 199.

194 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 420, Bl. 13: Franz Jung an Ruth Fischer, Brief vom 9. April 1949.

195 Ebd., Mappe Nr. 1866, Bl. 6: Ruth Fischer an Karl Retzlaw, Brief vom 9. April 1948.

tik jenseits plakativer Kampfbegriffe zu durchleuchten. Bereits 1945 hatte sie an Victor Serge geschrieben, ihr sei klar, dass ihr Konzept der „russischen Staatspartei“ die Sache zu sehr vereinfache.[196]

Ruth Fischers private Korrespondenz ist bemerkenswert frei von Hassausbrüchen, lässt man die wenigen erwähnten Zitate beiseite. Sie war nicht paranoid, und so besorgt sie um ihre persönliche Sicherheit war, litt sie doch nicht an Verfolgungswahn. Vielmehr sann sie ruhig und berechnend nach Wegen, um ihren Brüdern, besonders Gerhart, kaltblütig zu schaden.[197] „Da Gerhart für Ruth die Verkörperung der Komintern war, machte sie ihn persönlich für Stalins Verbrechen verantwortlich“, so Anthony Heilbut.[198] Für die gestürzte KPD-Führerin waren ihre Brüder „Mitläufer und Mithelfer Stalins“, geradezu das Sinnbild der stalinistischen Intelligenzija, die dem Diktator mit ihrem Wissen dienten.[199] Zudem hatte Stalin Ruth Fischers politische Laufbahn beendet. Verletzter Stolz tat somit sein Übriges. Dem Stalinismus, dies wird aus Ruth Fischers Verhalten klar, könne man nicht im fairen Kampf, sozusagen in offener Feldschlacht begegnen. Auch die Moral habe dabei keinen Platz, ebenso wenig der Respekt vor der Wahrheit. Jedes Mittel schien Ruth Fischer recht, Stalin und seine Anhänger (oder solche, die sie dafür hielt) zu bekämpfen. Vor allem aber galt es, den Tod Arkadij Maslows zu sühnen. Mit all dem aber war Ruth Fischer einer (um es vorsichtig zu sagen) geradezu archaischen Denkweise verhaftet. Härter formulierte es ihre frühere Genossin Rosa Meyer-Leviné. „Sie kannte keine Skrupel, keinen Sinn für Ehrlichkeit oder Fairness, wenn es um ihre – politischen oder persönlichen – Interessen

---

196 Ebd., Mappe Nr. 1959, Bl. 2: Ruth Fischer an Victor Serge, Brief vom 20. März 1945. – Ruth Fischer war zu sehr von ihren publizistischen Aufgaben in Anspruch genommen, um das griffige Wort von der Staatspartei systematisch zu durchdenken. Dabei hätte es, zu einem konzeptionellen Interpretationsrahmen ausgebaut, durchaus die Debatten um die soziale Natur der Sowjetunion bereichern können. Kein Geringerer als E. H. Carr schrieb noch 1969: „Wenn wir die herrschende Gruppe in der sowjetischen Gesellschaft genau bestimmen wollen, sollte uns nicht die Klasse, sondern die Partei interessieren.“ E. H. Carr, The October Revolution: Before and After, New York 1969, S. 91, zit in: Giuseppe Boffa, The Stalin Phenomenon, Ithaca/London 1992, S. 104.

197 Mit Recht sah dies Alexander Stephan als eine Obsession Ruth Fischers. Vgl. Ders., Die Überwachung des exilierten Komponisten Hanns Eisler durch FBI, HUAC und INS [1997], in: Ders., Überwacht, ausgebürgert, exiliert, S. 102.

198 Heilbut, Kultur ohne Heimat, S. 359.

199 Doreen Tiepke, Ruth Fischer und Gerhart Eisler – Kommunisten im Zwiespalt ihrer Zeit, Hausarbeit am Historischen Institut der Universität Potsdam 2009, S. 18.

ging.“[200] Dem ist zuzustimmen. Ruth Fischer hatte die Grenze des Entschuldbaren längst überschritten.

Für den 24. September 1947 wurde Hanns Eisler vor den Ausschuss für Unamerikanische Tätigkeit nach Washington bestellt. Der Komponist befand sich in prominenter Gesellschaft, denn auch der frühere Vize-Außenminister Sumner Wells und sein Staatssekretär George Messersmith mussten am gleichen Tag zur Anhörung. Ihnen wurde vorgeworfen, die Einwanderungsbestimmungen im Falle Hanns Eislers nicht beachtet zu haben.[201] Diese Bestimmungen verboten jedem die Einreise, der für den Sturz der amerikanischen Regierung eintrat, und genau dies wurde Hanns Eisler vorgeworfen. Als Anlass diente jedoch sein angeblich illegaler Aufenthalt in den Vereinigten Staaten.

Hanns Eisler und seine Frau Lou hatten in den Jahren mehrmals kurzfristige Besuchsvisa für die USA erhalten. Hanns Eisler hatte dort auf Konzert- und Vortragstourneen auch beruflich Erfolge feiern können. Anfang 1938 reiste das Paar mit einem auf sechs Monate ausgestellten Besuchervisum wiederum in Amerika ein. Hanns Eislers Anstellungen, zuerst an der New School for Social Research, dann an der University of Southern California führten schließlich zu einer regulären Aufenthaltsgenehmigung. Seine Erfolge als Musikpädagoge wie als Komponist riefen die Neider auf den Plan. Ein namentlich nicht genannter amerikanischer „Kollege“ wurde im *Hollywood Reporter* mit den Worten zitiert, Eisler habe „nicht viel von einem Komponisten, nur wegen seiner Anschauungen scheint er Jobs zu bekommen, während andere von uns, die größere Fähigkeiten besitzen, keine Anstellungen finden.“[202]

Eine solche Bemerkung „ergänzte“ gewissermaßen Ruth Fischers öffentliche Äußerungen über ihren Bruder, und bereits am 11. Mai 1947 hatte sich dieser in Los Angeles einer ersten Anhörung vor einem Ausschuss stellen müssen, dem auch Parnell Thomas und Richard Nixon angehörten.[203] Hanns Eisler erklärte sich

---

200 Rosa Meyer-Leviné, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland, Frankfurt 1982, S. 82.

201 Vgl. HUAC Protocols, September 24, 25, and 26, Washington, D.C. 1947. Für Hanns Eislers Befragung vgl. S. 1–50.

202 The Hollywood Reporter vom 29. Oktober 1946, zit. in: Jürgen Schebera, Hanns Eisler im USA-Exil, Berlin [DDR] 1978, S. 95. Dabei war Hanns Eisler nicht leichtsinnig: Kompositionen zu politisch verfänglicheren Texten und Themen zeichnete er mit dem Pseudonym John Garden. Vgl. Fritz Hennenberg, Hanns Eisler mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek 1986, S. 56.

203 Zuvor hatte Nixon betont, der Fall Hanns Eisler sei „vielleicht der wichtigste, der je vor den Ausschuss gekommen ist. Los Angeles Examiner vom 26. April 1947, zit in: Schebera, Hanns Eisler im USA-Exil, S. 96. Ausschnitte der damals im noch jungen Fernsehen übertragenen Befragung finden sich im Dokumentarfilm Solidarity Song. The Hanns Eisler

solidarisch mit seinem Bruder und betonte, er sei hier vorgeladen, weil er der Bruder Gerhart Eislers sei.[204] Die Befragung erbrachte noch nicht die gewünschten Ergebnisse.[205] Deshalb wurde Hanns Eisler nun ein zweites Mal, diesmal in Washington, vernommen. Das Verhör wurde im Rundfunk und im Fernsehen übertragen. „Etwas nervös und aufgeregt erschien er im Gericht, schließlich war er kein Berufsrevolutionär, sondern ein sensibler Künstler, dem alle Ämter und Behörden und schon gar die bedrückende Atmosphäre eines Gerichtsgebäudes ein Greuel waren“, erinnerte sich seine Schwägerin Hilde Eisler.[206] Zur Vorbereitung der Vernehmung fertigte das FBI, das den Komponisten seit 1942 beobachtete, für die Kommission ein 16-seitiges Dossier an, auf dessen Grundlage die Fragen gestellt wurden.[207]

Wie seinem Bruder wurde es auch Hanns Eisler nicht gestattet, eine vorbereitete Erklärung zu verlesen. Darin machte er Angaben zu seiner Arbeit als Hochschullehrer und Komponist von Filmmusiken und betonte, er habe nie einer politischen Partei angehört. „Ich bin angeklagt, weil ich der Bruder Gerhart Eislers bin, den ich liebe und bewundere und den ich verteidige und weiter verteidigen werde. Ist das Komitee der Auffassung, dass Bruderliebe unamerikanisch ist? Entscheidender ist wohl, dass das Komitee hofft, durch die Verfolgung meiner Person viele andere Künstler in Amerika einschüchtern zu können, gegen die es aus verschiedenen Gründen, aber ganz zu Unrecht eine Abneigung hat.“ Schon Hitler

---

Story (Produktion: Rhombus Media Inc., Arte/ZDF, Regie: Larry Weinstein/Thomas Wellner, Erstsendung: 27. August 1996, The New Style Arts Channel/Kanada) sowie im Internet unter pratercottage.posterous.com/41520712, mit einem Link zu Youtube. Sie bezeugen auch Hanns Eislers fehlerloses Englisch.

204 Die Erklärung findet sich im Hanns-Eisler-Archiv, HAE 105, und ist zit. bei Wißmann, Hanns Eisler, S. 164.

205 Vgl. den Bericht (Berichterstatter geschwärzt) in Hanns Eislers FBI-Akte, Nr. 100–195220 vom 21. Juni 1947, S. 21. Die Akte befindet sich in Kopie gleichfalls in der Alexander Stephan Collection of FBI Files on German Intellectuals in US Exile in der Bibliothek der Ohio State University in Columbus (Ohio), File 49. Sie ist jetzt auch im Internet einzusehen unter http://foia.fbi.gov/eisler/eisler1a.pdf. (im Folgenden zit. als: Hanns Eisler FBI File). Das FBI bereitete für diese Anhörung ein Dossier vor (Berichterstatter: D. M. Ladd an FBI-Direktor J. Edgar Hoover), das auf den 28. Februar 1947 datiert ist und sich in der FBI-Akte befindet.

206 Hilde Eisler, Sein Bruder Hannsel, in: Das Magazin, Nr. 7/1968, S. 38.

207 Dieses Dossier ist auf den 30. Juli 1947 datiert und befindet sich in der FBI-Akte. Der Text des Verhörs ist abgedruckt in: Bentley (Hg.), Thirty Years of Treason, S. 73–109. Vgl. auch James Wierzbicki, Sour Notes. Hanns Eisler and the FBI, in: Claire A. Culleton/Karen Leick (Hg.), Modernism on File. Writers, Artists, and the FBI, 1920–1960, New York/London 2008, S. 197–219 (in leicht erweiterter Form auch in Internet).

und Mussolini hätten versucht zu entscheiden, welche Kunst erlaubt sei und welche nicht, und beide seien damit gescheitert.[208]

Nach einer Reihe von Fragen zu seinem Aufenthaltsstatus und seinen Filmarbeiten stellte ihm John Rankin die Frage, ob er Kommunist sei. „Ich bin jetzt kein Kommunist", erwiderte Hanns Eisler. „Und ich erinnere mich daran, dass ich als junger Mann 1926 einen Antrag auf Aufnahme in die Kommunistische Partei Deutschlands gestellt habe; doch habe ich schnell erkannt, dass ich meine künstlerische Tätigkeit mit den Forderungen einer politischen Partei nicht vereinbaren konnte, so bin ich ausgestiegen."[209] Auf weitere Nachfragen wiederholte Hanns Eisler, kein Mitglied gewesen zu sein, da er die Sache nach seinem Aufnahmeantrag nicht weiter verfolgt habe.[210]

Der Ausschuss gab sich damit nicht zufrieden und legte Eisler eine Reihe von Ausschnitten aus dem *Daily Worker* vor, die sein musikalisches Schaffen als bedeutenden Beitrag zu einer revolutionären Musikkultur würdigten. Als der Ausschussvorsitzende Parnell Thomas den leitenden Ermittler Robert Stripling fragte, was das zu bedeuten habe, antwortete dieser: „Der Zweck besteht darin, zu zeigen, dass Herr Eisler der Karl Marx des Kommunismus auf musikalischem Gebiet ist, und das weiß er ganz genau." – „Ich wäre geschmeichelt", erwiderte dieser. Stripling beharrte darauf, zu zeigen, dass das Internationale Musikbüro in Moskau, in dem Eisler tätig war, „ein Hauptprogrammpunkt der Sowjetunion gewesen ist,

208 Die Erklärung ist erschienen in: New Masses vom 14. Oktober 1947, hier zit. nach der von Therese Bunge besorgten deutschen Übersetzung in: Alternative, Nr. 87 (Dezember 1972), Themennummer: Eisler/Brecht, Verhöre vor dem Ausschuss für Unamerikanische Tätigkeit, S. 233.

209 Hanns Eislers Befragung ist in deutscher Übersetzung abgedruckt ebd., S. 234–276, hierzu S. 246.

210 Zwei Autoren haben sich soeben mit dieser Frage befasst. Horst Weber interpretiert eine von Eisler vor der Vernehmung niedergeschriebene Notiz mit dem Kürzel „F.M." als Beleg für eine frühere KPD-Mitgliedschaft (former membership). Sie zeigt indes nur Eislers Besorgnis, auf eine solche erwartete Befragung reagieren zu müssen. Vgl. Horst Weber, „I am not a hero, I am a composer". Hanns Eisler in Hollywood, Hildesheim u. a. 2012, S. 412–414. Manfred Mugrauer betont hingegen. Hanns Eisler sei kein Parteimitglied gewesen, da er ansonsten nicht zweimal, nämlich 1948 und 1952, einen Antrag auf Aufnahme in die KP Österreichs habe stellen können. Ihm wurde beide Male bedeutet, als Kommunist ohne Parteibuch sei er der KPÖ weit nützlicher. Vgl. Manfred Mugrauer, „Regelung der Parteiangelegenheit". Hanns Eisler und die Kommunistische Partei Österreichs, in: Hartmut Krones (Hg.), Hanns Eisler – Ein Komponist ohne Heimat?, Wien u. a. 2012, S. 157–185, und (in Kurzfassung) Ders., „Genosse Eisler". Über den Versuch Hanns Eislers, Mitglied der KPÖ zu werden, in: Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft, 19 (2012), Nr. 3, S. 11–16.

eine Weltrevolution herbeizuführen und eine proletarische Diktatur zu errichten."[211]

Als die Rede auf die *Ballade vom Nigger Jim* kam, ein Kampflied gegen den Rassismus, zu dem Robert Gilbert (unter dem Pseudonym David Weber) den Text geschrieben hatte, unterbrach Rankin Eisler mit der Bemerkung: „Ich bin mir bewusst, wenn ich mir diesen Dreck hier ansehe …", worauf Eisler ihn zurechtzuweisen suchte: dieser Text sei kein Dreck. Rankin wiederholte, wer ihm sage, „dass dieser Dreck Dichtung ist, stellt sich außerhalb der Klasse aller amerikanischen Dichter, die jemals vom amerikanischen Volk Anerkennung gefunden haben."[212] Da Hanns Eisler aber nichts nachzuweisen war, nicht einmal, dass er sich illegal in den USA aufhielt, durfte er den Raum verlassen. Zu Ruth Fischer wurde er nicht befragt, noch wurden ihm ihre Zitate vorgehalten. Nur bei der Aufnahme der Personalien Hanns Eislers war ihr Name gefallen. Sie beobachtete jedoch ihren Bruder und berichtete darüber dem FBI.[213] Ruth Fischer sagte unter anderem, Hanns Eislers Reise in die USA 1935 sei von Gerhart in Moskau arrangiert worden.[214]

Im Oktober 1947 bildete sich unter Leitung von Aaron Copland und Leonard Bernstein ein Committee for Justice for Hanns Eisler.[215] Unter den überaus prominenten Unterstützern, die damit auch ein persönliches Risiko eingingen, fanden sich außer Pablo Picasso und Charles Chaplin auch Henri Matisse, Jean Cocteau, Louis Aragon, Paul Eluard und Igor Strawinsky sowie die beiden größten Namen des deutschen Exils: Albert Einstein und Thomas Mann.[216] Strawinsky organisierte ein Solidaritätskonzert.[217] Auch Eislers Lehrer Arnold Schönberg, wiewohl er ihn wegen seiner politischen Einstellung „übers Knie legen und ihm 25 heruntermessen" wollte, hielt dennoch zu ihm.[218] Zugleich erschien in der Oxford University Press Eislers Buch *Composing for the Film*, nachdem der Mitautor Theodor W. Adorno seinen Namen zurückgezogen hatte.

---

211 Alternative, Nr. 87 (Dezember 1972), S. 254f.

212 Ebd., S. 275.

213 Vgl. Hanns Eisler FBI File, Bericht vom 21. Juli 1947, S. 5f.

214 Vgl. ebd., S. 6.

215 Vgl. Barry Seldes, Leonard Bernstein. The Political Life of an American Musician, Berkeley/Los Angeles 2009, S. 40, und Weber „I am not a hero, I am a composer", S. 467. Ein weiteres entsprechendes Komitee bildete sich in Kalifornien, in dem Salka Viertel, Liesel Henreid und Charlotte Dieterle führend mitarbeiteten, die Ehefrauen der Schauspieler und Regisseure William Dieterle, Paul Henreid und Berthold Viertel. Vgl. ebd., S. 467f.

216 Vgl. Hennenberg, Hanns Eisler, S. 81; Schebera, Hanns Eisler im USA-Exil, S. 100, und Weber, „I am not a hero, I am a composer", S. 469.

217 Vgl. Wißmann, Hanns Eisler, S. 165.

218 Hennenberg, Hanns Eisler, S. 13.

Am 12. Februar 1948 stellte das Justizministerium Hanns Eisler den Ausweisungsbescheid zu. Am 28. März verließ er mit seiner Frau die USA über London und Prag in Richtung Wien. Unmittelbar zuvor hatte der integere Mann eine Erklärung abgegeben: „Ich hasse Reaktion und Faschismus in jeder Form, und die Aktivität des Ausschusses für Unamerikanische Tätigkeit ist ein sehr gefährliches Zeichen einer solchen Entwicklung. Ich hoffe, dass das amerikanische Volk diesen Ausschuss sehr bald dahin befördert, wo er hingehört – auf den Müllhaufen der Geschichte.“ Nicht ohne Bitterkeit fügte er hinzu: „Die amerikanische Demokratie ist wunderbar, wenn sie funktioniert. In meinem Fall hat sie nicht funktioniert.“[219]

Brechts Vorladung vor den Ausschuss war einerseits der Kampagne Ruth Fischers geschuldet, andererseits wurde der Dramatiker ein Angriffsziel von Kräften, die die linke, als „subversiv“ gesehene Kultur insgesamt zu treffen suchten. Antikommunismus, Antiliberalismus und in manchen Fällen auch Antisemitismus verbanden sich im als Kreuzzug begriffenen Kampf gegen die „kommunistische Unterwanderung“ der Filmindustrie. Die ansonsten miteinander verfeindeten Klatschkolumnistinnen Hedda Hopper und Louella Parsons taten sich besonders beim Aufspüren wirklicher oder angeblicher Linker hervor. Beide gehörten der Motion Picture Alliance for the Preservation of American Ideals an, die die Leinwand von jeder Art gesellschaftskritischen Inhalten „säubern“ wollte und zu deren Mitgliedern auch Gary Cooper, Walt Disney, Ginger Rogers, Barbara Stanwyck, John Wayne sowie der spätere US-Präsident Ronald Reagan zählten. Unterschiede, ob man für oder gegen Stalin war, wurden dabei nicht mehr gemacht.[220] „Communists and people from Hollywood are the same thing“ – dieser Ausspruch des kalifornischen Senators Jack Tenney, der auch Verfasser antisemitischer Hetzschriften war, machte die Runde.[221]

---

219 Die Erklärung ist abgedruckt in: Washington Evening Star vom 27. März 1948, hier zit. nach der deutschen Übersetzung in: Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 245 (Übersetzung leicht verändert).

220 Deshalb konnten sich auch Prostalinisten wie z. B. Lilian Hellman als Opfer der Kampagne darstellen und dabei ihre einstige Zustimmung zu den Moskauer Schauprozessen verdrängen. Vgl. Thomas Doherty, Cold War, Cool Medium. Television, McCarthyism, and American Culture, New York 2003, zu Hellman S. 252f. Vgl. auch Larry Ceplair/Steven Englund, The Inquisition in Hollywood. Politics in the Film Community, 1930–1930, Urbana-Champaign (Illinois) 2003, S. 210–214. Das 1980 erstmals erschienene Buch gilt als Standardwerk zum Thema.

221 Hier zit. nach: Palmier, Weimar in Exile, S. 621. Tenney stand dem Fact Finding Committee on Un-American Activities in California vor, einem Senatsausschuss des Staates Kalifornien. Dieser Ausschuss galt als ein „kleiner Bruder“ des HUAC. Vgl. Schrecker, Many Are the Crimes, S. 318. Neben Tenney war dort Walt Disney einer der Initiatoren

Als „Hollywoods Kommunisten“ wurde eine Reihe von Regisseuren und Drehbuchautoren namhaft gemacht, unter ihnen Bertolt Brecht. Sie wurden nach Washington vor das HUAC zitiert, wo John Rankin am 20. Oktober 1947 die Befragung der Filmschaffenden begann.[222] Zehn von ihnen, die bald die „Hollywood Ten“ genannt wurden, weigerten sich unter Berufung auf die Verfassung, über ihre Mitgliedschaft zur KP auszusagen. Zu ihnen gehörten frühere Stalinisten und anerkannte Antistalinisten, ehemalige Parteimitglieder und solche, die nie der Partei angehört hatten. Sechs von ihnen waren Juden.[223]

Wie Jack Tenney entwickelte auch John Rankin geradezu eine Leidenschaft, die jüdische Herkunft solcher Filmschaffender zu „enttarnen“, die diese angeblich hinter nichtjüdischen Namen verbargen. So war es ihm wichtig festzustellen, dass etwa Danny Kaye ursprünglich Daniel David Kaminsky hieß und Eddie Cantor als Edward Iskowitz geboren war.[224] Auf Brecht traf dies nicht zu; er sollte vielmehr als Verbindungsglied zwischen ideologisch motiviertem Kunstschaffen und kommunistischer Partei, zwischen US-Filmindustrie und ausländischem Zugriff auf amerikanische Ressourcen herhalten – „jede Verschwörung setzt die Anwesenheit von Ausländern voraus“, schrieb der französische Schriftsteller Vladimir Pozner, der damals in Hollywood lebte.[225] So tauchte Brechts Name zusammen mit den zehn anderen auf der „Schwarzen Liste“, wie sie bald hieß, auf. Brecht war der einzige Ausländer unter ihnen und der einzige der Genannten, der vor dem Ausschuss erschien.

---

zur „Durchleuchtung“ linker und linksliberaler Hollywood-Autoren. Vgl. Ceplair/Englund, The Inquisition in Hollywood, S. 156–158.

222 Zum unmittelbaren Anlass wurde ein von neunzehn Filmschaffenden, darunter Brecht, unterzeichneter Brief genommen, der sich in allgemeinen Worten für die Beibehaltung der Freiheit des Films aussprach. Dieser Brief erschien am 17. Oktober 1947 im *Hollywood Reporter*. Das HUAC reagierte also sehr rasch. Der Brief ist englisch und deutsch abgedruckt in: James K. Lyon (Hg.), Brecht in den USA, Frankfurt 1994, S. 148–154. Brecht hatte nur seinen Namen hergegeben, den Brief aber nicht mit verfasst. Vgl. Bruce Cook, Brecht in Exile, New York 1983, S. 183f. Vgl. für die Anhörungen die z. T. unterschiedlichen Wertungen von O’Neill, A Better World, S. 219, Caute, The Great Fear, S. 496f., und Ceplair/Englund, The Inquisition in Hollywood, S. 279.

223 Alvah Bessie, Herbert Biberman, Lester Cole, John Lawson, Albert Maltz und Samuel Ornitz. Vgl. Jim Hoberman/Jeffrey Shandler, Entertaining America. Jews, Movies, and Broadcasting, New York/Princeton 2003, S. 70. Die anderen waren Edward Dmytryk, Ring Lardner, Adrian Scott und Dalton Trumbo.

224 Vgl. Ceplair/Englund, The Inquisition in Hollywood, S. 289; Hoberman/Shandler, Entertaining America, S. 69. Kaye und Cantor waren in der Gewerkschaft der Filmschauspieler aktiv. Bisweilen griff Rankin daneben: So „entdeckte“ er, das June Havocs Geburtsname Hovick lautete, doch war sie, entgegen seiner Behauptung, keine Jüdin.

225 Vladimir Pozner erinnert sich, Berlin [DDR] 1975, S. 28.

Wir haben gesehen, dass Brecht längst in das Visier des FBI geraten war. Sein Dossier enthält zahlreiche Hinweise auf Kontakte zur linken Kulturszene der USA ebenso wie auf sein Privatleben.[226] Doch war er sehr darauf bedacht, sich nicht in das politische Leben seines Gastlandes einzumischen.[227] Dennoch wurden seine Verbindungen zu Exilorganisationen wie dem Council for a Democratic Germany genau notiert.[228] Die Namen der Informanten der ins Internet gestellten Teile der FBI-Akte zu Brecht sind geschwärzt, doch wurde versehentlich ein Name, der des Juristen Robert Kempner, stehengelassen. Kempner wird in einem FBI-Memorandum vom 24. Februar 1948 als „Special Agent" genannt, der in einem Bericht über „German Communist Activities in the Western Hemisphere" vom 3. August 1943 sich auch zu Brecht geäußert hatte.[229] Auch zwei weitere FBI-Informanten sind an anderen Stellen problemlos zu entschlüsseln, da in den Berichten die Namen, doch nicht immer die Adressen geschwärzt wurden: Hinter dem Codenamen T4, „früherem Mitglied der kommunistischen Partei in Deutschland" und jetzigem *Network*-Mitarbeiter verbirgt sich Adolf Weingar-

226 Auch Brechts FBI-Akte befindet sich in Kopie in der Alexander Stephan Collection of FBI Files on German Intellectuals in US Exile in der Bibliothek der Ohio State University in Columbus (Ohio) und ist im Internet unter http://foia-fbi.gov/brecht1d.pdf einzusehen.

227 „Brecht enthielt sich jeder politischen Tätigkeit. Er war dem Gastland dankbar und verhielt sich loyal." Fritz Kortner, Aller Tage Abend, München 1969, S. 319.

228 Vgl. Stephan, Im Visier des FBI, hierzu bes. S. 120–144. Das Buch zeigt, in welchem Ausmaß auch politisch so zurückgezogen lebende Autoren wie z. B. Franz Werfel durch das FBI beobachtet wurden wie auch, welch geringe Vorkenntnisse viele der FBI-Mitarbeiter in Bezug auf ihren „Untersuchungsgegenstand" hatten.

229 http://foia-fbi.gov/brecht1d.pdf, Federal Bureau of Investigation: Bertolt Brecht: SAC, Los Angeles to Director FBI [J. Edgar Hoover], Memorandum vom 24. Februar 1948, S. 4 (S. 37 im Internet). Alexander Stephans Vermutung, wonach Kempner für das FBI gearbeitet habe, wird somit bestätigt. Vgl. Stephan, Im Visier des FBI, S. 194. Zugleich wurde Kempner, worauf eine über ihn angelegte Akte hinweist, vom FBI überwacht. Die kopierte Akte befindet sich in der Alexander Stephan Collection of FBI Files on German Intellectuals in US Exile in der Bibliothek der Ohio State University in Columbus (Ohio), File 124–125. Kempner deutete seine Tätigkeit für das FBI an, als er in seinen Memoiren erwähnte, ihm seien „Manuskripte oder Gutachten gerade dieser Leute", nämlich von Kommunisten, vorgelegt worden, sagte aber nicht, von wem vorgelegt. Robert M. W. Kempner, Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen, in Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich, Frankfurt u. a. 1983, S. 171. Für eine andere Seite von Kempners Geheimdienstarbeit, seine Tätigkeit für das Office of Strategic Services zur Beobachtung Nazideutschlands, vgl. Guy Stern, The Jewish Exiles in the Service of US Intelligence. The Post-War Years, in: Leo Baeck Institute, Yearbook 40 (1995), S. 53f.

ten.[230] FBI-Informant TB-3 war Willi Münzenbergs einstiger Mitarbeiter Louis Gibarti.[231]

Die Befragung Brechts durch das HUAC war für den 23. Oktober 1947 angesetzt, fand aber erst am 30. Oktober statt. Es war eine politisch explosive Zeit. Der Kalte Krieg nahm immer schlimmere Ausmaße an. Im August war durch den National Security Act aus einer Reihe von Behörden, darunter dem bisherigen Kriegsministerium, das neue Verteidigungsministerium geschaffen worden, was eine neue Runde der Aufrüstung mit sich brachte. Am 30. September hatte der sowjetische „Ideologiepapst" Andrej Shdanow auf der Gründungsversammlung des Kommunistischen Informationsbüros den Kampf zwischen den beiden Lagern als Grundlage der internationalen Beziehungen ausgerufen. Beide Seiten schienen den Krieg als unvermeidbar anzusehen. Die Anhörung Brechts ließ deshalb nichts Gutes erwarten. Vor seiner Vernehmung hatte er mit Hanns Eisler gesprochen und mit dem erfahrenen Journalisten Hermann Budzislawski ein mögliches Szenario der Fragen durchgespielt.[232] Nach einem Bericht des Zeitzeugen Cedric Belfrage waren die Ausschussmitglieder über das schlechte Englisch von Brecht erstaunt. Doch mag dieser seine Kenntnisse heruntergespielt haben, um Zeit zu gewinnen. Zudem sprach er, wie die Tonaufnahme zeigt, grammatisch korrekt, wenn auch stockend.[233]

---

230 Vgl. Gerhart Eisler FBI File, Box Nr. 4, Mappe 20: Bericht von Herman O. Bly, Datum ausgeschwärzt, Bl. 44. Weingartens Privatadresse ist durch seinen Briefwechsel mit Ruth Fischer schnell zu überprüfen. Als „T3" wird ein Mitarbeiter des „German Social Democrat newspaper", also der *Neuen Volkszeitung*, genannt. Der gleiche Bericht vermeldet, dass der Marxforscher Boris Nicholaevsky Informationen zur Verfügung gestellt habe, ohne aber als FBI-Agent tätig zu sein. Vgl. ebd., Bl. 43.

231 Vgl. ebd., Box Nr. 7, Mappe Nr. SN 14/3: Administrative pages. Gibartis eigentlicher Name war László Dobos.

232 Vgl. Mittenzwei, Bertolt Brecht, Bd. 2, S. 199f. Vgl. zu den Umständen der Befragung auch Jan Knopf, Bertolt Brecht. Lebenskunst in finsteren Zeiten. Biographie, München 2012, S. 453–457.

233 Dies vermutet auch Knopf. Vgl. ebd., S. 494. Vgl. weiterhin Cedric Belfrage, The American Inquisition 1945–1960, Indianapolis/New York 1973, S. 63. Der in London geborene Belfrage wurde wegen kurzer Zugehörigkeit zur KP der USA im Jahre 1937 noch achtzehn Jahre später des Landes verwiesen. Er starb 1990 in Mexiko. Neuere Forschungsergebnisse belegen jedoch eine Tätigkeit für den sowjetischen Geheimdienst. Seine Rolle als Opfer antikommunistischer Verfolgung ist somit in einem anderen Licht zu sehen als von ihm beansprucht. Vgl. Haynes/Klehr, Venona, S. 342. – Die Vernehmung Brechts ist auf einer von Eric Bentley edierten Schallplatte festgehalten: Bertolt Brecht Before the Committee on Un-American Activities. An Historical Encounter, presented by Eric Bentley, Folkway Records FD 5531, erschienen 1963. Der Bestand der Schallplattenfirma ist heute Teil der Smithsonian Institution und gehört zum nationalen Kulturerbe der USA.

Obgleich Brecht nur relativ wenig Gelegenheit erhalten hatte, in Hollywood sein künstlerisches Talent zu entfalten, wurde er eingehend nach seiner Film- wie seiner Theaterarbeit und seinen Liedtexten befragt. Im Mittelpunkt stand, wie nach Ruth Fischers Attacke nicht anders zu erwarten war, *Die Maßnahme*. Brecht nutzte die teilweise schlechten Übersetzungen seiner dem Ausschuss vorliegenden Arbeiten, um die Absurdität dieser Vernehmung zu zeigen. Möglicherweise wurde das auch einem Teil des antikommunistisch gestimmten Publikums bewusst, denn das Protokoll verzeichnet an mehreren Stellen Gelächter, und Brecht hatte die Lacher durchaus auf seiner Seite. Interessanterweise ergriff der Ausschuss nicht die Gelegenheit zur Nachfrage, als Brecht kurz das *Leben des Galilei* erwähnte, ein Stück, das ohne die Kenntnisse der Moskauer Prozesse unverständlich bleibt, auch wenn die Figur des Wissenschaftlers Galilei nun vor allem im Kontext des ganz neuartigen Atomzeitalters gesehen wurde. Brecht verneinte wahrheitsgemäß die Frage nach einer KP-Mitgliedschaft. Er hütete sich, andere zu belasten. Er wisse nicht, ob Alfred Kantorowicz, nach welchem er befragt wurde, Mitglied der Kommunistischen Partei sei. Er habe ihn in der Weimarer Republik als Redakteur des Ullstein-Verlages kennengelernt. Anders als Ruth Fischer nutzte Brecht das Tribunal nicht als Gelegenheit zur persönlichen Abrechnung, obgleich er sich einst mit Kantorowicz überworfen hatte, nachdem dieser den *Dreigroschenroman* als nicht der sozialistischen Norm gemäß kritisiert hatte.[234]

Auf die Fragen nach den Eisler-Brüdern sagte Brecht, dass er Hanns Eisler seit den zwanziger Jahren kenne und seinen Bruder Gerhart einige Male getroffen habe, wobei natürlich auch von Politik die Rede war. Gerhart Eisler sei „ein Fachmann darin, er ist Politiker“ und wisse sehr viel mehr über die Lage in Deutschland als er selbst.[235] Doch weder Gerhart noch Hanns Eisler noch sonst irgendjemand habe ihn gebeten, in die KPD einzutreten. Vladimir Pozner sagte später zu Hilde Eisler, das Verhör Brechts habe auf ihn den Eindruck gemacht, „ein Zoologe sei Gefangener von Affen“ gewesen.[236] Am Tag nach der Befragung verließ Brecht die USA. Er ging nach Ostberlin, aber wurde nie DDR-Staatsbürger, ebenso wenig

234 Vgl. Mittenzwei, Bertolt Brecht, Bd. 1, S. 507f.

235 Das Protokoll dieser Befragung findet sich in: Committee on Un-American Activities, House of Representatives, 80th Congress, Hearings Regarding the Communist Infiltration of the Motion Picture Industry, Testimony of Bertolt Brecht, October 30, Washington 1947. Es ist wiederabgedruckt in: Bentley (Hg.), Thirty Years of Treason, S. 207–225 und 959–976, hier zit. nach der deutschen Übersetzung in: Alternative, Nr. 87 (Dezember 1972), Zitat S. 289.

236 So Hilde Eisler auf dem Text der Plattenhülle des Doppelalbums Bertolt Brecht, Tondokumente, LP Litera 8 60 238/239, Berlin [DDR]. Die Platte enthält Brechts Verhör in Auszügen.

wie Hanns Eisler.[237] Auch andere Künstler, so der Drehbuchautor und Oscar-Preisträger János Székely, gingen nach Ostdeutschland.[238] Der Schriftsteller Stefan Heym, der gleichfalls in die DDR ging, schrieb, er wollte nicht abwarten, bis in den USA der offene Faschismus gesiegt habe und seine Opfer, wie die deutschen Juden 1933, in der Falle säßen.[239]

Gerhart Eislers Weggang aus den USA vollzog sich unter dramatischen Umständen. Ohne Angaben von Gründen wurde er am 2. Februar 1948 erneut verhaftet und nach Ellis Island verbracht. Zusammen mit vier amerikanischen Mitgefangenen trat er dort am 20. Februar, seinem 51. Geburtstag, in einen Hungerstreik. Die amerikanischen Behörden konnten sich einen Tod Eislers im Gefängnis nicht leisten, und so wurde er nach sechs weiteren Tagen entlassen. Die Ausreise aus Amerika wurde ihm jedoch weiterhin verweigert. Schließlich war er zu einem Handel mit der US-Justiz bereit: Er bot an, sich schuldig zu bekennen, wenn er im Gegenzug sofort nach der Urteilsverkündung das Land verlassen könnte. Die Regierung schlug das Angebot aus und bereitete stattdessen eine weitere Anklage, diesmal wegen Steuerhinterziehung, gegen ihn vor. Nach Brechts Vernehmung hatte er sich, wie er später in der DDR zu Protokoll gab, mit einigen amerikanischen Freunden beraten.[240] Sie verwarfen eine von ihm erwogene Flucht nach Kanada oder Mexiko, da das FBI dort faktisch über Polizeivollmacht verfüge.[241] Gerhart Eisler beschloss nunmehr das Land illegal auf dem Seeweg zu verlassen.[242]

---

237 Beide wurden österreichische Staatsbürger.

238 János Székely und Benjamin Glazer hatten 1940 die Textvorlage für den Film *Arise My Love* verfasst, einen der ersten Filme (mit Claudette Colbert und Ray Milland in den Hauptrollen), die den Spanienkrieg und den Zweiten Weltkrieg behandelten. Dafür bekamen sie die Auszeichnung.

239 Vgl. Stefan Heym, Nachruf, Berlin 1990, S. 489. – Es sei hinzugefügt, dass die USA Ausländer oder im Ausland geborene US-Bürger schon wegen des Verdachtes prokommunistischer Betätigung des Landes verwiesen. Sie wurden jedoch, trotz entsprechender Forderungen Rechtsradikaler, wenigstens dann nicht gegen ihren Willen in ihre Geburtsländer zurückgeschickt, wenn diese innerhalb des sowjetischen Machtbereiches lagen. Zur Geschichte dieser Deportationen vgl. Caute, The Great Fear, S. 233ff.

240 Zu ihnen gehörte die aus Deutschland stammende Margrit Pittman. Vgl. über sie den Dokumentarfilm der Artia Nova Film GmbH: Zwischen den Welten. Das Leben der Margrit Pittman, 2010, Regie: Hans-Joachim Ulbrich, dem ich für die Übersendung des schriftlichen Begleitmaterials zu Dank verpflichtet bin. Vgl. auch Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 193 und 204.

241 Wie plausibel dieser Einwand war, zeigte nur ein Jahr später die Verhaftung Morton Sobells in Mexiko, der durch FBI-Beamte in die USA zurückgebracht und im Zusammenhang mit den Spionage-Vorwürfen gegen Ethel und Julius Rosenberg angeklagt wurde. Sobell wurde zu dreißig Jahren Haft verurteilt, von denen er neunzehn Jahre absitzen musste. Wie berechtigt jedoch die Fahndung nach Sobell war, zeigte sich im September

Die Frage wurde im Februar 1949 akut, als Eisler in Washington zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt, sein Einspruch abgelehnt und er nur gegen Kaution zeitweilig aus dem Gefängnis entlassen wurde.[243] Der Schriftsteller und Buchhändler Georg Friedrich Alexan stellte das Geld für eine Übersee-Fahrkarte zur Verfügung. Am 5. Mai 1949 erwarb Gerhart Eisler ein Besucherticket für das polnische Passagierschiff *Batory*, um das Schiff am Tag seines Auslaufens zu betreten. Er blieb, als die Besucher aufgefordert wurden, wieder an Land zu gehen. Nach dem Auslaufen und dem Verlassen der amerikanischen Hoheitsgewässer am 12. Mai gab er sich dem Kapitän zu erkennen und bezahlte das Ticket. Der Kapitän erklärte nach einer Rücksprache mit Warschau, sein Passagier habe das Schiffsticket ordnungsgemäß bezahlt und stehe unter dem Schutz der polnischen Regierung, die ihm Asyl gewähre.[244] Das FBI fühlte sich zu Recht blamiert, hatte die Überwachung Eislers doch gerade im entscheidenden Moment versagt.[245] Als eine Art freilich wenig geglückter „Revanche“ kann der Film *I was a Communist for the FBI* gelten, der zwei Jahre später Gerhart Eisler als „Boss“ der amerikanischen Kommunisten in seine Handlung einbaute und in dem ein (von Frank Lovejoy verkörperter) angeblicher Kommunist zum heroisierten FBI-Spitzel wurde.[246]

2008: Damals gestand der 91-jährige Sobell, für die Sowjetunion Spionagedienste geleistet zu haben. Vgl. Sam Roberts, Figure in Rosenberg Case Admits to Soviet Spying, in: The New York Times vom 8. September 2008.

242 Vgl. Gerhart Eislers Bericht an die Abteilung für Kaderfragen der SED vom 16. April 1953, in: Archiv der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Bundesarchiv Berlin, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/155, hierzu Bl. 50f. Auch in diesem Bericht dementierte er energisch, jemals der „Boss der Roten“ in den USA gewesen zu sein, obgleich ihm eine solche Rolle unter den neuen Bedingungen nur genützt hätte.

243 Ein Appell seiner Freunde an UN-Generalsekretär Trygve Lie, sich für die Aufhebung des Urteils einzusetzen, blieb erwartungsgemäß ohne Antwort. Vgl. den Bericht von Edith Anderson, Love in Exile. An American Writer's Memoir of Life in Divided Berlin, South Royalton (Vermont) 1999, S. 135. Die Verfasserin befand sich zu diesem Zeitpunkt als Ehefrau des Remigranten Max Schröder bereits in Berlin, kannte jedoch die *dramatis personae* aus New York. Dort hatte Gerhart Eisler ihren Entschluss, nach Deutschland überzusiedeln, als „verrückt“ bezeichnet. Ebd., S. 20.

244 Vgl. Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 209, sowie Maximilian Scheer, Paris-New York. Tagebuchnotizen einer Reise, die nicht geplant war, Berlin [DDR] 1975, S. 228.

245 Vgl. ebd., S. 205.

246 Angesichts der immer wieder beschworenen kommunistischen „Unterwanderung“ von US-Regierungsstellen sei angemerkt, dass das FBI recht erfolgreich beim Infiltrieren kommunistischer Parteizellen war. So liegt dem Streifen *I was a Communist for the FBI* die mit Elementen des Gangsterfilms „angereicherte“ reale Geschichte des FBI-Agenten Matt Cvetic zugrunde. Zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Films vgl. Daniel J. Leab, I Was a Communist for the FBI. The Unhappy Life and Times of Matt Cvetic, University

Wenige Tage nach Gerhart Eislers Flucht verhafteten FBI-Beamte seine Frau Hilde in New York.[247] Dies aber wurde auch nun von manchen als eine Geiselnahme empfunden, die dem Kommunismus fernstanden oder ihn bekämpften. Gegen Hilde Eisler fehlte jeder rechtliche Grund zur Verhaftung, obgleich Ruth Fischer nichts unversucht gelassen hatte, sogar sie zu belasten. Hilde Eisler habe falsche Angaben gemacht, sagte Ruth Fischer zu Robert Lamphere, als sie sich für eine polnische Jüdin ausgegeben habe.[248] Zwar hatte Hilde Eisler den größeren Teil ihrer Kindheit in Frankfurt (Main) verlebt. Doch war sie 1912 in Tarnopol geboren. Die damals zu Österreich-Ungarn gehörende Stadt war überwiegend von Polen und Polnisch sprechenden Juden, zu denen Hilde Eislers Familie gehörte, bewohnt gewesen.

Nachdem die *Batory* im englischen Southampton festgemacht hatte, wurde Gerhart Eisler von der dortigen Polizei inhaftiert. Er unterlag somit britischem Recht. Die US-Regierung forderte seine Auslieferung und gab als Begründung die Punkte der Anklage an: Verächtlichmachung des Kongresses und Falschangaben bei der Einwanderung. Keiner der beiden Punkte war jedoch im Auslieferungsabkommen enthalten, das Großbritannien und die USA am 22. Dezember 1931 miteinander geschlossen hatten. Die britische Regierung erklärte deshalb, sie verfüge über keine juristische Handhabe, ihn in die USA zurückzuschicken. Vielmehr müsse sie die Asylgewährung der polnischen Regierung für Gerhart Eisler anerkennen.[249] In seltener Einmütigkeit hatte sich dafür eine Gruppe sozialdemokratischer, liberaler und konservativer Parlamentarier im Unterhaus eingesetzt.[250] Am 27. Mai wurde Gerhart Eisler auf freien Fuß gesetzt und erhielt das Recht, das Vereinigte Königreich zu verlassen. Der amerikanische Pressezar William Randolph Hearst schrieb erzürnt: „Londons Behandlung des Falles Eisler ist wieder

Park (Pennsylvania) 2000. Neben Cvetic sind an FBI-Spitzeln der Zeit *pars pro toto* Mary Stulcap, Angela Calomiris und Herbert Philbrick zu nennen, die in den Anhörungen und Prozessen 1949–50 als Belastungszeugen auftraten. Philbricks Geschichte wurde unter dem Titel *I Lead Three Lives* als Fernsehserie verfilmt und lief zwischen 1953 und Anfang 1956. Morris Childs arbeitete von 1952 bis 1982, als Kommunist getarnt, für das FBI. Im Jahre 1987 durfte er dies öffentlich machen, als ihm Präsident Reagan für seine Dienste die Freiheitsmedaille, eine der höchsten Auszeichnungen der USA, verlieh. Auch Childs Frau Eva und sein Bruder Jack arbeiteten für das FBI. Vgl. zu ihnen die Einträge in der englischen Wikipedia sowie Harvey Klehr u. a., Childs at Play. The FBI's Cold War Triumph, in: The Weekly Standard vom 5. September 2011 (auch im Internet).

247 Vgl. Mrs. Eisler Arrested by FBI, in: Washington Daily News vom 13. Mai 1949.

248 Vgl. Gerhart Eisler FBI File, Box Nr. 2, Mappe 5: FBI-Bericht NY 100–12376, Bl. 21.

249 Vgl. George A. Finch, The Eisler Extradiction Case, in: The American Journal of International Law, 43 (1949), Nr. 3, S. 487–491.

250 Vgl. Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 209.

einmal ein Beweis dafür, wie kurzsichtig sich Washington gegenüber dem sozialistischen [!] Großbritannien verhält, wenn es dieses als verlässlichen Verbündeten im Kampf mit dem Kreml ansieht.“[251]

Im Unterschied zu den damaligen USA waren in Großbritannien die rechtsstaatlichen Normen nicht außer Kraft gesetzt.[252] Eisler erhielt juristische und politische Hilfe durch Kronanwalt Denis Nowell Pritt und den Dean of Canterbury, Hewlett Johnson – zwei Prostalinisten, die dreizehn Jahre vorher die Moskauer Prozesse gepriesen hatten (und dies nie öffentlich bedauerten), nun aber Eisler zu seinem Recht gegen FBI und US-Justiz verhalfen.[253] Von London flog er noch Ende Mai nach Prag und reiste von dort weiter nach Dresden. Am 22. Juni 1949 durfte Hilde Eisler schließlich die USA verlassen. Bei ihrer Ausreise erhielt sie einen Deportationsbescheid. Dies bedeutete, dass sie niemals in die USA zurückkehren durfte. Sogar 1991 wurde ihr in kleinlicher Weise ein Einreisevisum in das Land verweigert, dem sie, trotz allem, stets Dankbarkeit bewahrte, da es ihr Zuflucht vor denen gewährt hatte, die in Tarnopol und in Deutschland ihre Familie auslöschten.[254]

Den grotesken Schlusspunkt unter die „Hexenjagd“, so der Schriftsteller Arthur Miller Jahre später, setzte jedoch Parnell Thomas. Anfang 1950 wurde der HUAC-Vorsitzende der Steuerhinterziehung angeklagt. Vor Gericht machte er vom Recht der Aussageverweigerung Gebrauch. Er berief sich auf den fünften Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten – und tat somit genau das, was er den vor seinen Ausschuss Vorgeladenen rechtswidrig verweigert hatte. Er wurde zu einer Haftstrafe von achtzehn Monaten und zur Zahlung einer Geldstrafe verurteilt. Sein unheilvolles politisches Wirken war damit beendet.[255]

251 William Randolph Hearst, Eisler Escape Takes Laugh Stock of United States, in: The Chicago American vom 8. Juni 1949.

252 Dies bezieht sich auf das Vereinigte Königreich, nicht auf seine damaligen Kolonien.

253 Vgl. Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 207–211, sowie Why Gerhart Eisler Went Free, in: People‘s Daily World vom 10. Juni 1949. Vgl. auch den Zeitzeugenbericht von Gordon Schaffer, Zur Dokumentation über Gerhart Eislers Kampf gegen die USA-Administration, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 25 (1983), Nr. 3, S. 420f.

254 Vgl. Manfred Gebhardt/Martina Rellin, Hilde Eisler, in: Das Magazin, Nr. 11/2000, S. 8–10. Bei ihrer Deportation betonte sie ihre Verbundenheit mit dem amerikanischen Volk, „das ich sehr liebe und bewundere.“ U.S. Deports Wife of Gerhart Eisler, in: New York Times vom 23. Juni 1949 sowie weitere Zeitungsberichte in: Gerhart Eisler FBI File, Box Nr. 8, Mappe 12.

255 Vgl. Robert D. McFadden, J. Parnell Thomas, Anti-Read Crusader is Dead, Headed House Committee on Un-American Activities, in: The New York Times vom 20. November 1970.

Für das ebenso spektakuläre wie beklemmende Nachspiel sorgte Justizminister James McGranery. Am 18. September 1952 ließ er erklären, dass der soeben zu einem Europa-Aufenthalt abgereiste Charles Chaplin die Vereinigten Staaten nicht mehr ohne Weiteres betreten dürfe. Bei einer Rückkehr solle er solange auf Ellis Island interniert werden, „bis über sein weiteres Schicksal entschieden sei." Zur abstrusen Begründung für diese Willkürmaßnahme diente das Telegramm, das Chaplin fünf Jahre vorher an Picasso gesandt hatte, um seine Unterstützung für Hanns Eisler zu bekunden.[256] Chaplin, ein britischer Staatsbüger, der fast vierzig Jahre in den USA gewohnt hatte, zog es fortan vor, in der Schweiz zu leben, wo ihm niemand den – zudem völlig falschen – Vorwurf kommunistischer Wühlarbeit entgegenhielt.

Zu den prominenten Schauspielern, die die USA verließen, gehörte auch Orson Welles, der für lange Zeit nach England ging und dies mit den Worten begründete: „Ich wählte die Freiheit."[257] Es war nur konsequent, dass auch sein Name, zusammen mit dem von einhundertfünfzig anderen, auf einer Liste angeblich kommunistischer Helfershelfer in der Filmindustrie auftauchte, der sogenannten *Red Channels List*. Auch die Namen vieler, die sich für Hanns und Gerhart Eisler eingesetzt hatten, wurden dort genannt. Wiederum ging der Schlag gegen Linke und Linksliberale, von denen keiner als Stalin-Verehrer bekannt war. Nicht nur der Schauspieler Peter Lorre, der Ruth Fischer noch aus Berlin her kannte, machte sie dafür mitverantwortlich.[258] Für viele der so Gebrandmarkten bedeutete es das Ende ihrer beruflichen Existenz in Hollywood.[259]

Erst jüngste Forschungen haben nach Öffnung der Akten dem damals wichtigsten Verbindungsmann zwischen sowjetischen Diensten und amerikanischer KP ein Gesicht gegeben: dem in der Partei als J. Peters (oder Alexander Stevens) bekannten Funktionär, der sich weigerte, vor dem HUAC auszusagen, die Auswei-

256 Zit. in: Georges Sadoul, Das ist Chaplin! Sein Leben. Seine Filme. Seine Zeit, Wien 1954, S. 211. Auf die Frage eines Reporters, „kennen Sie Hanns Eisler?" antwortete Chaplin: „Ja, er ist ein sehr lieber Freund von mir und ein großer Musiker.' –, Wissen Sie, dass er Kommunist ist?' –, Es ist mir gleichgültig, was er ist; meine Freundschaft gründet sich nicht auf Politik.' –, Sie scheinen aber die Kommunisten zu mögen', sagte ein anderer." Charlie Chaplin, Die Geschichte meines Lebens, Frankfurt 1987, S. 460.

257 So zit. bei Joseph McBride, What Ever Happened to Orson Welles? A Portrait of an Independent Character, Lexington (Kentucky) 2006, S. 109. Welles paraphrasierte damit den Titel von Victor Krawtschenkos Buch, in dem dieser seinen Seitenwechsel von der Sowjetunion zugunsten der USA beschrieb.

258 Vgl. das allerdings ohne genaue Belege versehene Buch von Stephen D. Youngkin, The Lost One. A Life of Peter Lorre, Lexington (Kentucky) 2005, S. 297.

259 Vgl. hierzu, neben der bereits angeführten Literatur, die Einträge „Hollywood Blacklist" und „Red Channels" in der englischen Wikipedia.

sung vorzog und 1949 in seinem Heimatland Ungarn eintraf. Whittaker Chambers, der neben Ruth Fischer und Louis Budenz zum meist zitierten Überläufer jener Jahre wurde, hatte ihn dem FBI 1942 als Komintern-Agenten beschrieben und wiederholte diese Aussage im August 1948 vor dem HUAC.[260] Auch Louis Budenz bezeichnete ihn später als den wichtigsten Verbindungsmann zwischen der amerikanischen KP und dem sowjetischen Geheimdienst, wiewohl er doch zuvor Gerhart Eisler diese Funktion zugeschrieben hatte.[261] Ruth Fischer scheint hingegen über Peters kaum etwas gewusst zu haben; einen Mann, den J. Edgar Hoover schon 1942 einer intensiven Beobachtung für wert hielt.[262] Gerhart Eisler kannte Peters aus gemeinsamer Arbeit bereits seit Beginn der 1930er Jahre, da er sein Vorgesetzter im Komintern-Apparat gewesen war. Doch erwähnte er den Namen bei keiner Gelegenheit, wann immer er zu seiner Tätigkeit in der KP der USA befragt wurde.

Peters, der 1894 in der damals ungarischen Karpatho-Ukraine als Sándor Goldberger geboren wurde, war 1921 in die USA eingewandert. Seit 1924 war er in der KP der USA aktiv und seit 1930 Leiter des illegalen KP-Apparates. Aus der Arbeitsbeziehung mit Gerhart Eisler entstand eine persönliche Freundschaft, und 1933/34 teilten die Familien zeitweise eine Wohnung.[263] Nachdem Eisler nach Spanien ging, wurde Peters ab 1936 zum entscheidenden Verbindungsmann zwischen der KP der USA und der sowjetischen Seite. Er, und nicht Gerhart Eisler, koordinierte im und nach dem Zweiten Weltkrieg – offiziell zunächst im Auftrag der Komintern, tatsächlich aber des sowjetischen Militärgeheimdienstes – die als Parteikontakt getarnte Spionagetätigkeit.[264]

Vom Standpunkt der US-Regierung aus gab es somit Gründe, jeder Spur einer sowjetischen Agententätigkeit nachzugehen. Nur wurde aus diesem Nachspüren ein ideologischer Feldzug gegen alles „Linke“, und der schillernde, impulsive Gerhart Eisler erschien als Verkörperung des Bösen weit plausibler und medienwirk-

260 Vgl. hierzu folgende Darstellungen: Romerstein/Breindel, The Venona Secrets, S. 128; Tanenhaus, Whittaker Chambers, S. 124; Thomas Sakmyster, Red Conspirator. J. Peters and the American Communist Underground, Urbana (Illinois) 2011, S. 124. Vgl. weiterhin Ann Hendon, Head of the Whole Business, in: The American Mercury vom 25. Januar 2011. Dieser auch im Internet stehende Artikel ist eine Besprechung von Sakmysters Buch durch die Enkelin von Whittaker Chambers. Den Hinweis auf das Buch erhielt ich von Bernd-Rainer Barth.

261 Vgl. Sakmyster, Red Conspirator, S. 139f., 153f.

262 Vgl. ebd., S. 124.

263 Vgl. ebd., S. 54.

264 Goldberger/Peters/Stevens, der erst 1990 starb, verfasste in den 1980er Jahren mehrere Manuskripte und Denkschriften im ungarischen Parteiauftrag, die unpubliziert blieben, die aber Thomas Sakmyster für seine Biographie nutzen konnte.

samer als der stets lächelnde, doch zurückhaltende Mann aus Ungarn.[265] Dass aber Gerhart Eisler die Rolle des „Bosses der Roten in Amerika“ zugeschrieben werden konnte, war in hohem Maße seiner Schwester geschuldet.

Wenn Ruth Fischer daran gelegen war, ihren Brüdern, und besonders Gerhart, zu schaden, um ihre Rachegefühle zu befriedigen, dann hatte sie ihr Ziel erreicht. Wir haben jedoch gesehen, dass Gerhart und Hanns Eisler nichts mit dem Tod Arkadij Maslows zu tun hatten. Zwar waren beide, wenn auch keineswegs fanatisch, so doch in ihrem Wirken der Welt des Stalinismus verhaftet. Sie waren dies, weil ihnen diese Welt trotz ihren Grausamkeiten als notwendige Alternative zur Hölle erschien, die Hitler und die Seinen der Menschheit eröffnet hatten. Stalins Regime war damit nicht gleichzusetzen. Doch erwies sich auch der Stalinismus für manche derer, die ihm anhingen, als eine Hölle – und dies sogar im Vergleich mit den vom vehementen Antisozialismus heimgesuchten USA.

265 Die Bekämpfung sowjetischer Agenten ändert nichts am insgesamt verfassungswidrigen Vorgehen der Regierung gegen als linker Sympathien Verdächtigten, auch dann nicht, bedenkt man, dass es *moralisch* einen großen Unterschied macht, ob die Verfolgten und Verurteilten während der Moskauer Prozesse für oder gegen Stalin gewesen waren oder sich zumindest zurückgehalten hatten.

VII. Antistalinismus oder Antikommunismus? (1948–1951)

Mit der Berlin-Krise, dem erfolgreichen Zugriff der Sowjetunion auf die Atombombe und der kommunistischen Machtübernahme in China erreichte 1948/49 der Kalte Krieg seinen Höhepunkt. Zugleich deutete der Bruch zwischen Stalin und Tito auf mehr als nur erste Risse im scheinbar festen Monolith hin, als den viele im Westen den östlichen Machtbereich sahen. In Deutschland entstanden zwei einander feindlich gegenüberstehende Staaten, und binnen kurzem sollte dies auch in Korea und später in Vietnam der Fall sein. All diese dramatischen Konstellationen ließen einen so hochpolitischen Menschen wie Ruth Fischer natürlich nicht unberührt. Da sie ihren Platz als politische Publizistin gefunden hatte, nahm sie zu den Konfliktherden der Weltpolitik Stellung, und dies, wie kaum anders zu erwarten, nicht in olympischer Gelassenheit, sondern mit der ihr eigenen Leidenschaft. Doch musste sie diese zügeln, als sie sich mit einem umfangreichen Werk zu Wort meldete, das den Anspruch erhob, die Geschichte der KPD zwischen Liebknecht, Luxemburg und Stalin darzustellen.

„Stalin und der deutsche Kommunismus"

Im September 1948 erschien *Stalin and German Communism* bei der Harvard University Press, nachdem zunächst auch Charles Scribner's Sons als Verlag im Blick war.[1] Zwei Jahre später kam das Buch in deutscher Übersetzung von Heinz Langerhans als *Stalin und der deutsche Kommunismus* heraus.[2] Der SPD-Politiker Fritz Heine sowie der amerikanische Kulturoffizier und Publizist Melvin Lasky hatten sich für eine deutsche Ausgabe eingesetzt.[3] Den Untertitel *Der Übergang*

---

1 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2495: Notebook, Scribner Outline [1946].

2 Vgl. ebd., Mappen Nr. 482 und 1576: Briefwechsel mit Heinz Langerhans, für die ausführlichen Bemerkungen von Langerhans zum Text.

3 Vgl. ebd., Mappe Nr. 352, Bl. 23: Fritz Heine an Ruth Fischer, Brief vom 9. Juli 1948, ebd., Mappe Nr. 1579, Bl. 1: Ruth Fischer an Melvin Lasky, Brief vom 24. August 1949, gekürzt in: Peter Lübbe (Hg.), Ruth Fischer/Arkadij Maslow, Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, München 1990, S. 262f. Ruth Fischer sandte Heine seit 1945 regelmäßig ihre Publikationen; da er im SPD-Vorstand für den Quasi-Geheimdienst der

zur Konterrevolution schlug Walter Maria Guggenheimer vom Verlag der Frankfurter Hefte vor.[4] Als historische Abhandlung gedacht, ist es zugleich eine politische Streitschrift. Hinzu kommt, dass die Autorin um Verständnis für ihre eigenen politischen Handlungen als Führerin der KPD warb. Sie suchte ihre damaligen Positionen im Lichte seither gemachter Erfahrungen zu bestimmen, doch auch zu rechtfertigen.

Da Ruth Fischer ihr gesamtes Material in Berlin und dann in Paris hatte zurücklassen müssen, galt es, von vorn zu beginnen. Doch standen Ruth Fischer die Bibliotheken der Harvard University ebenso wie die New York Public Library zur Verfügung. Dennoch war der Erwerb von Büchern aus Europa kurz nach Kriegsende eine schwierige Sache. Einem in die Schweiz emigrierten Sozialdemokraten schrieb Ruth Fischer, sie interessiere sich für alle neu erschienene Literatur zum Stalinismus. Ob er ihr diese besorgen könne, und ob sie dafür Lebensmittelpakte als Gegenleistung schicken solle? Sie wisse jedoch nicht, „ob in der Schweiz Interesse für Pakete aus Amerika besteht oder ob Ihr mit allem versorgt seid." Die Frage zeigt, wie wenig genaue Informationen Ruth Fischer damals über Europa besaß.[5]

Durch den Forschungsauftrag von Harvard auch finanziell besser als viele andere Emigranten gestellt, zog sie von Downtown Manhattan in eine etwas größere und ruhigere Wohnung um; nun wohnte sie in der Upper West Side, 319 West 80th Street.[6] Sie hatte es nicht weit bis zum Hudson River, auf der anderen Seite war der Broadway in der Nähe. Doch schon 1950 zog sie zwei Straßen weiter: Ihre Adresse lautete dann 150 West, 82nd Street. Schließlich zog sie direkt an den

Partei, das Ostbüro, verantwortlich zeichnete, dürften ihre Analysen und Kommentare dort Verwendung gefunden haben, ohne dass eine offizielle Mitarbeit festgestellt werden konnte. Zur Rolle Heines beim Aufbau des Ostbüros vgl. Wolfgang Buschfort, Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991, S. 20–23.

4 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 316, Bl. 4: Walter Maria Guggenheimer an Ruth Fischer, Brief vom 25. Juli 1949. Zuerst war von einer gekürzten Ausgabe die Rede; das Buch erschien jedoch dann in ungekürzter Übersetzung. Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 396, Bl. 4: Harold Hurwitz an Ruth Fischer, Brief vom 19. April 1949. Ruth Fischer hoffte auch, das Buch könne ins Französische übersetzt werden. Dazu kam es jedoch nicht. Vgl. ebd., Mappe Nr. 1474, Bl. 1: Ruth Fischer an Harold Hurwitz, Brief vom 5. Oktober 1948.

5 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1956: Ruth Fischer an Arthur Seehof, Brief vom 25. Oktober 1945, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 183.

6 Für die ersten Monate nach ihrer Ankunft verzeichnete das Einwanderungsbüro häufige Wohnortwechsel zwischen einer Hotelwohnung und der 73., 76. sowie 83. Straße. Vgl. Ruth Fischer FBI File, Internal Security Memorandum vom 16. September 1949.

Central Park, 415 Central Park West hieß ihre Anschrift von 1953 bis zur Übersiedlung nach Paris. Die innere Spannung, unter der sie lebte, äußerte sich auch im häufigen Wohnortwechsel. Sie reiste immer öfter zwischen New York und Harvard hin und her, und bereits im Februar 1945 stellte sie eine erste Zusammenfassung des in Arbeit befindlichen Manuskriptes in Harvard vor.[7] Ihr Budget besserte sie durch Kurse an der gewerkschaftsnahen Rand School auf; so las sie 1951–52 über Probleme der Geopolitik, des Bolschewismus und zum Thema „America and World Communism." Über diese und andere Themen sprach sie auch in der Voice of America, dem Regierungssender.[8]

Natürlich musste Ruth Fischer ihr Buch in Englisch schreiben, nachdem sie erste Entwürfe noch auf Deutsch verfasst hatte.[9] Das Sprechen ist eine Sache, die Aneignung der Wissenschaftssprache eine andere. „Mein Kopf ist ganz leer von der dauernden Konzentration auf die schwierige englische Sprache", schrieb sie ihrem Sohn. „Deutsch kann man auch nicht mehr richtig und Englisch kann ich noch nicht. Es ist gut, in drei verschiedenen Sprachen gelebt zu haben, dann kapiert man endlich, wie verschiedenartig die gesellschaftlichen Situationen sind, in denen man sich so unbewusst bewegt hat und hört auf, die Welt mit Formeln zu erklären."[10] Sie hoffte, ihren Sohn und seine Lebenspartnerin Yolande Moden bald sehen zu können, und inzwischen schickte sie fleißig Päckchen nach England, in das im Krieg siegreiche, doch hart mitgenommene Land, dessen Empire sich aufzulösen begann.

Die verschiedenen Textentwürfe der einzelnen Buchkapitel, die im Nachlass aufbewahrt sind, zeigen, wie sehr Ruth Fischer mit den Formulierungen der anfangs noch widerspenstigen Sprache rang, doch auch, wie sie immer mehr an Sicherheit gewann.[11] „Englisch gehört zu den schwierigsten Sprachen, ich hatte ein sehr tüchtiges, aber ungenügendes Mädchen zur Hilfe und lernte von ihren Lippen die banalsten Phrasen, die jeder Mensch mit einigem Geschmack wie die Pest

---

7 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2518: Lecture Notes, German Communism from 1918–1944, 18. Februar 1945.

8 Vgl. Abtrünnig wider Willen, S. 35. Einige dieser und weitere Vortragsmanuskripte befinden sich ebd., Mappe Nr. 2553.

9 Ein konstruktiver Kritiker ihrer ersten Aufzeichnungen war der nach New York emigrierte linke Sozialdemokrat Arkadij Gurland; vgl. ebd., Mappe Nr. 321, Bl. 1: Arkadij Gurland an Ruth Fischer, Brief vom 25. März 1944.

10 Ebd., Mappe Nr. 1331: Ruth Fischer an Gerard Friedlander, Brief vom 17. März 1947, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 207.

11 Ein früher Textentwurf trug den Titel: The Kremlin and Europe, in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2495.

verabscheut. Jetzt muss ich dieses Englisch in ein einigermaßen annehmbares umwandeln", schrieb sie an Franz Jung.[12] Sidney Fay, dem sie Kapitel um Kapitel zuschickte, las ihre Manuskripte gründlich. Da er mit der deutschen Sprache vertraut war, konnte er oft korrigierend eingreifen, wenn es galt, den Text flüssig zu gestalten und von Germanismen zu befreien.[13] Ohne Sidney Fay, der dann auch ein Vorwort zum Buch beisteuerte, wäre dieses nicht entstanden.

Im Vorwort zog Fay die großen Linien der deutschen Arbeiterbewegung von Lassalle bis zur KPD. Er sparte die Revolutionären Obleute als wichtige Akteure der Novemberrevolution ebenso wenig aus wie die verschiedenen Strömungen in der Frühgeschichte der kommunistischen Bewegung, die er nicht auf das Bild einer Apparateherrschaft reduziert wissen wollte. In diese Frühgeschichte stellte er Ruth Fischer, deren persönliche Erfahrung nur von Nutzen für das Buch sein könne:

„Sie besitzt internationale Kenntnis, die ihre vielen offiziellen Stellungen ihr vermittelt haben; auch war sie persönlich mit den wichtigsten Leuten in Moskau bekannt, ebenso mit vielen russischen Agenten, die wie Radek in Deutschland tätig waren. Sie hat eine große Zahl von Russen stammender Streitschriften und offizielle sowjetische Berichte gelesen, und zitiert sie häufig. Mag sein, dass sie gelegentlich bei der Unterstellung von Motiven mehr auf ihre eigene Intuition baut als auf klare historische Beweise. Die Aufspürung individueller Beweggründe ist ja immer eine delikate und unsichere Angelegenheit. Aber sie hat ganz offenkundig versucht, gewissenhaft dem genauen historischen Beweismaterial zu folgen. Jedenfalls sind ihr Deutungen wertvoll als Korrektive der Legenden und Mythen, die offizielle sowjetische Historiker und Geschichtsschreiber um Stalin und um die Jahre der Bildung des sowjetischen totalitären Regimes aufgebaut haben."[14] Damit war angedeutet, dass das Buch nicht das Werk einer ausgebildeten Historikerin war und nicht, jedenfalls nicht nur, als solches gelesen werden sollte, und ebenso war damit der Hinweis gegeben, dass es vom Ansatz her dem inzwischen populären Totalitarismus-Modell verpflichtet sein würde.

---

12 Ebd., Mappe Nr. 150, Bl. 6: Ruth Fischer an Franz Jung, Brief vom 11. März 1947.

13 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 237, bes. Sidney Fays Brief an Ruth Fischer vom 6. August 1945 (Bl. 3), sowie Mappe Nr. 1301, mit Dispositionen Ruth Fischers.

14 Sidney B. Fay, Vorwort zu: Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt [1950], S. XX. Originalausgabe: Stalin and German Communism, Cambridge, Mass. 1948. Von nun ab sind alle Zitate der deutschen Erstausgabe entnommen und werden, um Platz zu sparen, mit der jeweiligen Seitenzahl (in Klammern) direkt nach Zitatenende nachgewiesen.

„Das untergründige Thema von ‚Stalin und der deutsche Kommunismus' ist die Geschichte einer Leidenschaft, welche die Grundlage der Ideologie bildet", schrieb Karin Wieland in einer neueren Analyse des Textes, der jedoch gerade dadurch für eine kritische Geschichte der Totalitarismus-Theorie interessant werde. „Ist doch die enttäuschte Leidenschaft das existenzielle Motiv all der Intellektuellen, die sich eingestehen mussten, einem Gott gehuldigt zu haben, der keiner war."[15]

Vor dem Jahre 1948, dem Erscheinungsjahr von Ruth Fischers Buch, lag eine Geschichte zur KPD nicht vor. Einige Schriften, die in der Zeit der Naziherrschaft entstanden, können hier unberücksichtigt bleiben, da sie reinen Propagandacharakter trugen und dem Zerrbild des „jüdischen Bolschewismus" huldigten. Die KPD hatte zwar vor 1933 eine umfangreiche Geschichtspropaganda betrieben, die eigene Parteigeschichte aber fast nur in Form von Leitartikeln in der *Roten Fahne* Revue passieren lassen.[16]

Eine Ausnahme bildete lediglich die 1929 erschienene *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution*. Diese großangelegte Darstellung beruhte nicht nur auf breiter Quellenbasis, sie zeichnete sich auch durch ungewöhnliche Offenheit im Urteil und durch kritische Reflexion wichtiger Passagen der eigenen Frühgeschichte aus. An diesem Kollektivwerk war ein Teil der KPD-Spitze beteiligt, doch darunter auch solche Autoren, die bald aus der Partei ausgeschlossen und die KPD-Opposition gründen würden: Paul Frölich, Albert Schreiner und Jacob Walcher. Gemeinsam mit Hermann Duncker, einem ausgebildeten Historiker, und Intellektuellen wie Clara Zetkin und Ernst Meyer, dazu unter Rückgriff auf Schriften von Lenin, Liebknecht, Luxemburg und Mehring hatten sie eine wichtige Arbeit vorgelegt. Wegen des Mitwirkens der Oppositionellen wanderte sie 1945 in den ostdeutschen Bibliotheken jedoch sofort von einem „Giftschrank" in den nächsten.[17]

Die Exilschriften der KPD, so *The Lesson of Germany* oder Paul Merkers *Deutschland – Sein oder Nicht-Sein?* blieben in ihrer Wirkung begrenzt, da sie (mit

15 Karin Wieland, „Totalitarismus" als Rache. Ruth Fischer und ihr Buch „Stalin and German Communism", in: Alfons Söllner u. a. (Hg.), Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997, S. 118. Eine kürzere Fassung des Aufsatzes erschien unter dem Titel: Ruth Fischer und der deutsche Kommunismus, in: Merkur, Nr. 580 (Juli 1997), S. 608–615.

16 Vgl. aus DDR-Sicht, doch sehr faktenreich Klaus Kinner, Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933. Geschichte und Politik im Kampf der KPD, Berlin [DDR] 1982.

17 Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929.

zwei Ausnahmen) in der Sowjetischen Besatzungszone nicht erschienen.[18] Stattdessen rückte dort der *Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU(B),* das offizielle Kompendium der sowjetischen Ideologie, zur verbindlichen Lesart auf. Natürlich waren nur einzelne Passagen des Buches der KPD oder überhaupt der deutschen Geschichte gewidmet, und so musste sich die SED möglichst eng an diese Interpretation halten.

Doch auch im Westen war die Literatur zum Thema noch sehr dünn gesät. Ein so wichtiges Buch wie William Halperins *Germany Tried Democracy*, seine Geschichte der Weimarer Republik, worin er die Demokratiefeindschaft der deutschen Herrscherklassen untersuchte, wurde nicht ins Deutsche übersetzt. Es störte in der Zeit der beginnenden Rehabilitierung von Hitlers Förderern durch maßgebliche Kreise der Westalliierten ebenso wie Arthur Rosenbergs marxistische Untersuchung der Weimarer Republik. Friedrich Stampfers Arbeit Die *14 ersten Jahre der deutschen Republik* war zwar im Exil entstanden, doch bereits 1947 erschien eine Ausgabe in den Westzonen. Die ganz der SPD verpflichtete Darstellung, deren Gegenstand gleichfalls breiter angelegt war, konnte indes eine Geschichte der KPD nicht ersetzen. Ruth Fischers Buch musste somit eine Lücke schließen, und dies ganz unabhängig davon, wie man zu dem Werk stand.

„Es fällt uns heute schwer, die naive Haltung unserer Großväter zum Kriege zu verstehen", bemerkte die Autorin zu Beginn. (5) Sie machte auf den folgenden Seiten deutlich, wie sehr der Erste Weltkrieg zur Umwertung aller Werte und zur Geburt jenes kommunistischen Messianismus beitrug, der ohne die totale Diskreditierung der bürgerlichen Gesellschaft, ohne den endemischen Nationalismus und die Frontstellung gegen die Demokratie besonders in Deutschland so nicht ausgeformt worden wäre. Dem Versagen der Kaisersozialisten in der Frage Krieg oder Frieden stellte sie die Haltung Lenins, Liebknechts und Luxemburgs gegenüber. Man könne sich auch nach Jahrzehnten, liest man Rosa Luxemburgs Junius-Broschüre, „der Intensität dieses Verzweiflungsschreis über das Versagen des sozia-

18 Eine veränderte Fassung der *Lesson of Germany*, doch ohne Nennung der ursprünglichen Mitautoren Gerhart Eisler und Albert Schreiner, erschien jedoch von Albert Norden. Vgl. Ders., Lehren deutscher Geschichte. Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker, Berlin 1947. Die Ausnahmen sind Walter Ulbricht, Die Legende vom „deutschen Sozialismus", Berlin 1945 (später erschienen unter dem Titel: Der faschistische deutsche Imperialismus (1933–1945), so in der 3. Auflage 1952), und Alexander Abusch, Der Irrweg einer Nation, Berlin 1946, 3. Aufl. 1949. Dieses Buch wurde mit Beginn der 1950er Jahre aus dem Verkehr gezogen, da es eine einseitige Sicht auf die deutsche Geschichte als Geschichte einer Misere zeige (was dem Buch nicht gerecht wurde).

listischen Internationalismus und der sozialistischen Solidarität nicht entziehen.“ (13)

Gegenüber der SPD-Führung habe Rosa Luxemburg den Trennungsstrich gezogen, gegenüber Lenin habe sie, ohne zur Trennung zu schreiten, die Gegensätze auch innerhalb der radikalen Linken ausgesprochen. Russland stehe, wie sie noch 1917 im Gefängnis festhielt, an der Schwelle nicht der proletarischen, sondern der bürgerlichen Revolution; die Solidarität mit Lenin und den Bolschewiki sei, unabhängig vom Ausgang des Oktober-Experiments, das wohl zu früh begonnen habe, dennoch geboten. Doch könne das russische Parteiverständnis nicht auf Westeuropa übertragen werden; der deutsche Kommunismus entspringe der demokratischen Tradition der westeuropäischen Arbeiterbewegung.

Hier hakte Ruth Fischer ein. Die KPD-Gründung sei Ausdruck widersprüchlicher Tendenzen gewesen. Die Partei habe programmatisch „die Ablehnung des revolutionären Terrors“ zum Ausdruck gebracht, habe aber auch „ein Programm der Nichteinmischung in die Politik der neuen Republik“ verkündet, „das heißt, Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung, aber nur als Propagandamittel.“ Dieser „Verwirrung unter den deutschen Revolutionären“ stand das Bündnis der Konterrevolution mit den rechten Sozialdemokraten gegenüber. (92f.) Im Januar-Aufstand, den der Spartakusbund nicht angestiftet, dann aber halben Herzens unterstützt habe, sei dieses Bündnis in volle Aktion getreten. Die Konterrevolution schlug den Aufstand nieder, und ging in die Offensive.

Mit dem Mord an Liebknecht und Luxemburg habe die Gegenrevolution die besten Köpfe der radikalen Linken getroffen. „Die humane Rosa Luxemburg, die feierlich den Terror als Waffe abgelehnt hatte, war von Terroristen ermordet worden.“ (107)

Sehr ausführlich schilderte Ruth Fischer die „Bürgerkriegsjahre.“ (Ebd.) In deutlichen Worten kritisierte sie das Zögern der KPD im Kapp-Putsch und stellte dem die Entschlossenheit der Gewerkschaften um Carl Legien entgegen, dem Putsch mit einem sofortigen Generalstreik zu begegnen, auch wenn dies allen „Traditionen und Aktionsweisen grundlegend widersprach.“ (150) Immer wieder ließ sie biographische Reminiszenzen einfließen. So schrieb sie über Karl Radek, der von seiner Berliner Gefängniszelle Kontakte sowohl zu Persönlichkeiten in Politik, Wirtschaft und Militär als auch zu den führenden Köpfen der jungen kommunistischen Bewegung unterhielt: „Er spielte seine Doppelrolle mit viel Geschick, – einerseits war er der Vertreter des russischen Politbüros und andererseits gab er sich als Abgesandter des russischen Staates mit einer halboffiziellen diplomatischen und militärischen Mission an die deutsche Regierung.“ (253)

Wie Radek sowohl Diplomat als auch Verschwörer war, habe sich die Sowjetunion um politische und militärische Kontakte zur Weimarer Republik bemüht

und zugleich der KPD eine konspirative Nebenstruktur, den militärischen Apparat, verordnet, um die Aufstandsplanungen voranzutreiben. Denn die Spitzen in Moskau seien von einer latenten Revolutionsbereitschaft der deutschen Arbeiter noch bis 1923 überzeugt gewesen. Radek hingegen habe sich auf ein Bündnis mit der radikalen („nationalbolschewistischen") Rechten einlassen wollen, wenn dies den Westen unter Druck setzen und die Sowjetunion entlasten würde. Ruth Fischer erklärte in diesem Zusammenhang auch, der seinerzeitige Vorwurf des sozialdemokratischen *Vorwärts*, wonach sie gefordert habe, das jüdische Kapital zu bekämpfen, entbehre jeder Grundlage. Vielmehr sei sie auf einige antisemitische Bemerkungen nationalistischer Studenten eingegangen und habe lediglich betont, jüdische und nichtjüdische Kapitalisten seien gleichermaßen die Gegner der Kommunisten. (344)

Die Zuspitzung der Lage nach der französisch-belgischen Ruhrbesetzung sei als Chance einer deutschen Revolution gesehen worden. Wollte die Moskauer Führung am Anfang noch Deutschland gegen Frankreich (und England) ausspielen, so führte der Kurs des neuen Kanzlers Stresemann in Richtung einer Aussöhnung mit Frankreich in Moskau zur Entscheidung, nun ganz auf die Revolution zu setzen. Auch „Trotzki stand mit seiner ganzen Person, seiner Autorität und Erfahrung hinter den militärischen Vorbereitungen zur deutschen Revolution. Er diskutierte mit Brandler mehrmals die militärischen Komplikationen des bevorstehenden Kampfes, damals hielt Trotzki Brandler für den richtigen Mann an der richtigen Stelle." Im Herbst 1923 „bestand eine gute, fast warme Beziehung zwischen diesen beiden Männern, einig in ihrer Antipathie gegen Sinowjew, dem Gegner Brandlers in der Komintern und Trotzkis in Russland." (391) Sogar Brandler habe lange geglaubt, jeder Thüringer Arbeiter habe sein Gewehr im Kleiderschrank und warte auf ein Zeichen zum Losschlagen (hier übertrieb Ruth Fischer wohl).

In ihrer Schilderung des Jahres 1923 korrigierte sie stillschweigend manch frühere Position. „Die „Katastrophe des deutschen Kommunismus im Jahre 1923", schrieb sie in der Zusammenfassung des Buches, „war einerseits der inneren Struktur der Sozialdemokratie und des Kommunismus in Deutschland zuzuschreiben, ihrer angeborenen Schwäche, der Unreife der Kommunistischen Partei und der Behäbigkeit der Sozialdemokratischen Partei, andererseits der Tatsache, dass die Übertragung der leninistischen Grundsätze auf ein hochindustrialisiertes westliches Land mehr enthalten musste als die Übersetzung einer Anzahl dogmatischer Formeln aus dem Russischen ins Deutsche." (766)

Zum ersten Mal habe Stalin seine Position als Generalsekretär der russischen Partei benutzt, um in deutsche Angelegenheiten einzugreifen, in dem er dazu beitrug, die KPD auf Revolutionskurs auszurichten. Ruth Fischer spielte dabei die

Tatsache herunter, dass Stalin von allen sowjetischen Führern derjenige war, der die Grenzen deutscher Revolutionswünsche noch am klarsten erkannte. Auch strich sie ihre eigene Opposition gegen die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen nicht klar heraus. Obgleich Ruth Fischer viele persönlich gefärbte Eindrücke und Urteile in das Buch einfließen ließ, ist die Zeit vor und auf dem Frankfurter Parteitag, der zur Übernahme der Parteiführung durch sie, Maslow und Scholem führte, nur knapp abgehandelt. Ausführlich und auch weitgehend korrekt schilderte sie die innere Struktur der Partei und ihrer Zweigorganisationen wie dem Roten Frontkämpferbund.

Bemerkenswert sind ihre Ausführungen zur gewerkschaftlichen Arbeit. Wie in der erwähnten Studie über deutsch-russische Gewerkschaftsbeziehungen hob Ruth Fischer einerseits die Rolle der Gewerkschaften in der Formierung politischen Klassenbewusstseins hervor, wies andererseits jedoch auf Lenins und Kautskys Standpunkt hin, wonach dieses Bewusstsein nur-gewerkschaftlich sei, eine niedere Form des Klassenbewusstseins. Nach Kautsky bedürfe es der radikalen Intelligenz, nach Lenin der bolschewistischen Partei, um die Arbeiter mit revolutionärem Bewusstsein zu erfüllen. (21 und *passim*) Doch während in Deutschland die gewerkschaftliche Organisierung der politischen vorangegangen war, entstand im zaristischen Russland die Arbeiterpartei an vielen Orten, bevor es Gewerkschaftsorganisationen gab. Nach der Revolution wurden die Gewerkschaften oftmals zu Stützpunkten von Anhängern der Arbeiteropposition.

Genau deshalb sei Trotzki federführend bei der Disziplinierung der Gewerkschaften gewesen und habe 1920 keinen Platz für autonome Gewerkschaften innerhalb des Systems des Kriegskommunismus gesehen. Doch auch Lenin, der weniger radikal als Trotzki sprach, verteidigte das Parteimonopol über die Gewerkschaften. (200f.) Michail Tomskij, der sowjetische Gewerkschaftsführer, suchte sich solchen Plänen zu widersetzen, letztlich erfolglos. Darüber habe er auch mit Ruth Fischer und Arkadij Maslow gesprochen. (451) Gerade weil die deutschen Gewerkschaften und ihre Führer in der Weimarer Republik ein grundsätzliches Selbstverständnis vom Stellenwert ihrer Organisation hatten, und dies galt tendenziell auch für kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre, musste eine Zusammenarbeit zwischen deutschen und sowjetischen Gewerkschaften im Ansatz steckenbleiben und zeitigte noch geringere Resultate als das von der Komintern gefeierte Anglo-Russische Gewerkschaftskomitee um 1925.

Weite Passagen des Buches widmete Ruth Fischer jener Entwicklung, die sie zu Recht als Unterwerfung der KPD unter Stalin bezeichnete, für die sie aber mit der Bolschewisierungs-Kampagne die entscheidende Weichenstellung geliefert hatte. Sie gab detaillierte Hinweise darauf, in welchem Maße die innerparteiliche Opposition an den Rand gedrängt, aus der Partei geworfen und sie selbst nach ihrer

Absetzung als KPD-Führerin unterdrückt wurde. Stalins Apparat-Leute hätten schließlich jene Partei zerstört, die sie, Ruth Fischer, einst „mit aufgebaut hatte." (625) Die Frage, inwieweit sie selbst zu ihrer eigenen Niederlage beigetragen hatte, stellte sie nicht.

So wichtig und in Teilen neu vieles war, was Ruth Fischer vortrug, litt das Buch doch sehr unter ihrem Bemühen, sich selbst im besseren Licht darzustellen, als es die Ereignisse oft rechtfertigten. Vor allem aber nahm die Autorin die Gelegenheit wahr, alte Rechnungen zu begleichen, und zwar über das gebotene Maß der historisch-kritischen Beurteilung hinaus. So scheute sie sich nicht, ihre Anwürfe gegen Bertolt Brecht, den „Minnesänger der GPU", zu wiederholen. Thälmann sei zwar „ungebildet", sein „vorzüglicher politischer Instinkt" mache dieses Manko jedoch teilweise wett. Ruth Fischer ließ umso mehr die Souveränität im Urteil vermissen, je näher die Handlung des Geschehens der Gegenwart kam. Im Schlussteil des Buches warnte sie vor den kommunistischen Frontorganisationen wie dem Nationalkomitee Freies Deutschland. Stalins Rechnung, mit dessen Hilfe Deutschland zu unterwerfen, sei im Osten aufgegangen, da die Hitler-Attentäter um Stauffenberg scheiterten.

„Stalins zahllose Organisationen, die in der ganzen Welt Flüchtlinge in kommunistische Parteien und Sympathisierende-Verbände zusammengeschlossen hatten, standen bereit, die Führung zu übernehmen. Das Hauptkontingent kam unter Führung von Wilhelm Pieck aus Moskau, begleitet von seinem Sohn Arthur in russischer Majorsuniform. Zusammen mit Ulbricht organisierte er einen erbitterten Kampf gegen den einzigen ernsten Konkurrenten, die Sozialdemokratische Partei; nach einem Jahr erzwangen Stalins Agenten in der russischen Zone eine Spaltung der Sozialdemokratie und gliederten den pro-russischen Flügel in die Sozialistische Einheitspartei ein, die die Züge ihrer beiden totalitären Vorgänger vereint, die der Kommunisten und die der Nazis." (802)

Das Buch bekam ungewöhnlich viele und ausführliche Kritiken und wurde noch Jahre nach seinem Erscheinen lebhaft und kontrovers diskutiert. Eine Reihe von Rezensenten lobte Ruth Fischers Antistalinismus. George Orwell war vom Buch beeindruckt.[19] Ein Kritiker hob in der *American Historical Review* die „Selbstdisziplin und Objektivität" hervor, mit der das Buch geschrieben sei.[20] Es öffne allen die Augen, die mehr über kommunistische Techniken der Konspirati-

19 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 66: George Orwell an Ruth Fischer, Brief vom 21. April 1949, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 256f.

20 David Harris, Rezension in: The American Historical Review, 54 (1949), Nr. 3, S. 597f.

on wissen wollten, bemerkte die Soziologin Sally Cassidy in der *Catholic World*.[21] Andere Rezensenten strichen den politischen Zweck des Buches heraus und schlossen sich Ruth Fischers grobem Verdikt der SED an. „Diese gut dokumentierte Untersuchung zeigt auch, dass die gegenwärtige Sozialistische Einheitspartei in der russischen Besatzungszone eine Verbindung der entscheidenden Komponenten ihrer beiden Vorgänger-Parteien ist, nämlich der Nazipartei und der KPD."[22] Der Rezensent des *Time*-Magazins bemerkte mit einem Unterton der Kritik, Ruth Fischer neige, wie viele Ex-Kommunisten, dazu, „Lenin zu rechtfertigen und alle Schuld auf Stalin abzuladen." Aber es sei Lenin gewesen, der für „diese Art von Kommunismus" verantwortlich sei.[23] Auch John Hazard schrieb, Ruth Fischer gehöre zu jenen, „die glauben, alles hätte sich ganz anders entwickelt, wäre Lenin länger am Leben geblieben."[24] Ruth Fischers Verdammung von Stalin könnten ihre demokratisch gesinnten Leser sehr gut nachvollziehen, ihre Milde gegenüber Lenin aber kaum, hieß es im *New Yorker*.[25] Ähnlich sah es der Kieler Historiker Michael Freund. Ruth Fischer, schrieb er in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften*, „ist noch heute eine gläubige Anhängerin Lenins und feiert in ihrem Buch die Linksopposition der Trotzki und Sinowjew — bei aller Distanzierung gegenüber den Parteiungen von damals — als den heroischen ‚Widerstand' gegen die sowjetische Staatstyrannei."[26]

War Lenin der Revolutionär und Stalin der Anti-Revolutionär?, fragte ein britischer Rezensent im *Spectator* etwas spöttisch.[27] Philipp Mosely traf den Nagel auf den Kopf, als er festhielt, das sowjetische Eingreifen in deutsche Parteiangelegenheiten sei nach Ruth Fischers Meinung stets dann gerechtfertigt gewesen, wenn es zu Gunsten ihrer Politik erfolgte.[28] „Entgegen der landläufigen Meinung ist der

21 Sally W. Cassidy, Rezension in: The Catholic World, 168 (1949), Nr. 1, S. 330.
22 Charles Prince, Rezension in: The American Economic Review, 39 (1949), Nr. 2, S. 535.
23 Communists: Of all the Virtues ..., in: Time Magazine vom 27. September 1948.
24 John N. Hazard, Rezension in: The American Political Science Review, 42 (1949), Nr. 6, S. 1226f. Ähnlich die Annotation in: United States Quarterly Book List, 4 (December 1948), S. 455f.
25 Anonyme Annotation in: The New Yorker vom 18. September 1948.
26 Michael Freund, Stalin als Totengräber des „Gewerkschaftseuropa". Zu einem Buch von Ruth Fischer, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1 (1950), Nr. 4, S. 181.
27 Richard Chancellor, Stalin the Anti-Revolutionary?, in: The Spectator vom 1. April 1949.
28 Philip E. Mosely, Rezension in: Political Science Quarterly, 64 (1949), Nr. 1, S. 131–33.

Zeitzeuge nur selten ein glaubhafter Zeuge“, schrieb Franz Hoellering.[29] Ähnlich urteilte Martin Ebon.[30]

Einige Kritiker äußerten, Ruth Fischer sei nie eine Trotzkistin und ihre Kontakte zu Trotzki seien sporadisch und oberflächlich gewesen. Treffender schrieb Ernest Mandel, schon damals ein bekannter Trotzkist, die Autorin rechtfertige ihre ultralinke Politik der zwanziger Jahre aus der Sicht der heutigen rechten Sozialdemokratie.[31] Dem stand Eric Waldmans späteres Urteil entgegen, wonach Ruth Fischers Schilderung des Januaraufstandes 1919 „eher die kommunistische Sicht auf die Dinge wiedergebe, soweit es um die Schuld der Mehrheitssozialdemokraten geht.“[32] E. H. Carr wiederum bemängelte, dass ihre Erzählung all jene Vorurteile widerspiegele, „die schon ihr parteipolitisches Wirken bestimmte, mit all den verständlichen Ressentiments jenen gegenüber, die sie einst absetzten und aus der Partei verstießen.“[33] Zwar sei ihr Buch als Primärquelle von Wert, schrieb er, doch als historische Darstellung nur mit großer Vorsicht zu lesen.[34] Auch Harold Laski kritisierte, dass sich Ruth Fischer von der „Mystik“ der kommunistischen Geschichte nicht habe befreien können. Ihre oft kühnen Schlussfolgerungen seien durch das bisweilen sehr schmale Quellenmaterial nicht immer gedeckt. „Wäre ich

---

29 Franz Hoellering, [Rezension] in: The Nation vom 9. Oktober 1948.

30 Martin Ebon, Marxism-Leninism-Fischerism, in: Saturday Review of Literature vom 18. September 1948.

31 E. Germain [Mandel], Auch Ruth Fischer schreibt Geschichte ..., in: Die Internationale, Hg.: Internationale Kommunisten Deutschlands, 3 (1949), Nr. 1, S. 14f., französ. in: Quatrième Internationale, 7 (1949), Nr. 3–6, S. 38–41. Eine englische Besprechung erschien in: New International, 15 (1949), Nr. 4, S. 107–114.

32 Eric Waldman, The Spartacist Uprising of 1919 and the Crisis of the German Socialist Movement. A Study of the Relation of Political Theory and Party Practice, Milwaukee 1959, S. 212.

33 E.H. Carr, Russian and German Communism, in: Soviet Studies, 1 (1950), Nr. 4, S. 347.

34 E.H. Carr, The Spartacist Heritage, in: The Times Literary Supplement vom 9. September 1949, S. 578. Ruth Fischer suchte eine Einzelheit zu berichtigen: Der Russland-Historiker Otto Hoetzsch habe sich 1945 nicht der sowjetischen Besatzungsmacht zur Verfügung stellen können, da er während des Krieges gestorben sei. Ruth Fischer, Stalin and German Communism, ebd., 21. Oktober 1949, S. 681. Carr hatte jedoch Recht: Otto Hoetzsch tat dies bis zu seinem Tod am 27. August 1946, so dass er sogar rückblickend als ein „Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft“ bezeichnet wurde. Vgl. Gerd Voigt, Otto Hoetzsch (1876 bis 1946), in: Heinz Heitzer u. a. (Hg.), Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien, Berlin [DDR] 1989, S. 93–106. In einer weiteren Leserzuschrift vom 28. Oktober (The Times Literary Supplement vom 28. Oktober 1949, S. 697) berichtigte Ruth Fischer ihren Irrtum. Die Zeitschrift nannte in einem Nachsatz jedoch irrtümlich als Todesjahr von Hoetzsch 1947.

ein deutscher Sozialdemokrat gewesen", schrieb der einstige Vorsitzende der britischen Labour Party, „dann wäre ich nicht dem Geheiß einer Körperschaft gefolgt, die über mein Land so unzulänglich informiert war wie die Komintern, schenkt man Ruth Fischer Glauben."[35] Ähnlich sah es Hans Kohn. „War nicht der ‚Sozialismus' Stalins erstes Opfer?", fragte er und erinnerte an Brechts Stück *Die Maßnahme*. Hatten nicht deutsche Kommunisten sich wider besseres Wissen dem Willen Moskaus unterworfen?[36] Einmal habe sich Ruth Fischer jedoch klar gegen Moskau gestellt: 1923 sei sie es gewesen, die Moskaus Bemühungen unterlief, mit dem deutschen Militär zu einer Übereinkunft zu gelangen, schrieb *Der Spiegel* historisch nicht ganz korrekt.[37] Auch die Wiener *Arbeiterzeitung* und die erste Nummer der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* nahmen auf Ruth Fischers Passagen über die Zusammenarbeit deutscher Kommunisten mit sowjetischen Militärs Bezug.[38]

Die schärfste Kritik kam von dem deutschen Emigranten Werner Angress, einem linksliberalen Historiker. *Stalin und der deutsche Kommunismus*, schrieb er noch Jahre später, sei „eine äußerst subjektive, mit Zorn und Verbitterung geschriebene Darstellung einer enttäuschten Idealistin. Als ehemalige Führerin der linken KPD-Opposition ist sie an ihr Thema mit unverhohlener Parteilichkeit herangetreten. Hier gibt es nur Bösewichter und Heroen, wobei Josef Stalin die ersteren, Ruth Fischer die letzteren anführt. Dazu kommt, dass das Buch im Wesentlichen eine lange polemische Auseinandersetzung der Verfasserin mit ihren ehemaligen Genossen, die dann zu Gegnern wurden, ist." Das Buch strotze von Verfälschungen der Tatsachen und enthalte viele falsche Daten.[39]

Natürlich lasen es frühere KP-Mitglieder besonders aufmerksam. Ihr Urteil hing auch davon ab, wie weit sie sich von einstigen Haltungen entfernt hatten. Heinrich Brandler schrieb ihr aus Havanna, er könne nicht „begreifen, wie man ein immerhin nicht unwichtiges Stück Geschichte, deren Zeitgenossen und z. T. Agierende wir waren, im Stile einer Art Roter Verschwörung à la Weisen von Zion auffassen kann."[40] Auch Susanne Leonhard äußerte sich kritisch und teilte

35 Harold Laski, Reason and Russia, in: The New Republic vom 6. Dezember 1948.

36 Hans Kohn, Communism's First Years, in: The New York Times vom 5. September 1948.

37 Eine verpasste Revolution, in: Der Spiegel, Nr. 14 (1950), S. 9.

38 Vgl. Die Vorläufer Ribbentrops und Molotows, in: Arbeiterzeitung vom 19. Oktober 1951 und Helm Speidel, Reichswehr und Rote Armee, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1 (1953), Nr. 1, S. 12.

39 Werner T. Angress, Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973, S. 531.

40 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 101: Heinrich Brandler an Ruth Fischer, Brief vom 6. Oktober 1948, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 226.

Ruth Fischer mit, ähnlich dächten auch Paul Frölich und Rosi Wolfstein.[41] Franz Borkenau, der, anders als die soeben Genannten, Antikommunist geworden war, nannte in seinem Buch *Der europäische Kommunismus* Ruth Fischers Darstellung eine „sinowjewistische Parteischrift."[42] Babette Gross schrieb an Ruth Fischer, ihr Buch stehe „wahrlich himmelhoch" über dem Borkenaus.[43] Margarete Buber-Neumann stellte einige Fakten richtig. So sei Heinz Neumann, ihr Mann, keineswegs 1923 mit Terrorplanungen befasst gewesen; Ruth Fischer habe ihn mit Felix Neumann verwechselt.[44]

41 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 501, Susanne Leonhard an Ruth Fischer, Brief vom 22. Juni 1951, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 281f.

42 Franz Borkenau, Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart, München 1952, S. 9f. Mit Einwilligung Ruth Fischers hatte Harold Hurwitz Borkenau die Druckfahnen von Ruth Fischers Buch zukommen lassen. Dies nach einer Mitteilung von Prof. Harold Hurwitz an den Verfasser. Zu Borkenaus damaliger Position vgl. Birgit Lange-Enzmann, Franz Borkenau als politischer Denker, Berlin 1996, bes. S. 217–224, und Mario Keßler, Kommunismuskritik im westlichen Nachkriegsdeutschland. Franz Borkenau – Richard Löwenthal – Ossip Flechtheim, Berlin 2011, bes. S. 42–57.

43 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 309, Bl. 62, Babette Gross an Ruth Fischer, Brief vom 16. Februar 1953. Ruth Fischer antwortete mit der spitzen Bemerkung, es sei „eben ein Kreuz, wenn jedes Mitglied der Kostufra behauptet, [es] sei auf Stalins Schoß gesessen und habe gehört, was da entschieden wurde." Ebd., Mappe Nr. 1374, Bl. 69: Ruth Fischer an Babette Gross, Brief vom 28. März 1953. Borkenau war in der Weimarer Republik Reichsleiter der kommunistischen Studentenfraktion (Kostufra), des KPD-Studentenbundes, gewesen.

44 Vgl. Margarete Buber-Neumann, Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919–1943, Stuttgart 1967, S. 99. In der Taschenbuchausgabe (Frankfurt u. a. 1973) fehlt diese Passage. Felix Neumann war eine zeitweise wichtige, doch sehr zwielichtige Figur der T-Gruppe, die inoffiziell zum M-Apparat gehörte. Die T-Gruppe (T stand für Tscheka) erwog 1923 die Ermordung von Reichwehrchef von Seeckt, ließ den Plan aber dann fallen. Als Neumann 1925 der Ermordung eines Polizeispitzels angeklagt wurde, schrieb die Presse allgemein vom „deutschen Tscheka-Prozess." Neumann und ein Mitangeklagter sagten im Sinne der Anklage aus und wurden noch in der Weimarer Republik amnestiert; ein weiterer Angeklagter ging in die Sowjetunion. Vgl. Bernd Kaufmann u. a., Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937, Berlin 1993, S. 114. – Jan Valtin (Richard Krebs), der später zum T-Apparat gehörte, schrieb in seinen (mit großer Vorsicht zu lesenden) Erinnerungen, dass Ruth Fischer eine der Mitarbeiterinnen, Luise Schneller, für diesen Apparat gewonnen habe. Vgl. Jan Valtin, Out of the Night, Edinburgh u. a. 2004, S. 51 (Neuausgabe). In der deutschen Übersetzung: Tagebuch der Hölle, Köln/Berlin [West] 1957, fehlt diese Passage.

Fritz Löwenthal, einst KPD-Reichstagsabgeordneter, doch seit 1947 im Westen und nun der SPD angehörend, lobte das Buch. Er habe jedoch, schrieb er an Ruth Fischer, den Eindruck, die ganze Entwicklung wäre anders verlaufen, hätte Lenin länger gelebt. In diesem Fall aber wäre Lenin gezwungen gewesen, und hier ging Löwenthal über entsprechende Bemerkungen bürgerlicher Kritiker hinaus, „entweder die Ergebnisse der Revolution rückgängig zu machen oder, so wie Stalin, an den Aufbau des Sozialismus in einem Lande heranzugehen. Zu der ersten Alternative hätte sich Lenin bestimmt nicht entschlossen. Die zweite Alternative hatte aber, unabhängig von der Person des Diktators, notwendige Konsequenzen, die sich in der Hauptsache und im Endergebnis von dem, was Stalin getan hat, wahrscheinlich nicht allzu sehr unterscheiden würden.“[45] Löwenthal stellte sich jedoch nicht die Frage, ob auch Lenin seine eigenen Mitkämpfer als Verschwörer hätte hinrichten lassen oder ob dies ein qualitativer Unterschied zu Stalin war.

Curt Geyer, der auf eine Reihe von Flüchtigkeitsfehlern hinwies, schrieb an Ruth Fischer, man dürfe für die Frühzeit der KPD „das besondere politische Klima und die Temperatur dieser Tage nicht aus dem Auge verlieren. Wir waren nur zu geneigt, alles zu glauben, was von irgendwoher über revolutionäre Erhebungen in Frankreich und England, über Militär- und Flottenmeutereien gemeldet wurde.“ Auch für die USPD, deren linkem Flügel Geyer angehörte und mit dem er 1920 der KPD beitrat, war Sowjetrussland der einzig mögliche Verbündete im Kampf gegen die deutsche Konterrevolution gewesen, und jede Kritik – oder jede unterlassene Kritik – an Lenins Partei sei nur von dieser Perspektive her zu begreifen.[46]

Sehr ausführlich befassten sich zwei weitere frühere Kommunisten mit dem Buch: Bertram David Wolfe und Paul Mattick. Wolfe hatte 1919 zu den Mitbegründern der KP der USA gehört, sich aber 1928 im Konflikt zwischen Stalin und Bucharin auf die Seite des Letzteren gestellt und war aus der Partei ausgeschlossen worden. Inzwischen arbeitete er für die US-Regierung und speziell für deren Rundfunkanstalten Radio Free Europe und Radio Liberty. Er verwies auf das Verschwörerische in Ruth Fischers Sicht auf den Kommunismus, als er schrieb: „Ohne solche Bücher wie das hier vorliegende wäre der Historiker überhaupt nicht imstande, die Geheimgeschichte unserer Zeit zu ergründen.“ Ruth Fischer habe die Beziehungen zwischen der KPD-Geschichte und den Fraktionskämpfen

45 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 517, Bl. 7: Fritz Löwenthal an Ruth Fischer, Brief vom 13. September 1949.

46 Ebd., Mappe Nr. 287: Curt Geyer an Ruth Fischer, Brief vom 24. Oktober 1948, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 228.

in Moskau klargelegt. Dies betreffe auch den Widerspruch in der sowjetischen Politik, die zwischen der Revolutionserwartung und einer Zusammenarbeit mit dem deutschen Militär hin und her geschwankt habe, was die Politik der KPD zum Schlingerkurs werden ließ.[47]

Paul Mattick, der sich im Unterschied zu Wolfe auch nach seinem frühen Bruch mit der KPD und der Auswanderung in die USA als antibolschewistischer Kommunist sah, urteilte kritischer. Seine Kritik an Lenin speiste sich nicht aus bürgerlichen Wertvorstellungen, sondern aus der Idee eines Rätekommunismus. Solange die Autorin nicht selbst als politischer Akteur erscheine, sei das Buch durchaus eine verlässliche Darstellung, schrieb er. Die These, wonach erst mit Stalins Aufstieg – und Ruth Fischers Abstieg – die russische Dominanz über die deutsche Partei einsetzte, sei aber falsch. Das russische Eingreifen in die Angelegenheiten der KPD sei voll und ganz auf Lenin zurückzuführen, mitsamt seiner „künstlichen Schöpfung der Dritten Internationale, den einundzwanzig Aufnahmebedingungen, die die internationale Bewegung den Entscheidungen der russischen Führer unterwarfen, der Spaltung der ursprünglich antireformistischen kommunistischen Parteien und der Vereinigung der leninistischen Rechten mit den reformistischen Unabhängigen Sozialisten.“ Es sei bezeichnend für Ruth Fischer, dass sie Lenin aus ihrer Kritik ausklammere und ihn sogar als demokratischen Kommunisten sehe. „Es muss ein wirklicher Trost für die hingemordeten Kronstädter Revolutionäre gewesen sein, dass Lenin sich um die Demokratie sorgte, während er das Kriegsrecht ausrief.“ Zwar bezeichne sich Ruth Fischer durchgehend als „Linke“, doch dies sei unzutreffend, denn ihre Haltung habe nichts gemein gehabt „mit der damaligen Opposition der radikalen Linken zur totalitären Herrschaft des Bolschewismus.“ Zwar sehe sich Ruth Fischer im Rückblick als Vorkämpferin gegen den Totalitarismus, ihr Zusammenspiel mit Sinowjew und auch mit Stalin, bevor dieser sie fallen ließ, zeuge jedoch vom Gegenteil. Erst als es ihr selbst politisch an den Kragen ging, habe sie ihren Antistalinismus entdeckt.[48]

Der mit Mattick wie lange auch mit Ruth Fischer befreundete Karl Korsch sah *Stalin und der deutsche Kommunismus* ebenfalls sehr kritisch. Seinem rätekommunistischen Genossen Paul Partos schrieb Korsch, auch nach vielen Hinweisen,

47 Bertram David Wolfe, From Berlin to Moscow, in: International Herald Tribune, Weekly Book Review vom 6. Februar 1949.

48 Paul Mattick, Stalin and German Communism, in: Western Socialist, March-April 1949, S. 17–24.

die er Ruth Fischer gegeben habe, sei das Buch „noch nicht gut“,[49] wenn es auch, wie er zu Felix Weil bemerkte, „selbst ein geschichtliches Material ersten Ranges“ sei.[50] „Der Wert des Buches ist meiner Meinung nach nicht die Geschichte, die darin dargestellt wird, sondern der Inhalt unmittelbar als geschichtliche Quelle“, schrieb Korsch an Ossip Flechtheim.[51] Er, Korsch, habe aber für Ruth Fischers politische Haltung nichts übrig und habe auch keinen Kontakt zu ihr; letzteres änderte sich aber bald wieder.[52]

Ossip Flechtheims gleichzeitig publiziertes Buch zum gleichen Gegenstand sei ein dringend notwendiges Korrektiv zur Sichtweise Ruth Fischers, schrieb der Historiker William Harvey Maehl.[53] Auch Flechtheim unterschied in seiner Arbeit *Die KPD in der Weimarer Republik* prinzipiell zwischen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts Idee einer Rätedemokratie und der autoritären Diktatur, die in der Sowjetunion wie ab 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands errichtet wurde.

Doch sei sogar die stalinistische KPD keine rein verschwörerische Sekte gewesen, sondern unvermeidliches Produkt der Klassenkämpfe im kapitalistischen Deutschland, betonte Flechtheim. Zudem habe das weitgehende Fehlen einer demokratischen Tradition unter den deutschen Herrscherklassen zur Intoleranz des kommunistischen Führungskorps einen indirekten, doch unübersehbaren Beitrag geleistet; die Ausgrenzung durch die deutsche Öffentlichkeit habe die Selbstausgrenzung und Selbstgerechtigkeit in der KPD gefördert. Die deutschen Kommunisten hätten, so die Quintessenz Flechtheims, ihren spezifischen Beitrag zur deutschen *Furcht vor der Freiheit* geleistet. Dennoch: Im Ganzen habe „die kommunistische Psyche in Deutschland trotz allem viel mehr rationale, freiheitliche und humanistische Elemente enthalten als die nationalsozialistische.“[54] Da Ruth Fischers und Ossip Flechtheims Darstellungen zur KPD-Geschichte fast

49 Karl Korsch, Briefe 1940–1958 (Gesamtausgabe, Bd. 9), hg. von Michael Buckmiller und Michel Prat, Amsterdam/Hannover 2001, S. 1142 f.: Korsch an Paul Partos, Brief vom 12. Dezember 1948.

50 Ebd., S. 1213: Korsch an Felix Weil, Brief vom 2. August 1948.

51 Ebd., S. 1219: Korsch an Ossip Flechtheim, Brief vom 19. Dezember 1948.

52 Ebd., S. 1161: Korsch an Partos, Brief vom 23. Januar 1947.

53 William Harvey Maehl, Rezension in: The Journal of Modern History, 22 (1949), Nr. 1, S. 172. Einige Gemeinsamkeiten zwischen beiden Büchern sah hingegen Enzo Collotti, Die Kommunistische Partei Deutschlands 1918–1933. Ein bibliographischer Beitrag, Milano 1961, S. 18f.

54 Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach 1948, Neuausg. Frankfurt 1976, S. 327

zeitgleich erschienen, konnten sie keinen Bezug aufeinander nehmen. Doch auch im Vorwort zur späteren deutschen Ausgabe ihres Buches ging Ruth Fischer mit keiner Zeile auf Flechtheims Untersuchung ein, die sich als die überlegene erwiesen hat und zu einem Klassiker der Kommunismusforschung wurde.[55]

In ihrem Buch über Stalin und den deutschen Kommunismus beschrieb Ruth Fischer zwar die Existenz verschiedener Fraktionen innerhalb der KPD, die auch unterschiedliche ethisch-moralische Ansprüche und Zielvorstellungen hatten, doch sprach sie nur den Anschauungen, die sie – retrospektiv – sich selbst zubilligte, ein positives Werturteil zu. Den Sieg Stalins und Thälmanns erklärte sie teilweise korrekt mit den inneren Widersprüchen der KPD sowie der wachsenden Abhängigkeit der Partei von der Sowjetunion. Doch nahm sie sich selbst von jeder Verantwortung für die der Stalinisierung vorausgehende Bolschewisierung der KPD aus. Damit legte sie ihrer Leserschaft geradezu zwingend nahe, eine innerparteiliche Opposition gegen Stalin müsse in jene Haltung münden, die Ruth Fischer am Ende der Vierzigerjahre vertrat. Ruth Fischers Buch, das starke autobiographische Elemente enthält, kann somit als „Ausdruck von Kontinuitätsbedürfnis angesichts eines erfahrenen Kontinuitätsbruchs begriffen werden", wie Volker Depkat mit Blick auf autobiographische Zeugnisse emigrierter Sozialisten festhielt.[56] Eine reflektierte Analyse der KPD-Geschichte war es, ungleich Flechtheims Buch, jedoch nicht.

In Ostdeutschland bzw. der DDR wie in der westdeutschen KPD wurden die Bücher Flechtheims wie Fischers negativ bewertet, wenn auch Unterschiede sichtbar wurden. Das *Neue Deutschland* sah Ruth Fischers Buch als das Auftragswerk einer antikommunistischen Agentin, behauptete aber auch, Flechtheim sei „angeblich Professor einer amerikanischen Universität, in Wirklichkeit aber ein früherer Mitarbeiter von Alfred Rosenberg, für den er jahrelang in Genf tätig war."[57]

---

55 Ruth Fischer erhielt Flechtheims Buch noch im September 1948 zugesandt. Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 332: Walter Hanke, Brief an Ruth Fischer vom 22. September 1948, mit der Mitteilung, dass das Buch an Adolf Weingarten zu Ruth Fischers Händen geschickt worden sei.

56 Volker Depkat, Der biographische Ort des Exils. Strukturen narrativer Sinnbildung über eine Zäsurerfahrung in den Autobiographien der deutschen Sozialisten Wilhelm Dittmann, Albert Grzesinski, Käte Frankenthal und Toni Sender, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, 23 (2005), S. 32.

57 E. Burger, Trotzkistische Agenten in Westdeutschland, in: Neues Deutschland vom 5. Mai 1949. Ein Verwandter Flechtheims wurde, mit diesem Vorwurf konfrontiert, von der sowjetischen Besatzungsmacht in Haft genommen, aus der er nicht zurückkehrte. Hermann Weber vermutete im Gespräch mit dem Verfasser, hinter dem Namen E. Burger könne sich der aus Burg stammende Hermann Matern verbergen, der Leiter der Zentralen

Natürlich war dies gelogen. Johannes R. Becher sah in Ruth Fischers Buch eines jener „Schmäh- und Schundprodukte" der von der Geschichte „beiseite Geschleuderten", die das verfallende Bürgertum brauche, um das Neue aufzuhalten.[58] Die noch mit gesamtdeutschem Anspruch auftretende *Weltbühne*, die freilich kaum noch etwas mit ihrer Vorgängerin der Weimarer Republik gemein hatte, drohte: „Aber auch die Ruth geht nur solange zum Brunnen ... bis die Faust der amerikanischen Arbeiter sie erwischt. Vor ihr zittert sie fast jede Nacht. Vor ihr zittert sie am Tag."[59] Führte hier der Wunsch die Feder, Ruth Fischer möge eines gewaltsamen Todes sterben?

Ruth Fischer war und blieb eine Feindin der Sowjetunion und ihrer deutschen Verbündeten, soviel war jedenfalls für Freund und Gegner klar. Die Blockade Westberlins durch die Sowjetunion zeige, der Kommunismus halte unwandelbar an seinen expansiven Zielen fest. So stand es im *Christian Science Monitor*, der Ruth Fischers Buch als Mahnung begriff, dies nie zu vergessen.[60] Ungeachtet aller Schwächen wurde *Stalin und der deutsche Kommunismus* zum Referenztext vieler Kommunismus-Debatten, auch in der frühen Bundesrepublik.[61]

Nach all dem darf man fragen, warum sich Ruth Fischer nicht an der Sammlung von Selbstzeugnissen prominenter Ex-Kommunisten beteiligte, die 1950 in England unter dem Titel *The God That Failed* und wenig später in der Schweiz und der Bundesrepublik als *Ein Gott der keiner war* erschien. Sie stand mit Richard Crossmann, dem Herausgeber der Anthologie im Briefwechsel, doch war

Parteikontroll-Kommission der SED. – Bereits am 6. August 1947 hatte das *Neue Deutschland* in einer kurzen Notiz auf die Verbindungen der „Agentin Ruth Fischer" zur sozialdemokratischen German Delegation hingewiesen.

58 Johannes R. Becher, Auf andere Art so große Hoffnung. Tagebuch 1950, Berlin [DDR] 1951, S. 406.

59 Jan Morel, Porträt einer Agentin, in: Die Weltbühne, 5 (1950), Nr. 6, S. 226. Der Artikel: Ruth Fischer, Verräterin, Denunziantin, Agentin, in: Südbayerische Volkszeitung vom 23. Mai 1950 war mir nicht zugänglich.

60 Ernest Pirko, Study of the Soviet Experiment, in: Christian Science Monitor (Atlantic Edition) vom 10. September 1948.

61 Babette Gross, die damals beim Verlag der Frankfurter Hefte arbeitete, schrieb Ruth Fischer, von ihrem Buch sei bis zum September 1951 die erste Auflage (3.000 Exemplare) voll verkauft, von der zweiten Auflage seien 1.000 Exemplare verkauft. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 309, Bl. 57: Babette Gross an Ruth Fischer, Brief vom 28. September 1951. Es gelang mir nicht, die Verkaufszahlen der amerikanischen Originalausgabe zu ermitteln. Sie dürften aber für ein Sachbuch sehr hoch gewesen sein und im fünfstelligen Bereich gelegen haben.

von einer Mitarbeit daran keine Rede.[62] Wollte sie den vollständigen, endgültigen Bruch mit jederart kommunistischem Gedankengutes vermeiden, den die Beiträger Arthur Koestler, Ignazio Silone, Richard Wright, André Gide, Louis Fischer und Stephen Spender und besonders Franz Borkenau im Nachwort so beredt beschworen?[63] Dies legte zumindest eine FBI-Quelle über ihr Buch nahe. „Während Ruth Fischers Feindschaft gegenüber dem Stalin-Regime außer Frage steht, bestehen doch extreme Zweifel hinsichtlich ihrer Haltung gegenüber der US-Politik und deren Prinzipien", hieß es in einem Bericht vom 14. Oktober 1949. „Ruth Fischers politische Ideologie kann nur schwerlich als demokratisch bezeichnet werden. Ruth Fischers Ansichten, die sie gegenüber Agenten dieser Organisation äußerte, und ihre offenkundige Bewunderung Trotzkis und Bucharins, die sie in ihrem Buch ‚Stalin und der deutsche Kommunismus' ausdrückte, lassen wenig Zweifel an ihren Sympathien für den Marxismus einer nichtstalinistischen, nichtsozialistischen [!, M.K.] Spielart. Ruth Fischer hat noch immer politische Ambitionen in Deutschland, und offenkundig kann keine der bestehenden politischen Parteien diesen Ambitionen genügen."[64] Auch ihre positive Haltung gegenüber Tito sei mit Vorsicht zu beobachten, hielt ein CIC-Bericht fest.[65] Schließlich habe sie sich in Deutschland gegenüber dem SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher für eine starke Linke innerhalb der Partei ausgesprochen oder auch für eine Linkspartei, die zum Sammelpunkt aller vom Stalinismus enttäuschten Kommunisten werden solle.[66] Doch brauchten sich die Dienste wegen Ruth Fischers Verhalten noch nicht zu sorgen:

Am 10. Mai 1949 sagte Ruth Fischer vor einer Abteilung des Rechtsauschusses des US-Senats aus, dem Unterausschuss für Fragen der Einwanderung und Einbürgerung. Vorsitzender dieses Unterausschusses war der offen faschistische Sympathien bekundende Senator Patrick McCarran. Einst ein Linksliberaler, hatte er

---

62 Vgl. ebd., Mappen Nr. 167 und 1250: Briefwechsel mit Richard Crossman. Gegenüber Ellen Roy äußerte sie Enttäuschung über das schwache Niveau des Buches und besonders Koestlers Beitrag. Vgl. ebd., Mappe Nr. 1892, Bl. 17: Ruth Fischer an Ellen Roy, Brief vom 4. Dezember 1950.

63 Richard Crossmann (Hg.), Ein Gott der keiner war. Arthur Koestler, Ignazio Silone, Richard Wright, André Gide, Louis Fischer, Stephen Spender schildern ihren Weg zum Kommunismus und ihre Abkehr. Mit einem Nachwort von Franz Borkenau, Köln 1952 (zuerst London 1950).

64 Ruth Fischer FBI File: David G. Erskine, Colonel., Memo vom 14. Oktober 1948.

65 Vgl. ebd., Bericht von Carl C. Andersen, Special Agent CIC, vom 8. August 1949.

66 Vgl. ebd., Bericht von Gustav Bard, Special Agent CIC, vom 9. Januar 1949. Dieser Bericht vermerkte weiterhin lobend die zahlreichen, von Ruth Fischer übermittelten Informationen.

sich zum vehementen Verteidiger von Diktatoren entwickelt, die wie Franco die demokratischen Freiheiten in ihren Ländern gewaltsam beseitigt hatten.[67]

Fischer warnte den Unterausschuss einmal mehr davor, die kleine KP der USA zu unterschätzen. Die Partei sei nichts als ein Werkzeug der sowjetischen Botschaft. Einige Tausend Menschen, grundsätzlich alle amerikanische Kommunisten, würden für Sabotageakte trainiert. Auf einen kleinen Teil der amerikanischen Kommunisten traf dies insofern zu, als sie tatsächlich für die Sowjetunion spionierten. Ruth Fischer übertrieb jedoch, wie wir gesehen haben, wider besseres Wissen. Mit Hilfe amerikanischer Mitläufer Stalins hätten Tausende ausländische Kommunisten in die USA einwandern können und dort lukrative Jobs gefunden, fuhr sie fort. Hingegen sei es vielen früheren Kommunisten verwehrt, das Land auch nur besuchsweise zu betreten. Sie schlug eine enge Zusammenarbeit offizieller amerikanischer Stellen mit denen vor, „die aus ihrer persönlichen Erfahrung gelernt haben, dass der Stalinismus die reaktionärste Kraft in der Welt ist und die diesen bekämpfen wollen." Keine Anstrengung sei zu scheuen, um „die hiesigen Agenten einer fremden Macht am Betreten der USA zu hindern oder, falls sie schon hier sind, sie zu deportieren." Ehemalige Kommunisten, die „ein und für allemal" mit ihrer früheren Überzeugung gebrochen hätten, sollten hingegen jederzeit in das Land einreisen dürfen.[68]

Ruth Fischer war nicht zu stoppen: Zu jenen Personen, so erklärte sie weiter, die ihr amerikanisches Visum zur kommunistischen Unterwanderung der Gesellschaft missbraucht hätten, gehörten Marie-Claude Vaillant-Couturier, die Generalsekretärin der kommunistisch gesteuerten Internationalen Frauenföderation, die Physikerin Irène Joliot-Curie und Hermann Budzislawski, inzwischen Professor in Leipzig. Weiterhin seien Heinrich und Thomas Mann geradezu „Heilige innerhalb der kommunistischen Familie." Erika Mann sei, „ich muss es so sagen, eine Agentin", Alfred Kantorowicz sei offiziell ein „Verbindungsoffizier" der Interbrigaden, in Wahrheit jedoch ein GPU-Agent in Spanien gewesen.[69] Diese

67 Zu McCarran siehe Michael Ybarra, Washington Gone Crazy. Senator Pat McCarran and the Great American Communist Hunt, Hanover (New Hampshire) 2004.

68 Communist Activities among Aliens and National Groups: Hearings before the Subcommittee on Immigration and Naturalization of the Committee on the Judiciary, U.S. Senate, 81st Session, Washington 1950, S. 33.

69 Ebd., S. 35. Ein entsprechender Bericht mit der Zusammenstellung dieser und weiterer Namen findet sich unter dem Titel: Communist Agents and U.S. Immigration Policy in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2541. Ruth Fischers Aussage findet sich auch in einem ungezeichneten Bericht in ihrer Komintern-Akte, der jedoch von den Beschuldigten nur Vaillant-Coutourier nennt. Ein dort angekündigter ausführlicherer Bericht ist in der Akte

Behauptung war völlig aus der Luft gegriffen; Kantorowicz hatte auch nach neueren Forschungen mit sowjetischen Geheimdiensten nichts zu tun.[70] Erika Mann schließlich unterhielt selbst enge Kontakte zum FBI, berichtete dem Dienst mehr als zehn Jahre eifrig und wurde von ihm zugleich beobachtet.[71] Voller Ingrimm schrieb ihr Vater in seinem Tagebuch über die „Megäre Ruth Fischer",[72] deren „Hetzbeitrag" ihn schockiere.[73] Nach einer Pressekampagne gegen den angeblichen Sympathisanten des Kommunismus, die in einer Brandrede des Abgeordneten Donald L. Jackson vor dem Repräsentantenhaus gipfelte, verließ Thomas Mann im Juni 1952 die USA.[74]

Ruth Fischer nannte immer weitere Namen. McCarran lobte sie: „Wir sind Ihnen sehr dankbar dafür, dass Sie vor dem Komitee ausgesagt haben."[75] Es war jener McCarran, der die als *Internal Security Act* bekannte Verordnung initiierte, die im September 1950 vom US-Kongress verabschiedet wurde, der Präsident Trumans Veto überstimmen konnte. Obgleich Jahre später Teile der Verordnung als verfassungswidrig galten, gab sie die Handhabe zur Überwachung von Millionen Amerikanern, gleich ob diese von Regierungsstellen beschäftigt wurden oder nicht. Sie wurden systematischen „Loyalitätsprüfungen" unterworfen und mussten nicht

---

nicht auffindbar. Vgl. Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii (RGASPI), Moskau, Fonds 495, Kommunistische Internationale, Bestand 205, Personalakte Nr. 8644 (Fischer, Ruth).

70 Vgl. Josie McLellan, The Politics of Communist Biography. Alfred Kantorowicz and the Spanish Civil War, in: German History, 22 (2004), Nr. 4, S. 536–562.

71 Vgl. Alexander Stephan, Im Visier des FBI. Deutsche Exilschriftsteller in den Akten amerikanischer Geheimdienste, Berlin 1998, S. 109–121 sowie Ders., Erika Mann und das FBI [1993], in: Ders., Überwacht, ausgebürgert, exiliert. Schriftsteller und der Staat, Bielefeld 2007, S. 109–122. Anfänglich war Erika Manns Arbeit für das FBI vom Antifaschismus motiviert gewesen, später gab sie auch über prokommunistische Einstellungen (oder was sie dafür hielt) der von ihr beobachteten Personen Auskunft. Vgl. ebd., S. 114.

72 Thomas Mann, Tagebücher 1949–1950, hg. von Inge Jens, Frankfurt 1991, S. 92 (Eintrag vom 31. August 1949).

73 Ebd., S. 158 (Eintrag vom 20. Januar 1950).

74 1951 hatte Jackson, der auch dem HUAC angehörte, vor dem Repräsentantenhaus behauptet, Thomas Mann stehe sehr weit links „und er lässt selten eine Gelegenheit aus, die geistige Zwangsjackenaufführung anderer solcher Verteidiger zu verherrlichen." Er tue gut daran, „innerhalb der Pforten eines Landes, das wir Amerikaner als ein Land der Freiheit und Gerechtigkeit ansehen, seine offenkundigen Sympathien für den Kommunismus und für Kommunisten mit etwas gesundem Menschenverstand und herkömmlicher Dankbarkeit zu würzen." Zit. nach Eike Middell, Thomas Mann. Versuch einer Einführung in Leben und Werk, Leipzig 1975, S. 281f.

75 Communist Activities, S. 40.

nur über ihre politische Einstellung, sondern auch über ihr Privatleben bis hin zu ihrer Kindheit und ihrer sexuellen Orientierung Auskunft geben. Bereits im Februar 1950 hatte der US-Senat das *Subcommittee on the Investigation of Loyalty of State Department Employees* (Unterausschuss zur Überprüfung der Staatstreue von Angestellten des Außenministeriums) gebildet. Die Arbeit des unter dem Vorsitz von Senator Millard Tydings stehenden Gremiums wurde zwei Jahre später durch einen weiteren Ausschuss ergänzt und abgelöst: das Government Operations Committee unter Vorsitz von Senator Joseph McCarthy, dessen Name zum Synonym für den vehementen Antikommunismus jener Jahre, vor allem jedoch für Gesinnungsschnüffelei wurde.

Zum Hintergrund dieser Geschehnisse gehörte natürlich der Vormarsch des internationalen Kommunismus an so vielen Fronten. Die Spaltung Deutschlands, die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei, der erste sowjetische Atombombentest und der Sieg der Kommunisten im chinesischen Bürgerkrieg waren Marksteine der politischen Entwicklung, und überall mussten die USA Niederlagen einstecken. Stalin ließ zudem in Gestalt des Kommunistischen Informationsbüros, des Kominform, die Komintern wiederaufleben, obgleich der neuen Organisation nur ein Teil der Parteien angehörte.[76] „Wenn wir von den Vereinigten Staaten absehen", schrieb Ruth Fischer 1950, „scheint sich die Welt tatsächlich genau nach den elementaren kommunistischen Lehrbüchern zu entwickeln: Deutschland und Japan haben sich selbst durch militärische Abenteuer vernichtet; der europäische Kapitalismus ist so altersschwach geworden, dass er nur durch überseeische Kräftigungspillen am Leben erhalten wird; Großbritannien, das seine Kolonien nicht mehr zusammenhalten kann, verwandelt sich auf höchst dramatische Weise in die sozialistische Gesellschaft, die Marx und Engels prophezeit haben" – zumindest in der Wahrnehmung amerikanischer Rechter. „Und der von den kommunistischen Terroristen ausgestreuten Drachensaat entsprießen allenthalben neue kommunistische Erfolge, neue kommunistische Staaten und gestärkte kommunistische Parteien."[77]

76 Die Gründung des Kominform erfolgte 1947, wie Ian Birchall schrieb, um die osteuropäischen Parteien sowie die französische und italienische KP (die Mitglieder des Kominform) zu disziplinieren und ihnen die Illusionen der „Nachkriegs-Flitterwochen" auszutreiben, als sie relativ unabhängig operieren konnten. Ian Birchall, Workers Against the Monolith. The Communist Parties Since 1943, London 1974, S. 47.

77 Ruth Fischer, Tito contra Stalin. Gegenwartsprobleme der Komintern-Strategie, in: Der Monat, Nr. 7 (April 1949), S. 47. Ruth Fischer betonte immer wieder die politischen und strukturellen Gemeinsamkeiten zwischen Komintern und Kominform, weshalb sie am

Damit goss Ruth Fischer Öl in das Feuer der Furcht vor den Kommunisten. Doch verleitete dies viele politische Meinungsführer dazu, Stärke und Wirkungsgrad der Kommunisten innerhalb der USA grotesk zu überschätzen, wie auch neuere Studien zu sowjetischen Geheimdienstaktivitäten in den USA gezeigt haben.[78] Nicht nur in Amerika, sondern auch in Deutschland bediene sich Moskau einer Vielzahl von Agenten, fuhr Ruth Fischer fort. Sie entstammten dem Adel, dem Bürgertum und nicht selten dem Offizierskorps. Der frühere deutsche Botschafter in Moskau Rudolf Nadolny sei hier zu nennen, doch auch ehemalige Wehrmachts-Offiziere wie Generalmajor Vinzenz Müller und der Jagdflieger Heinrich Graf von Einsiedel würden ihre guten Verbindungen zu deutschen Eliten nutzen, um diese auszuspionieren. Sie seien Schlüsselfiguren im Nationalkomitee Freies Deutschland, einem Hauptmittel Stalins zur Sicherung der Macht in einem zu militarisierenden Ostdeutschland.[79]

Ruth Fischer ersetzte die rationale Auseinandersetzung mit dem Kommunismus durch eine Verschwörungstheorie. In ihrem öffentlichen Auftreten orientierte sie sich keineswegs an demokratischen Werten: Ihr Engagement für die amerikanische Gesellschaft bemaß sich nicht an der Verteidigung bürgerlicher Grundrechte, sondern nur daran, inwieweit diese Gesellschaft bereit war, Ruth Fischers Bedürfnis nach Abrechnung zu dienen. Von einer Kommunismuskritik, die auf sozialistischen oder liberalen Grundsätzen beruhte, war nichts zu spüren. Vielmehr war Ruth Fischer zur Zusammenarbeit mit Kräften bereit, die in Teilen der damaligen Öffentlichkeit und später in der ernsthaften Forschung als rechtsradikal galten. Diese Feststellung wiegt umso mehr, als sich Ruth Fischer damit durchaus im Einklang mit einer Spielart der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung befand, die noch immer das Attribut „links“ für sich reklamierte.[80]

Begriff der Komintern für das sowjetische Lager auch nach Auflösung der Organisation 1943 festhielt.

78 Vgl. vor allem John Earl Haynes/Harvey Klehr, Venona. Decoding Soviet Espionage in America, New Haven/London 2000.

79 Vgl. Ruth Fischer, Nadolny … The Kremlin's Secret Envoy, in: The New York Herald Tribune. This Week Magazine vom 6. November 1949, S. 5–6, 30, 32.

80 Als typischer Vertreter dieser Richtung darf Sidney Hook gelten, das damalige „Sprachrohr der anti-kommunistischen Linken“, der eine Zusammenarbeit mit Rechtskräften dann als das „kleinere Übel“ sah, wenn dadurch dem Hauptübel, dem stalinistischen Kommunismus, erfolgreich begegnet werden könne. So Cornelie Kunkat, Sidney Hook. Intellektueller zwischen Marxismus und Pragmatismus, Frankfurt 2000, S. 242f. Was Hook (und letzten Endes auch Ruth Fischer) etwa von James Burnham unterschied, war, dass sie die marxistische Methode der Gesellschaftsanalyse nicht *per se* verwarfen. Vgl. An-

Entgegen späteren Beteuerungen war Ruth Fischer damals nicht nur eine Antistalinistin, sondern eine aktive Antikommunistin, wenn auch eigener Art.[81] Bekanntlich deckt die Kritik am Kommunismus ein weites Feld politischer Grundhaltungen ab und kann sich jeweils in spezifischer Weise gegen den Kommunismus als Ideologie, Bewegung und Herrschaftsform richten oder seine sozialutopische Dimension verwerfen. Eine Ablehnung des Kommunismus schließt eine demokratische Gesinnung nicht aus. Diese sieht den Kommunisten als politischen Gegner, entkleidet ihn aber nicht des Menschseins und erkennt auch unterschiedliche, ja einander entgegengesetzte Ausprägungen kommunistischer Gesinnung an. Oft aber spielen Antikommunisten, die sich dezidiert als solche bezeichnen, die Vielgestaltigkeit und inneren Widersprüche kommunistischer Theorie und Praxis, vor allem die innerkommunistische Opposition gegen kommunistische Diktaturen, herunter. Indem Ruth Fischer mit ihren Aussagen vor dem HUAC, dem Washingtoner Bezirksgericht und dem Rechtsausschuss des Senats die kommunistische Bewegung als bloße von Moskau gesteuerte Verschwörung zeichnete, machte sie sich zur Sprecherin einer undifferenzierten, demokratische Werte infrage stellenden Kommunistenfeindschaft, die über eine rationale Kommunismuskritik weit hinausging.[82] Dabei begannen sich nunmehr im Weltkommunismus Brüche abzuzeichnen, die mit dem Konflikt zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien ihren Anfang nahmen.

---

tony G. N. Flew, The Socialist Obsession, in: Paul Kurtz (Hg.), Sidney Hook. Philosopher of Democracy and Humanism, Buffalo 1983, S. 35f.

81 Zu ihrem Sohn sagte sie in den 1950er Jahren, sie habe sich in ihrer Kritik an Stalin „trotz allem noch als Kommunistin" gefühlt. Vgl. das Interview mit Gerard Friedlander in: Sabine Hering/Kurt Schilde (Hg.), Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt 1995, S. 77–89, Zitat S. 87.

82 Da eine reine Anti-Haltung (z. B. gegenüber dem Kommunismus) dazu tendiert, die eigene Position als die einzig richtige darzustellen, sollte der Begriff Antikommunismus, wenn er auf eine rationale Auseinandersetzung mit seinem Gegenstand abzielt, durch den Begriff Kommunismuskritik ersetzt werden. In diesem Buch wird, wie im Vorwort bereits erwähnt, der Begriff Antikommunismus deshalb als illiberale Gegnerschaft zum Kommunismus verstanden. – Eventuell brachte Ruth Fischer derart absurde Behauptungen auch deshalb vor, weil sie anderen schaden, doch auch den sowjetischen Geheimdienstlern zeigen wollte, dass sie nicht (mehr) über genug Herrschaftswissen verfügte, um die wirklichen „subversiven Elemente" zu enttarnen, d. h., dass es sich für Stalins Häscher nicht lohnte, sie zu beseitigen. Dieser Gedanke kann sich jedoch auf keine Belege stützen und sei deshalb ausdrücklich als etwaige Vermutung gekennzeichnet.

Konflikte im Weltkommunismus

Nachdem ihr Buch erschienen war, dachte Ruth Fischer an einen zweiten Band. Dieser sollte den Aufstieg des deutschen Faschismus, die Etablierung des Stalin-Regimes in der Sowjetunion, die Zurichtung der Kommunistischen Internationale auf Stalin und dessen Nachkriegspolitik behandeln. Zu allen Teilen schrieb sie mehrere Kapitelentwürfe. Besonders die Abschnitte über die Unterdrückung der verschiedenen sowjetischen Oppositionsgruppen offenbarten eine Reihe interessanter Details, die damals noch nicht allgemein bekannt waren. So schrieb Ruth Fischer über Programm und Ausmaß der innerparteilichen Opposition um Martemjan Rjutin, über den Ruth Fischer einige Informationen noch in Berlin erhalten hatte.[83] Ihr sehr gutes Gedächtnis – sie erinnerte sich sowohl präzise an Personen wie auch an Textstellen – half ihr bei der Abfassung der Textentwürfe. Die Harvard University zahlte anstandslos das Stipendium weiter – dies noch bis 1955.

Ruth Fischer suchte schließlich ein „synthetisches ‚Vorbuch'" zu schreiben, um ihre Gedanken für das geplante Hauptwerk zu ordnen.[84] Doch dieses Vorbuch und auch das geplante Hauptwerk erschienen nicht. Die einzelnen Textentwürfe stehen oftmals ohne Zusammenhang nebeneinander. Es zeigte sich, dass Ruth Fischer genau Ereignisse schildern und analysieren konnte, an denen sie selbst beteiligt war. Dies traf auf die Geschichte der KPD bis 1925–26 zu. Die Parteigeschichte danach konnte sie jedoch nur als Außenstehende erfassen, und dies galt noch mehr für die Geschichte der Sowjetunion und der Komintern. Hier verloren sich ihre Textentwürfe manchmal in Einzelheiten, ohne dass ein „Roter Faden" sichtbar wäre.[85]

---

83 Martemjan Rjutins Bund der Marxisten-Leninisten rief in einem Manifest 1932 zum Sturz der „Stalin-Clique" und zur Wiederherstellung der Arbeiterdemokratie in der Sowjetunion auf. Der Bund wurde noch im gleichen Jahr enttarnt und Rjutin im Januar 1937 hingerichtet. Vgl. Annette Vogt, Eine bestechende Analyse, eine fundierte Kritik, aber … – die Tragik des Martemjan Nikitisch Rjutin, in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hg.), Ketzer im Kommunismus. 23 biographische Essays, 3. Aufl., Hamburg 2003, S. 181–197.

84 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1429, Bl. 222: Ruth Fischer an Heinrich Hellmann, Brief vom 6. Januar 1955. Ein solches „Vorbuch" erschien 1956 auf Deutsch: Von Lenin zu Mao. Es wird weiter unten besprochen.

85 Zu diesen Textentwürfen gehören Exile on the Left [gemeint ist die antistalinistische Linke der Sowjetunion] und The Comintern Discovers America, beide in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2459; The Ryutin Platform und The Rise of Nazism, beide ebd., Nr.

Ruth Fischer war Politikerin und politische Publizistin, doch fehlte ihr die historische Ausbildung, um geschichtliche Ereignisse quellennah, doch mit Distanz zu analysieren. Eine Zeitlang erwog sie, ein gemeinsames Forschungsprojekt mit anderen Ex-Kommunisten zu starten. Zusammen mit Ante Ciliga, Babette Gross, Angelo Tasca und Ernst Torgler, die Zeitzeugenschaft und politische Expertise vereinten, würde sie eine Darstellung des europäischen Kommunismus vorlegen. Zeitweise trug das geplante Projekt den Arbeitstitel „History of the Bolshevik Party of Russia 1928–1934", dann wiederum war von einer Vergleichsstudie zwischen Deutschland und der Sowjetunion, aber auch von einer Geschichte der Komintern die Rede.[86] Doch scheiterte all dies auch an finanziellen Hürden wie an unüberwindlichen Problemen der Visabeschaffung für die vorgesehenen Mitarbeiter.[87]

Produktiv gestaltete sich die Zusammenarbeit mit Stefan Bauer-Mengelberg. Dieser war 1939 als Flüchtling mit seiner Familie aus Deutschland in die USA gekommen und studierte inzwischen zwei sehr voneinander verschiedene Fächer, nämlich Musikwissenschaft und das neu aufgekommene Fach Computer-Informatik. In beiden Disziplinen sollte er später Herausragendes leisten: als zeitweiliger Leiter einer entsprechenden Entwicklungsabteilung beim Computer-Konzern IBM ebenso wie als Dirigent des St. Louis Philharmonic Orchestra. Vorerst aber half er Ruth Fischer, das so umfangreiche und disparate Material zur Geschichte des deutschen und internationalen Kommunismus zu erschließen und zu ordnen.[88]

In *Stalin und der deutsche Kommunismus* hatte Ruth Fischer die Ereignisse auf Fraktionskämpfe und Intrigen zulaufen lassen, in denen sie den positiven Part spielen wollte, doch den Ränkespielen der Stalinisten unterlag. Doch nun wollte sie sich auf das Feld der Sowjetologie begeben. Hier aber hatten Autoren wie Bert-

2465–2466. Veröffentlicht wurden daraus: Stalin's Rise to Power, in: The Twentieth Century, 149 (September 1951), S. 231–246; französische Übersetzung: L'évolution intérieure de l'Union Soviétique, in: La documentation française vom 25. September 1951, S. 1–8.

86 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2073: U.S. Department of State, Beilage. Dass Ruth Fischer mehrere Konzeptionspapiere für den geplanten Nachfolgeband ihres *Stalin* dieser Korrespondenz beilegte, zeigt, wie sehr sie auf Unterstützung des Außenministeriums für ihre Forschungsarbeit hoffte.

87 Vgl. ebd., Mappe Nr. 1680, Bl. 60: Ruth Fischer an Kaye de Witt Metcalf, Brief vom 29. April 1948 mit beigefügter Projektskizze.

88 Vgl. ebd., Mappe Nr. 1680, Bl. 110: Material zu Stefan Bauer-Mengelberg. Eine kurze Todesmeldung findet sich in der *New York Times* vom 28. Oktober 1996.

ram David Wolfe mit einer Dreifachbiographie von Lenin, Trotzki und Stalin, *Three Who Made a Revolution*, oder Isaac Deutscher mit der Biographie Stalins die Messlatte hoch gelegt – nicht zu vergessen sind Werke russischer Emigranten wie David Dallin, Michael Florinsky, David Shub oder Salomon Schwarz. 1950 erschien mit Hugh Seton-Watsons *The East European Revolution* ein gewichtiger akademischer Beitrag zur Debatte. E. H. Carrs vielbändige *History of Soviet Russia*, deren erster Band ebenfalls 1950 herauskam, bot eine Unmenge an Primärquellen, um auch die rechts- und wirtschaftsgeschichtliche Seite des Gegenstandes möglichst erschöpfend zu behandeln.

All diese Autoren publizierten ihre Bücher zeitgleich oder kurz nach Ruth Fischers Buch, und ihr neues Werk musste somit neuen Anforderungen genügen. Die Zeit, da die Geschichte des sowjetischen und des Weltkommunismus beinahe als eine Agentenstory geschrieben werden konnte, ging ihrem Ende entgegen – noch nicht im Reich der politischen Propaganda, wohl aber im Bereich der Wissenschaft.[89] Es war der seltene Fall, dass sich eine ganze Kohorte politisch durchaus nicht miteinander verbundener Forscher vom allzu kurzatmigen Zeitgeist befreite. Von ihnen waren nur Seton-Watson und nach dem Ende seiner diplomatischen Laufbahn auch Carr, schließlich dann Florinsky Universitätsforscher im strengen Sinn, die anderen verbanden wissenschaftliche Arbeit mit politischer Publizistik auf hohem Niveau.

In der Bundesrepublik und Westberlin wurden sozialdemokratische Forscher und Publizisten in der Auseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus maßgebend. Vor allem in Westberlin entstand ab 1948 eine leistungsfähige, am SPD-Diskurs orientierte Politische Wissenschaft, die sich von den Überresten des völkisch-nationalistischen Antibolschewismus freihielt. Zudem erschienen in SPD-nahen Verlagen Übersetzungen der Emigranten Salomon Schwarz (*Arbeiterklasse und Arbeitspolitik in der Sowjetunion*) und George Eliasberg (*Historische Grundlagen der Kommunistischen Internationale*). All diese Autoren hatten ein feines Gespür für anstehende Veränderungen im Weltkommunismus. Für ein nicht-intellektuelles Publikum erschien zwar weiterhin grobschlächtige Populärliteratur in hoher Auflage. Die Propagandaschlachten des Kalten Krieges waren noch lange nicht zu Ende. Dabei war die Tatsache unleugbar: Die Sowjetunion war nicht mehr mit dem Kommunismus schlechthin identisch, nachdem im Oktober 1949 Maos Bauernarmee in China die Macht übernommen hatte und kurz zuvor der

89 Vgl. für den Qualitätssprung der Forschung David C. Engerman, Die Ursprünge der amerikanischen Sowjetologie im Zweiten Weltkrieg, in: Bernd Greiner u. a. (Hg.), Macht und Geist im Kalten Krieg, Hamburg 2011, S. 50–67.

lange schwelende Konflikt zwischen Stalin und Tito in der Exkommunizierung Jugoslawiens aus dem Sowjetreich gipfelte.

Im Januar 1949 bestand für Ruth Fischer kein Zweifel mehr am Ausgang des chinesischen Bürgerkrieges. Mao Tse-Tungs Armee werde siegen, schrieb sie ihrem alten Freund István Balázs, der nun den Vornamen Etienne (die französische Version von István) trug. Dies zeige „eindrucksvoll die Stärke einer totalitären Gesellschaft, und welche anderen Gründe diesen Sieg auch möglich gemacht haben, es ist für mich ganz augenscheinlich, dass die chinesischen Kommunisten bis an die Tore Pekings gelangt sind, um dort für eine geraume Zeit zu bleiben."[90] Der chinesische Kommunistenführer, erläuterte Balázs, sei ein „Literat, der an uralte bodenständige machiavellistische Gedankengänge anknüpft. Peking (oder Nanking oder Shanghai) ist für den Mann das Zentrum der Welt und nicht Moskau."[91]

„Der Sieg der chinesischen Kommunisten hat alle bisherigen Konstellationen umgestoßen und zwingt die westliche Welt weit mehr als bisher in die Defensive", schrieb Ruth Fischer ihrem Bekannten Heinrich Hellmann nach London, baute aber entsprechende Beobachtungen noch nicht zu kommentierenden oder gar analytischen Studien aus.[92] Balázs und ebenso Karl Wittfogel schickten ihr ihre Aufsätze zu, doch gerade die Publikationen der beiden Sinologen zeigten Ruth Fischer, wie wenig ratsam es war, sich auf ein Feld zu begeben, auf dem man ohne Detailkenntnis den Boden unter den Füßen verlieren musste. Den dramatischen Bruch zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien wollte sie jedoch kommentieren. Hier waren Kräfte am Werk, die sie aus eigener Erfahrung kannte.

Im April 1949 leuchtete Ruth Fischer im *Monat* die Hintergründe des Zerwürfnisses zwischen Stalin und Tito aus. Die von Melvin Lasky in Westberlin herausgegebene Zeitschrift verstand sich als eine liberale Gegnerin des Kommunismus, die sich von der rassistisch und antisemitisch unterlegten Kommunistenjagd der extremen Rechten deutlich absetzte. Damit verbunden war eine Sicht, die die kommunistische Bewegung nicht nur als unwandelbaren Monolithen wahrnahm, sondern mehr noch als ein von Stalin gewaltsam zusammengehaltenes Konglomerat nationaler Entwicklungswege. Der im Juni 1948 zutage getretene Konflikt stellte laut Ruth Fischer im Kern die Frage, ob die Sowjetunion Jugosla-

90 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1074, Bl. 17: Ruth Fischer an Etienne Balázs, Brief vom 4. Januar 1949.

91 Vgl. ebd., Mappe Nr. 49, Bl. 22: Etienne Balázs an Ruth Fischer, Brief vom 10. August 1949.

92 Vgl. ebd., Mappe Nr. 1429, Bl. 80: Ruth Fischer an Heinrich Hellmann, Brief vom 20. Februar 1950.

wien die Rolle eines agrarischen Zulieferers im Ostblock zuweisen werde oder ob Titos ehrgeiziges Programm der Industrialisierung ein Vorbild für eine zukünftige sozialistische Balkanföderation abgeben könne. Diese Föderation solle mit der Sowjetunion verbunden bleiben, doch eigene Interessen auch gegenüber der Moskauer Vormacht vertreten. Stalin erkenne richtig, dass Tito in erster Linie als Staatsmann handle, auch dann, wenn dieses Handeln mit den Loyalitäten des Kommunisten gegenüber Moskau in Konflikt gerate. Ruth Fischers Aufsatz erschien, als Tito den wirtschaftlichen Druck von Seiten der UdSSR mit einer Hinwendung zum Westen beantwortete und zudem seine Unterstützung für die kommunistischen Partisanen im griechischen Bürgerkrieg einstellte.[93]

Tito sei „kein harmloser Neuling“ in der Welt des Kommunismus, schrieb Ruth Fischer. Er habe „zwei Jahrzehnte Schulung in der kommunistischen Parteischule hinter sich und wusste von den Machenschaften der GPU bereits während ihrer Planung.“ Zudem habe sich das Hauptquartier des Kommunistischen Informationsbüros, des inoffiziellen Nachfolgers der Komintern, bis zum Ausschluss Jugoslawiens in Belgrad befunden. Dies verschaffte Tito einen leichten Zugang zu vielen Informationen.[94] Moskau habe töricht, doch der Logik des Stalinismus gemäß gehandelt, als es Jugoslawiens nationale Interessen missachtete. Die Folge sei eine innerkommunistische Opposition – die erste seit Trotzkis Niederlage – mit der Gefahr einer Ausbreitung auf weitere östliche Länder. Moskau werde diese Ansteckungsgefahr im Keime zu ersticken suchen, und dies durchaus noch mit Erfolg. Titos vorerst siegreiche Revolte werde Stalins ideologische Offensive und politische Expansionsgelüste nicht stoppen. „Doch neue Siege und neue Eroberungen bringen zugleich immer neue Oppositionelle immer dichter an die Mauern des Kremls heran. Je weiter Moskau sein Netz auswirft, desto ängstlicher werden die Männer im Kreml um ihre Macht besorgt sein, desto schärfer wird der Terror innerhalb der Partei werden.“[95]

Der Westen solle seine Lehren daraus ziehen und mit einer flexibleren Politik als bisher antworten. „Man darf Titos und Stalins Regime nicht als zwei totalitäre Diktaturen ohne bedeutende Unterschiede auf den gleichen Nenner bringen. Titos mutige Empörung verkörpert im Grunde die Empörung eines jungen und

---

93 „Wenn wir unser Kupfer verkaufen, um dafür Maschinen zu kaufen, so verkaufen wir dafür nicht unser Gewissen, sondern einzig und allein unser Kupfer“, begründete Tito diese Wendung im Juli 1949. „Mit den vom Westen erhaltenen Maschinen werden wir den Aufbau des Sozialismus fortsetzen.“ Zit. nach François Fejtö, Die Geschichte der Volksdemokratien, Bd. 1, Graz 1972, S. 270.

94 Fischer, Tito contra Stalin, S. 51.

95 Ebd., S. 57.

unentwickelten, aber sehr begabten Volkes gegen das gefräßige Ungeheuer, das es unbedingt verschlingen will." Die Folgerung, die Ruth Fischer daraus zog, zeugte jedoch eher von einem Wunschdenken: „In seinem Kampf gegen die willenlose Unterwerfung unter die nationalen russischen Belange hat Tito praktisch die Majorität aller Kommunisten auf seiner Seite. Drei Generationen kommunistischer Politiker haben schon gegen die Oberherrschaft Moskaus konspiriert. Sie haben von dem Tage geträumt, an dem sie nicht mehr nach Moskau zum Befehlsempfang zu gehen brauchten, sondern die Russen zu ihnen in ihre Hauptstädte kommen und mit ihnen konferieren würden." Die kommunistischen Parteien „kennen ihre Herren im Kreml viel besser als irgendein bürgerlicher Außenseiter und warten ungeduldig auf die günstige Gelegenheit zum Umsturz."[96]

Moskau wolle Tito beseitigen, indem in Bulgarien lebende Mazedonier und „gewisse Elemente in Ungarn" einen Bürgerkrieg entfachen sollten, erklärte Ruth Fischer im September 1949 im Süddeutschen Rundfunk Stuttgart. Doch würde Titos national motivierter Widerstand in fast allen osteuropäischen kommunistischen Parteien Unruhen hervorrufen.[97] Ein Zeichen dafür sei, schrieb sie kurz vorher in der *Zeit*, der Tod Georgi Dimitrows. Der bulgarische Kommunistenführer habe, ohne mit Moskau zu brechen, die Kampagne gegen Tito nur halbherzig unterstützt. Sein Tod in einem Moskauer Sanatorium komme dem Kreml daher gelegen und sei wohl kaum auf natürliche Ursache zustande gekommen.[98] Dies blieb jedoch eine reine Spekulation, denn weder Ruth Fischer noch jemand sonst konnten die Vermutung belegen, dass Dimitrow umgebracht worden sei.

Doch trage der jugoslawische Kommunismus „als Spross des Stalinismus noch immer viele Merkmale seiner Herkunft", schrieb Ruth Fischer Anfang 1950. „Durch seine Auflehnung gegen den Stalinismus hat er jedoch bewiesen, dass er wesentlich anders geartet ist." Die Chancen der jugoslawischen Kommunisten würden „in Jugoslawien selbst wie auch in der internationalen Sphäre merklich steigen, wenn sie über ihre nationale Opposition gegen den Stalinismus hinaus ein vollwertiges Alternativprogramm für einen demokratischen Kommunismus entwickeln"; zum ersten Mal brachte Ruth Fischer einen Begriff ins Spiel, der auf den

96 Ebd., S. 56f.

97 Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart: Tondokumente des Süddeutschen Rundfunks, Dokumente des Jahres 1949: Interview mit Ruth Fischer, 22. September 1949.

98 Vgl. Ruth Fischer, Starb Dimitroff zur rechten Zeit?, in: Die Zeit vom 18. August 1949.

Kern einer differenzierten Kritik am Stalinismus verwies – und sie tat es, während sie öffentlich die amerikanische KP als reine Verschwörerbande verdammte.[99]

Jede Alternative zum Stalinismus, die sich auf ein ursprüngliches demokratisches Potential der kommunistischen Bewegung berufe, werde in Moskau mit dem Bannfluch des Trotzkismus belegt, betonte sie. In der Vergangenheit seien solche Alternativen auch deshalb chancenlos geblieben, weil die Bedrohung durch Hitler einstmals Stalin und seine potenziellen Gegner zusammengeschweißt habe. Dies sei jetzt anders. Stalin könne auf die Dauer einen solchen Widerstand nicht mehr unterdrücken. „Sollte es zum Schlimmsten kommen und Jugoslawien durch die Rote Armee unterworfen werden, würde der Konflikt, noch ehe die Sowjets ihren Sieg verkündet hätten, in anderen Ländern unter der Führung anderer Persönlichkeiten von neuem aufleben."[100]

Um einen solchen Widerstand schon im Keime zu ersticken, habe Stalin Schauprozesse nach Moskauer Muster in Bulgarien und Ungarn in Szene setzen lassen. Die Hinrichtung von Außenminister László Rajk in Budapest und von Traitscho Kostow in Sofia habe zwei treue Gefolgsmänner Moskaus getroffen, die aber im Volk und vor allem im Parteiapparat populärer gewesen seien als stalinistische Herrscher wie Mátyás Rákosi. Vorerst seien aber Stalins kommunistische Gegner noch keine Demokraten, sondern „überzeugte und entschlossene Kommunisten", die dennoch in Zukunft westliche Ideen nicht ganz ablehnen würden. „In diesem Sinne gibt es heute in der kommunistischen Welt hunderttausende von Menschen, deren Träume von einer Revolution, wie unausgegoren auch noch immer, der Freiheit des Systems der USA näher stehen als der primitiven Tyrannei der Sowjetunion."[101] Doch strebten diese Gegner Stalins, wie sich zeigen sollte, nicht nach einer Gesellschaft, in der Rassismus, Kolonialismus und rigider Antikommunismus noch immer zur Geschäftsordnung gehörten, und die amerikanische Rechte hatte ihre eigenen Gründe, gerade antistalinistische Kommunisten und Sozialisten zu fürchten.

Die Opposition gegen Tito reiche von Monarchisten bis hin zu Sozialdemokraten, schrieb Ruth Fischer ihrem alten Freund Ante Ciliga. Sie alle versuchten im Exil, und besonders in den USA, darauf hinzuwirken, das Regime Titos durch einen Staatsstreich zu stürzen und durch ein gänzlich westliches Regime zu erset-

99 Ruth Fischer, Tito und Trotzki. Der Unabhängigkeitskampf der kommunistischen Parteien, in: Der Monat, Nr. 16 (Januar 1950), S. 407.

100 Ebd., S. 409.

101 Ruth Fischer, Conspiracy Inside Communism. Onetime Party Favorite Explains that Titoism was and is an International Revolt against Stalin , in: Life Magazine vom 8. Mai 1950.

zen. Dafür bestehe aber nicht die mindeste Chance. Ruth Fischer war „ausgesprochen froh darüber, dass sie nicht genug Unterstützung zur Ausführung ihrer verrückten und abenteuerlichen Pläne bekommen." Sie alle seien, und hier habe Ciliga Recht, im Grunde serbische oder kroatische Nationalisten, denen nichts an Jugoslawien liege. Der Westen solle sich nicht um sie kümmern.[102] Überdies sei es von Vorteil, schrieb sie an Hans Jaeger, einen früheren Mitarbeiter Münzenbergs, nach London, wenn zwei rivalisierende kommunistische Systeme nebeneinander existierten.[103] Sie widersprach Karl Korsch, der meinte, die Entwicklung in Jugoslawien werde in Richtung Kapitalismus verlaufen.[104]

Als früherer Kommunist fiel Ante Ciliga unter die rigiden Einreisebestimmungen der US-Regierung. Ruth Fischer suchte ihm bei der Visabeschaffung zu helfen.[105] Bereits im März 1945 erhielt sie einen Rundbrief von Ciliga aus Rom. Dorthin hatte er sich nach einer äußerst wechselvollen Odyssee durchgeschlagen. Zunächst war er Ende 1941 von Paris in seine Heimat, nach Istrien, zurückgekehrt. Von dort ging er, aus Gründen, die er nicht deutlich machte, nach Zagreb, der Hauptstadt des „Unabhängigen Staates Kroatien." Dieser war faktisch ein Protektorat Hitlers und Mussolinis. In Zagreb wurde Ciliga trotz seines italienischen Passes verhaftet und in das Konzentrationslager Jasenovac gesperrt. Später freigelassen – womöglich auf Intervention von Kardinal Alojzije Stepinac, einem einstigen Schulkameraden –, erhielt er 1944 sogar einen Lehrauftrag an der Universität Zagreb, der bald danach in eine Professur für Soziologie umgewandelt wurde. Das Kriegsende erlebte er auf der Flucht vor Titos Partisanen in Tirol.[106]

---

102 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1889, Bl. 50: Ruth Fischer an Ante Ciliga, Brief vom 26. Mai 1950.

103 Ebd., Mappe Nr. 1496, Bl. 6: Ruth Fischer an Hans Jaeger, Brief vom 19. November 1949.

104 Vgl. ebd., Mappe Nr. 462, Bl. 14: Karl Korsch an Ruth Fischer, Brief vom 26.November 1952.

105 Vgl. ebd., Mappe Nr. 1631, Bl. 7: Ruth Fischer an Eugene Lyons, Brief vom 2. Dezember 1952. Auch andere Ex-Kommunisten beriet sie, vgl. z. B. ihren Brief an Boris Souvarine vom 2. Februar 1948, ebd., Mappe Nr. 1990, Bl. 2, sowie ihre Briefe an Franz Jung, ebd., Mappe Nr. 1503, bes. den Brief vom 18. Dezember 1946 (Bl. 13) und Jungs Antwortbriefe vom 3. und 24. Januar 1947, in: Franz Jung, Zwei Briefe an Ruth Fischer, in: Sinn und Form, 47 (1995), Nr. 6, S. 901–910. Vgl. weiterhin Fritz Mierau, Das Verschwinden von Franz Jung. Stationen einer Biographie, Hamburg 1998, bes. S. 156–164. Jung wanderte schließlich 1948 in die USA ein, kehrte aber 1960 in die Bundesrepublik zurück.

106 Vgl. ebd., Mappe Nr. 142, Bl. 4: Französisch verfasstes Rundschreiben Ante Ciligas vom 19. März 1945. Seine Tätigkeit an der Universität Zagreb im „Unabhängigen Staat Kroatien" verschwieg Ciliga. Vgl. zu seiner Biographie Philippe Bourrinet, Nationalistische Barbarei oder Weltrevolution? Ante Ciliga (1898–1992): Lebensweg eines Kommunisten

Über Ruth Fischer bemühte sich Ciliga um eine Zusammenarbeit mit Clyde Kluckhohn und Merle Fainsod vom Russian Research Center der Harvard University.[107] Ciliga schrieb für Kluckhohn Expertisen zu Jugoslawien, für die er pro Artikel einhundert Dollar, meist als Vorschuss, erhielt. Ruth Fischer bemühte sich, etwaige Gerüchte, wonach Ciliga mit dem kroatischen Regime im Krieg kollaboriert habe, zu zerstreuen. Er habe im antisemitischen kroatischen Staat immer zu seiner jüdischen Frau gehalten. Auch habe Ruth Fischer, wie sie Ciliga mitteilte, stets mit Nachdruck auf seine demokratische Opposition gegen Stalin hingewiesen. Es gelang ihr jedoch nicht, die Regierungsbeamten zu überzeugen. Ciliga erhielt kein Einreisevisum, geschweige denn eine Arbeitserlaubnis für die USA, die so viele ehemalige Ustascha-Faschisten aufnahmen. Allerdings hatten diese keine kommunistische Vergangenheit aufzuweisen.[108]

Ruth Fischer suchte auch den Kontakt zu Milovan Djilas, der bald als scharfer Kritiker Titos hervortreten sollte. Sie sei „niemals, weder organisatorisch noch im theoretischen Sinn je eine Trotzkistin gewesen", schrieb sie ihm, habe aber „ungeachtet kritischer Haltung zum Trotzkismus" dem Revolutionär Trotzki hohe Achtung bezeugt, „dem Verteidiger des russischen Sozialismus und der Oktoberrevolution."[109] Eine positive Erwähnung der Oktoberrevolution findet man sonst

aus Kroatien, in: Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit, Nr. 13 (1994), S. 91–118, sowie das Nachwort von Stephen Schwartz zu: Ante Ciliga, Im Land der verwirrenden Lüge, Berlin 2010, S. 279–302.

107 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 234, Bl.: Merle Fainsod an Ruth Fischer, Brief vom 24. Juni 1952. Darin teilte Fainsod mit, dass das Center keine Mittel für eine Anstellung Ciligas aufbringen könne.

108 Ebd., Mappe Nr. 1189, Ruth Fischer an Ante Ciliga, Briefe vom 27. Januar 1949 (Bl. 15), vom 18. März 1949 (Bl. 17), vom 16. Mai 1949 (Bl. 20), vom 29. Dezember 1949 (Bl. 29) und vom 2. Juni 1950 (Bl. 35) sowie Mappe Nr. 142, Bl. 27: Ante Ciliga an Ruth Fischer, Brief vom 9. Mai 1949. Vgl. auch Ruth Fischers Memorandum on Ante Ciliga vom 27. Oktober 1949, with a Note, ebd., Mappe Nr. 2533. – Ebenso setzte sich Ruth Fischer für Alexander Weissberg-Cybulski ein, damit dieser als ehemaliges KPD-Mitglied in die USA einreisen könne. Vgl. ebd., Mappe Nr. 1010: Alexander Weissberg-Cybulski an Ruth Fischer, Brief vom 6. April 1949, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 255f. Der Physiker war auf Intervention der Nobelpreisträger Albert Einstein, Jean Perrin, Irène und Frédéric Joliot-Curie zwar 1940 kurzzeitig aus Stalinscher Haft entlassen worden, doch danach an die Gestapo überstellt worden, der seine jüdische Herkunft verborgen blieb. Unter dem Namen Cybulski, den er später seinem Nachnamen hinzufügte, überstand er mit gefälschten Papieren die Naziokkupation in Polen. Vgl. Alexander Weissberg-Cybulski, Hexensabbat, Frankfurt 1977 (zuerst 1951).

109 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1247, Bl. 1: Ruth Fischer an Milovan Djilas, Brief vom 5. November 1949 (dies ist der einzige Brief in russischer Sprache, den ich in Ruth Fischers

in Ruth Fischers Korrespondenz dieser Jahre nicht, in denen sie schlagzeilenträchtig gegen prosowjetische Aktivitäten in den USA Front machte.

Ehe Stalin eine starke, von ihm unabhängige linke politische Kraft in Westeuropa zulasse, die zu einer großen Herausforderung für ihn werden könne – würde er da nicht eher den Westen angreifen?, fragte Ruth Fischer im März 1948 Etienne Balázs. Die kommunistische Machtübernahme habe gezeigt, dass Stalin um fast jeden Preis seinen Einfluss ausweiten wolle.[110] Balázs schrieb in seinem Antwortbrief, dass in Frankreich in der Tat „der stark verspätete Versuch" unternommen werde, „eine wirklich dritte Kraft zu schaffen", eine Linke jenseits von Sozialdemokratie und Stalinisten. David Rousset, vor dem Krieg in der trotzkistischen Bewegung aktiv und „ein guter Volksredner", habe zusammen mit Jean-Paul Sartre mit dem *Rassemblement démocratique révolutionnaire* (RDR) eine „antitotalitaristische" Linkspartei gegründet. Die Partei sei jedoch „rücksichtsvoll gegenüber den Massen, die hinter der KP stehen und ohne die man nichts machen könne, etc." Er glaube nicht, dass die Sowjetunion ernsthaft die Absicht habe, Westeuropa anzugreifen.[111]

In seiner Kritik an der Sowjetunion ging Rousset jedoch Sartre bald zu weit. Im Oktober 1950 gründete er die *Commission internationale contre le régime concentrationnaire*, die Untersuchungen über die Lager in Spanien, Griechenland, Jugoslawien und der Sowjetunion vornahm. Er wurde daraufhin von der KP-nahen Literaturzeitschrift *Les lettres françaises* als „trotzkistischer Fälscher" verleumdet. Rousset klagte und gewann den Prozess.[112]

Zu dieser Zeit war Ruth Fischer in Sorge, der Konflikt um Korea könne sich zu einem Weltbrand ausweiten. „Ich erwarte im Sommer einen Einmarsch in Deutschland", schrieb sie im Juli 1950 an Balázs. „Dann bleibt den Vereinigten Staaten nichts anderes übrig, als formell den Krieg zu erklären, was bedeutet, dass Frankreich fällt, bevor die [amerikanischen] Streitkräfte dort sind." Balázs solle Paris rechtzeitig verlassen.[113] „Von hier sieht es jedenfalls aus, dass der koreanische

---

Korrespondenz fand und der ihr offenbar übersetzt wurde). Später schrieb sie, sie hoffe Djilas kennenzulernen, wenn sie Jugoslawien besuche. Vgl. ebd., Bl. 2: Brief an Djilas vom 6. Februar 1953. Dazu kam es nicht.

110 Ebd., Mappe Nr. 1074, Bl. 12: Ruth Fischer an Etienne Balázs, Brief vom 5. März 1948.

111 Ebd., Mappe Nr. 49, Bl. 13; Etienne Balázs an Ruth Fischer, Brief vom 20. März 1948.

112 Vgl. Thomas Kroll, Kommunistische Intellektuelle in Westeuropa. Frankreich, Österreich, Italien und Großbritannien im Vergleich (1945–1956), Köln 2007, S. 198, 204. David Rousset mache „seine Sache ganz ausgezeichnet", schrieb Ruth Fischer an Babette Gross, Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1374, Bl. 37: Brief vom 4. März 1950.

113 Ebd., Mappe Nr. 1074, Bl. 27: Ruth Fischer an Etienne Balázs, Brief vom 10. Juli 1950.

Konflikt nicht mehr lokalisiert werden kann." Sie sehe es „leider als die wahrscheinlichste Variante an, dass man noch in dieser Marschsaison, also bis zum 15. September, in das Ruhrgebiet einrücken wird. Was dann in Paris geschieht, ist schwer vorauszusagen, möglicherweise eine Volksfrontregierung mit Überlassung der Flug- und Seebasen an die Russen; und natürlich ein großes Friedens- und Neutralitätsangebot an England. Ich fürchte auch, dass die Aufrollung von Westdeutschland von einer Intervention in Jugoslawien begleitet sein wird […]."[114]

Die Erinnerung an die nur knapp geglückte Flucht aus Frankreich 1941 verfolgte Ruth Fischer. Doch im März 1951 konnte sie festhalten: „Ich glaube, dass der Alarm des vorigen Sommers sich gelegt hat […]. Solange die Quadrille von Seoul weitergetanzt wird, wird wohl auf keinem anderen Schauplatz etwas aufgeführt werden."[115] Nun fand Ruth Fischer sogar Muße, um sich mit Balázs über Norbert Wieners Buch *The Human Use of Human Beings* auszutauschen. Wiener sei auf seinem Spezialgebiet ganz ausgezeichnet, auch über die Folgen der Computertechnik, die zu einer neuen industriellen Revolution führten, wisse er gut Bescheid. Doch sei er als politischer Soziologe ganz schwach. „Wiener gehört zu diesen vagen Antifaschisten-Mathematikern und Physikern des MIT und hat, ohne direkt zu den fellow travelers [zu gehören], während des Hitlerkrieges ungefähr die Einsteinschen politischen Auffassungen gehabt", sei also sehr prosowjetisch orientiert gewesen. In diesem Zusammenhang erwähnte Ruth Fischer auch Wieners Kollegen Dirk Struik, „der kürzlich hier als Zellenmitglied der Partei entlarvt wurde."[116] Owen Lattimore, ein bekannter Sinologe und Mongolist, den Karl Wittfogel öffentlich als Handlanger Moskaus denunziert hatte, „wird jetzt schon nicht mehr als fellow traveler, sondern als Spion bezeichnet."[117]

114 Ebd., Bl. 28: Ruth Fischer an Etienne Balázs, Brief vom 12. Juli 1950.

115 Ebd., Bl. 35: Ruth Fischer an Etienne Balázs, Brief vom 3. März 1951. Diese Anspielung auf den Wiener Kongress nahm auf die inzwischen laufenden Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Korea Bezug.

116 Struik verlor 1951 seine Lehrberechtigung als Mathematiker am Massachusetts Institute of Technology, das ihm unter der Hand jedoch sein Gehalt weiterzahlte. 1960 wurde er rehabilitiert. Vgl. Ellen W. Schrecker, No Ivory Tower. McCarthyism and the Universities, New York/Oxford 1986, S. 181, 299. Mitteilung Dirk Struiks an den Verfasser vom 18. Dezember 1999.

117 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1074, Bl. 41: Ruth Fischer an Etienne Balázs, Brief vom 4. August 1951. Im März 1950 hatten auch Senator Joseph McCarthy und Louis Budenz Lattimore als sowjetischen Top-Agenten in den USA bezeichnet, ohne dies beweisen zu können; Lattimore trat gewissermaßen Gerhart Eislers Nachfolge als Feindfigur an. Vgl. Eric Pace, Owen Lattimore, Far East Scholar Accused by McCarthy, Dies at 88, in: The New York Times vom 1. Juli 1989.

Natürlich verfolgte Ruth Fischer die Entwicklung in Deutschland besonders aufmerksam. Bereits im Frühjahr 1946 konnte sie mit ihrem französischen Pass erstmals wieder das Land besuchen. Sie erschien beim Sender Frankfurt, einer von den Amerikanern betriebenen und kontrollierten Rundfunkanstalt. Deren politischer Chefredakteur Hans Mayer, noch nicht der berühmte Literaturwissenschaftler, der er bald werden sollte, berichtete: „Sie wollte mit mir über die Struktur und politischen Konzepte des neuen deutsch-amerikanischen Senders sprechen. Ich lehnte höflich ab. Wir hatten unsere Richtlinien, die ich auch selbst für gültig hielt. Eine Erörterung darüber sei jedoch unzweckmäßig; es handelte sich um Anordnungen der Militärregierung. Was sie herausfinden und diskutieren wollte, war mir wohlbekannt. Damals galt noch, bis zum Frühjahr 1947, als der Kalte Krieg vorbereitet wurde durch eine Stuttgarter Rede des damaligen amerikanischen Außenministers Byrnes, die Anweisung, dass innerhalb der deutschen Presse und damit auch innerhalb des Rundfunks keine Kritik an anderen Alliierten geübt werden dürfe, was vor allem hieß: keine antisowjetische Diskussion im amerikanischen Sender. Dies jedoch hatte sich vermutlich Ruth Fischer gewünscht.“[118] Seitdem aber reiste sie regelmäßig nach Europa, ab 1949 auch ständig nach Deutschland.[119]

Auch Babette Gross kam im Frühjahr 1947 erstmals wieder nach Deutschland. „Einen Tag war ich in Mainz“, schrieb sie an Ruth Fischer, „verheerender Eindruck, was die Aktivität anbelangt, Leute mit den dort besonders fürchterlichen Ernährungsproblemen beschäftigt, offene Angst, irgendwas wie etwa Krawtsch.-[enko] zu publizieren, selbst wenn es erlaubt würde.“[120] Neben den alle Diskussio-

---

118 Hans Mayer, Der Widerruf. Über Deutsche und Juden, Frankfurt 1996, S. 293.

119 So hielt sie am 29. Juli 1949 im Akademisch-Politischen Club in München einen Vortrag über „Die deutsch-russischen Beziehungen und ihre Bedeutung für das heutige Europa“. Das Manuskript befindet sich in den Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2538.

120 Viktor Krawtschenko (auch Victor Kravchenko) hatte als sowjetischer Diplomat 1944 in den USA um politisches Asyl gebeten. In seinem Bericht *Ich wählte die Freiheit* schilderte er die Hungersnot in der Ukraine zu Beginn der 1930er Jahre, für die er das Stalin-Regime voll verantwortlich machte. Wie David Rousset und Alexander Weissberg-Cybulski, die mit ähnlichen Zeitzeugenberichten aufwarten konnten, wurde er von der Zeitschrift *Les lettres françaises* als Lügner hingestellt. Nach Aussagen von Zeugen, unter ihnen Margarete Buber-Neumann, gewann Krawtschenko den Prozess. Er wandte sich dann jedoch gegen einen undifferenzierten Antikommunismus und erklärte, die Verringerung der kapitalistischen Ausbeutung und die Hebung des Lebensstandards in den unterentwickelten Ländern seien die besten Mittel gegen den Stalinismus. Er arbeitete später als Bergwerksingenieur in Peru. 1966 wurde Krawtschenko in New York erschossen aufgefunden. Der

nen beherrschenden Ernährungsproblemen werde „meistens das nationale Ressentiment gepflegt und auf die Besatzungsmacht geschimpft, letzteres allerdings, soweit es sich um Amis und Engländer handelt, eher milde, dagegen Abscheu gegen Russen wegen der vollkommenen Gesetzlosigkeit in der dortigen Zone und tiefstes Ressentiment gegen die Franzosen, weil sie auch alles entnehmen, was nicht niet- und nagelfest ist und der Wiederaufbau dort sehr langsam anläuft. […] Soweit die Leute politische Themen behandeln, sind sie national reaktionär. Man kann nicht sagen, dass sie schlimmere Nazis als vorher sind, aber gewiss sind sie viel chauvinistischer als je unter Hitler, von einem provinziellen Chauvinismus wie früher die Polen und Tschechen. An Ankurbelung der Wirtschaft glaubt keiner, [sie] lachen mich glatt aus, wenn ich davon anfange.“[121]

Babette Gross, die sich 1948 endgültig wieder in Deutschland niederließ, notierte die Sammlungsversuche unabhängiger Linker. „Die KPO beginnt sehr aktiv zu werden“, berichtete sie Ruth Fischer. Sie benannte Waldemar Bolze als den organisatorischen Kopf der Gruppe Arbeiterpolitik, die sich in der KPO-Tradition sah. Sie sei „ein Auffangbecken für enttäuschte Kommunisten und vergrößer[e] die bestehende Verwirrung.“[122] Den wirklichen Gegensatz zwischen KPD und Gruppe Arbeiterpolitik herunterspielend, schrieb Heinrich Hellmann bereits im April 1946 aus London, nach Ansicht Brandlers und Thalheimers sei der Stali-

Mord wurde nie aufgeklärt. Vgl. u. a. Nina Berberova, Die Affäre Krawtschenko, Hildesheim 1991.

121 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 309, Bl. 10: Babette Gross an Ruth Fischer, Brief vom 8. Juni 1947. Im gleichen Jahr reiste Babette Gross von Mexiko nach Frankreich, um Einzelheiten über den Tod ihres Lebensgefährten Willi Münzenberg zu erfahren. Ihre Ermittlung brachte keine greifbaren Ergebnisse. Vgl. ihren Brief an Ruth Fischer vom 19. September 1947, ebd., Bl. 11.

122 Ebd., Bl. 25: Babette Gross an Ruth Fischer, Brief vom 18. Januar 1949. Dies bezog sich auf die Gruppe Arbeiterpolitik und ihre gleichnamige Zeitschrift, die in der Tradition der KPO standen. Vgl. Klaus-Peter Wittemann, Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945. Der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik, Hannover 1977. Waldemar Bolze war zwar kein Mitbegründer der Gruppe, da er erst Anfang 1949 aus französischem Exil zurückgekehrt war, wurde dann jedoch wie der im Mai 1949 nach Westdeutschland kommende Heinrich Brandler einer der politischen Köpfe der Organisation. Vgl. zu Bolze Theodor Bergmann, Gegen den Strom. Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition, 2. Aufl., Hamburg 2001, S. 417f. Ruth Fischer war Abonnentin der Zeitschrift *Arbeiterpolitik*, doch deren Mitherausgeber Theodor Bergmann legte weder damals noch später Wert darauf, sie kennenzulernen. Mitteilung Prof. Bergmanns an den Verfasser.

nismus „in Wirklichkeit Sozialismus, [der] nur eine falsche Taktik verfolgt, nämlich durch Expansion den Sozialismus gewaltsam einführen will."[123]

Hellmann bezog sich auf eine Schrift August Thalheimers über die Potsdamer Beschlüsse, die dieser von Kuba aus verschickt hatte. Darin warnte Thalheimer vor einer Politik der Siegermächte, die neuen Nationalismus in Deutschland hervorrufen würde. Er kritisierte die gewaltsame Umsiedlung von Millionen Menschen aus ihrer bisherigen Heimat östlich von Oder und Lausitzer Neiße. Mit administrativ-bürokratischen „Bestimmungen über die Auflösung der Organisationen und Apparate der Nazis, über Bestrafung gewisser Kategorien von Nazis und über die berühmte Umerziehung", so Thalheimer, könne „man einige oder viele Nazis vernichten, aber nicht den Nazismus. Die Vernichtung des Nazismus kann nur durchgeführt werden als eigene, freie Handlung des deutschen Volkes." Werde sie von „fremden Eroberern durchgeführt", dann werde sie „unausweichlich das nationale Selbstgefühl verletzen." Man könne den Nazismus nicht vernichten, „ohne seine Wurzel zu vernichten, nämlich den Kapitalismus und den feudalen Grundbesitz."[124]

Positiver beurteilte Isaac Deutscher, der damals für den *Observer* aus Deutschland berichtete, das sowjetische Vorgehen. „Es gibt viele Fehler in den russischen Methoden", schrieb er Ende 1945, „aber sie haben wenigstens das Verdienst, dass sie breiten Teilen des deutschen Volkes das Gefühl geben, dass die sozialen Veränderungen in ihrem Interesse geschahen."[125] Kurz vorher hatte auch er freilich die Plünderungen und Gewalttätigkeiten sowjetischer Soldaten kritisiert. „Die Russen sind wie hungrige Heuschreckenschwärme nach Deutschland gekommen", um sich zurückzuholen, „was die Deutschen ihnen geraubt hatten."[126]

„Die russische Besatzungsarmee", schrieb Ruth Fischer dem Journalisten Louis Lochner nach ihrem Deutschland-Besuch 1946, „betrat das Land mit einem gut durchdachten politischen Konzept; das Bild sah nur widerspruchsvoll und verwirrt aus für diejenigen, die nicht aufhören, den russischen Kurs als eine Improvisation aufzufassen. Das Wegschleppen der Industrie für russische Reparationszwe-

123 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 358, Bl. 37: Heinrich Hellmann an Ruth Fischer, Brief vom 20. April 1946.

124 August Thalheimer, Die Potsdamer Beschlüsse. Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg, o. O. 1950 [zuerst 1945], S. 10.

125 Isaac Deutscher in: Observer vom 30. Dezember 1945, zit. in: Ludger Syré, Isaac Deutscher – Marxist, Publizist, Historiker. Sein Leben und Werk 1907–1967, Hamburg 1984, S. 366, Anm. 43.

126 Isaac Deutscher in: Observer vom 7. Oktober 1945, zit. ebd., S. 367, Anm. 51.

cke hatte, neben der offenkundigen wirtschaftlichen, eine wichtige politische Bedeutung. Erfassung der Sachwerte als Reparation ist dasjenige Instrument der russischen Politik, das der endgültigen Vernichtung der deutschen Bourgeoisie dient." Dies habe „nichts zu tun mit dem Morgenthauplan und zielt keineswegs auf eine spätere Agrarisierung Deutschlands."[127]

Notwendig sei es, betonte Ruth Fischer in einem Brief an Erich Wollenberg im November 1946, „eine wirklich neue und selbständige deutsche sozialistische Organisation zu schaffen, die sich gegen das Diktat von Moskau *wehrt* und die die besten Traditionen des deutschen Sozialismus wieder lebendig macht." Trotz aller Versuche der Wiederbelebung werde aber „ein selbständiger deutscher Kapitalismus nicht mehr existieren", fuhr sie fort. „Die Zerstörung der bürgerlichen Klassen und des Mittelstandes ist ein nicht aufhebbarer Vorgang." Sie hoffte, die SPD der Westzonen werde sich nicht von der KPD vereinnahmen lassen, wie es im Osten unter dem Druck der Besatzungsmacht geschehen war.[128] Die Sozialdemokratie solle auch, riet Ruth Fischer Ende 1949 Kurt Schumacher, Kontakte zu den antistalinistischen pro-Tito-Gruppen in Westdeutschland aufnehmen, auch wenn diese sich als kommunistisch bezeichneten. Sie seien in jedem Fall antitotalitär eingestellt.[129]

Diese Gruppen schlossen sich im März 1951 zur Unabhängigen Arbeiterpartei Deutschlands (UAP) zusammen. Diese orientierte sich an Jugoslawien, von dem sie auch finanziell unterstützt wurde, bis ein Jahr später auf Betreiben Herbert Wehners diese Unterstützung entfiel. Die SPD wollte sich eines Konkurrenten entledigen und suchte UAP-Mitglieder zu sich herüberzuziehen.[130] Ruth Fischer

127 Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford (California), Louis P. Lochner Collection, Box Nr. 4, Folder Germany: Ruth Fischer an Louis P. Lochner, Brief vom Mai 1946. Ich konnte eine Kopie des Briefes in Ruth Fischers Papieren in der Houghton Library nicht finden.

128 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2169, Bl. 2: Ruth Fischer an Erich Wollenberg, Brief vom 16. November 1946. Hervorhebung im Original.

129 Vgl. ebd., Mappe Nr. 1946, Bl. 4: Ruth Fischer an Kurt Schumacher, Brief vom 5. Dezember 1949. Ruth Fischer sah in Schumacher „keinen politischen Strategen von Format", wie sie an Heinrich Hellman schrieb. Jedoch bringe „die arbeiterfeindliche Politik Adenauers […] die Sozialdemokratie in eine hoffnungslose Lage und gestattet nationalistischen Gruppierungen in verschiedener Verkleidung, unter Hunderten verschiedenen Namen wieder aktiv zu werden […]." Ebd., Mappe Nr. 1429, Bl. 75: Brief vom 7. Dezember 1949.

130 Vgl. zur UAP jetzt Gregor Kritidis, Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008, S. 160–168 (und die dort verwertete Literatur).

fand das Programm der UAP „ziemlich jammervoll in seiner Unbestimmtheit“[131] und kritisierte die Rivalitäten zwischen dieser Partei und den Trotzkisten.[132] Aber auch sie selbst hatte nichts Konstruktives vorzuweisen, außer ihren Kampf gegen alles, was auch nur entfernt mit Stalin zu tun hatte. Doch musste sie wissen, wie James Cannon geschrieben hatte, wer dabei ihre Weggefährten sein konnten und wer nicht.

Im Dickicht der Geheimdienste

Mit ihrem amerikanischen Pass konnte Ruth Fischer, so sie Geldmittel hatte, nun fast ohne Schwierigkeiten nach Europa reisen. 1945 war ihr als französischer Staatsbürgerin ohne Angabe von Gründen ein Visum für Großbritannien verweigert worden, doch auch als Amerikanerin blieb die frühere KPD-Chefin manchem Grenzbeamten suspekt. Als sie im Dezember 1947 und im September 1948 in die Schweiz reiste, geriet sie ins Visier des Staatsschutzes.[133] Die Schweizer Polizeibeamten hatten bereits seit 1919 Pressematerial über sie gesammelt.[134] Ruth Fischer selbst berichtete am 28. September 1948 der amerikanischen Botschaft nach Bern

131 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1551, Bl. 6: Ruth Fischer an Karl Korsch, Brief vom 6. September 1951.

132 Vgl. ebd., Bl. 3: Ruth Fischer an Karl Korsch, Brief vom 11. Januar 1951. Die deutschen Trotzkisten hatten sich unter dem Namen Internationale Kommunisten Deutschlands reorganisiert. Ihre wichtigsten Köpfe waren Georg Jungclas und Jakob Moneta. Vgl. Kritidis, Linkssozialistische Opposition, S. 153–160 (und die dort verwertete Literatur). – Wolfgang Leonhard, Mitbegründer der UAP, schrieb 1952 an Ruth Fischer: „Auch ich halte heute, rückschauend, die Gründung der UAP, zumindest in dieser Form, wie sie vor sich ging, für einen Fehler und glaube, dass für eine zweite Partei neben der SPD im gegenwärtigen Deutschland kein Raum ist.“ Ebd., Mappe Nr. 502, Bl. 2: Wolfgang Leonhard an Ruth Fischer, Brief vom 16. Juli 1952.

133 Vgl. Schweizerisches Bundesarchiv, Bern: E 4320 (B) 1978/121, C.8.2918, Band 27 (im Folgenden: Bundesarchiv Bern, Akte Ruth Fischer): Dr. Balsinger, Chef der Bundespolizei, verschiedene Telegramme (Rundschreiben) vom 9. und 10. Februar 1948; Mitteilungen der örtlichen Kriminalpolizei von Schaffhausen, Bern, Genf und anderen Orten in den folgenden Tagen; analoge Mitteilungen seit dem 15. September 1948.

134 Vgl. den separaten Aktenbestand, beginnend mit dem 19. August 1919, der der allgemeinen Akte Ruth Fischers zugeordnet wurde. Seit 1921 ist eine Zusammenarbeit der Schweizer Staatsschützer mit dem Preußischen Staatskommissar für öffentliche Ordnung nachweisbar. Die (belanglosen) Berichte, die die Kopien einiger der im 2. Kapitel zitierten entsprechenden Dokumente enthalten, übermittelte die Schweizer Botschaft aus Berlin.

von einem Verhör, dem sie knapp zwei Wochen vorher in der Schweiz unterzogen worden sei. Sie sei um 6:30 Uhr früh von der Polizei „zur Einvernahme“ abgeholt worden. Dies geschehe auf Anordnung der schweizerischen Bundesanwaltschaft, wurde ihr erklärt. Sie wurde peinlich genau nach dem sogenannten M-Protokoll befragt.[135] Dieses Codewort stand für einen angeblichen Plan des Kominform, durch Streiks die Wirtschaft des Ruhrgebietes lahmzulegen und die Durchführung des Marshallplans zu behindern. Die Ostberliner Gewerkschaftszeitung *Tribüne* hatte am 19. Januar 1948 gemeldet, Ruth Fischer habe das Gerücht über diesen Plan in die Welt gesetzt, doch sei dieses nichts weiter als eine Polizeiprovokation.[136]

Gegenüber der Zürcher Polizei bezeichnete Ruth Fischer erneut Bertolt Brecht, der damals in der Schweiz lebte, als gefährlichen Kommunisten. „Warum lassen Sie diesen kommunistischen Agenten Bert Brecht in der Schweiz, warum führen Sie hier Theaterstücke von diesem Kominformagenten auf und feiern ihn? Wissen Sie, dass er schon in Amerika eine Zentrale des russischen Nachrichtendienstes betrieb?“ Als der Polizeibeamte fragte, woher sie dies wisse, antwortete Ruth Fischer: „Das weiß doch alle Welt.“[137] Die Schweizer Behörden boten ihr, die sich verfolgt fühlte, schließlich Polizeischutz an. Im Gegenzug verzichtete Ruth Fischer darauf, ihre Vernehmung, bei der sie zeitweise ihren Reisepass abgeben musste, in die Presse zu bringen.[138] Der sie vernehmende Kommissar erinnerte daran, dass die Schweiz in der Vergangenheit ein Pflaster für Terroristen gewesen sei; man denke nur an die Ermordung der österreichischen Kaiserin Elisabeth im Jahre 1898. Die historische Debatte endete mit Ruth Fischers Entdeckung, dass genau jener Kommissar einst Heinz Neumann wegen kommunistischer Umtriebe verhaftet

135 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2075: Ruth Fischer to the American Embassy in Berne, Switzerland, Brief vom 28. September 1948, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 224f.

136 Die Macher des Protokolls „M“. Ruth Fischer Urheberin der Provokation, in: Tribüne vom 19. Januar 1948.

137 Vgl. Bundesarchiv Bern, Akte Ruth Fischer: Information des Kriminalkommissariats III, betr. Pleuchot, Elfriede an die Polizei-Inspektion, eingegangen am 20. September 1948. Vgl. auch Werner Wüthrich, Bertolt Brecht und die Schweiz, Zürich 2003, S. 235. Brecht verließ mit seiner Frau Helene Weigel am 17. Oktober 1948 fremdenpolizeilich korrekt die Schweiz und ging über Salzburg und Prag in den Ostsektor von Berlin.

138 Vgl. Bundesarchiv Bern, Akte Ruth Fischer: Ungezeichnetes Memorandum vom 13. Oktober 1948. Doch nahm die Schweizer Presse von Ruth Fischers Reise durchaus Notiz; vgl. ebenda die Berichte in der *Tat* und im *Berner Tagblatt* vom 21. bzw. 22. Oktober 1948.

hatte.[139] Doch auch künftig wurde Ruth Fischer bei ihren fast jährlichen Besuchen in der Schweiz vom Staatsschutz beobachtet.[140]

Auf der Suche nach Weggefährten im Kampf gegen Stalin befand sich Ruth Fischer in der Gesellschaft amerikanischer Intellektueller, für die damals die Bezeichnung „Cold War Liberals" in Mode kam, die aber fast alle entweder eine kommunistische oder eine trotzkistische, manchmal auch radikal-sozialistische Vergangenheit hatten. Sie, die eine individuelle Arbeitsweise pflegten, sollten politisch gesammelt werden. Diese Idee ging auf Sidney Hook und Melvin Lasky, den Herausgeber des *Monat*, zurück.[141] Nachdem im März 1949 eine Reihe von Antistalinisten um Hook und Arthur Koestler eine ad-hoc-Tagung im New Yorker Freedom House organisiert hatte, führte Lasky in Amerika und Europa Gespräche mit Franz Borkenau, Ruth Fischer und wahrscheinlich auch Koestler. Stets ging es darum, was der erfolgreichen sowjetischen Propaganda an der kulturellen „Front" entgegenzusetzen sei.[142]

Auf Initiative von Michael Josselson, Mitarbeiter der amerikanischen Militärverwaltung und Offizier des Militärgeheimdienstes, trafen sich im August 1949 Ruth Fischer, Borkenau und Hook in Frankfurt am Main, um über die Einberufung eines Kongresses zur Verteidigung der kulturellen Freiheit zu beraten. Entsprechend hatte Ruth Fischer Kontakte mit Julián Gorkin, dem früheren POUM-

139 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2075: Ruth Fischer to the American Embassy in Berne, Switzerland, Brief vom 28. September 1948, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 224f.

140 Als Grund wurde (in einem Memorandum des Polizei-Department Basel Stadt vom 20. September 1948) Ruth Fischers mögliche Arbeit für einen noch unbekannten ausländischen Geheimdienst genannt. Die Staatsschützer notierten penibel z. B. ihre Kontakte zum Schweizer Historiker und Sozialdemokraten Valentin Gitermann, dem Soziologen Frederick Pollock und zu ihrem alten KPD-Genossen Iwan Katz. Vgl. Bundesarchiv Bern, Akte Ruth Fischer: Mitteilung der Kantonspolizei Zürich an die schweizerische Bundesanwaltschaft in Bern vom 10. Februar 1955. Noch am 27. August 1956 stand Ruth Fischer unter „Spionageverdacht"; so in einer Mitteilung der Stadtpolizei Zürich an das Kriminal-Kommissariat (ebenda). Die Akte wurde erst am 2. Dezember 1958 geschlossen.

141 Sidney Hook, Out of Step. An Unquiet Life in the 20th Century, New York 1987, S. 432f. – Der *Monat* hatte damals eine Auflage von 60.000 und pendelte sich in den 1950er Jahren auf ca. 25.000 Exemplare ein. Vgl. Marko Martin, Einleitung, in: Ders. (Hg.), Ein Fenster zur Welt. Die Zeitschrift „Der Monat". Beiträge aus vier Jahrzehnten, Weinheim 2000, S. XV. Das Buch enthält keinen Aufsatz Ruth Fischers.

142 Vgl. Hook, Out of Step, S. 432, und David Cesarani, Arthur Koestler. The Homeless Mind, New York 1998, S. 353. Zu Hooks Rolle bei der ad-hoc-Tagung im Freedom House, die als Gegenveranstaltung zu einer prosowjetischen Konferenz im New Yorker Hotel Waldorf Astoria zusammentrat, vgl. Kunkat, Sidney Hook, S. 232–246. Ausländische Teilnehmer erhielten zur Konferenz im Waldorf Astoria keine Einreisegenehmigung.

Politiker, aufgenommen.[143] Damit sollte den verschiedenen Kongressen, die seit 1947 in Ostberlin, Wrocław und sogar New York unter sowjetischer Quasi-Ägide getagt hatten, eine westliche Alternative entgegengesetzt werden. Die Initiatoren, hinter denen Lasky als organisatorischer Kopf stand, achteten darauf, sich nicht in die Gesellschaft radikaler Rechter zu begeben.[144] Gerade von deutschsprachigen Ex-Kommunisten wie Ruth Fischer, Borkenau oder Koestler erhielt Lasky Unterstützung, als er die Auseinandersetzung zwischen Ost und West aus dem Bereich reiner Machtpolitik auf die dezidiert ideologische Ebene hob. Es gehe um den Kampf zweier miteinander unversöhnbarer Lebensweisen.[145] Nachdem die teilweise Organisierung und spätere Finanzierung des Unternehmens durch die CIA nicht mehr umstritten ist, hat der Geheimdienst selbst jüngst festgehalten, dass genau jene Strategie zum Schwerpunkt seiner Arbeit für die kommenden beiden Jahrzehnte wurde.[146] Das ambitionierte Projekt trat als Komitee für kulturelle

143 Dies nach einem Brief von Babette Gross vom 26. Juli 1949 an ihre Schwester Margarete Buber-Neumann. Vgl. Deutsche Nationalbibliothek, Deutsches Exilarchiv 1933–1945, Frankfurt: EB 89/193: Nachlass Margarete Buber-Neumann, I.A. 224: Briefe von Babette Gross an Margarete Buber-Neumann. Gorkin wurde später Lateinamerika-Sekretär des Kongresses für kulturelle Freiheit.

144 Vgl. Daniela Muraca, Die Rolle der exkommunistischen Intellektuellen beim Kongress für kulturelle Freiheit, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, 19 (2011), S. 155–176, bes. S. 157f.

145 Vgl. Michael Hochgeschwender, Remigranten im Umfeld der Zeitschrift *Der Monat* und des *Congress for Cultural Freedom* (CCF), in: Claus-Dieter Krohn/Axel Schildt (Hg.), Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit, Hamburg 2002, S. 180–206.

146 Vgl. die CIA-Website https://www.cia.gov/library/center-for-the-study-of-intelligence/csi-publications/csi-studies/studies/95unclass/Warner.html. – Auch Sidney Hook sollte so in Kontakt mit der CIA geraten, obwohl er dies nicht geplant hatte: Er arbeitete für das Office of Policy Coordination (OPC), einem 1948 aus dem OSS hervorgegangenen Geheimdienst, mit dem auch Lasky in Verbindung stand. 1951/52 wurde das OPC jedoch der CIA einverleibt (die ebenfalls ein OSS-Nachfolger gewesen war). 1943 war Hook als „Marxist" auf Anordnung von Direktor Hoover zeitweilig vom FBI beobachtet worden. Vgl. mit Belegen Hugh Wilfort, The Mighty Wurlitzer. How the CIA Played America, Cambridge (Massachusetts) 2009, S. 78f., der auch Laskys Kontakte zu Ruth Fischer erwähnt. Bereits 1939 hatte Hook als Reaktion auf die stalinistischen Schauprozesse ein Committee for Cultural Freedom ins Leben gerufen, das als Vorläufer des Kongresses gelten kann. Vgl. Judy Kutulas, The Long War. The Intellectual People's Front and Anti-Stalinism 1930–1940, Durham/London 1995, S. 157–163.

Freiheit (Commitee for Cultural Freedom) ins Leben und lud zu einem Kongress nach Westberlin ein.[147]

Das Komitee und der Kongress verstanden sich durchaus als Alternative zur herkömmlichen Spielart des Antikommunismus. Hier sollten Intellektuelle gewonnen werden, die sich auf der Linken auskannten, vor allem aber: deren Biographie keine Nähe zum Nazismus oder auch zum Südstaaten-Rassismus aufwies. Strategisch denkende Köpfe wie Josselson oder Lasky stießen sich keineswegs an der kommunistischen Vergangenheit so vieler ihrer gewünschten Partner. Im Gegenteil, Ex-Kommunisten wie Borkenau und Koestler, gar Ruth Fischer, brachten eine genaue Kenntnis ihres nunmehrigen Gegners mit.[148]

Melvin Lasky legte großen Wert auf die Mitarbeit Ruth Fischers an der Kongressvorbereitung und vor allem an ihrer Teilnahme.[149] Sie zögerte jedoch und sagte schließlich zu Laskys Enttäuschung ihr Kommen nach Berlin ab. „Ich würde sehr gern teilnehmen", schrieb sie an Heinrich Hellmann, „aber ich bin von gutin-

147 Vgl. Peter Coleman, The Liberal Conspiracy. The Congress for Cultural Freedom and the Struggle for the Mind of Postwar Europe, New York/London 1989, S. 15f.; Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998, S. 219–221; Frances Stonor Saunders, Wer die Zeche zahlt … Die CIA und die Kultur im Kalten Krieg, Berlin 2001, S. 76f.; Volker R. Berghahn, America and the Intellectual Cold Wars in Europe. Shepard Stone Between Philanthropy, Academy, and Diplomacy, Princeton/Oxford 2001, S. 129–132.

148 Vgl. zu diesem Aspekt Michael Rohrwasser, Vom Exil zum „Kongress für kulturelle Freiheit". Anmerkungen zur Faszinationsgeschichte des Stalinismus, in: Sven Hanuschek u. a. (Hg.), Schriftsteller als Intellektuelle. Politik und Literatur im Kalten Krieg, Tübingen 2000, S. 137–157.

149 Vgl. die Korrespondenz in: Ruth Fischer Papers, Mappen Nr. 484 und 1579. Ruth Fischer war über Heinrich Hellmann mit Melvin Lasky in Verbindung gekommen, wie sie Harold Hurwitz mitteilte. Vgl. ebd., Mappe Nr. 1474, Bl. 3: Ruth Fischer an Harold Hurwitz, Brief vom 21. Oktober 1948. Vgl. weiterhin Mappe Nr. 459 mit dem Programm des Kongresses für kulturelle Freiheit und weiteren Materialien. Unklar ist, wann sich Ruth Fischer und Melvin Lasky das erste Mal persönlich trafen, wahrscheinlich aber 1947. Laskys Behauptung, er habe Ruth Fischer erst Jahre später kennengelernt, ist stark anzuzweifeln. So Lasky in einem schriftlichen Kommentar vom 30. November 1991 an die Verfasser eines Buches zur frühen sowjetischen Kulturpolitik in Ostdeutschland. Lasky bezog sich auf eine Attacke des sowjetischen Kulturoffiziers Alexander Dymschitz. Dieser warf ihm 1947 vor, er habe „sich als eine Kreatur der Bande um Ruth Fischer" erwiesen, „die ihre beiden Brüder den amerikanischen Gefängniswärtern auslieferte." Zit. nach Anne Hartmann/Wolfram Eggeling, Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945–1953, Berlin 1998, S. 59.

formierten Freunden gewarnt worden. Die Lage in Berlin ist nach der Affäre Eisler derart, dass ich es nicht riskieren sollte, dorthin zu fahren."[150]

Die Gründungskonferenz des Kongresses für kulturelle Freiheit fand vom 26. bis zum 30. Juni 1950 im Berliner Titania-Palast statt. Sie tagte in erregter Atmosphäre, da sie mit dem Beginn des Korea-Krieges zusammenfiel.[151] Durch Babette Gross erhielt Ruth Fischer einen Einblick in den Geist der Tagung, wenn auch nur aus zweiter Hand, denn Babette Gross gab wieder, was ihr Margarethe Buber-Neumann berichtete. „Arthur [Koestler] führt die entschlossene Gruppe der Konvertiten, wozu Burnham, Borkenau und andererseits viele bürgerliche Leute zählten. Auf der anderen Seite waren Sozialisten wie [Adolf] Grimme, André Philippe vertreten, die einen pazifistischen Standpunkt einnahmen, ‚Atombombe muss verurteilt werden, egal, wer sie wirft', und vor allem Abwehr der Koestlerschen Kritik am Sozialismus. Silone neigte zuerst mehr zur zweiten Gruppe, wurde in langen nächtlichen Debatten schließlich mit Gruppe eins soweit einig, dass er in leitende Körperschaft eintrat. [...] Die Wirkung auf die ostzonalen Kulturpäpste war sehr stark. Sie schickten den Rektor ihrer Universität [den Biophysiker Walter Friedrich] in ein Hotel am Zoo, wo er mit Sidney Hook und anderen Wissenschaftlern diskutieren sollte." Doch sei nichts dabei herausgekommen.[152]

Westberlins SPD-Bürgermeister Ernst Reuter, drei Jahrzehnte zuvor ein führender KPD-Ultralinker, rief die Kongressteilnehmer publikumswirksam zur Verteidigung der Freiheit auf. Er war direkt aus Bad Harzburg rechtzeitig nach Berlin zurückgekehrt. Dort hatte er am 24. Juni nicht weniger publikumswirksam ein sogenanntes Ostlandkreuz eingeweiht, das an die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa erinnern sollte. Gemeinsam mit Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek hatte er geschworen, es gebe niemals eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Reuter wie Lukaschek wussten, wie illusorisch ihre Träume

150 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1429, Bl. 82: Ruth Fischer an Heinrich Hellmann, Brief vom 10. März 1950.

151 Eine lebendige Schilderung der Atmosphäre des Kongresses findet sich bei Hook, Out of Step, S. 432–450.

152 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 309, Bl. 41: Babette Gross an Ruth Fischer, Brief vom 6. Juli 1950. – Doch legte Koestler Wert darauf, nicht als Lobredner eines ungebremsten Kapitalismus zu erscheinen. „Während der letzten fünfzig Jahre ist immer deutlicher geworden, dass das aus dem 19. Jahrhundert übernommene Konzept von Freiheit und Demokratie unzulänglich ist. Ohne Chancengleichheit und eine vernünftige Gleichheit in den Einkommen haben demokratische Rechte wenig Wert. Aber besonders seit der Russischen Revolution sind diese Dinge ins andere Extrem verkehrt worden", schrieb Koestler an Ruth Fischer. Ebd., Mappe Nr. 452, Bl. 1: Brief vom 14. November 1952.

waren: Eine Rückgewinnung der durch das Hitlerregime verspielten Gebiete war nur um den Preis eines siegreichen Krieges gegen die Sowjetunion zu haben.[153]

In solch kriegerischer Atmosphäre beherrschte die Kongresspropaganda „mitsamt ihren metaphysischen Überhöhungen“ die Schlagzeilen der Presse.[154] Doch dahinter tat sich eine Grauzone auf, in der politische und geheimdienstliche Aktivitäten ineinanderflossen. Es war logisch, dass Ruth Fischer nach dem FBI an weitere Dienste geriet, zunächst an einen offiziell namenlosen US-Geheimdienst, der intern als „The Pond“ (Der Teich) bezeichnet wurde.[155]

The Pond wurde 1942 als Geheimdienst zur Beobachtung Hitlerdeutschlands und seiner Verbündeten gegründet, war aber im Unterschied zum Office of Strategic Services, dem OSS, keine Regierungsorganisation, sondern operierte auf privater Basis. Sein Leiter war der aus New Orleans stammende John Grombach, der wegen seiner französischen Herkunft den Spitznamen „Frenchy“ erhielt.[156] Ursprünglich der Abteilung um William Donovan zugeteilt, aus der der OSS erwuchs, quittierte Grombach den Dienst, wurde allerdings von Brigadegeneral Hayes Kroner mit dem Aufbau der neuen Organisation beauftragt. Er bekam einen Jahresetat von 150.000 Dollar als „Starthilfe“ durch das Kriegsministerium zur Verfügung gestellt. Beauftragte von The Pond streckten Fühler zu Geheimverhandlungen mit ranghohen Nazis, darunter im Umkreis von Hermann Göring, aus; der Dienst beschaffte sich auch Detailkenntnisse über die sowjetischen Atombombentests.[157] Nach dem Krieg fungierte die Universal Service Corporation, ein als privat deklariertes Unternehmen, als Geldgeber. The Pond arbeitete

153 An diese kriegerische Propaganda der früheren Hitlergegner Reuter und Lukaschek erinnerte unter dem Titel „Ein Kreuz klagt an“ das rechtsradikale Magazin *Zuerst!*; vgl. dessen Website www.zuerst.de/archives/732, mit dem Beitrag vom 20. Mai 2010. Reuter war unter Sozialdemokraten keine Ausnahme: So behauptete Kurt Schumacher Anfang 1951, dass die Oder-Neiße-Grenze „nationalpolitisch und ernährungspolitisch eine Unmöglichkeit“ sei. Zit. nach Heinrich Georg Ritzel, Kurt Schumacher mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek 1986, S. 122, der eine Archivquelle heranzog.

154 Jost Hermand, Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik Deutschland 1945–1965, Berlin/Frankfurt 1989, S. 86.

155 Unter Geheimdienstlern wurde die CIA als „The Bay“, das State Department als „The Zoo“ bezeichnet. Vgl. die in der folgenden Anmerkung genannte Literatur.

156 Vgl. hierzu und zum Folgenden vor allem Mark Stout, The Pond: Running Agents for State, War, and the CIA, in: Studies in Intelligence, 48 (2004), Nr. 3, S. 69–82. Vgl. weiterhin Christian Salazar/Randy Herschaft, Before the CIA, there was the Pond, Associated Press vom 29. Juli 2010 (Internet-Artikel).

157 Diese Information beruht auf Thierry Meyssan, La Mare (1942–1955), un service secret privé financé par Washington, http://www.voltairenet.org/article166529.html.

inoffiziell mit dem FBI zusammen, wobei die Existenz des Dienstes nur wenigen FBI-Mitarbeitern bekannt war.

Bereits während des Krieges, als die Sowjetunion noch ein Verbündeter der USA war, hielt Grombach nach sowjetischen Agenten innerhalb des OSS Ausschau, wobei er sich vor allem auf Informationen von Alexander Barmine stützte, einem 1937 aus der Sowjetunion übergelaufenen Geheimdienstgeneral.[158] Grombachs Berichte wurden zunächst noch in Akten abgelegt, ohne dass irgendwelche Überprüfungen stattfanden.

Dies änderte sich mit Beginn des Kalten Krieges. Kurz vor Kriegsende hatte Grombach ein „Projekt 1641" gestartet, das eine detaillierte Aufstellung kommunistischer und prokommunistischer Aktivisten in den USA vorsah. Je eine Kopie aller Berichte leitete er dem FBI zu. Mit Auflösung des OSS und nach einer Reihe interner Querelen fand The Pond im State Department einen neuen Unterstützer, doch arbeitete der Dienst auch seit 1951 mit der CIA zusammen, wobei wiederum spannungsreiche Rivalitäten auftraten. Schließlich sollte Grombach, der sich auf Seiten McCarthys schlug, in dessen Kampf mit der CIA den Kürzeren ziehen: Als McCarthy, sich auf Grombach stützend, behauptete, er besitze Informationen über eine kommunistische Unterwanderung der CIA, trug dies zu seinem und Grombachs Sturz bei. 1955 wurde The Pond aufgelöst, und Grombach, der in seiner Jugend ein herausragender Boxer und Moderner Fünfkämpfer gewesen war, wandte sich daraufhin der Sozialgeschichte des Leistungssports zu und veröffentlichte eine Reihe lesenswerter Bücher zur Geschichte des Boxens von der Antike bis zur Gegenwart sowie der Olympischen Spiele der Neuzeit.[159]

Zu den ersten Pond-Informanten gehörte noch während des Krieges der französische Arzt Marcel Petiot, der nach Kriegsende als Serienmörder enttarnt wurde. Unter der deutschen Besatzung hatte er verfolgte Juden unter dem Vorwand, sie zu schützen, in sein Haus gelockt und dort mindestens 27 Menschen umgebracht. 1946 wurde er als Kriegsverbrecher guillotiniert.[160] Seitdem Papiere des

158 Vgl. Esther Iverem, Alexander G. Barmine, 88, Dies; Early High-Level Soviet Defector, in: The New York Times vom 28. Dezember 1987.

159 Zuweilen wird Grombach (Jg. 1901) auch als Olympiateilnehmer im Boxen oder im Modernen Fünfkampf genannt, doch taucht er in den Startlisten 1920–1936 (www.sports-reference.com/olympics/athletes) nicht auf.

160 Vgl. Stout, The Pond, S. 74. Grombach schrieb später die Biographie Petiots, wobei er auch über dessen Geheimdienstkontakte berichtete. Vgl. John V. Grombach, The Great Liquidator. The Life of Dr. Marcel Petiot, Garden City, NY 1980, S. 101–130. Vgl. auch Thomas Maeder, Die unglaublichen Verbrechen des Dr. Petiot, Berlin 2006. Das letztge-

Pond-Geheimdienstes 2010 der Forschung zugänglich sind, ist klar, dass auch Ruth Fischer unter dem Decknamen „Alice Miller“ zu den Agenten von The Pond gehörte.

Als Kennerin der „inneren Geschichte“ des internationalen Kommunismus bot sie sich geradezu für eine Mitarbeit an. Wann Ruth Fischer in Kontakt mit Grombach kam, kann nicht genau gesagt werden; es dürfte 1948 gewesen sein. Offiziell wurde Ruth Fischer beauftragt, Lageberichte über die kommunistische Bewegung und kommunistische Regime an das State Department zu schicken, mit dessen stellvertretendem Direktor der Europa-Abteilung, Llewellyn E. Thompson, sie Anfang 1948 in Kontakt getreten war. Inoffiziell gingen diese Berichte in Kopie an Grombach.[161]

Auch mit dem International Research Department (IRD) des britischen Geheimdienstes arbeitete Ruth Fischer zusammen. Das IRD, das mit der Koordinierung der Propaganda im Kalten Krieg beauftragt war, stellte den Kontakt zwischen ihr und der BBC her und zahlte die Kosten ihrer England-Reise 1948. Die Rundfunkanstalt interviewte Ruth Fischer und warb für ihr Buch.[162] Später gab das IRD bei ihr zwei Studien in Auftrag, eine zu den Grenzen der sowjetischen Kontrolle über die ausländischen kommunistischen Parteien und eine zu den deutschlandpolitischen Zielen der Sowjetunion.[163] 1951 erhielt sie erneut Gele-

nannte Buch erschien in den USA gleichfalls 1980 und konnte deshalb auf die von Grombach genannten Fakten nicht zurückgreifen.

161 Mitteilung von Mark Stout an den Verfasser, Washington, D.C., 25. März 2011. Diese sechzig Berichte aus den Jahren 1952 bis 1954 befinden sich in The National Archives, College Park, Maryland, Record Group 263: Records of the CIA, Records of the Grombach Organization, Correspondence with Sources, Series 2, Box Nr. 03, Folder Nr. 17. Die Auflistung des Bestandes erhielt ich vom Archivar Eric von Slander übermittelt. Sie sind auch in den Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2073 (Ruth Fischer to U.S. Department of State) gesammelt, wonach hier zitiert wird. Die Mappe enthält auch Ruth Fischers Briefe an Thompson.

162 Vgl. John Jenks, British Propaganda and News Media in the Cold War, Edinburgh 2006, S. 83f. (unter Bezugnahme auf Dokumente in den British National Archives, Kew, London, Public Record Office, 1110/55, PRO PR 1292/265/913 und PRO FO 1110/264, PR 788/80/913). Den Hinweis auf dieses Buch erhielt ich von Dr. Norman LaPorte. Kommunismus-Experte des IRD war damals Robert Conquest.

163 Vgl. ebd., S. 84 (unter Bezug auf PRO FO 1110/264, PR 1634/80/G). Diese Kontakte liefen über Heinrich Hellmann. Es handelt sich wahrscheinlich um die Studien: The Communist Conspiracy Against Moscow, June 1950, 58 S., in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2548, und Godesberg: An Alternative Russian Policy in Germany, undatiert [ca. 1950], 12 S. ebd., Mappe Nr. 2540. – Auch George Orwell arbeitete für das IRD, für das er 1949 eine Liste von Prominenten zusammenstellte, die er als „kryptokommu-

genheit, der Hörerschaft der BBC ihre Auffassung zu Lenin und Stalin vorzutragen.[164]

Mit drei Geheimdiensten, dem FBI, der Grombach-Organisation und dem IRD war Ruth Fischer somit in mehr oder weniger fester Verbindung. Ihre Reputation stand (trotz der Vorbehalte gegen sie als ehemaliger Kommunistin) außer Frage, und dies sollte sich in einem Fall als sehr nützlich erweisen: Ende 1950 erhielt ihr Freund und Übersetzer Heinz Langerhans den Bescheid, dass er die USA unverzüglich zu verlassen habe. Langerhans, bis 1926 KPD-Mitglied, war 1941 in die USA gekommen, nachdem der Sozialdemokrat Fritz Heine und Felix Weil vom Institute of Social Research sich für ihn eingesetzt hatten. Ruth Fischer wandte sich sofort an das US-Außenministerium und suchte ihre ganze Autorität einzusetzen, als sie versicherte, Langerhans sei zwar in seiner Jugend KPD-Mitglied gewesen, habe sich aber vom Kommunismus abgewandt und vertrete seit vielen Jahren demokratische Anschauungen. Seine Lehrtätigkeit in Gettysburg lege davon Zeugnis ab, und sie, Ruth Fischer, könne dies aus der Erfahrung jahrelanger und intensiver Zusammenarbeit bezeugen. Es gebe somit keinen Grund, Heinz Langerhans zu deportieren.[165] Ruth Fischers Intervention dürfte dazu beigetragen haben, dass Langerhans im Lande bleiben konnte. Dennoch zog er es vor, sobald sich ihm die Möglichkeit einer Lehrtätigkeit in Saarbrücken bot, die USA zu verlassen.

Ruth Fischers Name hatte bei US-Regierungsstellen inzwischen Gewicht, und davon suchten auch andere ehemalige KPD-Mitglieder zu profitieren, besonders Ernst Torgler und Maria Reese. Torgler, einst Mitangeklagter im Reichstags-

nistisch“ ansah. Neben einer Reihe von Stalinisten oder Sympathisanten des Stalinismus enthielt die Liste auch z. B. die Namen von Katherine Hepburn, Charles Chaplin, E. H. Carr oder Isaac Deutscher, der Orwell als seinen Freund ansah. Die Liste enthielt auch Hinweise darauf, dass z. B. Richard Crossman Zionist und G. D. H. Cole Diabetiker war. Isaac Deutscher war noch kein britischer Staatsbürger. Vgl. Timothy Naftali, George Orwell’s List, in: The New York Times vom 29. Juli 1998 und Timothy Garton Ash, Orwell‘s List, in: The New York Review of Books vom 25. September 2003. Vgl. auch den entsprechenden Wikipedia-Eintrag.

164 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2553: Comments on Leninism and Stalinism [1951] sowie weitere Manuskripte für britische und amerikanische Rundfunksendungen, darunter zu Palmiro Togliatti.

165 Vgl. ebd., Mappe Nr. 915, Bl. 21: U.S. Department of State, Ruth Fischer an W. F. Kelly, Assistant Commissioner, Enforced Division, Brief vom 13. Dezember 1950. Bereits vorher hatte Ruth Fischer, als Langerhans sich über Ermittlungen zu ihm besorgt zeigte, versprochen, Robert Kempner einzuschalten. Vgl. ebd., Mappe Nr. 1576, Bl. 29: Ruth Fischer an Heinz Langerhans, Brief vom 4. August 1950.

brandprozess, war 1935 aus der Partei ausgeschlossen worden. Er war im Prozess freigesprochen, doch kurz danach in „Schutzhaft" genommen worden. Die KPD warf ihm vor, er habe den Nazis die Zusammenarbeit angeboten. Die Gerüchte wollten nicht verstummen, dass er im Krieg im besetzten Frankreich an einem deutschen Rundfunksender mitgewirkt habe. 1945 bemühte er sich erfolglos um Wiederaufnahme in die KPD, drei Jahre später trat er der SPD bei, wozu ihm Ruth Fischer gratulierte.[166] Beruflich war er im Rathaus im niedersächsischen Bückeburg angestellt.[167]

Auch Torgler wäre gern in die USA eingewandert, zumal, wie ihm Ruth Fischer schrieb, Sidney Fay in Harvard Interesse an einer Zusammenarbeit bekundet hatte. Er sollte an Ruth Fischers neuem Buchprojekt mitarbeiten.[168] Maria Reese werde ihm aber „Kopfschmerzen bereiten."[169] Die KPD-Reichstagsabgeordnete war Torglers einstige Geliebte gewesen. 1933 hatte sie sich, wie wir gesehen haben, kurzzeitig den Trotzkisten angeschlossen, war aber aus dem noch autonomen Saarland nach Deutschland zurückgekehrt und hatte dort einen radikalen politischen Stellungswechsel vollzogen: Sie erklärte ihre Sympathie für den Nazismus und wurde Mitarbeiterin der Antikomintern-Abteilung im Goebbels-Ministerium. 1938 erschien dort ihre Hetzschrift *Abrechnung mit Moskau*. Nach dem gescheiterten Stauffenberg-Attentat auf Hitler wurde sie kurzzeitig verhaftet, bald aber wieder freigelassen.[170] 1944 konvertierte sie zum Katholizismus und arbeitete nach dem Krieg als Lehrerin im moselländischen Lüxem. Sie sei „Sozialistin, aber keine Marxistin mehr", schrieb sie an Ruth Fischer.[171] In langen Briefen, auf die Ruth Fischer nur kurz antwortete, stellte sich Maria Reese als Gegnerin Hitlers dar und beklagte ihr Schicksal: „Das Schrecklichste ist ja, dass mein Kind sterben

---

166 Vgl. ebd., Mappe Nr. 2054, Bl. 10: Ruth Fischer an Ernst Torgler, Brief vom 15. Dezember 1948. Vgl. zu ihm Norbert Podewin/Lutz Heuer, Ernst Torgler. Ein Leben im Schatten des Reichstagsbrandes, Berlin 2006, mit allerdings nur kurzer Erwähnung Ruth Fischers und ohne Nennung der Absicht Torglers, in die USA einzuwandern.

167 Vgl. Hermann Weber/Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 795f. Vgl. weiterhin Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2531: Memorandum on Ernst Torgler, 23 January 1948, mit weiteren Materialien.

168 Vgl. ebd. Nr. 2054, Bl. 5: Ruth Fischer an Ernst Torgler, Brief vom 15. Mai 1948. Vgl. auch ihren Brief an Torgler vom 8. Februar 1949 (Bl. 11).

169 Ebd., Bl. 10: Ruth Fischer an Ernst Torgler, Brief vom 15. Dezember 1948.

170 Vgl. Werner Abel, Der Fall Maria Reese, in: Simone Barck/Ulla Plener (Hg.), Verrat. Die Arbeiterbewegung zwischen Trauma und Trauer, Berlin 2009, S. 204–237.

171 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 727, Bl. 16: Maria Reese an Ruth Fischer, Brief vom 4. November 1950.

musste und ich lebe."[172] Ihr Sohn war als antifaschistischer Soldat aus der Wehrmacht desertiert, jedoch aufgegriffen und vor ein Kriegsgericht gestellt worden. Seine Mutter hatte zwar erreicht, dass Goebbels intervenierte, doch zu spät: Am 10. Juni 1944 wurde Harro Reese hingerichtet.[173]

Maria Reese hoffte, Ruth Fischer werde ein gutes Wort für sie bei amerikanischen Stellen einlegen. Sie übermittelte ihr ein Schreiben des früheren „Leiters der Ostabteilung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda und der Antikomintern", das Maria Reese ein Leumundszeugnis auszustellen suchte. Sie habe „neutrale Arbeiten und solche gegen den Bolschewismus" geschrieben, von denen jedoch nur die *Abrechnung mit Moskau* erscheinen durfte, hieß es darin. Maria Reese habe ihren Beruf als Lehrerin nicht ausüben dürfen. Nach ihrer Verhaftung habe er, so der Verfasser des Schreibens, es erreichen können, das „Frau Reese aus dem Gefängnis Trier wieder entlassen wurde und zu ihrer Mutter zurückkehren durfte und nicht, wie beabsichtigt, ins KZ eingeliefert wurde." Das Schreiben war auf einem Briefkopf des Volksbundes für Frieden und Freiheit e.V. ausgefertigt worden und trug die Unterschrift des Bundesleiters mit dem Allerweltsnamen Taubert.[174]

Der Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF) war Ruth Fischer nicht unbekannt. Die Organisation gab vor, den Kampf gegen Moskau von der Position des Antistalinismus aus zu führen, wie ihr Leiter ein um das andere Mal Ruth Fischer versicherte. Sie zeigte sich an den Publikationen des Bundes interessiert und bekam diese zugeschickt.[175] „Sie ersehen", schrieb Taubert, „dass wir den Kampf auch gegen den Neo-Faschismus führen", wie die Broschüre *Wo steckt der alte Marschierer?* deutlich mache. Rasch sollte sich zeigen, dass die scheinbare Antinazi-Schrift der Tarnung für Tauberts wirkliche Aktivitäten diente. Er zeigte sich erbötig, Ruth Fischer weitere Schriften zuzusenden, die demonstrierten, dass der Volksbund seinen Kampf in verschiedenen Ländern führe.[176] Mit anderen gleichgesinnten Organisationen habe sich der VFF, so Taubert am 11. September 1951, zur europäischen Organisation Paix et liberté zusammengeschlossen.[177] Der VFF

172 Ebd., Bl. 2: Maria Reese an Ruth Fischer, Brief vom 26. August 1950.

173 Vgl. ebd., Bl. 1: Maria Reese an Ruth Fischer, Brief vom 19. Juli 1950; Abel, Maria Reese, S. 235.

174 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1857: Bescheinigung für Maria Reese vom 10. August 1951, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 589f.

175 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2031, Bl. 1: Ruth Fischer an Eberhard Taubert, Brief vom 22. Juni 1951.

176 Ebd., Mappe Nr. 879, Bl. 1: Eberhard Taubert an Ruth Fischer, Brief vom 10. Juli 1951.

177 Ebd., Bl. 2: Eberhard Taubert an Ruth Fischer, Brief vom 11. September 1951.

führe einen „Zweifrontenkrieg“, schrieb Taubert im April 1952, „nämlich gegen die Stalinisten einerseits und gegen gewisse Wirtschaftskreise andererseits, die ohne jegliche Überlegung der Moral oder des Selbstachtungstriebes“ mit dem Osten „Geschäfte unter allen Umständen machen wollen.“ Ruth Fischers Buch habe, fuhr Taubert fort, „den deutschen Anti-Stalinisten eine sehr wertvolle Waffe gegeben.“ Taubert behauptete weiter, über den tatsächlichen Hergang des Reichstagsbrandes gut informiert zu sein und damit Ruth Fischer in ihrer Arbeit helfen zu können. Er zeigte sich verwundert, dass sie solange nichts von sich habe hören lassen.[178]

Dass Ruth Fischer nicht mehr antwortete, hatte gute Gründe. Am 3. Oktober 1951 war im *Spiegel* ein Beitrag zum deutsch-deutschen Propagandakrieg erschienen.[179] Dem „SED-Goebbels“ Gerhart Eisler stehe, wie das Blatt äußerst rüde mitteilte, ein Jahresetat von 12,5 Millionen Ostmark zur Propaganda gegen die Bundesrepublik zur Verfügung, „während die Bundeszentrale für Heimatdienst höchstens 850.000 DM verpropagieren darf.“ Wo jedoch die Goebbels-Gestalten der Gegenwart wirklich saßen, teilte *Der Spiegel* gleichfalls mit: Das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen hatte einen großen Teil seiner „Anti-Ost-Aufklärungsarbeit“ an den Volksbund für Frieden und Freiheit delegiert. „Volksbundvorsitzender ist Goebbels‘ ehemaliger Antikomintern-Spezialist Dr. Eberhard Taubert, seit 1940 professioneller Antikommunist.“ Dem Artikel war eine Illustration beigegeben, die Propagandaschriften des VFF abbildete. Diese Schriften glichen in ihrer Machart den Kampfschriften des Goebbels-Ministeriums. So zeigte eine von ihnen den Sowjetstern und darunter den Titel: „Rattenbekämpfung ist nationale Pflicht.“

Da in diesem *Spiegel*-Artikel von Gerhart Eisler die Rede war, musste Ruth Fischer, ohnehin eine Leserin des Blattes, ihn zur Kenntnis genommen haben. Wohl schlagartig begriff sie, wer Eberhard Taubert war: Es war derselbe Taubert, der 1933 ihren minderjährigen Sohn misshandelt, ihr selbst und Arkadij Maslow nach dem Leben getrachtet hatte.

Ruth Fischer brach sofort alle Beziehungen zu Reese und Taubert ab. Keinem Menschen, auch nicht ihrem Sohn, schrieb sie jemals, dass sie in die gefährliche Nähe eines fanatischen Altnazis geraten war, der in ihr Leben und in das ihrer Familie derart eingegriffen hatte. Wie sehr Vorsicht angeraten war, macht die zweifelhafte oder schon nicht mehr zweifelhafte Karriere Tauberts deutlich, die

178 Ebd., Bl. 3: Eberhard Taubert an Ruth Fischer, Brief vom 18. April 1952.

179 Bitte das Ohr auf, in: Der Spiegel vom 3. Oktober 1951, S. 8–10. Hiernach die folgenden Zitate.

dieser 1933 einschlagen konnte. Im Propagandaministerium des Josef Goebbels war Taubert, hinter vorgehaltener Hand als „Dr. Antikomintern" bezeichnet, zu einer festen Größe geworden.[180]

Denn die Leitung des Gesamtverbandes Deutscher Antikommunistischer Vereinigungen e. V., dies war der volle Name für die Antikomintern-Abteilung im Goebbels-Ministerium, genügte ihm nicht. Er verdiente sich weiteren „Ruhm" als Direktor des Nibelungen-Verlages, der auch Maria Reeses Schrift betreute, und als Drehbuchautor des Hetzfilms *Der ewige Jude*. Ruth Fischer wusste noch nicht, dass der promovierte Jurist auch Beisitzer an Roland Freislers „Volksgerichtshof" und dort für mehrere Justizmorde mitverantwortlich gewesen war – darunter an Ruth Fischers Freund Helmuth Klotz, der mit ihr und Maslow das Pariser Exil geteilt und der sich aus dem besetzten Frankreich nicht rechtzeitig hatte retten können. Am 3. Februar 1943 war Klotz in Plötzensee hingerichtet worden. Das Todesurteil trug die Unterschriften von Freisler und Taubert.[181]

Eine Figur wie Taubert war im Kalten Krieg durchaus von Nutzen. Zunächst mit britischen Geheimdienstleuten in Kontakt, wurde er schon 1947 vom US-Militärgeheimdienst CIC angeworben.[182] Seine Kenntnisse wurden von amerikanischen Diensten gesucht, und so wie er standen bald mehrere Dutzend alte Nazi-Geheimdienstler auf den Gehaltslisten von CIA und FBI.[183] 1948 übermittelte Taubert der Organisation Gehlen, dem aus Nazideutschland übernommenem Geheimdienst, der zum Bundesnachrichtendienst wurde, eine vier Jahre alte Denkschrift zur Bekämpfung des „Bolschewismus", deren Inhalt und Stil er nicht zu ändern brauchte.[184] Von ihm angeworbene Schlägertrupps junger Neonazis

180 Vgl. zu Taubert Walter Laqueur, Russia and Germany. A Century of Conflict, Boston 1965, S. 188–207, und Mathias Friedel, Der Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF). Eine Teiluntersuchung über westdeutsche antikommunistische Propaganda im Kalten Krieg und deren Wurzeln im Nationalsozialismus, St. Augustin 2001, *passim*.

181 Vgl. Herbert Linder, Von der NSDAP zur SPD. Der politische Lebensweg des Dr. Helmuth Klotz, Konstanz 1998, S. 325.

182 CIC: Counter Intelligence Corps. Belege bei Patrick Major, The Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West Germany, 1945–1956, Oxford 1997, S. 269.

183 Vgl. Elizabeth Olsen, Documents Show U.S. Relationship With Nazis During Cold war, in: The New York Times vom 14. Main 2004.

184 Zum Antibolschewismus der Organisation Gehlen und dessen Verwandlung in einen demokratisch maskierten Antikommunismus vgl. die (bisweilen zu unkritische) Darstellung von Mary Ellen Reese, Organisation Gehlen. Der Kalte Krieg und der Aufbau des deutschen Geheimdienstes, Berlin 1992. Zwischen ihr und Maria Reese besteht kein Ver-

überfielen Büros und Versammlungen linker Gruppen. Die VFF war eine der Organisationen, die, so der DDR-kritische Schriftsteller Erich Loest, das Land „zu unterminieren gedachten, Geheimdienste und Halbgeheimdienste, mit kleinem Handgeld warben sie und großen Versprechungen. Sie bauten auf Leichtsinn und Abenteuerlust, schürten Kommunistenhass und hatten nichts dagegen, wenn er aus alten Naziquellen floss."[185]

Natürlich hatte Taubert vor allem zur politischen Rechten Verbindung, doch suchte er auch Kontakte zur SPD. Als ob sie die KPD-Propagandaformel vom „Sozialfaschismus" im Nachhinein mit Leben erfüllen wollten, zeigten sich Sozialdemokraten erbötig, mit ihm zu kooperieren: Theo Lill arbeitete als Landesbeauftragter des VFF für Schleswig-Holstein, Stephan Thomas, der Leiter des Ostbüros der SPD, war sich nicht zu schade, auf Tauberts „Erfahrungen" in der Bekämpfung des Kommunismus zurückzugreifen: Er empfing ihn wöchentlich zur Berichterstattung. Herbert Wehner lehnte hingegen jeden Kontakt ab.[186] 1955 wurde Tauberts Tätigkeit für Freislers Gerichtshof bekannt. Er musste von der Leitung des VFF zurücktreten. Fortan arbeitete er für *Das Deutsche Wort*, ein rechtsradikales Blatt, das sein früherer Mitarbeiter Hugo Wellems herausgab.[187] Tauberts weiterer Lebensweg zeigt beispielhaft die Verquickung alter Nazis mit neuen politischen und Wirtschaftsführern der frühen Bundesrepublik:

Der VVF wurde zunächst anteilig, dann vollständig vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen bezahlt, und Taubert blieb auch nach seinem Rücktritt vom Vorsitz auf der Gehaltsliste des Ministeriums. Offiziell, wenn auch natürlich nicht öffentlich, war er „wissenschaftlicher Berater außerhalb der Bundesleitung" des VFF. Die Gelder an ihn liefen über Rudolf Aschenauer, den Schriftleiter der Zeitung *Der deutsche Dienst*.[188] Aschenauer war eine Schlüsselfigur in der

---

wandtschaftsverhältnis. Vgl. zum Thema auch Jens Wegener, Die Organisation Gehlen und die USA, Berlin 2008 (unter Zugrundelegung neu erschlossenen Archivmaterials).

185 Erich Loest, Durch die Erde ein Riss. Ein Lebenslauf, Leipzig 1990, S. 193.

186 Vgl. Linder, Von der NSDAP zur SPD, S. 325; Klaus Körner, Von der antibolschewistischen zur antisowjetischen Propaganda: Dr. Eberhard Taubert, in: Arnold Sywottek (Hg.), Der Kalte Krieg – Vorspiel zum Frieden? Jahrbuch für historische Friedensforschung, Bd. 2, Münster 1993, S. 62; Ders., „Die Rote Gefahr". Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950–2000, Hamburg 2003, S. 37 (jeweils mit Belegen, u. a. aus den Akten des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz).

187 Vgl. Podewin/Heuer, Ernst Torgler, S. 207.

188 Vgl. hierzu mit Belegen Bernd Stöver, Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische *Liberation Policy* im Kalten Krieg 1947–1991, Köln u. a. 2002, S. 364f. Laut einem *Spiegel*-Bericht erhielt der VFF eine steuerliche Sonderstellung durch eine am 14. Mai 1952 von Bundeskanzler Adenauer und Bundesfinanzminister Schäffer unterzeichnete Verwal-

Organisation *Stille Hilfe*, die verurteilten Nazi- und Kriegsverbrechern Rechtshilfe zukommen ließ und umfangreiche Verbindungen zu faschistischen Organisationen im Ausland unterhielt.[189]

Zudem wurde Taubert Rechtsberater von Fritz Ries, des Eigentümers der Pegulan-Gummiwerke, der sich durch Raub jüdischen Besitzes bereichert hatte. Auch mit Hans-Martin Schleyer, dem stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden von Pegulan und einstigem „Arisierer" in Prag, arbeitete er eng zusammen. Da auch Marianne Strauß bei Ries angestellt war, lernte Taubert möglicherweise durch sie ihren Mann kennen. 1958 wurde er in das „Referat Psychologische Kriegsführung" unter Bundesminister Franz Josef Strauß übernommen.[190] Er arbeitete auch einige Jahre für das Schah-Regime im Iran und schulte dort Geheimdienstoffiziere.[191] Auch Maria Reeses Lebensbahn vollzog sich einer ihr gemäßen Logik: Obwohl ihr Sohn von den Nazis ermordet worden war, blieb sie deren Denken verhaftet. Eine Aufsatzserie von ihr erschien unter dem Titel „KPD ohne Maske. Ein Blick hinter die Kulissen der roten Intriganten" in der *Deutschen Soldatenzeitung*, einem Blatt der Neonazis.[192]

Ruth Fischer muss mit einem Mal gemerkt haben, dass sie zum Werkzeug amerikanischer Rechtsradikaler und deutscher Altnazis zu werden drohte. Als KPD-Chefin hatte sie einst Stalin geholfen, dessen Kritiker in der Partei mundtot zu

---

tungsanordnung der Bundesregierung. Demnach konnten Spenden für den VFF als Sonderausgaben vom steuerpflichtigen Einkommen abgesetzt werden. Vgl. Den Brüdern helfen, in: Der Spiegel vom 29. Juni 1955.

189 Vgl. Oliver Schröm/Andrea Röpke, Stille Hilfe für braune Kameraden. Das geheime Netzwerk der Alt- und Neonazis. Ein Iside-Report, 2. Aufl., Berlin 2002, S. 79 und 81, wo allerdings die Verbindung zwischen Aschenauer und Taubert nicht erwähnt wird.

190 Darüber berichtete *Der Spiegel* am 15. Mai 1989 unter dem Titel: Wir müssen an Mütter und Bräute ran.

191 Diesen von Friedel und Körner bestätigten Fakt machte Bernt Engelmann 1974 öffentlich. Vgl. seinen Tatsachenroman: Großes Bundesverdienstkreuz, München 1974, in der DDR-Ausgabe (Berlin 1978), S. 204, sowie das Kapitel „Wer ist Eberhard Taubert?" in Engelmanns Dokumentation: Das neue Schwarzbuch. Franz Josef Strauß, Köln 1980.

192 Vgl. Abel, Der Fall Maria Reese, S. 236. Laut Angabe des Internet-Portals Mut gegen rechte Gewalt wurde das Blatt anfangs von der US-amerikanischen Verwaltung und dann 1953/54 vom Bundespresse- und Informationsamt finanziell unterstützt. Vgl. www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/lexikon/d/deutsche-nationalzeitung. Eine neuere Veröffentlichung, die Maria Reese als historische Persönlichkeit der Eifel-Region zu würdigen sucht, geht mit nur einem Satz auf ihre Tätigkeit für die Antikomintern und mit keinem Wort auf ihre rechtsradikale Publizistik nach 1945 ein. Vgl. Gregor Brand, Maria Reese aus Michelbach – Politikerin, Publizistin, Lehrerin, in: Eifel-Zeitung vom 20. Oktober 2010.

machen – nur um wenig später selbst den Fußtritt zu bekommen. Danach hatte sie der antikommunistischen Gesetzgebung in den USA die passenden Argumente geliefert – würde am Ende sie selbst die Leidtragende sein? Würde sie zum zweiten Mal weggeworfen werden wie eine ausgequetschte Zitrone? Die Beinahe-Ausweisung von Heinz Langerhans war ein Warnsignal.

Ihr wurde offenkundig, dass sie auf einem gefährlichen Pfad wandelte. Anders ist der neue Ton ihrer Berichte nicht zu erklären, die sie ab 1952 dem amerikanischen Außenministerium und dem Pond-Geheimdienst übermittelte. Sie suchte seitdem nicht nur immer ernsthafter nach möglichen Wandlungen innerhalb der kommunistischen Bewegung, sondern nun auch immer stärker nach dem humanen, doch verschütteten Kern der ursprünglichen kommunistischen Idee. Zugleich, und vor allem, wurde ihre Sicht auf den kapitalistischen Westen deutlich kritischer. Würden ihre geheimdienstlichen Weggenossen diese Änderung ihrer Ansichten akzeptieren? Waren für sie Kommunisten, gleich welcher Art, nicht grundsätzlich Sinnbild des Bösen? Auch Ruth Fischer musste sich fragen, was vom humanen Geist des Kommunismus nach beinahe zwei Jahrzehnten schrankenlosen Terrors gegen die eigene Partei übriggeblieben war. Gab es diesen Geist überhaupt oder war er von Anbeginn, von 1917 an, ein Irrglaube gewesen, gleich den superpatriotischen Gefühlen des Jahres 1914? Sie begab sich politisch wieder auf die Suche, und zum ersten Mal sollte sie dies nicht in der Gewissheit tun, immer Recht zu haben. Eine solche Veränderung ihrer Einstellung geschah dennoch nicht von heute auf morgen, denn noch lebte Stalin und noch schien seine auf rohe Gewalt gebaute Ordnung unerschütterlich.

VIII. Jenseits des Antikommunismus (1952–1956)

Nach Kriegsende habe in Deutschland die große Gefahr einer stalinistischen Volksfrontregierung bestanden, schrieb Ruth Fischer zum Jahreswechsel 1952 ihrem einstigen ultralinken Weggenossen Wilhelm Buch, der inzwischen der SPD angehörte. Gerhart Eisler sollte dabei eine Schlüsselrolle spielen, und deshalb sei sie gezwungen gewesen, gegen ihn politisch vorzugehen. „Ich will nicht sagen, dass mein Auftreten allein diesen Plan kaputtgemacht hat, aber das Motiv meines Handelns war die Sorge um die deutsche Entwicklung und der Versuch, einen solchen Vorstoß von Moskau zu parieren, und keineswegs irgendwelche persönlichen Motive. Es ist eher eine gewisse Tragik für mich, in der ich mich meinen Brüdern gegenüber befinde; wir haben uns immer sehr gut vertragen, haben niemals Familienstreitigkeiten gehabt, haben das gleiche Temperament und die gleichen Lebensgewohnheiten“; es sei ein rein politischer Streit. Doch solle, bat Ruth Fischer ihren Briefpartner, dies niemanden im Westen davon abhalten, mit ihr „in rein kameradschaftlicher Form“ über mögliche Zusammenkünfte der „alten Genossen“ und anderer Linker nachzudenken.[1] Diese Zeilen, kurz nach dem Bruch mit Eberhard Taubert und Maria Reese geschrieben, sind nicht nur als persönliche Rechtfertigung zu sehen. Ruth Fischer begann sich von ihrer manichäischen Denkweise zu lösen, der sie als Kommunistin wie als Antikommunistin angehangen hatte. In einer sich ändernden Welt suchte Ruth Fischer sich zu ändern.

Weltkommunismus im Wandel?

Natürlich hatte Ruth Fischer im Brief an Wilhelm Buch nur einen Teil der Gründe genannt, die sie dazu getrieben hatten, gegen ihre Brüder aufzutreten. Die rüde Entfernung von der Spitze der KPD, die politische Verfolgung durch Stalins Getreue und besonders der Tod Arkadij Maslows – all das konnte sie nicht ad acta legen. Doch hatte sie 1944 ihren Brüdern den Kampf gerade deshalb angesagt, weil sie ihnen eine Mitschuld am Tode Maslows anlastete. Davon war alsbald keine Rede mehr. Sie musste, gleich nachdem es 1953 herauskam, Guenther Reinhardts Erinnerungsbericht *Crime Without Punishment* gelesen haben. Ruth Fischer hat-

1 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 158: Ruth Fischer an Wilhelm Buch, Brief (aus New Delhi) vom 5. Dezember 1951, auch in: Peter Lübbe (Hg.), Ruth Fischer/Arkadij Maslow, Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, München 1990, S. 288.

te, wie wir wissen, ihre Kontakte zu Reinhardt niemals öffentlich gemacht, und obgleich er nun über sie und Maslows Tod schrieb, ist keine Reaktion von ihr darauf überliefert. Doch bestätigte Reinhardt, wovon sie stets überzeugt gewesen war: Es war ein Mord, und er war mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit von Stalinisten geplant und ausgeführt worden.

Aber warum geschah er unmittelbar vor Maslows geplanter Reise in die Vereinigten Staaten?, musste sie sich fragen. Wer wusste über Maslows Lebensumstände derart gut Bescheid, um eine solche Reise so brutal zu verhindern? Erwog Ruth Fischer gar, dass Maslows Pläne einer geheimdienstlichen Arbeit nach Moskau gelangt sein könnten? Darauf gibt es keine Antwort. Doch musste sie sich eingestehen: Ihre Brüder hatten damit nichts zu tun, denn was immer sie ihnen über Maslow erzählt hatte: Viel war es nicht gewesen, und dieses brisante Kapitel gehörte nicht dazu.

Bemerkenswerterweise findet sich Ruth Fischers Name weder unter den „auskunftsbereiten Zeugen" noch den Kommentatoren des dem „Fall Eisler" folgenden Spionageprozesses. Nachdem eine Anklage wegen Spionage für die Sowjetunion gegen Alger Hiss, einen hochrangigen Mitarbeiter des Außenministeriums und einstigen provisorischen UN-Generalsekretärs, wegen Verjährung fallengelassen werden musste, kam er Ende 1949 wegen Meineids erneut vor Gericht. Hede Massing, Ruth Fischers einstige Schwägerin, spielte (neben Whittaker Chambers) eine Schlüsselrolle, als sie im Zeugenstand erklärte, Hiss für die sowjetische Auslandsspionage angeworben zu haben.[2] Im Januar 1950 wurde Hiss, der ein Leben lang trotz der Beweislast seine Unschuld beteuerte, zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, aber nach 44 Monaten entlassen. Seine Zulassung als Anwalt wurde ihm (bis 1975) entzogen. Fortan verdiente er als Vertreter einer Schreibwarenfirma den Lebensunterhalt.

Obgleich Ruth Fischer sich mit ihrer Ex-Schwägerin über politische Dinge austauschte, soweit diese die Familie betrafen, vermied sie geradezu ostentativ den Bezug auf Hede Massings Aussagen gegen Hiss. Sie habe den Prager Prozess genau verfolgt und sei auf die „Berliner Sache" sehr gespannt, teilte Ruth Fischer Hede Massing am 3. Januar 1953 mit. Sie vermute, „dass sowohl Gerhart wie Hanns in

2 Vgl. The Judiciary: Woman with a Past, in: Time vom 19. Dezember 1949, mit einem Bericht über Hede Massings Aussage, und Hede Massing, Die große Täuschung. Geschichte einer Sowjetagentin, Freiburg/Br. u. a. 1967, S. 307–316. Nach der zeitweiligen Öffnung der russischen Archive fanden sich in den „Venona"-Materialien Dokumente, die einen Agenten „Ales" betreffen und dessen Beschreibung auf Hiss passt. Vgl. *passim* Allen Weinstein/Alexander Vassiliev, The Haunted Wood. Soviet Espionage in America: The Stalin Era, New York 1999, Haynes/Klehr, Venona, und Bernd Rainer Barth/Werner Schweizer (Hg.), Der Fall Noel Field. Schlüsselfigur der Schauprozesse in Osteuropa, 2 Bde.

die ganzen Vorgänge verwickelt sind, aber es wird wahrscheinlich noch eine Zeit brauchen, bis sich das herausstellt."[3]

Mit den „Vorgängen" war der Prager Schauprozess gemeint. Im „Prozess gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörerzentrums mit Rudolf Slánský an der Spitze" wurde der in Stalins letzten Lebensjahren deutliche Antisemitismus erstmals auf einen sowjetischen Satellitenstaat übertragen.[4] Slánský, ein Jude, war jahrzehntelang einer der Spitzenfunktionäre der tschechoslowakischen KP und einer der überzeugtesten Stalinisten gewesen, der sich bei der Verfolgung Andersdenkender inner- und außerhalb der Partei hervorgetan hatte. Noch im Juli 1950 war sein 50. Geburtstag mit dem üblichen Personenkult zelebriert worden. Doch einige Wochen später wurde er von der Funktion des KP-Generalsekretärs abgelöst und auf den Posten des Stellvertretenden Ministerpräsidenten herabgestuft. Dies war nicht das Ende; ein Jahr später machte das stalinistische Regime, dem er den Weg bereiten half, die Erde für ihn zur Hölle.

Im November 1951 wurde Rudolf Slánský verhaftet. Ein Jahr später fand der Schauprozess statt, von dessen vierzehn Angeklagten elf Juden waren. Während des Tribunals und in der Prozessberichterstattung wurde immer wieder auf die „kleinbürgerliche" und jüdische Herkunft der Angeklagten hingewiesen. Alte, längst unwichtige Kontakte zu zionistischen Organisationen wurden ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Die Angeklagten beschuldigten sich selbst aller nur denkbaren Verbrechen gegen den sozialistischen Staat und die Parteispitze. Immer wieder wurden angeblich bestehende Verbindungen nach England, Israel, zu „jü-

---

3 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1663, Bl. 1: Ruth Fischer an Hede Massing, Brief vom 3. Januar 1953. Im Jahre 1959 schrieb sie der Journalistin und Schriftstellerin Margret Boveri, Hede Massing sei „ein so unpolitischer Mensch, dass sie gar nicht imstande ist, einen Charakter wie Hiss zu verstehen. Ihre Aussagen waren von grotesker Ungenauigkeit: außerdem ist sie für diese Rolle auch noch gut präpariert worden." Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1135, Bl. 1: Brief vom 4. Februar 1959. – Margret Boveri stützte sich in ihrem Hauptwerk *Der Verrat im 20. Jahrhundert* in der Schilderung der KPD-Fraktionskämpfe auf Ruth Fischers *Stalin und der deutsche Kommunismus*. Vgl. bes. Bd. 3, Hamburg 1957.

4 Zur sowjetischen Nahostpolitik und ihren antisemitischen Implikationen in den frühen 1950er Jahren vgl. Robert S. Wistrich (Hg.), The Left against Zion. Communism, Israel and the Middle East, London/Totowa, N. J. 1979 (besonders die Beiträge von Peter Brod, Arnold Krammer sowie des Herausgebers), und Leonid Luks (Hg.), Der Spätstalinismus und die „jüdische Frage". Zur antisemitischen Wendung des Kommunismus, Köln u. a. 1996 (besonders die Beiträge von Gennadi Kostyrčenko, Vladimir Naumov und Peter Krupnikov). Die vorangegangenen Prozesse in Ungarn und Bulgarien hatten zwar mit versteckten Hinweisen auf die „unpatriotische Wühltätigkeit" (teilweise jüdischer) früherer „Westemigranten" unterschwellige Ressentiments angesprochen, doch keine offene antisemitische Stimmung geschürt.

dischen Kapitalisten“ und vor allem in die USA „aufgedeckt“. Das Bild einer „jüdischen Weltverschwörung“, von Hitler noch sieben Jahre vorher gezeichnet, lebte im Prager Gerichtssaal wieder auf. Zudem dienten Juden indirekt als „Sündenböcke“ für alle Enttäuschungen über die kommunistische Herrschaft, die unter der Bevölkerung spürbar waren, obgleich im tschechischen Landesteil der Antisemitismus nie besonders populär gewesen war.[5]

Erstaunlicherweise spielte Ruth Fischer den Antisemitismus des Slánský-Prozesses in ihrem Bericht für das State Department und den Pond-Geheimdienst herunter. „Es ist eine gefährliche Fehlinterpretation, selbst wenn ihr die gesamte Weltpresse frönt, den Slánský-Prozess als eine Wendung der KP-Führer hin zum Antisemitismus zu sehen. Obwohl elf der Angeklagten Juden sind (ebenso wie viele ihrer Schicksalsgenossen in Rumänien, Ungarn, Polen und Ostdeutschland), ist die Prager Affäre nicht dazu gedacht, eine Stimmung von Antisemitismus unter den Parteimitgliedern zu verbreiten. Sie zeugt jedoch von einer eindeutigen Gegnerschaft zum Staate Israel (‚Das tschechische Volk verurteilt sowohl den Zionismus wie den Antisemitismus‘). Bekanntlich forderten und erhielten viele jüdische Kapitalisten, die von den Nazis nicht nur in Deutschland, sondern auch in den von Deutschen okkupierten Ländern, vor allem in der Tschechoslowakei, ausgeraubt worden waren, eine Entschädigung für ihre Verluste. In den meisten Fällen verbrachten sie diese außer Landes, um sie anderswo anzulegen. Beispielsweise erhielt die Familie Rothschild umfangreiche Entschädigungen für die Fabriken, die sie einst in Ostrava-Vitkovice besessen hatten. Andere jüdische Eigentümer von Kohlengruben wurden nach 1945 durch den tschechischen Staat entschädigt usw. Der Nahe Osten wurde natürlicherweise ein geeigneter Platz für diesen Kapitaltransfer, da der neue Staat Israel günstige Anlagebedingungen schuf. Der Staat Israel, der im Prager Prozess zum Stellvertreter für den amerikanischen Erzfeind wurde, war großenteils durch amerikanische Hilfe ins Leben gerufen worden. Die Zusammenarbeit amerikanischer und jüdischer Kreise beim Aufbau dieser Wirtschaftszweige ist wohlbekannt und bietet einen guten Aufhänger für taktische Wendungen und eine Änderung der Strategie. Diese jüdische Ökonomie ist zu einem wichtigen Faktor für die andauernde Spannung zwischen den arabischen Staaten und dem von Amerika gestützten Palästina [!, M.K.] geworden.

Die Schlüsselfrage des Prager Prozesses ist daher nicht der Antisemitismus, sondern die strategische Hinwendung zum arabischen Nationalismus. Die Zerstörung des Staates Israel ist der Preis, den der Kreml den arabischen Nationalisten notfalls

---

5 Vgl. zum Slánský-Prozess Karel Kaplan, Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948–1954, München 1986, Miroslav Šiška, Verschwörer, Staatsfeinde, Spione. Politische Prozesse in der Tschechoslowakei 1948–1954, Berlin 1991, und Georg Hermann Hodos, Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–1954, Berlin 2001.

anbietet, und zwar ohne Zögern, wenn dafür nur wiederum eine Neutralität von Seiten der Araber herausspringt. ‚Rudé Pravo', das Zentralorgan der tschechischen Partei, hat bei dieser Gelegenheit erklärt, der internationale Zionismus sei ein Klassenfeind der Arbeiter, da er zur Hauptstütze des amerikanischen Imperialismus gegen die arabischen Staaten und die Volksdemokratien geworden sei. Davon ausgehend, ist es leicht, alle israelischen Diplomaten zu amerikanischen Spionen und Agenten zu erklären, und zwar nicht nur in Prag, sondern überall." Dies bezog sich auf die willkürliche Verhaftung zweier in Prag weilender Israelis, Mordechai Oren und Shimon Ornstein, die als „Zeugen" zu Aussagen im Prozess gezwungen wurden, welche die Angeklagten belasteten.[6]

Ruth Fischer fuhr fort: „Der Zionismus wurde immer als ein Feind des Kommunismus dargestellt. Immer und immer wieder wurden Zionisten wegen ihres bürgerlichen Nationalismus aus den kommunistischen Parteien ausgeschlossen. [...] Nur für eine kurze Zeit ließ während der letzten Kämpfe gegen die Nazis im Krieg diese Ablehnung des Zionismus etwas nach [...]. Die Gleichsetzung des Kommunismus mit der Verteidigung des jüdischen Volkes ist eines der hauptsächlichen Missverständnisse der Liberalen in Bezug auf die gesamte kommunistische Bewegung. Nach 1945 waren die kommunistischen Parteien gegen die Auswanderung der osteuropäischen Juden nach Israel, gestatteten sie aber in der ersten [Nachkriegs-]Phase einer Liberalisierung. Doch nach dem Prozess wird es kein Jude mehr wagen, einen solchen Antrag zu stellen." Ruth Fischer nannte die Namen und Funktionen der Angeklagten, von denen sie einen, André Simone (Otto Katz), aus der Weimarer Republik recht gut kannte.[7] Sie informierte auch über weitere Opfer der Prozesse, darunter auch über weniger bekannte wie den Diplo-

---

6 Oren gehörte der linkssozialistischen Vereinigten Arbeiterpartei (Mapam) an, deren große Mehrheit angesichts des Willküraktes ihre bis dahin prosowjetische Orientierung aufgab (eine Minderheit verließ die Partei und schloss sich der KP Israels an). Ornstein war ein Mitarbeiter der israelischen Botschaft ohne Diplomatenstatus. Beide kamen, nachdem sie 1951 in getrennten Prozessen wegen „Spionage" verurteilt wurden, erst 1956 frei. Ein dritter Verhafteter, Shimshon Purmand, wurde nach einem Jahr Untersuchungshaft freigelassen, als sich zweifelsfrei herausstellte, dass er damals noch kein israelischer Staatsbürger war. Vgl. Peretz Merchav, Die israelische Linke. Zionismus und Arbeiterbewegung in der Geschichte Israels, Frankfurt 1972, S. 132–139, und Arnold Krammer, Prisoners in Prague. Israelis in the Slánský Trial, in: Wistrich (Hg.), The Left against Zion, S. 71–86.

7 Bereits im Mai 1950 hatte Ruth Fischer gegenüber Paul Thalmann vermutet, ein Mann wie André Simone werde in die „Säuberungen" hineingezogen. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2038: Ruth Fischer an Paul Thalmann, Brief vom 5. Mai 1950. Zu André Simone alias Otto Katz vgl. die gut geschriebene Biographie von Jonathan Miles, The Nine Lives of Otto Katz. The Remarkable Story of a Communist Super-Spy, London 2011.

maten Antonín Hašek.[8] Diese Informationen ergänzte sie in einem nachgelieferten Schreiben, in dem sie unter anderem über Eduard Goldstücker, den früheren Prager Botschafter in Israel, schrieb: „Er hat gewiss prozionistische Sympathien wie so viele jüdische Intellektuelle Osteuropas, die der kommunistischen Partei nach 1933 beitraten."[9]

Diese Aufzeichnungen Ruth Fischers verdienen aus mehreren Gründen so ausführlich zitiert zu werden. Sie mag auf eine Verurteilung der Terrorjustiz in harten Worten verzichtet haben, weil der Bericht für den internen Gebrauch bestimmt war und es einer Rückversicherung ihrer Haltung nicht bedurfte. Dass sie aber die antisemitische Stoßrichtung des Prozesses herunterspielte, die doch eindeutig aus den Prozessberichten sprach, muss verwundern.[10] Sie, die noch kurz zuvor die kommunistische Bewegung unter Stalin *in toto* als Produkt einer Verschwörung bezeichnet hatte, gab sich wenig Mühe, den Ursachen jener Verschwörungstheorie nachzugehen, der Stalin in der letzten Phase seines Lebens anhing. Auch erwähnte sie weder dessen wachsende Obsession, hinter jedem jüdischen Intellektuellen das Gesicht Trotzkis zu sehen, noch seine Furcht vor der Popularität des neuen Staates Israel unter den sowjetischen Juden.

Nicht weniger fällt Ruth Fischers einseitige Sicht auf die Staatsgründung Israels ins Auge. Ungeachtet des amerikanischen Kapitaltransfers war Israel keineswegs durch Hilfe der USA allein ins Leben gerufen worden, mit ausschlaggebend war auch die politische und militärische Unterstützung der Sowjetunion gewesen. Als Stalin jedoch sehen musste, auf welche Sympathien der neue Staat unter sowjetischen Juden stieß, änderte er seine proisraelische Haltung. Zudem gingen seine Hoffnungen, Israel werde sich an die „Volksdemokratien", die sowjetischen Satellitenstaaten, anlehnen, nicht in Erfüllung. Nun sah er in den Juden eine „fünfte Kolonne" des Westens, und entsprechend brutal reagierte er bis zuletzt. Die Verhaftung einer Reihe prominenter Moskauer Ärzte mit der Beschuldigung, sie, die

8 Ebd., Mappe Nr. 2073, Bl. 4: Note on the Slánský Affair (Letter from Zurich, Nov. 25, 1952).

9 Ebd., Bl. 5: More details on the Slánský Trial (Letter from Zurich, Dec. 3, 1952). Dem Schreiben ist ein von Heinrich Hellmann übermittelter neunseitiger anonymer Bericht in deutscher Sprache zum Slánský-Prozess beigefügt.

10 So wurde Slánský im Prozess als „eine große Hoffnung der Juden innerhalb der Kommunistischen Partei" und André Simone, „der eigentlich *Otto Katz* heißt", als „internationaler Spion, Zionist und Trotzkist" bezeichnet. „Die mit israelischen Diplomatenpässen sich deckenden amerikanischen Spione" hätten „eine Spionageverbindung mit *Bedřich Geminder* und *Otto Fisch"l* unterhalten. Dies nach dem offiziellen Prozessbericht: Prozess gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörerzentrums mit Rudolf Slánský an der Spitze, Prag 1953, S. 11, 16, 21. Hervorhebungen im Original.

meistens Juden waren, hätten Stalin umbringen wollen, war nur der grausige Schlussakt der Repressalien. Diese hatten vielen jüdischen Künstlern und Schriftstellern das Leben oder zumindest die Freiheit gekostet.[11]

Ruth Fischer kannte diese Zusammenhänge, ging jedoch in ihrer Analyse des Slánský-Prozesses nur teilweise darauf ein. Hingegen erstaunt ihre Detailkenntnis über Personen wie Antonín Hašek und Eduard Goldstücker; letzterer war allerdings kein Zionist gewesen, wenngleich er in Israel – über seine Arbeit als ČSR-Botschafter hinaus – freundschaftlichen Kontakt zu Linkszionisten unterhalten hatte.[12]

Einen Punkt, der ihr ins Auge springen musste, unterließ Ruth Fischer zu erwähnen: Einer der Angeklagten, Bedřich Geminder, belastete Slánský und sich selbst in seiner Aussage, als er auf die Verbindung beider zum früheren Prager Sowjetbotschafter Alexander Arosow hinwies; „der später als Exponent des Verräters Sinowjew entlarvt wurde."[13] Längst war Arosow, ihr einstiger Helfer in Prag und Paris, als „Konterrevolutionär" ermordet worden. Musste die Erinnerung an ihn, die sich so plötzlich in eine bedrückende Gegenwart hineindrängte, nicht alle Hassgefühle wieder wachrufen? Doch obgleich an Ruth Fischers Verurteilung der blutigen Exzesse in Prag kein Zweifel besteht, konnte von einer Dämonisierung ihrer Stalinschen Feinde keine Rede mehr sein. Vielmehr suchte sie in ihren Berichten zum Slánský-Prozess einer solchen möglichen Dämonisierung entgegenzuwirken. Eine Verharmlosung des Stalinismus bedeutete dies freilich nicht – im Gegenteil:

Ruth Fischer beobachtete genau die Veränderungen, die sich im inneren Kreis der sowjetischen Herrscherklasse vollzogen und verwies auf die Skrupellosigkeit der Machtkämpfe. Sie nahm die offizielle sowjetische Behauptung über die Ermordung des Politbüro-Mitglieds Andrej Shdanow zustimmend zur Kenntnis,

11 Stalins Haltung zu den Juden behandeln ausführlich Edmund Silberner, Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen 1983, S. 118–135, Louis Rapoport, Hammer, Sichel, Davidstern. Judenverfolgung in der Sowjetunion, Berlin 1992, und Arno Lustiger, Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und die sowjetischen Juden, Berlin 1998.

12 Darüber informierte Eduard Goldstücker den Verfasser in den 1990er Jahren ausführlich. – Im Gefängnis teilten Hašek und Goldstücker zeitweilig eine Zelle. Hašek simulierte Gedächtnisverlust, so dass er am Ende für verrückt erklärt wurde, doch Hafterleichterung erhielt. 1956 wurden beide entlassen, aber erst 1963 vollständig rehabilitiert. Vgl. Eduard Goldstücker, Prozesse. Erfahrungen eines Mitteleuropäers, München/Hamburg 1989, S. 247.

13 Prozess gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörerzentrums […], S. 135. Arosow erscheint dort fälschlicher Weise als „Arosejew".

glaubte jedoch nicht, die beschuldigten Ärzte hätten dies getan, sondern lastete Shdanows Tod allein Stalin an.[14]

Am 5. März 1953 schien für gläubige Stalinisten, aber keineswegs nur für sie, die Welt stillzustehen. An diesem Tag vermeldeten die sowjetischen Medien, das Herz Stalins, des größten Menschen der Epoche, habe aufgehört zu schlagen.[15] „Ich sehe dies als ein erstrangiges Ereignis in einem historischen Sinne, das Veränderungen in der kommunistischen Welt nach sich ziehen wird", schrieb Ruth Fischer an Heinrich Hellmann. Doch seien „Vorhersagen, nach denen wir schon morgen grundlegend neue Entwicklungen in Moskau sehen werden, denkbar unrealistisch." Im Verhältnis der Sowjetunion zu Tito könne sich aber recht schnell Einiges wandeln.[16]

Auch Ostdeutschland werde davon nicht unberührt bleiben. Die laufende Welle der Ausschaltung möglicher Rivalen Ulbrichts in der SED – und Max Reimanns in der westdeutschen KPD – sah Ruth Fischer jedoch nicht als Teil des Stalinschen Antisemitismus, da kaum Juden davon betroffen seien.[17] Vielmehr seien bereits ab 1950 Kurt Müller, Willi Kreikemeyer und andere als „Parteifeinde" verhaftet, und ihnen seien dabei auch Kontakte zu „ausländischen Trotzkisten wie Ruth Fischer" unterstellt worden. Hier seien auch der „Fall" Paul Merker und dessen Verhaftung einzuordnen.[18]

---

14 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2073, Bl. 16: Ruth Fischer an das State Department, undatierter Brief (wie von allen anderen Briefen dieser Art ging eine Kopie an die Pond-Organisation).

15 Elke Scherstjanoi hat Recht, wenn sie anmerkt, Stalins Tod sei in weiten Bevölkerungskreisen der DDR ohne größere Anteilnahme aufgenommen worden. Das bedeutet aber nicht, dass nicht fast jedem die Zäsur, die dieser Tod schuf, bewusst wurde. Vgl. Dies., Die Folgen von Stalins Tod für die DDR, in: Jürgen Zarusky (Hg.), Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung, München 2006, S. 207–215. Eine beredte Schilderung der Atmosphäre nach Bekanntwerden der Todesnachricht findet sich bei Erich Loest, Durch die Erde ein Riss. Ein Lebenslauf, Leipzig 1990, S. 189–191.

16 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1429, Bl. 179: Ruth Fischer an Heinrich Hellmann, Brief vom 24. März 1953.

17 Vgl. zur „Hilfe" des SED-Apparates bei Reimanns Bemühungen, die KPD völlig an der Politik Stalins auszurichten, Herbert Mayer, Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten Verbrechern …? Zu den Parteisäuberungen in der KPD und der Mitwirkung der SED, Berlin 1995, und Patrick Major, The Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West Germany, 1945–1956, Oxford 1997, S. 194–224.

18 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1429, Bl. 171: Ruth Fischer an Heinrich Hellmann, Brief vom 7. Januar 1953. – Doch spielte auch in der DDR ein gegenüber dem Prager Prozess abgeschwächter Antisemitismus eine Rolle. Dieser tarnte sich, wie Wilfriede Otto bemerkt, als doppelter Kampf gegen „nationalistische Abweichungen" und gegen den „Imperialismus". Im Zionismus wuchsen beide „Übel" zusammen. Vgl. Wilfriede Otto, Zur

Doch unterschätzte Ruth Fischer einmal mehr die antisemitischen Unter- und Obertöne, die sich gerade in der Verfolgung und Verurteilung Merkers zeigten.[19] Paul Merker war in der Tat, ungleich den Hauptangeklagten in Prag, Nichtjude, so dass gegebenenfalls der Vorwurf des Antisemitismus propagandistisch leichter zurückzuweisen war. Er hatte sich im mexikanischen Exil aber sehr für eine künftige Entschädigung der jüdischen Verfolgten, soweit dies irgend möglich war, eingesetzt, auch, wenn diese Opfer nicht in Deutschland leben würden. Ebenso entschieden hatte er sich für die Existenz eines jüdischen Staates ausgesprochen und damit zunächst keineswegs im Widerspruch zur Haltung der Stalin-Führung und ihrer ostdeutschen Genossen gestanden.[20]

Nach der antiisraelischen Wendung der sowjetischen Politik wurde dies jedoch zum Bestandteil von Merkers „Sündenregister." Am 2. Dezember 1952 wurde er verhaftet. Die Begründung wurde in einer ZK-Entschließung nachgeliefert, in der die „Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slánský" zu ziehen waren. Das Dokument ordnete sich in die Bemühungen der osteuropäischen kommunistischen Parteien ein, durch die „Entlarvung von Parteifeinden" Beweise für die Unterwürfigkeit unter Stalins Repressionsapparat zu liefern. Merker habe im Exil zionistische Auffassungen vertreten und die Entschädigung der von den Nazis geraubten jüdischen Vermögen nur gefordert, um dem US-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen. Dies wurde von der SED-Führung mit dem nazistischen Terminus der „Verschiebung deutschen Volksvermögens" – so zweimal im Entschließungstext – gebrandmarkt.[21]

---

stalinistischen Politik der SED Anfang der fünfziger Jahre, in: Wolfgang Maderthaner u. a. (Hg.), „Ich habe den Tod verdient". Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945–1956, Wien 1991, S. 133. Vgl. zum Gesamtkomplex u. a. Wolfgang Kießling, Partner im „Narrenparadies". Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994, und Mario Keßler, Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995.

19 Der *Spiegel* zitierte Ruth Fischer, die auf Merkers politische Fähigkeiten wie auf seine persönliche Integrität verwiesen habe. Deshalb werde er „von vielen deutschen Kommunisten als der liberale Nachfolger von Ulbricht angesehen, der imstande wäre, ein neues Regime in der Partei einzuführen. […] In der herannahenden Krise des Kommunismus in Europa kann aber der geheime Konflikt zwischen Ulbricht und Merker von Bedeutung werden." Neun befühlen ihren Hals, in: Der Spiegel, Nr. 36/1950, mit Bezug auf die Zürcher *Weltwoche* vom 31. Dezember 1949. Dort findet sich jedoch das Fischer-Zitat nicht.

20 Zur Haltung ostdeutscher Politiker gegenüber dem entstehenden Staat Israel bis zu Stalins Kurswechsel vgl. Angelika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997, S. 81–97.

21 Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slánský. Beschluss des ZK der SED vom 20. Dezember 1952, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutsch-

Der Tod Stalins verhinderte auch in der DDR weitere mögliche Repressalien, nicht aber die Verurteilung Paul Merkers in einem Geheimprozess, in dem die „antizionistischen" Beschuldigungen noch 1955 voll aufrechterhalten wurden.[22]

All dies musste Ruth Fischers Brüder mit großer Sorge erfüllen. Hanns Eisler geriet Ende 1952 und Anfang 1953 unter Druck der DDR-Kulturbürokratie, die das Libretto seiner geplanten Oper *Johann Faustus* als dem sozialistischen Realismus, der offiziellen Kunstdoktrin, nicht gemäß verwarf.[23] Er hätte als österreichischer Staatsbürger notfalls nach Wien ausweichen können, blieb jedoch in Ostberlin, wo der Komponist der DDR-Hymne trotz mancher Unbequemlichkeiten als Professor an der Hochschule für Musik und als Mitglied der Akademie der Künste zum kulturellen Establishment zählte. In Wien hingegen wurde der Komponist von Weltbedeutung, kritische Marxist und kongeniale Partner Brechts beinahe totgeschwiegen. Ihre gemeinsame Absicht, ein „episches Theater gegen den von Moskau verordneten pathetischen Naturalismus durchzusetzen", stieß auf Argwohn im Osten und Unverständnis im Westen.[24]

Gerhart Eisler erschien als ein Kandidat *par excellence* für einen möglichen deutschen Slánský-Prozess. Nach seiner Rückkehr war er Leiter des Amtes für Information beim Ministerpräsidenten der jungen DDR geworden und damit direkt der Regierung unterstellt, der er aber, vielleicht zu seiner heimlichen Enttäuschung, nicht angehörte. Er wurde jedoch Mitglied des SED-Parteivorstandes.

lands, Bd. 4, Berlin [DDR] 1954, S. 199–219. Auszüge in: Keßler, Die SED und die Juden, S. 153–155.

22 Das entsprechende Urteil des Obersten Gerichts der DDR in der Strafsache Merker vom 30. März 1955 ist abgedruckt bei Jeffrey Herf, Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Akten, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 42 (1994), Nr. 4, S. 643–650.

23 Vgl. Hans Bunge, Die Debatte um Hanns Eislers „Johann Faustus". Eine Dokumentation, Berlin 1991, und Friederike Wißmann, Hanns Eisler. Komponist, Weltbürger, Revolutionär, München 2012, Kap. 12 („Johann Faustus"), S. 186–209, mit guter Darstellung des Lebens- und Schaffenskontextes Eislers. Noch 1968 wurde eine geplante Aufführung der Oper in Rostock verboten. Die deutsche Erstaufführung erfolgte 1975 in Tübingen, 1982 führte schließlich das Berliner Ensemble unter Leitung von Manfred Wekwerth die Oper in der DDR auf. Im gleichen Jahr wurde die Debatte um den *Doktor Faustus* vom Mai 1953 in der Deutschen Akademie der Künste rekonstruiert und am Berliner Ensemble aufgeführt. Vgl. hierzu Ernst Schumacher, Zwei Verhöre für den Karl Marx der Musik, in: Berliner Zeitung vom 18. Juni 1998.

24 So hieß es in einer Sendung des Deutschlandfunks vom 5. Juli 2008: „Komm ins offene Feuer, Freund." Eine lange Nacht zum 110. Geburtstag von Hanns Eisler. Eine Zusammenfassung findet sich im Internet unter www.dradio.de/dlf/sendungen/langenacht/806313/.

Zudem übernahm er an der Leipziger Universität eine Professur mit Lehrauftrag für politische und soziale Fragen.[25]

Doch war er einstiger „Versöhnler“ und „Westemigrant“, und er blieb Ruth Fischers Bruder. Ein um das andere Mal wurde er durch die Zentrale Parteikontrollkommission, die gefürchtete ZPKK, befragt. Hinzu kam, dass Wladimir Semjonow, als sowjetischer Hochkommissar der eigentliche starke Mann in der DDR, Gerhart Eisler misstraute. Er bedrängte Politbüromitglied Rudolf Herrnstadt, ihm belastendes Material zu übergeben, das in einem eventuellen Prozess gegen Eisler verwendet werden könne. Zu Semjonows Unzufriedenheit gab ihm Herrnstadt jedoch kein entsprechendes Material.[26] Noch im Juli 1950 war Wilhelm Pieck mit der Absicht gescheitert, Eisler ins SED-Politbüro wählen zu lassen. Mehr noch: Dieser verlor auch seinen Sitz im Parteivorstand, dem nunmehrigen ZK, sowie im Oktober seinen Volkskammer-Sitz.[27]

Im Februar 1951 hatte Gerhart Eisler in einem langen Artikel unter dem Titel „Ernst Thälmanns Kampf gegen die Versöhnler“ im *Neuen Deutschland* eine entwürdigende „Selbstkritik“ geübt. Die ihm angelasteten „Verfehlungen“ lagen ein Vierteljahrhundert zurück. Die SED-Führung wollte nach der weitgehenden Ausschaltung ehemaliger Sozialdemokraten aus der „Partei neuen Typus“ nun auch Kommunisten disziplinieren, die in der Vergangenheit dem Thälmann-ZK in irgendeiner Weise kritisch begegnet waren. Zu ihnen gehörte der einstige „Versöhnler“ Gerhart Eisler. Es blieb ihm nicht erspart zu schreiben: „Die Versöhnler wurden aus der Parteiführung entfernt, die rechte Fraktion politisch zerschlagen und aus der Partei entfernt, als sie sich weigerten, politisch abzurüsten, ihre Fraktion aufzulösen und sich bedingungslos der Disziplin und den Entscheidungen der Partei zu fügen.“ Erst im Jahre 1929 habe er begonnen zu verstehen, „dass ein Versöhnler kein ehrlicher Kommunist, kein Marxist-Leninist, kein ehrlicher Freund der Sowjetunion, kein ehrlicher Schüler der KPdSU und des Genossen Stalin sein kann“ – Eisler musste also sein gesamtes politisches Wirken vor 1929

25 Diese Ernennung war vom sächsischen Ministerpräsidenten Max Seydewitz bereits vollzogen worden, als sich Gerhart Eisler noch in den USA befand. Vgl. Max Seydewitz, Es hat sich gelohnt zu leben. Lebenserinnerungen, Bd. 2: Mein sozialistisches Vaterland, Berlin [DDR] 1978, S. 172, und Ronald Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie, Berlin 2007, S. 192f.

26 Vgl. Rudolf Herrnstadt an W. S. Semjonow, Auszug aus einem Schreiben vom 28. November 1962, abgedruckt in: Nadja Stulz-Herrnstadt (Hg.), Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, Reinbek 1990, S. 273. Herrnstadt war Politbüromitglied und Chefredakteur des *Neuen Deutschland*, bis er 1953 als Kritiker Ulbrichts alle Funktionen verlor.

27 Vgl. Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 219f.

abwerten. So wie er wurde eine Vielzahl einst kritischer Kommunisten gebrochen.[28]

Die westliche Presse nannte Eisler unter jenen, die in die konstruierte „Affäre Noel Field" hineingezogen und der Spionagetätigkeit bezichtigt werden könnten. Noel Field, amerikanischer ranghoher Diplomat und sowjetischer Geheimdienstagent, wurde nach seiner Verhaftung 1949 zur Schlüsselfigur der Schauprozesse von Budapest und Prag. Auch nachdem er verurteilt und inhaftiert war, konnte die Behauptung, mit ihm kooperiert zu haben, sich als verhängnisvoll für das auserkorene Opferlamm erweisen. Doch genau hier war Gerhart Eisler nach dem Prinzip *Guilt by association* verwundbar, hatte doch seine Ex-Frau Hede Massing eng mit Field zusammengearbeitet und dies inzwischen öffentlich gemacht.[29] So schrieb das *Time Magazine*, nachdem sich unter den Beschuldigten auch Bruno Goldhammer, Eislers Stellvertreter im Amt für Information, befinde, sei die Reihe bald an ihm. „Auch wenn sich Gerhart Eisler, der vor zwei Monaten aus dem Zentralkomitee entfernt wurde, noch in Freiheit und sogar in seinem Amt befindet, steht er nach Berichten ganz oben auf der Liste derer, die bald das Ziel von Säuberungen sein werden."[30]

Im Mai 1952 schrieb Ruth Fischer an Heinrich Hellmann, sie habe über einen Gewährsmann erfahren, dass sich Gerhart Eisler nach dem Westen absetzen wolle. Doch wolle er dazu nicht amerikanische oder britische Dienste in Anspruch nehmen, seien diese doch „so mit GPU-Agenten infiltriert, dass das für ihn unsicher sei." Sie halte die Geschichte jedoch für falsch oder für eine Provokation der sowjetischen Seite.[31] Als er Ende 1952 als Leiter des Amtes für Information abgesetzt wurde, mutmaßte die Washington Post, dabei werde es nicht bleiben. Seine Ver-

---

28 Gerhart Eisler, Ernst Thälmanns Kampf gegen die Versöhnler, in: Neues Deutschland vom 18. Februar 1951. Die „Versöhnler" wurden nunmehr neben den „Trotzkisten", „Brandleristen" und Anhängern des „Sozialdemokratismus" als feindliche „Elemente" in der SED ausgemacht, die angeblich ihre fortwährende Gesinnung mit dem Parteibuch tarnen würden. Vgl. Thomas Klein, „Für die Einheit und Reinheit der Partei." Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Köln u. a. 2002, *passim*.

29 Noel Field selbst erwähnte in seiner „Politischen Autobiographie", die er im Juli 1954 im Budapester Gefängnis niederschrieb, Kontakte mit Gerhart Eisler – zum Glück für diesen teilte Field das erst nach Stalins Tod und kurz vor seiner Entlassung mit. Vgl. Bernd-Rainer Barth u. a. (Hg.), Der Fall Noel Field. Schlüsselfigur der Schauprozesse in Osteuropa, Bd. 1, Berlin 2005, S. 486.

30 Foreign News: Foul Nest, in: Time Magazine vom 11. September 1950.

31 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1429, Bl. 139: Ruth Fischer an Heinrich Hellmann, Brief vom 6. Mai 1952.

haftung sei nur noch eine Frage der Zeit.[32] Der *Telegraf*, eine Westberliner Zeitung, behauptete am 15. Februar 1953 reißerisch, dass „Pankows ehemaliger Informationschef" bereits geflüchtet sei und die Amerikaner nach ihm fahnden würden. Am nächsten Tag wiederholten andere westliche Zeitungen diese Falschmeldung.[33] Kurz zuvor hatte das SED-Politbüro den Staatssicherheitschef Wilhelm Zaisser mit einer Untersuchung über Eislers Verbindungen in den Westen beauftragt.[34]

Ruth Fischer sah zwar eine Chance, Gerhart Eisler zu sehen, sollte an den Gerüchten über dessen Fluchtpläne doch etwas dran sein, machte sich aber keine großen Hoffnungen. Im März 1953 teilte sie dem State Department und dem Pond-Geheimdienst mit, sie bleibe über Hellmann mit britischen Stellen in Verbindung, da, sollte Eisler fliehen, „er sich nach England wenden wird, und mit Hilfe dieser zuständigen Behörden wird er nach London gelangen. Allerdings werde ich davon wohl erst erfahren, wenn alles bereits zu einem positiven Abschluss gekommen ist. Wenn das alles geschieht, so bin ich sicher, werde ich Eisler treffen können, vielleicht noch nicht in den ersten Tagen nach seiner Ankunft, doch ohne Frage sehr bald danach. Ich höre allerdings aus London, dass angesichts der derzeitigen öffentlichen Aufmerksamkeit die Chancen dafür, dass eine solche Flucht vorbereitet werden kann, im Augenblick eher gering sind."[35]

Doch paradoxerweise rettete Gerhart Eisler wohl gerade die Publicity, die er im westlichen Blätterwald erfuhr. Durch Repressalien gegen ihn hätten die SED-Spitze und ihre Moskauer Schutzherren sich selbst einer zu wichtigen Propagandafigur im Kalten Krieg beraubt. Für den 16. Februar 1953 wurde er als Redner bei einer Großveranstaltung in Ostberlin angekündigt; dies war ein Anzeichen, dass sich die Gefahrenwolken um sein Haupt zu verflüchtigen begannen.[36]

---

32 Eisler Ousted as East German Propagandist, in: Washington Post vom 30. Dezember 1952.

33 Telegraf vom 15. Februar 1953, zit. nach: Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 232.

34 Vgl. Archiv der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Bundesarchiv Berlin, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/2/61: Sitzung des Politbüros am 10. Februar 1953, so in: Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 232. Vgl. auch Klein, „Für die Einheit […]", S. 160.

35 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2073, Bl. 29: Note on Gerhart Eisler, March 10, 1953, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 498.

36 Vgl. BZ am Abend vom 16. Februar 1953, nach Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 232. Vgl. auch Prof. Eisler Given a Second Chance, in: The Daily Telegraph [London] vom 19. Februar 1953.

In Zukunft sollte sich die Aufmerksamkeit der sowjetischen und DDR-Stellen von ihm abwenden.[37] Nach Stalins Tod wurden die Karten neu gemischt. „Offensichtlich“, so der Historiker Thomas Klein, war nun „der Zeitpunkt verpasst, wo ein solches Unterfangen politisch zweckvoll gewesen wäre“ – nämlich die Inszenierung eines Prozesses, zu dessen möglichen Angeklagten ein „Westemigrant“ wie Gerhart Eisler gepasst hätte.[38]

Doch die Gestalt seiner Schwester sollte ihn auch künftig „wie ein dunkler Schatten“ begleiten. „Aber“, so Jürgen Kuczynski, von dem diese Worte stammen, „als die Partei so doktrinär und stalinistisch wurde, wurde er nicht stalinistisch, sondern müde.“ Er hörte auf, der „frische und fröhliche Gerhart zu sein“, als der ihn Kuczynski zwanzig Jahre vorher kennengelernt hatte.[39] Bei der Beerdigung seines alten Freundes Arthur Ewert würdigte Gerhart Eisler Jahre später dessen Schwester Minna warmherzig als „treueste aller Schwestern“, und wünschte sich wohl, er hätte eine solche Schwester gehabt.[40] Doch hoffte diese inzwischen auf Änderungen in der Sowjetunion.

Die Abberufung Andrej Wyschinskijs vom Posten des sowjetischen Außenministers und seine Versetzung zur UNO nach New York sah sie als erstes Zeichen für ein mögliches Ende der „Säuberungen.“[41] Auch würden die Sowjetunion und die westlichen kommunistischen Parteien erkennen, dass der Ausdehnung ihres Einflusses Grenzen gesetzt seien und zu einer Politik der friedlichen Koexistenz zurückkehren.[42] Dafür stünden Georgij Malenkow, der neue Mann an der Spitze, wie auch Nikita Chruschtschow, der nun ebenso im Kommen sei wie der Parteiin-

37 Drei Jahre lang durfte Gerhart Eisler keine Parteifunktion wahrnehmen. Er war in der neu gegründeten *Wochenpost*, einer Zeitung mit Massenauflage, für den außenpolitischen Bereich zuständig. Dabei genoss er den Schutz Walter Ulbrichts, der ihn vorübergehend auch finanziell unterstützte. Vgl. Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 251. – Im Oktober 1953 schrieb Ruth Fischer ihrem alten Berliner Freund Karl Menges, der damals Altaistik an der New Yorker Columbia University unterrichtete, dass es über die Eislers „immer wieder die dümmsten Zeitungsgeschichten“ im Westen gebe. „Die letzten waren sogar in Verbindung mit Berija, wobei man zuletzt nicht mehr wusste, ob Gerhart Eisler Berija ist oder Berija Gerhart Eisler.“ Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1676, Bl. 8: Ruth Fischer an Karl Menges, Brief vom 11. Oktober 1953.

38 Klein, „Für die Einheit […]“, S. 256.

39 Jürgen Kuczynski, Freunde und gute Bekannte. Gespräche mit Thomas Grimm, Berlin 1997, S. 154.

40 SAPMO-BArch, NY 4117/22, Bl. 219: Bestand Gerhart Eisler, Trauerrede für Arthur Ewert am 9. Juli 1959. Vgl. dazu Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 201.

41 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2073, Bl. 31: The Malenkov Set-Up, March 12, 1953.

42 Vgl. ebd., Bl. 35: Reconditioning of communist parties for peaceful coexistence with capitalism, Letter from Zurich, March 22, 1953.

tellektuelle Michail Suslow, dessen Drang nach einer moderateren Politik Ruth Fischer jedoch überschätzte.[43]

Am 3. April 1953 meldete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS, dass die Anklage gegen die verhafteten Ärzte aufgehoben würde. Deren Aussagen, sie hätten Stalin nach dem Leben getrachtet, seien durch vom Gericht verbotene Untersuchungsmethoden erzwungen worden. Damit war klar, dass sie gefoltert worden waren.[44]

Ruth Fischer sah die sensationelle, weil präzedenzlose Wendung der Ereignisse als Zeichen eines Kompromisses zwischen Georgi Malenkow, dem Regierungschef, und Lawrenti Berija, seinem Stellvertreter und Innenminister, der in dieser Funktion nun auch dem Geheimdienst vorstand.[45] Berija, einer der Hauptverantwortlichen des Terrors, suche nun pragmatisch nach Wegen, um ein milderes Regime durchzusetzen. Er könne damit aber auch scheitern.[46] Ruth Fischer sah Berijas allzu zügigen Ausbau seiner Machtbasis als Ursache seines Sturzes im Juni 1953, dem die Entmachtung seiner Anhänger und die Trennung des nun KGB genannten Geheimdienstes vom Innenministerium folgten. Doch gerade diese Machtverschiebung vom Ministerrat zur Parteispitze hin schwächte Malenkows Position. Am 7. September 1953 gab er die Parteiführung an Nikita Chruschtschow ab, blieb aber bis 1955 Vorsitzender des Ministerrates. Als Nikolaj Bulganin Regierungschef wurde, fungierte Malenkow als sein Stellvertreter und gehörte auch weiterhin dem Politbüro an. All dies unterschied sich deutlich von den brutalen Machtkämpfen unter Stalin. Dass diese Führungswechsel geordnet und nicht wie bei Stalin als blutige Abrechnung erfolgten, sah Ruth Fischer damals wie später als eine qualitative Änderung der Lage.[47]

Immer wieder betonte sie, dass die Parteiführung sich nicht durch den Geheimdienst kontrollieren lassen wollte. Malenkow, „der typische Partei-Stalinist“, habe die Unterstützung der Armeeführung benötigt, um Berija auszuschalten.

---

43 Vgl. ebd., Bl. 36: Note on Malenkov, April 13, 1953.

44 Vgl. Rapoport, Hammer, Sichel, Davidstern, S. 252f.

45 Der bisherige Minister für Staatssicherheit, Semjon Ignatjew, wurde zunächst ZK-Sekretär, aber im Gefolge der Wendung in der „Ärzte-Affäre“, für deren Durchführung er Stalin gegenüber verantwortlich gewesen war, von Malenkow entlassen. Ruth Fischer glaubte aber an Ignatjews Comeback, das ihm jedoch nur in relativ bescheidenem Maße gelang: Er wurde 1954 Parteisekretär der Baschkirischen, später der Tatarischen Autonomen Sowjetrepublik.

46 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2073, Bl. 37: Note on the rehabilitation of the Jewish doctors accused of having assassinated Zhdanov and Shcherbakov, April 19, 1953. Ruth Fischer unterzeichnete dieses Dokument mit ihrem Pond-Codenamen „Alice“.

47 Vgl. z. B. Ruth Fischer, Der „neue Kurs“ in Russland und die sowjetische Deutschland-Politik, in: Offene Welt, Nr. 36 (März/April 1955), S. 27.

Doch könne auch die Armee den Führungsanspruch der Partei nicht in Frage stellen. Dabei sei die Partei keine Einheit; oppositionelle Strömungen unterschiedlichen Ausmaßes würden – und nach Stalins Tod umso mehr – immer wieder zutage treten.[48] Sie zeigten sich sogar innerhalb der Führung: Malenkows erzwungener, doch ohne Gewaltexzesse vollzogener Rücktritt sei vor allem auf unterschiedliche Vorstellungen über die weitere ökonomische Entwicklung der Sowjetunion zurückzuführen. Seine Konzentration auf den Aufbau der Konsumgüterproduktion bei Hintanstellung der bislang übermäßig geförderten Rüstungs- und Schwerindustrie habe im Kreis der Führung keine Mehrheit gefunden.[49]

Die unsichere Lage in Moskau könne zu ersten Absetzbewegungen westlicher kommunistischer Parteien führen. Insbesondere die italienische KP könne sich auf die eine oder andere Weise von Russland entfernen. Zudem sei die Lage in der Tschechoslowakei derart angespannt, dass die Möglichkeit einer Revolte bestehe.[50]

Damit behielt Ruth Fischer Recht. Nach dem Tod von Präsident Klement Gottwald und einer Währungsreform, die die Ersparnisse vieler Menschen entwertete, kam es in Pilsen und anderen Städten des Landes am 1. Juni 1953 zu Unruhen, die nur mit einem großen Polizeiaufgebot niedergeschlagen werden konnten. Die gelenkte Prager Presse berichtete darüber mit keinem Wort, doch drangen die Nachrichten rasch in den Westen.[51] Nun kamen aus Moskau neue Töne: Die Regierungen der Satellitenstaaten sollten den Druck auf die Bevölkerung verringern, die forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft abbremsen und die Lebensbedingungen der Industriearbeiter verbessern. In der DDR wurden jedoch die kurz zuvor erhöhten Arbeitsnormen nicht herabgesetzt, was am 17. Juni zum Anlass für den Aufstand wurde.

In diesem Aufstand sah Ruth Fischer ein „Aufbrechen des Eisernen Vorhangs" und sogar einen „Wendepunkt in der europäischen Geschichte." Bis dahin habe man im Westen geglaubt, „dass die Massen in totalitären Ländern hilflose Opfer der Staatsmaschinerie sind und ihr Schicksal nur durch äußere Einwirkung ge-

48 Ruth Fischer, Bemerkungen zum Fall Malenkow, in: Frankfurter Hefte [FH], 10 (1955), Nr. 3, S. 173.

49 Vgl. Ruth Fischer, Stalins Politik, nicht Stalins Methoden, in: Forum, Nr. 15 (März 1955), S. 90.

50 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2073, Bl. 47, ohne Überschrift und Datum.

51 Vgl. Jiří Pernes, Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung, in: Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln u. a. 1999, S. 93–113, und Jindřich Madry, Entscheidungsfindung in der Tschechoslowakei nach Stalins Tod, in: Jan Foitzik (Hg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum Ungarischen Volksaufstand, Paderborn 2001, S. 215–238.

wandelt werden kann. Eine recht große Zahl von Studien hat den Standpunkt vertreten, dass das kommunistische Weltreich und seine Absichten von innen heraus ganz unbeeinflussbar sind. Nur eine erfolgreiche Einflussnahme von außen könne dies ändern. Dieser Mythos des strukturell monolithischen Kommunismus ist durch die Erhebung der ostdeutschen Arbeiter erschüttert worden. Am 17. Juni konnte man alle klassischen Elemente eines Aufstandes der Massen beobachten; Demonstranten marschierten durch Ostberlin und forderten den Rücktritt der Ulbricht-Regierung sowie die deutsche Wiedervereinigung, die Arbeiter fielen in die Stalinallee ein, und ähnliche Ereignisse spielten sich in Halle, Leipzig, Chemnitz (jetzt ‚Karl-Marx-Stadt'), im Land Brandenburg und praktisch allen größeren Industriestädten ab."[52]

Ohne das sowjetische Eingreifen hätte sich die SED-Führung nicht halten können, aber trotz der Niederschlagung der Erhebung sei sie nun zu weitreichenden Konzessionen gezwungen. Diese könnten später kaum rückgängig gemacht werden. Ohne Übertreibung seien die osteuropäischen kommunistischen Regimes in die zweite Phase einer „titoistischen" Revolte eingetreten. „Ich habe niemals", so Ruth Fischer, „die jugoslawische Abspaltung von 1948 als ein isoliertes Ereignis oder als Konsequenz eines nur die Balkanvölker betreffendes Ereignis angesehen, sondern vielmehr als den Beweis dafür, dass diese Form der stalinistischen Diktatur auf die europäischen Völker nicht übertragbar ist. Die grundlegenden Unterschiede zwischen den kommunistischen Bewegungen in Europa und dem Stalin-Regime bleiben bestehen: Beide waren durch den gemeinsamen Kampf gegen den Nazismus miteinander verbunden gewesen, aber dieses Bündnis fällt auseinander, sobald die Gefahr vorbei ist"[53]

Ruth Fischer erläuterte nicht, worin sie diese Unterschiede sah, sondern betonte, eine solche Erhebung konnte nur ausbrechen, weil die Führungsmannschaft im Moskau selbst verunsichert war. Der inzwischen abgesetzte Berija sei weder ein amerikanischer Agent gewesen, wie Malenkow behauptete, noch ein liberaler Reformer, wie einige amerikanische Journalisten schrieben. Er sei gestürzt worden, weil der Partei die Zwangsjacke der immer mächtigeren Geheimpolizei einfach zuviel geworden sei. Dies sei ein Teil der Rebellion von Stalins Kadern gegen die

52 Mit ihrer Meinung, der Aufstand habe erstmals gezeigt, dass ein stalinistisches Regime prinzipiell von innen heraus überwindbar sei, stand Ruth Fischer nicht allein. Richard Löwenthal, um nur ihn zu nennen, schrieb, die Revolte habe gezeigt, dass ein totalitäres Regime durch eine revolutionäre Erhebung, aber ohne Krieg überwunden werden könne. Vgl. Richard Lowenthal [dies die englische Schreibweise], The East German Uprising, in: The Observer vom 21. Juni 1953.

53 Ruth Fischer, The Break in the Iron Curtain, in: Institute of Social Studies, Bulletin, Nr. 4 (Winter 1953), S. 39f.

Auswüchse des Stalinismus. Auch wenn sie weniger sichtbar sei als die offene Erhebung in Ostberlin, so könne sie doch Folgen zeitigen, die in ihrer Konsequenz noch gar nicht absehbar seien. Malenkow nehme nun von der Politik einer Über-Industrialisierung, die keine Rücksicht auf die Opfer kenne, Abstand. „Das ist genau das, was alle Oppositionellen, Bucharinisten oder Trotzkisten, immer gesagt haben; viele von ihnen starben, weil sie das Politbüro warnten. Eine Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen der Menschen mag zu einem Arbeiteraufstand von der Art führen, wie wir ihn in Ostdeutschland gerade gesehen haben." Dessen sei sich die sowjetische Führung bewusst und habe deshalb eine Amnestie für die Lagerhäftlinge verkündet sowie eine Strafrechtsreform in Aussicht gestellt.

„Im ostdeutschen Aufstand mögen restaurative und revanchistische Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben", schloss Ruth Fischer. Die Erhebung „mag von neonazistischen Kräften unterstützt worden sein. Diese mögen gedacht haben, der Antikommunismus sei das beste Mittel, um den Neonazismus in Deutschland wieder ans Ruder zu bringen. Aber die Deutschen haben die schrecklichen Erfahrungen des Nazismus nicht vergessen. Es ist deshalb unwahrscheinlich, dass neonazistische Tendenzen zu einer Massenbewegung anwachsen können. Es ist wahrscheinlicher, dass die ostdeutsche Erhebung den Beginn einer Veränderung in den osteuropäischen kommunistischen Ländern bedeutet, die wiederum der Vorbote einer wirklichen politischen Revolution in Russland selbst sein kann."[54] Vorerst, so Ruth Fischer weiter, bemühe sich die geschwächte SED-Führung darum, Probleme am Arbeitsplatz möglichst geräuschlos zu lösen, um nicht neue Konfliktherde zu schüren.[55]

„Malenkow steht einmal mehr vor dem Problem, wie weit er in seinen Zugeständnissen an die demokratische Opposition in den inneren Zirkeln der Partei

---

54 Ebd., S. 44. – Die radikale Linke war über den Charakter des Aufstandes uneins. Leo Kofler glaubte, die Arbeiter seien letztlich antikapitalistisch eingestellt, „nicht etwa aus Sympathie für die SED, sondern weil der lebendige Geist der eingepaukten marxistischen Lehrsätze für zahllose Menschen das kritische Richtmaß abgibt", wie er Ruth Fischer schrieb. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 453, Bl. 1: Brief vom 16. September 1953. Ernest Mandel sah in der Erhebung „die bedeutendste revolutionäre Aktion des deutschen Proletariats seit 1923" und sogar „eine neue Etappe im Übergreifen des internationalen revolutionären Aufschwungs auf die Länder unter stalinistischer Herrschaft." Heinrich Brandlers Gruppe *Arbeiterpolitik* rühmte in ihrer gleichnamigen Zeitschrift am 1. Juli 1953 den 17. Juni als „das revolutionäre Erwachen des deutschen Proletariats." Isaac Deutscher fürchtete hingegen, der Aufstand werde den Entstalinisierungsprozess in der Sowjetunion negativ beeinflussen, und darin sah er das „schreckliche Paradoxon" der Revolte. Die Zitate mit Belegen in: Ludger Syré, Isaac Deutscher – Marxist, Publizist, Historiker. Sein Leben und Werk 1907–1967, Hamburg 1984, S. 212.

55 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2073, Bl. 68: Situation in East Germany, Nov. 10, 1953.

gehen kann", schrieb Ruth Fischer nach Berijas Entmachtung. Die Glaubwürdigkeit der Partei stehe auf dem Spiel. Die Moskauer Prozesse der Jahre 1936–38 dürften neu aufgerollt werden. Berija selbst dürfte eine „Prozess-Maskerade" erwarten. In Ostberlin könne Paul Merker rehabilitiert werden.[56] Die Ausschaltung Berijas habe Malenkows Stellung innerhalb der sowjetischen Partei gefestigt und sein Ansehen erhöht, bekräftigte sie im Oktober. Die Parteioberen seien beruhigt, dass Malenkow keine Stalin ähnliche Stellung anstrebe.[57]

Aber, so betonte sie vier Wochen später, sie sei nicht davon überzeugt, dass Malenkow eine „weiche" Politik im Gegensatz zu Stalins „harter" Linie verfolge. Die Ereignisse des 17. Juni hätten zu einer Diskussion über die deutsche Frage geführt, aber vorerst hätten die Verfechter einer harten Gangart noch Oberwasser. „Innerhalb der russischen KP hat sich nunmehr der Standpunkt durchgesetzt, dass die politischen Entwicklungen in beiden deutschen Staaten einen Punkt erreicht haben, an dem eine deutsche Wiedervereinigung eine ernste Gefahr für die Sicherheit Osteuropas und Russlands bedeuten würde, und dass etwaige Verhandlungen über diese Frage sich durch die Ereignisse erledigt haben." Deshalb werde Malenkow Ostberlin eine verstärkte politische und militärische Hilfe zukommen, aber Ulbricht ablösen lassen. Die Oder-Neiße-Grenze sei nicht verhandelbar. Solange Westdeutschland ein so enger Verbündeter der Westmächte sei, stünden die Aussichten auch für punktuelle Verbesserungen der Lage schlecht. Dennoch: Die ostdeutschen Rumpfparteien würden als etwaige Brücken zu ihren Schwesterparteien im Westen gesehen, und deshalb würde man sie nicht verbieten.[58]

Alles in allem zeige die Verurteilung Berijas eine „post-facto denunciation" des Stalin-Regimes. Die Rehabilitierung Sergo Ordshonikidses, der den Terror zumindest habe mildern wollen und dafür 1937 umgebracht worden sei, könne der Beginn einer weitreichenden Rehabilitierung der kommunistischen Gegner Stalins sein. Dachte Ruth Fischer hier schon an sich selbst und an Arkadij Maslow? Nur eine Aufarbeitung der Vergangenheit sichere Malenkow den Machterhalt, schrieb sie.[59] Aber würden dies die Urheber der Verbrechen zulassen? Noch war die Antwort offen.

---

56 Ebd., Bl. 52: Second Note on the Berija Affair, July 24, 1953. Ruth Fischer unterzeichnete als „Alice".

57 Ebd., Bl. 66: Letter from Berlin, Oct. 17, 1953. Eine Reise Ruth Fischers nach Berlin lässt sich allerdings nicht nachweisen, da sie auch den Westteil der Stadt grundsätzlich mied, um nicht zu nahe an den sowjetischen Machtbereich zu kommen. Sie fürchtete eine Entführung. Der Brief dürfte in der Bundesrepublik geschrieben worden sein.

58 Ebd., Bl. 70: Malenkov's shift to a hard Russian foreign policy, Nov. 17, 1953.

59 Ebd., Bl. 75: Note on Berija's indictment, Dec. 17, 1953.

Nachdem Ruth Fischer Anfang 1953 Jugoslawien besucht hatte, wuchs ihr Optimismus. Sie sah erste Anzeichen einer Entspannung zwischen Moskau und Belgrad.[60] Sie berichtete von der Auflösung gemischter Aktiengesellschaften durch die Sowjetunion in verschiedenen Ländern Osteuropas, registrierte eine Verlangsamung der Kollektivierung in der Landwirtschaft und hob die Trennung von Partei- und Staatsämtern hervor. Sogar in Bulgarien habe Wulko Tscherwenkow die Parteiführung abgegeben und nur das Amt des Ministerpräsidenten behalten. Die osteuropäischen Länder würden auch in Zukunft von Moskau abhängig bleiben, doch in begrenztem Maße eigene außenpolitische Interessen wahrnehmen können.[61]

Mit dieser Hoffnung auf einen politischen Wandel im Weltkommunismus beendete Ruth Fischer ihre Berichte für das amerikanische Außenministerium und für den Pond-Geheimdienst.[62]

Im Visier des FBI

Bei Ruth Fischers Rückzug von der Geheimdienstarbeit verbanden sich politische mit persönlichen Gründen. Sie musste sich fragen, wie zeitgemäß ihre Haltung noch war, wenn sich die Sowjetunion zögernd von Stalins blutigem Erbe zu befreien begann. Waren ihre bisherigen Auftraggeber die richtigen Bundesgenossen in einer sich wandelnden Welt? Doch auch persönlich wollte sich Ruth Fischer verändern. Ihr Wunsch, nach Europa zurückzukehren, wurde immer stärker.

Dazu trug nicht zuletzt bei, dass ihr Sohn Gerard mit seiner Frau Yolande dort lebte, wenn auch nicht auf dem Kontinent, sondern im englischen Cambridge in der Gilbert Road Nr. 142.[63] Er arbeitete als Mathematiker an der Universität. Politische Themen wurden in der Korrespondenz ausgespart.

---

60 Ebd., Bl. 86: A second note on the case of Milovan Djilas, Feb. 3, 1953. In der sowjetischen Führung drängte Chruschtschow auf eine sofortige Normalisierung der Beziehungen zu Jugoslawien, während Molotow am Entschiedensten Tito weiterhin als politischen und ideologischen Gegner sah. Vgl. François Fejtö, Die Geschichte der Volksdemokratien, Bd. 2, Graz 1972, S. 68f.

61 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2073, Bl. 99: Malenkov’s new course continues in East Europe, Letter from Zurich, March 13, 1954.

62 Ein Teil dieser Berichte befasste sich mit der Lage in westeuropäischen Ländern, worauf hier nicht eingegangen wird.

63 Zeitweilig hatte das Paar in Manchester gelebt, als Gerard Friedlander Lecturer an der dortigen Universität war.

Gerard hatte andere Dinge zu schreiben. Am 19. August 1951 fragte er seine Mutter: „Dear Granny, wie fühlst Du Dich?“ und teilte ihr mit, sie sei soeben Großmutter geworden. „Der Name – fast hätte ich das vergessen – ist jedenfalls *Paul*.“[64] Viereinhalb Jahre später konnte er ihr mitteilen, dass „Peter inzwischen in Pauls Fußstapfen tritt.“[65] Paul, so sein Vater am 18. Oktober 1957, „ist natürlich über ‚Sputnik‘ wahnsinnig aufgeregt und will über nichts als den Weltraum und Raketen sprechen.“[66] Schließlich komplettierte 1959 Elizabeth-Anne, genannt Lizzie, die Familie.[67] Die Korrespondenz dieser Jahre drehte sich natürlich oft um die Frage, welche Geschenke denn „Granny“ ihren Enkeln mitbringen oder schicken könne. Ruth Fischer zeigte sich als liebevolle Großmutter. Seit 1958 empfing sie mit besonderer Freude Briefe des Schulkindes Paul.[68]

Ihr neues politisches Interesse galt der asiatischen Welt. Von Oktober 1951 bis März 1952 bereiste sie Indien und besuchte ihre alten Berliner Bekannten Manabendra Nath und Ellen Roy. M. N. Roy war ein prominenter Veteran der kommunistischen Bewegung. Er war Mitbegründer sowohl der mexikanischen als auch der indischen kommunistischen Partei gewesen und hatte sich mit Lenin Aufsehen erregende Debatten über die Möglichkeiten der bürgerlichen Nationalbewegung im antikolonialen Kampf geliefert, die er rückblickend als die „bislang wertvollste Erfahrung“ seines Lebens ansah. Von einem großen Mann wurde er, M. N. Roy, „von gleich zu gleich behandelt, und gerade darin zeigte sich dessen Größe.“[69]

Später hatte Roy in Deutschland gelebt und sich dort weiterhin an den internationalen Debatten zur nationalen und kolonialen Frage beteiligt. Wie so viele Kommunisten geriet auch er mit der stalinisierten Komintern in Konflikt. Als Parteigänger Brandlers und Thalheimers schloss er sich der KPO an und gründete nach seiner Rückkehr in Indien eine eigene oppositionelle Gruppe. Nach 1940 rückte er vom Kommunismus ab, dessen Chancen auf Errichtung einer klassenlo-

---

64 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 269, Bl. 27: Gerard Friedlander an Ruth Fischer, Brief vom 19. August 1951. Hervorhebung im Text. Diesen Satz schrieb Gerard Friedlander auf Deutsch in einer ansonsten von seiner Seite fast nur Englisch geführten Korrespondenz.

65 Ebd., Bl. 148: Gerard Friedlander an Ruth Fischer, Brief vom 20. Februar 1956. Peter Friedlander war am 9. Februar geboren worden.

66 Ebd., Bl. 170: Gerard Friedlander an Ruth Fischer, Brief vom 18. Oktober 1957. Auch dies auf Deutsch.

67 Ebd., Bl. 185: Gerard Friedlander an Ruth Fischer, Brief vom 9. September 1959.

68 Vgl. ebd., Mappe Nr. 270: Paul Friedlander an Ruth Fischer, drei Briefe zwischen 1958 und 1960.

69 M. N. Roy, Memoirs, Bombay 1964, S. 380. Auf dem 2. und 4. Komintern-Kongress hatte Roy das Potenzial nichtproletarischer Kräfte im antikolonialen Befreiungskampf geringer veranschlagt als Lenin und die Klassengegensätze innerhalb der Kolonialvölker während des Unabhängigkeitskampfes betont.

sen Gesellschaft er nun skeptischer beurteilte. Er sah sich jedoch weiterhin als Teil einer internationalen antiimperialistischen Linken und brachte dies in einer Vielzahl von Publikationen sowie in der von ihm edierten Zeitschrift *The Radical Humanist* zum Ausdruck, die Ruth Fischer abonniert hatte. Seine Frau Ellen stammte aus Deutschland.[70]

Ruth Fischer wohnte eine Zeitlang bei den Roys in Dehra Dun, der Hauptstadt des nordindischen Staates Uttaranchal (heute Uttarakhand).[71] Das Verhältnis gestaltete sich immer enger, und Ruth Fischer gewann Einblick in eine von Europa wie Nordamerika so sehr verschiedene Welt, vor allem aber in die Probleme des riesigen Landes bei der Suche nach einem eigenen Weg zwischen den Blöcken.[72] Sie hütete sich ausdrücklich vor Prognosen über die weitere Entwicklung der Kommunistischen Partei Indiens, nahm aber, wie sich zeigte, mit Recht, an, dass die Kongresspartei von Fall zu Fall bereit sei, mit ihr auf regionaler Ebene zusammenzuarbeiten. Das aber sei keineswegs ein „Volksfront"-Projekt im kommunistischen Sinne.[73]

Auch ihre Voraussage über eine andere wichtige KP erwies sich als richtig. Vietnam, das dem japanischen und französischen Imperialismus um den Preis der Teilung widerstanden habe, werde bald zu einer eigenständigen Größe im asiatischen Raum. Ho Chi Minh, 1930 Gründer der KP Vietnams, nunmehr Premierminister (und dann Staatspräsident) Nordvietnams, sei ein überzeugter, mit Moskau verbundener Kommunist und werde kein „asiatischer Tito". Er bemühe sich um eine enge Bindung an Moskau wie an Peking, sei aber nicht so doktrinär, um nicht auch gute Beziehungen zu den nichtkommunistischen Staaten Asiens anzustreben. Auch sei er keineswegs „anti-französisch in dem Sinne arabischer Natio-

70 Vgl. Samaren Roy, M. N. Roy. A Political Biography, Hyderabad 1997 (zu Ruth Fischer S. 92 und 128), und Hans Piazza, Manabendra Nath Roy. „Ein alter und bewährter Soldat in Indiens Freiheitskampf", in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hg.), Ketzer im Kommunismus. 23 biographische Essays, 3. Aufl., Hamburg 2003, S. 197–217.

71 Peter Lübbe irrte jedoch, wenn er schrieb, Ruth Fischer habe in Indien Premierminister Jawaharlal Nehru getroffen. Vgl. Abtrünnig wider Willen, S. 35 (unter Bezug auf einen Brief an Babette Gross vom 19. Mai 1952, wo ein solches Treffen jedoch keine Erwähnung findet). Ruth Fischer hoffte Nehru drei Jahre später auf der Bandung-Konferenz in Indonesien zu sehen, was freilich am vollen Terminkalender des Premiers scheiterte. Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1734, Bl. 1: Ruth Fischer an Jawaharlal Nehru, Brief vom 18. April 1955.

72 Vgl. den Briefwechsel zwischen Ruth Fischer und Ellen Roy ebd., Mappen Nr. 757 und 1892.

73 Vgl. Ruth Fischer, Die Kommunistische Partei Indiens, in: Ost-Probleme, Nr. 36 (1953), S. 1512–1518. Englisch in: Far Eastern Survey, June 1953, S. 79–83. Der Aufsatz ging zu großen Teilen in Ruth Fischers im Folgenden zu besprechenden Buch ein.

nalisten, deren Kultur und Tradition mit Frankreich nichts gemein haben." Ho Chi Minh, den Ruth Fischer aus Moskau kannte, sei ein westlich gebildeter, kultivierter Politiker. Mehr noch: Er wolle in einer Art Union, ähnlich dem Britischen Commonwealth, mit Frankreich verbunden bleiben (was jedoch an französischer Engstirnigkeit scheiterte).[74] Jedenfalls sei Vietnam kein sowjetischer Satellitenstaat.[75]

1955 wurde klar, dass Ruth Fischer ihr angekündigtes zweites Buch für die Harvard University Press nicht wie vorgesehen abliefern würde. Der Verlag beendete daraufhin seine Stipendienzahlung, doch Harvard ließ Ruth Fischer nicht fallen: Für den Fall einer von ihr angekündigten Übersiedlung nach Europa bot ihr der Bibliotheksverbund der Universität an, sie zum halben Gehalt des Stipendiums, für monatlich zweihundert Dollar, als externe Mitarbeiterin anzustellen. Ruth Fischer sollte Neuerscheinungen auf dem Gebiet der internationalen Politik und speziell des Kommunismus auswählen, die in Europa erschienen und die in die Widener Library der Universität eingestellt werden sollten. Als Gegenleistung vermachte Ruth Fischer Harvard ihren Nachlass.[76]

Diese neue Arbeitsaufgabe war nicht nur ein Glück für Ruth Fischer. Auch die Harvard University benötigte einen offiziellen Kanal, über den sie solche Bücher erhalten konnte. Zu dieser Zeit konfiszierte der amerikanische Zoll nicht nur generell Bücher aus Osteuropa. Er behielt auch viele Bücher aus Westeuropa ein, deren Gegenstand der Kommunismus war, selbst wenn er in ausschließlich kritischer Absicht behandelt wurde. Es bedurfte somit einer speziellen Einfuhrgenehmigung wie auch eines Absenders, der eine beglaubigte Verbindung zu einer US-Institution hatte. Der berühmte „Giftschein" war kein ausschließliches Phänomen der östlichen Seite.[77]

Doch nicht nur Harvard interessierte sich für Ruth Fischers Lebensplanung. Am 17. September 1954 musste ihr Mitarbeiter Stefan Bauer-Mengelberg Ruth Fischer mitteilen, dass er soeben in New York Besuch von einem FBI-Beamten erhalten hatte. „Der junge Herr, im Kommunismus ungebildet, aber sonst ganz intelligent, kam und sagte sofort, dass er über Sie Auskunft haben wollte." Er war offenbar über Ruth Fischers Übersiedlungsabsichten nach Europa informiert und fragte, ob sie die amerikanische Staatsbürgerschaft in diesem Fall aufgeben wolle.

74 Ruth Fischer, Ho Chi Minh. Disciplined Communist, in: Foreign Affairs, 33 (October 1954), S. 96.

75 Vgl. Ruth Fischer, Red Indo-China Is No Soviet Satellite in Plans of its Leader, in: The Kansas City Star vom 17. Mai 1954.

76 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 115: Korrespondenz mit Douglas W. Bryant.

77 Vgl. Abtrünnig wider Willen, S. 304, Anm. 15, unter Bezug auf einen Brief von Stefan Bauer-Mengelberg an Peter Lübbe vom 22. Dezember 1985.

Dächte sie über das Regime Malenkows anders, etwa positiver als über das Stalin-Regime? Bauer-Mengelberg erwiderte, dies sei nicht der Fall, Ruth Fischer sei weiter sehr skeptisch und würde für eine Änderung des Sowjetregimes viel mehr Beweise brauchen, als bisher vorlägen. Habe sie nicht früher Ho Chi-Minh gekannt?, wollte der Geheimdienstler wissen. Darüber werde Ruth Fischer demnächst einen Aufsatz publizieren, so die Antwort (es handelte sich um den bereits zitierten). Hätte sie nicht über einen britischen Kommunisten, gar über den KP-Sekretär Harry Pollitt, versucht, sich ihrem Bruder Gerhart Eisler zu nähern? Dies sei lächerlich, so Bauer-Mengelberg. Habe sie nicht für eine halb-private Geheimorganisation gearbeitet? Dazu konnte Bauer-Mengelberg keine Angaben machen; von Ruth Fischers Arbeit für die Pond-Organisation wusste er ersichtlich nichts.

Doch der FBI-Mann ließ nicht locker: Habe Ruth Fischer jemals die Absicht geäußert, nach Ostberlin zu gehen? Nein, sie wage sich nicht einmal nach Westberlin auch nur in die Nähe sowjetischer Macht. Wer sonst könne über Frau Fischer Auskunft erteilen? Bauer-Mengelberg hielt sich mit einer Antwort zurück. Dennoch bedankte sich sein Besucher für die gute Kooperation. Bauer-Mengelberg riet Ruth Fischer zur Wachsamkeit: Das FBI habe möglicherweise seine Hände im Spiel bei ihrer anstehenden Passverlängerung, und manchmal bereiteten die Stellen nicht-gebürtigen Amerikanern Probleme bei der Neuausstellung eines Reisepasses.[78]

Bereits am 16. Juli 1953 hatte der für Rechtsfragen zuständige Attaché der US-Botschaft in London an FBI-Direktor Hoover berichtet, dass Ruth Fischer in den USA wie auch in Europa Kontakte „trotzkistischer Natur“ pflege.[79] Am 10. September 1954 schrieb er, Ruth Fischer zeige eine „pessimistische und defätistische Haltung sowie Anzeichen des Bedauerns darüber, dass sie ihren Bruder Gerhart Eisler denunziert hatte.“[80] Ein anderer Berichterstatter glaubte sogar, sie wolle in

78 Stefan Bauer-Mengelberg an Ruth Fischer, Brief vom 17. September 1954. Dieser Brief befindet sich nicht im Nachlass Ruth Fischers. Er ist abgedruckt in: Abtrünnig wider Willen, S. 301–305. Der Herausgeber Peter Lübbe erhielt eine Kopie von Ruth Fischers Sohn. Die Verlängerung von Ruth Fischers Pass erfolgte ohne Probleme. – Mit diesem Problem stand Ruth Fischer nicht allein: Babette Gross schrieb ihr im Mai 1953, sie habe in Frankfurt Besuch eines „McCarthy-Abgesandten“ erhalten; die Unterhaltung habe zu ihrem Entschluss beigetragen, sich aus der Politik herauszuhalten. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 309, Bl. 63: Babette Gross an Ruth Fischer, Brief vom 7. Mai 1953. Sabine Hering, Das Exil als Falle. Vier Frauen auf der Flucht vor Hitler und Stalin, in: Ariadne, Nr. 32 (November 1997), S. 55, geht jedoch zu weit, wenn sie Ruth Fischer unter die Verfolgten der McCarthy-Ära einreiht.

79 Ruth Fischer FBI File: Legal Attaché, American Embassy, London, Mitteilung vom 16. Juli 1953.

80 Ebd.: Legal Attaché, American Embassy, London, Mitteilung vom 10. September 1954.

den Osten übersiedeln. Habe sie nicht Malenkows Regime als weit besser gegenüber dem Stalins dargestellt?, fragten sich ihre Beobachter ein um das andere Mal.[81]

Keimte in der Sowjetunion ein zartes Pflänzchen der Entspannung, so wurde das Klima in den USA vorerst immer rauer. Der Kampf gegen links hatte jedes Maß verloren. Die Loyalitätskontrolle für Staatsangestellte wurde derart verschärft, dass nun der Verdacht, nicht der Nachweis „prokommunistischer" Betätigung zum möglichen Entlassungsgrund wurde. Der Senat richtete seinen berühmt-berüchtigten Unterausschuss unter Vorsitz von Joseph McCarthy ein, vor dem sich die Angestellten erklären mussten, obgleich ein solches Vorgehen von der Verfassung nicht gedeckt war. Die Anhörungen wurden im Stil eines Schauprozesses im noch jungen Fernsehen übertragen. Sozialkritische Bücher wurden aus den Amerika-Häusern im Ausland entfernt, auch dann, wenn ihre Verfasser ausdrücklich den Kommunismus in jeder Form ablehnten.[82]

Am 19. Juli 1953 fand der bislang längste Prozess gegen Kommunisten in den USA seinen grausamen Abschluss: An diesem Tag wurden Ethel und Julius Rosenberg als angebliche Atomspione hingerichtet. Julius Rosenberg hatte zwar für den sowjetischen Geheimdienst gearbeitet, war aber nicht imstande, irgendein Atomgeheimnis zu verraten, seine Frau war im Sinne der Anklage völlig unschuldig. Spiegelverkehrt wiederholte sich das Eislersche Familiendrama, denn David Greenglass belastete seine Schwester Ethel Rosenberg mit zumeist ganz aus der Luft gegriffenen Aussagen. Doch waren die Konsequenzen schlimmer als im Fall der Eislers.[83]

Im August 1954 wurde die KP der USA faktisch in die Illegalität gedrängt, wenngleich weiterhin formell nicht verboten (später verbot der Bundesstaat Tennessee zeitweilig die Partei). Doch konnte seitdem jede als kommunistisch angesehene Aktivität, selbst eine entsprechende mündliche Äußerung zum Straftatbe-

---

81 Ebd.: Berichterstatter (Nachname Roach lesbar) an A. M. Belmont, Mitteilung vom 13. September 1954. Nach Mitteilung von Carl E. Krumpe, Griechischlehrer an der Phillips Academy, einer Highschool in Andover (Massachusetts), an Peter Lübbe vom 23. Dezember 1985 war auch Major Ann Bray vom CIC mit der Überwachung von Ruth Fischer beauftragt worden. Vgl. Abtrünnig wider Willen, S. 39.

82 Vgl. für Einzelheiten aus der Vielzahl der Arbeiten Michael J. Heale, American Anticommunism. Combating the Enemy Within, 1830–1970, Baltimore/London 1990, S. 167–190, Joel Kovel, Red Hunting in the Promised Land. Anticommunism and the Making of America, London/Washington 1997, S. 111–136, bes. S. 121ff., und Ellen W. Schrecker, Many Are the Crimes. McCarthyism in America, Princeton 1998, S. 240–265.

83 Die Literatur zum Rosenberg-Fall ist immens. Vgl. den Erkenntnisstand bei Walter Schneir, Final Verdict. What Really Happened in the Rosenberg Case, Brooklyn, NY 2010.

stand werden. Dies war eine erneute eklatante Verletzung der verfassungsmäßig garantierten Meinungsfreiheit. Wenig später überspannte McCarthy jedoch den Bogen, als er die Untersuchungen auf das Außen- und das Verteidigungsministerium auszudehnen suchte und ohne irgendwelche Beweise behauptete, beide Ministerien seien von Prokommunisten und sowjetischen Agenten durchsetzt. Er konnte dies jedoch, als er dazu aufgefordert wurde, nicht beweisen. Erst dann verlor er die stillschweigende Unterstützung von Präsident Eisenhower und musste im Dezember 1954 den Vorsitz des Ausschusses niederlegen. Zweieinhalb Jahre später starb er, der mit seinem ausschweifenden Lebensstil auch den Argwohn von FBI-Chef Hoover hervorgerufen hatte, an einer Leberzirrhose.[84]

War Ruth Fischer durch Eberhard Taubert in ihrer Überzeugung erschüttert worden, in der westlichen Welt und vor allem bei ihren Geheimdiensten laufe es im Prinzip gut und richtig, wuchs diese Verunsicherung durch den Brief Bauer-Mengelbergs mit Sicherheit weiter an. Zwar trachtete ihr niemand in Amerika nach dem Leben. Aber offenkundig wollte sie eine Befragung durch McCarthys Leute, vielleicht sogar die Ausweisung aus den USA nicht mehr völlig ausschließen. Sie fühlte sich urplötzlich in die Ecke der Sympathisanten des Kommunismus gedrängt. Es habe ihr „den Rest gegeben", berichtete ihr Sohn, als auf einer Party ein rechtsradikaler Amerikaner sagte: „Wir sollten eine Bombe auf den Roten Platz in Moskau werfen und die ganze kommunistische Bande ausräuchern." Angesichts einer solchen Bemerkung „fühlte sie sich als Kommunistin."[85]

Zudem war sie als Publizistin an einem neuralgischen Punkt angelangt: Entweder sie beugte sich dem Meinungsdiktat und erklärte, jede Art von Kommunismus sei gleich schlecht und gleich verbrecherisch – dann aber könnte sie weder über Jugoslawien noch über die anstehenden Veränderungen in der Sowjetunion irgendetwas von Belang sagen, dann wäre auch ihre eigene Opposition gegen Stalin völlig wertlos gewesen.[86] Oder sie bestand darauf, dass verschiedene Varianten des

---

84 Vgl. die soeben genannten Arbeiten von Heale, Kovel und Schrecker.

85 Interview Gerard Friedlanders mit Sabine Hering und Kurt Schilde, in: Sabine Hering/Kurt Schilde (Hg.), Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt 1995, S. 87.

86 Der zum Teil auf Tatsachen beruhende Spielfilm *Good Night and Good Luck* (2005) nimmt als Anlass der Verfolgung des Hauptthelden (gespielt von David Strathairn) durch McCarthy dessen behauptete Kontakte zu jugoslawischen, nicht sowjetischen Kommunisten, obgleich Jugoslawien damals Militärhilfe von den USA bezog. In ihren Reaktionen lehnten (wie der Autor in New York miterlebte) manche Zuschauer die Sequenzen des Filmes, in denen McCarthy auftrat, als Übertreibung ab. Dieser wurde jedoch von keinem Schauspieler verkörpert, sondern es wurden alte Originalaufnahmen in den Schwarzweißfilm eingespielt.

Kommunismus existierten, dass dem tödlichen Hass Stalins gegen seine Widersacher von Trotzki bis Tito eine andere Ursache jenseits bloßer Machtkämpfe zugrunde lag. Die Konsequenz daraus war, dass es einander entgegengesetzte Motive gab, sich als Kommunist zu erklären, humane und antihumane. Dann schlossen die Beweggründe einander aus, die einen Stalin zum Massenmörder und einen Henry Winston, der für die Gleichberechtigung der Schwarzen kämpfte, zum Märtyrer machten, mochte jener auch an Stalin noch glauben. Entschied sie sich für die zweite Variante, würden sich die militanten Antikommunisten, die bislang um ihre Dienste nachsuchten, womöglich in Feinde verwandeln. Dann aber könnte Amerika, das Ruth Fischer Zuflucht geboten hatte, zur Falle werden, auch wenn McCarthy, einem der schlimmsten Scharfmacher, inzwischen die Zügel angelegt wurden.

Der Gedanke an einen Ortswechsel bedeutete noch keine politische Wendung in Richtung Moskau. Ruth Fischer wusste zudem, dass diese dort nicht honoriert würde – es war noch vor dem 20. Parteitag der KPdSU. In Moskau und Ostberlin blieb sie die Verräterin. Doch was war mit jenen, die sie durch ihre Vorwürfe und ihre Lügen belastet hatte? Würde es eine Brücke zurück zu ihnen geben, angefangen mit ihren Brüdern? Dies war unwahrscheinlich. Ruth Fischer ging dennoch bedingt auf Kursänderung, suchte nun ihr Lebensschiff zwischen Moskau und Washington, zwischen Scylla und Charybdis hindurchzuwinden, und die Route sollte sie nach Europa zurückführen. Ihre erste Wahl war Paris, dort hatte sie gelebt, dort gab es alte Freunde wie Lucien Laurat und Etienne Balázs. Dort konnte sie ohne Furcht vor Behinderung ihre Meinung sagen und schreiben.

Ihr Wunsch, nach Paris zurückzukehren, war freilich älter, genauer gesagt, hatte sie diese Idee nie aufgegeben. Sie denke und fühle europäisch, sie wolle nicht auf Dauer in New York bleiben, schrieb sie noch vor Kriegsende dem Ingenieur und Übersetzer Pierre Vogein, der einst in Paris zu ihrem Kreis gehört hatte. „Für eine Europäerin mit meinem speziellen Hintergrund ist es unmöglich, hier Fuß zu fassen. Ich denke auch, dass es sinnlos und ohne Wert ist. Aber natürlich phantasiere ich mir keine Narreteien über die Lage in Europa heute und über die speziellen Probleme, die ich dabei hätte, zusammen. Ich wäre sehr an Deiner Meinung über meinen Rückkehrwunsch nach Paris und über die Aussichten dafür interessiert.“[87] Einem anderen Weggefährten aus der Pariser Zeit versicherte sie: „Wir würden alle gern nach Europa zurückkehren, trotzdem wir gar keine Illusionen über die dortigen Zustände besitzen und werden das auch bei erster Gelegenheit

87 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2103: Ruth Fischer an Pierre Vogein, Brief vom 31. Januar 1945, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 164.

versuchen."[88] Hinzu kam Ruth Fischers Enttäuschung über die Schwäche der amerikanischen Arbeiterbewegung und das zum Teil niedrige Niveau ihrer Funktionäre.[89]

Paris war auch Ruth Fischers erste Wahl, weil in Wien noch immer die sowjetische Armee stand. So fiel die Stadt ihrer Jugend als Niederlassung aus. Nicht anders war es in Berlin. Sie hatte gelegentlich an eine Übersiedlung nach England nachgedacht, die Idee jedoch angesichts der restriktiven britischen Einwanderungspolitik fallenlassen müssen. Vielleicht Westdeutschland? Sollte sie je daran gedacht haben, nahm sie nach ihrer Erfahrung mit der dortigen Bürokratie davon Abstand.

Im September 1953 informierte Ruth Fischer ihren Frankfurter Anwalt Henry Ormond über ihren laufenden Antrag auf „Wiedergutmachung" für die unter dem Nazismus erlittene Verfolgung. Sie habe ihren Fall der in New York ansässigen American Federation of Jews from Central Europe übertragen und hoffte, ihre Tätigkeit als Sozialfürsorgerin in Berlin, die sie 1933 abbrechen musste, würde ihr im Nachhinein vergütet, der erzwungene Verdienstausfall angemessen ersetzt werden.[90] Doch endete das Verfahren für Ruth Fischer mit einer Niederlage: Am 1. Oktober 1954 teilte ihr das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen, das mit ihrer Angelegenheit befasst war, die Ablehnung des Antrages mit.

In der Begründung hieß es, dass „geschädigte Angehörige des öffentlichen Dienstes von der Wiedergutmachung ausgeschlossen sind, wenn sie die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekämpfen." Als „Beweis" führte der zuständige Referent Ruth Fischers Tätigkeit in der KPD bis zum Jahre 1926 an, die 23 Jahre vor der Verabschiedung des Grundgesetzes endete. Da sie „seit früher Jugend eine überzeugte kommunistische Auffassung führend

---

88 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1710: Ruth Fischer an Karl Moritz, Brief vom 27. September 1945, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 178f.

89 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1892, Bl. 2: Ruth Fischer an Ellen Roy, Brief vom 24. März 1947. – Doch scheint Ruth Fischer hier geschwankt zu haben: Ihr Sohn berichtete, sie habe ihn 1949 zur Übersiedlung nach Amerika bewegen wollen und habe sich zumindest damals noch als „überzeugte Amerikanerin" gefühlt. Interview Gerard Friedlanders mit Sabine Hering und Kurt Schilde, in: Hering/Schilde (Hg.), Kampfname Ruth Fischer, S. 87.

90 Ebd., Mappe Nr. 1780, Bl. 1: Ruth Fischer an Henry Ormond, Brief vom 8. September 1953. In einem weiteren Brief vom 17. September machte sie Angaben zu ihrem „common-law husband" Maslow und ihrem Sohn. Vgl. ebd., Bl. 2.

vertreten hat und auch heute noch vertritt", falle sie unter den Personenkreis, an den die deutsche Regierung keine Zahlungen leiste.[91]

Voller Zorn schrieb sie, es sei sinnlos, „mit solchen Geistern große politische Debatten vor einem Landgericht zu führen." Die Behauptung, sie vertrete weiter kommunistische Auffassungen, da sie über den Kommunismus schreibe, sei geradezu absurd. Der penible Landesbeamte habe ihr Buch *Stalin und der deutsche Kommunismus* offenbar nicht einmal durchgeblättert, geschweige denn gelesen. Doch wolle sie die Sache nicht auf sich beruhen lassen, sondern glaube, „dass man verwaltungsjuristisch einen schönen Punkt haben könnte, indem man den nationalsozialistischen Rechtsgeist, der aus diesem Schriftstück spricht, in der schärfsten angelsächsischen Präzision angreifen würde. Selbst die bekannte Smith-Act in Amerika, die gegen agierende kommunistische Führer angewandt wird, verlangt den Nachweis der Mitgliedschaft in der KP, und allgemeine kommunistische Gesinnung ist selbst unter McCarthy niemals Gegenstand einer Untersuchung geworden. McCarthy ist eben daran gescheitert, dass er gezwungen war, seine Behauptungen mit Tatsachen zu beweisen, und dass diese Tatsachen nicht stimmten oder in einen falschen Zusammenhang hineingestellt wurden."[92]

Doch habe ihr ein Ex-Genosse, Toni Waibel, der zwölf Jahre im KZ gesessen habe, dringend abgeraten, „sich auf ein Gerichtsverfahren einzulassen, weil es allgemein bekannt ist, dass die Gerichte jeden Anspruch von Linken und Emigranten zu ersticken versuchen, gleichgültig, mit welchen Mitteln sie das erreichen können."[93] Darin musste ihr Ormond beipflichten: Zwar gehörte Ruth Fischer zu

---

91 Ebd.: Ruth Fischer an Henry Ormond, Brief vom 13. November 1954, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 305–310, Zitate S. 308 und 310, sowie in: Hering/Schilde (Hg.), Kampfname Ruth Fischer, S. 289–293.

92 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1780, Bl. 19: Ruth Fischer an Henry Ormond, Brief vom 28. Juni 1955. Ruth Fischer schrieb „die" Smith-Act (statt der), wohl eine dem österreichischen Deutsch entlehnte „umgekehrte" Übersetzungsvariante. Dort heißt das Aktenstück bekanntlich „der Akt" (statt die Akte). – Ihr Wort vom „nationalsozialistischen Rechtsgeist" muss vor der Tatsache gesehen werden, dass bereits 1948 76 Prozent aller Richter und Staatsanwälte in der Britischen Besatzungszone frühere NSDAP-Mitglieder waren, ohne dass damit Genaueres über ihre tatsächliche Rolle in der Partei oder eine mögliche spätere Hinwendung zur Demokratie gesagt werden kann. Diese Zahlen nannte der nordrhein-westfälische Innenminister Walter Menzel vor dem Parlamentarischen Rat. Dies nach Rolf Badstübner, Vom „Reich" zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999, S. 396.

93 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1780, Bl. 19: Ruth Fischer an Henry Ormond, Brief vom 28. Juni 1955. Toni Waibel, seit 1919 KPD-Mitglied und nach 1945 in Westberlin politisch aktiv, wurde 1951/52 als angeblicher „Trotzkist" aus der Partei ausgeschlossen. Vgl.

den Personen, die unter Artikel 131 des Grundgesetzes fielen. Dieser sah die Wiedereingliederung der vor dem 8. Mai 1945 aus dem öffentlichen Dienst entlassenen Personen oder eine angemessene Entschädigung und Pensionsversorgung für sie vor. Ausdrücklich ausgenommen waren zwar nur Hauptschuldige und schwer Belastete des NS-Regimes, eine Kann-Bestimmung ermöglichte jedoch auch den Ausschluss anderer, vor allem von Kommunisten. Ein am 1. September 1951 in Kraft getretenes Gesetz, das Strafrechtsänderungsgesetz, gab dafür die juristische Handhabe. Es stufte jede auch nur unterstellte kommunistische Betätigung als staatsfeindlich ein, wenngleich die KPD noch nicht verboten war.[94]

Ruth Fischer wandte sich an ihren alten Bekannten Robert Kempner, der wie Ormond aus dem Exil zurückgekehrt war. Er arbeitete in Frankfurt als Rechtsanwalt und konzentrierte sich auf Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren für NS-Opfer sowie auf die Verfolgung der Täter. Kempner, der wohl schon durch Walter Friedlander, Ruth Fischers früherem Chef im Prenzlauer Berg, von der Sache wusste, erteilte Ruth Fischer Rechtsberatung, und ihre Anstrengung war schließlich doch noch von Erfolg gekrönt.[95] Am 17. März 1956 konnte Kempner an Ruth Fischer schreiben: „Ich freue mich zu hören, dass Sie nach so vielen Jahren Abirrung in politische Tätigkeit endlich Ihr Lebensziel erreicht haben und, wenn auch nur in partibus infidelium, leitende Fürsorgerin geworden sind […].“ Er sei sicher, dass sie „dieses hohe Amt, wenn auch nur noch ‚im Geist', würdig verwalten werden, wobei die Verwaltung allerdings nur noch im Einkassieren der Versorgungsbezüge nach entsprechender Abzweigung von Anwaltshonoraren zu geschehen hat.“[96]

Sie sei nach Gerichtsentscheid als Sozialfürsorgerin im Ruhestand den entsprechenden Beamten gleichgestellt worden und erhalte eine Nachzahlung von fünftausend Dollar, die auf ein freikonvertierbares Konto oder direkt in die USA überwiesen würden. Zudem sei sie pensionsberechtigt.[97] „Aus freundschaftlichen

Hermann Weber/Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 830f.

94 Vgl. Joachim Perels, Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime, Hannover 2004, S. 195–205. Zum „131er Gesetz“ vgl. Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1999, S. 69–100.

95 Vgl. Robert M. W. Kempner, Ankläger einer Epoche, Lebenserinnerungen, in Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich, Frankfurt u. a. 1983, S. 170f.

96 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 433, Bl. 16: Robert M. W. Kempner an Ruth Fischer, Brief vom 17. März 1956. In partibus infidelium, lat.: in Gegenden der Ungläubigen. Dies bezog sich auf die Verwaltung solcher Diözesen, die nur noch dem Namen nach existierten.

97 Ebd.

Gründen“ verzichte die Anwaltskanzlei Dr. Kempner & Levin auf das Honorar.[98] Ruth Fischers monatliche Pension, die ihr unabhängig vom Harvard-Gehalt gezahlt wurde, belief sich zunächst auf 414 DM, ab dem 1. April 1957 auf 451 DM und schließlich auf 564,84 DM.[99] Für die damalige Zeit war dies eine nicht unbeträchtliche Summe.

Mit einem Mal war Ruth Fischer aller Geldsorgen ledig. Nun konnte sie eine solide Mittelklassen-Existenz führen, und sie wollte dies in Paris tun. Sie beantragte und erhielt eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis erteilt. Hierbei half ihr möglicherweise die Verbindung zu François Mitterrand. Sie war 1954 an den französischen Innenminister herangetreten, als sie nach dem Verbleib der Papiere von Trotzkis Sohn Leon Sedow suchte.[100] Vor der geplanten Ortsveränderung standen noch einige Reisen an.

In den Jahren 1954 und 1955 flog Ruth Fischer von New York aus zweimal nach Genf. Sie wollte die Verhandlungen zur Lösung des Indochina-Konfliktes sowie die Konferenz der Außenminister zur deutschen Frage beobachten. In ihrem Bericht wandte sie sich gegen die Blockadepolitik der Bundesregierung und betonte, „dass man direkte Verhandlungen mit der DDR riskieren muss, um das politische und soziale Kompromiss herauszuhandeln, das für beide Teile tragbar und durchführbar sein könnte.“ Alle Wege in Richtung auf eine deutsche Wiedervereinigung seien aber versperrt, „wenn es nicht auch in Westdeutschland zu einer veränderten Haltung gegenüber der kommunistischen Welt kommt.“[101] Ein solches „zweites Jalta“, schrieb sie an anderer Stelle, sei „der Versuch eines Globalausgleiches zwischen Washington und Moskau, um später auch zu einem Ausgleich mit Peking zu kommen.“[102] Vom März bis Juni 1955 unternahm Ruth Fischer ihre zweite Asienreise, die sie wieder nach Indien, aber auch nach Indonesien führte. In Bandung sah sie die Formierung der Blockfreien-Bewegung. Von der Bandung-Konferenz gehe ein wichtiger Impuls für die Unabhängigkeitsbewegun-

98 Ebd., Bl. 17: R. I. Levin an Ruth Fischer, Brief vom 2. Mai 1956.

99 Ebd., Mappe 1780, Bl. 59 und 62: Ruth Fischer an Henry Ormond, Briefe vom 18. November und vom 13. Dezember 1957.

100 Vgl. ebd., Mappe Nr. 1697, Bl. 1 und 2: Ruth Fischer an François Mitterrand, Briefe vom 20. Oktober 1954 und vom 27. Januar 1955.

101 Ruth Fischer, Das zweite Yalta (I), in: FH, 10 (1955), Nr. 9, S. 625f. Ruth Fischer schrieb stets *das*, nicht der Kompromiss.

102 Ruth Fischer, Im Osten nichts Neues?, in: Offene Welt, Nr. 39 (September/Oktober 1955), S. 58.

gen auch für die afrikanische Unabhängigkeitsbewegung aus. Dies werde nicht ohne Rückwirkung auf Europa bleiben.[103]

Zum Adressaten von Ruth Fischers Aufsätzen wurde nun ganz das deutschsprachige Publikum. In New York beteiligte sie sich nicht an den einsetzenden Diskussionen um eine neue Linke, die in der *Partisan Review* oder ab 1954 im *Dissent* stattfanden. Obgleich Ruth Fischer viele Mitarbeiter beider Zeitschriften recht gut kannte, mag es ihr schwergefallen sein, Beiträge unterzubringen. Schließlich hatte vor allem Irving Howe, der führende Kopf des *Dissent*, klargemacht, dass eine Kooperation mit dem HUAC für die antistalinistische Linke nicht akzeptabel war.[104] Doch entsprachen auch Ruth Fischers Interessen keineswegs den Hauptproblemen, mit denen sich die Zirkel um beide Zeitschriften nun immer mehr befassten: Fragen säkular-jüdischer Identität oder das Verhältnis der Linken zu Israel. So gab es auch keine Zusammenarbeit Ruth Fischers mit dem ähnlich ausgerichteten, inzwischen aber ins konservative Lager gewanderten *Commentary*. Spezifisch amerikanische oder jüdisch-israelische Themen waren für die überzeugte Europäerin nie besonders wichtig gewesen und wurden es nun umso weniger.

Doch hielten auch Emigranten aus dem Kreis, den Hannah Arendt um sich zu scharen verstand, Distanz zu Ruth Fischer. Zwar erwähnte Waldemar Gurian ihren *Stalin* en passant, und Hans Kohn hatte das Buch ausführlich rezensiert. Hannah Arendt stellte jedoch in ihrem Essay *Gestern waren sie noch Kommunisten* klar, was sie von Ex-Kommunisten hielt, die später als Bannerträger des Antikommunismus auftraten. Diese ehemaligen Kommunisten, so Arendt, seien im Klima des scharfen Antikommunismus noch immer gefährdet, da ihre frühere Parteimitgliedschaft, „und sei es für vier Wochen im Alter von siebzehn Jahren, eine schwere Belastung geworden ist." Jene Ex-Kommunisten, die ihre Kenntnisse nun der anderen Seite anböten, suchten nach Wegen, „eine öffentliche Karriere, wenn auch unter anderen Vorzeichen, weiterverfolgen zu können." Doch habe ihr Anspruch, allein über genaue Kenntnisse der kommunistischen Bewegung zu verfügen und dadurch die Führung im antikommunistischen Kampf zu übernehmen, mit demokratischer Kommunismuskritik nichts zu tun. Erst ein Abrücken vom Pochen auf Rechtgläubigkeit könne Vertrauen schaffen. Dann, und erst

103 Vgl. Ruth Fischer, Die Konferenz von Bandung – Aufbruch der afro-asiatischen Völker [Text eines Vortrages vom 16. und 21. Juni 1955 in Frankfurt bzw. Bonn], in: Offene Welt, Nr. 38 (Juli/August 1955), S. 43. Weitere Vortragsmanuskripte über die Konferenzen von Bandung und Genf befinden sich in: Ruth Fischer Papers, Mappen Nr. 2599, 2609 und 2610.

104 Vgl. Irving Howes Essay: God, Man, and Stalin, in: The Nation vom 24. Mai 1952, jetzt in: Irving Howe, Selected Writings 1950–1990, San Diego u. a. 1992, S. 19–25.

dann, könnten sie, die sich in beiden Lagern auskannten, Gehör von Menschen finden, denen es um ein objektives Urteil gehe.[105]

Natürlich half die Vertrautheit mit dem „Innenleben" der kommunistischen Bewegung bei ihrer nachmaligen Bekämpfung; deshalb war der Renegat eine nicht geliebte, doch gesuchte Figur. Doch hatten die Ex-Kommunisten nicht *per se* ein Wissensmonopol. Solche Kommunismusforscher wie etwa Raymond Aron, Leonard Schapiro oder Hugh Seton-Watson, die nie der Partei nahegestanden hatten, legten empirisch gut fundierte und gedankenreiche Arbeiten vor, die nicht ignoriert werden konnten. Katholische Gelehrte wie Jozef Bocheński oder Gustav Wetter, so anachronistisch ihr eigenes Dogma war, setzten sich mit dem Dialektischen Materialismus in einer Gründlichkeit auseinander, die den meisten KP-Ideologen abging, und es sollte noch Jahre dauern, bevor mit Roger Garaudy ein marxistischer Philosoph die ernsthafte Debatte mit ihnen wagte. Auf Jules Monnerot, der das Konzept der politischen Religion am Marxismus-Leninismus überprüfte, fand die Sowjetideologie keine Antwort (doch die Verführungskraft des rechten „Zeitgeistes" sollte derart stark werden, dass sich vierzig Jahre später Garaudy und Monnerot gemeinsam auf Seiten der Neofaschisten wiederfanden).[106]

Ruth Fischer suchte, anders als viele Ex-Kommunisten, inzwischen einen Weg nach links. Deshalb konnte sie schon gar nichts jenem ultrakonservativen Zeitschriftenprojekt abgewinnen, das William Schlamm, in fernen Wiener Zeiten ihr Genosse, mit herausgab. Die *National Review*, so hieß die von William Buckley und Schlamm edierte Zeitschrift, steuerte nicht nur einen antikommunistischen, sondern auch einen militant antiliberalen Kurs. Schlamm rief allen Ernstes zur militärischen Befreiung der den Deutschen 1945 „gestohlenen" Ostgebiete auf, was er als Auftakt eines Roll-back des Kommunismus sah. Der Scharfmacher forderte dabei auch den Einsatz von Atomwaffen. Doch eine Ostlandreiterin oder Atomkriegsstrategin war Ruth Fischer nie gewesen, und die kurze Korrespondenz

---

105 Hannah Arendt, Gestern waren sie noch Kommunisten, in: Freitag vom 28. Juni 1996 (Zuerst Englisch unter dem Titel: The Ex-Communists, in: Commonweal, Nr. 57/1953, S. 595–599). Hannah Arendt musste gegenüber Ruth Fischer besonders misstrauisch sein, war doch ihr Mann Heinrich Blücher in der Weimarer Republik KPD-Mitglied gewesen. Sie vermied auch in ihrem Hauptwerk jeden Bezug auf Ruth Fischers *Stalin und der deutsche Kommunismus*. Vgl. Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft [1951], Neuausg., München/Zürich 1986.

106 Monnerot suchte den Bolschewismus als eine Art Islam des 20. Jahrhunderts zu erklären, als eine Wiederverschmelzung des Politischen mit dem Sakralen. Der Marxismus-Leninismus sowjetischer Spielart sei sowohl säkulare Religion wie Ideologie eines neuen Imperialismus. Vgl. Jules Monnerot, Soziologie des Kommunismus, Köln 1952. Im Alter unterstützte Monnerot die rechtsextreme Partei Front National. Garaudy beendete seine äußerst wechselvolle politische Laufbahn als Holocaust-Leugner.

mit Schlamm wurde nach anfänglichem Interesse beider unverbindlich und kühl. Ruth Fischer lehnte die Mitarbeit an Schlamms Zeitschrift schließlich ab.[107]

Mehr denn je war ihr Interesse ganz auf die Politik gerichtet, denn am 25. Februar 1956 hielt Nikita Chruschtschow in der internen Sitzung des 20. KPdSU-Parteitages seine berühmte Rede „Über den Personenkult und seine Folgen". Er gedachte diese „Geheimrede" keineswegs geheim zu halten. Im März wurde sie vor allen Grundorganisationen der Partei verlesen. Am 5. Juni erschien der Text in der *New York Times* und dann in der ganzen westlichen Presse. Er löste ein politisches Erdbeben aus.

Von New York nach Paris

Nikita Chruschtschows Abrechnung mit Stalin war ein Markstein in der Geschichte der kommunistischen Bewegung. Er lüftete, nun auch für jeden Kommunisten sichtbar, den Vorhang, hinter dem die Verbrechen und die zahllosen Leichen der Schreckensherrschaft Stalins angehäuft waren. Den gläubigen, mehr noch den schon zweifelnden Parteigängern des Sowjetregimes kam es schmerzhaft zu Bewusstsein, dass der geniale marxistische Theoretiker, der Führer der Völker, der ruhmreiche Wegbereiter welthistorischer Siege in Wahrheit ein grausamer Despot, Verbrecher und Menschenschinder, ein zynischer Verfälscher historischer Tatsachen, ein Verächter wissenschaftlicher Analyse, ein Chauvinist und Antisemit gewesen war, ein Massenmörder, der seine eigene Partei und sein Offizierskorps hatte verbluten lassen. Für Ruth Fischer muss die aufrüttelnde Rede des Ersten Mannes in Moskau fast wie ein Echo von Arkadij Maslows Worten geklungen haben, mit denen dieser zwei Jahrzehnte vorher seinen Todfeind beschrieben hatte.

„Stalin führte den Begriff ‚Volksfeind' ein", sagte Chruschtschow, „er erlaubte die Anwendung schrecklichster Repressionen, wider alle Normen der revolutionären Gesetzlichkeit, gegen jeden, der in irgendetwas mit Stalin nicht übereinstimm-

107 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappen Nr. 790 und 1928: Briefwechsel mit William S. Schlamm. Vgl. auch Marcus M. Payk, Antikommunistische Mobilisierung und konservative Revolte. William S. Schlamm, Winfried Martini und der „Kalte Bürgerkrieg" in der westdeutschen Publizistik der späten 1950er Jahre, in: Thomas Lindenberger (Hg.), Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen, Köln u. a. 2006, S. 111–137. Vgl. weiterhin Andrea Reiter, Doppelte Verbannung. Politisches Renegatentum im Exil, in: John M. Spalek u. a. (Hg.), Deutschsprachige Exilliteratur seit 1933, Teil 3/4: USA, München/Zürich 2003, S. 469–499, die Ruth Fischers Positionen denen Schlamms gegenüberstellt und den Schriftsteller Hans Sahl einbezieht.

te, der nur gegnerischer Absichten verdächtigt, der einfach verleumdet wurde. Dieser Begriff ‚Volksfeind' schloss im Grunde genommen schon von sich aus die Möglichkeit irgendeines ideologischen Kampfes oder der Darlegung der eigenen Ansichten zu dieser oder jener Frage auch praktischen Inhalts aus. Als hauptsächlicher und im Grunde genommen einziger Schuldbeweis wurde entgegen allen Normen der heutigen Rechtslehre das ‚Geständnis' der Verurteilten betrachtet, wobei dieses ‚Bekenntnis' – wie eine spätere Überprüfung ergab – durch physische Mittel der Beeinflussung des Angeklagten erreicht wurde."[108]

Ruth Fischer und Arkadij Maslow hatten an prominenter Stelle in der endlosen Reihe derer gestanden, die zu „Volksfeinden" erklärt worden waren und um ihr Leben fürchten mussten. Würde jetzt ihre Rehabilitierung folgen, wenn auch bei Maslow nur noch posthum? Zwar hatte Chruschtschow noch vom Kampf der Partei gegen den Trotzkismus gesprochen, und Fischer und Maslow waren einst als „Trotzkisten" verdammt worden. Doch wenn eine solche Bresche in das gigantische Lügengebäude des Stalinismus geschlagen war, wäre dann nicht dessen Statik zerstört, würde nicht das ganze Gebäude alsbald einstürzen? Was würde aus dessen Trümmern erwachsen?

Eine grundlegende Änderung brauche Zeit, schrieb Ruth Fischer in den *Frankfurter Heften*. Vorerst habe Chruschtschow in zwei Punkten die Ideologie des Stalinismus revidiert: Anders als Stalin verkündet habe, sei der Krieg zwischen den beiden Lagern keineswegs unvermeidbar, und auch die kommunistische Revolution könne verschiedene Wege einschlagen. „Insbesondere sei es nicht notwendig, den Übergang zur sozialistischen Gesellschaft als nur durch den Bürgerkrieg möglich anzusehen."[109]

Sie verglich den Parteitag mit dem Edikt von Nantes. Wie dieses 1598 den französischen Hugenotten religiöse Toleranz zugesichert, den Katholizismus als Staatsreligion jedoch nicht angetastet habe, erlaube Russland heute politische Meinungsäußerungen, die aber die Vorherrschaft der kommunistischen Ideologie als Ganzes nicht in Frage stellten. Doch seien hier wie dort Entwicklungen, die die eng gezogenen Grenzen überschritten, auf lange Sicht nicht zu verhindern. „Denn die Rehabilitierung der Stalinschen Opfer" könne bei Parteigängern Stalins wie Antonow-Owsejenko nicht stehenbleiben.[110] „Stalin liquidierte ja nicht nur gna-

108 Über den Personenkult und seine Folgen. Rede N. S. Chruschtschows in der internen Sitzung des XX. Parteitages der KPdSU, 25. Februar 1956, in: Josef Gabert/Lutz Prieß (Hg.), SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956, Berlin 1990, S. 15.

109 Ruth Fischer, Das Edikt von Nantes, in: FH, 11 (1956), Nr. 4, S. 231.

110 Wladimir Antonow-Owsejenko hatte zeitweilig Trotzki nahegestanden, sich aber dann politisch von ihm losgesagt. 1937 koordinierte er die Zusammenarbeit der sowjetischen Seite, d. h. ihrer Geheimpolizei, mit den Republikanern im Spanischen Bürgerkrieg. Nach

denlos seine Gegner in der russischen Partei, sondern alle vermeintlichen und potentiellen Gegner in sämtlichen kommunistischen Parteien."[111]

„Die Enthüllungen des 20. Parteitages sind natürlich ein starker Stimulans für unsereinen", schrieb Ruth Fischer an Ellen Roy.[112] Sie geriet in eine Hochstimmung. „Zum Schluss wird Trotzki mit seiner Prophezeiung der unvermeidlichen politischen Revolution in Russland noch Recht behalten", teilte sie Karl Retzlaw mit.[113]

Der Parteitag und seine grundstürzenden, wohl kaum zu stoppenden Veränderungen veranlassten Ruth Fischer, ihre Manuskripte und Notizen kritisch zu sichten. Sie suchte nach Brauchbarem, um mit einem Buch in die laufenden Debatten einzugreifen.[114]

Sie arbeitete unter einem doppelten Druck: dem der politischen Ereignisse und jenem, der mit den Strapazen eines Umzugs von Kontinent zu Kontinent verbunden ist. Im Mai 1956 teilte Ruth Fischer ihren Freunden und Bekannten als neue Adresse Rue Montalivet Nr. 6, Paris, mit. Ihre Wohnung lag im Zentrum der Stadt, im achten Arrondissement, unweit vom Elysée-Palast und nahe der Metrostation Madeleine. Der Schriftsteller Hans-Magnus Enzensberger, der sie dort besuchte, schrieb, sie lebte „in einem eleganten, großzügigen Pavillon, der in einem kleinen Garten abseits der Straße lag."[115] Womöglich übertrieb Enzensberger Ruth Fischers Wohlstand, doch lag die Zeit, da sie in möblierten Zimmern wohnen musste, endlich hinter ihr. Im Juni 1960 zog sie innerhalb des Stadtbezirkes noch einmal um, in die Rue de Messine Nr. 1, eine Gegend zwischen dem Monceau-Park und dem Boulevard Haussmann. Beide Wohnungen waren weit genug

---

seiner Rückkehr wurde er Justizminister der Russischen Föderation, doch im März 1938 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

111 Fischer, Das Edikt von Nantes, S. 233. Ähnlich äußerte sie sich bereits in einem Seminar am 27. März 1956 am Russian Research Center der Harvard University, vgl. ihre Aufzeichnungen (seminar notes) in: Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2616, sowie ebd., Mappe Nr. 2617: Background and Repercussions of the Twentieth Congress of the Russian Communist Party.

112 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1891, Bl. 28: Ruth Fischer an Ellen Roy, Brief vom 27. Juni 1956.

113 Ebd., Mappe Nr. 1866, Bl. 41: Ruth Fischer an Karl Retzlaw, Brief vom 6. Dezember 1956.

114 Ein bereits veröffentlichter Aufsatz erschien als ein Kapitel des sogleich zu behandelnden Buches. Vgl. Ruth Fischer, Berijas Ende – ein neuer Anfang?, in: Geopolitik, Nr. 1 (1955), S. 12–20. Auch andere Aufsätze und Vortragsmanuskripte fanden ihren Niederschlag in diesem Buch und werden deshalb nicht noch zusätzlich ausführlich vorgestellt.

115 Hans-Magnus Enzensberger, Hammerstein oder der Eigensinn. Eine deutsche Geschichte, Frankfurt 2008, S. 352.

entfernt von den Gegenden, in denen sie einst mit Maslow gewohnt hatte und wo sie jeder Stein an den ermordeten Partner erinnerte. Zwar behielt Ruth Fischer ihre amerikanische Staatsbürgerschaft bei und verwies bisweilen mit Stolz darauf.[116] Doch war ihr Weggang aus den USA endgültig.

In ihr alt-neues Gastland führte sich Ruth Fischer mit einem für die deutsche Leserschaft bestimmten Aufsatz zur französischen Politik zwischen rechts und links ein. Die Poujadisten, eine nach ihrem Anführer benannte Anti-Steuer-Protestbewegung, sei nicht unbedingt eine vorübergehende Erscheinung. „Ihre Imitation der nazistischen Methoden, geräuschvolle Versammlungstechnik, militärische Disziplin der ‚Delegierten der Bewegung' und ähnliches mehr, fließen trotz der Verschiedenheit der ökonomischen Situation 1932 und 1956, aus denselben Quellen wie seinerzeit in Deutschland." Teile des konservativen Bürgertums könnten zu dieser populistischen Rechtsbewegung in größerer Zahl überlaufen. Angesichts der starken KP sei eine antikommunistische Bewegung in Frankreich auf die Unterstützung der Poujadisten angewiesen. Doch diese wurden keineswegs so stark, wie Ruth Fischer, und nicht nur sie, damals befürchtete.[117]

Ungeachtet aller Anstrengungen des Umzuges schloss sie im November 1956 ihr Buchmanuskript ab. Der Verlag Eugen Diederichs tat sein Möglichstes, und es erschien noch Ende des Monats. So erblickte zumindest ein Teil der in den USA begonnenen, dort aber nicht zur Buchreife gebrachten Entwürfe in neuer Gestalt und in einer anderen Sprache das Licht der Welt. *Von Lenin zu Mao. Kommunismus in der Bandung-Ära* darf als Quintessenz von Ruth Fischers politischem Evolutionsprozess gelten. Was mit der Distanzierung von den Geheimdienstlern wenige Jahre zuvor begonnen hatte, fand in diesem Text, gewissermaßen, einen Abschluss: Ruth Fischer hatte dem Antikommunismus entsagt.[118]

In ihrem Buch konzentrierte sie sich einerseits auf die zeitgenössische Geschichte der kommunistischen Bewegung am Beispiel der Sowjetunion mit Ver-

116 So erklärte Ruth Fischer vor einem deutschen Publikum, Wolfgang Leonhard zufolge: „Ich darf hier sagen, ich bin Amerikanerin, hier ist mein Pass." Wolfgang Leonhard, Verfolgt von Hitler und Stalin – deutsche Kommunisten im 20. Jahrhundert, www.ddr-biografien.de.

117 Ruth Fischer, Linke Welle in Frankreich, in: Außenpolitik, 7 (1956), Nr. 3, S. 42. – Der offizielle Name der von Pierre Poujade gegründeten Bewegung lautete Union de défense des commerçants et artisans (UDCA; Union zur Verteidigung der Händler und Handwerker). Poujade scheute vor antisemitischen Bemerkungen gegenüber Premierminister Pierre Mendès-France nicht zurück. Mit dem Machtantritt de Gaulles 1958 zerfiel die Bewegung.

118 Ruth Fischer, Von Lenin zu Mao. Kommunismus in der Bandung-Ära, Düsseldorf/Köln 1956. Von nun ab werden die Seitenzahlen nach Zitaten aus diesem Buch in Klammern im Text angegeben.

weisen auf die KPD, andererseits auf aktuelle und mögliche künftige Entwicklungen am Beispiel Chinas, Indiens und Vietnams. Natürlich war das eine Geschichte „von oben“, eine Analyse von Ideologie und Herrschaft. Da Ruth Fischer zwar Kenntnisse durch ihre Reisen in die asiatische Welt gewann, ihr aber solche in den sowjetischen Machtbereich versagt blieben, konnte sie dort nicht die Menschen vor Ort beobachten. Die eigentümliche Mischung aus Anpassung, Verweigerung, Hinnahme der offiziellen Doktrin und partieller Forderung nach Erfüllung der Heilsversprechen, die das Verhalten vieler Menschen in Osteuropa prägte, kannte sie nur aus fragmentarischen westlichen Berichten. Doch half ihr die Erfahrung des einstigen Moskau-Aufenthaltes wie überhaupt die Kenntnis kommunistischer Machtausübung.

Ausgangsthese war die Beobachtung, dass „eine neue multinationale Welt“ heraufsteigt, „die sich nicht mehr um Washington und Moskau gruppiert, sondern neue Schwerpunkte in ihrem eigenen Bereich sucht. In diese multinationale Welt werden sich die Europäer hineinstellen müssen, um zu überleben und um sich zu entwickeln. Diese unvermeidliche Umstellung ist von kapitaler Bedeutung gerade für Westdeutschland, dessen Entstehung in den Koreakrieg fällt und dessen Staat und Gesellschaft so entscheidend vom Verlauf des Kalten Krieges, der dem Koreakrieg folgte, beeinflusst sind.“ (5)

Der „Kommunismus in der Bandung-Ära“ sei mit dem Begriff der Entstalinisierung zwar nicht ausreichend, aber treffend beschrieben. „Der Zwanzigste Kongress leitet eine neue Phase, die Phase der Umformung der Parteidiktatur in ein System der Partei- und Sowjetdemokratie ein.“ All dies dauere seine Zeit und man müsse mit zeitweiligen Rückschlägen oder Ausweichmanövern der Führung rechnen. „Aber eine Rückkehr zum Stalinismus ist nicht mehr möglich.“ (9)

Zwischen den ersten Kämpfern gegen die „Degeneration der Sowjetgesellschaft“ und den gegenwärtigen Reformern um Chruschtschow, Bulganin und Mikojan bestehe „ein historischer Zusammenhang.“ Erst Nikita Chruschtschow konnte es wagen, „Stalins Regierungsmethoden mit solcher Unbekümmertheit anzuprangern, weil die neue Generation von Technikern und Ingenieuren in der Stalinschen Atmosphäre von Hexenjagden und Hexenprozessen nicht arbeiten und nicht funktionieren konnte.“ (10) Stalins Zwangskollektivierung der Landwirtschaft habe die Diktatur der Partei in ein terroristisches und totalitäres System verwandelt, „welches viele gemeinsame Züge mit dem Regime Hitlers hatte.“ Der innerparteiliche Widerstand dagegen dürfe jedoch nicht unterschätzt werden: „Die Schauprozesse sind nur ein Teil dieses schrecklichen geheimen Kampfes, der seine Schatten bis auf den heutigen Tag wirft.“ (31f.)

Am Vorabend des deutschen Überfalls sei das Stalin-Regime äußerst instabil gewesen, doch der Widerstand gegen Hitler, bei dem in ganz Europa Kommunisten eine führende Rolle spielten, führte auch zur Wiedergeburt der Partei in Russ-

land. Die älteren Funktionäre glaubten nicht mehr, „sie könnten die Partei ohne diese absolute Autorität des Diktators zusammenhalten", doch die „neue, dritte Generation der russischen Kommunisten, die den Krieg erlebt hatte", sei „unzufrieden und widerspenstig." (32f.)

Auch ausländische Kommunisten suchten ihre Spielräume zu erweitern. So lese sich Georg Lukács' Verdammung des Nazismus „heute wie eine Verdammung der stalinistischen Gesellschaft. Im Besonderen hält er der Idee Hitlers von dem Volksstaat, dessen höhere Ziele den Vorrang vor den Wünschen des Einzelnen haben, ständig die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz entgegen. Wenn er Freisler, den Vorsitzenden des Deutschen Volksgerichtes im Prozess gegen Marschall von Witzleben und dessen Kameraden zitiert, so glaubt man Wyschinskij zu hören, Freislers sowjetisches Gegenstück."[119] Lukács stelle Hitlers Barbarei die demokratischen Revolutionen des Westens gegenüber und zeige, dass der Kommunismus, den er vertrete, an ein freiheitliches Ideengut anzuknüpfen suche. (69f.)

Einen freiheitlichen Kommunismus habe auch ein Teil des deutschen Exils in Mexiko im Auge gehabt; hier sei vor allem Paul Merker zu nennen. Nichts erinnerte mehr an Ruth Fischers einstige Attacken gegen das Nationalkomitee Freies Deutschland. Sie schilderte Merkers Leidensweg, soweit dieser im Westen bekannt war, und sie wies auf weitere Schicksale von in Ostberlin verhafteten Kommunisten hin: Paul Bertz, Leo Bauer, Willi Kreikemeyer. Der frühere Reichsbahnchef war spurlos verschwunden, und alle Anstrengungen seiner Frau, etwas über sein Schicksal zu erfahren, blieben vergeblich.[120] Doch habe die SED seit April 1956 erste Schritte zur Rehabilitierung der Verfolgten eingeleitet. Die ZK-Tagung

119 Es ist klar, dass sich Ruth Fischer hier auf Georg Lukács' Werk *Die Zerstörung der Vernunft* bezog. Doch schien sie mehr in Lukács hineinzudeuten, als dieser sagte. Lukács sah in der Idee von Hitlers Führerkonzeption und des nazistischen Volksstaates (allzu schematisch) „eine modernisierte, plebiszitäre Variante der alten preußischen Königsauffassung, der Theorie vom ‚persönlichen Regiment' des Königs, der für seine Taten nur vor Gott verantwortlich ist." Er nannte Albrecht von Haller, Friedrich Schlegel und Friedrich Julius Stahl als theoretische Väter dieses Konzeptes, dessen konsequente Vollendung, und hier verwies Lukács auf Freisler, die institutionelle Verwirklichung der „germanischen Demokratie" bedeute, als die sich der Führerstaat darstellte. Georg Lukács, Die Zerstörung der Vernunft, Berlin [DDR] 1954, S. 590, 592. Als getaufter Jude galt Stahl in Nazideutschland jedoch als „artfremd."

120 Vgl. Wolfgang Kießling, Willi Kreikemeyer, der verschwundene Reichsbahnchef, Berlin 1997.

vom 27. bis 29. Juli habe sich dann zu einer Selbstkritik durchgerungen und ein höheres Tempo der Rehabilitierungen angemahnt.[121]

Auch den Fall ihres einstigen ultralinken Weggenossen Josef Winternitz schilderte Ruth Fischer detailgenau: Der in Oxford geborene und in Prag aufgewachsene Winternitz war im Krieg in England zu einem eher undogmatischen Marxisten gereift, was ihm in der DDR politische Probleme bereitete. Ohne offiziell mit der SED zu brechen, ging der britische Staatsbürger daraufhin nach England zurück, wo er 1952 starb. So blieb ihm der Schauprozess in Prag erspart, der für so viele seiner Freunde und Weggefährten mit dem Tod endete. (Vgl. 38–40) Stalin, so Ruth Fischer, sei zuletzt wahnsinnig gewesen. (Vgl. 114) Dem widerspricht jedoch die unmenschliche Logik der Prozesse in Sofia, Budapest und Prag, die genau jene Parteigänger Stalins an den Galgen brachte, die als Juden, „Westemigranten“ oder frühere Mitarbeiter Titos einen, im Stalinschen Sinne, potentiellen „Gefahrenherd“ darstellten. In Stalins Antisemitismus mischte sich eiskaltes Kalkül mit blindwütigem Hass.

Warum habe er dennoch eine solche Verehrung genossen und genieße sie teilweise noch jetzt? „Stalin, einer der grausamsten Despoten aller Zeiten, hat das kommunistische Russland erfolgreich durch drei Jahrzehnte größter Schwierigkeiten hindurchgeführt. Er hat seine Industrie auf westliche Höhe gebracht. Er hat den Krieg gegen eine im Anfang weit überlegene deutsche Militärmacht gewonnen, er hat durch eine glänzende Außenpolitik seit 1933 die große Allianz mit Amerika geschaffen, aus der die heutige Weltmachtstellung Russlands hervor wuchs. Er hat durch seine entschlossene Okkupationspolitik Europa für lange Zeit in zwei Teile zerrissen und dadurch die Voraussetzungen geschaffen, dass jedes künftige vereinte Europa nicht anders existieren kann als in gutnachbarschaftlicher Kooperation mit dem russischen Großreich. Je länger der Abstand von Stalins Herrschaft sein wird, desto mehr wird er eingehen als Nachfolger jener großen Zaren, deren terroristische Regime Russland unerbittlich nach vorwärts peitschten. Nicht ohne Grund waren Iwan der Schreckliche und Peter der Große unter Stalins Diktatur beliebte Objekte historischer Studien.“ (118)

Es klingt wie eine Erwiderung auf Ruth Fischer, als Walter Laqueur einige Jahre später fragte, „ob Stalin wirklich groß war oder ob nur die geschichtliche Bühne groß war, auf der er seine Rolle spielte.“[122] Ruth Fischer war, wie Laqueur dem

121 Ruth Fischer nannte (irrigerweise) den März statt des 19. April als Termin der ersten Sitzung der ZK-Kommission, die sich mit den Rehabilitierungen befasste, und als Termin der ZK-Sitzung den 31. Juni.

122 Walter Laqueur, Mythos der Revolution. Deutungen und Fehldeutungen der Sowjetgeschichte, Frankfurt 1967, S. 120f.

Verfasser dieses Buches sagte, von der Idee und dem Gegenstand, mit dem sie gerade befasst war, so ergriffen, dass sie nicht nach links oder rechts sah.[123]

Nun, im Jahre 1956, hatte eine in letzter Zeit gereifte Idee ganz von ihr Besitz ergriffen: Chruschtschows Geheimrede schien ihr der schlüssige Beweis für eine Entstalinisierung, die jedoch die Vorherrschaft der Partei und das Herrschaftsgefüge des Sowjetstaates nicht grundsätzlich in Frage stellen wolle. Seine Politik laufe dennoch auf eine politische Revolution hinaus.[124] Was aber könne dies anderes bedeuten als eine Aussöhnung mit genau jenen Prinzipen, die sie und Maslow dreißig Jahre vorher an der Spitze der KPD verkündet hatten? Chruschtschow hatte keinen Zweifel daran gelassen, dass die Entthronung Stalins nur umso mehr das Festhalten am Leninismus bedeute. War nicht genau das die Politik der Bolschewisierung, die Sinowjew in Moskau verkündet und die Ruth Fischer in Berlin eisern praktiziert hatte? Was immer die Gründe waren, warum Ruth Fischer sich alsbald im Geist, wenn auch nicht im Ton Chruschtschow anschloss, die Hoffnung auf eine vollständige und offizielle Rehabilitierung dürfte nicht die geringste Rolle gespielt haben.

Hinzu kamen die Erfahrungen der letzten Jahre, die wachsende Desillusionierung über die Politik des Westens. Ruth Fischer sah die anfangs schleichende, dann immer offenere Rehabilitierung alter Nazis wie Eberhard Taubert. Die Altnazis bezogen hohe Gehälter und Pensionen, während sie selbst lange um jeden Pfennig kämpfen musste. Bei Kriegsende und noch Jahre danach war für sie der Nationalsozialismus erledigt, und die Hauptgefahr sah sie im Stalinschen Kommunismus. Nun aber würden sich, wenn auch demokratisch maskiert, in Westdeutschland jene Kräfte formieren, die die Ergebnisse des Krieges rückgängig machen wollten.

Ruth Fischer vergaß auch nicht die chauvinistische Stimmung in den USA. Sie fühlte sich nun vom Provinzialismus eines McCarthy abgestoßen, für den Menschen mit der Kenntnis ausländischer Kulturen und sogar fremder Sprachen schlicht potenziell unamerikanisch waren. War sie diesem Typus nicht Jahrzehnte zuvor bereits begegnet? Der McCarthyismus, schrieb sie, stelle „eine eigentümliche amerikanische Abart des Stalinismus dar, indem er genau wie sein großes Vorbild

123 „She was a single-minded person." So Walter Laqueur in Washington, D.C. am 25. März 2011 zum Verfasser. Ruth Fischer habe mit Laqueur seinerzeit nur über Algerien sprechen wollen, dessen Unabhängigkeitskampf sie gerade beschäftigte. Ähnlich urteilte im Gespräch zehn Jahre vorher Wolfgang Leonhard.

124 Ruth Fischer glaubte nun, es werde „organisierter Opposition gestattet […], an praktischer Politik teilzunehmen. " Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2616, Bl. 9: Seminar Notes, Harvard University, Russian Research Center, 27. März 1956. Ähnliche Äußerungen finden sich im Briefwechsel des ersten Halbjahres 1956.

zunächst einen Hauptschuldigen fixiert, den ‚Kommunisten', der im selben Atemzug als ‚der Spion einer ausländischen Macht' definiert wird. Es gab keine anderen Kommunisten als Spione und kaum andere Spione als Kommunisten. In derselben Weise verfuhr Stalin bekanntlich mit Trotzkij und den Trotzkisten." (85)

Wer sich an Ruth Fischers Aussagen erinnert, die sie nur wenige Jahre zuvor getätigt hatte, mag sich verwundert die Augen reiben. Sie kritisierte an McCarthy genau die Vorgehensweise, die sie damals selbst – und viel beredter als McCarthy und die Seinen – medienwirksam praktiziert hatte.

Ruth Fischer hatte völlig Recht, wenn sie schrieb, dass „in Amerika die Verfolgungswelle niemals diese terroristische Rasanz" erreichte wie unter Stalin mit seiner Unzahl von Leichen. Dennoch war ihre Bemerkung, dass den Opfern des McCarthyismus „im allgemeinen nichts schlimmeres zu[stieß], als aus Staats- oder Universitätsfunktionen entfernt zu werden", eine Beschönigung der Tatsachen. (86) Die Stimmungsmache eines ganzen Jahrzehntes trug bittere Früchte, deren Langzeitwirkung nicht übersehen werden darf. Wer als Kommunistenfreund gebrandmarkt war, verlor nicht nur die berufliche Existenz, sondern fast alle sozialen Kontakte. Frühere „Freunde" machten um ihn, wie sonst nur in Diktaturen üblich, einen Bogen und überließen ihm seinem ungewissen Schicksal. Oft war er vor physischer Gewalt nicht sicher, besonders wenn die Hautfarbe nicht „stimmte." Über die massenhafte Zerstörung beruflicher Existenzen hinaus – nicht nur im Staatsdienst oder Universitätsbereich – bewirkte der McCarthyismus, auch nachdem sein Protagonist entmachtet war, ein noch lange spürbares Klima der Angst und des Duckmäusertums. Ein aufgetragener Patriotismus, oft vermischt mit Rassismus, stand weit höher im Kurs als demokratische Werte.[125]

Offenbar wollte Ruth Fischer ihrer neuen deutschen Leserschaft, die womöglich nichts über ihren Anteil an der Frühphase dieser Kampagne wusste, keinen

125 Vgl. hierzu neben den bereits genannten Werken auch Howard Zinn, A People's History of the United States, New York 1990, bes. S. 420–424. – Der aus Nazideutschland (und später aus der DDR) geflüchtete Franz Loeser, Student an der University of Minnesota, sammelte aus Protest gegen die Gesinnungsüberprüfungen Unterschriften für eine Petition, in der es hieß: „Dass es das Recht des Volkes ist, wenn irgendeine Regierungsform gegen die Menschenrechte verstößt, diese Regierungsform zu verändern oder zu beseitigen und eine Regierung einzusetzen, die sich auf solche Prinzipien stützt und ihre Macht in einer Weise organisiert, die dem Volk mit größter Wahrscheinlichkeit seine Sicherheit und sein Glück gewährleistet." Von etwa fünfhundert angesprochenen Passanten wagten nur zwei, die Petition zu unterschreiben. Die meisten reagierten empört oder verängstigt auf diese „kommunistische Propaganda." Als Konsequenz der Aktion wurde Loeser von der Universität relegiert und (als britischer Staatsbürger) aus den USA ausgewiesen. Die Textpassage entstammte der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung. Franz Loeser, Die unglaubwürdige Gesellschaft. Quo vadis, DDR?, Köln 1984, S. 27.

reinen Wein einschenken. Die reflektierte Selbstkritik war nie ihre Stärke gewesen, und so sehr sie nun bemüht war, neue Lehren aus der veränderten Wirklichkeit zu ziehen, änderte sich daran nichts. Sie stellte ihrem Buch eine Sequenz aus Bertolt Brechts *Bei Durchsicht meiner ersten Stücke* voran und zitierte den soeben Verstorbenen mit den Zeilen: „Die Geschichte macht vielleicht einen reinen Tisch, aber sie scheut den leeren." Sie selbst aber war nur halbherzig bereit, ihre Schriften durchzusehen und reinen Tisch zu machen; unerwähnt blieb, dass sie Brechts als „Minnesänger der GPU" gebrandmarkt hatte.

Wie sehr sich Ruth Fischer aber von einstigen Positionen gelöst hatte, zeigen nicht zuletzt die Passagen, in denen sie sich der kommunistischen Bewegung Asiens zuwandte. Wahrscheinlich nahm sie dafür den Rat von Etienne Balázs in Anspruch. *Von Lenin zu Mao* war ein engagiertes Plädoyer gegen jede Art von Eurozentrismus, wenn über den Kommunismus von heute und morgen zu sprechen war. Die Gewichte der Welt seien dabei, sich grundsätzlich zu verschieben, sagte sie ein um das andere Mal. „Wir befinden uns in einer Illusion, wenn wir meinen, dass das, was sich in Europa und Amerika abspielt, entscheidet, weil die farbige Welt noch keine großen Armeen, noch kein großes Industriepotential hat."[126]

Ruth Fischer wandte sich gegen die im Westen damals populäre These, dass Lenin und die Komintern nur aufgrund des Ausbleibens der Revolution in Europa auf die koloniale Welt „gesetzt" hätten. Vielmehr habe die bolschewistische Partei von Anfang an die Bedeutung der kolonialen Frage wie auch das Potenzial antikolonial gesinnter Aktivisten erkannt. „Die erste Generation der Bolschewiken hatte viel direktere und konkretere Beziehungen zu den Nationalrevolutionären in den asiatischen Ländern als zu den wenigen sowjetfreundlichen Intellektuellen in den Vereinigten Staaten." (26)

Stalin wie auch die Westmächte hatten sich 1945 in China, wenngleich aus verschiedenen Motiven, an der Kuomintang orientiert. Sie alle verkannten, so Ruth Fischer, dass Mao Tse-Tungs Bauernarmeen den Kommunismus als *nationales* Projekt vorantrieben. „Aber das städtische Proletariat, das für mehr als ein Jahrzehnt unfähig gemacht worden war zu handeln, war auch noch in den Stunden der schwersten Niederlage imstande, seine Organisationsansätze in ein anderes, in ein Bauernmilieu zu verpflanzen und dort auf eine ganz neue, nicht vorhergesehene Art weiterzuentwickeln." (155)

Die Auflösung der Komintern habe Mao 1943 mit den Worten kommentiert, dies sei ein richtiger Schritt, „weil die kommunistische Bewegung zu groß geworden sei, um von Moskau aus gelenkt zu werden." (160) Die Kommunisten hätten

126 Fischer, Die Konferenz von Bandung, S. 43.

in China gegen alle Erwartungen gesiegt, weil sie soziale und demokratische Forderungen des Volkes einzulösen versprachen und ihnen, anders als dem korrupten Kuomintang-Regime, geglaubt wurde. „Die kommunistische Diktatur führte zunächst energisch eine Reihe von demokratischen Reformen durch: die Einführung der Zivilehe, die in China, wo die Frauen durch ein feudalistisches Familienrecht halb versklavt waren, von besonderer Bedeutung war; das Gewerkschaftsgesetz; eine Reihe von Arbeitsgesetzen und das Kernstück dieser Reformen, das Agrarreformgesetz.“ (152)

Da die proletarische Avantgarde der Partei in den blutigen Verfolgungskampagnen 1927 vernichtet worden sei, habe Mao danach die bäuerlichen Kader als Führungskräfte herangezogen. „Mao wurde daher zum Begründer einer Spielart der kommunistischen Parteiorganisation, wie es sie vor ihm nicht gegeben hatte, einer kommunistischen Bauern-Soldaten-Partei proletarischer Herkunft. Die von dieser Organisation getragenen Sowjetregierungen kann man nicht als Diktatur des Proletariats ansprechen, sondern als eine Militärdiktatur, die sich auf die armen Bauern des von ihr beherrschten Territoriums stützt.“ (155) In den von Maos Armeen besetzten Landesteilen konnten die Kommunisten zwei Jahrzehnte lang Erfahrungen in der Verwaltung großer Gebiete sammeln, so dass sie 1949 besser auf die Machtübernahme vorbereitet waren als 1917 die Partei Lenins.

China und die Sowjetunion würden mögliche Differenzen nicht in ernsthafte Rivalitäten ausarten lassen, die beiden Ländern kaum etwas nützten. Stattdessen würden sie gemeinsam mit den nördlichen Landesteilen Koreas und Vietnams einen starken kommunistischen Block bilden, über den weder Chruschtschow noch Mao allein herrschen könnten. Nordvietnam habe unter dem Krieg gegen Frankreich mehr gelitten als der Südteil, so dass Ho Chi-Minh, der ohnehin nie ein Stalinist gewesen sei, die Gelegenheit nutzen werde, Moskau (und Peking) um Hilfe zu bitten, ohne sich dafür politisch zu unterwerfen. Chruschtschows Rückzug von Stalins Positionen gebe den kommunistischen Partnern mehr Freiheit, eigene Vorstellungen in die Beziehungen zur Sowjetunion einzubringen. Dies habe sich auch in den Versöhnungsgesten zwischen Moskau und Belgrad gezeigt. Aufs Ganze gesehen, werde der Weltkommunismus durch die Entstalinisierung keineswegs schwächer, sondern vielmehr erstarken.

Auch würden zwischen Moskau und den nichtregierenden kommunistischen Parteien Beziehungen neuer Art entstehen. Puran Chand Joshi, Generalsekretär der KP Indiens, sei im Krieg am stärksten für eine Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Westmächten eingetreten. Er habe sich seinem einstigen Vorbild Gandhi widersetzt, der ihn deshalb einer probritischen Politik bezichtigte. Hätten denn, so Gandhi, die Alliierten die Befreiung der Kolonialvölker oder der Schwarzen in Amerika als Kriegsziele ausgegeben? Joshi habe in Kauf genommen, dass wegen dieser Haltung der Einfluss der Partei vorerst auf jene Zirkel indischer

Intellektueller beschränkt bleibe, „die sich von jeher für die außerindischen Probleme interessiert hatten und daher bereit waren, sich für den antifaschistischen Krieg der Engländer zu engagieren. Die Mehrheit der indischen Nationalisten hoffte [hingegen], dass der Krieg die Stunde herbeiführen würde, in der Indien sich von England losreißen könnte."[127] (164)

Nach der Unabhängigkeit gehörte P. C. Joshi zu jenen Kräften in der Partei, die sich der abenteuerlichen Strategie des bewaffneten Kampfes widersetzten, mittels derer die Kommunisten das chinesische Modell der siegreichen Machteroberung kopieren wollten. Er wurde aus der Partei ausgeschlossen und erst 1951 rehabilitiert, ohne seinen Einfluss zurückzugewinnen. Unter Bhalchandra Trimbak Ranadive, Joshis zeitweiligem Nachfolger als Parteisekretär, suchte die Partei die schweren Auseinandersetzungen zwischen der indischen Zentralregierung und dem Nizam von Hyderabad für sich zu nutzen, um in der Region Telengana im Staate Andhra Pradesh ein „befreites Gebiet" ähnlich der chinesischen Sowjetgebiete auszurufen. „Es lag ihnen viel daran", kommentierte Ruth Fischer das fast selbstmörderische Vorgehen der Kommunisten, „ihre probritische Vergangenheit durch überrevolutionäre Tugenden zu sühnen; und sie wurden auch von der extremistischen Strömung ergriffen, welche die kommunistischen Parteien der ganzen Welt in jener Ära des ‚Shdanowismus' durchzog."[128] (167f.)

Doch habe gerade dieser Putschismus die Kommunisten von der Mehrheitsbevölkerung isoliert. Nach dem Ende solcher Aufstandsversuche sei es „fast ausgeschlossen, dass sie durch Wahlen die Mehrheit im Parlament erlangen." (175) Hatte Ruth Fischer hier auch die KPD des Jahres 1923 vor Augen? Jedenfalls wies sie wohl als erste westliche Beobachterin auf einen möglichen neuen Herd revolutionärer Aktivität hin, nämlich auf Nepal, solange dort „das Problem der Landreform ungelöst bleibt." (173) Auch eine Übernahme des „reformistischen Sozialismus europäischer Färbung" oder gar die pazifistische Botschaft des Buddhismus könne, wie in Burma, den antikolonialen Kampf moralisch stützen. Einige Kräfte könnten autoritäre den westlich-parlamentarischen Systemen vorziehen, in denen sie lediglich ein Instrument der Kompradorenbourgeoisie sahen. „Sie wurden

127 Diese unter Nichtkommunisten früher stark kritisierte Politik der KP wird von heutigen indischen Historikern nüchterner bewertet. Vgl. Sobhanlal Datta Gupta, Comintern and the Destiny of Communism in India 1919–1943. Dialectics of Real and a Possible History, Kolkata 2006, S. 207–221.

128 Dieser Begriff nimmt Bezug auf die von Politbüromitglied Andrej Shdanow besonders rigide verfochtene Politik einer Frontstellung gegen den angeblich verfaulten Westen, dessen Kalte-Kriegsanstrengungen nicht darüber hinwegtäuschten, dass der Kapitalismus an sein Ende gelange. Umso mehr sei freilich „revolutionäre Wachsamkeit"geboten, und es gelte, die inneren und äußeren Feinde nur desto schneller zu „entlarven."

verbittert über die moralische Korruption, die durch scheinparlamentarische Funktionen produziert wird, und begannen sich nach einer Alternative umzusehen." (194)

Am Ende ihres Buches verwies Ruth Fischer auf Indonesiens Präsident Achmed Sukarno. Dieser hatte auf der Konferenz in Bandung an die Brüsseler Konferenz von 1927 erinnert. Damals war unter den Auspizien der Komintern die Liga gegen Imperialismus gegründet worden. „Auf fremdem Boden, unter falschem Namen", so zitierte Ruth Fischer Sukarno, habe man sich zusammenfinden müssen.[129] Nun sei man am Ziel: Heute würde man in der Hauptstadt eines unabhängigen Staates tagen. (190f.) Ruth Fischer erinnerte daran, dass 1927 nur die Kommunisten ein Verständnis für die kommenden antikolonialen Revolutionen besaßen.[130] Ein Jahr später hatte sich der 6. Weltkongress der Komintern „mit einer noch nicht dagewesenen Intensität und Ausführlichkeit in Anwesenheit zahlreicher asiatischer, afrikanischer und lateinamerikanischer Journalisten mit den Problemen und Aufgaben der antikolonialen Revolution" befasst.[131] (192) In Bandung sei der noch bestehende Graben zwischen kommunistischen und national-revolutionären Bewegungen Asiens verkleinert worden. (201)

Ruth Fischer hatte das Manuskript beendet, als die Nachrichten über die aufbrechenden Krisenherde in Ungarn und Ägypten eintrafen.[132] „Diese Vorgänge

---

129 Vgl. zu dieser von Willi Münzenberg ins Leben gerufenen Organisation Hans Piazza (Red.), Die Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit 1927–1937. Zur Geschichte und Aktualität einer wenig bekannten antikolonialen Weltorganisation, Leipzig 1987, und Mustafa Haikal, Die Kommunistische Internationale und die „Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit", in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hg.), Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation, Mainz 1992, S. 239–252. An der Åbo Akademi in Turku/Åbo schreibt Fredrik Petersson derzeit eine Dissertation zum Thema.

130 Daran hielt sie fest: Bereits der Kongress der Ostvölker 1920 in Baku, der unter Federführung Lenins und Sinowjews zusammengetreten war, hatte die Einheit von kommunistischer Weltrevolution und antikolonialem Kampf proklamiert, schrieb sie 1960. Vgl. Ruth Fischer, Die Internationale und die Kolonialvölker, in: FH, 15 (1960), Nr. 6, S. 483–492.

131 Vgl. zur Kolonialfrage auf dem 6. Kongress Rudolf Schlesinger, Die Kolonialfrage in der Kommunistischen Internationale, Frankfurt 1970, S. 66–103, und Uwe Rüdiger, Rolle und Inhalt der Dekolonisierungsdebatte in der Kommunistischen Internationale, in: Bergmann/Keßler (Hg.), Aufstieg und Zerfall der Komintern, S. 225–238.

132 Ruth Fischer hatte bis zuletzt gehofft, der Ungarn-Aufstand sei *vorrangig* eine Erhebung gegen den Stalinismus von sozialistischen Positionen aus (was auch eine Komponente des Aufstandes war). Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1533, Bl. 20: Ruth Fischer an Otto Klepper, Brief vom 18. November 1956. Die israelische Beteiligung am Überfall auf Ägypten, die „keine Rundschreiben des Staates Israel wegwischen können", sah sie als verhäng-

zeigen eindringlich“, schrieb sie in einem kurzen Nachwort, „dass die ‚Bandung-Ära‘ gerade eben erst begonnen hat. Die nationale Verselbständigung macht hüben wie drüben, im Ost- wie im Westblock, so rapide Fortschritte, dass keine der großen Machtallianzen, die aus dem Krieg hervorgegangen sind, von diesem tiefgehenden Umformungsprozess unberührt bleiben kann.“ Dies gelte auch für Deutschland, dessen Wiedervereinigung „unausweichlich auf den ersten Platz“ der Weltpolitik gerückt sei.[133] (218)

Von Lenin zu Mao fand in der Bundesrepublik eine recht günstige Aufnahme, blieb in der englischsprachigen Welt aber unbeachtet. Der Süddeutsche Rundfunk lobte Ruth Fischers Blick über den europäischen Rahmen hinaus. „Mit der Intensität des Augenzeugen“ habe sie die Veränderungen in den Staatsformen der asiatischen Länder in ihre Betrachtung einbezogen. Dies entspreche durchaus der einstigen Perspektive der Kommunistischen Internationale. Margret Boveri nahm in der *Frankfurter Allgemeinen* an, dass manche Sätze des Buches im Westen „unwillkürlich auf Widerspruch stoßen“ werden. Doch verdienten sie „Ernst genommen, genau überprüft und unter Umständen als Anlass zu neuer Erforschung der Zeitgeschichte genommen zu werden.“[134]

Wilhelm Kaisen, Bremens SPD-Bürgermeister, nahm das Buch zum Anlass einiger grundsätzlicher Bemerkungen über die mögliche Zukunft des Sowjetkommunismus. Ruth Fischer, schrieb Kaisen in der *Zeit*, sei mit der bolschewistischen Ideologie vertraut und vermöge zudem aus eigenem Erleben „manchen Aufschluss zu geben über den Wandel der sowjetrussischen Außenpolitik vom Schildträger der Weltrevolution zum Verfolger der alten Pläne der Zaren. Wieder einmal hätten also in der russischen Geschichte die großrussischen Tendenzen über die Revolution gesiegt. Damit ist der Bolschewismus und durch ihn Russland, wie es sich jetzt in Ungarn deutlich zeigt, genauso wie früher zu einer gegenrevolutionären Kraft in der europäischen Geschichte geworden.“[135] Freilich trug Kaisen der In-

nisvolle Weichenstellung im Nahost-Konflikt. Ebd. Ursprünglich hatte Ruth Fischer ein Angebot Rudolf Augsteins annehmen wollen, um für den *Spiegel* die Suezkrise vor Ort zu kommentieren, wegen des zu großen Risikos für Leib und Leben aber darauf verzichtet. Vgl. Ruth Fischers Briefe an Rudolf Augstein vom 17. Oktober und 6. Dezember 1956, ebd., Mappe Nr. 1065, Bl. 2 und 3.

133 Zu dieser Ansicht neigte Ruth Fischer bereits Anfang 1955. Vgl. ihren Aufsatz: Der „neue Kurs“ in Russland und die sowjetische Deutschland-Politik, in: Offene Welt, März/April 1955, S. 27–24.

134 Beide Zitate nach dem Nachsatzblatt von Ruth Fischers nächstem Buch: Die Umformung der Sowjetgesellschaft. Chronik der Reformen 1953–1958, Düsseldorf/Köln 1958.

135 Wilhelm Kaisen, Der Kommunismus stirbt an Lenin, in: Die Zeit vom 6. Dezember 1956.

terpretation Ruth Fischers nur sehr bedingt Rechnung, sah diese doch Moskau unter Chruschtschow auf dem Weg zurück zum Bolschewismus Lenins.

Sehr positiv fiel Wolfgang Abendroths Urteil aus. Das Buch sei, anders als *Stalin und der deutsche Kommunismus*, frei von apologetischen Zügen. Trotz der „sehr optimistischen" Prognosen sei Ruth Fischers Analyse über die Veränderung in den kommunistischen Parteien von großem Wert. „Sie weiß sich von den propagandistischen Verzerrungen, die der kalte Krieg einer großen Zahl exkommunistischer Autoren aufgedrängt hat, fernzuhalten." Besonders wertvoll seien die Kapitel zu Asien. Hier biete die Autorin über ihr Thema hinaus wichtige Informationen zur Politik der neu entstandenen Staatenwelt. Trotz der Rückschläge innerhalb des Kommunismus, die sich in Ungarn zeigten, habe das Buch an Aussagekraft nicht verloren.[136] Der Zukunftsforscher Robert Jungk schrieb an Ruth Fischer: „Wenn nur mehr Leute so gut informiert wären und dann auch noch den Mut hätten zu sagen, was sie wissen."[137]

Ruth Fischers Beobachtung, wonach Mao Tse-Tungs Bauernarmeen den Kommunismus als ein nationales Projekt vorantrieben, fand Beifall von rechts, den sie freilich nicht mehr registrieren konnte. In seiner *Theorie des Partisanen* berief sich Carl Schmitt 1963 auf sie. Die chinesischen Kommunisten, schrieb er, sie zitierend, brachten auf dem Weg zur Macht „die prägenden Erfahrungen schwerster Niederlagen und die organisatorische Fähigkeit mit, ihre Grundsätze ‚in ein Bauernmilieu zu verpflanzen und dort auf eine neue, nicht vorhergesehene Art weiterzuentwickeln'."[138]

Mit dem Abstand von über fünfzig Jahren kann man schnell feststellen, wo Ruth Fischer sich geirrt, doch auch, worin sie Recht behalten hat. Sie stellte den Aufstieg des kommunistischen Chinas zur Weltmacht ebenso in Rechnung wie eine fortschreitende Differenzierung der kommunistischen Welt. Auch erkannte sie, dass Deutschland nicht ewig ungeteilt bleiben werde, sah die Wiedervereini-

136 Wolfgang Abendroth, Rezension zu: Ruth Fischer. Von Lenin zu Mao. Kommunismus in der Bandung-Ära, in: Die Neue Gesellschaft, 4 (1957), Nr. 4, S. 311.

137 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 422, Bl. 1: Robert Jungk an Ruth Fischer, Brief vom 15. Dezember 1956.

138 Carl Schmitt, Theorie des Partisanen, Berlin [West] 1963, Nachdruck 1975, S. 62. Bereits 1956 hatte Schmitt, von der Zeitung *Christ und Welt* befragt, neben Margret Boveris *Der Verrat im 20. Jahrhundert*, auch *Von Lenin zu Mao* als eines der bemerkenswertesten Bücher der letzten Zeit bezeichnet. Schmitts Äußerung scheint unveröffentlicht geblieben zu sein, doch nahm er in einem Brief an Armin Mohler vom 25. November 1956 darauf Bezug. Er dürfte also das Buch, möglicherweise über den Verlag Eugen Diederichs, in den Druckfahnen gelesen haben. Vgl. Carl Schmitt, Briefwechsel mit einem seiner Schüler, hg. von Armin Mohler u. a., Berlin 1995, 226f.

gung aber in einem historisch kürzeren Zeitraum kommen, als dies schließlich geschah.

Die zunehmende Verselbständigung der kommunistischen Staaten sei in keinem Fall aufzuhalten. Ungarn könne sich von Moskau lossagen. Sie halte dort „sogar eine Rückkehr der Schichten, die ich immer als ‚kleinfaschistisch' zu bezeichnen pflegte, für möglich", schrieb sie Ende Oktober 1956 dem früheren Nationalsozialisten und späterem mutigen Hitlergegner Hans Bernd Gisevius.[139] Auch hier irrte sie nur in den Zeiträumen: Es sollte mehr als ein halbes Jahrhundert vergehen, bevor die „kleinfaschistischen" Schichten in Budapest nach der politischen Macht griffen.

Weder in Osteuropa noch in Asien seien die Veränderungen rückgängig zu machen. Die Opposition gegen den Stalinismus und der antikoloniale Befreiungskampf seien zwei Seiten einer Medaille. Davon werde auch die Bundesrepublik nicht unberührt bleiben. „Die gegenwärtige deutsche offizielle Ideologie, wonach nur die Privatwirtschaft gesellschaftlich und moralisch zulässig ist, während jede Staatswirtschaft bolschewistisch und daher unmoralisch sei, wird nicht mit der asiatischen Realität konfrontiert", bemerkte sie in der Rezension eines Buches von Klaus Mehnert.[140]

In einem Brief an Karl Korsch ging Ruth Fischer einen Schritt weiter. Sie schrieb ihm, dass die Entstalinisierung nicht „zum Verschwinden des Kommunismus in Russland und in China, also bis zu einer vollendeten Konterrevolution, führen wird."[141] Ihre politische Neuorientierung hatte sie an den Punkt zurückgebracht, an dem der Kommunismus das revolutionäre und der Antikommunismus das konterrevolutionäre Prinzip verkörperte.

---

139 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1357, Bl. 28: Ruth Fischer an Hans Bernd Gisevius, Brief vom 29. Oktober 1956.

140 Ruth Fischer, Die Entdeckung Asiens. Einige Bemerkungen anlässlich eines Buches, in: FH, 11 (1956), Nr. 2, S. 891. Es handelt sich um Klaus Mehnert, Asien, Moskau und wir, Stuttgart 1956.

141 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1551: Ruth Fischer an Karl Korsch, Brief vom 21. Januar 1957, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 320. Dies war die Antwort auf einen Brief Korschs vom 16. Dezember 1956 (Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 462), in dem er nicht nur für Europa, sondern auch für Asien und Afrika eine „fundamentale Umänderung" sah, deren Ende nicht in Sicht sei. Ebd., S. 318.

IX. Zurück zum Kommunismus? (1956–1961)

Im September 1957 antwortete Ruth Fischer dem jungen Politikwissenschaftler Iring Fetscher, der sie um eine Meinung über einen Essay aus seiner Feder gebeten hatte.[1] In Amerika, so schrieb sie ihm, habe sie auf die Frage, ob sie noch Marxistin sei, erwidert, „die Biologen nennen sich heute nicht mehr Darwinisten, trotzdem Charles Darwin einiges für sie geleistet hätte", und habe die Antwort den Fragestellern überlassen. „Sie haben den ursprünglichen Marxismus sehr prägnant mit der heutigen gesellschaftlichen Realität konfrontiert", so ihr Urteil über Fetschers Aufsatz. „Mir ist es dabei natürlich sehr reizvoll zu sehen, wie sehr diese Möglichkeit dieser Konfrontation aus deutschen Quellen fließt, wobei auch solche alten Freunde von mir wie Karl Korsch und Arthur Rosenberg in Erscheinung treten."[2] Rosenbergs Werke über die Weimarer Republik waren soeben in der Bundesrepublik wieder veröffentlicht worden und hatten eine neue Leserschaft gefunden.[3] Diese verlangte nach einer Literatur, die weder dem engstirnigen Antikommunismus der Adenauer-Ära noch dem sowjetischen Parteimarxismus huldigte.

Renegatin oder Ketzerin?

Seit der Mitte des Jahrzehnts begann das Eis des Kalten Krieges allmählich zu schmelzen. Jenseits der großen Politik zeigte sich dies auch in einer Wiederentdeckung undogmatischen linken Denkens. So erschienen damals in Westdeutschland erste Werke exilierter Marxisten von Walter Benjamin bis Erich Fromm und Arthur Rosenberg. Die Anerkennung Karl Korschs und seiner wissenschaftlichen

---

1 Iring Fetscher, Von der Philosophie des Proletariats zur proletarischen Weltanschauung, in: Ders. (Hg.), Marxismus-Studien, 2. Folge, Tübingen 1957, S. 26–60.

2 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1306: Ruth Fischer an Iring Fetscher, Brief vom 4. September 1957, auch in: Ruth Fischer – Arkadij Maslow, Abtrünnig wider Willen. Aus Reden und Manuskripten des Exils, hg. von Peter Lübbe, München 1990, S. 322.

3 Kurz vor ihrem Tode war Ruth Fischer Helmut Schachenmeyer, dem Verfasser der ersten substanziellen Rosenberg-Biographie (Arthur Rosenberg als Vertreter des historischen Materialismus, Wiesbaden 1964), noch bei dessen Forschungsarbeit behilflich. Rosenberg „war und blieb europäischer Marxist, der die stalinistischen Methoden ablehnte, aber deshalb keineswegs zum liberalen Kapitalismus überging", sondern im Sinne der „Schule Lenins" die Geschichte der Arbeiterbewegung „als Ganzes zu analysieren" suchte. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1920, Bl. 2: Ruth Fischer an Helmut Schachenmeyer, Brief vom 29. Juli 1960.

Leistungen stand hingegen noch bevor. Er hatte in den USA keine neue akademische Stellung erhalten, von zwei Gastprofessuren in Seattle und New Orleans abgesehen. Da seine Frau Hedda am Wheaton College in der Nähe von Boston unterrichtete, kam die Familie aber einigermaßen über die Runden. Er habe in Detroit an einem Massenmeeting der Autoarbeiter teilgenommen, berichtete Korsch Ruth Fischer; „für mich in meiner US-Wüste ist es schon viel, wenn ich mal wieder unter richtigen Arbeitern gewesen bin.“[4]

Es sollte der letzte Brief sein, den sie von ihrem alten Genossen erhielt, denn unmittelbar danach wurde Korsch von einer schweren Krankheit betroffen: seine Gehirnzellen begannen sich zu zersetzen. Er wurde ein Pflegefall, und bald konnte ihn die Familie nicht mehr zu Hause versorgen. Die letzten Jahre verbrachte er im Krankenhaus. „Es ist unbeschreiblich traurig, umso mehr, wenn ich sehe, wie klar und einfallsreich und auf welchem sehr hohen Niveau alle seine Niederschriften inklusive Briefe waren und wie systematisch er sein großes Material auch für die nie beendeten Arbeiten organisiert hatte“, schrieb Hedda Korsch an Ruth Fischer.[5] Am 21. Oktober 1961 starb Karl Korsch in geistiger Umnachtung. Nur wenige Jahre später entdeckte eine neue Generation von Linken seine Schriften.

Ruth Fischers Rückkehr ins linke Lager, doch diesmal auf dessen undogmatischen Flügel, wurde von manchen begrüßt und von anderen missbilligt. Eine Bundesgenossin fand sie in Susanne Leonhard. Ihre Bekanntschaft ging auf die turbulente Wiener Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zurück, und auch nachdem Susanne Leonhard sich noch vor Ruth Fischer von der KPD getrennt hatte, blieben beide über Korsch in Verbindung.

Diese Verbindung riss dann jedoch aufgrund der Zeitläufe ab. Über Schweden war Susanne Leonhard in die Sowjetunion emigriert. Dort wurde sie 1936 verhaftet und verbrachte zehn Jahre in verschiedenen Arbeitslagern, darunter in Workuta. Danach wurde sie Lehrerin an einer Schule für deutsche Kriegsgefangene. Der spätere DDR-Staatspräsident Wilhelm Pieck konnte ihr 1948, noch zu Lebzeiten Stalins, zur Übersiedlung nach Ostberlin verhelfen. Im Frühjahr 1949 floh sie in den Westen und ging schließlich nach Stuttgart. Bei all ihrer Kritik am Stalinismus blieb sie politisch links eingestellt. In Stuttgart schloss sie sich der Unabhängigen Arbeiterpartei an, die sich an Jugoslawien orientierte, der aber kein Erfolg beschieden war. In ihren Bemühungen wurde sie von ihrem Sohn Wolfgang unterstützt, der eine SED-Karriere ausgeschlagen hatte und gleichfalls in den Westen

---

4 Ebd., Mappe Nr. 462: Karl Korsch an Ruth Fischer, Brief vom 16. Dezember 1956, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 319.

5 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 461: Hedda Korsch an Ruth Fischer, Brief vom 10. Dezember 1960, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 338 (Orthographie leicht modifiziert).

gegangen war. Sein Erinnerungsbericht *Die Revolution entlässt ihre Kinder* wurde als objektive Schilderung der Zustände in der Sowjetunion ein vielzitiertes Buch.[6]

Gleich nach ihrer Übersiedlung nach Stuttgart hatte Susanne Leonhard mit Ruth Fischer Kontakt aufgenommen. Beide hofften, Titos Kampf gegen Stalin würde eine Bresche in den Monolith schlagen.[7] Doch mochte Susanne Leonhard den Denkmustern des Kalten Krieges nicht folgen. Sie sei „noch heute Kommunist", schrieb sie an Ruth Fischer, „wohlgemerkt Kommunist und nicht Stalin-Quisling wie Eisler und Konsorten, und das macht bei der Veröffentlichung zweifellos Schwierigkeiten."[8] Sie lehnte es ab, die Sowjetunion als sozialistischen Staat zu bezeichnen, aber warnte davor, „das Wesen des Regimes allein aus dem Terror zu bestimmen, denn es kommt ja vor allem auf die Besitzverhältnisse an" – doch gerade diese zeugten von fortbestehender Ungleichheit, da die Privilegien der Parteibürokratie noch immer unangetastet blieben.[9]

In ihrer Rezension von Susanne Leonhards Erinnerungen unterstrich Ruth Fischer, wie couragiert die eingekerkerten Oppositionellen dem Lagerregime immer mehr Konzessionen abrangen. Den Stalinisten war an Arbeitsleistung, nicht an systematischer Vernichtung der Gefangenen gelegen, obgleich sie Tote ungerührt in Kauf nahmen. Der Überlebenskampf von Gefangenen wie Susanne Leonhard habe dazu beigetragen, die Politik der Entstalinisierung zu erzwingen.[10] Ruth

---

6 Darin berichtete er auch über die Kurse an der Parteischule. „So gern man uns mit anderen politischen Ideologien vertraut machte", schrieb er, „so streng wurden wir davor bewahrt, irgendetwas von kommunistischen Oppositionsgruppen zu lesen. An diesem Punkte hörte jede Toleranz auf. Wir hörten zwar die Namen von Brandler, Thalheimer, Ruth Fischer, Maslow […], aber was diese Gruppen und Richtungen eigentlich gewollt hatten – davon hörten wir kein Wort." Wolfgang Leonhard, Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln 1955, zit. nach der zweibändigen Reclam-Ausgabe, Leipzig 1990, hier Bd. 1, S. 225.

7 Vgl. den Briefwechsel in: Ruth Fischer Papers, Mappen Nr. 501 und 1594, mit Auszügen in: Abtrünnig wider Willen, S. 276–278.

8 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 501: Susanne Leonhard an Ruth Fischer, Brief vom 9. Mai 1950, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 275.

9 Susanne Leonhard, Gestohlenes Leben. Schicksal einer politischen Emigrantin in der Sowjetunion, Frankfurt 1956, S. 821. Vgl. zum Buch wie auch zu Margarete Buber-Neumann Irene Bisanz, Schreiben über Stalinismus und Kommunismus. Die autobiografischen Berichte von Margarete Buber-Neumann und Susanne Leonhard, Diplomarbeit, Universität Wien 2008, hierzu S. 19 (im Internet unter: http://othes.univie.ac.at/1230).

10 Damit hatte Ruth Fischer Recht, wie der Bericht eines anderen Überlebenden zeigt, der am Streik im Lager Workuta im Juli und August 1953 beteiligt gewesen war. Obgleich die Lagerverwaltung den Streik brutal niederschlug, war sie in der Folgezeit zu Konzessionen gezwungen, die die Lage der Gefangenen allmählich verbesserten und erste Entlassungen zur Folge hatten. Vgl. Joseph Scholmer, Arzt in Workuta. Bericht aus einem sowjetischen

Fischer würdigte die sachliche Schilderung der bedrückenden Geschehnisse durch Susanne Leonhard, die, wie ihr Sohn, keinen antirussischen Stimmungen Vorschub leiste und schloss mit den Worten: „Die SED würde einen guten Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands leisten, wenn sie sich mit so ernsten Kritikern ihres Systems sachlich auseinandersetzen wollte.[11]

Isaac Deutscher honorierte Ruth Fischers politische Neubesinnung. Der Biograph Stalins und Trotzkis hatte 1948 an Ante Ciliga geschrieben, er sei recht neugierig darauf, „die Dame kennenzulernen", aber hinzugefügt, dass er ihr „politisch nicht recht traue." Bei ihrem Besuch in London habe er festgestellt, dass sie sich „so stark vom Antikommunismus beeinflussen und betören ließ und sich so arg in den vulgärsten Typ antistalinistischer Kampagnen verstricken ließ, dass es sich nicht lohne, auf sie einzugehen und ihr eine kalte Dusche zu verpassen."[12] An Heinrich Brandler schrieb Deutscher wenig später, Ruth Fischer habe in London „vor einem erzkonservativen Publikum" den britischen Behörden Vorwürfe gemacht, weil diese ihren Bruder Gerhart Eisler aus dem Gefängnis freigelassen hatten, statt ihn an die USA auszuliefern. „Die Frau ist komplett verrückt geworden."[13]

Doch las Deutscher Ruth Fischers Arbeiten und bemerkte ihre politische Wandlung. Auf ihre Bitte, ihn zu treffen, antwortete er, nach anfänglichem Zögern, 1956 mit einer Einladung in seine Wohnung in Hampstead.[14] Nachdem sie

---

Straflager, München 1981. Das Buch erschien zuerst 1954 unter dem Titel: Die Toten kehren zurück. Scholmer gehörte zu den damals Entlassenen.

11 Ruth Fischer, Bericht einer Polit-Emigrantin über Stalin-Russland (Rez. zu: Susanne Leonhard, Gestohlenes Leben, Frankfurt 1956), in: FH, 11 (1956), Nr. 9, S. 665–668. Wiederabdruck in: Hering/Schilde (Hg.), Kampfname Ruth Fischer, S. 279–283, Zitat S. 283. – Die Mahnung blieb ungehört: Noch 1963 warf der stellvertretende Chefredakteur des *Neuen Deutschland* dem Dichter Jewgenij Jewtuschenko vor, er habe sich in Bonn mit Wolfgang Leonhard, „einem schäbigen Renegaten", zusammengesetzt, „der sich heute bei den Imperialisten Geld damit verdient, dass er die DDR und unsere Partei mit Dreck bewirft." Günter Kertzscher, Die heilige Einfalt oder: Jewtuschenkos Philosophie der friedlichen Koexistenz, in: Neues Deutschland vom 11. April 1963.

12 Isaac Deutscher an Ante Ciliga, Briefe vom 21. August und 22. November 1948, beide zit. in: Ludger Syré, Isaac Deutscher. Marxist, Publizist, Historiker. Sein Leben und Werk 1907–1967, Hamburg 1984, S. 175.

13 Isaac Deutscher an Heinrich Brandler, Brief vom 24. August 1950, in: Hermann Weber (Hg.), Unabhängige Kommunisten. Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaac Deutscher 1949 bis 1967, Berlin [West] 1981, S. 22. Syré und Weber stützen sich auf den Briefwechsel in Deutschers Nachlass im Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam.

14 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 187, Bl. 2: Isaac Deutscher an Ruth Fischer, Brief vom 25. November 1956.

ihn und seine Frau Tamara Anfang November dort besucht hatte, schrieb Deutscher an Brandler: „Sie drückte mir gegenüber ihr Bedauern aus wegen der Haltung, die sie in den vergangenen Jahren eingenommen hatte, und gestand, dass sie sich in vielerlei Hinsicht geirrt hatte. Ganz allgemein sprach sie recht einfühlsam zur Sache, als ob das Gewissen einer alten Kommunistin wieder in ihr erwacht sei. Die Renegatin möchte wieder zur Ketzerin werden."[15]

Deutscher unterschied genau zwischen Ketzern und Renegaten des Kommunismus. Der Ketzer bleibe nach seinem Bruch mit der Partei oder dem erzwungenen Ausschluss der Idee des Kommunismus oder Sozialismus – einer sozial gerechten Gesellschaft freier Menschen – verbunden, aber in kritischer Solidarität, keinesfalls im blinden Glauben. Der Renegat verharre hingegen tief in seiner bisherigen Denkweise und tausche lediglich das Vorzeichen aus. In den Beruf des Antikommunisten bringe er „den Mangel an Skrupel, die Engstirnigkeit, die Nichtachtung der Wahrheit und den unbändigen Hass mit ein, mit dem der Stalinismus ihn versehen hat. Er bleibt ein Sektierer. Er verharrt darin, die Welt schwarz und weiß zu sehen, aber die Farben sind jetzt anders verteilt." Als Kommunist habe er Sozialdemokratie und Faschismus einander gleichgesetzt, als Antikommunist setze er Kommunismus und Faschismus in eins. Als „umgekehrter Stalinist" glaube er nicht mehr an die Unfehlbarkeit der Partei, sondern an seine eigene Unfehlbarkeit.[16]

Ruth Fischer war nie Stalinistin gewesen, aber mit genau jenem „Mangel an Skrupel" hatte sie einst die Bolschewisierung der KPD vorangetrieben und so den Boden für den Stalinismus bereitet. Deutscher war daher zunächst skeptisch, blieb aber mit ihr in Verbindung. Sie trafen sich mehrmals in London, und das Verhältnis wurde zunehmend herzlicher. Aus „Mrs. Fischer" wurde in der Anrede dann „Dear Ruth". Diese pries die Kochkünste von Tamara Deutscher ebenso wie den anregenden Gedankenaustausch mit ihr und Isaac.[17]

Im Februar 1953 schrieb Ruth Fischer an Wolfgang Abendroth, sie habe sich seit Langem bemüht, ihn kennenzulernen, doch sei es nie dazu gekommen.[18] Erst

---

15 Deutscher an Brandler, Brief vom 30. November 1956, in: Weber (Hg.), Unabhängige Kommunisten, S. 157. Deutscher schrieb seine Briefe in Englisch, Brandler antwortete auf Deutsch.

16 Isaac Deutscher, The Ex-Communist's Consience [1950], in: Ders., Heretics and Renegades and other Essays, London 1969, S. 15. Auf Zwischenformen verweist jedoch Michael Rohrwasser, Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten, Stuttgart 1991, S. 264–267.

17 Vgl. den Briefwechsel in: Ruth Fischer Papers, Mappen Nr. 187 und 1240.

18 Ebd., Mappe Nr. 1021, Bl. 1: Ruth Fischer an Wolfgang Abendroth, Brief vom 4. Februar 1953. Ähnlich noch am 20. Februar, 8. August und 26. September 1955, ebd., Bl. 4, 6 und 7.

im November 1957 klappte es, als Ruth Fischer in Abendroths Seminar an der Universität Marburg sprach. Beide gingen dann zum „Du" und zur Anrede „Genossin" und „Genosse" über.[19] Ruth Fischer bat Abendroth, Heinz Langerhans, der nun in Saarbrücken lehrte, bei der Berufung zum Professor zu unterstützen. Ihre Frage, ob Max Horkheimer dafür etwas tun könne, verneinte Abendroth. Horkheimer zeige an der Universität Frankfurt eine „allzu große Anpassungsfähigkeit" an die herrschenden Verhältnisse.[20] Mit Unterstützung Abendroths erhielt Langerhans schließlich doch eine außerordentliche Professur in Frankfurt. Für Ruth Fischer mag es des Nachdenkens wert gewesen sein, dass Wolfgang Abendroth und Isaac Deutscher, zwei Gegner Stalins und Opfer Hitlers, auch für jene schrieben und sprachen, die Hitler oder Stalin einst gefolgt waren, nun aber die Lehren aus der Geschichte ziehen wollten. Abendroth, als Häftling von den Nazis bestialisch gefoltert und mit bleibenden Schäden behaftet, und Deutscher, dessen Familie in Auschwitz, seiner Heimat, ausgelöscht worden war, hätten wie Ruth Fischer Grund gehabt, einem Racheschwur zu folgen. Sie taten es nicht.

Die einstige Antikommunistin reagierte 1956 besorgt auf das Verbot der KPD, das, wie Wolfgang Abendroth schrieb, „nicht gegen die Organisationsprinzipien und den Zusammenhalt der stalinistischen Partei, sondern gegen den Marxismus gerichtet war."[21] Als Emil Carlebach, ein Spitzenfunktionär der nun illegalen KPD, untertauchen musste, schrieb Ruth Fischer an Karl Retzlaw, dies tue ihr leid. Sie zeigte sich besorgt über das „Durcheinander, das im kommunistischen Lager derzeit herrschen muss."[22]

Vom eindeutigen Sieg der CDU/CSU bei den Bundestagswahlen im September 1957, die ihr die absolute Mehrheit der Mandate einbrachte, war Ruth Fischer überrascht. Sie habe diese „Konzentration der bürgerlichen Kräfte um Adenauer"

---

19 Ebd., Bl. 14 und 18: Ruth Fischer an Wolfgang Abendroth, Briefe vom 30. November 1957 und vom 29. Juli 1960. Werner Hofmann, Abendroths künftiger Kollege in Marburg, war gleichfalls froh, „dass unsere Ansichten sich decken." Ebd., Mappe Nr. 379, Bl. 1: Werner Hofmann an Ruth Fischer, Brief vom 11. Dezember 1955.

20 Ebd., Mappe Nr. 2, Bl. 8: Wolfgang Abendroth an Ruth Fischer, Brief vom 20. August 1960.

21 Wolfgang Abendroth, Der Kampf um die Meinungsfreiheit. Liberale Demokratie oder autoritärer Verfassungsstaat, in: Sozialistische Politik, Nr. 5/1957, zit. nach: Richard Heigl, Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken, Hamburg 2008, S. 115.

22 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1866, Bl. 40: Ruth Fischer an Karl Retzlaw, Brief vom 19. Oktober 1956. Carlebach, der 1950 Margarete Buber-Neumann wegen „Fälschung" historischer Tatsachen vor Gericht gebracht, aber den Prozess verloren hatte, ging in die DDR und arbeitete beim Deutschen Freiheitssender 904, dessen Programm sich an die westdeutsche Bevölkerung richtete.

so nicht erwartet, schrieb sie an Retzlaw.[23] „Selbstverständlich hast Du Recht", meinte sie zu Fritz Lamm, „dass die jüngste Entwicklung in Deutschland alle Sozialisten veranlassen sollte, sich mit der neuen gesellschaftlichen Situation, die durch den Aufstieg der CDU zur Staatspartei charakterisiert ist, auseinanderzusetzen. Die weitere positive Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei ist eine Angelegenheit von entscheidender Bedeutung für alle Sozialisten Europas."[24]

Fritz Lamm, der Maslow aus Havanna kannte und nun in Stuttgart lebte, forderte Ruth Fischer auf, an seiner linkssozialistischen Zeitschrift *Funken* mitzuarbeiten.[25] Ruth Fischer besuchte Lamm, abonnierte den *Funken*, doch schrieb sie nur zweimal für das Blatt, in dem die Diskussion zur Sowjetunion einen breiten Raum einnahm.[26] Sie warnte vor der verringerten, doch nicht gebrochenen Macht der Altstalinisten, die in Armee und Parteiapparat noch immer wichtige Positionen besetzt hielten. Doch habe Chruschtschow mit der Entmachtung seiner innerparteilichen Gegner um Molotow, Kaganowitsch – und nun auch Malenkow – einen wichtigen Sieg errungen. Die Entstalinisierung werde fortgeführt.[27]

Eine Oppositionelle sucht Frieden

Immer wieder suchte Ruth Fischer nach Anzeichen der Entstalinisierung oder zumindest Liberalisierung auch in der DDR. Sie abonnierte daher, sobald dies möglich war, mehrere Ostberliner Zeitschriften: die *Einheit*, *Aus der internationalen Arbeiterbewegung*, *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, *Sinn und Form*, die *Neue deutsche Literatur*, *Die Presse der Sowjetunion* und die *Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*. Dazu las Ruth Fischer regelmäßig das *Neue Deutschland*.[28] Sie bezog auch die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, nachdem

23 Ebd., Mappe Nr. 1866, Bl. 34: Brief vom 11. Oktober 1956.

24 Ebd., Mappe Nr. 1572, Bl. 10: Ruth Fischer an Fritz Lamm, Brief vom 19. Oktober 1957.

25 Als die wenigen sozialistischen Studenten der Technischen Hochschule Stuttgart im Juni 1956 hörten, Ruth Fischer besuche Lamm, wollten sie beim Gespräch zugegen sein. Vgl. Michael Benz, Der unbequeme Streiter Fritz Lamm. Jude, Linkssozialist, Emigrant 1911–1977. Eine politische Biographie, Essen 2007, S. 376.

26 Vgl. zur Sowjetunion-Debatte in der Zeitschrift Karljo Kreter, Sozialisten in der Adenauer-Zeit. Die Zeitschrift „Funken". Von der heimatlosen Linken zur innerparteilichen Opposition in der SPD, Hamburg 1986, S. 92–104. Auch Susanne Leonhard und Heinrich Hellmann arbeiteten am *Funken* mit.

27 Ruth Fischer, Rückzug aus Europa, in: Funken, 8 (1957), Nr. 9, S. 129–134.

28 Außerdem las sie, neben der französischen Presse, die *Times*, *The Tribune*, *New Statesman and Nation*, die *New Left Review* und die *Soviet Studies*. Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe

sie einen Hinweis auf einen Aufsatz des jungen DDR-Historikers Joachim Petzold bekommen hatte. Dieser hatte ohne Holzhammer-Terminologie die Entmachtung der SPD-geführten Regierung in Preußen am 20. Juli 1932 durch Reichskanzler von Papen untersucht und dabei auch vorsichtig die KPD kritisiert.[29]

Während Ruth Fischer einer demokratischen Variante des Kommunismus Chancen zubilligte, brachen andere mit jeder Version sozialistisch-kommunistischen Denkens: Margarete Buber-Neumann und Karl Wittfogel billigten Ruth Fischers Linksentwicklung nicht. Mit beiden kam der Briefwechsel zum Erliegen. Wittfogel habe, so sein Biograph, später behauptet, Ruth Fischer hätte zuletzt eine Tätigkeit Arkadij Maslows für den sowjetischen Geheimdienst nicht ausgeschlossen.[30] Für diese absurde Behauptung fehlt jeder Beleg; sie wird erwähnt, um zu zeigen, wie das Geflecht von Gerüchten und Lügen, dem Ruth Fischer endlich zu entrinnen hoffte, um sie herum weiterwucherte.[31]

Margarete Buber-Neumann reagierte, soweit bekannt, auch nicht mehr auf Ruth Fischers Rezension ihres Buches *Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges*, obgleich Ruth Fischer hier eine Lanze für Heinz Neumann brach. Die

---

Nr. 332, Bl. 113: Beigefügtes Verzeichnis der von Ruth Fischer abonnierten Zeitschriften, von denen sie freilich zum Januar 1960 eine Reihe abbestellte. Vgl. auch die Liste in: Abtrünnig wider Willen, S. 40.

29 Joachim Petzold, Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932 in Preußen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 4 (1956), Nr. 6, S. 1146–1186. Den Hinweis gab ihr Walter Hanke in einem Brief vom 22. August 1957. Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 332, Bl. 67.

30 Vgl. Gary L. Ulmen, The Science of Society. Toward an Understanding of the Life and Work of Karl August Wittfogel, Den Haag u. a. 1978, S. 229. – Im August 1951 hatte Wittfogel vor dem HUAC den kanadischen Diplomaten Egerton Herbert Norman, einen Ostasien-Forscher und Fachkollegen, als Kommunisten bezeichnet. Norman war in der Tat als junger Mann in London kurze Zeit Mitglied der britischen KP gewesen. Die kanadische Regierung unterstützte damals den antikommunistischen Kurs der USA und billigte oder tolerierte solche Vorladungen, auch von Diplomaten. Als Norman 1957 vor einen anderen Ausschuss vorgeladen wurde, beging er Selbstmord. Die jahrelange Kampagne hatte ihn zermürbt, auch wenn dies nicht der einzige Grund für den tragischen Schritt war. Vorwürfe gegen Wittfogel, er habe einen indirekten Anteil daran, entgegnete dieser mit dem Hinweis auf Normans ungebrochene Karriere im kanadischen diplomatischen Dienst. Vgl. die Berichte in der New York Times vom 5. und 12. April 1957 sowie Ulmen, The Science of Society, S. 331.

31 Im Alter entwickelte Wittfogel jedoch wieder mindestens Verständnis für marxistische Positionen. Vgl. Mathias Greffraths Interview mit ihm in: Ders., Die Zerstörung einer Zukunft. Gespräche mit emigrierten Sozialwissenschaftlern, Reinbek 1979, S. 299–346. Lewis Cosers Ansicht, Wittfogel stehe „am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums", stimmte zur Zeit der Niederschrift des verdienstvollen Werkes also nicht mehr. Vgl. Lewis A. Coser, Refugee Scholars in America. Their Impact and Their Experiences, New Haven/London 1984, S. 126.

KPD antwortete am Ende der Weimarer Republik auf das Heranwachsen des Nationalsozialismus mit einer durch revolutionäre Rhetorik nur dünn maskierten Passivität. „Neumann rannte mit dem Kopf gegen diese Wand der Passivität und geriet dadurch schnell in Ungnade bei Stalin“, hob sie hervor, ließ jedoch seinen Anteil an der Linie des „Sozialfaschismus“ unerwähnt. Wenn Margarete Buber-Neumann aber rückwirkend Stalin dafür tadele, dass er die Chancen einer deutschen Revolution nicht gesehen habe, so zeuge dies von Unkenntnis geschichtlicher Tatsachen: Stalin habe 1932–33 sehr wohl gewusst, dass das Heft des Handelns bei der Rechten lag und habe deshalb eine Zusammenarbeit mit ihnen in Rechnung gestellt. Von daher sei der Hitler-Stalin-Pakt keine solche Überraschung gewesen, als der er sich für viele darstellte. „Es gehört zu den grotesken Anomalien unserer Zeit, dass viele deutsche Exkommunisten, die ganz besonders antikommunistisch geworden sind, Stalin genau das vorwerfen, wessen sie Moskau heute anklagen: nämlich den Verzicht darauf, den russischen Kommunismus bis nach Berlin vorzutragen.“[32] Obgleich Margarete Buber-Neumann die oft bedrückenden Geschehnisse sachlich geschildert hatte, war deutlich: Zwischen ihrem Standpunkt und jenem Ruth Fischers lagen inzwischen Welten.

Dass politische Differenzen ein gutes persönliches Verhältnis nicht ausschlossen, zeigte sich in der Beziehung Ruth Fischers zum Schriftsteller und Übersetzer Hans Sahl. Dieser war ein Kritiker der Politik Adenauers, doch keineswegs kommunistisch oder marxistisch gesinnt. Frühere vage Sympathien für den Kommunismus waren ihm durch die Moskauer Prozesse gründlich ausgetrieben worden. Im New Yorker Exil hatten Sahl wie Ruth Fischer zeitweilig zum Kreis einer „kuriosen Tafelrunde“ gehört, in der man einander als „Genossin“ und „Genosse“ titulierte, obgleich sich kein Kommunist (und wohl auch kein organisierter Sozialdemokrat) darunter befand. Neben Ruth Fischer und Sahl dürften vor allem Adolf und Carola Weingarten, anfangs auch Wittfogel zu dieser Runde gehört haben, wie die Korrespondenz der New Yorker Jahre zeigt.[33] Ruth Fischer führte

32 Ruth Fischer, Rezension zu: Margarete Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges, Stuttgart 1957, in: FH, 12 (1957), Nr. 9, S. 657–660, auch in: Sabine Hering/Kurt Schilde (Hg.), Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt 1995, S. 284–288, Zitate hier S. 286, 287. Vgl. Jang-Weon Seo, Die Darstellung der Rückkehr. Remigration in ausgewählten Autobiographien deutscher Exilautoren, Würzburg 2004, S. 118f.

33 Andrea Reiter nimmt an, dass auch der Journalist Eugene Tillinger, der später ein Rechtsradikaler wurde, zu dieser Runde gehörte, doch gibt es bei Ruth Fischer darauf keinen Hinweis. Mit Recht verweist sie jedoch auf Kontakte Ruth Fischers zu Klaus Dohrn, einem Befürworter der Restauration der Habsburger-Monarchie, und zu Sheba Strunsky, die in verschiedenen Hilfsorganisationen für politische Flüchtlinge führend mitarbeitete. Vgl. Andrea Reiter, Doppelte Verbannung. Politisches Renegatentum im Exil, in: John M.

zumeist das Wort. Sahl erinnerte sich, wie sie, „die einstmals Lenin nahegestanden hatte, die Weltgeschichte im Geiste ihres noch immer insgeheim bewunderten Lehrmeisters analysierte. Mir erscheint heute", schrieb er ein halbes Jahrhundert später, „die kleine ironische Frau mit den zarten Kinderhändchen, die sich so oft zur proletarischen Faust geballt hatten, wie eine Märchenfigur aus einer politischen Sagenwelt."[34]

Von einem Kuraufenthalt entsandte die „Zweigstelle" (Sahl) der „lieben Genossin" der „Zentrale" (Fischer) die „soz. Kampfgrüße sowie die Bezeugung ihres Dankes für die beiden von wahrhaftiger Friedensliebe und glühendem Koexistenz-Bewusstsein getragenen Briefchen." Doch warnte er Ruth Fischer vor allzu großem Optimismus über die künftige Entwicklung in der Sowjetunion. Gerade sie, „die uns heimatlose Literaten und unkundige Kämpfer gegen die Abstraktion nun in den Elementarregeln des Antikommunismus unterrichtet" habe, könne doch nur aufgrund von Absichtserklärungen den „Demokratisierungsprozess" in Russland keineswegs für bare Münze nehmen.[35] Natürlich sei „im Osten keine westliche Demokratisierung ausgebrochen", erwiderte Ruth Fischer. „Eine solche Transformation wird nicht, wenn überhaupt, gradlinig, sondern in allerhand krausen Zickzacks sich durchsetzen. Aber Änderungen gehen in den kommunistischen Großreichen vor sich, die man zu beobachten und beschreiben versuchen muss."[36]

In seinem Roman *Die Wenigen und die Vielen* setzte Sahl Ruth Fischer in der Figur der Nathalie Asch ein literarisches Denkmal. Ihr „Hass hatte etwas Monumentales", schrieb er, doch während andere Romangestalten mit dem Kommunismus brachen, „setzte Nathalie Asch ihren Kampf um die ‚Seele des deutschen Arbeiters', fort, einen Kampf, der sich mehr und mehr zu einem Kampf gegen den Mann zuspitzte, den sie zugleich hasste und bewunderte, den Mann im Kreml, der an allem schuld war und sie bis in ihre Träume verfolgte. […] Sie war die Konspiration selbst, sie konnte gar nicht mehr anders leben, es gehörte zu ihrer Natur, und wenn es einmal, was freilich nicht zu erwarten war, keine Verfolgung und Unterdrückung mehr in der Welt gäbe, würde sie sich wahrscheinlich vor Langeweile

Spalek u. a. (Hg.), Deutschsprachige Exilliteratur seit 1933, Teil 3/4: USA, München/Zürich 2003, S. 490f.

34 Hans Sahl, Das Exil im Exil. Memoiren eines Moralisten II, München 1994, S. 58. Vgl. auch Andrea Reiter, Die Exterritorialität des Denkens. Hans Sahl im Exil, Göttingen 2007, S. 14, 182f.

35 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 770: Hans Sahl an Ruth Fischer, Brief vom 2. Oktober 1955, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 312f. „Demokratisierungsprozess" bei Sahl in Anführungszeichen.

36 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr.1906: Ruth Fischer an Hans Sahl, Brief vom 24. November 1955, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 315.

umbringen."[37] Dabei schilderte Sahl die Figur der früheren Kommunistin weit positiver, als Klaus Mann es in seinem Romanfragment *The Last Day* tat: Auch dort erscheint in der Figur der Dr. Gertrud Kluge eine Ex-Kommunistin, doch tritt sie als bösartige Denunziantin ihrer früheren Genossen auf. „Eine füllige Frau mit rötlichem Gesicht, die aussieht, als ob sie zuviel trinke, obgleich das nicht der Fall ist, aufgedunsen, mit glasigen Augen als Ergebnis ihres ständigen Herumagitierens, voller Zorn …" Wahrscheinlich dachte Klaus Mann dabei an Ruth Fischer.[38]

Diese brachte sich jedenfalls nicht vor Langeweile um. Vielmehr wollte sie einen scheinbar abgestorbenen Baum wieder dazu bringen, Früchte zu tragen: Wenn die politischen Zeichen in Richtung Entspannung wiesen, gab es dann nicht einen Wegweiser, der den Weg zurück zu ihren Brüdern wies?

Gerhart und Hanns Eisler genossen nach Jahrzehnten komplizierten Lebens nunmehr Honoratiorenstatus in der DDR. Gerhart hatte nach dem Verlust seiner Partei- und Staatsfunktionen drei Jahre als Journalist gearbeitet, vor allem für die *Wochenpost*, ein Massenblatt für den Durchschnittskonsumenten. 1956 wurde er Stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees (und 1962 dann dessen Leiter), doch der Weg zurück ins ZK der SED sollte ihm erst 1967 gelingen. Aber immerhin gehörte er zur Nomenklatura der Partei und es mangelte ihm materiell an nichts. In seinen zahlreichen Rundfunkkommentaren war er darum bemüht, die Parteilinie, an die er sich streng hielt, nicht allzu plump daherkommen zu lassen. Ein Teil dieser Kommentare erschien später unter dem Titel *Auf der Hauptstraße der Weltgeschichte*; dass diese Hauptstraße zur Sackgasse werden könne, vermochte sich Gerhart Eisler noch weniger vorzustellen als seine Schwester.[39]

Auch Gerhart Eislers Frau Hilde war journalistisch aktiv: Seit 1955 leitete sie die Monatszeitschrift *Das Magazin*, eine an den *New Yorker* erinnernde Zeitschrift, die im Rückblick als das interessanteste Periodikum der DDR gelten kann. Dies war vor allem Hilde Eislers Verdienst. Die gelungene Mischung aus Essay, Fotoreportage, Reisebericht, Love Story und Literaturkritik, untermischt mit Cartoons und einem weiblichen Aktbild in jeder Nummer lebte auch von ihren Verbindungen, die sie im Pariser und New Yorker Exil geknüpft hatte. So schrieb

37 Hans Sahl, Die Wenigen und die Vielen. Roman einer Zeit, Frankfurt 1977, S. 24.

38 Vgl. Friedrich Albrecht, Zwischen den Fronten des Kalten Krieges [2009], in: Ders., Klaus Mann, der Mittler. Studien aus vier Jahrzehnten, Bern 2009, S. 234 (Zitat in Englisch). Angemerkt sei, dass eventuell auch Maria Reese Klaus Mann einigen Stoff zum Nachdenken gab, den er in der Romanfigur der Gertrud Kluge verarbeitete.

39 Vgl. Gerhart Eisler, Auf der Hauptstraße der Weltgeschichte. Artikel, Reden und Kommentare 1956–1968, mit einem Nachwort von Hilde Eisler, Berlin [DDR] 1981.

eine Reihe linker amerikanischer Autoren für *Das Magazin*. Nicht zuletzt konnte Hilde Eisler, da sie über einen gewissen Dollaretat verfügte, Schriftsteller wie Alvah Bessie und Haakon Chevalier unterstützen. Beide gehörten zu McCarthys Opfern und fanden in den USA noch immer kaum Abnehmer für ihre Arbeiten.[40] So publizierten sie ebenso wie Gerhart Eislers alter Pariser Freund Vladimir Pozner regelmäßig im *Magazin*, das dadurch an Weltläufigkeit gewann, die anderen DDR-Zeitschriften fehlte.[41]

Für Hanns Eisler verband sich die Entstalinisierung mit einem einschneidenden Erlebnis: Zum ersten Mal nach über zwei Jahrzehnten sah er seine frühere Freundin Hedwig Gutmann, wieder, zu der er seit 1935 keinen Kontakt mehr gehabt hatte. Sie gehörte zu den aus sowjetischen Lagern Befreiten. Nach dem 20. Parteitag hatte sie an Brecht schreiben können.[42] Dieser verständigte sofort Hanns Eisler. Nun bemühten sich beide um ihre möglichst rasche Übersiedlung nach Ostberlin. Im Frühjahr 1957 konnte sie dorthin ausreisen und wohnte zunächst bei den Eislers. Sie musste sich gegenüber der Staatssicherheit zum Stillschweigen über ihre Zeit im „Vaterland der Werktätigen" verpflichten. Erst danach bekam sie eine Wohnung in Berlin-Friedrichshain zugewiesen. Hedwig Gutmann lebte dort bis 1967. 1972 verstarb sie in einem Altersheim.[43]

Der Tod Bertolt Brechts am 14. August 1956 war für Hanns Eisler der Verlust seines engsten Freundes. Es war das Ende der Zusammenarbeit der beiden bedeutendsten Künstler der DDR und wohl auch Nachkriegsdeutschlands. Doch versank der Komponist, wie schon nach dem Fehlschlag mit dem *Johann Faustus*, keineswegs in Trübsal. Er war noch immer nicht bereit, der künstlerischen Moderne zu entsagen und dem Geßlerhut des sozialistischen Realismus eine zweifelhafte Ehre zu bezeugen. Einer Reihe Vertonungen von Gedichten Brechts und Tucholskys folgte die Musik für drei bemerkenswerte Filme: Alain Resnais' Dokumentarfilm *Nuit et brouillard* (Nacht und Nebel) zeigte 1955 in eindrucksvoller Weise die Deportation von Widerstandskämpfern in die Konzentrationslager der Nazis. *Les sorcières de Salem* (Die Hexen von Salem) war 1957 eine Verfilmung

---

40 Chevalier hatte jedoch die Moskauer Prozesse der 1930er Jahre publizistisch gebilligt; für den Boykott seiner Arbeiten durch die US-Verlage gab es also nachvollziehbare Gründe.

41 Vgl. zur Geschichte dieser Zeitschrift Manfred Gebhardt, Die Nackte unterm Ladentisch. Das Magazin in der DDR, Berlin 2002. Der Titel bezog sich auf das Aktfoto in jeder Nummer und die Tatsache, dass die begehrte Zeitschrift oft nur schwer erhältlich war, meist unter dem Ladentisch verkauft wurde.

42 Ihr Brief ist abgedruckt bei Friederike Wißmann, Hanns Eisler. Komponist, Weltbürger, Revolutionär, München 2012, S. 112.

43 Vgl. Jürgen Schebera, Hanns Eisler. Eine Biographie in Texten, Bildern und Dokumenten, Mainz 1998, S. 258.

von Arthur Millers Drama *The Crucible*. Obgleich laut Miller der berühmte Verfasser des Drehbuchs – kein anderer als Jean-Paul Sartre – „die Geschichte mit einem willkürlichen marxistischen Schleier zu überziehen schien“, wurde die Koproduktion Frankreich-DDR in der Regie von Raymond Rouleau ein europaweiter Erfolg.[44] In Salem, einem kleinen Ort im puritanischen Massachusetts des späten 17. Jahrhunderts, ging es um enttäuschtes Liebeswerben, entfesselte Leidenschaft und einen Schauprozess. Ob Hanns Eisler bei der vom Denunziationsfieber besessenen Abigail, die von der jungen Mylène Demongeot gespielt wurde, an seine Schwester dachte?[45] *Geschwader Fledermaus,* 1958 in der Regie von Erich Engel und nach einem Drehbuch von János Székely entstanden, kann den besten Antikriegsfilmen seiner Zeit an die Seite gestellt werden. Wolfgang Heinz und eine herausragende Christine Laszar spielten die Hauptrollen in einem DEFA-Film, der die Sinnlosigkeit des französischen Kolonialkrieges in Vietnam zeigte – zu einem Zeitpunkt, als Frankreich einen ebenso blutigen wie aussichtslosen Kampf darum führte, das „Kronjuwel“ Algerien weiter unter Kolonialherrschaft zu halten.

Man kann den Eisler-Brüdern kaum vorwerfen, so Eric Hobsbawm, „sich viele Illusionen über die Realität des Kominternkommunismus, der Sowjetunion oder gar der DDR gemacht zu haben. Sie blieben dort, kontrolliert und schikaniert von einer rigiden politischen Hierarchie, bei der sie von Zeit zu Zeit von Rivalen und ehrgeizigen Jüngeren denunziert wurden, ständig unter Beobachtung, selbst während sie öffentlich geehrt wurden, vom größten dauerhaften Polizeiapparat, der je in einem modernen Staat tätig war, der Stasi. Aber sie blieben.“[46]

Hatten die Eisler-Brüder das Gefühl, vom Regen in die Traufe, vom Amerika der Hexenjäger in die eiskalte Machtmaschine des Stalinismus gekommen zu sein? Blinder Glaube an die „Sache“ war es kaum noch, wenngleich sie noch immer die fernere Zukunft der Menschen mit dem Kommunismus verbanden. Was sie wirklich dachten, wussten aber nur sie allein. Stärke und Schwäche, Größe und Grenzen des kommunistischen Aktivisten im 20. Jahrhundert zeigten sich selten so widersprüchlich und so deutlich wie bei den Eislers. Die heroische und nun brü-

44 Arthur Miller, Zeitkurven. Ein Leben, Berlin/Weimar 1990, S. 442.

45 Die Hauptrollen spielten Simone Signoret und Yves Montand. In Nebenrollen waren Pascale Petit, Michel Piccoli und Sabine Thalbach zu sehen. – Vom Theaterregisseur Harold Clurman (einem einstigen Parteigänger Stalins) nach seiner Schwester befragt, sagte Hanns Eisler nur: „Vielleicht waren wir als Kinder nicht immer nett zu ihr.“ Harold Clurman, All People Are Famous (Instead of an Autobiography), New York 1974, S. 133. Das Zitat findet sich in Übersetzung auch bei Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, S. 201.

46 Eric Hobsbawm, Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert, München/Leipzig 2003, S. 177.

chige Illusion angesichts des Stalin-Terrors zu kritisieren, ist im Nachhinein leicht. Aber war der Westen damals die strahlende Alternative? Gewiss: Das Leben war dort bunter und vielfältiger, die Freiheitsräume waren größer, die soziale Ordnung war durch Wahlen legitimiert. Doch in den USA gab es noch immer Rassentrennung und Lynch-„Justiz" gegen Schwarze, Frankreich und England führten grausame Kolonialkriege, in Westdeutschland schalteten und walteten viele gar nicht so kleine Ex-Nazis, auch Kriegsverbrecher, als ob nichts geschehen wäre. Ex-Nazis gab es auch in der DDR, doch waren sie dort zum Schweigen verdammt. Dabei höhlte der unechte, plakative Antifaschismus als Ideologie des Regimes immer mehr den echten Antifaschismus aus – den Antifaschismus, der im Widerstand gegen Hitler geprüft worden und der das Guthaben war, über das Kommunisten weitaus mehr als ihre bürgerlichen Gegner verfügten.

Vom alltäglichen Leben in der Diktatur, von Überwachung und Gängelung war Hanns Eisler dank des österreichischen Passes weniger als der normale DDR-Bürger betroffen. Privat verlief jedoch sein Leben nicht einfach: Seine Frau Lou trennte sich von ihm und lebte fortan mit dem Wiener Literaturkritiker Ernst Fischer zusammen (der nicht mit den Eislers verwandt war). 1969 sollte dieser die KP Österreichs verlassen, aber vorerst lag seine Rolle als Wortführer eines undogmatischen Eurokommunismus noch in der Zukunft. Ernst Fischers frühere Frau, die Schriftstellerin Ruth von Mayenburg, nahm nach der Scheidung ihren Geburtsnamen wieder an. Sie habe, als sie offiziell Ruth Fischer hieß, oft „gezittert, mit dem vollbusigen, wilden Weib verwechselt zu werden", weshalb sie im Moskauer Exil ihren Pass auf einen anderen Namen ausstellen ließ.[47]

Hanns Eisler fand in der Wienerin Stephanie Wolf eine neue Partnerin, und dies bewog ihn, bevor sie an die Spree zog, noch mehr zwischen Wien und Ostberlin zu pendeln. Zudem lebte in Wien sein Sohn Georg aus der Ehe mit Charlotte Demant. Georg Eisler hatte mit seiner Mutter Faschismus und Krieg zuerst in der Sowjetunion, dann in England überlebt.[48]

Er schickte sich an, ein erfolgreicher Maler zu werden. Noch hatte er nicht Linksintellektuelle wie Georg Lukács, Erich Fried oder Hilde Spiel porträtiert; in Bildern, an die auch künftig erinnert wird. Als Ruth Fischer ihn 1957 in Wien

47 Ruth von Mayenburg, Blaues Blut und rote Fahnen. Ein Leben unter vielen Namen, Wien/München 1969, S. 296, und Dies., Hotel Lux. Das Absteigequartier der Weltrevolution, München/Zürich 1991, S. 42.

48 Die sowjetische Aufenthaltsgenehmigung für beide war 1938 nicht verlängert worden. Über Prag gelangten sie 1939 nach London. Dort arbeitete Charlotte Eisler vor allem als Musikpädagogin, ihr Sohn studierte Bildende Kunst an der Stockport School of Art und der Manchester Academy.

besuchte, verdiente er sein Geld als Buchillustrator, doch bereitete er schon die erste eigene Ausstellung vor.[49]

„Mir wird schwindlig, wenn ich mir vergegenwärtige, wie wenig Leute wie ich eigentlich wissen und wie sehr wir auf unseren politischen Instinkt angewiesen waren und sind", schrieb Georg Eisler seiner Tante, nachdem sie ein erstes Gespräch über das dramatische Auf und Ab der Zeitläufte und vor allem der kommunistischen Bewegung geführt hatten.[50] Hanns Eislers Sohn war bereit, Ruth Fischer als das zu nehmen, was sie sein wollte: eine linksorientierte Beobachterin des Zeitgeschehens. Den Briefen an ihren Neffen verdanken wir interessante Einblicke in ihre Denk- und auch Gefühlswelt. Georg Eisler wurde fortan Ruth Fischers enger politischer Vertrauter, nach ihrem Sohn und dessen Familie die wichtigste Bezugsperson.

„In Deutschland sieht es merkwürdig ambivalent aus", schrieb Ruth Fischer ihrem Neffen im November 1957. „An der Oberfläche ist alles ziemlich abstoßend, konformistisch und unrealistisch, kulturell unangenehm neu poliert und oberflächlich und menschlich meistens auch nicht sehr erfreulich. Hinter dieser Fassade gibt es aber interessante Gegenströmungen und auch eine ganze Reihe ansprechbarer Menschen, allerdings nicht in der Ulbricht-Sprache, in der es schlechterdings keine Gesprächspartner gibt. Aus Österreich kommt nur hier und da ein höchst undeutliches Echo nach Westdeutschland herüber, aber ich habe nicht den Eindruck, dass es außer Pittermann da viel Neues gibt. Oder gibt es etwas?"[51]

Anders sei die Lage in Frankreich. „In Paris stehen wir vor einer Änderung der gesamten Situation, da die Sozialisten nicht mehr lange die Regierung unterstützen können, wodurch die ganze Algerien-Politik doch in ein Endstadium gehen muss."[52] Ruth Fischers Prognose bestätigte sich mit Charles de Gaulles Machtantritt und der am 5. Oktober 1958 erfolgten Verfassungsänderung, die den Weg für die Fünfte Republik mit ihrer starken Stellung des Präsidenten freimachte.

---

49 Vgl. Christian Walda (Hg.), Georg Eisler. Rückschau auf einen Außenseiter, Schleswig 2009.

50 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 216, Bl. 2: Georg Eisler an Ruth Fischer, Brief vom 20. August 1957.

51 Dies bezog sich auf Bruno Pittermanns Wahl zum Vorsitzenden der österreichischen Sozialdemokratie.

52 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1273, Bl. 2: Ruth Fischer an Georg Eisler, Brief vom 14. November 1957. – Der Kolonialkrieg in Algerien führte zum ständigen Wechsel der französischen Regierungen: Am 6. November 1957 hatte Félix Gaillard das Amt des Premierministers übernommen, doch obwohl (oder weil) er die USA und Großbritannien als Vermittler im Konflikt hinzuzog, ohne dass eine Lösung sichtbar wurde, trat er am 15. April 1958 zurück. Sein Nachfolger Pierre Pflimlin war der letzte Ministerpräsident der Vierten Republik.

„Wir leben in einer eigentümlichen Phase", so Ruth Fischer im April 1958, „in der sich in Russland meiner Meinung nach alles Wesentliche in guter Richtung hinentwickelt, während in Osteuropa und insbesondere in Ostdeutschland nach wie vor ein höchst kaltes Parteiklima herrscht. Dieser Zustand bedrückt mich sehr, andererseits habe ich nicht viel Hoffnung auf baldige Änderung, wenn ich mir die weitere Versteifung der russisch-amerikanischen Beziehungen ansehe. Auch in Washington sind vor 2 bis 3 Jahren nicht viel entscheidende Änderungen zu erwarten."[53]

Georg Eisler gehörte zu den sehr wenigen Personen, mit denen Ruth Fischer auch Dinge außerhalb der Politik besprach. „Ich weiß nicht, ob das Stück von Sartre ‚Les sequestrés d'Altona' und das von Genet, ‚Les nègres', bis nach Wien gedrungen sind", schrieb sie ihm Ende 1958. „Beides sind in verschiedener Art ganz außerordentliche Theaterereignisse."[54]

Inzwischen hatte Georg Eisler Vater und Onkel in Ostberlin besucht. „Gerhart scheint es sehr gut zu gehen", berichtete er, fügte aber hinzu: „Weder ihm noch Vater habe ich etwas von Dir erzählen können, da mir das jetzige Klima dafür vollkommen ungeeignet erscheint", womit sowohl die Familie als auch die Politik gemeint sein konnten.[55]

Viel Verwandtschaft, mit der Ruth Fischer wieder in Kontakt treten konnte, gab es nicht mehr. In Deutschland lebte Hedwig Versteeg, die Schwester ihrer Mutter. Sie war 1949 oder 1950 mit ihrer Tochter von Halle nach Marburg gegangen, und dort hatte Ruth Fischer sie ausfindig gemacht. In Wien war, außer Georg Eisler, niemand mehr, den sie kannte. Die Familie ihres ersten Mannes Paul Friedländer war, wie er selbst, ermordet worden.[56] Ruth Fischer bat Hedwig Versteeg um einige alte Fotos und andere Familienandenken, da sie bei ihrer Flucht 1933 nichts hatte mitnehmen können.[57] Hedwigs Brüder, Karl und Kurt Fischer, blieben in der DDR. Sie waren damit für Ruth Fischer unerreichbar.[58] Ella Eisler geb. Tune, Gerharts zweite Frau, lebte mit der gemeinsamen Tochter Anna materiell beengt in Stockholm. Sie habe mit Gerhart am 1. Mai 1956 telefo-

53 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1273, Bl. 2: Ruth Fischer an Georg Eisler, Brief vom 23. April 1958.

54 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1273, Bl. 16: Ruth Fischer an Georg Eisler, Brief vom 18. Dezember 1959.

55 Ebd., Mappe Nr. 216: Georg Eisler an Ruth Fischer, Brief vom 8. April 1958, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 323.

56 Doch hatte eine Verwandte, Trude Friedländer, überlebt, wie Ruth Fischer später herausfand. Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 268, Bl. 1: Trude Friedländer an Ruth Fischer, Brief vom 6. Juli 1957.

57 Ebd., Mappe Nr. 2097, Bl. 1: Ruth Fischer an Hedwig Versteeg, Brief vom 15. April 1950.

58 Vgl. Ebd., Bl. 2: Ruth Fischer an Hedwig Versteeg, Brief vom 17. Mai 1950.

niert, teilte sie Ruth Fischer mit. Später habe sich aber unter dieser Nummer in Ostberlin niemand mehr gemeldet.[59]

Das letzte Lebenszeichen, das Gerard Friedlander von seinem Vater Paul Friedländer Ende 1939 erhalten hatte, war ein Brief aus dem französischen Internierungslager Le Vernet. Der bis dahin überzeugte Kommunist sagte sich darin vom Kommunismus los; es war seine – und die Reaktion so vieler – auf den Hitler-Stalin-Pakt.[60] 1942 wurde er an die Gestapo überstellt und im folgenden Jahr in Auschwitz umgebracht. Auch seine beiden Brüder Peter und Alexander wurden ermordet; seine Schwester Betty war schon lange vor dem „Anschluss" Österreichs nach Nordamerika ausgewandert.[61] Zuletzt lebte sie in Kalifornien, wo sie 1995 im Alter von einhundert Jahren starb.[62]

Die gegenseitige Anteilnahme am Schicksal der Eisler-Geschwister stellte sich in diesen Jahren wieder ein, „zumindest von ihrer Seite", wie Ruth Fischers Sohn einschränkte.[63] Wie es umgekehrt war, ist schwer zu sagen. Doch ist anzunehmen, dass beide Brüder Ruth Fischers schmales, doch inhaltsreiches Buch *Die Umformung der Sowjetgesellschaft* lasen, das Ende 1958 im Verlag Eugen Diederichs herauskam. Die einzelnen Kapitel waren im gleichen Jahr als Serie in den *Frankfurter Heften* erstmals erschienen.[64]

Im Vorwort zog Ruth Fischer unmissverständlich die Trennlinie zwischen der kommunistischen Opposition von einst und den „Neo-Antibolschewisten" der

59 Ebd., Mappe Nr. 215, Bl. 1: Elli Eisler an Ruth Fischer, Brief vom 7. Juni 1955.

60 Seine Komintern-Akte vermeldet kurz, Friedländer habe in Frankreich die Verbindung zu Willi Münzenberg aufrechterhalten. Weitere Informationen seien nicht verfügbar. Vgl. Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii (RGASPI), Moskau, Fonds 495, Bestand 205, Personalakte Nr. 6053 (Friedländer, Paul): Biographische Notiz nach einer Anfrage vom Juli 1943 (russisch). Der Ex-Kommunist und Schriftsteller Gustav Regler behauptete, er habe im Lager Le Vernet Gerhart Eisler heimlich belauscht und ihn sagen hören, Friedländer sei ein „Verräter" gewesen. Gustav Regler, Das Ohr des Malchus, Eine Lebensgeschichte, Frankfurt 1975, S. 454. Das Buch erschien zuerst 1959.

61 Vgl. das Interview mit Gerard Friedlander in: Hering/Schilde (Hg.), Kampfname Ruth Fischer, S. 85f.

62 Vgl. Susanne Wright, Eine Ballade von Johannes Brahms. Erinnerungen an eine Wiener Kindheit 1930–1950, Klagenfurt u. a. 2010, S. 78. Susanne Wright ist die Nichte von Ruth Fischers ersten Mann Paul Friedländer.

63 Interview mit Gerard Friedlander, S. 87.

64 Ruth Fischer, Chronik der Entstalinisierung, in: FH, 13 (1958), Nr. 2, S. 89–101; Nr. 4, S. 261–267 u. 309–318; Nr. 7, S. 474–483; Nr. 8, S. 575–582; Nr. 11, S. 793–801; Nr. 12, S. 865–872. Zuvor war Ruth Fischers Plan gescheitert, eine Studie über „Die Isolierung der Sozialdemokratie" (Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2470, engl. Fassung, ebd., Mappe Nr. 2461) bei Diederichs zu publizieren.

Gegenwart.[65] Die kommunistische Opposition, als deren Erbin sich Ruth Fischer sah, „wollte den ‚degenerierten‘ Arbeiterstaat regenerieren durch eine große Reform oder durch eine dritte proletarische Revolution.[66] Die Neo-Antibolschewisten setzten sich dasselbe Ziel wie ihre historischen Vorgänger, die Antibolschewisten von 1917 bis 1945: die Zertrümmerung des von der Oktoberrevolution geschaffenen russischen Staates durch Krieg oder durch Umsturz oder durch die Zerlegung des Sowjetblocks in eine Vielfalt von kleinen und daher impotenten Staaten.“ Dies zeige sich auch in der Terminologie: Der Begriff Stalinismus, den vor 1953 praktisch nur oppositionelle Kommunisten gebraucht hätten, sei nun zum Modewort der politischen Propaganda geworden. (6)

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil, „Partei und Staat“, wiederholte Ruth Fischer bisher Gesagtes, fügte aber einen Abschnitt zu den Straflagern und der sowjetischen Strafrechtsreform bei. Der zweite Teil war mit „Wirtschaftsplanung und Staatsmacht“ überschrieben, und hier bot Ruth Fischer ihrer westdeutschen Leserschaft einiges Neues. Sie zog kaum russischsprachige Literatur zu Rate, stützte sich vielmehr auf die in der DDR übersetzten Arbeiten und zog die Forschungsliteratur der USA heran.

Ruth Fischer sah die Zeit seit Berijas Entmachtung als fortlaufenden, wenn auch diskontinuierlichen Prozess der Entstalinisierung an, der zur „Renaissance der Partei“ geführt habe. (9) Unfreiwillig habe Stalin diese Renaissance selbst in die Wege geleitet: Als er im Oktober 1952 nach 13-jähriger Pause den 19. Parteitag einberief, musste er Abstriche an seiner Diktatur vornehmen, denn selbst jede noch so servile Parteiorganisation bedeutete allein durch ihre Existenz ein formales Gegengewicht zum allmächtigen Führer. Auf dem Parteitag habe er sich mit der Präsentation einer Führerrolle zufriedengeben müssen, was aber wohl auch mit seinem schlechten Gesundheitszustand zusammenhing. Nach seinem Tod einte das Bestreben, „Berija im Getriebe seiner eigenen Maschinerie zu fangen“, die Nachfolger, und seit der Ausschaltung Berijas im Juni 1953 könne man von Entstalinisierung sprechen. (15) Mit Berijas Sturz wurde die Geheimpolizei vom Staat im Staate wieder in ein normales Instrument der Diktatur zurückverwandelt. Damit begann auch die Amnestierung politischer Gefangener, die Ruth Fischer im Detail beschrieb.

Damit einher ging eine Reform des Strafrechts. Zwar sei die Sowjetunion von rechtsstaatlichen Verhältnissen in der Praxis noch weit entfernt. Dennoch würden die „Hauptelemente der Stalinschen Diktatur“ verschwinden: Der Staatsverrat sei

65 Ruth Fischer, Die Umformung der Sowjetgesellschaft. Chronik der Reformen 1953–1958, Düsseldorf/Köln 1958, S. 6. Wiederum werden die Seitenzahlen aus dem Buch in Klammern hinter dem Zitat wiedergegeben.

66 Nach der Februar- und der Oktoberrevolution von 1917.

nicht länger ein Instrument der Politik und das Konzentrationslager nicht mehr Hauptinstrument der Arbeitsdisziplin. (26) Außenpolitisch habe sich mit Chruschtschow der Exponent jener Richtung durchgesetzt, die auf eine friedliche Koexistenz, auf eine pragmatische Zusammenarbeit mit dem Westen setze. Damit seien die Respektierung der Politik neutraler Länder und die Anerkennung verschiedener Wege zum Sozialismus, auch jenem, den Tito beschreite, verbunden. Der gescheiterte „Palast-Coup der Neostalinisten" habe gezeigt, dass das Zentralkomitee der Partei die Kontrolle über das Politbüro zurückgewonnen hatte. (32f.)

Die „Demokratisierung" der Wirtschaft – bei Ruth Fischer in Anführungszeichen – greife auf Ideen der vorstalinistischen Phase der Sowjetunion zurück. Diese These versuchte Ruth Fischer im zweiten Teil des Buches zu begründen. (37) Lenins Idee der Arbeiterkontrolle sei europäischen Ideen entsprungen, und deshalb bezeichnete Ruth Fischer Lenin pointiert als „europäischen Sozialdemokraten"; Stalin hingegen sei, trotz seiner georgischen Herkunft, „der russische Nationalkommunist." (37, 41) Das Zwangssystem, durch das unter Stalin die Arbeitsdisziplin erzwungen wurde, sei eine Absage an den europäischen Sozialismus gewesen. Dennoch: „Lokale Organisationen mussten, konnten und haben die Tendenz entwickelt, die Strenge dieser Arbeitsdisziplin abzumildern, die zahllosen Vorschriften zu durchkreuzen oder aufzugeben und die unvermeidlichen Mängel und Irrtümer den Zentralisierungsinstanzen gegenüber aufzudecken." Ohne eine solche Abmilderung hätte das System nicht funktioniert, sondern wäre am Übermaß an Gewalt und Unterdrückung zusammengebrochen. (44)

Ähnliches gelte in der Landwirtschaft nach der Zwangskollektivierung. Die Gründung der Kolchosen, der Produktionsgenossenschaften, „fand unter Voraussetzungen statt, die ihre Entwicklung für die nächsten Jahrzehnte bestimmt haben: die Durchsetzung einer industriellen Arbeitsdisziplin in einem vorkapitalistischen Milieu bei der gleichzeitigen Notwendigkeit, die Agrarpreise im Verhältnis zu den knapp angebotenen Industrieprodukten niedrig zu halten." (45) Ruth Fischer nannte die offiziellen, wahrhaft gigantischen Zahlen, die Zeugnis von der forcierten Technisierung der Landwirtschaft unter Chruschtschow ablegen sollten und bezeichnete dies als „die zweite große Phase der sozialistischen Agrarrevolution" in der Sowjetunion. (52)

Damit verbunden sei eine überfällige Dezentralisierung industrieller Planung und Produktion, worin Ruth Fischer den „Sturz der Plan-Zaren" sah. (53) Einmal mehr erblickte sie darin den Erfolg der „Parteiopposition gegen die Moskauer Wirtschaftsbürokratie", doch zeigte sich, dass sie damit den Begriff der Opposition ins Beliebige ausweitete. (57) Was vor sich ginge, schrieb sie an anderer Stelle präziser, sei der Umbau der Leitungspyramide. „Die Ausarbeitung des Planes wird auf mehrere Wirtschaftsräume verteilt, anstatt von Moskau aus bis nach Kamtschatka im Detail von oben festgelegt zu werden. Was vor sich geht, ist eine besse-

re Gliederung des zu groß gewordenen Wirtschaftspotentials. Die nationalen Republiken erhalten dadurch ein solideres Fundament als bisher für Autonomie.“ (63)

Das Wiederaufleben der Fabrikkomitees und die Reorganisation der Gewerkschaften zeugten ebenso wie das Wiedererwachen der Partei (statt der Geheimpolizei) im Betrieb von einer Rückkehr zu Prinzipien des Vor-Stalinschen, des Leninschen Sowjetkommunismus. Mit Recht betonte Ruth Fischer, dass gerade die Fabrikkomitees einer genaueren Untersuchung bedürften, seien sie doch von den Räten des Jahres 1917 ebenso verschieden wie von den im November 1956 in Ungarn gebildeten Arbeiterräten. Es gebe, meinte sie voller Optimismus, ein größeres Mitspracherecht der sowjetischen Arbeiter bei innerbetrieblichen Fragen. Unter Chruschtschow habe sich die Verlagerung der Entscheidungsprozesse nach oben und in die Hände unkontrollierbarer Organe wie der Geheimpolizei bereits teilweise umgekehrt. „Das Gerüst der Reform ist solide und gut aufgerichtet; wenn das künftige Gebäude diesem Grundplan entspricht, dann wird die Sowjetunion zu einer offenen Industriegesellschaft, die keine Geburtsprivilegien mehr kennt, auch nicht die der proletarischen Abkunft, und die allen ihren Bürgern gleiche Arbeitsmöglichkeiten, Lebenshaltung und Status-Position garantiert. Nur in einer solchen Gesellschaft können die Kontrollen über die Zentralinstanzen stark genug sein, um die Erstarrung der ‚Bürokratie‘ in eine Kaste mit aufgeblähten und überflüssigen Privilegien zu verhindern.“ (87f.)

Ruth Fischer wiederholte abschließend, dass trotz aller Rückschläge, auch neuer Spannungen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien, die Pluralisierung der kommunistischen Welt voranschreite und von den Sowjetführern weder aufgehalten werden könne noch wolle. Sie würden die jetzigen und künftigen Veränderungen in Osteuropa akzeptieren. Auch erkenne Moskau nicht nur Peking als gleichberechtigt an, sondern wisse, dass die jungen Staaten Asiens und Afrikas zwar „Weggenossen, aber keine Mitglieder der kommunistischen Kampfgemeinschaft“ sind oder werden wollen. (99) Dieser neue Realismus sei auch beispielhaft für die Deutschen, die in der jüngsten Vergangenheit so wenig politischen Realismus gezeigt hätten. (100) Obgleich Ruth Fischers Bücher keine theoretischen Reflexionen über den Marxismus enthalten, fordern sie doch, und dies gilt auch für ihr letztes, zum Nachdenken über Gesellschaftsstrukturen auf.

Der aus Jugoslawien stammende, aber in Paris lebende Journalist Branko Lazitch schrieb eine scharfe Kritik des Buches. Er erinnerte an Ruth Fischers Rolle in der KPD und Komintern und fuhr fort: „Fünfzehn Jahre später finden wir sie in einer anderen Rolle. 1940 nahm das FBI im Vichy-Frankreich Kontakt zu ihr auf

und brachte sie nach New York."[67] Lazitch zitierte aus Guenther Reinhardts Memoiren und erinnerte an die Unterstützung, die Ruth Fischer in Amerika erhalten hatte. Habe sie damals ohne zu zögern ein kommunistisches Netzwerk rund um ihren Bruder Gerhart Eisler zu entdecken vermeint, so seien ihre heutigen Aussagen nicht weniger abenteuerlich. Dies zeige besonders ihre Behauptung, die Sowjetunion entwickle sich zu einer offenen Industriegesellschaft, die keine Geburtsprivilegien mehr kennen und allen ihren Bürgern gleiche Arbeitsmöglichkeiten, Lebenshaltung und Status-Position garantieren würde. „Wie weit sind wir doch von einer ‚Neuen Klasse' entfernt!", merkte Lazitch sarkastisch mit Bezug auf Milovan Djilas an. Glaube Ruth Fischer wirklich, dass die Entrechtung und Überwachung der Vergangenheit angehöre? Oder welche Gründe hätten die Aufstände gegen Moskau gehabt? Der „Rauchschleier des ‚Marxismus-Leninismus'" habe Ruth Fischer jede Sicht auf die Wirklichkeit genommen; die Ideologie, zu der sie auf Umwegen zurückgekehrt sei.[68]

Ruth Fischer ziehe gegen „angebliche westliche Kreuzzugsphilosophen" zu Felde, scheine aber kaum noch „die weltrevolutionären Zielsetzungen des Kommunismus ernstzunehmen, obwohl sie selbst am besten darüber Bescheid wissen sollte", schrieb Oskar Anweiler. „Es ist zumindest sehr leichtgläubig und durch nichts begründet, wenn behauptet wird, dass Chruschtschow sich mit einer weitgehenden Veränderung des politischen und militärischen Status quo im sowjetisch kontrollierten Osteuropa abfinden werde, wenn die Amerikaner aus Europa abzögen." Ebenso unsinnig sei es, jede Kritik an der Sowjetunion als potenziell gegenrevolutionär anzusehen. Fast resignierend meinte Anweiler, das Buch zeuge, entgegen der Beteuerung der Autorin, „von einer Befangenheit in ihren alten Denkkategorien, die ein gemeinsames Bemühen um die Sache fast aussichtslos erscheinen lässt."[69]

Ruth Fischer bekenne sich zwar zur alten antistalinistischen Opposition, schrieb Erik Nohara in seiner Besprechung, die im *Monat* erschien und die nicht weniger kritisch ausfiel. „Ein sorgfältigeres Studium ihrer Dokumentation lässt jedoch den Verdacht aufkommen, dass die Oppositionelle mit dem neuen Regime Frieden geschlossen hat, ja mehr noch, dass die unerbittliche Kritikerin der Vergangenheit sich zu einer bedingungslosen Propagandistin des 1. Sekretärs Nikita Chruschtschow und seines neuen Kurses herausgemausert hat." Zwar seien solche

67 Ruth Fischer erfuhr von der Existenz und Funktion Guenther Reinhardts aber erst in New York.

68 Branko Lazitch, Métamorphoses de Ruth Fischer?, in: Est et Ouest, Nr. 243 (1.–15. octobre 1960), S. 16.

69 Oskar Anweiler, [Rez. zu:] Ruth Fischer, Die Umformung der Sowjetgesellschaft, in: Osteuropa, 9 (1959), Nr. 9, S. 583.

Wandlungen nicht einmalig, doch sei die Technik einmalig, mittels derer Ruth Fischer ihre Wandlung „unter dem Mantel einer neutralen Berichterstattung zu verbergen“ wisse. Selbst die Schrecken der GPU habe sie nicht dargestellt, ohne auch den FBI und den britischen Intelligence Service zu erwähnen. Der Sozialdemokrat Nohara stimmte Ruth Fischers Kritik an westlichen Sowjetexperten zu, die die Arbeiterselbstverwaltung im Osten zum Mythos hochstilisierten, im Westen aber Furcht vor entsprechenden Forderungen der Arbeiter hätten. Doch sei ihr entschieden zu widersprechen, wenn sie die Arbeiterräte in Ungarn als Instrumente sehe, deren sich die Konterrevolution habe bedienen können. Damit gebe Ruth Fischer fast schon wörtlich die sowjetische Begründung für den Einmarsch in Budapest wieder. Zwar verweise sie an einer Stelle auf ihr Buch *Stalin und der deutsche Kommunismus*, doch sei *Die Umformung der Sowjetgesellschaft* keine Fortsetzung, sondern die Negation ihres früheren Werkes.[70]

Schloss die einstige Oppositionelle Frieden mit dem von ihr früher so leidenschaftlich bekämpften Regime? Jetzt zeige es sich, dass es für Kommunisten richtig war, in der Partei geblieben zu sein, wo immer dies möglich war. Nur als Parteimitglied könne man Einfluss auf die nunmehr anstehenden Reformen nehmen, sagte Ruth Fischer zu ihrem Sohn während eines England-Besuches.[71]

„Der XXI. Parteitag ist ein Ereignis von außerordentlicher Bedeutung für das innere Leben der Partei und die politische Orientierung der Sowjetunion“, schrieb sie aus gegebenem Anlass im *Funken*.[72] Chruschtschow habe den Parteitag früher einberufen als statutenmäßig vorgesehen, „weil er bereits eine solche Konsolidierung seiner Politik erreicht hat. Dass ihm ein möglichst rasch zusammengetretener Kongress willkommen ist, um diese faktisch erreichte Position parteimäßig zu legalisieren.“ Es sei unsinnig, wie es bisweilen im Westen geschehe, die Schwierigkeiten der Dezentralisierung der Wirtschaft zu überschätzen, und ebenso unsinnig sei es zu behaupten, Chruschtschow trete in Stalins Fußstapfen, weil er die Ämter des Partei- und des Regierungschefs in seiner Person vereine. Chruschtschow sei auch „ein großer Reformator gerade auch auf dem Gebiet der Erneuerung der kommunistischen Parteibewegung“, doch liege seine Bedeutung vor allem in der Garantie des Sieges über alle Bestrebungen, die auf eine Restauration des Stalinismus abzielten.

„Chruschtschow überwand die Revolte der stalinistischen Führer durch die Gegenaktion der jungen Kader. Zum ersten Mal seit den zwanziger Jahren übte das Zentralkomitee sein demokratisches Recht aus und erzwang gegen die von

70 Erik Nohara, Eine Oppositionelle schließt Frieden?, in: Der Monat, Nr. 138 (1960), S. 81.

71 Vgl. Collection International Institute of Social History: Ruth Fischer Memoirs by her son Gerard Friedlander, unveröff. Manuskript, 1995, S. 55f.

72 Der 21. Parteitag der KPdSU fand vom 27. Januar bis 5. Februar in Moskau statt.

Molotow und Malenkow im Präsidium erzielte Mehrheit das Verbleiben Chruschtschows an der Spitze der Partei." Das 1953 begonnene „große Reformwerk" habe dadurch seine Fortsetzung erfahren. Damit verbunden sei die Politik „einer großzügig geplanten und energisch durchgeführten Friedensoffensive" gegenüber den USA. Die sowjetische Forderung, dem Warschauer Pakt beizutreten, habe Jugoslawien zwar nicht erfüllt, und so hätten sich die Beziehungen zwischen beiden Staaten wieder verschlechtert. Doch wollte Ruth Fischer eine Bedrohung Jugoslawiens, wie sie unter Stalin bestand, nunmehr ausschließen.[73]

Ruth Fischer fasste ihre grundsätzliche Sicht auf die russische Oktoberrevolution und ihre Folgen in einem Besprechungsaufsatz zur deutschen Ausgabe von William Henry Chamberlins Werk *Die russische Revolution 1917–1921* zusammen, dessen englische Originalausgabe bereits 1935 erschienen war.

Hätte ein anderer Verlauf im November 1917 der russischen Geschichte ein glücklicheres Schicksal beschert?, fragte Ruth Fischer zu Beginn und verwies auf die inneren Ursachen für den Sieg der Bolschewiki. Vor allem der Unwille der Provisorischen Regierung, aus dem Weltkrieg auszuscheiden, und nicht „deutsches Geld" sei dafür verantwortlich gewesen.[74] Ohne die Tschechische Legion, an deren Zustandekommen der spätere Präsident Masarýk entscheidend mitgewirkt habe, hätte sich das „weiße" Lager nicht so schnell mobilisieren können, wie es dies dann tat. Vor allem Japan gelüstete es nach Territorien in Sibirien. Aber auch das kaiserliche Deutschland suchte den „Drang nach Osten" seiner Herrscherschichten zu befriedigen. England wollte aus dem Territorium Russlands eine Reihe kleiner Staaten herausreißen und diese unter britisches Protektorat stellen. Die gestürzten Anhänger des Zaren wollten natürlich das Gegenteil, nämlich ein starkes Russland.[75]

Doch war „der Gegensatz zwischen den russischen Nationalisten und ihren westlichen Protektoren nicht die einzige Ursache des Zusammenbruchs der weißen Armeen", fuhr Ruth Fischer fort. Während die roten Truppen eine einigermaßen funktionierende Verwaltung aufrichteten, brandschatzten und mordeten die Weißen in unvorstellbarem Ausmaß. Insbesondere die Juden hatten darunter zu leiden: Die weißen Truppen waren von einem mörderischen Judenhass beses-

73 Ruth Fischer, Der XXI. Parteitag, in: Funken, 9 (1958), Nr. 12, S. 177–179.

74 Dass die Friedensfrage 1917 die ausschlaggebende Frage gewesen sei und dass Wilsons „14 Punkte" ohne den Erfolg der Bolschewiki so nicht formuliert worden wären, betonte Ruth Fischer auch an anderer Stelle. Vgl. Ruth Fischer, Amerika und die Sowjetmacht, in: FH, 15 (1960), Nr. 6, S. 391–400 und Nr. 7, S. 483–492.

75 Ruth Fischer, Die russische Konterrevolution 1917 bis 1921, in: FH, 14 (1959), Nr. 4, S. 263–274. Alle folgenden Zitate entstammen dieser Quelle.

sen, in den Juden sahen sie nicht nur die verhassten Andersgläubigen und Fremdstämmigen, sondern auch Parteigänger der Bolschewiki.[76]

Zwar war die Mehrheit der Juden zunächst keineswegs probolschewistisch eingestellt, doch rettete die Rote Armee ihnen oft das Leben und gewann dadurch ihre Unterstützung. Ruth Fischer würdigte Chamberlins Buch als eine erstrangige Untersuchung jenes Antisemitismus, der, mit Kommunistenhass verbunden, sich von Russland nach Deutschland ausbreitete. Zu all dem kamen uralte Stammesfehden im Kaukasus und in Zentralasien. Insgesamt gesehen, stimmte Ruth Fischer Chamberlin zu, sei der Rote Terror, so schlimm er war, das kleinere Übel gewesen. „Auch die liberalen Intellektuellen zogen schließlich, wie Dr. Schiwago, den Bolschewismus der Restauration vor, da die Weißen alle Fehler der Bolschewiken, jedoch keine ihrer Tugenden besaßen." Wer Chruschtschow, der als junger Soldat im Bürgerkrieg kämpfte, verstehen wolle, der müsse den Bürgerkrieg in Russland studieren.

Ruth Fischers Betonung des mörderischen Antisemitismus teilten auch andere Autoren. Nach der Ermordung der europäischen Juden wurde der Antisemitismus der Weißen nicht mehr als bedauerliches Nebenprodukt von „Kämpfern für die gute, christliche Sache" abgetan, sondern wurde zu einem zentralen Punkt bei der Beurteilung des Bürgerkrieges im Für und Wider. Ruth Fischers alter Bekannter Salomon Schwarz legte ein Standardwerk zum russischen Antisemitismus vor. Darin beurteilte er die Bolschewiki sehr kritisch, verschwieg aber nicht, dass der Schlachtruf – und die Praxis – der weißen Armeen „Schlagt die Juden, rettet Russland!" lautete. Die Bolschewiki schlugen die weißen Judenmörder und retteten die Juden. Der Antisemitismus einer späteren Zeit, Stalins letzten Jahren, war undenkbar.[77]

Nicht alle deutschen Rechten teilten Hitlers blindwütigen Judenhass, und nicht alle Gegner der Weimarer Republik ließen sich eindeutig Links oder Rechts zuordnen. In einer Rezension von Ernst Niekischs Memoiren würdigte Ruth Fischer die um ihn gescharte „national-bolschewistische" Opposition gegen Hitler. „Sie wussten, dass Deutschland sicher zugrunde gehen würde, wenn es sich von Hitler in den antibolschewistischen Krieg hineintreiben ließ." Die Auseinandersetzung mit dem Nationalbolschewismus sei auch deshalb notwendig, „weil in unserer Zeit innerhalb des Kommunismus die Frage nach den nationalen Formen des Sozialismus eine so große Rolle spielt." Hier sei an die „nationalbolschewisti-

76 „Die ruinierte und verelendete ‚Bourgeoisie' nährte einen bitteren Hass gegen die Kommunisten und gegen die Juden." William Henry Chamberlin, Die russische Revolution 1917 bis 1921, Bd. 2, Frankfurt 1958, S. 335. Diese Revolution sei „eine der größten Explosionen des Hasses, die die Geschichte kennt", gewesen. Ebd.

77 Vgl. Salomon Schwarz, The Jews in the Soviet Union, New York 1951.

sche“ Phase der KPD zu erinnern, als Karl Radek den Naziterroristen Leo Schlageter zum „Wanderer ins Nichts“ stilisiert habe.[78] Dass sie selbst 1923 eine ganz eigene Art der Verbindung von links und rechts gesucht hatte, als sie die „Judenkapitalisten“ – wenn auch nicht sie allein – an die Laterne hängen wollte, blieb freilich unerwähnt.

Schloss Ruth Fischer Frieden? Bestimmt mit einem Teil ihrer eigenen Vergangenheit, mit ihrer Zeit als KPD-Führerin. Sie sah nun die frühe KPD als eine Kraft, die politisch zwar keineswegs immer Recht gehabt, sich doch im Einklang mit dem Gang der Geschichte bewegt habe, in Richtung hin zu einer kommunistischen Gesellschaft. Die Sowjetunion unter Lenin sei grundsätzlich anders gewesen, als jene Sowjetunion, die sie unter Stalin wurde. Somit sei auch die KPD, bevor Thälmann sie übernahm, eine andere Partei gewesen. Erneut blendete sie aus, wer die KPD so zugerichtet hatte, dass sie zum Instrument Stalins wurde.

Dass Ruth Fischer in den USA nicht nur die Partei Stalins und Thälmanns bekämpft hatte, sondern den Kommunismus insgesamt, wollte sie ein gutes Jahrzehnt später gleichfalls nicht mehr wahrhaben. Vor allem wollte sie in der Erinnerung anderer nicht als jene Person haften bleiben, die einem McCarran und einem Nixon Zuträgerdienste geleistet hatte. Da Selbstkritik nicht ihre Stärke war, musste die „neue“ Ruth Fischer die alte förmlich überdecken. Ruth Fischer musste und wollte nun rastlos daran arbeiten, um einer kritischen, linken Öffentlichkeit als streitbare Sozialistin in Erinnerung zu bleiben. Sie wusste freilich auch, dass eine Anerkennung dieser Arbeit, gar ein Wiedersehen mit den Brüdern wohl nur in einem reformiert-kommunistischen, einem „entulbrichten Berlin“ möglich wäre.[79] So gering die Aussicht darauf war: Würde sie dann den Frieden, den sie suchte, auch finden?

„Ein Spiegel der Zeitgeschichte ist erblindet“

Die Jahre 1959 und 1960 waren Jahre voller Aufsätze, Reisen und Vorträge. Es waren auch Jahre voller Pläne. Ruth Fischer trug sich mit dem Plan einer Studie

78 Ruth Fischer, Wanderer ins Nichts. Der National-Bolschewismus am Beispiel Ernst Niekischs (Rez. zu: Ernst Niekisch, Gewagtes Leben, Köln 1958), in: FH, 14 (1959), Nr. 11, S. 873. Hiernach auch das Folgende.

79 Diese Wendung gebrauchte Ruth Fischer am 30. Oktober 1956 gegenüber den Sozialdemokraten Gertraud und Otto Witt, in: Ruth Fischer Papers, Mappe 2161, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 38.

über Chruschtschow.[80] Sie nahm sich auch vor, eine Biographie Arkadij Maslows zu schreiben. Fast niemand mehr kenne ihn in Paris, und in Deutschland sehe es kaum anders aus. „Mit vielen Hemmungen habe ich ganz alte Pakete und Schriften von Maslow aufgemacht", schrieb sie ihrem alten Freund Franz Jung, der nun in San Francisco lebte, „und auch jetzt war das noch keine leichte Sache." Eine Biographie Maslows müsse „natürlich dreiviertel politisch sein und nur so viel Persönliches enthalten, als unbedingt notwendig ist, um die Ereignisse anschaulicher zu machen." Er, Franz Jung, habe Maslow ja schon gekannt, bevor Ruth Fischer ihn kannte, und habe ihm viel nähergestanden als fast jeder andere. Wie weit sie damit kommen werde, wisse sie nicht, zumal viele weitere Arbeiten anstünden.[81]

Ruth Fischer schrieb die ersten vier Kapitel des Buches, und ohne diese Niederschrift wäre manches von Maslows Biographie unrettbar verloren.[82] Mit dem Thema Stalin war Ruth Fischer nicht „fertig": In ihrem Nachlass finden sich noch um 1948 begonnene, doch in verschiedenen Versionen bis zuletzt fortgeführte, immer wieder umgeschriebene Studien unter den Überschriften „1933 oder die europäische Revolution" und „Stalin and Europe"; Manuskripte, die zusammen fast zweitausend Seiten umfassen.[83] Ein weiteres Buch, das sie zu schreiben beabsichtigte, war eine Monographie über die Komintern und die koloniale Frage. In verschiedenen Versionen gedieh das Manuskript recht weit, auf 110 Seiten.[84]

Schließlich publizierte Ruth Fischer aber nur einen Ausschnitt daraus in den *Frankfurter Heften*. Sie zeigte die Ambivalenz sozialistischer Positionen zur Kolonialfrage vor 1914: Einerseits erklärte die Zweite Internationale sich mit dem Befreiungskampf der afro-asiatischen Völker grundsätzlich solidarisch, andererseits wurden manche dieser Erklärungen durch die Betonung der „zivilisatorischen" Rolle der europäischen Mächte verwässert. Die Komintern habe hier Klarheit geschaffen und sich kompromisslos auf Seiten der kolonial unterdrückten

---

80 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2666: Nikita S. Chruschtschow: Umrisse einer politischen Biographie (23. März 1960).

81 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1503: Ruth Fischer an Franz Jung, Brief vom 18. August 1960, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 335f. Franz Jung plante auch, Maslows Manuskript *Die Tochter des Generals* als Grundlage für ein Drehbuch zu benutzen. Der Stoff sollte verfilmt werden. Dazu kam es nicht. Vgl. Hans-Magnus Enzensberger, Hammerstein oder der Eigensinn. Eine deutsche Geschichte, Frankfurt 2008, S. 354.

82 Das Manuskriptfragment befindet sich in den Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2676. Abdruck in: Abtrünnig wider Willen, S. 541–574.

83 Vgl. hierzu Ruth Fischer Papers, Mappen Nr. 2474 bis 2476.

84 Vgl. ebd., Mappen Nr. 2661, 2662 und 2664.

Völker gestellt.[85] Immer wieder habe es jedoch Differenzen über die Rolle der nationalen Bourgeoisie im Befreiungskampf gegeben: Lenin habe der einheimischen Bourgeoisie eine begrenzt progressive Rolle zugestanden, M. N. Roy dies als eine Illusion bezeichnet; Kolonialbourgeoisie sei Kompradorenbourgeoisie. Lenin wiederum habe nicht gezögert, ein zeitweiliges Bündnis mit Nationalisten und religiösen Führern einzugehen.[86] Die kommunistische Erfolgsgeschichte, die beim Kongress der Ostvölker 1920 in Baku begann, habe mit dem Sieg Maos in Peking 1949 ihren Höhepunkt erreicht.[87]

Selbst beim äußerst heiklen Thema des ungarischen Aufstandes kam Chruschtschow recht günstig weg. Imre Nagy war laut Ruth Fischer kein starker Führer gewesen; dies unterscheide ihn sogar von Mátyas Rákosi (den Ruth Fischer aus der Komintern gut kannte). Nagy habe 1956 die Volksbewegung nicht in jenen Grenzen halten können, innerhalb derer sie etwas Positives erreichen konnte. Natürlich gab Ruth Fischer daran dem Terror der Geheimpolizei die Schuld, aber die „faschistisch-restaurativen" Strömungen habe es gegeben, und sie seien nicht schwach gewesen. Ruth Fischer kritisierte den „offenen Abfall von Moskau", den proklamierten Austritt aus dem Warschauer Pakt, den Imre Nagy und die Seinen schlicht kaum überstehen konnten, als politisch grundfalsch.[88]

Wer am Ende gewonnen hätte, sei nur noch eine Frage von Spekulationen, denn das Schicksal Ungarns habe sich am Suez-Kanal entschieden. Der dort zutiefst uneinige Westen habe in Ungarn weder etwas tun wollen noch können. Vor allem aber hätte die um Entstalinisierung bemühte kommunistische Parteielite einen Rückschlag erlitten. Indem sie „diesen Arbeiteraufstand als konterrevolutionär bezeichnete, trat sie gegen ihre eigene Legende vom revolutionären Proletari-

85 Es ist zu bedauern, dass Ruth Fischer die in den Manuskriptentwürfen verschiedentlich geäußerte Absicht, die Rolle Willi Münzenbergs in der antikolonialen Politik von Komintern und KPD zu behandeln, nicht verwirklicht hat. Vgl. hierzu aus DDR-Sicht, aber mit großer Detailtreue und einer gerechten Bewertung Münzenbergs, Mustafa Haikal, Die Kommunistische Partei Deutschlands und die nationale Befreiungsbewegung in Asien und Afrika 1919–1927/28, Diss. A, Leipzig 1987.

86 Ruth Fischer wusste, wie aus ihren Aufzeichnungen klar wird, um die Bemühungen der sowjetrussischen KP, in „Sowjet-Turkestan" (Mittelasien) nach Verbündeten zu suchen. Vgl. zu diesem Thema Uwe Rüdiger, Der Beitrag der KPR(B) zur Ausarbeitung der Politik der Komintern in der nationalen und kolonialen Frage in Theorie und Praxis und seine Bedeutung für die kommunistischen Parteien Asiens, Diss. A, Leipzig 1986.

87 Vgl. Ruth Fischer, Die Internationale und die Kolonialvölker, in: FH, 15 (1960), Nr. 10, S. 714–720.

88 Ruth Fischer, Imre Nagys „Politisches Testament" (II), in: FH, 15 (1960), Nr. 3, S. 180.

at auf, der besonders die mit dem Kommunismus sympathisierenden nichtkommunistischen Intellektuellen in Frankreich und Italien verfallen waren.“[89]

Auch Tito habe sich übernommen: Ungarn habe gezeigt, dass Jugoslawien die „globale Strategie des Ostblocks“ nicht beeinflussen könne; Tito könne im Osten nicht jene Rolle spielen, die de Gaulle im Westen so gut beherrsche. Chruschtschow habe gegenüber Imre Nagy nun Stärke demonstrieren müssen. „Warum, so kann man fragen, hat Chruschtschow gegen diesen kleinen, unbedeutenden Mann nicht Milde walten lassen? Warum hat er ihm nicht vergönnt, selbst wenn noch seine Anwesenheit in Ungarn für zu gefährlich gehalten wurde, in Sibirien zu überwintern […]? Die Frage ist sicher ebenso berechtigt wie die: Warum hat seinerzeit Eisenhower das kleine, unbedeutende Ehepaar Rosenberg nicht begnadigt, die beide nicht wegen Teilnahme an einem bewaffneten Aufstand gegen die Atlantikmächte, sondern wegen der Weitergabe von mathematischen Formeln an den Moskauer Erbfeind hingerichtet worden sind?“[90] Die Rosenbergs und Nagy seien Opfer des Kalten Krieges, der zu Ende gehen müsse.

Da Ruth Fischer ideologische Denkschablonen überwunden hatte, wurde sie eine gefragte Diskussionspartnerin. Der frühere preußische Finanzminister Otto Klepper, einer der Wenigen, die 1932 gegen Papens Staatsstreich Widerstand eingefordert hatten und der Ruth Fischer aus dem gemeinsamen Pariser Exil kannte, suchte sie als Vortragende zu gewinnen. Klepper war 1947 führend an der Gründung der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft beteiligt gewesen, die sich, anders als ihr gleichnamiger Vorgänger der Zeit vor 1933, nicht als Lobbyorganisation der Rechten verstand. Vielmehr suchte der Kreis um Klepper den Gesprächsfaden mit dem Osten nicht abreißen zu lassen und war an Informationen über die Entwicklung im Kommunismus interessiert. In der Zeitschrift der Gesellschaft, die den programmatischen Titel *Offene Welt* trug, war Ruth Fischer eine gefragte Autorin. Sehr oft wurde sie von Klepper zu Vorträgen vor einem nicht unbedingt

---

89 Ebd.

90 Ebd., S. 186. Nagy schrieb dieses Buch nach Ende seiner ersten Ministerpräsidentschaft im April 1955 und schloss es im Frühjahr 1956 ab. Vom 24. Oktober bis zum 12. November 1956 war er erneut Ministerpräsident. – Hugh Seton-Watson, der Nagys Hinrichtung aufs Schärfste verurteilte, merkte dennoch an, dass Nagy seinerseits die teilweise terroristischen Verfolgungen ungarischer Nichtkommunisten, so 1947 der Kleinlandwirte-Partei, keine bedauernde Zeile wert gewesen seien. Dies sei (und hier hatte Seton-Watson Recht) eine prinzipielle Schwäche sogar oppositioneller Kommunisten gewesen, die nichtkommunistische Opposition oft als grundsätzlich feindlich abtaten und damit indirekt den Stalinisten halfen. Vgl. sein Vorwort zu Imre Nagy, Politisches Testament, hg. von Lászlo Kardos, München 1959, bes. S. 17.

sozialistischen, doch aufgeschlossenen Publikum eingeladen.[91] Er vermittelte ihr wohl auch weitere Vorträge, so vor dem Rhein-Ruhr-Klub in Essen.[92] Zudem beriet er sie, neben Kempner und Ormond, auch in rechtlichen Fragen.[93] Ruth Fischer sprach an verschiedenen Universitäten, so in Frankfurt, Mainz, Marburg und Tübingen und gab eine Reihe von Rundfunkinterviews. Um 1959/60 herum häuften sich die Anfragen an sie. Mehr denn je reiste sie nun in die Bundesrepublik.[94]

Doch auch in Frankreich stiegen ihre Aktien. Bereits im Februar und März 1957 war sie an die Sechste Sektion der Sorbonne eingeladen worden, ein Seminar zu Trotzkis einstigem Weggefährten Christian Rakowski abzuhalten. Ab Herbst 1957 hielt sie, wohl auf Anregung von Clemens Heller vom Maison des sciences de l'homme und ihres alten Freundes Etienne Balázs, an der Ecole pratique des hautes études regelmäßig Lehrveranstaltungen zur Geschichte der KPdSU ab.[95] Unter ihren Hörern waren der Literaturwissenschaftler Lucien Goldmann, der Marxforscher Maximilien Rubel, der Sinologe Stuart Schram, der Orientalist Maxime Rodinson und Balázs, der inzwischen zum Ko-Direktor der Einrichtung aufgerückt war.[96] Vom November 1960 bis Februar 1961 gab Ruth Fischer dort einen Kurs über die Komintern und die koloniale Frage.[97] Der Historiker Marc Ferro, der ihren Kurs besuchte, erregte Ruth Fischers Aufmerksamkeit, als er vergleichende Überlegungen zur Lage der Algerier in der französischen Kolonie und der Tataren in Sowjetisch-Zentralasien anstellte.[98]

Eine sehr gute Zusammenarbeit verband Ruth Fischer mit dem Sozialreferenten der bundesdeutschen Botschaft in Paris, Jakob Moneta. Dieser hatte ihr 1953

91 Einem Kritiker schrieb Klepper, Ruth Fischer sei „eine streitbare Frau“ und habe „Verstand für drei Männer.“ Dem Sozialdemokraten Paul Hertz gegenüber unterstrich er, dass er „nicht nur politisch, sondern auch menschlich sehr viel von ihr“ halte. So zit. nach Astrid von Pufendorf, Otto Klepper (1888–1957). Deutscher Patriot und Weltbürger, München 1997, S. 192, Anm. 215, unter Berufung auf Briefe Otto Kleppers.

92 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2610: Europäische Politik nach Genf [Vortragsmanuskript vom 14. September 1955].

93 Vgl. den Briefwechsel ebd., Mappen Nr. 443 und 1533.

94 Eine Reihe ihrer Vortragsmanuskripte finden sich ebd., Mappen Nr. 2601 bis 2656.

95 Vgl. ebd., Mappe Nr. 2627. Wie sorgfältig sich Ruth Fischer vorbereitete, zeigt, dass ihr Material für diese Lehrveranstaltung nicht weniger als 267 Seiten umfasste. Vgl. weiterhin ebd., Mappe Nr. 2636: L'histoire du Parti communiste russe.

96 Vgl. ebd., Mappe Nr. 2415: Seminaire de Ruth Fischer, samedi, 9. mars 1957.

97 Vgl. ebd., Mappe Nr. 2669, 2679–2682: Le parti russe, la Troisième Internationale et les problèmes coloniaux.

98 Vgl. Marc Ferro, Mes histoires parallèles. Entretiens avec Isabelle Veyrat-Masson, Paris 2011, S. 117. Den Hinweis auf diese Quelle verdanke ich Prof. Peter Schöttler.

seine Broschüre über *Aufstieg und Fall des Stalinismus* zugeschickt, die als ein kritischer Kommentar zum parteioffiziellen „Kurzen Lehrgang“ gedacht und zwei Monate vor Stalins Tod erschienen war. Moneta, der vor 1933 der SAP angehört, dann in Palästina gelebt und sich inzwischen der trotzkistischen Vierten Internationale angeschlossen hatte, war zugleich noch Mitglied der SPD (aus der er 1968 ausgeschlossen wurde).[99] Zwar wollte Ruth Fischer nicht in den trotzkistischen Organen publizieren, doch blieb der Kontakt zu Moneta erhalten und gestaltete sich immer intensiver.[100] Durch ihn erfuhr Ruth Fischer viele Einzelheiten über die Aktivitäten deutscher Linker bei der Unterstützung des algerischen Freiheitskampfes; ein Thema, das damals die gesamte französische Linke mehr berührte als irgendein anderes.[101] Sie hielt sich jedoch mit Kommentaren zur französischen Innenpolitik allgemein sehr zurück.[102]

Der Antikolonialismus war auch ein Berührungspunkt zwischen Ruth Fischer und dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund, wenngleich nicht der einzige: Der SDS war zunehmend auf kritische Distanz zur „Mutterorganisation“, der SPD, gegangen, dessen neues Godesberger Programm die Studenten als Preisgabe des Marxismus kritisierten.[103] Da viele von ihnen Lücken im eigenen Wissen über den Marxismus und insbesondere die Geschichte der Arbeiterbewegung verspür-

99 Vgl. seinen selbstverfassten Lebenslauf in: Jakob Moneta, Mehr Gewalt für die Ohnmächtigen. Reden und Aufsätze, Frankfurt 1991, S. 133–135.

100 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1704: Ruth Fischer an Jakob Moneta, Brief vom 11. Oktober 1953, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 298–300. Die Korrespondenz dauerte bis zu Ruth Fischers Tod an.

101 Vgl. zu beiden Aspekten linker Politik Christoph Kalter, Die „Entdeckung“ des „Tiers Monde“ und die radikale Linke zwischen Nachkriegskapitalismus, Dekolonisierung und Kaltem Krieg in Frankreich (1958–1975), in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 38/39 (2006/07), S. 33–38, und Ders., Das Eigene im Fremden. Der Algerienkrieg und die Anfänge der Neuen Linken der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 55 (2007), Nr. 2, S. 142–161, sowie die dort jeweils verwertete Literatur.

102 Mündliche Information von Jakob Moneta, 13. August 2011.

103 Vgl. für diese Auseinandersetzung, die 1961 mit dem Ausschluss des SDS aus der SPD endete, noch immer die Pionierarbeit des allzu früh verstorbenen kanadischen Politologen William D. Graf. The German Left Since 1945. Socialism and Social Democracy in the German Federal Republic, Cambridge/New York 1976, S. 218–248, sowie Gregor Kritidis, Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008, S. 504–536, mit der dort verwerteten Literatur.

ten, luden sie Ruth Fischer zu zahlreichen Vorträgen ein.[104] Für die zweite Nummer der SDS-Zeitschrift *Neue Kritik* schrieb sie 1960 einen Beitrag zum Problem des Kolonialismus und Antikolonialismus. Es war das „Afrikanische Jahr", in dem so viele ehemalige Kolonialländer hoffnungsvoll die Unabhängigkeit begrüßten – lange bevor viele Hoffnungen sich in Alpträume verwandelten. „Die großen Erfolge des Kapitalismus in Europa sind gebunden an die zeitweiligen Erfolge des Neo-Kolonialismus. Die Erschütterung der kapitalistischen Strukturen wird von den Außenräumen kommen. Je mehr das Kolonialsystem außerhalb Europas zusammenbricht, desto unstabiler, desto anfälliger werden die kapitalistischen Regime in Europa werden." Die Militärallianzen des Westens würden mit dem Verlust der Machtpositionen in vormals kolonialen Ländern ihre Wirksamkeit einbüßen. Der frische Wind blase „aus allen Weltwinkeln und zerstört die sumpfige Stagnation, von der so viele kurzsichtig annehmen, sie würde tausend Jahre dauern." Dies würden sogar die Sozialdemokraten begreifen, wenn das auch Zeit brauche.[105]

„Die SPD ist tatsächlich ein hoffnungsloser Fall", schrieb Ruth Fischer im Juni 1960 an Herbert Marcuse. „Aber mir fehlt noch die Theorie, um diese Praxis erklären zu können.[106] Außerhalb Deutschlands nämlich sieht es bei den Sozialdemokraten gar nicht so trostlos aus. Nicht einmal in Frankreich, wo doch ein erheblicher Teil in die neue Organisation P.S.U. gegangen ist, und vor allem nicht in England, wo eine wirklich interessante Neu-Entwicklung einsetzt."[107] Doch war auch die SPD, anders als Ruth Fischer meinte, kein ganz hoffnungsloser Fall: Junge sozialdemokratische Historiker wie Peter von Oertzen und Rudolf von Thadden traten damals mit Ruth Fischer in Kontakt. Von Oertzen, der an einer Geschichte der Betriebsräte in der Novemberrevolution saß, und von Thadden, der den unheilvollen Auswirkungen der deutsch-französischen „Erbfeindschaft" nachging, suchten bei Ruth Fischer Antworten auf die Fragen, warum die deut-

104 Vgl. die Korrespondenz mit dem SDS in: Ruth Fischer Papers, Mappen Nr. 851 und 1992, und Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker, Macht und Ohnmacht der Studenten. Kleine Geschichte des SDS, Berlin 1998, S. 52f.

105 Vgl. Ruth Fischer, Zur Diskussion über das Problem der „unterentwickelten Länder", in: Neue Kritik, Nr. 2 (Juli 1960), S. 15f.

106 Die Schwäche der Debatten in der SPD erklärte Wolfgang Abendroth (der 1961 ausgeschlossen wurde) auch damit, dass „ihr Kern jetzt aus Jahrgängen besteht, die im Dritten Reich groß geworden sind und keine persönlichen Erinnerungen mehr an frühere innerparteiliche Auseinandersetzungen mehr haben." Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Mainz 1964, 3. Aufl. 1974, S. 75.

107 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1654, Bl. 5: Ruth Fischer an Herbert Marcuse, Brief vom 16. Juni 1960. Die PSU (Parti socialiste unifié) war eine 1960 gebildete Partei, zu der der spätere Premierminister Michel Rocard gehörte. Über diese Partei ist eine Dissertation von Susanne Götze (Universitäten Potsdam und Metz) im Entstehen.

sche Arbeiterbewegung historisch derart gescheitert war und stattdessen Nationalismus und Rassismus das Denken so vieler Deutscher beherrschen konnten.[108] Ein immer wieder ins Auge gefasster Aufenthalt Ruth Fischers bei Helmuth und Monika Plessner in Göttingen kam jedoch nie zustande. Plessner, der den Ursachen für Nationalismus und Militarismus unter den Deutschen seit seiner Exilzeit in den Niederlanden nachgegangen war, teilte, trotz ansonsten unterschiedlicher politischer Standpunkte, Ruth Fischers Besorgnis über die möglichen Folgen einer allzu glatten Integration nazistischer Funktionseliten in die Gesellschaft der Bundesrepublik.[109]

Die „interessante Neu-Entwicklung" in England bezog sich auf den linken Flügel der Labour Party um Aneurin Bevan, seine Frau Jennie Lee und Philip Noel-Baker, die in der Kampagne gegen Militarismus und Atomrüstung aktiv waren.[110] Einem der führenden Labour-Linken, Koni Ziliacus, schrieb Ruth Fischer, der SDS stehe „heute in seiner Mehrheit links, gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik. Er hat nicht unerhebliche Schwierigkeiten mit dem Parteivorstand der SPD, dem er zu weit geht, und mit den Universitäten. Ich halte aber die Organisation für äußerst wichtig, weil es sich um die jüngeren deutschen Intellektuellen handelt, im Allgemeinen um Studenten, die 20 bis 25 Jahre alt sind."[111]

Immer besorgter reagierte Ruth Fischer auf den anhaltenden Rüstungskurs der Bundesrepublik, auf das Wiederaufleben der militaristischen Traditionen, auf die gewalttätige Sprache der Vertriebenenverbände und die Ansprüche der Politiker auf die von Hitler und den Seinen verspielten „Ostgebiete". Sie fühlte sich abgestoßen von einem gesellschaftlichen Klima, das eine spätere Historikerin als „Mischung aus öffentlicher Frömmelei und privatem Schweigen" bezeichnete.[112] Gegenläufige Entwicklungen, die eine künftige Liberalisierung in der Bundesrepublik vorbereiteten, vermochte sie nicht zu erkennen.

Sehen denn die Kommunisten in ihren Streitigkeiten, wie sie die Sowjetunion und China mit Jugoslawien wieder einmal führten, nicht, dass diese nur dem erstarkenden Militarismus, vor allem dem deutschen Militarismus, zugutekommen

---

108 Vgl. die Briefwechsel mit Peter von Oertzen (Mappen Nr. 655 und 1768) sowie mit Rudolf von Thadden (Mappen Nr. 82 und 2036).

109 Vgl. den Briefwechsel mit Monika Plessner, ebd., Mappen Nr. 701 und 1821. Vgl. zu Helmut Plessners Haltung gegenüber restaurativen Tendenzen in der Bundesrepublik und besonders ihrem Hochschulbetrieb Carola Dietze, Nachgeholtes Leben. Helmuth Plessner 1892–1985, Göttingen 2006, bes. S. 429–441.

110 Vgl. Siegfried Bünger/Hella Kaeselitz, Geschichte Großbritanniens von 1918 bis zur Gegenwart, Berlin [DDR] 1989, S. 218–222.

111 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2188, Bl. 3: Ruth Fischer an Koni Ziliacus, Brief vom 17. April 1959.

112 Mary Fulbrook, German National Identity After the Holocaust, Cambridge 1999, S. 171.

würden?, fragte sie im Januar 1959 den linkskatholischen Politologen und Publizisten Eugen Kogon, einen Überlebenden des KZ Buchenwald. Kranke nicht die Linke generell an der mangelnden Einsicht zur politischen Einheit bei ideologisch unterschiedlichen Standpunkten? Dem sei wohl leider so. „Dieses bedeutet wieder einmal das Scheitern der Hoffnungen auf *eine europäische Einheitsfront aller Antifaschisten, d. h. also aller Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die deutsche Wiederaufrüstung und Kriegsgefahr*. In den Thesen zum 20. Parteitag hieß es bekanntlich, dass in vielen westlichen Ländern das Parlament so stark sei, dass die Arbeiterklasse imstande wäre, die notwendigen Reformen durch eine parlamentarische Mehrheit durchzuführen."[113]

Ruth Fischers Hoffnung auf „eine europäische Einheitsfront aller Antifaschisten, d. h. also aller Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die deutsche Wiederaufrüstung und Kriegsgefahr" kann als die Quintessenz ihrer politischen Haltung gesehen werden, zu der sie gefunden hatte. In keiner späteren Wortmeldung nahm sie daran irgendeinen Abstrich vor. „Halten Sie mich nicht für eine Antikommunistin, ich bin es nicht", betonte sie ein um das andere Mal.[114] Sebastian Haffner, der sie so zitiert, sah in Ruth Fischer nun eine „Abtrünnige wider Willen." Einst aus der kommunistischen Bewegung verstoßen, hatte sie diese dann so gehasst, wie nur Liebende es tun können, deren Werben verschmäht wird. Ihr Verhältnis zum Kommunismus war und blieb nicht nur von der Ratio bestimmt. Im Kommunismus hatte sie seit dem Ersten Weltkrieg auch einen seelischen Anker gesucht und nur zeitweise gefunden; einen Anker, der für andere und zu anderen Zeiten die Religion gewesen war. Als ihr Lebensschiff ohne Verankerung den Stürmen ausgesetzt war, kenterte es und zog sie ins Meer. Eine Zeitlang verfluchte sie das Schiff und suchte Halt an anderen Gefährten. Doch ein Seemann aus Russland richtete das Schiff wieder auf und suchte ihm neuen Kurs zu geben. Nun hoffte die Schiffbrüchige, er werde sie wieder an Bord ziehen.[115]

---

113 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1544, Bl. 31: Ruth Fischer an Eugen Kogon, Brief vom 20. Januar 1959. Hervorhebung von mir.

114 Dies nach Sebastian Haffner, Eine Abtrünnige wider Willen. Zum Tode von Ruth Fischer, in: Die Welt vom 23. März 1961. Dieser und weitere Zeitungsberichte finden sich im Archiv der Zeitung *Neues Deutschland*, Berlin, sowie in der Wienbibliothek im Rathaus der österreichischen Hauptstadt.

115 Anders als Ruth Fischer glaubte Isaac Deutscher nicht, Chruschtschow könne die Reformen fortführen. Dafür sei er zu sehr dem stalinistischen System verhaftet, schrieb er in einer ersten Reaktion auf Chruschtschows „Geheimrede". Es bedürfe „jüngerer und reinerer Hände", um das Blut von der Sowjetgesellschaft abzuwaschen. Isaac Deutscher, Krushchev on Stalin [Juni 1956], in: Ders., Ironies of History. Essays on Contemporary Communism, New York/Toronto 1966, S. 17. Auch später hielt Deutscher an seiner negativen Bewertung Chruschtschows fest.

Nikita Chruschtschow sei ein Europäer, denn auch Russland und die Ukraine gehörten zu Europa, sagte Ruth Fischer am 3. Dezember 1959 in Darmstadt in der Reihe „Europäische Gespräche“, an der auch der Journalist Erich Kuby und der frühere italienische KP-Aktivist Altiero Spinelli teilnahmen. Chruschtschow sei ein Friedenspolitiker, betonte sie in der von Eugen Kogon geleiteten Runde. Nicht Russland, sondern Westdeutschland stelle territoriale Ansprüche an andere europäische Staaten. Ruth Fischer sprach sich für eine europäische Sicherheitskonferenz aus; „eine Art Bandung-Konferenz“, die sich um den Abbau der militärischen Spannungen bemühen werde. Eine Voraussetzung dafür sei freilich die vorbehaltlose Anerkennung der Nachkriegs-Realitäten.[116]

Im Oktober 1960 sagte Ruth Fischer auf Veranstaltungen der Kirchlichen Bruderschaften in Frankfurt und Stuttgart, man müsse lernen, dass es nicht nur ein westliches Verständnis von Freiheit gebe. Noch-Kolonien und Halbkolonien, die in westlicher Abhängigkeit gehalten würden, seien mehr von Elend geprägt als Kuba, das dieser westlichen Freiheit entsagt habe. Sie selbst habe zwar in Moskau eine Art von kommunistischer Freiheit erlebt, die sie bewog, dagegen anzugehen. Der Freiheitsgedanke sei dennoch dem Kommunismus nicht fremd, vor allem nicht in der Gegenwart. Wie der Begriff der Freiheit, so beschreibe auch der Begriff des Kommunismus sehr voneinander verschiedene Vorstellungen.

Doch sei allen Kommunisten der Gedanke gemeinsam, es gebe keine Freiheit ohne Freiheit von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. „Daher sei vom kommunistischen Standpunkt von der Freiheit der ehemaligen Kolonien so lange nicht zu sprechen, solange sie ihre Produkte nicht vertauschen oder zu Preisen verkaufen können, wie sie es für zweckmäßig halten.“ Der kommunistische Freiheitsbegriff sei somit umfassender als der im Kapitalismus übliche. Es gäbe keine partielle Freiheit. „Solange zum Beispiel gehungert werde, gäbe es keine Freiheit des Denkens. Zudem lebe der Mensch nicht für sich allein, sondern in und mit der Gesellschaft.“ Die ganze Vielfalt der Beziehungen müsse berücksichtigt werden. „Eben das aber tue der Kapitalismus nicht, und darum sei der Kapitalismus vom Standpunkt des Kommunismus aus gesehen die totale Unfreiheit.“[117]

---

116 Ruth Fischer in: Europa – Illusion oder Wirklichkeit? Ein europäisches Gespräch, in: Der Föderalist, Nr. 38 (Februar 1960), S. 25. Möglicherweise traf Ruth Fischer zu dieser Zeit in Rom auch den italienischen KP-Generalsekretär Palmiro Togliatti. Dies nach einer Mitteilung von Sergio Camillo Segre an Peter Lübbe vom 12. August 1985, wofür aber weitere Belege fehlen. Vgl. Abtrünnig wider Willen, S. 41.

117 Ruth Fischer, Die Freiheit, wie sie die Kommunisten verstehen, in: Freiheit wozu? Predigt und Vorträge anlässlich der Landestagungen der kirchlichen Bruderschaften in Hessen-Nassau und Württemberg am 22. und 23. Oktober 1960, Darmstadt 1960, S. 44. Da Ruth

Die Praxis des Kommunismus sei von der proklamierten Freiheit freilich noch weit entfernt, „aber es müsse gesehen werden, dass im heutigen Russland wieder das Ziel, auf das hin der Kommunismus angetreten sei, erkannt werde.“ Die Reformen wiesen in diese Richtung.[118] Gewiss war dies allzu holzschnittartig formuliert. Dass aber Ruth Fischer sich vor einem bürgerlichen Publikum so äußern konnte, zeigt, dass es im Kapitalismus ein Maß an Freiheit gab, das im Kommunismus vorerst ein Wunschbild bleiben musste.[119] Aber es ging Ruth Fischer einmal mehr darum zu zeigen, welchen Weg nach links sie zurückgelegt hatte.

Auf antikommunistische Zumutungen reagierte sie nun geradezu allergisch. Sie bewegte sich damit „antizyklisch“ gegenüber einer wachsenden Schar von Exkommunisten, die, durch Chruschtschows Eingeständnis der Stalinschen Verbrechen desillusioniert, sich politisch nach rechts wandten. Ihrem Neffen schrieb sie, sie könne ihre Erinnerungen an die Entstehung der KP Österreichs nicht in einem Blatt bringen, das „ganz blödsinnig antikommunistisch“ sei.[120] Die beiden Artikel erschienen dann in *Heute*, einer liberalen Wiener Wochenzeitung.[121]

In der DDR wurde Ruth Fischers Wandlung offiziell ignoriert. Das *Biographische Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* nannte von ihren Schriften lediglich *Stalin und der deutsche Kommunismus*. „In diesem Buch und in ihren nach 1945 veröffentlichten Schriften und Artikeln verleumdete F. die KPD und die internationale kommunistische Bewegung, vertrat einen extrem antisowjetischen Standpunkt und unterstützte die imperialistischen Ideologen im Kampf gegen den Sozialismus und die kommunistische Weltbewegung“, hieß

Fischer ihren mündlichen Vortrag nicht zum druckfertigen Manuskript ausarbeitete, schrieben die Veranstalter einen Bericht nieder, dem die Zitate entnommen sind.

118 Ebd., S. 51.

119 Umso wichtiger sei, wie der auch hier wieder teilnehmende Erich Kuby ergänzte, dass die westliche Freiheit mit einem Maß an sozialer Sicherheit für alle gekoppelt sei, das allein eine politische Teilhabe ermögliche. Es gehe um die permanente Suche nach einer Lösung der sozialen Frage. Stattdessen aber verlor der Liberalismus mit dem Auftreten des Sozialismus „sein gutes Gewissen und wurde eine Art Trotzpose.“ Ebd., S. 86.

120 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 216, Bl. 20: Ruth Fischer an Georg Eisler, Brief vom 28. Juli 1960.

121 Diese Erinnerungen erschienen in zwei Folgen unmittelbar nach Ruth Fischers Tod. Vgl. Ruth Fischer, Der Vater der KPÖ – ein Russe. Die Erinnerungen Ruth Fischers über die Entstehung der Kommunistischen Partei Österreichs, in: Heute vom 25. März 1961; Dies., Westentaschenrevolution in Wien. Die Erinnerungen Ruth Fischers über die Entstehung der Kommunistischen Partei Österreichs, ebd., 1. April 1961. Die Überschrift des ersten Artikels täuscht: Ruth Fischer, die dem Redakteur wahrscheinlich von Leo Suniza (um den es hier ging) berichtet hatte, nannte im Beitrag selbst seinen Namen überhaupt nicht, da dieser lediglich die Vorgeschichte der KPÖ behandelte.

es.[122] Das mochte aus Sicht der SED für die Jahre nach 1945 zutreffen, doch galt dies noch 1960? War Ruth Fischer nicht auf dem Weg zur Linken, wenn auch nicht zum Kommunismus Ulbrichtscher Art? Genau das war das Problem. Den Wandlungsprozess anzuerkennen, mit Ruth Fischer das Gespräch zu suchen, hätte für die SED-Führung bedeutet, über den eigenen Schatten zu springen, sich öffentlicher Kritik zu stellen. Doch was Chruschtschow in Moskau anstrebte, die Reform des Systems auf seinen eigenen Grundlagen, ging Ulbricht und den Seinen viel zu weit. Das Dogma der Unfehlbarkeit galt in der Politik wie in der Parteigeschichte der DDR.[123] Ruth Fischer ganz zu verschweigen, war jedoch unmöglich: Noch immer gab es Zeitgenossen, die sich ihrer auch in der DDR erinnerten.[124]

Ruth Fischer machte ihre Arbeit nie vom Wohlwollen der DDR-Spitzen abhängig. Ihr Pensum war enorm: Bücher und Aufsätze, Vortragsmanuskripte, Vorlesungen und die Korrespondenz wären ohne Hilfe nicht zu bewältigen gewesen. Sie verzichtete auf viele Annehmlichkeiten, die Paris, wenn auch nicht kostenfrei, bereithält. Es gelang ihr in Paris auch genug Geld zur Anstellung einer Sekretärin aufzusparen. So arbeitete zunächst Jakob Monetas Frau Martha, dann Lotte Neuenschwander (später Baumann) für Ruth Fischer, die sie als eine hart arbeitende, doch immer faire Chefin beschrieb.[125]

Lotte Baumanns Nachfolgerin als Sekretärin wurde die junge Ursel Lorenzen.[126] Diese war von ihrem Partner Dieter Will für die Hauptverwaltung Aufklärung, die Auslandsspionage des Staatssicherheitsdienstes der DDR, angeworben worden.[127] Nach ihrer Arbeit für Ruth Fischer sollte sie bei der bundesdeutschen

122 I. [Ingeborg] Hildebrandt, Fischer, Ruth, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, Berlin [DDR] 1970, S. 132.

123 Dies umso mehr, als Wolfgang Harich, damals ein entschiedener SED-Oppositioneller, sich kurz vor seiner Verhaftung Ende 1956 im Gespräch mit dem Chefredakteur der Frauenzeitschrift *Constanze* Hans Huffzky sehr positiv über Ruth Fischers Buch *Von Moskau nach Bandung* geäußert hatte. Vgl. Siegfried Prokop, 1956 – DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz, Berlin 2006, S. 203.

124 Das Verdikt blieb bis zuletzt in Kraft: Noch 1988 wurde Ruth Fischer wörtlich der Vorwurf nachgerufen, sie habe 1925 eine „doppelte Buchführung" betrieben, ohne aber eine inhaltliche Kritik an ihr und Thälmann zu üben. Günter Hortzschansky/Walter Wimmer, Ernst Thälmann. Kleine Biographie, Berlin [DDR] 1988, S. 97.

125 Mündliche Mitteilung Jakob Monetas vom 13. August 2011. Lotte Baumann in einem Brief vom 21. Februar 1985 an Peter Lübbe, zit. in: Abtrünnig wider Willen, S. 44.

126 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 216, Bl. 24: Ruth Fischer an Georg Eisler, Brief vom 17. Dezember 1960.

127 Dies berichtete *Der Spiegel* in seiner Ausgabe 29/1991 unter dem Titel: Verdiente Kundschafter, und ging von einer Anwerbung Lorenzens in den 1950er Jahren aus. Eine andere Quelle vermeldet jedoch als Jahr der Anwerbung 1961, Ruth Fischers Todesjahr. Georg

Botschaft in Paris angestellt werden und 1969 dann eine Tätigkeit im Hauptquartier der NATO in Brüssel aufnehmen. Kurz vor ihrer Enttarnung setzte sie sich 1979 in die DDR ab. Auf einer Pressekonferenz gab sie Gewissensgründe für ihre Spionagetätigkeit an. Wahrscheinlich beobachtete sie auch Ruth Fischer im Auftrag der Hauptverwaltung Aufklärung, doch da die entsprechenden HVA-Akten vernichtet wurden, kann dazu nichts Genaues gesagt werden.[128]

Der Arbeitsdruck und die Reisestrapazen machten Ruth Fischer allmählich gesundheitlich zu schaffen. In Briefen an ihren Neffen klagte sie über Herzprobleme, und auch alten Freunden schrieb sie, dass sie wegen ihrer „Überbeschäftigung“ eine „dauernde nervöse Überreizung“ verspüre.[129] Im August 1960 weilte sie zu einem Kuraufenthalt in Wiesbaden. Sie fühle sich sehr wohl hier, schrieb sie an Franz Jung.[130] In Paris ging sie regelmäßig zum Arzt.[131]

Obgleich sie sicher keine Todesgedanken hegte, suchte sie vorzusorgen. Auf Empfehlung Franz Jungs fragte sie den Schriftsteller und früheren Chefdramaturgen des Hessischen Rundfunks Arthur Müller, ob er ihr nicht bei der Herausgabe von Maslows Manuskript *Die Tochter des Generals* behilflich sein könne.[132] Überhaupt suchte sie ihre Sachen zu ordnen, und ihre Bestimmungen verhinderten später, dass sich Franz Jung und Adolf Weingarten der Papiere Maslows bemächtigen konnten. So kam der gesamte Nachlass nach Harvard.[133]

Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2011, S. 304. Laut dieser Darstellung war Ursel Lorenzen als Inoffizielle Mitarbeiterin „Michele/Bordeaux“ unter der Registriernummer XV/797/61 erfasst.

128 Vgl. Günter Bohnsack, Hauptverwaltung Aufklärung: Die Legende stirbt. Das Ende von Wolfs Geheimdienst Berlin 1997, S. 17–20.

129 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2135: Ruth Fischer an Adolf Weingarten, Brief vom 4. Februar 1959, Zitat auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 39.

130 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1503: Ruth Fischer an Franz Jung, Brief vom 18. August 1960, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 334.

131 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2846: Medical Records. – Das Ruth Fischer – ebenso wie ihre Brüder – Raubbau am Körper betrieb, sei nicht verschwiegen: Sie rauchte lange Zeit viel und trank von früh bis spät große Mengen an starkem Kaffee. Gerhart und besonders Hanns Eisler tranken dazu schon tagsüber harte Alkoholika.

132 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1718: Ruth Fischer an Arthur Müller, Brief vom 10. März 1961, auch in: Abtrünnig wider Willen, S. 339f.

133 Vgl. Peter Lübbes Hinweise ebd., S. 42, Anm. 221. Vgl. weiterhin Franz Jung, Schriften und Briefe, Bd. 2: Briefe, Salzhausen 1981, S. 1168,1172–1175, sowie Ders., Briefe und Prospekte. Dokumente eines Lebensweges, zusammengestellt und kommentiert von Sieglinde und Fritz Mierau, Hamburg 1988, S. 271–279. Jungs unzutreffende Bemerkung an seine frühere Frau Claire, Ruth Fischer habe zuletzt gehofft, „sich der Gnadensonne ihrer Brüder und der SED zu erfreuen“, muss vor diesem Hintergrund verstanden werden. So

Am 10. März 1961 schrieb Ruth Fischer an Arthur Müller, sie sei soeben von einer Reise aus Deutschland zurückgekehrt, „auf der ich leider eine Grippe erwischte.“[134] Dennoch stimmte sie sofort zu, als der Student Klaus Meschkat bei ihr in Paris anrief, um sie zwei Tage später aufzusuchen. Als früherer Vorsitzender des Verbandes Deutscher Studentenschaften hatte er zu Ruth Fischer bereits politische Kontakte aufgenommen. Meschkat fertigte von diesem Gespräch, Ruth Fischers letztem, eine Niederschrift nach dem Gedächtnis an.[135]

Gegenüber ihrem jungen Westberliner Besucher sprach sie „sehr lange und sehr bitter über Westdeutschland.“ Für die CDU-Politiker, so sagte sie, „scheine das Weltgeschehen darum zu kreisen, dass die Bundesrepublik so schnell und soviel wie möglich Atomwaffen erhält – welche Verblendung, welche Vermessenheit und welche Nähe zu den Nazischlächtern!“ Die „Emigrantenhetze“ und die Verhaftung von Kommunisten seien, so betonte sie, „aus der Nachfolge des Hitlerschen Antikommunismus zu verstehen.“

In Westdeutschland gebe es „nur eine neuentstandene Schicht von Nutznießern des Wirtschaftswunders“ und darunter „eine stumme und systematisch verdummte, aber deshalb noch keineswegs integrierte Arbeiterschaft. Das ganze System sei geradezu prädestiniert, innenpolitisch in eine neue Spielart des Faschismus umzuschlagen und außenpolitisch eine dauernde Gefahr für den Frieden zu werden.“ Die SPD sei keine ernsthafte Gegenkraft. Hingegen beurteilte sie die politische Arbeit des SDS sehr positiv. Das zeige, dass kleine Gruppen durchaus langfristige Wirkungen entfalten können, wie sie aus ihrem eigenen Leben wisse. Auch habe Ruth Fischer angesichts der spezifischen Problematik der DDR, die zudem „ein unseliges Erbe des deutschen Kommunismus“ mit sich herumschleppe, sich seit Jahren bewusst mit Kritik an den dortigen Zuständen zurückgehalten. Zuversichtlich sah sie die Entwicklung in den Kolonien, die auch durch die Ermordung von Patrice Lumumba nicht aufgehalten werden könne. Dies gehe auf das Konto der „gekauften Marionetten“ der belgischen Union Minière, hinter der letztlich „nichts als die nackte Gier nach totem Stoff, nach wertvollen Erzen, stehe.“ All diese Ereignisse sollten in ihre geplante Darstellung über die antikoloniale Revolution einfließen.

---

zit. nach Fritz Mierau, Das Verschwinden von Franz Jung. Stationen einer Biographie, Hamburg 1998, S. 183.

134 Vgl. Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 1718: Ruth Fischer an Arthur Müller, Brief vom 10. März 1961, auch in: Abtrünnig wider Willen, Zitat S. 339.

135 Ruth Fischer Papers, Mappe Nr. 2421: Klaus Meschkat, Das letzte Gespräch Ruth Fischers (März 1961), in: Abtrünnig wider Willen, S. 590–595. Meschkat fertigte am 13. März 1961 diese Niederschrift an und schickte sie an Clemens Heller. Hiernach die folgenden Zitate sowie die Gesprächszusammenfassung.

Die Studie blieb ungeschrieben. Am nächsten Tag, dem 13. März, rief Klaus Meschkat bei Ruth Fischer an. Er wollte sie erneut besuchen. Am Telefon war ihre Sekretärin. Ruth Fischer ist diese Nacht verstorben, sagte Ursel Lorenzen. Am Morgen war sie leblos aufgefunden worden. Die Todesursache war Herzversagen. Beim Abschied hatte sie zu Meschkat gesagt: „Meine Germanophilie wird mich noch einmal zugrunde richten." Sie sprach halb im Scherz. Es waren ihre letzten Worte.

Bereits um zwölf Uhr mittags war, so erzählten später Freunde ihrem Sohn, die französische Geheimpolizei in der Wohnung, um alles zu fotografieren.[136] Sie war wieder verdächtig geworden, als sie sich vom Antikommunismus abgewandt hatte.

Im Beisein der engsten Familie und weniger Freunde wurde Ruth Fischer auf dem Friedhof von Montparnasse begraben. Der amerikanische, in Paris lebende Bildhauer Joseph Erhardy, den sie gut gekannt hatte, gestaltete einen Grabstein aus Granit.

„Mit Ruth Fischer ist nicht nur ein Stück Geschichte der zwanziger Jahre dahingegangen. Ein lebendiger Spiegel der Zeitgeschichte ist erblindet", schrieb Iring Fetscher in der *Zeit*. „Trotz aller Enttäuschung blieb sie bis zuletzt vom Sieg der Sache eines echten Sozialismus überzeugt. Sie verschloss nicht die Augen vor dem Totalitarismus des Sowjetsystems (für die Regime im Ostblock prägte sie das treffende Wort ‚Okkupationskommunismus'), auch entging ihr nicht die Abkehr des Proletariats der westlichen Industrieländer vom revolutionären Marxismus. Sie machte sich kaum Illusionen; aber sie verstand es, die großen Veränderungen in der Weltpolitik und der Weltwirtschaft als Schritte zu einem Ziel zu deuten, das sie noch immer mit dem Reich sozialer Gerechtigkeit und universellen Wohlstands in Verbindung brachte, für dessen Herbeiführung sie einst gekämpft hatte."[137] Die Wiener *Arbeiterzeitung* hob ihre Rolle im frühen österreichischen und deutschen Kommunismus hervor.[138] Nur kurz vermeldete *Der Spiegel* ihren Tod.[139]

Auch in der englischsprachigen Welt wurde an Ruth Fischer erinnert. Die *New York Times* würdigte die „leidenschaftliche Sprecherin" im deutschen Reichstag und ihre Opposition gegen Stalin, vergaß aber nicht ihr Auftreten vor dem

136 Vgl. das Interview mit Gerard Friedlander in: Hering/Schilde (Hg.), Kampfname Ruth Fischer, S. 88.

137 Iring Fetscher, Revolutionärin bis zum letzten Atemzug. Zum Tode von Ruth Fischer, in: Die Zeit vom 24. März 1961.

138 Ruth Fischer gestorben, in: Arbeiterzeitung (Wien) vom 16. März 1961.

139 Gestorben: Ruth Fischer, in: Der Spiegel, Nr. 13/1961.

HUAC.[140] Die Londoner *Times* erinnerte an Ruth Fischers Linksradikalismus im Jahre 1923.[141] Die für das Moskauer Komintern-Archiv Zuständigen registrierten ebenfalls Ruth Fischers Ableben und schlossen mit einer entsprechenden Notiz ihre Personalakte.[142]

Sebastian Haffner brachte Ruth Fischers Widersprüche auf den Punkt. Er sah sie als „eine von vielen westlichen Kommunisten, die unter Stalin zu Abtrünnigen wider Willen wurden, um dann (manchmal wiederum wider Willen) in ihren westlichen Zufluchtsländern eine merkwürdige Schlüsselrolle an der ideologischen Front des Kalten Krieges zu spielen." Wenn aber zuerst der Kommunismus und dann auch der Westen an ihr Anstoß nahmen, hätten beide sie eben vorher missverstanden. Trotzdem, so Haffner, war es wahrscheinlich Ruth Fischers Schicksal, „jeweils der Seite, mit der sie gerade verbunden war, ungewollt mehr Schaden zuzufügen, als der, die sie gerade bekämpfte."[143] Sie hatte, schrieb Heinz Langerhans, „viele Feinde, sie hatte aber auch sehr viele Freunde."[144]

Hanns und Gerhart Eisler reagierten tief betroffen auf den Tod ihrer Schwester, wie Gerard Friedlander später erfuhr. Hanns ließ sein Frühstück stehen und zog sich für den Rest des Tages in sein Arbeitszimmer zurück. Gerhart meinte nur: „Die Eislers sterben aus."[145] Hanns Eisler starb 1962, Gerhart sechs Jahre später. Erst im Februar 1989 sprach Hilde Eisler über ihre Schwägerin und fand mehr Worte als in der DDR üblich: „Eine ungewöhnliche, temperamentvolle Frau, glühend in dem, was sie liebte, glühend in dem, was sie hasste."[146] Starb Ruth Fischer im Frieden mit sich selbst? Wie auch immer: Sie verbrannte wie eine Kerze, die an beiden Enden angezündet worden war.

*

Die Nachwelt flocht Ruth Fischer keine Kränze. Sie fand Aufmerksamkeit, doch lange keinen Biographen. Nicht nur Hans Sahl, auch den Nachgeborenen erschien

140 Obituary: Ruth Fischer, 62, an Ex-Red Leader, in: The New York Times vom 16. März 1961. Ruth Fischer verstarb im 66. Lebensjahr.

141 Frau Ruth Fischer, Communist in Germany, in: The Times (London) vom 16. März 1961.

142 Vgl. RGASPI, Fonds 495, Bestand 205, Personalakte Nr. 8644 (Fischer, Ruth): Chronika. In dieser, von der Agence France Press übernommenen Meldung wurde ihr Alter fälschlicherweise mit 62 Jahren angegeben.

143 Haffner, Eine Abtrünnige wider Willen.

144 Heinz Langerhans, Ruth Fischer, in: FH, 16 (1961), Nr. 4, S. 218.

145 Interview mit Gerard Friedlander in: Hering/Schilde (Hg.), Kampfname Ruth Fischer, S. 87.

146 Nationalität: deutsch, Staatsbürgerschaft: DDR, besondere Kennzeichen: meine – Hilde Eisler, in: Junge Welt vom 22. Februar 1989.

sie wie eine „Märchenfigur aus einer politischen Sagenwelt."[147] Als der Sowjetkommunismus, in den Ruth Fischer zuletzt wieder Hoffnungen gesetzt hatte, am Vergehen war, mahnten indes jüngere Stimmen, sie nicht zu vergessen.[148] Dies geschah nicht: Der bislang SED-eigene Dietz-Verlag publizierte 1991 eine Neuausgabe von *Stalin und der deutsche Kommunismus*. Kurz zuvor erschien Peter Lübbes Dokumentation aus Ruth Fischers Nachlass, *Abtrünnig wider Willen*. „Ruth Fischer war kluger Einsichten fähig, doch demokratische Grundsätze blieben ihr fremd", schrieb Heinz Abosch in der *Neuen Zürcher Zeitung*.[149] Dennoch verkörpere sie „eine Traditionslinie schon früh einsetzender antistalinistischer Kritik", betonte eine andere Rezensentin.[150] Selbst in ein biographisches Lexikon mit dem Titel *Demokratische Wege* fand sie Aufnahme.[151] Doch gab es neben nachdenklichen Tönen auch klare Ablehnung: Claus-Dieter Krohn sah in diesen Publikationen, und dies nicht zu Unrecht, wie wenig sich Ruth Fischer ihrer eigenen Verantwortung für die Zurichtung der KPD auf Moskauer Bedürfnisse gestellt hatte.[152]

Ihr persönliches Scheitern zeigt auch das Scheitern der frühen KPD an allen selbst errichteten Fronten. Das Bild, das Ruth Fischer und ihre Anhänger von der KPD zeichneten, stimmte einfach nicht: Die KPD war nicht die vorwärtsstürmende Kraft im Klassenkampf. Vielmehr war sie im März 1921 wie im Oktober 1923 von Widersprüchen zerrissen. Sie wurde zum Opfer eigener ultralinker Phrasen. Voller Konfusion lief sie beide Male ihren Gegenspielern ins Messer. Das

147 Simone Barck, Märchenfigur aus einer politischen Sagenwelt. Ruth Fischers Rolle in der Kommunistischen Bewegung, in: Freitag vom 6. Juni 1997 (eine Besprechung des Buches von Hering/Schilde). Simone Barck zitiert hier Hans Sahl.

148 Vgl. Ulrich Rautenberg, Gestrandete Jeanne d'Arc der Weltgeschichte. Vor 30 Jahren starb die verfemte linksradikale KPD-Funktionärin und Publizistin Ruth Fischer, in: Berliner Zeitung vom 8. März 1991; Ders., Zunächst Erfüllungsgehilfin Moskaus, dann Verdammte. Am 13. März 1961 starb die einstige KPD-Vorsitzende Ruth Fischer in Paris, in: Neues Deutschland vom 9. März 1991; Wladislaw Hedeler, „Die ‚Geschichte' ist mir nur Mittel zum Zweck …", in: Neues Deutschland vom 23. April 1991 (Beilage).

149 Heinz Abosch, Zwischen Kommunismus und Antikommunismus. Briefe und Manuskripte von Ruth Fischer, in: Neue Zürcher Zeitung vom 4. Oktober 1991. Dieser und die drei folgenden Artikel sind Besprechungen der Dokumentation von Peter Lübbe.

150 Brigitta Seidel, Abrechnung mit Stalin, in: Der Tagesspiegel vom 10. März 1991.

151 Sabine Hering/Kurt Schilde, Fischer, Ruth, in: Manfred Asendorf/Rolf von Bockel (Hg.), Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten, Stuttgart/Weimar 1997, S. 171f.

152 Claus-Dieter Krohn, Beklemmende Schattenkämpfe. Die Briefe von Ruth Fischer und Arkadij Maslow zeigen Züge von Verfolgungswahn, in: Die Zeit vom 30. November 1990. Dass es mehr als bloßer Verfolgungswahn war, hofft diese Biographie gezeigt zu haben.

war nicht die Partei, die Stalin brauchte. Ruth Fischer sollte sie ihm zurichten, dann hatte sie zu verschwinden.

Doch was wäre geschehen, hätten statt der Stalinisten die Linksradikalen die Parteiführung behauptet?[153] Es bleibt eine Frage ohne Antwort. Eines aber unterschied die Stalinisten von allen anderen Fraktionen der Bewegung: das Element der Verschwörung. Nur Stalin und die Seinen, kein Lenin, kein Trotzki, gar Bucharin sahen im Genossen, der anders dachte, den Todfeind. Doch sei die politische Intoleranz, die die Komintern von Anfang an begleitete, nicht ignoriert. Die Idee der Avantgarde-Partei begrub schließlich beinahe jeden Gedanken, dass Kommunismus mehr sein wollte als Parteiherrschaft: eine neue politische Kultur in einer Gesellschaft der Freiheit und Gerechtigkeit. Stattdessen gedieh im Geist der Intoleranz auch die Politik Ruth Fischers. Es war nicht sie, sondern es waren ihre innerparteilichen Gegner, die um zukunftsfähige Politikentwürfe rangen. Diese als Rechte Stigmatisierten standen zunehmend für ein alternatives Verständnis des Kommunismus, ihr großes politisches Projekt war das der Arbeiterregierung.

Zweimal trat Ruth Fischer ins Rampenlicht der Geschichte: 1924, als sie die Fürsprecher der Arbeiterregierung aus der KPD-Führung ausschaltete, 1947, als sie gegen ihre Brüder – und nicht nur gegen sie – aussagte. Zuerst attackierte sie ihre Genossen, die das historisch richtige Konzept verfochten, unnachsichtig. Doch sah sie diese nicht als Todfeinde. Zwei Jahrzehnte später sprach Ruth Fischer von der allumfassenden kommunistischen Verschwörung in den USA, beinahe, als könne die kleine KP die Vereinigten Staaten in ein stalinistisches Lager verwandeln. Das Feindbild wurde so zum Zerrbild. Ruth Fischer bekämpfte die Kommunisten mit kaltem Hass und sah nichts Menschliches mehr an ihnen. Sie tat dies wider besseres Wissen. Damit handelte sie wie eine Gefolgsfrau Stalins, wenn auch politisch gegen ihn. Hatte sie sich 1926 Stalin nicht unterworfen, wenngleich sie verlor, so war Stalins Sieg über sie nun viel deutlicher: Sie unterwarf sich seinen unmenschlichen Normen, als sie seine Verschwörungstheorie übernahm und nur das Vorzeichen austauschte.

Die Manie der Verschwörung hatten die Stalinisten mit den Nazis gemeinsam, aber nicht nur mit ihnen. Auch Amerikas Rechtsradikale zeichneten das Bild einer Hydra, deren Köpfe aus Kommunisten, Liberalen und Gegnern des Rassismus bestanden. Ihr Kampf gegen den Kommunismus gebar finstere Allianzen, auch mit Altnazis – erst als Ruth Fischer schmerzlich darauf gestoßen wurde, dachte sie um: als der Peiniger ihres Sohnes in ihr Leben trat. Mehr als äußere Umstände wie

153 Brigitte Seebacher-Brandt (Unter „Ultralinken". Eine Edition des Nachlasses von Ruth Fischer und Arkadij Maslow, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. November 1990) sah kaum Unterschiede zwischen den Ultralinken und der Stalin-Fraktion in der KPD.

Titos Rebellion gegen Stalin oder Chruschtschows Rede auf dem Parteitag wurde dies zur Wegscheide ihres Denkens.

Umso nachdenklicher muss die Missachtung jeglicher Demokratie stimmen, die Ruth Fischer lange Jahre pflegte. Als Abgeordnete des Reichstages machte sie diesen lächerlich. Gewiss: Es gab den August 1914. Wer das Versagen der Parlamente damals erlebt hatte, blieb davon geprägt. Doch die Schlüsse, die Ruth Fischer daraus zog, waren rundweg falsch.

Wie weit dachte sie zuletzt um, wohin ging ihr Umdenken? Blieb ihr die Demokratie fremd? Sie hoffte auf die klassische Revolution von oben: Nikita Chruschtschow und seine neue Führung sollten den Kommunismus erneuern. Der Unterschied zwischen Chruschtschow und Stalin war der zwischen einem Weg zur Humanität und blanker Inhumanität; er war noch nicht der Unterschied zwischen demokratischem und diktatorischem Kommunismus.[154] Chruschtschow konnte selbst diesen Weg nur halb gehen. Er sollte, und so sah dies auch Ruth Fischer, in einen aufgeklärteren Kommunismus einmünden, aber nicht mit der Parteivormundschaft brechen. Ruth Fischer ließ die Frage unbeantwortet, wie demokratisch ein geläutertes Einpartei-Regime sei. Doch trat sie für ein Ende des Meinungsmonopols der Partei und ihrer Ideologen ein. In die Führung um Chruschtschow setzte sie freilich zu große Hoffnungen.

Es wäre einseitig, historisches Versagen allein den Kommunisten anzulasten. Wir haben gesehen, dass der SPD 1918 die „halbe", die politische Demokratie genügte – doch dahinter blieben die Positionen der antidemokratischen Kräfte von Industrie- und Bankkapital, Junkertum, Militär und Justiz fast unberührt bestehen. Die SPD-Führung ließ dadurch jenen Kräften Raum, die nicht nur die Revolution, sondern die Arbeiterdemokratie und das Parlament hassten. Im Prager Exil kam auch die Auslandsleitung der SPD zu dieser bitteren Einsicht.[155] Die Folgen solcher Unterlassung, die eine gesamtdeutsche Arbeiterregierung vielleicht

---

154 Die Zuschreibung von Humanität mag angesichts von Chruschtschows Verhalten z. B. in den Ungarn-Ereignissen begründeten Widerspruch hervorrufen. Doch die eingeleitete Entstalinisierung, seine größte politische Leistung, dürfte kaum etwas mit Inhumanität zu tun haben.

155 Im „Prager Manifest" der SPD-Auslandsleitung von 1934 heißt es: „Dass sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler, den die während des Krieges desorientierte deutsche Arbeiterbewegung beging." Gefordert wurden nunmehr eine „sofortige entschädigungslose Enteignung" der Großgrundbesitzer und der Schwerindustrie und eine „Vergesellschaftung und Übernahme der Großbanken durch die vom Reich bestimmten Leitungen" nach dem Sieg über Hitler. Dies schloss eine demokratische Kontrolle der Produktionsmittel selbstverständlich ein. Das Manifest ist abgedruckt in: Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Zitate S. 116f.

verhindert hätte, weisen in der Tat in das Jahr 1933. Eine solche Arbeiterregierung hätte Teile der übrigen Bevölkerung anziehen können. Stattdessen fielen diese oftmals dem Faschismus in die Arme, und dies nicht allein in Deutschland, wo es zu wenig an demokratischem Bürgertum gab – wie auch zu wenig demokratische Kommunisten.

Ruth Fischers Herabsetzung des Parlaments trug ihr Beifall ein – von der Mehrheit der KPD wie auch höhnischen Beifall von rechts. Doch als sie die Demokratie schmähte, andere Stimmen in der KPD erstickte wie auch, als sie später die Kommunisten als reine Verbrecher zeichnete, beging sie die entscheidenden Fehler ihres Lebens. Über die Konsequenzen wurde hier berichtet. Die Verfolgung durch Hitler wie Stalin und die Ermordung des Lebenspartners zogen ihr Urteil lange in Mitleidenschaft. Dennoch: Es bedurfte genau des linksradikalen, unduldsamen, intoleranten Typus, den Ruth Fischer verkörperte, um den undemokratischen Geist in KPD und Komintern durchzusetzen – gegen die von anderen Kommunisten verfochtene Ethik von Freiheit, Selbstbestimmung und Gleichheit. Dies ebnete Stalin und den Seinen, Menschen noch weit schlimmerer Machart, den Weg, doch stellte auch die Weichen zum Niedergang und dann zur Selbstzerstörung der Bewegung.

Der Ruf nach einer Parteidiktatur wurde zur Sackgasse und für Millionen Menschen zur Tragödie. Das Vorhaben, eine zugleich gerechte und wirtschaftlich effektive Gesellschaft per Dekret und Zwang aufzubauen, ist im 20. Jahrhundert gescheitert. Ruth Fischers Leben zeigt wichtige Gründe, warum dies geschah. Es führt in die schrecklichen Erinnerungslandschaften des Jahrhunderts. Ruth Fischers Eintritt in die Politik war ihre Opposition gegen den imperialistischen Krieg. In ihrer Person bündeln sich Aufstieg und Elend der KPD. Dann wurde sie von Hitler und Stalin gejagt. Ihre letzten Jahre standen im Zeichen des Kampfes gegen den Kolonialismus. Mit den kommunistischen Dissidenten, die sie zuerst bekämpfte, gehört sie zu den Verlierern des 20. Jahrhunderts.

Am Ende gelangte sie zu mancher Einsicht. Als demokratische Sozialistin entsagte sie den Verschwörungstheorien. Sie kehrte, wenn auch spät, zur Humanität zurück, die sie 1914 gezeigt hatte, als die Umwelt dem Kriegstaumel verfiel. Ihre schweren Irrtümer wie der ernsthafte Versuch, sie zu korrigieren, sollten nicht vergessen werden, denn viele Widersprüche, mit denen sie rang, sind noch immer ungelöst. Sie zu lösen, bedarf anderer Wege als jener, denen Ruth Fischer allzu lange folgte.

„Wer für den Kommunismus kämpft, der muss kämpfen können und nicht kämpfen; die Wahrheit sagen und die Wahrheit nicht sagen; Dienste erweisen und Dienste verweigern; Versprechen halten und Versprechen nicht halten, sich in Gefahr begeben und die Gefahr vermeiden; kenntlich sein und unkenntlich sein. Wer für den Kommunismus kämpft, hat von allen Tugenden nur eine: dass

er für den Kommunismus kämpft." So heißt es in Bertolt Brechts *Maßnahme*. Für Ruth Fischer wurde Brecht zum „Minnesänger der GPU." Eine hintergründige Botschaft des Stückes las sie noch nicht: Es ist, so sagte uns Brecht, der Glaube an eine abstrakte „Sache", der Menschen dazu bringen kann, Schlechtes im Namen des Guten zu tun. Der Glaube wird zum gefährlichen Trugbild. Er kann weder Moral noch kritisches Denken ersetzen, die zum Wissen und zum Handeln in Verantwortung führen. Ein solcher falscher Glaube führt zur Selbstpreisgabe der Persönlichkeit. Erst als Ruth Fischer dies begriff, ging sie den Weg vom Glaubensmythos zur Aufklärung – einer Aufklärung, die oftmals scheitert, doch immer nötig ist, um die Welt zum Besseren zu ändern.

English Summary

Ruth Fischer (1895–1961), born in Leipzig as Elfriede Eisler, was the co-founder of the Communist Party of Austria, became famous as the leader of the Communist Party of Germany in the Weimar Republic and, after 1945, was associated with the anti-communist crusade in the United States where she authored the best-selling book *Stalin and German Communism*. At the end of her life, she vainly hoped that the Soviet Union under Nikita Khrushchev would move towards a more open variant of communism. Ruth Fischer was the sister of two other prominent Austrian-German communists: the composer Hanns Eisler (1898–1962), and the journalist Gerhart Eisler (1897–1968), whom Fischer would denounce as Moscow's agent and the most dangerous communist agent in the United States.

Elfriede Eisler came from a middle-class family. The family soon moved to Vienna, where her father, Rudolf Eisler (1873–1926), held a position as senior lecturer in philosophy at the university. Since Rudolf Eisler, who was of Jewish origin, refused to be baptized, he was never promoted to full professor. Elfriede's mother Ida Maria (1875–1927), who had worked as a domestic servant until she married, was Protestant. The three children grew up in a liberal and agnostic household.

After finishing high school in 1914, Elfriede Eisler studied pedagogy, economics, and philosophy at the University of Vienna, but she did not finish her studies. In 1914, soon after the war had begun, Elfriede and her brothers, both waiting for conscription, founded a left-wing student group that expressed a strict opposition to the war. Another member of this circle was Paul Friedländer, a fellow-student whom Elfriede married in 1915. On 25 December 1917, her son Gerhard was born. On 3 November 1918 a group of around forty people, including Elfriede, her husband, and her brothers, founded the Communist Party of Austria.

After a failed attempt to gain exclusive leadership of the Austrian communists, she left Vienna in late August 1919 for Germany. Since then she used the name Ruth Fischer in public. While her husband remained in Vienna, Fischer went with her son to Berlin. Divorced in 1922, she officially married Gustav Golke, a member of the Communist Party of Germany (KPD), a year later to obtain German citizenship, but the marriage remained one of convenience.

Ruth Fischer's political activities earned her the position of chair of the party's district organization of Berlin-Brandenburg, the party's largest provincial branch.

She found support from Arkadij Maslow (1891–1941), who would soon become her life-long partner.

The left-wing faction around Fischer and Maslow became known as the Berlin Opposition. In November and December of 1922, Fischer participated in the Fourth World Congress of the Comintern in Moscow where she met Lenin and Trotsky.

During the summer of 1923, riots and strikes against the galloping inflation erupted all over Germany. There were serious differences within the KPD about how to deal with this situation. The so-called rightist group around the party chair Heinrich Brandler stood by their view that Workers' Governments on the state and local level should be formed. However, the KPD leadership's attempt to join the left-social democratic governments in the states of Saxony and Thuringia came under attack from the group around Fischer and Maslow. They saw Germany as mature enough for revolution and criticized sharply what they called the reformist passivity of the circle around Brandler. In November Brandler called off the uprising that was planned in Moscow. He realized that the workers would not follow the KPD. An isolated communist insurrection in Hamburg was suppressed soon. For a few months the KPD, together with the Nazi Party after its ill-fated Beer Hall Putsch in Munich, was outlawed, a decision that was revoked in March 1924.

The reaction of the Comintern leadership was to condemn the KPD leaders. The new turn to the left was in part a spontaneous reaction of KPD members against the so-called betrayal by the rightists, i.e. the leadership around Brandler. But it was also determined by a regrouping of political forces in Moscow where Stalin took over political control.

In April 1924 the KPD held its Ninth Congress in Frankfurt-Main. After tumultuous debates, the victory of the "Left" was decisive: Fischer, Maslow, and Werner Scholem constituted the new Political Secretariat. On 23 April 1924, Ruth Fischer was appointed Chair of the Political Secretariat, thus becoming the leader of the party. In the same year she was elected to the German parliament, the Reichstag, which she ridiculed in her inaugural speech as "a shadowy theater." A few months later she condemnded the parliamentarians as "puppets of heavy industry."

The political isolation of the Soviet Union and the stabilization of capitalism in Europe, namely in Germany, strengthened the position of the Soviet party bureaucracy, particularly that of Stalin. It was Stalin who became the main proponent of the new slogan of socialism in a single country. That slogan could well be seen as an ideological justification for the growing power of the state and party apparatus.

It was the Comintern chair Zinoviev, still Stalin's ally, who announced at the Fifth Comintern Congress in 1924 that the great slogan of the coming period would be the Bolshevization of the communist parties. Ruth Fischer endorsed this policy and also the position of the congress that declared that "Fascism and Social Democracy are the left hand and right hand of modern capitalism."

Nevertheless, Ruth Fischer gradually realized that she had to abandon the more extreme manifestations that had been stated in the name of the party. In July 1925, the Tenth KPD Congress in Berlin would ratify the shift away from its ultra-leftist orientation. At the same time, Fischer's leadership was seen in Moscow with growing skepticism. It was suspected that she and Maslow would no longer be able to keep the party under control. At the meeting of the German Commission of the Executive Committee of the Comintern (ECCI), with the KPD leaders on 12 August 1925 in Moscow, Fischer and Maslow were told that the party needed trustworthy proletarian elements, such as Ernst Thälmann, Stalin's supporter, while Ruth Fischer was associated with Zinoviev who was on the way to break with Stalin. Thälmann was considered to represent a policy that would guarantee the rootedness of the KPD among the proletarian masses. An Open Letter of the ECCI that was published on 1 September 1925 confirmed this agenda. It emphasized that only under a proletarian leadership would the KPD be able to practice a Leninist policy that is deserving of the name. Demonstrating the party discipline expected from every communist, the letter was signed by all the KPD delegates in Moscow – including Fischer. An extraordinary party conference held in Berlin on 31 October and 1 November confirmed the new situation. Fischer and Maslow were expelled from the party leadership.

Thälmann's victory documented, in its essence, Stalin's dominance over the German party after his victory over Zinoviev in the Soviet Union. The key positions in the party passed from intellectuals to men of impeccable proletarian origin.

At that time, Ruth Fischer was still in Moscow. According to an unofficial order given by Stalin, she was not allowed to leave the country but had to stay in the Comintern hotel "Lux". Ruth Fischer was able to return to Berlin only "after a stiff fight" for her passport in order to get out of Russia. Shortly after her return, she and Maslow were denounced as "renegades" and expelled from the KPD on 19 August 1926. In 1928, she and Maslow participated briefly in the Leninbund, an anti-Stalinist leftist organization. She then bacame a social worker in Berlin and jointly published with Franz Heimann, a pediatrician, the book, *Deutsche Kinderfibel* (German Children's Primer). It came out just a few weeks before the Nazis gained power.

In February 1933 Fischer and Maslow left Germany. After a brief stay in Prague they went to Paris. Ruth Fischer managed to smuggle her 15-year-old son, who was briefly in the hands of SS officer Eberhard Taubert despite his Austrian passport, out of Germany. He went to England where he studied mathematics in Cambridge and became an academic.

From October 1934 until September 1939, Ruth Fischer was employed as a municipal social worker in the city of St. Denis near Paris. She continued her social investigations on children from working-class families. Officially divorced since 1929, she received French citizenship through another marriage of convenience, this time with the shoemaker Edmond Pleuchot whom she married in 1935.

Ruth Fischer came temporarily in close contact with Leon Trotsky. Fischer and Maslow traveled frequently to Trotsky's home in Barbizon. She also became a good friend of Trotsky's son, Leon Sedov, but the conversations with the father showed irrevocable political differences.

After the German invasion of France, Maslow and Fischer tried to get American visas, but without success. Using false Danish passports they illegally entered and crossed Spain en route to Lisbon, Portugal. But it was only Fischer who got a U.S. visa; Maslow's application was repeatedly denied. There was nothing else to do but to separate. In April 1941 Fischer boarded a ship to New York, arriving on the twenty-first. Maslow went to Cuba, the only place where he could go. He was unable to obtain an entry visa to the U.S. until 21 November 1941.

On that day, however, Maslow was found dead in Havana. According to an official investigation, he had suffered a heart attack. However, Ruth Fischer was and remained of the opinion that Maslow was murdered by Stalin's secret police agents. Her assumption was correct. Maslow had been the great love of her life, and after his death she never lived with another man again.

In October 1942, Ruth Fischer received a one year grant from the Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars. She received additional support from the Institute of International Education.

In 1942 and 1943 Ruth Fischer visited her brother Hanns and his wife Lou Eisler in California. But in 1944 she came to the wrong conclusion that her brothers, especially Gerhart, were part of the Stalinist campaign against Arkadij Maslow and herself. Since then, a new career began for Ruth Fischer – the career of an anti-communist, who published in leading magazines and newspapers. She wrote with the autenticity of an ex-communist, and with all the dogmatism and lack of nuance that she had displayed in her political life in the KPD. With financial assistance from the American Federation of Labor, Ruth Fischer started to publish *The Network*, a mimeographed journal. It tried to explain that "the

hierarchy" of the German Communist Party, including its exile organization, had become "a division of the GPU," led by "Russian agents and tools."

By the end of 1946 the U.S. House of Representatives had resurrected the House Un-American Activities Committee (HUAC), which it had originally set up before WWII. The Committee started its new activities with what would become known as the Eisler-Fischer Affair. Since the mid-1920s, Gerhart Eisler had been a leading functionary in the KPD and in the Comintern. Between 1929 and 1931 he was a liaison between the Comintern and the communist parties in China, and then from 1933 to 1936 in the United States. During the Spanish Civil War he directed a German anti-Fascist radio station. In 1939 he was incarcerated in France for around two years. In 1941 he returned to the United States. There he was instrumental in forming the Council for a Democratic Germany. As early as in May 1944, Ruth Fischer informed the Office of Strategic Service (OSS), the predecessor of the CIA, about the activities of the Council. Based on her information, the OSS put together a very detailed survey of the political activities of foreign national groups in the United States.

On 24 January 1947, Fischer was interviewed by an FBI special agent in her New York apartment. She gave him detailed information about Gerhart Eisler's role in the KPD and the Comintern and his political background. She became the key figure in the case against her brother whom she characterized before the HUAC as "head of the Comintern activities in this country; or, to put it better, as the head of a network of agents of the secret Russian state police." She also testified against Hanns Eisler and Bertolt Brecht.

In 1948 Fischer published her book *Stalin and German Communism* at Harvard University Press. It was the first full-fledged story of the Communist Party of Germany in English and attracted much attention. In some of her historical judgments, Fischer corrected her political mistakes from the 1920s, but she neglected her own role in the process of Bolshevization.

Her book secured Fischer's material situation. The Widener Library at Harvard continued to finance her further research. After her application for American citizenship was approved in 1947, Fischer remained a U.S. citizen until the end of her life.

In August 1949 she was one of the initiators of the Congress for Cultural Freedom but did not participate in its West Berlin opening session a year later. She may not have wanted to risk coming so close to the Soviet-controlled territory of East Berlin. Fischer was also associated with several secret service activities: with the American organization The Pond, an offspring from the FBI, as well as with the FBI itself, and with the British Intelligence Service. In 1951 she came by chance into contact with a West German secret service agent, the same Eberhard

Taubert who had once detained and tortured her son. That brought her to the conclusion that she must break all her contacts with the different secret services.

In 1954, Ruth Fischer asked the West German government for financial compensation. According to the German Federal Compensation Law she belonged to those persons who were victimized under the "Third Reich." That included individuals who were persecuted "for political, racial, religious or ideological reasons." Her application for a permanent financial compensation was, however, denied in October 1954 by the West German Ministry of the Interior on the grounds that Fischer had, during her time as a communist politician in the Weimar Republic, tried to undermine the "liberal-democratic constitution as defined by the Basic Law" of the Federal Republic of Germany.

This judgment by the West German authorities precipitated Fischer's deep doubts about that state as a working liberal democracy, since former Nazi bureaucrats were receiving the same high pensions as any other civil servants. Although she increasingly wished to live in Europe, she decided not to return to Germany. Likewise, she regarded Austria, at that time still under partial Soviet control, as an unsuitable place for her to live. When she left the United States for Paris in 1956, she remained employed by the Widener Library, at that time as an external reviewer of contemporary political literature. To increase her income, she traveled frequently from France to West Germany, where she received invitations, mostly by social democratic or trade union circles, to speak about current political affairs. After another legal action, she finally received a pension for her Weimar-era employment as a Berlin social worker.

Since Stalin's death the tone of Fischer's speeches and writings became much more moderate than in previous years. She distanced herself from anti-communism. This was reflected in her new book *From Lenin to Mao: Communism in the Bandung Era* that she published in 1956. In this book, she even stated that "McCarthyism represents a specific American variant of Stalinism," without mentioning her own role in the anti-communist campaign of the late 1940s.

After Nikita Krushchev's so-called secret speech at the Twentieth Congress of the Soviet Communist Party in February 1956 Fischer came to the conclusion that the time of Stalinist show trials and organized terror was definitely over. She interpreted the internal development of the Soviet Union as a struggle between pro- and anti-Stalinists. While the former might still retain power positions in the propaganda apparatus, their influence in politics, economy, and the military would be dwindling. The retreat from Stalinism would be irreversible, and Krushchev, despite his Stalinist past, would guarantee this irreversibility. Even the Soviet invasion in Hungary would not lead to a relapse of Stalinist terror but would

remain a very short episode. She explained her new optimism in her last book that measured the transformation of Soviet society since Stalin. Beginning in 1957 Fischer lectured at the Sorbonne on the politics of contemporary communism. She also discovered for herself what would soon be termed the "Third World."

In her last years Ruth Fischer returned to communism, though of an independent sort. She moved in the circles of ex- and oppositional communists in France and West Germany. But her past was too checkered, her commitment to democracy too tentative. She failed to re-establish contacts with her brothers who lived in East Berlin. Ruth Fischer died suddenly on 13 March 1961 in Paris. She was buried at Montparnasse cemetery. Only a few hours after her passing, her apartment was checked and photographed by French secret service policemen. This incident shows that her attempted return to the communist cause, although not believed by many communists, was not ignored by those who once had adored her as the protagonist of anti-communism.

Ruth Fischer vor dem Ausschuss für Unamerikanische Tätigkeit

6. Februar 1947. Der Ausschuss traf sich um 10:00 Uhr vormittags. Den Vorsitz hatte der Ehrenwerte J. Parnell Thomas. Alle Mitglieder waren anwesend: Karl E. Mundt (South Dakota), John McDowell (Pennsylvania), Richard M. Nixon (California), Richard B. Vail (Illinois), John S. Wood (Georgia), John E. Rankin (Mississippi), J. Hardin Petersen (Florida), Herbert C. Bonner (North Carolina). Anwesend auch die Mitglieder des Stabes: Robert E. Stripling (Chefermittler), Louis J. Russell (Ermittler).

[…]

Stripling: Die nächste Zeugin ist Ruth Fischer.

Rankin: Ich möchte an dieser Stelle auf die Anwesenheit des Ehrenwerten Herrn Starnes aus Alabama aufmerksam machen, der eines der Mitglieder des Dies-Ausschusses für Unamerikanische Tätigkeit war und einen gewichtigen Beitrag zur Arbeit dieses Ausschusses geleistet hat.

Der Vorsitzende: Herr Starnes ist immer willkommen.

Starnes: Danke sehr.

Stripling: Miss Fischer, Sie erscheinen vor dem Ausschuss aufgrund der Vorladung vom Montag, dem 3. Februar. Ist das richtig?

Fischer: Ja.

Stripling: Für das Protokoll möchten Sie aber bitte ihren vollständigen Namen nennen?

Fischer: Mein Name ist Elfriede Eisler. Fischer ist der Name meiner Mutter, den ich als Publizistin benutze.

Stripling: Wann und in welchem Land sind Sie geboren?

Fischer: Ich bin geboren in Leipzig, Deutschland.

Stripling: In welchem Jahr?

Fischer: 1895.

Stripling: Können Sie uns die Namen ihres Vaters und ihrer Mutter nennen?

Fischer: Mein Vater hieß Rudolf Eisler, meine Mutter Ida Maria Fischer [im Protokoll fälschlicherweise: Maria Edith].

Stripling: Können Sie uns die Namen ihrer Verwandten nennen, die derzeit in den Vereinigten Staaten leben?

Fischer: Meine Verwandten in den Vereinigten Staaten sind Gerhart Eisler, mein jüngerer Bruder, und Hanns Eisler, mein jüngster Bruder, und ein alter Onkel, Armand Eisler, und seine Frau.

Stripling: Sie sind die Schwester von Gerhart Eisler, ist das richtig?
Fischer: Ja.
Stripling: Das ist die Person, die heute Morgen als erster Zeuge auftrat?
Fischer: Ja.
Stripling: Aber keine Aussage machte. An diesem Punkt, Herr Vorsitzender, möchte ich die eidesstattliche Erklärung von Herrn Eisler vor dem Außerordentlichen Ermittlungsausschuss vom 14. Juni 1941 in Ellis Island, New York zu Protokoll geben. Wie Herr [J. Edgar] Hoover betont hat, gab Herr Eisler ständig unter Eid falsche Erklärungen gegenüber den Behörden der Vereinigten Staaten ab, und zwar sowohl in seinen Anträgen an das Außenministerium wie auch in seiner eidesstattlichen Erklärung bei der Einreise in dieses Land. Er wurde wie folgt befragt (liest ab):
Wer ist Ihr nächster Verwandter in den USA?
Ich habe einen Bruder, 122 Waverly Place, New York City.
Wie lange lebt Ihr Bruder in den USA?
Entweder seit Ende 1937 oder seit Anfang 1938.
Haben Sie andere Verwandte außer diesem Bruder?
Nein.
Nun also: Sie sind die leibliche Schwester von Gerhart Eisler?
Fischer: Ja.
Stripling: Sie lebten damals in den Vereinigten Staaten?
Fischer: Ja, ich war gerade angekommen.
Stripling: Frau Fischer, möchten Sie uns sagen, ob Sie oder ob Sie nicht Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands waren?
Fischer: Ich war Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands bis 1926.
Stripling: Haben Sie irgendeine Funktion in der Kommunistischen Partei Deutschlands ausgeübt?
Fischer: Eine Zeitlang war ich Vorsitzende der Berliner Organisation, zu anderer Zeit gehörte ich dem Politbüro an, und ich war auch Präsidiumsmitglied in Moskau.
Stripling: Während der Zeit ihrer Arbeit für die deutschen Kommunisten wussten Sie natürlich auch über die Tätigkeit Ihres Bruders Bescheid?
Fischer: Ich war am Anfang für die Tätigkeit Gerhart Eislers verantwortlich, da er der Partei zur selben Zeit wie ich beitrat. Er lebte in Wien bis 1920.
Der Vorsitzende: Wir können Sie schlecht hören.
Fischer: Und er folgte mir nach Berlin.
Stripling: Könnten Sie bitte so laut wie möglich sprechen, Frau Fischer?
Fischer: Soll ich fortfahren?
Stripling: Ja.

Fischer: Mein Vater lebte in Wien. Wir sind alle österreichische Staatsbürger. Wir sind in Leipzig geboren, aber mein Vater war österreichischer Staatsbürger. Ich ging im September 1919 nach Berlin, und mein Bruder Gerhart folgte mir 1920. Er trat der österreichischen kommunistischen Partei nach seiner Rückkehr von der Front im November 1918 bei.

Stripling: Ich darf Sie bitten, dem Ausschuss über das Verhältnis zwischen Ihnen und Ihrem Bruder zu berichten, soweit dies die kommunistische Tätigkeit betrifft. Würden Sie dem Ausschuss nur einen Überblick darüber geben, bis zu der Zeit, als Sie mit Ihrem Bruder wegen kommunistischer Tätigkeit brachen?

Fischer: Ich war ein Gründungsmitglied der österreichischen kommunistischen Partei, und als mein Bruder aus dem Krieg zurückkam, trat er ihr – wir waren beide sehr jung – auf mein Drängen hin bei. In Berlin, wo ich mich in der kommunistischen Organisation sehr aktiv betätigte, wurde Gerhart rasch zum Organisator und Propagandisten in der KPD. Zu dieser Zeit war unsere Beziehung sehr gut, nicht nur wegen der gemeinsamen familiären Herkunft – wir sind fast gleichaltrig und zusammen aufgewachsen –, sondern auch, weil wir die gleichen politischen Anschauungen vertraten. Diese politische und persönliche Freundschaft dauerte bis zum Jahre 1923, dem Jahr der Ruhrbesetzung durch die französische Armee, als wir eine schwere Auseinandersetzung wegen der Politik der kommunistischen Partei hatten. Von diesem Moment an war unsere politische Beziehung zerbrochen, und im Jahre 1926 wurde ich aus der KPD wegen meiner Opposition gegenüber Stalin, der Komintern und dem Politbüro ausgeschlossen. Meine Beziehung zu Gerhart wurde zunehmend feindlicher und erreichte den Punkt, an dem ich mich gezwungen sehe, gegen ihn auszusagen, da ich ihn als einen der gefährlichsten Terroristen sowohl gegenüber dem amerikanischen wie dem deutschen Volk ansehe. Er möchte nach Deutschland zurückkehren, das er vorgibt, so sehr zu lieben.

Der Vorsitzende: Würden Sie bitte das zuletzt Gesagte wiederholen? Einige von uns haben nicht verstanden.

Fischer: Darf ich, um auf diese Frage zu kommen, die Erklärung verlesen, die die Gründe angibt, warum ich, eine leibliche Schwester, die ihrem Bruder in unserer Kindheit sehr nahestand, gezwungen bin, vor diesem Parlamentsausschuss der Vereinigten Staaten gegen meinen Bruder auszusagen? Darf ich ein paar Zeilen vorlesen, Herr Vorsitzender?

Der Vorsitzende: Das geht in Ordnung.

Fischer: Ja. Ich sehe Eisler als den perfekten Terroristentypen, als äußerst gefährlich für das deutsche wie amerikanische Volk. Die Tatsache, dass dieser Mann mein Bruder ist, hat mir nur einen tieferen Einblick in die Techniken von Stalins NKWD und in das Terrorsystem gegeben, das es den Völkern Europas auf-

erlegt. In einer totalitären Partei werden alle menschlichen Beziehungen herabgewürdigt. Ein Mann, der Stalin dient, wird darauf abgerichtet, der GPU sein Kind, seine Schwester, seine engsten Freunde auszuliefern. Als ich erfuhr, dass sich Eisler in diesem Land befindet, suchte ich ihn zu entlarven. Er hat die Sympathien des amerikanischen Volkes für die leidenden und gefolterten Opfer des Nazismus dazu benutzt, um sein eigenes schmutziges Werk zu tarnen. Ich sehe ihn als besonders gefährlich für die deutschen Arbeiter, die er jetzt vorgibt, so sehr zu lieben. Jahrelang hat er unermüdlich die Bestrafung des deutschen Volkes gefordert – was die Abschlachtung und Versklavung von Millionen aufgrund willkürlicher Entscheidungen der GPU bedeutet. In den inneren Kreisen der Komintern ist gut bekannt, dass Eisler gegenüber der GPU viele Flüchtlinge vor den Nazis denunziert hat, die in Moskau lebten. Er ist verantwortlich für den Tod des deutschen Kommunisten Hugo Eberlein, dem Führer von Eislers eigenen Freunden, und von Nikolaj Bucharin, dem bedeutenden russischen Theoretiker, seinem einstigen Freund und Förderer. Eislers Anwesenheit in Deutschland wird dazu beitragen, ein anderes Nazisystem zu errichten, das sich von dem alten nur darin unterscheidet, dass der Führer Stalin heißt.

Rankin: Herr Vorsitzender, ich habe die letzte Erklärung nicht verstanden. Sie sagten, ein terroristisches System solle in Deutschland errichtet werden, das sich vom alten unterscheidet – worin unterscheidet?

Fischer: Nur darin, dass der Name des Führers Stalin heißen wird.

Rankin: In Ordnung.

Stripling: Herr Vorsitzender, der Zweck, einer der Hauptgründe dieser Befragung ist es zu zeigen, dass Herr Eisler in den Vereinigten Staaten vor dem 13. Juni 1941 aktiv war. Im letzten Jahr hat der Ausschuss Herrn Budenz angehört, den früheren Chefredakteur des Daily Worker. Herr Budenz ist heute hier und wird am Nachmittag aussagen. Damals hat er bezeugt, dass Gerhart Eisler unter dem Namen Hans Berger alias Edwards die Tätigkeit der kommunistischen Partei in den Vereinigten Staaten geleitet hat. Wir sind deshalb daran interessiert zu erfahren, was Herr Eisler in den Vereinigten Staaten gemacht hat.

Der Vorsitzende: Vor diesem Datum?

Stripling: Ja, Sir, vor 1941, was er zugibt. Möchten Sie zu Protokoll geben, in welchen europäischen Ländern außer Deutschland Sie Ihren Bruder Gerhart seit 1929 gesehen haben?

Fischer: Ich sah ihn per Zufall in Paris. Möchten Sie die Umstände erfahren?

Stripling: Haben Sie ihn vor 1936 gesehen?

Fischer: Ich habe ihn 1933 in Paris gesehen.

Stripling: In welchem Monat?

Fischer: Ich sah ihn im Juni 1933, in einer französischen Wohnung, Place de Vaugirard Nr. 4, Paris, wo ich ihn im Haus meines jüngeren Bruders Hanns Eisler traf.

Stripling: Hat er Ihnen damals mitgeteilt, wo er war oder wohin er ging?

Fischer: Ich hatte schon einige Jahre nichts mehr mit Gerhart zu tun gehabt und ihn seit 1928 nicht mehr gesehen, als er nach Moskau abkommandiert wurde und in den Dienst der Komintern trat. Ich war ein Flüchtling, damals gerade in Paris angekommen und habe dort meinen jüngsten Bruder getroffen, zu dem ich die Beziehung nach dem Schock über Hitlers Sieg wieder aufnahm. Als ich am Abend ins Haus kam, war dort überraschend Gerhart. Er war gerade aus Moskau gekommen und wollte mit mir sprechen, was wir seit mindestens sechs oder sieben Jahren nicht mehr getan hatten. Er war auf seiner ersten Reise in die Vereinigten Staaten. Moskau hatte ihn direkt damit beauftragt, in diesem Land die kommunistischen Angelegenheiten unter Kontrolle zu nehmen.

Stripling: Entschuldigen Sie, könnten Sie dem Komitee genau mitteilen, was er gesagt hat, soweit Sie sich daran erinnern?

Fischer: Er sagte: „Ich gehe jetzt für die Komintern in die Vereinigten Staaten, und ich werde dort die Politik der kommunistischen Partei vollständig und grundsätzlich ändern."

Stripling: Wie lange blieb er in Paris?

Fischer: Er blieb in Paris eine oder zwei Wochen. Ich weiß es nicht mehr genau, aber ich war mit ihm nicht nur einmal, sondern mindestens acht oder zehn Male während einer Woche zusammen. Damals versuchten wir miteinander ins Reine zu kommen, aber schafften das nicht, weil unsere Meinungen über Russland zu unterschiedlich waren.

Stripling: Herr Vorsitzender, ich würde gern noch einmal auf diesen Antrag auf den Pass vom 30. August 1934 zurückkommen, auf den Pass, der auf den Namen Samuel Liptzin ausgestellt worden ist. Mit anderen Worten, das war ein Jahr später, nachdem Frau Fischer ihren Bruder gesehen hatte.

Frau Fischer, ich zeige Ihnen das Passfoto mit dem Siegel des Außenministeriums und frage Sie, ob Sie diese Person erkennen können.

Fischer: Das ist Gerhart Eisler, ganz ohne Zweifel.

Stripling: Sie sind sich dessen sicher?

Fischer: Ich bin bereit, das zu beeiden.

Stripling: Herr Vorsitzender, es gibt hier im Zusammenhang mit diesem Pass und der Schiffspassage auch das von uns angeforderte entsprechende Schriftstück von World Tourists Inc. Ich frage Sie, Miss Fischer, können Sie die Person auf diesem Bild erkennen?

Fischer: Das ist auch Gerhart Eisler.

Stripling: Hier sind noch die angeforderten Unterlagen mit dem Pass und der Schiffspassage vom 22. April 1936. Ich frage Sie, können Sie dieses Bild erkennen?

Fischer: Das ist auch Gerhart Eisler, aber in einem anderen Jahr.

Stripling: Anders gesagt, erscheint er Ihnen auf diesem Bild älter?

Fischer: Ja.

Stripling: Sie haben gerade gesagt, dass Sie Gerhart gesehen hatten – übrigens: Unter welchem Namen war Ihr Bruder in der Partei bekannt?

Fischer: In der Partei bei seinem Vornamen, Gerhart. Er hat nie den Namen Eisler benutzt.

Stripling: Ich möchte klarstellen, dass dies der Name ist, unter dem Herr Eisler in Moskau bekannt war, wie Herr [William O'Dell] Nowell bezeugt hat, Herr Vorsitzender. Sind Sie sicher, dass er unter dem Namen Gerhart während seiner gesamten kommunistischen Tätigkeit bekannt war?

Fischer: Er benutzte andere Namen, viele andere Namen, aber das habe ich nicht genau verfolgt, weil meine Informanten in Komintern-Kreisen immer von Gerhart und seiner Tätigkeit in den Vereinigten Staaten sprachen und nach Paris über die großartigen Fortschritte des neuen Komintern-Vertreters Gerhart in den USA berichteten.

Stripling: Hat Gerhart jemals von Stalin einen Tadel erhalten?

Fischer: Gerhart stellte sich als deutscher Antinazi-Flüchtling dar. Ich möchte unterstreichen, dass er seit 1929 nicht in Deutschland gelebt hat. Er hatte dort weder einen Wohnsitz noch Familie. Er heiratete seine Frau in Wien und nahm sie mit nach Moskau, wo sein einziges Kind 1931 geboren wurde. Er hatte keine Erlaubnis, in politischem Auftrag nach Deutschland zurückzukehren, weil er eine gewisse Zeitlang unter Beobachtung der GPU und der kommunistischen Partei stand, da ich mich 1928 gegen Stalin verschworen hatte. Er hat deutschen Boden seit 1929 nicht mehr betreten. Er mag das auf der Durchreise mit einem falschen Pass getan haben und nur, um von Moskau aus einen anderen Auftrag auszuführen. Er hat nicht ein einziges Buch, Manuskript oder irgendeinen anderen Besitz durch den Sieg der Nazis verloren. Er war nicht einen einzigen Tag wegen antinazistischer Tätigkeit in Deutschland eingesperrt, und er hat sich am Kampf gegen die Nazis seit 1928 nicht beteiligt, weil er damals in den Dienst des Komintern-Apparates getreten ist, den er bis heute nicht verlassen hat.

Stripling: Herr Vorsitzender, im Zusammenhang mit Herrn Eislers Familienstand sollte ich jetzt ein Dokument aus den Regierungsunterlagen zu den Akten geben. Darin heißt es: Frau Ella Eisler, geborene Tune, geboren am 15. November 1908 in Wien, Österreich, hat die Gesandtschaft angerufen und berichtet, sie

habe einen Zeitungsbericht gelesen und gesagt, Eisler ist ihr Ehemann und geboren am 22. Juli 1897 in Leipzig, Deutschland. Sie habe ihn am 22. Juli 1931 in Wien geheiratet. Der Bericht würde besagen, dass er sich zur Zeit in den Vereinigten Staaten mit seiner Ehefrau aufhalte, die ihn 1941 von Frankreich in die Vereinigten Staaten begleitete, doch Frau Ella Eisler erklärte, sie sei nicht von ihrem Ehemann geschieden worden, und die Frau, die er mit sich brachte und die jetzt mit ihm in den Vereinigten Staaten lebt, sei nicht seine rechtmäßige Ehefrau. Frau Ella Eisler erklärte, sie habe ihren Mann zuletzt im Juli 1936 in Prag, Tschechoslowakei, gesehen, als er nach Paris und sie nach Moskau ging, wo sie sich wiedersehen und niederlassen sollten. Jedoch kam Eisler, wie sie sagte, nicht nach Moskau, und im Mai 1938 habe sie Moskau zusammen mit ihrer Tochter Anna Eisler, geboren am 2. November 1931 in Moskau, verlassen, um zu ihrem Mann nach Frankreich zu gehen. Frau Ella Eisler und ihre Tochter blieben in Stockholm. Frau Ella Eisler erklärte, dass sie versuchte, ihren Ehemann über dessen Bruder Hanns Eisler, Filmkomponist in Hollywood, ausfindig zu machen, aber er antwortete nicht auf ihre Briefe. Frau Fischer, können Sie uns etwas über Herrn Eislers erste Ehe sagen?

Fischer: Er war zuerst mit der Schwester seiner zweiten Frau verheiratet.

Stripling: Wer war seine zweite Frau?

Fischer: Die zweite Frau war Frau Ella Eisler.

Stripling: Er war zuerst mit ihrer Schwester verheiratet?

Fischer: Ja.

Stripling: Wissen Sie, wann das war?

Fischer: Nein, weil er in Wien geheiratet hat und ich in Berlin war. Ich habe die dritte Frau Eisler weder gesehen noch getroffen.

Der Vorsitzende: Wir möchten bis zwölf Uhr zu Ende kommen.

Stripling: In diesem Zusammenhang, Herr Vorsitzender, Herr Eisler war, als er hierher kam, in Begleitung einer Frau mit dem Namen Brunhilda Rothstein.

Der Vorsitzende: Wann war das?

Stripling: Das war am 13., 14. Juni 1941. Er wurde unter Eid von der Einwanderungsbehörde gefragt (liest ab): Haben Sie jemals geheiratet? Die Antwort war: Nein. Frau Fischer, wollen Sie bitte dem Ausschuss noch einmal erklären, dass Sie Ihren Bruder gesehen haben?

Fischer: Ich sah ihn zufällig 1936, in einem kleinen Pariser Restaurant. Wir haben nicht mehr miteinander gesprochen, und er hatte mehr Angst, mich zu sehen, als ich von seinem Erscheinen angewidert war.

Stripling: Würden Sie die näheren Umstände schildern?

Fischer: 1936 fand in Moskau der erste „Schauprozess“ gegen den früheren Vorsitzenden der Komintern und andere statt, die der Verschwörung gegen Stalin an-

geklagt waren und die geplant haben sollten, ihn zu ermorden. In diesem Prozess wurde mein Name von einem Angeklagten genannt, da ich ihn angeblich nach Moskau mit dem Auftrag geschickt hatte, Herrn Stalin und andere Würdenträger des Politbüros zu ermorden. Diese Aussage war in Komintern-Kreisen bekannt, und Wyschinskij, der Chefankläger, hatte Dr. Lurje [im Protokoll fälschlicherweise: Lurge], der schließlich gemeinsam mit fünfzehn anderen Angeklagten hingerichtet wurde, mehrere Male über meine Rolle in der Verschwörung gegen Stalin befragt. Gerhart geriet in Panik. Er befürchtete, dass er in die Sache mit hineingezogen werden könnte. Er wusste natürlich wie jeder in der Komintern, dass ich Dr. Lurje nicht nach Moskau geschickt hatte und dass der ganze Vorgang ein Komplott war. Aber er war sich nicht sicher, ob Wyschinskij nicht doch die Frage aufwerfen könnte, ob Gerhart nicht zusammen mit Ruth Fischer an der Verschwörung zur Ermordung von Stalin beteiligt war. Deshalb wurde er von seinen eigenen Genossen überwacht. Er spürte, dass Wyschinskij es als Beweis für eine Verschwörung verwenden würde, wenn wir uns in diesem Pariser Restaurant getroffen hätten.

Stripling: Frau Fischer, können Sie uns die Umstände dieses Treffens erklären? Möchten Sie etwas über Ihren Sohn sagen?

Fischer: Mein Sohn, der in Cambridge, England, studierte, war in den Ferien zu mir gekommen. Er trägt den gleichen Namen wie Gerhart. Er war auch von seinem Onkel eingeladen worden. Er kannte ihn sehr gut. Er wusste nichts über die Wende der Ereignisse in unserem Familienkreis und in unserem politischen Leben. Er war jung und ich wollte ihm keinen Kummer bereiten. Ich saß mit ihm am Fenster, als Gerhart hereinkam und der Junge rief: „Dort ist Onkel Gerhart!“ Aber Gerhart, mit seinen bolschewistisch trainierten Augen, ging vorbei; er sah weder seinen Neffen noch mich, und ich sagte zu meinem Sohn: „Setz Dich, das verstehst Du nicht. Sprich Deinen Onkel nicht an.“

Stripling: In diesem Zusammenhang, Herr Vorsitzender, möchte ich jetzt deutlich machen, dass die Dokumente hier zeigen, dass Herr Eisler noch einmal, zum zweiten Mal unter dem Namen Samuel Liptzin reiste. Unter diesem Namen schiffte er sich auf der „Ile de France“ ein, und das war zu der Zeit, als Frau Fischer ihn in Paris gesehen hat.

Der Vorsitzende: Ich schlage vor, wir unterbrechen hier. Wir unterbrechen diese öffentliche Anhörung bis 14 Uhr 30, aber, wenn die Mitglieder des Ausschusses einverstanden sind, möchte ich diese zu einer Sitzung im Nachbarraum um 14 Uhr einladen.

[...]

Der Vorsitzende: Herr Russell möchte einige Fragen an die Zeugin richten.

Russell: Frau Fischer, heute Morgen haben Sie bezeugt, dass das letzte Mal, dass Sie Ihren Bruder gesehen haben – also, bevor Sie ihn in den Vereinigten Staaten gesehen haben – war im Jahre 1936 in Paris, Frankreich?

Fischer: Ja.

Russell: Wann haben Sie danach gehört, wie es Ihrem Bruder erging und in welchem Land er war?

Fischer: Ich habe ständig von Gerhart Eisler gehört, als er in Paris war, von seiner Tätigkeit in den Vereinigten Staaten, weil sein Auftrag in den Vereinigten Staaten von Komintern-Kreisen in Europa als Unterstützung für spezielle Aufgaben angesehen wurde. In den Jahren 1928, 1929 und 1930 war Eisler in Ungnade gefallen, und jeder in der kommunistischen Partei in Berlin hat wegen seines Aufbegehrens gegen Stalin seinen Ausschluss aus der Kommunistischen Partei Deutschlands erwartet. Dann wurde er mit einer Abordnung der GPU im Auftrag nach China geschickt, um unter den widerborstigen chinesischen Kommunisten eine Säuberung durchzuführen. Eisler wurde damals nach China nicht in besonders hohem Rang entsandt; er gehörte zu einer Gruppe von Leuten, die dort Befehle auszuführen hatten. In den chinesischen Säuberungsaktionen handelte er so grausam und führte die Befehle so genau aus, dass er im Bericht nach Berlin als der eigentliche Henker der widerspenstigen chinesischen Kommunisten bezeichnet wurde, die auf die Entscheidung Moskaus hin verurteilt wurden. Er kam aus China 1930 oder 1931 nach Moskau zurück, wo er dann seine Frau heiratete und wo seine Tochter geboren wurde und wo er bis 1933 blieb. Was er zwischen 1931 und 1933 getan hat, weiß ich nicht, aber ich möchte wiederholen, dass er in diesen Jahren keinen deutschen Boden betreten hat. 1933, als ich ihn in Paris auf seiner ersten Reise in die Vereinigten Staaten traf, war er sehr hochgestimmt, denn sein zweiter Komintern-Auftrag war weit höher angebunden als sein vorheriger in China, und er sah das als eine völlige Wiederherstellung seiner Beziehungen zum Politbüro. In der russischen kommunistischen Parteiorganisation herrscht ein Überlebenskampf, und nur die Stärksten überleben, und die Stärksten zeigen stets völligen Gehorsam und führen jeden Befahl aus, ganz gleich, wie dieser lautet. So habe ich in Paris ständig gehört, dass Gerhart seinen Auftrag in den Vereinigten Staaten zur vollständigen Zufriedenheit seines Vorgesetzten in Moskau ausführen würde. [Er] sagte, dass er die Dinge richtig anpacken würde, dass die amerikanische kommunistische Partei, die den verstorbenen Präsidenten Roosevelt als Faschisten brandmarkte, ihren Kurs geändert habe, auf eine vernünftige Volksfront-Politik eingeschwenkt sei, eine Einheitsfront mit all jenen, die mit Russland und den Kommunisten gemeinsam kämpfen wollten. Als ich ihn damals sah, als er nichts sagte – ich hatte mit ihm seit 1933 nicht mehr gesprochen seit dem letz-

ten Treffen in Paris –, aber als ich ihn an diesem Morgen 1936 in Paris sah, wusste ich, dass er auch, zusammen mit zahlreichen anderen Kommunisten, während des Bürgerkrieges im Auftrag nach Spanien unterwegs war. Er war in diesem Jahr in Spanien, in Österreich, in Prag, und, wenn ich recht informiert bin, aber das kann ich nicht genau sagen, in Dänemark und in anderen skandinavischen Ländern.

Stripling: In diesem Zusammenhang, Herr Vorsitzender, habe ich hier seinen Antrag auf Ausreise an das Außenministerium.

Der Vorsitzende: Von welchem Datum?

Stripling: Sofort. Das Datum ist der 6. Januar 1942. In dieser Erklärung, die Herr Eisler beeidet hat, ist die Frage Nummer sieben: Wo haben Sie sich während der letzten zehn Jahre aufgehalten, welche Tätigkeit haben Sie ausgeübt und, sofern dies zutrifft, bei wem waren Sie angestellt? Seine Antwort darauf lautete: Freischaffender Journalist und Ökonom. Er sagte, er war zwischen 1931 und 1933 in Deutschland, von Februar 1933 bis August 1937 in Österreich, von August bis Oktober 1937 in Paris, von Oktober 1937 bis September 1938 in Spanien, von September 1938 bis August 1939 in Paris, dann in verschiedenen Konzentrationslagern bis zum 6. Mai 1941, „als ich Frankreich verließ." Herr Vorsitzender, ich sollte auch all die anderen Anträge auf Ausreise, die er an das Außenministerium gestellt hat, zu den Akten geben.

Der Vorsitzende: Ist hiermit angewiesen.

(Die Dokumente besagen Folgendes:)

Beweisstück VI: Antrag auf Ausreise vom 5. September 1945, gerichtet von Gerhart Eisler an den Außenminister. Darin verschweigt Eisler, dass er vor 1941 in den Vereinigten Staaten war. Der Antrag enthält auch die Namen von Dr. Edward K. Barsky und von Frau Helen Bryant, die dem Joint Anti-Fascist Refugee Commitee angehören und die Eisler als seine Gewährspersonen genannt hat. Das Joint Anti-Fascist Refugee Committee hat Eisler während seines Aufenthaltes in den USA materiell unterstützt.

Beweisstück VII: Antrag auf Ausreise vom 6. Januar 1942, gerichtet von Gerhart Eisler an den Außenminister. Unter Frage Nummer sieben hat er hier verschwiegen, dass er 1931 in Sowjetrussland war, ebenso in den USA in den Jahren 1933, 1934, 1935 und 1936.

Beweisstück VIII: Antrag von Brunhilda Eisler vom 20. September 1946 auf Ausreise, gerichtet an den Außenminister. Darin legt sie dar, dass sie, die Ehefrau von Gerhart Eisler, beim Amerikanischen Hilfskomitee für Jugoslawien beschäftigt ist.

Russell: Frau Fischer, wann haben Sie zum ersten Mal erfahren, dass Ihr Bruder tatsächlich in den Vereinigten Staaten war?

Fischer: Ich habe zum ersten Mal davon 1942 gehört, als er ein Jahr im Land war, aber ich habe es nicht geglaubt. Ich habe es für ein falsches Gerücht gehalten und gesagt, er muss in Mexiko sein, weil ich erfahren hatte, dass die Behörden hier eine vollständige Akte über ihn haben müssen und dass es deshalb unmöglich war, frei herumzureisen und die alte Tätigkeit wiederaufzunehmen. Ich habe es bis 1943 nicht geglaubt, als der Beweis dafür ganz offensichtlich war, und dass er seine Artikel als Hans Berger nicht per Luftpost von Mexiko aus geschickt hat. Erst dann nahm ich zur Kenntnis, dass er wirklich hier in diesem Land ist. Einige Monate später, im Januar 1944, als ich Dinge über den heutigen Kommunismus veröffentlicht habe, habe ich ihn als Haupt der Komintern-Aktivitäten in diesem Land bezeichnet, oder, besser ausgedrückt, als das Haupt eines Agentennetzwerkes der russischen geheimen Staatspolizei.

Russell: Besitzen Sie diese Schriften noch?

Fischer: Ja.

Russell: Können Sie diese dem Komitee zukommen lassen, möglichst beim nächsten Mal? Wenn Sie als Zeugin vorgeladen werden?

Fischer: Ja.

Russell: Anders ausgedrückt: Es geht uns darum, dass Sie die Tätigkeit Ihres Bruders für die Zeit offenlegen, bevor die Zeitungen über seine gegenwärtigen Verbindungen in den Vereinigten Staaten berichtet haben, die 1946 erstmals der Presse bekannt wurden.

Der Vorsitzende: Frau Fischer, warum sagen Sie, dass Gerhart Eisler das Haupt der russischen Geheimpolizei in den Vereinigten Staaten war?

Fischer: Ich sage nicht, er war das Haupt der Geheimpolizei, weil es verschiedenartige Aktivitäten gibt; und ich bin sicher, dass die russische Geheimpolizei andere Agenten außer Herrn Eisler hier hat, aber ich sehe jene, die für das Moskauer Hauptquartier arbeiten, unter welchem Namen auch immer, als Teile der russischen Geheimpolizei an. Die Komintern ist nichts anderes als ein Teil, eine Abteilung der russischen Geheimpolizei mit Sektionen in allen Ländern. Wer also sich auch immer als Komintern-Vertreter in anderen Ländern ausgibt, ist für mich nichts anderes als ein Agent der russischen Staatspolizei, ein GPU-Agent, genauso wie ein Gestapo-Agent in der Zeit, als die Nazis an der Macht waren.

Der Vorsitzende: Würden Sie sagen, dass jeder amerikanische Kommunist letztendlich ein Angehöriger der russischen Geheimpolizei ist?

Fischer: Das würde ich nicht sagen, Herr Vorsitzender, weil ich sicher bin, dass die amerikanische kommunistische Partei aus verschiedenen Gruppen besteht. Nur diejenigen, die als zuverlässig gelten –

Der Vorsitzende: Als was?

Fischer: – als zuverlässig gelten und einen Test bei der Geheimpolizei durchlaufen haben, werden genommen. Es gibt viele andere, die als unbeleckt und unbrauchbar für diese Arbeit gelten und andere Aufgaben erteilt bekommen – Propaganda, Gewerkschaftsarbeit oder jede Art von organisatorischer Arbeit, die keine Informationen über die Tätigkeit der geheimpolizeilichen Abteilungen bekommen und darüber ganz im Unwissen gelassen werden.

Stripling: In diesem Zusammenhang, Herr Vorsitzender, möchte ich Ihnen jetzt einige der Fragen und Antworten aus der eidesstattlichen Erklärung von Herrn Eisler zur Kenntnis geben. Wie ich bereits gesagt habe, kam Herr Eisler am 13. Juni 1941 hierher. Er ist immer noch hier. Anders gesagt, die Vereinigten Staaten waren während der gesamten Dauer des Krieges ein Rettungshafen für ihn. Ich suche jetzt noch immer nach irgendeiner eidesstattlichen Erklärung von Herrn Eisler gegenüber der Regierung, die der Wahrheit entsprochen hat. Zum Beispiel ist er am 14. Juni von der Sonderkommission der Einwanderungsbehörde gefragt worden (liest ab):

Sind oder waren Sie jemals Mitglied irgendeiner kommunistischen Organisation?

Die Antwort war: Nein.

Die nächste Frage:

Haben Sie jemals mit der Sache des Kommunismus sympathisiert?

Die Antwort war: Nein.

Dann wieder am 6. Januar 1942, sein Antrag auf Ausreise, wieder unter Eid, Frage Nummer 23:

Nennen Sie die Namen aller Organisationen, Gruppen, Gesellschaften, Klubs oder Vereinigungen, deren Mitglied Sie sind oder waren oder zu denen Sie Verbindung hatten oder haben!

Und seine Antwort war: Keine.

Ein gutes Beispiel für die Wahrhaftigkeit von Frau Fischers Erklärung.

Russell: Frau Fischer, das ist eine Erklärung, die wiederum Fragen hervorruft.

Am 5. September 1945 hat ihr Bruder, Gerhart Eisler, beim US-Außenminister die Genehmigung beantragt, die Vereinigten Staaten verlassen zu können. Damals hat er um Erlaubnis nachgefragt, direkt nach Berlin gehen zu können.

Im August 1946 hat er wiederum beim Außenministerium eine Genehmigung beantragt. Diesmal wollte er über die Sowjetunion nach Europa ausreisen.

Was war Ihrer Meinung nach der Grund für den Plan, die Reiseroute zu ändern?

Fischer: Er hätte das Land unmittelbar nach Hitlers Niederlage verlassen können. Er hätte viel früher nach Russland gehen und mit den anderen in der Schlacht von Stalingrad kämpfen können, die in der kommunistischen Presse so sehr

herausgestellt wird. In der Tat bekamen all seine Genossen in der KPD den Auftrag, sich der Roten Armee anzuschließen und verschiedene Art von Propagandaarbeit unter den Nazisoldaten zu leisten. Es ist ganz klar, dass er einen speziellen Auftrag hier im Lande hatte, dass er nicht nach Russland zurückgehen sollte, um mit der Roten Armee gegen die Nazis zu kämpfen, sondern deshalb hier blieb. Als er zum ersten Mal nach Berlin zurückwollte, war das offensichtlich nach der Zeit, in der es ihm möglich gewesen wäre, nach Deutschland zurückzukehren. Er muss dann also einen Befehl von seinem Chef bekommen haben, andere Aufgaben hier in den USA zu erledigen. Als ein Jahr vorbei und es klar war, dass er keine Rückreisegenehmigung nach Deutschland bekommen würde, muss er den Befehl bekommen haben, ein Visum über Russland zu beantragen. Seine Oberen mögen gedacht haben, dass das Außenministerium ihm ein Visum über Russland nicht verweigern würde, um die Gefühle eines Verbündeten nicht zu verletzen. Als deutscher Bürger aus der Russischen Besatzungszone, der nach Berlin und seiner Heimatstadt Leipzig zurückwollte, musste er den Weg über Russland und nicht direkt nach Deutschland nehmen.

Russell: Dem Ausschuss liegen Informationen darüber vor, dass alle Mitglieder oder früheren Mitglieder kommunistischer Parteien, die nach Deutschland in die sowjetische Zone zurückkehren möchten, den Rückweg über Wladiwostok nehmen müssen. Wissen Sie, ob das stimmt?

Fischer: Das hängt davon ab, wo sie sind. Ich weiß, dass viele Kommunisten in Stockholm von Stockholm aus nach Berlin zurückgekommen sind, und ich weiß nicht genau, in welchem russischen Hafen oder in welcher Stadt sie befragt worden sind. Aber kein Kommunist, der außerhalb Russlands lebt, kann nach Deutschland zurückkehren, bevor er nicht einer Befragung durch die für ihn zuständige GPU-Einheit unterzogen worden ist. Er muss zuerst einen genauen Bericht über seine Tätigkeit im Ausland geben, und es muss geklärt werden, dass er keine Aufträge, die er bekommen hat, unerledigt gelassen hat.

Ich kann dafür ein schlagendes Beispiel anführen: Paul Merker, der von 1924 bis 28 mit mir zusammen im Reichstag war, war zwischen 1941 und 45 in Mexiko City. Dort leitete er eine wichtige Gruppe deutscher Kommunisten, etwa acht bedeutende Parteimitglieder, die während des Krieges in Mexiko City lebten und die natürlich mit Eisler-Berger in New York City ebenso in Verbindung standen wie viele andere kommunistische Gruppen in Lateinamerika und auch in Kanada.

Merker, der heute in Berlin ist, übernahm den Job von Walter Ulbricht, der mit der [Roten] Armee bei Moskau war. Er musste per Schiff von Mexiko nach Wladiwostok reisen und wurde mehrere Monate lang in Moskau an der Weiterreise gehindert, so dass viele seiner Freunde fragten, ob er nicht ein Opfer der

Säuberungen geworden war, weil er nicht immer mit Eisler-Berger hier übereinstimmte, der immerzu aufrief, alle Deutschen abzuschlachten. Aber Merker kam in Berlin mit einigen Monaten Verspätung an. In dieser Zeit ist er zweifellos im GPU-Hauptquartier befragt und ausgequetscht worden, bevor er dann die Genehmigung zur Weiterreise nach Berlin bekommen hat.

Wenn Gerhart Eisler auf einem russischen Schiff gereist wäre, hätte ihn eine viel strengere Befragung erwartet, als die Befragung hier. Er hätte einen genauen Bericht über seine gesamte Tätigkeit hier im Lande geben müssen.

Russell: Eine letzte Frage. Wissen Sie, ob Ihr Bruder, außer in China und den Vereinigten Staaten, noch in anderen Ländern als Agent der Kommunistischen Internationale tätig war?

Fischer: Ich weiß nicht, wo er überall einen offiziellen Auftrag hatte. Ich weiß es genau für China und die Vereinigten Staaten, aber er hatte auch Aufträge in Spanien, Frankreich, der Tschechoslowakei und Österreich.

Russell: Das ist von meiner Seite alles.

Der Vorsitzende: Herr Mundt?

Mundt: Frau Fischer, heute früh sagten Sie, dass Sie zusammen mit Ihrem Bruder in Berlin in die kommunistische Partei eingetreten sind. In welchem Jahr sind Sie aus der kommunistischen Partei ausgetreten, oder sind Sie noch Mitglied?

Fischer: Ich bin 1926 aus der Partei ausgetreten.

Mundt: Was war der Grund für den Bruch mit der Partei?

Fischer: Der Grund für meinen Bruch mit der Partei war, dass Stalin die Komintern in eine Abteilung der russischen Geheimpolizei verwandelt hat.

Mundt: Vor etwa zehn Jahren hat die New York Times in einem Leitartikel geschrieben, dass die kommunistische Partei keine politische Partei, sondern ein Geheimbund sei, die die Möglichkeiten, die die Demokratie bietet, dazu benutzt, um die Demokratie auszuhebeln, wo immer sie es kann und immer dann zur Waffe greift, wo die Stimmzettel versagen. Ich werde Ihnen den Artikel zukommen lassen. Die Quelle entstammt einer hierzulande sehr angesehenen Zeitung. Meinen Sie mit Ihrer Erfahrung in kommunistischen Parteiangelegenheiten und als Beobachterin, dass das eine richtige Charakterisierung des Kommunismus ist, wie er heute auftritt?

Fischer: Ich denke, das ist eine mehr oder weniger zutreffende Beschreibung, aber in dieser zugespitzten Form ist es eine Vereinfachung. Ich möchte hier keine allzu breiten Ausführungen machen, aber im Kern dienen alle zu Moskau gehörenden Abteilungen einem einzigen Zweck: der Umsetzung der Politik gemäß den Befehlen des russischen Staates. Die russische Staatspartei mag zu bestimmten Zeiten die kommunistischen Aktivitäten zügeln und sie zu anderen Zeiten befördern. Das macht die Sache für den Außenstehenden so schwer durch-

schaubar, aber es gibt dabei immer den einen springenden Punkt, den des russischen Staatsinteresses, und alle kommunistischen Organisationen stehen unter Kontrolle des kommunistischen Staates.

Wenn das Politbüro aus dem einen oder anderen Grund die Aktivitäten ganz oder teilweise stoppen will, dann werden diese gezügelt oder gestoppt und später wieder aufgenommen. Aber die gesamte Organisation ist ein Geheimbund, der mit dem System der Geheimpolizei verbunden ist, die in jedem Fall die Befehle erteilt.

Mundt: Noch eine Frage: Herr Stripling hat dem Antrag auf Ausreise entnommen, Ihr Bruder habe zu Protokoll gegeben, dass er zwei Wochen in einem Nazi-Konzentrationslager verbracht habe. Wissen Sie, ob das stimmt oder nicht?

Fischer: Er war in keinem Nazi-Konzentrationslager, aber in einem Lager in Frankreich, wohin damals alle deutschen Staatsbürger durch das Vichy-Regime verbracht worden sind.

Mundt: Mit anderen Worten, er wurde von der französischen Regierung ins Gefängnis gesteckt eher wegen des Verdachts, er könne ein Nazi sein als wegen der Tatsache, dass er Antifaschist war?

Fischer: Er wurde ins Lager als Verdächtiger deutscher Herkunft verbracht.

Mundt: Nicht wegen seiner antifaschistischen Tätigkeit?

Fischer: Nein. Wegen seiner kommunistischen Aktivitäten in Frankreich, und ich bin sicher, die französische Polizei wusste genau, dass er ein hochrangiger Komintern-Beauftragter war und wollte ihn kaltstellen.

Mundt: Sie befürchtete, er könne sich an der damaligen aggressiven Kampagne der Deutschen beteiligen?

Fischer: Genau.

Der Vorsitzende: Herr Bonner?

Bonner: Wie wussten Sie über all diese Dinge Bescheid, wenn Sie aus der kommunistischen Partei 1926 ausgetreten waren?

Fischer: Ich habe mich weiter mit kommunistischen Angelegenheiten beschäftigt und eine Menge darüber geschrieben. Ich habe persönliche Verbindungen zu Freunden und bin imstande gewesen, mit der Erfahrung des Beteiligten diese Dinge viel genauer zu verfolgen als jemand, der keine persönliche Erfahrung hat.

Bonner: In welchem Jahr kamen Sie in die Vereinigten Staaten?

Fischer: 1941.

Bonner: Zu welchem Zweck sind Sie gekommen?

Fischer: Ich kam hierher, um hier zu leben.

Bonner: Von woher genau sind Sie gekommen?

Fischer: Aus Frankreich, über Lissabon.

Bonner: Sind Sie als französische oder als deutsche Staatsbürgerin gekommen?
Fischer: Ich kam als französische Staatsbürgerin.
Bonner: Was war ihre Beschäftigung?
Fischer: Ich war Sozialarbeiterin und Schriftstellerin.
Bonner: Was?
Fischer: Sozialarbeiterin und Schriftstellerin. Ich war als Sozialarbeiterin in der Kinderfürsorge tätig.
Bonner: Ja.
Fischer: Und Schriftstellerin.
Bonner: Wo waren Sie angestellt?
Fischer: Bei einer Pariser Stadtverwaltung.
Bonner: Ich meine, seit Sie in den Vereinigten Staaten sind?
Fischer: Hier in den USA bin ich nur schriftstellerisch tätig.
Bonner: Für wen schreiben Sie?
Fischer: Ich schreibe für die Harvard University Press. Ich habe noch einen anderen Vertrag und gebe einen Rundbrief heraus.
Mundt: Haben Sie einen Artikel in Reader's Digest veröffentlicht?
Fischer: Nein, im American Mercury.
Mundt: Und Reader's Digest hat ihn nachgedruckt?
Fischer: Ja.
Der Vorsitzende: Herr Nixon?
Nixon: Haben Sie die Staatsbürgerschaft beantragt?
Fischer: Ja.
Bonner: Wann haben Sie diese beantragt?
Fischer: Nach meiner Ankunft.
Bonner: Das ist alles.
Der Vorsitzende: Herr Nixon?
Nixon: Sie haben angedeutet, Frau Fischer, dass Sie mit der Partei und mit Ihrem Bruder 1926 gebrochen haben, und nach Ihrer Aussage scheint es so zu sein, dass der Grund für diesen Bruch darin lag, dass Sie die Methoden nicht billigten, die sie zur Erreichung ihrer Ziele anwandten. Darf ich annehmen, dass Sie noch immer Sympathie mit der marxistischen Philosophie und mit den Zielen haben, die der Kommunismus zu vertreten vorgibt und nur die Methoden ablehnen, die Stalin und seine Leute zur Erreichung dieser Ziele einsetzen?
Fischer: Was wir zu diesem Zeitpunkt sehen, ist ein Stalinsches Weltreich, das sich anschickt, in vielen Ländern Fuß zu fassen. Wir müssen dessen terroristische Methoden bekämpfen und alles in unserer Macht Stehende tun, um diese Bewegung zu stoppen.

Nixon: Gut. Nun zu einer anderen Sache. In Ihrer Erklärung haben Sie festgehalten oder zumindest sind Sie zu dem Schluss gekommen, ihr Bruder sei ein Terrorist, und Sie haben auch gefolgert, ihr Bruder könne für den Tod einiger Leute verantwortlich sein, die auf der anderen Seite standen. Wissen Sie etwas Genaues darüber oder kennen Sie das vom Hörensagen, oder was ist der Grund dafür, dass Sie sagen, ihr Bruder sei ein Terrorist und war an der Vernichtung von Menschen beteiligt, die politisch nicht mit ihm übereinstimmten?

McDowell: Ermordet.

Fischer: Gut. Ich möchte darauf zurückkommen, als er zum ersten Mal wegen seiner Beteiligung an den chinesischen Angelegenheiten befördert wurde. Bis dahin war er ein gewöhnlicher Kommunist in dem Sinn, dass er politische Aufgaben erfüllte und in der Weise, wie er es verstand, für die bestmögliche Politik in Deutschland kämpfte. 1929 wurde er dann dem Apparat in Moskau zugeordnet. Er wurde darauf trainiert, terroristischen Befehlen zu gehorchen. Er wurde ein anderer Mensch. Er wurde verwandelt. Durch seine Beteiligung an den GPU-Aktivitäten in China wurde er entsprechend zugerichtet. Als er aus China zurückkam, war er ein gänzlich anderer als derjenige, der 1929 aus Moskau dorthin geschickt worden war.

Der zweite Punkt, auf den ich hinweisen möchte – warum ich davon überzeugt bin, dass er ein Terrorist ist – betrifft sein Verhalten. Es ist allgemein nicht sehr bekannt, wird aber recht bald bekannt werden, dass viele Antinazi-Flüchtlinge in den mittdreißiger Jahren in Moskau umgebracht worden sind, in Zusammenhang mit den Säuberungen, die sich gegen jene Gruppen in Russland richteten, die der terroristischen Diktatur der kommunistischen Partei Widerstand entgegensetzten.

Eine Gruppe nach der anderen wurde in die Säuberungen hineingezogen, Hunderte außergewöhnlicher Russen sind umgebracht worden und Tausende, Zehntausende sind in Arbeitslager geschickt worden, viele nach Sibirien.

Unter den Russen, die umgebracht worden sind, war ein besonderer Freund und Förderer Gerhart Eislers, nämlich der große russische Theoretiker und Ökonom Nikolaj Bucharin. Er hat Eisler 1929 geschützt, als dieser aus der Partei ausgeschlossen werden sollte. Meiner Meinung nach war es hauptsächlich Bucharin zu danken, dass Eisler bei Stalin wieder in Gnaden kam.

Zur selben Zeit war ein deutscher, hochangesehener Kommunist, Hugo Eberlein, in Eislers Machenschaften verwickelt. Eberlein wurde nach Moskau beordert und ermordet. Er wurde nicht nach einer öffentlichen, sondern nach einer geheimen Anhörung umgebracht, wobei die GPU alle Beweisstücke zusammentrug. Eisler ging 1937 nach Moskau und sagte gegen die meisten seiner Freunde aus – gegen Eberlein und Bucharin. Nicht nur er allein: Viele andere

wurden für gleiche Zwecke ausgewählt. Und Bucharin wurde 1938 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Aber ich mache Eisler nicht nur für den Tod dieser beiden außergewöhnlichen Männer verantwortlich, sondern für den vieler unbekannter Menschen, die von der Säuberung erfasst worden sind.

Und ich habe Material zusammengetragen, das ich veröffentlichen werde, dass 1940, während des Paktes mit Hitler, Frauen aus Deutschland, Kommunistinnen, aus einem russischen Arbeitslager ins Gefängnis nach Lublin verschleppt worden und ausgeliefert worden sind und für fünf Jahre in das berühmte Lager Ravensbrück kamen, eine Hölle für Frauen, worüber in Deutschland Untersuchungen durchgeführt und Anklagen erhoben werden. Die GPU hat diese Mädchen direkt der Gestapo ausgeliefert.

In all diesen terroristischen Aktionen hatte Eisler seine Hand im Spiel.

Der Vorsitzende: Ich möchte bemerken, dass wir die Sache abkürzen müssen, weil im Haus eine wichtige Abstimmung stattfindet.

Mundt: Zur weiteren Klärung der terroristischen Aktivitäten dieses Mannes Gerhart Eislers dürfte es von Interesse sein, Hans Berger aus dem Daily Worker vom 8. März 1945 zu zitieren. In einem Angriff gegen Dr. [George] Shuster schreibt er (liest ab):

Ich sage es so: Wenn sich ein deutscher Nazi als Kommunist ausgibt, sollte er entlarvt und aufgehängt werden. Aber wenn Reaktionäre aller Schattierungen sich als Katholiken ausgeben, um ihre Haut zu retten und dafür plädieren, das „katholische Deutschland" vor dem Bolschewismus zu retten, dann sollten auch sie entlarvt und aufgehängt werden. Was dem einem recht ist, ist dem anderen billig. Und all das hängt mit Dr. George Shuster zusammen, einem bekannten Katholiken, der solche Gedanken äußert.

Er würde Dr. Shuster aufhängen, wenn er könnte.

McDowell: Ich habe eine Frage, Herr Vorsitzender.

Der Vorsitzende: Herr McDowell.

McDowell: War Ihr Bruder im Ersten Weltkrieg in Deutschland oder Österreich Soldat?

Fischer: Österreich.

Der Vorsitzende: Herr Nixon?

Nixon: Keine Frage.

Der Vorsitzende: Herr Vail?

Vail: Sie erwähnten einen anderen Bruder. Ist er hier im Lande?

Fischer: Ja.

Vail: In Frankreich standen beide Brüder miteinander in Verbindung, als Sie Gerhart zum ersten Mal trafen. Haben beide hier im Lande noch Verbindung miteinander?

Fischer: Ja.

Vail: Wo lebt ihr Bruder gegenwärtig, der andere Bruder?

Fischer: Mein Bruder ist in Hollywood.

Vail: Sind ihre Beziehungen zu diesem Bruder gut?

Fischer: So feindlich wie zu Gerhart, seit den letzten fünf Jahren. Weil er zu Gerhart Verbindung hält, habe ich meine Verbindung zu ihm abgebrochen.

Vail: Sie haben die Beziehung aus dem gleichen Grund abgebrochen wie die zu Gerhart?

Fischer: Ja.

Mundt: Ist ihr Bruder in Hollywood Kommunist?

Fischer: Er ist ein Filmkomponist und Kommunist im philosophischen Sinn.

McDowell: Sagten Sie Filme?

Fischer: Er komponiert Filmmusiken, die Musik zu Filmen.

Nixon: Sie sagten, er hatte enge Beziehungen zu Gerhart.

Fischer: Ja, das hatte er.

Bonner: Aus ihrer Kenntnis all dieser Aktivitäten, über die sie gesprochen haben, können Sie uns sagen, wie viele kommunistische Emissäre, die von der Internationale in Moskau gesteuert werden, Ihrer Meinung nach hier im Lande sind?

Fischer: Einige Tausend.

Bonner: Wie viele?

Fischer: Einige Tausend.

Bonner: Siebentausend?

Fischer: Einige Tausend.

Der Vorsitzende: Noch irgendwelche Fragen? Danke sehr.

Stripling: Das ist zu diesem Teil der Befragung alles, Herr Vorsitzender.

Der Vorsitzende: Ich denke, es ist wichtig, daran zu denken, dass dieser Fall eines gefälschten Passes vielen anderen Fällen ähnelt, die wir untersuchen und die wir schon früher behandelt haben.
Danke sehr, Frau Fischer.

Mundt: Darf ich fragen, Frau Fischer, ob Sie uns den Namen des Studios nennen können, bei dem Ihr Bruder arbeitet?

Fischer: Ich weiß das nicht, weil ich keine Verbindung zu ihm habe. Ich kann das morgen zu den Unterlagen geben.

[…]

Quelle: Committee on Un-American Activities, House of Representatives, 80th Congress, 1st Session, February 6-September 26, Washington, D.C. 1947: February 6, Washington, D.C. 1947, S. 1–4, 29–35, 46–55, wonach hier übersetzt wurde. Gekürzter Wiederabdruck in: Eric Bentley (Hg.), Thirty Years of Treason. Excerpts from Hearings Before the House Committee on Un-American Activities, 1938–1968, New York 1971, S. 57–73.

Übersetzung: Mario Keßler.

Zeittafel zu Ruth Fischers Leben

1895	11. Dezember: Geboren als Elfriede Maria Fischer in Leipzig als ältestes Kind von Rudolf Eisler (1873 Paris–1926 Wien) und Ida Maria Fischer (1875 Schwetzingen b. Heidelberg–1927 Wien). Kurz nach ihrer Geburt heiraten die Eltern.
1897	20. Februar: Geburt des Bruders Gerhard (später: Gerhart, verstorben 1968).
1898	6. Juli: Geburt des Bruders Johannes (später: Hanns, verstorben 1962).
1901	Übersiedlung der Familie nach Wien.
1901–1914	Schulbesuch in Wien (Volksschule und Rasumowsky-Gymnasium).
1913	Mitglied der Freideutschen Jugend und, gemeinsam mit ihren Brüdern, im Verein Hydra bzw. im Sprechklub sozialistischer Mittelschüler.
1914–1918	Studium in Wien, vor allem Pädagogik, Wirtschaftswissenschaften, Philosophie (u. a. bei Max Adler) und Psychologie. 1918 Beendigung der Universität ohne Abschluss.
1914	Eintritt in die SDAPÖ.
1915	10. Juli: Heirat mit Paul Friedländer.
1917	Beitritt zur Freien Vereinigung Sozialistischer Studenten.
	25. Dezember: Geburt des Sohnes (Friedrich) Gerhard Friedländer, später Gerard Friedlander.
1918	26. April: Gescheiterte Herausgabe der Zeitschrift *Weckruf*. Polizeiliches Verbot und Einzug der Nullnummer.

Juni: Mitorganisatorin einer illegalen Konferenz verschiedener Linksgruppen.

August: Zusammenschluss der von Elfriede und Paul Friedländer geführten Gruppe mit der Gruppe um Karl Steinhardt; damit entsteht die Keimzelle der KPÖ.

3. November: Mitbegründerin (Mitglied Nr. 1) der KPÖ.

7. November: Neuherausgabe des *Weckruf* unter Beteiligung Elfriede Friedländers.

12. November: Beteiligung an der Besetzung des Redaktionsgebäudes der *Neuen Freien Presse* und an bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Polizei; Verhaftung und Anklage wegen Hochverrats; nach drei Wochen auf freien Fuß gesetzt.

Dezember: Beteiligung an der Gründung kommunistischer Ortsgruppen in Linz und Graz.

1919 15. Januar: Der *Weckruf* wird in *Die soziale Revolution* umbenannt. Elfriede Friedländer wird Redakteurin der vierzehntägigen Beilage *Die revolutionäre Proletarierin*.

9. Februar: Teilnahme (mit Referat) am 1. Parteitag der KPÖ. Danach umfangreiche Vortrags- und Publikationstätigkeit.

30. Juni: Teilnahme (mit Referat) an der 2. Reichskonferenz der österreichischen Arbeiterräte in Wien.

4. August: Teilnahme am Wiener Kreisarbeiterrat, zusammen mit führenden Sozialdemokraten, unter ihnen Friedrich Adler und Karl Seitz.

6./7. Juli: Teilnahme am 2. Parteitag der KPÖ in Wien.

Ende August: Übersiedlung nach Deutschland. Elfriede Friedländer gelangt über Stuttgart nach Berlin und nimmt dort das Pseudonym Ruth Fischer an.

September: Bekanntschaft mit ihrem Lebenspartner Arkadij Maslow (geb. 1891 Jelisawetgrad, Russisches Reich).

Seit September: Kontakt zu dem in Moabit einsitzenden Karl Radek.

20.–24. Oktober: Teilnahme am 2. KPD-Parteitag in Heidelberg.

7./8. Dezember: Teilnahme (mit Referat) am 3. Parteitag der KPÖ in Wien.

1920 *Sexualethik des Kommunismus. Eine prinzipielle Studie.*

Januar: KPD-Mitglied. Anstellung im Frauensekretariat, dann im Westeuropäischen Büro der KPD (bis März 1921).

13. März: R. F. wird vom Kapp-Putsch in Leipzig überrascht.

Juli: Beginn einer Reihe von Frauenkursen. Weitere umfangreiche Vortragstätigkeit im Berlin-Brandenburger Raum für die KPD.

4.–7. Dezember: Teilnahme am Vereinigungsparteitag von KPD und USPD zur VKPD in Berlin.

1921 Januar: Wahl in den Berliner Bezirksausschuss der KPD. Vorsitz des Aktionsausschusses.

Ab März/April: Kurzzeitig Studentin an der Berliner Universität.

Juli: Kurze Untersuchungshaft wegen antimilitaristischer Tätigkeit, die als Hetze beurteilt wird. Erneute kurzzeitige Verhaftung im Dezember.

15. August: Ausweisung aus Preußen. 25. März 1922 Aufhebung des Ausweisungsbefehls.

22.–26. August: Teilnahme (mit Wortmeldung) am 2. (7.) KPD-Parteitag in Jena.

27. November: Politischer Sekretär des KPD-Bezirkes Berlin-Brandenburg, dadurch auch Mitglied des Zentralausschusses.

1922 16. Februar. Scheidung von Paul Friedländer.

Juli: R. F. und Maslow wenden sich gegen gemeinsame Aktionen der Arbeiterparteien und bürgerlicher Demokraten zur Abwehr der rechten Gefahr nach dem Mord an Reichsaußenminister Rathenau.

27. Oktober: Scheinheirat mit Gustav Golke zwecks Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft. 1928 erfolgt die Scheidung.

5. November–5. Dezember: Teilnahme (mit Wortmeldung) am 4. Weltkongress der Komintern.

1923 28. Januar–1. Februar: Teilnahme (mit Referat) am 3. (8.) KPD-Parteitag in Leipzig. R. F. kritisiert ein Zusammengehen mit der SPD. Sie wird nicht in die Zentrale gewählt, doch auf Sinowjews und Radeks Drängen hin kooptiert.

25. März: R. F. fordert auf einem Parteitag der KPD-Organisation von Rheinland-Westfalen die sofortige Übernahme der Betriebe durch die Arbeiter.

29. August: Polizeiliche Durchsuchung der Berliner Bezirksleitung. Ein Haftbefehl an R. F. kann nicht vollstreckt werden, da sie in Moskau ist. Nach ihrer Rückkehr wird er fallengelassen.

2. Oktober: Auf einem Treffen mit den sowjetischen EKKI-Mitgliedern lehnt R. F. ein Zusammengehen mit der SPD erneut ab.

23. Oktober: Verbot der KPD nach dem missglückten Hamburger Aufstand. Ruth Fischer arbeitet unter dem Decknamen „Bucher“. Das Verbot der Partei wird am 1. März 1924 aufgehoben.

	29. Oktober: Wahl in die provisorische engere Parteileitung.
1924	8. Februar: Wahl von R. F. ins Politische Büro (Polbüro) der KPD.
	7.–10. April: Teilnahme (mit Referat) am 9. KPD-Parteitag in Frankfurt. R. F., Arkadij Maslow und Werner Scholem bilden das Politsekretariat, das höchste Führungsgremium der Partei. Maslow wird Vorsitzender des Politsekretariats.
	4. Mai: Wahl R. F.s in den Reichstag.
	20. Mai: Verhaftung Maslows wegen angeblichem Handtaschendiebstahl.
	23. Mai: Das ZK beschließt, R. F. mit dem Vorsitz des Politischen Sekretariats, der wichtigsten Leitungsfunktion der KPD, zu betrauen. Sie nimmt zu dieser Zeit als Gast am Parteitag der britischen KP teil.
	17. Juni–8. Juli: Teilnahme (mit Referat) am 5. Weltkongress der Komintern. R. F. propagiert die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien. R.F. wird Kandidatin des EKKI, die anschließende Erweiterte EKKI-Tagung beruft sie zur Kandidatin des Präsidiums.
	20. Oktober: R. F. setzt sich mit ihrem Kurs, der KPD-Mitglieder zur Arbeit in den Gewerkschaften verpflichtet, gegen Austrittstendenzen durch. Die KPD-Zentrale verabschiedet eine entsprechende Resolution.
	7. Dezember: Wiederwahl in den Reichstag.
1925	2. Januar: Verhaftung in Wien wegen Besitzes eines gefälschten Passes. Ausweisung aus Österreich auf Dauer.
	21. März–6. April: Teilnahme an der Erweiterten EKKI-Tagung (mit Referat). Die Tagung sucht der Stabilisierung in Deutschland Rechnung zu tragen.

29. März/26. April: Die KPD verweigert bei den Reichspräsidentenwahlen einem gemeinsamen Kandidaten mit der SPD ihre Unterstützung und verhilft indirekt Hindenburg zur Wahl. Dies stößt beim EKKI auf Kritik.

9.–10. Mai: R. F. wendet sich im Zentralausschuss der KPD gegen ihre bisherigen ultralinken Bundesgenossen.

Ende Mai: Im Rotfrontkämpferbund, der bewaffneten Schutztruppe der KPD, verschaffen sich R. F.s innerparteiliche Gegner eine Machtposition.

6.–7. Juni: Erneute Kritik R. F.s an den Ultralinken auf dem Berliner Bezirksparteitag.

12.–17. Juli: 9. KPD-Parteitag in Berlin. R. F. verschärft ihre Angriffe gegen die Ultralinken, die jedoch drei Vertreter in das ZK entsenden. Auf dem Parteitag kommt es zu Tumulten wegen der Unterordnung der Partei unter Moskau. Die anschließende Reichskonferenz verabschiedet ein neues Statut, das den Richtlinien einer bolschewisierten Partei entspricht.

6.–7. August: Ernst Thälmann und Philipp Dengel stellen das von R. F. gezeichnete positive Bild der Partei auf einer ZK-Sitzung in Frage.

12.–20. August: Bucharin wirft namens des EKKI in Moskau der KPD-Führung um R. F. undemokratisches Gebaren vor und kritisiert die Politik der Partei.

1. September: Ein Offener Brief des EKKI an die Mitglieder der KPD kritisiert R. F. scharf und fordert einen Politikwechsel. R. F. und Arkadij Maslow müssen aus dem Politsekretariat ausscheiden, bleiben aber noch Mitglieder des Polbüros. Ernst Thälmann übernimmt die Parteiführung.

1.–10. September: Prozess gegen Maslow wegen Hochverrats in Leipzig. Maslow wird zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, die er in Berlin-Tegel antritt. R. F. verbleibt gegen ihren Willen in Moskau.

2. September: Thälmann fordert die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg auf, mit den antibolschewistischen Bestrebungen Schluss zu machen.

31. Oktober–1. November: 1. Reichsparteikonferenz der KPD in Berlin. Im Hauptreferat erklärt Thälmann, die Ultralinken, auch Fischer und Maslow, seien zur Hauptgefahr in der Partei geworden. Fortan werden die als Ultralinke bezeichneten Gegner Thälmanns aus der KPD entfernt.

11. November: R. F. und Arkadij Maslow werden aus dem KPD-Polbüro abberufen.

17.–18. Dezember: Hermann Remmele übernimmt als Nachfolger von R. F. die Leitung des KPD-Bezirkes Berlin-Brandenburg.

1926

Februar: Unterredung R. F.s mit Stalin im Kreml. Dieser verspricht ihr seine Unterstützung, wenn sie sich politisch von Sinowjew trenne. Er würde Thälmann veranlassen, die Kampagne gegen sie einzustellen.

17. Februar–15. März: R. F. spricht zum letzten Mal auf einer EKKI-Tagung. Sie wird scharf angegriffen, auch Sinowjew muss sich von ihr distanzieren. Eine Resolution des EKKI bezeichnet die Gruppe um Fischer und Maslow als das gefährlichste Element unter den parteifeindlichen Strömungen, deren Selbstliquidierung jedoch begonnen habe. R. F. wird aus dem EKKI abberufen.

12. Juni: Rückkehr R. F.s nach Berlin.

22. Juni: Das Polbüro der KPD wertet die eigenmächtige Rückreise als Disziplinbruch und enthebt R. F. „vorübergehend“ aller politischen Funktionen. Das ZK sanktioniert am 8. August diesen Beschluss.

10. Juli: Entlassung Maslows aus der Haft durch eine Amnestie.

	19. August: R. F. und Maslow werden aus der KPD als „Spalter“ der Partei ausgeschlossen. Revisionsanträge werden am 24. August, am 16. November 1926, im August 1927, am 9. Mai sowie am 23. Juni 1928 negativ beschieden. Im Reichstag konstituiert sie mit anderen Ausgeschlossenen aus der KPD die Gruppe Linke Kommunisten.
	November/Dezember: R. F. berät sich in Paris mit Ausgeschlossenen der französischen KP, um einen internationalen Widerstand gegen den Kurs der Komintern zu organisieren.
	Dezember: R. F. ersucht in Moskau vor dem EKKI erfolglos um ihre Wiederaufnahme in die KPD.
1927	2.–7. März: Der 10. KPD-Parteitag bestätigt in Essen die Ausschlüsse.
	5. Oktober: R. F. spricht auf einer Versammlung der innerparteilichen Weddinger Opposition und ruft zur Zusammenarbeit auf.
1928	Januar: Gerhard Friedländer zieht nach dem Tod der Großmutter aus Wien zu seiner Mutter R. F. und dem Stiefvater Maslow.
	8.–9. April: Gründungskonferenz des Leninbundes in Berlin, dem R. F. und Maslow beitreten.
	9. Mai: Der Wiederaufnahmeantrag von R. F. und Maslow in die KPD, der abgelehnt wird, hat ihr Ausscheiden aus dem Leninbund zur Folge.
	20. Mai: Nach den Reichstagswahlen verliert R. F. ihr Parlamentsmandat und damit ihre Einkommensquelle. Sie meldet sich arbeitslos, erwirbt an der Deutschen Hochschule für Politik einen Abschluss als Sozialfürsorgerin und wird im Bezirksamt Prenzlauer Berg angestellt. Ihre Hauptaufgabe ist die Kinderfürsorge. Maslow arbeitet als freiberuflicher Übersetzer.
1931	Ende des Kontaktes mit sowjetischen oppositionellen Kommunisten.

1933 Januar: *Deutsche Kinderfibel*, mit Franz Heimann.

28. Februar: R. F. und Maslow tauchen in Berlin unter. Die SS fahndet nach ihnen.

Februar: Verhaftung und Misshandlung ihres Sohnes Gerhart durch SS-Offizier Eberhard Taubert. Mit Hilfe der österreichischen Botschaft wird er befreit und gelangt nach Wien zu den Eltern seines leiblichen Vaters Paul Friedländer. Von dort flieht er im Februar 1934 nach Frankreich und weiter nach England, wo er in einer Pflegefamilie aufwächst. Er wird den Beruf des Mathematikers ergreifen.

9. März: R. F. und Maslow verlassen Berlin per Motorrad. Mit in Dresden besorgten gefälschten Pässen fliehen sie in die Tschechoslowakei und erreichen am 12. März Prag. Von dort reisen sie illegal durch Österreich und legal über Basel nach Paris, wo sie am 26. April eintreffen und später als politische Flüchtlinge anerkannt werden.

Mai: Maslow begründet die Ein-Mann-Agentur Inpress, später Conseil analytique.

25. August: R. F. erscheint als einzige Frau auf der ersten Liste von Hitlergegnern, denen die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt wird.

1934 Januar: Der bei Paris lebende Leo Trotzki nimmt Kontakt zu R. F. und Maslow auf. Im gleichen Jahr wird R. F. beratendes Mitglied des Sekretariats der Linken Opposition, der trotzkistischen Bewegung.

Oktober: Anstellung R. F.s als Sozialarbeiterin im Magistrat von St. Denis bei Paris (bis September 1939).

1935 20. Februar 1935: Durch Scheinehe mit Edmond Pleuchot erwirbt R. F. die französische Staatsbürgerschaft. Die Ehe wird 1940 geschieden.

Maslow publiziert in verschiedenen französischen Presseorganen und in der deutschen Exilpresse.

März: Gegen den Widerstand deutscher Trotzkisten wird R. F. auf Drängen Trotzkis Sekretariatsmitglied. Im Juli wird sie Mitglied und Sprecherin der Deutschen Kommission. Ende 1936 ziehen sich R. F. und Maslow aus der Arbeit in der trotzkistischen Bewegung zurück.

1936 19.–24. August: R. F. und Maslow werden im ersten Moskauer Schauprozess terroristischer Aktivitäten gegen die Sowjetunion beschuldigt.

Herbst: Gründung der Gruppe Internationale, Marxisten-Leninisten, die ein Mitteilungsblatt herausgibt.

1937 April: Formeller Bruch mit den Trotzkisten.

1939 Januar-Februar: R. F. und Maslow geben die *Cahiers d'Europe. Revue mensuelle critique et littéraire* heraus, die nach zwei Nummern ihr Erscheinen einstellen müssen.

1940 11. Juni: R. F. und Maslow flüchten aus Paris. Am 1. August erreichen sie Marseille.

26. September: Mit Hilfe von Varian Fry und Ludwig Lore bekommen R. F. und Maslow Durchreisevisen für Spanien und Portugal sowie Einwanderungsvisen für Shanghai, die sie jedoch nicht zu nutzen gedenken.

30. September: R. F. und Maslow gelangen über Port Bou nach Spanien und weiter nach Lissabon, wo sie am 2. Oktober eintreffen.

1941 7. Februar: R. F., doch nicht Maslow erhält ein Einreisevisum für die USA. Am 11. April verlässt sie per Schiff Lissabon und fährt nach New York. Über Lore nimmt Guenther Reinhardt vom FBI Kontakte zu R. F. auf.

	15. Mai: Maslow verlässt nach Erhalt eines kubanischen Visums Lissabon und erreicht am 30. Mai Havanna, wo er für verschiedene Zeitschriften arbeitet und einen Pressedienst aufbaut. Er bietet über Lore US-Geheimdienststellen seine Mitarbeit an. Anfang August berichtet er nach Abhören sowjetischer Radiosendungen über das Massaker von Lemberg, den Auftakt zum Holocaust.
	21. November: Arkadij Maslow wird in Havanna ermordet. Am folgenden Tag erhält R. F. die Mitteilung, dass sein Visum für die USA bewilligt worden ist und unmittelbar darauf die Todesnachricht. Sie geht sofort davon aus, dass Maslow umgebracht worden ist.
1942	September: R. F. arbeitet an der New School für Social Research über die deutsch-russischen Gewerkschaftsbeziehungen (bis 1944).
1943	13. September: Erster nachweisbarer Bericht R. F.s an FBI-Chef J. Edgar Hoover.
1944	Januar: Herausgabe des Rundbriefes *The Network. Information Bulletin on Stalinist Organizations and Organizational Forms*, der ab 1946 unter dem Titel *The Russian State Party. Newsletter on Contemporary Communism* erscheint.
	April: R. F.s Aufsatz „Bert Brecht, Minstrel of the GPU“ erscheint in der Zeitschrift *Politics*.
	27. April: R. F. beschuldigt ihre Brüder der Beihilfe an Maslows Ermordung.
	Mai: R. F. informiert das Office of Strategic Services über das KP-nahe Exil in den USA.
	Förderung der Forschungsarbeit R. F.s zum Kommunismus durch die Harvard University (bis 1955).
1946	Februar: Erste Reise nach Deutschland. Seitdem zahlreiche Reisen nach Europa und Asien.

1947	24. Januar: R. F. informiert den FBI-Mitarbeiter Robert J. Lamphere umfassend über Gerhart Eislers Arbeit in der KPD und der Komintern.
	6. Februar: R. F. sagt vor dem House Committee on Un-American Affairs in Washington gegen Gerhart Eisler aus.
	12. Mai: Erwerb der Staatsbürgerschaft der USA.
	16. Juli: R. F. bekräftigt ihre Aussage zu Gerhart Eisler vor dem Washingtoner Bezirksgericht.
1948	Kontakte zum International Research Department (IRD) des britischen Geheimdienstes. Um 1948 beginnt R. F. auch mit ihrer Arbeit für den US-Geheimdienst The Pond.
	September: *Stalin and German Communism. A Study in the Origins of the State Party*.
1949	10. Mai: R. F. sagt in Washington vor einer Abteilung des Rechtsausschusses des US-Senats aus, dem Unterausschuss für Fragen der Einwanderung und Einbürgerung.
	August: Mitinitiatorin des Kongresses für Kulturelle Freiheit in Frankfurt, an dessen Gründungskongress in Berlin im Juni 1950 sie aber nicht teilnimmt.
1951	19. August: R. F.s erster Enkel Paul wird geboren; es folgen 1957 Peter und 1959 Elizabeth-Anne.
	Der Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF) nimmt Kontakt zu ihr auf.
	Oktober: R. F. erfährt durch einen *Spiegel*-Artikel, dass der Chef des VFF, Eberhard Taubert, mit dem Mann identisch ist, der 1933 ihren Sohn misshandelt hat. Sie beginnt umzudenken.
1952–1954	R. F. beendet ihre Kontakte mit den verschiedenen Geheimdiensten.

1953	R. F. wird verstärkt vom FBI beobachtet.
1954	1. Oktober: Ihr Antrag auf Entschädigung für die 1933 erlittenen Verluste wird vom Innenministerium Nordrhein-Westfalens abgelehnt.
1955	Zahlreiche Vorträge in der Bundesrepublik vor der linksliberalen Wirtschaftspolitischen Gesellschaft und Publikationstätigkeit in deren Zeitschrift *Offene Welt* (bis 1956).
1956	17. März: R. F. erhält eine Entschädigungszahlung sowie eine Pension für die 1933 erlittenen Verluste zugesprochen.
	Mai: Umzug von New York nach Paris. Seitdem mehrere Einladung zu Vorträgen an Universitäten der Bundesrepublik, so nach Frankfurt, Marburg, Mainz und Tübingen.
	November: *Von Lenin zu Mao. Kommunismus in der Bandung-Ära*. Damit unterstützt R. F. publizistisch die Bemühungen Nikita Chruschtschows um eine Entstalinisierung.
1957	Februar: Lehrveranstaltungen an der Sorbonne und der Ecole pratique des hautes etudes zur Geschichte und Politik des Kommunismus (bis 1961).
	August: Erste Nachkriegsreise nach Wien. Enge Kontakte mit ihrem Neffen Georg Eisler, Hanns Eislers Sohn. Fortan äußert R. F. den (vergeblichen) Wunsch nach Aussöhnung mit ihren Brüdern.
1958	Dezember: *Die Umformung der Sowjetgesellschaft*.
1960	Kontakte zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund.
1961	13. März: Tod durch Herzversagen in ihrer Pariser Wohnung.

Abkürzungsverzeichnis

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AEG	Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft
AfA-Bund	Allgemeiner Freier Angestellten-Bund
AFL	American Federation of Labor
BA-R	Bundesarchiv Berlin, Abteilung Deutsches Reich
BBC	British Broadcasting Corporation
CCF	Congress for Cultural Freedom
CDU/CSU	Christlich Demokratische/Christlich-Soziale Union
CIA	Central Intelligence Agency
CIC	Counter Intelligence Corps
CK	Central'ny Komitet
ČSR	Tschechoslowakische Republik
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DEFA	Deutsche Film-Aktiengesellschaft
DIV	Deutscher Industrie-Verband
DNSAP	Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
Emigdirect	Berliner Organisation zur Unterstützung der Emigration von Juden (die genaue Abkürzung konnte nicht entschlüsselt werden)
FAUD	Freie Arbeiterunion Deutschlands
FBI	Federal Bureau of Investigation
FH	Frankfurter Hefte
FOIA	Freedom of Information Act (Abkürzung in Archivbeständen)
FRSI	Föderation Revolutionärer Sozialisten/Internationale
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GPU	Gosudarstvennoe Političeskoe Upravlenie (Staatliche Verwaltung; Bezeichnung für die Geheimpolizei 1922–1934, zuletzt als Objedinjonnoje Gosudarstvennoe Političeskoe Upravlenie, Vereinigte Staatliche Verwaltung)
GStA, 1. HA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, 1. Hauptabteilung

GStA, MDI	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Ministerium des Innern
HIAS	Hebrew Immigrant Aid Society
HICEM	Akronym, zusammengesetzt aus den Abkürzungen von HIAS, JCA und Emigdirect (siehe jeweils dort)
HUAC	House Un-American Activities Committee (hier übersetzt als Ausschuss für Unamerikanische Tätigkeit)
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung (des DDR-Staatssicherheitsdienstes)
IASP	Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien
IBM	International Business Machines Corporation
IJB	Internationaler Jugendbund
IKD	Internationale Kommunisten Deutschlands
INS	Immigration and Naturalization Service
IRD	International Research Department (Abteilung des britischen Geheimdienstes)
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
Inprekorr	Internationale Pressekorrespondenz
JCA	Jewish Colonization Association
Joint	American Jewish Joint Distribution Committee
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KGB	Komitet Gosudarstvennoj Besopasnosti (Komitee für Staatssicherheit; Bezeichnung für den sowjetischen Geheimdienst 1954–1991)
KI	Kommunistische Internationale
Kominform	Kommunistisches Informationsbüro
Komintern	Kommunistische Internationale
Kostufra	Kommunistische Studentenfraktion (der KPD)
KP	Kommunistische Partei
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPdSU(B)	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
KPO	Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition)
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KPR(B)	Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki)
KZ	Konzentrationslager

M-Apparat	Militärischer Apparat (der KPD)
MIT	Massachusetts Institute of Technology
MWD	Ministerstvo Vnutrennych Del (Ministerium für Innere Angelegenheiten)
NAACP	National Association for the Advancement of Colored People
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NKVD/NKWD	Narodny Kommissariat Vnutrennych Del (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten; sowjetisches Innenministerium, 1934–1946 auch Bezeichnung der ihm unterstellten Geheimpolizei; 1946–1954 war die Geheimpolizei dem MWD unterstellt)
NÖP	Neue Ökonomische Politik
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OCI	Office of the Coordinator of Information
OMS	Otdel' Meždunarodnoj Svjazej (Abteilung Internationale Verbindungen)
OPC	Office of Policy Coordination
OSS	Office of Strategic Services
OWI	Office of War Information
Polbüro	Politisches Büro, Politbüro
POUM	Partido Obrero de Unificación Marxista (Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit)
PSU	Parti socialiste unifié
RF	Die Rote Fahne
RGASPI	Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii (Russländisches Staatsarchiv der sozialpolitischen Geschichte)
RDR	Rassemblement démocratique révolutionnaire
RFB	Roter Frontkämpferbund
RGI	Rote Gewerkschaftsinternationale
RKP(B)	Russkaja Kommunističeskaja Partija (Bolševikov)
SA	Sturmabteilung
SAC	Special Agent in Charge (Diensthabender des FBI)
SAI	Sozialistische Arbeiter-Internationale
SAP/SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei (Deutschlands)
SAPMO-BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SDAPÖ	Sozialdemokratische Partei Deutschösterreichs

SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFIO	Section française de l'Internationale ouvrière
SOPADE	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (im Exil)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SWP	Socialist Workers Party
TASS	Telegrafnoje Agentstvo Sovetskogo Sojuza (Telegrafenagentur der Sowjetunion)
Tscheka	Črezwyčainaja komissija (Außerordentliche Kommission, Bezeichnung der sowjetrussischen Geheimpolizei von 1917–1922)
T-Gruppe	Tscheka-Gruppe (des M-Apparates der KPD)
UAP	Unabhängige Arbeiterpartei Deutschlands
UDCA	Union de défense des commerçants et artisans (die Poujade-Bewegung)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VFF	Volksbund für Frieden und Freiheit
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
VOKS	Vsesojuznoe obščestvo kul'turnoj svjazi s zagranicej (Allunions-Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland)
ZK	Zentralkomitee
ZKK	Zentrale Kontrollkommission
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission

Quellen- und Literaturverzeichnis

Vorbemerkung: Zur besseren Übersicht ist das Material wie folgt gegliedert:

Die Ruth Fischer Papers, ihr Nachlass, befinden sich in der Houghton Library der Harvard University. Sie umfassen 167 Kartons mit 2848 Mappen, fast ausschließlich Korrespondenz und Manuskripte von Publikationen ab 1941. Das Material, das Ruth Fischer auf ihren Fluchtwegen in Deutschland und Frankreich zurücklassen musste, muss als verloren gelten.

Ausgewertet wurden die unten angeführten Bestände, nicht ausgewertet wurden Briefe an Mitarbeiter Ruth Fischers, ihre Sammlung von Zeitungsausschnitten sowie von ihr gesammelte Arbeiten Dritter. Ein guter Teil des Materials umfasst Terminverabredungen u. ä. Die Briefe sind nach Absender und Empfänger alphabetisch, innerhalb der jeweiligen Mappen nach dem Datum geordnet. Die Korrespondenz ist zu rund sechzig Prozent in englischer, zu zirka dreißig Prozent in deutscher und zu etwa zehn Prozent in französischer Sprache abgefasst. In den Anmerkungen ist die Sprache der Briefe nicht gesondert vermerkt.

Im Text zitiertes Archivmaterial

Ruth Fischer Papers (bMS Ger 204), Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Massachusetts:

Mappe 1–1018: Briefe an Ruth Fischer.
Mappe 1019–2193: Briefe von Ruth Fischer.

Mappe 2278–2294a: Briefe an Arkadij Maslow.
Mappe 2414–2492: Manuskripte Ruth Fischers.
Mappe 2705–2781: Manuskripte Arkadij Maslows.
Mappe 2840–2847: Geschäftspapiere Ruth Fischers.

The Trotskii Collection (bMS Rus 13.1) Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Massachusetts:
Mappe 1011–1015: Ruth Fischer, Briefe an Leo Trotzki.
Mappe 3571–3572: Alois Neurath, Briefe an Leo Trotzki.
Mappe 7790–7794: Leo Trotzki, Briefe an Ruth Fischer.
Mappe 9025–9026: Leo Trotzki, Briefe an Arkadij Maslow.

Andover-Harvard Theological Library, Harvard University, Cambridge, Massachusetts:
Paul Tillich Papers (bMS Ger 135), Box 905C, Mappe 029: Council for a Democratic Germany.

Robert F. Wagner Labor Archives, The Tamiment Library, New York University:
Gerhart Eisler FOIA File TAM 219 (im Buch zit. als Gerhart Eisler FBI File).
Gerhart Eisler Scrapbook, TAM 438.

The New York Public Library, Manuscript and Archives Division:
Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars, Box 8, Folder 4–5: File Ruth Fischer.

The National Archives, College Park, Maryland:
Record Group 59: Department of State, Decimal Files: Fischer, Ruth.
Record Group 263: Records of the CIA, Records of the Grombach Organization, Correspondence with Sources, Series No. 2, Box No. 03, Folder No. 17, Miller, Alice alias Ruth Fischer (Hinweise schriftlich übermittelt).

Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford, California:
Karl Frank Collection, Box No. 7: Attacks on Karl Frank, Folder 6: Ruth Fischer and „The Network“.
Louis P. Lochner Collection, Box No. 4, Folder Germany.

M. E. Grenander Department of Special Collections & Archives, University Libraries, The State University of New York at Albany:
German and Jewish Intellectual Émigré Collection: Walter A. Friedlander Papers, Box No. 7, Folder 65: Fischer, Ruth.

Ohio State University, University Libraries, Columbus, Ohio:
Alexander Stephan Collection of FBI Files on German Intellectuals in US Exile, File 57: Fischer, Ruth (im Buch zitiert als Ruth Fischer FBI File).

Stiftung Archiv der Parteien- und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (SAPMO-BArch), Historisches Archiv der KPD:

RY 1/I 2/1:	KPD, Tagungen des Zentralausschusses der KPD.
RY 1/I 2/2:	KPD, Konferenzen, Sitzungen und Beratungen des Zentralausschusses.
RY 1/I 2/3:	KPD, Polbüro (Politbüro).
RY 1/I 2/5:	KPD, Sekretariat des ZK.
RY 1/I 2/701:	KPD-Zentrale, Frauen-Reichssekretariat.
RY 1/I 2/703:	KPD-Zentrale, Parlamentarische/kommunalpolitische Arbeit.
RY 1/I 2/711:	KPD-Zentrale, Juristische Zentralstelle.
RY 1/I 3/1–2:	KPD, Bezirk Berlin-Brandenburg.
RY 1/I 6/10:	Politisches Sekretariat des EKKI.
RY 5/I 6/3:	Deutsche Sektion beim EKKI.
RY 61/V 232/2:	Bestand Emigration Frankreich – Bewegung „Freies Deutschland“ für den Westen.

Stiftung Archiv der Parteien- und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin, Archiv der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands:

DY 30/IV 2/4/92:	Zentrale Parteikontroll-Kommission 1948–1962.
DY 30/IV 2/11/155:	Abteilung für Kaderfragen: Eisler, Gerhart.
NY 4005:	Bestand Clara Zetkin.
NY 4036:	Bestand Wilhelm Pieck.
NY 4117:	Bestand Gerhart Eisler.
SgY 30:	Bestand Erinnerungen [von Parteiveteranen].

Bundesarchiv Berlin, Abteilung Deutsches Reich bis 1945:

R 1507:	Reichskommissar für öffentliche Ordnung.
R 58:	Reichssicherheitshauptamt, Amt IV.

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin:
Ministerium des Innern, Personalnachrichten des Reichskommissars für öffentliche Ordnung, 1. Hauptabteilung.

Akademie der Künste, Berlin:
Hanns-Eisler-Archiv, Nr. 4237: Briefe von Ruth Fischer.

Neues Deutschland, Presseausschnittarchiv, Berlin:
Pressematerialien über Ruth Fischer.

Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam:
Rep. 36A, Oberfinanzpräsident, Berlin-Brandenburg (II), Nr. 41581: Gohlke [recte: Golke], Elfriede.

Deutsches Exilarchiv 1933–1945, Deutsche Nationalbibliothek, Frankfurt a. M.:
EB 89/193: Nachlass Margarete Buber-Neumann, I.A. 224: Briefe von Babette Gross an Margarethe Buber-Neumann.

Polizei-Archiv, Wien:
Dr.-Schober-Archiv, Karton Verschiedenes B (1892–1932), Umschlagheft: Kommunistische Bewegung in Wien. Historischer Überblick.
Schachtel 27/2: Berichts-Abschriften der Polizei-Direktion vom 22. April 1925.

Wienbibliothek im Rathaus, Tagblattarchiv, Wien:
Personenmappe Fischer, Ruth.

Schweizerisches Bundesarchiv, Bern:
E 4320 (B) 1978/121, C.8.2918, Band 27 (Friedländer, Elfriede/Fischer, Ruth).

Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam:
Collection International Institute of Social History, Ruth Fischer Memoirs by her son Gerard Friedlander, Manuskript, 1995 (im Buch zitiert als Friedlander, Memoirs).

Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii (RGASPI), Moskau:
Fonds 495: Kommunistische Internationale.
Bestand 205: Personalakten, Nr. 6053 (Friedländer, Paul), Nr. 8644 (Fischer, Ruth), Nr. 8651 (Maslow, Arkadij).

Bestand 292: Deutsche Delegation beim EKKI (im Internet).
Bestand 293: EKKI-Materialien zur KPD (im Internet).
Bestand 528: Tsetkin, Klara [Zetkin, Clara].

Die Personalakten sind als Kopie nach Rücksprache mit Prof. Dr. Michael Buckmiller im Institut für Politische Wissenschaft der Leibniz-Universität Hannover, andere Materialien im Internet über www.comintern-online.com einsehbar.

Weitere im Internet zugängliche Archivquellen:
FOIA-CIA Electronic Reading Room (www.foia.cia.gov/browse_docs_full.asp).
FOIA-FBI Electronic Reading Room (http://foia.fbi.gov).

Publikationen Ruth Fischers

Bücher und Broschüren:

Ist Deutschösterreich reif zur Räterepublik? Reden von Karl Tomann und Elfriede Friedländer auf der 2. Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs am 30. Juni 1919, Wien: Verlag Neue Erde, 1919, 47 S.

Elfriede Friedländer, Sexualethik des Kommunismus. Eine prinzipielle Studie, Wien: Verlag Neue Erde, 1920, 59 S.
Raubdruck: Rotes Archiv, o. O. 1970, zusammen mit Alexandra Kollontaj, Die neue Moral und die Arbeiterklasse, und Otto Rühle, Die Sozialisierung der Frau, zusammen 202 S. (in getrennter Paginierung).

Deutsche Kinderfibel, Berlin: Rowohlt, 1933, 315 S. (mit Franz Heimann).
Nachdruck unter dem Titel: Deutsche Kinderfibel. Wohlfahrt, Krankheit, Hunger, Krise, Düsseldorf: Schroeder, 1986.

Stalin and German Communism. A Study in the Origins of the State Party. Preface by Sidney B. Fay, Cambridge (Massachusetts): Harvard University Press, 1948, XXII, 687 S.
Nachdruck (with a new introduction by John C. Leggett), New Brunswick, NJ: Transaction Books, 1982, XXXVI, 687 S.
Nachdruck als Print on Demand 2006.
Deutsche Ausgabe: Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, übersetzt von Heinz Langerhans, Frankfurt a. M.: Verlag der Frankfurter Hefte, o.J. [1950], 831 S., 2. Aufl. [1951].
Neuausgabe in zwei Bänden, mit einer Einleitung von Klaus Kinner, Berlin: Dietz, 1991, 475 und 355 S.

Von Lenin zu Mao. Kommunismus in der Bandung-Ära, Düsseldorf/Köln: Eugen Diederichs, 1956, 243 S.
Die Umformung der Sowjetgesellschaft. Chronik der Reformen 1953–1958, Düsseldorf/Köln: Eugen Diederichs, 1958, 101 S.
Ruth Fischer – Arkadij Maslow, Abtrünnig wider Willen. Aus Reden und Manuskripten des Exils, hg. von Peter Lübbe. München: Oldenbourg, 1990, XV, 675 S.

Herausgegebene Publikationen:

The Network. Information Bulletin on Stalinist Organizations and Organizational Forms, New York, 1944–1945.
The Russian State Party. Newsletter on Contemporary Communism, New York, 1946–1947

Aufsätze und Artikel (ohne spätere Nachdrucke):

1919

Die Befreiung der Frau, in: Die revolutionäre Proletarierin. Beilage der Zeitung Die soziale Revolution, vom 5. März 1919.
Die Revolution in Deutschland, ebd., 15. März 1919.
Bürgerliche und proletarische Schulreform, ebd., 15. März 1919.
Kommunismus und Familienleben, ebd., 15. März 1919.
Die Vorteile des Großbetriebes beim Kochen, ebd., 22. März 1919.
Mann und Frau, ebd., 29. März 1919.
Die Frauen und die neuen Kriege der roten Armeen, ebd., 29. März 1919.
Die Schule in der kommunistischen Gesellschaft, ebd., 29. März 1919.
Die Arbeiterratswahlen und die proletarischen Frauen, ebd., 5. April 1919.
Verbrechen oder Rechte, ebd., 12. April 1919.
Die Frauen in der kommunistischen Partei, ebd., 12. April 1919.
Im Zeichen neuer Kämpfe, in: Die Kommunistin. Frauenorgan der KPD, vom 1. Mai 1919.
Die sozialistische Frauenbewegung in Deutsch-Österreich, in: Die Spartakistin vom 21. September 1919.

1920

Frauenkursus Groß-Berlin, in: Die Rote Fahne [RF] vom 24. Oktober 1920.

1921

War die Märzaktion der KPD eine „Bettelheimerei"?, in: Die Internationale, 3 (1921), Nr. 3, S. 160–170.
Noch einmal die österreichische Bettelheimerei, in: Kommunismus, Nr. 25–26 (1921), S. 879f.
Was unsere Genossinnen zu den Berliner Frauenkursen der VKPD sagen, in: RF vom 26. Januar 1921.
Die Berliner Funktionärsversammlung der VKPD zur politischen Lage, ebd., 10. Februar 1921.
Die Rettung der deutschen Nation, ebd., 11. Februar 1921.
Die „Doppelexistenz", in: Die Kommunistin vom 25. Februar 1921.
Noch einmal die Doppelexistenz, ebd., 10. Juni 1921.
Über die Einrichtung und Organisation von Frauenkursen, ebd., 25. Juni und 25. Juli 1921.
Das kommunistische Werbefest der Frauen, in: RF vom 4. September 1921.
Bericht vom Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg, ebd., 4. Dezember 1921, Beilage.

1922

Zur Taktik der Einheitsfront, in: Die Internationale, 5 (1922), Nr. 3, S. 57–63.
Der Frauentag in Berlin-Brandenburg, in: Die Kommunistin vom 1. April 1922.
Die Demonstration der Einheitsfront, in: RF, Beilage vom 6. Mai 1921.
Vor dem Bezirksparteitag am 27. und 28. Mai, ebd., 20. und 27. Mai 1922, Beilage.
Bericht über die Frauenbezirkskonferenz Berlin-Brandenburg, in: Die Kommunistin vom 15. Juni 1922.
Zur Krise der Partei, in: Die Internationale, 5 (1922), Nr. 8, S. 174–181.
Zur Debatte um das Programm, in: RF vom 23. September 1922.
Die Bedeutung der Presse im Klassenkampf, ebd., 11. Oktober 1922.
Die Hauptprobleme des IV. Kongresses, ebd., 23. Dezember 1922, Beilage.

1923

Die Arbeiterregierung, in: RF, Beilage vom 28. Januar 1923.
Die Opposition auf dem Parteitag der KPD, in: Inprekorr vom 23. März 1923, S. 282f.
Der Kampf um die Kommunistische Partei, in: Die Internationale, 6 (1923), Nr. 3, S. 87–96, und ebd., 7 (1924), Nr. 2/3, S. 101–116.
Der Kampf an der Ruhr, in: RF vom 6. und 7. April 1923, Beilage.

Zur Richtigstellung, ebd. 30. August 1923.

1924

Mit Ernst Thälmann und Arthur König, Zur Gewerkschaftsfrage in Deutschland. Diskussionsartikel, in: Die Rote Gewerkschaftsinternationale. Organ des Vollzugsbüros der RGI, 3 (1924), Nr. 1, S. 24f.

Der Kampf um die kommunistische Partei, in: Die Internationale, 7 (1924), Sonderheft, S. 101–116.

Zur Lage in Deutschland und zur Taktik der Partei, ebd., Ergänzungsheft 1, S. 57–64.

Der Frankfurter Parteitag, ebd., Nr. 6, S. 225–234.

Zum V. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, ebd., Nr. 12, S. 383–386, und Nr. 15, S. 469–472.

Zur Werbearbeit unter den Arbeiterinnen, in: Der Parteiarbeiter. Mitteilungsblatt für Funktionäre, 2 (1924), Nr. 1011, S. 149f.

Die gegenwärtigen Aufgaben unserer Partei, in: Der Funke. Organ für die Mitglieder der KPD des Bezirks Berlin-Brandenburg, Nr. 2 vom 22. März 1924.

Demokratischer Zentralismus und Rosa Luxemburg, ebd., Nr.4/5 vom 7. April 1924.

Der 5. Weltkongress, ebd., Nr. 7 vom 12. Mai 1924.

Keine Ausreden und Erzählungen ... , in: Der Parteiarbeiter, 2 (1924), Nr. 19/20, S. 200f.

Zur Arbeit unter den Frauen in den Betrieben, ebd., S. 205.

Einige Fragen der englischen Arbeiterbewegung, in: Die Internationale, 7 (1924), Nr. 10/11, S. 356–360.

Zum 5. Weltkongress. Einige Fragen an die englische Arbeiterbewegung, in: Der Funke, Nr. 9/10 vom 15. Juni 1924.

Was geht das Sachverständigengutachten die Frauen an?, in: Die Kommunistin vom 25. Juni 1924.

Der Zentralausschuss der KPD zum 5. Weltkongress, in: RF vom 22. Juli 1924.

Perspektive und Taktik auf dem V. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, in: Die Internationale, 7 (1924), Nr. 16, S. 500.

Die Berliner Organisation, der 5. Weltkongress und die „Gewerkschaftsfrage“, in: Der Funke, Nr. 15 vom 23. August 1924.

Hinein in die Gewerkschaften, ebd., Nr. 15 vom 23. August 1924.

Zu diesen Wahlen, in: Die Internationale, 7 (1924), Nr. 23/24, 674f.

Genossin Ruth Fischer über die politische Lage und unsere Aufgaben, in: RF vom 15. Oktober 1924, Beilage.

Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg. Begrüßungsansprache, politische Debatte und Schlusswort der Genossin Ruth Fischer, ebd., 16. Oktober 1924.
Was sagen die Berliner zur Reichstagsauflösung?, in: Der Funke, Nr. 19 vom 14. November 1924.
Ein Jahr Verbot, in: RF, vom 25. November 1924, Beilage.
Was erhoffen wir von den Reichstagswahlen? Fünf Aufgaben, ebd., 26. November 1924.
Einige Fragen an sozialdemokratische Arbeiter, ebd., 30. November 1924, Beilage.
Nach dem 7. Dezember, ebd., 12. Dezember 1924.

1925

Die Lehren des 7. Dezember, in: Der Funke, Nr. vom 1. Januar 1925.
Nach dem Zentralausschuss, in: RF vom 13. Januar 1925.
Beschlüsse sind eine gute Sache – aber durchführen ist die Hauptsache, in: Der Funke, Nr. 2 vom 20. Januar 1925.
Zum ersten Jahrestag des Todes Lenins, in: RF vom 31. Januar 1925.
Zur Tagung des Zentralausschusses, in: Die Internationale, 8 (1925), Nr. 2, S. 54.
Rot Front!, in: RF vom 10. März 1925.
Worum es geht, in: RF vom 26. März 1925.
Ruth Fischer zur politischen Lage, ebd., 28. März 1925, Beilage.
Der Schwindel mit den Kaisersozialisten, ebd., 25. April 1925.
Eberts Nachfolger heißt Hindenburg, ebd., 28. April 1925.
SPD-Arbeiter! Fordert Eure Führer zur Rechenschaft, ebd., 30. April 1925.
Zurück zur Roten Front!, ebd., 6. Mai 1925.
Nach dem Zentralausschuss, ebd., 13. Mai 1925.
Zum Berliner Bezirksparteitag, in: Der Funke, Nr. 10 vom 22. Mai 1925.
Die Tagung der Erweiterten Exekutive, in: Die Internationale, 8 (1925), Nr. 5, S. 233–237.
Erzwingt die Vollamnestie!, in: RF, 25. Juli 1925, 2. Beilage.
Unsere wichtigste Aufgabe, in: Die Internationale, 8 (1925), Nr. 8, S. 108.

1927

Der Kampf um die Kommunistische Partei. Plattform der linken Opposition der KPD, o. O.u. J., 4 S. (mit Arkadij Maslow u. a.) (Hektographiertes Material, nur noch in der Deutschen Bibliothek, Standort Leipzig, aufbewahrt, aber der Benutzung nicht mehr zugänglich.)

1943

Letter to the Editor: Postwar Germany, in: The American Mercury, Nr. 235 (July 1943), S. 124–126.
Stalin's Quislings – Kremlin Rallies Int'l Circles to Support Soviet Manoever for „Free Germany", in: The New Leader vom 2. Oktober 1943.
Kremlin's Policy Towards Reich, in: The Workmen's Circle Call/Arbeiter Ring, December 1943, S. 4–5, 14.

1944

The Dimitrov Legend, in: The New Leader vom 29. Januar 1944.
The Future of European Economy, ebd., 12. Februar 1944.
Bert Brecht, Minstrel of the GPU, in: Politics, April 1944, S. 88f. Veränderte Fassung in: Stalin and German Communism, S. 615–617, bzw. in: Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 749–752.

1946

Deutschland, in: Internationale Korrespondenz/Correspondance International/International Correspondence, Nr. 1 (März 1946), S. 12–16.
Soviet Reconstruction – Purge and Denazification, ebd., Nr. 2 (Juli 1946), S. 6–10.
The Comintern's American Agent [Artikelserie in sechs Folgen], in: New York Journal American vom 18.–23. November 1946 sowie in verschiedenen anderen Blättern.
Stalin's German Agents, in: The American Mercury, 11 (1946), S. 563–570, sowie in verschiedenen anderen Blättern, u. a. in: Reader's Digest.
Deutsch als: Agenten in Deutschland, in: SOPADE. Zeitschriften-Artikeldienst, Nr. 11 (1947), o. S.

1948

Will Stalin win Germany?, in: Weekend. The U.S. Magazine in Europe (Frankfurt) vom 6. November 1948, S. 10, 18.

1949

Tito contra Stalin. Gegenwartsprobleme der Komintern-Strategie, in: Der Monat, Nr. 7 (April 1949), S. 44–57.

Starb Dimitroff zur rechten Zeit?, in: Die Zeit vom 18. August 1949.
Stalin and German Communism, in: The Times Literary Supplement vom 21. Oktober 1949, S. 681, und vom 28. Oktober 1949, S. 697.
Nadolny … The Kremlin’s Secret Envoy, in: The New York Herald Tribune. This Week Magazine vom 6. November 1949, S. 5–6, 30, 32.
Stalin und der deutsche Kommunismus, in: Neue Rundschau, 60 (1949), Nr. 10, S. 885–891.

1950

Tito und Trotzki. Der Unabhängigkeitskampf der kommunistischen Parteien, in: Der Monat, Nr. 16 (Januar 1950), S. 398–405.Erweiterte englische Fassung: Tito and Trotsky in: The 19th Century and After, March 1950, S. 158–173.
Conspiracy Inside Communism. Onetime Party Favorite Explains that Titoism was and is an International Revolt against Stalin, in: Life Magazine vom 8. Mai 1950.
Zur „Neutralisierung“ Deutschlands, in: Mitteilungen der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, Nr. 16 (Juli 1950), S. 34f.

1951

Stalin’s Rise to Power, in: The Twentieth Century, 149 (September 1951), S. 231–246. Französisch: L’évolution intérieure de l’Union Soviétique, in: La Documentation française vom 25. September 1951, S. 1–8.
Die weltpolitische Konstellation. Gespräche mit Ruth Fischer, in: Mitteilungen der wirtschaftspolitischen Gesellschaft, Nr. 19 (Oktober 1951), S. 17–23.

1953

Die Kommunistische Partei Indiens, in: Ost-Probleme, Nr. 36 (1953), S. 1512–1518. Englisch in: Far Eastern Survey, June 1953, S. 79–83.
Erweiterte Fassung als Sonderdruck: The Indian Communist Party, Cambridge (Massachusetts) 1952, 22 S.
The Break in the Iron Curtain, in: Institute of Social Studies, Bulletin, Nr. 4 (Winter 1953), S. 39–40, 44.

1954

Red Indo-China Is No Soviet Satellite in Plans of its Leader, in: The Kansas City Star vom 17. Mai 1954.

Ho Chi Minh. Disciplined Communist, in: Foreign Affairs, 33 (October 1954), S. 86–97.

1955

Berijas Ende – ein neuer Anfang?, in: Geopolitik, Nr. 1 (1955), S. 12–20, und in: Von Lenin zu Mao, S. 91–101.
Stalins Politik, nicht Stalins Methoden, in: Forum, Nr. 15 (März 1955), S. 89–91.
Bemerkungen zum Fall Malenkow, in: Frankfurter Hefte, 10 (1955), Nr. 3, S. 169–174.
Der „neue Kurs“ in Russland und die sowjetische Deutschland-Politik, in: Offene Welt, Nr. 36 (März/April 1955), S. 27–34.
Die Konferenz von Bandung. Aufbruch der afro-asiatischen Völker, ebd., Nr. 38 (Juli/August 1955), S. 37–45.
Im Osten nichts Neues? Gedanken aus einem Vortrag vor der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft in Bonn am 20. September 1955, ebd., Nr. 39 (September/Oktober 1955), S. 58–61.
Das zweite Yalta (I), in: FH, 10 (1955), Nr. 9, S. 617–626.
Im Zeichen der aufgehenden Sonne. Asiatischer Kommunismus im Umbruch, in: Die Gegenwart vom 22. Oktober, 19. November und 3. Dezember 1955.

1956

Der Ostblock und die afro-asiatische Welt, in: Offene Welt, Nr. 41 (Januar/Februar 1956), S. 23–33.
Linke Welle in Frankreich. Einige Bemerkungen zur französischen Krise, in: Außenpolitik, 7 (1956), Nr. 3, S. 141–148.
Das Moskauer Edikt von Nantes, in: FH, 11 (1956), Nr. 4, S. 229–234.
Das zweite Yalta (II), ebd., (1956), Nr. 9, S. 625f.
Bericht einer Polit-Emigrantin über Stalin-Russland (Rez. zu: Susanne Leonhard, Gestohlenes Leben, Frankfurt 1956), ebd., S. 665–668.
Die Entdeckung Asiens. Einige Bemerkungen anlässlich eines Buches (Rez. zu: Klaus Mehnert, Asien, Moskau und wir, Stuttgart 1956), ebd., Nr. 12, S. 891f.

1957

Die ursprüngliche Akkumulation der Plan-Ära, in: FH, 12 (1957), Nr. 7, S. 455–458.
Die Arbeitsdisziplin der Opfergeneration, ebd., Nr. 8, S. 532–536.

„Von der zyklopischen zur zivilisierten Stufe der Industrie“, ebd., Nr. 9, S. 607–610.
Rückzug aus Europa, in: Funken, 8 (1957), Nr. 9, S. 129–134.
Revolution der Manager?, FH, 12 (1957), Nr. 10, S. 679–684.
Aufschlussreiche Episoden (Rez. zu: Margarete Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrwegs, Stuttgart 1957), ebd., S. 657–660.

1958

Chronik der Entstalinisierung, in: FH, 13 (1958), Nr. 2, S. 89–101; Nr. 4, S. 261–267 u. 309–318; Nr. 7, S. 474–483; Nr. 8, S. 575–582; Nr. 11, S. 793–801; Nr. 12, S. 865–872. Wiederveröffentlichung der Serie als: Die Umformung der Sowjetgesellschaft (siehe oben).
Der XXI. Parteitag, in: Funken, 9 (1958), Nr. 12, S. 177–179.

1959

Die russische Konterrevolution 1917 bis 1921 (Rez. zu: William Henry Chamberlain, Die russische Revolution 1917 bis 1921, 2 Bde., Frankfurt 1958), in: FH, 14 (1959), Nr. 4, S. 263–274.
Wanderer ins Nichts. Der Nationalbolschewismus am Beispiel Ernst Niekischs (Rez. zu: Ernst Niekisch, Gewagtes Leben, Köln 1958), ebd., Nr. 12, S. 871–880.

1960

Europa – Illusion oder Wirklichkeit? Ein europäisches Gespräch [mit Erich Kuby, Altiero Spinelli u. a.], in: Der Föderalist, Nr. 38 (Februar 1960), S. 3–31.
Zur Diskussion über das Problem der „unterentwickelten Länder“, in: Neue Kritik, Nr. 2 (Juli 1960), S. 4–16.
Imre Nagys „Politisches Testament“ (Rez. zu: Imre Nagy, Politisches Testament, München 1959), in: FH, 15 (1960), Nr. 2, S. 89–96, und Nr. 3, S. 177–186.
Amerika und die Sowjetmacht (Rez. zu: George F. Kennan, Amerika und die Sowjetmacht, Stuttgart 1960), ebd., Nr. 6, S. 391–400, und Nr. 7, S. 483–492.
Die Internationale und die Kolonialvölker, ebd., Nr. 10, S. 714–720.
Die Freiheit, wie sie die Kommunisten verstehen, in: Freiheit wozu? Predigt und Vorträge anlässlich der Landestagungen der kirchlichen Bruderschaften in Hessen-Nassau und Württemberg am 22. und 23. Oktober 1960, Darmstadt 1960, S. 41–52.

1961

Die Entwicklung in der Sowjetunion seit dem XX. Parteitag, in: Protokolle der Tagung „Gegenwartsgeschichte und Politische Bildung", 5.–10. Dezember 1960 im Kinderdorf Wegscheide, Frankfurt 1961, S. 8–12.

Der Vater der KPÖ – ein Russe. Die Erinnerungen Ruth Fischers über die Entstehung der Kommunistischen Partei Österreichs, in: Heute (Wien) vom 25. März 1961.

Westentaschenrevolution in Wien. Die Erinnerungen Ruth Fischers über die Entstehung der Kommunistischen Partei Österreichs, ebd., 1. April 1961.

Offizielles Material der Komintern, KPÖ und KPD

Der 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, Wien 1919.

Der II. Kongress der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August in Moskau, Hamburg 1921.

Die kapitalistische Welt und die Kommunistische Internationale. Manifest des zweiten Kongresses der (III.) Kommunistischen Internationale, Petrograd 1920.

Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921, Hamburg 1921.

Bericht über die Verhandlungen des 2. (7.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921.

Die Tätigkeit der Exekutive und des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 13. Juli 1921 bis 1. Februar 1922, Petrograd/Moskau 1922.

Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals. Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, vom 24. Februar bis 4. März 1922, Hamburg 1922.

Protokoll der internationalen Konferenz der drei Internationalen Exekutivkomitees in Berlin vom 2. bis 5. April 1922, Berlin 1922.

Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Petrograd-Moskau vom 5. November bis 5. Dezember 1922, Hamburg, 1923.

Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin 1923.

Protokoll der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale (Moskau, 12.–23. Juni 1923), Berlin 1923.

Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom Januar bis September 1923, Berlin [1923].
Ežegodnik Kominterna. Spravočnaja kniga po istorii meždunarognogo rabočego političeskogo i professional'nogo dviženija. Statistike i ekonomike vsech stran mira na 1923 god, Petrograd/Moskau 1923.
Die Lehren der deutschen Ereignisse. Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur deutschen Frage, Hamburg 1924.
Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der KPD. Abgehalten in Frankfurt am Main vom 7. bis 10. April 1924, Berlin 1924.
Die KPD – die einzige Arbeiterpartei in Dawes-Deutschland. Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der KPD. Einstimmig angenommen auf der Tagung des Zentral-Ausschusses am 10./11. Januar 1925. Ergänzungsheft der „Internationale", Berlin 1925.
Protokoll. Fünfter Kongress der Kommunistischen Internationale, Moskau, vom 17. Juni bis 8. Juli 1924, 2 Bde., Hamburg 1925.
Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1924.
Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom 1. März 1924 bis 15. September 1924, Berlin [1924].
Über die Bolschewisierung der Komintern. Thesen. Ergänzungsheft 2 der „Internationale", Berlin 1925.
Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 21. März bis 6. April 1925, Hamburg 1925.
Die monarchistische Gefahr und die Taktik der KPD, Berlin 1925.
Bericht über die Verhandlungen des 10. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Berlin 1925.
Der neue Kurs. Reden der Genossen Bucharin und Sinowjew, Brief des EKKI, hg. vom ZK der KPD, Berlin 1925.
Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 17. Februar bis 15. März 1926, Hamburg/Berlin 1926.
Erweiterte Exekutive (Februar/März 1926). Thesen und Resolutionen, Hamburg 1926.
Bericht über die Verhandlungen des 11. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Essen, 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927.
Protokoll. Sechster Weltkongress der Kommunistischen Internationale. Moskau, 17. Juli bis 1. September 1928, 3. Bd., Hamburg/Berlin [1928].

Protokolle deutscher Parlamentssitzungen

Verhandlungen des Reichstags. 2. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bd. 358, 381, Berlin 1923–24.
Verhandlungen des Reichstags, 3. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bd. 384–385, 393–394, Berlin 1924.
Verhandlungen des Preußischen Landtags. Stenographische Berichte, Wahlperiode 1, 1921/24, Berlin 1924.

Protokolle stalinistischer Schauprozesse

Prozessbericht über die Strafsache des trotzkistisch-sinowjewistischen terroristischen Zentrums, verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 19. bis 24. August 1936, Moskau 1936.
Prozess gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörerzentrums mit Rudolf Slánský an der Spitze, Prag 1953.

Parlamentsmaterialien der USA

Congressional Record. Proceedings and Debates of the 80th Congress, Bd. 93, Teil 1, January 3-February 24, 1947, Washington, D.C. 1947.
Committee on Un-American Activities, House of Representatives, 80th Congress, 1st Session, February 6-September 26, Washington, D.C. 1947.
Committee on Un-American Activities, House of Representatives, 80th Congress, Hearings Regarding the Communist Infiltration of the Motion Picture Industry, Washington, D.C. 1947.
Communist Activities among Aliens and National Groups: Hearings Before the Subcommittee on Immigration and Naturalization of the Committee of the Judiciary, U.S. Senate, 81st Congress, 1949, Washington, D.C. 1950.
Communist Activities in California. Eleventh Report of the Senate Fact-Finding Subcommittee on Un-American Activities, Sacramento 1961 (auch im Internet).

Erinnerungen, Tagebücher und Briefwechsel

Abusch, Alexander, Der Deckname. Memoiren, Berlin [DDR] 1984.
Albrecht, Karl I., Der verratene Sozialismus. Zehn Jahre als hoher Staatsbeamter in der Sowjetunion, Volksausgabe, Berlin 1943.
Anderson, Edith, Love in Exile. An American Writer's Memoir of Life in Divided Berlin, South Royalton (Vermont) 1999.

Appelius, Stefan (Hg.), Der Teufel hole Hitler. Briefe aus der sozialdemokratischen Emigration, Essen 2003.
Aufricht, Ernst, Erzähle, damit du dein Recht erweist, München 1969.
Becher, Johannes R., Auf andere Art so große Hoffnung. Tagebuch 1950, Berlin [DDR] 1951.
Belfrage, Cedric, The American Inquisition 1945–1960, Indianapolis/New York 1973.
Braunthal, Julius, Auf der Suche nach dem Millenium, Wien 1964.
Brecht, Bertolt, Arbeitsjournal 1938–1955, hg. von Werner Hecht, Berlin [DDR] 1977.
Buber-Neumann, Margarete, Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges, Stuttgart 1957.
Budenz, Louis F., This Is My Story, New York/London 1947.
Burger, Hanuš, Der Frühling war es wert. Erinnerungen, München 1977.
Canetti, Elias, Die gerettete Zunge. Geschichte einer Jugend, 2. Aufl., Berlin [DDR] 1983.
Chaplin, Charlie, Die Geschichte meines Lebens, Frankfurt 1987.
Ciliga, Ante, Im Land der verwirrenden Lüge, Berlin 2010.
Clurman, Harold, All People Are Famous (Instead of an Autobiography), New York 1974.
Cotterill, David (Hg.), The Serge-Trotsky Papers. Correspondence and Other Writings Between Victor Serge and Leon Trotsky, London 1994.
Crossman, Richard (Hg.), Ein Gott, der keiner war. Arthur Koestler, Ignazio Silone, Richard Wright, André Gide, Louis Fischer, Stephen Spender schildern ihren Weg zum Kommunismus und ihre Abkehr. Mit einem Nachwort von Franz Borkenau, Köln 1952.
Eggebrecht, Axel, Der halbe Weg. Zwischenbilanz einer Epoche, Reinbek 1975.
Ehrenburg, Ilja, Menschen-Jahre-Leben. Memoiren, Bd. II, Berlin [DDR] 1978.
Eisler, Hanns, Gespräche mit Hans Bunge. Fragen Sie mehr über Brecht (Werke, Serie III, Bd. 7), Leipzig/München 1975.
Eisler, Hanns, Briefe 1907–1943, hg. von Jürgen Schebera und Maren Köster (Werke, Serie IX, Schriften, Bd. 4/1), Wiesbaden u. a. 2010.
Eisler-Fischer, Louise, Es war nicht immer Liebe. Texte und Briefe, hg. von Maren Köster u. a., Wien 2006.
Feuchtwanger, Lion, Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde, Berlin 1993.
Ferro, Marc, Mes histoires parallèles. Entretiens avec Isabelle Veyrat-Masson, Paris 2011.

Fischer, Gerhard [Gerhard Friedländer], Prisonnier de Nazis. Récit d'un jeune garçon de 15 ans en captivité chez les chemines brunes, in: Vu. L'illustré français, Nr. 285 (1933), S. 1353–1355, Nr. 286 (1933), S. 1393–1395.
Geyer, Curt, Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. Erinnerungen, Stuttgart 1976.
Goldstücker, Eduard, Prozesse. Erfahrungen eines Mitteleuropäers, München/Hamburg 1989.
Graf, Oskar Maria. Reise nach Sowjetrussland 1934, Berlin [DDR] 1977.
Greffrath, Mathias, Die Zerstörung einer Zukunft. Gespräche mit emigrierten Sozialwissenschaftlern, Reinbek 1979.
Grünwald, Leopold, Wandlung. Ein Altkommunist gibt zu Protokoll, Wien 1979.
Heym, Stefan, Nachruf, Berlin 1990.
Hippe, Oskar, Und unsere Fahn' ist rot. Erinnerungen an sechzig Jahre in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1979.
Hobsbawm, Eric, Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert, München/Wien 2003.
Hook, Sidney, Out of Step. An Unquiet Life in the 20th Century, New York 1987.
Jung, Franz, Schriften und Briefe, Bd. 2: Briefe, Salzhausen 1981.
Jung, Franz, Briefe und Prospekte. Dokumente eines Lebensweges, zusammengestellt und kommentiert von Sieglinde und Fritz Mierau, Hamburg 1988.
Jungk, Robert, Trotzdem. Mein Leben für die Zukunft, München 1994.
Kantorowicz, Alfred, Exil in Frankreich. Merkwürdigkeiten und Denkwürdigkeiten, Hamburg 1983.
Kempner, Robert M. W., Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen, in Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich, Frankfurt u. a. 1983.
Koestler, Arthur, Frühe Empörung. Autobiographische Schriften. Erster Band, Frankfurt/Berlin 1993.
Kollontai, Alexandra, Ich habe viele Leben gelebt … Autobiographische Aufzeichnungen, Berlin [DDR] 1980.
Kolman, Arnošt, Die verirrte Generation. So hätten wir nicht leben sollen, Frankfurt 1982.
Korsch, Karl, Briefe 1940–1958 (Gesamtausgabe, Bd. 9), hg. von Michael Buckmiller und Michel Prat, Amsterdam/Hannover 2001.
Kortner, Fritz, Aller Tage Abend, München 1969.
Krivitzky, Walter, Ich war Stalins Agent, neu hg. von Helmut G. Haasis, Grafenau-Döffingen 1990.
Krüger, Lore. „Ein Büro am Broadway". Gespräch [von Cristina Fischer] mit Lore Krüger über die Emigration in die USA und die antifaschistische Zeitschrift *The Germayn American*, in: Junge Welt vom 2. Juli 2005.

Kuczynski, Jürgen, Freunde und gute Bekannte. Gespräche mit Thomas Grimm, Berlin 1997.

Lamphere, Robert J. (with Thomas Shachtman), The FBI-KGB War. A Special Agent's Story, 2. Aufl., Macon (Georgia) 1995.

Lania, Leo, Welt im Umbruch. Biographie einer Generation, Frankfurt/Wien [1954].

Leonhard, Susanne, Gestohlenes Leben. Schicksal einer politischen Emigrantin in der Sowjetunion, Frankfurt 1956.

Leonhard, Wolfgang, Die Revolution entlässt ihre Kinder, 2 Bde., Leipzig 1990.

Loest, Erich, Durch die Erde ein Riss. Ein Lebenslauf, Leipzig 1990.

Mann, Golo, Erinnerungen und Gedanken. Eine Jugend in Deutschland, Frankfurt 2002.

Mann, Katja, Meine ungeschriebenen Memoiren, Berlin [DDR] 1977.

Mann, Thomas, Tagebücher 1949–1950, hg. von Inge Jens, Frankfurt 1991.

Massing, Hede, Die große Täuschung. Geschichte einer Sowjetagentin, Freiburg/Br. u. a. 1967.

Mayenburg, Ruth von, Blaues Blut und Rote Fahnen. Ein Leben unter vielen Namen, Wien/München 1977.

Mayenburg, Ruth von, Hotel Lux. Das Absteigequartier der Weltrevolution, München/Zürich 1991.

Mayer, Hans, Zeitgenossen. Erinnerung und Deutung, Frankfurt 1999.

Metcalf, Keyes de Witt, My Harvard Library Years, 1937–1955, Cambridge, Mass. 1988.

Meyer-Leviné, Rosa, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933, Frankfurt 1982.

Miller, Arthur, Zeitkurven. Ein Leben, Berlin/Weimar 1990.

Notowicz, Nathan, Wir reden hier nicht von Napoleon. Wir reden von Ihnen! Gespräche mit Hanns Eisler und Gerhart Eisler, Berlin [DDR] 1971.

Pfemfert, Franz, Erinnerungen und Abrechnungen, Texte und Briefe, hg. von Lisbeth Exner und Herbert Kapfer, unter Mitarbeit von Ellen Otten, München [1999].

Pozner, Vladmir, Vladmir Pozner erinnert sich, Berlin [DDR] 1975.

Reese, Maria, Abrechnung mit Moskau, Berlin/Leipzig 1938.

Regler, Gustav, Das Ohr des Malchus. Eine Lebensgeschichte, Frankfurt 1975.

Reinhardt, Guenther, Crime Without Punishment. The Secret Soviet Terror Against America, New York [1953].

Retzlaw, Karl, Spartacus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, 4. Aufl., Frankfurt 1976.

Roy, M. N., Memoirs, Bombay 1964.

Ruge, Wolfgang, Gelobtes Land. Meine Jahre in Stalins Sowjetunion, hg. von Eugen Ruge, Berlin 2012.

Sahl, Hans, Das Exil im Exil. Memoiren eines Moralisten II, München 1994.

Scheer, Maximilian, Paris-New York. Tagebuchnotizen einer Reise, die nicht geplant wear, Berlin [DDR] 1975.

Schmitt, Carl, Briefwechsel mit einem seiner Schüler, hg. von Armin Mohler, Berlin 1995.

Scholmer, Joseph, Arzt in Workuta. Bericht aus einem sowjetischen Straflager, München 1981.

Selbmann, Fritz, Alternative, Bilanz, Credo. Versuch einer Selbstdarstellung, Halle (Saale) 1969.

Serge, Victor, Erinnerungen eines Revolutionärs 1901–1941, Hamburg 1990.

Seydewitz, Max, Es hat sich gelohnt zu leben. Lebenserinnerungen, Bd. 2: Mein sozialistisches Vaterland, Berlin [DDR] 1978.

Sinkó, Ervin, Roman eines Romans. Moskauer Tagebuch, Köln 1962.

Souchy, Augustin, „Vorsicht: Anarchist!“ Ein Leben für die Freiheit, Darmstadt/Neuwied 1977.

Sperber, Manès, All das Vergangene ..., Wien/Zürich 1983.

Thalmann, Clara und Paul, Revolution für die Freiheit, Stationen eines politischen Kampfes, Grafenau 1995 (auch im Internet).

Trotzki, Leo, Mein Leben. Versuch einer Autobiographie, Frankfurt 1981.

Valtin, Jan, Tagebuch der Hölle, Köln/Berlin [West] 1957.

Valtin, Jan, Out of the Night, Edinburgh u. a. 2004.

Viertel, Salka, Das unbelehrbare Herz. Ein Leben mit Stars und Dichtern des 20. Jahrhunderts, Reinbek 1987.

Webb, Sidney und Beatrice, The Letters, Bd. 3: Pilgrimage 1912–1947, Cambridge/New York 1978.

Weber, Hermann (Hg.), Unabhängige Kommunisten. Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaac Deutscher 1949 bis 1967, Berlin [West] 1981.

Weber, Hermann/Bernhard Bayerlein (Hg.), Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin, Berlin 2003.

Weber, Hermann und Gerda, Leben nach dem „Prinzip Links“. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Berlin 2007.

Weizmann, Chaim, Memoiren. Das Werden des Staates Israel, Zürich 1953.

Weissberg-Cybulski, Alexander, Hexensabbat, Frankfurt 1977.

Wright, Susanne, Eine Ballade von Johannes Brahms. Erinnerungen an eine Wiener Kindheit 1930–1950, Klagenfurt u. a. 2010.

Zetkin, Clara, Erinnerungen an Lenin, Berlin [DDR] 1975.

Zuckmayer, Carl, Als wär’s ein Stück von mir. Horen der Freundschaft, Stuttgart/Hamburg 1966.

Weitere Quellen und Literatur

Abel, Werner, Der Fall Maria Reese, in: Simone Barck/Ulla Plener (Hg.), Verrat. Die Arbeiterbewegung zwischen Trauma und Trauer, Berlin 2009, S. 204–237.

Abendroth, Wolfgang, Rezension zu: Ruth Fischer, Von Lenin zu Mao. Kommunismus in der Bandung-Ära, Düsseldorf/Köln 1956, in: Die Neue Gesellschaft, 4 (1957), Nr. 4, S. 311.

Abendroth, Wolfgang, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, 8. Aufl., Frankfurt 1972.

Abendroth, Wolfgang, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, 3. Aufl., Mainz 1974.

Abendroth, Wolfgang (Hg.), Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt 1979.

Abosch, Heinz, Zwischen Kommunismus und Antikommunismus. Briefe und Manuskripte von Ruth Fischer, in: Neue Zürcher Zeitung vom 4. Oktober 1991.

Abusch, Alexander, Der Irrweg einer Nation, 3. Aufl., Berlin 1949.

Adibekov, G. M., u. a., Organizacionnaja struktura Kominterna, Moskau 1997.

Albert, Gleb J., Think Tank, Publisher, Symbol. The Comintern in the Early Soviet Media Landscape, in: The International Newsletter of Communist Studies, 17 (2011), Nr. 24, S. 110–119.

Albert, Gleb J., „German October is Approaching“. Internationalism, Activists, and the Soviet State in 1923, in: Revolutionary Russia, 24 (2011), Nr. 2, S. 111–142.

Albert, Gleb J., From „World Soviet“ to „Fatherland of All Proletarians“. Anticipated World Society and Global Thinking in Early Soviet Russia, in: Interdisciplines. Journal of History and Sociology, 1 (2012), S. 1–35 (Internet-Journal).

Albrecht, Friedrich, Klaus Mann, der Mittler. Studien aus vier Jahrzehnten, Bern 2009.

Alexander, Robert J., International Trotskyism, 1929–1985. A Documented Analysis of the Movement, Durham (North Carolina) 1991.

Alles, Wolfgang, Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930, Frankfurt 1987.

Alternative, Nr. 87 (Dezember 1972), Themennummer: Eisler/Brecht, Verhöre vor dem Ausschuss für Unamerikanische Tätigkeit.

Anderson, Evelyn, Hammer oder Amboss. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nürnberg 1948, Neuausgabe mit einem Vorwort von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt 1981.

Angermann, Erich, Die Vereinigten Staaten von Amerika, München 1966.

Angress, Werner T., Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973.
Appelius, Stefan, Eine Handvoll verblichener Fotos, in: Aufbau vom 6. Juni 1997 (auch im Internet).
Arendt, Hannah, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Neuausg., München/Zürich 1986.
Arendt, Hannah, Gestern waren sie noch Kommunisten, in: Freitag vom 28. Juni 1996.
Arendt, Hans-Jürgen, Weibliche Mitglieder der KPD in der Weimarer Republik. Zahlenmäßige Stärke und soziale Stellung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 19 (1977), Nr. 4, S. 652–660.
Arendt, Hans-Jürgen/Peter Kuhlbrodt, Die proletarische Frauenbewegung in der Novemberrevolution 1918/19, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 30 (1988), Nr. 6, S. 761–773.
Arndt, Helmut/Heinz Niemann, Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei, Berlin 1991.
Aron, Raymond, Opium für Intellektuelle oder die Sucht nach Weltanschauung, Köln/Berlin [West] 1957.
Aron, Raymond, Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930–1939, hg. von Joachim Stark, Opladen 1993.
Aronson, I. Michael, Troubled Waters. The Origins of the 1881 Anti-Jewish Pogroms in Russia, Pittsburgh 1990.
Arthur Kronfeld 1886–1941. Ein Pionier der Psychologie, Sexualwissenschaft und Psychotherapie, hg. von der Universität Konstanz, Konstanz 1988.
Ascher, Abraham, Russian Marxism and the German Revolution, 1917–1920, in: Archiv für Sozialgeschichte, 6/7 (1966/67), S. 391–439.
Ash, Timothy Garton, Orwell's List, in: The New York Review of Books vom 25. September 2003.
Aspetsberger, Friedbert, Youth Movement, Womb Phantasies and „Crystal" Maps. Arnolt Bronnen's Fascism Around 1930, in: Kenneth Segar/John Warren (Hg.), Austria in the Thirties. Culture and Politics, Riverside (California) 1991, S. 89–117.
Autorenkollektiv unter Leitung von Günter Hortzschansky und Walter Wimmer, Ernst Thälmann. Eine Biographie, Berlin [DDR] 1979.
Avrich, Paul, Kronstadt 1921, New York/London 1970.
Avrich, Paul, Bolshevik Opposition to Lenin: G. Miasnikov and the Workers' Group, in: Russian Review, 43 (1984), Nr. 1, S. 1–29.
Babičenko, L. G., Politbjuro CK RKP(B), Komintern i sabytija v Germanii v 1923 g. Novye archivnye materialy, in: Novaja i Novejšaja istoria, 38 (1994), Nr. 2, S. 125–157.
Badia, Gilbert, Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994.

Badstübner, Rolf, Vom „Reich“ zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999.

Bahne, Siegfried, Zwischen „Luxemburgismus“ und „Stalinismus“. Die „ultralinke“ Opposition in der KPD, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 9 (1961), Nr. 4, S. 359–383.

Bahne, Siegfried, Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935, Frankfurt/New York 1976.

Barck, Simone, Märchenfigur aus einer politischen Sagenwelt. Ruth Fischers Rolle in der Kommunistischen Bewegung, in: Freitag vom 6. Juni 1997.

Barth, Bernd-Rainer/Werner Schweizer (Hg.), Der Fall Noel Field. Schlüsselfigur der Schauprozesse in Osteuropa, 2 Bde., Berlin 2006.

Bavaj, Riccardo, Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik, Bonn 2005.

Bayerlein, Bernhard H., Zwischen Internationale und Gulag. Präliminarien zur Geschichte der internationalen kommunistischen Frauenbewegung (1919–1945). Teil 1, in: International Newsletter of Communist Studies Online, 12 (2006), Nr. 19, S. 27–47.

Bayerlein, Bernhard H. u. a. (Hg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003.

Bayerlein, Bernhard H. u. a. (Hg.), „Der Verräter, Stalin, bist Du!“ Vom Ende der internationalen Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg 1939–1941, Berlin 2009.

Bazarov, Valery, HIAS and HICEM in the System of Jewish Relief Organizations in Europe, 1933–1941, in: East European Jewish Affairs, 39 (2009), Nr. 1, S. 69–78.

Becker, Jens, Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001.

Becker, Jens, „Außerhalb des Kampfes meiner Klasse hat das Leben für mich keinen Sinn …“ – Heinrich Brandlers wechselvolles Engagement für die Arbeiterbewegung, in: Klaus Kinner/Mario Keßler (Hg.), Zwischen den Fronten. Linkssozialisten in Deutschland 1918–1933, Leipzig 2003, S. 39–72.

Becker, Jens/Theodor Bergmann/Alexander Watlin (Hg.), Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek, Mainz 1993.

Becker, Jens/Harald Jentsch, Parteikommunismus in der Weimarer Republik, in: Utopie kreativ, Nr. 117 (Juli 2000), S. 701–703.

Beevor, Anthony/Artemis Cooper, Paris After the Liberation, 1944–1949, Harmondsworth 2004.

Bell, Daniel, Marxian Socialism in the United States, Ithaca/New York 1996.

Bennett, Todd, Culture, Power and *Mission to Moscow*. Film and Soviet-American Relations During World War II, in: Journal of American History, 88 (2001), Nr. 2, S. 489–518.

Bentley, Eric (Hg.), Thirty Years of Treason. Excerpts from Hearing Before the House Committee on Un-American Activities, 1938–1968, New York 1971.

Benz, Michael, Der unbequeme Streiter. Fritz Lamm – Jude, Linkssozialist, Emigrant (1911–1977). Eine politische Biographie, Essen 2007.

Beradt, Charlotte, Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt 1969.

Berberova, Nina, Die Affäre Krawtschenko, Hildesheim 1991.

Berend, Iván T., Decades of Crisis. Central and Eastern Europe Before World War II, Berkeley 1998.

Berens, Peter, Trotzkisten gegen Hitler, Köln 2007.

Berg, Manfred, Schwarze Bürgerrechte und liberaler Antikommunismus: Die NAACP in der McCarthy-Ära, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 51 (2003), Nr. 3, S. 363–384.

Berghahn, Volker R., America and the Intellectual Cold Wars in Europe. Shepard Stone Between Philanthropy, Academy, and Diplomacy, Princeton/Oxford 2001.

Bergmann, Theodor, Das Zwischenfeld der Arbeiterbewegung zwischen SPD und KPD 1928–1933, in: Manfred Scharrer (Hg.), Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933, Reinbek 1984, S. 162–182.

Bergmann, Theodor, Bolschewisierung, in: Wolfgang Fritz Haug (Hg.), Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 2, Hamburg 1995, Sp. 279–282.

Bergmann, Theodor, Gegen den Strom. Die Geschichte der KPD-Opposition, 2. Aufl., Hamburg 2001.

Bergmann, Theodor, Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten, Hamburg 2004.

Bergmann, Theodor, Internationalisten an den antifaschistischen Fronten. Spanien – China – Vietnam, Hamburg 2009.

Bergmann, Theodor/Wolfgang Haible, Die Geschwister Thalheimer. Skizze ihrer Leben und Politik, Mainz 1993.

Bessel, Richard, Unemployment and Demobilisation in Germany after the First World War, in: Richard J. Evans/Dick Geary (Hg.), The German Unemployed. Experiences and Consequences of Mass Unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich, New York 1987, S. 23–43.

Besymenski, Lew, Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren, 2. Aufl., Berlin 2003.

Birchall, Ian, Workers Against the Monolith. The Communist Parties Since 1943, London 1974.

Bisanz, Irene, Schreiben über Stalinismus und Kommunismus. Die autobiografischen Berichte von Margarete Buber-Neumann und Susanne Leonhard, Diplomarbeit, Universität Wien 2008 (auch im Internet).

Bloch, Charles, Paul Levi – ein Symbol der Tragödie des Linkssozialismus in der Weimarer Republik, in: Walter Grab/Julius H. Schoeps (Hg.), Juden in der Weimarer Republik, Stuttgart/Bonn 1986, S. 244–262.

Blum, Klara, Kommentierte Auswahledition, hg. von Zhidong Yang, Wien u. a. 2000.

Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923, Meisenheim 1969.

Bodek, Richard, Music in the Streets. Politics and Perceptions in Berlin at the End of the Weimar Republic, in: James Retallack/Larry Eugene Jones (Hg.), Elections, Mass Politics, and Social Change in Modern Germany. New Perspectives, Cambridge 1992, S. 267–296.

Bödeker, Hans Erich, Biographie. Annäherung an den gegenwärtigen Forschungs- und Diskussionsstand, in: Ders. (Hg.), Biographie schreiben, Göttingen 2003, S. 9–63.

Börrnert, René, Wie Ernst Thälmann treu und kühn! Das Thälmann-Bild der SED im Erziehungsalltag der DDR, Bad Heilbrunn 2004.

Boffa, Giuseppe, The Stalin Phenomenon, Ithaca/London 1992.

Bohnsack, Günter, Hauptverwaltung Aufklärung: Die Legende stirbt. Das Ende von Wolfs Geheimdienst, Berlin 1997.

Bois, Marcel, Im Kampf gegen Stalinismus und Faschismus. Die linke Opposition in der KPD in der Weimarer Republik (1924–1933), in: Kora Baumbach u. a. (Hg.), Strömungen: Politische Bilder, Texte und Bewegungen, Berlin 2007, S. 86–109.

Bois, Marcel, Clara Zetkin und die Stalinisierung von KPD und Komintern, in: Ulla Plener (Hg.), Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen, Berlin 2008, S. 149–156.

Bois, Marcel, Vergessene Kommunisten. Die „Weddinger Opposition" der KPD, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 16 (2008), S. 58–67.

Bois, Marcel/Florian Wilde, Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 6 (2007), Nr. 2, S. 33–46.

Bois, Marcel/Florian Wilde, Ein kleiner Boom: Entwicklungen und Tendenzen der KPD-Forschung seit 1989/90, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 18 (2010), S. 309–322.

Bois, Marcel/Sebastian Zehetmair, Schwieriges Erbe und gute Traditionen. Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, in: Marcel Bois/Bernd Hüttner (Hg.), Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken, Heft 1, Berlin o. J., S. 12–16.

Borkenau, Franz, Austria and After, London 1938.

Borkenau, Franz, World Communism. A History of the Communist International, London 1938, Neuausgabe Ann Arbor, Mich. 1962.

Borkenau, Franz, Der europäische Kommunismus, Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart, München 1952.

Bourdieu, Pierre, Die Illusion der Biographie. Zur Beschreibung von Lebensgeschichten, in: Neue Rundschau, 102 (1991), Nr. 3, S. 109–115.

Bourrinet, Philippe, Nationalistische Barbarei oder Weltrevolution? Ante Ciliga (1898–1992): Lebensweg eines Kommunisten aus Kroatien, in: Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit, Nr. 13 (1994), S. 91–118.

Boveri, Margret, Der Verrat im 20. Jahrhundert, Bd. 3 und 4, Hamburg 1957–1960.

Brahm, Heinz, Trotzkijs Kampf um die Nachfolge Lenins. Die ideologische Auseinandersetzung 1923–1926, Köln 1964.

Bramke, Werner, Das Faschismusbild in der KPD Mitte 1929 bis Anfang 1933, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 28 (1986), Nr. 5, S. 612–621.

Bramke, Werner, Erich Zeigners Demokratieverständnis, in: Helmut Bräuer/Elke Schlenkrich (Hg.), Die Stadt als Kommunikationsraum. Karl Czok zum 75. Geburtstag, Leipzig 2001, S. 101–119.

Bramke, Werner/Silvio Reisiger, Leipzig in der Revolution von 1918/19, Leipzig 2009.

Brand, Gregor, Maria Reese aus Michelbach – Politikerin, Publizistin, Lehrerin, in: Eifel-Zeitung vom 20. Oktober 2010.

Brandt, Willy/Richard Löwenthal, Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, München 1957.

Braskén, Kasper, „Hauptgefahr jetzt nicht Trotzkismus, sondern Münzenberg." East German Uses of Remembrance and the Contentious Case of Willi Münzenberg, Åbo Akademi, Åbo/Turku, Comintern Working Paper 22/2011 (auch im Internet).

Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror, Basel 1934 (Nachdruck Frankfurt 1980).

Brauns, Nikolaus, Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919–1938), Bonn 2003.

Brauns, Nick, Die Schlageter-Verwirrung. Der Flirt der KPD mit dem Nationalbolschewismus im Ruhrkampf vor 80 Jahren, in: Junge Welt vom 21. Juni 2003.

Brauns, Nick, Geballte Faust. Am 31. Mai 1924 beschloss die KPD-Zentrale die Gründung des Roten Frontkämpferbundes, in: Junge Welt vom 29. Mai 2004 (Wochenendbeilage).

Braunthal, Julius, Victor und Friedrich Adler. Zwei Generationen Arbeiterbewegung, Wien 1965.

Braunthal, Julius, Geschichte der Internationale, Bd. 2, 3. Aufl., Bonn 1978.

Brecht, Bertolt, Gesammelte Werke, Bd. 2, London 1938.

Brecht, Bertolt, Werke, Bd. 20, Frankfurt 1967.

Breitman, Richard, German Socialism and Weimar Democracy, Chapel Hill 1981.

Brentano, Bernhard von, Der Beginn der Barbarei in Deutschland, Berlin 1932.

Bridenthal, Renate, Class Struggle around the Heart. Women and Domestic Service in the Weimar Republic, in: Michael Dobkowski/Isidor Walliman (Hg.), Towards the Holocaust. The Social and Economic Collapse of the Weimar Republic, Westport (Connecticut) 1983, S. 243–264.

Bridenthal, Renate/Claudia Koonz, Beyond Kinder, Küche, Kirche. Weimar Women in Politics and Work, in: Renate Bridenthal u. a. (Hg.), When Biology Became Destiny. Women in Weimar and Nazi Germany, New York 1984, S. 33–65.

Briesen, Detlef, Das gesunde Leben. Ernährung und Gesundheit seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt 2010.

Bronner, Stephen Eric, Socialism Unbound, 2. Aufl., Boulder (Colorado) 2001.

Bronner, Stephen Eric, Imagining the Possible. Radical Politics for Conservative Times, New York/London 2002.

Broué, Pierre, The German Left and the Russian Opposition, in: Revolutionary History, 2 (1989), Nr. 3, S. 21–28.

Broué, Pierre, United Opposition (1926–27) Against Stalin's Apparatus, in: Avgust Lešnik u. a. (Hg.), Kriza socialnih idej. Britovškov Sbornik, Ljubljana 1996, S. 207–213.

Broué, Pierre, Histoire de l'Internationale communiste 1919–1943, Paris 1997.

Broué, Pierre, Trotzki. Eine politische Biographie, 2 Bde., Köln 2003.

Broué, Pierre, The German Revolution 1917–1923, Leiden/Boston 2005.

Bryce, Donald W., The Reich Government versus Saxony, 1923. The Decision to Intervene, in: Central European History, 10 (1977), Nr. 2, S. 112–147.

Buber-Neumann, Margarete, Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919–1943, Stuttgart 1967, Taschenbuchausgabe Frankfurt u. a. 1973.

Buci-Glucksmann, Christine, Gramsci und der Staat, Köln 1981.
Buckmiller, Michael, Anmerkungen zu Heinz Langerhans und seinem Bericht über das „Buch der Abschaffungen“ von Karl Korsch, in: Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit, Nr. 8 (1988), S. 99–105.
Buckmiller, Michael (Hg.), Zur Aktualität von Karl Korsch, Frankfurt 1981.
Buckmiller, Michael/Pascal Naafe, Die Naherwartung des Kommunismus – Werner Scholem, in: Michael Buckmiller u. a. (Hg.), Judentum und politische Existenz. Siebzehn Portraits deutsch-jüdischer Intellektueller, Hannover 2000, S. 61–71.
Bünger, Siegfried/Hella Kaeselitz, Geschichte Großbritanniens von 1918 bis zur Gegenwart, Berlin [DDR] 1989.
Bunge, Hans, Die Debatte um Hanns Eislers „Johann Faustus“. Eine Dokumentation, Berlin 1991.
Bungert, Heike, Das Nationalkomitee und der Westen. Die Reaktion der Westalliierten auf das NKFD und die Freien Deutschen Bewegungen 1943–1948, Stuttgart 1997.
Bunzl, John, Klassenkampf in der Diaspora. Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung, Wien 1975.
Burger, E., Trotzkistische Agenten in Westdeutschland, in: Neues Deutschland vom 5. Mai 1949.
Burnham, James, The Coming Defeat of Communism, New York 1949.
Buschfort, Wolfgang, Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991.
Caden, Gert, Das Komitee deutscher Antifaschisten in Habana, Kuba (1942–1947), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 5 (1963), Nr. 5/6, S. 933–956.
Cannon, James P., American Stalinism and Anti-Stalinism, New York 1947.
Cannon, James P., The Struggle for Socialism in the „American Century“. Writings and Speeches, 1945–1947, hg. von Les Evans, New York 1977.
Carr, E. H., The Spartacist Heritage, in: The Times Literary Supplement vom 9. September 1949, S. 77–79.
Carr, E. H., Russian and German Communism, in: Soviet Studies, 1 (1950), Nr. 4, S. 347f.
Carr, E. H., Radek’s Political Salon in Berlin, in: Soviet Studies, 3 (1952), Nr. 4, S. 411–430.
Carr, Edward Hallett, The Interregnum 1923–1924 (A History of Soviet Russia, Vol. 4), New York 1954.
Carsten, Francis L., Revolution in Mitteleuropa 1918–1919, Köln 1973.
Carsten, Francis L., Widerstand gegen Hitler. Die deutschen Arbeiter und die Nazis, Frankfurt/Leipzig 1996.

The Case of Leon Trotsky. Report of Hearings on the Charge made against him in the Moscow Trials, New York/London 1937.
Castellan, Georges, L'Allemagne de Weimar 1918–1933, Paris 1969.
Caute, David, The Great Fear. The Anti-Communist Purge Under Truman and Eisenhower, New York 1978.
Caute, David, The Fellow-Travellers. Intellectual Friends of Communism, 2. Aufl., New Haven/London 1988.
Ceplair, Larry/Steven Englund, The Inquisition in Hollywood. Politics in the Film Community, 1930–60, Urbana-Champaign (Illinois) 2003.
Cesarani, David, Arthur Koestler. The Homeless Mind, New York 1998.
Chamberlin, William Henry, Die russische Revolution 1917 bis 1921, 2 Bde., Frankfurt 1958.
Chancellor, Richard, Stalin the Anti-Revolutionary?, in: The Spectator vom 1. April 1949.
Chase, William J./Vadim A. Staklo, Enemies Within the Gates? The Comintern and the Stalinist Repression, 1934–1939, New Haven 2001.
Childers, Thomas, The Social Language of Politics in Germany. The Sociology of Political Discourse in the Weimar Republic, in: American Historical Review, 95 (1990), Nr. 2, S. 331–358.
Claudin, Fernando, Die Krise der kommunistischen Bewegung. Von der Komintern zum Kominform, Bd. 1: Die Krise der Kommunistischen Internationale, Berlin [West] 1977.
Cohen, Stephen F., Bukharin and the Bolshevik Revolution. A Political Biography 1888–1938, New York 1975.
Coleman, Peter, The Liberal Conspiracy. The Congress for Cultural Freedom and the Struggle for the Mind of Postwar Europe, New York/London 1989.
Collotti, Enzo, Die Kommunistische Partei Deutschlands 1918–1933. Ein bibliographischer Beitrag, Milano 1961.
Comfort, Richard A., Revolutionary Hamburg. Labor Politics in the Early Weimar Republic, Stanford 1966.
Conquest, Robert, Stalin. Der totale Wille zur Macht, Frankfurt u. a. 1991.
Conze, Eckart u. a., Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.
Cook, Bruce, Brecht in Exile, New York 1983.
Coser, Lewis A., Refugee Scholars in America. Their Impact and Their Experiences, New Haven/London 1984.
Crew, David, A Social Republic? Social Democrats, Communists, and the Weimar Welfare State, 1919 to 1933, in: David E. Barclay/Eric D. Weitz (Hg.), German Socialism and Communism from 1840 to 1990, New York/Oxford 1998, S. 223–249.

Cyr, Frédéric, Paul Levis Kampf um die KPD, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 9 (2010), Nr. 1, S. 115–131.

Cyr, Frédéric, Rebelle devant les extrêmes. Paul Levi, une biographie politique, Diss., Université de Montréal 2011.

Czichon, Eberhard, Auf neuem Kurs. Vor 85 Jahren tagte in Berlin die 1. Reichsparteikonferenz der KPD. Orientierung auf Einheitsfront- und Bündnispolitik, in: Junge Welt vom 30. Oktober 2010.

Czichon, Eberhard/Heinz Marohn, unter Mitarbeit von Ralph Dobrawa, Thälmann. Ein Report, 2 Bde., Berlin 2010.

Dallin, David J., Das wirkliche Sowjetrussland, 2. Aufl., Hamburg 1948.

Dallin, David J./Boris Nicolaevsky, Arbeiter oder Ausgebeutete? Das System der Arbeitslager in Sowjet-Russland, München 1948.

Daniels, Robert V., The Conscience of the Revolution. Communist Opposition in Soviet Russia, Cambridge, Mass. 1960.

Daniels, Robert V., Red October. The Bolshevik Revolution of 1917, New York 1967.

Danzer, Doris, Zwischen Vertrauen und Verrat. Deutschsprachige kommunistische Intellektuelle und ihre sozialen Beziehungen (1918–1960), Göttingen 2012.

Davidovič, D. S., Revoljucionnyi krizis 1923 g. v Germanii i Gamburgskoe vosstanie, Moskau 1963.

Dawidowicz, Lucy S., The War against the Jews 1933–45, 10. Aufl., Harmondsworth 1987.

Deery, Phillip, „A Plot Upon Liberty“. McCarthyism, Dr. Barsky and the Joint Anti-Fascist Refugee Committee, in: American Communist History, 8 (2009), Nr. 2, S. 175–205.

Depkat, Volker, Der biographische Ort des Exils. Strukturen narrativer Sinnbildung über eine Zäsurerfahrung in den Autobiographien der deutschen Sozialisten Wilhelm Dittmann, Albert Grzesinski, Käte Frankenthal und Toni Sender, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, 23 (2005), S. 30–56.

Desanti, Dominique, L'Internationale communiste, Paris 1970.

Deutscher, Isaac, Ironies of History. Essays on Contemporary Communism, New York/Toronto 1966.

Deutscher, Isaac, Heretics and Renegades and other Essays, London 1969.

Deutscher, Isaac, Der unbewaffnete Prophet. Trotzki 1921–1929, 2. Aufl., Stuttgart 1972.

Deutscher, Isaac, Der verstoßene Prophet. Trotzki 1929–1940, 2. Aufl., Stuttgart 1972.

Deutscher, Isaac, Stalin. Eine politische Biographie, Berlin 1990.

Deutschland, Heinz/Mario Keßler, Hermann Duncker. Sozialdemokratischer „Wanderprediger“, Spartakist, Gewerkschaftsführer, Hamburg 2001.

Dewar, Hugo, Assasins at Large, London 1951 (auch im Internet).

Diehl, Ernst, Zur Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1923, Diss., Berlin [DDR] 1967.

Diehl, James, Paramilitary Politics in Weimar Germany, Bloomington/London 1977.

Dietze, Carola, Nachgeholtes Leben. Helmuth Plessner 1892–1985, Göttingen 2006.

Djakin, V. S., Kommunističeskaja Partija Germanii i problemy edinnogo fronta v gody otnositel'noj stabilizacii kapitalizma 1924–1928 gg., Moskau/Leningrad 1961.

Doherty, Thomas, Cold War, Cool Medium. Television, McCarthyism, and American Culture, New York 2003.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 4, Berlin [DDR] 1954.

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII/1–2 und VIII, Berlin [DDR] 1966–1975.

Dorpalen, Andreas, SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 31 (1983), Nr. 1, S. 77–107.

Dorpalen, Andreas, German History in Marxist Perspective. The East German Approach, Detroit 1985.

Drabkin, Ja. S., Idej mirovoj revoljucii i ee transformacija, in: A. O. Čubarjan (Red.), Istorija Kommunističeskogo Internacionala 1919–1943. Dokumental'nye očerki, Moskau 2002, S. 25–73.

Drabkin, Ja S. (Red.), Komintern i ideja mirovoj revoljucii. Dokumenty, Moskau 1998.

Draper, Theodore, American Communism and Soviet Russia. The Formative Period, New York 1960.

Draper, Theodore, The Strange Case of the Comintern, in: Survey, 18 (1972), Nr. 3, S. 91–137.

Drechsler, Hanno, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim 1965.

Drobisch, Klaus/Günther Wieland, System der NS-Konzentrationslager 1933–1939, Berlin 1993.

Dülffer, Jost, Bonapartism, Fascism and National Socialism, in: Journal of Contemporary History 11 (1976), Nr. 4, S. 109–128.

Duggan, Stephen/Betty Drury, The Rescue of Science and Learning. The Story of the Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars, New York 1948.

Dugrand, Alain/Frédéric Laurent, Willi Münzenberg. Artiste en révolution (1889–1940), Paris, 2008.

Dupeux, Louis, Nationalbolschewismus in Deutschland 1919–1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, Frankfurt 1985.

Dwars, Jens-Fietje, Johannes R. Becher, Triumph und Verfall. Eine Biographie, Berlin 2003.

Ebon, Martin, World Communism Today, New York/Toronto 1948.

Eder, Barbara/Felix Wernheuer (Hg.), Die Linke und der Sex. Klassische Texte zum wichtigsten Thema, Wien 2011.

Edinger, Lewis, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933 bis 1945, Hannover/Frankfurt 1960.

Eekman, Menno/Herman Pieterson, Linkssocialisme tussen de wereldoorlogen, Amsterdam 1987.

Ehls, Marie-Luise, Protest und Propaganda. Demonstrationen in Berlin zur Zeit der Weimarer Republik, Berlin/New York 1997.

Eichwede, Wolfgang, Revolution und internationale Politik. Zur kommunistischen Interpretation der kapitalistischen Welt 1921–1925, Köln 1971.

[Eisler, Gerhart], E., G., Friedrich Adler über die Kommunistische Partei, in: Der Weckruf vom 28. November 1918.

Eisler, Gerhart, My Side of the Story. A Reply to Bundenz, New York 1947.

Eisler, Gerhart, Gerhart Eisler Hits Back, New York 1947.

Eisler, Gerhart, What I Think of New Masses, in: New Masses vom 21. Oktober 1947.

Eisler, Gerhart, Ernst Thälmanns Kampf gegen die Versöhnler, in: Neues Deutschland vom 18. Februar 1951.

Eisler, Gerhart, Auf der Hauptstraße der Weltgeschichte. Artikel, Reden und Kommentare 1956–1968, mit einem Nachwort von Hilde Eisler, Berlin [DDR] 1968.

Eisler, Gerhart/Albert Norden/Albert Schreiner, The Lesson of Germany. A Guide to Her History, New York 1945.

Eisler, Hanns, Musik und Politik, Schriften 1948–1962 (Werke, Serie III, Bd. 2), Leipzig/München 1982.

Eisler, Hanns, Briefe 1907–1943 (Werke, Serie IX, Bd. 4/1), Wiesbaden 2010.

Eisler, Hilde, Sein Bruder Hannsel, in: Das Magazin, Nr. 7/1968, S. 36–38.

Eisler, Rudolf, Wörterbuch der philosophischen Begriffe, neu hg. von Karl Roretz, Literaturverzeichnis von Ida Fischer, 3 Bde. Berlin 1927–1930.

Eisner, Freya, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik, Köln/Frankfurt 1977.

Eley, Geoff, Forging Democracy. The History of the Left in Europe, 1850–2000, Oxford/New York 2002.

Eliasberg, Georg, Der Ruhrkrieg von 1920, Bad Godesberg 1974.

Engelhardt, Falk, Entwicklung und Politik der trotzkistischen Linksopposition in Leipzig ab 1924, Magisterarbeit, Technische Universität Chemnitz 2007 (auch im Internet).

Engelmann, Bernt, Großes Bundesverdienstkreuz. Tatsachenroman, Berlin [DDR] 1978.

Engelmann, Bernt, Das neue Schwarzbuch. Franz Josef Strauß, Köln 1980.

Engelmann, Dieter/Horst Naumann, Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922, Berlin 1993.

Engels, Friedrich, Programm der blanquistischen Kommune-Flüchtlinge, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 18, Berlin [DDR] 1964, S. 528–535.

Engerman, David C., Die Ursprünge der amerikanischen Sowjetologie im Zweiten Weltkrieg, in: Bernd Greiner u. a. (Hg.), Macht und Geist im Kalten Krieg, Hamburg 2011, S. 50–67.

Enzensberger, Hans Magnus, Hammerstein oder der Eigensinn. Eine deutsche Geschichte, Frankfurt 2008.

Epstein, Catherine, The Last Revolutionaries. German Communists and Their Century, Cambridge (Massachusetts) 2003.

Erlich, Alexander, Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924–1928, Frankfurt/Wien 1971.

Ersil, Wilhelm, Aktionseinheit stürzt Cuno. Zur Geschichte des Massenkampfes gegen die Cuno-Regierung 1923 in Mitteldeutschland, Berlin [DDR] 1963.

Ersil, Wilhelm/Ernst Laboor, Die Parteidiskussion im September/Oktober 1925 und ihre Bedeutung für die marxistisch-leninistische Entwicklung der KPD, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 8 (1966), Nr. 4, S. 595–617.

Eumann, Ulrich, „Kameraden vom roten Tuch“. Die Weimarer KPD aus der Perspektive ehemaliger Mitglieder, in: Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit, 16 (2001), S. 97–164.

Eumann, Ulrich, Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, Frankfurt u. a. 2007.

Fabian, Walter, Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918–1930, Löbau 1930, Nachdruck Berlin [West] 1972.

Fair-Schulz, Axel, Loyal Subversion. East Germany and its Bildungsbürgerlich Marxist Intellectuals, Berlin 2009.

Fallend, Karl, Von der Jugendbewegung zur Psychoanalyse, in: Ders./Johannes Reichmayr (Hg.), Siegfried Bernfeld oder die Grenzen der Psychoanalyse, Frankfurt/Basel 1992, S. 48–68.

Favez, Jean-Claude, Le Reich devant l'occupation franco-belge de la Ruhr en 1923, Genève 1969.

Fayet, Jean-François, Karl Radek (1885–1939). Biographie politique, Bern 2004.

Fayet, Jean-François, Paul Levi and the Turning Point of 1921. Bolshevik Emissaries and International Discipline in the Time of Lenin, in: Norman LaPorte u. a. (Hg.), Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Perspectives on Stalinization, 1917–53, Houndmills/New York 2008, S. 105–123.

Fejtö, François, Die Geschichte der Volksdemokratien, 2 Bde., Graz 1972.

Fetscher, Iring, Von der Philosophie des Proletariats zur proletarischen Weltanschauung, in: Ders. (Hg.), Marxismus-Studien, 2. Folge, Tübingen 1957, S. 26–60.

Fetscher, Iring, Revolutionärin bis zum letzten Atemzug. Zum Tode von Ruth Fischer, in: Die Zeit vom 24. März 1961.

Feuchtwanger, E. J., From Weimar to Hitler. Germany, 1918–33, Houndmills/London 1993.

Fichter, Tilman/Siegward Lönnendonker, Macht und Ohnmacht der Studenten. Kleine Geschichte des SDS, Berlin 1998.

Fieber, Hans-Joachim, Die Bedeutung der Zentralausschusstagung der KPD vom 9. und 10. Mai 1925 für die Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Führung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 15 (1967), Nr. 7, S. 1212–1218.

Fieber, Hans-Joachim, Der Kampf um die Herausbildung des marxistisch-leninistischen Zentralkomitees der KPD in der Zeit vom Frühjahr 1925 bis zur Parteikonferenz der KPD am 31. Oktober, 1. November 1925, Diss., Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED, Berlin [DDR] 1968.

Filitov, A. M., Zur Rolle innenpolitischer Faktoren für außenpolitische Entscheidungen: Die Sowjetunion und Deutschland im 20. Jahrhundert, in: Bulletin des Deutschen Historischen Instituts Moskau, Nr. 1, Moskau 2005, S. 80–92.

Finch, George A., The Eisler Extradiction Case, in: The American Journal of International Law, 43 (1949), Nr. 3, S. 487–491.

Finker, Kurt, Geschichte des Roten Frontkämpferbundes, Berlin [DDR] 1981.

Firsov, F. I., K voprosu u taktike edinnogo fronta 1921–1924 gg., in: Voprosy istorii KPSS, 31 (1987), Nr. 10, S. 113–127.

Firsov, F. I., Komintern – opyt, tradicii, uroki. Nereżennye zadači issledovanija, in: Komintern – opyt, tradicii, uroki. Materaly naučnoj konferencii posvjaščennoj 70-letiju Kommunističeskogo Internacionala, Moskau 1989, S. 15–28.

Firsow, Fridrich, Stalin und die Komintern, in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hg.), Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1819–1943), Mainz 1992, S. 37–84.

Firsow, Fridrich I., Ein Oktober, der nicht stattfand. Die revolutionären Pläne der RKP(B) und der Komintern, in: Bayerlein, Deutscher Oktober, S. 35–58.

Fischart, Johannes [Erich Dombrowski], Neue Politikerköpfe. IV: Ruth Fischer, in: Die Weltbühne, 20 (8. Mai 1924), Nr. 19, S. 618–620.

Fischbach, Fred, Hanns Eisler. Le musicien et la politique, Bern u. a. 1999.

Fischer, Conan, The German Communists and the Rise of Nazism, Houndmills/London 1991.

Fischer, Conan, Gab es am Ende der Weimarer Republik einen marxistischen Wählerblock?, in: Geschichte und Gesellschaft, 21 (1995), Nr. 1, S. 63–79.

Fischer, Conan, The 1923 Ruhr Crisis. The Limits of Active Resistance, in: Frank Biess u. a. (Hg.), Conflict, Catastrophe and Continuity. Essays on Modern German History, New York 2007, S. 44–59.

Fischer, Louis, The Soviets in World Affairs. Abridged Edition, New York 1960.

Fischer, Louis, Das Leben Lenins, 2 Bde., München 1970.

Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, Neuausgabe Frankfurt 1976.

Flew, Anthony G. N., The Socialist Obsession, in: Paul Kurtz (Hg.), Sidney Hook. Philosopher of Democracy and Humanism, Buffalo 1983, S. 35–45.

Foitzik, Jan, Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933–1939/40, Bonn 1986.

Fowkes, Ben, Communism in Germany Under the Weimar Republic, New York 1984.

Fradkin, Ilja, Bertolt Brecht. Weg und Methode, Leipzig 1974.

Frank, Pierre, Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919–1943), 2 Bde., Frankfurt 1981.

Frau Ruth Fischer, Communist in Germany, in: The Times (London) vom 16. März 1961.

Fredy, Ruth Fischer, in: Der Drache, 5 (1924), Nr. 6, S. 3–8.

Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1999.

Freund, Michael, Stalin als Totengräber des „Gewerkschaftseuropa." Zu einem Buch von Ruth Fischer, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1 (1950), Nr. 4, S. 180–184.

Frevert, Ute, „Wo Du hingehst …" Aufbrüche im Verhältnis der Geschlechter, in: August Nitschke u. a. (Hg.), Jahrhundertwende. Der Aufbruch in die Moderne 1880–1930, Bd. 2, Reinbek 1990, S. 89–119.

Fried, Richard M., Nightmare in Red. The McCarthy Era in Perspective, New York 1990.

Friedel, Mathias, Der Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF). Eine Teiluntersuchung über westdeutsche antikommunistische Propaganda im Kalten Krieg und deren Wurzeln im Nationalsozialismus, St. Augustin 2001.

Friedmann, Ronald, Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie, Berlin 2007.

Friedmann, Ronald, Gerhart Eisler und die Sozialfaschismus-Konzeption in der KP der USA, in: Widerstand in der Illegalität und im Exil. Der 30. Januar 1933 im Spiegel deutscher Biographien, Teil II, Berlin 2008, S. 44–49.

Frölich, Paul, Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat, Hamburg 1949.

Fromm, Erich, Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung, hg. von Wolfgang Bonss, Stuttgart 1980.

Fuchs, Albert, Geistige Strömungen in Österreich, Wien 1949, Neuausgaben mit Vorworten von Georg Knepler bzw. Friedrich Heer, Wien 1978 und 1984.

Fuhrer, Armin, Ernst Thälmann. Soldat des Proletariats, München 2011.

Fulbrook, Mary, German National Identity After the Holocaust, Cambridge 1999.

Funk-Hennigs, Erika, Die Agitpropbewegung als Teil der Arbeiterkultur der Weimarer Republik, in: Beiträge zur Populärmusikforschung, Nr. 15/16 (1995), S. 82–117.

Furet, François, Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München/Zürich 1996.

Gabert, Josef/Lutz Prieß (Hg.), SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956, Berlin 1990.

Gailus, Manfred, „Seid bereit zum Roten Oktober in Deutschland!" Die Kommunisten, in: Detlev Lehnert/Klaus Megerle (Hg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 61–88.

Gast, Helmut, Die Proletarischen Hundertschaften als Organe der Einheitsfront im Jahre 1923, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 4 (1956), Nr. 3, S. 439–465.

Gebhardt, Manfred, Die Nackte unterm Ladentisch. Das Magazin in der DDR, Berlin 2002.

Gebhardt, Manfred/Martina Rellin, Hilde Eisler, in: Das Magazin, Nr. 11/2000, S. 8–10.

Gélieu, Claudia von, Vom Politikverbot ins Kanzleramt. Ein hürdenreicher Weg für Frauen, Berlin 2008.

Gerber, Jan, Vorwort zu: Heinz Langerhans, Staatssubjekt Kapital. Texte zur Diskussion um Faschismus, Krieg und Krise, Halle (Saale) 2004 (im Internet).

Gerhart Eisler im Kampf gegen die USA-Administration. Dokumente, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 24 (1982), Nr. 6, S. 843–866.

Germain, E. [Ernest Mandel], Auch Ruth Fischer schreibt Geschichte ..., in: Die Internationale, hg. von den Internationalen Kommunisten Deutschlands, 3 (1949), Nr. 1, S. 14f.

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3 und 4, Berlin [DDR] 1966.

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin [DDR] 1970.

Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in vier Bänden, Berlin 1990 (Druckvorlage des nicht mehr ausgelieferten Buches).

Gestorben: Ruth Fischer, in: Der Spiegel, Nr. 13/1961.

Geyer, Dietrich, Sowjetrussland und die deutsche Arbeiterbewegung 1918–1932, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 24 (1976), Nr. 1, S. 2–37.

Gilbert, Felix, The End of the European Era, 1890 to the Present, New York 1970.

Gissurarson, Hannes H., Twist and Turns in the History of the Icelandic Communist Movement, The Reykjavík Grapevine vom 15. Februar 2012 (im Internet).

Glanz, Christian, Hanns Eisler. Werk und Leben, Wien 2008.

Goldbach, Marie-Luise, Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1918–1923, Bonn 1973.

Goode, Patrick, Karl Korsch. A Study in Western Marxism, London/Basingstoke 1979.

Graf, Christoph, Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklungen der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches, Berlin [West] 1983.

Graf, Rüdiger, Die „Krise“ im intellektuellen Zukunftsdiskurs der Weimarer Republik, in: Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hg.), Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt 2005, S. 77–106.

Graf, William D., The German Left Since 1945, Socialism and Social Democracy in the German Federal Republic, Cambridge/New York 1976.

Gramsci, Antonio, Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, hg. von Guido Zamiš, Leipzig 1980.

Grebing, Helga, Jüdische Intellektuelle und ihre politische Identität in der Weimarer Republik, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Nr. 34 (2005), S. 11–23.

Grebing, Helga/Klaus Kinner (Hg.), Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung, Essen 1990.

Groehler, Olaf, Der lautlose Tod, 2. Aufl., Berlin [DDR] 1980.

Groehler, Olaf, Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920–1941, Berlin 1992.

Grombach, John V., The Great Liquidator. The Life of Dr. Marcel Petiot, Garden City, NY 1980.

Gross, Babette, Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967.

Grossmann, Kurt R., Emigration. Die Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933–1945, Frankfurt 1969.

Gruppe Magma (Hg.), „... denn Angriff ist die beste Verteidigung." Die KPD zwischen Revolution und Faschismus, Bonn 2001.

Gumprecht, Holger, „New Weimar" unter Palmen. Deutsche Schriftsteller im Exil in Los Angeles, Berlin 1998.

Gupta, Sobhanlal Datta, Comintern and the Destiny of Communism in India 1919–1943. Dialectics of Real and a Possible History, Kolkata 2006.

Gutjahr, Wolf-Dietrich, „Revolution muss sein." Karl Radek. Die Biographie, Köln u. a. 2012.

Guttman, William/Patricia Meehan, The Great Inflation. Germany 1919–23, Farnborough 1975.

Guttsman, W. L., Workers' Culture in the Weimar Republic. Between Tradition and Commitment, Oxford/New York 1990.

Haas, Leonhard, Karl Vital Moor 1852–1932. Ein Leben für Marx und Lenin, Zürich u. a. 1970.

Habedank, Heinz, Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes, Berlin [DDR] 1958.

Hacohen, Malachi Haim, Karl Popper. The Formative Years, 1902–1945, Cambridge 2000.

Häupel, Beate, Karl Kautsky – seine Auffassungen zur proletarischen Demokratie. Eine ideengeschichtliche Betrachtung unter besonderer Berücksichtigung seines Modells der politischen Institutionen, Frankfurt u. a. 1993.

Haferstroh, Peter, Von der Nachkriegskrise zur Stablisierung des Kapitalismus. Imperialismustheorie und -analyse von KPD und KI von 1921/22 bis 1926/27, Dissertation B, Karl-Marx-Universität Leipzig 1989.

Haferstroh, Peter u. a., „Imperialismus" – ein linker Kampfbegriff? Zur Geschichte der kommunistischen Kapitalismuskritik, in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hg.), Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943), Mainz 1992, S. 157–166.

Haffner, Sebastian, Eine Abtrünnige wider Willen. Zum Tode von Ruth Fischer, in: Die Welt vom 23. März 1961.

Haffner, Sebastian, Die verratene Revolution. Deutschland 1918/19, Hamburg 1969.

Hagemann, Karen, Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik, Bonn 1990.

Haikal, Mustafa, Die Kommunistische Partei Deutschlands und die nationale Befreiungsbewegung in Asien und Afrika 1919–1927/28, Diss. A, Leipzig 1987.

Haikal, Mustafa, Die Kommunistische Internationale und die „Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit", in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hg.), Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943), Mainz 1992, S. 239–252.

Hajek, Friederike, Selbstzeugnisse der Afroamerikaner. Black Liberation Movement und Autobiographie, Berlin [DDR] 1984.

Hájek, Miloš/Hana Mejdrová, Die Entstehung der III. Internationale, Bremen 1997.

Hakenkreuz oder Sowjetstern? Deutschlands Weg – Deutschlands Rettung, Berlin 1923.

Halperin, S. William, Germany Tried Democracy. A Political History of the Reich from 1918 to 1933, New York 1965.

Hamann, Brigitte, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München/Zürich 1998.

Hambrecht, Rainer, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925–1933), Nürnberg 1976.

Harman, Chris, The Lost Revolution. Germany 1918 to 1923, London u. a. 1997.

Haro, Lea, Rosa Luxemburg & the Mass Strike, Solidarity, September-October 2005 (im Internet).

Harsch, Donna, German Social Democracy and the Rise of Nazism, Chapel Hill 1993.

Hartmann, Anne, Lion Feuchtwanger, zurück aus Sowjetrussland. Selbstzensur eines Reiseberichts, in: Exil. Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse, 29 (2009), Nr. 1, S. 16–40.

Hartmann, Anne/Wolfram Eggeling, Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945–1953, Berlin 1998.

Hartung, Günter, Der Dichter Bertolt Brecht. Zwölf Studien, Leipzig 2004.

Haupt, Georges/Jean-Jacques Marie (Hg.), Makers of the Russian Revolution. Biographies of Bolshevik Leaders, Ithaca 1974.

Hautmann, Hans, Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, Wien 1970.

Hautmann, Hans, Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, Wien 1971.

Hautmann, Hans, Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924, Wien/Zürich 1987.

Hautmann, Hans, Der Polizeibericht über die Gründung der KPÖ, in: Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft, Nr. 3 (1998) (im Internet).

Hautmann, Hans/Rudolf Kropf, Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik, Wien 1974.

Haverty Stacke, Donna T., America's Forgotten Holiday. May Day and Nationalism, 1867–1960, New York/London 2009.

Haynes, John Earl/Harvey Klehr, Venona. Decoding Soviet Espionage in America, New Haven/London 1999.

Haynes, John Earl/Harvey Klehr, The CPUSA Reports to the Comintern: 1941, in: American Communist History, 4 (2005), Nr. 1, S. 21–60.

Haynes, John Earl u. a., Spies. The Rise and Fall of the KGB in America, New Haven (Connecticut) 2009.

Heale, Michael J., American Anti-Communism. Combating the Enemy Within, 1830–1970, Baltimore/London 1990.

Heartfield, John, Der Schnitt entlang der Zeit. Selbstzeugnisse, Erinnerungen, Interpretation. Eine Dokumentation, hg. von Roland März unter Mitarbeit von Gertrud Heartfield, Dresden 1981.

Hedeler, Wladislaw, „Die ‚Geschichte' ist mir nur Mittel zum Zweck …", in: Neues Deutschland vom 23. April 1991, Beilage.

Hedeler, Wladislaw, Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung, Berlin 2003.

Hedeler, Wladislaw, Deutsche kommunistische Historiker während der „Säuberung" des Marx-Engels-Lenin-Instituts in Moskau, in: Mario Keßler (Hg.), Deutsche Historiker im Exil. Ausgewählte Studien, Berlin 2005, S. 299–318.

Hedeler, Wladislaw/Ruth Stoljarowa, Nikolai Bucharin. Leben und Werk, Mainz 1993.

Heer, Hannes, Ernst Thälmann in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek 1975.

Heer, Hannes, Einübung in den Holocaust. Lemberg Juni/Juli 1941, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 52 (2005), Nr. 5, S. 409–427.

Heer-Kleinert, Lore, Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/New York 1983.

Heid, Ludger Joseph, Abtrünnige Wider Willen. Vor fünfzig Jahren starb die deutsche Kommunistin Ruth Fischer, in: Jüdische Zeitung, Nr. 62/April 2011.

Heigl, Richard, Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken, Hamburg 2008.

Heilbut, Anthony, Kultur ohne Heimat. Deutsche Emigranten in den USA nach 1930, Reinbek 1991.

Heller, Michael/Alexander Nekrich, Geschichte der Sowjetunion, Bd. 1, Frankfurt 1985.

Hendon, Ann, Head of the Whole Business, in: The American Mercury vom 25. Januar 2011 (auch im Internet).

Hennenberg, Fritz, Hanns Eisler mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek 1986.

Herbstritt, Georg, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2011.

Herf, Jeffrey, Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Akten, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 42 (1994), Nr. 4, S. 635–667.

Hering, Sabine, Das Exil als Falle. Vier Frauen auf der Flucht vor Hitler und Stalin, in: Ariadne, Nr. 32 (November 1997), S. 54–59.

Hering, Sabine/Kurt Schilde, Der Kronprinz hob sie aus dem Sattel. Von Thälmann aus der Parteispitze verdrängt, auf Weisung Stalins zum Tode verurteilt: Ihr Kampfname war Ruth Fischer, in: Berliner Zeitung vom 16. Dezember 1995.

Hering, Sabine/Kurt Schilde, Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt 1995.

Hering, Sabine/Kurt Schilde, Fischer, Ruth, in: Manfred Asendorf/Rolf von Bockel (Hg.), Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten, Stuttgart/Weimar 1997, S. 171f.

Hering, Sabine/Kurt Schilde, Verkehrtes Marionettentheater. Ruth Fischer im Deutschen Reichstag (1924–1928), in: Udo Arnold u. a. (Hg.), Stationen einer Hochschullaufbahn. Festschrift für Annette Kuhn zum 65. Geburtstag, Dortmund 1999, S. 347–374.

Hermand, Jost, Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik Deutschland 1945–1965, Frankfurt/Berlin 1989.

Hermand, Jost, „Ewig diese Widersprüche!" Elfriede Friedländers Sexualethik des Kommunismus (1920), in: Wolfgang Emmerich u. a. (Hg.), Eros und Literatur. Liebe in Texten von der Antike bis zum Cyberspace. Festschrift für Gert Sautermeister, Bremen 2005, S. 201–213.

Hermand, Jost. Freundschaft. Zur Geschichte einer sozialen Bindung, Köln u. a. 2006.

Hermand, Jost, Die Toten schweigen nicht. Brecht-Aufsätze, Frankfurt 2010.

Hermand, Jost, Ruth Fischer alias Elfriede Friedländer. Sexualwissenschaftlerin, Kommunistin, Antistalinistin, in: Heidi Beutin (Hg.), Die Frau greift ein in

die Politik. Schriftstellerinnen in Opposition, Revolution und Widerstand, Frankfurt u. a. 2010, S. 317–332.

Hildebrandt, Ingeborg, Der Kampf in der KPD gegen den Revisionismus der Ultralinken zu Beginn der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland, Diss., Berlin [DDR] 1966.

Hildebrandt, I. [Ingeborg], Fischer, Ruth, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, Berlin [DDR] 1970, S. 131f.

Hirschinger, Frank, „Gestapoagenten, Trotzkisten, Verräter". Kommunistische Parteisäuberungen in Sachsen-Anhalt 1918–1953, Göttingen 2005.

Hoberman, Jim/Jeffrey Shandler, Entertaining America. Jews, Movies, and Broadcasting, New York/Princeton 2003.

Hobsbawm, Eric., Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2002.

Hochgeschwender, Michael, Freiheit in der Offensive? Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998.

Hochgeschwender, Michael, Remigranten im Umfeld der Zeitschrift *Der Monat* und des *Congress for Cultural Freedom* (CCF), in: Claus-Dieter Krohn/Axel Schildt (Hg.), Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit, Hamburg 2002, S. 180–206.

Hodann, Max, Geschlecht und Liebe in biologischer und gesellschaftlicher Beziehung, 2. Aufl., Berlin 1932.

Hodos, Georg Hermann, Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–1954, Berlin 2001.

Höller, Herwig, Zwischen Lenin und Kaltenegger, in: Der Falter vom 5. November 2008 (auch im Internet).

Hoffrogge, Ralf, Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008.

Hoffrogge, Ralf, Utopien am Abgrund. Der Briefwechsel Werner Scholem – Gershom Scholem in den Jahren 191 bis 1919, in: Veit Didczuneit u. a. (Hg.), Schreiben im Krieg – Schreiben vom Krieg. Feldpost im Zeitalter der Weltkriege, Essen 2011, S. 429–440.

Hoffrogge, Ralf, Emmy und Werner Scholem im Kampf zwischen Utopie und Gegenrevolution, in: Hannoversche Geschichtsblätter, Nr. 65 (2012), S. 157–175.

Hofmann, Werner, Ideengeschichte der sozialen Bewegung, 4. Aufl., Berlin [West]/New York 1971.

Hofstadter, Richard, The Paranoid Style in American Politics and Other Essays, New York 2008.

Hollinger, David A., The Humanities and the Dynamics of Inclusion Since World War II, Baltimore/London 2006.

Hook, Sidney, Russia's Military Successes Do Not Whitewash Crimes at Home, in: The New Leader vom 31. Januar 1942.

Hoppe, Bert, Stalin und die KPD in der Weimarer Republik, in: Jürgen Zarusky (Hg.), Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung, München 2006, S. 19–42.

Hoppe, Bert, In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933, München 2007.

Hoppe, Bert, Iron Revolutionaries and Salon Socialists. Bolsheviks and German Communists in the 1920s and 1930s, in: Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History, 10 (2009), Nr. 3, S. 499–526.

Horn, Gerd-Rainer, European Socialists Respond to Fascism. Ideology, Activism and Contingency in the 1930s, New York/Oxford 1996.

Hornstein, David P., Arthur Ewert. A Life for the Comintern, Lanham (Maryland) 1993.

Hortzschansky, Günter/Walter Wimmer, Ernst Thälmann. Kleine Biographie, Berlin [DDR] 1988.

Howe, Irving, Selected Writings 1950–1990, San Diego 1992.

Huber, Peter, Das Führungskorps der Komintern. Ein soziobiographischer Querschnitt, in: Michael Buckmiller/Klaus Meschkat (Hg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, S. 195–246.

Hürten, Heinz, Bürgerkriege in der Republik. Die Kämpfe um die innere Ordnung von Weimar 1918–1920, in: Karl Dietrich Bracher u. a. (Hg.), Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, 2. Aufl., Bonn 1988, S. 81–94.

Hulse, John W., The Forming of the Communist International, Stanford 1964.

Hunt, Richard N., German Social Democracy, 1918–1933, New Haven/London 1964.

Ihlau, Olaf, Die Roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich", Meisenheim 1969.

Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929.

In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, Berlin 1991.

Isenberg, Sheila, A Hero of Our Own. The Story of Varian Fry, Lincoln (Nebraska) 2005.

Iverem, Esther, Alexander G. Barmine, 88, Dies., Early High-Level Soviet Defector, in: The New York Times vom 28. Dezember 1987.

Jahoda, Marie/Paul Lazarsfeld/Hans Zeisel, Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen lang andauernder Arbeitslosigkeit, Leipzig 1933, Neuausgabe Frankfurt 1975.

Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1923–24, Hamburg 1924.

James, C. L. R., World Revolution. The Rise and Fall of the Communist International, Atlantic Highlands, NJ 1993.

Jay, Martin, Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950, Frankfurt 1985.

Jenks, John, British Propaganda and News Media in the Cold War, Edinburgh 2006.

Jentsch, Harald, Die politische Theorie August Thalheimers 1919–1923, Mainz 1993.

Jentsch, Harald, Die KPD und der „Deutsche Oktober" 1923, Rostock 2005.

Jentsch, Harald, Gravierende Missverständnisse, in: Neues Deutschland vom 21./22. Juni 2008.

Johnpoll, Bernard K./Harvey Klehr (Hg.), Biographical Dictionary of the American Left, New York 1986.

Joll, James, Europe Since 1870. An International History, Harmondsworth 1990.

Jones, Mike, Germany 1923: The Communist Party of Germany and the Role of the Communist International, in: Revolutionary History, 5 (1994), Nr. 2, S. 107–129.

Jones, Nigel H., Hitler's Heralds. The Story of the Freikorps, 1918–1923, New York 1992.

Jones, William David, The Lost Debate. German Socialist Intellectuals and Totalitarianism, Urbana/Chicago 1999.

Jonghe, Alex de, Weimar Chronicle. Prelude to Hitler, New York 1978.

Jonscher, Reinhard, Kleine thüringische Geschichte. Vom Thüringer Reich bis 1945, 2. Aufl., Jena 1995.

Jung, Franz, Zwei Briefe an Ruth Fischer, in: Sinn und Form, 47 (1995), Nr. 6, S. 901–910.

Jungk, Peter Stephan, Franz Werfel. Eine Lebensgeschichte, Frankfurt 2001.

Kachel, Steffen, Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Köln u. a. 2011.

Kaestner, Jürgen, Die politische Theorie August Thalheimers, Frankfurt/New York 1982.

Kaisen, Wilhelm, Der Kommunismus stirbt an Lenin, in: Die Zeit vom 6. Dezember 1956.

Kaiser, Gerd, Arbeiterführer zwischen den Parteien: Guido Heyn (1882–1945), in: Mario Hesselbarth u. a. (Hg.), Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen, Jena 2006, S. 217–227.

Kalter, Christoph, Die „Entdeckung" des „Tiers Monde" und die radikale Linke zwischen Nachkriegskapitalismus, Dekolonisierung und Kaltem Krieg in Frankreich (1958–1975), in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 38/39 (2006/07), S. 33–38.

Kalter, Christoph, Das Eigene im Fremden. Der Algerienkrieg und die Anfänge der Neuen Linken der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 55 (2007), Nr. 2, S. 142–161.

Kantorowicz, Alfred, Vom moralischen Gewinn der Niederlage. Artikel und Ansprachen, Berlin 1949.

Kantorowicz, Alfred, Politik und Literatur im Exil. Deutschsprachige Schriftsteller im Kampf gegen den Nationalsozialismus, München 1983.

Kaplan, Karel, Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948–1954, München 1986.

Karl, Heinz, Die KPD – Leistungen und Grenzen, in: 75 Jahre deutsche Novemberrevolution. Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung 21, Bonn 1994, S. 75–97.

Karl, Heinz, Geschichte der KPD im Spiegel gegenwärtiger Geschichtsschreibung, in: Mitteilungen der kommunistischen Plattform, März 2009 (im Internet).

Karl, Heinz, Faschisierung und antifaschistischer Abwehrkampf, in: Geschichts-Korrespondenz, Nr. 2/2012, S. 3–17.

Karl, Heinz/Erika Kücklich (Hg.), Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik, Mai 1932 bis Januar 1933, Berlin [DDR] 1965.

Kater, Michael H., Studenten und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975.

Kater, Michael H., Gewagtes Spiel. Jazz im Nationalsozialismus, Köln 1995.

Kaufmann, Bernd u. a., Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937, Berlin 1993.

Kebir, Sabine, Antonio Gramscis Zivilgesellschaft, Hamburg 1991.

Keim, Wolfgang/Norbert Weber (Hg.), Reformpädagogik in Berlin, Basel 1998.

Keller, Fritz, Die Arbeiter- und Soldatenräte in Österreich 1918–1923, Wien 1998.

Keller, Fritz, Bucharins Instruktionen an die diplomatischen Vertretungen der Sowjetunion, in: The International Newsletter of Communist Studies, 10 (2004), Nr. 17, S. 19–20.

Kern, Martin, The Emigration of German Sinologists 1933–1945. Notes on the History and Historiography of Chinese Studies, in: Journal of the American Oriental Society, 118 (1998), Nr. 4, S. 507–529.

Kersten, Michael, Die Beiträge deutscher Marxisten in der Programmdiskussion der Komintern, Mainz 1994.

Kertzscher, Günter, Die heilige Einfalt oder: Jewtuschenkos Philosophie der friedlichen Koexistenz, in: Neues Deutschland vom 11. April 1963.

Keßler, Mario, Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933, Berlin 1994.

Keßler, Mario, Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995.

Keßler, Mario, Exil und Nach-Exil. Vertriebene Intellektuelle im 20. Jahrhundert, Hamburg 2002.

Keßler, Mario, Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943), Köln u. a. 2003.

Keßler, Mario, Vom bürgerlichen Zeitalter zur Globalisierung. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 2005.

Kessler, Mario, On Anti-Semitism and Socialism. Selected Essays, Berlin 2005.

Keßler, Mario, Ossip K. Flechtheim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenker (1909–1998), Köln u. a. 2007.

Keßler, Mario, Von Hippokrates zu Hitler. Über Kommunismus, Faschismus und die Totalitarismus-Debatte, Berlin 2008.

Keßler, Mario, Die Novemberrevoliution und ihre Räte. Die DDR-Debatten des Jahres 1958 und die internationale Forschung. Hefte zur DDR-Geschichte 112, Berlin 2008.

Kessler, Mario, The Comintern and the Left Poale Zion, 1919–1922, in: Australian Journal of Jewish Studies, 24 (2010), S. 116–133.

Keßler, Mario, Kommunismuskritik im westlichen Nachkriegsdeutschland. Franz Borkenau, Richard Löwenthal, Ossip Flechtheim, Berlin 2011.

Keßler, Mario, Frauen-Geschichten: Ruth Fischer, in: Neues Deutschland vom 26. März 2011.

Keßler, Mario, Antistalinismus oder Antikommunismus? Ruth Fischer als „Kronzeugin“ gegen die „kommunistische Verschwörung“ in den USA, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 19 (2011), S. 205–222.

Kessler, Mario, Between Communism and Anti-Communism: Franz Borkenau, in: Axel Fair-Schulz/Mario Kessler (Hg.), German Scholars in Exile. New Studies in Intellectual History, Lanham (Maryland) u. a. 2011, S. 93–120.

Kessler, Mario, Between History and Futurology: Ossip K. Flechtheim, ebd., S. 173–211.

Kessler, Mario, Ruth Fischer: Communist and Anti-Communist Between Europe and America, 1896–1961, in: Logos. A Journal of Modern Society & Culture, 12 (2012), Nr. 2/3 (im Internet).

Khaury, Thomas, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.

Kiaulehn, Walter, Berlin. Schicksal einer Weltstadt, München 1976.

Kießling, Wolfgang, Partner im „Narrenparadies". Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994.

Kießling, Wolfgang, Willi Kreikemeyer, der verschwundene Reichsbahnchef, Berlin 1997.

Kinner, Klaus, Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933. Geschichte und Politik im Kampf der KPD, Berlin [DDR] 1982.

Kinner, Klaus, Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999.

Kinner, Klaus, Ernst Thälmann – Mythos und Realität, in: Peter Monteath (Hg.), Ernst Thälmann. Mensch und Mythos (Sondernummer des „German Monitor"), Amsterdam/Atlanta 2000, S. 31–39.

Kinner, Klaus, Die Luxemburg-Rezeption in KPD und Komintern, in: Utopie kreativ, Nr. 129/130 (Juli/August 2001), S. 595–603.

Kirchner, Olaf, Die „sowjetische Sektion" in der Komintern, in: Michael Buckmiller/Klaus Meschkat (Hg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, S. 247–286.

Kistenmacher, Olaf, Klassenkämpfer wider Willen. Die KPD und der Antisemitismus in der Weimarer Republik, in: Jungle World vom 14. Juli 2011.

Kitchen, Martin, August Thalheimer's Theory of Fascism, in: Journal of the History of Ideas, 34 (1973), Nr. 1, S. 67–78.

Klausen, Hans-Werner, Der „deutsche Oktober" fand nicht statt, in: Berliner Umschau [Internet-Journal] vom 5. Januar 2004.

Klehr, Harvey u. a., The Secret World of American Communism, New Haven 1997.

Klehr, Harvey u. a., The Soviet World of American Communism, New Haven 1997.

Klehr, Harvey u. a., Childs at Play. The FBI's Cold War Triumph, in: The Weekly Standard vom 5. September 2011.

Klein, Anne, Flüchtlingspolitik und Flüchtlingshilfe 1940–1942. Varian Fry und die Komitees zur Rettung politisch Verfolgter in New York und Marseille, Berlin 2007.

Klein, Fritz, Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917–1932, Berlin [DDR] 1952.

Klein, Thomas, „Für die Einheit und Reinheit der Partei." Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Köln u. a. 2002.

Klemm, Eberhardt, Spuren der Avantgarde. Schriften 1955–1991, Köln 1997.

Klönne, Arno, Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen, München 1989.

Knickerbocker, H. R., Deutschland so oder so?, Berlin 1932.

Knopf, Jan, Bertolt Brecht. Lebenskunst in finsteren Zeiten, Biographie, München 2012.

Knütter, Hans-Helmuth, Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918–1931, Düsseldorf 1971.

Kobjakow, Ju. N., Bumažnaja fabrika, in: Očerki istorii rossijskoi vnejžnej razvedki, Bd. 3: 1933–1941 gody, Moskau 2003, S. 191–199.

Koch, Stephen, Double Lives. Stalin, Willi Münzenberg and the Seduction of the Intellectuals, London 1995.

Koch-Baumgarten, Sigrid, Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt/New York 1985.

Koch-Baumgarten, Sigrid, Eine Wende zur Geschichtsschreibung der KPD in der Weimarer Republik?, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 34 (1998), Nr. 1, S. 182–189.

Kochan, Lionel, Russland und die Weimarer Republik, Düsseldorf 1955.

Köller, Heinz, Für Demokratie, Brot, Frieden. Die Volksfront in Frankreich 1935 bis 1938, Bonn 1996.

Könnemann, Erwin/Hans-Joachim Krusch, Aktionseinheit contra Kapp-Putsch, Berlin [DDR] 1972.

Körner, Klaus, Von der antibolschewistischen zur antisowjetischen Propaganda: Dr. Eberhard Taubert, in: Arnold Sywottek (Hg.), Der Kalte Krieg – Vorspiel zum Frieden? Jahrbuch für Historische Friedensforschung, Bd. 2, Münster 1993, S. 54–68.

Körner, Klaus, „Die Rote Gefahr". Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950–2000, Hamburg 2003.

Kössler, Till, Utopie und Realpolitik. Neuerscheinungen zum Kommunismus und Sozialismus in Deutschland, in: Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Nr. 22 (1999), S. 205–215.

Köster, Barbara, „Die junge Garde des Proletariats". Untersuchungen zum Kommunistischen Jugendverband Deutschlands in der Weimarer Republik, Diss., Bielefeld 2005 (auch im Internet).

Kolb, Eberhard, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962, Neuausg. Frankfurt u. a. 1987.

Kolb, Eberhard, Die Weimarer Republik, 6. erw. Aufl., München 2002.

Kontos, Paul, Russische Revolutionäre in Wien 1900–1917, Wien 1993.

Kontos, Silvia, Die Partei kämpft wie ein Mann. Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik, Basel/Frankfurt 1979.

Korsch, Karl, Politische Texte, hg. von Erich Gerlach und Jürgen Seifert, Frankfurt 1974.

Korthaase, Werner, Dmitrij Čiževskij. Žizn' velikogo učenogo, hg. von Roman Mnich, Siedlce 2010.

Kovel, Joel, Red Hunting in the Promised Land. Anticommunism and the Making of America, London/Washington 1997.

Kreter, Karljo, Sozialisten der Adenauer-Zeit. Die Zeitschrift „Funken". Von der heimatlosen Linken zur innerparteilichen Opposition in der SPD, Hamburg 1986.

Kritidis, Gregor, Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008.

Kröger, Sarah, Die Faschismustheorien von Leo Trotzki und August Thalheimer. Eine vergleichende Analyse, Staatsprüfungsarbeit, Universität Hamburg 2005 (auch im Internet).

Krohn, Claus-Dieter, Beklemmende Schattenkämpfe. Die Briefe von Ruth Fischer und Arkadij Maslow zeigen Züge von Verfolgungswahn, in: Die Zeit vom 30. November 1990.

Krohn, Claus-Dieter, Anfänge der Exilforschung in den USA. Exil, Emigration, Akkulturation, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, 30 (2012), S. 1–29.

Kroll, Thomas, Kommunistische Intellektuelle in Westeuropa. Frankreich, Österreich, Italien und Großbritannien im Vergleich (1945–1956), Köln u. a. 2007.

Krusch, Hans-Joachim, Zum Zusammenwirken von KI und deutscher Sektion in der Frage der Arbeiter-und-Bauern-Regierung im Jahre 1923, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 15 (1973), Nr. 5, S. 757–773.

Krusch, Hans-Joachim, Linksregierungen im Visier. Reichsexekutive 1923, Schkeuditz 1998.

Krusch, Hans-Joachim, „Arbeiter-Regierung" als Übergangsforderung der KI, in: Marxistische Blätter, 42 (2004), Nr. 3, S. 15–22.

Kücklich, Erika/Stefan Weber, Die Rolle der Betriebszellen der KPD in den Jahren der Weimarer Republik, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 22 (1980), Nr. 1, S. 117–130.

Kühnl, Reinhard, Die Weimarer Republik. Errichtung, Machtstruktur und Zerstörung einer Demokratie, Reinbek 1988.

Kunkat, Cornelie, Sidney Hook. Intellektueller zwischen Marxismus und Pragmatismus, Frankfurt 2000.

Kurz, Thomas, „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Bonn 1988.

Kutulas, Judy, Long War. The Intellectual People’s Front and Anti-Stalinism, 1930–1940, Durham/London 1995.

Lahme, Tilman, Golo Mann. Biographie, 2. Aufl., Frankfurt 2009.

Landauer, Carl, European Socialism. A History of Ideas and Movements from the Industrial Revolution to Hitler‘s Seizure of Power, Bd. 1, Berkeley/Los Angeles 1959.

Lange, Annemarie, Berlin in der Weimarer Republik, Berlin [DDR] 1987.

Langels, Otto, Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt u. a. 1984.

Lange-Enzmann, Birgit, Franz Borkenau als politischer Denker, Berlin 1996.

Langerhans, Heinz, Ruth Fischer, in: Frankfurter Hefte, 16 (1961), Nr. 4, S. 217f.

Langkau-Alex, Ursula, Deutsche Emigrationspresse (auch eine Geschichte des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ in Paris), in: Wulf Koepke/Michael Winkler (Hg.), Exilliteratur 1933–1945, Darmstadt 1988, S. 169–215.

Langkau-Alex, Ursula, Deutsche Volksfront 1932–1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau, Bd. 2, Berlin 2005.

Langkau-Alex, Ursula/Thomas M. Ruprecht (Hg.), Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York 1944–1945, Frankfurt/New York 1995.

LaPorte, Norman, „Stalinization“ and its Limits in the Saxon KPD, 1925–28, in: European History Quarterly, 31 (2001), Nr. 4, S. 549–590.

LaPorte, Norman, The German Communist Party in Saxony, 1924–1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure, Bern 2003.

LaPorte, Norman/Kevin Morgan, „Kings among their Subjects“? Ernst Thälmann, Harry Pollitt and the Leadership Cult as Stalinization, in: Norman LaPorte u. a. (Hg.), Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Perspectives on Stalinization, 1917–53, Houndmills/New York 2008, S. 124–145.

Laqueur, Walter, Die deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie, Köln 1962.

Laqueur, Walter, Russia and Germany. A Century of Conflict, Boston 1965.

Laqueur, Walter, Mythos der Revolution. Deutungen und Fehldeutungen der Sowjetgeschichte, Frankfurt 1967.

Laqueur, Walter, Out of the Ruins of Europe, New York 1971.

Laqueur, Walter, Weimar 1918–1933. Die Kultur der Republik, Frankfurt u. a. 1974.

Laqueur, Walter, The Dream that Failed. Reflections on the Soviet Union, New York 1994.

Laschitza, Annelies, Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 33 (1991), Nr. 4, S. 453–452.

Laski, Harold, Reason and Russia, in: The New Republic vom 6. Dezember 1948.

Laurat, Lucien, Le Manifeste communiste de 1848 et le monde d'aujourd'hui, Paris 1948.

Laurat, Lucien, Le parti communiste autrichien, in: Jacques Freymond (Hg.), Contributions a l'histoire du Comintern, Genève 1965, S. 67–95.

Lazitch, Branko, Métamorphoses de Ruth Fischer, in: Est et Ouest, Nr. 243 (1.–15. octobre 1960), S. 16f.

Lazitch, Branko/Milorad M. Drachkovitch (Hg.), Biographical Dicionary of the Comintern, Stanford 1973.

Leab, Daniel J., I Was a Communist for the FBI. The Unhappy Life and Times of Matt Cvetic, University Park (Pennsylvania) 2000.

Leers, Johann von, 14 Jahre Judenrepublik. Die Geschichte eines Rassenkampfes, 2 Bde., Berlin-Schöneberg [1933].

Leichter, Käthe, Rückfall in die Barbarei?, in: Arbeiterzeitung vom 1. Januar 1933.

Leidinger, Hannes/Verena Moritz, Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr. Die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917–1920, Wien 2003.

Leites, Nathan/Elsa Bernaut, Ritual of Liquidation. The Case of the Moscow Trials, Glencoe (Illinois) 1954.

Lenin, W. I., Werke, Berlin [DDR] 1955ff., Bde. 5, 9, 23, 27, 32, 33, 35.

Lenz, J. [Josef Winternitz], Die II. Internationale und ihr Erbe, Berlin 1928.

Leo, Annette, Liturgie statt Erinnerung. Die Schaffung eines Heldenbildes am Beispiel Ernst Thälmanns, in: Peter Monteath (Hg.), Ernst Thälmann. Mensch und Mythos (Sondernummer des „German Monitor"), Amsterdam/Atlanta 2000, S. 17–30.

Leonhard, Wolfgang, Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes, München 1989.

Leonhard, Wolfgang, Verfolgt von Hitler und Stalin – deutsche Kommunisten im 20. Jahrhundert (im Internet).

Lerner, Warren, Karl Radek. The Last Internationalist, Stanford 1970.

Levi, Paul, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Gedächtnis, in: Leipziger Volkszeitung vom 15. Januar 1929.

Levin, Caroline, Provoking Democracy. Why We Need the Arts, Malden (Massachusetts) 2007.

Lewerenz, Elfriede, Antifaschistischer Kampf der Kommunistischen Internationale im Jahre 1923, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 25 (1983), Nr. 1, S. 17–29.

Lewis, David Levering, W. E. B. Dubois, Bd. 2: The Fight for Equality and the American Century, 1919–1963, New York 2001.
Lichtman, Robert M., Louis Budenz, the FBI, and the „List of 400 Concealed Communists“. An Extended Tale of McCarthy Era Informing, in: American Communist History, 3 (2004), Nr. 1, S. 25–54.
Liebman, Marcel, Was Lenin a Stalinist?, in: Tariq Ali (Hg.), The Stalinist Legacy. Its Impact on 20th Century World Politics, Harmondsworth 1984, S. 129–167.
Lindemann, Albert S., The Red Years. European Socialism vs. Bolshevism 1919–1921, Berkeley 1974.
Lindemann, Albert S., A History of European Socialism, New Haven/London 1983.
Linden, Marcel van der, Von der Oktoberrevolution zur Perestroika. Der westliche Marxismus und die Sowjetunion, Frankfurt 1992.
Linder, Herbert, Von der NSDAP zur SPD. Der politische Lebensweg des Dr. Helmuth Klotz (1894–1943), Konstanz 1998.
Link, Werner, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK), Meisenheim 1964.
Linton, Matthew D., The Transformation of Cain. Karl August Wittfogel's American Acculturation and the Cold War, 1934–1963. Master's Thesis, Brandeis University, Waltham (Massachusetts) 2011 (auch im Internet).
Liptzin, Solomon, Germany's Stepchildren, Cleveland u. a. 1961.
Littlejohn, David, The Patriotic Traitors. A History of Collaboration in German-Occupied Europe, 1940–45, London 1972.
Lönne, Karl-Egon, Die Auseinandersetzung der „Roten Fahne“ und des „Vorwärts“ mit dem italienischen Faschismus 1920–1933, Köln/Wien 1981.
Loeser, Franz, Die unglaubwürdige Gesellschaft. Quo vadis, DDR?, Köln 1984.
Löw, Raimund, Otto Bauer und die russische Revolution, Wien 1980.
Löwenthal, Richard, The Bolshevisation of the Spartacus League, in: David Footman (Hg.), International Communism. St. Antony's Papers, No. 9, London 1960, S. 23–71.
Löwenthal [Lowenthal], Richard, The East German Uprising, in: The Observer vom 21. Juni 1953.
Löwy, Michael, Erlösung und Utopie. Jüdischer Messianismus und libertäres Denken. Eine Wahlverwandtschaft, Berlin 1997.
Longerich, Peter, Deutschland 1918–1933. Die Weimarer Republik, Hannover 1995.
Loth, Wilfried, Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1987.
Lucas, Erhard u. a., Ruhrkampf 1920 – die vergessene Revolution. Ein politischer Reiseführer, Essen 1920.

Lukács, Georg, Die Zerstörung der Vernunft, Berlin [DDR] 1954.
Lukács, Georg/Johannes R. Becher/Friedrich Wolf u. a., Die Säuberung. Moskau 1936. Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung, hg. von Reinhard Müller, Reinbek 1991.
Luks, Leonid, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935, Stuttgart 1984.
Luks, Leonid (Hg.), Der Spätstalinismus und die „jüdische Frage". Zur antisemitischen Wendung des Kommunismus, Köln u. a. 1996.
Lustiger, Arno, Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und die sowjetischen Juden, Berlin 1998.
Luxemburg, Rosa, Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin [DDR] 1974.
Luz, Rudolf, KPD, Weimarer Staat und politische Einheit der Arbeiterbewegung in der Nachkriegskrise 1919–1922/23, Konstanz 1987.
Lyon, James K. (Hg.), Brecht in den USA, Frankfurt 1994.
Maas, Lieselotte, Handbuch der deutschen Exilpresse, Bd. 4, München/Wien 1990.
Die Macher des Protokolls „M". Ruth Fischer Urheberin der Provokation, in: Tribüne vom 19. Januar 1948.
Madry, Jindřich, Entscheidungsfindung in der Tschechoslowakei nach Stalins Tod, in: Jan Foitzik (Hg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum Ungarischen Volksaufstand, Paderborn 2001, S. 215–238.
Maeder, Thomas, Die unglaublichen Verbrechen des Dr. Petiot, Berlin 2006.
Major, Patrick, The Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West Germany, 1945–1956, Oxford 1997.
Mallmann, Klaus-Michael, Kommunisten in der Weimarer Republik. Zur Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1998.
Mallmann, Klaus-Michael, Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure?, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 47 (1999), Nr. 3, S. 401–415.
Mann, Thomas, Ich grüße Finnland, in: Sozialistische Mitteilungen [London], Nr. 2 vom 20. Januar 1940, S. 1.
Marable, Manning, Race, Reform, and Rebellion. The Second Reconstruction and Beyond in Black America, 1945–2006, Jackson (Mississippi) 2007.
Marino, Andy, A Quiet American. The Secret War of Varian Fry, New York 1999.
Martin, Douglas, Robert J. Lamphere, 83, Spy Chaser for the F.B.I., Ders., in: The New York Times vom 11. Februar 2001.
Martin, Marko (Hg.), Ein Fenster zur Welt. Die Zeitschrift „Der Monat". Beiträge aus vier Jahrzehnten, Weinheim 2000.

Masloff, A.[Arkadij Maslow], Russia's Chief Weakness, in: Manchester Guardian vom 9. Dezember 1939.

Maslow, A., Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917, 1. Bd.: Die allgemeinen Grundlagen der russischen Revolution, Berlin 1925.

Maslow, A., Die Sterilisierung der Deutschen, in: Die Neue Weltbühne, 2 (18. Januar 1934), Nr. 3, S. 77–82.

Maslow, A., Sowjetchina, anders gesehen, in: Die Neue Weltbühne, 2 (24. Mai 1934), Nr. 21, S. 657–661.

Maslow, Arkadij, Die Tochter des Generals, hg. von Berit Balzer, Berlin 2010. [Publikationen Maslows in Organen der KPD, der trotzkistischen Bewegung und der *Pariser Tageszeitung* sind in den Anmerkungen genannt.]

Mathews, William Carl, The Rise and Fall of Red Saxony, in: David E. Barclay/Eric D. Weitz (Hg.), German Socialism and Communism from 1840 to 1990, New York/Oxford 1998, S. 293–313.

Mattick, Paul, Stalin and German Communism, in: Western Socialist, March-April 1949, S. 17–24.

Mayer, Hans, Außenseiter, Frankfurt 1975.

Mayer, Hans, Der Widerruf. Über Deutsche und Juden, Frankfurt 1996.

Mayer, Herbert, Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten Verbrechern …? Zu den Parteisäuberungen in der KPD und der Mitwirkung der SED, Berlin 1995.

McBride, Joseph, Whatever Happened to Orson Welles? A Portrait of an Independent Character, Lexington (Kentucky) 2006.

McGrath, William, Student Radicalism in Vienna, in: Journal of Contemporary History, 2 (1967), Nr. 2, S. 183–195.

McDermott, Kevin, Stalinist Terror in the Comintern: New Perspectives, in: Journal of Contemporary History, 30 (1995), Nr. 1, S. 111–130.

McDermott, Kevin/Jeremy Agnew, The Comintern. A History of International Communism from Lenin to Stalin, Houndmills/London 1996.

McFadden, Robert D., J. Parnell Thomas, Anti-Read Crusader is Dead, Headed House Committee on Un-American Activities, in: The New York Times vom 20. November 1970.

McLellan, Josie, The Politics of Communist Biography. Alfred Kantorowicz and the Spanish Civil War, in: German History, 22 (2004), Nr. 4, S. 536–562.

McLoughlin, Barry u. a., Kommunismus in Österreich 1918–1938, Wien u. a. 2009.

McMeekin, Sean, The Red Millionaire. A Political Biography of Willi Münzenberg, Moscow's Secret Propaganda Tsar in the West, New Haven/London 2003.

Das Menetekel Kronstadt 1921. Kriegskommunismus und Alternativen, Berlin 2011.

Merchav, Peretz, Die israelische Linke. Zionismus und Arbeiterbewegung in der Geschichte Israels, Frankfurt 1972.
Mergel, Thomas, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2005.
Meyssan, Thierry, La Mare (1942–1955), un service secret privé financé par Washington (im Internet).
Michels, Robert, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, 4. erweiterte Aufl., Stuttgart 1989.
Middell, Eike, Thomas. Mann. Versuch einer Einführung in Leben und Werk, Leipzig 1975.
Middell, Eike u. a., Exil in den USA, Leipzig 1979.
Mierau, Fritz, Das Verschwinden von Franz Jung. Stationen einer Biographie, Hamburg 1998.
Miles, Jonathan, The Nine Lives of Otto Katz. The Remarkable Story of a Communist Super-Spy, London 2011.
Mittenzwei, Werner, Das Leben des Bertolt Brecht oder der Umgang mit den Welträtseln, 2 Bde., 3. Aufl., Berlin/Weimar 1988.
Möller, Dietrich, Karl Radek in Deutschland. Revolutionär, Intrigant, Diplomat, Köln 1976.
Moneta, Jakob, Mehr Gewalt für die Ohnmächtigen. Reden und Aufsätze, Frankfurt 1991.
Monnerot, Jules, Soziologie des Kommunismus, Köln 1952.
Montagnon, Mathilde, Ruth Fischer 1895–1961. Itinéraire d'une communiste oppositionnelle, Université Pierre Mendès-France, Institut d'Etudes Politiques, Grenoble 1998.
Morel, Jan, Porträt einer Agentin, in: Die Weltbühne, 5 (1950), Nr. 6, S. 226.
Moritz, Verena/Hannes Leidinger, Wien als Standort der Kommunistischen Internationale bis Mitte der Zwanzigerjahre, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 12 (2004), S. 32–63.
Mosse, George L., Masses and Man. Nationalist and Fascist Perceptions of Reality, Detroit 1987.
Mosse, George L., Der Erste Weltkrieg und die Brutalisierung der Politik. Betrachtungen über die politische Rechte, den Rassismus und den deutschen Sonderweg, in: Manfred Funke u. a. (Hg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt in politischer Herrschaft in Deutschland und Europa 1987, S. 127–140.
Mothes, Jürgen, Lateinamerika und der „Generalstab der Weltrevolution." Zur Lateinamerika-Politik der Komintern, hg. von Klaus Meschkat, Berlin 2010.

Mühlen, Patrick von zur, Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939, Bonn 1985.
Müller, Reinhard [Hamburg], Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941, Berlin 1993.
Müller, Reinhard [Hamburg], Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung, Hamburg 2001.
Müller, Reinhard [Graz], Karl B. Frank alias Paul Hagen (1893–1969), in: Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Newsletter Nr. 12 (November 1995), S. 10–18.
Müller-Enbergs, Hartmut u. a. (Hg.), Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, 5. Aufl., Berlin 2001.
Mugrauer, Manfred, „Regelung der Parteiangelegenheit". Hanns Eisler und die Kommunistische Partei Österreichs, in: Hartmut Krones (Hg.), Hanns Eisler – Ein Komponist ohne Heimat?, Wien u. a. 2012, S. 157–185.
Mugrauer, Manfred, „Genosse Eisler". Über den Versuch Hanns Eislers, Mitglied der KPÖ zu werden, in: Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft, 19 (2012), Nr. 3, S. 11–16.
Muller, Jerry Z., Capitalism and the Jews, Princeton/London 2009.
Muraca, Daniela, Die Rolle der exkommunistischen Intellektuellen beim Kongress für kulturelle Freiheit, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, 19 (2011), S. 155–176.
Murray, Bruce, Film and the German Left in the Weimar Republic. From *Caligari* to *Kuhle Wampe*, Austin 1990.
Naftali, Timothy, George Orwell's List, in: The New York Times vom 29. Juli 1998.
Nagy, Imre, Politisches Testament, hg. von Lászlo Kardos, München 1959.
Nationalität: deutsch, Staatsbürgerschaft: DDR, besondere Kennzeichen: meine – Hilde Eisler, in: Junge Welt vom 22. Februar 1989.
Neumann, Heinz, Was ist Bolschewisierung?, Berlin 1925.
Neumann, Heinz, Maslows Offensive gegen den Leninismus, Berlin 1925.
Neumann, Heinz, Der ultralinke Menschewismus, Berlin 1926.
Nicolaevsky, Boris, Les premières années de l'Internationale Communiste – d'après le récit du „camarade Thomas", in: Jacques Freymond (Hg.), Contributions à l'histoire du Comintern, Genève 1965, S. 1–18.
Niemann, Heinz u. a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917–1945, Berlin [DDR] 1982.
Niewyk, Donald L., Socialist, Anti-Semite and Jew. German Social Democracy Confronts the Problem of Anti-Semitism, 1918–1933, Baton Rouge 1971.
Niewyk, Donald L., The Jews in Weimar Germany, New York/London 2001.

Nohara, Erik, Eine Oppositionelle schließt Frieden?, in: Der Monat, Nr. 138 (1960), S. 80–83.
Norden, Albert, Lehren deutscher Geschichte. Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker, Berlin 1947.
Nordmann, Detlev, Der Kampf der KPD gegen die Gefahr eines erneuten Giftgaskrieges, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 31 (1989), Nr. 4, S. 481–487.
Not Guilty! Report of the Commission of Inquiry into the Charges made against Leon Trotsky in the Moscow Trials, New York 1938, Reprint 1972.
Nowacki, Hartmut, Zwischen Lebensphilosophie und Stalinismus. Philosophische Ansätze in der Kommunistischen Partei Deutschlands, München 1983.
Oberloskamp, Eva, Fremde neue Welten. Reisen deutscher und französischer Linksintellektueller in die Sowjetunion 1917–1939, München 2011.
Oertzen, Peter von, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963, erw. Ausg., Bad Godesberg 1976.
Olsen, Elizabeth, Documents Show U.S. Relationship With Nazis During Cold War, in: The New York Times vom 14. Mai 2004.
O'Neill, William L., A Better World. The Great Schism: Stalinism and the American Intellectuals, New York 1982.
An Open Letter to American Liberals, in: Soviet Russia Today, 6 (1937), Nr. 3, S. 14f.
Orlova, M. I., Uroki nemeckogo Oktjabrja. Očerk razvitija nemetskoj marksistskoj istoriografija revoljucionnogo krizisa 1923 goda v Germanii, Moskau 1965.
Orlova, M. I., Revoljucionnyi krizis 1923 g. v Germanii i politika Kommunističeskoj Partii, Moskau 1973.
Ossietzky, Carl von, Invictis victi victuri, in: Die Weltbühne, 22 (13. Juli 1926), Nr. 28, S. 39–42.
Otto, Wilfriede, Zur stalinistischen Politik der SED Anfang der fünfziger Jahre, in: Wolfgang Maderthaner u. a. (Hg.), „Ich habe den Tod verdient. Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945–1956, Wien 1991, S. 129–137.
Otto, Wilfriede, Erich Mielke. Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten, Berlin 2000.
Pace, Eric, Owen Lattimore, Far East Scholar Accused by McCarthy, Dies at 88, in: The New York Times vom 1. Juli 1989.
Pachter, Henry, Weimar Etudes, hg. und eingeleitet von Stephen Eric Bronner, New York 1982.
Palmier, Jean-Michel, Weimar in Exile. The Antifascist Emigration in Europe and America, London/New York 2006.
Parmalee, Patty Lee, Brecht's America, Miami/Columbus (Ohio) 1981.

Parsons, Nicholas, Vienna. A Cultural History, Oxford/New York 2009.
Paschen, Joachim, Wenn Hamburg brennt, brennt die Welt. Der kommunistische Griff nach der Macht im Oktober 1923, Frankfurt u. a. 2010.
Pasteur, Paul, Femmes dans le mouvement ouvrier autrichien 1918–1934, Thèse de doctorat, Université de Rouen 1985.
Pauley, Bruce F., Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Wien 1993.
Pawlowski, Rita, Ruth Fischer. „Die Frauen sollen nicht selbständige Kampagne machen“, in: Beate Neubauer u. a., Spurensuche. Frauen in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee, Berlin-Pankow 2002, S. 77–82.
Payk, Marcus M., Antikommunistische Mobilisierung und konservative Revolte. William S. Schlamm, Winfried Martini und der „Kalte Bürgerkrieg“ in der westdeutschen Publizistik der späten 1950er Jahre, in: Thomas Lindenberger (Hg.), Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen, Köln u. a. 2006, S. 111–137.
Payne, Stanley G., A History of Fascism 1914–1945, Madison (Wisconsin) 1995.
Pech, Karlheinz, Ein neuer Zeuge im Todesfall Willi Münzenberg, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 37 (1995), Nr. 1, S. 65–71.
Pelz, William, Against Capitalism. The European Left on the March, New York 2007.
Perels, Joachim, Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime, Hannover 2004.
Pernes, Jiří, Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung, in: Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln u. a. 1999, S. 93–113.
Peterson, Brian L., The Politics of Working-Class Women in the Weimar Republic, in: Central European History, 10 (1977), Nr. 2, S. 87–111.
Peterson, Larry, German Communism, Workers' Protest, and Labor Unions. The Politics of the United Front in Rhineland-Westphalia 1920–1924, Dordrecht 1993.
Peterson, Walter F., Das Dilemma linksliberaler deutscher Journalisten im Exil: Der Fall des „Pariser Tageblatts“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 32 (1984), Nr. 2, S. 269–288.
Petzold, Joachim, Der Staatstreich vom 20. Juli 1932 in Preußen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 4 (1956), Nr. 6, S. 1146–1186.
Petzold, Joachim, KPD und SPD in der Endphase der Weimarer Republik: Unüberwindbare Hindernisse oder ungenutzte Möglichkeiten?, in: Heinrich August Winkler (Hg.), Die deutsche Staatskrise 1930–1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992, S. 77–98.

Peukert, Detlev J. K., Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt 1987.

Peukert, Detlev J. K., The Lost Generation. Youth Unemployment and the End of the Weimar Republic, in: Richard J. Evans/Dick Geary (Hg.), The German Unemployed. Experiences and Consequences of Mass Unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich, London 1987, S. 261–280.

Pfabigan, Alfred, Max Adler. Eine politische Biographie, Frankfurt/New York 1982.

Piazza, Hans, Manabendra Nath Roy. „Ein alter und bewährter Soldat in Indiens Freiheitskampf", in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hg.), Ketzer im Kommunismus. 23 biographische Essays, 3. Aufl., Hamburg 2003, S. 197–217.

Piazza, Hans (Red.), Die Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit 1927–1937. Zur Geschichte und Aktualität einer wenig bekannten antikolonialen Weltorganisation, Leipzig 1987.

Pieck, Wilhelm, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 3, Berlin [DDR] 1961.

Pikarski, Margot/Kerstin Rosenbusch, Dokumente der Russischen Sektion bei der KPD, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 30 (1988), Nr. 6, S. 774–790.

Pike, David, Deutsche Schriftsteller im sowjetischen Exil, Frankfurt 1981.

Pike, David, Brecht und der Stalinismus. „Der Vorhang zu und alle Fragen offen", in: Therese Hörnigk/Alexander Stephan (Hg.), Rot = Braun? Brecht-Dialog 2000. Nationalsozialismus und Stalinismus bei Brecht und Zeitgenossen, Berlin 2000, S. 182–201.

Pirker, Theo (Hg.), Die Moskauer Schauprozesse 1936–1938, München 1963.

Pirker, Theo (Hg.), Utopie und Mythos der Weltrevolution. Zur Geschichte der Komintern 1920–1940, München 1964.

Pirko, Ernest, Study of the Soviet Experiment, in: Christian Science Monitor (Atlantic Edition) vom 10. September 1948.

Podewin, Norbert/Lutz Heuer, Ernst Torgler. Ein Leben im Schatten des Reichstagsbrandes, Berlin 2006.

Possony, Stefan T., A Century of Conflict. Communist Techniques of World Revolution, Chicago 1953.

Priester, Eva, Kurze Geschichte Österreichs, Bd. 2: Aufstieg und Untergang des Habsburgerreiches, Wien 1949.

Profeld, Edda, „Der Jud' ist schuld!" Edwin Hoernles Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus, in: Manfred Weißbecker (Red.), Judenhass und Judenmord. Unerklärlich! Unbegreiflich?, Jena 1990, S. 52–57.

Prokop, Siegfried, 1956 – DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz, Berlin 2006.

Pufendorf, Astrid von, Otto Klepper (1888–1957). Deutscher Patriot und Weltbürger, München 1997.

Pulzer, Peter G. J., Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914, Gütersloh 1966, Neuausgabe Göttingen 2004.

Pundev, Marin, Dimitrov at Leipzig: Was There a Deal?, in: Slavic Review, 45 (1986), Nr. 3, S. 545–549.

Puschnerat, Tânia, Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus, Essen 2003.

Pyta, Wolfram, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

Rabinowitch, Alexander, Die Sowjetmacht. Das erste Jahr, Essen 2010.

Raddatz, Fritz J., Der amerikanische Albtraum. Das FBI hat seine Brecht-Akte endlich freigegeben. Eine Erinnerung an McCarthys Hexenjagd auf Intellektuelle, in: Die Zeit vom 26. April 2001.

Radkau, Joachim, Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluss auf die amerikanische Europapolitik 1933–1945, Düsseldorf 1971.

Ragg, Albrecht, The German Socialist Emigration in the United States 1933 to 1945, Ph.D. Thesis, Loyola University of Chicago 1977.

Ranc, Julijana, Alexandra Ramm-Pfemfert. Ein Gegenleben, Hamburg 2004.

Ranc, Julijana, Franz Pfemfert gegen Heinrich Mann. Dokumente und Argumente zu einer vergessenen Kontroverse: Heinrich Manns Rechtfertigung des Moskauer Schauprozesses vom August 1936, in: Martin Kronauer u. a. (Hg.), Grenzgänge. Reflexionen zu einem barbarischen Jahrhundert. Für Helmut Dahmer, Frankfurt 2006, S. 36–60.

Rapoport, Louis, Hammer, Sichel, Davidstern. Judenverfolgung in der Sowjetunion, Berlin 1992.

Rautenberg, Ulrich, Gestrandete Jeanne d'Arc der Weltgeschichte. Vor 30 Jahren starb die verfemte linksradikale KPD-Funktionärin und Publizistin Ruth Fischer, in: Berliner Zeitung vom 8. März 1991.

Rautenberg, Ulrich, Zunächst Erfüllungsgehilfin Moskaus, dann Verdammte. Am 13. März 1961 starb die einstige KPD-Vorsitzende Ruth Fischer in Paris, in: Neues Deutschland vom 9. März 1991.

Recknagel, Rolf, Ein Bayer in Amerika. Oskar Maria Graf – Leben und Werk, Berlin [DDR] 1974.

Redman, Joseph, The British Stalinists and the Moscow Trials, in: Labour Review, 3 (1958), Nr. 2, S. 44–52.

Rees, Tim, The Highpoint of Comintern Influence? The Communist Party and the Civil War in Spain, in: Ders./Andrew Thorpe (Hg.), International Com-

munism and the Communist International 1919–43, Manchester/New York 1998, S. 143–167.

Reese, Mary Ellen, Organisation Gehlen. Der Kalte Krieg und der Aufbau des deutschen Geheimdienstes, Berlin 1992.

Reich, Wilhelm, Massenpsychologie des Faschismus. Zur Sexualökonomie der politischen Reaktion und zur proletarischen Sexualpolitik, Amsterdam 1980.

Reinhardt, Toralf, Zur politischen Biographie Ruth Fischers (Elfriede Friedländers) in den Jahren 1913–1941, unter besonderer Berücksichtigung ihrer frauenpolitischen Aktivitäten und Vorstellungen in den Jahren 1915–1925, Diplomarbeit, Pädagogische Hochschule Leipzig 1992.

Reisberg, Arnold, Zur Genesis der Losung der Arbeiterregierung in Deutschland, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland, 7 (1965), Nr. 6, S. 1025–1038.

Reisberg, Arnold, An den Quellen der Einheitsfront. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921 bis 1922, 2 Bde., Berlin [DDR] 1971.

Reisner, Larissa, Hamburg auf den Barrikaden und andere Reportagen, Berlin [DDR] 1960.

Reiter, Andrea, Doppelte Verbannung. Politisches Renegatentum im Exil, in: John M. Spalek u. a. (Hg.), Deutschsprachige Exilliteratur seit 1933, Teil 3/4: USA, München/Zürich 2003, S. 469–499.

Reiter, Andrea, Die Exterritorialität des Denkens. Hans Sahl im Exil, Göttingen 2007.

Reuter, Elke u. a. (Hg.), Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928 – die KPD am Scheideweg, Berlin 2003.

Reventlow, Rolf, Zwischen Alliierten und Bolschewiken. Arbeiterräte in Österreich 1918–1923, Wien u. a. 1969.

Riberi, Lorenzo, Arthur Rosenberg. Democrazia e socialismo tra storia e politica, Milano 2001.

Riddell, John, The origins of united front policy, in: International Socialism, Issue 130 (Spring 2011), S. 111–138.

Riemer, Jehuda, Nach dem Zusammenbruch: Fritz Naphtali im Briefwechsel 1933–34, in: International Review of Social History, 27 (1982), Nr. 3, S. 324–356.

Ritzel, Heinrich Georg, Kurt Schumacher mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek 1986.

Rizzi, Bruno, The Bureaucratization of the World, introd. by Adam Westoby, New York 1985.

Roberts, Sam, Figure in Rosenberg Case Admits to Soviet Spying, in: The New York Times vom 8. September 2008.

Roeder, Werner/Herbert A. Strauss (Hg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration, 3 Bde., München 1980.
Rogowin, Wadim S., 1937 – Jahr des Terrors, Essen 1998.
Rogowin, Wadim S., Die Partei der Hingerichteten, Essen 1999.
Rogowin, Wadim S., Vor dem großen Terror. Stalins Neo-NÖP, Essen 2000.
Rogowin, Wadim S., Stalins Kriegskommunismus, Essen 2006.
Rohrwasser, Michael, Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten, Stuttgart 1991.
Rohrwasser, Michael, Vom Exil zum „Kongress für kulturelle Freiheit". Anmerkungen zur Faszinationsgeschichte des Stalinismus, in: Sven Hanuschek u. a. (Hg.), Schriftsteller als Intellektuelle. Politik und Literatur im Kalten Krieg, Tübingen 2009, S. 137–157.
Romerstein, Herbert/Eric Breindel, The Venona Secrets. Exposing Soviet Espionage and America's Traitors, Washington 2000.
Rosdolsky, Emily, Franz Koritschoner, in: Memorial. Österreichische Stalin-Opfer, Wien 1990, S. 69–76.
Rosenberg, Arthur, Geschichte des Bolschewismus, Neuausgabe, mit einer Einleitung von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt 1975.
Rosenberg, Arthur, Geschichte der Weimarer Republik, Neuausgabe, Hamburg 1991.
Rosenhaft, Eve, Working-Class Life and Working-Class Politics. Communists, Nazis, and the State in the Battle for the Streets, in: Richard Bessel/E. J. Feuchtwanger (Hg.), Social Change and Political Development in Weimar Germany, London 1981, S. 207–240.
Rosenhaft, Eve, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929–1933, Cambridge 1983.
Roy, Samaren, M. N. Roy. A Political Biography, Hyderabad 1997.
Ruck, Michael, Die freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923, Köln 1986.
Rudolph, Karsten, Die Sozialdemokraten in der Regierung. Das linksrepublikanische Projekt in Sachsen 1920–1922, in: Helga Grebing (Hg.), Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 212–221.
Rudolph, Karsten, Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik 1871–1923, Köln u. a. 1995.
Rudolph, Karsten, Das Scheitern des Kommunismus im deutschen Oktober 1923, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 32 (1996), S. 484–519.
Rudolph, Karsten, Linke Republikaner als streitbare Demokraten – Gedanken zur mitteldeutschen Geschichte. Erich Zeigner, die SPD und der „Deutsche Oktober", in: Bayerlein, Deutscher Oktober 1923, S. 45–78.

Rüdiger, Uwe, Der Beitrag der KPR(B) zur Ausarbeitung der Politik der Komintern in der nationalen und kolonialen Frage in Theorie und Praxis und seine Bedeutung für die kommunistischen Parteien Asiens, Diss. A, Leipzig 1986.
Rüdiger, Uwe, Rolle und Inhalt der Dekolonisierungsdebatte in der Kommunistischen Internationale, in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hg.), Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943), Mainz 1992, S. 225–238.
Ruge, Wolfgang, Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von Januar bis September 1923, Berlin [DDR] 1962.
Ruge, Wolfgang, Beharren, kapitulieren oder umdenken. Gesammelte Schriften 1989–1999, Berlin 2007.
Ruge, Wolfgang, Lenin. Vorgänger Stalins. Eine politische Biographie, Berlin 2010.
Ruprecht, Thomas M., Felix Boenheim. Arzt, Politiker, Historiker. Eine Biographie, Hildesheim u. a. 1992.
Ruth Fischer gestorben, in: Arbeiterzeitung (Wien) vom 16. März 1961.
Ryder, A. J., The German Revolution of 1918, Cambridge 1967.
Sabrow, Martin, Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gesellschaft, Frankfurt 1999.
Sabrow, Martin, Biographie und Zeitgeschichte. Das Beispiel Willy Brandt, in: Zeiträume. Potsdamer Almanach 2010, Göttingen 2011, S. 171–186.
Sadoul, Georges, Das ist Chaplin! Sein Leben. Seine Filme. Seine Zeit, Wien 1954.
Sadoul, Georges, Geschichte der Filmkunst, Frankfurt 1982.
Sahl, Hans, Die Wenigen und die Vielen. Roman einer Zeit, Frankfurt 1977.
Saito, Akira, Die Geschlechterpolitik in der KPD. Zum Verhältnis von der Politisierung der proletarischen Frauenbewegung und der kommunistischen Bewegung, in: Bulletin of the Universities and Institutes, 72 (2004), Nr. 2/3, S. 19–36 (auch im Internet).
Sakmyster, Thomas, Red Conspirator. J. Peters and the American Communist Underground, Urbana (Illinois) 2011.
Salazar, Christian/Randy Herschaft, Before the CIA, there was the Pond, Associated Press, 29. Juli 2010 (im Internet).
Salomon, Ernst von, Nahe Geschichte. Ein Überblick, Berlin 1936.
Salvadori, Massimo L., Karl Kautsky and the Socialist Revolution 1880–1938, London 1979.
Sandoz, Gérard, La gauche allemande de Karl Marx à Willy Brandt, Paris 1970.
Sassning, Ronald, Rückblicke auf Ernst Thälmann. Der Umgang mit dem KPD-Führer im Widerstreit der Meinungen, Jena 2006.

Sauer, Bernhard, Freikorps und Antisemitismus in der Frühzeit der Weimarer Republik, in: AG Rechtsextremismus/Antisemitismus, Rundbrief 4/2006, S. 25–33.

Saunders, Frances Stonor, Wer die Zeche zahlt … Die CIA und die Kultur im Kalten Krieg, Berlin 2001.

Schachenmeyer, Helmut, Arthur Rosenberg als Vertreter des historischen Materialismus, Wiesbaden 1964.

Schäfer, Gert, Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, Offenbach 1973.

Schaffer, Gordon, Zur Dokumentation über Gerhart Eislers Kampf gegen die USA-Administration, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 25 (1983), Nr. 3, S. 420f.

Schafranek, Hans, Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941, Frankfurt 1990.

Schalm, Annelie (unter Mitarbeit von Michael Buckmiller), Ruth Fischer – eine Frau im Umbruch des internationalen Kommunismus 1920–1927, in: Michael Buckmiller/Klaus Meschkat (Hg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, S. 129–147.

Schauff, Frank, Der verspielte Sieg. Sowjetunion, Kommunistische Internationale und Spanischer Bürgerkrieg 1936–1939, 2. Aufl., Frankfurt 2005.

Schebera, Jürgen, Hanns Eisler im USA-Exil, Berlin [DDR] 1978.

Schebera, Jürgen, Kommunist, Publizist, Politiker. Gerhart Eisler, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 25 (1983), Nr. 5, S. 724–736.

Schebera, Jürgen, „Die Maßnahme“ – „Geschmeidigkeitsübung für gute Dialektiker“?, in: Werner Hecht (Hg.), Brecht 83. Brecht und Marxismus. Dokumentation, Berlin [DDR] 1983, S. 91–102.

Schebera, Jürgen, The Lesson of Germany. Gerhart Eisler im Exil: Kommunist, Publizist, Gallionsfigur der HUAC-Hexenjäger, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, 7 (1989), S. 85–97.

Schebera, Jürgen, Hanns Eisler. Eine Biographie in Texten, Bildern und Dokumenten, Mainz u. a. 1998.

Scherstjanoi, Elke, Die Folgen von Stalins Tod für die DDR, in: Jürgen Zarusky (Hg.), Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung, München 2006, S. 207–215.

Schiller, Dieter, Im Widerstreit geschrieben. Vermischte Text zur Literatur 1966–2006, Berlin 2008.

Schiller, Dieter u. a., Exil in Frankreich, Berlin [DDR] 1981.

Schlesinger, Rudolf, Die Kolonialfrage in der Kommunistischen Internationale, Frankfurt 1970.
Schlie, Tania/Simone Roche (Hg.), Willi Münzenberg. Ein deutscher Kommunist im Spannungsfeld zwischen Stalinismus und Antifaschismus, Frankfurt 1995.
Schmitt, Carl, Theorie des Partisanen, Berlin [West] 1963, Nachdruck 1975.
Schneider, Michael, Zwischen Machtanspruch und Integrationsbereitschaft: Gewerkschaften und Politik 1918–1933, in: Karl Dietrich Bracher u. a. (Hg.), Die Weimarer Republik 1981–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, 2. Aufl., Bonn 1988, S. 179–196.
Schneir, Walter, Final Verdict. What Really Happened in the Rosenberg Case, Brooklyn, NY 2010.
Schöck, Eva Cornelia, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920–1928, Frankfurt/New York 1977.
Schönhoven, Klaus, Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München 1989.
Schorske, Carl E., Wien. Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle, Frankfurt 1982.
Schrecker, Ellen, No Ivory Tower. McCarthyism and the Universities, New York 1986.
Schrecker, Ellen, Many Are the Crimes. McCarthyism in America, Boston 1998.
Schrecker, Ellen, The Age of McCarthyism. A Brief History with Documents, 2. Aufl., Boston/New York 2002.
Schreiner, Albert, Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten, Monopolisten und Junker an Hindenburg für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler (November 1932), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 4 (1956), Nr. 2, S. 366–369.
Schröder, Joachim, Internationalismus nach dem Krieg. Die Beziehungen zwischen deutschen und französischen Kommunisten, Essen 2008.
Schröm, Oliver/Andrea Röpke, Stille Hilfe für braune Kameraden. Das geheime Netzwerk der Alt- und Neonazis. Ein Inside-Report, 2. Aufl., Berlin 2002.
Schüddekopf, Otto-Ernst, Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 2, Hannover 1962, S. 87–166.
Schüddekopf, Otto-Ernst, Nationalbolschewismus in Deutschland 1918–1933, Frankfurt 1972.
Schüle, Annegret, Trotzkismus in Deutschland bis 1933, Köln 1989.
Schüren, Ulrich, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926, Düsseldorf 1978.
Schütrumpf, Jörn (Hg.), Rosa Luxemburg oder: Der Preis der Freiheit, 2. Aufl., Berlin 2010.

Schulze, Hagen, Weimar. Deutschland 1917–1933, Berlin 1998.
Schulze, Hagen (Hg.), Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn 1974.
Schumacher, Ernst, Zwei Verhöre für den Karl Marx der Musik, in: Berliner Zeitung vom 18. Juni 1998.
Schumacher, Horst, Die Kommunistische Internationale (1919–1943). Grundzüge ihres Kampfes für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung und Sozialismus, 2. erweiterte Aufl., Berlin [DDR] 1989.
Schumann, Dirk, Politische Gewalt in der Weimarer Republik. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001.
Schuster, Kurt G. P., Der Rote Frontkämpferbund 1924–1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975.
Schwabe, Klaus, Der Weg der Republik vom Kapp-Putsch 1920 bis zum Scheitern des Kabinetts Müller 1930, in: Karl Dietrich Bracher u. a. (Hg.), Die Weimarer Republik 1981–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, 2. Aufl., Bonn 1988, S. 95–133.
Schwab-Felisch, Hans, Leben aus Politik. Ruth Fischer, in: Marianne Lienau/Wolf Dieter Ruppel (Hg.), Zeitzeichen, Frauen, Radiotexte, Frankfurt/Köln 1978, S. 81–87.
Schwarz, Josef, Die linkssozialistische Regierung Frölich in Thüringen – Hoffnung und Scheitern, Schkeuditz 2000.
Schwarz, Salomon, The Jews in the Soviet Union, New York 1951.
Schwendler, Gerhild, Die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands gegenüber den werktätigen Bauern während der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, dargestellt an Ereignissen im Erzgebirge, 3 Bde., Diss., Karl-Marx-Universität Leipzig 1964.
Sedow, Leon, Rotbuch über den Moskauer Prozess, Antwerpen 1936, Neuausgabe hg. von Wolfgang Alles, Frankfurt 1988.
Seebacher-Brandt, Brigitte, Unter „Ultralinken“. Eine Edition des Nachlasses von Ruth Fischer und Arkadij Maslow, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. November 1990.
Seidel, Brigitta, Abrechnung mit Stalin, in: Der Tagesspiegel vom 10. März 1991.
Seldes, Barry, Leonard Bernstein. The Political Life of an American Musician, Berkeley/Los Angeles 2009.
Seo, Jang-Weon, Die Darstellung der Rückkehr. Remigration in ausgewählten Autobiographien deutscher Exilautoren, Würzburg 2004.
Seydewitz, Max, Stalin oder Trotzki? Die UdSSR und der Trotzkismus, eine zeitgeschichtliche Untersuchung, London 1938.

Shachtman, Max, Race and Revolution, hg. von Christopher Phelps, London/New York 2003.

Siegert, Michael, Die Frau mit der Nr. 1, in: Profil vom 9. August 1999 (auch im Internet).

Silberner, Edmund, Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen 1983.

Singer, Kurt, The World's Greatest Women Spies, London [1951].

Singer, Ladislaus, Marxisten im Widerstreit. Sechs Porträts, Stuttgart 1979.

Sinowjew, G., Geschichte der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki), Hamburg 1923.

Solomon, Mark L., The Cry was Unity. Communists and African-Americans, 1917–1936, Jackson (Mississippi) 1998.

Speidel, Helm, Reichswehr und Rote Armee, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1 (1953), Nr. 1, S. 9–45.

Spiel, Hilde, Glanz und Untergang. Wien 1866 bis 1938, München 1994.

Stadler, Friedrich (Hg.), Vertriebene Vernunft. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft 1930–1940, Teilband II, Münster 2004.

Stalin, J. W., Fragen des Leninismus, Moskau 1947.

Stalin, J. W., Werke, Berlin [DDR] 1952ff., Bde. 5, 6, 8.

Stalins Erzfeindin. Historiker holt die bizarre Geschichte der Leipzigerin Ruth Fischer aus der Versenkung, in: Leipziger Volkszeitung vom 30. März 2011.

Stampfer, Friedrich, Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik, 2. Aufl., Offenbach 1947.

Stampfer, Friedrich, Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlass herausgegeben von Erich Matthias, bearbeitet von Werner Link, Düsseldorf 1968.

Starch, Roland, Die KPÖ und die Komintern. Diplomarbeit, Universität Wien 2009 (auch im Internet).

Starobin, Joseph R., American Communism in Crisis, 1943–1947, Cambridge (Massachusetts) 1972.

Steglitz, Olaf, Sprachen der Wachsamkeit: Loyalitätskontrolle und Denunziation in der DDR und in den USA bis Mitte der 1950er Jahre, in: Historical Social Research, 26 (2001), Nr. 2/3, S. 119–135.

Steinberg, Michael Stephen, Sabers and Brown Shirts. The German Student's Path to National Socialism, 1918–1935, Chicago/London 1977.

Stephan, Alexander, Im Visier des FBI. Deutsche Exilschriftsteller in den Akten amerikanischer Geheimdienste, Berlin 1998.

Stephan, Alexander, Überwacht, ausgebürgert, exiliert. Schriftsteller und der Staat, Bielefeld 2007.

Stern, Guy, The Jewish Exiles in the Service of US Intelligence. The Post-War Years, in: Leo Baeck Institute, Yearbook 40 (1995), S. 51–62.

Stern, Ludmila, Western Intellectuals and the Soviet Union. From Red Square to the Left Bank, Abingdon-on-Thames 2007.

Stimmer, Kurt, Die Frau, die Stalin verärgerte. Eine Erinnerung an die Kommunistin Ruth Fischer, in: Wiener Zeitung vom 25. Mai 2001.

Stock, Ernst/Karl Walcher, Jacob Walcher (1887–1970). Gewerkschafter und Revolutionär zwischen Berlin, Paris und New York, Berlin 1998.

Stöver, Bernd, Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische *Liberation Policy* im Kalten Krieg 1947–1991, Köln u. a. 2002.

Stolberg, Sheryl Gay, Transcripts Detail Secret Questioning in the McCarthy Panel's Search for Communists, in: The New York Times vom 6. Mai 2003.

Stone, I. F., The Eisler Affair as Spectacle and Warning, in: PM vom 9. Februar 1947.

Stout, Mark, The Pond: Running Agents for State, War, and the CIA, in: Studies in Intelligence, 48 (2004), Nr. 3, S. 69–82 (auch im Internet).

Stovall, Tyler, French Communism and Suburban Development. The Rise of the Paris Red Belt, in: Journal of Contemporary History, 24 (1989), Nr. 3, S. 437–460.

Struthahn, Arnold [Karl Radek], Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der Kommunistischen Partei, Stuttgart-Degerloch 1919.

Stulz-Herrnstadt, Nadja (Hg.), Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, Reinbek 1990.

Stürmer, Michael, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928, Düsseldorf 1967.

Sturmthal, Adolf, The Tragedy of European Labour 1918–1943, London 1944.

Suchenwirth, Richard, Deutsche Geschichte von der germanischen Vorzeit bis zur Gegenwart, Leipzig 1939.

Suhr, Elke, „Neue Männer …"? Gedanken über Frauen und Liebe bei Ossietzky, in: Helmut Reinhardt (Hg.), Nachdenken über Ossietzky. Aufsätze und Graphik, Berlin [DDR] 1989, S. 131–137.

Syré, Ludger, Isaac Deutscher – Marxist, Publizist, Historiker. Sein Leben und Werk 1907–1967, Hamburg 1984.

Šiška, Miroslav, Verschwörer, Staatsfeinde, Spione. Politische Prozesse in der Tschechoslowakei 1948–1954, Berlin 1991.

Šulc, Ludovit, Über den entscheidenden Abschnitt im Leben E. E. Kischs (1917–1919), in: Eduard Goldstücker (Hg.), Weltfreunde. Konferenz über die Prager deutsche Literatur, Prag 1967, S. 291–306.

Täubert, Klaus, „Unbekannt verzogen …" Der Lebensweg des Suchtmediziners, Psychologen und KPD-Gründungsmitgliedes Fritz Fränkel, Berlin 2005.

Tanenhaus, Sam, Whittaker Chambers. A Biography, New York 1997.
Tartakowsky, Danielle, Les premières communistes français. Formation des cadres et bolchevisation, Paris 1980.
Taylor, John Russell, Fremde im Paradies. Emigranten in Hollywood 1933–1950, o. O. 1994.
Thälmann, Ernst, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1 und 3, Berlin [DDR] 1956, Bd. 4, Köln 1975.
Thalheimer, August, 1923: Eine verpasste Revolution?, Berlin 1931.
Thalheimer, August, Die Potsdamer Beschlüsse. Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg, o. O. 1950 [zuerst 1945].
Thalheimer, August, Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst, mit einem Vorwort von Theodor Bergmann, München 2008.
Thompson, Dorothy, An Open Letter to Gerhart Eisler, in New York Post vom 29. Oktober 1946.
Thron, Yvonne, Bolschewisierung gleich Stalinisierung? Zur Bolschewisierungskonzeption der Komintern in den Jahren 1924 und 1925, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 32 (1990), Nr. 5, S. 579–590.
Tiepke, Doreen, Ruth Fischer und Gerhart Eisler – Kommunisten im Zwiespalt ihrer Zeit. Hausarbeit am Historischen Institut der Universität Potsdam 2009.
Timm, Angelika, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.
Tischler, Carola, Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil 1933 bis 1945, Münster 1996.
Tjaden, Karl-Hermann, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition" (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts"-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim 1964.
Tosstorff, Reiner, Die POUM im Spanischen Bürgerkrieg, Frankfurt 1987.
Tosstorff, Reiner, Linkssozialismus und Stalinismus im Spanischen Bürgerkrieg, in: Christoph Jünke (Hg.), Linkssozialismus in Deutschland. Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus?, Hamburg 2010, S. 55–72.
Toteberg, Michael, Fritz Lang mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, 4. Aufl., Reinbek 2000.
Tracey, Donald R., Reform in the Early Weimar Republic. The Thuringian Example, in: Journal of Modern History, 44 (1972), Nr. 2, S. 195–212.
Traverso, Enzo, Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843–1943), Mainz 1995.
Traverso, Enzo, Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914–1945, Berlin 2007.

Triendl, Mirjam/Noam Zadoff, Ob mein Bruder Werner gemeint ist?, in: Freitag vom 18. Juni 2004.

Trotsky, Leon, The Stalin School of Falsification, New York 1979.

Trotzki, Leo, Schriften zur revolutionären Organisation, hg. von Hartmut Mehringer, Reinbek 1970.

Trotzki, Leo, Schriften über Deutschland, hg. von Helmut Dahmer, mit einer Einleitung von Ernest Mandel, Bd. 1, Frankfurt 1971.

Trotzki, Leo, Die Lehren des Oktober, in: Ulf Wolter (Hg.), Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923–1928, Bd. 2: 1924–1925, Berlin [West] 1975, S. 192–251.

Trotzki, Leo, Die Dritte Internationale nach Lenin, Essen 1993.

Trotzki, Leo, Linke Opposition und IV. Internationale 1923–1926 (Schriften 3/1), Köln 1999.

Tuck, Jim, Engine of Mischief. An Analytical Biography of Karl Radek, New York 1988.

Tucker, Robert C., Stalin in Power. The Revolution from Above, 1928–1941, New York/London 1990.

Tutotschkin, Juri, Mentalität und Persönlichkeit in dokumentarischen Materialien. Exemplarische Fälle, in: Michael Buckmiller/Klaus Meschkat (Hg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, S. 170–191.

Ulam, Adam B., The Bolsheviks. The Intellectual and Political History of the Triumph of Communism in Russia, Cambridge (Massachusetts) 1998.

Ulbricht, Walter, Der faschistische deutsche Imperialismus (1933–1945), 3. Aufl., Berlin [DDR] 1952.

Ullrich, Jürg, Kamenew. Der gemäßigte Bolschewik. Das kollektive Umfeld im Denken Lenins, Hamburg 2008.

Ullrich, Volker, Die schwierige Königsdisziplin, in: Die Zeit vom 9. April 2007.

Ulrich, Axel, Arbeitereinheitsfront gegen den Faschismus? Zum Widerstand von Trotzkisten gegen das NS-Regime mit besonderer Berücksichtigung des Rhein-Main-Gebietes, in: Mainz, Wiesbaden und Rheinhessen in der Zeit des Nationalsozialismus, Mainz 2000, S. 101–134 (auch im Internet).

Ulmen, G. L., The Science of Society. Toward an Understanding of the Life and Work of Karl August Wittfogel, Den Haag u. a. 1978.

„Unpersonen“: Wer waren sie wirklich?, Berlin 1990.

Varga, E., Aufstieg oder Niedergang des Kapitalismus, Berlin 1924.

Vatlin, Alexander/Markus Wehner, „Genosse Thomas“ und die Geheimtätigkeit der Komintern in Deutschland 1919–1925, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 29 (1993), Nr. 1, S. 1–19.

Vatlin, Alexander, Zur Frage der „Russifizierung“ der Komintern, in: Michael Buckmiller/Klaus Meschkat (Hg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, S. 329–345.

Vatlin, Alexander, Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure, Berlin 2009.

Vietzke, Siegfried, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933–1939, Berlin [DDR] 1962.

Vietzke, Siegfried/Heinz Wohlgemuth, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung in der Zeit der Weimarer Republik 1919–1933, Berlin [DDR] 1966.

Vogt, Annette, Eine bestechende Analyse, eine fundierte Kritik, aber … – die Tragik des Martemjan Nikitisch Rjutin, in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hg.), Ketzer im Kommunismus. 23 biographische Essays, 3. Aufl., Hamburg 2003, S. 181–197.

Vogt, Annette, Vom Hintereingang zum Hauptportal? Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Stuttgart 2007.

Vogt, Annette, Wissenschaftlerinnen in Kaiser-Wilhelm-Instituten A-Z, 2. Aufl., Berlin 2008.

Voigt, Carsten, Kampfbünde der Arbeiterbewegung. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen 1924–1933, Köln u. a. 2009.

Voigt, Gerd, Otto Hoetzsch (1876 bis 1946), in: Heinz Heitzer u. a. (Hg.), Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien, Berlin [DDR] 1989, S. 93–106.

Voit, Jochen, Er rührte an den Schlaf der Welt. Ernst Busch – die Biographie, Berlin 2010.

Volkmann, Hans-Erich, Die Gründung der KPD und ihr Verhältnis zum Weimarer Staat im Jahre 1919, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 23 (1972), Nr. 1, S. 65–80.

Voss, Angelika, Der Hamburger Aufstand vom Oktober 1923, in: Dies. u. a., Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik 1923–1933 in Hamburg und im Deutschen Reich, Hamburg 1983, S. 9–54.

Wagner, Raimund, Der Kampf um die proletarische Einheitsfront und Arbeiterregierung in Sachsen unmittelbar nach dem VIII. Parteitag der KPD, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 5 (1963), Nr. 4, S. 647–657, Nr. 5, S. 922–932.

Waite, Robert G. L., Vanguard of Nazism. The Free-Corps Movement in Post-War Germany, 1918–1923, New York 1969.

Wald, Alan M., The New York Intellectuals. The Rise and Decline of the Anti-Stalinist Left from the 1930s to the 1980s, Chapel Hill 1987.
Walda, Christian (Hg.), Georg Eisler. Rückschau auf einen Außenseiter, Schleswig 2009.
Waldman, Eric, The Spartacist Uprising of 1919 and the Crisis of the German Socialist Movement. A Study of the Relation of Political Theory and Party Practice, Milwaukee 1959.
Walter, Dirk, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999.
Watermeier, Günter, Die Verdrängung der ursprünglichen Führungskräfte aus der Kommunistischen Partei Deutschlands, Norderstedt 2005.
Weber, Hermann (Hg.), Der deutsche Kommunismus. Dokumente, Köln/Berlin [West] 1963.
Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD, 2 Bde., Frankfurt 1969.
Weber, Hermann, Demokratischer Kommunismus? Zur Theorie, Geschichte und Politik der kommunistischen Bewegung, Hannover 1969.
Weber, Hermann, Kommunisten und Gewerkschaften in Deutschland – zu einigen historischen Aspekten kommunistischer Gewerkschaftspolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 30 (1979), Nr. 8, S. 509–517.
Weber, Hermann, Zur Politik der KPD, in: Manfred Scharrer (Hg.), Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933, Reinbek 1984, S. 121–161.
Weber, Hermann (Hg.), Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919, Berlin 1993.
Weber, Hermann/Dietrich Staritz (Hg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen“ in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993.
Weber, Hermann/Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004.
Weber, Horst „I am not a hero, I am a composer“. Hanns Eisler in Hollywood, Hildesheim u. a. 2012.
Weber, Stefan, Zur Herausbildung des marxistisch-leninistischen Zentralkomitees der KPD unter Ernst Thälmanns Führung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 17 (1975), Nr. 4, S. 615–635.
Wegener, Jens, Die Organisation Gehlen und die USA, Berlin 2008.
Wegner, Jörn, Arbeitermusik: Versuch einer Gegenhegemonie, in: Marcel Bois/Bernd Hüttner (Hg.), Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken, Heft 1, Berlin o. J., S. 51–54.

Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten, München 2003.

Weill, Claudie, Deutschsprachige und russische Sozialisten im Pariser Exil, in: Anne St. Saveur-Henn (Hg.), Fluchtziel Paris. Die deutschsprachige Emigration 1933–1940, Paris/Berlin 2002, S. 129–136.

Weinhold, Barbara, Eine trotzkistische Bergsteigergruppe aus Dresden im Widerstand gegen den Faschismus, Köln 2004.

Weinstein, Allen/Alexander Vassiliev, The Haunted Wood. Soviet Espionage in America: The Stalin Era, New York 1999.

Weißbecker, Manfred (Hg.), Rot-rote Gespenster in Thüringen? Demokratisch-sozialistische Reformpolitik einst und heute, Jena 2004.

Weitz, Eric D., Popular Communism. Political Strategies and Social Histories in the Formation of the German, French, and Italian Communist Parties 1919–1948, Ithaca, NY 1992.

Weitz, Eric D., „Rosa Luxemburg Belongs To Us!“. German Communism and the Luxemburg Legacy, in: Central European History, 27 (1994), Nr. 1, S. 27–64.

Weitz, Eric D., Creating German Communism, 1890–1990. From Popular Protest to Socialist State, Princeton 1997.

Weitz, Eric D., Communism and the Public Spheres of Weimar Germany, in: David Barclay/Eric D. Weitz (Hg.), Between Reform and Revolution. German Socialism and Communism from 1840 to 1990, New York/Oxford 1998, S. 275–291.

Weitz, Eric D., Weimar Germany. Promise and Tragedy, Princeton/Oxford 2008.

Wenzel, Otto, 1923. Die Geschichte der deutschen Oktoberrevolution, Münster 2003.

Wernicke, Günter, Die Radikallinke der KPD und die russische Opposition. Von der Fischer/Maslow-Gruppe zum Lenin-Bund, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 42 (2000), Nr. 3, S. 75–101.

Wessel, Harald, „… hat sich offenbar selbst umgebracht“. Untersuchungsprotokoll zum Auffinden der Leiche Willi Münzenbergs am 17. Oktober 1940, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 33 (1991), Nr. 1, S. 73–79.

West, Franklin C., A Crisis of the Weimar Republic. A Study of the German Referendum of 20 June 1926, Philadelphia 1985.

White, Stephen, Communism and the East. The Baku Congress, 1920, in: Slavic Review, 33 (1974), Nr. 3, S. 492–514.

Wieben, Uwe, Eduard Alexander. Biographische Skizze eines nahezu vergessenen Politikers der Weimarer Republik, Berlin 2008.

Wieland, Karin, Totalitarismus als Rache. Ruth Fischer und ihr Buch „Stalin and German Communism“, in: Alfons Söllner u. a. (Hg.), Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997, S. 117–140.

Wieland, Karin, Ruth Fischer und der deutsche Kommunismus, in: Merkur, Nr. 580 (Juli 1997), S. 608–617.

Wierzbicki, James, Sour Notes. Hanns Eisler and the FBI, in: Claire A. Culleton/Karen Leick (Hg.), Modernism on File. Writers, Artists, and the FBI, 1920–1960, New York/London 2008, S. 197–219.

Wilde, Florian, „Diskussionsfreiheit ist innerhalb unserer Partei absolut notwendig.“ Das Verhältnis des KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer zur innerparteilichen Demokratie 1921/22, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 14 (2006), S. 168–184.

Wilde, Florian, Ernst Meyer – Weggefährte Rosa Luxemburgs in der Weltkriegszeit und sein Kampf um ihr Erbe in der KPD, in: Rosa-Luxemburg-Gesellschaft (Hg.), Rosa Luxemburg. Ökonomische und historisch-politische Aspekte ihres Werkes, Berlin 2010, S. 210–231.

Wilde, Florian, Ernst Meyer (1887–1930) – vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus. Eine politische Biographie, Diss., Hamburg 2011.

Wilfort, Hugh, The Mighty Wurlitzer. How the CIA Played America, Cambridge (Massachusetts) 2009.

Willett, John, Erwin Piscator. Die Eröffnung des politischen Zeitalters auf dem Theater, Frankfurt 1982.

Wimmer, Walter, Die KPD und der Untergang der Weimarer Republik, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 25 (1983), Nr. 1, S. 3–16.

Wimmer, Walter (Red.), Deutsche Kommunisten über die Partei. Artikel und Reden 1918–1939, Berlin [DDR] 1980.

Winckler, Lutz, Paris-Mythos im Feuilleton, in: Hélène Roussel/Lutz Winckler (Hg.), Rechts und Links der Seine. Pariser Tageblatt und Pariser Tageszeitung 1933–1940, Tübingen 2002, S. 285–310.

Winkel, Udo, Paul Levi and his Significance for the Communist Movement in Germany, in: Revolutionary History, 5 (1994), Nr. 2, S. 42–60.

Winkler, Heinrich August, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924, 2. Aufl., Bonn 1985.

Winkler, Heinrich August, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Bonn 1985.

Winkler, Heinrich August, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 2. Aufl., Berlin 1990.

Winkler, Heinrich August, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993.

Wippermann, Wolfgang, Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt 1997.

Wirsching, Andreas, „Stalinisierung“ oder „entideologisierte Nischengesellschaft“? Alte Einsichten und neue Thesen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 45 (1997), Nr. 3, S. 449–466.

Wirsching, Andreas, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999.

Wirsching, Andreas, „Man kann nur Boden germanisieren.“ Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 49 (2001), Nr. 3, S. 517–550.

Wirsching, Andreas, „Hauptfeind Sozialdemokratie“ oder „Antifaschistische Aktion“? Die Politik von KPD und Komintern in der Endphase der Weimarer Republik, in: Heinrich August Winkler (Hg.), Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, München 2002, S. 105–130.

Wirsching, Andreas, The Impact of „Bolshevization“ and „Stalinization“ on French and German Communism. A Comparative View, in: Norman LaPorte u. a. (Hg.), Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Perspectives on Stalinization, 1917–53, Houndmills/New York 2008, S. 89–104.

Wirsching, Andreas, Violence as discourse? For a „linguistic turn“ in communist history, in: Twentieth Century Communism, Issue 2 (2010), S. 12–39.

Wißmann, Friederike, Hanns Eisler. Komponist, Weltbürger Revolutionär, München 2012.

Wistrich, Robert S. (Hg.), The Left against Zion. Communism, Israel and the Middle East, London/Totowa, NJ 1979.

Wittemann, Klaus-Peter, Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945. Der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik, Hannover 1977.

Wörfel, Erhard, Die Arbeiterregierung in Thüringen im Jahre 1923, Erfurt 1974.

Wohl, Robert F., French Communism in the Making, 1914–1924, Stanford 1966.

Wohl, Robert F., The Generation of 1914, London 1980.

Wolfe, Bertram D., From Berlin to Moscow, in: International Herald Tribune Weekly Book Review vom 6. Februar 1949.

Wüthrich, Werner, Bertolt Brecht und die Schweiz, Zürich 2003.

Wunberg, Gotthart/Johannes J. Braakenburg (Hg.), Die Wiener Moderne. Literatur, Kunst und Musik zwischen 1890 und 1910, 3. Aufl., Stuttgart 2006.

Wyman, David S., Paper Walls. America and the Refugee Crisis, 1938–1941, New York 1969.

Ybarra, Michael, Washington Gone Crazy. Senator Pat McCarran and the Great American Communist Hunt, Hanover (New Hampshire) 2004.
Youngkin, Stephen D., The Lost One. A Life of Peter Lorre, Lexington (Kentucky) 2005.
Ypsilon[Julian Gumpertz/Karl Volk], Pattern for World Revolution, Chicago/New York 1947.
Zamiš, Guido, Egon Erwin Kisch und die Wiener Rote Garde, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 24 (1982), Nr. 5, S. 719–733.
Zarusky, Jürgen, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933, München 1992.
Zelt, Johannes, Kriegsgefangen in Deutschland. Neue Forschungsergebnisse zur Geschichte der Russischen Sektion bei der KPD, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 15 (1967), Nr. 4, S. 621–638.
Zetkin, Clara, Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, hg. von Katja Haferkorn und Heinz Karl, Leipzig 1974.
Zeuske, Michael, Kleine Geschichte Kubas, München 2000.
Ziemansl, Simone, Paula Heimann, in: Gerhard Stumm (Hg.), Personenlexikon der Psychotherapie, Wien/New York 2005, S. 207f.
Zimmermann, Rüdiger, Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978.
Zinn, Howard, A People's History of the United States, New York 1990.
Zweig, Arnold, Trotzkis Ende, in: Sinn und Form, 42 (1990), Nr. 2, S. 317–320.
Zuckmayer, Carl, Aufruf zum Leben. Porträts und Zeugnisse aus bewegten Zeiten, Frankfurt 1982.
Zwerenz, Gerhard, Verräter und Agenten – Denunziation als politisches Kampfmittel, in: Utopie kreativ, Nr. 81/82 (Juli/August 1997), S. 114–122.

Zeitgenössische Periodika

Die Aktion, Berlin.
Arbeiter-Zeitung, Wien.
Bulletin of the Council for a Democratic Germany, New York.
Daily News, New York.
Daily Worker, New York.
Die Fahne des Kommunismus, Berlin.
Der Funke, hg. von der Bezirksleitung [der KPD] Berlin-Brandenburg, Berlin.
Gegen den Strom. Mitteilungsblatt der KPD(Opposition), Ausgabe Breslau (Reprint Hamburg 1985).
The German American, New York.

Die Internationale, Berlin.
Internationale Pressekorrespondenz (Inprekorr), Berlin/Wien.
Life Magazine, New York.
Neue Freie Presse, Wien.
Neues Wiener Tagblatt.
New Masses, New York.
The New York Times.
Pariser Tageszeitung.
Der Parteiarbeiter. Mitteilungsblatt für Funktionäre, Berlin.
People's Daily World, San Francisco.
Die Rote Fahne, Berlin.
Der Spiegel, Hamburg.
Das Tagebuch, Berlin.
Time Magazine, New York (Online Archive).
The Times, London.
Unser Wort, Paris.
Vorwärts, Berlin.
Vu. L'illustré français, Paris.
Washington Post.
Washington Times Herald.
Die Weltbühne, Berlin.
World Telegram, Washington, D.C.

Anmerkung: Registriert wurden Periodika, die im Text mehr als einmal zitiert wurden. Die einzelnen Artikel dieser Periodika sind im Allgemeinen nicht gesondert aufgelistet (außer z. B. ausführliche Nachrufe der *New York Times*); vgl. hierzu die jeweiligen Anmerkungen zum Text. Wichtige Auseinandersetzungen mit Ruth Fischers Arbeiten sind separat vermerkt, nicht jedoch Annotationen.

Tondokumente, Dokumentar- und Spielfilme

Interview mit Ruth Fischer vom 22. September 1949, aufbewahrt im Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart (Tondokumente des Süddeutschen Rundfunks, Dokumente des Jahres 1949).

I was a Communist for the FBI. Spielfilm (Warner Brothers). Filmpremiere am 5. Mai 1951. Regie: Gordon Douglas. Als Radioprogramm Erstsendung am 2. April 1952 durch KNX, Los Angeles, Übernahme durch zahlreiche weitere Stationen. Manuskriptautor: Crane Wilbur.

Bertolt Brecht Before the Committee on Un-American Activities. An Historical Encounter, presented by Eric Bentley (Schallplatte), Folkway Records FD

5531, erschienen 1963 (Vertrieb in der Bundesrepublik: Zweitausendeins), gekürzt auch auf: Bertolt Brecht, Tondokumente, LP Litera 8 60 238/239 (Doppelalbum), Berlin [DDR].

Solidarity Song. The Hanns Eisler Story. Produktion: Rhombus Media Inc., Arte/ZDF, Regie: Larry Weinstein/Thomas Wellner, Erstsendung: 27. August 1996, The New Style Arts Channel (Kanada).

„Komm ins offene Feuer, Freund." Eine lange Nacht zum 110. Geburtstag von Hanns Eisler. Sendung des Deutschlandfunks vom 5. Juli 2008.

Ernst Thälmann – wie er wirklich war. Dokumentarfilm des Mitteldeutschen Rundfunks von 2009 (zuletzt gesendet im Fernsehen des Bayerischen Rundfunks BR Alpha am 17. April 2011). Drehbuchautor: Steffen Jindra, Regie: Michael Erler.

Zwischen den Welten. Das Leben der Margrit Pittman. Dokumentarfilm der Artia Nova Film GmbH, Hannover. Filmpremiere am 5. Mai 2010 beim Filmkunstfest Schwerin. Regie: Hans-Joachim Ulbrich (sowie das entsprechende schriftliche Material).

Der Karl Marx der Musik, die Denunzianten-Lady und der gefährlichste Terrorist der Welt. Die Eislers – eine Ausnahmefamilie. Sendung des Deutschlandfunks vom 22. April 2011, zweimal wiederholt. Autor: Henry Bernhard (Manuskripttext im Internet).

Personenverzeichnis

Im Personenverzeichnis wurden die Seiten 7–619 registriert

Der Autor

Mario Keßler, Prof. Dr., geb. 1955 in Jena. Studium der Geschichte und Germanistik in Jena und Leipzig, 1982 Promotion in Leipzig, 1990 Habilitation an der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin. 1992–1995 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Förderungsgesellschaft für wissenschaftliche Neuvorhaben, seit 1996 am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Seit 2001 Lehrtätigkeit an der Universität Potsdam. Mehrere Gastprofessuren, zuletzt 2012 an der Yeshiva University in New York, sowie Forschungsaufenthalte in den USA, zuletzt 2010–2011 an der Harvard University.

Buchveröffentlichungen: *Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Internationale Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert* (1993); *Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933* (1994); *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967* (1995); *Heroische Illusion und Stalin-Terror. Beiträge zur Kommunismus-Forschung* (1999); *Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR* (2001); *Exil und Nach-Exil. Vertriebene Intellektuelle im 20. Jahrhundert* (2002); *Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943)* (2003); *Ein Funken Hoffnung. Verwicklungen: Antisemitismus, Nahost, Stalinismus* (2004); *Vom bürgerlichen Zeitalter zur Globalisierung. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (2005); *On Anti-Semitism and Socialism. Selected Essays* (2005); *Ossip K. Flechtheim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenker (1909–1998)* (2007); *Von Hippokrates zu Hitler. Über Kommunismus, Faschismus und die Totalitarismus-Debatte* (2008); *Historia magistra vitae? Über Geschichtswissenschaft und politische Bildung* (2010); *Kommunismuskritik im westlichen Nachkriegsdeutschland. Franz Borkenau – Richard Löwenthal – Ossip Flechtheim* (2011); *Klios Jünger. 100 Historiker-Porträts von Homer bis Hobsbawm*, mit Werner Berthold (2011).